

Marxistische Studien

Zukunft der BRD – Linke Alternativen:

Umbruchperiode?

Marxismus und Zukunftsdenken

Basis-Trends der 90er Jahre:

**Produktivkräfte, Globale Probleme, Ökologie,
Ökonomie, Klassenstruktur, Arbeiterbewegung**

Programm-Diskussion der Linken

Debatte um Alternativen:

**Arbeit, Technik, Umwelt, Frauenemanzipation,
Bildung, Medien, Lebensweise, Regionen,
Sozialsystem, Weltmarkt**

Jahrbuch des IMSF 9

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 9
II/1985

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

Redaktion dieses Bandes:

Heinz Jung, André Leisewitz,
Kaspar Maase, Jürgen Reusch

Herausgegeben vom Institut für
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main

Marxistische Studien

Zukunft der BRD – Linke Alternativen:

Umbruchperiode?

Marxismus und Zukunftsdenken

Basis-Trends der 90er Jahre:

Produktivkräfte, Globale Probleme, Ökologie,
Ökonomie, Klassenstruktur, Arbeiterbewegung

Programm-Diskussion der Linken

Debatte um Alternativen:

Arbeit, Technik, Umwelt, Frauenemanzipation,
Bildung, Medien, Lebensweise, Regionen,
Sozialsystem, Weltmarkt

Jahrbuch des IMSF 9
II/1985

© 1985 by IMSF-Vertrieb
6000 Frankfurt am Main, Oberlindau 15.
2., unveränderte Auflage 1986.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung, Speicherung in jeder Form,
auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des IMSF gestattet.

Gesamtherstellung: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.
ISBN 3-88807-003-1

Inhalt

Vorwort	8
Maßstäbe	
<i>Heinz Jung</i> , Umbruchperiode? Die BRD bis zum Jahr 2000	11
<i>Hans Heinz Holz</i> , Menschheit, Natur und gesellschaftlicher Fortschritt. Überlegungen zu Gegenwart und Zukunft	46
<i>Hans Jörg Sandkühler</i> , Die Notwendigkeit des Möglichen. Über Zukunft und Utopie	61
<i>Jürgen Reusch</i> , Keine Zukunft ohne Frieden	77
Zukunftsliteratur im Umfeld der sozialdemokratischen und grün-alternativen Diskussion. Kritische Bemerkungen zu Lutz, Kern/Schumann, Negt, Gorz, Offe, Ebermann/Trampert, Lafontaine und Huber	89
Perspektiven des Sozialismus	
<i>Leonid Abalkin</i> , Die neuen Anforderungen des entwickelten Sozialismus an die politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR	113
<i>Otto Reinhold</i> , Die Gestaltung des entwickelten Sozialismus — strategisches Ziel der Gesellschaftspolitik der SED	128
<i>Erzsébet Gidai</i> , Wege und Möglichkeiten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns	147
Basis-Trends	
<i>Peter Fleissner</i> , Zum Umbruch des Produktivkraftsystems	160
<i>Hermann Bömer</i> , Global denken — Vor Ort handeln? Zu einigen Auswirkungen der globalen Probleme auf die BRD	176
<i>Edgar Gärtner</i> , Die ökologische Krise. Waldsterben, Bodenzerstörung, Wasserbelastung — Stand und Perspektiven	197
<i>Jörg Goldberg</i> , Die Perspektiven der Akkumulation von fixem Kapital. Ökonomische Tendenzen bis zum Jahr 2000	218
<i>Jörg Huffschnid</i> , Ökonomische Strukturen im Wandel. Basistrends und Entwicklungsvarianten	239
<i>Klaus Dieckhoff</i> , BRD 2000 — Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit. Aus vorliegenden Szenarien und Prognosen	255
<i>Eberhard Dähne</i> , Klassenstruktur und Herrschaft. Zur Sozial- und Klassenstruktur in der Mitte der achtziger Jahre. Tendenzen ihrer zukünftigen Entwicklung	265
<i>Christoph Butterwegge</i> , Politisches System in der Krise — Krise des politischen Systems?	288

<i>Klaus Pickshaus, Umbruchperiode und Zukunft der Gewerkschaften .</i>	306
<i>Herbert Mies, Zukunftsherausforderungen der politischen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik</i>	329
Zukunftskonzepte und Programmdiskussionen	
<i>Georg Fülberth, Die Herausbildung von Zukunftsvorstellungen in der CDU nach 1973</i>	346
<i>Rainer Eckert, Sozialdemokratischer Reformismus in der Krise. Zwischenbemerkungen zu aktuellen programmatischen Diskussionen in der bundesdeutschen Sozialdemokratie</i>	357
<i>Hermann Sittner, Zur Programmdebatte bei den GRÜNEN. Einige Anmerkungen</i>	374
<i>Willi Gerns, Demokratische Wende — Sozialistische Zukunft. Die Programmatik der DKP</i>	389
<i>Heinrich Werner, Der Streit in den Kirchen um die Zukunft</i>	403
Stellungnahmen	
<i>Erhard Eppler, Politik braucht Visionen. Gedanken zu einem neuen Grundsatzprogramm der SPD</i>	420
<i>Brigitte Kiechle, Thesen zur politischen Situation in der BRD und den Aufgaben und Perspektiven der Linken</i>	431
<i>Leonhard Mahlein, Entwicklungsperspektiven der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung</i>	440
<i>Horst Peter, Demokratische Alternative. Für eine menschenwürdige Gesellschaft</i>	450
<i>Robert Steigerwald, Zukunftsfelder — Orientierungen — Ideologische Probleme</i>	457
Debatte um Alternativen	
Bundesrepublik und Weltmarkt: <i>Bernhard Roth, Eckhard Stratmann .</i>	466
Lohnarbeit — Eigenarbeit — Dualkonzepte: <i>Nikolaus Dimmel, Rudolf Hickel, Angelina Sörgel</i>	480
Neue Technik und Arbeit: <i>Ulrich Briefs, André Leisewitz</i>	497
Massenmedien und Massenkommunikation: <i>Klaus Betz, Karl Pawek .</i>	510
Umweltpolitik: <i>Arnim Bechmann, Rolf Czeskleba-Dupont, Walter Hollitscher</i>	522
Regionalentwicklung — Leben in Stadt und Land: <i>Alf Baumhöfer, Klaus Brake</i>	543
Bildungswesen: <i>Karl-Heinz Heinemann/Werner Rügemer, Henning Keese-Philipps</i>	554

Frauenemanzipation: <i>Johanna Hund, Annette Kuhn</i>	567
Lebensweise, Bedürfnis- und Persönlichkeitsentwicklung: <i>Joachim Bischoff/Helmuth Weiss, Kaspar Maase, Rolf Schwendter</i>	579
Gesundheitspolitik — Soziale Sicherung — Mindesteinkommen: <i>Walter Baumann/Klaus Priester, Michael Opielka, Norbert Preußner</i> . .	600
<i>Winfried Schwarz</i> , Personeller Aufwand kapitalistischer Wirtschaftslenkung in der Bundesrepublik. Zu Vergeudung und Alternativen . .	624
Wissenschaftsentwicklung	
<i>Florian Frerks/Manfred A. Heinrichs</i> , „Eigentlich müßtet ihr bei uns Schlange stehen“. Wissenschaftsläden in der Bundesrepublik	635
Marx-Engels-Forschung	
<i>Hartwig Zander</i> , „Kritische Kritik“ und Isolationshaft. Zum Verständnis des Marxschen Diskurses über die „neue Straftheorie“ in der „Heiligen Familie“. Ein Lektürevorschlag	648
IMSF 1985. Publikationen und Veranstaltungen des IMSF	662
Autoren dieses Bandes	667
Zusammenfassungen zu den Beiträgen	671

Vorwort

Die Frage, wie die Bundesrepublik im Jahr 2000 aussehen wird, beschäftigt gegenwärtig Forscher der unterschiedlichsten Disziplinen, Publizisten und Politiker. Die Sorge, ob die Menschheit die Katastrophe eines Nuklearkrieges verhindern kann, steht neben den Verheißungen der „Informationsgesellschaft“; die Unverzichtbarkeit von Utopien wird gleichermaßen vertreten wie die These, die Weichen in die Zukunft seien längst gestellt. Alle politischen Kräfte diskutieren programmatische Fragen oder gar Dokumente; in der Linken und in der Arbeiterbewegung wird zunehmend debattiert über Maßstäbe und Realisierbarkeit gesellschaftlicher Alternativen zum gegenwärtigen Kurs dieses Landes.

Vor diesem Hintergrund wurde das vorliegende Jahrbuch konzipiert, wurden seine Beiträge verfaßt. Sie greifen wichtige Überlegungen und Zwischenergebnisse der skizzierten Zukunftsdiskussion auf und verdichten sich zu der These: Von der Produktivkraftentwicklung bis zur Lebensweise, von der Stellung in den globalen Problemen bis zur Veränderung der Sozialstruktur befindet sich die Bundesrepublik in einem tiefgreifenden Umbruch. Wie entwickeln und ballen sich die Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus? An welchen Konflikten können sie kristallisieren und zum Auslöser von Massenbewegungen werden? Wie äußern sich Widerstandspotentiale und wie sind die Kräfte zu formieren, die eine Wende gegen die Interessen des Monopolkapitals erzwingen? Öffnet sich aus den gegenwärtigen Umbrüchen eine sozialistische Perspektive?

Von marxistischer Position aus nach Antworten auf diese Fragen und Herausforderungen zu suchen, ist unverzichtbar, wenn die Sozialisten und die klassenautonomen Kräfte der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik ihrer Verantwortung gerecht werden wollen, wenn sie die Möglichkeiten eines demokratischen Wegs aus der Krise ergreifen wollen. Die Formierung eines Blocks der Veränderung verlangt von *allen* Kräften der Linken und der Arbeiterbewegung eine neue Qualität im Bemühen, Punkte praktisch-politischer Berührung und Übereinstimmung zu finden und theoretisch-ideologische Kontroversen ohne Ausgrenzungen zu führen. Daher haben wir in diesem Band ein breites Spektrum von Positionen versammelt: Linkssozialistische, sozialdemokratische und grün-alternative Autoren sind neben Marxisten und Kommunisten mit eigenen Beiträgen vertreten. Daß der Themenschwerpunkt sich damit weit über den bisher üblichen Umfang ausdehnt, schien uns hierfür kein zu hoher Preis.

Im ersten Block von Beiträgen werden übergreifende Gesichtspunkte und Maßstäbe für die Zukunfts- und Alternativendebatte entwickelt. Die Autoren umreißen die historische Dimension der gegenwärtigen Umbruchperiode angesichts der Bedrohung der Menschheitsexistenz durch Atomkrieg und ökolo-

gische Katastrophen und erörtern Notwendigkeit und Methode marxistischen Zukunftsdenkens. In einer Sammelrezension werden wichtige Positionen der bisherigen wissenschaftlichen und politischen Diskussion über Situation und Weg der BRD-Gesellschaft kritisch vorgestellt.

Zu den internationalen Faktoren, die für Krisenwahrnehmung und Alternativendebatte in der Bundesrepublik bedeutsam sind, zählt die Bewältigung der Aufgaben, die sich dem Sozialismus mit der wissenschaftlich-technischen Revolution und dem Übergang zu einem intensiven Wachstumstyp stellen. Beiträge aus der Sowjetunion, der DDR und Ungarn erörtern diese Fragen.

Der folgende Block hat Entwicklungen auf Feldern zum Gegenstand, die die Rahmenbedingungen für Zukunftskonzepte des staatsmonopolistischen Kapitalismus wie der antimonopolistischen Kräfte abstecken: Produktivkraftsystem; globale Probleme; ökologische und ökonomische Krisentrends; Varianten wirtschaftspolitischer Strategien; Bevölkerungsentwicklung, Sozial- und Klassenstruktur; politisches System; Grundkonstellationen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Hier werden weniger statistisch begründete Prognosen geboten als mögliche und wahrscheinliche Entwicklungslinien und Konfliktfronten.

Die Autoren des folgenden Abschnitts geben Ein- und Überblicke zur Zukunftsdiskussion wesentlicher sozialer und politischer Kräftezentren der Bundesrepublik. Untersucht werden programmatische Diskussionen und Gruppierungen im Bereich von CDU/CSU, SPD, Grünen, DKP sowie in den christlichen Kirchen.

Anschließend folgen Stellungnahmen von Politikern aus unterschiedlichen politisch-ideologischen Strömungen der Linken zur Frage der Redaktion nach Problemfeldern, Alternativen, Bündniskonstellationen, Politikformen der nächsten Jahre.

Ein umfangreicher Block ist der Debatte um zukünftige Konfliktbereiche gewidmet. In kurzen Stellungnahmen umreißen jeweils mehrere Autoren ihre Position zu Alternativen auf verschiedenen Politikfeldern. Wir haben uns bemüht, jeweils ein Statement aus dem marxistischen Spektrum mit Auffassungen aus der linkssozialistischen, sozialdemokratischen und/oder grün-alternativen Diskussion zu konfrontieren.

Die abschließenden Beiträge außerhalb des Themenschwerpunkts führen Forschungslinien früherer Jahrbücher weiter. An Beiträge in Jahrbuch 7, 1984, zu Alternativorientierungen in der Wissenschaft schließt der Aufsatz über Wissenschaftsläden in der Bundesrepublik an. Aus der Marx-Engels-Forschung kommt diesmal eine Analyse der Marxschen Gedanken über die „neue Straftheorie“ in der „Heiligen Familie“.

Mit dem Erscheinen dieses Bandes liegt der erste Jahrbuch-Jahrgang vor, der aus zwei Lieferungen (Band 8 und 9) besteht. Damit wollen wir den Kreis der Themen und Autoren erweitern, um so der Entwicklung marxistisch orientierter Arbeit in den Wissenschaften — zunehmend auch in der internationalen Dimension — Rechnung zu tragen. Eine zweite Neuerung: Wer sich für den Dauerbezug der „Marxistischen Studien“ entscheidet, erhält sie regelmäßig ohne Versandkosten mit einem Preisnachlaß von 20%.

Abschließend eine Information über die weitere Jahrbuch-Planung. Band 10 (Frühjahr 1986) enthält im Zentrum Beiträge von Psychologen, Pädagogen und Philosophen aus kapitalistischen und sozialistischen Ländern Europas und Kanada zur Diskussion um marxistische Persönlichkeitstheorie. Band 11 (Herbst 1986) wird sich schwerpunktmäßig mit aktuellen Fragen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus befassen, v. a. mit der Untersuchung verschiedener nationaler Varianten der Hegemonie- und Entwicklungstypen des SMK auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise. Band 12 (Frühjahr 1987) trägt den Arbeitstitel „Internationale Tendenzen der Marx-Engels-Forschung“. Band 14 (Frühjahr 1988) soll sich vor allem dem Thema „1789 — 1989: Zur Aktualität der marxistischen Revolutionstheorie“ widmen.

Frankfurt am Main
August 1985

Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)

Umbruchperiode? Die BRD bis zum Jahr 2000*

Heinz Jung

1. Zeithorizonte und Zukunftsdiskussion heute — 2. Was sind die Grenzen des Kapitalismus? — 3. Umbruchperiode? — 4. Der Krisentyp des heutigen Kapitalismus — 5. Staatsmonopolistisch deformierte Vergesellschaftung — 6. Die Kräfte der Umgestaltung und die Kampflinien — 7. Vor dem Übergang zu einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante des SMK in der BRD?

1. Zeithorizonte und Zukunftsdiskussion heute

Bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts sind es noch 15 Jahre. Das ist in geschichtlichen Zeiträumen eine kurze Frist. Und doch werden in diesen Jahren für die Menschheit Entscheidungen zu treffen sein, von denen ihre weitere Entwicklung abhängt. Es geht um die reale Gefahr der Vernichtung der Zivilisation, ja menschlicher Existenz, bei Ausbruch eines thermonuklearen Krieges. Die Apokalypse heute hat eine säkularisierte und wissenschaftlich beschreibbare Gestalt.

Dies ist die schrecklichste Alternative, die der Kapitalismus in seiner an Krisen, Katastrophen, Kriegen und Verbrechen jeder Art wahrlich nicht armen Geschichte hervorgebracht hat und die die Menschheit um ihrer Weiterexistenz willen bewältigen muß, noch bevor sie die Kräfte gesammelt haben wird, dieses Gesellschaftssystem hinter sich zu lassen. Sicher ist die Erzielung des militärstrategischen Gleichgewichts durch den Sozialismus in den 60er und 70er Jahren eine der größten Errungenschaften zur Sicherung des gesellschaftlichen Fortschritts und eines wenn auch unsicheren und ständig gefährdeten Friedens. Und sicher wird von der Erhaltung dieses Gleichgewichtes die weitere Sicherung dieses Friedens abhängen. Aber wer könnte diese Errungenschaften feiern angesichts der damit nicht gebannten Gefahren und ihrer ins Unermeßliche wachsenden Dimensionen? Die Kommunisten nicht. Sie¹ gehen davon aus, daß mehr Sicherheit nur durch Abrüstung zu erreichen

* Dieser Beitrag wurde nach der Lektüre eines Großteils der Aufsätze und Stellungnahmen dieses Bandes von *Marxistische Studien* verfaßt. Der Autor verdankt ihnen einen wesentlichen Teil der Fragestellungen, Argumente und Anregungen. Selbst wenn er hier – auch aus redaktionstechnischen Gründen – keinen verbalen Bezug zu ihnen herstellt, fühlt er sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, und betont den inhaltlichen Zusammenhang.

¹ Zu verweisen ist hier auf die laufenden Stellungnahmen, offiziellen Erklärungen und Vorschläge der UdSSR, der DDR und anderer sozialistischer Staaten und ihrer Repräsentanten sowie der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, einschließlich der DKP. Für zusammenfassende theoretische Abhandlungen vgl.: B. N. Ponomarjow, *Der Kommunismus*

ist, durch die Errichtung einer Friedensordnung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Vielleicht wird man im Jahr 2000 rückblickend auch für die BRD sagen, daß die Entwicklung der Friedensbewegung und eines breiten Problembewußtseins in der Bevölkerung für dieses Land der Beginn einer Wende war. Man kann hier auch daran erinnern, daß die radikalste und weitreichendste Revolution der Weltgeschichte, die Oktoberrevolution 1917 in Rußland, ihr Vehikel in der Friedensfrage fand,² freilich in einer kaum wiederholbaren geschichtlichen Situation. Sollten sich jedoch die Machthaber eines staatsmonopolistischen Rüstungs- und Kriegskapitalismus, wie er sich in den Konturen in *Reagans* USA abzeichnet, dem Friedenswillen bewußter und aktiver werdender Massen entgegenstellen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Friedensfrage zum Vehikel der Freisetzung des sozialen Antagonismus des heutigen Kapitalismus werden wird.

Umbruchperioden setzen aber nicht nur apokalyptische Ängste frei, sondern auch die Hoffnungen und Sehnsüchte nach einer anderen und besseren Welt nehmen im Massenbewußtsein Gestalt an und die fortschrittlichsten Gedanken der Epoche erhalten die Chance, zu ihren Orientierungspunkten zu werden. Die dialektischen Möglichkeiten der Entwicklung machen sich so auch im Bewußtsein geltend und gehen der realen Entwicklung voran.

Wie die Geschichte zeigt, ist dies kein gradliniger kontinuierlicher Prozeß, sondern ein durch Diskontinuitäten und Sprünge gekennzeichnete Gang der Entwicklung, dessen Erfassung sich von vornherein positivistischer Registratur und Fortschreibung versperrt und das Denken in Widersprüchen und Brüchen verlangt; und dies um so mehr, je stärker sich die Entwicklung beschleunigt und der Übergang von einer Phase relativer Stabilität und Kontinuität in eine Periode des Umbruchs erfolgt.

In diesem Zusammenhang kann es auch aufschlußreich sein, einen Blick in die Geschichte zu werfen. 1774 wurde in Frankreich unter dem Jubel des Volkes Ludwig XVI. gekrönt. 15 Jahre später, 1789, hatten sich alle Reformversuche aufgebraucht, und es begann die große Revolution der Franzosen. 1902 hätte kaum jemand etwa für Rußland vorherzusagen gewagt, welche Ereignisse bis 1917 die Entwicklung bestimmen und daß gerade hier der Sozialismus weltgeschichtlich zum Durchbruch kommen würde. Auf der anderen Seite: Obwohl 1918/19 die wenigsten der Republik von Weimar Stabilität und Dauer zugesprochen hatten – daß nur 15 Jahre später das deutsche Volk vom Faschismus, einem der verbrecherischsten Regimes der Weltgeschichte, überwältigt werden sollte und er in der Lage sein würde, die Deutschen für seine verbrecherischen Ziele und Zwecke zu mißbrauchen, konnte damals kaum erwartet werden.

mus in der sich verändernden Welt, Frankfurt/Main 1984, S. 125 ff.; W. W. Sagladin (Red.), Die internationale kommunistische Bewegung, Berlin/DDR 1984, S. 113 ff.; Autorengruppe, Triebkräfte des revolutionären Weltprozesses, Berlin 1983 (Moskau 1981), S. 8 ff.; M. Schmidt, G. Basler, Koalition der Vernunft und des Realismus, in: IPW-Berichte, Berlin/DDR, Nr. 5/1985, S. 1 ff.

2 So konnte W. I. Lenin 1917 sagen: „Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alles bewegende Frage der Gegenwart.“ (W. I. Lenin, Werke, Berlin/DDR, Bd. 26, S. 239).

Es wäre durchaus reizvoll, diese Kette auszuweiten. Es sollte uns hier jedoch nur darauf ankommen, deutlich zu machen, daß eine historisch kurze Frist von 15 Jahren durch absoluten Szenenwechsel, durch Umbrüche, die zu Beginn niemand erwartet, bestimmt sein kann, und zwar dann, wenn Widersprüche in der Tiefe der Gesellschaft herangereift sind und die Notwendigkeiten und damit auch die Möglichkeiten zur Ablösung überfälliger Gesellschaftssysteme in den realen Gang der Ereignisse drängen. Es ist für Marxisten keine Frage, daß unser Zeitalter als Epoche des gesellschaftlichen Umbruchs, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus³ verstanden werden muß und daß dieser Übergang in den einzelnen Ländern und Regionen, in welchen konkreten Formen auch immer, nur als revolutionärer Bruch vollzogen werden kann. Diese Auffassung unterscheidet sie von allen Varianten des Sozialreformismus der Gegenwart. Es zeigen alle, auch die jüngeren geschichtlichen Erfahrungen, daß die „Logik des Kapitals“ weder überlistet noch reformistisch überwunden werden kann, sondern sehr schnell jeden Reformansatz an seine Grenzen führt und als „ökonomischer Sachzwang“ und sozialer und politischer Druck wirksam wird und entweder die Reformen zu energischen Maßnahmen zwingt, die den revolutionären Bruch der Machtverhältnisse nicht fürchten, oder den Rückwärtsgang einleitet. Die Grenzen des Kapitalismus zeigen sich gegenüber den Kräften der Reform in ihrer restriktiven Art und verweisen auf den harten Realitätsgehalt der marxistischen Kategorien Gesellschaftsformation, Eigentumsverhältnisse, Klassenherrschaft.

Aus diesen Gründen kann das Zukunftsdenken gesellschaftspolitischer Veränderung auch heute oder gerade heute nicht darauf verzichten, den Möglichkeiten des revolutionären Umbruchs Rechnung zu tragen und sie im Bewußtsein der nach Veränderungen drängenden Kräfte als Alternativen zu befestigen. Es ist jedoch nicht nur erforderlich, die Zukunft im dialektischen Verhältnis von Kontinuität und Bruch, Reform und Revolution, Revolution und Konterrevolution zu denken, sondern dies muß vom Standpunkt der Ausgebeuteten, Unterdrückten und Beherrschten, der um ihre Lebensmöglichkeiten und die Entfaltung ihrer Individualität Gebrachten getan werden. Wir wählen mit Absicht diese harten Begriffe, denn die Freisetzung des sozialen Antagonismus der kapitalistischen Gesellschaft wird gerade in Umbruchperioden diese Fronten hervortreten und aufbrechen lassen. Eine Theorie ist bekanntlich nicht radikal im Abstrakten, sondern sie wird es erst dann, wenn sie, wie *Marx* sagt, ad hominem, am Menschen demonstriert,⁴ wenn sie seine kon-

3 Vgl. K. Steinhaus, Eine universelle Revolution mit universellem Terrain, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, (im folgenden zitiert als IMSF-Jb) 8, 1/1985, S. 9 ff.; H. Jung, J. Schleifstein, Die materialistische Geschichtsauffassung und der Charakter unserer Epoche, in: IMSF-Jb., Sonderband I, 1983, S. 20 ff.; W. W. Sagladin (Red.), Die internationale kommunistische Bewegung, a.a.O., S. 5 ff.

4 „... allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird.“ (K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung (1843/44), Marx-Engels-Werke (MEW), Berlin/DDR, Bd. 1, S. 385.

kreten Existenzbedürfnisse auszudrücken und in ein Konzept der grundlegenden Gesellschaftsveränderung einzubinden vermag.

Alle theoretischen Überlegungen sowie die geschichtlichen Erfahrungen zeigen, daß eine „Stillegung“ der Klassengegensätze im Sinne einer vollständigen Integration und Manipulation der lohnarbeitenden Massen nicht möglich ist, sondern ihre mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der objektiven Vergesellschaftung der Produktion entstehenden Bedürfnisse immer wieder in Konfrontation mit den Grenzen und Anforderungen des Kapitals geraten, sich die sozialen Gegensätze also immer aufs Neue reproduzieren und aktualisieren. Dies muß in besonderem Maße für Perioden gelten, in denen der kapitalistische Reproduktionsprozeß durch sich verschärfende Krisenprozesse und Umbrüche im Produktivkraftsystem gekennzeichnet wird und die Arbeits- und Lebensweise der arbeitenden Massen einschneidenden Veränderungen unterworfen ist.

Zukunftsdiskussion ist somit immer auch Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse.⁵ Sie kann sich aber heute in der BRD weniger als jemals zuvor nur auf die innergesellschaftlichen Bedingungen beschränken. Die Fragen der Erhaltung und Sicherung des Friedens, der globalen Probleme, der Entwicklung der Dritten Welt, der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, der Rolle des Landes in Westeuropa und gegenüber den USA usw. sind nicht nur im formalen Sinne Rahmenbedingungen, sondern sie greifen unmittelbar in die inneren Prozesse ein und beeinflussen deren Reichweiten und Grenzen. Die Intensivierung der Wechselwirkung innerer und äußerer Faktoren ergibt sich zwangsläufig aus der fortschreitenden Internationalisierung des gesellschaftlichen Lebens.

Dies schlägt sich heute auch in der Programmdiskussion der Linken in der BRD nieder, und zwar bei allen Strömungen und Gruppierungen. Dies kommt am deutlichsten bei den „Thesen“,⁶ die die DKP zur Diskussion gestellt hat, zum Ausdruck. Aber auch die Programmdiskussion der Sozialdemokratie⁷ und der Grünen ist durch solche Einsichten geprägt.

Für das marxistische Zukunftsdenken spielt die prinzipielle Erkennbarkeit der Welt und die Gesetzmäßigkeit ihrer Zusammenhänge eine zentrale Rolle.

5 Vgl. zur von Marxisten der BRD eingenommenen Position: Utopie als Zukunftsdenken heute? Beiträge einer IMSF-Diskussion, in: Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, Nr. 1/1985, S. 85 ff.; 110 Jahre Marxsche „Kritik des Gothaer Programms“ und seine heutige Bedeutung, Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 3, Wuppertal 1985.

6 Thesen zum 8. Parteitag der DKP (Entwurf): Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit, für eine demokratische Wende. UZ-Eigenbeilage, UZ (Unsere Zeit, Düsseldorf) vom 28. 6. 1985 (nachfolgend zit. als DKP-Thesen).

7 Zur gegenwärtigen SPD-Programmdiskussion, mit der die SPD-Parteiführung eine Anpassung des Godesberger SPD-Programms von 1959 anstrebt, vgl.: Marxistische Standpunkte zur SPD-Programmdiskussion. Materialien einer IMSF-Diskussionsrunde, in: Marxistische Blätter, Nr. 5/1985; W. Abendroth u. a., SPD jenseits von Godesberg, Distelhefte 7, Heilbronn 1985; W. Brandt, Eindeutig als Partei des Friedens und der Abrüstung bestätigt. Rede auf dem SPD-Landesparteitag in Bremen, in: Frankfurter Rundschau v. 4. 7. u. 5. 7. 1985; laufende Beiträge in den Zeitschriften Sozialismus, Hamburg, und Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), Westberlin.

Das gestattet einen rationalistischen und realistischen Ansatz. Es ist sich jedoch auch der Relativität der gegebenen Einsichts- und Erkenntnismöglichkeit bewußt und sieht die Zukunft immer schon in den Elementen und Tendenzen der Gegenwart angelegt. In diesem Sinne geht der Kapitalismus mit dem Sozialismus schwanger⁸ und wird der ersten Phase des Sozialismus die zweite Phase des Kommunismus folgen, deren Bedingungen bzw. Kriterien wissenschaftlich definierbar sind. Dies ist ein weiter und kühner Griff in die Zukunft, dessen Radikalität dem Marxismus bis heute bekanntlich immer wieder den Vorwurf des Utopismus eingetragen hat, der aber deshalb nicht als Utopismus abgehandelt werden kann, weil seine Bedingungen und sozialen Träger, weil der Weg dorthin angegeben werden kann und deshalb geistige Sprünge von der Gegenwart in die Zukunft überflüssig sind. Insofern ist marxistisches Zukunftsdenken historisch die Überwindung und dialektische Aufhebung des utopischen Sozialismus und des Sozialutopismus als Formen bzw. Etappen progressiven gesellschaftlichen Denkens. Gleichwohl erstet der Sozialutopismus auch immer wieder aufs Neue, wenn und wo neue soziale Kräfte außerhalb der Arbeiterklasse und neben dem Marxismus nach vorn aufbrechen bzw. sich gegen diese kritisch definieren.⁹ Dies könnte heute von wichtigen Strömungen der Grün-Alternativen gesagt werden.

Selbst oder gerade weil der Marxismus seine Zukunftsvorstellungen wissenschaftlich zu begründen vermag, kann er dies, solange keine geschichtlichen Erfahrungen vorliegen, nur auf einer abstrakten Ebene. Tempo und zeitliche Horizonte können nur sehr grob angegeben werden. Die Ausgangspunkte verändern sich mit der Entwicklung des Kapitalismus und der internationalen Verhältnisse. Ökologiefragen waren vor 50 Jahren im heutigen Sinne noch kein gravierendes Problem, aus dem die Notwendigkeit des Sozialismus aktuelle Impulse empfangen konnte. Damalige Visionen, etwa die grundlegende Verkürzung der Arbeitszeit, sind inzwischen aktuelle Möglichkeiten. Somit muß sich auch marxistisches Zukunftsdenken aus dem konkreten und aktuellen historischen Milieu entwickeln und die herangereiften Fragen aufgreifen.

Weil die Einheit der Welt sich immer mehr als Realität geltend macht, werden die Unterschiede zwischen Ländern und Regionen stärker bewußt und spürbar. Das bedingt auch unterschiedliche Akzente marxistischen Zukunftsdenkens: Je mehr etwa in den sozialistischen Ländern die Zukunft „gemacht“ werden muß und kann, desto mehr ist ein exaktes wissenschaftliches und streng realistisches Programm erforderlich. Dies ist für Marxisten in entwickelten kapitalistischen Ländern nicht übertragbar, selbst wenn sie sehr sorgfältig und gewissenhaft die vorliegenden Erfahrungen des Übergangs zum Sozialismus und seiner Entwicklung zu studieren haben, um geistige und prakti-

8 Für K. Marx und F. Engels ergab sich dies vor allem aus der Rolle des durch den Kapitalismus geschaffenen Proletariats: „Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden — die modernen Arbeiter, die Proletarier.“ (K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei [1847/48], MEW, Bd. 4, S. 468).

9 Vgl. zu diesem Komplex: Autorenkollektiv, Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie (7 Bde), erster Band, Moskau und Berlin/DDR 1980 (Kap. IV: Der utopische Sozialismus und die Entwicklung der Arbeiterbewegung, S. 300 ff.).

sche Irrwege zu vermeiden. Vielmehr steht vor ihnen offensichtlich die Aufgabe, alle Tendenzen ihrer Realität, die in Bedürfnissen, Erfahrungen, wissenschaftlichen und vorwissenschaftlichen Einsichten usw. erkennbar sind und, mit welcher Bewußtheit auch immer, zur Infragestellung des kapitalistischen Systems drängen, in einem und für ein Konzept der revolutionären Ablösung des Kapitalismus zu mobilisieren. Dabei können auch die utopischen Momente im zeitgenössischen antikapitalistischen Denken nicht übergangen oder links liegen gelassen werden, vielmehr kommt es auf die Aufnahme ihrer Impulse im Prozeß der kritischen Auseinandersetzung an.

2. Was sind die Grenzen des Kapitalismus ?

In jeder Periode krisenhaften Umbruchs stellt sich die Frage nach den Grenzen des Systems, nach den Grenzen des Kapitalismus. Das macht es auch heute erforderlich, diese Frage zu erörtern.

Marxisten verstehen unter Kapitalismus¹⁰ jene Gesellschaftsformation, deren Kernstrukturen das kapitalistische Eigentum, das Kapitalverhältnis mit seinem sozialen Antagonismus und die kapitalistische Warenproduktion sind. Diese Gesellschaftsformation kommt zur Herrschaft mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktion und dem gesellschaftlichen Sieg der Bourgeoisie im an den Knotenpunkten revolutionären Ablösungsprozeß des Feudalsystems. Dies bedeutet die Entfaltung der kapitalistischen Produktion zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mit ihrem jeweils adäquaten gesellschaftlichen Überbau und Herrschaftssystem, in dessen Zentrum der bürgerliche Staat steht.

Es ist eine in den letzten Jahren hinreichend erörterte Frage, daß und wie sich das Kapital mit dem Wirksamwerden seiner inneren Widersprüche in der Entfaltung seiner Produktionsweise immer wieder und notwendigerweise Schranken errichtet. Diese vermag es nur in krisenhaften Anpassungs- und Umbruchprozessen und um den Preis der Untergrabung der Naturgrundlagen der gesellschaftlichen Produktion und Existenz, der Deformierung der Produktivkräfte und massenhafter Verluste an produktiven Potenzen und gesellschaftlichen Ressourcen zu überwinden, um sie auf neuem gesellschaftlichem Niveau erneut hervorzubringen.

Die kapitalistische Formation ist somit nicht nur krisenhafte Reproduktion gleichbleibender Strukturen und Widersprüche, sondern spiralenmäßig, zyklisch verlaufender Entwicklungsprozeß. *Karl Marx* empfahl deshalb, den Kapitalismus nicht als einen festen Kristall zu sehen, sondern als einen Organismus.¹¹ Dies schließt ein, daß die kapitalistische Formation eine Entwicklung durchläuft und ihre Genese als Nacheinander von Entwicklungsstadien

10 Vgl. den knappen Überblick bei: H. Jung, J. Schleifstein, *Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 1979, S. 12 ff.

11 K. Marx, Vorwort zur ersten Auflage von „Das Kapital“, Erster Band (1867), MEW, Bd. 23, S. 16 („... daß die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist“).

gesehen werden kann. Sie unterscheiden sich nach aus dem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und des Vergesellschaftungsprozesses resultierenden Kennzeichen, so vor allem der herrschenden Kapitalform, der Organisation der Klassenherrschaft, dem Internationalisierungsgrad, dem spezifischen Typ der Produktivkräfte, dem Entwicklungsgrad des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital und der Klassenstruktur, der welthistorischen Entfaltung dieses Gegensatzes bis zum Antagonismus von Imperialismus und Sozialismus u. a.

Diese Formen haben sich verändert und werden sich weiter verändern. Sie bedeuten jedoch nicht die Überschreitung der „Systemgrenze“, sondern die Durchbrechung jeweils spezifischer und historischer Schranken des Kapitalismus in meist krisenhaften Anpassungsprozessen. Damit verändern sich jedoch auch die jeweiligen objektiven und, dadurch bedingt, subjektiven Bedingungen des revolutionären Bruchs. Ihre historische Tendenz wird mit dem Begriff der Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und kapitalistischer Aneignungsweise gefaßt, dem kapitalismusspezifischen Ausdruck der Nichtübereinstimmung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.

Man muß daran erinnern, daß es für den Kapitalismus einen aus der ökonomischen Entwicklung ableitbaren Zusammenbruch nicht gibt.¹² Wie verheerend die Wirtschaftskrisen und ihre sozialen Folgen auch ausfallen mögen, der Kapitalismus als Produktionsweise und Herrschaftssystem bricht damit nicht zusammen, aber dies schafft Bedingungen, in denen eine revolutionäre Situation heranreifen kann und das revolutionäre Subjekt der Epoche die Chance des Bruchs erhält.

Eine Transformation des Kapitalismus ist auch nicht denkbar durch die Erhöhung der Staatsquoten der Umverteilung, Produktion, der Beschäftigung usw. Insofern ist die Vorstellung eines Minimums an „antikapitalistischen Strukturereformen“,¹³ mit denen der Umschwung angeblich eingeleitet werden kann, eine mechanistische Vorstellung, wenn sie nicht mit der Entwicklung breiter Massenbewegungen und -kämpfe verknüpft ist, die zur Infragestellung und Überwindung der politischen Herrschaft des Kapitals führen.

Allerdings besitzt diese Vorstellung insofern einen rationalen Kern, als sich mit wachsendem Vergesellschaftungsgrad und seinen genannten Ausdrucksformen die Bedingungen der Etablierung des Sozialismus günstiger gestalten als in vorhergehenden Entwicklungsphasen. Das ist auch der Kern in *Lenins* Überlegungen von der Entwicklung gesellschaftlicher Formen der Leitung und Lenkung der Wirtschaft unter dem staatsmonopolistischen Kapitalismus,

12 Die Diskussion um dieses Problem wurde unter den Marxisten schon um die Jahrhundertwende geführt. Damals legte die Interpretation der Marxschen Reproduktionstheorie durch die bedeutende marxistische Theoretikerin und große Revolutionärin Rosa Luxemburg einen solchen Schluß nahe. Sie wurde u. a. widerlegt von W. I. Lenin.

13 Eine solche Meinung wurde in der ersten Hälfte der 70er Jahre vom reformistischen Flügel der Jungsozialisten in der SPD vertreten. Vgl. zur damaligen Debatte: Ch. Butterwegge, SPD und Staat heute, Westberlin 1979, S. 510 ff.

deren sich ein sozialistisches Regime der Übergangsperiode bedienen kann, also dem Heranreifen der materiellen Elemente des Sozialismus.¹⁴

Wenn wir für die überschaubare Zukunft in bestimmten Sektoren mit der schubartigen Durchsetzung von Systemen der automatisierten Produktion rechnen können, so wird damit nicht die Auflösung der kapitalistischen Warenproduktion einhergehen. Aber es wird zweifellos zu weiteren Zersetzungserscheinungen kommen, wenn man die Verschärfung der Widersprüche und die weitere Modifikation des ökonomischen Regulierungssystems des SMK als solche ansieht und an der kapitalistischen Konkurrenz als einem System spontaner ökonomischer Selbstregulierung „mißt“. Zweifellos werden zu den alten Gründen für die gesellschaftliche Neuorganisation neue hinzutreten, aber ein evolutionär reformistisches Überschreiten der Grenzen des Kapitalismus wird damit nicht verbunden sein.¹⁵

Wenn man in der gegenwärtigen Umbruchperiode nach den Grenzen des Kapitalismus fragt, dann muß Antwort gegeben werden auf folgende Probleme:

– Wie und mit welcher Tendenz werden sich die ökonomischen und sozialen Widersprüche im nationalen und internationalen Rahmen und ihre Wechselwirkung entwickeln? Würde man nicht von einer Verschärfung der Widersprüche ausgehen, so wäre es völlig überflüssig, die Notwendigkeit und Möglichkeit eines grundlegenden Bruchs in Erwägung zu ziehen.

– Welche sozialen Kräfte werden in Verfolgung ihrer materiellen Interessen (und dies im weitesten Sinne verstanden) die Widersprüche nach vorne lösen können? Gibt es diese Kräfte nicht, so ist ein Bruch mit der Logik des Kapitals nicht möglich.

– Wie sind die Bedingungen zur Formierung des handelnden revolutionären Subjekts, zur Entwicklung seiner Fähigkeiten zum Zusammenschluß der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse und anderer lohnabhängiger Schichten in den Kämpfen und seines Vermögens, jene Alternativen zu entwickeln, die ein Ansteigen der Energie und des Umfangs der Massenbewegungen und -kämpfe fördern? Ohne diese auf den Bruch mit dem kapitalistischen System hinarbeitenden und organisierten Kräfte wird und muß jede revolutionäre Krise mit der Niederlage der Arbeiterklasse und der Restabilisierung des Kapitalismus enden.

Diese Fragestellungen sind für die Arbeiterbewegung und den Marxismus nicht neu.¹⁶ Man muß sich jedoch heute wieder an sie erinnern, wenn das Pro-

14 Vgl. W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, Werke, Bd. 25, S. 331 ff.

15 Zur Diskussion um Reform und Revolution und einen marxistischen Standpunkt vgl.: J. Schleifstein, Zur Geschichte und Strategie der Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1975, S. 254 ff.

16 Besondere Verdienste in der Klarstellung der marxistischen Positionen hatte sich schon um die Jahrhundertwende in der Auseinandersetzung mit Eduard Bernsteins Revisionismus Rosa Luxemburg erworben. Vgl. R. Luxemburg, Sozialreform und Revolution (1899), in: Gesammelte Werke, Bd. 1, Berlin/DDR 1970, S. 375 ff.

blem der Grenzen des Kapitalismus aufgeworfen wird und man für die nächsten Jahrzehnte auch für entwickelte kapitalistische Länder ernsthaftere soziale Erschütterungen zu erwarten hat.

3. Umbruchperiode ?

Bevor wir im nächsten Abschnitt auf den Krisenprozeß des heutigen Kapitalismus eingehen, seien hier einige Veränderungen skizziert, die diesem zugrunde liegen.

Wir hatten schon eingangs darauf verwiesen, daß die moderne Militärtechnologie und die neuen Waffensysteme unter den gegebenen politischen und sozialen Bedingungen das Überleben der Menschheit und die Erhaltung des Friedens zum wichtigsten und aktuellsten Problem haben werden lassen. In dieser Zwecksetzung sind die Produktivkräfte des wissenschaftlichen Zeitalters in Destruktivkräfte umgeschlagen. Dies bedeutet in der Tat den radikalsten Umbruch in den Existenzbedingungen nicht nur einer Klasse oder eines Landes, sondern der gesamten Menschheit. Die Gefahren ergeben sich nicht nur aus der Konfrontation der sozialökonomischen Systeme und der militärischen Blocks, die durch die Politik des Imperialismus herbeigeführt und durch den Kurs des US-Imperialismus verschärft wurde, sondern auch aus der Tendenz zur Verallgemeinerung der modernen Vernichtungstechniken.¹⁷ Es ist heute nur eine Frage der Zeit, daß auch kleinere Mächte und Kleinststaaten, falls durchgreifende internationale und universelle Friedensordnungen nicht durchgesetzt werden, in den Besitz von Atomwaffen kommen werden. Es bedarf keiner allzu großen Phantasie, um sich vorzustellen, was dies etwa im gegenwärtigen Nahost-Konflikt oder in der Auseinandersetzung zwischen den neuen bürgerlichen Nationalstaaten Iran und Irak bedeuten könnte. Die Auswirkungen und Folgen auch regionaler Atomkriege wären zweifellos globaler Natur.

Diese Entwicklungen verweisen auf den gewaltigen Schub von Wissenschaft und Technik, der in den letzten 40, 50 Jahren stattgefunden und sich am schnellsten und intensivsten im Militär- und Rüstungssektor realisiert hat. Nach den bekannten gewaltigen Rüstungsprogrammen des Pentagon muß in den kommenden Jahren mit einer weiteren Beschleunigung dieses Schubs gerechnet werden.

Was die „Produktpalette“ betrifft, so hat sich die wissenschaftlich-technische Revolution im Militärwesen, im Unterschied zum zivilen Sektor, längst durchgesetzt. Im zivilen Sektor und damit in der Breite der Volkswirtschaft ist die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution erst punktuell und in den Anfängen. Aber unter dem Druck der internationalen Konkurrenz ist in den internationalen Konzernen und den entwickelten kapitalistischen Ländern ein sich kumulierender Prozeß in Gang gekommen, der zu einschnei-

¹⁷ Vgl. J. Reusch, Friedens- und Konfliktforschung in der BRD, IMSF-Informationsberichte 40, Frankfurt/Main 1985.

denden Änderungen im System der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Arbeit führen wird.¹⁸

Die Automation und Roboterisierung wird sich vorerst in den Kernbereichen der industriellen Massenproduktion¹⁹ durchsetzen und zur Verdrängung lebendiger Arbeit aus der Produktionslinie und dann oder gleich- oder vorlaufend aus den vor- und nachgelagerten Bereichen führen. Das Revolutionäre der Änderungen im Produktions- und Arbeitsprozeß mit der Verbreitung der Mikroprozessoren- und Optotechniken besteht darin, daß die Steuerungs-, Überwachungs-, Gedächtnis-, Informationsverarbeitungs- usw. -funktionen, also traditionell geistig-psychische Funktionen der Arbeitskraft, auf materielle Systeme übertragen und vernetzt werden können und damit eine gewaltige Potenzierung ihres Wirkungsgrades hervorrufen.²⁰ Die Anwendungsmöglichkeit der neuen Technik ist universell. Sie im Konkreten zu beschreiben, ist nicht Gegenstand dieses Artikels. Von ihren Konsequenzen her beurteilt, wird sie jedoch zu einer Umgestaltung des bisher bestehenden Systems der Arbeitsteilung führen.

Dies wird die Berufsstrukturen, die Qualifikationen und die Typen der Arbeitsverausgabung betreffen. Die Unterschiede zwischen früher gegeneinander abgeschotteten Betriebsbereichen (Werkstatt, Büro, technische Entwicklung usw.) werden eingeebnet werden. Die neuen Technologien ermöglichen eine größere Variationsbreite in der Gestaltung der Arbeitsorganisation und des Produktionsablaufes. Der technologische „Sachzwang“ kommt damit unter einen stärkeren Legitimationsdruck, was in der Tendenz schon heute überall dort zu erkennen ist, wo die neuen Systeme eingeführt werden. Es kann angenommen werden, daß sich unter fortbestehenden kapitalistischen Verhältnissen auch das System der Fabrik- und Bürohierarchie umgestalten wird. Zum einen werden Tendenzen objektivierter technischer Kontrolle zunehmen und nun mit einer ungleich stärkeren, die ganze Persönlichkeit des Arbeitenden erfassenden Intensität wirksam werden; zum anderen werden sich die bisher aus den Büros bekannten Formen bürokratischer Kontrolle, wenn auch modifiziert, verallgemeinern.

Die Rolle der Wissenschaft als einer mittelbaren und unmittelbaren Produktivkraft wird weiter zunehmen. Vom wissenschaftlichen Fortschritt wird zunehmend die Umgestaltung der Produktion und der Produkte beeinflußt werden. Die Wissenschaft wird sich weiter ausdifferenzieren und neue Bereiche durchdringen. Randbereiche der Forschung können mit ihren weitreichenden Anwendungsmöglichkeiten und Ergebnissen schnell ins Zentrum des Interesses und der Auseinandersetzung rücken (z. B. Genbiologie). Die Frage gesellschaftlicher Kontrolle der Wissenschaft erlangt damit wachsende Bri-

18 Vgl. P. Fleissner, Automaten statt Menschen? in: P. Fleissner, F. Deppe (Hrsg.), Arbeiterklasse — gibt's die noch?, Wien 1985, S. 5 ff. (Materialien der Marxistischen Woche, Salzburg Oktober 1984).

19 A. Leisewitz, Flexibilisierung und Kontrolle, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 175 ff.

20 A. Leisewitz, Neue Technologien und Arbeiterklasse, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 84 ff.

sanz und Bedeutung. Dies gilt nicht nur für die Natur-, sondern auch für die Gesellschaftswissenschaften. Dies wird schon heute bei den neuen Informations- und Kommunikationssystemen deutlich, deren Anwendungsbedingung die wissenschaftlich-analytische Durchdringung technologischer, ökonomischer und sozialer Zusammenhänge ist.

Dieser Prozeß wird, wie heute schon erkennbar, auch den politisch-staatlichen Bereich erfassen, das Potential der Repressions- und Überwachungsapparate effektivieren, aber sich auch in den ökonomischen und sozialpolitischen Apparaten, in der Administration, Justiz, Finanzverwaltung usw. durchsetzen.

Während in der unmittelbaren Produktion ein geringer werdender Teil der gesellschaftlichen Arbeit angewendet werden wird, und zwar sowohl im betrieblichen als auch im volkswirtschaftlichen Rahmen, wird der Umfang der vor- und nachgelagerten Funktionen des produktiven Gesamtarbeiters wachsen. Unter den Bedingungen zunehmender Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses ist es unvermeidlich, daß auch die kommerzielle Sphäre weiter wachsen wird, obwohl ähnlich wie in der Produktion auch die Bereiche der Realisierung der materiellen Waren zunehmender Rationalisierung zugänglich und unterworfen werden. Eine Haupttendenz der Umschichtung der gesellschaftlichen Arbeit wird die Ausweitung der reproduktiven Sphäre betreffen, also jener Bereiche, die sich auf die Reproduktion der Arbeitskraft in einem weiteren Sinne beziehen. Hierin drückt sich eine Entwicklungsbedingung der modernen Produktivkräfte aus, die in der Tendenz die allseitige Entwicklung der Individualität und Disponibilität der Träger der lebendigen Arbeitskraft erforderlich macht.

Diese Prozesse sind keinesfalls neu, sondern schon seit längerer Zeit erkennbar. Sie dürfen in ihrer kurzfristigen gesamtgesellschaftlichen Wirkung auch keinesfalls überzeichnet werden, aber dennoch gehen von ihnen die strukturbestimmenden Wirkungen aus. Ihre Durchsetzung unter staatsmonopolistischen Bedingungen im allgemeinen und unter verschärften kapitalistischen Krisenbedingungen im besonderen kann nur um den Preis zunehmender sozialer Spannungen und Friktionen erfolgen. Um sie werden sich wesentliche Konfliktfelder der kommenden Periode aufbauen. Sie betreffen die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Qualifikationsentwertung auf der einen und der neuen Qualifikationsanforderungen auf der anderen Seite, den sozialpolitisch zu vermittelnden Ausbau der Reproduktionssphäre, was eine Ausweitung der Sozialquoten notwendig macht und auf die Verwertungsinteressen des Kapitals stößt usw. Für die Herausbildung des neuen Produzententyps wird die Reproduktionskomponente ein größeres Gewicht als jemals zuvor in der Vergangenheit haben.

Die Auswirkungen auf die Klassen- und Sozialstruktur liegen schon heute auf der Hand:²¹ Die Anteile der manuellen und gering qualifizierten Arbeits-

21 Vgl. an neueren Untersuchungen: A. Menzel, *Klassenstruktur und politische Bewegung. Beispiel Hamburg: Gewerkschaftliche und neue soziale Bewegungen*, Soziale Bewegungen, Analyse und Dokumentation des IMSF 15, Frankfurt/Main 1985; H. Jung, *Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6*, 1983, S. 44 ff.

kräfte alten Typs werden zurückgehen; die Zwischenbereiche qualifizierter Fach- und Angestelltenarbeit werden sich differenzieren und neu strukturieren; die Bereiche qualifizierter Arbeit werden weiter Anteilgewinne verzeichnen. Das gesellschaftliche Gewicht der qualifizierten Gruppen der Arbeiterklasse sowie der lohnabhängigen Mittelschichten und der lohnabhängigen Intelligenz sowie die vor allem über Reproduktionsinteressen vermittelten sozialen Interaktionen zwischen ihnen werden, begünstigt durch die neuen Bildungsprofile und kulturellen Orientierungen, weiter zunehmen.

In der Haupttendenz wird der Sektor der selbständigen Mittelschichten weiter schrumpfen, was nicht ausschließt, daß er immer wieder und für längere oder kürzere Fristen neue Entwicklungsbedingungen auf neuen Feldern der Wirtschaft und in Märkten findet. In vieler Hinsicht wird die neue Technik eine Neukonditionierung der Einbeziehung dieser Schichten in die Interessenbereiche der Konzerne ermöglichen. Dies gilt auch für Entwicklung, Erprobung und Anwendung neuer Technik. Es ist jedoch völlig offensichtlich, daß selbst prosperierende Gruppen, ganz abgesehen von diesen Schichten als Gesamtheit, eine Zukunft als ökonomischer oder sozialer Faktor von Gewicht nicht haben werden.

Die weitere „Vergesellschaftung“ des Kapitalverhältnisses auf dem Niveau der Einzelkapitale, der Monopolverbände und des staatsmonopolistischen Systems wird den Umfang der funktionell aggregierten Gruppen (Manager, obere Staatsfunktionäre u. a.) der Bourgeoisie und Monopolbourgeoisie weiter wachsen lassen.

In die kapitalistischen Krisenprozesse eingeschlossen ist die Wirksamkeit des Mechanismus von relativer Überbevölkerung, industrieller Reservearmee und beschäftigtem Teil der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des SMK und eines hohen Internationalisierungsgrades. Pauperisierungsprozesse realisieren sich nun nicht zuletzt über Restriktionsmaßnahmen der Sozialpolitik. Es ist heute schon unbestritten, daß vor allem mit der andauernden Jugendarbeitslosigkeit ein wahrscheinlich vor allem destruktives Konfliktpotential heranwächst, das die gesamte demokratische Bewegung vor ernsthafte Anforderungen stellen wird. Ebenfalls deutlich erkennbar sind die Segmentierungsprozesse in der Arbeiterklasse — bedingt durch regionale und sektorale Strukturkrisen und generell einen krisendurchsetzten Akkumulationstyp des Monopolkapitals. Noch nicht abschätzen läßt sich, in welchem Maße die neue Technik für einen neuen Typ von Heimarbeit und Verlagssystem Raum schaffen wird. Damit entstünden neue Bereiche ungeschützter Lohnarbeit. Daß es dafür kapitalistische Interessen gibt, dürfte kaum zu bestreiten sein, und daß gerade eine Zweisektorenwirtschaft zur Basis monopolistischer Expansion werden kann, zeigt das japanische Beispiel.

Man muß beachten, daß sich diese Prozesse mit den unmittelbaren Umschichtungs- und Folgewirkungen der Durchsetzung der neuen Produktivkräfte verflechten und damit der Situation eine besondere Brisanz verleihen können. Diese wird sich nicht als unmittelbare Resultante ökonomischer und sozialstruktureller Faktoren ergeben, sondern bedarf eines kulturellen und politischen Resonanzbodens, der durch den Klassenkampf geschaffen werden

kann. Denn trotz der Einschränkung des inneren Marktes und des Anwachsens sozialer Gebrechen und Defekte führt eine „Zweidrittelgesellschaft“ für sich genommen noch nicht zur Infragestellung des Systems oder zum Zusammenbruch der kapitalistischen Akkumulation. Freilich werden damit für die beschäftigten Teile der Arbeiterklasse und der übrigen lohnabhängigen Schichten, selbst wenn ihre Reallöhne nicht oder nur wenig beeinträchtigt sind, einschnürende Anpassungszwänge in Gang gesetzt.

In diesem Rahmen müssen auch die Tendenzen zur Herausbildung einer sogenannten Dualwirtschaft beurteilt werden.²² Es kann nicht erwartet werden, daß von einem kleinbetrieblich strukturierten Niedriglohnsektor, selbst dann, wenn er sich z.T. auf genossenschaftlicher oder Selbsthilfebasis formiert und hierarchische Zwänge der innerbetrieblichen Arbeitsteilung entfallen, wesentliche Umgestaltungspotentiale freigesetzt werden. Gleiches trifft auch auf die „Schattenwirtschaft“ zu. Ihr Anwachsen ist eine unmittelbare Reaktion auf die Krise und die Absenkung des Lebensstandards. In ihr suchen Arbeitslose Möglichkeiten, gegen die absolute Verelendung anzugehen; sie absorbiert aber auch einen wachsenden Teil der Freizeit der beschäftigten Lohnarbeiter. Wiewohl gerade die Sicherung der Existenzbedingungen durch die Sozialpolitik eine zentrale Frage wird, was die Forderung nach Mindesteinkommen und Sozialeinkommen für alle einschließt, kann nicht erwartet werden, daß von den betroffenen Gruppen ein gesellschaftlicher Aufbruch ausgehen wird.

Schon heute ist erkennbar, daß neue Züge in der Lebensweise und in den Lebensorientierungen der Lohnabhängigen auftreten.²³ Sie setzen sich jedoch nicht gleichmäßig in allen Schichten durch, sondern äußern sich in einer weiteren Ausdifferenzierung der Lebensmilieus der verschiedenen Schichten, Generationsgruppen usw. Der methodische Ausgangspunkt für die Erfassung dieser Prozesse sind die Veränderungen in der Sphäre der gesellschaftlichen Produktion, von ihnen geht auch die Dynamik der Umgestaltung der Bedürfnisse aus. Es gilt der Zusammenhang: neue Arbeitsweise — neue Reproduktionsweise — neue Lebensweise. Aber dieser Zusammenhang darf nicht schematisiert werden, da er gegenüber dem Individuum und in seiner Sozialisation in umgekehrter Reihenfolge wirksam wird. Die Rolle des Bildungssystems wächst. Mit der Ausweitung der Freizeit erlangen soziale Bindungen außerhalb der Arbeitsbeziehungen einen größeren Raum und größeres Gewicht.

Wenn von neuer Lebensweise und der Rolle, die die neuen Technik-, Informations- und Kommunikationssysteme dabei spielen, die Rede ist, dann muß

22 Vgl. zur Diskussion: IMSF (Hrsg.), *Die Alternativen der Alternativbewegung. Diskussion und Kritik ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konzeptionen*, Frankfurt/Main 1984; J. Goldberg, A. Sörgel, *Grün-alternative Wirtschaftskonzeptionen. Analyse und Kritik*, IMSF-Informationsberichte 37, Frankfurt/Main 1983.

23 Vgl. K. Maase, *Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit. Empirische Materialien und theoretische Analyse*, IMSF-Informationsberichte 38, Frankfurt/Main 1984; IMSF-Mitteilungen 25: *Perspektiven der Lebensweise — marxistische und grün-alternative Gesichtspunkte*, Frankfurt/Main 1984.

beachtet werden, daß die gesellschaftlichen Widersprüche hier in spezifischer Weise zum Ausdruck kommen: Der Tendenz zur Ausprägung der Individualität steht die Ausbeutung und Herrschaft im Betrieb gegenüber, dem Drang zur Selbsttätigkeit die Kommerzialisierung der Freizeit durch das Kapital, die kulturelle Entfaltung wird in das Konzept der durch Massenmedien und Reklame gestanzten Stereotypen gepreßt usw. In diesen Widersprüchen werden sich die Bedürfnisse der kommenden Periode entwickeln und in vieler Hinsicht das kulturelle Milieu der Gesellschaft formen.

Nicht nur die objektiven Bedingungen staatsmonopolistisch deformierter Vergesellschaftung, sondern auch die soziale Psyche des neuen Produzententyps spricht dafür, daß der Drang nach demokratischer Beteiligung und Kontrolle zur stärkeren Infragestellung des bestehenden bürgerlich-parlamentarischen Repräsentativsystems führen wird. Der Kampf um Formen direkter Demokratie wird an Bedeutung gewinnen und mit den Tendenzen des staatsmonopolistischen Sicherheits- und Überwachungsstaates konfrontiert sein.²⁴

Die Rolle der Ökologieprobleme²⁵ wird sowohl im nationalen als auch im globalen Maßstab zunehmen, da viele Folgewirkungen des Ruins der natürlichen Umwelt erst in der kommenden Periode erkennbar sein werden. Dies betrifft in der BRD das Waldsterben, den Wasserhaushalt, die Bodenfruchtbarkeit, die Luftverschmutzung, die schädlichen Fernwirkungen chemischer Substanzen in den Naturkreisläufen und im menschlichen Organismus u. a., im globalen Maßstab die Gefährdung der Biosphäre, die Verschmutzung der Weltmeere. Aber auch der angesichts der Entwicklungsnotwendigkeiten der Gesellschaft anachronistische Charakter des derzeitigen Verkehrssystems wird weitere destruktive Wirkungen entfalten (Lärm, Schmutz, Siedlungsstruktur, Gesundheit usw.). Unter diesen Gesichtspunkten wird auch das durch die kapitalistische Warenproduktion geschaffene Konsumtionsmodell, das bekanntlich auch eine zentrale Rolle im sozialen Mechanismus der Gesellschaft (Kompensation für Ausbeutung und Unterdrückung in der Produktion und durch den Staat) spielt, seine negativen Aspekte für Persönlichkeit, Umwelt und Gesundheit weiter offenbaren. Das kapitalistische Zivilisationsmodell zeigt gerade in diesen Fragen seinen für den weiteren Fortschritt der Gesellschaft unverträglichen Charakter, und selbst die Kritik einzelner seiner Erscheinungsformen kann zum Vehikel antimonopolistischer Bewegungen werden, da auch die minimalsten Vorsorgemaßnahmen, die wissenschaftliche Einsicht nahelegt, an die Interessenstruktur des herrschenden Systems stoßen.

Die Ökologiefrage hat somit für die Bestimmung der kommenden Periode als Umbruchperiode wesentliches Gewicht. Die Kritik an der Deformation

24 Vgl. Beiträge des IMSF 6, Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Bd. II, Frankfurt/Main 1982, Abschnitt IV, I. 1. 4. (Demokratisierung statt bürokratische Etatisierung).

25 E. Gärtner, Waldsterben und Umweltpolitik in der Bundesrepublik, IMSF-Informationsberichte 39, Frankfurt/Main 1984; ders., Arbeiterklasse und Ökologie, Frankfurt/Main 1979; H. Pauke, A. Bauer, Umweltprobleme — Herausforderung der Menschheit, Berlin/DDR, 1980; Zu den Umweltproblemen auf kommunaler Ebene und zur Umweltkrise in der Stadt vgl.: E. Dähne (Hrg.), Gemeindefeute. Handbuch für eine alternative kommunalpolitische Praxis, Frankfurt/Main 1985 (bes. Abschnitt 8).

der Produktivkräfte, der stofflichen Struktur der Produktion und ihrer Ergebnisse wird notwendigerweise einen Bedeutungsgewinn verzeichnen. Generell wird die Kontrolle von Technik und Wissenschaft in der Produktion und auf gesellschaftlicher Ebene ein zentrales und in seiner Bedeutung neues Thema der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Umbruchperiode werden.²⁶

Schon heute drücken sich im sogenannten Wertewandel die Reaktionen der Individuen und sozialen Gruppen auf die objektiven gesellschaftlichen Änderungen aus. Sie formen die nachfolgenden Generationen intensiver, weshalb immer auch ein Bruch zwischen dem Verhalten der Generationen zu erwarten ist. Einer der weitreichendsten Prozesse ist offensichtlich die Zersetzung der traditionellen (patriarchalischen) Geschlechterrollen.²⁷ Auch hierbei gehen die wesentlichen Impulse letztlich von der Änderung der Arbeits- und Produktionsprozesse aus, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vollends obsolet erscheinen und die Diskriminierung des weiblichen Geschlechts als ausschließliches Repressionsverhältnis erkennbar werden lassen. Die Frauenbewegung in ihrer ganzen Breite ist der politisch-soziale Reflex dieser Veränderungen und wird der Umbruchperiode unverkennbare Züge verleihen.

Auf diese und andere Widersprüche und Tendenzen kann verwiesen werden, wenn der Charakter der Umbruchperiode erörtert wird, in die auch die Gesellschaft der BRD mit dem stärkeren Wirksamwerden der wissenschaftlich-technischen Revolution steuert. Damit ist die Bestimmung dieser Periode nicht erschöpft, wenn die internationalen Komponenten berücksichtigt werden. Zweifellos werden sich die internationalen Umgruppierungsprozesse weiter fortsetzen und Handlungszwänge auch für die innergesellschaftliche Entwicklung hervorrufen.

Dies wird in erster Linie die globalen Probleme und die Situation der Länder der Dritten Welt betreffen.²⁸ In noch stärkerem, wenn auch subtilerem Maß wird sich die Herrschaft des Imperialismus als wesentliches Hemmnis zur Lösung der anstehenden Probleme im Interesse der Völker erweisen. Zur Entscheidung wird nicht nur anstehen, ob sich in den Beziehungen der Zentren des heutigen Imperialismus zueinander, gegenüber ihrer Peripherie und den Ländern der Dritten Welt ein Modell hegemonialer Herrschaft der USA oder ein mehr kollektives Herrschaftssystem durchsetzt,²⁹ sondern auch, welcher Spielraum in Richtung einer neuen, demokratischen Weltwirtschaftsordnung durchgesetzt werden kann. Für die BRD wird die Definition ihrer Haltung zu und in Westeuropa und gegenüber den USA stärker den genannten Gegensätzen unterworfen sein.

26 IMSF (Hrg.), Technik-Umwelt-Zukunft. Eine marxistische Diskussion über Technologie-Entwicklung, Ökologie, Wachstumsgrenzen und die Grünen, Frankfurt/Main 1980.

27 Vgl. Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF (Hrg.), Patriarchat & Gesellschaft, Beiträge zur Geschichte der Frauenunterdrückung, zu Reproduktionsbereich und Hausfrauisierung, Frankfurt/Main 1985.

28 Vgl. H. Bömer, Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit, Frankfurt/Main, 1984; W. Sagladin, I. Frolow, Globale Probleme der Gegenwart, Berlin/DDR 1982.

29 Diese Kategorien entwickelten: H. Heininger, L. Maier, Tendenzen und Widersprüche der Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus — politökonomische Probleme, in: IPW-Berichte, Berlin/DDR, Nr. 2/1985, S. 1 ff. und 3/1985, S. 9 ff.

Von weitreichender welthistorischer Bedeutung sind heute die Umbruchprozesse, die in sozialistischen Ländern, besonders der UdSSR, mit der Durchsetzung eines intensiven Typs sozialistischen Wachstums stattfinden. Es geht um das Wirksamwerden der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Breite der Wirtschaft und Gesellschaft des Sozialismus, um die Schaffung eines Produktionssystems, das den sozialistischen Eigentumsverhältnissen adäquat ist. Dies schließt tiefgreifende Änderungen nicht nur der materiell-technischen Grundlagen der Produktion, sondern des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeit, der Arbeitsorganisation, Arbeitsdisziplin, des Reproduktionssystems, der Produktionsverhältnisse und des ökonomischen Lenkungssystems, der politischen Organisation der Gesellschaft und auch der Lebensweise ein. Marxisten sind davon überzeugt, daß die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in einer Gesellschaft ohne antagonistische sozialökonomische Grundlagen als bewußter Prozeß zu einem mächtigen Antrieb der Entfaltung des materiellen und geistigen Reichtums der Gesellschaft werden wird.

Die Alternative einer sozialistischen Gesellschaft kann damit auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern für die nach gesellschaftlichen Änderungen strebenden Kräfte konkretere Attraktivität gewinnen, so wie dies längst in schwächer entwickelten kapitalistischen Ländern und in Entwicklungsländern der Fall ist. Sicher ist bis zum Jahre 2000 auch in den fortgeschrittensten sozialistischen Ländern noch kein Übergang in die kommunistische Phase³⁰ zu erwarten, aber die Menschheit wird bis dahin neue Erfahrungen gewonnen und auch die Alltagsdimensionen der kommunistischen Gesellschaft dürften konkretere Konturen angenommen haben.

Eine solche Entwicklung wird in deutlichem Kontrast zum Krisenprozeß der kapitalistischen Gesellschaft stehen. Freilich darf nicht übersehen werden, daß unter dem Druck der internationalen Konkurrenz eine gewaltige Effektivierung des Produktionsapparates stattfinden wird und auch hier die wissenschaftlich-technische Entwicklung dynamisch nach vorn geht. Die von ihr verschärften „alten“ und die ihr spezifischen neuen Widersprüche werden im Rahmen der kapitalistischen Eigentumsordnung und des Systems des Imperialismus bestenfalls temporär und partiell überbrückbar sein. Die Blockade des möglichen Fortschritts und seine Ambivalenz und Deformation werden eine wesentliche Charakteristik dieser Periode sein. Da nicht erwartet werden kann, daß die anstehenden Probleme im normalen Gang des ökonomischen und sozialen Reproduktionsprozesses gelöst werden können, werden krisenhafte und „offene“ Situationen entstehen, in denen die Interessen und Kräfteverhältnisse ausgekämpft werden müssen und gerade daran die weitere Entwicklungsrichtung gebunden sein wird. Der Umbruch im System der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Produktion wird unvermeidlich auch auf die politischen Verhältnisse durchschlagen.

30 Zur heutigen Sicht des Kommunismus: B. N. Ponomarjow, *Der Kommunismus*, a.a.O., S. 293 ff.

4. Der Krisentyp des heutigen Kapitalismus

Die kapitalistischen Wirtschaftskrisen drücken aus, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nur um den Preis gesellschaftlicher Verluste zur Anwendung und Weiterentwicklung der Produktivkräfte in der Lage sind. Der Preis ist die Brachlegung, Entwertung, Vernichtung vorhandener gegenständlicher und lebendiger Produktionspotentiale. Nur auf diesem Wege können ökonomische Disproportionen, die das Ergebnis der kapitalistischen Widersprüche sind und einer profitablen Kapitalverwertung im Wege stehen, zeitweilig bereinigt und damit die Bedingungen weiterer Kapitalverwertung wiederhergestellt werden.

Wenn diese Reinigungsfunktion durch die zyklische Krise nicht erfüllt wird, ist dies ein Indiz für tieferliegende strukturelle Probleme und für übergreifende Defekte im ökonomischen Regulierungsmechanismus. Das ist in der gegenwärtigen Periode offenkundig der Fall. Die Krise kann deshalb als Struktur- und Regulierungskrise des staatsmonopolistischen Wirtschaftssystems angesehen werden, die in der krisenhaften Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kulminiert.³¹

Will man diesen Prozeß verstehen, dann muß die Struktur der Produktionsverhältnisse auf dem heutigen Niveau des SMK beachtet werden. So ist die Herrschaft der Monopole zwar keine neue Erscheinung, aber der starke Schub der internationalen Monopolisierung fällt in die 60er und 70er Jahre. Die an den Monopolinteressen ausgerichteten staatsmonopolistischen Wirtschaftsaktivitäten orientieren sich unter diesen Bedingungen zunehmend an der Außenexpansion des Monopol- und Finanzkapitals und der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Es entsteht die Situation, in der es zur „Abkopplung“ der Monopole vom nationalen Reproduktionsprozeß kommen kann und auf binnenwirtschaftliches Wachstum und Stimulierung der Investitionstätigkeit gerichtete staatliche Wirtschaftsaktivität nicht greift.

Dies fällt mit der zunehmenden, wenn auch äußerst widersprüchlichen Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Produktion und Wirtschaft zusammen, also dem Typ intensiver Reproduktion bei Intensivierung und Effektivierung der Produktion. Darin ist die Veränderung der Proportionen der Kapitalbestandteile eingeschlossen, die Freisetzung von Kapital und die Überakkumulation von Geldkapital, das nach Verwertung drängt. Unter diesen Bedingungen muß sich das Marktproblem zuspitzen,

31 Vgl. zur neueren marxistischen Krisenanalyse und Diskussion: Große Krisen des Kapitalismus — Lange Wellen der Konjunktur? (Beiträge von U. Dolata, J. Goldberg, D. Klein, J. Priebe, W. Schwarz, H. Wagner), IMSF-Informationsberichte 41, Frankfurt/Main 1985; S. Menschikow, Die Strukturkrise der Wirtschaft des Kapitalismus (russ.), in: Kommunist, Moskau, Nr. 4/1984; J. Huffschild, Die Wirtschaftskrise in der BRD: Tendenzen und Perspektiven, in: IMSF-Jb 6 (1983), S. 235 ff.; A. Sörgel, Regulierung und Regulierungskrise der kapitalistischen Wirtschaft im Kontext der Marx'schen politischen Ökonomie, in: IMSF-Jb, Sonderband I (1983), S. 110 ff.; J. Höhme, Probleme des gegenwärtigen kapitalistischen Krisenzyklus, IPW-Forschungshefte, Berlin/DDR, Nr. 2/1982; ferner sei verwiesen auf die jährlich erscheinenden Analysen in den Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

wenn eine funktionierende Kapitalwanderung nicht die Umleitung der freigesetzten Kapitale in profitable Anlagefelder, damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Lohneinkommen usw. gewährleisten kann. Gerade das ist aber nicht der Fall. Die Investitionstätigkeit konzentriert sich auf die Rationalisierung; die Verfahrensinnovation vernichtet bedeutend mehr Arbeitsplätze als sie neue schafft; sie bewirkt jedoch auch keine breite Ankurbelung der Wirtschaft von seiten der Produktionsmittelproduktion, weil die neue Technik durch einen relativ schmalen Sektor getragen wird und gerade dort die Rationalisierung bedeutende Fortschritte gemacht hat.^{31a} Das Wachstum bleibt infolge der Nachfrageschwäche niedrig, die Produktivität wächst, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch und nimmt weiter zu. Das ist selbst die Situation in zyklischen Aufschwungsperioden.

Auf diesen Krisentyp hat der SMK der BRD mit der sogenannten Modernisierungsstrategie unter Weltmarktdominanz reagiert, was die Präferenz der Wirtschaftspolitik für die Förderung der Profitproduktion (Angebotspolitik) bei gleichzeitiger gesamtwirtschaftlicher Priorität für im internationalen Vergleich niedrige Lohn- und Preissteigerungsraten einschließt. Letzteres bedeutet eine Verschiebung innerhalb der staatsmonopolistischen Instrumentarien von den „keynesianistischen“ Hebeln der Globalsteuerung zur Geld-, Kredit- und Währungspolitik der Bundesbank. Diese Politik war und ist erfolgreich im Sinne der Durchsetzung des neuen monopolistischen Akkumulationstyps, sie ist jedoch erfolglos hinsichtlich der Abschwächung oder gar Bewältigung der Krisenprobleme, des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und des Abbaus der Arbeitslosigkeit. Sie ist insofern eine eindeutige Klassenpolitik, als sie dem sozialen Antagonismus vom Standpunkt der Monopole Rechnung trägt, den Krisenmechanismus zur Disziplinierung der Arbeiterklasse einsetzt, Lohndruck und die Schwächung der Gewerkschaften betreibt und die Umpolung der Umverteilungsprozesse zu Lasten der Sozialpolitik in Gang setzt. Damit kann das letzte Grundproblem der kapitalistischen Krise, die zu geringe Konsumtionsfähigkeit oder Nachfrageschwäche der arbeitenden Massen, jedoch nur weiter verschärft werden. Eine solche Politik hat Plausibilität und Erfolgsaussichten, wenn damit die Profitraten als Bedingungen einer erweiterten Akkumulation bzw. Investition erhöht werden. Wenn jedoch der Investitionsmotor aus den genannten Gründen nicht anspringt, ist sie lediglich krisenverschärfend.

Ein Grundproblem der derzeitigen Krise ist die strukturelle Überakkumulation von fixem Kapital, die in Überkapazitäten, sektoralen Krisen usw. zum Ausdruck kommt. Es kommt hier jedoch für die Einzelkapitale nicht zu einer umfassenden Kapitalentwertung, da diese meist durch Monopole beherrschten Branchen mittels monopolistischer Preispolitik, Kartellierung usw. sowie mittels der Mobilisierung des Staats (Subventionen, Steuerentlastung, Real-

31a Zur Entwicklung dieser Prozesse unter Branchengesichtspunkten vgl.: Beiträge des IMSF 7, Umbruch im Produktionsbereich? Branchenanalysen (Red. J. Goldberg, Beiträge von D. Düe, F. Fiehler, J. Goldberg, G. Hautsch, P. Herrmann, A. Leisewitz, N. Müller, L. Selg), Frankfurt/Main 1985.

transfers per Infrastrukturleistungen u. a.) den Entwertungsdruck von sich abwehren können. So wird ratenweise Geldkapital freigesetzt; gleiches geschieht im Prozeß der Änderung der technischen Kapitalzusammensetzung durch die Einführung der neuen Technik. Dieses freigesetzte Geldkapital, überakkumuliertes Geldkapital, findet keine produktiven Kapitalanlagen, sammelt sich bei Banken und Konzernen, drängt nach finanzkapitalistischen Anlagen — natürlich auch auf Auslandsmärkte (Kapitalexport) —, weitet in diesem Prozeß das fiktive Kapital aus und erhöht über Vermittlungsstufen den Zinsabzug von den Profiten des fungierenden Kapitals. Es drängt auch in Staatstitel und ist eine Triebkraft der Staatsverschuldung und deren Profiteur. Es versteht sich, daß es auch zu den ökonomischen Interessenten der Aufrüstung gehört. Die Verzinsung der Staatstitel wird über die Steuern finanziert und über die Staatshaushalte gewährleistet. Der Prozeß der Überakkumulation und die beherrschende Rolle des Finanzkapitals war seinerzeit für *Lenin*, aber auch andere Kritiker des Imperialismus,³² der wesentlichste ökonomische Grund, von der Zunahme parasitärer Züge im Imperialismus zu sprechen. Dieser Parasitismus wird in längeren Prosperitätsphasen verdeckt, tritt jedoch wieder verstärkt und relativ unverhüllt in Krisenphasen wie der derzeitigen in Erscheinung.

Andererseits stehen vor der Gesellschaft Aufgaben, die die Mobilisierung gewaltiger Ressourcen erforderlich machen. Dies betrifft die materiellen Voraussetzungen des Produktionsprozesses und des Lebensprozesses der Gesellschaft im umfassenden Sinne sowie die Umstellung der Produktion unter ökologischen und ressourcensparenden Gesichtspunkten. Hier sind jedoch vom Standpunkt des Gesamtkapitals und der Monopole im großen und ganzen vorwiegend nur infrastrukturelle Maßnahmen akzeptabel, d. h. ihre Abwicklung unter Staatsregie und staatlicher Finanzierung, da ihre Verwandlung in kapitalistische Anlagesphären zur Erhöhung des Kapitalvorschusses der als Verbraucher tangierten Kapitale führen und somit deren Verwertungsbedingungen beeinträchtigen müßte. Infolge der stofflichen Struktur dieser Bereiche wäre in der Regel eine hohe Kapitalfixierung mit langen Umschlagzeiten erforderlich, was unter kapitalistischen Verwertungsgesichtspunkten die allgemeinen Profitraten drücken müßte. Deshalb funktioniert auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise und der strukturell wachsenden Überakkumulation die Kapitalwanderung in diese Bereiche nicht und kann die Ressourcenmobilisierung nur über den Staat und die Infrastrukturalisierung dieser Bereiche abgewickelt werden.³³ Das wiederum setzt energische Umverteilungsmaßnahmen voraus, selbst wenn der Weg der Staatsverschuldung gewählt wird, bei denen auch die Profite nicht ungeschoren bleiben können. Als Fazit bleibt, daß unter den heutigen Bedingungen der Kapitalwanderungsmechanismus (Preis- und Kapitalanlagenkonkurrenz) nicht mehr im Sinne einer

32 Vgl. W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, Werke, Bd. 22, S. 199 ff.; J. A. Hobson, *Der Imperialismus*, (London 1902) Köln 1968.

33 Vgl. Beiträge des IMSF 6, *Der Staat*, a.a.O., Bd. I, Frankfurt/Main 1981 (Abschnitt III, 2.2.1: Zu Triebkräften der ökonomischen Staatstätigkeit. Infrastruktur und Staatskapital).

Ressourcenallokation zur optimalen Entwicklung und Nutzung der nationalen Ressourcen zu funktionieren vermag und daß auch der staatsmonopolistische Regulierungsmechanismus an die harten Grenzen der Interessen des Monopol- und Finanzkapitals stößt, was die Regulierungskrise forciert.

Bleibt vor allem die Verlagerung der Widersprüche auf das äußere Feld. Dies ist der Weg, den das Monopolkapital der BRD bisher nicht erfolglos beschritten hat. Der Drang nach dem Weltmarkt, in ausländische Kapitalanlagen und Schuldentitel ist auch der Weg, den das überakkumulierte Geldkapital beschreitet. Was die Folgen für die Dritte Welt betrifft, so sind sie hinlänglich bekannt: Verschuldung gigantischen Ausmaßes, Transfers in einem Ausmaß, die den Nettokapitalzufluß übersteigen, Schuldenmatorien mit IWF-Auflagen, die die Wirtschaft lähmen und die Abwärtsspirale beschleunigen. Die Weltmarktflaute und die Krise auf den Absatzmärkten der kapitalistischen Länder drückt wiederum die Preise für die Exportwaren der Länder der Dritten Welt, zugespitzt durch diskriminierende Zölle und Handelsbeschränkungen, und verstärkt dort wiederum den Ausbeutungsdruck, die Tendenz zur Monokultur und zum Raubbau an den nationalen Ressourcen. Mit dem kapitalistischen Entwicklungsweg und der ökonomischen Einbindung in das System des Imperialismus kann die Masse dieser Länder offensichtlich die Unterentwicklung der Produktivkräfte als Erbe des Kolonialismus und imperialistischer Unterdrückung nicht überwinden. Das setzt jedoch auch der Entwicklung des Weltmarktes restriktive Grenzen.

Auf der anderen Seite hat sich die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ländern und Zentren verschärft. War ihre zunehmende außenwirtschaftliche Verflechtung in den Nachkriegsjahrzehnten ein wichtiger Motor der Ausweitung des Welthandels und der nationalen Produktion, so kumulieren sich heute die Krisenprozesse über den Weltmarkt und setzen als Weltmarktkrise der nationalen Entwicklung Schranken.

Bekanntlich waren die USA im vergangenen Jahrzehnt zum Magneten für finanzkapitalistische Anlagen der relativ überschüssigen Geldkapitale der imperialistischen Länder und der erdölexportierenden Entwicklungsländer geworden. Der Motor dieses Prozesses, der allerdings nur infolge der Rolle des US-Dollar im internationalen Währungssystem möglich war, war vor allem das Aufrüstungsprogramm der US-Regierung und dessen Kreditfinanzierung. Die Hochzinspolitik schwappte mehr oder weniger auf das internationale kapitalistische Wirtschaftssystem über und wurde zum hemmenden Faktor eines Wirtschaftsaufschwungs. Die damit verbundene Überbewertung des US-Dollar und die relative Abwertung der konkurrierenden Währungen begünstigten allerdings den Export nach den USA und leiteten so eine Exportoffensive westdeutscher und anderer Monopole in die USA ein. Mit absinkender US-Konjunktur hat jedoch die Zickzackbewegung des Dollarkurses erneut begonnen. Jedes Sinken des Dollarkurses läßt aber den US-Markt für Exporteure schrumpfen, was vor allem die westdeutsche Exportwirtschaft betreffen muß. Ein rapider Kursverfall des US-Dollar würde die gesamte kapitalistische Sphäre der Weltwirtschaft ernsthaft beeinträchtigen. Alle Schulden in US-Dollar wären einer entsprechenden Entwertung ausgesetzt, was sicher den

verschuldeten Entwicklungsländern Luft verschaffen könnte, aber den massiven Widerstand des Finanzkapitals aller imperialistischen Länder hervorrufen würde, einschließlich von Stützungsaktionen der Regierungen usw. Diese Widersprüche können aus der Sicht und den Handlungsmöglichkeiten der BRD kaum beeinflußt werden und lassen damit auch die Grenzen einer weltmarkt-orientierten Modernisierungsstrategie sichtbar werden.

Wenn sich heute die Konkurrenz im Imperialismus verschärft, dann ist ein Hauptfeld die Anwendung und Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter dem Motto „Zeitvorsprung ist Profitvorsprung, wenn sich auch die Krise nicht bereinigen oder überwinden läßt“. Das ist jedoch von vornherein ein Motto, das nur für die Monopole Realitätsgehalt hat, dessen Durchsetzung jedoch die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung im allgemeinen, trotz der Nivellierungstendenz zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern, die von den internationalen Konzernen ja selbst befördert wird, und bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im besonderen forcieren wird. Obwohl Handelskriege und protektionistische Maßnahmen zunehmen werden, ist es nicht wahrscheinlich, und das infolge der wechselseitigen monopolistischen Expansionsinteressen, daß sich der Protektionismus in größerem Umfang in den zwischenimperialistischen Beziehungen durchsetzen wird. Freilich wird es für jede demokratische und antimonopolistische Binnenmarktorientierung unabdingbar, die außenwirtschaftliche Verflechtung unter Kontrolle zu bekommen und auf ein den Interessen der optimalen Entwicklung des nationalen Reproduktionsprozesses entsprechendes Maß zu reduzieren.

Die derzeitigen Krisenprozesse werden zweifellos auch zum Vehikel neuer Formen und Wirkungsmechanismen eines stärker regionalisierten (EG) und internationalisierten SMK.³⁴ Neben den Staaten und Monopolen sind immer mehr die internationalen Institutionen und Organisationen als Subjekte der internationalen politischen und ökonomischen Prozesse in Erscheinung getreten. Dies ist eine relativ neue Tendenz, die auch eine antimonopolistische Orientierung in ihre Überlegungen einzubeziehen hat. Wenn von diesen Prozessen auch keine Überwindung der kapitalistischen Krisenprozesse zu erwarten ist, so entstehen damit doch neue Formen, in denen sich die imperialistischen Rivalitäten bewegen und in dieser Vermittlung Einfluß auf die nationalen Entwicklungen haben werden. Die internationale Komponente wird zweifellos in Zukunft ein noch stärkeres Element des monopolistischen Akkumulationstyps.

Fragt man die derzeitigen Krisenprozesse auf ihre Zukunftstendenzen ab, dann ist ihre kurz- und mittelfristige Bereinigung nicht in Sicht. Selbst wenn man den relativ optimistischen Fall einer nur geringen Verschärfung des Zyklus annimmt, in dessen Rhythmus sich die Krisenprozesse nach wie vor bewegen werden, steht eine Zunahme der ökonomischen und sozialen Probleme für die BRD ins Haus und eine Zuspitzung von Widersprüchen und Gegensätzen, die in den vorher geschilderten Umbruchprozeß involviert sind. Daß

34 Vgl. H. Heininger, L. Maier, *Tendenzen*, a.a.O.

es eine Rückkehr zur Zeit vor 1974/75 nicht geben wird, gehört heute schon zum Propagandaarsenal der Bourgeoisie, welche Entwicklung jedoch für den SMK der BRD wahrscheinlich ist, darauf werden wir im letzten Abschnitt eingehen.

5. Staatsmonopolistisch deformierte Vergesellschaftung

Vergesellschaftung aus der Sicht des Individuums bedeutet, daß seine Existenz- und Lebensbedingungen, sein ganzes Leben zunehmend durch gesellschaftliche Zusammenhänge und Prozesse konstituiert werden. Dies ist die historische Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung, die sich mit dem Kapitalismus beschleunigt. Die Grundlage dieses Prozesses ist die Vergesellschaftung der Gewinnung des materiellen Lebens, des Stoffwechsels mit der Natur, der Produktion. Je mehr sich der materielle und geistige Reichtum der Gesellschaft entwickelt und sich die materiellen, sozialen und geistigen Bedürfnisse entfalten, entstehen die objektiven Voraussetzungen für die Herausbildung allseitiger menschlicher Individualität für alle Mitglieder der Gesellschaft und nicht mehr nur für privilegierte gesellschaftliche Gruppen.

Solange und soweit das individuelle Privateigentum an Produktionsmitteln, die durch die eigene Arbeit der Eigentümer in Bewegung gesetzt wurden, die Form der materiellen Produktion war, konnte der Produktions- und Arbeitsprozeß — abgesehen von den wechselnden Naturbedingungen — unter der Kontrolle der Produzenten bleiben. Die gesellschaftlichen Zwänge machten sich, ähnlich den Naturgewalten, von „außen“ geltend. Soweit sich schon die Waren- und Geldwirtschaft durchgesetzt hat, wird der gesellschaftliche Zusammenhang privater Produzenten über den Markt wirksam, der gegenüber dem Privateigentümer von vornherein als fremde, unkontrollierbare Macht auftritt.

Mit der kapitalistischen Produktionsweise gestaltet das Kapital durch Maschinerie und Fabrik den Arbeitsprozeß um, verwandelt ihn in einen arbeitsteilig gegliederten, hierarchisch strukturierten Mechanismus von Detailarbeiten, verleiht der Produktion damit gesellschaftlichen Charakter und unterwirft die unmittelbaren Produzenten als Lohnarbeiter seinem Kommando und der Ausbeutung. Es ist unter diesen Bedingungen unvermeidlich, daß die vergesellschafteten Zusammenhänge der Produktion gegenüber dem Produzenten als ihm entfremdete Mächte in Erscheinung treten, die nicht mehr seiner Kontrolle unterliegen und ihn in das Korsett ausgebeuteter und beherrschter Lohnarbeit zwingen. Die freie Arbeit des Kleineigentümers ist durch die unterdrückte Lohnarbeit abgelöst. In diesem Kontrast und in dieser gesellschaftlichen Form erscheint vergesellschaftete Arbeit per se als entfremdete und unfreie Arbeit.

Deshalb denunziert alle an der individuellen Arbeit des Kleineigentümers orientierte Gesellschaftskritik von *Rousseau* bis zur Gegenwart mit ihrer knechtenden sozialen Form den gesellschaftlichen Charakter überhaupt. Diese Kritik muß immer rückwärtsgewandt und im negativen Sinne utopisch bleiben, weil sie, mit welchen Begründungen auch immer, die Fortschritts- und

Emanzipationspotenzen der Vergesellschaftung leugnet und auf die Auflösung der Zusammenhänge vergesellschafteter Produktion zielt.³⁵ Demgegenüber steht im Zentrum marxistisch-sozialistischer Kritik der knechtende, die individuelle Entfaltung unterdrückende Charakter der kapitalistischen Form der Vergesellschaftung. Die Befreiung der Arbeit und des Produzenten ist in dieser Sicht nicht die Rückkehr zur individuellen oder Kleingruppenproduktion, sondern die Aufhebung der Lohnarbeit und des kapitalistischen Eigentums und damit auch die Befreiung gesellschaftlicher Arbeit von den Fesseln des Kapitals. Dies ist eine Kritik nach vorn, die Perspektive der sozialistischen und kommunistischen Neuorganisation der Gesellschaft auf der Grundlage der Entwicklung gesellschaftlicher Produktion und ihrer Unterwerfung unter die bewußte Kontrolle der Gesellschaft.

Es liegt in der inneren Natur der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie mit der kapitalistischen Produktion den gesellschaftlichen Charakter der von ihr entwickelten und angewandten oder auch blockierten Produktivkräfte mit dem oder gegen den Willen der in ihr herrschenden Klasse auf immer höhere Stufen heben muß und dabei Formen der Anpassung der sozialökonomischen Strukturen und ihrer sozialen und politischen Organisation hervortreibt. Es sind dies vom Standpunkt gesellschaftlichen Fortschritts deformierte Formen der Vergesellschaftung, weil sie durch die Widersprüche und den Ausbeutungs- und Herrschaftscharakter der kapitalistischen Aneignungsweise geprägt sind. Dies gilt auch und gerade für den staatsmonopolistischen Kapitalismus als gegenwärtige Entwicklungsphase der kapitalistischen Gesellschaft.³⁶ Deshalb ist die Kritik des heutigen Kapitalismus auch die Kritik an den staatsmonopolistisch deformierten Formen der Vergesellschaftung.

Diese Kritik gewinnt vor allem in der sich abzeichnenden Umbruchphase Aktualität, weil hier vom Standpunkt des SMK der Umbruch in den Vergesellschaftungsformen auf die Tagesordnung tritt. Soweit die Vergesellschaftung im Rahmen des bürgerlichen Repräsentativsystems durch den Staat organisiert wird, können dabei immer in mehr oder weniger großem Maße und abhängig von den politischen und sozialen Kräfteverhältnissen Interessen der arbeitenden Klasse wirksam werden. Dies gilt für die sozialpolitischen Apparate im weiteren Sinne, aber nicht nur für diese. Verstaatlichung ist eine Form von Vergesellschaftung, die sich der Kontrolle der Einzelmonopole entzieht. Sie ist damit aber keine Vergesellschaftung jenseits des Kapitalismus, da nun die Kontrolle durch die Repräsentanz des Gesamtkapitals ausgeübt wird. Demgegenüber bleiben die durch die Monopole und das Privatkapital organisierten Vergesellschaftungsformen unter der unmittelbaren Kontrolle des Privatkapitals und der Profitinteressen. Es handelt sich also um Vergesellschaftung

35 Vgl. zu den ideologischen Grundmustern: R. Steigerwald, *Protestbewegung. Streitfragen und Gemeinsamkeiten*, Frankfurt/Main 1982.

36 Vgl. H. Jung, *Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Berlin/DDR und Frankfurt/Main 1985; ders., „Korporatismus“ statt „Etatismus“? Staatsmonopolistische Vergesellschaftung und politischer Überbau heute, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 4, 1981, S. 11 ff.

tungsformen im Rahmen des staatsmonopolistischen Systems, die gleichwohl Gegenstand der Klassenauseinandersetzungen sind und nicht nur „innerkapitalistische“ Angelegenheiten. Dies kann verdeutlicht werden an der Auseinandersetzung um die Organisationsformen der elektronischen Massenmedien. Wiewohl also z. B. der öffentlich-rechtliche Status von Rundfunk und Fernsehen eine Form staatsmonopolistischer Vergesellschaftung bleibt, ist er in anderer Art demokratischen Interessen zugänglich, als dies bei einer privatmonopolistischen Struktur der Fall sein könnte.

Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß mit der neuen Technik, mit der unter gegebenen Bedingungen ambivalenten Entfaltung der Potenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Durchsetzung sozialer Einsicht, Vorsicht und Kontrolle in stärkerem Maße in das Zentrum der Auseinandersetzungen rücken muß — und damit auch die Vergesellschaftungsformen. Das gilt auch für die Formen sozialpolitischer Aktivitäten bzw. die gesellschaftlichen Formen der Reproduktion der Arbeitskraft und der Bevölkerung schlechthin. Unter Bedingungen der Krise und der Restriktion des Leistungsniveaus tritt auch bei den staatlichen sozialpolitischen Apparaten die repressive Seite gegenüber den Individuen und sozialen Gruppen stärker hervor. Der Kampf gegen den Repressionscharakter schließt es nicht aus, daß vom Standpunkt demokratischer Interessen jene Formen Präferenz erhalten können (Kommunalisierung anstatt zentralstaatlicher Apparate, gesellschaftliche Organisationen anstatt Staatsregie usw.), die in stärkerem Maße der direkten Kontrolle und Demokratie zugänglich sind. Zentralisierung und Großorganisation können dabei ebensowenig fetischisiert werden wie Dezentralisierung und Kleingruppen. Die Vergesellschaftung kann sich in unterschiedlichen Formen realisieren, und der demokratische Charakter ist nicht an klein oder groß gebunden.

In einer kapitalistischen Gesellschaft werden sich die „Sachzwänge“ der Profitlogik, sei es über die Konkurrenz und den Markt, sei es innerbetrieblich über die Umgestaltung der Arbeits- und Produktionsprozesse, immer wieder mit elementarer Gewalt Geltung verschaffen.

Je mehr sie aber zur Durchsetzung Formen staatsmonopolistischer Vergesellschaftung bedürfen, desto mehr werden sie der sozialen und politischen Kritik zugänglich. Dies schafft generell eine neue Situation, weil sich nun die sozialistische Kritik nicht mehr nur mit dem Aufdecken und der Propaganda der Notwendigkeit sozialistischer Umgestaltung begnügen kann, sondern Position zu den konkreten Formen staatsmonopolistischer Vergesellschaftung beziehen muß. Dies ist heute ein wesentlicher Inhalt demokratischer und anti-monopolistischer Alternativen.

6. Die Kräfte der Umgestaltung und die Kampflinien

Die Frage nach dem Subjekt progressiver gesellschaftlicher Veränderungen ist im Kapitalismus die Frage nach der Arbeiterklasse und den mit ihr verbün-

deten Kräften und ihrer Rolle in den ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Kämpfen.³⁷

Freilich ist die Arbeiterklasse in jeder Entwicklungsphase der Veränderung ihrer inneren Struktur, ihrer konkreten Existenzgrundlagen und ihres sozialen Profils unterworfen, und das wird in verstärktem Maße für eine Periode der Entwicklungsbeschleunigung und des Umbruchs gelten, wie sie vor uns liegt. Diese Fragen sind in jüngerer Zeit hinreichend erörtert und untersucht worden.³⁸ Entscheidend ist, ob infolge sich differenzierender Arbeits- und Lebensbedingungen die einzelnen Schichten stärker auseinanderdriften oder ob sich die Tendenzen des Zusammenhangs, eines einheitlichen Klasseninteresses, das objektiv immer gegeben ist, im sozialen und politischen Prozeß geltend machen. Im Zentrum steht dabei auch die Frage, welche Schichten und Gruppen die Klasseninteressen derart zu artikulieren vermögen, daß sie zum Kristallisations- und Orientierungspunkt der gesamten Klasse werden können. Es geht dabei nicht schlechthin um die Erkenntnis des sozialökonomischen und gewerkschaftlichen Kerns der Arbeiterklasse — daß dies heute und in der kommenden Periode die Arbeiterschaft und die um sie gruppierten Gruppen in den Großbetrieben der materiellen Produktion sein werden, ist kaum zu bezweifeln. Aber die noch offene Frage ist, welche Gruppen der Arbeiterklasse für die Zukunft jene Rolle in einem stärker durch nichtmanuelle Arbeit, Freizeit, Bildung, Reproduktionsfragen und demokratische Partizipation geprägten Milieu einnehmen werden, die in einer früheren Periode und bis in die Gegenwart die Facharbeiter mit städtischer Bindung und Arbeiterherkunft spielten. Noch offen ist auch, aus welchen Quellen der neue Produzententyp der Arbeiterklasse jenes kollektive Selbstbewußtsein gewinnen wird, das für die Konstituierung der Arbeiterklasse im Betrieb eine zentrale Rolle spielt.³⁹ Diese Quellen werden weniger die beruflich-fachliche Kompetenz und der Produzentenstolz sowie das Kollektivbewußtsein der Arbeitsgruppe sein, wie es für Arbeiter der „alten“ Fabrik charakteristisch war und ist, sondern kollektive Stärke wird sich mehr aus der Vertretung der sozialen Interessen und dem Bewußtsein, die personellen Träger komplexer Produktionszusammenhänge zu sein, ergeben und den daraus resultierenden Ansprüchen auf Kontrolle und Beteiligung an der Gestaltung der technologischen und organisatorischen Zusammenhänge. Die Zusammenhänge zwischen Produktion und Reproduktion, Arbeits- und Lebensweise werden sich in vieler Hinsicht neu gestalten und auch die Bedürfnisse, Orientierungen, Wertvor-

37 Vgl. die Beiträge in: IMSF (Hrsg.), *Marx ist Gegenwart*, Frankfurt/Main 1983, bes.: Karl Marx und das revolutionäre Subjekt heute. Thesen des IMSF, S. 281 ff.

38 Vgl. dazu die Beiträge in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983*, Schwerpunkt: Arbeiterklasse in den 80er Jahren; *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984*, Schwerpunkt: Arbeiterklasse im Betrieb.

39 Vgl. L. Peter, *Arbeit, Betrieb, Bewußtsein*, in: *Marxistische Studien 7, a.a.O.*, S. 130 ff.; *Der Betrieb als Formierungsbasis der Arbeiterklasse in der BRD heute. Thesen des IMSF*, in: ebenda, S. 9 ff.

stellungen usw. beeinflussen.⁴⁰ Die Produktion und gesellschaftliche Arbeit und somit auch der Betrieb werden die wesentliche Basis der Konstitution der Arbeiterklasse, ihrer gewerkschaftlichen Organisation, ihrer Vertretungskörperschaften bleiben, aber die übrigen Lebenssphären werden auch für die Klassenkonstituierung einen Bedeutungsgewinn verzeichnen. Die Wechselbeziehungen zwischen betrieblicher Klassenorganisation und außerbetrieblichem Lebensmilieu werden auf neue Art intensiver werden und sich nicht nur als Einbahnstraße gestalten.

Unter solchen Bedingungen wird die Organisierung der kulturellen Interessen der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse und der Kampf um kulturelle und ideologische Hegemonie im gesamtgesellschaftlichen Maßstab für die Arbeiterbewegung zu einer zentralen Frage werden; damit treten die Bündnisbeziehungen mit der Intelligenz und die Entwicklung in der Intelligenz als erstrangige Frage auf die Tagesordnung.⁴¹ Annäherungsprozesse in der sozialen Lage, die Ausprägung des Lohnarbeitscharakters dieser Schicht, eine stärkere Verschiebung der Rekrutierung in die Arbeiterklasse u. a. werden einen solchen Prozeß begünstigen. Dies zeigen heute schon Entwicklungen in der jüngeren Generation.

Diese Entwicklungen der Arbeiterklasse „an sich“ und ihrer Stellung in der Gesellschaft stellen ihre gewerkschaftlichen und politischen Formationen vor neue Aufgaben,⁴² die schon heute deutlich sichtbar sind. Sie sind aus der Analyse der jüngsten Kämpfe und Bewegungen klar erkennbar.⁴³

Diese Kämpfe sind in hohem Maße durch die Krisensituation und die Einführung der neuen Technik geprägt. Als ersten Typ von Kämpfen könnte man jenen betrachten, wo die gewerkschaftliche Organisation unter Mobilisierung des gewerkschaftlich organisierten Kerns der Arbeiterklasse in Aktion tritt. Selbst gegen die geschlossene Front des SMK konnten die Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und Teilerfolge erzielt werden. Von Bedeutung war vor allem auch, daß Fragen der Kontrolle der Technik und die Arbeitszeitverkürzung zu Mobilisierungshebeln werden konnten. Gleichwohl zeigten sich auch die Probleme und die derzeitigen Grenzen für die Arbeiterbewegung (Haltung und gewerkschaftliche Organisierung der Angestellten — einschließ-

40 K. Maase, Betriebe ohne Hinterland?, in: Marxistische Studien 7, a.a.O., S. 256; J.-H. von Heiseler, Gibt es einen neuen Typ betrieblicher Kader?, in: ebenda, S. 115 ff.; K. Dörre, Arbeiterjugendliche und Klassenformierung, in: ebenda, S. 194.

41 Vgl. Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa, IMSF-Arbeitsmaterialien 16, Frankfurt/Main 1985; H. Lange, Die lohnabhängigen Naturwissenschaftler und Ingenieure, in: IMSF-Jb 7 (1984), S. 233.

42 DKP-Thesen, a.a.O.; IMSF (Hrg.), Zur Zukunft der Gewerkschaften, Eine Diskussion nach der ersten Etappe des 35-Stunden-Kampfes, Frankfurt/Main 1985; F. Deppe, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Köln 1984; ders., Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945-1985: Von der Bewegung zur Stagnation?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 8 (I/1985), S. 58 ff.; F. Steinkühler, Produktionsressourcen sind nicht Maschinen, sondern Menschen, in: Frankfurter Rundschau v. 10. 7. 1985.

43 G. Hautsch, K. Pickshaus, K. Priester, Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. „Flexi-Konzept“ des Kapitals und Zukunft der Gewerkschaften, Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF 16, Frankfurt/Main 1984.

lich der betrieblichen Intelligenz –, übergreifende gewerkschaftliche Solidarität und Überleitung auf die Ebene des Klassenkampfes im nationalen Rahmen, Kampfformen und Streikfähigkeit u. a.).

Auch beim zweiten Typ von Kämpfen, den Bewegungen für Erhaltung von Arbeitsplätzen, Betrieben, Standorten usw., zeigten sich diese Probleme. Es waren in der Regel im betrieblichen und regionalen Raum breite soziale und politische Bündnisse möglich. Die Erfolge waren jedoch begrenzt. In den Mittelpunkt trat die Frage alternativer wirtschaftspolitischer Konzeptionen. Ihre Bedeutung dürfte sich in Zukunft noch erhöhen.

Bewegungen gegen den Sozialabbau, die an die Adresse der Regierung gerichtet sind, könnten als dritter Kampftyp gesehen werden. Sie haben von vornherein betriebs- und branchenübergreifenden Charakter, beziehen sich auf die Reproduktionsinteressen, entfalten sich meist im nationalen Rahmen und bedienen sich der Kampfformen der außerparlamentarischen Bewegung. Auch hier bestand das Hauptproblem in der Herbeiführung einer breiten aktiven Massenresonanz.

Ähnliche Probleme zeigen sich auch bei der Entwicklung der Arbeitslosenbewegung.⁴⁴ Offensichtlich sind die Erfolgsaussichten stark an die Verknüpfung sozialer und demokratischer Aspekte gebunden. Dies wird in Zukunft noch mehr gelten.

Für die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften und der Betriebsbelegschaften haben sich der Bruch mit der Ideologie und Praxis der Sozialpartnerschaft und die Stärkung der klassenautonomen Strömung in der Arbeiterklasse und ihren gewerkschaftlichen Organisationen als wichtigstes Problem herausgestellt.⁴⁵ Obwohl mit fortschreitender Krise die bestehenden sozialpartnerschaftlichen Muster auch unter den Druck des Kapitals und der konservativen Kräfte der Regierung gerieten, bestehen keine Gründe für die Annahme, daß die westdeutsche Bourgeoisie auf die Linie der Integration und Sozialpartnerschaft verzichten könnte oder würde. Im Rahmen einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante des SMK muß vielmehr mit einer Verstärkung dieser Tendenz gerechnet werden. Für das Konzept klassenautonomer Gewerkschaftspolitik wird es entscheidend sein, ob frühzeitig die Probleme und Konflikte der Umbruchperiode thematisiert und mit einer Strategie gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung antimonopolistischen Charakters verbunden werden können.

Im übertragenen und auf die politische Ebene transformierten Sinne wird diese Auseinandersetzung auch die Sozialdemokratie prägen.⁴⁶ Es ist gegenwärtig noch nicht auszumachen, ob Impulse aus dem gewerkschaftlichen und Arbeiterbereich eine stärkere Linkswendung der reformistischen Strömung

44 H. Dybowski u. a., Arbeitslosenbewegung in Westeuropa. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF 14, Frankfurt/Main 1984.

45 Vgl. F. Deppe, Autonomie und Integration, Marburg 1979; G. Hautsch, Integrationismus und Korporatismus, in: Marxistische Studien 4, a.a.O., S. 222 ff.

46 Vgl. Marxistische Standpunkte zur SPD-Programmdiskussion, IMSF-Diskussionsrunde, a.a.O.

befördern können oder ob sich die linken Hauptkräfte unter den Fahnen eines modifizierten Ökoreformismus sammeln werden. Für eine progressive Entwicklung der Sozialdemokratie werden schließlich wesentliche Bedingungen die Stabilisierung und Autonomie der außerparlamentarischen Massenbewegungen, die Fortexistenz einer radikaldemokratischen politischen Formation auf parlamentarischer Ebene und die Stärkung der revolutionären marxistischen Strömung der Arbeiterbewegung, ihrer Partei und Organisationen, sein. Nur unter solchen Bedingungen muß sich eine Sozialdemokratie an der Regierung, eine schon für 1987 wahrscheinliche Variante, für die Forderungen der sozialen und demokratischen Bewegungen offenhalten, progressive Veränderungen bewirken und ihren Beitrag in einem Prozeß antimonopolistischer Umgestaltung leisten. Andererseits besteht die Grundfunktion der Sozialdemokratie als einer Reformpartei des SMK mit Arbeiterklassenbasis darin, im Prozeß der Anpassung des staatsmonopolistischen Systems an veränderte Bedingungen die Integration linker Potentiale und, soweit dies nicht möglich ist, ihre Ausschaltung und politische Blockierung durchzusetzen. Die Linke selbst muß sich auf diese Möglichkeiten einstellen.

Was den revolutionären marxistischen Flügel der Arbeiterbewegung betrifft, der gegenwärtig in der BRD nicht über Masseneinfluß verfügt, so kommt ihm unter allen denkbaren Konstellationen die Rolle des vorwärtstreibenden Elementes zu. Ihm werden aber in der kommenden Periode sowohl aus der Veränderung der internationalen Situation als auch aus den Konflikten und Kämpfen des Umbruchs neue Kräfte zuwachsen. Ob er politische und ideologische Hegemoniefähigkeit zu entwickeln vermag, wird nicht nur von seiner konsequenten und kontinuierlichen Orientierung auf die unmittelbaren Probleme der Arbeiterklasse abhängen, sondern auch von seinem Vermögen, sich für die fortgeschrittensten Kräfte aus den sozialen und demokratischen Bewegungen, aus der Intelligenz, der Jugend, der Frauenbewegung, zu öffnen und für sie Attraktivität zu entwickeln.⁴⁷

Mit der Partei der Grünen und ihren parlamentarischen Erfolgen ist eine politische Formation entstanden, die Bewegung in die politische Szene der BRD gebracht hat. Sie ist in ihrer Haupttendenz politischer Ausdruck einer radikaldemokratischen Strömung, die ihre wichtigste Basis in den jüngeren Generationen der Intelligenz und der lohnabhängigen Mittelschichten hat, die mit besonderer Sensibilität auf die Deformationsprozesse des SMK reagieren. Obwohl die Stabilität und das Wachstum dieser Gruppierung im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung der BRD liegt, kann es nicht als ausgemacht gelten, daß sie sich — infolge ihrer inneren Widersprüche und der Ansaugwirkung einer Sozialdemokratie in der Opposition — als gesamt-nationale Parlamentspartei halten wird. Es spricht jedoch alles dafür, daß sich in der kommenden Periode die soziale und politische Basis einer radikaldemokratischen Grundströmung erweitern wird.

Die vom Standpunkt der Entwicklung der Kräfte gesellschaftlicher und politischer Veränderungen wichtigste neue Erscheinung ist seit Mitte der 70er

47 Die DKP-Thesen entwickeln für die Gegenwart und Zukunft ein derartiges Konzept.

Jahre die Entstehung und Wirksamkeit demokratischer und sozialer Massenbewegungen, die vielfach unter den Begriff „neue soziale Bewegungen“ geschlagen werden.⁴⁸ Wie die Analyse zeigt, ist dieser Begriff nur für einen Sektor des Gesamtspektrums korrekt. Das Gesamtspektrum reicht von der Friedensbewegung über die Ökologiebewegung, die Bürgerinitiativen mit den verschiedensten Anliegen, die Frauenbewegung,⁴⁹ die Minderheitenbewegung, die Bewegung gegen die Berufsverbote,⁵⁰ Bewegungen gegen die Sozialdemontage, die Bewegung gegen die Volksaushorchung⁵¹ usw. bis zur antifaschistischen Bewegung, zu den antiimperialistischen Solidaritätsbewegungen usw. Diese Bewegungen haben das politische Klima in der BRD nachhaltig verändert und den Boden für die Verstärkung linker Orientierungen bereitet. Sie haben neue Kräfte für den Kampf gegen die Ausdrucksformen des sozialen Antagonismus unter den Bedingungen des SMK in Bewegung gebracht, ohne von dessen Grundstrukturen aufzubrechen und sich ideologisch daran zu orientieren. In ihnen haben Kräfte aus der Intelligenz eine vielfach dominierende und ideologisch hegemoniale Rolle spielen können. Es ist von Bedeutung, daß sich das Protestpotential außerhalb des etablierten Parteienspektrums formierte, jeweils auf wechselnde Konfliktfelder konzentrierte, und ein Teil dieser Bewegungen als sogenannte Einpunktbewegungen einen Zyklus durchlief und nicht von dauerhaftem Bestand war. Vom Abflauen dieser oder jener Bewegung kann aber nicht auf ein Schrumpfen des Protestpotentials geschlossen werden.

Versucht man ihre Rolle in der kommenden Periode zu beurteilen, dann muß zuerst davon ausgegangen werden, daß sich die Widersprüche des SMK auf vielen Gebieten verschärfen und an immer neuen Punkten Konflikte aufbrechen werden. Selbst im Rahmen einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante des SMK unter sozialdemokratischer Regierung wird sich daran kaum etwas ändern. Vielmehr könnte eine erneute Reformperiode zur Voraussetzung werden, um bedeutend breitere Kräfte in die Bewegung einzubeziehen. Zwar können sich dann die Änderungs- und Reformhoffnungen auf die Sozialdemokratie konzentrieren, aber sie wird des außerparlamentarischen Drucks bedürfen, um selbst minimale Refomen in die Realität umzusetzen. Ferner kann davon ausgegangen werden, daß die neuen politischen und sozialen Bedürfnisse des neuen Produzententyps, der Frauen, der Angehörigen der wachsenden sozialen Massenschicht Intelligenz, der selbstbewußter ge-

48 Vgl. zu diesem Komplex Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, mit dem Schwerpunkt „Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung“ und den Beiträgen von K. Maase, W. Roßmann, J. H. v. Heiseler, H. Werner, M. Markard, L. Bading, H. Flessner, H. Knake-Werner, T. Harms u.a.

49 Vgl. zur aktuellsten Entwicklung: J. Hund, A. Steinberg (Red.) Emanzipation in der Krise?, IMSF-Informationsberichte 43, Frankfurt/Main 1985.

50 Autorengruppe, Berufsverbote. Neue Entwicklungen — Kritik — Erfahrungen des Widerstandes. IMSF-Informationsberichte 42, Frankfurt/Main 1985.

51 W. Baumann, E. Dähne, J. Hoffmann, M. Kutscha, K. Priester, Volkszählung — nein danke! Auf dem Weg zum Erfassungsstaat, IMSF-Arbeitsmaterialien 13, Frankfurt/Main 1983, dies., Auf zum nächsten Boykott?, IMSF-Mitteilungen 28, Frankfurt/Main 1985.

wordenen Minderheiten usw. nicht in alter Weise in die Mechanismen und Institutionen des bürgerlich-parlamentarischen Repräsentativsystems eingebunden werden können. Vielmehr wird das Streben nach Formen der direkten Demokratie, nach unmittelbarer Interessenvertretung und Beteiligung wachsen und auf den unterschiedlichsten Feldern weiterhin und zunehmend in Konfrontation zum Herrschaftssystem des SMK geraten. Dies und anderes spricht dafür, daß diese Bewegungen ein an Bedeutung wachsendes Element des politischen Lebens und der fortschrittlichen Bewegung überhaupt werden. Ob und inwieweit Orientierungen der Arbeiterbewegung größeres Gewicht in diesen Bewegungen erlangen können, hängt in erster Linie von der Dynamik der Arbeiterklasse und ihrer Bewegung ab. Es liegt aber auf der Hand, daß sich aus dem Zusammenwirken beider Kräfte in der Aktion jenes Potential entbinden und formieren kann, das grundlegende gesellschaftliche Änderungen durchzusetzen in der Lage sein wird.

Wenn wir von der Gegenwart jene zukünftigen 15 Jahre zu überblicken versuchen, dann scheinen die Hauptthemen der sozialen und politischen Auseinandersetzungen in den Konturen erkennbar: Sicherung des Friedens, Abrüstung, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Umweltprobleme, Gestaltung der Arbeit, soziale Kontrolle von Technik und Wissenschaft, Demokratisierung, Hilfe für die Dritte Welt, antiimperialistische Solidarität.

Wenn diese Zukunft als Zukunft des Klassenkampfes erschlossen werden soll, dann darf niemals übersehen werden, daß auch die herrschende Klasse als handelndes und die Gesellschaft beherrschendes Subjekt auf der Bühne sein wird. Man muß beachten, daß mit zunehmenden Krisen- und Zersetzungserscheinungen sich destruktiv-reaktionäre Kräfte formieren werden, die in Verbindung mit monopolkapitalistischen Interessen schnell gesellschaftliches Gewicht erlangen können und auf die Veränderung nach rechts drängen werden. Der Weg in eine demokratische Zukunft kann nur offen gehalten werden, wenn eine solche Möglichkeit verhindert wird.

7. Vor dem Übergang zu einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante des SMK in der BRD ?

Überlegungen zur Zukunft müssen nicht nur von der Analyse der Gegenwart ausgehen, sondern auch auf ein kapitalismustheoretisches Entwicklungskonzept zurückbezogen werden, auf dessen Grundlage die wesentlichen Entwicklungsvarianten des heutigen Kapitalismus faßbar werden. Es geht heute darum, wie sich im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus der neue monopolistische Akkumulationstyp durchsetzt, wie sich die Beziehungen von Staat und Monopolen — als den Kernstrukturen des SMK — gestalten und welche konkrete politische Färbung das staatliche politische Herrschaftssystem annimmt bzw. mit welchen politischen Hegemonietypen das staatsmonopolistische System auf die Klassenkräfteverhältnisse und sozialen und politischen Kämpfe reagiert.

Diese innere Entwicklung steht von vornherein in enger Wechselbeziehung mit den internationalen Veränderungen und dem Platz, den in unserem Falle

die BRD im System des Imperialismus und der internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen einnimmt.

Setzt sich im imperialistischen System die Tendenz zu einem hegemonialen Herrschaftstyp des US-Imperialismus durch, in den sich die BRD als Subsystem eingliedert, so hätte dies weitreichende Auswirkungen nicht nur für die internationalen Beziehungen, sondern auch für die innere Entwicklung. Damit träten auch für die BRD die Tendenzen eines staatsmonopolistischen Rüstungs- und Kriegskapitalismus in den Vordergrund und der militärisch-industrielle Komplex würde zur herrschenden Struktur. Die Orientierung der Wirtschaftspolitik an seinen Interessen wäre nahezu zwangsläufig. Ein selektiver Rechtskeynesianismus für den Rüstungssektor würde den Rahmen schaffen, in dem sich die monopolistische Akkumulation realisieren kann, und wäre gepaart mit Angebotspolitik und Monetarismus für die Monopole insgesamt bzw. die Gesamtwirtschaft. Ein solcher Kurs könnte nur mit der Einleitung noch rigiderer Umverteilungsprozesse, die sich gegen die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung überhaupt richten, durchgesetzt werden und bedürfte der weitgehenden Ausschaltung des gewerkschaftlichen Widerstandes und demokratischer Potentiale. Sollte dies im Rahmen der Herrschaftsformen des bürgerlich-parlamentarischen Repräsentativsystems nicht möglich sein, stünde die Änderung des Herrschaftssystems von rechts ins Haus. Die Konturen einer derartigen Entwicklungsvariante und die Entfaltung einer derartigen Entwicklungslogik sind heute in *Reagans* USA klar erkennbar, und ihre Blockade für die BRD ist bei weitem keine hergeholte Aufgabenstellung. Denn es erscheint dies als ein Krisenausweg nach rechts, eine Bereinigung der inneren Widersprüche des derzeitigen konservativen Herrschaftstyps in reaktionärer Richtung.

Auf der anderen Seite läßt ein Modell kollektiver imperialistischer Herrschaft, in dem sich die relative Selbständigkeit der imperialistischen Zentren, darunter auch Westeuropas,⁵² entfalten kann, für die inneren Entwicklungen des SMK einen größeren Spielraum. Dies betrifft auch alle denkbaren Reformvarianten. Anders als in den 60er Jahren schließt die Formierung der Reformpotentiale heute in der BRD die Abgrenzung und Abkoppelung vom derzeitigen Kurs und Entwicklungstyp der USA ein. Damals war die Umorientierung des US-Imperialismus von einem Konfrontationskurs des Kalten Krieges zu einer Politik des „Wandels durch Annäherung“ verbunden mit der Freisetzung der inneren Reformpotentiale und der Förderung jener Kräfte in der BRD, die einen analogen Kurs anstrebten. Heute ist eine umgekehrte Situation eingetreten, in der gerade die konservativen Kräfte Rückhalt in den USA suchen. Freilich hofft die SPD-Führung, diesem grundlegenden Widerspruch ausweichen zu können und setzt auf das Comeback der Liberalen und Demokraten in den USA. Sollte sich diese Hoffnung jedoch als trügerisch er-

52 Vgl. IMSF (Hrg.), Westeuropa in Wirtschaft und Politik des Imperialismus, IMSF-Arbeitsmaterialien 17, Frankfurt/Main 1985; IMSF (Hrg.), Weltmarkt und nationale Wirtschaftspolitik heute, Frankfurt/Main 1982.

weisen, so wäre sie als Regierungspartei von vornherein in den grundlegenden Widerspruch zwischen der Entwicklungslogik einer reformistisch-etatistischen Entwicklung der BRD und dem derzeitigen Kurs des US-Imperialismus gestellt. Auf jeden Fall erweist sich schon heute, daß die Uhren auf dem westeuropäischen Kontinent anders gehen als in den USA und daß selbst für eine kapitalistische Entwicklungsperspektive die Zukunft der BRD nicht notwendig in den USA zu erkennen ist.

Man muß daran erinnern, daß die politische Entwicklung der kapitalistischen Länder Europas im wesentlichen, soweit nicht starke kommunistisch-sozialistische Parteien bestehen, durch einen Wechsel der konservativen und reformistischen Blocks an der Regierung bzw. entsprechende Verschiebungen bei den Parlamentswahlen gekennzeichnet ist. Sie entsprechen den strategisch-politischen Optionen der herrschenden Klasse und den Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen des kapitalistischen Systems. Sie stützen sich auf eine unterschiedliche soziale Basis und binden jeweils unterschiedliche Interessen in ein Hegemoniekonzept staatsmonopolistischer Herrschaft ein.⁵³

Ihre Unterschiede und partiellen Gegensätze können als ein spezifischer Ausdruck des grundlegenden sozialen Antagonismus der kapitalistischen Gesellschaft auf dem Niveau des SMK, der sich in den Formen des Systems bewegt, angesehen werden. Sie drücken eine Entwicklungsstufe des Klassenkampfes aus, auf der sich in den Massen der Arbeiterklasse noch nicht das Bewußtsein eines revolutionären Bruchs durchgesetzt und sich somit das Subjekt dieses Bruchs noch nicht als reale Alternativkraft formiert hat. Unter diesen Bedingungen drücken sich die Interessen der Arbeiterklasse als Interessen der sozialen und demokratischen Reform aus, können in ein reformistisches Hegemoniekonzept des SMK integriert und zu dessen wesentlicher sozialer und politischer Triebkraft werden. Freilich setzt ein solches Konzept, selbst vom Standpunkt der reformistischen Kräfte, immer die Wirksamkeit weitertreibender Kräfte in der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung voraus, da deren Existenz ein nicht unwesentliches Druckmittel ist, um die Monopolbourgeoisie zum Einschwenken auf einen Reformkurs zu veranlassen oder zu zwingen. Eine solche Sicht eröffnet die Möglichkeit, den Wechsel der Entwicklungsvarianten und Hegemonietypen des SMK als Prozeß und Ergebnis des Klassenkampfes im SMK zu verstehen.

Ende der 60er Jahre setzte sich in der BRD eine Entwicklungsvariante reformistisch-etatistischen Typs⁵⁴ durch, mit der ein Schub in der Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung vor allem auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet erfolgte und Lücken in der Entwicklung der materiellen und sozialen Infrastruktur geschlossen wurden. Der Einsatz des staatlichen Potentials und sein Ausbau standen im Vordergrund der staatsmonopolisti-

53 Vgl. Beiträge des IMSF 6, a.a.O., Bd. I, Abschn. III.2.1.2., S. 245 ff.; Bd. II, Abschnitt IV. I, S. 507 ff.

54. Ansätze zur Variantenkonzeption bei: H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1, 1978, S. 9 ff.

schen Entwicklung. Diese Entwicklung wurde mit einem sozialliberalen Hegemonietyp realisiert, der außenpolitisch Interessen nach Frieden, Entspannung und friedlicher Koexistenz („neue Ostpolitik“) organisierte und innenpolitisch soziale und demokratische Reforminteressen der Arbeiterklasse und anderer Kräfte aufnahm.

Die Grenzen dieses Konzepts wurden schon mit dem Krisentyp der Stagflation zu Beginn der 70er Jahre sichtbar und führten schon im Vorfeld der Krise 1974/75 und mehr noch mit ihr zum Bruch seiner wesentlichen Bedingungen. Anstatt Wachstum wurde Preis- und Währungsstabilität zur obersten Maxime. Die Orientierung der Monopole und des Systems auf die Außenexpansion und internationale Konkurrenzfähigkeit der Monopole (Modernisierungsstrategie unter Weltmarktgesichtspunkten) drückten die neuen Anforderungen monopolistischer Akkumulation aus.

Diese Entwicklung schloß die Verlagerung der Achse des sozialen und politischen Lebens der BRD nach rechts ein, führte jedoch andererseits zur Formierung eines neuen Protestpotentials außerhalb des etablierten Bonner Parteiensystems. Auch in der Arbeiterklasse wurden die Belastungen nicht kampflos hingenommen. Die konservativen Kräfte waren zwar nicht in der Lage, eine grundsätzliche Alternative für die reale Politik anzubieten, sie versprachen jedoch die Widersprüche nach rechts zu lösen und traten mit dem Anspruch einer grundsätzlichen geistigen und politischen Wende auf. Dies entsprach in dieser Situation den Interessen des Monopolkapitals, das in der Schwächung der Arbeiterklasse (Anspruchsinflation) und der Gewerkschaften (Sozialpartnerschaft auf niedrigerem Niveau) eine wesentliche Bedingung zur Durchsetzung seiner strategischen Orientierung sah. Somit reiften die bekannten Bedingungen des Bruchs der sozialliberalen Koalition und ihrer Ablösung durch einen neuen konservativen Block heran. Es kam also zum Wechsel des ideologisch-politischen Hegemonietyps.

1985 zeigten sich deutlich die Grenzen und Widersprüche dieses neuen Blocks sowie der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK zur Lösung der anstehenden Probleme im Interesse des Gesamtsystems. Vielleicht waren schon die Streiks um die 35-Stunden-Woche 1984 das wesentliche sozialpolitische Ereignis, weil sich der neue Block trotz eindeutiger Optionen als nicht in der Lage erwies, die Gewerkschaften wesentlich zu schwächen und den klassenautonomen Flügel auszuschalten. Auch die ideologischen Kampagnen zur geistigen Wende und Erneuerung im Sinne der Werte der marktwirtschaftlichen Ordnung und des Neokonservatismus blieben relativ schnell stecken, angesichts der offensichtlichen Korruptheit des Führungspersonals und der sich häufenden Skandale im Regierungslager kein Wunder. Was jedoch am wichtigsten ist: Angesichts der Verschärfung der internationalen Konkurrenz, der Ausprägung der Struktur- und Regulierungskrise, der immer gravierenderen Umweltprobleme usw. zeigen sich auch eindeutige Grenzen des privatmonopolistischen Entwicklungstyps und seiner strategischen Orientierung als Rahmen und Form der Realisierung des neuen monopolistischen Akkumulationstyps (stagnierende Außenmärkte verlangen für breitere Exportsektoren die tendenzielle Reorientierung auf den Binnenmarkt; die Modernisie-

rung verlangt schnelleren Strukturwandel, den die „marktwirtschaftlichen Methoden“ nicht bewerkstelligen; die staatsmonopolistisch vermittelte Kapitalwanderung wird bei Strukturkrisen für die übrigen Sektoren zu teuer; Infrastrukturalisierungen, die für die „Zukunftsproduktionen“ notwendig sind, werden durch Privatisierungsdogmen blockiert usw.).

Somit bröckelt also unter dem Druck der sozialen Probleme nicht nur die ideologische Hegemonie der Konservativen, die Voraussetzung zur Mobilisierung von Wählermehrheiten, sondern gleichlaufend verbraucht sich auch die Problemlösungskompetenz ihres Konzepts, und zwar nicht nur vor dem breiten Publikum, sondern auch gegenüber den Trägern sozialökonomischer Macht. So reifen also auch von dieser Seite die Bedingungen der Ablösung der Konservativen von der Regierung und des Übergangs zu einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante des SMK heran.

Was wäre ihr Inhalt? In der inneren Entwicklung müßte der Staat in der Wirtschaft und bei der Realisierung der Modernisierungsstrategie eine direktere und führende Rolle mit Programmierungs- und Lenkungscharakter übernehmen. Dies würde eine stärkere Orientierung an und auf die Herausbildung staatsmonopolistischer Komplexe einschließen, worauf der neue Typ sozialdemokratischer Strukturpolitik hinauslaufen würde. In der Sozialpolitik würde der Kompromiß und der Aspekt der Integration der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stärkeres Gewicht erhalten. In der Innenpolitik könnte eine Tendenz zu demokratischen Reformen wirksam werden. Die Orientierung auf den Binnenmarkt und Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit durch staatliche Programme, auch durch die Erweiterung des Sozialsystems, erhielten stärkeres Gewicht. Umweltfragen müßten energischer mit staatlichen Eingriffen und Auflagen angegangen werden. In der Außenorientierung stünde die vorsichtige Abkoppelung vom aggressiven Kurs der *Reagan*-Administration auf der Tagesordnung und eine stärkere Bindung an die Staaten der EG. Die Ablehnung des US-Hegemonialtyps in den internationalen Beziehungen und die Präferenz für eine Art kollektiver imperialistischer Herrschaft würde eine stärkere außenpolitische Selbständigkeit nach sich ziehen und die Rückkehr zu einer Politik der Entspannung und gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu den sozialistischen Ländern einschließen.

Eine solche Entwicklung verbliebe im Rahmen des SMK, würde sich aber mit einem Regierungswechsel allein nicht durchsetzen können. Sie müßte durch eine wesentliche Verschiebung der sozialökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse abgestützt und begleitet werden, was nur mit der Verbreiterung und Vertiefung außerparlamentarischer Massenkämpfe möglich werden könnte. Da unter den absehbaren Bedingungen auch von einer solchen Konstellation nicht erwartet werden kann, daß eine Periode zügigen Wirtschaftswachstums eingeleitet und damit der sozialpolitische und ökonomische Manövrierraum erweitert werden kann, stünde in jedem Fall die Verschärfung und das Wirksamwerden der sozialökonomischen Gegensätze ins Haus. Die von den Widersprüchen ausgehenden Handlungszwänge würden die Alternative auf die Tagesordnung setzen: Entweder Eingriffe in das monopolkapitalistische Eigentum und Massenmobilisierung oder Anpassung an die unmittel-

baren Interessen der Monopole und Lösungen auf Kosten und gegen die Arbeiterklasse.

Im Verlauf einer solchen Entwicklung, wir denken hier an die 90er Jahre, sind Situationen nicht ausgeschlossen — etwa bei weitreichenden Umwelt- oder Gesundheitsskandalen, aber auch auf anderen Konfliktfeldern —, in denen es zum Zusammenschluß der Arbeiterbewegung und der demokratischen Potentiale in der Aktion und zu einer breiten Massenmobilisierung kommen kann, in denen antimonopolistische Maßnahmen und Lösungen erzwungen werden. Dies könnte den Übergang zu einer demokratischen Entwicklung antimonopolistischen Typs⁵⁵ einleiten, der die inneren Widersprüche eines etatistisch-reformistischen Entwicklungstyps sozialdemokratischer Prägung im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts positiv lösen könnte.

Die Konzeption der Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt,⁵⁶ wie sie von der DKP entwickelt wurde und vertreten wird, schließt eine solche Perspektive ein. Sie geht davon aus, daß sich nur in einem solchen Prozeß Veränderungen im Massenbewußtsein der Arbeiterklasse vollziehen können, mit denen antimonopolistische und sozialistische Perspektiven reale Konturen annehmen. Bei der Freisetzung einer solchen Dialektik den möglichen Beitrag zu leisten, ist die geschichtliche Aufgabe der Marxisten in der kommenden Periode.

Die im Jahr 2000 30- bis 40jährigen werden zwischen 1975 und 1985 das 15. Lebensjahr überschritten haben. Sie werden schon durch die Kämpfe und Bewegungen unserer heute jüngsten Vergangenheit beeinflußt und durch die Verhältnisse eines krisenhaften Kapitalismus geprägt sein. Bei ihnen könnte sich nach all den Irrwegen und Niederlagen, die bis dahin sicher noch zu durchschreiten und zu ertragen sind, die Konsequenz entwickelt haben, daß der Bruch mit dem kapitalistischen System nicht nur gewagt werden muß, sondern auch mit Erfolgsaussichten möglich ist.

55 Vgl. W. Gerns, R. Steigerwald, *Antimonopolistischer Kampf heute*, neu überarb. Auflage, Frankfurt/Main 1983.

56 DKP-Thesen; H. Mies, *Wende nach rechts? Rückblick und Ausblick nach 13 Jahren SPD-Regierung*, Frankfurt/Main 1983.

Menschheit, Natur und gesellschaftlicher Fortschritt

Überlegungen zu Gegenwart und Zukunft

Hans Heinz Holz

1. Ausgangslage — 2. System der Bedürfnisse — 3. Widersprüche der Übergangsperiode — 4. Zukunftsaufgaben und Strategien

1. Ausgangslage

Daß der Mensch zugleich ein Naturwesen ist und nicht ist, daß die menschliche Gesellschaft auf der Natur aufruhet und ihr entwächst, ja sich ihr entgegengesetzt, daß Technik in einem Anwendung und Überwindung natürlicher Bedingungen des menschlichen Lebens ist — diese Doppelgesichtigkeit haftet dem „Stoffwechsel des Menschen mit der Natur“ durch Arbeit von der Menschwerdung her an¹; aber sie wird zu einem bestimmenden Widerspruch des Naturverhältnisses erst im Verlauf der sog. „zweiten industriellen Revolution“. *Das Hervortreten* dieses Widerspruchs ist abhängig von einem Entwicklungszustand der Technik, auf dem das „Zurückdrängen der Naturschranke“ in qualitative Veränderungen der Natur selbst umschlägt, und zwar nicht nur in kleinen regionalen Ausschnitten, sondern in großem, weite Bereiche und Lebenszusammenhänge auf der Erde betreffendem Ausmaß.

Natürlich hat es auch in vorindustriellen Epochen umweltverändernde Eingriffe des Menschen in die Natur gegeben. Die Abholzung von Mittelmeerrandgebieten im Altertum, vor allem zum Zwecke des Schiffbaus, hatte einschneidende landschaftliche und klimatische Folgen, und ähnliches gilt auch für die Ausbreitung flächendeckender Agrikultur in den USA im 19. und 20. Jahrhundert. Schon in prähistorischen Zeiten führte die kollektiv betriebene Jagd zur Ausrottung bestimmter Tierarten (z. B. des Mammuts).

Dennoch liegt auf der Hand, daß die wissenschaftlich-technische Entwicklung seit dem Ende des 19. und vollends seit der Mitte des 20. Jahrhunderts eine neue Situation für das Naturverhältnis des Menschen herbeigeführt hat. Eklatant sind die in ihrem Wesen prinzipiell verwandelten Möglichkeiten der Militärtechnik: Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit kann der Einsatz von Waffensystemen die Vernichtung der menschlichen Zivilisation insgesamt oder sogar des Menschengeschlechts überhaupt bewirken (unter

1 Friedrich Engels, *Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen*, MEW 20, S. 444 ff.

Umständen sogar gegen die Absichten der Kriegführenden); ja, schon die regelmäßige Erprobung solcher Waffen schließt diese Gefahr in sich (was die Vereinbarung zwischen den USA und der Sowjetunion über die Einstellung von Atomwaffenversuchen in der Atmosphäre erzwang)². Lange Zeit standen daher mit Recht die Risiken der Rüstungsentwicklung im Zentrum der Besorgnisse der Öffentlichkeit. In der Tat sind die Zukunftserwartungen der Menschen seit Hiroshima primär geknüpft an die Erhaltung des Friedens und an eine stabile Weltfriedensordnung.

Indessen sehen wir uns nun, im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, einer zweiten akuten, nicht minder globalen Bedrohung ausgesetzt, nämlich der Zerstörung unserer biologischen Überlebensbedingungen durch langfristig irreparable Schädigung der natürlichen Umwelt.³ Luftverschmutzung, Bodenvergiftung, Verseuchung des Grundwassers, Veränderung der Ozonschicht, Erschöpfung der Wasserreserven, Waldsterben — das sind nur einige der einschneidendsten Folgen des rapiden Wachstums der industriellen Produktion (und auch des Bevölkerungswachstums). Es scheint, als schlage der Fortschritt der Menschheit in ihre Selbstvernichtung um. Unbehagen an der Technik, Technikkritik, Aussteigerideologien, Pessimismus und Verzweiflung an der Zukunft sind Reaktionen auf diese Entwicklung.⁴

Dazu kommt in den kapitalistischen Ländern eine weitere, für breite Massen am ersten und unmittelbar spürbare Krisenerscheinung als Folge des technischen Fortschritts: die wachsende Zahl der Arbeitslosen und Verelendeten in der ganzen Welt. Denn unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen wird die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht (oder nur teilweise) zur Entlastung der arbeitenden Menschen und zur Freigabe neuer Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, sondern als Mittel der Profitsteigerung und privaten Kapitalakkumulation genutzt. Bei konstant hohen Arbeitslosenzahlen (und damit einer limitierten Nachfrage nach Konsumgütern) muß das Wachstum der Produktion auf „nutzlose“ Güter umgelenkt werden, die von der Gesellschaft insgesamt bezahlt werden müssen; das heißt, eine zunehmende Rüstung ist das Ergebnis eines nicht auf die arbeitenden Massen umgelegten Profits durch Produktivitätssteigerung — also zugleich eine Erhöhung der Kriegsgefahr. Der systematische Zusammenhang der verschiedenen Aspekte der allgemeinen Krise des Kapitalismus wird deutlich (und seine Reflexion zugleich ideologisch ablenkbar auf Technikkritik statt Kapitalismuskritik durch Vertauschung von Wesen und Erscheinung).

So neuartig die heutige Situation auch ist — es würde unser Verständnis ihres epochalen Charakters verkürzen, wenn wir sie nur im Blick auf die Gegenwart erfassen wollten. Es gibt eine qualitative Einheit des historischen Wandels, in der die Anfänge der neuzeitlichen Industrietechnik im 18. Jahrhun-

2 Vgl. Hans Heinz Holz, Zur Logik der Koexistenz, DIALEKTIK 4, 1982, S. 62 ff.

3 Vgl. Hans Heinz Holz, Historischer Materialismus und ökologische Krise, DIALEKTIK 9, 1984, S. 30 ff.

4 Vgl. Hans Heinz Holz, Zur Kritik der bürgerlichen Technikphilosophie, in: IMSF (Hrsg.), Technik — Umwelt — Zukunft, Frankfurt/M. 1980, S. 87 ff.

dert mit unserer Zeit verknüpft sind. Mit dem Übergang zur Maschinenindustrie am Ausgang des 18. Jahrhunderts wurde die Voraussetzung für die systematische Verbindung von naturwissenschaftlicher Forschung und technischer Produktion geschaffen und damit zugleich der immer rascher ablaufende Prozeß von Innovationen (Verbesserungen und Erfindungen) ausgelöst, der stets neuer Rohstoff- und Energiequellen, stets neuer Transport- und Kommunikationsmittel, stets neuer, mehr und mehr spezialisierter Kenntnisse bedarf. Seit der sogenannten „neolithischen Revolution“, die den Übergang zum Ackerbau, zur Selbsthaftigkeit, zur Stadtzivilisation vollzog, hatte sich das Naturverhältnis des Menschen nicht mehr grundsätzlich geändert; erst in der industriellen Revolution, die durch den Kapitalismus eingeleitet wurde, hat die Relation Natur-Gesellschaft sich scheinbar verkehrt: Die gesellschaftliche Produktion determiniert wenigstens phänotypisch den von ihr erfaßten oder berührten Naturbereich auch im großen. Die subjektiv-idealistischen Philosophien, die eine Konstitution der Wirklichkeit durch den Menschen (sei es als Subjekt der Erkenntnis oder der Arbeit) behaupten, sind Reflexe dieser Umkehrung; die „kopernikanische Wende“ *Kants*, vorbereitet durch den cartesianischen Rückzug auf das „ich denke“ als Gewißheitsgrundlage der Erkenntnis unter dem Eindruck des galileischen Wissenschaftskonzepts, verläuft parallel zur Ausbildung der neuen Produktionsweise und der beginnenden Verbindung von Wissenschaft und industrieller Produktion.

Ganz und gar neuartig ist indessen das Tempo, mit dem der wissenschaftliche und technische Fortschritt sich vollzieht. Anfang der siebziger Jahre besagte eine Berechnung, daß sich das Informationsvolumen der Menschheit in allen Lebens- und Wissensbereichen alle acht bis zehn Jahre verdoppelt.⁵ Die emotionale Einstellung zur Lebenswelt, die Anpassung der Verhaltensmuster und insbesondere die organisatorische Bewältigung der sich dauernd verändernden Produktions-, Distributions- und Kommunikationsformen bleiben hinter der materiellen Entwicklung fast notwendig zurück und „belasten den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der kapitalistischen Gesellschaft mit akuten sozialen Widersprüchen“⁶. Fallweise Anpassungen geschehen in einer Anarchie partikularer Zwecksetzungen. Das gilt ebenso auf dem Gebiet der ökonomischen wie der urbanistischen Planung, der Arbeitsorganisation wie der Freizeitindustrie. Orientierungslosigkeit und Stückwerkreformen sind die Folge. Nicht ohne Grund ist *Poppers* Theorie einer Sozialtechnologie durch „piecemeal engineering“ zur herrschenden Ideologie der kapitalistischen Länder geworden.

Die Gesamtheit dieser Entwicklungsstränge fassen wir heute unter dem Titel „wissenschaftlich-technische Revolution“ zusammen. „Sie stellt einen Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte dar, bei welchem Wissenschaft und Technik in eine völlig neue Wechselwirkung treten und sich zum

5 Zitiert nach Dmitri Jermolenko, Die wissenschaftlich-technische Revolution und die internationalen Beziehungen, Moskau 1973, S. 12.

6 Ebd., S. 4.

einheitlichen Strom des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vereinigen, der sowohl die Produktivkräfte als auch die Produktionsverhältnisse und das soziale Leben stärker denn je beeinflusst. Übt die Technik auch schon zuvor die Funktion einer Produktivkraft aus, so tut dies nun auch in vollem Maße die Wissenschaft, wobei sie auch weiterhin eine Form des gesellschaftlichen Bewußtseins bleibt. Der vereinigte wissenschaftlich-technische Faktor beeinflusst die Gesellschaft auf völlig neue Weise. Die Wechselwirkung, der Schwung, die Realisierung neuester Erkenntnisse und ihre Verbreitung, die Entwicklung ihrer sozialen Auswirkungen — all das hat sich ungemein beschleunigt⁷. Die Zukunft der Menschheit wird von der gesellschaftlichen Bewältigung der durch die wissenschaftlich-technische Revolution geschaffenen neuen Möglichkeiten der Erweiterung und Erleichterung unserer Selbstverwirklichung wie auch der Risiken der Selbstzerstörung abhängen.

In der qualitativ neuen, nämlich durch die Einheit von Wissenschaft und Technik bestimmten und durch eine Beschleunigung der Innovationsprozesse charakterisierten, produktiven Gestaltung der Lebensbedingungen durch den Menschen selbst spitzt sich die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen dramatisch zu. Sie ist in ihrem widerspruchsvollen Verlauf die materielle Grundlage der gesellschaftlichen Revolution, die das Merkmal unserer Epoche ist: des weltgeschichtlichen globalen Formationswechsels, das heißt, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Darum kann die wissenschaftlich-technische Revolution nicht unabhängig von der Systemauseinandersetzung betrachtet werden, die seit der Oktoberrevolution und der Errichtung des Sozialismus zunächst in einem Lande, dann in einem Teil der Welt, die politische Form des Übergangs prägt. *Günter Kröber* hat das in drei Punkten deutlich gemacht: „1. Sie vollzieht sich in der Epoche des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus; ihre Bewältigung ist eine der Bedingungen für den Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab. 2. Sie ist ein Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen den beiden gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen; ihre Resultate und Errungenschaften können sowohl von den progressiven Kräften im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts und des Sozialismus genutzt werden, als auch von den Kräften der Reaktion zu Zwecken der Aggression, der Gewalt und der Ausbeutung. 3. Sie erfaßt nicht nur einzelne Bereiche von Wissenschaft und Technik, sondern zugleich den gesamten ökonomischen Bereich der Gesellschaft, das heißt, sie

7 Ebd., S. 18 f. Vgl. auch Günter Kröber, *Wissenschaft, Gesellschaft und wissenschaftlich-technische Revolution*, in: *Marxismus-Digest* 21, S. 3 ff., hier S. 8 und 11: „Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution ... ist ein Prozeß, in dem revolutionäre Veränderungen in Wissenschaft, Technik und Produktion gleichzeitig, Hand in Hand, in enger Wechselwirkung vor sich gehen; sie ist eine Revolution in der Wissenschaft, eine technische Revolution durch die Wissenschaft und wächst in den sozialistischen Ländern in eine Revolution der Produktionsprozesse hinüber“ ... „Wir stellen also fest, daß die Herausbildung des einheitlichen Komplexes Wissenschaft-Technik-Produktion ... ein Hauptmerkmal der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution ist.“ Vgl. auch André Leisewitz, *Entwicklungsgeschichte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner gesellschaftlichen Anwendung*, in: *IMSF (Hrsg.), Technik - Umwelt - Zukunft. a.a.O.*, S. 13 ff.

verbindet sich mit revolutionären Veränderungen in der Produktion und im gesamten gesellschaftlichen Leben zu einem einheitlichen revolutionären Prozeß“.⁸

Es kann daher keine systemneutrale Beurteilung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung geben; ihr ist von vornherein die gesellschaftliche Tendenz, die Richtung der Entwicklung auf dieses oder jenes Naturverhältnis (als Korrolar der Produktionsverhältnisse) als qualitative Bestimmung inhärent.⁹ Nur äußerlich und phänomenal sind Wissenschaft und Technik in kapitalistischen und sozialistischen Ländern vergleichbar — nur auf der Ebene der Steigerung der Produktivkräfte, nicht aber auf der umfassenden Ebene der Verbindung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die erst den Typus und die Systematik der Produktionsweise ausmacht. Die Frage nach der Zukunft der wissenschaftlich-technischen Revolution muß also unter gesellschaftstheoretischen, nicht unter technikgeschichtlichen Gesichtspunkten gestellt und beantwortet werden. Ihr Gegenstand ist nicht eine selbständige Entität Wissenschaft–Technik, sondern die gesellschaftliche Form unseres Stoffwechsels mit der Natur. Unser Naturwesen ist zwar das übergreifende Allgemeine auch unserer Gesellschaftlichkeit, Natur- und Gesellschaftsgeschichte bilden ein Kontinuum; aber die bestimmte Form der Vergesellschaftung ist die *differentia specifica* unseres Naturverhältnisses, dieses ist formationsspezifisch.

2. System der Bedürfnisse

Die Nahtstelle, an der sich der Umschlag vom Naturwesen des Menschen zu seiner Gesellschaftlichkeit vollzieht, ist seine Bedürftigkeit. *Jean Paul Sartre* hat daraus eine metaphysische Wesensbestimmung des Menschen gemacht: „Das ganze menschliche Geschick“ sei „ein erbitterter Kampf gegen den Mangel“, und zu begreifen sei der „Mangel als *menschliche Tatsache* (und nicht als Bosheit einer stiefmütterlichen Natur)“¹⁰. Das ist natürlich ein anthropozentrischer Kurzschluß. Das Bedürfnis nach Stoffen, die der Erhaltung des Lebensprozesses dienen („Lebensmittel“ im weitesten Sinne des Wortes), ist ein Merkmal *aller* Organismen oder Lebewesen;¹¹ Lebendigkeit beruht gerade auf dem Stoffwechsel, also der Aufnahme und Assimilation von Stoffen *aus* der äußeren Natur und der Abgabe von Stoffwechselprodukten des Organismus *an* die äußere Natur. Wachstum, Vermittlung, Vermehrung sind unmittelbare Folgen des Stoffwechsels, Reizbarkeit, Regulation, Spontaneität der Be-

8 Günter Kröber, a.a.O., S. 9.

9 Vgl. Hans Heinz Holz, Grundsätzliches zu Naturverhältnis und ökologischer Krise, in IMSF (Hrsg.), „... einen großen Hebel der Geschichte“, Marxistische Studien, Sonderband I zum 100. Todestag von Karl Marx, Frankfurt/M. 1982, S. 155 ff.

10 Jean Paul Sartre, Kritik der dialektischen Vernunft, Reinbek bei Hamburg 1967, S. 129 ff., hier S. 130 und 148.

11 Joachim Ritter, Historisches Wörterbuch der Philosophie, Artikel „Lebenskriterien“ (von K. Sadegh-Zadeh), Band 5, Sp. 129 ff., Basel 1980.

wegung davon abgeleitet. Der Organismus ist „das absolut Bedürftige“¹², aber eben darum auch dynamisch. „Leben ist Bewegung, kann ohne Bewegung nicht stattfinden... der Prozeß ist das Wesen seines Seins“¹³.

Der Stoffwechsel als Merkmal der Lebendigkeit reicht weit in die entwicklungsgeschichtlich frühen Schichten der Natur zurück. Ein Lebewesen, das durch Stoffwechsel existiert, hat Bedürfnisse; werden diese nicht befriedigt, so leidet es Mangel. Bedürftigkeit ist eine Kategorie der Naturdialektik. Beim Menschen ist diese Bedürftigkeit gesteigert durch morphologische Veränderungen: „Morphologisch ist nämlich der Mensch im Gegensatz zu allen höheren Säugern hauptsächlich durch *Mängel* bestimmt, die jeweils im exakt biologischen Sinne als Unangepaßtheiten, Unspezialisiertheiten, als Primitivismen, d.h. als Unterentwickeltes zu bezeichnen sind: also wesentlich negativ. Es fehlt das Haarkleid und damit der natürliche Witterungsschutz; es fehlen natürliche Angriffsorgane, aber auch eine zur Flucht geeignete Körperbildung; der Mensch wird von den meisten Tieren an Schärfe der Sinne übertroffen, er hat einen geradezu lebensgefährlichen Mangel an echten Instinkten und er unterliegt während der ganzen Säuglings- und Kinderzeit einer ganz unvergleichlich langen Schutzbedürftigkeit“¹⁴. *Gehlen's* Unterstellung, diese Mängel seien konstitutiv für den Menschen von Anfang an und sozusagen die biologische Veranlassung der Ausbildung seiner Sonderstellung als arbeitendes, sprechendes, denkendes (intelligentes) Wesen, folgt keineswegs aus dieser Beschreibung der morphologischen Eigenheiten; diese werden sich parallel zum arbeitenden, in die Natur eingreifenden Verhalten evolutionär herausgebildet haben, während das Arbeiten durch bestimmte morphologische Besonderungen — aufrechte Haltung, Freisetzung der Hand, Konstitution des optisch-haptischen Feldes¹⁵ — ermöglicht wurde.

Lange Zeit hat die Arbeit, mit der Hand als erstem Werkzeug und der dann folgenden Nutzung von vorgefundenen Dingen als Hilfsmitteln bis zur Verfertigung primitiver Instrumente, wohl nur der Befriedigung unmittelbar natürlicher Bedürfnisse gegolten. Dennoch ist schon in diesen prähistorischen Anfängen prinzipiell der Übergang zum Heraustreten aus dem Naturgegebenen angelegt. Mit der Verfertigung von Werkzeugen übernimmt der Mensch die Organisation seiner Bedürfnisbefriedigung. Damit schafft er aber zugleich neue Bedürfnisse, solche der Erleichterung und Vervollkommnung primär der Arbeitsvorgänge zur Bedürfnisbefriedigung, sekundär der Arbeitsvorgänge zur Herstellung von immer besseren Arbeitsmitteln; und tertiär solche, die sich aus der Organisation der kollektiven Arbeit und Überlebensstrategien (zum Beispiel Jagd, Kinderaufzucht, Schutz der Horde) und dann aus der Arbeitsteilung und dem Austausch der Arbeitsprodukte ergeben. Neben den aus

12 Helmuth Plessner, *Die Stufen des Organischen und der Mensch*, Berlin und Leipzig 1928, S. 194.

13 Ebd., S. 132.

14 Arnold Gehlen, *Der Mensch*, Frankfurt/M. und Bonn 1962?, S. 33.

15 Friedrich Engels, a.a.O., S. 444 f. Helmuth Plessner, *Die Frage nach der Conditio humana*, Frankfurt/M. 1976, S. 37 ff.

den natürlichen Bedürfnissen abgeleiteten weiteren materiellen Bedürfnissen nach Produktionsmitteln entstehen so ideelle Bedürfnisse nach Ordnungsprinzipien, Verhaltensregeln, Normen und deren Darstellung in symbolischen Formen. Kurz, es entsteht das, was *Hegel* das „System der Bedürfnisse“ genannt hat.

„Das *Tier* hat einen beschränkten Kreis von Mitteln und Weisen der Befriedigung seiner gleichfalls beschränkten Bedürfnisse. Der *Mensch* beweist auch in dieser Abhängigkeit zugleich sein Hinausgehen über dieselbe und seine Allgemeinheit, zunächst durch die *Vervielfältigung* der Bedürfnisse und Mittel, und dann durch *Zerlegung und Unterscheidung* des konkreten Bedürfnisses in einzelne Teile und Seiten, welche verschiedene *partikularisierte*, damit *abstraktere* Bedürfnisse werden. — Ebenso *teilen* und *vervielfältigen* sich die *Mittel* für die partikularisierten Bedürfnisse und überhaupt die Weisen ihrer Befriedigung, welche wieder relative Zwecke und abstrakte Bedürfnisse werden; — eine ins Unendliche fortgehende Vervielfältigung, welche in eben dem Maße eine *Unterscheidung* dieser Bestimmungen und Beurteilung der Angemessenheit der Mittel zu ihren Zwecken, — die *Verfeinerung*, ist. — Die Bedürfnisse und die Mittel werden als reelles Dasein ein *Sein* für *andere*, durch deren Bedürfnisse und Arbeit die Befriedigung gegenseitig bedingt ist. Die Abstraktion, die eine Qualität der Bedürfnisse und der Mittel wird, wird auch eine Bestimmung der gegenseitigen Beziehung der Individuen aufeinander; diese Allgemeinheit als *Anerkanntsein* ist das Moment, welches sie in ihrer Vereinzelung und Abstraktion zu konkreten als *gesellschaftlichen* Bedürfnissen, Mitteln und Weisen der Befriedigung macht“¹⁶.

Es ist bemerkenswert, mit welcher Klarheit bereits *Hegel* den Prozeß der Vergesellschaftung der Bedürfnisse und damit der arbeitsteiligen Produktion zum Zweck ihrer Befriedigung erkennt. Das natürliche Bedürfnis ist je individuelles oder besonderes, auf die Erhaltung des Einzelwesens oder der Art gerichtet; und das besondere Bedürfnis wird wiederum individuell, allenfalls in der als eine Einheit agierenden Herde, befriedigt. Demgegenüber wird mit dem Menschen ein überindividuelles, *allgemeines* System der Bedürfnisse ausgebildet, bei dem das einzelne Bedürfnis selbst nicht mehr konstitutiv ist für die Weise seiner Befriedigung, sondern die wechselseitige Abhängigkeit der produktiven Leistungen den Stellenwert und den Grad der Befriedigung der Bedürfnisse bestimmt. Statt der unmittelbaren natürlichen Transitivität der Beziehung Begierde–Genuß wird die vermittelte ökonomische Reflexivität der Beziehung Produktion–Konsum dominant. In *Griesheims* Vorlesungsnachschrift zu *Hegels* „Rechtsphilosophie“ heißt es deutlich genug: „Das Bedürfnis wird durch die Gegenseitigkeit vervielfältigt, die zugleich eine Seite der Allgemeinheit ist.“¹⁷

16 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, §§ 190–192. Werke, ed. Moldenhauer–Michel, Band 7, Frankfurt/M. 1970, S. 347 ff.

17 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über Rechtsphilosophie, hg. von Karl Heinz Ilting, Band 4, Stuttgart 1974, S. 491 (Vorlesungsnachschrift von Karl Gustav Julius von Griesheim). Vgl. die Studienausgabe der Rechtsphilosophie von Hermann Klenner, Berlin 1981, S. 480.

Diese Entwicklung wird von *Hegel* in fünf Schritte zerlegt:

1. Hinausgehen über die Besonderheit animalischer Bedürfnisse.
2. Vervielfältigung der Bedürfnisse und Mittel.
3. Zerlegung und Unterscheidung der Bedürfnisse, Partikularisierung und Abstraktion.
4. Arbeitsteilung.
5. Systemform der Bedürfnisse als realallgemeine, sich gegenüber den Individuen als abstraktes Dasein verselbständigende Totalität der gesellschaftlichen Bedürfnisse, Mittel und Weisen ihrer Befriedigung.

Was *Hegel* hier beschreibt, ist der Übergang von der Natürlichkeit der Triebe zur Künstlichkeit der Technik, von der Triebbefriedigung zur Produktion, von der Natur zur Ökonomie, vom unmittelbaren Naturverhältnis zum vermittelten Produktionsverhältnis. Auf der Ebene der Produktionsverhältnisse ergibt sich das gesellschaftliche Bedürfnis als „Verknüpfung vom unmittelbaren oder natürlichen und vom geistigen Bedürfnisse der *Vorstellung*“, worin sich der Mensch nun zu sich selbst (statt nur zu einer äußerlichen Notwendigkeit) verhält und damit frei wird¹⁸. Durch die Arbeit (und das heißt: in der Zivilisation) erhebt sich der Mensch über das bloße Prinzip der *Selbsterhaltung* zu dem der *Selbstentfaltung*, und die allseitige Verwirklichung der im Menschen liegenden Möglichkeiten wird nun zum letztendlichen übergreifenden gesellschaftlichen Bedürfnis, zu dessen Befriedigung die gesellschaftliche Produktion dient.

Der Geschichtsprozeß ist irreversibel. Wir können das aus arbeitsteiliger Produktion hervorgegangene zivilisatorische System der Bedürfnisse nicht mehr auf die Stufe der Natürlichkeit zurückbringen, ohne dabei den Menschen als Menschen preiszugeben¹⁹. Das höchste Niveau menschlicher Selbstverwirklichung ist zugleich das höchste Niveau seiner „natürlichen Künstlichkeit“²⁰. Zivilisationspessimismus und Technikfeindschaft sind nur Indizien der weltanschaulichen Ratlosigkeit gegenüber den Widersprüchen, die die kapitalistische Organisationsform der „natürlichen Künstlichkeit“, des Naturverhältnisses als Produktionsverhältnis, hervorbringt²¹. Der Antagonismus dieser Widersprüche, letztlich von gesellschaftlicher Produktion und gesellschaftlichen Bedürfnissen versus private Aneignung, läßt die Technik, ja die Geschichte (als Geschichte der Produktivkraftentwicklung) irrational erscheinen²². Die Ursache dieser Irrationalität, die auch die Ursache der Störung un-

18 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Rechtsphilosophie, § 194.

19 Vgl. Günter Ropohl, Technik als Gegenatur, in: Götz Grossklaus/Ernst Oldemeyer, Natur als Gegenwelt, Karlsruhe 1983, S. 87 ff., hier S. 95 ff.

20 Helmut Plessner, Die Stufen des Organischen und der Mensch, a.a.O., S. 309 ff. Zur Bedeutung Plessners für eine naturdialektische Auffassung vom Menschen vgl. Bernhard Delfgaauw, Hans Heinz Holz, Lolle Nauta (Hrsg.), Philosophische Rede vom Menschen, Bern 1985.

21 Vgl. Hans Heinz Holz, Grundsätzliches zu Naturverhältnis und ökologischer Krise, a.a.O.

22 Auf diese Irrationalität hat auch Hegel aufmerksam gemacht, a.a.O., § 195; und in der Vorlesungsnachschrift von Griesheim, a.a.O., S. 494 (= Klenner, a.a.O., S. 481): Mit dem „zirkulierenden Reichtum“ ... „vermehrt sich die Abhängigkeit und Not... weil die Mittel der Befriedigung in der Willkür Anderer sind... Man hat es nicht mehr mit der äusseren Natur zu tun, je-

seres Naturverhältnisses ist²³, durch eine vernünftige Ordnung der Produktionsverhältnisse aufzuheben, ist die Zukunftsperspektive der Menschheit — und angesichts der Zuspitzung dieser Widersprüche heute ist dies die weltgeschichtliche Aufgabe, die dringend und unabweisbar auf der Tagesordnung steht. Die historische Mission des Proletariats hat eine aus der Gesellschaft in die Natur dialektisch zurückwirkende Bedeutung.

3. Widersprüche der Übergangsperiode

Die Entfaltung der Produktivkräfte führt also zu einer immer weiter gehenden Differenzierung des Systems der Bedürfnisse und insofern zur Erweiterung der realen Möglichkeiten des Menschen. Der Wandel der Produktionsverhältnisse hat sich diesem Fortschritt in der Ausgestaltung des menschlichen Gattungswesens — den *Hegel* den „Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit“ nannte — angepaßt und der Verwirklichung des real Möglichen jeweils die gesellschaftliche Organisationsform gegeben. Allerdings hat die Institutionalisierung der Produktionsverhältnisse in Eigentums-, Rechts- und Staatsformen immer auch dazu beigetragen, den Fortschritt im technisch Machbaren nicht auch zu einem Fortschritt in der Emanzipation der Menschen von äußeren Zwängen werden zu lassen; die Umsetzung vom technischen in den gesellschaftlichen Fortschritt mußte stets von revolutionären Bewegungen aufsteigender Klassen erkämpft werden. Darin das Grundgesetz der Geschichte erkannt zu haben, ist der Kern des historischen Materialismus.

Ausgehend von diesen Einsichten, sind die Widersprüche der gegenwärtigen Epoche und die Fronten des Klassenkampfes klar zu beschreiben. Wir haben es (wie in Abschnitt I dargestellt) mit drei gleichzeitigen Entwicklungen auf unterschiedlichen Entwicklungsniveaus zu tun.

1. Ein von den entwickelten Industrieländern ausgehender, sich indessen weltweit auswirkender, qualitativ neuer Prozeß der Ausweitung und Anwendung wissenschaftlich-technischen Wissens (wissenschaftlich-technische Revolution), der die Gefahr der Selbstzerstörung der menschlichen Zivilisation durch Krieg oder Umweltschädigung in sich birgt.

2. In den Entwicklungsländern ein Nachholbedarf an wissenschaftlicher Ausbildung und moderner technischer Ausrüstung, der durch Übernahmen aus den entwickelten Industrieländern gedeckt wird.

der Baum, jedes Tier gehört nicht mehr der Natur an, sondern einem Eigentümer, die Abhängigkeit ist so viel grösser... Indem der Reichtum grösser wird, konzentriert er sich in wenigen Händen, und ist erst einmal dieser Unterschied, dass in einigen Händen grosse Kapitale sind, so erlaubt dies auf wohlfeilere Weise zu erwerben, als bei einem geringeren Vermögen, so wird der Unterschied immer größer.“

23 Vgl. Remo Bodei, *Natura, finalità, effetti perversi nell' analisi economica di Marx*, in: *Quaderni dell' Istituto Galvano della Volpe*, Messina 1982, S. 7 ff. Außerdem Hans Heinz Holz, *Natura e storia in Marx*, in: *Jahrbuch des Gramsci-Instituts*, Palermo (in Vorb.); finnisch: *Teesejä luonnosta*, in: *tiede & edistys*, Heft 2/1984, S. 135 ff.

3. Die Koexistenz zweier Gesellschaftssysteme mit entgegengesetzten Strategien der politisch-gesellschaftlichen Bewältigung der durch die wissenschaftlich-technische Revolution geschaffenen Probleme.

Der Antagonismus der Gesellschaftssysteme gewinnt durch die Präsenz der modernen Vernichtungswaffen eine neue welthistorische Formbestimmtheit: Er darf unter dem Risiko der Auslöschung der Menschheit nicht mehr mit Mitteln militärischer Gewaltanwendung ausgetragen werden; die antagonistischen Gesellschaften sind zur friedlichen Koexistenz verdammt.²⁴ Der Kapitalismus ist jedoch, nach der Verfassung seiner Produktionsweise, zur Kapitalverwertung auf Expansion angewiesen, bringt also aus sich die imperialistische Bedrohung des Koexistenzzustandes hervor. Den nicht-kapitalistischen Ländern, also den Ländern des sozialistischen Lagers, wird damit eine ihrer Ökonomie systemwidrige Produktion zur Verteidigung gegen die imperialistische Bedrohung aufgezwungen, die notwendig zur Verlangsamung der Entwicklung des eigenen Gesellschaftstyps und der Lösung der durch die wissenschaftlich-technische Revolution geschaffenen Probleme führen muß. Die Ausbildung eines neuen Systems der Bedürfnisse mit neuen Verhaltensweisen und -normen der Menschen muß also unter den widrigen Randbedingungen dauernder Störungen stattfinden, die gleichzeitig mit dem Voranschreiten auf dem eigenen Wege aufgefangen und in ihren Wirkungen neutralisiert werden müssen. Das gilt sowohl für den Rüstungswettlauf wie für die Rückwirkung der Wirtschaftskrisen des Kapitalismus auf den internationalen Handel und damit auf gewisse Faktoren der sozialistischen Planung, die sich unter dem Einfluß der Schwankungen im kapitalistischen System nicht konstant halten lassen. Innerkapitalistische Widersprüche werden so, wie durch Induktionsströme, auf den Sozialismus übertragen und müssen dort unter zusätzlichen Anstrengungen bewältigt werden. Das heißt, der Kapitalismus vermag unter Verschärfung seiner eigenen Krisenerscheinungen auch den Aufbau des Sozialismus nachteilig zu beeinflussen, ohne daß dieser das Prinzip der friedlichen Koexistenz aufgeben dürfte.

Es könnte scheinen, als habe der Zwang zum Frieden mindestens eine Stagnation der gesellschaftlichen Entwicklung in der Welt (wenn nicht gar eine Erpreßbarkeit des auf Erhaltung des Friedens angewiesenen Sozialismus) zur Folge. Dies wäre so, wenn der Grundwiderspruch der Epoche nur als außenpolitische Konfrontation der zwei Systeme zutage träte. Indessen ist der Antagonismus der Gesellschaftssysteme selbst schon das Ergebnis der internen Klassenauseinandersetzungen im Kapitalismus (aus denen die Oktoberrevolution hervorging). Die Selbstwidersprüche des Kapitalismus beschwören permanente krisenhafte Konflikte herauf, die eine allmähliche Veränderung des weltpolitischen Gleichgewichts bewirken. Dieser Prozeß verläuft parallel zu den oben genannten Entwicklungstendenzen auf drei Ebenen:

1. Innerhalb der kapitalistischen industriellen Metropolen verschärft sich der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, ablesbar an konstant hohen Prozentsätzen von Arbeitslosen, am Abbau von Sozialleistungen und gesell-

²⁴ Vgl. dazu Hans Heinz Holz, *Zur Logik der Koexistenz*, a.a.O.

schaftlichen Funktionen (Bildung, Gesundheitswesen etc.) und an wachsender Staatsverschuldung.

2. Entwicklungsländer entziehen sich der neokolonialistischen Ausbeutung und gewinnen mehr Einfluß in den internationalen Organisationen.

3. Die Friedensbewegung setzt sich der Aggressivität der imperialistischen Führungsmächte entgegen.

Auf allen drei Ebenen ist dies kein linearer und schon gar kein ungehemmter Fortschritt, sondern ein zäher Kampf mit Erfolgen, Rückschlägen und Sackgassen — ein weltweiter Klassenkampf unter den Bedingungen ungleichmäßiger ökonomischer, sozialer und ideologischer Entwicklung an den verschiedenen Frontabschnitten. Es ist die Aufgabe einer historisch-materialistischen Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, diesen Differenzierungen ebenso Rechnung zu tragen (in sauberen ökonomischen Einzelanalysen) wie die allgemeine Entwicklungstendenz, die Grundlinie und den Hauptwiderspruch in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen, herauszuarbeiten. Und es ist eine wesentliche praktische, politische Strategien bestimmende Aufgabe, die komplexen Beziehungen zwischen den drei Parallelströmungen auf den Begriff zu bringen.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus stellt eine ebenso große Bedrohung des Friedens und des Überlebens der Menschheit dar, wie sie in sich die Tendenz und reale Chance zur Überwindung des Kapitalismus und zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft trägt. *Lenins* Imperialismustheorie hat diesen Doppelcharakter des „höchsten Stadiums des Kapitalismus“ richtig herausgearbeitet und bildet die Grundlage für die Strategie des internationalen Klassenkampfes.²⁵ „Der Imperialismus ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Diese Besonderheit ist eine dreifache: Der Imperialismus ist 1. monopolistischer Kapitalismus, 2. parasitärer oder faulender Kapitalismus, 3. sterbender Kapitalismus“.²⁶

Die staatsmonopolistische Form, in der die wissenschaftlich-technische Revolution in den kapitalistischen Ländern gesteuert wird, bestimmt den Charakter der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit; aus diesen Widersprüchen resultiert eine menschenfeindliche, die Reproduktionsbasis des Kapitals letztlich selbst zerstörende Wachstums- und Expansionsstrategie, die zum Untergang des Kapitalismus führen muß. *Boris Ponomarjow* hat die Aktualität dieser drei Elemente hervorgehoben: „Es ist dies eine Krise der ökonomischen Basis des Kapitalismus, eine Krise, die über den Rahmen der zyklischen Rückgänge hinausgeht und vor allem in einer fieberhaften Inflation, in einer allgemeinen Preissteigerung in Friedenszeiten zum Ausdruck kommt. Es ist dies eine Währungskrise, die die Währungen einer Reihe von kapitalistischen Ländern bis in den Grund erschüttert. Es ist dies eine Krise des gesamten Systems der Beziehungen zwischen dem Imperialismus und den Ländern, die sich vom Kolonialjoch befreit haben. Es ist dies eine Krise in den Bezie-

25 Boris Ponomarjow, Wladimir Iljitsch Lenin und die kommunistische Weltbewegung, Neues Deutschland, 11. April 1974, S. 5 f.

26 Wladimir Iljitsch Lenin, Werke (LW) Band 23, S. 102.

hungen zwischen den gegenwärtigen Machtzentren des imperialistischen Lagers — den USA, den Ländern Westeuropas und Japan. Es ist dies eine Energiekrise, die gegenwärtig den Charakter einer echten Katastrophe in den kapitalistischen Ländern angenommen hat. Es ist dies eine ökologische Krise — ein heftiger Konflikt mit der Umwelt im Ergebnis der räuberischen, kapitalistischen Ausbeutung. Es ist dies eine Krise des gesamten außenpolitischen Kurses des Imperialismus und zahlreicher militärisch-politischer Doktrinen, die auf eine bewaffnete Unterdrückung des Sozialismus berechnet sind. Es ist dies schließlich eine politische und ideologische Krise, die in der allseitigen Verschärfung des Klassenkampfes an der ‚inneren Front‘ des Kapitalismus, sozusagen in seiner Zitadelle, Ausdruck findet“.²⁷

4. Zukunftsaufgaben und Strategien

Die Ballung der Monopole und die durch die wissenschaftlich-technische Revolution bereitgestellten Möglichkeiten für Aggression und Repression erhöhen die Gefahr, daß der Kapitalismus seine Krise durch einen dritten und dann letzten Weltkrieg zu lösen versucht und dabei durch Illusionen über die Gewinnbarkeit eines Krieges sich darüber hinwegtäuscht, daß die Vernichtung des Sozialismus zugleich die Selbstvernichtung des Kapitalismus und der Untergang der menschlichen Zivilisation sein würde. Der Kampf um die Sicherung des Friedens hat daher drei Dimensionen: 1. die wissenschaftliche und technologische Aufklärung über die tatsächlichen Ausmaße der Folgen eines möglichen Krieges; 2. die Sicherstellung von Abwehrsystemen und einer ausreichenden second-strike-capacity durch den Sozialismus, die eine Gewinnchance für die imperialistische Aggression aussichtslos macht; 3. die Mobilisierung der Massen gegen Aufrüstung und Offensivvorbereitung. Auf dieser politischen Grundlage werden dann auch diplomatische Initiativen zur Rüstungsbeschränkung und Abrüstung Erfolgchancen haben. Der Kapitalismus ist so sehr auf die — langfristig zwar ökonomisch selbstzerstörerischen, kurzfristig jedoch höchst profitablen — Wachstumsraten der Rüstungsindustrie angewiesen, daß es ein frommer Wunsch wäre, zu glauben, er würde freiwillig auf dieses Aufputzmittel verzichten. Nur der koordinierte Druck von wissenschaftlichen Erkenntnissen, militärischem Gleichgewicht und demokratischen Massenbewegungen kann ihn dazu zwingen. Die Zweideutigkeit des sympathischen, aber realitätsfernen Slogans „Frieden schaffen ohne Waffen“ kann darum gegen seine Absicht selbst friedensgefährdend wirken: Frieden zu schaffen, ohne daß Waffen zur Selbstverteidigung die Friedenspolitik sichern, ist nicht möglich, weil für ein seinen Produktionsverhältnissen entsprechend expansives Gesellschaftssystem ein schutzloser Gegner immer zum Objekt der Aggression würde; seit der *Dulles*-Doktrin von der „Eindämmung des Kommunismus“ haben die USA genügend Beispiele dafür geliefert. Wohl aber gilt es, einen Welt-Frieden zu schaffen, der die Existenz von Waffen überflüssig macht — eben als Resultat einer Weltfriedensordnung.²⁸

27 Boris Ponomarjow, a.a.O.

28 Vgl. Hans Heinz Holz, Zur Logik der Koexistenz, a.a.O.

So bleibt der Kampf für den Frieden die vorrangige Aufgabe, weil die Erhaltung des Friedens die unabdingbare Voraussetzung dafür ist, daß die Menschheit überhaupt eine Zukunft haben und weitere Aufgaben in Angriff nehmen kann. Alle anderen politischen Zielsetzungen sind daher diesem ersten Ziel nachgeordnet — und dieses Hauptziel ist eines, das nicht nur Sozialisten und Kommunisten erstreben, sondern in dem sich alle vernünftigen, nicht verblendeten Menschen einig sind, einig sein müssen: Der Frieden ist ein Apriori des Gattungslebens geworden; diese neue Qualität der Gesellschaftlichkeit zu Bewußtsein zu bringen, ist ein wesentlicher Teil sowohl der wissenschaftlichen Aufklärung wie der politischen Bildungsarbeit und Agitation²⁹. Denn das Wesentliche an der weltpolitischen Lage besteht heute darin, daß es — anders als in früheren Zeiten — kein individuelles oder partikulares Interesse mehr geben kann, dem durch Krieg gedient würde, weil eben die Überlebensbedingungen der „siegreichen“ Partei genauso vernichtet würden wie die der verlierenden. Das heißt, die Kategorien Sieg und Niederlage haben ihren Sinn verloren. Genau das muß aber erst noch zur allgemeinen Erkenntnis werden, ehe die friedliche Koexistenz gesichert ist.

Der Kampf um den Frieden ist zugleich global und punktuell. Er kann und muß in jedem Augenblick und an jedem Punkt der Bedrohung gleichzeitig geführt werden, und jeder kleinste Teilerfolg, auch jede Öffentlichkeitsresonanz, ist ein Erfolg im ganzen. Diese Universalität und Ubiquität der Friedensfrage bestimmt die Strategie der Friedenspolitik. Sie übergreift die gegensätzlichen Gesellschaftssysteme. Nicht in gleicher Weise kann die zweite große, globale Zukunftssorge der Menschheit behandelt werden: die Erhaltung der natürlichen Umwelt als Überlebensbedingung der Menschheit. Zweifellos ist die Funktionsfähigkeit des gegenwärtigen Reproduktionssystems menschlichen Lebens von der Aufrechterhaltung der technischen Produktionsmittel abhängig; wir können nicht aus unserer Zivilisation heraustreten, die Entwicklung des Systems der Bedürfnisse und Mittel ist nicht reversibel. Nun ist aber gerade die Massierung der technischen Geräte und Verfahren und ihre Vernetzung im ökonomisch-technischen Zusammenhang die Ursache vom Umweltschäden mit langfristigen Folgen. Die Einpassung der Technik in den Naturzusammenhang (also die Umweltverträglichkeit von Technik) — weil Gesellschaft immer im Kontext der Dialektik der Natur steht — ist eine vordringliche Aufgabe.

Diese Einpassung kann gewiß nicht in einem Akt und global erfolgen. Andererseits sind punktuelle Umweltschutzmaßnahmen zwar anzustreben und nützlich; aber sie gewinnen ihren Sinn und ihre Wirksamkeit erst in umfassenderen Zusammenhängen, die durch sie noch nicht geschaffen werden. So ist zwar die schrittweise Durchsetzung von umweltschützerischen Maßnahmen notwendig; und allein in einer schrittweisen Ablösung umweltschädlicher Techniken durch neue Produktions- und Verkehrsmittel ist überhaupt eine

29 Kampf um den Frieden — nun erst recht. Plenartagung des Friedensrats der DDR am 9. März 1984, Berlin 1984, insbesondere die Ausführungen von Günther Drefahl, S. 10 ff., und Hermann Klare, S. 34 f.

Umgestaltung unserer Zivilisation zu realisieren, weil auf die Kontinuität der äußeren Rahmenbedingungen unseres Lebens Rücksicht genommen werden muß. Das gilt ebenso für sozialistische wie für kapitalistische Gesellschaften. Aber diese punktuellen und schrittweisen Anpassungen an die Natur reichen nicht aus, solange die Durchsetzung von Sonderinteressen sie immer wieder durchkreuzt. Die Welt bedarf global eines anderen „Wirtschaftsstils“ als des auf Ausbeutung der Natur gerichteten³⁰.

Es gibt gute Gründe, aus denen man bezweifeln kann, daß innerhalb des kapitalistischen Systems und mit den am „Menschenrecht auf privates Eigentum“ orientierten und auf dem konkurrierenden Streben nach Durchsetzung individueller Interessen beruhenden ordnungspolitischen Konzepten der bürgerlichen Gesellschaft mehr als punktuelle Verbesserungen erreicht werden können. Moralische Appelle und abstrakte Vernunftansichten reichen nicht aus, um Interessen aus der Welt zu schaffen, die im System der Produktion selbst (also in den Produktionsverhältnissen) entspringen. Letztlich wird also die ökologische Krise, die ein nicht herauslösbare Moment der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist, erst durch die revolutionäre Veränderung des Gesellschaftssystems behoben werden können. Und da in der Epoche der Koexistenz von Gesellschaften mit unterschiedlichen Produktionsverhältnissen eine wechselseitige Beeinflussung der materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaften stattfindet, ist die Öko-Krise ein nur durch globale Veränderungen der Produktionsverhältnisse zu lösendes Problem. Ein bloßes „Krisen-Management“ reicht langfristig nicht aus.

Die Erhaltung des Friedens ist also möglich und nötig unter der Form der friedlichen Koexistenz zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme, und die (außen)politische Strategie der Friedenssicherung muß von diesem Dualismus ausgehen. Die Erhaltung der Umwelt indessen erfordert systemverändernde Eingriffe in die kapitalistische Ordnung, und die (innen)politische Strategie des Umweltschutzes muß zugleich eine gesellschaftspolitische Strategie der allmählichen Systemveränderung sein. Sowohl gesetzgeberische Neuerungen als auch größere Mitbestimmungsrechte und Kontrollzuständigkeiten der Basis (z. B. der Gewerkschaften in den Betrieben, von Bürgerausschüssen in den Quartieren und Gemeinden, von Wissenschaftlergremien in der Legislative und Exekutive) sind hier unerlässlich.

Vollends ist der Kampf um die Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der aus ihr folgenden Produktivitätssteigerung der menschl-

30 Auf einen alternativen „Wirtschaftsstil“ hebt Klaus Michael Meyer-Abich, *Wege zum Frieden mit der Natur*, München 1984, S. 278 ff., ab. — Er meint allerdings, ein auf Ausbeutung der Natur verzichtender „Wirtschaftsstil“ sei auch unter kapitalistischen Bedingungen realisierbar, zitiert indessen als Orientierungsmatrix dann Karl Marx: „Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmückt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutzniesser, und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“ (MEW 25, S. 784).

chen Arbeit zur größeren Selbstentfaltung des Menschen, also zu Erschließung und Verwirklichung der ihm gegebenen Möglichkeiten, eine Aufgabe, die die Schaffung eines neuen Gesellschaftstypus voraussetzt. Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Eigentumsverhältnisse, ist der erste notwendige Schritt, um auf der objektiven Grundlage eines neuen Weltverhältnisses (Gesellschaft und Natur umfassend), das keine Ausbeutung mehr kennt, den neuen Menschen, die sozialistische Lebensweise entstehen zu lassen. „Das Endziel der gesellschaftlichen Produktion“ sei „die Schaffung von Bedingungen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit“, sagte *J. W. Andropow* in seiner programmatischen Rede zum 100. Todestag von *Karl Marx*; und er fuhr fort: „Marx sah die historische Bestimmung der Formation, die den Kapitalismus ablösen wird, darin, die Arbeit aus einer quälenden, unfreiwilligen Pflicht in das erste Lebensbedürfnis der Persönlichkeit zu verwandeln. Wir wissen heute aus Erfahrung, wieviel auf dem langen Weg zur Verwirklichung dieser Idee in ihrer Gesamtheit getan werden muß ... Die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse läuft keineswegs nur auf einen einmaligen Akt hinaus, in dessen Ergebnis die wichtigsten Produktionsmittel Eigentum des ganzen Volkes werden. Rechtmäßiger Besitzer zu werden und ein solcher tatsächlich zu sein — ein wirklicher, weiser und fürsorglicher Besitzer — ist bei weitem nicht ein und dasselbe. Ein Volk, das die sozialistische Revolution vollzogen hat, muß noch lange lernen, seine neue Stellung als oberster und uneingeschränkter Eigentümer des gesamten gesellschaftlichen Reichtums zu beherrschen — sowohl ökonomisch als auch politisch und, wenn man so will, psychologisch — und dabei gemeinschaftliches Bewußtsein und Verhalten zu entwickeln“³¹. Die Eigentumsverhältnisse umzuwälzen und das Bewußtsein der Menschen auf eine neue Gesellschaft der Solidarität vorzubereiten — das sind Inhalte, durch die für einen Kommunisten die Zukunft bestimmt und seine Aufgabe definiert ist. „Das revolutionäre sozial-historische Schöpfertum der Arbeiterklasse und aller arbeitenden Menschen zu orientieren und zu lenken, diese grandiose Aufgabe wird heute von der marxistisch-leninistischen Theorie und der Praxis des Kampfes um den Fortschritt der Menschheit gelöst. Das ist jene Aufgabe, die Karl Marx sich, seinen ideologisch und politisch Gleichgesinnten sowie seinen Nachfolgern gestellt hat: Die Welt zu erkennen und zu verändern“³².

31 *J. W. Andropow*, Die Lehre von Karl Marx und einige Fragen des sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion, Moskau 1983, S. 16 f. und 10 f.

32 Ebd., S. 40.

Die Notwendigkeit des Möglichen

Über Zukunftsdenken und Utopie

Hans Jörg Sandkühler

1. Zukunft – 1.1 Pluralisierung der Zukunft – 1.2 Zeit und Zukunft – 1.3 Krise und Zukunft – 2. Utopie – 3. Die sozialistische Kritik der Zukunft – 4. Die Intellektuellen: kleine und große Zukunft

1. Zukunft

Zum Menschen gehört, Zukunft zu haben. Kein Zweifel scheint diese Wahrheit anfechten zu können. Die im Krieg sterben, haben keine Zukunft. Die in Ausbeutung verhungern, haben keine Zukunft. Die den Weltraum bewaffnen, meinen ihre Zukunft und das Ende der Möglichkeiten für die anderen. Wer also hat Zukunft?

1.1 Pluralisierung der Zukunft

Wie erfinderisch Menschen sind, denken sie über Zukunft nach, zeigen die Bibliotheken. *Zukunft der* – europäischen Integration, Gemeinschaft, Gottesdienstreform, Hochschulabsolventen, Informationsgesellschaft, Kirche, Landschaft, Malerei, Menschen. *Zukunft der* – Monogamie, Neurologie, Philosophie, Schöpfung, Sozialpolitik, Stadt, Theologie, Vergangenheit. *Zukunft des* – Berufsgrundbildungsjahres, deutschen Volkes, Güterverkehrs, Jugendschutzes, Lebens, Lesers, Mittelstandes, Unternehmers, Welthandels. *Zukunft im* – Angriff, Blickfeld, Kreuzverhör, System, Zeitraffer. Keine Bibliothek ohne Abteilung „Zukunft“. Buchtitel neben Buchtitel, Phantasie neben Phantasie, Verdrängung neben Verdrängung: *Zukunft in Bescheidenheit; Zukunft in der Gegenwart; Zukunft meistern; Zukunft ohne Risiko. Die Industriegesellschaft zwischen Fortschrittsgläubigkeit und den Grenzen des Wachstums; Zukunftsangst.* Katalogisiert zwischen „Zuhälter“ und „Zulu“: „Zukunft“. Verzettelt zwischen „Uto-Aztekisch“ und „Utrecht“ – „Utopie“: *Utopie der Befreiung; Utopie der Konservativen; Utopie und Mythos der Weltrevolution.*¹ Die Speicher

¹ Umfangreiche bibliographische Nachweise in: Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen. Hg. und eingel. v. A. Neustüss, Neuwied und West-Berlin 1968; Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie. Hg. v. W. Voßkamp, 2 Bd., Stuttgart 1982.

des Wissens sind gefüllt mit vergangenen Träumen und geronnenen Hoffnungen. Was Zukunft haben sollte, wurde Geschichte. Das Utopische bekam Ortsnamen. „Vorwärts und nicht vergessen“ ist menschliches Reisegepäck mit doppeltem Boden. Das Nicht-Vergessen-Wollen schafft geschichtsbewußte Orientierung; das Nicht-Vergessen-Können mauert ein in Vergangenheit, die keinen Bestand haben darf und das Ausgreifen ins Mögliche lähmt. Deshalb haben Neuerer wie *Charles Fourier* den *Brand der Bibliotheken* auf die Tagesordnung der Revolution gesetzt.

Was die Vielstimmigkeit über „Zukunft“ und „Utopie“ anzeigt, ist eindeutig: die Pluralisierung des Zukünftigen nach *Interessen*. Selten nur erweist sich der Singular „die Zukunft“ nicht als Anmaßung und Fiktion des Ganzen. Die Interessen konkurrieren und mit ihnen Zukünfte, die – partikulär ausgeheckt – zu Wirklichkeiten werden und die Geschichte als Sammlung von Geschichten erscheinen lassen. *Die Zukunft des Menschen*, der Menschheit, der menschlichen Geschichte in der Natur, des Kosmos, ist selten gemeint. So zeichnet der *Widerspruch* das aus, was wir für möglich und für notwendig halten und „Zukunft“ nennen. Und deshalb ist das Fortschreiten in die Zukunft keineswegs immer auch Fortschritt. Deshalb auch individuelle Verdrängung und Vergessen und kollektive Verhinderung des Möglichen. Die Geschichte menschlicher Zukunftsentwürfe kann nicht als die der Verwirklichung des Möglichen allein geschrieben werden; was zugleich bedeutet: nicht alles, was Wirklichkeit wurde, wurde notwendig wirklich. Es hätte auch anders kommen können. Dieses „es hätte“ ist der Ausgang allen Denkens über das andere, die neue Welt, die endlich befreite Menschheit. Stellen wir uns nicht auf den Standpunkt dessen, der dem Bestehenden die Würde des Notwendigen verleiht, erkennen wir in der Geschichte das abgetriebene Mögliche, die Alternative, in der Gegenwart die Notwendigkeit des Möglichen, der Alternative, und in der Zukunft die Möglichkeit des Notwendigen. Alternativität, welche die Chance hat, nicht im Schatz unabgegotener Möglichkeiten zu versinken, gibt es nur in der Einheit der Geschichte, die *wir* in der Dreidimensionalität des gewußten Vergangenen, der begriffenen Gegenwart und der erkannten Zukunft des Möglichen selbst gestalten. Wir? Setzt sich im Kampf und in den Widersprüchen des Besonderen ein „Wir“ durch, auf das Zukunftshoffnung gesetzt werden kann? Zu den bitteren Erfahrungen der Menschheitsgeschichte zählt, daß „die Menschheit“ als einheitliches historisches Subjekt noch nicht aufgetreten ist. *Bis jetzt*. In dieser Verzeitlichung von Vernunft, Hoffnung und Humanität liegt das Prinzip Zukunft. Die Normen, in denen wir Wege zur Zukunft angeben, bestimmen auch die Normen, nach denen wir Geschichte schreiben. Gemessen an diesen Normen ist der Marxismus Humanismus. Am humanistischen Maß ist zu ermessen, daß Zukunft nicht pluralisierbar ist. *Zukunft des Unternehmers* und *Zukunft der Befreiung* können als Widersprüche ermessen werden.

1.2 Zeit und Zukunft

Das Maß, es sei an menschenwürdiger Zukunft zu messen, macht es den In-

dividuen schwer. Was ein Individuum für eine glückliche Zukunft hält, kann der Stein auf der Barrikade gegen die Zukunft aller sein. Idee und Norm allgemeiner Humanität setzen sich nicht spontan durch. In der Maßlosigkeit individuell entworfener Zukünfte gewinnt das Bestehende seine Beständigkeit; in ihr hat zugleich die revolutionäre Gewalt der objektiven Zwecke ihre Wurzeln. Doch der Mangel an allgemeinem Maß hat selber objektive Gründe in den Grenzen individueller Existenz. Man lebt nur einmal, und das Leben ist kurz. Die allgemeine Idee der Zukunft ist für das Individuum Utopie. Leben ist Existenz in der Zeit, und das Individuum berechnet seine Zeit im Unterschied zwischen den Toten, den Zeitgenossen und den Enkeln. Die Pluralisierung der Zukunft entsteht also auch aus dem Unerträglichen, daß das Individuum keine Zukunft nach dem Maß der Humanität hat. Diese Bedingtheit der menschlichen Existenz kann als Sinnlosigkeit erfahren werden, sie kann die Sehnsucht nach den Goldenen Zeitaltern der Toten entfachen, sie kann zum Großen Sprung ins Neue ansetzen. Die Autobiographie, Verdichtung der Zeit und Verkürzung des langen Weges zu einer Zukunft, Suche nach der verlorenen Zeit oder Entdeckung der Dialektik von Zeit und Zukunft, ist eine der Antworten auf die Frage des Selbstbewußtseins nach den Grenzen der Individualität.

Aus *Ilya Ehrenburgs Menschen, Jahre, Leben*: „Viele meiner Altersgenossen kamen unter die Räder der Zeit. Ich blieb am Leben, nicht weil ich robuster oder klüger gewesen wäre, sondern weil es Zeiten gibt, wo das Schicksal eines Menschen eher an ein Lotteriespiel erinnert als an eine Schachpartie. Ich hatte recht, als ich vor langen Jahren sagte, unsere Zeit hinterlasse wenig lebendige Zeugnisse: Selten führt jemand Tagebuch ... Das hat viele Ursachen. Eine möchte ich anführen, die vielleicht nicht allen deutlich ist: Allzuoft haderten wir mit unserer Vergangenheit, als daß wir uns gründlich mit ihr befaßt hätten ... Der Weg führte über Neuland; Menschen stürzten in Abgründe, glitten aus, klammerten sich an totes Dornengestrüpp. Vergeßlichkeit war zuweilen ein Gebot der Selbsterhaltung: Mit Erinnerungen ließ sich nicht weitergehen ... Die einen erinnern sich nicht mehr an das Vergangene, die anderen wollen nichts davon wissen. Alle blicken nach vorn, und das ist gut so; aber nicht zufällig zählte zu den Göttern der alten Römer auch ein Janus. Janus hatte zwei Gesichter, nicht weil er zwiegesichtig war, wie man häufig hört, nein, er war weise: Das eine Gesicht war der Vergangenheit zugekehrt, das andere der Zukunft.“² Dasselbe Thema bei *Walter Benjamin*: „Das Subjekt historischer Erkenntnis ist die kämpfende, unterdrückte Klasse selbst. Bei Marx tritt sie als die letzte geknechtete, als die rächende Klasse auf, die das Werk der Befreiung im Namen von Generationen Geschlagener zu Ende führt. Dieses Bewußtsein ... war der Sozialdemokratie von jeher anstößig ... Sie gefiel sich darin, der Arbeiterklasse die Rolle einer Erlöserin künftiger Generationen zuzuspielen. Sie durchschnitt ihr damit die Sehne der besten Kraft. Die Klasse verlernte in dieser Schule gleich sehr den Haß wie den Opferwillen. Denn bei-

2 I. Ehrenburg, *Menschen, Jahre, Leben*. Memoiren, Bd. 1, Berlin 1978, S. 7 f.

de nähren sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel.“³

Zukunft als historische Kategorie, – so erst stellt sich das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für das antizipierte Neue ein: was wir als Mögliches planen, wird die Wirklichkeit von Menschen sein, deren Ja oder Nein zu unseren Plänen wir nicht einholen können. *Zukunft nicht als Flucht*, – die Revolutionierung des Bestehenden kann nur in der Zeit stattfinden und muß beginnen; Zukunft ohne Beginnen ist schlechte Utopie. Das *Peace now!* der Friedensbewegung setzt den Anfang der Zukunft, wo er gesetzt werden muß: in der gegenwärtigen Wirklichkeit. Im Verhältnis von Zeit und Zukunft ist zu entdecken, was in der Utopie-Kritik meist zu kurz kommt: die Utopie gibt es nicht, jede Zukunft hat ihren Ort, weil sie aus der Zeit gedacht wird und die Bestimmungen der Zeit enthält, ob als ungewisse Mutmaßung über das Ganz-andere oder als bestimmte Negation des Bestehenden. Die abstrakte Utopie kann von der konkreten unterschieden werden. Die abstrakte Utopie steigt aus dem Zerfall des Zusammenhangs von individueller Lebenszeit und allgemeiner Zeit, Weltzeit, Geschichte, in der das Mögliche der Zukunft denkbar ist. Die konkrete Utopie holt diese allgemeine Zeit als Perspektive der Entwicklung und Veränderung in den Lebensplan der Individuen zurück; sie ermöglicht Handeln und Wertung. Janus hat kein gespaltenes Bewußtsein, sondern wertet im Vergleich: Die Notwendigkeit des besseren Lebens durchtränkt den Zukunftsbegriff mit Gegenwart und mit der Idee des guten Lebens, und das Mögliche wird zum Maß der Kritik der Wirklichkeit und der Vergangenheit.

1.3 Krise und Zukunft

Die Entwicklung des Zukunftsdenkens zeigt auffällige Schwankungen. Zeiten der Stabilisierung und der Stabilität des in gesellschaftlicher Bewegung Erreichten neigen nicht zur Utopie, sondern erfordern deren Kritik. Über das Ziel hinausschießen heißt die Leiden des revolutionären Prozesses vergessen und das Erreichte gefährden. Nach Revolutionen orientiert sich das Zukunftsdenken am endlich Naheliegenden. Umgekehrt gilt, daß der Grad der Entfernung von der Wirklichkeit in Zeiten der Krise wächst. Der Zukunftsentwurf ist eine Widerspiegelung der Krise. Der scheinbar freie utopische Sprung ins Reich des Undeterminierten hebt ab aus dem Notwendigen. In der Krise entsteht die Fiktion gleicher Betroffenheit und gleichen Bedürfnisses an Zukunft. Aber die Krise ist nicht gleichmacherisch; sie läßt den Widerspruch aus dem Schatten der Gewöhnung an ein erträgliches Leben treten; die Stellung der Menschen im Widerspruch bestimmt die produktive Kraft oder die aggressive Energie dessen, was als „Zukunft“ vorgeführt wird: die Vision des Möglichen ist einschränkend oder weitgreifend, „Zukunft“ ist regressiv bzw. stabilisiert

3 W. Benjamin, Geschichtsphilosophische Thesen, in: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Mit einem Nachw. vers. v. H. Marcuse, Frankfurt am Main 1965, S. 88.

den Status quo *oder* enthält progressiv den Weg zum Veränderten, zum Neuen.

Angefochtene und bedrohte Herrschaft schießt immer rückwärts. *Schlegels* böses Wort vom Historiker als rückwärtsgewandtem Propheten paßt auf alle, die von Zukunft reden, um Veränderung zu verweigern. Der Regreß kann sich als die Robinsonade tarnen, zu deren Kritik *Marx* in den *Grundrissen* ansetzt. Er kann den Mythos in der Form der vorgetäuschten Mythenkritik rehabilitieren, ihn der Klasse mit Zukunft anlasten und Geschichte denunzieren. *Günter Kunert* macht es vor: „Wenn wir unter Mythos, verkürzt gesagt, eine frühgeschichtliche Anschauungsweise verstehen, die der Sinnlosigkeit und Rätselhaftigkeit des unbegreiflichen irdischen und kosmischen Geschehens zu Sinn verhilft, dann müssen wir einsehen, daß Mythos nach wie vor existiert, obgleich in anderer, unauffälliger Form. Eine der Metamorphosen von Mythos ist die Geschichte ... Sogar der historische Materialismus, der sich als Wissenschaft geriert, weil er meint, objektive Maßstäbe zu besitzen, schafft am Mythos Geschichte weiter ... Was bedeutet jener endzeitliche Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, das sogenannte ‚Letzte Gefecht‘, nach welchem die ‚Vorgeschichte‘ der Menschheit beendet sei und ihre wahre Geschichte überhaupt erst beginne, wenn nicht die überwältigende Vorherrschaft des Mythos im neuen Gewand?“ Es macht einen Unterschied, wer wo Utopie zum Gespött macht. „Die Utopie bildet einen ganz besonders subtilen Mythos, denn sie ist ein besonderes Filtrat der Geschichte und zugleich ihr anstrebenswertes, ewig unerreichbares Ziel; mit einem Wort: der Mythos für die gehobenen Stände oder meinetwegen für die nachdenklicheren Köpfe.“⁴ Auf die Nähe von bürgerlicher Utopie- und Intellektuellenkritik muß man nicht erst kommen, man wird darauf gestoßen; auch darauf: die Rolle der Renegaten bei der Zerstörung von Hoffnung. *Jorge Sempruns Algarabía*: Der phantastische Roman über die „Zone Utopique Populaire“, am linken Pariser Seine-Ufer durch eine Mauer von der Welt getrennt, Ort eines mörderischen Chaos der Linken.⁵ Aus welchen Gründen auch immer, respektablen oder nur vermeintlichen, Zukunftshoffnung sich getäuscht fühlt, – das nicht Erreichte wird schnell zum Unerreichbaren, das Unerreichbare zum Verhaßten. Revolutionäre Ungeduld ist Anlaß zum Zukunftsverzicht.

Im Widerspruch der Krise besteht (oder besteht nicht) das progressive Zukunftsdenken seine Bewährungsprobe. Daß den Schluß Tiraden wie *Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten*⁶ bilden, ist die Ausnahme, doch Grund genug zum Nachdenken. Die Debatte, die Marxisten in der Krise des Kapitalismus über Zukunft und Utopie führen, verweist auf Schwierigkeiten mit der Realität, nicht allein mit dem Umgang mit wider-

4 G. Kunert, Der Schlüssel zum Lebenszusammenhang. Literatur als Mythos, in *Frankfurter Allgem. Zeitung*, Nr. 105, 5. Mai 1984.

5 Die deutsche Übersetzung erscheint im Herbst 1985: *Algarabía* oder *Die neuen Geheimnisse von Paris*, Frankfurt am Main.

6 Vgl. *Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten* im zweigeteilten Deutschland. Hg. und eingel. v. H. Krüger, Olten 1963.

standsfähigen politischen und ökonomischen Verhältnissen, sondern mit der Wirklichkeit, als Individuum Kommunist zu sein. Die in der Bundesrepublik gerade auch unter Marxisten aufbegehrende Frage nicht etwa nach Utopie, sondern nach Utopien ist zunächst nur das Zeichen für Unbehagen und kritische Überprüfung individueller Lebenspläne. Das alltäglich Notwendige ohne Farbverlust im Bild des Möglichen tun, den kleinen Schritt mit dem großen denken können, was dem Menschen an Glück zusteht für sich selbst reklamieren, die Biographie in der Perspektive der ganzen Befreiungsbewegung verorten, das Bewußtsein der möglichen freien Assoziation freier Individuen als notwendiges zukünftiges Sein sinnlich wahrnehmen und die Theorie als konkretes Weltbild in Besitz nehmen. Die Beziehung zwischen politischem Realismus und Bewußtseinsperspektive Kommunismus ist auch individuell ein Problem sozialistischer Verantwortung und Moral. Der Reformismus als das Vergessen des Ziels, der Utopismus als das Überspringen des Wegs: die Zukunftsdebatte beantwortet die Frage nach dem Verhältnis von Reform und Revolution, oder sie ist vergebens.⁷ „Die Suche nach dem Neuen und mehr noch die Orientierung auf das Neue sind Prozesse, die nicht nur wissenschaftliche Offenheit und Vorurteilslosigkeit voraussetzen, sondern auch die Reflektion des Neuen im Denken und Fühlen der Menschen erkunden müssen ... Die Formung der Zukunftsbilder erfolgt ... in der dialektischen Spannung, in die die Individuen und sozialen Gruppen gestellt sind, und die aus den Antagonismen dieser Gesellschaft entspringt.“⁸ In der Krise zeigen Zukunftsbilder doppeltes Profil. Sie sind Kritik an gegenwärtigen Krisenursachen; *und* Selbstkritik sozialistischer Strategie *und* persönlichen Engagements. Mit *Heinz Jung* ist zu sagen, „daß die Hegemoniefähigkeit einer theoretischen Konzeption nicht aus ihrer abstrakten Richtigkeit und Wahrheit resultiert, sondern aus der Fähigkeit, neue Bedürfnisse und Themen aufzugreifen und diese zu einem theoretischen und politisch-ideologischen Gesamtkonzept zu vermitteln.“⁹ Die mit dem Zwang des staatlichen Gewaltapparats gepanzerte bürgerliche Hegemonie hat Bedarf weder an Zukunft noch an Utopie. Zur Aufrechterhaltung des Konsenses mit der „Ordnung“ genügen Ratenzahlungen auf die kleine Zukunft, die alles verändert, damit es bleibt, wie es ist. Und der Revolutionär? Wie utopisch darf seine Zukunft sein? Die Frage ist falsch, weil außerhalb der Zeit gestellt. Verboten das Paradox der geschichtlichen Utopie, der Wegweiser zum Marsch der Klasse und der Gattung ins Leere. Aber das objektiv Mögliche der geschichtlichen Entwicklung bleibt für das Individuum in der Regel konkrete Utopie.

7 Vgl. v. Verf., Utopie und sozialistische Bewegung heute, in: Theoretische Konferenz „Marxismus und Studentenbewegung“. Materialien. Hg. v. MSB Spartakus, Bonn 1985, S. 74 ff.; ders., Utopie oder Wissenschaft? Thesen gegen eine falsch gestellte Frage, in: Marxistische Blätter, H. 1, 1985, S. 89 ff.

8 H. Jung, Utopie als Zukunftsdenken heute?, in: Marxistische Blätter, H. 1, 1985, S. 87.

9 Ebenda, S. 85.

2. Utopie

Der *Geist der Utopie* spricht sich so häufig in ohnmächtigem Willen aus, daß das Prinzip blamiert scheint. Mit der Sprühdose auf den Beton einer Universität: „Auch die Kälte geht vorüber, wenn wir es wollen.“ Oder in *Ernst Blochs* frühem vergeblichem Gegenbild/Abbild von Krieg und Sinnlosigkeit: „Zuletzt aber . . . breite sich aus die Weite, die *Welt* der Seele, die *externe, kosmische* Funktion der Utopie, gehalten gegen Elend, Tod und das Schalenreich der physischen Natur. In uns allein brennt noch dieses Licht, und der phantastische Zug zu ihm beginnt, der Zug zur Deutung des Wachtraums, zur Handhabung des utopisch prinzipiellen Begriffs . . .“¹⁰ Nichts ist impressionistischer als die expressionistische¹¹ Utopie um des Utopischen willen. Und nichts zukunftsärmer als Hoffnung um der Hoffnung willen, deren Absage an die Realität realistisch sein will. *Roger Garaudys Das Projekt Hoffnung* ist Zeit-, nicht Zukunftszeuge, trotz des richtigen Einsatzes: „Die schlechteste und unrealistischste Utopie ist heute der Status quo oder seine schüchternen Varianten.“ Denn die Weltflucht, *Garaudys* „Transzendenz“ („nicht nur als Attribut Gottes, sondern als wesentliche Dimension des Menschen“), kreist ausweglos in der Welt, die nur im Gedanken übersprungen ist: „Die Transzendenz ist also ein Bruch hinsichtlich des Determinismus und jener Vernunftgemäßheit, wie sie in diesem oder jenem historischen Augenblick definiert ist, denn die Vernunft ist immer nur eine provisorische Bilanz der Eroberung der Vernunftgemäßheit . . . Wir werden Transzendenz die Dimension des Menschen nennen, die sich dessen bewußt wird, daß es nichts Wesentlicheres gibt als seine Zukunft und daß er lebt, um sie zu vollenden. Er empfängt diese Zukunft als unvorhergesehene Gabe – manche mögen es ‚Gnade‘ nennen – und er erforscht sie einerseits und bereitet sie andererseits vor wie ein zu vollendendes Werk, wie etwas Poetisches, etwas Kreatives . . . Der Mensch ist in erster Linie ein *Projekt*.“¹² Die Utopie der Hoffnung will als Fundament den „Bruch“ mit der Geschichte der Hoffnung und damit keins. Die abstrakte Utopie bricht mit der Realität, in dem sie das Falsche preisgibt. Mit *Garaudy* paart sich zu *Kunerts* Mythos- und Intellektuellenkritik der Verzicht auf Rationalität und Wissenschaft: „daß die leistungsfähige Wissenschaft und Technik äußerst wirksame *Mittel* bieten können, jedoch keine *Ziele* und für unser Leben und für unsere Geschichte keinen Sinn.“¹³ Die abstrakte Utopie bricht mit der Realität, indem sie mit dem Beginn der Zukunft in der Realität bricht; sie ist heute – *Garaudy* beim Wort genommen – vorrangig antisozialistisch. Die abstrakte Utopie ist *negative Utopie* und erstickt an der Negation des Wirklichen.

Die meisten Träume, in denen Menschen das Mögliche vorwegnehmen, werden nicht aufgeschrieben. Nur wenige Utopien sind uns bekannt. Womit wir

10 E. Bloch, *Geist der Utopie*. Bearb. Neuaufl. d. 2. Fassung von 1923. Gesamtausg. Bd. 3, Frankfurt am Main 1964, S. 12.

11 Vgl. H. H. Holz, *Philosophie im deutschen Expressionismus*. Ms. Groningen 1985.

12 R. Garaudy, *Das Projekt Hoffnung*, Wien 1977, S. 110, 117.

13 Ebenda, S. 117.

uns auseinandersetzen, sind meist Redeweisen *über* Utopisches. Die Utopien, mit denen wir uns befassen, sind sozial ausgezeichnet, weil verfaßt von Autoren, deren Wort nicht unterdrückt werden konnte oder sollte. Von den Intellektuellen und der Arbeitsteilung in Utopie wird noch zu sprechen sein. Die Hoffnungen und Zukunftspläne der Massen werden erst seit dem Sozialismus der Arbeiterbewegung überliefert. Die Utopie-Geschichtsschreibung¹⁴ kennt also kaum die halbe Wahrheit über die Geschichte von „Zukunft“. Die *konstruktive Utopie*, in der das Menschenmögliche zum Korrektiv der Praxis wird, ist aus der Wissenschaft in andere Gattungen von Sprache und Schrift ausgewandert. Seitdem das Utopische in der Wissenschaft nicht mehr unmittelbare geistige Tätigkeit, sondern Objekt, Fremdbezug ist – Philosophie, Soziologie etc. des utopischen Denkens –, sind Äußerungen wie die des sozialistisch engagierten logischen Empiristen *Otto Neurath* selten: „Die meisten Menschen glaubten mit einer gewissen herablassenden Milde und Nachsicht, wenn nicht gar mit mitleidigem Spott, von Utopien und Utopisten sprechen zu dürfen ... Weit sinnvoller ist es wohl, alle Lebensordnungen, die nur in Gedanken und Bildern, nicht aber in der Wirklichkeit vorhanden sind, als Utopien zu bezeichnen, das Wort Utopien jedoch nicht dazu zu verwenden, etwas über ihre Möglichkeit oder Unmöglichkeit auszusagen. Utopien wären so den Konstruktionen der Ingenieure an die Seite zu stellen, man könnte sie mit vollem Recht als *gesellschaftstechnische Konstruktionen* bezeichnen ... Wir können jedenfalls das große Werk beginnen, von jetzt an bewußt die Zukunft und das Mögliche zu pflegen.“¹⁵ In solcher Sicht liegt der Satz aus *B. Brechts* Radiotheorie nahe: „Sollten Sie dies für utopisch halten, so bitte ich Sie, darüber nachzudenken, warum es utopisch ist.“¹⁶

Im Spiegel der Enzyklopädien und Konversationslexika erweist sich das Nachdenken, warum etwas als utopisch *gilt*, als Reflex herrschender Ideen. Das *Conversations-Lexicon oder Handwörterbuch für die gebildeten Stände* aus dem Leipzig des Jahres 1819 bezieht sich, dem Hinweis auf *Thomas Morus' De optimo republicae statu, deque nova insula Utopia* (London 1518) und das „Ideal eines vollkommenen Freistaates“ mit dem Nachsatz abzuwehren, „wie er aber freilich nirgends anzutreffen ist“. Die *Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie für die Gebildeten Stände* von 1836 geht den Schritt der Abwiegelung weiter, *Morus* selber habe den Titel *Utopia* gewählt, „um anzudeuten“, daß das „Musterbild eines Freistaates“ eben „nirgends zu finden sei“. 1846 spitzt das *Universal-Lexikon der Gegenwart und Vergangenheit* die Tendenz zu, in-

14 Vgl. etwa A. L. Morton, *Die englische Utopia*, Berlin 1958; N. Elias, *Thomas Morus' Staatskritik. Mit Überlegungen zur Bestimmung des Begriffs Utopie*, in: *Utopieforschung* (s. Fn. 1), Bd. 2, S. 101 ff.; Werner Krauss, *Überblick über die französischen Utopien von Cyrano de Bergerac bis Etienne Cabet*, in: *Literaturtheorie, Philosophie und Politik*, Hg. v. M. Naumann, Berlin und Weimar 1984, S. 78 ff.; P.-F. Moreau, *Le récit utopique. Droit naturel et roman de l'Etat*, Paris 1982.

15 O. Neurath, *Die Utopie als gesellschaftstechnische Konstruktion*, in: *Wissenschaftliche Weltanschauung, Sozialismus und Logischer Empirismus*. Hg. v. R. Hegselmann, Frankfurt am Main 1979, S. 235, 241.

16 B. Brecht, *Radiotheorie*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 18, Frankfurt am Main 1967, S. 130.

dem es „Utopien“ sozial zurechnet und „Utopist“ einführt: „jemand der erwartet, daß ihm Alles ohne Arbeit zufließe“. *Larousses Grand Dictionnaire universel du XIX^e Siecle* kann 1876 bereits verzeichnen, es habe sich die öffentliche Meinung durchgesetzt, der Geisteszustand des Utopisten nähere sich dem Wahnsinn an. *Meyers Konversations-Lexikon* von 1890 übersetzt „Utopia“ mit „das Schlaraffenland der Deutschen. Daher Utopist, einer, der sich mit unausführbaren Weltverbesserungsplänen beschäftigt.“ Kein Zufall, daß in dieser Zeit in den Utopie-Artikeln auf „Socialismus“ verwiesen wird. Die zehn Zeilen des *Brockhaus* von 1934 erwähnen Utopie als „Schilderung eines gesellschaftl. Idealzustandes, dem alle menschl. Mängel fehlen.“ Aktuelle Neuauflagen vermelden als vorläufiges Ende dieses Prozesses bürgerlichen Bewußtseins gegen das *Mögliche*: „Die klass. bis etwa 1900 vorherrschende, idealisierende U. ist seit den beiden Weltkriegen einer U. gewichen, die Ausdruck der Skepsis und des Pessimismus ist.“ Der neue *Meyer* (West) pflichtet bei: „Ungehemmter Fortschrittsglaube und Optimismus rufen Gegenreaktionen hervor, die sich liter. als ‚Anti-Utopien‘ niederschlagen“ und nennt die Namen von *Huxley* und *Orwell*, *A. Schmidt*, *Amery*, *Hesse*, *Werfel*, *Jünger* ... So ist das Mögliche zweimal bürgerlich zum Schrecken geworden: bürgerlich-kapitalistisch hervorgerufen die Perspektive Sozialismus, bürgerlich-kapitalistisch erzeugt der Untergang an Technik. Die *Futurologie* ist das Kind dieser Paarung. Der Reflex des utopischen Denkens im gesellschaftlichen Bewußtsein und in der öffentlichen Meinung läßt den Unterschied der Denkformen zu Tage treten: der utopische Gehalt des intellektuellen Zukunftsentwurfs kommt ohne selbstreflexiven Begriff aus; erst die politische oder theoretische Kritik fügt der Utopie die Dimension der Distanz zu. „Begrifflos und jedenfalls nicht analytisch gewonnen ... Warum sie sich gerade in solcher Weise gestaltet und ausdrückt, ist eine gesellschaftstheoretische und sozialgeschichtliche Frage. Die Utopisten konnten sich diese Frage weder selbst stellen – sie hatten keinen Begriff von ihrer Eigenart –, noch gar sie beantworten.“¹⁷ Über die gesellschaftliche Bedeutung der Utopie ist mit dem Hinweis auf Differenzen in den logischen Formen von Zukunftsdenken noch nichts gesagt. Eine Utopie-Kritik, die sich allein an der analytischen Höherwertigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis orientierte, hätte zugleich allen nichtwissenschaftlichen Kulturformen das Todesurteil auszufertigen. Die theoretische Kritik des Utopischen, die Analyse also der Bedingungen seiner Möglichkeit, kommt später als die Antizipation der Zukunft, und ihre Trennung von den Hoffnungsbildern spontanen Bewußtseins ist ein Ergebnis gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die bei der von Hand und Kopf keineswegs aufgehört hat. Das Ende der utopischen Theorieform ist mit der Verwissenschaftlichung von Theorie seit dem 19. Jahrhundert eingeläutet. Wieder besagt die Inanspruchnahme des Wissenschaftlichkeits-Kriteriums gegen das Utopische solange nichts, wie nicht die Inhalte des wissenschaftlichen Geistes auf dem Prüfstand waren. Das Wissenschaftsverständnis, das sich bürgerlich gegen jedes Denken

17 A. Neustüss, Schwierigkeiten einer Soziologie des utopischen Denkens, in: *Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen* (s. Fn. 1), S. 19.

in den weitgreifenden Kategorien des Möglichen einspannen läßt, ist positivistisch und stückwerktechnologisch. Die Utopie-Kritik der am Status quo Interessierten ist immer Kritik an einer Rationalität, die sich nicht als Analytik des Bestehenden bescheiden will, ist *Vernunftkritik*. Karl Poppers zwanghafte Annäherung des Begriffs der Utopie an den der Gewalt, versteht sich: der revolutionären, muß davon ausgehen: „wir können den Utopismus als Resultat einer Erscheinungsform des Rationalismus beschreiben.“¹⁸ Der Aufklärungsverzicht im Namen der Aufklärung, die Denunziation der Aufklärung über das Mögliche im Namen der Aufklärung über das Faktische, bereitet der Denkform „Utopie“ das gleiche Schicksal wie die Napoleonische Kritik an den „Ideologen“ der „Ideologie“ des 18. Jahrhunderts, die Selbstaufklärung über Bewußtsein war.¹⁹

Die Verwissenschaftlichung des Umgangs mit dem Utopischen setzt nicht allein die Beschränkung auf die schriftlich zugängliche Intellektuellen-Utopie als Material der Kritik voraus, sondern sie reproduziert ideologisch die gesellschaftliche Funktion des kritisierenden Intellektuellen. Fred L. Polak gehört zu den wenigen, die der Spezifik der Bewußtseinsform des Utopischen auf der Spur sind: „Die Utopie als das ‚Andere‘ und Verschiedenartige kann nicht losgelöst gedacht werden von der gespaltenen geistigen Struktur des Menschen, deren Produkt sie ist. Die Darstellung des anderen setzt die Spaltung von Zeit und Raum voraus.“²⁰ Kritiken wie die Max Horkheimers am Utopischen übersehen diese Bedingung der Möglichkeit des antizipierenden Tagtraums: „Die Utopie verkennt, daß der geschichtliche Entwicklungsstand, von dem aus sie zum Entwurf ihres Nirgendlandes gedrängt wird, materielle Bedingungen seines Werdens, Bestehens und Vergehens hat, die man genau kennen muß und an denen man selbst anzusetzen hat, wenn man etwas zustande bringen will ... Für sie ist die Änderung des Bestehenden nicht an die mühsame und opferreiche Umwandlung der Grundlagen der Gesellschaft geknüpft, sondern in den Kopf der Subjekte verlegt.“^{20a} Es ist nicht zu verkennen: Diese Kritik der Utopie, zugleich Kopfarbeiter-Kritik an Kopfarbeit, zugleich Wissenschaftler-Kritik am Nichtwissenschaftlichen, zugleich Verharmlosung der Sprengkraft antizipatorischen Denkens und Mißverstehens revolutionärer Praxis, – diese Kritik gehört zum Siegeszug der Soziologie in der bürgerlichen Gesellschaft, und sie ist Ausdruck eines soziologischen Reduktionismus. Der Bestand an Utopischem wird dem Bestehenden zugeschlagen, seine Dynamik wird verdrängt. Brechts Warum-Frage wird in der soziologischen „Erklärung“ des Utopischen verkürzt. Karl Mannheims scheinbar universalistische Utopie-Definition klebt an einem positivistischen Mißverständnis von gesellschaftlicher Veränderung: „Utopie ist ein Bewußtsein, das sich mit dem es umgebenden ‚Sein‘ nicht in Deckung befindet.“²¹ Die wissenssoziologische

18 K. R. Popper, Utopie und Gewalt, in: ebenda, S. 317.

19 Vgl. v. Verf., Aufklärung über Ideologie. Destutt de Tracy und Marx – Entwicklung eines wissenschaftlichen Konzepts, in: DIALEKTIK, H. 10, Köln 1985.

20 F. L. Polak, Wandel und bleibende Aufgabe der Utopie, in: Utopie (s. Fn. 1), S. 362.

20a M. Horkheimer, Die Utopie, in: ebenda, S. 184.

21 K. Mannheim, Ideologie und Utopie. 4. Aufl., Frankfurt am Main 1965, S. 169.

Trennung von „Ideologie“ (= „wirklichkeitstranszendent“ und nicht realisierbar) und „Utopie“ (= „wirklichkeitstranszendent“ und auf Verwirklichung angelegt) verkennt die komplementäre Beziehung zwischen den gesellschaftlichen Denkformen, die – mit unterschiedlichen Mitteln – der Erkenntnis des Möglichen verpflichtet sind. Noch *Reinhard Kosellecks* interessanter Hinweis auf *Die Verzeitlichung der Utopie* begräbt die denkmögliche Weite des Möglichen unter dem Schutt der Faktizität: „Die gesamte Utopie der Zukunft zehrt von den Anschlußstellen in der nicht nur fiktiv, sondern empirisch einlösbaren Gegenwart. Was die Zukunft bietet, ist in einem Satz die Kompensation des gegenwärtigen Elends ... Anders gewendet: die fingierte Perfektion der ehemals räumlichen Gegenwart wird verzeitlicht.“²² Was als historische Analyse der Entwicklung utopischer Systeme stimmt, trifft für das Prinzip, Mögliches sei utopisch antizipierbar, nur in den Grenzen der trivialen Einschränkung zu, daß Denken Denken in der Zeit ist. Es wird sich zeigen, daß ein positivistisch halbiertes *Empirie*-Begriff den Maßstab bürgerlicher Utopie-Kritik bildet und der historische Materialismus, Zukunft in den Begriff des Empirischen einholend, sein Verhältnis zum Utopischen anders bestimmen kann.

3. Die sozialistische Kritik der Zukunft

Hält man am klassischen Begriff von „Kritik“ als Untersuchung der Bedingungen der Möglichkeit von etwas fest, ist der Sozialismus als Theorie und gegenbeweisende Praxis Kritik der Zukunft. Seit *Fr. Engels' Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* scheint jedoch der rote Faden zwischen wissenschaftlicher Kritik und allen Zukunftsentwürfen, die das Mögliche nicht-empirisch erfassen, zerrissen. Doch dieser Eindruck trägt, und der heutige Marxismus tut gut daran, sich der Stoßrichtung der Schrift zu erinnern: *Engels* schreibt an der *Geschichte* der sozialistischen Arbeiterbewegung, um deren Quellen gegenwärtig zu halten und den Fortschritt in Weltbild und Klassenbewußtsein erkennbar zu machen. Gehen wir den Anfängen des Marxismus auch nur einige Schritte nach, vergewissern wir uns der Anlässe und Ziele der Utopie-Kritik, dann zeichnen sich klare Konturen eines Wissenschaftsbegriffs ab, der nicht positivistisch in Konkurrenz zum Zukunftsplan tritt.

Bereits die *Deutsch-Französischen Jahrbücher*, Organ noch der radikalen Demokratie, nicht schon des Sozialismus, lassen das Projekt der Marx'schen Kritik in Ansätzen erkennen. Gegenüber *Ruge* fordert *Marx* – in Absetzung von der dogmatischen Abstraktheit des Arbeiterkommunismus²³ – nichts dürfe

22 R. Koselleck, *Die Verzeitlichung der Utopie*, in: *Utopieforschung* (s. Fn. 1), S. 4; vgl. J. Rüsen, *Utopie und Geschichte*; L. Hölscher, *Der Begriff der Utopie als historische Kategorie* (ebenda).

23 Vgl. L. Knatz, *Utopie und Wissenschaft im frühen deutschen Sozialismus. Theoriebildung und Wissenschaftsbegriff bei Wilhelm Weitling*, Frankfurt am Main – Bern – New York – Nancy 1984.

verhindern, „unsere Kritik an die Kritik der Politik, an die Parteinahme in der Politik, also an *wirkliche* Kämpfe anzuknüpfen und mit ihnen zu identifizieren. Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder!“²⁴ Die arbeiterkommunistische Systemkrämerei ist die eine Provokation, die andere der abstrakte Konstruktivismus spekulativer philosophischer Systeme: die Philosophie müsse aufhören, „ein bestimmtes System gegen andere bestimmte Systeme zu sein, sie wird die Philosophie überhaupt gegen die Welt, sie wird die Philosophie der gegenwärtigen Welt.“²⁵ Marx' Anti-Proudhon *Das Elend der Philosophie* schreibt die utopistischen Systeme den unreifen gesellschaftlichen Verhältnissen zu: „solange sind diese Theoretiker nur Utopisten, die, um den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen abzuweichen, Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen. Aber in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie nicht mehr nötig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben nur sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt.“²⁶ Die materialistische Geschichtstheorie zielt, dies ist eindeutig, hin auf Empirie und Wirklichkeit. Nicht oft genug aber kann betont werden: der neue Theorietypus²⁷ ist *nicht-positivistisch*. Erkenntnis des Wirklichen unter Einschluß des im Gegenwärtigen auf mögliche Zukunft Verweisenden, – dies kennzeichnet den wissenschaftlichen Sozialismus, der noch unter anfänglichsten proletarischen und sozialistischen Bedingungen die theoretische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft mit der Zukunftsnorm der Vereinigung der Proletarier aller Länder verknüpft. Die vorwärtsweisende Tendenz im mangelhaften Bestehenden entdecken: „Die Kommunisten haben zu zeigen, daß nur unter kommunistischen Verhältnissen die schon erreichten technologischen Wahrheiten praktisch werden können.“²⁸ Dies 1851.

Zu den erreichten Wahrheiten der Dialektik gehört Brechts Einsicht, es könne „die Kultur vom Proletariat in demselben Zustand übernommen werden wie die Produktion: in zerstörtem Zustand.“²⁹ Auch das zerstörte Erreichte wird zur Erbschaft der Zeit, und Zerstörung zeigt sich auch in Sprachbeständen. Es ist kein Geheimnis, daß Marx und Engels ihre Sprache nicht erfunden, sondern entwickelt haben. Zunächst haben sie Teil an einem Sprachgebrauch, in dem die Alltagssprache das Niveau der aufklärerischen, kritischen Herkunft bereits wieder verlassen hat. Was zunächst für den durchaus Napoleonischen Wortgebrauch von „Ideologie“ zutrifft, gilt auch für „Utopie“: das Wort ist pejorativ besetzt und gewinnt erst später begriffliche Schärfe, und

24 K. Marx, in: MEW Bd. 1, S. 345.

25 K. Marx, in: MEGA I,1, S. 183.

26 K. Marx, in: MEW Bd. 4, S. 143.

27 Vgl. zum Theorietypus der Marxschen Theorie v. Verf., *Geschichte, gesellschaftliche Bewegung und Erkenntnisprozeß. Studien zur Dialektik der Theorieentwicklung in der bürgerlichen Gesellschaft*, Berlin und Frankfurt am Main 1984.

28 K. Marx, in: MEW Bd. 27, S. 553.

29 B. Brecht, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 20, Frankfurt am Main 1967, S. 92.

hier kann sich „Zukunft“ zu Empirie gesellen. *Fr. Engels* in *Zur Wohnungsfrage*: „Nicht das ist eine Utopie, zu behaupten, daß die Befreiung der Menschen aus den durch ihre geschichtliche Vergangenheit geschmiedeten Ketten erst dann vollständig sein wird, wenn der Gegensatz zwischen Stadt und Land abgeschafft ist; die Utopie entsteht erst dann, wenn man sich unterfängt, ‚aus den bestehenden Verhältnissen heraus‘ die *Form* vorzuschreiben, worin dieser oder irgend ein anderer Gegensatz der bestehenden Gesellschaft gelöst werden soll ... Wie eine zukünftige Gesellschaft die Verteilung des Essens und der Wohnungen regeln wird, darüber zu spekulieren führt direkt in die *Utopie*.“³⁰ Der Verzicht der materialistischen Wissenschaft und der sozialistischen Bewegung auf die vor den Interessen längst blamierten „utopistischen Systeme für die Einrichtung der neuen Gesellschaft“³¹ ist erst von *E. Bernsteins* reformistischer „Bekämpfung der Reste utopischer Denkweise in der sozialistischen Theorie“ zugunsten der Stärkung des „realistischen“ wie des „idealistischen Element(s) in der sozialistischen Bewegung“³² in den Verzicht auf die revolutionäre Antizipation umgemünzt worden, in theoretischen und praktischen Positivismus.

Ganz anders *Marx*. 1871 hat er – angesichts der Pariser Commune – in der Unterscheidung von *Mittel* und *Ziel* der Revolution festgehalten, daß „an die Stelle phantastischer Utopien die wirkliche Einsicht in die historischen Bedingungen der Bewegung trat und die Kräfte für eine Kampforganisation der Arbeiterklasse sich immer mehr zu sammeln begannen. Aber die beiden Endziele der von den Utopisten verkündeten Bewegung sind auch die von der Pariser Revolution und von der Internationale verkündeten Endziele. Nur die Mittel sind verschieden ...“³³ Die Quintessenz des Marxismus ist, daß die unabdingbare Analyse der *Tatsachen*, der es nicht mehr darum geht, „ein möglichst vollkommenes System der Gesellschaft zu verfertigen, sondern den geschichtlichen ökonomischen Verlauf zu untersuchen“, *sowohl* die materialistische Grundlage für die antizipierte Zukunft bietet *als auch* ihre kritische Stoßkraft überhaupt erst aus dem Bild der befreiten Zukunft gewinnt. *Engels'* Schrift zur Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft endet nicht empirisch-analytisch, sondern mit kommunistischem Ziel: „Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt ... Die Menschen, endlich Herren ihrer eigenen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst – frei.“³⁴

Die Differenzierungen im marxistischen Konzept von Utopie erlauben es, die Kritik am falschen Empirismus des utopischen Systems ohne Verlust des

30 F. Engels, in: MEGA I,24, S. 75, 79.

31 Ebenda, S. 21.

32 E. Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Hg. v. G. Hillmann, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 14. Vgl. K. Bayertz, *From Utopia to Science? The Development of Socialist Theory between Utopia and Science*, in: *Sociology of the Sciences. A Yearbook*, Vol. VIII, 1984.

33 K. Marx, in: MFW Bd. 17, S. 557.

34 F. Engels, in: MEW Bd. 19, S. 228.

utopisch zu antizipierenden Ziels Kommunismus mit historischer Gerechtigkeit gegenüber überlebten Utopien zu verbinden. Wer sich auf *Lenin* beruft, muß ihn vollständig zitieren: " ... im Hinblick auf den utopischen Sozialismus: Dieser Sozialismus war ‚falsch‘ in formell ökonomischem Sinn ... Aber der utopische Sozialismus hatte *recht* im weltgeschichtlichen Sinn, denn er war Symptom, Dolmetsch, Herold der Klasse, die, hervorgebracht vom Kapitalismus, heute, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, zu einer Massenkraft herangewachsen ist, die befähigt ist, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen, und die unaufhaltsam diesem Ziel entgegenschreitet."³⁵ *Frank Deppes* Satz, mehr Aufforderung als Zustandsbeschreibung, „Die utopische Dimension ist also im Marxismus nicht liquidiert“³⁶ ist die Kurzformel für den nicht zu leugnenden Sachverhalt: daß weder der Revolutionär als Individuum noch die Organisation als Kollektiv ohne jenes Endziel leben kann, das empirisch-wissenschaftlich weder beschrieben werden kann noch darf. Auch der marxistische Wissenschaftler arbeitet ohne das utopisch antizipierte Ziel nur mit halber Kraft. Um des Sozialismus als Kritik der Zukunft willen kann er sich auf ein über die Grenzen der Aufgabenstellung strenger Wissenschaft hinausschießendes Perspektiven-Verbot nicht einlassen. Der utopische Gehalt des Bewußtseins, der die Notwendigkeit der Befreiung als Möglichkeit birgt, gehört zur gesellschaftlichen Psyche des Revolutionärs, und diese ist ein Element der Vermittlung im Prozeß der Veränderung von Basis- und Überbaustrukturen, im Kampf um Hegemonie.

Die Alternative, die *denkbar* ist, weil das Bewußtsein der Menschen sich nicht in mechanischen Abbildern des Bestehenden erschöpft, weil es vielmehr perspektivisch auf Zukunft greift und Geschichte und Wirklichkeit perspektivisch aneignet, ist ontologisch und kognitiv verbürgt. Diese Alternative geht weit darüber hinaus, das Bestehende nur anders zu interpretieren. Die objektiven Gründe für die Möglichkeit des Alternativen aufzudecken und zum Bewußtseinsbestand der Weltanschauung zu vermitteln, ist in erster Linie die materialistische Dialektik, die *Philosophie* verpflichtet und fähig. Ihre Begriffe von Zeit, Wirklichkeit, Möglichkeit, Geschichte und Zukunft sind allgemein, nicht aber leer-abstrakt, denn sie umspannen den Gesamtzusammenhang und lenken auf das übergreifende Allgemeine der Existenz.

4. Die Intellektuellen: kleine und große Zukunft

Die Utopien, die uns als Systeme vorliegen, sind Produkte intellektueller Tätigkeit, näher: der Tätigkeit von Intellektuellen. Erst die bürgerliche Gesellschaft hat den Utopisten als Intellektuellen hervorgebracht, den Systeme-

35 W. I. Lenin, in: LW Bd. 18, S. 350. Vgl. Willi Gerns, DKP-Programmatik und Utopie, in: Marxistische Blätter H. 1, 1985, S. 110 ff., der auf diese Würdigung der Utopisten durch Lenin nicht verweist, zu Recht aber die Kritik utopischer Systeme betont.

36 F. Deppe, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende. Eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1984, S. 255; vgl. insgesamt S. 251 ff.

schmied von Beruf. Zu ihr gehört aber auch der Widerspruch in der Freiheit der Intellektuellen: wessen Partei ergreifen sie? Die feudale, gegen den bürgerlich-revolutionären Intellektuellen gerichtete, wie die bourgeoise, gegen den Demokratismus und die sozialistischen Intellektuellen zielende Utopie-Kritik hat ihren Anti-Intellektualismus nie verhehlen können. Auch der sozialistischen Utopiekritik ist diese Erscheinung nicht völlig fremd. Wieder wird man K. Mannheims Vorschlag nicht folgen können, die Fähigkeit zur Utopie einer nicht näher bestimmten „freischwebenden Intelligenz“³⁷ zuzurechnen. Die Freiheit der Intelligenz als sozialer Schicht und die Freiheit des Intellektuellen als eines Trägers gesellschaftlicher Funktionen ist relativ, bezogen aufs Koordinatensystem der Klassen. Die Funktionen der Intellektuellen haben sich verändert, mit ihnen ihre Kompetenzen für Zukunft. „Sind die Intellektuellen“, fragt Antonio Gramsci, mit dem eine Annäherung ans Problem gelingt, „eine autonome und unabhängige gesellschaftliche Gruppe, oder hat jede gesellschaftliche Gruppe ihre eigene spezialisierte Gruppe von Intellektuellen?“

Gramscis Antwort führt zur Aufmerksamkeit auf die gesellschaftlichen Funktionen und die Verantwortung der Intellektuellen: „Jede gesellschaftliche Gruppe, die auf dem besonderen Terrain einer wesentlichen Funktion in der Welt der materiellen Produktion geboren wird, bringt mit sich auf organische Weise eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen hervor, die ihr Homogenität und das Bewußtsein ihrer eigenen Funktionen verleihen, nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf sozialem und politischem Gebiet“.³⁸ Als Konstrukteure und Organisatoren von Weltbildern bieten sich die Intellektuellen zugleich als Garanten geschichtlicher Kontinuität an, den Bibliotheken vergleichbar, deren Wissen und Sprache sie vergegenwärtigen. Was von ihnen erwartet wird: die Herstellung des Konsenses der Beherrschten mit der Herrschaft. Was von ihnen nicht erwartet wird: die Gefährdung von Kontinuität und Konsens durch Kritik und Zukunftsentwürfe. Zu beidem aber sind Intellektuelle fähig. Deshalb suchen nicht nur herrschende Klassen, sich die Träger der kognitiven Möglichkeiten zum Neuen zu assimilieren. Der Intellektuelle wird als Anpasser wie als Revolutionär zum Thema. Den Vergünstigungen für umsichtigen Gebrauch mit utopischer Fähigkeit entsprechen die Sanktionen der Gewalt gegen die Ideen großer Zukunft. Und für revolutionäre Klassen stellt sich die Aufgabe, die Intellektuellen denken, nicht aber führen zu lassen, denn ihre Verwechslung des Denkmöglichen mit dem Notwendigen wird zur Gefahr des zweiten Schrittes nach dem ersten. Das Stichwort „Zukunft und Intellektuelle“ verlangt gleichwohl nicht danach, alle über einen Kamm zu scheren. Mit der Stilisierung *des* Intellektuellen zum Anderen der Arbeiterklasse wäre es nicht getan; die Arbeiterklasse wurde und wird immer wieder zur Arbeiter-Bewegung, indem sie sich *ihre* Intellektuellen assoziiert.

37 Vgl. A. Neusüss, Utopisches Bewußtsein und freischwebende Intelligenz. Zur Wissenssoziologie Karl Mannheims, Meisenheim am Glan 1968.

38 A. Gramsci, Die Herausbildung der Intellektuellen, in: Marxismus und Literatur. Ideologie, Alltag, Literatur. Hg. und aus d. Ital. übertragen v. S. Kebir, Hamburg 1983, S. 56.

Ein Grund der Nähe nicht der, sondern bestimmter Intellektueller zur Antizipation der großen Zukunft liegt in Besonderheiten ihrer Kognition. Die intellektuelle Tätigkeit *kann* das Mögliche empirisch noch nicht bestimmbarer Zukunft erreichen, weil ihr auf Grund umfassenderer Aneignung der Geschichte und allseitigerer theoretischer Wirklichkeitsanalyse die Wahrnehmung des Prinzips historischer Veränderung und der Offenheit des Noch-nicht-Seins erleichtert wird.

Der Zugang des Intellektuellen zur Realität ist weniger unmittelbar empirisch als der des spontanen Alltagsverstands; er ist durch Theorie, ästhetische Anschauung und andere Denkformen vermittelt, ist reflexiv und selbstbezüglich. Die Freiheit gegenüber dem Bestehenden *kann* zur Erweiterung des Denkmöglichen führen. Hieraus ergibt sich Verantwortung für das Mögliche wie für das Notwendige. Fluchten aus der Verantwortung sind sowohl das abstrakte utopische System wie der Verzicht auf die große Zukunft zu reformistischen Gunsten.

Fluchten vor dem Möglichen sind auch der konservative und neu-rechte utopische Regreß in unangefochtenen kapitalistischen Optimismus und erschlichene Identität („der Deutschen“), die apokalyptische Utopie pessimistischer Weltmodelle, die futurologische Vision des „dritten Wegs“ jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, die „Synthese . . . zwischen dem demokratisch-kapitalistischen System des Westens und dem diktatorisch-kollektivistischen System des Ostens“.³⁹ Erst im Standhalten, im mit Zukunftsbewußtsein aktiv ausgetragenen Widerspruch, in der Entdeckung des Vorantreibenden und im Entwurf der einen Zukunft für die eine Welt beweist der Mensch, daß er Zukunft hat.

39 O. K. Flechtheim, *Futurologie als „Dritte Kraft“*, Zürich 1973, S. 8; vgl. auch: ders., *Warum Futurologie*, in: *Futurum*, Nr. 6, München 1980; R. Jungk, *Zukunftsforschung und Imagination*, in: ebenda. Zur Kritik vgl.: D. Klein, *Die Konflikte des Spätkapitalismus und ihre Entwicklungstendenzen – Aufgaben wissenschaftlicher Gesellschaftsprognose*, in: ebenda; I.B. Bestushew-Lada, *Bürgerliche Futurologie jetzt „transformiert“?*, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, H.2, 1984. Vgl. auch K. Naumann, *„Konservative Utopie?!“ Überlegungen zu einem Aspekt des Konservativen Hegemoniepotentials (Thesen)*, in: *Forum Wissenschaft*, H.2, 1984.

Keine Zukunft ohne Frieden

Jürgen Reusch

1. Krieg und Rüstung als größtes globales Problem — 2. Krieg und Frieden im imperialistischen Zukunftsdenken — 3. Reaktionäre Zukunftstrends: Aufrüstung und Destabilisierung — 4. Alternative Friedens- und Sicherheitspolitik

Daß alle Kräfte mobilisiert werden müssen zur Verhinderung eines Krieges und zur Schaffung einer Friedensordnung, die nicht den Keim neuen Krieges in sich trägt, bedarf keiner besonderen Begründung. Jedes Nachdenken über die Zukunft, das Frieden und Abrüstung nicht einschließt, wäre Spiegelfechterei. Der Imperialismus hat erstmals in der Geschichte eine weltumspannende Totalität des Krieges hervorgebracht und dem Marxschen Hinweis vom möglichen „Untergang der kämpfenden Klassen“¹ ganz neue Bedeutung gegeben: Entweder ein Atomkrieg kann verhindert und der verhängnisvolle Trend der Aufrüstung umgekehrt werden, oder die ganze Menschheit wird zugrunde gehen. Genauer gesagt: Die Zivilisation wird aufhören zu bestehen oder auf ein primitives Niveau zurückgeworfen.

1. Krieg und Rüstung als größtes globales Problem

Die Dimension von Krieg und Rüstung hat sich in den vergangenen 40 Jahren zutiefst verändert.² Die reale Nähe des Atomkriegs und die Aufrüstung bilden ein Problem, das die Lebensinteressen aller Völker berührt, das ihre gemeinsamen Anstrengungen erfordert und das trotz aller Schwierigkeiten keinen Aufschub duldet.³ „Die Menschheit befindet sich nicht zum erstenmal in einer ernsten Problemsituation. Doch bisher waren das Probleme regionaler Natur, die nicht die ganze Menschheit betrafen... Die heutige Problemsituation ist von globaler, totaler Natur. Hier kann kein Volk abseits bleiben, und eine Flucht ist ausgeschlossen.“⁴ Der massenhafte Mißbrauch von Wissenschaft und Technik für Zwecke der Destruktion — nach UNO-Schätzungen sind weltweit von 2,5 Mio. etwa 850 000 Naturwissenschaftler und Techniker

1 Karl Marx/ Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 462.

2 S. dazu ausführlich: Wadim Sagladin/ Iwan Frolow, Globale Probleme der Gegenwart, Berlin 1982, bes. S. 50 ff.

3 S. Hellmuth Lange, Globale Probleme und Arbeiterbewegung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, S. 432.

4 Igor Bestuschew-Lada, Die Welt im Jahr 2000. Eine sowjetische Prognose für unsere Zukunft, Freiburg 1984, S. 18.

mit Entwicklung und Produktion von Rüstung beschäftigt — ist nicht neu.⁵ Neu ist aber dessen menscheitsbedrohendes Ausmaß.

Dieser Vorgang wird von nicht wenigen Kritikern — durchaus zutreffend — als „pathologisch“ und „irrational“ bezeichnet. Wer allerdings auf die „Irrationalität“ fixiert ist, übersieht leicht die Widersprüchlichkeit eines Prozesses, in welchem sich der historische Niedergang der kapitalistischen Gesellschaftsformation ausdrückt. *Marx* führte schon 1867 aus, der Kapitalismus untergrabe mit fortschreitender Entwicklung unvermeidlich auch die Springquellen allen Reichtums, „die Erde und den Arbeiter“.⁶ Dieser Mechanismus, die Lebensbedingungen der Gesellschaft zu entwickeln und sie dabei zugleich zu untergraben, ist heute auf makabre Weise perfektioniert. Der kapitalistischen Bedingungen unterworfenen Fortschritt gleicht damit jenem „heidnischen Götzen“, „der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte“.⁷

Es kann heilsam sein, die gläubigen Jünger der atomaren Abschreckung mit dieser Irrationalität zu konfrontieren, aber es wäre ein Irrtum, die Ergebnisse von Atomrüstung und Krieg nur aus irrationalen Ursachen herleiten zu wollen. Die scheinbare Irrationalität US-amerikanischer Atomkriegsplanungen enthält auch Elemente rationalen Kalküls, die ihre Realisierung unter bestimmten Umständen verlockend erscheinen lassen können. Die Sternenkriegs-Vision, die lange gesuchte Klammer, die die Gesamtheit aller einzelnen Aufrüstungsmaßnahmen zu einer geschlossenen, aggressiven Strategie des militärischen Sieges über den Sozialismus verbinden soll, ist auch der Mythos eines reaktionären zukünftigen Zivilisationsmodells weltweiter imperialistischer Herrschaft und hat eine sehr reale Grundlage.

Anders ausgedrückt: Die Sicherung von Frieden und Abrüstung ist eine Gattungsfrage, die jedoch auf exakt zu benennenden Klasseninteressen beruht.⁸ Der Initiator der Rüstungseskalation ist der Imperialismus mit seiner Hauptkraft, den USA; seine Ziele sind: 1. Der Versuch, die antiimperialistische Bewegung in der Dritten Welt zu stoppen, 2. Rohstoffe und Absatzmärkte zu sichern und 3. die Vernichtung des realen Sozialismus.

Wenn in diesem Zusammenhang „die Selbstvernichtungsmöglichkeit des Menschen als Gesellschaftswesen“⁹ apostrophiert wird, so wird eben der falsche Schein mit der Realität verwechselt. Nicht *der* Mensch kann oder will *sich selbst* auslöschen, sondern eine kleine Minderheit terrorisiert mit dieser Drohung die große Mehrheit.

5 Christiane Rajewsky, Friedensforschung — Die unbequeme Wissenschaft, in: Fragen zu Frieden und Krieg, Ringvorlesung Kölner Wissenschaftler, Köln 1984, S. 56; Rainer Rilling, Militärische Forschung in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/82, S. 942.

6 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 529 f.

7 Karl Marx, Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, S. 226.

8 S. zum folgenden ausführlicher: Hermann Bömer, Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit, Frankfurt/M. 1984, S. 34 ff. und 52 ff.

9 Heinrich Schirmbeck, Umriss einer Welt-Sicherheitsgemeinschaft, in: Gerd E. Hoffmann (Hrsg.), Schaffen wir das Jahr 2000?, Düsseldorf/Wien 1984, S. 116; Hervorhebung — J. R.

Diese Drohung erscheint jedoch, vor allem wegen ihres selbstmörderischen Charakters auch für ihre Urheber, so wahnwitzig, daß nicht wenige Rüstungskritiker und Politiker die Warnungen der Friedensbewegung vor einem atomaren Erstschlag der USA wie Cassandra-Rufe abtun: Wer wird sich schon selber umbringen, um ein Ziel zu erreichen?

Diese Argumentation unterstellt allerdings ein rational handelndes kapitalistisches System und verkennt imperialistische Logik, vor allem die Logik der atomaren Abschreckung. Es macht ja gerade deren Unberechenbarkeit aus, daß Abschreckung nur funktioniert, wenn das Angedrohte auch realisiert werden kann, und es wäre verhängnisvoll, diese letzte aller Möglichkeiten in ihrer Ernsthaftigkeit geringzuschätzen. Es besteht eine wachsende Neigung von Teilen der herrschenden Klasse, vor allem der USA, zu irrationalen Kräfteeinschätzungen und Entscheidungen. *C. F. von Weizsäcker* hat bereits früh darauf hingewiesen, daß die zum Funktionieren von Kriegsvermeidung durch Abschreckung erforderliche Rationalität nicht in jeder Situation gewährleistet ist, sondern daß in Extremsituationen Wertorientierungen die Oberhand behalten können, die vom Standpunkt der Vermeidung des größten Übels „irrational“ erscheinen.¹⁰ So gesehen, argumentierte *Alexander Haig* mit seiner These, es gebe „Wichtigeres als den Frieden“, völlig konsequent. Die marxistische Auffassung, daß ein neuer Weltkrieg heute keinerlei Sinn mehr hat, führt nicht automatisch dazu, daß dem Krieg alle Chancen genommen sind.¹¹

Ebenso wenig allerdings gibt es eine Automatik, eine schicksalhafte Unvermeidlichkeit des Krieges; dieser ist immer ein Produkt konkreter, beeinflussbarer menschlicher Entscheidungen. Nicht nur eine Verniedlichung der Kriegsgefahr ist fehl am Platze; auch neuerdings häufige Warnungen vor der „Selbstvernichtung des Menschen“ oder Alarmrufe über die vermeintliche Unentrinnbarkeit von „Blocklogik“ und „Rüstungsdynamik“ verhindern eine nüchterne Einschätzung der Bedingungen, unter denen Kriegsgefahr und Aufrüstung gestoppt werden können. Solche Bedingungen herbeizuführen, ist aber gerade die Aufgabe, die gelöst werden muß.

2. Krieg und Frieden im imperialistischen Zukunftsdenken

Was die imperialistische Bourgeoisie der Gegenwart an verbrecherischer Entschlossenheit zur Weltherrschaft zuviel hat, das fehlt ihr an intellektueller Kühnheit. Zukunftsentwürfe im Stil ihrer aufklärungsbegeisterten Vorfahren sind von ihr nicht mehr zu erwarten. Das heißt nicht, daß es keine reaktionären Zukunftskonzepte gäbe. Aber bei aller Phantasie im militär-technischen oder strategischen Detail handelt es sich um nichts anderes als die Verlängerung des Status quo ins Jahr 2000 und danach: Es sind durchweg Konzeptionen zur Konservierung und Ausdehnung der überlebten imperialistischen Herrschaftsverhältnisse mit Hilfe militärischer Gewalt. Über die in der Welt-

¹⁰ Carl-Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.), *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, München 1971, Einleitung, S. 19.

¹¹ Bestushew-Lada, *Die Welt im Jahr 2000*, a.a.O., S. 30.

raumrüstung sinnfällig werdende Perfektionierung der atomaren Abschreckung wird geredet, als solle der zukünftige Entscheidungskrieg mit Degen und Pistolen und nicht mit Overkill-Potentialen ausgetragen werden.

Das Zukunftskonzept der derzeitigen US-Regierung läßt sich umreißen mit den Stichworten: Überlegenheit, Unverwundbarkeit, Erstschlagsfähigkeit, atomare und konventionelle Kriegführungs- und Siegfähigkeit.¹² Sein Ziel ist die Beseitigung des „Kommunismus“. Die Zukunftsstudie „AirLand Battle 2000“ der US-Army konkretisiert diese Zielstellung durch ein Modell umfassender Kriegführungskapazität auf allen Ebenen. Im Abschnitt „Perspektive 2000“ des Dokuments¹³ werden der angenommene Verlauf der globalen Systemauseinandersetzung und die Weltlage der Zukunft dargestellt. Hier wird das düstere Bild einer im Sinne des US-Imperialismus zunehmend unregierbaren Welt gezeichnet, in der der Einfluß des Sozialismus und der Nationalstaaten und nationalen Befreiungsbewegungen ständig zunimmt, die durch weiteren Machtverfall der USA, schärfere Rivalitäten zwischen den imperialistischen Zentren, Kämpfe um knappe Rohstoff- und Energieressourcen, Wirtschaftskrisen und abnehmende Massenloyalität charakterisiert ist, in welcher die USA gezwungen sind, auch gegen das Zögern oder sogar den Widerstand anderer kapitalistischer Regierungen ihre „nationalen“ Interessen zu definieren und ggf. militärisch durchzusetzen. Europa erfüllt in diesem Konzept die Funktion eines Vorfelds.

Schachnasarow hat zu dieser Position richtig bemerkt: „... sie entspricht der *Logik des politischen und militärischen Denkens vor dem Nuklearzeitalter*. In einer Situation, da die Antithese zu einem Zustand des Friedens nicht mehr nur der Krieg, sondern die totale Katastrophe ist..., kann der Frieden nicht mehr als ein Gut angesehen werden, das neben anderen zur Wahl steht.“¹⁴

Das Zukunftskonzept der Bonner Rechtskoalition atmet den gleichen Geist. Es ist zwar auch geprägt von tiefer Verunsicherung über die Risiken der atomaren Abschreckungspolitik, die Europa in besonderem Maß treffen, aber es hält zäh fest an den Prämissen und Zielstellungen antikommunistischer Drohpolitik. Das Weißbuch 1985 hat diese Auffassung bestätigt.¹⁵ D. h., es gilt weiterhin das Prinzip der „Verteidigung“ durch Vernichtung.

12 Die Grundzüge dieses Konzepts lassen sich entnehmen aus: Das geheime Pentagon-Programm („Leitlinien-Dokument“) zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984-1988, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/82, S. 1011 ff.; Colin S. Gray/Keith Payne, Sieg ist möglich, in: ebd., 12/80, S. 1502ff.; Colin S. Gray, Das Konzept der strategischen Überlegenheit, in: ebd., 10/82, S. 1249 ff. S. zum folgenden ausführlicher meine Arbeit: *Friedensforschung in der Bundesrepublik. Entwicklung, Positionen, Perspektiven*, IMSF-Informationsbericht 40, Frankfurt/M. 1985 (im Erscheinen), bes. Kapitel II.

13 *AirLand Battle 2000*, 10. 8. 1982, dokumentiert in: *Die Grünen im Bundestag, Angriff als Verteidigung*, Bonn/Hamburg 1984, S. D. 27 ff., hier bes. S. D 27 f.

14 G. Ch. Schachnasarow, *Die politische Logik des Nuklearzeitalters*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11/84, S. 1381.

15 Weißbuch 1985: *Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr*, Bonn 1985, S. 28 ff. u. 385.

3. Reaktionäre Zukunftstrends: Aufrüstung und Destabilisierung

Nehmen wir einmal an, die imperialistischen Zukunftsgestalter könnten ihre Planungen im wesentlichen ungehindert durchsetzen – welche Trends ließen sich dann extrapolieren? Zunächst springt ins Auge: Die Aufrüstung nimmt astronomische Dimensionen an. 1960 betrug die Weltmilitärausgaben nach SIPRI-Schätzungen 131 Mrd. Dollar, 1982 schon 700–750 Mrd. Sie wachsen nicht nur weiter, ihr Wachstum beschleunigt sich auch noch: Die Jahre von 1978 bis 1982 weisen Wachstumsraten von fast vier Prozent auf, während sie im vorausgegangenen Vierjahreszeitraum noch bei zwei Prozent lagen.¹⁶ Zwischen 1981 und 1985 haben sich die nominalen Weltmilitärausgaben etwa verdoppelt! In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nähern sie sich der Summe von einer Billion Dollar!¹⁷

Bestushew-Lada verdeutlicht durch eine Hochrechnung die Absurdität: „Selbst wenn man annimmt, daß in absehbarer Zukunft die Weltausgaben für Rüstungszwecke nur alle fünf Jahre auf das Doppelte steigen, so werden sie sich innerhalb von 20 Jahren, d. h. von 1981 bis 2001, auf das 16fache erhöhen, also eine Größenordnung von 8 Billionen Dollar erreichen. Das läßt sich mit dem jährlichen Bruttosozialprodukt der ganzen heutigen Welt vergleichen. Eine solche Größenordnung ist an und für sich schon absurd, da sie voraussetzt, daß alle erwerbsfähigen Menschen unseres Planeten dann von früh bis spät in Kriegsbetrieben arbeiten oder in den Streitkräften dienen werden.“¹⁸ Weiter hochgerechnet, zeigt sich auch, daß die Militärausgaben schneller wachsen als das Bruttosozialprodukt und irgendwann im 21. Jahrhundert höher sein müßten als die Summe all dessen, was Industrie und Landwirtschaft der Welt hervorbringen können.

Im Prozeß der Aufrüstung spielen die USA die Schlüsselrolle. Seit 1979 steigen die US-Militärausgaben jährlich um etwa sieben Prozent.¹⁹ 1984 erreichten sie 272 Mrd. Dollar und betrugen nominell das Dreifache der Militärausgaben auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs 1968/69. 1989 soll der US-Militärhaushalt die Summe von 450 Mrd. Dollar erreichen.²⁰ Dabei ist zu beachten, daß es sich nur um die offiziell ausgewiesenen Militärausgaben handelt. Das „SDI“-Projekt soll nach offiziellen Angaben 500 Mrd. Dollar kosten; die tatsächlichen Kosten werden nach verschiedenen Schätzungen aber zwischen 1250 und 1500 Mrd. liegen.²¹ Diese Ausgaben sind in wachsen-

16 SIPRI, *Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter*. Ein Handbuch, Reinbek 1977, S. 40.; SIPRI, *Waffenexport und Krieg*. SIPRI-Rüstungsjahrbuch 4, Reinbek 1984, S. 21 ff. (Dieser Band entspricht dem SIPRI-Yearbook 1983).

17 *Bestushew-Lada*, *Die Welt im Jahr 2000*, a.a.O., S. 24.

18 *Ebd.*, S. 25.

19 SIPRI, *Waffenexport und Krieg*, a.a.O., S. 21.

20 *Eveline Kolloch*, *Kapitalistische Währungs- und Finanzbeziehungen unter dem Druck der USA-Hegemonialpolitik*, in: *IPW-Berichte*, 5/84, S. 8

21 Vgl. dazu *F. Faramasjan/W. Borissow*, *Das Militärprogramm Reagans unter ökonomischem Aspekt*, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, 1/83, S. 72; *Der Sieg im Weltraum ist möglich*, in: *Der Spiegel*, 12. 11. 84, S. 136 ff.; *Ekkehard Sieker/Wolfgang Zellner*, „Strategic Defence Initiative“, *Aufbruch in die falsche Richtung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/85, S. 503.

dem Maß über Haushaltsdefizite finanziert, die höhere Steigerungsraten aufweisen als die Militärausgaben. Während bei *Nixon* noch 83 Prozent der Militärausgaben durch Staatseinnahmen gedeckt waren, sank dieser Anteil bei *Reagan* auf 40 Prozent.²²

Die parasitären Züge sind offensichtlich. Die Rüstung entzieht dem zivilen ökonomischen und sozialen Bedarf in wachsendem Maße dringend erforderliche Mittel. Während in den siebziger Jahren der Anteil der Militärausgaben am BSP noch 5–6 Prozent betrug, stieg er inzwischen auf ca. 10 Prozent. „...es wird ein qualitativ neues Niveau der Militarisierung erreicht; die Wirtschaft geht allmählich in einen permanenten Als-ob-Kriegszustand über.“²³

Der Rüstungstrend in der Bundesrepublik weist gegenüber den USA einige Unterschiede auf. Zwischen 1979 und 1983 lag der Anteil der ausgewiesenen Militärausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes stets knapp über 18 Prozent, der Anteil der tatsächlichen Ausgaben zwischen 23 und 24 Prozent. Seit 1984 ist ein Anstieg auf über 24 Prozent festzustellen.²⁴ Die geschätzten realen Militärausgaben beliefen sich 1984 auf knapp 63 Mrd. DM, mit Schuldendienst sogar knapp 70 Mrd.²⁵

Die an der FOFA-Richtlinie (*Rogers-Plan*) orientierte Beschaffungsplanung der Bundeswehr sieht bis 1997 den Ankauf neuer Rüstungsgüter für 240 bis 300 Mrd. DM (nach Preisen von 1984) vor. Unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen Preissteigerungen dürfte die Summe eher bei 500 Mrd. DM liegen.²⁶ Insgesamt werden die Militärausgaben im Planungszeitraum eine Billion DM erreichen! Das alles ist, wenn überhaupt, nur über rigide Massenbelastungen zu finanzieren.

Auch hier fördert eine Hochrechnung bemerkenswerte Erkenntnisse zutage:²⁷ Die Militärausgaben der BRD nach Einzelplan 14 haben sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Bei einem angenommenen durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent jährlich und weiteren Verdoppelungen in 20, 40 usw. Jahren müßte schon im Jahre 2032 das ganze Bruttosozialprodukt für Militärisches ausgegeben werden. Bereits im Jahr 2000 werden bei linearem Fortgang der Dinge die Militärausgaben den gesamten Bundesanteil an der Staatsquote (des BSP) beanspruchen. Auch wenn das tatsächliche Wirtschaftswachstum höher liegt, als in diesem Modell angenommen, so läßt sich doch feststellen: Das Ende der bisherigen Rüstungspolitik ist abzusehen.

Überdies werden im Jahr 2000 nicht mehr, wie gegenwärtig, 225 000 Rekru-

22 Kurt Steinhaus, Wie stark sind die USA wirklich?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/84, S. 1097.

23 Bömer, Die drohende Katastrophe, a.a.O., S. 42.

24 Eberhard Dähne (unter Mitarbeit von Barbara Bunge), Rüstung tötet schon im Frieden, IMSF-Arbeitsmaterialien 15, Frankfurt/M. 1983, S. 19.

25 Ebd., S. 29 f.

26 Annemarie Borgmann u. a. (Hrsg.), Die konventionelle Aufrüstung der neunziger Jahre, Kassel 1984; Jörg Huffschild, Vor dem Aufbau einer Nationalen Rüstungs GmbH, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/84, S. 1290.

27 S. zum folgenden: Peter H. Mettler, Unsere äußere Sicherheit in den Händen des Militärs, in: R. Mackensen/E. Umbach/R. Jung, Leben im Jahr 2000 und danach, (West-)Berlin 1984, S. 187.

ten jährlich zur Verfügung stehen, sondern nur noch 130 000. Das Weißbuch 1985 zeigt sich von derlei Prognosen völlig unbeeindruckt. Es verspricht die Ausschöpfung aller Mittel, d. h. umfassende gesellschaftliche Militarisierung, um so nah wie möglich an der Bundeswehr-Friedenspräsenz von 495 000 Mann (bzw. auch Frau) dranzubleiben.²⁸ Das läßt die unheilvolle Zukunftsvision einer durchmilitarisierten Bundesrepublik erkennen.

Ohne eine radikale Umkehr der hier grob skizzierten Entwicklungen kann kein einziges der großen Menschheitsprobleme gelöst werden. Das sei hier an einigen wichtigen Beispielen erläutert.

– Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Rüstung und Unterentwicklung.²⁹ Bei kontinuierlicher weiterer Aufrüstung kommt es im Jahr 2000 zu einer „weltweiten Verringerung des Kapitalstocks um 12 Prozent, zu einem Rückgang des Handels um 4 Prozent und einer Abnahme industrieller Arbeitsplätze um rund 11 Millionen allein in den ärmsten Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas“. Nach den UNO-Eckdaten für die Industrialisierung der Entwicklungsländer sind bis zum Jahr 2000 Investitionen von 400 bis 500 Mrd. Dollar erforderlich, also weniger als die gegenwärtigen Weltrüstungsausgaben.

– Rüstung blockiert nicht nur intellektuelle und materielle Potenzen zur Lösung ökologischer Probleme, sie produziert auch durch Ressourcenverschleiß, Landschaftsverbrauch usw. selbst ökologische Probleme³⁰ — von den teilweise irreparablen ökologischen Schädigungen selbst bei einem begrenzten Nukleareinsatz („nuklearer Winter“) ganz zu schweigen.

– In den kapitalistischen Ländern sind Rüstung und Militärausgaben längst nicht mehr „nur“ ein Faktor gesellschaftlicher Vergeudung, sie sind zu einer eigenständigen Ursache der Verschärfung ökonomischer Krisen geworden.³¹

– Technologische und qualitative Aspekte der Aufrüstung, die die Illusion atomarer Kriegsführungsfähigkeit vermitteln, bewirken eine gefährliche Destabilisierung der internationalen Lage.³² Die USA arbeiten zielstrebig an der Realisierung einer Strategie, die das „Gleichgewicht des Schreckens“ aushebelt. „Schwellenländer“ wie Israel, Südafrika, Indien, Pakistan u. a. werden im Jahr 2000 (kleine) Atommächte sein. An Häufigkeit zunehmende regionale Konflikte in der Dritten Welt werden mit immer größerer Wahrscheinlichkeit auf die globale Ebene eskalieren. Insgesamt wächst nicht nur die Gefahr eines geplanten, sondern auch die eines ungewollten „Atomkriegs aus Versehen“.³³

28 Weißbuch 1985, a.a.O., S. 375 ff.

29 S. dazu und zum folgenden: Herbert Wulf (Hrsg.), Aufrüstung und Unterentwicklung. Aus den Berichten der Vereinten Nationen, hier S. 11 ff., Zitat auf S. 13.

30 S. dazu Bömer, Die drohende Katastrophe, a.a.O., bes. Kapitel 1, S. 9 ff., sowie Knut Krusewitz, Umweltkrieg. Militär, Ökologie und Gesellschaft, Königstein/Ts. 1985.

31 S. dazu Jörg Huffs Schmid (Hrsg.), Rüstungs- oder Sozialstaat, Köln 1981, bes. S. 95 ff.; ders., Kapitalismus und Rüstung — die ökonomischen Aspekte bei Marx und die heutigen Probleme, in: „... einen großen Hebel der Geschichte“, Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband 1, Frankfurt/M. o. J. (1982), S. 130 ff.

32 S. dazu Frank Barnaby, Krieg im Jahr 2000, in: Hoffmann, Schaffen wir das Jahr 2000?, a.a.O., S. 299 ff.

33 Bestushew-Lada, Die Welt im Jahr 2000, a.a.O., S. 27.

Ohne Frieden und Abrüstung, ohne radikale Alternativen zur atomaren Abschreckung gibt es also keine Zukunft — und die beginnt jetzt.

4. Alternative Friedens- und Sicherheitspolitik

Was mit dem Kampf gegen 572 neue atomare Mittelstreckenraketen begann, hat sich inzwischen zu einem Grundsatzkonflikt über die zukünftige Gestaltung des Friedens ausgeweitet; ihm liegen exakt die hier benannten Prozesse und ihre Widersprüche zugrunde. Der herrschende Sicherheitsbegriff reicht gedanklich über den „Atomfrieden“³⁴ nicht hinaus; „Frieden“ ist hier lediglich der permanente Aufschub der Feindseligkeiten und schließt Ausbeutung, Unterdrückung und Naturzerstörung gesetzmäßig ein. Die demokratischen Bewegungen haben der zum reaktionären Dogma erhobenen Phantasielosigkeit eine höchst erfinderische Diskussion über Möglichkeiten und Notwendigkeiten zukünftiger Friedensgestaltung entgegengesetzt. Eine solche Friedens- und Sicherheitspolitik muß demokratisch sein, indem sie von den Lebensinteressen der Bevölkerung ausgeht, und sie muß alternativ sein, d. h. sich von der herrschenden Unsicherheitspolitik abheben.

– Das erste Prinzip müßte sein: Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden. Was den Atomkrieg betrifft: Sieg ist nicht möglich, auch nicht in der Zukunft. Sicherheit vor Krieg ist nicht mehr einseitig zu haben. Sicherheit für eine Seite besteht nur dann, wenn auch die Sicherheit der anderen Seite(n) gewährleistet ist.

– Frieden ist mehr als nichtmilitärische Konfliktregulierung zwischen Staaten, Militärbündnissen und gesellschaftlichen Systemen. Hier bietet sich an, die Zusammenhänge von Rüstung, Industrie, Militär und Staat aufzudecken und Konzepte eines „positiven Friedens“ zu entwickeln.³⁵ So wichtig die Verteidigung des bestehenden Nicht-Kriegs ist, so klar ist auch, daß sie zur Apologie von Verhältnissen führen kann, die Grundlage von Rüstung und Krieg sind.³⁶ *Bestushew-Ladas* Prognose-Varianten zeigen eines mit Sicherheit: Die langfristige Verteidigung der Lebensgrundlagen ist nur in Verknüpfung mit gesellschaftlicher Veränderung vorstellbar.³⁷ Die Machtgrundlagen des Militär-Industrie-Komplexes müssen angetastet werden.

– Frieden und Sicherheit gibt es nur noch durch Abrüstung. Eine alternative Sicherheitspolitik, in welcher nicht Abrüstung Priorität genießt — und auch solche Vorschläge gibt es —, taugt so viel wie ein Fahrrad ohne Räder. Weitere Aufrüstung erhöht niemandes Sicherheit, sondern verringert sie; weitere Aufrüstung, auch „kontrollierte“, untergräbt auch die politischen Bedingungen des Friedens, wie die Erfahrungen der siebziger Jahre ja zeigen. Darüber hinaus bringt sie die Menschheit ökonomisch und ökologisch noch nä-

34 S. z. B. Hubertus Hoffmann, *Atomkrieg — Atomfrieden*, München 1980.

35 S. z. B. Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), *Friedensforschung*, Köln/(West-)Berlin 1968, S. 13 ff.

36 Hans Heinz Holz/Hans Jörg Sandkühler, *Zur Einführung: Frieden ist möglich*, in: dies. (Red.), *Für den Frieden — Aufgaben der Philosophie und der Wissenschaften*, Dialektik Bd. 4, Köln 1982, S. 7 ff.

37 *Bestushew-Lada*, *Die Welt im Jahr 2000*, a.a.O., S. 120 ff.

her an den Rand des Kollapses. Umgekehrt würde Abrüstung eine enorme Entlastung ermöglichen. Für die ca. 1 Billion Dollar, die vermutlich gegen Ende der achtziger Jahre weltweit für Rüstung ausgegeben werden, könnte man jeder notleidenden Familie auf der ganzen Welt ein komfortables Haus und alles Lebensnotwendige verschaffen.³⁸ Würden in einem ersten Schritt, einem Vorschlag der UdSSR entsprechend, die Militärausgaben von NATO und WV um 10 Prozent gekürzt, so hätten die Entwicklungsländer z. B. 1984 56 Mrd. Dollar als zusätzliche Hilfe erhalten können.³⁹

Auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern liegen die positiven Folgen von Abrüstung auf der Hand. Sie könnte für soziale Aufgaben — z. B. Beschäftigungsprogramme — dringend benötigte Mittel freimachen. Eine Konversion von Rüstungs- auf Friedensproduktion ist grundsätzlich durchführbar, könnte die Produktion von sozial nützlichen Gütern und Dienstleistungen ausdehnen und wäre überdies wichtiges Element einer antimilitaristischen Strategie gesellschaftlicher Umgestaltung.⁴⁰

— Eine alternative Friedens- und Sicherheitspolitik kann nicht eurozentrisch sein. Alle Versuche zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung können jederzeit durch die „horizontale Eskalation“ von Konflikten zunichte gemacht werden, die der Imperialismus in der Dritten Welt anzettelt. Die Entschärfung der Zeitbomben, die vom Imperialismus und Kolonialismus in der Dritten Welt gelegt wurden, erfordert Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen und Unterstützung für eine von den Entwicklungsländern geforderte Neue Weltwirtschaftsordnung.

— Wichtige Forderung an eine alternative Friedens- und Sicherheitspolitik ist der Bruch mit den gängigen antisowjetischen und antikommunistischen Bedrohungsfiktionen, aus denen atomare Abschreckung und Aufrüstung ihre Scheinlegitimation beziehen. Es geht nicht darum, die Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu verwischen, aber es geht darum, jene unsinnigen Feindbilder zu überwinden, die jede Suche nach demokratischen Alternativen als Kapitulation vor dem Weltkommunismus denunzieren.

— Für eine alternative Friedens- und Sicherheitspolitik gilt: Die Verhinderung von Krieg und die Schaffung einer Friedensordnung ist in erster Linie eine politische Aufgabe. Sowohl der Illusionismus der Abschreckungs-Anhänger wie auch die Phantasielosigkeit der Rüstungskontroll-Schule übersehen, daß weder der Status quo zukünftig mit militärischen Mitteln garantiert werden kann noch die Probleme künftiger Friedenssicherung militärisch-technokratisch lösbar sind. Militärische Reduzierungen und die Schaffung politischer Bedingungen des Friedens müssen Hand in Hand gehen. Defensiv verstandene militärische Umstrukturierungen bedürfen, wenn sie positiv wirksam werden sollen, eines Rahmens von Maßnahmen politischer Friedenssicherung.

38 Ebd., S. 24.

39 Bömer, *Die drohende Katastrophe*, a.a.O., S. 172.

40 S. dazu Huffschild, *Rüstungs- oder Sozialstaat*, a.a.O., S. 208 ff.; ders. (Hrsg.), *Für den Frieden produzieren*, Köln 1981.

Die Gefahren erfordern außergewöhnliche Gegenmaßnahmen: Voraussetzung für eine zukünftige Friedensordnung ist eine Koalition der Vernunft zur Verhinderung des Allerschlimmsten, ein weltweites Bündnis der verschiedensten sozialen Kräfte, die die Erkenntnis zusammenführt, daß ein Atomkrieg nicht mit dem Sieg einer Seite, sondern mit dem Untergang der Menschheit enden wird. Dieses Bündnis muß die sozialistischen Länder, die Staaten der Dritten Welt und die nationalen Befreiungsbewegungen, die Friedensbewegung der kapitalistischen Länder und auch die Teile der Bourgeoisien Westeuropas einschließen, die ihre spezifischen Interessen durch die US-Globalstrategie ernsthaft gefährdet sehen.

Die Erkenntnis, daß es zu einer Art „Welt-Sicherheitsgemeinschaft“⁴¹ keine Alternative gibt, setzt sich nicht im Selbstlauf und kraft der ihr innewohnenden Plausibilität durch. Sie siegt nur dann, wenn sie die Massen ergreift. Gegner dieses Prinzips sind aber nicht „die Nationalstaaten“⁴² oder gar „die Supermächte“⁴³, sondern jene imperialistischen Kräfte, die nur dann von Sicherheit sprechen, wenn sie den Rest der Welt unter ihrer Kuratel haben. Das Konzept hat eine weitere Komplikation zu lösen: Die Idee der Beteiligung Westeuropas an einer internationalen Koalition der Vernunft durch bewußte Abkopplung von der US-Kriegführungsstrategie enthält einen realistischen Kern. Da diese Abkopplung aber nicht anders erfolgen wird als im institutionellen Rahmen westeuropäischer imperialistischer Bündnissysteme, besteht die Gefahr, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen, also den USA einen westeuropäischen Abschreckungs-Block „entgegenzustellen“ und damit neue Konfliktfronten zu schaffen.

Es genügt also nicht, Konzepte einer zukünftigen Sicherheitsgemeinschaft zu entwerfen und teilweise sehr brauchbare Modelle z. B. einer gesamteuropäischen Friedensordnung vorzustellen;⁴⁴ es bedarf auch einer politischen Strategie, die die Frage beantwortet, mit wem und in welchen Etappen und vor allem gegen wen diese Vorschläge zu realisieren sind.

In die Kämpfe um die Erhaltung des Friedens greifen verschiedene politische Kräfte der BRD mobilisierend ein. Bemerkenswert ist die Neuorientierung der Sozialdemokratie, die sich in einem intensiven Diskussionsprozeß über politisch-strategische Grundsatzfragen befindet.⁴⁵ Als Kernelemente eines bisher erkennbaren sicherheitspolitischen Konzepts der SPD kann man stichwortartig festhalten: Vorrang für Kriegsverhütung, Entspannung, Absage an die Überlegenheits- und Kriegführungsstrategie der *Reagan*-Administration, Absage an die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, an

41 Schachnasarow, Die politische Logik des Nuklearzeitalters, a.a.O., S. 1384.

42 Schirmbeck, Umrisse einer Welt-Sicherheitsgemeinschaft, a.a.O., S. 113.

43 Carl Friedrich von Weizsäcker, Gedanken für morgen, in: Heik Afheldt (Hrsg.), Bilder einer Welt von morgen — Modelle bis 2009, Stuttgart 1985, S. 44.

44 S. z. B. Dieter S. Lutz, Auf dem Weg zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung, in: Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), DGFK-Jahrbuch 1982/83, Baden-Baden 1983, S. 505 ff.

45 Auf Belege wird hier aus Platzgründen verzichtet; s. dazu ausführlicher: Reusch, Friedensforschung in der Bundesrepublik, a.a.O., sowie die Materialien zur SPD-Programmdiskussion in: Marxistische Blätter, 5/85, und den Artikel von Rainer Eckert in diesem Band.

Weltraumrüstung, „SDI“ usw. Statt dessen: Vorschlag eines Systems gemeinsamer Sicherheit („Sicherheitspartnerschaft“) in Europa, Reduzierung und schließlich Überwindung der Abschreckung in Europa durch Denuklearisierung der NATO, Konventionalisierung, strukturelle Defensivfähigkeit, Ersteinsatzverzicht, Bildung einer atom- und chemiewaffenfreien Zone.

Mit diesem Konzept ist die Sozialdemokratie in der Lage, zur Bildung einer breiten „Koalition der Vernunft“ einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Natürlich müssen realistischerweise auch dessen Grenzen gesehen werden: Das SPD-Konzept beinhaltet ein Festhalten an der „Wertegemeinschaft“ mit den USA und die Idee der Wiederherstellung des NATO-internen Konsenses auf reformierter Grundlage. Darüber hinaus ist es weder eindeutig auf konventionelle Abrüstung orientiert, noch ist es klar von konservativen Konzepten einer Großmacht Westeuropa unterschieden, noch verfügt es gegenüber den USA über eine realistische politische Durchsetzungsstrategie. Hier hängt alles vom Druck der außerparlamentarischen Bewegungen ab.

Die Grünen vertreten ein — ebenfalls noch nicht in allen Punkten festgelegtes — Konzept konsequenter atomarer und konventioneller Abrüstung, das radikale einseitige Schritte sowie die Einübung der „sozialen Verteidigung“ einschließt und die Ziele der US-Globalstrategie relativ klar benennt.⁴⁶ Auch auf dieser Grundlage ist ein positiver Beitrag zu einem Bündnis zur Verhinderung eines Atomkriegs möglich.

Die Beschränktheit des Konzepts der Grünen besteht in seiner Fixierung auf die unsinnige Theorie der „Supermächte“ und der „Blocklogik“ und in der darauf beruhenden Vorstellung, es müßte ein gegen beide „Supermächte“ gerichtetes, West- und Osteuropa umfassendes „blockübergreifendes“ Gebilde geschaffen werden.⁴⁷ Dieses Konzept ist in eine antisozialistische Diversionsstrategie, auch in ihrer sozialdemokratischen Variante des „Wandels durch Annäherung“, integrierbar.

In den programmatischen Vorstellungen der DKP kommt dem Konzept einer „Koalition des Friedens und der Vernunft“ zur Verhinderung eines Atomkrieges allererste Priorität zu.⁴⁸ Es ist auf größtmögliche Breite angelegt und stellt in den Vordergrund, was inzwischen Allgemeingut der Friedensbewegung ist: Verhinderung der Weltraum-Militarisierung und ein entsprechendes Moratorium; atomares Freeze; Einstellung der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen sowie der entsprechenden sowjetischen Gegenmaßnahmen; atomarer Ersteinsatzverzicht; Abschluß eines Gewaltverzichtvertrages zwischen NATO und Warschauer Vertrag. Dieses Bündniskonzept ist eingebettet in eine weiterführende Strategie friedlicher Koexistenz und Abrüstung und der Schaffung einer Friedensordnung auf demokratischen und sozialistischen

46 S. dazu: Die Grünen, Friedensmanifest, Bonn o. J. (1981), sowie den Artikel von Hermann Sittner in diesem Band.

47 Vgl. dazu z. B. Die Grünen, Militärgrößmacht Westeuropa?, Bonn o. J. (1985); Otto Schily, Friedensunion in Mitteleuropa, in: DVZ/tat, 29. 3. 85.

48 Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit — für eine demokratische Wende, Thesen zum 8. Parteitag der DKP, Entwurf, Düsseldorf o. J. (1985), S. 12 ff.

Grundlagen, die keine Rüstungs- und Kriegsinteressen mehr zuläßt.⁴⁹

Eine alternative Friedens- und Sicherheitspolitik muß durchsetzbar sein. Sie kann sich weder dem Diktat technokratischer Machbarkeits-Vorstellungen unterwerfen, noch kann sie sich mit dem Ausmalen von Zukunftsträumen zufriedengeben. Sie muß sich die Frage stellen, wie das Zukünftige aus dem Gegenwärtigen hervorgeht und wo die politischen Träger und sozialen Kräfte sind, die die entsprechenden Normen, Wertorientierungen und Zielvorstellungen in politischen Veränderungswillen übersetzen können.

Georg Picht, einer der Begründer der BRD-Friedensforschung, entwarf die politische Utopie einer Weltfriedensgemeinschaft, die Krieg, Rüstung, Unterentwicklung und Naturzerstörung schrittweise abschaffen sollte.⁵⁰ In ähnliche Richtung ging *Weizsäckers* Vorschlag eines Systems der „Weltinnenpolitik“.⁵¹ *Eppler* skizzierte die politische Utopie einer „Ent-Feindung“ der Staaten, Systeme und Ideologien, die „zu Hause“ beginnt.⁵² Nirgends wird hier aber ein Weg gewiesen aus der Gegenwart in die Zukunft.

Die Friedensbewegung ist mehr als ein Bündnis zur Verhinderung eines Atomkrieges. Sie bezieht ihre Kraft aus dem Spannungsverhältnis zwischen dem politisch Nächstliegenden und der Utopie einer Friedensordnung jenseits von Abschreckung. Die begründete Hoffnung auf eine friedliche Zukunft beflügelt die Kämpfe der Gegenwart gegen Rüstung und Krieg, wie überhaupt die Frage gesellschaftlicher Zukunftskonzepte zunehmend Bestandteil der heutigen Kämpfe wird.

Der marxistische Beitrag zur Diskussion über das „Wie“ dieser anderen Friedensordnung ist der Nachweis, daß Rüstung und Atomkriegsvorbereitung aus dem Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Imperialismus und Sozialismus herrühren. Der marxistische Beitrag dazu ist das Projekt des Sozialismus: einer Gesellschaft ohne soziale Grundlagen für Rüstung, Aggression und Krieg, die die schöpferischen Potenzen eines jeden gleichberechtigt und friedlich zur Entfaltung bringt. Die Brücke von der Gegenwart in die Zukunft verläuft über die antimonopolistische und antiimperialistische Orientierung. Daraus folgt auch: Die Bildung einer Koalition der Vernunft setzt Klassenkämpfe nicht außer Kraft. Die Dialektik zwischen Breite und Tiefe ist derart, daß der Kampf eines breiten Bündnisses um das Nächstliegende um so größere Erfolgsaussichten hat, je mehr sich in ihm die allgemeine Einsicht in den zukünftigen Gang der Dinge zusammenfaßt.

Vieles hängt jetzt davon ab, in welchem Maß die Arbeiterklasse ihre Gegenwarts- und Zukunftsinteressen in diesen Formierungsprozeß der um den Frieden kämpfenden Kräfte einbringt, in welchem Maß sie eine zukunftsweisende, hegemoniefähige Bündniskonzeption entwickelt.

Im Ringen um die Zukunft ist nichts wichtiger als der nächste Schritt: die Verhinderung eines Krieges und eine Wende zur Abrüstung.

49 Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf 1978, S. 54 ff.

50 Georg Picht, Zum Begriff des Friedens, in: Manfred Funke (Hrsg.), Friedensforschung — Entscheidungshilfe gegen Gewalt, München 1975, S. 24 ff.

51 Carl Friedrich von Weizsäcker, Wege in der Gefahr, 3. Aufl., München 1983, bes. S. 236 ff.

52 Erhard Eppler, Die tödliche Utopie der Sicherheit, Reinbek 1983, S. 207 ff.

Zukunftsliteratur im Umfeld der sozialdemokratischen und grün-alternativen Diskussion

Kritische Bemerkungen zu Lutz, Kern/Schumann, Negt, Gorz, Offe, Ebermann/Trampert, Lafontaine und Huber

1984 und 1985 erschien in der Bundesrepublik eine ganze Reihe von Büchern, die zukünftige Entwicklungen und Probleme behandeln. Das Spektrum ist weitgespannt — von der empirischen Analyse einzelner Produktionssektoren über die Skizze großer historischer Bögen bis zur politisch-publizistischen Programmschrift. Wir stellen im folgenden einige der in Gesellschaftswissenschaften und Politik stärker diskutierten und ideologiebildenden Schriften knapp und kritisch vor — unter dem Gesichtspunkt ihres Bezuges zum Schwerpunktthema dieses Jahrbuches. Angesichts der Breite von Themen und Positionen und der geringen Bezugnahme der Autoren aufeinander schien uns eine getrennte Behandlung der einzelnen Titel angebracht.*

Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/New York (Campus) 1984, 272 S.

Der Verfasser der vorliegenden Schrift, Direktor des Münchner Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung und derzeit Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, begibt sich eigenem Bekunden zufolge auf ein für ihn neues Feld: die Suche nach einer „realistischen Einschätzung der gegenwärtigen Situation und der zukünftigen Entwicklungsperspektive Europas“ (196) und die Beantwortung der Frage, ob der gegenwärtigen ökonomischen Depression eine neue „Wachstumskonstellation“ und durch sie ausgelöste Wachstumsperiode folgen könne und werde. Die Umbruchphase, in der sich die entwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas heute befänden, mache eine Neuinterpretation ihrer bisherigen Entwicklung notwendig, denn das bisher dominierende Kontinuitätsparadigma habe versagt, und die für den Normalfall gehaltene „europäische Nachkriegsprosperität“ stelle sich nunmehr als „Ergebnis einer historisch ganz einmaligen und unwiederholbaren Konstellation“ (9) dar. Bis auf ein kurzes Schlußkapitel zur Zukunft der BRD ist der gesamte Band diesem Versuch einer „Neuinterpretation“ gewidmet. Dabei dominiert eine soziologische Sichtweise; ganz unterschiedliche Elemente der aktuellen Diskussion werden aufgenommen. Der Band signalisiert, daß

* An der Auswahl und Besprechung der Veröffentlichungen waren beteiligt: Heinz Jung (H. J.), André Leisewitz (A. L.), Kaspar Maase (K. M.), Jürgen Reusch (J. R.).

auch in der „offiziellen“ Soziologie der BRD die heutige Krisenphase stärker auf Brüche und Diskontinuitäten orientierende Fragestellung provoziert. Dies schließt den möglichen und modischen Rückgriff auf bisher verdrängte Diskussionsstränge ein; marxistische Positionen gelten dem Verfasser — mit Ausnahme der mehr assoziativen Aufnahme der (verfehlten) Luxemburgschen Akkumulationstheorie als einer „Denkfigur“ (61) — jedoch nicht substantiell als Teil der „verfügbaren Literatur“ (17). Überhaupt fällt, wenn vom Marxismus gesprochen wird, eine doch einigermaßen überraschende Unkenntnis auf.

Die Grundthesen, die *Lutz* zur Beantwortung der Fragen nach der Zukunft der Bundesrepublik heranzieht und die er mit Blick auf die Vergangenheit darlegt, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: In der Entwicklung „industriell-marktwirtschaftlicher Gesellschaften“ wechseln sich längerfristige Wachstumsschübe und Stagnationsperioden ab. Der Verfasser nimmt also die gegenwärtig im Trend liegende Konzeption der „langen Wellen“ auf. Der Übergang in die Stagnation wird dabei nicht als Ausdruck „exogen verursachter Störungen“ verstanden; hier wirkt ein innerer Mechanismus. Da andererseits kein entsprechender Mechanismus ausfindig zu machen ist, aus dem sich der auf die Stagnation folgende Trendumschwung zu neuer Prosperität erklären ließe, geht *Lutz* davon aus, daß „jeder Wachstumsschub die Herstellung einer jeweils neuen Prosperitätskonstellation voraus(setzt), die ihrerseits als eine unverwechselbare (und unwiederholbare) historische Leistung gesehen werden muß“ (20). Die Prosperitätsphase vor dem ersten Weltkrieg wird in dieser Sicht ausgelöst durch Weltmarktexpansion; der Übergang in die folgende Stagnationsphase (von 1914 bis zum Ende des zweiten Weltkriegs) hängt mit der jetzt nur noch langsamen Expansion des Weltmarktes zusammen. Wenn dieser Trend nicht aufzuhalten und umzukehren ist, so liegt dies in der „dualen Wirtschaftsstruktur“ der entwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas begründet. Darunter werden die Koexistenz und Austauschbeziehungen von einem „modernen, industriell-marktwirtschaftlichen“ und einem „traditionellen“ Sektor verstanden. Letzterer umfaßt das Konglomerat von Kleinbetrieben in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Dienstleistungen und Verkehr und die Hauswirtschaft — also generell die subsistenzwirtschaftlich orientierte, der Hauptsache nach auf familieneigenen Arbeitskräften beruhende Wirtschafts- und Arbeitssphäre.

Dieser Sektor wirkt nun als eine Art Resonanzboden zur Verstärkung der Haupttendenz im „industriell-marktwirtschaftlichen“ Bereich. Daraus ergeben sich eine „Prosperitäts-“ und eine „depressive Spirale“: Bei der Expansion saugt der industrielle Sektor Arbeitskräfte aus dem Bevölkerungsüberschuß des traditionellen Sektors ab; zwar steigt dann bei Wirkung des Lohngesetzes die Lohnhöhe nicht sonderlich, aber es werden dennoch auch binnenwirtschaftlich neue Absatzmärkte geschaffen. Umgekehrt schrumpft bei Stagnation im modernen Sektor auch der Binnenmarkt (als Folge zurückgehender Lohnsumme und sinkender Nachfrage des traditionellen Sektors) — insgesamt ein unausweichlicher Trend. Den Bruch mit diesem Trend bewirken nach 1945 im wesentlichen zwei neue Faktoren: die „Neutralisierung“ des

Lohngesetzes und der Reservearmee-funktion durch „wohlfahrtsstaatliche Politik“ (hier nimmt der Verfasser eine zweite gängige These auf); und die Eröffnung neuer Wachstumschancen für den modernen Sektor, der auf der Basis massiver Lohnsteigerungen den traditionellen Sektor nahezu vollständig absorbieren kann, indem er ihn durch Mobilisierung von Arbeitskräften auszehrt und ihn aus seiner bis dahin dominierenden Stellung in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs verdrängt. Der „äußeren“ folgt damit die „innere Landnahme“, Grundlage der zweiten Prosperitätsphase. Mit der Beseitigung des Struktur dualismus demontiert der expandierende industrielle Sektor jedoch sukzessive seine eigene Expansionsgrundlage. Damit wird der neuerliche Übergang in die Depression der Gegenwart zwangsläufig.

Die sozialstrukturellen Darlegungen zur Bedeutung des „traditionellen Sektors“ sind anregend. Mitte der zwanziger Jahre ist ihm nach *Lutz*' Schätzung rund die Hälfte des volkswirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials (unter Ein-schluß der haushaltsführenden Familienmitglieder) zuzuschlagen. Ein beachtlicher, auch politisch gewichtiger Block, wenn man die hier herrschenden patriarchalischen Bindungen und geringen Entfaltungsmöglichkeiten bedenkt. Trotz seiner beginnenden Erosion schon in den dreißiger und vierziger Jahren stimmt es, daß er erst nach 1945 relativ rasch dezimiert wird — mit allen Konsequenzen, die dies für die innere Umschichtung von Arbeiterklasse und Lohnabhängigen im „modernen“ Sektor beinhaltet.

Unter dem Gesichtspunkt der Arbeitskräftemobilisierung und des Binnenmarktes dürfte die Wechselbeziehung von modernem und traditionellem Sektor sicher auch für die längerfristige (überzyklische) Wirtschaftsentwicklung von Bedeutung sein. Insofern hat die hier aufgenommene Modernisierungsthe-se eine rationellen Kern. Jedoch ist das Konzept der dualen Wirtschaftsstruktur und der Austauschbeziehungen zwischen beiden Sektoren nicht zur Erklärung der Grunddynamik der Wirtschaftsentwicklung brauchbar. Es erklärt die Veränderungen der Kapitalverwertungsbedingungen im dominierenden industriellen Sektor nicht, es erfaßt überhaupt nicht die Probleme der Überakkumulation und inneren Krisenhaftigkeit einer kapitalistischen Produktion um der Produktion willen. Es bedarf äußerer Expansionsfelder und -anstöße. Die Anleihe bei der Luxemburgschen Akkumulationstheorie kommt also nicht von ungefähr — ohne ständige „Landnahme“ und Durchdringung nichtkapitalistischer Sphären sind Prosperitätsphasen nicht denkbar. (Diese Konzeption manövriert *Lutz* mit Blick auf die Zukunft natürlich in eine schwierige Position.) Die fehlende konkret-historische Untersuchung der Akkumulationsbedingungen des Kapitals und der Krisenzyklen verleitet zu einer ziemlich willkürlichen Phasenzusammenziehung — eine Kritik, die generell gegen das Konzept der „Langen Wellen“ vorzubringen ist, das zudem mit dem Fehlen des Nachweises eines inneren Mechanismus im Prinzip hinfällig wird.

An die Stelle der Analyse ökonomischer Triebkräfte tritt daher zwangsläufig die Auffassung, von ihnen abgehobene „gesellschaftliche Institutionen und Regelungsformen“, staatliche Politik (der „Wohlfahrtsstaat“ und seine ange-

liche Neutralisierung des Lohngesetzes und der Reservearmeeefunktion), „rechtlich-institutionelle Strukturen“ etc. seien entscheidende Elemente für die Auslösung der Prosperitätsphasen. Dies gilt auch für die auf wenigen Seiten dargelegten Vorstellungen zu „Voraussetzungen für eine neue Prosperität“ (236).

Neue Felder der „Landnahme“ sind nicht in Sicht — der Weltmarkt gibt nichts her, der traditionelle Sektor ist passé. Umgekehrt droht das Risiko „systemischer Gleichgewichtsstörungen“, womit das Zusammenfallen sich wechselseitig aufschaukelnder Krisenprozesse (243 ff.) und daraus resultierender „explosiver Konfliktherde“ (255) im Arbeits- und Reproduktionsbereich gemeint ist. Soziale Desintegration und der Übergang zu offener Gewalt sind daher nicht ausgeschlossen (ebd.). Trotz vieler kritischer Einzelbemerkungen bekommt die Darstellung hier einen staatsmännischen Zug: Soll diesen drohenden Konflikten und Gefahren gegengesteuert werden, so hat das „politisch-administrative System der westlichen Industriegesellschaften“ bestimmten „Anforderungen“ zu genügen. Dem politisch-administrativen Apparat — und damit zwangsläufig den ihn beherrschenden gesellschaftlichen Kräften — gilt der Anruf für die Herstellung einer neuen Prosperitätskonstellation, und nicht den sozialen Masseninteressen an veränderter Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das ist zu berücksichtigen, wenn der Verfasser in relativ allgemein-abstrakten Wendungen von der Notwendigkeit eines neuen „Zielsystems“ mit „sehr hoher Mobilisierungskraft“ spricht, der Notwendigkeit, ein „Ordnungsmuster“ zu entwickeln, „das die Ausrichtung der Partikularinteressen und der Formen ihrer Durchsetzung an diesem Zielsystem sicherstellt“ (265 f.). Ein neues „politisch-institutionelles Arrangement“ wird verlangt, in das alle wichtigen Bevölkerungsgruppen und Interessen einzuordnen sind. Die Stichworte für dieses neue Ordnungsmuster lauten wachsende Durchdringung von Politik und Ökonomie, tiefgreifende Umstrukturierung des politisch-administrativen Systems, Ausweitung von Marktmechanismen mit ihrer „allokativen Effizienz und Selbststabilisierungsfähigkeit“ (276). Die Zukunftsvorstellungen, die Lutz entwickelt, bleiben also nicht nur äußerst vage, sondern enthalten schließlich auch ausgesprochen beunruhigende Ordnungs- und Formierungsvorstellungen. Dies gilt auch dann, wenn Lutz den notwendigen gesellschaftlichen Konsens andernorts (Gewerkschaftliche Monatshefte 6/85) eher in Richtung auf Reformpolitik und Bewahrung sozialstaatlicher Elemente interpretiert. (A. L.)

Horst Kern/Michael Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München (C. H. Beck) 1984, 361 S.

Kern/Schumanns Folgestudie zu „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ von 1970 ist schnell ins Zentrum der Diskussion um neue Technologien und Zukunft der Arbeit geraten; dies gilt insbesondere für die gewerkschaftlich orientierte sozialwissenschaftliche Diskussion und die linke Zukunftsdiskussion, wo sie sich explizit auf Veränderungen der Produktionssphäre bezieht.

Zugleich haben die Hauptthesen der Studie — wenn auch in stark überzeichneter Form — rasch das Interesse der rechtssozialdemokratischen Modernisierungsstrategen gefunden, weil sie ihnen — wie es *Peter Glotz* in der „Neuen Gesellschaft“ (3/85) ausführlich dargelegt hat — gut ins Konzept der Verbindung von Rationalisierung unter dem Stichwort „Weltmarktkonkurrenz“ mit sozialpartnerschaftlichen Abfederungsstrategien im Sinne „sozial gesteuerter Innovation“ passen. Der Zustimmung im einen Lager entspricht die weitgehend kritische Beurteilung der Studie im anderen.

Gegenstand der Untersuchung sind die Veränderungen, die sich mit der Einführung neuer Technologien in den Fertigungsabteilungen industrieller Kernsektoren (Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemieindustrie) vollziehen bzw. andeuten. Die Verfasser haben hierzu umfangreiche Feldstudien in 23 Werken der genannten Branchen durchgeführt. Ihre Untersuchungen verdienen nicht nur Interesse, weil sie die bereits vor über 15 Jahren studierten Bereiche erneut erforschen, sondern insbesondere deswegen, weil sie sich den technologischen und möglichen arbeitsorganisatorischen Umbrüchen, also dem Neuen, zuwenden. Sie versprechen unter dem Blickwinkel veränderter Arbeitsverhältnisse und Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeit nicht nur Aufschluß über zukünftige Trends, sondern auch über Ansatzpunkte und Erfordernisse gewerkschaftlicher Strategien. Es handelt sich also um eine durchaus politische — und auch von den Autoren so verstandene — Publikation.

Kern/Schumann unterstreichen, daß mit der breiten Einführung neuer Technologien (in der Hauptsache elektronische Steuerungs-, Organisations- und Kommunikationstechnologien) sich unter den gegebenen ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen in Zukunft die Beschäftigungsprobleme noch verschärfen werden. Die Segmentierungsprozesse werden sich, so ihre Prognose, vertiefen und verfestigen. Im Bereich der Lohnarbeit sehen sie demgegenüber im Vergleich zu früheren Phasen kapitalistischer Rationalisierung einen qualitativen Trendumbruch, ein „Novum im Gesamtprozeß kapitalistischer Rationalisierung“ (318): In einem „arbeitspolitischen Paradigmenwechsel“ (24) zeichne sich der Übergang zur ganzheitlicheren, breiteren Nutzung der Arbeitskraft, zu einer Reprofessionalisierung industrieller Arbeit. Damit werde erstmals die Möglichkeit geschaffen, „statt die Heteronomie der Industriearbeit“ zu erhöhen, sie breitflächig zurückzudrängen . . .“ (327). Rationalisierung nach tayloristischem Zuschnitt beginne obsolet zu werden, ein „mögliches Ende der Arbeitsteilung“, die „Wiedereinführung und Verankerung von Produktionsintelligenz“ (322 f.) in den Produktionsabteilungen zeichne sich ab. Die diese Tendenz verkörpernden „neuen Produktionskonzepte“ seien innerhalb des Managements jedoch nicht unumstritten. Gewerkschaftliche Politik muß sich daher nach *Kern/Schumann* darauf konzentrieren, innerhalb des Managements „weiche Stellen und Verbündete“ auszumachen (325), um den neuen Produktionskonzepten zum Durchbruch zu verhelfen und sie aus ihrer „privatistischen Verengung“ (321) zu befreien. Die Verfasser lehnen es ab, diese Auseinandersetzungen im Rahmen der „alten Pfade des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital“ (325) zu sehen. Sie verstehen ihren Beitrag nicht als Überlegung zu „gesellschaftlicher Transformation“ (331). Zurückdrängung

von Heteronomie in der Arbeit soll sich also unter den heute gegebenen Bedingungen des Kapitalismus vollziehen.

Die Studie gibt einen guten Einblick in die technologischen Umbrüche, die sich heute in den Fabrikhallen der Groß- und Mittelbetriebe der untersuchten Branchen abspielen. Ihr Material markiert eine Dimension von Veränderungen, die mit wirtschaftsstatistischen Kategorien und auf der Ebene von Kennziffern zur Arbeitsproduktivität oder zu Strukturverschiebungen zwischen den Branchen noch kaum zu erfassen sind. Zugleich ist die Studie aufschlußreich hinsichtlich unterschiedlicher Managementstrategien zur Gestaltung der Arbeit, und sie gibt damit viele Hinweise auf die Spanne möglicher Entwicklungen von Qualifikationen, Tätigkeitsinhalten und -anforderungen, wachsenden beruflichen Kompetenzen und damit u. U. gegebenen Ansatzpunkten für Gegenmachtpositionen in der Arbeit. Da eine Hauptrichtung der Anwendung neuer Technologien in der Reduzierung weniger qualifizierter Tätigkeiten zu sehen ist (z. B. Rationalisierung im Montagebereich), ergeben sich Unterschiede hinsichtlich der mit dem Rationalisierungsschub verbundenen Betroffenheit und Entwicklungsperspektive für verschiedene Gruppen des Gesamtarbeiters. *Kern/Schumann* versuchen dies mit den Kategorien Rationalisierungsgewinner, -verlierer und -dulder zu erfassen.

So wichtig die Herausstellung solcher qualitativen Entwicklungstrends ist, so skeptisch macht die Verallgemeinerung und Interpretation des sozialen Inhalts und Charakters der prognostizierten Veränderungen der Arbeit. Ihre Fragwürdigkeit zeigt sich schon im Verhältnis von „Autonomie“ bzw. „Heteronomie“ der Arbeit. Kapitalistische Lohnarbeit bleibt immer, wie ihr jeweils konkreter Inhalt auch aussehen mag, fremdbestimmte Arbeit, abgeschnitten von der Bestimmung über Ziel und Inhalt der Produktion. *Kern/Schumanns* Begriff von Autonomie orientiert sich stattdessen an einem ganzheitlichen, gegen Arbeitsteilung gewendeten (stofflichen) Verständnis von Arbeit, er klammert ihre soziale Formbestimmtheit aus — auch dann, wenn oft und ausgiebig von Kapitalismus und Verwertungsinteresse gesprochen wird. Daher die unproblematische Übereinstimmung mit *Dahrendorf* (325 f.). Es ist sicher sympathisch und spricht für die Intention der Autoren, wenn sie selbst eine solche Begrenzung als Schwäche ihres Ansatzes benennen (331) — aber das ändert eben nichts daran, daß ihre Perspektive auf die Arbeit notwendigerweise verzerrt bleibt. Nebenbei: Es gibt damit auch keine Brücke zwischen ihrem Begriff von „Aufhebung der Arbeitsteilung“ und dem Begriff und Programm vom Ende der Arbeitsteilung, wie es bei *Marx/Engels* seit ihren frühen Schriften als konstitutives Element ihrer Vorstellung von Zukunft der Arbeit entfaltet wird.

Eine solche theoretische Position liegt auch der bemerkenswerten Tatsache zugrunde, daß in der Studie bei der Darstellung und Interpretation der neuen Produktionskonzepte so wesentliche Aspekte kaum oder nur am Rande thematisiert werden wie das Kapitalinteresse an Arbeitsintensivierung, umfassenderem Zugriff auf das individuelle und Gesamtarbeiter-Leistungspotential, wie Kontrolle und technisch vermittelte Herrschaft im Produktionsprozeß — also Fragen, die heute gerade im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Auseinan-

dersetzung in den Betrieben stehen. Daher erweist sich auch die Differenzierung nach Rationalisierungsverlierern und -gewinnern mit Blick auf letztere als nicht unproblematisch (wenn sie auch in vieler Hinsicht Zugang zu Problemen der Formierung und Bewegung im betrieblichen Bereich schafft). Denn die Arbeitsbedingungen der im Produktionsprozeß verbleibenden Lohnarbeiter werden ja nicht nur von technischen Determinanten bestimmt, sondern gerade ganz wesentlich sozial, z. B. vom höchst wirksamen Druck der industriellen Reservearmee. Obwohl die Studie mit Blick auf Management und Kapitalinteressen durchaus Aspekte des ökonomischen Gesamtprozesse aufnimmt — etwa die kapitalistische Konkurrenz —, bleibt sie hier im Grunde betriebsbezogen. Die Hauptschwäche der Studie wird man darin sehen müssen — und insofern steht sie in einer Linie mit der früheren Untersuchung —, daß trotz stärkerer Akzentuierung ökonomischer Aspekte doch eine technologische Sichtweise auf die Arbeit dominiert und das aus den Produktionsverhältnissen entspringende Ziel der Kapitalisten, die Lohnarbeit als möglichst beherrschbare, austauschbare, ihrem Verwertungsinteresse verfügbare Produktivkraft zu entwickeln, in der Analyse keinen wirklichen Niederschlag findet.

Sicher steht dies in engem Zusammenhang mit der Verpflichtung gegenüber der „phänomenologischen Methode“ der von *Husserl* herkommenden und durch *Bahrdt* vermittelten Verstehensanalyse (vgl. Kap. II), die sich gegen eine stringent vom Interessenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital argumentierende Sichtweise aussprechen muß. Dieses Defizit prägt natürlich auch die strategischen Aussagen, wo die Autoren vom „Heraustreiben“ der neuen Produktionskonzepte aus ihrer „privatistischen Verengung“ sprechen. Daß die gesamtgesellschaftlichen Ausbeutungs- und Konkurrenzverhältnisse jedem einzelnen Kapital die Betrachtung und Entwicklung der Lohnarbeit als Gegenstand möglichst intensiver Abpressung von Mehrarbeit aufzwingen und daß damit eine Gegenstrategie sich auch nicht auf die betriebliche Ebene oder politische Initiativen im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse beschränken kann, sondern gesamtgesellschaftlichen und antikapitalistischen Charakter haben muß, wenn sie den Inhalt der Arbeit wirklich verändern will, kann damit nicht erfaßt werden.

Daß sich eine so verengte Perspektive auch in der Empirie der Untersuchung niederschlagen muß, war bereits im Zusammenhang mit Arbeitsintensivierung und Kontrolle angedeutet worden. Insgesamt dürfte sich auf dieser Ebene eine Überschätzung der Trag- und Reichweite der neuen Produktionskonzepte zeigen. Im Untersuchungsbereich (der unmittelbaren Produktion) ist der Anteil von Beschäftigten mit ganzheitlichen Arbeitsvollzügen im Sinne der Autoren heute noch sehr begrenzt. Beispiel Automobilindustrie: Tausend Straßenführern stehen hunderttausend Massenarbeiter „traditionellen Zuschnitts“ gegenüber. Das zeigt, wie die Gewichte verteilt sind und sich selbst bei Ausweitung der Tendenz in Zukunft noch lange darstellen werden. Es ist durchaus legitim, wenn die Studie keinen Gesamtarbeiteransatz verfolgt. Bei der Verallgemeinerung der Ergebnisse wäre jedoch in Rechnung zu stellen, daß sich in anderen Betriebsabteilungen (besonders der Angestelltenbeschäftigung) auch starke gegenläufige Prozesse vollziehen, wie viele Studien zeigen.

Insgesamt gesehen: Gegen den Strich ihrer theoretischen Interpretation und Verallgemeinerung gelesen, bietet die Studie von *Kern/Schumann* viele Anregungen und Informationen zur Veränderung der Arbeit und der Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse der Bundesrepublik. (A. L.)

Oskar Negt: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt/New York (Campus) 1984, 272 S.

Negts Buch geht zurück auf einen Vortrag, der auf der wissenschaftlichen Konferenz der IG Metall zur Arbeitszeitverkürzung 1983 gehalten wurde, große Resonanz fand und seither erweitert wurde. Der Autor selbst spricht von einer „politischen Streitschrift“, um den unakademischen Charakter zu kennzeichnen. Die Arbeit enthält eine Fülle von Anregungen für die wissenschaftliche und politische Befassung mit zukünftigen Entwicklungen; dabei liegt ihre Stärke — die gleichzeitig ihre Schwäche ist — in der Konzentration auf den Reproduktions- und Sozialisationsbereich.

Negt betrachtet den Kampf um Arbeitszeitverkürzung als Schlüssel zu einer alternativen Entwicklung der Bundesrepublik, in der Herrschaft des Kapitals abgebaut und Freiheit und Selbstverwirklichung der Lohnabhängigen entfaltet werden können. Die Schaffung von arbeitsfreier Zeit, die als „Emanzipations- und Orientierungszeit“ genutzt werden kann, wird als wesentlicher Hebel gesellschaftlicher Veränderung dargestellt. *Negt* baut dabei wesentlich auf Veränderungen in Arbeitsmoral und Sozialcharakter, die (hier schließt er ausdrücklich an *Herbert Marcuse* an) gefesselte Triebenergien gegen Herrschaftsverhältnisse freisetzen. Kapitalistische Herrschaft sei verinnerlicht in einem autoritären Sozialcharakter, der wesentlich in einer entfremdeten Bindung der Identität an Arbeit als Beruf und in einem ökonomisch strukturierten Zeitbewußtsein bestehe.

Zugleich gehöre zum Kapitalismus die ständige Bereicherung des Bedürfnishorizonts; Utopien eines besseren Lebens rückten in sinnlich greifbare Nähe. Diese Kräfte, Ansprüche und Sehnsüchte könne man gegen die konservativen Strategien mobilisieren, die auf die Spaltung der Gesellschaft und Marginalisierung jener zielen, die keine Lohnarbeit mehr finden können. Vor allem hier sieht *Negt* einen wachsenden Handlungs- und Gestaltungsbedarf für gewerkschaftliche Politik.

Negt votiert für eine Erneuerung betriebsnaher Tarifpolitik, um dem Zugriff unternehmerischer Flexibilisierungsstrategien auf einzelne Bedürfnisse der Beschäftigten nach freier Zeitgestaltung durch konkrete Alternativen offensiv entgegenzuwirken. Dies müsse jedoch eingebunden sein in eine Erweiterung des Horizonts gewerkschaftlicher Politik. *Negt* spricht von einem „politischen Mandat der Gewerkschaften“ und meint damit, daß der langwierige Kampf um Arbeitszeitverkürzung notwendig an einer Vorstellung von einer anderen Gesamtorganisation gesellschaftlicher Verhältnisse zu orientieren sei.

Die Zielvorstellungen für die Zukunft der Arbeit bleiben jedoch unklar und widersprüchlich. Es wird nicht ersichtlich, was mit „Kampf um die Vervielfältigung und Erweiterung gesellschaftlich anerkannter Formen der Arbeit, die

der Eigenproduktion und der Selbstverwirklichung dienen“ (175), gemeint ist. Angesichts der übermächtigen Tendenzen zu einer Marginalisierung wachsender Gruppen befürwortet *Negt Offes* Vorschlag einer gezielt geförderten Dualwirtschaft, die der Schattenwirtschaft den Status einer ökonomischen Alternative zum Erwerbssystem verschafft. Zugleich erklärt er eine solche Veränderung, die Ergebnis gesellschaftlicher Planung gegen Profit- und Machtinteressen sein müßte, für illusionär. Dabei grenzt sich *Negt* auch ab gegen *Gorz'* Hoffnung auf die umwälzende Kraft eines „autonomen Sektors“ (74). Doch bleibt er dabei: „Die einzige Alternative zur bestehenden Arbeitsgesellschaft sind . . . alternative Formen der Arbeit“ (184). Und ganz dem *Gorz*schen Geist entspricht die Perspektive einer Minimierung eines „Restanteils entfremdeter Arbeit“ für jedes Gesellschaftsmitglied (176). Auch *Negt* scheint in „Apparaten und Maschinensystemen, die unserer Kontrolle entglitten sind und sich zu einer gesellschaftlichen Gewalt eigener Art zusammengebraut haben“ (223), einen letztlich nicht zu beherrschenden heteronomen Sektor zu sehen, den man allein zugunsten der lebendigen Arbeit quantitativ zurückdrängen, nicht aber qualitativ demokratisieren könne.

Einen gewissen Bruch hierzu stellen *Negts* Ausführungen dar, Arbeitszeitverkürzung sei zu ergänzen durch „das Programm einer aktiven, auf menschlichere Zwecke gerichteten Vollzeitwerbsarbeit, wie sie für lange Zeit noch fortbestehen wird“ (186 f.). Auch die Aufrufe zu einer Technologiepolitik im Interesse der lebendigen Arbeit werden nicht aus der objektiven Möglichkeit befreiter Arbeit an moderner Technik, sondern eher voluntaristisch begründet (vgl. 224 f.). Wenn es nicht gelinge, das durch die neuen Technologien produzierte Angstpotential abzubauen, werde jede sinnvolle Zukunft blockiert.

Breiten Raum nehmen Überlegungen für eine qualitative Erweiterung gewerkschaftlicher Politik im ideologisch-kulturellen Feld ein. *Negt* betont, daß erst ein Herausarbeiten der kulturellen Dimension der Arbeitszeitpolitik die Vermittlung von Zukunftsperspektiven erlaube, die Einzelforderungen ihre Bedeutung geben und Motivation, „langen Atem“ für bevorstehende Auseinandersetzungen schaffen. Auch die Überwindung von Sonderinteressen sei nur zu erreichen mit einer überzeugenden Alternativkonzeption, in der die 35-Stunden-Woche nur ein Teilziel darstellen könne.

Übergreifend gehe es um Engagement bei der Gestaltung erkämpfter Freizeit. Der Zugriff der privatkapitalistischen Kultur- und Bewußtseinsindustrie auf Phantasien, Interessen und Bedürfnisse der abhängig Beschäftigten werde in einer neuen technischen Dimension vorbereitet. Gewerkschaftlicher Kampf in den und um die Kontrolle der Medienapparate sei notwendig, aber nicht hinreichend für eine Gegenstrategie. Diese müsse auf die Schaffung einer neuen politischen Kultur im alltäglichen Lebenszusammenhang gerichtet sein. Die institutionalisierte Absonderung von „Politik“ sei zu überwinden durch neue Formen, in denen die Menschen sich über lebenswichtige Probleme verständigen und Entscheidungen treffen. Politik müsse in den Alltag eingefügt werden und helfen, Sinnfragen öffentlich zu stellen und Alternativen zu diskutieren. Leitbegriffe für solche emanzipatorische Orientierung seien: „Aufklärung, Selbstbefreiung, Konfliktbewußtsein, Öffentlichkeit“ (S. 148).

Als gewerkschaftliches Instrument zum Eingreifen in alltägliche Lebenszusammenhänge schlägt *Negt* eine Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen auf ein zweites gewerkschaftliches Organisationszentrum vor, das in Stadtteil- und Wohngebieten verankert sei. Angesichts der Herausforderung neuer Sozialbewegungen müßten die Gewerkschaften auch die Interessenvertretung in den Konflikten des Reproduktionsbereichs übernehmen; *Negt* stellt dabei die Schaffung „politischer Öffentlichkeit“ in den Mittelpunkt (162).

Der Autor nimmt den Einwand vorweg, seine Vorschläge bedeuteten eine absolute Überforderung der Gewerkschaften. Er gesteht diese Bewertung durchaus zu, betont aber den realistischen Gehalt seiner Überlegungen. Heute sei allein noch realistisch, was auf grundlegende Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen ziele. Mit Berufung auf *Forz* verlangt *Negt* daher als neues Moment gewerkschaftlichen Selbstverständnisses, die „Spannungen zwischen pragmatischen Einzelschritten, zu deren Durchsetzung ihre Macht unter jeweils aktuellen Bedingungen ausreicht, und der durch Wissen gesättigten Utopie auszutragen“ (S. 164). Dementsprechend enthält der Band einen großen Abschnitt über Arbeitsutopien; *Negt* geht es hier vor allem um die sozialpsychischen Dimensionen einer Befreiung von Existenzängsten und kapitalistisch-industrieller Zeitdisziplin sowie um neue moralische Motive für den Kampf um die Befreiung der Arbeit; die „Organisationsformen“ seiner Utopie blieben, wie oben angemerkt, recht vage.

Dies hängt offenbar mit dem bewußten, etwas gequält anmutenden Ausblenden von Fragen und Vorschlägen zusammen, die *Negt* wohl eher der marxistischen „Orthodoxie“ (vgl. S. 157) zurechnet. Zu nennen ist der linksintellektuelle Topos, mit einer platten Verstaatlichung von Schlüsselindustrien würden die menschlichen Probleme der Arbeit nicht gelöst — damit ist die Eigentumsfrage abgetan. Zu nennen ist die Feststellung, herkömmliche Klassenkonflikte seien zwar präsent, würden aber durchkreuzt und überlagert von einer neuen Linie des Kampfes lebendiger Arbeit gegen die Übermacht der toten — ansonsten tauchen Fragen der *gesellschaftlichen Strategie der Arbeiterbewegung* angesichts von Veränderungen in Sozial- und Widerspruchsstrukturen nicht auf.

Negts Herangehen ist syndikalistisch. Arbeiterbewegung bedeutet für ihn Gewerkschaftsbewegung — daher auch die Tendenz zu deren Überforderung. Zu betonen ist jedoch, daß *Negt* reale Probleme gewerkschaftlicher Politik anspricht, und zu hoffen ist, daß viele seiner Anregungen zur ideologisch-kulturellen Dimension von Interessenvertretung und Arbeitszeitverkürzung in die gewerkschaftliche Zukunftsdebatte eingehen. Eine Lösung ist allerdings kaum vorstellbar, wenn die politische Arbeiterbewegung in Form der Parteien schon aus dem Denkansatz ausgeblendet wird.

Die wesentliche Schwäche liegt jedoch in dem theoretischen Auseinanderfallen von Konflikten und Bewegungen zwischen Arbeits- und Reproduktionsbereich. Ökonomische und soziale Klassenkämpfe von der betrieblichen bis zur gesamtstaatlichen Ebene werden überhaupt nicht als Moment der Politisierung und kulturellen Veränderung thematisiert und von den angestrebten Öffentlichkeiten im Reproduktionsbereich getrennt. Damit reduziert sich der

Kampf um eine neue politische Kultur weithin auf eine klassische Aufklärungsstrategie.

Unter diesem Aspekt kann es dann nicht verwundern, wenn *Negt* in einer letzten Fußnote die gewerkschaftliche Dimension durchbricht und der Linken und den Alternativbewegungen *Glottz'* „Arbeit der Zuspitzung“ als „wichtiges Gesprächsangebot“ von „großer theoretischer Sensibilität“ ans Herz legt (S. 272). (K. M.)

André Gorz: Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit, Berlin (West), Rotbuch-Verlag 1983 (Paris 1983), 160 S.

Die Schrift enthält in 25 Thesen eine essayistische Abhandlung zur Krise des Kapitalismus, zur Rolle von neuer Technik und Automation als Faktoren der „Auflösung“ des Kapitalismus und der Arbeitsgesellschaft und zur Strategie für eine Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Sozialismus. Sie wird komplettiert mit einigen Skizzen zum Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat, zum Hunger in der Dritten Welt, zur gewerkschaftlichen Haltung gegenüber der Automation u. a. Sie geht damit auf zentrale Fragen der linken Bewegung entwickelter kapitalistischer Länder ein und versteht sich als Beitrag zur Entwicklung einer visionären Zukunftsstrategie der Linken, worauf schon der Buchtitel verweist.

Gorz war in der BRD Ende der 60er Jahre bekannt geworden mit seinen Arbeiten zur „Strukturreform“ des Kapitalismus, zu den „qualitativen“ Forderungen der Arbeiterklasse und zur betrieblichen Selbstverwaltung als Schlüssel des Übergangs zum Sozialismus. Diese Vorstellungen haben sich inzwischen theoretisch und praktisch als Fehlorientierung erwiesen. In den 70er Jahren rückte der Verfasser von seinen damaligen Vorstellungen ab und veröffentlichte die programmatische Schrift „Abschied vom Proletariat“ (Paris 1980), die auch in der BRD eine breite Diskussion auslöste. Hier legte er die marxistische Konzeption des Klassenkampfes und der Arbeiterklasse endgültig beiseite und begab sich auf die Suche nach den neuen Subjekten gesellschaftlicher Änderung. Diese sieht er, dem modischen Zug der Zeit folgend, in den neuen sozialen Bewegungen. Mit der vorliegenden Schrift versucht er zwar vor allem für diese Bewegungen ideologische Orientierungspunkte zu setzen, korrigiert jedoch seine Position von 1980 taktisch insofern, als er gleichzeitig auch in den vorher schon weitgehend abbeschriebenen Gewerkschaften Verbündete für seine Vorstellungen sucht, und zwar beim sozialreformistischen Flügel der Gewerkschaften. Infolge seiner scharfen antimarxistischen Tendenzen, die politisch gegen den Sozialismus und die Kommunisten zielen, räumten ihm bestimmte Kräfte in der DGB-Diskussion Wirkungsmöglichkeiten ein, mit der offensichtlichen Absicht, den Brückenschlag zu den Themen der neuen sozialen Bewegungen mit dem Abblocken der marxistischen Strömung in den Gewerkschaften zu verbinden (vgl. etwa: Abschied vom Proletariat? Eine Diskussion mit und über André Gorz. Protokoll einer Arbeitstagung vom 30. 5. bis 3. 6. 1983. Haus der DGB-Jugend. DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Düsseldorf Dezember 1983).

Der Autor entwickelt Sensibilität gegenüber den neuen Widersprüchen,

Konflikten und Tendenzen, die mit der kapitalistischen Krise seit Mitte der 70er Jahre und dem Einfluß der neuen Technik auf Arbeits- und Lebensweise wirksam geworden sind. Er versucht ihre „Einbindung“ in ein im Prinzip reformistisches Konzept der Gesellschaftsänderung, wobei er verbale, jedoch keine wesentlichen inhaltlichen Bezüge zum Marxismus aufrechterhält. Es geht ihm darum, die „grundlegenden Wandlungen zu ersinnen, zu antizipieren und einzuleiten, deren Möglichkeit in den bereits stattfindenden Veränderungen angelegt ist“ (9). Kommunistische Arbeits- und Verteilungsprinzipien erscheinen ihm als aktuelle Aufgaben.

Seine Krisendiagnose enthält zwar richtige Momente, ist jedoch vom Grundansatz falsch. In seiner Sicht sind die Erfolge der Arbeiterklasse der wesentliche Grund für die Verschlechterung der kapitalistischen Verwertungsbedingungen, weil sie die Durchsetzung kapitalistischer Rationalität zu durchkreuzen vermochten (25). Insbesondere die hohen Sozialkosten drückten die Profite. Ein neuer Aufschwung habe die Senkung der Sozialkosten zur Voraussetzung. Auch für eine antikapitalistische Alternative stelle sich dieses Problem, die als Ausweg die Rücknahme in die Gesellschaft, die Selbsthilfe usw. anzubieten habe. Dies deckt sich, unter anderen Vorzeichen, mit konservativen Diagnosen und Therapien.

Die neue Technik und die Automation spielen für *Gorz* insofern eine zentrale Rolle, als er daraus die Auflösung der Tauschwertproduktion, der Lohnarbeit, der Arbeitsgesellschaft und des Kapitalismus schlechthin ableitet. Die sozialökonomische Formbestimmtheit dieser Prozesse tritt für ihn dabei, ähnlich wie bei der Krisenanalyse, völlig in den Hintergrund. Er versteht nicht, daß die Wirkung des Wertgesetzes und die Realität kapitalistischer Warenproduktion nicht von der Größe des Quantums lebendiger und/oder vergegenständlichter Arbeit abhängen, die sich im Produkt niederschlägt, sondern von den Eigentumsverhältnissen, der Konkurrenz usw. Deshalb ist auch seine Annahme weder zwingend noch zutreffend: „Aus der Automatisierung der Produktion folgt notwendig das Erlöschen der Lohnarbeit, der Marktmechanismen und des Arbeitswertes . . .“ (72/73).

Durchgängig sitzt er auch dem vormarxistischen Irrtum auf, der den Wert der Arbeit mit dem Wert der Arbeitskraft verwechselt. Die Entlohnung nach Leistung ist nur Erscheinungsform des Lohnes, nicht Realität. Deshalb entfällt mit der Automation zwar die Grundlage für Stücklohn, Akkord usw., aber beileibe nicht für die Lohnarbeit. Wer theoretischer Kritik nicht vertraut, braucht nur auf automatisierte japanische Fabriken zu schauen.

Schon heute ist für *Gorz* der Kapitalismus tot oder halbtot — ein System herrschender Werte ohne Geltung; und der „andere tote Stern“, das „Sowjet-system“, besteht nur noch, „funktionsunfähig“, wie es nach *Gorz* ist, per seiner Herrschaftsapparate. Um so erfreulicher ist für ihn und seine Anhänger die Botschaft, daß die „Automation auf ein Jenseits des Kapitalismus und des Sozialismus“ verweist (53).

Gorz' Sicht auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, auf die sozialen Verhältnisse und auf antikapitalistische Alternativen wird kaum verständlich, berücksichtigt man nicht seine weltanschaulichen Positionen eines

doktrinären Existenzialismus. Danach ist die „Autonomie“ dem Wesen des Individuums vorausgesetzt und gesetzt. Im Kern wird der Mensch nicht als soziales Wesen und seine Entwicklung nicht als Entwicklung der sozialen Verhältnisse gesehen. Im Gegenteil, jegliche Arbeitsteilung und Vergesellschaftung führt in dieser Sicht zur Entfremdung des Individuums von sich selbst und blockiert die Verwirklichung seiner Autonomie. Dies gilt für *Gorz* völlig unabhängig von den gesellschaftlichen Formen und ihren sozialökonomischen Grundlagen. „Der einzig mögliche Ausweg besteht im Abbau, wo immer möglich, der Großtechnologien, die die gesellschaftliche Arbeitsteilung und -zersplitterung bedingen, zugunsten freiwilliger genossenschaftlicher Tätigkeit . . .“ in überschaubaren Einheiten, wo Arbeit und Konsum/Leben wieder zusammenfallen usw. (Abschied vom Proletariat? Eine Diskussion, a.a.O., S. 183).

Da die Emanzipation der Produzenten in einer sozial umgestalteten modernen Großproduktion also ausscheidet, was aus *Gorz*' Sicht reformistische Abschwächungen der Entfremdung und Fremdbestimmtheit (Heteronomie) nicht ausschließen soll, zum anderen moderne Großproduktion zur Ausweitung der Freizeit bei entwickeltem materiellen Standard unabdingbar ist — in dieser Frage ist *Gorz* Realist —, bleibt als Emanzipationsalternative nur die Ausweitung des Autonomiesektors gesellschaftlicher Arbeit und der Freizeit. Die Fabrikarbeit bleibt Fron; ihre Rolle relativiert sich für den Lohnarbeiter jedoch mit der Verkürzung der Arbeitszeit; seine Verwirklichung findet der Arbeiter im Freizeitsektor, worauf sich letztlich auch die Tätigkeit im Autonomiesektor reduziert. Dies ist im Kern die Vorstellung von *André Gorz*. Und in dieser Richtung versucht er Erscheinungen und Tendenzen der Gegenwart zu interpretieren.

Während zur Gegenwart und zur „Zukunftsvision“ noch halbwegs nachvollziehbare Aussagen gemacht werden, bleiben die Subjekte der Veränderung weitgehend vage. Nachdem aus den Gegensätzen im Sektor der modernen Großproduktion ohnehin keine Funken der Rebellion schlagen, bleiben nur all jene Interessen und Kräfte, die auf den Autonomiesektor ausgerichtet sind, die „Nichtklasse der Nichtarbeiter“, wie er sie anderenorts bezeichnet hat. Obwohl er da und dort noch von Klassen spricht, sind Klassen für ihn falsche Subjekte. Dies folgt aus der existenzialistischen Doktrin. Die soziale Hefe der Veränderung sind nicht mehr politische und gewerkschaftliche Aktivisten der Arbeiterbewegung und der Linken, sondern die neuen Kleinunternehmer privaten und genossenschaftlichen Zuschnitts, Kleingärtner, Hobbyisten usw.

Von Interesse ist schließlich, daß sich *Gorz* eine kommunistische Gesellschaft seiner Provenienz nicht ohne Staat und juristisches Recht vorstellen kann. Hier trifft er sich aktuell mit dem sozialdemokratischen Reformismus der Gegenwart. *Gorz*' Schrift erschien zu einer Zeit, als die Fragen der Arbeitszeitverkürzung und der sozialen Kontrolle der modernen Technik immer stärker in das Zentrum der Klassenauseinandersetzungen rückten. Ihre Wirkung beruht in erheblichem Maße darauf, daß er Probleme wie Lebensarbeitszeit, Soziallohn, Robotersteuern usw. thematisierte und auf ihre Zukunftsten-

denzen hin interpretierte. Darin kann ihre positive Funktion gesehen werden, selbst wenn sich ihre weltanschaulichen Ausgangspunkte, Analysen und Alternativen für eine Strategie der Arbeiterbewegung und der Linken nicht als tragfähig erweisen. (H. J.)

Claus Offe: „Arbeitsgesellschaft“: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/New York (Campus) 1984, 378 S.

Der Autor hat in diesem Band Aufsätze vereint, die in den 80er Jahren schon verstreut publiziert wurden. Unter dem Blickwinkel des Jahrbuch-Themas soll hier nur der abschließende Aufsatz unter dem Titel „Perspektiven auf die Zukunft des Arbeitsmarktes“ besprochen werden. *Offe* versucht dort, die Diskussion um Machbarkeit und Wünschbarkeit in drei Hauptlinien zu gliedern. Die erste bezeichnet er als „Orthodoxie“. Sie zielt auf die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung durch ökonomisches Wachstum, das durch wesentliche Verbesserung privatkapitalistischer Verwertungsbedingungen angestoßen werden soll. Der Autor bringt gegen die Konzeption eine Menge Einwände vor; sie stellen sowohl die Annahme unbegrenzt expansionsfähiger Märkte (bei den gegenwärtigen Verteilungsbedingungen) in Frage wie überhaupt ein Interesse der Kapitaleseite an der Beseitigung von Arbeitslosigkeit.

Die zweite Variante bezeichnet *Offe* als „Realismus“ — ausdrücklich ohne positive Wertung. Er sieht in CDU wie SPD Positionen Boden gewinnen, die unter dem Druck neuer Verhältnisse nüchtern zu veränderten Orientierungen bereit sind. Vor allem werde Vollbeschäftigung als unerreichbar eingeschätzt. Dies ergebe eine ebenso scharfe Frontstellung gegen gewerkschaftliche Forderungen wie seitens der „Orthodoxie“ — mit dem Argument, es müsse endlich Schluß sein mit der Vergötzung der Arbeit durch die Arbeiterbewegung. Für die zumindest in der längeren Phase des Übergangs zur „Informationsgesellschaft“ aus dem Arbeitsmarkt Ausgliederten werden die Schattenwirtschaft, die Familie und staatlich organisierte soziale Dienstleistungen bis zur Dienstpflicht angeboten.

Offe spricht hier von „naturwüchsiger Dualisierung“ und bringt gegen deren Greifen vor allem ökonomische Einwände vor. Gerade bei sinkender und gefährdeter Beschäftigung wachse die Abhängigkeit vom formellen Sektor, da der Einnahmeausfall im Dualbereich untragbar sei. Weiter seien die materiellen, institutionellen und qualifikationsmäßigen Voraussetzungen für „Eigenarbeit“ derart schlecht, daß hier akzeptable Verhältnisse nur für sehr kleine Gruppen zu erwarten seien.

Aus diesem Dilemma entwickelt *Offe* seinen Vorschlag der „Dritten Wege“. Deren Grundlage soll eine „egalitäre materielle Grundsicherung“ sein, die nicht an Beiträge gebunden ist. Sie soll den Arbeitsmarkt real entlasten, da auch Nichterwerbstätigkeit materiell zumutbar sei. Durch eine ertragsabhängige Finanzierung der entsprechenden Fonds könne man auf die Unternehmer weiterhin Druck in Richtung Beschäftigung ausüben, durch Feinregulierung des Mindesteinkommens gegen eine zu weitgehende Flucht aus der Erwerbsarbeit vorbeugen.

Ein Mindesteinkommen sei aber nur die halbe Lösung: Es sei fraglich, ob

damit ein Lebensniveau oberhalb des Existenzminimums zu sichern sei; und sinnvolle Tätigkeit werde damit auch noch nicht ermöglicht. Man müsse also weitergehen und einen Teil der Versorgung über die Ergebnisse von Eigenarbeit, unter Ausschaltung des Marktes, sichern. Dazu müsse die Sphäre der Eigenarbeit gefördert und „zumindest den gleichen Kriterien sozialer Gerechtigkeit unterstellt werden“ wie der formelle Sektor (358).

Offe konkretisiert dieses Konzept nicht weiter, legt keine Überlegungen zu seiner Durchsetzung gegen konträre Kapitalinteressen vor und weist auch nicht auf bestimmte soziale Träger derartiger Umgestaltung hin. Ohnehin sei hier als ein zentraler Denkfehler die kurzschlüssige Weise benannt, in der den Gewerkschaften (und im weitesten Sinn der Arbeiterbewegung) jede Fähigkeit zur Durchsetzung einer eigenen Alternativstrategie abgesprochen wird. Arbeitszeitverkürzungen seien nur gegen Lohnverzicht zu bekommen; den dazu notwendigen Altruismus der Beschäftigten könne keine Großorganisation mobilisieren. Die Beschäftigten seien so gut mit Freizeit versorgt, daß mehr davon nicht für alle attraktiv sei; und die Nichtbeschäftigten stünden außerhalb der Gewerkschaften. Diese Hinweise auf — reale! — Probleme der Strategiebildung und -durchsetzung der Arbeiterbewegung reichen *Offe* aus, um sie als Kraft sozialer Alternativen zu vernachlässigen. (K. M.)

Thomas Ebermann/Rainer Trampert: Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei, Hamburg 1984 (Konkret Literatur Verlag), 288 S.

Gegenstand des Buches sind Schilderungen der ökologischen Krise und ihrer Auswirkungen auf Arbeits- und Lebensweise, der ökonomischen Krise des kapitalistischen Systems und ihrer Folgen für die Bevölkerung der entwickelten kapitalistischen Länder und für die Völker der Dritten Welt, schließlich der Zuspitzung der Widersprüche und Deformationsprozesse mit der kapitalistischen Anwendung der neuen Technik heute und in der Zukunft. Ein Abschnitt ist den Beziehungen von neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung gewidmet (116–152). Dies macht quantitativ den größten Teil des Buches aus. In einem Kapitel (194–241) wird der Versuch einer theoretischen Positionsbestimmung unternommen. Ein Schlußkapitel (242–280) stellt die Entwicklungsprobleme der Grünen und die politische Position der Autoren dar.

Insgesamt geht es um den Versuch einer zusammenhängenden Darlegung der theoretischen und politischen Positionen jener Strömung innerhalb der Partei der Grünen, deren Vertreter sich als „Ökosozialisten“ bezeichnen. Dabei wird vor allem die Konkursmasse der inzwischen eingestellten Zeitschrift „Moderne Zeiten“ (MOZ) mobilisiert, in der versucht worden war, diese Positionen zu entwickeln. Die Verfasser sind bekannte politische Sprecher dieser Gruppierung. Für die „tieferen“ theoretischen Passagen dürfte der ausgeschilderte geistige Pate, der frühere MOZ-Redakteur *F. O. Wolf*, die Urheberschaft beanspruchen dürfen.

Die gut lesbare Kolportage der gängigen Ökologie-, Dritte-Welt- und Sozialproblematik hat dem Buch eine relativ große Resonanz in der Linken beschert, was u. a. auch auf den Nachholbedarf an politischem Feuilletonismus

verweist, aber auch aufschlußreich für das gegenwärtige Problembewußtsein ist. Originalität können die Autoren hier für die flotte Art der Präsentation beanspruchen. Wer fundierter Information bedarf, sollte von vornherein nach anderen Titeln und Autoren greifen, an denen es auch im marxistischen Lager keinen Mangel gibt.

Das Buch verdient vor allem Interesse als ideologischer Ausdruck einer Strömung, die sich, z. T. vom Neomarxismus kommend, heute um eine Art Brückenschlag zwischen ökologischen und sozialen Problemen, zwischen „neuen sozialen Bewegungen“ und Arbeiterbewegung, zwischen Grünen und Gewerkschaften bemüht, freilich mit dem Anspruch, der Arbeiterbewegung politisch auf die Sprünge zu helfen. So, wenn die Autoren die Gefahr der Entmachtung der Gewerkschaften im Zuge der Durchsetzung eines „postfordistischen Produktionsmodells“ an die Wand malen und zur Feststellung kommen: „Dann wären die neuen sozialen Bewegungen zum historisch einzig relevanten Träger auch noch des proletarischen Klassenkampfes geworden“ (152). Das muß natürlich auf die Dauer selbst für Neotitanen zu viel werden.

Trotzdem: Bei allen Schwächen und überzogenen Ansprüchen ist dies für das Lager der Grün-Alternativen gegenwärtig eine zweifellos vorwärtsweisende Tendenz, da sie die ökologische Kritik und den Protest gegen die Deformationen und die Lebensweise des Systems mit der marxistischen Kapitalismuskritik in Verbindung bringt.

Gleichwohl steht neben dem Anknüpfen an Aussagen der marxistischen Theorie die dezidierte Revision von wesentlichen und ihr unverzichtbaren Positionen, womit sich die Autoren in Widersprüche verstricken und ihre Argumentation vom Standpunkt einer theoretischen Kritik zum Ärgernis wird. Das Anknüpfen an die marxistische Theorie besteht im Beibehalten des materialistischen Primats der Produktion und ihrer Strukturen für die gesellschaftliche Totalität und den Charakter der Gesamtgesellschaft. Daraus folgt die zutreffende Orientierung, daß eine grundlegende Änderung der Gesellschaft mit der Umgestaltung der Produktion verbunden und von den Massen der Produzenten getragen sein muß. Der Kapitalismus tendiere zur Vernichtung der Existenzgrundlagen der Gesellschaft, der lebendigen Arbeit und der Natur. Diese Tendenz habe mit dem heutigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte einen solchen Realisierungsgrad erhalten, daß die Existenz der Menschheit bedroht sei.

Die Revision der marxistischen Theorie erfolgt jedoch mit der Aufhebung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Grundlage der Bestimmung des Charakters und der Widersprüche der kapitalistischen Warenproduktion und Produktionsweise und der Vereinseitigung der Kapitalismuskritik als Kritik der „stofflichen Seite“ der Produktion. Die Arbeitsprozesse, die Technik rücken damit ins Zentrum. Die sozialökonomischen Zusammenhänge, die ihre Antriebe, Widersprüche, Funktionen und Wirkungen bestimmen, werden verdünnt und in der Tendenz ausgeblendet. Der Kern der Produktionsverhältnisse, die Eigentumsverhältnisse, rücken an den Rand, und Kapitalismus und Sozialismus werden gleichermaßen — da sich aus der Sicht der Autoren Arbeitsprozesse, Technik, Produkte etc. empi-

risch nur wenig unterscheiden — und mit gleicher Elie Gegenstand der Kritik.

Es versteht sich, daß die Autoren mit der Marxschen Analyse von Technik, Maschine, Produktivkräften nicht viel anfangen können, sie deshalb für korrekturbedürftig halten (230) und offensichtlich generell keinen Begriff davon haben, was denn nun unter Produktivkräften zu verstehen ist. Letztere lassen sich eben nicht unter ihrer gegenständlichen Seite abhaken, sondern ihr wesentliches Moment ist der Werk tätige als Träger der lebendigen Arbeit.

Nicht verwundern kann es auch, daß unter diesen Blickwinkeln Darstellungen zur Geschichte des Klassenkampfes im Kapitalismus und zur Arbeiterbewegung recht verzerrt und einseitig ausfallen (116 ff.). Unter dem Gesichtspunkt der „stofflichen Gestalt der gesellschaftlichen Arbeit“ muß den Autoren die noch handwerkliche Arbeiterklasse in romantischer Verklärung erscheinen und die Erkenntnis der dynamischen und progressiven Rolle des modernen Industrieproletariats verstellt bleiben. Ihnen ist offensichtlich auch nicht aufgegangen, daß sich seit Anbeginn der Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht nur um die Lohnhöhe dreht, sondern gleichermaßen auch um den Umfang und die Art und Weise der Abpressung der Mehrarbeit, die Arbeitsintensität usw. Gerade deshalb hatte der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung z. B. gegen die Rationalisierung der 20er Jahre, gegen den Taylorismus usw. eine grundsätzlich kritische Haltung — was den Autoren allerdings nicht in ihr Schema paßt und deshalb ignoriert wird.

Diese Argumentation hat deshalb mehr als periphere Bedeutung, weil der kommunistischen Arbeiterbewegung, Marx und dem Sozialismus eine Art Produktivitätsfetischismus angedichtet wird, der im Zusammenhang mit einer unkritischen Technikbejahung stehe. Ein bißchen Studium des realen Sozialismus, seiner Geschichte und seiner Probleme, hätte hier durchaus erkenntnisfördernd wirken können. Denn zum einen war und ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität die Frage des Überlebens im Kampf der Gesellschaftssysteme und der Schlüssel zur Entfaltung des materiellen und geistigen Reichtums der Gesellschaft, und zum anderen muß dies unter völlig neuen sozialen Verhältnissen realisiert werden.

Wie schon betont, halten die Autoren an der primären Rolle der Produktion fest und stehen deshalb auch den Konzepten der Dualwirtschaft als Wegen der Emanzipation kritisch gegenüber. Freilich wenden sie sich auch gegen eine Entfaltung des Produktionssektors unter dem Primat der Ökonomie der Zeit. Sie treten hier eher für eine Art Blockade als für eine Alternative ein. Das macht Konsumverzicht notwendig. Dieser solle nun nicht despotisch mit Hilfe des Staates durchgesetzt werden — denn immerhin ist es ihre „fundamentalste“, wenn auch kaum theoretisch begründete „Überzeugung“, daß mit dem Staat Emanzipation nicht zu machen sei. Und wo nun weder die materiellen Interessen noch die politische Macht zu Triebkräften eines Fortschritts werden können, muß man sich auf die Suche nach wirklich radikalen und systemsprengenden Bedürfnissen machen: „Der Wunsch nach Universalität, nach einem sinnlichen und ästhetischen Verhältnis zur Natur, nach einem gemeinsamen, konkurrenzfreien Erleben und Genießen, alles das sind solche radikalen Bedürfnisse.“ „Dieses Bedürfnisse sprengen den Rahmen des Kapita-

lismus. . ." (225). Das Subjekt der Veränderung wird hier individualisiert, von der Klassenproblematik gelöst, und Kapitalismuskritik wird zur gang und gäben Kultur- und Zivilisationskritik.

An anderer Stelle heißt es: „Nur wenn es gelingt, eine politische Option auf ein gemütliches, sinnerfülltes, kreatives Arbeiten ohne Hierarchie zu entwickeln, . . . könnte ein Veränderungs-, ein Umwälzungsmotiv, auch aus ökologischen Gründen formuliert werden, das nicht ständig an die Schranken der unmittelbaren Versorgung stößt“ (227). Wo also *A. Gorz* von der Antinomie seiner Dualwirtschaft ausgeht, ebenen die Autoren die Unterschiede mit deutscher Gemütlichkeit ein. Die Marxsche Fassung, daß auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung die freie Entfaltung der Individualität Bedingung und Maßstab der Produktion wird, was den Menschen die Produktion, ihren Stoffwechsel mit der Natur, unter den ihnen würdigsten Bedingungen zu vollziehen gestattet unter Durchsetzung der Ökonomie der Zeit, wird von den Autoren ohnehin ignoriert. Dies nicht aus Vergeßlichkeit, sondern weil sie nicht verstehen, daß eben die Blockierung dieser Tendenz im Kapitalismus die Fesselung der Produktivkräfte durch die Produktionsverhältnisse ist.

Ist es schon verwunderlich, daß man in dem ganzen Buch vergeblich nach einer wissenschaftlichen Bestimmung des Begriffes der ökologischen Krise suchen muß — ganz im Gegensatz zur gehaltvollen Studie des Marxisten *Edgar Gärtner* von 1979 (*Arbeiterklasse und Ökologie*), dessen Positionen sie unsauber und entstellend wiedergeben — übrigens war *E. Gärtner* in der BRD der erste Autor, der den Zusammenhang von Umwelt- und Arbeitsproblemen wissenschaftlich aufgearbeitet und, wenn man so will, ökosozialistische Positionen formuliert hatte —, so gleitet ihnen das Problem des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner widersprüchlichen Durchsetzung im Kapitalismus völlig aus den Händen. Ihnen kommt es nicht in den Sinn, daß die hilflosen Reaktionen auf die Umweltprobleme auch mit der widersprüchlichen und durch Profitinteressen gehemmten und ungleichmäßigen Entwicklung von Forschung und Wissenschaft zusammenhängen könnten. Statt dessen geben sie als überhistorische Maxime „einen eskalierenden Vorsprung von angewandten Möglichkeiten menschlicher Produktion gegenüber den Erkenntnissen ihrer Folgewirkung“ (197) aus.

Das Kapitel über die „Zukunft der Grünen“, 1984 geschrieben, mutet ein Jahr später schon wie der Schnee von gestern an. Nicht zuletzt liegt die Ursache dafür im Fehlen einer Bestimmung des sozialen Standorts und der möglichen Verankerung der Grünen in der westdeutschen Gesellschaft. Das Herumstochern in der Demoskopie von *Noelle-Neumann* oder der Konrad-Adenauer-Stiftung ist dafür nur ein mäßiger Ersatz. Man mag in Schönwetter- und Aufschwungsperioden darüber hinwegsehen können, beim Stimmungsumschwung wird dieser Mangel jedoch gravierend.

Die Autoren realisieren zwar schon damals, daß für die Grünen mit einer SPD in der Opposition eine neue Lage entstanden ist. Sie unterschätzen aber nicht nur deren Potenzen und Attraktivität auch für die Anhänger der Grünen, sondern engen die Probleme der Auseinandersetzung auch zu stark auf die parlamentarische Ebene ein. Im Unterschied zu anderen Gruppierungen

der Grünen vergessen sie allerdings nicht, daß der Kraftquell der Grünen die außerparlamentarischen Bewegungen waren. Es muß jedoch bezweifelt werden, ob der „Angriff auf die stoffliche Seite der Produktion, der Nachweis der verheerenden Wirkungen der heutigen Produktivkraftentwicklung“ (280) ein auf Dauer ausreichender Schwerpunkt einer radikaldemokratischen linken Gruppierung sein kann.

Zu den Merkwürdigkeiten dieser Positionsbestimmung des Ökosozialismus gehört es, daß Friedensproblematik und Friedensbewegung fast völlig ausgeblendet bleiben. Ein nur taktisches Kalkül? Oder fordert die Einseitigkeit des „stofflichen Ansatzes“ mit Realitätsverlust ihren Tribut? Denn am Platzmangel kann es wohl nicht gelegen haben. (H. J.)

Oskar Lafontaine, Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung, Hamburg (Hoffmann u. Campe) 1985, 222 S.

Es ist nicht das erste Mal, daß *Oskar Lafontaine* sich als Zukunftsdenker der Sozialdemokratie vorstellt, aber diesmal sollte es etwas Besonderes werden, mit umfassendem Anspruch: Was hier auf 222 Seiten niedergeschrieben ist, ist eine programmatische Schrift. Es ist ein Manifest des Ökoreformismus.

„Die Industriegesellschaft ist an ihre Grenzen gestoßen“ (11), konstatiert *Lafontaine* und stellt dieser Diagnose einen anderen, neuen Fortschrittsbegriff gegenüber. „Es gibt also jenseits allen Streits und jenseits aller oberflächlichen Taktiererei für die Politik der Sozialisten und Ökologen einen fundamentalen Schnittpunkt: das Eintreten für die Selbstbestimmung des arbeitenden Menschen. Der andere Fortschritt hat einen Namen: Ökosozialismus. Er verbindet den Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen mit dem Kampf gegen die Ausbeutung der Natur.“ (188) Dies zu realisieren — das ist für ihn die große Herausforderung an die SPD. „Wer dem anderen Fortschritt zum Durchbruch verhelfen will, muß der SPD zum Umbruch verhelfen. Der andere Fortschritt braucht die andere Partei...“ (217).

Lafontaine, dem gelegentlich *Erhard Eppler* über die Schulter schaut, macht sich zum Wortführer der derzeit stärksten linken reformistischen Strömung in der SPD. (Es ist, auch wenn er sich anders nennt, ein *Öko-Reformismus*.) Mehr als andere reformistische Strömungen begegnet sie *Marx* mit Skepsis, nutzt ihn allenfalls selektiv, als „allgemeinmenschlichen“ Theoretiker (49) oder gar als Kronzeugen gegen Verstaatlichung (165 f.), tadelt ihn als kritiklosen Wissenschafts- und Technik-Verherrlicher (213), definiert sich sehr viel weniger mit positivem Bezug zur Arbeiterbewegung und ihren Traditionen, stellt den Auswüchsen des Imperialismus ein ethisch-moralisch begründetes Idealbild des Menschen gegenüber und brandmarkt seine Exzesse als Auswüchse von „Industrialismus“ und „Blocklogik“, stützt sich auf die christliche Ethik *Albert Schweitzers* (17) und auf eine eklektische Sammlung von Theoretikern: *Strasser, Traube, Rousseau, Fromm, Meadows, Marcuse, Nell-Breuning, Senghaas, Bahro, Lafargue, Gorz, Offe, K.-H. Flach*, um nur einige aus der bunten Reihe zu nennen.

Lafontaines Buch will keine wissenschaftliche Studie sein — hier geht es über *Strasser* oder *Offe* kaum hinaus —, es ist eine politische Kampfschrift für

die Erneuerung der SPD. Die „Realpolitik“ der „Macher“ ist gescheitert: Bei diesen wird das „vorhandene System. . . nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern ausgebessert, also grundsätzlich bejaht. Zugegeben, auch diese Politik birgt in sich ein gewisses Maß an Dynamik . . . Bloß hat eine solche Politik nicht mehr die Richtung im Auge, in der sich die Gesellschaft verändern sollte, eine solche Politik ist in ihrem Wesen konservativ“ (210). *Helmut Schmidt* und sein Ideologe *Popper*, sie stehen für den „Verlust der Utopie“ (214) durch die SPD. Sie muß die kritischen Impulse der neuen sozialen Bewegungen, der Friedensbewegung, der Grünen aufnehmen, auf deren Bedingungen und Wünsche eingehen, die von ihnen benannten Konfliktfelder ernstnehmen — insofern reflektiert der Ökoreformismus den Druck der außerparlamentarischen Bewegungen auf die SPD und wird wirksam in fortschrittlichem, veränderndem Sinne. Man darf bezweifeln, ob die SPD ohne diese Bewegungen zur Aufnahme lange vernachlässigter Probleme und Fragestellungen in der Lage gewesen wäre. Man kann sich an den zehn Fingern ausrechnen, was passiert, wenn der Druck nachläßt.

Aber da ist natürlich auch die integrative Seite des Ökoreformismus. Eine dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Arbeitslose hält *Lafontaine* für nicht verkraftbar. Die Marktwirtschaft muß bleiben, aber sie muß sozial kontrolliert und ökologisch reformiert werden. Eine große Koalition kann das nicht, sie schafft nur neue Polarisierung (47). Was gebraucht wird, ist ein von der SPD geführtes Bündnis zwischen ihr, die „Volkspartei“ bleiben und rechte Wähler auffangen muß, mit den neuen sozialen Bewegungen (202), parlamentarisch: eine Koalition zwischen SPD und Grünen (215 ff.). *Lafontaine* führt vor, wie Grundmuster der Alternativbewegung in ein sozialdemokratisches Reformkonzept eingebaut werden.

Zentrales Thema des Buches ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik — auch eine Kernfrage der SPD-Programmdiskussion. Die Arbeit bleibt der Schlüsselbegriff (155); um ihre Zukunft geht es. Vorrangige Bedeutung wird auch weiterhin die Erwerbsarbeit haben, daran läßt *Lafontaine* keinen Zweifel, aber sie soll durch einen institutionell anerkannten und sozial abgesicherten informellen Sektor ergänzt werden. Hier beruft er sich auf das Konzept der Dualwirtschaft, wie es *Offe* in seinem Buch „Arbeitsgesellschaft: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven“ entwirft (183). Es geht um das Recht auf „selbstbestimmte Produktion“ (182, 184).

Lafontaine versäumt nicht den ausdrücklichen Hinweis, wie man dieses Ziel *nicht* erreicht: Verstaatlichung und Vergesellschaftung sind Irrwege, sie wechseln nur die Machteliten aus (166). Als Beweis führt er die sozialistischen Länder an; hier wird die — z. T. an *Bahro* anknüpfende Darstellung — extrem oberflächlich, gibt sich mit den dümmsten antikommunistischen Stereotypen zufrieden. Zwischen der verbürokratisierten Partei und einer kapitalistischen Aktionärsversammlung vermag *Lafontaine* keinen Unterschied zu entdecken (162). Es mischen sich sozialdemokratische Konvergenztheorie und grün-alternative Industrialismuskritik. *Lafontaine* geht es nicht um eine ernsthafte Bewertung der sozialistischen Länder; die Funktion seiner Polemik ist die De-

nunzierung gesellschaftlicher sozialistischer Alternativen für die BRD. Daher auch seine rigide Abgrenzung von der DKP (216).

Welche Wege schlägt *Lafontaine* nun vor? Er nennt: Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung der Wirtschaft, jedoch nicht durch Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln; Mitbestimmung (120 ff.). „Den wirtschaftlichen Fortschritt verbürgt heute noch am ehesten eine staatlich überwachte Marktwirtschaft.“ (176) Die großen Netze sollen bleiben, aber durch kleine ergänzt werden.

Damit ist die Frage nach dem Sozialstaat aufgeworfen. *Lafontaine* konstatiert eine durch die „Wachstumskrise“ hervorgebrachte „Krise des Sozialstaates“, der durch „strukturelle Reformen“ zu begegnen ist (111). Das heißt: Der Sozialstaat soll verteidigt werden (113). Doch gleichzeitig gilt: Der andere Fortschritt fordert auch Verzicht, wie *Jo Leinen* über *Lafontaines* Buch schreibt („Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“, 4/85, S. 381). „Weniger konsumieren, mehr bewahren“, schlägt *Lafontaine* vor (90). Gegen eine andere, sinnvollere Bedürfnisstruktur wird kein Linker etwas einwenden wollen — aber mit den Mitteln staatlicher Administration? Verteuerung der Energieträger für den Verbraucher (101), Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich (89) — auch das gehört zu *Lafontaines* reichhaltigem Programm. Zusätzlich bietet er Bürokratiekritik und mehr „Menschlichkeit“, die nichts kostet (106 ff.).

Lafontaine hat völlig recht, daß es auf die alte Weise nicht weitergehen kann, daß die alte Gleichung: Mehr Wachstum, mehr Rüstung und mehr Weltmarktexpansion gleich mehr Wohlstand und mehr Sicherheit nicht mehr aufgeht, wenn sie im Gewand des Grotzschens Modernisierungskonzepts auftritt. Aber seine Alternativen sind zwiespältig: Teils verweisen sie den Bundesbürger der Zukunft auf seine individuelle Eigenverantwortlichkeit, und dann können sie auch von Modernisierungskonzepten integriert werden — oder sie enthalten positive Reformforderungen, aber keine antimonopolistische Durchsetzungsstrategie. An keiner Stelle wird klar gesagt, gegen wen und wie sie erkämpft werden sollen. Hier fangen die Aufgaben für die Linke erst an. (J. R.)

Joseph Huber, Die Regenbogen-Gesellschaft. Ökologie und Sozialpolitik, Frankfurt/M. (Fischer-Verlag) 1985, 280 S.

Der Autor, bekannt geworden durch Veröffentlichungen und Auftritte im Zusammenhang der Alternativbewegung, verfißt seit einigen Jahren das Ziel einer „ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft“; in seiner jüngsten Schrift legt er vor allem dar, wie in diesem Projekt das *Sozialsystem* umgebaut werden soll.

Hubers Modernisierungskonzept geht davon aus, wir seien nach dem *ökonomischen Aufbau* der Industriegesellschaft in den vergangenen 150-200 Jahren nun am Beginn ihres *ökologischen Umbaus* angelangt. Dabei gebe es zur kapitalistischen Marktwirtschaft weltweit keine Alternative, ebensowenig zu ihrem „siamesischen Zwilling“, dem Sozialstaat. Um die Lösung der ökologischen Probleme stünden wir in einem Wettlauf mit der Zeit. Da die „eigentlichen Zugpferde in diesem Wettlauf — die Unternehmen, die Konzerne der Großin-

dustrie, die Banken und die Regierungen“ — noch nicht so recht spüren, sollen sie durch ein Bündnis von Ökologiebewegung und „neuen, intelligenteren Industrieabteilungen“ auf Trab gebracht werden (181, 184). Unverzichtbar für diesen Wandel sei ein „starker Staat“, der Forschung und Entwicklung fördere, Umstrukturierung vorantreibe und durch hohe Preise auf Umweltbelastung den Wandel beschleunige.

Ziel sei „qualitatives Wachstum“; *Huber* definiert es in Abgrenzung gegen sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Konzepte einer Ausweitung sozialer Infrastruktur als Verlängerung bisheriger Konsummodelle: „Mit weniger Rohstoffen, weniger Energie und weniger Umweltbelastung soll . . . genauso viel und sogar noch mehr, und dieses obendrein noch besser produziert werden.“ (15) Die materielle Möglichkeit dafür biete der naturwissenschaftlich-technische Fortschritt v. a. mit Informations- und Biotechnologien; er garantiere „sauberes Wachstum“. Soziale Voraussetzung sei die demoskopisch festgestellte Bereitschaft der Bevölkerungsmehrheit, für einen ökologischen Umbau Opfer zu bringen.

Konsequenterweise sind alle sozialpolitischen Alternativvorschläge dann auf das Ziel bezogen, Gewinnsituation, Kapitalausstattung und Investitionsimpulse der Unternehmen zu stärken und die abhängig Beschäftigten zu unternehmerischem Bewußtsein zu motivieren. Eingebunden wird dies in eine „ökologisch“ begründete Gemeinwohlverpflichtung der Bevölkerung zu einer „aufgeklärten Ethik des Dienens“ an Mitmensch und Natur (33). Formierung auf ein fragloses Gesamtinteresse hin und Privatisierung sozialer Risiken und Leistungen sind die Grundlinien des projektierten Umbaus. Als seine zentralen Elemente seien die folgenden angeführt.

– „Gemeinnütziger Pflichtdienst“ für beide Geschlechter, ein bis drei Jahre lang, wahlweise militärisch oder zivil in gemeinnützigen privaten oder öffentlichen Einrichtungen, nicht regulär entlohnt, nur angemessen entschädigt (170 ff.).

– Umstrukturierung des Steuersystems: Löhne und v. a. Gewinne weniger belasten, Investitionen und Sparen fördern, Erhöhung von Grund- und Grunderwerbsteuern sowie Mehrwertsteuer (mit Zuschlag für ökologisch problematische Güter); Schaffung von Rohstoff-, Energie-, Abfall-, Abwasser- und Emissionssteuern, die selbstverständlich auch die privaten Haushalte treffen; Wertschöpfungssteuer auf die Unternehmenserträge (195 ff.).

– Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse. Stärkung des unternehmerischen Charakters teilautonomer Arbeitsgruppen, die festgelegte Aufgaben übernehmen. Ausweitung der Lebensarbeitszeit für Jugendliche und Alte, Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt — entsprechende Arbeitszeitverkürzungen mit eher überproportionaler Einkommenskürzung. Schwankung der Löhne und Gehälter mit der Ertragslage des Unternehmens. Zahlung nur noch für die Zeit, in der real gearbeitet wird (189 ff, 219 ff.).

– Umbau der sozialen Sicherungssysteme, der die Unternehmen von Personalkosten entlastet, Arbeit „billiger“ macht und die „personale Verantwortung“ der einzelnen in den Mittelpunkt rückt. Eine staatliche Grundrente von heute 600 bis 800 DM wird ergänzt durch eine Rente aus individuellen Beiträgen.

Dazu werden auch nicht erwerbstätige Erwachsene herangezogen; die Höhe der Rente wird von der bisherigen Bindung an die Einzahlungen gelöst, berücksichtigt mehr die Dauer des Arbeitslebens (einschließlich Kinder- und Altenbetreuung). Darüber hinaus ist Alterssicherung über private Versicherungen Sache des einzelnen (223 ff.).

– Damit wird der Weg zu einem allgemeinen Grund- oder Mindesteinkommen eingeschlagen, das Arbeitslosen- und Sozialhilfe ablöst. Es soll ein Überlebensminimum bieten (gegenwärtig etwa 6000 DM pro Jahr) und von der Prüfung der Arbeitswilligkeit abhängig sein. Bis zur Höhe von ca. 15000 DM Jahreseinkommen wird eine Negativsteuer eingeführt, die staatliche Hilfszahlungen garantiert; darüber setzt allgemeine Einkommensteuer an. Derartige „duale Einkommensstruktur“ soll Leistungs- und Erwerbsorientierung mit Schutz vor absoluter Armut kombinieren (226 ff.).

– Umwandlung der Gewerkschaften in selbständige öffentlich-rechtliche Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft; verbindlicher Investivlohn für alle; Schaffung einer erweiterten Konzertierten Aktion für alle Verteilungsfragen, die die soziale Selbstverwaltung, Verbraucher- und Umweltschutzverbände einschließt (218, 232 ff.).

– Sanierung des Krankenversicherungssystems durch Einschränkung der medizinischen Leistungen, Selbstbeteiligung der Patienten, Beitragspflichtigkeit aller Erwachsenen, Wettbewerb verschiedener Anbieter, die geringe Inanspruchnahme und „gesunde Lebensführung“ honorieren, anderenfalls Zusatzkosten aufbürden (237 ff.).

– „Entschulung“ des Bildungssystems durch Kürzung der Schulpflicht auf das 12. bis 14. Lebensjahr und Beschränkung des Staats auf Rahmenkontrolle beliebiger Anbieter von Schulleistungen. Jenseits der Schulpflicht finanzielle Selbstbeteiligung, Stipendien nur noch als Darlehen. Verschiebung der Angebote auf betriebliche Qualifizierungssysteme, auf deren Eingangsprüfungen man sich durch Privatlehrer, Fernkurse und Medienunterricht vorbereitet (244 ff.).

– Weitgehende Privatisierung im Bereich öffentlicher Leistungen (Bildung, Post, Eisenbahn, Elektrizität, Gas, Wasser, Müllabfuhr, Arbeitsvermittlung sowie viele kommunale Betriebe) (250 ff.).

Huber rechnet die ökonomischen Folgen dieser Umstrukturierung nicht aus. Während die entlastende Wirkung bei Privatkapital und Staat offenbar ist, bleibt die Zusatzbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der Steuerzahler und Rentner im dunkeln. Die relative Verschlechterung ihrer Lage sieht der Autor jedoch mehrfach gerechtfertigt. Sozialpolitik sei stets die Folge von Wohlstand, sie müsse daher in einer Stagnationsphase auch einmal eingeschränkt werden. Ihre Aufgabe sei heute weder Beseitigung von Armut noch vorrangig Dämpfung von Klassenkonflikten oder Beseitigung von Arbeitslosigkeit. Wir stünden vor einer neuen „langen Welle“ des Aufschwungs, die viele aktuelle Probleme dieser Art lösen werde. Die „neue soziale Frage“ habe vor allem zwei Dimensionen. Es gehe um die Umverteilung von Arbeit und Lebenschancen zugunsten von Frauen, Jugendlichen und Alten, zu Lasten bisher privilegierter „Hauptverdiener“ (220). Im weiteren gehe es um die

Stärkung der Lebenswelt der Individuen gegenüber dem System von Wirtschaft und Staat (64).

Die Berufung auf die Stärkung personaler Verantwortlichkeit und Dispositionsmöglichkeit gegenüber den Sozialbürokratien ist nicht nur ideologische Begleitmusik. Sie macht umgekehrt die ideologische Funktion des sozialpolitischen Umbaus jenseits seiner Sparfunktion deutlich: Individualisierung soll vorangetrieben werden, um bei allen das „mitunternehmerische Bewußtsein“ zu stärken und die „voll verantwortliche Einbeziehung aller Erwerbstätigen und Konsumenten in den Systemzusammenhang“ (S. 78) durchzusetzen.

Hubers Buch ist eine politisch-ideologische Programmschrift, auch in den begründenden und problemfaktierenden Passagen nicht auf differenzierte, kritische Analyse angelegt. Er faßt vorliegende sozialpolitische Überlegungen zusammen und gibt ihnen mit dem Leitbild der „Regenbogen-Gesellschaft“ einen ideologischen Überbau, der eine sinnstiftende Perspektive vermitteln soll (19 f.). Mit dem Anspruch, die vernünftigsten Elemente aus Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus zusammenzufassen, präsentiert der Autor sich als Vordenker über den Parteigrenzen — doch ist sein Gesamtkonzept für Gewerkschaften und Sozialdemokratie unakzeptabel (ganz zu schweigen von Marxisten!). Man dürfte den Adressaten allerdings auch nicht unter Experten der Sozialpolitik suchen. Er scheint mir eher unter jenen Multiplikator-Gruppen im intellektuell-publizistischen Bereich zu finden, die in vergangenen Jahren (wie *Huber* selbst) „grünen“ Gedanken sich angenähert hatten. Die Zukunftseuphorie von *Hubers* „Regenbogen“-Projekt bietet ihnen den Anschluß an sich wandelnde Stimmungen und Argumente für eine „öko-libertäre Wende“. Dem gegenwärtigen Problembewußtsein in der Ökologiebewegung und in weiten Teilen der grünen Partei stellt der Autor sich gar nicht erst; hier dürfte sein „Modernisierungs“-Vorschlag wenig Anklang finden. (K. M.)

Die neuen Anforderungen des entwickelten Sozialismus an die politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR *

Leonid Abalkin

1. Der entwickelte Sozialismus als Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung und die Konsequenzen für die politische Ökonomie — 2. Anforderungen des neuen intensiven Typs sozialistischen Wachstums — 3. Die neuen Produktionsverhältnisse müssen durch die politische Ökonomie erfaßt werden

Im Prozeß der Vervollkommnung der in der UdSSR aufgebauten sozialistischen Gesellschaft steht die Lösung vieler komplizierter Aufgaben bevor. Unter ihnen kommt der Entwicklung zeitgemäßen ökonomischen Denkens eine zentrale Bedeutung zu. Die Aktualität dieser Aufgabe ist dadurch bedingt, daß ihre Lösung eine wichtige und unerläßliche Bedingung für die Überführung der Wirtschaft auf einen intensiven Entwicklungsweg und für eine qualitative Verbesserung des Wirtschaftsmechanismus ist. Wie Genosse *K. Tschernenko* auf der Jubiläumsplenartagung des Vorstandes des Schriftstellerverbandes der UdSSR unterstrich, „verbinden wir die Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft, die Intensivierung der Produktion aufs engste mit der beschleunigten Einführung der wissenschaftlichen Entdeckungen, der Leistungen der Ingenieure, und natürlich auch mit der Umwandlung des ökonomischen Denkens als solchem.“

1. Der entwickelte Sozialismus als Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung und die Konsequenzen für die politische Ökonomie

Die Entwicklung des modernen ökonomischen Denkens ist kein isolierter Prozeß, sondern ein Bestandteil des komplizierten und vielschichtigen Prozesses einer gewissen Umorientierung des gesellschaftlichen Bewußtseins. Sie ist notwendig bedingt durch tiefgreifende qualitative Veränderungen im Leben der sozialistischen Gesellschaft, durch neue, ungenügend erforschte Erscheinungen sowohl im Leben des Landes als auch in der internationalen Arena. Es ist erforderlich, viele früher entstandene theoretische Formeln kritisch zu überdenken und einige Stereotypen im Denken zu überwinden.

* Dieser Beitrag erschien zuerst in der Zeitschrift „Kommunist“, Moskau, Nr. 18 (1262), Dezember 1984. Er ist ein Beitrag im Kontext der Diskussion im Vorfeld des Entwurfs für ein neues Parteiprogramm der KPdSU, der im Herbst 1985 veröffentlicht und dem 27. Parteitag der KPdSU im Frühjahr 1986 zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Überschriften durch die Redaktion. Übersetzung aus dem Russischen: Vera Böppler.

Die letzten Jahre sind durch eine intensive Tätigkeit der Partei im Bereich der Theorie gekennzeichnet, die auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU durch den dort gefaßten Beschluß, eine Neufassung des Programms der KPdSU auszuarbeiten, ausgelöst wurde. Eine wichtige Rolle für das Verständnis der gesammelten Erfahrungen und der aktuellen Aufgaben, die der sozialökonomische Fortschritt stellt, spielten die Plenartagungen des ZK der KPdSU im November 1982 und im Juni 1983 sowie die schöpferischen Diskussionen, die das Marx-Jahr kennzeichneten. Die Etappe, die wir in dieser vielschichtigen Tätigkeit erreicht haben, ist unmittelbar mit der Arbeit der Partei an der Neufassung des Programms der KPdSU, mit den Einschätzungen, Leitsätzen und Schlußfolgerungen, die sich in den Reden des Genossen *K. Tschernenko* widerspiegeln, verbunden.

Charakteristisch für die Tätigkeit der Partei im Bereich der Theorie sind heutzutage tiefe Wissenschaftlichkeit, realistische und ausgewogene Einschätzungen, die Verbindung von Kontinuität bei der Analyse der sozialökonomischen und politischen Prozesse mit einem schöpferischen, neuen Herangehen an die Probleme, die das Leben stellt. Auch eine solche Besonderheit wie Konstruktivität muß hervorgehoben werden, die sich offenbart, wenn neue theoretische Formeln in politische Entscheidungen übertragen werden, wenn sie als Grundlage für die Ausarbeitung und Verabschiedung wichtiger staatlicher Akte, langfristiger Programme und Pläne dienen und wenn diese Formeln im praktischen Handeln der arbeitenden Massen verwirklicht werden. „Es liegt auf der Hand,“ sagte Genosse *K. Tschernenko*, „daß dafür energische wirtschaftliche und organisatorische Anstrengungen erforderlich sind. Zugleich ist aber auch eine beharrliche Arbeit zur Erhöhung des Bewußtseins der Massen, zu einer gewissen, wenn Sie wollen, Umorientierung des gesellschaftlichen Bewußtseins notwendig, damit es sich schneller die neuen, von der Partei aufgestellten Ideen zu eigen macht, damit es sich entschiedener von veralteten, rückständigen Ansichten befreit.“¹ Nur dann können die Ideen in vollem Maße ihre revolutionär veränderte Rolle einnehmen. Werden sie doch, wie die Begründer des Marxismus-Leninismus betonten, zu einer materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreifen.

Dieser immer wahre Lehrsatz hat heutzutage eine besondere Bedeutung. Der Sozialismus ist seiner Natur nach eine planmäßig organisierte und bewußt leitbare Gesellschaft. Hier können nur allseitige Erkenntnis der objektiven Notwendigkeiten, ein klarer politischer Kurs, der auf wissenschaftlichen Schlußfolgerungen basiert und frei von jeglichem Subjektivismus ist, und die bewußte Teilnahme der Massen am historischen Schaffen die rationelle und effektive Organisation des gesellschaftlichen Lebens, die Vorwärtsbewegung und den sozialökonomischen Fortschritt in der Gesellschaft gewährleisten. Je weiter sich die sozialistische Gesellschaft in diese Richtung entwickelt, desto reifer wird sie, desto bedeutender wird die Rolle des bewußten Prinzips und desto höher sind die Anforderungen an das wissenschaftliche Niveau und die

¹ Rede Konstantin Tschernenkos auf der Jubiläumsplenartagung des Vorstandes des Schriftstellerverbandes der UdSSR 1984.

Qualität des gesellschaftlichen Bewußtseins, darunter auch des ökonomischen Denkens, dessen Umwandlung ein wichtiges Glied bei der Vervollkommnung des in der UdSSR aufgebauten Sozialismus ist.

In der ganzen theoretischen Tätigkeit der Partei nimmt die Einschätzung der historischen Etappe, in der sich das Land heute befindet, einen prinzipiell wichtigen Platz ein. Dabei ist es besonders wichtig, die Besonderheiten der von uns heute erlebten Periode ausgewogen und realistisch zu analysieren, ohne eine Abwertung der großen und unbestreitbaren Errungenschaften, Schönfärberei oder eine Dramatisierung der Mängel zuzulassen. Dies hat uns *W. I. Lenin* gelehrt, so geht unsere Partei heute an diese Frage heran. Durch die schöpferische Verarbeitung der gesammelten Erfahrungen, die objektive Einschätzung der Situation und ein kritisches Herangehen an früher erarbeitete Formeln kam die KPdSU zu dem Schluß, daß unser Land in die Etappe des entwickelten Sozialismus eingetreten ist und sich am Anfang dieser Etappe befindet, wobei der entwickelte Sozialismus eine gesetzmäßige, lang andauernde Etappe mit ihr eigenen Reifestufen darstellt.

Die momentane Stufe kann als die Anfangsstufe eingeschätzt werden. Ihre Eigenart besteht darin, daß hier einerseits sowohl in der Entwicklung der Produktivkräfte als auch in den Produktionsverhältnissen und im politischen Überbau deutlich Züge zutage traten, die die heutige sowjetische Gesellschaft wesentlich von dem in den Grundzügen aufgebauten Sozialismus unterscheidet. Die Tiefe dieser Veränderungen zeugt davon, daß das Land in eine neue Etappe getreten ist, in die Etappe des entwickelten Sozialismus. Andererseits gibt es auf dieser Anfangsstufe Erscheinungen, die auf keinen Fall als für den entwickelten Sozialismus charakteristisch gewertet werden dürfen. Hierzu gehören insbesondere das Vorhandensein ernster Disproportionen, der Entwicklungsrückstand der Landwirtschaft und der Dienstleistungssphäre sowie der hohe Anteil der niedrigqualifizierten und körperlich schweren manuellen Arbeit.

Diese Besonderheiten der Anfangsstufe des entwickelten Sozialismus bestimmen auch die Hauptrichtungen seiner weiteren Entwicklung. Unter den heutigen Bedingungen richtet die Partei ihre Politik, ihre langfristige Strategie darauf aus, alle Seiten des Lebens der sowjetischen Gesellschaft, wie Genosse *K. Tschernenko* sagte, mit den höchsten, anspruchsvollsten und natürlich wissenschaftlich begründeten Vorstellungen über den Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen. Die erfolgreiche Verwirklichung der von der Partei ausgearbeiteten langfristigen Strategie führt die sowjetische Gesellschaft auf eine neue, höhere Stufe ihrer Reife. Das wird eine Gesellschaft sein, die den höchsten Kriterien des entwickelten Sozialismus vollkommen entspricht und unmittelbar in den Kommunismus überwächst.

Darum ist es notwendig, Kriterien zu unterscheiden, mit denen mit wissenschaftlicher Präzision der Eintritt des Landes in die Etappe des entwickelten Sozialismus fixiert wird, und Kriterien, die die volle, allseitige Herausbildung der reifen sozialistischen Gesellschaft charakterisieren. Es ist sowohl in der Theorie als auch in der realen Politik unstatthaft, ein Gleichheitszeichen zwischen dem heutigen Zustand der sowjetischen Gesellschaft in all ihrer kon-

kret-historischen Eigentümlichkeit und den Kriterien für den entwickelten Sozialismus zu setzen. So vorzugehen bedeutet, willentlich oder ungewollt die Anziehungskraft des sozialistischen Ideals zu schwächen und zu schmälern, die Einschätzung des Sozialismus mit vereinfachten Maßstäben vorzunehmen, die objektiven Kriterien für die Reife des Sozialismus seinem realen Zustand anzupassen.

Eine außerordentlich große Bedeutung hat die von der Partei ausgearbeitete Auffassung vom entwickelten Sozialismus als einer relativ selbständigen, langen historischen Etappe. Eine solche Betrachtungsweise erlaubt es, die simplifizierten Vorstellungen vom Sozialismus als einem kurzfristigen Zustand der Gesellschaft, als einer Art Umsteigestation, nach deren Erreichung es im flotten Tempo in Richtung der höchsten Phase des Kommunismus weitergeht, zu überwinden. Die reale Dialektik des Lebens erwies sich als erheblich komplizierter. Selbst nachdem die sozialistische Gesellschaft bereits die Etappe des reifen Sozialismus erreicht hat, funktioniert und entwickelt sie sich weiterhin über eine lange Zeit im Rahmen der ersten Phase der kommunistischen Formation. Erst nach der Lösung des ganzen Komplexes von Fragen, der seinem Ursprung und Charakter nach zu dieser Phase gehört, und der Akkumulation der notwendigen Voraussetzungen kann mit der unmittelbaren Errichtung des Kommunismus begonnen werden. All das muß sich das gesellschaftliche Bewußtsein präzise aneignen, um die offensichtlich gewordene Diskrepanz zwischen einigen in der jüngsten Vergangenheit entstandenen theoretischen Formeln und der realen gesellschaftlichen Entwicklung zu überwinden, um endgültig die in einer bestimmten Periode entstandenen vereinfachten Vorstellungen von den Wegen und Fristen des Übergangs zur höchsten Phase des Kommunismus zu überwinden.

Die Umorientierung des gesellschaftlichen Bewußtseins darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das Problem ist herangereift, der theoretische Standpunkt der Partei ist ausreichend definiert und eine Verzögerung wäre in diesem Fall nicht zu rechtfertigen. Von der Dringlichkeit dieser Frage zeugt auch die Tatsache, daß die Gesellschaftswissenschaften, ihre Behandlung in den Hoch- und Mittelschulen sowie das System der Propaganda die entsprechende Umwandlung bis vor kurzem äußerst langsam vollzogen. Auf der Parteitagung des ZK der KPdSU im Juni 1983 wurde die Arbeit einer Reihe von Forschungsinstituten, das Fehlen inhaltsreicher konkreter Untersuchungen von sozialen Erscheinungen und aktuellen ökonomischen Problemen durch diese Institute sowie solche Mängel wie das Sichbeschränken auf die eigenen Karriere- und Gruppeninteressen und ungenügend anspruchsvolle Themen in diesen Instituten scharf kritisiert. In dem vor kurzem verabschiedeten Beschluß des ZK der KPdSU über die Arbeit des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurde festgestellt, daß in den von diesem Institut durchgeführten Forschungsarbeiten die Kernprobleme der Vervollkommnung des Wirtschaftssystems der entwickelten sozialistischen Gesellschaft nicht tiefgreifend genug analysiert werden, die Ausarbeitung methodischer Fragen der politischen Ökonomie des entwickelten Sozialismus

nach wie vor ungenügend ist und ihre Losgelöstheit von der Praxis nicht völlig überwunden ist.

Die Hochschulprogramme und der praktische Unterricht in Philosophie, politischer Ökonomie und wissenschaftlichem Kommunismus enthalten eine Reihe von veralteten Lehrensätzen, die völlig unzureichend die von der Partei ausgearbeiteten neuen Ideen berücksichtigen. Dies führt zu einer Senkung des ideologisch-theoretischen Unterrichtsniveaus, zur Entstehung einer ersten Kluft zwischen den heutigen Anforderungen und dem wirklichen Inhalt der Studienkurse. Hier machen sich die Trägheit und die Gewöhnung an das Alte bemerkbar, von denen auf dem Plenum des ZK der KPdSU im April 1984 die Rede war. Die Entwicklung eines zeitgemäßen ökonomischen Denkens ist eine komplizierte Aufgabe. Dabei sind ein kampagnemäßiges Herangehen oder das Verfallen in Extreme nicht am Platze. Das moderne theoretische Denken der Partei entwickelt sich auf der festen, unerschütterlichen Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie. Und nur auf dieser Grundlage, wenn man sich die gesamte revolutionäre Theorie und Methodologie der Arbeiterklasse gründlich angeeignet hat, kann man erfolgreich und effektiv ein zeitgemäßes Verständnis von den Prozessen der gesellschaftlichen Entwicklung herausbilden.

2. Anforderungen des neuen intensiven Typs sozialistischen Wachstums

Im Laufe der Vervollkommnung des entwickelten Sozialismus — und das ist die wichtigste strategische Aufgabe der Partei — wird man nicht nur einzelne negative Erscheinungen beseitigen und zurückgebliebene Bereiche auf den neuesten Stand bringen müssen. Das ist wichtig, notwendig, aber keinesfalls ausreichend. Alle Sphären unseres Lebens, vor allem natürlich die Wirtschaft, müssen auf eine neue, qualitativ höhere Stufe gehoben werden. Die Ökonomie ist und bleibt die Grundlage des gesamten sozialen, politischen und geistigen Fortschritts. Bevor wir mit der genaueren Untersuchung dieser Fragen beginnen, muß folgendes angemerkt werden. Das richtige Verständnis von der Bedeutung und den Hauptrichtungen der Hebung der sowjetischen Wirtschaft auf ein qualitativ neues Niveau ist der Ausgangspunkt für die Formierung des neuen ökonomischen Denkens. Darum ist eine positive Analyse der erwähnten Fragen kein Abweichen vom Thema, sondern eine unmittelbar mit ihm verbundene Sache.

Wenn man das Problem verallgemeinert formuliert, so bedeutet eine Erhöhung der Reife der sozialistischen Wirtschaft vor allem die Erlangung eines höheren Grades der Vergesellschaftung der Produktion, wobei es hier nicht um eine formale, sondern um eine reale Vergesellschaftung geht, um eine Vergesellschaftung der Produktion „in der Tat“, wie *Lenin* sagte. Sie schließt eine Vergesellschaftung im weitesten Sinne des Wortes ein, auf materiell-technischer, organisatorisch-ökonomischer und sozialer Ebene. Ausgangspunkt ist hier eine qualitative Umgestaltung der Produktivkräfte. Das Wesen der Sache ist hier nicht ein Anwachsen ihres Niveaus, sondern gerade eine qualitative

Umgestaltung, eine grundlegende Umrüstung des Produktionsapparates des Landes. Wenn man vom Niveau der Produktivkräfte spricht und dabei die quantitative Seite der Sache betrachtet, so ist es bei uns ausreichend hoch. Das ist aus der Entwicklung der Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten und im Vergleich mit den höchsten Kennziffern in der Welt ersichtlich. Die Grundproduktionsfonds der UdSSR liegen um das 19,5fache über dem Stand von 1940 und um etwa das Sechsfache über dem Stand von 1960. Die Energieausstattung der Arbeit stieg im Vergleich zum Vorkriegsniveau in der Industrie nahezu auf das Achtfache und in der Landwirtschaft auf mehr als das 17fache. Große Erfolge wurden im Ausstoß der meisten wichtigen Produktionsgüter erreicht.

All das ist ein Ergebnis der Überlegenheit der Planwirtschaft, der zielstrebigsten Wirtschaftspolitik der Partei und der selbstlosen Arbeit des sowjetischen Volkes. Das sind unsere unbestreitbaren Errungenschaften. Aber heutzutage ist nicht einfach eine weitere Erhöhung dieser Kennziffern notwendig. Es müssen prinzipiell andere Grenzen überschritten werden. Es geht um die Einführung einer neuen Generation von Maschinen, von flexiblen automatisierten Systemen, um die Nutzbarmachung der ihrem Charakter nach revolutionären Veränderungen in der Produktionstechnologie und -organisation. Mit anderen Worten, man muß die neuesten Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution in den Dienst des Sozialismus stellen. Auf dieser Basis muß im Verlauf der nächsten drei bis vier Planjahrfünfte eine technische Umrüstung aller Sphären der Anwendung gesellschaftlicher Arbeit vorstatten gehen.

Notwendig ist auch eine den modernen Erfordernissen entsprechende Arbeitskraft, gebraucht wird ein Arbeiter neuen Typs, denn er ist und bleibt die wichtigste Produktivkraft der Gesellschaft. Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Lösung dieser (und nicht nur dieser) Aufgabe ist die Reform der allgemeinbildenden und der Berufsschule, die gegenwärtig verwirklicht wird.

Durch qualitative Umgestaltungen der Produktivkräfte muß letztlich eine grundlegende Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, der Arbeitsproduktivität gewährleistet werden. Und das hat entscheidende Bedeutung sowohl für die Hebung der Reife unserer Gesellschaft als auch für die Erringung ihres Sieges in dem historischen Wettstreit mit dem kapitalistischen System. Die Erlangung des höchsten Niveaus der Arbeitsproduktivität in der Welt — das ist eine Aufgabe, die im historischen Rahmen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gelöst werden muß.

Die grundlegende technische Umrüstung des Produktionsapparates und die Überführung der Wirtschaft auf das Gleis der intensiven Entwicklung hängt im entscheidenden Maße von der Qualität, Struktur und Effektivität der Arbeitsmittel ab. Das Wesen des intensiven Typs der erweiterten Reproduktion sah *Marx* gerade in der Anwendung effektiverer Produktionsmittel. Hieraus folgt die Notwendigkeit der beschleunigten Entwicklung des Maschinenbaus, denn er ist und bleibt die treibende Kraft, der Generator des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, bei der Überwindung der Rückständigkeit in einigen seiner Bereiche. Um diese Aufgabe zu lösen, muß man unserer Ansicht nach

ernsthafte strukturelle Veränderungen vornehmen, die mit einer Veränderung der Prioritäten bei der Verteilung der Ressourcen zugunsten des Maschinenbaus verbunden sind. Zugleich ist die Erneuerung des Produktionsapparates und die Ersetzung physisch und moralisch verschlissener Grundfonds bedeutend zu beschleunigen. Nur auf dieser Grundlage kann eine konsequente, etappenweise Hebung der Volkswirtschaft auf ein neues technisches Niveau verwirklicht und eine materiell-technische Basis, die dem entwickelten Sozialismus in vollem Maße entspricht, geschaffen werden.

Neben der qualitativen Umgestaltung der Produktivkräfte stellt die Partei die Aufgabe, die Produktionsverhältnisse entsprechend zu vervollkommen. Hieraus folgt die Notwendigkeit, ausreichend tiefgreifende und ernsthafte Veränderungen an der ökonomischen Basis der Gesellschaft herbeizuführen. Leider ist die politische Ökonomie heute noch nicht in der Lage, die erforderlichen wissenschaftlich begründeten Lösungen und Empfehlungen zu geben.

An erster Stelle müssen unserer Meinung nach qualitative Veränderungen in der Organisation der gesellschaftlichen Produktion, eine wesentliche Hebung des Niveaus ihrer Spezialisierung, die Einrichtung eines zuverlässigen, störungslos funktionierenden Systems von ökonomischen Beziehungen stehen. Mit anderen Worten, eine Veränderung im organisatorisch-ökonomischen Subsystem der Produktionsverhältnisse. Das wird äußerst wichtige, prinzipielle Veränderungen nach sich ziehen. Vor allem den Übergang zu einem Wirtschaftswachstum auf ausgewogener Grundlage, was es erlauben wird, dem Konsumenten eine entscheidende Bedeutung bei der Planung der Produktion zu geben und die soziale Ausrichtung der Entwicklung der Volkswirtschaft zu verstärken.

Im Verlauf der gesamten vorangegangenen Geschichte entwickelte sich die Volkswirtschaft unseres Landes auf einer anderen Grundlage. Einige Planer und Wirtschaftsfunktionäre sehen Unausgewogenheit und die Existenz von Defiziten, die seinerzeit gerechtfertigt waren, als etwas Notwendiges oder zumindest Unausweichliches an. Diese Vorstellungen, die die Praxis einer bestimmten Zeit widerspiegeln, wurden zum Dogma und sind heute ein ernsthaftes Hemmnis für fortschrittliche Umgestaltungen in der Wirtschaft. Allseitige Ausgewogenheit, ein System von Planreserven und die Zuverlässigkeit von ökonomischen Beziehungen sind kennzeichnende Züge der Wirtschaft des entwickelten Sozialismus. Nur auf dieser Grundlage ist eine fortlaufende Intensivierung der Wirtschaft, eine flexible Umgestaltung der Produktion in Übereinstimmung mit den sich schnell verändernden Bedürfnissen und den neuen wissenschaftlich-technischen Errungenschaften möglich.

Insgesamt wird der Übergang zum intensiven Typ des Wirtschaftswachstums auf ausgewogener Grundlage zu einer wesentlichen Hebung des Niveaus der Vergesellschaftung der sozialistischen Produktion, zu einer höheren Stufe ihrer planmäßigen Organisation führen. Hierdurch entstehen Voraussetzungen für eine ernsthafte Vervollkommnung der sozialen Formen der Vergesellschaftung der Produktion — die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse, des gesamten Mechanismus ihrer sozialökonomischen Realisierung.

Die wachsende Annäherung, die Verflechtung und perspektivische Ver-

schmelzung der staatlichen Eigentumsform und der genossenschaftlichen Eigentumsform der Kolchosen an Produktionsmitteln ist die Haupttrichtung der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Gestützt auf die gesammelten Erfahrungen, auf den erreichten Reifegrad unserer Gesellschaft und die progressiven Tendenzen ihrer Entwicklung, kam die Partei zu dem Schluß, daß die existierenden Klassenunterschiede im großen und ganzen in der Etappe des entwickelten Sozialismus beseitigt werden. Dies wird nur dann möglich, wenn ein einheitliches Volkseigentum an Produktionsmitteln geschaffen wird.

Natürlich kann dies nicht einfach auf Grund eines juristischen Aktes geschehen. Die Ansicht, daß Eigentum ein rein juristisches Verhältnis ist, kann man als von unserer Gesellschaftswissenschaft überwunden ansehen. Die Entstehung eines einheitlichen sozialistischen Volkseigentums ist eine qualitative Veränderung im System der Produktionsverhältnisse und das Ergebnis einer höheren Stufe der Vergesellschaftung der Produktion. Zugleich ist es auch ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Homogenität der sowjetischen Gesellschaft.

Allerdings sind mit diesen Veränderungen bei all ihrer Wichtigkeit die Umgestaltungen der Eigentumsverhältnisse noch keinesfalls erschöpft. In der heutigen Zeit gewinnt die Vervollkommnung derjenigen konkreten ökonomischen, organisatorischen und rechtlichen Formen immer mehr an Bedeutung, in deren Rahmen und durch die das Funktionieren des gesellschaftlichen Eigentums, seine ökonomische Realisierung gewährleistet werden. Die historischen Erfahrungen zeigen, daß die Behauptung des das ganze Volk umfassenden Charakters der Aneignung nicht bedeutet, daß jeder Werktätige automatisch zu einem realen, mit allen Machtbefugnissen ausgestatteten, weisen und fürsorglichen Besitzer wird. Dieser Prozess ist kompliziert, erfordert Zeit und die Schaffung entsprechender Bedingungen.

Besondere Bedeutung haben hierbei ökonomische und organisatorische Formen, die es ermöglichen, die persönlichen Interessen des Arbeitenden mit den Interessen des Arbeitskollektivs und der Gesellschaft insgesamt zu verknüpfen. Ein hervorragendes Beispiel für solche Formen sind die durch das Schöpfertum der Massen selbst entstandenen Brigaden mit wirtschaftlicher Rechnungsführung, die nach einem Kollektivauftrag arbeiten. Hier sind eine wirtschaftliche Einstellung zur Sache, gegenseitige Hilfe und fordernde gegenseitige Kontrolle zu einer Einheit geworden. Es ist wichtig, daß auch auf höheren Ebenen der Wirtschaftsführung — in den Betrieben, Branchen und Regionen — ebenso effektive Formen der Realisierung des gesellschaftlichen Eigentums gefunden werden. Die Suche und Nutzung solcher Formen ist untrennbar mit der qualitativen Verbesserung der Organisiertheit und Disziplin verbunden. Hier geht es nicht einfach um die Herstellung einer elementaren Ordnung (sie ist natürlich notwendig) oder nur um die Beseitigung grober Verstöße gegen die Arbeitsordnung (damit muß natürlich Schluß gemacht werden), sondern die Frage steht prinzipiell. Es geht um die Herstellung des dem Sozialismus eigenen Typs von Arbeitsdisziplin.

Wie bekannt, schuf jede Produktionsweise eine ihr entsprechende Arbeits-

disziplin. Im Feudalismus war das die Disziplin des Stocks, des Zwangs durch außerökonomische Mittel. Sie war zu ihrer Zeit ausreichend effektiv. Der Kapitalismus schuf einen höheren und raffinierteren Typ der Disziplin, einer Disziplin, die auf Hunger basiert, auf der Gefahr des Arbeitsplatzverlustes und des sozialen Abstiegs. Und es ist nicht zu bestreiten, daß er, indem er, wie man sagt, den Massen in den Fabriken das Blut aussaugt, eine ziemlich feste Disziplin herstellte. Selbstverständlich dient sie den Bereicherungsinteressen der Magnaten des Finanzkapitals und ist ihrer Natur nach volksfeindlich. Aber nichtsdestotrotz stellte sie im Arbeitsprozeß die notwendige Ordnung her und gewährleistet die präzise Erfüllung der Funktionen eines Beschäftigten.

Der Sozialismus ist berufen, einen höheren, effektiveren Typ der Arbeitsdisziplin hervorzubringen. Das kann aber nur eine Disziplin sein, die auf einer wirtschaftlichen Einstellung zur Sache basiert. Der vollständige und allgemeine Sieg eines solchen Typs der Arbeitsdisziplin ist eines der wichtigsten Kriterien dafür, daß der Sozialismus seine entwickelte, reife Form erlangt hat. Die Lösung dieser Aufgabe ist zugleich eine der Richtungen bei der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der sozialökonomischen Formen der Realisierung des gesellschaftlichen Eigentums.

Um ein höheres Niveau des entwickelten Sozialismus zu erreichen, ist ferner eine tiefgreifende Umgestaltung seines Wirtschaftsmechanismus erforderlich. Damit ist nicht nur die Liquidierung von Engpässen, nicht nur das Ersetzen einzelner Kennziffern durch andere oder die Verschiebungen in einzelnen Gliedern der Leitung gemeint, sondern auf der Tagesordnung stehen qualitative Veränderungen, die es erlauben, den ganzen Wirtschaftsmechanismus auf das Niveau, das der entwickelte Sozialismus erfordert, zu heben.

Heutzutage ist ausreichend klar, daß eine solche Umwandlung nicht durch einen einmaligen Akt vollzogen werden kann. Um sie zu verwirklichen, ist Zeit, eine Reihe aufeinanderfolgender Etappen sowie eine experimentelle Überprüfung verschiedener Varianten und Vorschläge erforderlich. Hier sind sowohl übertriebene Eile und schlecht koordinierte Maßnahmen als auch Zögern und Verschleppung der herangereiften Umwandlungen nicht am Platze. Zugleich, während wir die Aufgaben des heutigen Tages lösen, müssen wir deutlich die Perspektiven sehen, uns klar das Modell vorstellen, das letztendlich durch die unternommenen Anstrengungen verwirklicht werden soll.

Zu einer koordinierten Lösung des Komplexes der entstandenen Fragen wird das Programm zur Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus beitragen, das auf wissenschaftlichen Ausarbeitungen, auf der Verallgemeinerung unserer Erfahrungen und der Erfahrungen der sozialistischen Bruderländer basiert. Es muß unserer Meinung nach den Status einer politischen Entscheidung bekommen und zu einem Bestandteil der langfristigen Wirtschaftsstrategie der Partei werden. Ein solches Programm könnte eine theoretische Konzeption für den Wirtschaftsmechanismus des entwickelten Sozialismus, eine Charakteristik der aufeinanderfolgenden Etappen seiner Formierung und die Hauptrichtungen der komplexen, miteinander abgestimmten Vervollkommnung seiner wichtigsten Elemente enthalten. Zugleich müßten die Be-

dingungen definiert werden — bezüglich der Reproduktion, der Organisation und der Kader —, die für seine konsequente Umsetzung notwendig sind.

Auf der Grundlage der Umgestaltungen in den Produktivkräften und im System der Produktionsverhältnisse muß eine wesentliche Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensqualität der sowjetischen Menschen vollzogen und ein spürbarer Fortschritt in der sozialen Entwicklung und der geistigen Sphäre erreicht werden.

Somit wird immer klarer und offensichtlicher, daß sich die sowjetische Gesellschaft einer Situation genähert hat, die in gewissem Sinne den Charakter einer Wende trägt. Tiefgreifende, qualitative, revolutionäre Veränderungen in der materiell-technischen Basis und in der ganzen Sphäre der gesellschaftlichen Beziehungen sind herangereift. Die Notwendigkeit, diese Umgestaltungen zu vollziehen, spiegelt auch die Idee von der Verschmelzung zweier Revolutionen, der wissenschaftlich-technischen und der sozialen Revolution, wider. Sie bedeutet außerdem, daß nur der Sozialismus, der die soziale Erneuerung der Welt nach sich zieht, in der Lage ist, von der modernen wissenschaftlich-technischen Revolution Besitz zu ergreifen.

3. Die neuen Produktionsverhältnisse müssen durch die politische Ökonomie erfaßt werden

Die tiefgreifenden strukturellen Umwandlungen und neuen Bedingungen der sozialökonomischen Entwicklung, die Größe und Kompliziertheit der vor uns stehenden Aufgaben erfordern dringlich die Herstellung eines zeitgemäßen ökonomischen Denkens. Es ist nicht nur für einen kleinen Kreis von Wirtschaftswissenschaftlern und Personen, die professionell mit der Leitung der Volkswirtschaft befaßt sind, unabdingbar. Je aktiver sich der Prozeß der Demokratisierung der Leitung entfaltet, desto aktueller wird die Aufgabe, ein zeitgemäßes ökonomisches Denken als Element des gesellschaftlichen Bewußtseins zu schaffen. Als zeitgemäßes ökonomisches Denken kann nur ein solches anerkannt werden, das streng wissenschaftlich ist und die Realitäten unserer Zeit sowie die veränderten Bedingungen in der Wirtschaftsführung berücksichtigt.

Im Zusammenhang damit entsteht natürlich die Frage: Ist denn das heutige ökonomische Denken etwa nicht wissenschaftlich? Bei der Beantwortung dieser Frage muß berücksichtigt werden, daß es um herrschende Stereotypen im ökonomischen Denken, um Vorstellungen, die unter Praktikern weit verbreitet sind, geht. Beginnen wir damit, daß bis heute (nicht so sehr in Büchern, als vielmehr im ökonomischen Denken der Massen) die objektiven Gesetze unterbewertet werden, daß versucht wird, sie zu umgehen, zu „überlisten“. Wieviel wurde über das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft gesprochen und geschrieben. Und trotzdem ist es massenhaft Praxis, unausgewogene Pläne auszuarbeiten und zu bestätigen, in der Hoffnung, daß es schon irgendwie gehen wird, daß die fehlenden Ressourcen auf irgendeine Weise „im Laufe der Planerfüllung“ gefunden werden. Als Beispiel kann man auch die grobe Ignorierung der Notwendigkeit des schnelle-

ren Wachstums der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Arbeitslohn anführen. Die Resultate einer solchen Praxis sind äußerst negativ. Hier wirkt sich das Unvermögen aus, die allgemeinen Wahrheiten der Theorie mit der konkreten Analyse der Situation in der Wirtschaft zu verbinden.

Es gibt eine gewisse Unterschätzung des Primats der sozialökonomischen Bedingungen und Faktoren in der Entwicklung der Volkswirtschaft. Im ökonomischen Bewußtsein der Massen ist weiterhin eine keinesfalls wissenschaftliche, ausgesprochen übertriebene Vorstellung von der Rolle der natürlichen Bedingungen, all dessen, was man im Marxismus geographisches Milieu nennt, verbreitet. Dieses ist eine der objektiven materiellen Bedingungen im Leben der Gesellschaft. Jedoch hielt der Marxismus diesen Faktor niemals für bestimmend. Demzuwider versuchen wir häufig, alle Schwierigkeiten in der Landwirtschaft mit ungünstigen Wetterverhältnissen zu erklären und die gespannte Lage in der Volkswirtschaft mit den sich verschlechternden Bedingungen für die Förderung von Bodenschätzen zu entschuldigen. Das sind keine neuen und sind in der ökonomischen Theorie ausreichend behandelte Fragen. Können zusätzliche Kapitalinvestitionen zu einer Senkung der Effektivität führen? Diese Frage wurde bereits zu Anfang des Jahrhunderts diskutiert. Und *Lenin* beantwortete diese Frage positiv. Aber, fügte er hinzu, nur bei gleichbleibender Technik.

Aber das ökonomische Denken kann, wenn es wirklich wissenschaftlich ist, die Technik nicht als gleichbleibend ansehen und vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt abstrahieren. *Lenin* schrieb, daß „der Ökonom stets vorwärts blicken muß in der Richtung des technischen Fortschritts, sonst bleibt er sofort hinter den anderen zurück, denn wer nicht vorwärts blicken will, der wendet der Geschichte den Rücken zu: ein Mittelding gibt es hier nicht und kann es nicht geben.“² Das ökonomische Denken muß immer, und heute um so mehr, auf den technischen oder wissenschaftlich-technischen Fortschritt gerichtet sein. Die Sache anders zu betrachten bedeutet, den natürlichen Faktoren eine bestimmende, selbstgenügsame Bedeutung zu verleihen.

Aber das ist noch nicht alles. Der entscheidende Faktor des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind immer die Produktionsverhältnisse. Gerade sie sind der wichtigste, mächtigste Stimulus für eine unentwegte und schnelle Entwicklung der Produktivkräfte und für die Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion. Und sie können auch zum wichtigsten Hemmnis für das Wirtschaftswachstum werden. Das geschieht dann, wenn die objektiv notwendige Übereinstimmung zwischen dem erreichten Niveau der Produktivkräfte, ihren Entwicklungstendenzen und den konkreten Formen der Produktionsverhältnisse verletzt wird. Eine Verletzung dieser Übereinstimmung trat deutlich Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre zutage. Es war, als würden die um ein Mehrfaches angewachsenen Produktivkräfte außer Kontrolle geraten; sie wurden durch aus der Vergangenheit beibehaltene Wirtschaftsmethoden schwer lenkbar. Die entstandenen Leitungs- und Organisationsstrukturen der Planung zeigten sich nicht in der Lage, das hohe Tem-

2 W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 137.

po des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu gewährleisten, die Wirtschaft auf einen intensiven Entwicklungsweg zu überführen. Das Tempo des Wirtschaftswachstums nahm wesentlich ab, und es entstanden ernsthafte Disproportionen.

Das ist die wichtigste, tieflegendste Ursache für die Schwierigkeiten, auf die unsere Landwirtschaft in den genannten Jahren stieß. Die Ursachen woanders zu suchen, bedeutet, von den Prinzipien der wissenschaftlichen Analyse abzugehen, sich der Möglichkeit zu berauben, wirksame Methoden zur Überwindung der negativen Erscheinungen zu entwickeln.

Und schließlich muß man noch den Umstand berücksichtigen, daß mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, mit der Erhöhung ihrer Reife die Anforderungen an die Wissenschaftlichkeit des ökonomischen Denkens (wie auch des gesellschaftlichen Bewußtseins insgesamt) bedeutend höher werden. Das hängt letztendlich mit den komplizierter gewordenen Aufgaben des gesellschaftlichen Fortschritts zusammen. *Lenin* forderte, unbedingt weiterzugehen, unbedingt mehr zu erstreben, „unbedingt von leichteren zu den schwierigeren Aufgaben überzugehen“, denn sonst „ist überhaupt kein Fortschritt, auch kein Fortschritt im sozialistischen Aufbau, möglich“³. Dadurch, daß die zu lösenden Aufgaben komplizierter werden, steigen die Anforderungen an die Wissenschaftlichkeit aller Seiten des gesellschaftlichen Bewußtseins.

Daß sich die heutigen Realitäten im ökonomischen Denken widerspiegeln müssen, ist vor allem durch die tiefgreifenden Veränderungen in den Bedingungen für das Funktionieren der Wirtschaft, durch den Übergang zu einem intensiven Typ der Reproduktion bedingt. In wissenschaftlichen Arbeiten heißt es gewöhnlich, daß es eine rein extensive oder rein intensive Art der Reproduktion nicht gebe, daß man vom Überwiegen des einen oder anderen Faktors sprechen müsse. Durch ein solches Herangehen entsteht jedoch der Eindruck, als ginge es hier nur um einen quantitativen Unterschied: um den mehr oder minder großen Einfluß verschiedener Faktoren auf die Wirtschaftsdynamik. Dadurch wird jedoch die Tatsache vertuscht, daß sich heute der Übergang zu einem prinzipiell neuen Typ des Wirtschaftswachstums vollzieht. Und es geht hier keinesfalls um eine Veränderung der Korrelation einzelner Faktoren, sondern um eine tiefgreifende Umwandlung der gesamten Struktur der gesellschaftlichen Reproduktion, um eine qualitativ neue Rolle der Wissenschaft in diesem Prozeß und um grundlegende Veränderungen im System der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Die politische Ökonomie steht vor der Notwendigkeit, eine neue, zeitgemäße und selbstverständlich marxistische Konzeption des wirtschaftlichen Wachstums auszuarbeiten, darunter auch eine neue Betrachtungsweise des Problems des Tempos. In erster Linie ist es erforderlich, entschieden und konsequent von der Einschätzung der Wirtschaftsdynamik nach Bruttomengenkennziffern, ausgesprochen quantitativen Gesichtspunkten, oder solchen Kennziffern, die den Umfang angeben, abzurücken. Der Schwerpunkt muß

3 W. I. Lenin, Werke, Bd. 37, S. 196 (Russische Ausgabe).

hier auf die Aufdeckung und Messung der volkswirtschaftlichen Endergebnisse verlagert werden, auf den Grad (die Vollständigkeit) der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Davon, daß dies ein prinzipiell neues Herangehen erforderlich macht, kann man sich anhand des folgenden Beispiels überzeugen. Es ist klar, daß Bedürfnisse nicht durch Millionen von Rubel, sondern durch den Gebrauchswert befriedigt werden. Die Orientierung auf den Konsumenten macht die Erfüllung von Lieferverpflichtungen in Übereinstimmung mit dem im Vertrag vorgesehenen Produktionsumfang, Sortiment und der Qualität zur vorrangigen Aufgabe. Hier verändert sich das Herangehen an die Planung selbst — zur Grundlage des Produktionsprogramms der Betriebe und Vereinigungen wird, wie man bei uns sagt, die Auftragsmappe.

Es verändert sich auch das Herangehen an die Einschätzung der Ergebnisse. Die Auflage, in Übereinstimmung mit abgeschlossenen Verträgen zu liefern, kann nicht übererfüllt werden. Sie kann hundertprozentig oder weniger erfüllt werden, es ist jedoch unmöglich, sie auch nur um ein Prozent überzuerfüllen, da die gesamte Produktion, die über den Vertrag hinausgeht oder eine Verletzung der vertraglichen Anforderungen darstellt, nicht berechnet wird. Unsere Industrie geht folglich zu einer solchen Ordnung über. Jedoch ist bis heute die Einschätzung nach Bruttomengen- oder Umfangskennziffern noch nicht überwunden. Das zeugt davon, wie zählebig Trägheit ist, wie schwer sich im ökonomischen Denken neue Anforderungen, die von der Partei ausgearbeiteten Direktiven durchsetzen.

Der Kampf gegen die Einschätzung nach Bruttomengen- und Umfangskennziffern erfordert nicht nur eine Veränderung des Meßverfahrens der Wirtschaftsdynamik, sondern hat noch einen anderen, strukturellen Aspekt. Die Einschätzung der industriellen Entwicklung nach ihrem allgemeinen Wachstumstempo bleibt, unabhängig davon, ob ihr die Messung der Brutto-, Waren- oder Nettoproduktion zugrunde liegt, ausgesprochen auf den Umfang und auf Durchschnittswerte beschränkt und hat mit beliebigen Durchschnittswerten alle Vorteile und Mängel gemeinsam. Beispielsweise kann ein Zuwachs der Industrieproduktion um, sagen wir, fünf bis sechs Prozent im Jahr ganz unterschiedliche Prozesse verdecken, sowohl hinsichtlich des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, als auch im Hinblick auf die Vollständigkeit der Bedürfnisbefriedigung.

Betrachten wir das Problem anhand konkreterer Beispiele. In der Wirtschaftsanalyse wird sehr häufig mit dem Vergleich des Wachstumstempos der Abteilung „A“ und der Abteilung „B“ operiert. Aber auch das ist eine Gegenüberstellung nach Bruttomengen- und Umfangsgesichtspunkten. Die heutige Struktur der Abteilung „A“ ist so, daß in ihr die Produktion von Arbeitsgegenständen (Rohstoffe, Brennstoffe, Baumaterialien) vier Fünftel einnimmt und die Produktion von Arbeitsmitteln (Maschinen, Ausrüstungen, Geräte) nur ein Fünftel ausmacht. Bei Stabilisierung der Rohstoffgewinnung — und das ist eine vollkommen realistische Annahme — führt eine Erhöhung des Ausstoßes von Arbeitsmitteln um, sagen wir, zehn Prozent zu einem Zuwachs in der Abteilung „A“ um ganze zwei Prozent. Aber kann man denn nur auf

Grund dieser Zahl über die realen Prozesse urteilen? Selbstverständlich nicht. Im zeitgemäßen ökonomischen Denken muß das analytische, differenzierte Herangehen dominieren.

Weiter. Nach modernen Produktionsmaßstäben ist eine vollständige Befriedigung (wenn man es von der quantitativen Seite aus betrachtet) vieler traditioneller Bedürfnisse erreicht. Betrachten wir ein konkretes Beispiel, die Produktion von Schuhen. Die sowjetische Industrie produziert heute mehr Lederschuhe als die USA, die BRD, Großbritannien und Japan zusammen. Der Ausstoß (in Millionen Paar) blieb in den letzten Jahren konstant hoch. Das Sortiment solcher Erzeugnisse wurde in den letzten Jahren ständig erweitert. Hier muß man also auf eine andere, nicht traditionelle Weise an die Einschätzung des Tempos herangehen. Es ist eine Sache, Erzeugnisse zu produzieren, nach denen die Nachfrage befriedigt ist, und eine ganz andere Sache, Waren herzustellen, die den veränderten Bedürfnissen entsprechen.

Zugleich entsteht eine völlig neue Frage, wie die qualitativen Aspekte der ökonomischen Entwicklung gemessen werden können. Jeder von uns kann sich doch sehr gut vorstellen, daß der Umfang der Produktion von Schuhen in Millionen Paaren rein gar nichts über die Qualität und darüber aussagt, ob die Produktion den entstandenen gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Noch dringlicher erscheint dieses Problem bei der Messung der Qualität von Produktionsmitteln, Maschinen, Ausrüstungen, Geräten und außerdem Metallen und anderen Grundstoffen. Folglich sind die existierenden Kennziffern für das Wirtschaftswachstum nicht in der Lage, die reale Dynamik bei der Produktion von Gebrauchswerten wiederzugeben. Und wenn man sich damit früher noch irgendwie abfinden konnte, so ist heute eine neue, aufschlußreichere Betrachtungsweise erforderlich.

Und noch eines. Es existieren recht bedeutende Unterschiede in der Dynamik der Produktion für den laufenden Verbrauch (Arbeitsgegenstände, die meisten Konsumgüter) und der Produktion von langlebigen Gütern (Wohnhäuser, Transportmittel, Werkzeugmaschinen usw.). Wir verwirklichen ein gigantisches Wohnungsbauprogramm. Das vierte Planjahrhundert hintereinander wurden ungefähr 520 bis 540 Millionen Quadratmeter Wohnraum ihrer Bestimmung übergeben. Formell gibt es anscheinend keinen Zuwachs. Aber hier muß auf andere Weise gemessen werden: der angesammelte reale Besitz und die Qualität der übergebenen Objekte müssen berücksichtigt werden.

Man kann sich auch noch ein anderes Bild vorstellen: Eine Stabilisierung des Bestandes der metallverarbeitenden Ausrüstungen (nach der Anzahl von Einheiten) und, entsprechend, eine Stabilisierung des Ausstoßes von Werkzeugmaschinen, die vorgesehen sind, um wegen physischen und moralischen Verschleißes ausscheidende Werkzeugmaschinen zu ersetzen. Auch das ist völlig realistisch. Wird doch schon heute der Zuwachs des Bestandes von Werkzeugmaschinen von ihrem Veralten und ihrer schlechten Nutzung begleitet, und der Ausstoß von Metallbearbeitungsmaschinen geht sogar zurück. Es ist völlig offensichtlich, daß man zu einer Einschätzung der Qualität der Wirtschaftsdynamik übergehen muß.

Im System der gesellschaftlichen Reproduktion vollziehen sich also tiefgrei-

fende, qualitative Veränderungen. Sie führen zu einer prinzipiell neuen ökonomischen Situation, die sich wesentlich von der unterscheidet, die für die vorangegangenen Etappen des sozialistischen Aufbaus charakteristisch waren. Wobei hier nur ein Teil der Veränderungen behandelt wurde. Viele Probleme, die ausreichend umfassend in der Literatur abgehandelt werden, kamen hier nur ganz allgemein zur Sprache.

All das in seiner Gesamtheit vergrößert die Notwendigkeit, das zeitgemäße ökonomische Denken zu formieren. Und das Wesen der Sache besteht nicht nur darin, daß sich das Massenbewußtsein die bereits gewonnenen wissenschaftlichen Wahrheiten aneignet. Viele der neuen Betrachtungsweisen müssen erst noch ausgearbeitet werden, die neuen Erscheinungen und Prozesse im sozialökonomischen Leben des Landes müssen noch tiefgreifender untersucht werden.

Eine besondere Verantwortung bei der Lösung dieser Aufgabe trägt die Wirtschaftswissenschaft und ihr Herzstück — die politische Ökonomie des Sozialismus. Sie selbst ist in ihrer Entwicklung berufen, sich auf das Niveau der hohen Anforderungen zu erheben, die von der Situation und der Verantwortung der Wissenschaft unter den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft diktiert werden.

Die Gestaltung des entwickelten Sozialismus – strategisches Ziel der Gesellschaftspolitik der SED

Otto Reinhold

1. Sozialismus und Kommunismus – 2. Merkmale des entwickelten Sozialismus

1. Sozialismus und Kommunismus

Im letzten Viertel unseres Jahrhunderts ist für die KPdSU, die SED und die Mehrzahl der anderen kommunistischen Parteien die Gestaltung bzw. die Vervollkommnung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft das nächste historische Ziel. Damit wird die Frage nach dem Charakter, den Merkmalen und der historischen Stellung des Sozialismus in unserer Zeit beantwortet.

Das Kernstück der Politik und der praktischen Tätigkeit einer jeden kommunistischen Partei in der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus ist die Marxsche Erkenntnis, daß sich nicht nur die Natur, sondern auch die Gesellschaft nach bestimmten Gesetzen entwickelt. Im Kapitalismus führen diese Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung mit unabdingbarer Notwendigkeit zu jenem Punkt, da der Übergang zum Sozialismus unabdingbar wird. Daraus leiteten *Marx* und *Engels* und daraus leiten die Kommunisten heute die wissenschaftlich begründete Gewißheit des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab ab. Vor allem in dieser Erkenntnis ist ihr historischer Optimismus begründet, der auch unter den komplizierten internationalen Bedingungen jene revolutionäre Tatkraft hervorbringt, die seit mehr als hundert Jahren für die Marxisten-Leninisten sprichwörtlich geworden ist.

Daß die Marxsche Erkenntnis von der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus und Kommunismus von den herrschenden imperialistischen Kreisen und ihren Ideologen nicht akzeptiert werden kann, ist selbstverständlich. Sie versuchen ja gerade die Behauptung zu verbreiten, Sozialismus und Kommunismus seien zeitweilige Irrwege der Geschichte, die beendet werden müßten.

Marx und *Engels* haben stets eine Voraussage darüber verweigert, in welchem Zeitraum und unter welchen konkreten Bedingungen die sozialistische Revolution stattfinden wird. *Friedrich Engels* erklärte später auf eine entsprechende Frage, daß er keine Voraussagen über Dinge machen wird, die objektiv nicht vorausgesagt werden können. Dies sei Sache der jeweiligen revolutionären Kräfte, die dann schon die richtigen Wege und Mittel finden werden.

Tatsächlich haben sich viele Bedingungen mit der Herausbildung des Imperialismus geändert. *Lenin* hat daraus die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen. Dazu gehört vor allem der Nachweis, daß nunmehr die sozialistische Revolution zunächst in einem oder einzelnen Ländern stattfinden wird, und zwar nicht unbedingt in den industriell am höchsten entwickelten Staaten.

Die SED ging stets konsequent von den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution aus und war ebenso konsequent bestrebt, sie schöpferisch auf die Bedingungen der DDR anzuwenden. „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands läßt sich in ihren programmatischen Zielen und in ihrem praktischen Handeln von den durch den revolutionären Weltprozeß bestätigten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus leiten und wendet sie unter den konkreten historischen Bedingungen der Deutschen Demokratischen Republik schöpferisch an“¹, heißt es im Programm der SED. Die Konsequenz in dieser zentralen Frage der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik war und ist die Grundlage für Erfolg und Stabilität des Sozialismus im Kampf der beiden Weltsysteme. Es gehört zu den größten bleibenden Verdiensten der marxistisch-leninistischen Parteien, daß sie nach dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in den sechziger Jahren den entscheidenden theoretischen Schlüssel zur weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft fanden und in der Praxis anwandten: *die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*.

Als zu Beginn der sechziger Jahre die Mehrzahl der sozialistischen Länder Europas, darunter die DDR, die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen gelöst hatten, galt es, die Frage zu beantworten: Bedeutet dies, daß nunmehr der unmittelbare Übergang zum Kommunismus historisch auf die Tagesordnung gestellt wird, oder heißt das, daß damit lediglich die Fundamente der sozialistischen Phase gelegt sind, daß damit die eigentliche umfassende Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft erst eingeleitet worden ist?

Nachdem diese Frage zunächst unterschiedlich beantwortet wurde, haben die marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder im Verlaufe der sechziger Jahre in gemeinsamer schöpferischer Arbeit eine Konzeption entwickelt, die eine klare Antwort auf diese Frage in Theorie und Praxis gibt – *die Theorie von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*.

Die Kernfrage, die es dabei zu beantworten galt, war die nach dem Charakter und der historischen Stellung der sozialistischen Phase im Rahmen der neuen, der kommunistischen Gesellschaftsformation. Bekanntlich hatte *Marx* bereits in seinen Randglossen zum Gothaer Programm der deutschen Sozialdemokratie darauf hingewiesen, daß sich die Entwicklung zum Kommunismus in zwei Phasen vollziehen wird – dem Sozialismus oder der niederen Phase und dem Kommunismus als der höheren Phase. Mit dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus war diese erste Phase erreicht. Welchen Charakter die Übergangsperiode trägt, welche grundlegen-

1 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 7.

den Aufgaben es in ihrem Verlauf zu lösen galt, war für die marxistisch-leninistischen Parteien im wesentlichen klar. Vor allem kam es darauf an, die spezifischen Wege und Formen ihrer Lösung zu finden.

Viel weniger klar war demgegenüber Wesen und Verlauf der sozialistischen Phase. Verständlich ist auch, daß die Klassiker des Marxismus-Leninismus dafür nur wenige grundlegende Bemerkungen machen konnten. Dabei galt es, solche Fragen zu beantworten: Ist der Sozialismus eine kurze Übergangsphase zum Kommunismus, die man schnell durchlaufen muß und kann, oder muß der Sozialismus erst allseitig entwickelt, alle seine Potenzen und Vorzüge voll ausgeschöpft werden, wie lange wird diese sozialistische Phase dauern, welche grundlegenden Aufgaben müssen in ihr gelöst werden, welche sozialistischen Ziele und Ideale können und müssen im Rahmen dieser Phase durchgesetzt werden, welche sind noch nicht erreichbar, welchen Charakter trägt die Wirtschaft, worin besteht die Spezifik der ökonomischen Gesetze usw.?

Wie sich zeigt, handelt es sich dabei keineswegs um lebensfremde, abstrakte theoretische Fragen. Von ihrer Beantwortung hängen Ziel, Richtung und praktische Gestaltung der Politik der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder ab. Es versteht sich, daß bei der Beantwortung dieser Fragen berücksichtigt werden muß, daß die Lösung aller Aufgaben am Ende des 20. Jahrhunderts, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des harten, unerbittlichen Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus im Weltmaßstab erfolgen muß. Die sozialistischen Staaten müssen ihre Existenz nicht nur Tag für Tag sichern und verteidigen, sondern im internationalen Leben wirken und eine Politik betreiben, die den Einfluß des Sozialismus Schritt für Schritt erweitert.

Natürlich ist es von größter praktischer Bedeutung, ob man alle Kraft darauf konzentriert, die materiell-technische Basis des Kommunismus zu schaffen, oder ob die Wirtschaft, Wissenschaft und Technik so entwickelt wird, daß in der Gegenwart jeder Fortschritt mit einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen verbunden ist, daß die Hebung des materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen in den Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik gestellt wird. Es ist selbstverständlich ein großer Unterschied, ob in dieser sozialistischen Phase alle Kräfte und Potenzen darauf konzentriert werden, den Übergang zum Kommunismus vorzubereiten, mit der Aussicht dann, d. h. später, eine grundlegende Verbesserung des Lebensniveaus der Werktätigen zu erreichen, oder ob die Wirtschaft und Gesellschaft so entwickelt werden, daß das Wohl des Volkes, die Realisierung der Vorzüge des Sozialismus jetzt in den Mittelpunkt gestellt werden. Eine unterschiedliche Beantwortung dieser Frage muß notwendigerweise tiefgreifende Auswirkungen auf allen wesentlichen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens bis zur Aufteilung des Nationaleinkommens für die Konsumtion und für die Akkumulation haben.

Selbstverständlich ist es nicht gleichgültig, ob alle Kräfte darauf konzentriert werden, die sozialistischen Produktionsverhältnisse so schnell wie möglich in kommunistische zu verwandeln, oder ob alles unternommen wird, alle Potenzen und Möglichkeiten der sozialistischen Produktionsverhältnisse voll

zur Wirkung zu bringen. Aus der ersten Vorstellung muß notwendigerweise das Bestreben erwachsen, die beiden Formen des sozialistischen Eigentums so schnell wie möglich zu überwinden. Aus der zweiten Konzeption ergibt sich demgegenüber eine Politik, die die Möglichkeiten des genossenschaftlichen Eigentums, der genossenschaftlichen Demokratie und Arbeit maximal nutzt und ausschöpft.

Die Zahl der Beispiele könnte beliebig fortgesetzt werden. Wie die Erfahrungen zeigen, steht es uns keinesfalls frei, welche der beiden Varianten wir wählen. Jeder Versuch, Aufgaben auf die Tagesordnung zu stellen und in Angriff zu nehmen, für die noch keine realen Voraussetzungen existieren, muß notwendigerweise zu gesellschaftlichen Konflikten führen, den Sozialismus schwächen, ihn aber keinesfalls in Richtung der höheren kommunistischen Phase weiterentwickeln. Ebenso negativ würde sich auswirken, wenn Aufgaben, die heute gelöst werden müssen, auf einen späteren Zeitpunkt vertagt werden.

Zu den Grunderkenntnissen marxistisch-leninistischer Theorie gehört die Schlußfolgerung, daß in jeder Phase gesellschaftlicher Entwicklung alle Potenzen und Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden müssen, bevor die nächste geschichtliche Etappe in Angriff genommen werden kann. Wie die Geschichte zeigt, resultieren zahlreiche gesellschaftliche Konflikte in sozialistischen Ländern aus Versuchen, Aufgaben in Angriff zu nehmen, die nicht den realen Entwicklungsbedingungen entsprechen. So muß der Versuch, vorzeitig alle Kraft auf die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus zu konzentrieren, notwendigerweise dazu führen, daß die Bedürfnisse und aktuellen Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, die systematische Hebung ihres Lebensniveaus unterschätzt werden. Aber vor allem deshalb kämpft die Arbeiterklasse um den Sozialismus. Die vorzeitige Konzentration auf Aufgaben der kommunistischen Phase würde aber bedeuten, das die entscheidenden Triebkräfte des Sozialismus nicht zur Wirkung kämen und die politische Stabilität untergraben wird. Jeder Versuch, das genossenschaftliche Eigentum zu einer Zeit überwinden zu wollen, da es eine der entscheidenden Quellen sozialistischer Aktivität ist, würde nicht nur die landwirtschaftliche Produktion schwer schädigen, sondern auch das Bündnis der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern zutiefst stören. Aber dieses Bündnis ist eine entscheidende Grundlage der sozialistischen Staatsmacht.

Die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist die theoretische Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen, die beim sozialistischen Aufbau seit 1917 in den verschiedenen Ländern gesammelt wurden. Sie ist das wichtigste Ergebnis der schöpferischen Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie. Sie bestimmt den Charakter und die Grundaufgaben der sozialistischen Phase. Die wichtigste Schlußfolgerung ist die Erkenntnis, daß erst alle Möglichkeiten des Sozialismus wirksam gemacht, alle seine Ideale und Werte praktisch realisiert sein müssen, bevor der Übergang zum Kommunismus erfolgen kann. Ja noch mehr, dies ist der einzig mögliche Weg, um zur höheren, der kommunistischen Phase zu kommen. Andere Wege

stehen nicht zur Verfügung. Wie sich zeigt, ist dazu ein historisch langer Zeitraum erforderlich.

„Die sowjetische Gesellschaft ist in die historisch lange dauernde Etappe des entwickelten Sozialismus eingetreten: ihre allseitige Vervollkommnung ist unsere strategische Aufgabe“², erklärte *Konstantin Tschernenko*. Diese historische Aufgabenstellung der Konzeption des entwickelten Sozialismus umriß *Juri Andropow* mit den Worten: „Darin wurde überzeugend die dialektische Einheit sowohl der realen Erfolge beim sozialistischen Aufbau und bei der Verwirklichung vieler ökonomischer, sozialer und kultureller Aufgaben der ersten Phase des Kommunismus und der erstarkenden Keime der kommunistischen Zukunft als auch der noch nicht gelösten Probleme des gestrigen Tages aufgezeigt. Dies bedeutet, daß es einer gewissen Zeit bedarf, damit das zurückgebliebene Hinterland aufschließt und sich weiterentwickeln kann... Unsere Gesellschaft in ihrer realen Dynamik zu sehen, mit all ihren Möglichkeiten und Notwendigkeiten, das ist es, was heute gefordert wird“³.

Marx und *Engels* gingen stets davon aus, daß der Sozialismus eine sich stetig höher entwickelnde Gesellschaft sein wird. Nur im Verlauf und im Ergebnis dieser Höherentwicklung können die Vorzüge und Triebkräfte, die Werte und Ideale der sozialistischen Gesellschaft, ihr humanistischer Charakter voll zur Wirkung gelangen. „Unsere Erfolge sind offenkundig. Es gehört jedoch zur Dialektik der Entwicklung, daß das Erreichte die historischen Horizonte erweitert und dem Volk kompliziertere, verantwortungsvollere Aufgaben stellt. Solche Aufgaben stehen heute auch vor uns. Ihr Wesen besteht in der Notwendigkeit, eine neue Qualität der Gesellschaft, ihrer Wirtschaft, des Systems der gesellschaftspolitischen Beziehungen und Institutionen, der Gesamtheit der Arbeits- und Lebensbedingungen der Millionen sowjetischen Menschen zu erreichen“⁴.

Die imperialistische, sozialreformistische und ultralinke Verfälschung des Marxismus-Leninismus ist verzweifelt bemüht, *Marx* und *Engels* eine unhistorische und undialektische Sozialismus-Auffassung zu unterstellen, wonach angeblich mit der Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum sofort, gewissermaßen automatisch über Nacht, alle Triebkräfte, Werte, Vorzüge und Ideale des Sozialismus umfassend wirksam würden. In Wirklichkeit jedoch ging *Karl Marx* von der Erkenntnis aus, daß der Weg zum Kommunismus zwei Phasen durchlaufen wird – Sozialismus und Kommunismus, eine niedere und eine höhere Phase. Heute wissen wir, daß es sich um einen langen, äußerst dynamischen Prozeß stetiger Höherentwicklung und tiefgreifender Wandlungen handelt, der die gesamte Gesellschaft umfaßt. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft erfordert die umfassende Ausbildung der ihr entsprechenden Ökonomik wie alle anderen Elemente dieser Reifestu-

2 Aktuelle Fragen der ideologischen und massenpolitischen Arbeit der Partei. Referat von Konstantin Tschernenko auf dem Plenum des ZK der KPdSU. In: Neues Deutschland, 15. 6. 1983.

3 Juri Andropow: Die Lehre von Karl Marx und einige Fragen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR. In: Neues Deutschland, 25. 2. 1983.

4 ND vom 9. Mai 1985, S. 8, Rede von Michail Gorbatschow auf der Festveranstaltung im Kreml zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus.

fe des Sozialismus, denn die Entwicklung eines gesellschaftlichen Systems „zur Totalität besteht eben [darin]“, betonte *Karl Marx*, „alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr herauszuschaffen. Es wird so historisch zur Totalität. Das Werden zu dieser Totalität bildet ein Moment seines Prozesses, seiner Entwicklung“⁵. Das bedeutet hinsichtlich der Gestaltung des entwickelten Sozialismus vor allem, daß die entsprechende Ökonomik für die Ausbildung aller Elemente ebenso erforderlich ist wie umgekehrt alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens für die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft.

Dabei hatte *Karl Marx* keine Illusionen hinsichtlich der Entwicklungsprobleme und -schwierigkeiten des Sozialismus: „Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist...“⁶ Erst in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft bestehen die objektiven Bedingungen, die Wesenszüge des Kommunismus zur vollen Entfaltung zu bringen. *Karl Marx* und *Friedrich Engels* haben natürlich keinerlei Angaben darüber machen können, wie lange diese sozialistische Phase dauern wird. Aber *Marx*' „Randglossen“ zum Gothaer Programm zeigen, daß ihm klar war, welche komplizierten Aufgaben in dieser sozialistischen Phase zu lösen sind. Für *Marx* war die rasche und allseitige Entwicklung der Produktivkräfte entscheidende Voraussetzung, daß „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen“⁷ können. Diese Erkenntnis wurde später von *Lenin* weiterentwickelt und ist inzwischen durch die Praxis der sozialistischen Revolution bestätigt worden. Für *Lenin* war völlig klar, daß für den endgültigen Sieg des Sozialismus eine höhere Arbeitsproduktivität als in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern erforderlich ist. Sie ist ein entscheidendes Element der sozialistischen Revolutionstheorie.

Mit der *Theorie der beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation* verbindet der Marxismus-Leninismus eine Reihe grundlegender Erkenntnisse. Die sozialistische Gesellschaft ist ein äußerst dynamischer Prozeß, der durch die Aufeinanderfolge verschiedener Stufen der Reife, d. h. durch eine kontinuierliche Höherentwicklung gekennzeichnet ist. Eine neue Stufe setzt immer voraus, daß die Aufgaben der vorangegangenen Etappe vollständig gelöst sind, daß die mit ihr verbundenen Potenzen und Möglichkeiten voll ausgeschöpft worden sind. Wie die geschichtlichen Erfahrungen zeigen, ist jeder Versuch, einzelne Entwicklungsetappen zu überspringen, stets mit Rückschlägen und sozialen Konflikten verbunden. Die gründliche Analyse des erreichten Entwicklungsstandes, die genaue Bestimmung des konkreten Niveaus der sozialistischen Gesellschaft sind immer die Grundlage für eine realistische Festlegung der Politik und der wichtigsten Aufgaben.

⁵ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Robentwurf). Berlin 1953, S. 189.

⁶ Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW, Bd. 19, S. 21.

⁷ Ebenda.

Diese Erkenntnisse sowie ihre schöpferische Weiterentwicklung durch *Lenin* sind heute die Grundlagen der Strategie der SED zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Oberster Grundsatz ist dabei die strikte Verwirklichung der Hinweise von *Marx, Engels* und *Lenin* zur Schaffung einer Gesellschaft, die uneingeschränkt dem Wohle des Volkes dient und den Frieden zwischen den Völkern gewährleistet. *Friedrich Engels* umriß dieses Ziel mit den Worten: „Die Möglichkeit, vermittelt der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum erstenmal da, aber sie *ist da*.“⁸ Dem dient die gesamte Politik der SED. Ihre Ergebnisse sind für jedermann sichtbar.

Die *Entscheidungen des VIII., IX. und X. Parteitag*es der SED über die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR sind ein Beitrag zur schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus unter den Bedingungen unseres Landes. Mit dem auf dem IX. Parteitag im Jahre 1976 beschlossenen Programm formulierte die SED ihre Vorstellungen von der sozialistischen Gesellschaft in der DDR im Ausgang unseres Jahrhunderts. Dieses Programm hat sich nunmehr bereits über ein Jahrzehnt hinweg bewährt. Trotz grundlegender, trotz großer internationaler und innerer Veränderungen bleibt es das theoretische Fundament für die Bestimmung der Strategie und Taktik der SED in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre.

2. Merkmale des entwickelten Sozialismus

Die Gestaltung und Vervollkommnung des entwickelten Sozialismus ist durch eine Reihe grundlegender Merkmale gekennzeichnet. Im Programm der SED werden die Hauptmerkmale umfassend dargestellt. Insbesondere wird dabei hervorgehoben:

Erstens entwickelt sich der Sozialismus nun immer mehr auf seinen *eigenen sozialökonomischen Grundlagen*. Aufbau bzw. Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bedeuten, daß diese eigenen sozialökonomischen Grundlagen umfassend und vollständig herausgebildet werden. Dabei verstehen wir unter den sozialökonomischen Grundlagen nicht nur die ökonomische Basis, sondern die Grundlagen in ihrer Gesamtheit: Die sozialistischen Produktionsverhältnisse wurden umfassend durchgesetzt; die vorhandene materiell-technische Basis wurde hauptsächlich im Verlauf des sozialistischen Aufbaus geschaffen; es existieren nur noch Klassen und Schichten, die von ihrer eigenen Arbeit leben und befreundet sind; es besteht eine stabile Staatsmacht, die sozialistische Ideologie ist zur herrschenden Ideologie geworden.

⁸ Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“). In: MEW, Bd. 20, S. 263/264.

Das heißt, daß es jetzt nicht mehr darum geht, nichtsozialistische Produktionsverhältnisse in sozialistische zu verwandeln, sondern vor allem darum, die spezifischen Mittel und Wege zu finden, um diese neuen Grundlagen der Gesellschaft im Interesse der Arbeiterklasse, der Werktätigen und des gesamten Volkes maximal zu nutzen, sie systematisch auszubauen und weiterzuentwickeln.

Mit den eigenen Grundlagen werden im Inneren des Landes die sozialökonomischen Bedingungen für das umfassende Wirken der ökonomischen und der anderen Gesetze des Sozialismus geschaffen. Ihr tatsächliches Wirken hängt vor allem davon ab, ob die richtige Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie, eine effektive Organisation der Volkswirtschaft sowie ein wirksames System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft gefunden und praktisch durchgesetzt werden. Ein entscheidendes Element sind dabei die bewußte Teilnahme aller Werktätigen, die Entfaltung ihrer sozialen Aktivität. Nachdem die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt haben, besteht nunmehr die wichtigste Aufgabe darin, sie so zu gestalten, daß sie als entscheidende Triebkräfte in Wirtschaft und Gesellschaft wirksam werden.

Mitunter treffen wir in der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft auf die Meinung, die sozialistische Phase sei dadurch gekennzeichnet, daß in ihr einerseits noch Überreste, Muttermale des Kapitalismus, andererseits bereits Elemente, Keimformen des Kommunismus existieren. Eine solche Charakteristik des Sozialismus kann auf keinen Fall akzeptiert werden. Im Grunde leugnet sie die fundamentale revolutionäre Umwälzung der sozialökonomischen Grundlagen, die im Verlauf der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzogen wurde. Nimmt man diese Charakteristik im vollen Sinne des Wortes, dann wäre der Sozialismus nichts anderes als eine Art kapitalistisch-kommunistischer Mischmasch ohne eigenes sozialistisches Fundament; eine Gesellschaft, die keine eigene sozialökonomische Basis besitzen würde.

Die Mehrzahl derer, die diese Auffassung vertreten, leugnen natürlich diese Konsequenz. Dennoch ist besonders von unserem heutigen Stand der Erkenntnis klar, daß diese Meinung das Produkt bestimmter vereinfachter, primitiver Vorstellungen vom Übergang zum Kommunismus sind. Nach diesen Auffassungen braucht man nur möglichst rasch die Muttermale des Kapitalismus zu beseitigen, um im Kommunismus zu sein. Demnach wird der Sozialismus nur als eine kurze Durchgangsphase angesehen, die so schnell wie möglich durchschritten werden kann. Wie inzwischen alle Erfahrungen zeigen, kann davon keine Rede sein. Es geht dabei aber nicht nur um die Zeitdauer dieser Phase. In erster Linie handelt es sich darum, daß der Sozialismus selbst bereits die bis dahin größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung ist und nicht ein lästiger Zwischenaufenthalt auf dem Wege zum Kommunismus. Der Sozialismus besitzt seine eigene sozialökonomische Grundlage, es wirken spezifische Gesetze der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, in seinem Rahmen können und müssen grundlegende Ideale und Werte der Arbeiterbewegung praktisch realisiert werden.

Nachdem in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus die Grundlagen geschaffen sind, werden die sozialistischen Produktionsverhältnisse vollständig durchgesetzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß, wie in der DDR so auch in anderen sozialistischen Ländern, noch private Handwerker, Einzelhändler und Gewerbetreibende existieren und auch weiterhin gefördert werden. Das gleiche trifft für die Klassenstruktur und die sozialen Beziehungen zu. Wir haben es nur noch mit Klassen und Schichten zu tun, die von der eigenen Arbeit leben, die gleichen Grundinteressen besitzen und miteinander eng verbündet sind. Der sozialistische Charakter dieser sozialökonomischen Basis ist das entscheidende Ergebnis der revolutionären Umwälzung.

Diese eigene sozialökonomische Basis des Sozialismus existiert im Rahmen der einheitlichen kommunistischen Gesellschaftsformation. Die kommunistische Phase kann nur durch eine Höherentwicklung dieser Basis und nicht durch irgendeine prinzipiell andere erreicht werden. Zugleich unterscheidet sie sich wesentlich von der späteren kommunistischen Phase. Vor allem wurde der erforderliche Stand der Produktivkräfte noch nicht erreicht. Das betrifft sowohl den Stand der Arbeitsproduktivität, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sowohl in quantitativer Hinsicht als auch in ihrer qualitativen Struktur und Gestaltung. Vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, ist Kommunismus undenkbar ohne weitgehend automatisierte Produktionssysteme. Dies ist ganz offensichtlich nicht nur der erforderlichen materiellen Potenzen wegen unabdingbar. Genauso wichtig ist dies für den Charakter der Arbeit, die sozialen Beziehungen, die Haltung zur Arbeit usw.

Das sozialistische Eigentum hat seine spezifischen Merkmale (u. a. zwei Formen) und Reife. Warenproduktion, Wertgesetz, Leistungsprinzip usw. sind wesentliche Elemente dieser Phase. Der Staat der Diktatur des Proletariats ist unbedingt erforderlich. Daraus resultiert, daß auch die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere das System der ökonomischen Gesetze, ihre Spezifik besitzen. Die politische Ökonomie des Sozialismus kann nicht identisch mit einer späteren politischen Ökonomie des Kommunismus sein.

Natürlich existieren nach wie vor einzelne Überreste des Kapitalismus in Gewohnheiten, Denkvorstellungen und in anderer Gestalt. Ebenso übt der Imperialismus von heute vielgestaltigen Einfluß auf die innere Entwicklung des Sozialismus aus. Es geht aber nicht in erster Linie darum, diese oder jene Einzelperscheinung zu finden und zu überwinden. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, daß der Sozialismus unmittelbar aus der kapitalistischen Ordnung hervorwächst. Seine spezifischen Wesensmerkmale, seine Vorzüge und Triebkräfte, seine Ideale und Werte können erst in einem längeren Zeitraum, Schritt für Schritt vollständig durchgesetzt werden.

Über die sogenannten Elemente oder Keimformen des Kommunismus finden wir mitunter die Vorstellung, wir könnten nach und nach im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft bestimmte kommunistische Inseln schaffen, die dann vermehrt und erweitert zum Kommunismus führen könnten. So wird vorgeschlagen, zunächst etwa Telefongebühren und die Bezahlung für Stra-

Benbahn und andere Nahverkehrsmittel abzuschaffen. Dann könnte jeder nach seinen Bedürfnissen telefonieren und mit der U-Bahn fahren. Das ist eine höchst primitive Auffassung. Wenn das Kommunismus wäre, wäre Kuwait längst ein kommunistisches Land, da dort solche Maßnahmen seit langem verwirklicht sind. Ganz offensichtlich geht es nicht um diese oder jene Elemente des Kommunismus, sondern um das Entwicklungsniveau der sozialistischen Gesellschaft insgesamt. Mit ihrer Höherentwicklung und nicht durch irgendwelche Einzelercheinungen werden die Voraussetzungen für den Übergang zur kommunistischen Phase geschaffen. Dabei spielt das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte die entscheidende Rolle.

Die genaue Analyse und Charakteristik der sozialistischen Phase und seiner sozialökonomischen Basis zeigt vor allem, was beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft bereits erreicht wurde, über welche Potenzen und Triebkräfte er verfügt, die im Interesse aller Werktätigen erschlossen werden können. Ebenso wird klar, welche Aufgaben noch nicht gelöst sind, was in seinem Rahmen nicht möglich ist.

Zweitens. Heute besitzen wir eine weitgehend klare Vorstellung von den Wesensmerkmalen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und den grundlegenden Aufgaben, die in ihrem Rahmen gelöst werden müssen. Im Vordergrund steht das Ziel, alle Bedingungen dafür zu schaffen, daß ihr sozialer, humanistischer Charakter im Interesse der Arbeiterklasse, aller Werktätigen und des ganzen Volkes umfassend zur Wirkung gebracht werden kann. Dazu ist vor allem eine rasche Entwicklung der Produktivkräfte, der umfassende Übergang der Volkswirtschaft auf intensiv erweiterte Reproduktion erforderlich. Im Programm der SED wird dieses Ziel an erster Stelle genannt: „Entwickelte sozialistische Gesellschaft – das heißt, alle materiellen, sozialökonomischen und politisch-ideologischen Voraussetzungen zu schaffen, damit der Sinn des Sozialismus, alles zu tun für das Wohl des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen, auf ständig höherer Stufe verwirklicht wird. Entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus besteht die Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.“⁹

Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erfordert insbesondere, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, das ökonomische Wachstum mit dem sozialen Fortschritt, mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen organisch zu verbinden. Diese Politik, die von der SED als Politik der *Hauptaufgabe* gekennzeichnet wird, ergibt sich in erster Linie aus den inneren Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Sie ist die konkrete Form, in der in dieser Etappe dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus entsprochen wird. Durch die Politik der Hauptaufgabe wird die Interes-

9 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 19/20.

senübereinstimmung zwischen der Gesellschaft, dem Kollektiv und dem einzelnen konkret, für jeden spürbar durchgesetzt. In der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erbringt der Sozialismus den praktischen Beweis, daß es in seinem Rahmen möglich ist, die wissenschaftlich-technische Revolution in jeder Hinsicht den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen dienstbar zu machen, sie als ein entscheidendes Instrument zu nutzen, um das Lebensniveau der Werktätigen sowie deren soziale Sicherheit zu heben und die sozialistische Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist eine wesentliche sozial-ökonomische Grundlage für die soziale und politische Stabilität der sozialistischen Ordnung und damit für die feste Verbindung der marxistisch-leninistischen Partei mit allen Klassen und sozialen Schichten des Volkes. Damit gewinnt diese Politik eine große außenpolitische Bedeutung. Ihre erfolgreiche Verwirklichung ist ein entscheidendes Hindernis für die imperialistische Konfrontationspolitik, für alle Bestrebungen, die sozialistische Ordnung zu destabilisieren und zu untergraben. Die erfolgreiche Verwirklichung dieser Politik der Hauptaufgabe ist in unserem Lande überall sichtbar und spürbar. Nach dem VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 haben sich die Wohnverhältnisse für 6 Millionen Bürger unseres Landes spürbar verbessert; allein 1984 wurden mehr als 207 000 Wohnungen fertiggestellt. Dabei blieben die Mieten stabil und betragen im Durchschnitt zwischen drei und vier Prozent des Einkommens. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre wuchs das National-einkommen um 4,5 Prozent, während im gleichen Zeitraum die kapitalistische Welt von der tiefsten Wirtschaftskrise seit 1929/32 erfaßt wurde, die anhaltenden Produktionsrückgang, niedrige Auslastung der Produktionskapazitäten, tiefe Strukturkrisen, steilen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit usw. brachte. Zur erfolgreichen Verwirklichung der Hauptaufgabe in unserem Lande gehören die soziale Sicherheit für alle Bürger ebenso wie die systematische Erhöhung des materiellen Lebensniveaus, die Gewährleistung einer hohen Bildung für alle Kinder des Volkes und die Sicherung eines umfassenden Gesundheitsschutzes für alle Mitglieder der Gesellschaft.

Diese Politik der Hauptaufgabe wurde im Jahre 1976 in das Programm der SED als Kernstück aller Anstrengungen für die weitere Gestaltung des Sozialismus formuliert. Seitdem sind rund zehn Jahre vergangen. Jeder bewußt lebende Mensch weiß, welche großen Veränderungen sich in dieser Zeit im internationalen Leben vollzogen haben. Durch die imperialistische Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik wurde der Frieden außerordentlich gefährdet. Die Erhaltung des militärstrategischen Gleichgewichts, die militärische Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft erfordert beträchtliche materielle Aufwendungen.

Immer wieder wurde deshalb die Frage aufgeworfen, ob unter solchen Bedingungen die Politik der Hauptaufgabe weitergeführt werden kann. Die SED hat auf diese Frage stets eine klare, eindeutige Antwort gegeben: Wir reagieren auf diese neue Situation mit ihren neuen Aufgaben und Belastungen nicht mit einer Beschränkung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern konzentrieren unsere ganze Kraft darauf, die Potenzen des Sozialismus noch wir-

kungsvoller zu erschließen, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft so zu erhöhen, daß den neuen Herausforderungen erfolgreich begegnet werden kann. Die politische Stabilität, ökonomische Dynamik und die kontinuierliche Fortsetzung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist ein entscheidender Beitrag der DDR, um die imperialistische Kriegsstrategie zu durchkreuzen.

Drittens geht es bei der Gestaltung und Vervollkommnung des entwickelten Sozialismus darum, zusammen mit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik *wesentliche Merkmale und Charakterzüge der sozialistischen Gesellschaft in allen Bereichen des Lebens durchzusetzen*. Im Programm der SED sind die wichtigsten dieser Wesensmerkmale formuliert. Dazu gehören vor allem der umfassende Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion im Rahmen der Volkswirtschaft, die organische Verbindung der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Herausbildung einer dem entwickelten Sozialismus entsprechenden Klassen- und Sozialstruktur, die systematische Annäherung der Klassen und Schichten, die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten, die volle Durchsetzung der sozialistischen Ideologie, die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit unter allen Bedingungen usw. Im Programm der SED wird hervorgehoben, daß das Ziel aller Anstrengungen letztlich darin besteht, alle Bedingungen zu schaffen, die für die allseitige Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten, der freien Entfaltung aller Talente und Fähigkeiten aller Bürger erforderlich sind. Es geht darum, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder als Mensch in sozialer Sicherheit leben und sich frei entfalten kann.

Eine der grundlegenden Aufgaben bei der Gestaltung und späteren Vervollkommnung des entwickelten Sozialismus besteht darin, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ohne Ausnahme auf einem hohen Niveau zu entwickeln und in jeder Etappe solche wirkungsvollen Wechselbeziehungen herzustellen, daß daraus im vollen Sinn des Wortes ein *einheitlicher Gesellschaftsorganismus* hervorgeht. Dazu gehören unter anderem die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die untrennbare Verbindung von wissenschaftlich-technischem Fortschritt, ökonomischem Wachstum und sozialem Fortschritt, das richtige Verhältnis von Wissenschaft und Produktion, von ökonomischer Entwicklung und Bildung, von Politik und Wirtschaft, von Ökonomie und Ideologie, von sozialer Aktivität und sozialistischer Demokratie usw. Aus den richtigen, effektiven Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erwachsen wesentliche Triebkräfte der sozialistischen Gesellschaft. Erinnert sei insbesondere an die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und an die untrennbare Verbindung zwischen wissenschaftlich-technischem Fortschritt und sozialem Fortschritt. Je höher sich die Gesellschaft entwickelt, um so größer ist die gegenseitige Abhängigkeit aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Das umfassende Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus ist nicht möglich, ohne daß in anderen Bereichen dafür wesentliche Bedingungen geschaffen werden – in der Wissenschaft, im Bildungswesen, in der Entwicklung der sozialen Beziehungen und der sozialistischen Demokratie, im geistig-kulturellen Bereich, in der Haltung und der Denkweise usw.

In diesem Sinne erklärte *Erich Honecker* auf dem X. Parteitag der SED: „Im Zentrum der Gesellschaftspolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands steht unsere Ökonomie, die große Arbeit unseres Volkes für einen hohen wirtschaftlichen Leistungsanstieg. Hier vor allem fallen die Entscheidungen über die weiteren Fortschritte bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus. Zugleich wirkt das Gedeihen aller anderen gesellschaftlichen Bereiche immer stärker auf das Tempo des Produktionswachstums zurück“¹⁰. Ein großer Vorzug des Sozialismus besteht darin, daß es möglich wird, diese Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bewußt und planmäßig herzustellen.

Natürlich ist der Wunsch verständlich, möglichst schnell den Kommunismus zu erreichen. Daraus resultiert das Bestreben, möglichst genau die Zeitdauer der sozialistischen Phase zu bestimmen. Von 20 Jahren und von 100 Jahren ist dabei die Rede. Meines Erachtens ist dies ein abenteuerliches Unterfangen, das nichts mit wissenschaftlicher Analyse zu tun hat. Eine begründete Voraussage ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Niemand kann genau wissen, wie der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus in konkreten Einzelheiten verlaufen wird. Wir, die Marxisten-Leninisten lassen uns von der wissenschaftlich begründeten Überzeugung leiten, daß der Sozialismus aus diesem Kampf als Sieger hervorgehen wird. Diese Überzeugung wird durch die praktische Entwicklung dieses Jahrhunderts, insbesondere seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bestätigt. Aber niemand kann konkret voraussagen, welche Kräfte und Potenzen dafür aufgewendet werden müssen, welche unvorhersehbaren Wendungen zeitweilig eintreten werden. Ebenso wenig kann vorausgesagt werden, welche Anforderungen sich an die Lösung bestimmter globaler Probleme, beispielsweise die Überwindung des Hungers und der Unterentwicklung in Ländern der dritten Welt ergeben.

Wie sich zeigt, verändern sich auch die Maßstäbe, die wir heute für das Erreichen der höheren, kommunistischen Phase anlegen. Auf die Frage, wie die materiell-technische Basis einer kommunistischen Gesellschaft beschaffen sein muß, könnten wir heute erst eine höchst unvollkommene Antwort geben. Beim gegenwärtigen Tempo der wissenschaftlich-technischen Revolution wird die sich in den nächsten Jahrzehnten entwickelnde Wissenschaft, Technik und Technologie darauf einen entscheidenden Einfluß ausüben.

Im Grunde geht es auch gar nicht um irgendeine Jahreszahl. Entscheidend sind zwei grundlegende Erkenntnisse, die sich aus der Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ergeben. Einmal gilt es, Klarheit darüber zu bieten, daß wir es mit großen historischen Dimensionen zu tun haben. Kommunismus ist erst real möglich, wenn alle Vorzüge, Potenzen und Möglichkeiten des Sozialismus voll ausgeschöpft sind. Zum anderen ergibt sich daraus, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn alle Kräfte auf die erfolgreiche Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft konzentriert werden.

¹⁰ Erich Honecker, Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag der SED, April 1981 in Berlin, Berlin 1981.

Bevor die kommunistischen Ideale auf die Tagesordnung gesetzt werden können, müssen die sozialistischen Ideale voll verwirklicht sein.

Nimmt man diese grundlegenden Merkmale des entwickelten Sozialismus in ihrer Gesamtheit, so ergeben sich sehr klar die langfristigen historischen Dimensionen, wenn man berücksichtigt, welche weitreichenden Aufgaben in ihrem Rahmen gelöst werden müssen. In dieser Etappe sozialistischer Entwicklung gilt es, *alle Voraussetzungen für das Hinüberwachsen in den Kommunismus zu schaffen*. Unter anderem bedeutet das praktisch, daß in dieser Zeit die Leninsche Forderung erfüllt werden muß, eine höhere Arbeitsproduktivität als im Kapitalismus zu erreichen. Es ist notwendig, die wesentlichen Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit sowie zwischen Stadt und Land zu überwinden, damit der Übergang zur klassenlosen Gesellschaft erfolgen kann. Die Arbeit muß zum ersten Lebensbedürfnis werden. Allein schon diese wenigen Aufgaben machen deutlich, daß sie nicht in wenigen Jahren gelöst werden können.

Manche Vorstellungen über eine kurze Dauer der sozialistischen Phase, über einen raschen Übergang zum Kommunismus sind in falschen Auffassungen über den Charakter der Aufgaben begründet, die im Rahmen dieser Phase gelöst werden müssen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Theorie von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft das Ergebnis einer längeren theoretischen Arbeit marxistisch-leninistischer Parteien war, in der die praktischen historischen Erfahrungen verallgemeinert wurden. Mit anderen Worten, die Ausarbeitung dieser Konzeption war erst möglich, nachdem die Herausbildung der sozialistischen Gesellschaft eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht hatte. Solange das nicht der Fall war, wurden zunächst zu grundlegenden Fragen manche unterschiedlichen, darunter auch einseitige und primitive Auffassungen vertreten, die später durch das Leben korrigiert wurden. Wie bereits erwähnt, gehörte zu diesen Meinungen die Vorstellung, der Sozialismus sei lediglich weniger entwickelter Kommunismus, er unterscheide sich von dieser höheren Phase vor allem dadurch, daß in ihm noch Muttermale der alten Gesellschaft, insbesondere des Kapitalismus vorhanden seien. Die Konsequenz dieser Vorstellung wäre, daß man nur diese Muttermale des Kapitalismus beseitigen müsse, um zum Kommunismus zu kommen. *Marx*, *Engels* und *Lenin* vertraten niemals eine derartige Auffassung. Sie steht aber vor allem im Widerspruch zu den praktischen Erfahrungen.

Natürlich müssen diese Muttermale der vorangegangenen Gesellschaftsordnung, insbesondere des Kapitalismus, überwunden werden. Aber dies geschieht nach dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in erster Linie durch die allseitige und umfassende Gestaltung der neuen, der sozialistischen Gesellschaft. Diese schöpferische Gestaltung des Sozialismus, die Ausschöpfung aller seiner Potenzen und Möglichkeiten steht absolut im Zentrum der inneren Entwicklung. *Marx* ebenso wie später *Lenin* betrachteten diese Phase des Sozialismus immer als eine Etappe, in der sich die Produktivkräfte rasch entwickeln, in der sich neue Beziehungen herausbilden, der Charakter und der Inhalt der Arbeit sich grundlegend ändern sowie

alle jene Aufgaben gelöst werden, ohne die es keinen Kommunismus geben kann.

In Auffassungen, die mit einem raschen Übergang zum Kommunismus rechnen, werden der Blick und die Aufgabenstellung meist auf die Entwicklung der Produktionsverhältnisse reduziert. Aber schon die Klassiker des Marxismus-Leninismus wiesen immer auf die durch die Geschichte bestätigte Tatsache hin, daß die kommunistische Phase nur eingeleitet werden kann, wenn außerordentlich hochentwickelte Produktivkräfte hervorgebracht worden sind – und zwar sowohl sachliche Produktivkräfte als auch in Gestalt des neuen Menschen. Für *Marx* war es eine Binsenweisheit, daß erst der „genossenschaftliche Reichtum voller fließen“ muß, bevor kommunistische Formen der Verteilung möglich werden. Kommunismus nach den marxistisch-leninistischen Vorstellungen kann es nur auf der Basis hochentwickelter Produktivkräfte, auf der Grundlage eines außerordentlich hohen Standes der Arbeitsproduktivität, bei Vorhandensein eines großen materiellen Reichtums der Gesellschaft geben.

Berücksichtigen wir die marxistisch-leninistische Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, so wird klar, daß nur ein derart hohes Niveau der Produktivkräfte Produktionsverhältnisse möglich macht, die wir kommunistisch nennen können. Schon *Marx* und *Engels* haben sich mit Vorstellungen auseinandergesetzt, die den Kommunismus lediglich als eine gerechtere Verteilung der Armut betrachtet haben. Der Marxismus-Leninismus hingegen geht davon aus, daß die sozialistische Gesellschaft nicht nur das Vorhandene gerechter zu verteilen mag, sondern vor allem in der Lage ist, eine rasche Entwicklung der Produktivkräfte zu sichern, die es möglich macht, das Lebensniveau der Werktätigen systematisch zu erhöhen, soziale Sicherheit zu gewährleisten und die freie Entwicklung der Persönlichkeit zu ermöglichen.

Die bei einigen marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern anzutreffende Unterschätzung der Produktivkräfte mag bestimmte historische Gründe haben. Selbstverständlich gilt es in der sozialistischen Revolution zunächst, die politische Macht zu ergreifen und die entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Nachdem die Diktatur des Proletariats errichtet ist, steht das Ringen um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Mittelpunkt der revolutionären Umwälzung. Das kann jedoch nicht bedeuten, daß deshalb die rasche und allseitige Entwicklung der Produktivkräfte eine untergeordnete Aufgabe wäre. Die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse, die Überführung der entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum ist für die sozialistische Revolution niemals Selbstzweck. Nur auf diesem Weg wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, kann die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung dem Wohl des Volkes dienen, können dementsprechende neue soziale Beziehungen entwickelt werden. All das ist aber nur möglich, wenn die sozialistischen Produktionsverhältnisse so gestaltet werden, daß sie in jeder Hinsicht als Bewegungsformen der Produktivkräfte wirksam sind.

In den Anfängen der sozialistischen Revolution war mitunter die primitive Vorstellung anzutreffen, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse mehr oder weniger automatisch eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft sichern. Diese Auffassung steht nicht nur im Widerspruch zur marxistisch-leninistischen Theorie, sondern vor allem zu den praktischen Erfahrungen. Das gesellschaftliche Eigentum, die sozialistischen Produktionsverhältnisse sind das entscheidende Fundament der neuen Gesellschaft. Aber das Fundament allein ergibt noch keine dynamische Wirtschaft. Sozialistische Produktionsverhältnisse müssen vielmehr in jedem neuen Abschnitt so gestaltet werden, daß sie zu wirklichen Bewegungsformen der Produktivkräfte werden – sowohl ihres materiell-technischen Bereichs als auch der Persönlichkeit der Arbeiter und der anderen Werktätigen als der Hauptproduktivkraft. Das Entwicklungsniveau sozialistischer Produktionsverhältnisse muß daher im Stand der Produktivkräfte seinen Ausdruck finden und gemessen werden.

Es sei nur daran erinnert, daß *Marx* und *Engels* den dialektischen Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als eine der Grundfragen des historischen Materialismus hervorhoben, wobei der Entwicklung der Produktivkräfte als dem bestimmenden und revolutionären Element der Produktionsweise das Primat zukommt. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse erweisen sich als entscheidende Basis der Gesellschaft und als Bewegungsform der Produktivkräfte. Aber ihre Höherentwicklung ist von der Entfaltung der Produktivkräfte nicht zu trennen. Wie sollte sich der neue Charakter der Arbeit herausbilden, wie sollten die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit vermindert und schließlich überwunden werden, ohne daß dafür durch die Veränderungen in der materiell-technischen Basis, d.h. durch die Entwicklung der Produktivkräfte, die Voraussetzung geschaffen werden?

Für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist daher die bewußte und planmäßige Gestaltung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen eine Schlüsselfrage. Insbesondere die Überführung der Volkswirtschaft auf den Weg der intensiv erweiterten Reproduktion hat in den meisten Staaten der sozialistischen Gemeinschaft die Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf die Tagesordnung gestellt. In der DDR wurde vor allem mit der Bildung und Gestaltung der Kombinate ein wichtiger Schritt auf diesem Wege gemacht. Dazu gehören auch Fragen wie die Rechte und Verantwortung der Kombinate und Betriebe, die Organisation der Brigadearbeit, die konsequente Weiterentwicklung der materiellen Interessiertheit, insbesondere des Lohnsystems usw. In der Landwirtschaft wurden seit dem X. Parteitag der SED viele Maßnahmen getroffen, die alle darauf hinauslaufen, die Potenzen und Möglichkeiten des genossenschaftlichen Eigentums besser auszuschöpfen.

Aus den Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung und mehr noch aus den praktischen Erfahrungen ergibt sich, daß die Wirtschaft der entwickelten sozialistischen Gesellschaft unabdingbar ein dynamisches Wachstum erfordert. Ohne ein solches ökonomisches Wachstum kann es auch keine erfolgreiche Gestaltung des Sozialismus geben, können seine Ideale und Werte

nicht realisiert werden. Von diesem Standpunkt ist es daher ein wichtiges Ergebnis, daß in der DDR seit Beginn der achtziger Jahre das Wachstumstempo der Wirtschaft deutlich beschleunigt werden konnte. So wuchs das Nationaleinkommen 1982 um 2,6, im Jahre 1983 um 4,4 und 1984 um 5,5 Prozent. In der Industrie konnte 1984 eine Steigerung der Nettoproduktion von rund acht Prozent erreicht werden, der ein annähernd gleich starker Anstieg der Arbeitsproduktivität zugrunde liegt.

In der internationalen Diskussion marxistisch-leninistischer Ökonomen wurde mitunter die Auffassung vertreten, ein sozialistischer Staat könne sich zeitweilig mit einem qualitativen Wachstum begnügen, da schon die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität die Lösung wichtiger sozialer Aufgaben ermögliche. Die praktischen Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß diese Position nicht haltbar ist, so daß sie auch in der theoretischen Diskussion aufgegeben werden mußte.

An unsere Volkswirtschaft sind außerordentlich hohe Anforderungen gestellt. Konsequentermaßen gilt es, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterzuführen, die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern und dem wachsenden Aufwand für Forschung und Entwicklung zu entsprechen, das militärstrategische Gleichgewicht zu sichern, Maßnahmen zu treffen, um die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zu begrenzen und jedwede imperialistische Boykottpolitik zu durchkreuzen. Diesen Erfordernissen zu entsprechen, macht ein möglichst rasch quantitativ wachsendes ökonomisches Potential erforderlich. Die Orientierung auf die umfassende Intensivierung des gesamten Reproduktionsprozesses bedeutet, daß wir konsequent auf die qualitativen Wachstumsfaktoren setzen. Der effektivere Einsatz der materiellen und geistigen Potenzen wird damit zur entscheidenden Wachstumsquelle. Dieses qualitative Wachstum kommt dann zur vollen Wirkung, wenn es in quantitatives Wachstum umgesetzt wird. So geht es nicht lediglich um die Senkung des Produktionsverbrauchs und die Einsparung an Arbeitszeit, sondern darum, auf diesem Wege die Potenzen und Mittel freizusetzen, um ein dynamisches Wachstum zu sichern.

Unsere Partei hat stets unterstrichen, daß es uns nicht um ökonomisches Wachstum schlechthin geht. Wir sind keine Wachstumsfetischisten. Wir benötigen in qualitativer und in quantitativer Hinsicht ein solches Wachstumstempo und eine solche Wachstumsstruktur, daß damit die Aufgaben zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft im Inneren und im internationalen Maßstab gelöst werden können. Und das bedeutet praktisch, daß das Wachstum der Volkswirtschaft groß genug und die Struktur des zur Verfügung stehenden Nationaleinkommens so beschaffen sein muß, daß fünf grundlegende Aufgaben gelöst werden können.

Erstens müssen die Vorzüge des Sozialismus so realisiert werden, daß sie im Alltag durch jedermann als solche erlebt werden. Und in der Tat: Obwohl sich mit dem Übergang zu den achtziger Jahren die internationalen und inneren Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR gravierend verändert haben, wurde kein Punkt des sozialistischen Programms gestrichen oder auch nur gekürzt. Im Gegenteil, einige wurden erweitert, eine Reihe neu-

er Maßnahmen wurde beschlossen und durchgeführt. Die soziale Sicherheit wurde weiter ausgebaut. Dafür sind bedeutende materielle Potenzen erforderlich.

Zweitens muß das Wachstum groß genug sein, um die erweiterte Reproduktion zu gewährleisten, und zwar im Marxschen umfassenden Sinne: der erweiterten Reproduktion der materiell-technischen Basis der Wirtschaft und Gesellschaft, der erweiteren Reproduktion der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Sinne ihrer qualitativen Weiterentwicklung und der erweiterten Reproduktion der Werktätigen als sozialistische Persönlichkeiten.

Drittens gilt es, die Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten und unseren Beitrag zur Wahrung des für die Sicherung des Friedens unabdingbaren militärstrategischen Gleichgewichts zu leisten.

Viertens haben wir darüber hinaus zahlreiche internationale Verpflichtungen zu erfüllen, unter denen die internationale Solidarität und die Hilfe für Entwicklungsländer eine große Rolle spielen.

Fünftens schließlich ist es notwendig, das Gleichgewicht zwischen Gesellschaft und Natur zu gewährleisten. Wie sich zeigt, hängen die rationelle Nutzung, die Gestaltung und der Schutz der natürlichen Umwelt in hohem Maße davon ab, wie viele Mittel dafür aufgewendet werden können. Das Wachstum der Volkswirtschaft ist letztlich dafür ausschlaggebend. Die Wirtschaftsstrategie der SED ist darauf gerichtet, ein ökonomisches Wachstum mit sinkendem Aufwand zu erreichen. Tatsächlich sank seit dem X. Parteitag der spezifische Aufwand an Roh- und Brennstoffen im Jahresdurchschnitt um sechs Prozent. Diese Form des ökonomischen Wachstums ist besonders schonend für die natürliche Umwelt.

Die Wirtschaft ist aus vielfältigen Gründen das Hauptfeld des Kampfes um die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ebenso wie in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus und um die Erhaltung des Friedens. Ihre Ergebnisse entscheiden wesentlich darüber, wie, in welchem Tempo und Umfang die Vorzüge des Sozialismus praktisch und für jeden Werktätigen spürbar realisiert werden können. Die praktisch realisierten Vorzüge des Sozialismus sind ihrerseits seine wichtigsten Triebkräfte. Vor allem im Ringen um die Lösung der ökonomischen Aufgaben bilden sich sozialistische Persönlichkeiten heraus, die in ihrer Denkweise, in ihrer Haltung, Aktivität und Schöpferkraft zu den eigentlichen Gestaltern der sozialistischen Gesellschaft werden.

In der Entwicklung der Wirtschaft werden zudem Entscheidungen gefällt, die alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Die Wechselbeziehungen zwischen der Wirtschaft und den übrigen Bereichen der Gesellschaft erlangen eine ständig wachsende Bedeutung sowohl für die ökonomische Entwicklung als auch für die Gesellschaft insgesamt. Dabei geht es nicht nur um die Mittel, die für Wissenschaft, Bildung, Kultur und Freizeit Jahr für Jahr zur Verfügung gestellt werden, sondern vor allem um den Inhalt der Gestaltung dieser Bereiche, um die Beziehungen zwischen den Klassen und sozialen Schichten usw.

Die Wirtschaft ist überdies und heute ganz entscheidend das Hauptkampf-
feld in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Impe-
rialismus, im Ringen um die Verhinderung eines atomaren Infernos. Ob unter
allen Bedingungen das militärstrategische Gleichgewicht zwischen der So-
wjetunion und den USA, zwischen Warschauer Vertrag und NATO erhalten
wird, hängt sehr wesentlich von den ökonomischen und wissenschaftlichen
Potenzen ab, die dafür eingesetzt werden können. Ob die imperialistische
Konfrontationspolitik durchkreuzt, der Politik des Wirtschaftsboykotts erfolg-
reich begegnet werden kann, hängt in erster Linie von der ökonomischen
Kraft des Sozialismus ab.

* * *

Die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist das ent-
scheidende Fundament für die Bestimmung der Politik, der Strategie und
Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien jener Länder der sozialistischen
Staatengemeinschaft, in denen der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialis-
mus vollzogen ist. Sie ist nicht nur offen für neue theoretische Erkenntnisse
und Schlußfolgerungen, die sich aus der geschichtlichen Entwicklung und
den praktischen Erfahrungen ergeben, sondern macht diese unabdingbar er-
forderlich. Gerade darin wird nicht nur der dynamische Charakter der sociali-
stischen Gesellschaft, sondern ebenso das dynamische Wesen der marxi-
stisch-leninistischen Theorie offensichtlich.

Wege und Möglichkeiten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns

Erzsébet Gidai

1. Die neuen Anforderungen und die Antworten der 70er Jahre – 2. Plan und regulierter Markt: Weiterentwicklung des Systems der Wirtschaftsführung – 3. Beschäftigung, Bildung und Struktur der Arbeitskräfte – 4. Einkommensverteilung und Differenzierung der Einkommen – 5. Tendenzen und Möglichkeiten der Entwicklung

1. Die neuen Anforderungen und die Antworten der 70er Jahre

In der sozialökonomischen Entwicklung Ungarns haben sich in den vergangenen 40 Jahren Veränderungen von historischer Bedeutung vollzogen, deren Ergebnisse auch im internationalen Vergleich als beachtlich bezeichnet werden können. Zwischen 1950 und 1980 sind das Nationaleinkommen auf das Fünffache, die Industrieproduktion auf das Neunfache, der Grundmittelfondsbestand der Volkswirtschaft auf das 4,2fache und der Privatverbrauch der Bevölkerung auf das Vierfache angestiegen. Die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse war die Grundlage zur Gewährleistung von Existenzsicherheit und Vollbeschäftigung. Wichtig war aber auch die Verwirklichung der kostenlosen Schulbildung und ärztlichen Versorgung. Die Ergebnisse in der Landwirtschaft sind besonders herausragend: In der landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Produktion steht Ungarn heute international an 6. Stelle.

Die positiven quantitativen Ergebnisse waren aber nicht mit der notwendigen qualitativen Veränderung gepaart. So ist die ungarische Wirtschaft in den 80er Jahren durch strukturelle Probleme, Spannungen, Rückständigkeit in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung charakterisiert. Neben den strukturellen Problemen führte das niedrige Niveau der wirtschaftlichen Effektivität zur Verminderung der Effektivität der Investitionen, der Produktion und der Exportfähigkeit. Die Wurzeln der sich verstärkenden Widersprüche der 80er Jahre liegen in der Vergangenheit. Die Antwort auf die Anforderungen der 70er Jahre war eine schwere Prüfung.

In diesem Jahrzehnt wurde die ungarische Wirtschaft, ähnlich wie die anderer Länder, mit Veränderungen der weltwirtschaftlichen Bedingungen konfrontiert, die ihre Rahmenbedingungen gründlich veränderten. Die Weltwirtschaftskrise von 1973/74 schuf für die ungarische Wirtschaft eine neue Lage, deren Erkenntnis und Anerkennung eine geraume Zeit erforderte. Der Anpassungsprozeß wurde verzögert, weil die Rohstoff- und Energieversorgung gesi-

chert war, das die Verluste finanzierende Budget noch funktionierte, die Wirtschaftsführung die Verschlechterung der terms of trade als Übergangszustand betrachtete und deshalb kein neues Programm ausgearbeitet wurde. Das Plansoll wurde nicht korrigiert.

Seit Mitte der 70er Jahre war die ungarische Wirtschaft mit einem immer angespannteren Gleichgewicht konfrontiert. Es mußte erkannt werden, daß die Wirkungen der durch die Weltwirtschaftskrise ausgelösten Prozesse dauerhafter Natur waren und die unvorteilhafte Weltmarktlage die Absatzbedingungen verschlechterte, was die inneren Disproportionen verstärkte. Das Wirtschaftswachstum zur Mitte der 70er Jahre war durch die Einbeziehung äußerer Ressourcen möglich gewesen. Diese Möglichkeiten verminderten sich jedoch mit der Verschlechterung der terms of trade.

Es ist bekannt, daß die ungarische Wirtschaft eine äußerst offene Wirtschaft ist, deren Gleichgewichtsprobleme aus den 70er Jahren diesen Grundzug verstärkten. Damals machte der Export fast die Hälfte des Volkseinkommens aus. Die Mängel einer grundsätzlich auf Endprodukte konzentrierten Industrieproduktion wurden Mitte der 70er Jahre deutlich, weil dies zur stufenweisen Verschlechterung der Außenhandelsbilanz beitrug. Eine Erhöhung des Volkseinkommens um 1% erhöhte den Import um 2%, wobei sich der Export nur um $\frac{1}{2}$ % erhöhte. Daraus folgte, daß das schnelle Wachstum die Außenhandelsbilanz ständig verschlechterte, da deren Defizite eine wachsende Verschuldung der Volkswirtschaft nach sich zogen.

Als die Bedeutung der fortlaufenden Verschlechterung der terms of trade erkannt wurde, wurden 1977 und 1978 Entscheidungen über einen neuen Weg des Wachstums und eine entsprechende Wirtschaftspolitik getroffen. Im Zentrum der neuen Wirtschaftspolitik steht statt der Erhaltung des Wachstumstempos die Wiederherstellung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts, die Umformung der Produktions- und Außenhandelsstruktur. Kernpunkte waren die Verminderung des Wachstumstempos sowie die Abstimmung von Export und Import im Interesse des Gleichgewichts der Außenhandelsbilanz, also die Unterstützung des Exports und die Beschränkung des Imports. Nach der Wende von 1978 wurde die wirtschaftliche Restriktion konsequent verwirklicht. Dies bedeutete die Begrenzung des Wachstums des Volkseinkommens und des Inlandsverbrauchs.

Degressiver Inlandsverbrauch im Rahmen eines kaum wachsenden Volkseinkommens bedeutete, daß der Verbrauch der Bevölkerung und die Investitionen vermindert werden mußten. Um die weitere Verschlechterung der Außenhandelsbilanz zu vermeiden, wurde 1979 eine strenge Importregelung zum Stopp der Erhöhung des Rohstoffimports eingeführt. Mit Hilfe von Finanzregelungen wurde der Ersatz der Importrohstoffe durch Inlandsrohstoffe angespornt. Die Möglichkeiten dazu waren aber begrenzt, da die Importbeschränkung infolge Rohstoffverknappung auch die Industrieproduktion beeinträchtigte.

Die Drosselung des Inlandsverbrauchs hatte jedoch nicht nur auf die Akkumulation, sondern auch auf den Endverbrauch Auswirkungen. Konnte die Bremsung der Akkumulation im Rahmen des Jahresbudgets verwirklicht wer-

den, so erforderte das Einfrieren des Bevölkerungsverbrauchs eine Reihe miteinander abgestimmter Maßnahmen auf dem Sektor der Preis- und Lohnpolitik. Das Wachstum des Bevölkerungsverbrauchs konnte mit der Senkung bzw. Beschränkung des zur Verfügung stehenden und für den Verbrauch verwendeten Einkommens bzw. einer entsprechenden Verbraucherpreispolitik realisiert werden. Das Netto-National-Produkt zu Marktpreisen erhöhte sich 1981 und 1984 durchschnittlich um 1,2%. Das Volkseinkommen Ende 1983 war aber nur um 6,4% größer als 1978. In fünf Jahren wuchs das Volkseinkommen nur um die jahresdurchschnittliche Rate der Periode 1968 bis 1975. Die Entwicklung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennziffern von 1979 bis 1984 ist in der folgenden Tabelle zusammengefaßt.

Kennziffer und Maßeinheit	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Jährlicher Zuwachs des Nationaleinkommens in %	1,5	-0,8	2,0	2,3	1,0	1,9
Jährlicher Zuwachs der Industrie-Produktion in %	2,4	0,5	2,8	2,4	0,8	3,4
Jährlicher Zuwachs der Investitionen in %	3,0	-5,9	-5,6	-2,8	-0,6	-5,0
Jährlicher Zuwachs der landwirtschaftlichen Produktion in %	-1,5	4,6	2,0	7,3	1,5	4,6
Jährlicher Zuwachs des Verbrauchs der Bevölkerung in %	2,1	1,7	1,5	1,4	1,2	1,0
Jährlicher Zuwachs des Reallohnes (pro Kopf) in %	1,8	1,2	0,8	-0,5	-2,1	-2,5
Jährlicher Zuwachs des Realeinkommens (pro Beschäftigten) in %	2,4	1,5	1,2	0,8	0,6	0,5
Exportzuwachs pro Jahr in %	10,5	1,5	2,6	7,2	9,5	6,8
Importzuwachs pro Jahr in %	-3,0	-1,2	0,2	0,1	4,0	1,1
Bevölkerung in 1000 Pers.	10710,1	10709,5	10712,8	10710,9	10700,2	10678,8

Die Restriktionspolitik verwirklichte mit der Drosselung des Wachstumstempus zur Wiederherstellung des Gleichgewichts und zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit erfolgreich den eingeschlagenen Kurs.

1982 schloß die Außenhandelsbilanz mit positivem Saldo, und der Schuldenstand des Landes wurde etwas niedriger. War hinsichtlich der Mengenkennziffern die Begrenzung des Wirtschaftsniveaus auch erfolgreich, so wurden die auch früher schon drückenden Qualitätsprobleme noch stärker. Eine strukturelle Umgestaltung der Wirtschaft fand nicht statt, der Rückstand in der Technikentwicklung vergrößerte sich, die Effektivität der Arbeit stagnierte, und infolge der negativen Auswirkungen vor allem der Preissteigerungen auf das Lebensniveau entstanden soziale Spannungen. Diese drückten sich aus in der Differenzierung der Einkommen, in Mehreinkommen ohne entsprechende Qualitätsarbeit, die mit sogenannten Tricks erlangt wurden. Die Anfang der 80er Jahre eingeführten Kleinunternehmen (wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaften, wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Großunternehmen) verstärkten diese Tendenz. Nachteile hatten besonders Schichten wie Rentner, jugendliche Berufsanfänger und kinderreiche Familien.

In dieser komplizierten Entwicklungsphase der Wirtschaft entfaltete sich die Diskussion über die Weiterentwicklung der Wirtschaftsleitung. Mit dem Beschluß des ZK der USAP vom April 1984 wurde mit der Weiterführung der Wirtschaftsreformen von 1968 begonnen. Dies sowie die Notwendigkeit der Dynamisierung der Wirtschaft wurde auf dem XIII. Parteitag der USAP im März 1985 diskutiert und in einem Beschluß festgelegt.¹

2. Plan und regulierter Markt: Weiterentwicklung des Systems der Wirtschaftsführung

Das Jahr 1985 bedeutet einen Wendepunkt der Wirtschaftsentwicklung in dem Sinne, daß die Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsleitung nunmehr kontinuierlich eingeführt werden. Dies spielt auch eine wichtige Rolle für die langfristige Wirtschaftsstrategie. Grundlegende Ziele sind die Steigerung der Effektivität der Wirtschaft, die Förderung des wirksameren Wirtschaftens mit dem gesellschaftlichen Eigentum und die Vorwärtsentwicklung des Landes. Die konkreten Aufgaben sind:

1. Die Entfaltung des Unternehmerverhaltens. Dies beinhaltet die wachsende Koordinierung und die konsequente Anwendung der zentralen Wirtschaftslenkung, die wesentliche Verminderung der Vorgaben durch alte Verordnungen sowie die verstärkte Beteiligung der Leitungen und Betriebskollektive am Betriebserfolg.

2. Die Steigerung der Rolle und des Wirkungsfeldes des regulierten Marktes. Dies setzt eine größere Mobilität der Ressourcen, d.h. die Entwicklung solcher Formen auf dem Gebiet der Arbeitskräfte- und Produktionsmittelverteilung voraus, die zur Steigerung des Volkseinkommens beitragen.

¹ Beschluß des XIII. Parteitages des USAP über die Arbeit und die weiteren Aufgaben der Partei - Beilage der Tageszeitung „Népszabadság“ vom 30. März 1985.

Diese Probleme werfen die Frage des Zusammenhangs zwischen Planung und Regulierung, Plan und Markt auf. Mit der Reform des Wirtschaftsmechanismus von 1968 wurde die Beziehung zwischen Planung und Regulierung theoretisch definiert. Dementsprechend ist das Hauptziel der Planung die Festlegung der Haupttendenzen der Volkswirtschaftsentwicklung, die Schaffung der dazu notwendigen Rahmenbedingungen. Die Regulierung bestimmt demgegenüber den Rahmen der unmittelbaren Aktivität der Betriebe. So werden nur die wichtigsten Fragen zentral entschieden, die Teilprobleme werden durch die lokalen Organe im Rahmen der Wirtschaftsregulierung gelöst.

In der Praxis haben diese theoretisch definierten Funktionen die Erwartungen nicht erfüllt, weil die Bedingungen der indirekten Regulierungen beschränkt waren. So wäre vor allem die Ausbildung des regulierten Marktes notwendig gewesen, was aber wegen der Zentralisierung der Wirtschaft, der kontinuierlichen Umverteilung und Mangelwirtschaft sowie der unvorteilhaften Auslandsbeziehungen nur in geringem Umfang verwirklicht werden konnte. Heute müßten vor allem Felder des regulierten Marktes geschaffen werden; hier muß die auf normativer Regulierung beruhende Leitung verwirklicht werden. Wo das aber nicht möglich ist, muß die Planung eine größere Rolle spielen. Der regulierte Markt muß sich vor allem auf die Warenproduktion ausdehnen. Die Steigerung seiner Rolle bedeutet, daß sein Wirkungskreis und seine Funktion auf dem Binnenmarkt und in den internationalen Beziehungen, vor allem in der Zusammenarbeit unter den sozialistischen Ländern, wächst.

Das Geltendmachen des Weltmarktprinzips wird auch in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Mit der Steigerung der Selbständigkeit der Betriebe müssen die Marktautomatismen eine größere Rolle für die Befriedigung der Verbrauchernachfrage erhalten. So verbreitet sich die Zone, in der die Markt-kategorien und der Markt eine aktive Rolle spielen. Die zentrale Leitung bezieht sich grundsätzlich auf die Regulierung der grundlegenden Prozesse (z. B. Umgestaltung der Struktur, Sozialpolitik usw.).

3. Die Umgestaltung des Institutionensystems. Dies bedeutet die Bildung solcher Institutionen und die Ausarbeitung eines solchen Systems, das den Unternehmen effektiv Möglichkeiten verleiht, ihre Wirtschaftstätigkeit zu differenzieren und auszuwählen. Dies bedingt die Umgestaltung der Leitungsformen der Unternehmen in folgenden Richtungen:

- Bildung von Unternehmensräten als Leitungsgremien. Der Unternehmensrat besteht aus dem Direktor als dem Vertreter der Unternehmensleitung, den von der Belegschaft gewählten Delegierten (sie stellen die Hälfte des Unternehmensrates), $\frac{1}{6}$ der Mitglieder werden vom Unternehmensdirektor ernannt, $\frac{2}{6}$ bestehen aus den Leitungen der Betriebe, Abteilungen usw.

- Die Einrichtung der Generalversammlung der Belegschaft als Leitungselement. Im allgemeinen wird diese Leitungsform bei Unternehmen mit weniger als 1000 Beschäftigten eingeführt. In diesem Falle sind alle Belegschaftsmitglieder Mitglieder der Generalversammlung, die den Direktor und die Leitung in geheimer Abstimmung wählt. Zu den Aufgaben der Generalversamm-

lung gehört die Entscheidung über die Strategiefragen des Unternehmens (mittelfristige Pläne, Organisationsveränderungen usw.).

– Die dritte Form der Unternehmensleitung entspricht dem bisher bestehenden Institutionensystem, nach dem das Unternehmen vom Direktor geführt wird. Dazu gehören vor allem Unternehmen, die unter Verwaltungsaufsicht stehen (Kommunalbetriebe und die dem Ministerrat direkt unterstellten Unternehmen).

Die Weiterentwicklung des Regulierungssystems macht es möglich, daß die Unternehmen in der Zukunft über die Verwendung und Erweiterung der zur Verfügung stehenden Mittel selbständig entscheiden; ihre Entscheidungsrechte betreffen dann die Bestimmung der Unternehmensstrategie, der Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen, der Inanspruchnahme von Material- und Arbeitskräfte-Ressourcen usw. Damit wird auch die Kapitalwanderung zwischen den Unternehmen möglich. Die Zurückhaltung von Mitteln wird überflüssig, freiwerdende Mittel können an anderen Stellen des Reproduktionsprozesses, also in anderen Unternehmen, wirksam werden. Diese größere Selbständigkeit wird wahrscheinlich die Differenzierung der Unternehmen erhöhen; die erfolgreichen Unternehmen werden in eine bessere, die weniger erfolgreichen in eine schlechtere Lage kommen – das kann den notwendigen Strukturwandel beschleunigen.

Zur Unterstützung der selbständigeren Unternehmen wurde mit der Weiterentwicklung der Staatsorgane und Institutionen begonnen. Neue Ministerien wurden zur Ausarbeitung der Strategien für Zweige bzw. gesellschaftliche Sphären gebildet (so für die Industrie, die Berufsausbildung usw.), organisatorische und funktionelle Veränderungen wurden im Bank- und Kreditwesen in Gang gesetzt.

Zu den Reformprozessen gehören auch die neuen Kleinunternehmen, die in den letzten Jahren entstanden. Nennenswert sind vor allem die wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften und die wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Großunternehmen, die nach Ablauf der Normalarbeitszeit tätig sind und in denen 1981 130 000–140 000 Werktätige arbeiteten.

Man kann schon heute bei der Weiterentwicklung der Wirtschaftsleitung erkennen, daß es einer längeren Zeit bedarf, bis die richtigen Lösungen gefunden werden und sie sich im Prozeß der Interessen- und Meinungsauseinandersetzungen verwirklichen können.

3. Beschäftigung, Bildung und Struktur der Arbeitskräfte

Die Bevölkerungszahl Ungarns zeigt eine anderen europäischen Ländern vergleichbare abnehmende Tendenz. Diese wird nach den vorliegenden Prognosen in den nächsten zwei Jahrzehnten noch stärker zur Geltung kommen.² Im Falle der unveränderten Geburts- und Sterberaten des Jahres 1980 wird die Bevölkerung Ungarns bis zum Jahre 2000 von 10,7 Millionen des Jahres

² Die demographischen Prognosen schätzen die Bevölkerung Ungarns Ende des Jahrtausends auf 10 Millionen.

1984 um 270 000–280 000 abnehmen. Die Abnahme der Bevölkerung wird mit Überalterung verbunden sein, was bedeutet, daß der Anteil jenseits des arbeitsfähigen Alters (Frauen ab 55 Jahren, Männer ab 60 Jahren) ein Fünftel der Bevölkerung betragen wird. Gleichzeitig wird die Quote der noch nicht Arbeitsfähigen (bis 19 Jahre) von 22% im Jahre 1980 bis 1990 auf 19,7% und bis zum Jahre 2000 auf 18,4% sinken. Langfristig muß so mit einer Verminderung der arbeitsfähigen Bevölkerung gerechnet werden. Infolge der ungünstigen demographischen Lage und der nur langsamen technischen Entwicklung besteht für Berufe mit geringen Qualifikationen und geringem Sozialprestige (Hilfsarbeiter, Bauarbeiter u. a.) Arbeitskräftemangel. Mit dieser Tendenz muß man noch langfristig rechnen. Die Steigerung des Anteils der älteren Menschen bringt für die Sozialpolitik die Aufgabe der Sicherung des Realwerts der Renten und eines angemessenen Lebensniveaus sozial schwächerer Schichten. Bevölkerungspolitik muß somit als Gesellschaftspolitik praktiziert werden. Selbst eine langfristige Bevölkerungspolitik kann diese Aufgaben nur teilweise lösen. Für die aktive Erwerbsbevölkerung gilt in Auswirkung der Restriktionspolitik der 80er Jahre: ein Rückgang des Umfangs und Anteils der Arbeiterklasse, das Ansteigen der Anzahl der LPG-Bauern, die Verminderung des Anteils der Angestellten- und Intellektuellen-Gruppen und das leichte Ansteigen der an die neuen Kleinunternehmensformen gebundenen Kleinproduzenten ab 1981.

Die Umgestaltung der Struktur der Arbeitskräfte steht in direkter Wechselwirkung mit der Entwicklung der Bildung. Die wichtigste Strukturveränderung ist das weitere Anwachsen der nichtmanuellen Beschäftigten. Während ihr Anteil 1970 24% der Erwerbstätigen betrug, wird für das Jahr 2000 ein Anteil von 37% erwartet. Dagegen ergibt sich die Verminderung der manuellen Arbeiter im wesentlichen aus der Abnahme der Hilfsarbeiter. Ein Wachsen der Facharbeiteranteile ist gleichfalls charakteristisch. Diese Veränderungen vollziehen sich in bescheidenem Tempo. Es ist bekannt, daß die Arbeitskräftestruktur der entwickelten Länder schon vor mehr als einem Jahrzehnt jenen Anteil der nichtmanuellen Beschäftigten erreicht hatte, den Ungarn im Jahre 2000 erreichen wird. Diese Umgestaltungen können nur sehr begrenzt durch das ungarische Schulsystem verwirklicht und vermittelt werden, da zum System der Mittelschulen neben den zum Reifezeugnis führenden Schulen auch die Facharbeiterausbildungsschulen gehören. Deshalb wird wahrscheinlich die Anzahl der hier ausgebildeten Fachkräfte mittlerer und höherer Stufe bis zum Ende des Jahrtausends nicht zunehmen, obwohl 80–90% einer Altersklasse in Mittelschulen lernen. In unserem Schulsystem kann nur ein Drittel der jeweiligen Altersklasse das Abitur ablegen. Die Anzahl der Beschäftigten, die ohne entsprechende Schulausbildung Facharbeitertätigkeiten ausüben, wird voraussichtlich von 291 000 auf 62 000 sinken. Unter den Fachkräften können sich Anzahl und Anteil derer mit höherer Qualifikation am dynamischsten entwickeln: Die Anzahl der Hochschulabsolventen wird im Jahre 2000 ungefähr 350 000 betragen.

Die Anzahl und der Anteil der manuellen Arbeiter werden sich vermindern. Die Zahl der Arbeitsplätze, die Fachkräfte mit Facharbeiterausbildung erfor-

dem, wird bis zum Jahre 2000, im Vergleich zu 1970, um 40–50 % wachsen. Ihr Anteil wird sich von 28 % auf 45 % erhöhen. Die Anzahl der angelernten Arbeiter wird sich kaum verändern; die Anzahl der Hilfsarbeiter wird aber auf etwas weniger als die Hälfte absinken (1970 betrug ihre Anzahl 1 250 000, im Jahr 2000 sind kaum mehr als eine halbe Million zu erwarten).³

Die Anzahl der Beschäftigten mit der heutigen Qualifikation wird in ihrer Gesamtheit den Anforderungen der von der Prognose des Arbeitskräftebedarfs ermittelten Arbeitsplätze entsprechen. In den nichtmanuellen Berufen sind etwas mehr, in den manuellen weniger Bewerber zu erwarten. Bei nichtmanuellen Berufen wird bei Beschäftigten mit Mittelschulbildung ein Überschuß, bei Arbeitnehmern mit Universitätsausbildung ein Mangel zu erwarten sein. Die Anzahl der Beschäftigten mit Facharbeiterausbildung wird entsprechend der Prognose die Anzahl der Fachschulbildung erfordernden Arbeitsplätze übersteigen.

Die Angebotsprognose nach Qualifikationsstufen zeigt an, daß Volumen und Struktur der Arbeitskräfte auf die wirtschaftliche Entwicklung einen positiven Einfluß ausüben werden. Das größere Angebot an Arbeitskräften mit Fachausbildung wird den Betrieben eine Auswahl ermöglichen; Fachkräfte, die den komplizierteren Anforderungen nicht gewachsen sind, werden also einfachere Arbeiten ausüben müssen. Die Abnahme wird von den Berechnungen auch dadurch unterstützt, daß in den voraussichtlichen Arbeitskräftebestand nicht nur die Absolventen von Vollzeitschulen, sondern auch jene von Abendkursen eingehen. Die Erhöhung der Erwachsenenqualifizierung darf nicht vernachlässigt werden. Je höher der Bildungsstand, desto wichtiger die Erwachsenenqualifizierung. Aufgrund der Prognose werden sich 10 % der Beschäftigten mit Fachausbildung, 40 % der Beschäftigten mit nichtmanueller Mittelschulqualifikation, 30 % der Beschäftigten mit höherer Qualifikation aus Absolventen von Abend- und Fernunterrichtslehrgängen rekrutieren. Bei der Deckung des Arbeitskräftebedarfs sollte man auch qualitative Aspekte (Arbeitskultur, Innovationsfähigkeit) beachten. Die hier wirksamen Faktoren sind: der Aufbau des Fachausbildungssystems, das Niveau und die Auswahl des Lehrstoffs, die Eigenart, Methode und Wirkung der Berufsvorbereitung.

Aufgrund der Prognose wird sich die Umgestaltung des Arbeitskräftebedarfs auch in seiner Zweigstruktur fortsetzen: Der Anteil der in der Produktion Beschäftigten wird sich vermindern; auf den Infrastrukturgebieten müssen wir mit einem wachsenden Anteil rechnen. Zwischen 1970 und 1980 hat sich der Anteil der Produktionssphäre an den Gesamtbeschäftigten um 6 %-Punkte vermindert, in den folgenden 20 Jahren ist eine weitere Verminderung um 8 %-Punkte zu erwarten (im Jahre 2000 wird allerdings noch mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Zweigen der Produktion arbeiten). Daraus ergibt sich, daß der Anteil der im Tertiär-Sektor Beschäftigten zunehmen wird:

3 In Ungarn besteht die 8jährige Grundschulpflicht. Vgl. Dr. Gábor Koncz, Dr. Dóra Vámos, Prognose von Bildungs- und Kulturverhältnissen und die Möglichkeit alternativer Strategien in den 80er und 90er Jahren (Manuskript).

in den folgenden 20 Jahren allerdings kaum schneller als während der vorhergehenden 10 Jahre.

Die Berufsstruktur wird in hohem Maße von der Zweigstruktur der Arbeitskräfte bestimmt werden. Dies wird sich auch auf die Qualifikationsentwicklung auswirken (z. B. werden sich in der verarbeitenden Industrie anspruchsvollere Arbeitsanforderungen ausweiten; durch das Anwachsen der Infrastrukturzweige wird der Anteil höher qualifizierter Arbeitskräfte zunehmen). Der Bedarf an Hochschulabsolventen wird größer. Der Bedarf an Fachkräften kann sich in einigen Industrie-, Verkehrs- und landwirtschaftlichen Bereichen wesentlich ausweiten. Die erforderlichen beruflichen und Qualifikationsstrukturen der Arbeitskräfte und der Output des Bildungswesens werden sich nur dann in Übereinstimmung befinden, wenn eine Anpassung des Bildungswesens an die zu erwartenden Bedürfnisse erfolgt.

Das am 19. 4. 1985 verabschiedete neue Bildungsgesetz dient diesem Ziel. Es betont die Einheit von Bildung und Erziehung, von Grundschul-, Mittel- und Hochschulausbildung. Es hat die Aufgabe, die Vermittlung von Allgemeinbildung und Fachwissen zu fördern. Im Bildungswesen müssen alle Funktionen der Kultur zur Geltung gelangen: Allen Menschen muß die Aneignung der geistigen Werte ermöglicht werden. Gleichzeitig muß das Bildungswesen die Einordnung der Individuen in die Gesellschaft befördern.⁴ Zur wichtigsten Aufgabe der Beschäftigungspolitik werden die Abstimmung von Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften und die Sicherung der Vollbeschäftigung gehören.

In diesem Zusammenhang spielt die Vorstellung von Vollbeschäftigung eine Rolle. Dabei wird die Bedeutung gesellschaftlich nützlicher Arbeit stärker betont werden müssen. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung des grundsätzlich an Erwerbsarbeit gebundenen Systems der Existenzsicherung, wobei die soziale Sicherung in Form staatsbürgerlicher Rechte auszubauen und zu stabilisieren ist. Die Stärkung und Entwicklung einer die Existenz sichernden Sozialpolitik gibt die Möglichkeit, die Löhne und die Einkommen stärker zu differenzieren sowie die Rolle der materiellen Anreize zu erhöhen.

4. Einkommensverteilung und Differenzierung der Einkommen

Das Prinzip der Einkommensverteilung ist in einer sozialistischen Wirtschaft die Verteilung nach der Arbeitsleistung. Die Änderungen der letzten Jahre in den Eigentumsverhältnissen (Kleinunternehmen im Dienste der Bevölkerung, Umgestaltung der Organisationsstruktur der Unternehmen) haben die Einkommensverteilung in Richtung auf Differenzierung der Einkommen beeinflusst. Es ist wichtig, daß im staatlichen und genossenschaftlichen Sektor die Einkommensverhältnisse grundsätzlich nicht modifiziert werden. Es ist aber zu erwarten, daß die Durchsetzung des Leistungsprinzips mit der Weiter-

⁴ Das Ausbildungsgesetz wurde am 18. April 1985 in der Frühjahrs-Parlamentstagung angenommen. Vgl. „Népszabadság“ vom 19. April 1985.

entwicklung des Systems der Wirtschaftsleitung die Lohndifferenzierung der Betriebe vergrößern wird, d. h., die erfolgreich arbeitenden Unternehmen werden gegenüber weniger erfolgreichen höhere Löhne zahlen.

In Verbindung mit der Einkommensverteilung stehen die Ausbreitung der Ware-Geld-Beziehungen und die wachsende Rolle des Kleineigentums im Mittelpunkt des Interesses. Es ist damit zu rechnen, daß die Differenzierung der Einkommen der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen größer werden wird. Es kann ein großes Problem werden, wenn zur geleisteten nützlichen Arbeit nicht im Verhältnis stehende Einkommen, die aus der Ausnutzung von Mängeln und Preisaufschlägen oder anderen Spekulationsmomenten entstehen, auftreten. Das expandierende Kleineigentum hat eine nützliche ökonomische Funktion bei der Überwindung von Mangelerscheinungen. Mit dem Bedeutungszuwachs der „zweiten Wirtschaft“ hängt es auch zusammen, daß der hier ausgeübten Tätigkeit nicht nur differenzierende, sondern auch eine gewisse einkommensausgleichende Rolle zukommt. Sie spielt eine unerläßliche und notwendige Rolle bei der Ergänzung der Einkommensquellen für immer größere Schichten der Bevölkerung. $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung arbeiten heute in irgendeiner Form in der sogenannten „zweiten Wirtschaft“ (90% der Dorfbevölkerung üben solche Tätigkeiten bereits aus). Die Arbeitstätigkeit in der Freizeit bedeutet in Wirklichkeit natürlich eine Verlängerung der Arbeitszeit. Einige Untersuchungen haben unter Zugrundelegung der 5-Tage-Woche ermittelt, daß sich die durchschnittliche Tagesarbeitszeit auf 16 Stunden erhöht hat. Langfristig muß das dem Gesundheitszustand der Bevölkerung abträglich sein. Eine negative Wirkung besteht heute schon darin, daß sich die Intensität in der Hauptarbeitszeit verringert. Ferner werden eine ungleichmäßige Beteiligung der einzelnen Gruppen an der „zweiten Wirtschaft“ und dementsprechende Einkommensunterschiede festgestellt. Diese Tendenzen können sich zu gesellschaftlichen Problemen ausweiten.

Daß die wachsende Differenzierung der Einkommen zu einem gesellschaftlichen Problem geworden ist, ergibt sich auch aus dem schwächeren Wirtschaftswachstum. Darin ist eine sinkende Tendenz der Reallöhne und ein nur schwaches Steigen der Realeinkommen inbegriffen. Dazu kommen noch der sinkende Anteil der direkten Lohneinkommen aus dem sozialistischen Sektor am Gesamteinkommen der Bevölkerung und die Überbewertung der Einkommensquellen anderen Charakters, z. B. der „zweiten Wirtschaft“. Das Einkommensniveau jener gesellschaftlichen Schichten und Gruppen, die ihr Einkommen ausschließlich oder in erster Linie aus ihrer Arbeit in der sozialistischen Wirtschaft erzielen, bleibt hinter den Gruppen mit höherem Einkommen weit zurück. Der Abstand zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen wird weiter anwachsen. Die Differenzierung nach den Einkommensquellen wird ebenfalls in den einzelnen Gruppen und zwischen ihnen zunehmen. Eine der Aufgaben der Weiterentwicklung der Wirtschaftsleitung ist es, wirksamere und vernünftige Tätigkeitsformen für die kleinen Unternehmen zu entwickeln und gleichzeitig die in der sozialistischen Wirtschaft ausgeübten Tätigkeiten nach ihrer Effektivität zu honorieren.

Große Vermögen können durch Besteuerung vermindert werden. Die Lage der Niedrigbezahlten, vor allem der benachteiligten Schichten wie der jugendlichen Berufsanfänger, der Rentner und Mehr-Kinder-Familien muß mit sozialpolitischen Mitteln verbessert werden. Die Mehrheit der in benachteiligter und schlechter finanzieller Lage Lebenden kann keine Mehrarbeit in den Kleinunternehmen leisten und damit auch keine Ergänzungseinkommen erzielen. Das erste Ziel der Sozialpolitik ist die Gewährung sozialer Sicherheit und die Verminderung der von der Arbeitsleistung unabhängigen gesellschaftlichen Ungleichheiten. Zuwendungen und Dienstleistungen müssen besser der Sozial- und Einkommenssituation angepaßt sein. Zur Lösung dieser Aufgabe haben die 1985 getroffenen Maßnahmen positiv beigetragen, die vor allem die Familien mit Kindern betreffen (z. B. die Einführung der neuen Form des Kinderpflegegeldes, die Erhöhung der Mutterschaftshilfe usw.).

5. Tendenzen und Möglichkeiten der Entwicklung

In Verbindung mit den seit Mitte der siebziger Jahre auftretenden Gleichgewichtsproblemen und den Möglichkeiten der Anpassung an veränderte Außenbedingungen hat sich eine Annäherung unterschiedlicher Diskussionspositionen zur weiteren Entwicklung Ungarns vollzogen.

1. Positionen zur nach außen offenen Wirtschaft des Landes. Dazu werden zwei Meinungen vertreten. Die eine betont die Zweckmäßigkeit des außenwirtschaftlichen Abschließens des Landes, da damit die nationalen Eigenarten vor negativen äußeren Wirkungen besser geschützt werden könnten. Der anderen Meinung nach würde ein solches Abschließen auf alle Fälle zum Zurückbleiben des Landes im internationalen Wettbewerb und zur Konservierung seines technischen Niveaus führen, weshalb die Wichtigkeit der Offenheit des Landes betont wird und der Weg zur Milderung des gestörten Außenhandelsgleichgewichts in der Steigerung des Exports gesehen wird.

2. Positionen zur Entwicklung der Zweigstruktur bzw. der Zweigpräferenz. Es geht hier um die Bestimmung der Basiszweige für die volkswirtschaftliche Entwicklung unter den veränderten Bedingungen. Hierzu werden vier verschiedene Standpunkte vertreten.

Eine Position geht von der Preissteigerung der Energieträger und dem hohen Importanteil Ungarns aus sowie von der Tatsache, daß die Rohstoffversorgung auf den traditionellen Märkten (aus den sozialistischen Ländern, vor allem aus der Sowjetunion) immer schwieriger wird. Deshalb solle die Entwicklung der einheimischen Bergbauindustrie und der verarbeitenden Industrie stärker betont werden. Die Entwicklung des Energiesektors solle eine Verminderung des Energieimports und sogar Energieexporte ermöglichen. Diese Position wird durch die Gestaltung der Energiepreise und der Einkaufsmöglichkeiten abgestützt. Dieser Sektor hat in den letzten Jahren wesentlich zu unserem konvertiblen Export beigetragen (wir denken hier vor allem an den Export von Ausrüstungen zur Erdölverarbeitung und von Elektroenergie nach Westeuropa).

Demgegenüber hat inzwischen jener Standpunkt viele Anhänger gewonnen, wonach der Kapitalbedarf des Bergbaus und der primär verarbeitenden Industrie die Entwicklungsmöglichkeiten der verarbeitenden Industrie einschränkt, obwohl nur die verarbeitende Industrie in der Perspektive den Export dynamisch steigern kann. Dementsprechend müsse der eigene Bergbau durch Steigerung der Energieimporte und durch maximale Energieeinsparung kompensiert werden, um die dadurch freiwerdenden Mittel auf die Entwicklung der verarbeitenden Industrie zu konzentrieren. Ein Durchbruch soll mit der Erhöhung ihres technischen Niveaus und ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit erreicht werden.

Der dritte Standpunkt sieht die Möglichkeit der Problemlösung vor allem in der beschleunigten Entwicklung der Lebensmittelindustrie. Seine Anhänger fordern die kraftvollere Entwicklung dieses Sektors. Diese Meinung wird dadurch abgestützt, daß die Produkte der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie auf den sozialistischen Märkten harte Waren sind und auch auf den kapitalistischen Märkten verkauft werden können, sogar unter sich verschlechternden Bedingungen.

Die vierte Position hebt die Entwicklung der Infrastruktur hervor. Danach ist die Akkumulationsfähigkeit des Landes wesentlich größer als unter den Bedingungen der heutigen Restriktion. Ein Ziel der Restriktion ist die Beschränkung des konvertiblen Importbedarfs; gleichzeitig werden aber dadurch auch jene Zweige begrenzt, deren Importbedarf nur einen Bruchteil des Importbedarfs der verarbeitenden Industrie ausmacht. Ihre Beschränkung trägt kaum zur Verminderung des Importbedarfs bei, kann aber zur Quelle gesellschaftlicher Spannungen werden. Ein solches Gebiet ist speziell der Wohnungsbau und im allgemeinen die Infrastruktur. Es wird vorgeschlagen, den Bedarf der Bevölkerung mit einem wachsenden Dienstleistungsangebot zu kompensieren, denn in den nächsten Jahren kann der Verbrauch materieller Güter infolge des darin involvierten Importbedarfs kaum erhöht werden. Die Grenze dieser Konzeption liegt in der Finanzierung der Infrastruktur, die hauptsächlich aus staatlichen Quellen erfolgen muß. Denn eine weitere Belastung des Budgets wird in den nächsten Jahren nicht möglich sein. Diese Position könnte nur dann verwirklicht werden, wenn die heutigen Preisverhältnisse und Finanzierungsformen durch eine allgemeine Preis- und Lohnreform grundsätzlich verändert würden.

3. Positionen zur Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus. Danach liegt die Ursache der Wirtschaftsprobleme des Landes vor allem in der Inkonzernenz bei der Verwirklichung der Reform des Wirtschaftsmechanismus von 1968. Sie habe deshalb eine optimale Ressourcenverteilung und eine entsprechende strukturelle Umgestaltung nicht sichern können. In dieser Sicht ist die wichtigste Voraussetzung zur Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen die Weiterentwicklung des Wirtschaftsmechanismus und eine Ressourcenverteilung nach den Kriterien der Effektivität.

Die Vertreter der verschiedenen Standpunkte treten nicht mit Ausschließlichkeitsanspruch auf, fordern jedoch die Beachtung der von ihnen hervorgehobenen Aspekte. Die Betonung unterschiedlicher Aspekte könnte langfristig

zu unterschiedlichen Strukturveränderungen führen, weshalb die verschiedenen Varianten als effektive Alternativen zu begreifen sind.⁵

Die Herausarbeitung möglicher Entwicklungswege ist für die Entwicklung der strategischen Konzeption wichtig. Es ist aber gleichzeitig nötig, ein konsistentes System der langfristigen, mittelfristigen und operativen Planung zu schaffen. Dazu dient der VII. Fünfjahrplan (1986-1990), der recht niedrige Zuwachsraten veranschlagt. Er sieht die Konsolidierung und langsame Belegung der sozialökonomischen Entwicklung vor. Es wird zweckmäßig sein, einen bedeutenden Teil unserer materiellen und geistigen Ressourcen auf einige ausgewählte Gebiete zu konzentrieren: auf die Entwicklung und Verbreitung der Elektronik, auf die Entwicklung der Computerisierung, Automatisierung und Robotertechnik, auf die Anwendung der modernen Methoden der Produktionsorganisation, auf die Produktion zweckmäßiger Maschineneinrichtungen und chemischer Produkte für Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie, auf die Entwicklung und Verwendung biotechnischer Methoden, auf die Ausnutzung unserer Naturschätze, auf die Einführung materialsparender Technologien. Die Durchführung der für Energieeinsparung sowie Nutzbarmachung der Abfälle und der sekundären Rohstoffe ausgearbeiteten Zentralprogramme muß konsequent fortgesetzt werden.

Die der technischen Entwicklung dienende Infrastruktur muß verbessert werden. Wir müssen die Unternehmen und die technischen Fachleute stärker zur Anwendung des wissenschaftlichen Fortschritts, der technologischen Neuerungen und der neuen arbeitsorganisatorischen Methoden veranlassen. Die Produktion der am ökonomischsten herstellbaren Produkte muß sich dynamisch erweitern. Durch grundlegende Änderungen müssen mit Verlust arbeitende Produktionen ökonomisiert werden.⁶

Neben der Schaffung entsprechender Fonds zur Steigerung der sozialen Sicherheit der Bevölkerung und zur Erhöhung ihres Lebensniveaus ist die Ausarbeitung und Begründung einer komplexen und langfristigen gesellschaftspolitischen Strategie erforderlich, die die umfassende Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse beinhaltet.

5 Diese Probleme sind aus verschiedener Sicht behandelt bei: Dr. Erzsébet Gidai, *Zukunftsforschung und die Zukunft*; Karoly Lóránt, *Schlüsselfragen der Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte der achtziger und in den neunziger Jahren* (vor dem Erscheinen).

6 Vgl. Beschluß des XIII. Parteitags der USAP.

Zum Umbruch des Produktivkraftsystems*

Peter Fleissner

1. Theoretische Vorbemerkungen – 1.1 Was sind Produktivkräfte? – 1.2 Die informationsverarbeitende Maschinerie – 2. Einige Trends der technischen Entwicklung – 2.1 Sensoren – 2.2 Informationsverarbeitungsvorrichtungen – 2.3 Aktoren – 2.4 Arbeitsgegenstand – 3. Rückwirkungen auf die lebendige Arbeit – 3.1 Größere Variationsbreite in der Gestaltung des Arbeitsprozesses – 3.2 Verringerung der Unmittelbarkeit der Arbeit – 3.3 Vertiefung und Aufhebung der Arbeitsteilung – 3.4 Längerfristige Verschiebungen in der Tätigkeitsstruktur des Gesamtarbeiters – 4. Auswirkungen auf das Wirtschaftssystem – 4.1 Ausweitung des Dienstleistungssektors – 4.2 Umwandlung von Dienstleistungen in Waren – 4.3 Ausweitung des informellen Sektors

1. Theoretische Vorbemerkungen

Die Bedeutung der Produktivkräfte für unser Leben kann kaum überschätzt werden. Einerseits hat ihre rasche Entwicklung in einem Teil der Welt zu unglaublichem gesellschaftlichen Reichtum geführt, andererseits untergräbt ihre kapitalistische Anwendung „die Springquellen allen Reichtums . . . : die Erde und den Arbeiter“.¹ Dadurch wieder wächst der spontane und theoriegeleitete Widerstand, der die Veränderung unserer Gesellschaft vorantreibt. Der vorliegende Beitrag will ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit Trends im System der Produktivkräfte angeben und einige weniger häufig diskutierte Auswirkungen auf die lebendige Arbeit und das Ökonomiesystem, was eine Präzisierung des Begriffs „Produktivkräfte“ (vor allem im technischen Bereich) voraussetzt.

Die menschliche Existenz als Ganzes betrachtet ist ohne Arbeit undenkbar – dadurch unterscheiden sich die Menschen von den Tieren. Wollen erstere überleben, müssen sie die Natur „humanisieren“, d.h. nach ihren Bedürfnissen Naturstoffe zu Lebensmitteln und Naturbedingungen zu menschlichen Lebensbedingungen umgestalten. Umgekehrt entstanden die „Menschen“ erst, als der gelegentliche Gebrauch naturgebildeter Behelfsmittel in die gewohnheitsmäßige Verwendung selbstersonnener und selbstverfertigter Arbeitsmittel übergang. Sie treten in den Stoffwechsel mit der Natur nicht als

* Der Autor dankt Wolfgang Hofkirchner und Walter Hollitscher herzlich für freundschaftliche Kritik, Ergänzungen und Anregungen.

¹ K. Marx, Das Kapital, I. Bd., in: K. Marx, F. Engels, Werke, Bd. 23, Berlin/DDR 1979, S. 529f.

isolierte einzelne, sondern als objektiv aufeinander angewiesene gesellschaftliche Wesen. Durch die Arbeit erzeugen, reproduzieren und entwickeln sie ihr Verhältnis zur Natur und gleichzeitig ihre Verhältnisse zueinander. Die „Gesamtheit der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, welche die Menschen im Prozeß der Produktion, der Verteilung und des Austausches der Produkte eingehen“², werden als Produktionsverhältnisse bezeichnet.

Alle materiellen und ideellen Kräfte der gesellschaftlichen Arbeit, die zur Herstellung von Gebrauchswerten (materielle Güter und Dienstleistungen) für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse notwendig sind, nennen wir „Produktivkräfte“. Sie eröffnen objektiv bestimmte Möglichkeitsfelder für alle Ebenen der Entfaltung menschlicher Existenz. Die Realisierung dieser Möglichkeiten wird durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse vermittelt und festgelegt. Bestimmte Produktionsverhältnisse können die Entwicklung der Produktivkräfte fördern, andere wieder hemmen. So sind die „bürgerlichen Verhältnisse . . . zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum aufzunehmen“.³

1.1 Was sind Produktivkräfte?

Marxisten verstehen unter „Produktivkräften“ nicht nur eines ihrer vergegenständlichten Elemente, die Technik, sondern ein hierarchisch strukturiertes und historisch sich entwickelndes „System der Wechselwirkung sachlich-gegenständlicher und menschlich-subjektiver Elemente“⁴. In der einschlägigen Literatur finden sich verschiedene Gliederungskriterien. Weitverbreitet ist die Triade⁵ (1) menschliche Arbeitskraft als Gesamtheit der körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Menschen („ . . . entwickeln von Power, von Fähigkeiten zur Produktion und daher sowohl der Fähigkeiten wie der Mittel des Genusses“)⁶, (2) gegenständliche Elemente des Arbeitsprozesses (Arbeitsgegenstände und Arbeitsmittel) und (3) jene Kräfte, die aus dem Zusammenwirken der einzelnen Elemente des Produktivkraftsystems resultieren (Arbeitsteilung, Organisation der Produktion, Planung, Koordination, Transportmittel, „Kommunikationsmittel, Schaffen des Weltmarktes“⁷ usw.).

2 F. Adler, Zu einigen Grundmerkmalen der wissenschaftlich-technischen Revolution, Arbeitskreis wissenschaftlich-technische Intelligenz, Wien 1978, S. 41.

3 K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: dies., Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1977, S. 468.

4 G. Klaus, M. Buhr (Hg.), Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1972, Bd. 2, S. 879, Stichwort „Produktivkräfte“.

5 Autorenkollektiv unter der Leitung von E. Hahn, Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin/DDR 1976, S. 161.

6 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1974, S. 599; ferner: „Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderen durch den Durchschnittsgrad des Geschicks der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Reproduktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel und durch Naturverhältnisse“, K. Marx, Das Kapital, I. Bd., a.a.O., S. 56.

7 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 215.

Als Inhalt der Entwicklung der Produktivkräfte gibt *W. P. Iljuschetschkin*⁸ die „kontinuierliche, stadiale, historisch zunehmende Übertragung von Arbeitsfunktionen“ vom Menschen auf die Produktionsmittel an. (Dabei muß man sich hüten, diese Definition allzu anthropomorph zu interpretieren. Die technische Realisierung von Arbeitsfunktionen kann dabei vom menschlichen Original grundverschieden sein: Man denke etwa an die Funktion „Gehen“, die durch das Rad verwirklicht wird.) Um welche Funktionen handelt es sich dabei? *Iljuschetschkin* unterscheidet energetische (Antriebs-)Funktionen, Arbeitsfunktionen im engeren Sinne, Kontrollfunktionen und Planungsfunktionen. Die industrielle Revolution bedeutet seiner Ansicht nach das Ende einer Phase der Entwicklung der Produktivkräfte, in der sich zusätzlich zur energetischen Funktion die Übernahme der Arbeitsfunktion durch die „Werkzeugmaschine“ zu verbreiten begann.

1.2 Die informationsverarbeitende Maschinerie

Die entwicklungsleitende Maschinerie der Gegenwart könnte man als „informationsverarbeitende Maschinerie“⁹ (IVM) bezeichnen, die seit etwa 50 Jahren verschiedene Stufen der technischen Realisierung durchlaufen hat. Die IVM ermöglicht es, die bisher den Menschen vorbehaltenen Funktionen der Steuerung und Regelung der maschinellen Produktion, die durch Aufnahme, Speicherung, Verarbeitung und Übertragung von Informationen und die Betätigung von Stellgliedern¹⁰ charakterisiert sind, im Arbeitsmittel zu vergegenständlichen. „Es sind die Steuer- und Regeleinrichtungen, von denen die wissenschaftlich-technische Revolution ausgeht“¹¹.

Die aus Bewegungsmaschine, Transmissionsmechanismus und Arbeitsmaschine zusammengesetzte Maschinerie¹² der industriellen Revolution machte, technisch gesehen, die *Mechanisierung* der Produktion möglich. Sie wird heute durch die informationsverarbeitende Maschinerie ergänzt (siehe Abbildung). Der Produktionsprozeß wird dabei auf die Stufe der *Automatisierung* gehoben.

Ich möchte vorschlagen, die IVM in drei Teile zu gliedern, die jeweils wieder eine Feinstruktur besitzen: (1) in den Sensor, (2) in die Informationsverarbeitungsvorrichtung im engeren Sinn (IVV) und (3) in den Aktor.

Im *Sensor* sind die Fähigkeiten der menschlichen Sinnesorgane verkörpert. Durch Maschinen können in zunehmendem Ausmaß die menschlichen Wahrnehmungsfunktionen nachgeahmt werden. Sensoren sind sogar in der Lage,

8 W.P. Iljuschetschkin, Meinungsaustausch über die Entwicklung der Produktivkräfte der vor-kapitalistischen Klassengesellschaften, I. Teil, in: Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 2/1985, S. 211.

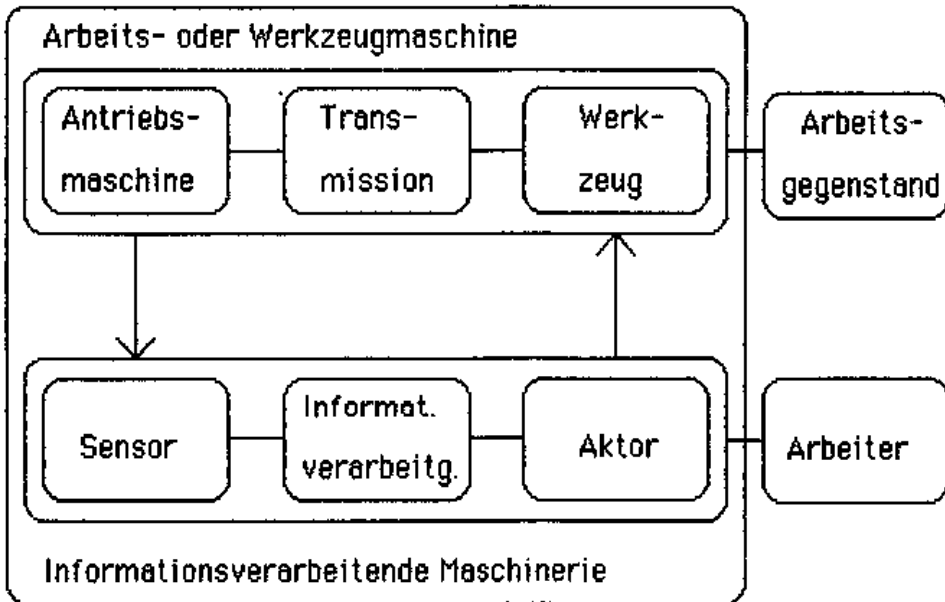
9 F. Adler, a.a.O. S. 10-13.

10 T. Boverie, T. Wasserrab und H. Jauslin (Hg.), Technik 4, Das Fischer Lexikon, Frankfurt/Main 1963, Stichwort „Regelungstechnik“, S. 236.

11 W. Jonas, Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Berlin/DDR 1969, S. 28.

12 K. Marx, Das Kapital, 1. Bd., a.a.O., S. 393.

Abbildung: Blockschaltbild eines Automaten



Zustände oder Veränderungen der Materie festzustellen, die für menschliche Organe zu fein wären oder für die es gar kein menschliches Organ gibt. Die *Informationsverarbeitungsvorrichtung* im engeren Sinn nimmt die von den Sensoren abgegebenen Signale auf und reagiert auf sie in vorprogrammierter Weise mit einem Output, der den *Aktor* zu einer bestimmten Aktion bringt. Der *Aktor* muß nicht mit einer Arbeitsmaschine verbunden sein. Er kann auch oder ausschließlich einem oder mehreren Menschen – wie etwa beim Textautomaten bzw. beim Bildschirmtextsystem – Informationen über den inneren Zustand der IVV, eingegebene oder bereits im Massenspeicher befindliche Texte oder Bilder auf einem Bildschirm anzeigen. Derzeit ist der Bildschirm ein wesentliches Element der Mensch-Maschine-Interaktion.

Ein Produktionsprozeß heißt *gesteuert*, wenn der Informationsfluß die Elemente Sensor-Informationsverarbeitung-Aktor-Werkzeugmaschine durchläuft, aber keine Informationen an der Sensor zurückgeführt werden. „Beobachtet“ der Sensor gleichzeitig den Herstellungsvorgang, spricht man von einem *geregelten* oder *rückgekoppelten* Produktionsprozeß.

Anhand der bisher realisierten Automaten kann man verschiedene Abstufungen und Grade der Automatisierung feststellen. Sind zunächst noch Automaten vorherrschend, mit deren Hilfe ein fix vorgegebenes Produkt hergestellt wird (*starre Automatisierung*), werden ihnen bald schon Maschinen den Rang ablaufen, deren Produktionsprogramm variabel gestaltet werden kann (*flexible Automatisierung*).

Bei sogenannten „flexiblen Fertigungssystemen“¹³ werden auch die Produktivkräfte der Kooperation und Arbeitsteilung genutzt. Analog zur Manufaktur, wo verschiedene Handwerker unter einem Dach an einem gemeinsamen Endprodukt arbeiteten, übernehmen nun programmierbare Automaten (CNC-Maschinen, Fertigungszellen, Bearbeitungszentren o. ä.) die Funktion der Handwerker. Automatische Transportsysteme bewerkstelligen den Materialfluß zwischen ihnen. Eine oder mehrere EDV-Anlagen steuern das Fertigungssystem und erledigen die Lagerhaltung und eventuell auch die Kalkulation. Die Vorteile gegenüber herkömmlichen Anlagen liegen auf mehreren Ebenen: Neben einer stark erhöhten Arbeitsproduktivität und einer kürzeren Produktionszeit zeigen sich große Einsparungen an Zwischenlagern. Die gesamte Anlage wird kleiner und läßt sich rasch auf die Herstellung anderer Produkte (die natürlich einer bestimmten Teile- bzw. Produktfamilie zugehören müssen) umstellen. Die Tabelle gibt die Daten eines japanischen Werkzeugmaschinenherstellungssystems vor und nach der Umstellung auf flexible Automatisierung wieder.

Yamazaki Werkzeugmaschinenbau – Produktionskennziffern eines flexiblen Fertigungssystems im Vergleich mit konventioneller Fertigung¹⁴

Kennziffer	Konventionelle Fertigung	Flexibles Fertigungssystem
Platzbedarf in Quadratmetern	6500	3000
Anzahl der Maschinen	68	18
Anzahl der Beschäftigten	215	12
Lohnkosten pro Jahr (Mio.\$)	3,96	0,227
Durchlaufzeit in Tagen	90	3
Umlaufmaterial (Mio.\$)	5	0,218
Investition (Mio.\$)	14	18

2. Einige Trends der technischen Entwicklung

Ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit sollen einige Realisierungsmöglichkeiten für die Elemente der Informationsverarbeitenden Maschinerie und des Arbeitsgegenstandes angegeben werden, die sich bereits in den Labors befinden. Diese Neuentwicklungen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten 10 bis 20 Jahren zu Serienreife gebracht werden und die Fertigungstechnologie verändern.

13 J. Bessant, Flexible Manufacturing Systems: an overview, in: UNIDO, Microelectronics Monitor, Nr. 12 Supplement, Wien 1984.

14 Voest-Alpine Finalindustrie, Werkzeugmaschinen – Fertigungstechnologien – Fertigungsverfahren, Linz 1984, HD. III, 710.

2.1 Sensoren

Bei der Entwicklung von Robotern beschäftigt man sich intensiv mit der Herstellung künstlicher Sinnesorgane, die das bereits erwähnte „Sehen“, aber auch taktile Sensoren und Ultraschallsensoren zur Entfernungsbestimmung umfassen¹⁵. „Sehen“ ist technisch besonders problematisch, da es an die elektronische Bildverarbeitung besonders große Anforderungen in bezug auf Verarbeitungsgeschwindigkeit und geeignete Programme zur Bildanalyse stellt. Es zeichnen sich Analysemethoden für dreidimensionale Anordnungen ab, die etwa das Orten und Ergreifen von Objekten ermöglichen, die teilweise von anderen verdeckt sind¹⁶.

Taktile Sensoren sind derzeit noch zu grob, um besonders zerbrechliche und verformbare Teile (Drähte, Stoff, Plastikfasern und -folien) abzutasten. Eines der Ziele ist dabei, ein „Tastbild“ der Oberfläche des Gegenstandes herzustellen, das vom Computer analysiert werden kann. Zur Vermeidung von Zusammenstößen eines Roboterarmes mit seiner Umgebung braucht man dringend Sensoren, die bei gefährlicher Nähe ein Warnsignal abgeben. Ultraschallsensoren, die wie ein akustisches Radar funktionieren, zeigen bereits jetzt vielversprechende Ergebnisse.

Spracherkennung ist ein weiterer wichtiger Zweig der Anwendung der IVM. Kleinere Systeme sind nach einer Trainingszeit mit einem speziellen Sprecher in der Lage, etwa 100 bis 200 Einzelworte zu „verstehen“¹⁷. Die amerikanische Firma Kurzweil versprach, noch in diesem Jahrzehnt einen Apparat auf den Markt zu bringen, der bei einem Wortschatz von ca. 2000 Worten flüssig gesprochenen Text auf Papier oder auf einem Bildschirm mitschreibt; manche Wissenschaftler stehen der kurzfristigen Realisierung einer solchen Maschine skeptisch gegenüber¹⁸.

Präzisere Geräte erfordern noch genauere Meßgeräte. Die Meßtechnik befindet sich in stürmischer Entwicklung, nicht nur auf den Gebieten, die den menschlichen Sinnesorganen entsprechen, sondern auch in Bereichen, die menschlichen Sinnen überhaupt versperrt sind, etwa im Aufspüren von chemischen Substanzen, von Bestandteilen des Atoms oder seines Kerns etc.

2.2 Informationsverarbeitungsvorrichtungen (IVV)

Die maschinelle Informationsverarbeitung läßt sich grob in die Funktionen Speichern, Rechnen und Datenübertragen gliedern mit den Hardware-Ele-

15 *Frontiers in Science and Technology – A Selected Outlook. A Report by the Committee on Science, Engineering, and Public Policy of the National Academy of Sciences, National Academy of Engineering, Institute of Medicine, New York/San Francisco 1983, S. 195-198.*

16 B.K.P. Horn und K. Ikeuchi, Die automatische Handhabung regellos orientierter Teile, in: *Spektrum der Wissenschaft* 10/1984, S. 76-90.

17 W. A. Deutsch, Trends und Perspektiven der digitalen Verarbeitung von akustischen Signalen: Sprache, in: *Österreichische Computer Gesellschaft, Mitteilungsblatt Nr. 51, Jänner 1985, S. 51-1 bis 51-8.*

18 T. Winograd, Software für Sprachverarbeitung, in: *Spektrum der Wissenschaft* 10/1984, S. 120-129.

menten Speicher, Rechenwerk und Datenübertragungseinrichtung¹⁹. Im Speicher residieren ein oder mehrere Programme, die Anweisungen für die Durchführung der einzelnen Operationen enthalten. Programme, die Software, sind das wesentliche vierte Element der IVV.

2.2.1 Speicher: Die Realisierung von Speichern begann zunächst auf magnetischer Grundlage (magnetisierbare Ringe als sogenannte Kernspeicher, Magnetbänder, Magnetplatten, Festspeicher auf Magnetblasen-Basis). Die optischen Speicher (Optical Disk) dürften die nächste Stufe der Entwicklung darstellen. Im Vorraum zur amerikanischen Kongreßbibliothek in Washington kann man eine Vorführanlage der japanischen Firma Sony sehen, die aus einem Bildschirm und einem Gerät besteht, das einem Videorekorder äußerlich sehr ähnlich sieht. Mehrere Benutzer gleichzeitig können aus 6700 Filmtiteln und aus insgesamt ca. 100 000 Stehbildern auswählen. Das gewünschte Bild erscheint nach etwa einer Sekunde nach dem Eintippen der im Verzeichnis aufgeführten Codenummer auf dem Bildschirm. Die Qualität ist besser als ein Fernsehbild. Allerdings kostet das „Pressen“ der Platte derzeit noch 100 000 \$, das Vorführgerät ist um 12 000 \$ zu haben. Der Speicher kann nur in einer Richtung, zum Abfragen von Informationen, verwendet werden. An einem Speicher, der interaktiv benützt werden kann, wird gearbeitet.

Sowjetische Techniker zeigten auf einer Ausstellung in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien 1983 Anwendungen der Holographie zu Speicherzwecken. Die hohe Packungsdichte der Informationen wird durch die räumlichen Eigenschaften des Hologramms, eines dreidimensionalen Bildes, erreicht.

2.2.2 Rechenwerk: Für das Rechenwerk, das Herzstück des Computers, zeichnen sich zwei Innovationen ab. Nach dem Einsatz von Relais, Elektronenröhren, Transistoren und den heute als Mikrochips bezeichneten integrierten Schaltkreisen dürften der optische Computer und der Biochip (siehe 2.4) beachtliche Erhöhungen der Rechengeschwindigkeit mit sich bringen. Der optische Computer²⁰ arbeitet nicht mit Elektronenströmen (bzw. mit dem Fehlen von Elektronen, den sogenannten „Löchern“) wie Transistoren und integrierte Schaltkreise, sondern mit Lichtstrahlen aus einem Laser, die von einem als „Transphasor“ bezeichneten optischen Transistor in ihrer Intensität verändert werden können. Es gibt – anders als bisher – nicht nur zwei mögliche Ausgangszustände (Aus, Ein), sondern eine ganze Serie von ihnen. Eventuell lassen sich dadurch Effekte erzielen, die heute nur durch „Parallelprozessoren“ (gleichzeitiges Rechnen an verschiedenen Stellen im Computer, anstatt der bisher üblichen Aktivierung nur eines einzigen Schaltkreises; ein Weg, den Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation bei der lebendigen Arbeit längst gegangen sind) erreicht werden können. Nachteil des Transphasors ist die niedrige Betriebstemperatur nahe dem absoluten Nullpunkt. Neuere Experi-

19 C.H.D. Toong und A. Gupta, Personal Computer - Allzweckrechner für jedermann, in: Spektrum der Wissenschaft 2/1983, S. 96-113.

20 E. Abraham, C.T. Seaton und S. D. Smith, Der optische Computer, in: Spektrum der Wissenschaft 4/1983, S. 46-56.

mente weisen aber auch auf ähnliche Effekte bei Zimmertemperatur hin. Man erreichte bisher rund 1000fach höhere Schaltgeschwindigkeiten als bei den derzeit leistungsfähigsten konventionellen Systemen.

2.2.3 Datenübertragung: Ordnet man die Transistoren nicht wie bisher nur in einer Ebene an, sondern im dreidimensionalen Raum, läßt sich sowohl die Packungsdichte erhöhen als auch die Länge der Verbindungsleitungen verkürzen²¹. Für den Zusammenschluß von Computern, die voneinander weiter entfernt sind, ist die Anwendung von Glasfaserkabeln (oder Lichtleitern aus anderen Materialien) äußerst günstig. Sie dienen der Übertragung von sehr dicht gepackten Informationen mittels Laserstrahlen. Eine Referenzanlage erreicht bei einer Leitungslänge von 101 km ohne Zwischenverstärker eine fehlerfreie Übertragungsrate von 274 Millionen Bits pro Sekunde²².

2.2.4 Software: Die Entwicklung von Software ist für die Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten der Computer von zentraler Bedeutung. Ihr Anteil an den Gesamtkosten eines Rechners wächst ständig. Der Softwareentwickler benützt Programmiersprachen, hierarchisch strukturierte hochkomplexe Sprachsysteme, die wie die Werkzeuge im Laufe der Geschichte verschiedenen Stilen unterworfen sind. Gleichzeitig kommen neue Hilfsmittel für das Programmieren auf den Markt. Mit einem solchen Hilfsmittel kann man z. B. das Flußdiagramm (den logischen Ablauf eines zu programmierenden Vorganges) direkt auf den Bildschirm zeichnen. Es wird automatisch in Maschinencode (die unterste Ebene der Verständigung mit der Rechenmaschine) übersetzt. Testprogramme erleichtern die Suche nach den beinahe unvermeidlichen Programmierfehlern.

Raschere Maschinen und größere Speicher ermöglichen Programme mit „künstlicher Intelligenz“ für Anwendungen in der Medizin, Geologie, Chemie – und vor allem im Bereich des Militärs. Diese Programme sind durch die Benützung von Daten über die Wirklichkeit gekennzeichnet, etwa durch das Wissen verschiedenster menschlicher Experten über chemische Prozesse oder über die Gesetzmäßigkeiten geologischer Ablagerungen. Sie sind ein Instrument der Zusammenführung des individuellen Wissens, das in der Gesellschaft vereinzelt existiert. Sie benötigen zunehmend Informationen aus der menschlichen (vor allem aus der wissenschaftlichen) Praxis. Sie können lernen und einmal als erfolgreich benützte Lösungsstrategien auch auf andere Probleme anwenden. Die Gesetze der mathematischen Logik allein sind dazu oft zu wenig. Ein Problem wird vielfach erst durch eine geeignete Formulierung lösbar.²³

21 A.J. Blodgett, Mikrochips im Minipack, in: Spektrum der Wissenschaft 9/1983, S. 94-106.

22 *Frontiers in Science and Technology - A Selected Outlook*, a.a.O., S. 173.

23 *Spektrum der Wissenschaft* 11/1984 enthält eine sehr gute Übersicht über den jüngsten Stand der Softwareentwicklung, über „Künstliche Intelligenz“ informiert hervorragend der Beitrag von D.B. Lenat, *Software für Künstliche Intelligenz*, S. 178-188.

2.3 Aktoren

Die Steuerung mikroskopisch kleiner mechanischer Strukturen (Ventile, Schalter) macht im Zusammenhang mit der Chipstechnik große Fortschritte. Vielfach können die Aktoren, aber auch die Sensoren, direkt auf einem Chip untergebracht werden, der auch die Elektronik trägt.²⁴ Für die Robotertechnik werden Bewegungsorgane entwickelt, für die menschliche Interaktion mit der Maschine flache und flimmerfreie Bildschirme aus Flüssigkristallen.

Die Sprachausgabe wird verfeinert. Bereits jetzt kann man sich von Kleincomputern englischen Text relativ verständlich vorlesen lassen.²⁵ Durch direkte Rückkopplung der Sensoren und Aktoren über den Computer entstehen neue Interaktionsmöglichkeiten zwischen dem Menschen und der Maschine. Am Massachusetts Institute of Technology (MIT) läuft ein Versuchssystem mit einer „Interaktiven Bildwand“. Der Benutzer ist mit einem speziellen Armband ausgerüstet, das dem Computer mitteilt, auf welchen Punkt der Wand er gerade hinzeigt. Ein in eine Brille eingebauter Infrarotsensor mißt die Blickrichtung und den Pupillendurchmesser des Benützers. Ferner kann die Maschine bestimmte Worte verstehen und verarbeiten. Die Bildwand reagiert sowohl auf Hinzeigen, Ansprechen, Blickrichtung und Pupillengröße mit Vergrößerung oder Verkleinerung des Bildausschnittes bzw. mit der Anzeige von Detail- oder Überblicksinformationen (ist die Pupille groß, so interpretiert die Maschine dies als hohes Interesse des Benützers und stellt mehr und detailliertere Information zur Verfügung). Der Schöpfer dieses Systems, das wahrscheinlich für den Militäreinsatz gedacht ist, spricht von dem Problem, den Computer als Partner des Menschen mit einer bestimmten, direkt ansprechbaren Persönlichkeit ausstatten zu müssen.²⁶ Der „Kumpel“ Computer soll auf diese Weise realisiert werden.

Die Drucktechnologien im Büro befinden sich im Umbruch. Waren bisher die elektrische Schreibmaschine und die Speicherschreibmaschine Höhepunkte der Entwicklung, werden Tintenstrahldrucker oder Laserdrucker die Qualität der Druckwerke derartig verbessern, daß sie dem Buchdruck in nichts nachstehen. Die Geräte sind derzeit noch relativ teuer, der Preisverfall setzt jedoch rasch ein. Die billigsten Laserdrucker sind in der Größenordnung von 10 000 DM auf dem Markt.

2.4 Arbeitsgegenstand

Eine besonders raffinierte Art, den Arbeitsaufwand zur Herstellung von Gegenständen zu verringern, ergibt sich mit den Mitteln der Biotechnologie. Wie ein Samenkorn sich unter normalen Bedingungen zur Getreideähre ent-

24 J.B. Angell, S.C. Terry und P.W. Barth, Mikromechanik aus Silizium, in: Spektrum der Wissenschaft 6/1983, S. 38-50.

25 Das Programm Smoothtalker, das für den Kleincomputer Macintosh der amerikanischen Firma Apple entwickelt wurde, erlaubt es, die Stimmlage und die Geschwindigkeit des künstlichen Sprechers zu variieren.

26 Richard A. Bolt, Conversing with Computers, in: Technology Review, edited at the Massachusetts Institute of Technology, Februar/March 1985, S. 34-43.

wickelt, sollen Biochips auf der Grundlage lebender Bakterien wachsen können.²⁷ Obwohl die synthetische Eiweißerzeugung noch Utopie sein dürfte, diskutieren amerikanische Wissenschaftler ernsthaft die Idee eines molekularen Computers, der nur daumengroß sein könnte und 10millionenmal mehr Speicherkapazität enthält als die heutigen leistungsfähigsten Anlagen. Die ersten Schritte zur Entwicklung solcher biologischer Rechenmaschinen sollen auf dem Gebiet der Biosensoren gegangen werden. Damit könnte man auf die Bearbeitung eines Metallkristalls von außen völlig verzichten. Durch genetische Steuerung könnte man genau jene Produkte sich entwickeln lassen, die man benötigt. In den USA wird der Biotechnologie für den Bereich der Landwirtschaft, des Umweltschutzes, der Ernährung, der menschlichen und tierischen Gesundheit und der Nutzung natürlicher Rohstoffe (Anreicherung von Erzen) hohe Priorität eingeräumt.^{28, 29} Gleichzeitig werden neue Materialien aus anorganischen Stoffen entwickelt, die in der Natur reichlich vorkommen (Sand, Ton oder Kalk).³⁰ Die Herstellung dieser Kunststoffe erfordert viel weniger Energie als die der üblicherweise verwendeten Polymere. Ihre Eigenschaften nähern sich in manchen Fällen durchaus denen von bestem Stahl.

3. Rückwirkungen auf die lebendige Arbeit

Die angesprochenen Veränderungen in den vergegenständlichten Produktivkräften beeinflussen die Hauptproduktivkraft, den arbeitenden Menschen, selbst, allerdings in Abhängigkeit vom System der Produktionsverhältnisse. Eine Tendenz, die von *Marx* in der Frühphase des Kapitalismus ausgesprochen wurde, zeigt sich immer deutlicher: „Das Detailgeschick des individuellen, entleerten Maschinenarbeiters verschwindet als ein winzig Nebending vor der Wissenschaft, den ungeheuren Naturkräften und der gesellschaftlichen Massenarbeit, die im Maschinensystem verkörpert sind.“³¹ Kapitalistische Rationalisierung führt seit geraumer Zeit dazu, daß das „winzig Nebending“ überhaupt aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen, arbeits- und berufslos wird. In Österreich ist z. B. die Zahl der Beschäftigten in der Industrie von 629 500 (1980) auf 563 700 (1984) zurückgegangen. Die vorgemerkten Arbeitslosen stiegen von 53 161 (1980) auf 130 469 (1984) im Jahresdurchschnitt, was Arbeitslosenraten von 1,9 bzw. 4,5 Prozent entspricht.³²

27 UNIDO, *Microelectronics Monitor*, Oktober - Dezember 1983, Nr. 8, S. 5-6.

28 *Research Briefings 1984 for the Office of Science and Technology Policy, the National Science Foundation, and Selected Federal Departments and Agencies*, National Academy Press, Washington, D.C. 1984, S. 31-43.

29 Report of the Chairman of the Committee on Science, Engineering and Public Policy to the Annual Meeting of the National Academy of Sciences, April 1985, S. 4.

30 J.D. Birchall und A. Kelly, *Neue anorganische Werkstoffe*, in: *Spektrum der Wissenschaft*, 7/1983, S. 86-97.

31 K. Marx, *Das Kapital*, I. Bd., a.a.O., S. 446.

32 Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, *Statistische Übersichten*, Nr. 4/1985, Tabl. 11.4.

3.1 Größere Variationsbreite in der Gestaltung des Arbeitsprozesses

Die zunehmende zeitliche und räumliche Entkoppelung des technischen Herstellungsprozesses vom konkreten menschlichen Arbeitsprozeß und die „intelligenter“ Maschinerie ermöglichen im Prinzip unterschiedliche Gestaltungen des Verhältnisses zwischen Maschinerie und lebendiger Arbeit (dezentral/zentral, menschliche Intelligenz/maschinelle Intelligenz, isoliert/vernetzt usw.). Betriebsräte und Gewerkschaften können diese Entwicklung nützen, indem sie Rechte auf Information über die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten und auf Auswahl der für die Belegschaft günstigsten Varianten durchsetzen.

Unter kapitalistischen Bedingungen wird die erhöhte „Intelligenz“ der Maschinen auch zur Übertragung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen des Unternehmers oder Managers auf die Maschinerie genutzt. Dem Arbeiter kann dies dann als „Sachzwang“ oder als „für eine reibungsfreie Abwicklung der Produktion nötig“ dargestellt werden. Gegen den Einbau von Anschlagzählern in Textautomaten, gegen Personalinformations- oder Betriebsdatenerfassungssysteme (wie sie jetzt verschämter genannt werden) und andere Überwachungsmechanismen des Kapitals muß jedoch immer noch mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen jeweils neu vorgegangen werden.³³

3.2 Verringerung der Unmittelbarkeit der Arbeit

Die informationsverarbeitende Maschinerie reduziert den Anteil an sensomotorischen Tätigkeiten. Symbolisch oder (kunst)sprachlich vermittelte Arbeitsvorgänge nehmen zu. Am Textautomaten etwa wird die Einstellung der Schreibmaschinenwalze nicht mehr von Hand vorgenommen, die Strichstärke einer Zeichnung an einem graphischen Bildschirm nicht mehr durch manuelles Einstecken der richtigen Feder in das entsprechende Schreibwerkzeug festgelegt, sondern durch Eintippen eines Befehlswortes oder das Antippen eines bestimmten Symbols, das am Bildschirm erscheint, mit der Fingerspitze. Die neue Arbeit wird von den bisher üblichen Sinneswahrnehmungen befreit und damit auch von den bisher notwendigen, oft recht komplizierten manuellen Aktivitäten. In dieser Hinsicht wird Arbeit abstrakter.

Arbeit wird aber auch allgemeiner. Derzeit stehen schon ganze Programmpakete zur Verfügung, deren Bedienung immer nach den selben Regeln erfolgt. Der Werbeslogan der Firma Apple lautet dafür: „Wer ein Programm kennt, kennt alle.“ Der oder die Angestellte ist nach einer kurzen Einarbeitungsphase durchaus in der Lage, mit den gleichen Grundkenntnissen in den verschiedensten Sachbereichen zu arbeiten. Programmierkenntnisse haben eine ähnliche Bedeutung. Hat man eine oder mehrere Programmiersprachen erlernt, kann man Programme für die verschiedensten Anwendungsgebiete entwickeln. Es liegt auf der Hand, daß an die Arbeiter und Angestellten große

33 Dank der Klage eines Betriebsrates der Firma Isovolta beim Einigungsamt ist in Österreich die automatische Aufzeichnung von Telefonnummern als „gegen die Menschenwürde gerichtet“ untersagt worden.

Anforderungen bezüglich Weiterbildung und Umschulung gestellt werden. Ob derartige Maßnahmen auf Kosten der Lohnabhängigen gehen, ist eine Frage der gewerkschaftlichen Kampfkraft. Darüber hinaus sollte verstärkt versucht werden, bei Mehrfach- bzw. Höherqualifikation eine höhere Einstufung zu erreichen.

3.3 Vertiefung und Aufhebung der Arbeitsteilung

Der höhere Allgemeinheitsgrad der Arbeit hat zur Folge, daß ein einzelner Arbeiter Tätigkeiten, die früher von verschiedenen Berufen ausgeübt wurden, selbst durchführt. Sachbearbeiter(innen) in Banken und Versicherungen bedienen heute die Kunden direkt vor einem Bildschirm, der ihnen alle nötigen Informationen vermittelt und neue einzugeben gestattet. Die wachsende Übertragung von Arbeitsfunktionen auf die Maschinerie macht andererseits bestimmte Einzelberufe überflüssig. Die Berufe des Uhrmachers, Schriftsetzers, aber auch des Drehers oder Schweißers (vor allem in der Autoindustrie) werden durch die neue Technologie verdrängt. Damit wird die Arbeitsteilung in einzelnen Gebieten aufgehoben. Aber auch ihre Zunahme kann konstatiert werden. Die neue Technologie schafft gleichzeitig neue Berufe, die bislang unbekannt waren, wie z.B. den Programmierer, den EDV-Operator, den Systemberater oder ähnliche.

3.4 Längerfristige Verschiebungen in der Tätigkeitsstruktur des Gesamtarbeiters

Die Reproduktionserfordernisse unserer Gesellschaft führen zu bestimmten Tätigkeitsfeldern, die ich folgendermaßen gliedern würde:

- a) Erzeugung der unmittelbaren materiellen Voraussetzungen zur Reproduktion der Menschen (Erzeugung von Konsummitteln).
- b) Erzeugung der materiellen Voraussetzungen zur Erweiterung des Produktionsapparates (Erzeugung von Investitionsgütern; Bauten, Ausrüstungsgegenstände und Zwischenprodukte).
- c) Tätigkeiten zur Reproduktion der natürlichen Umwelt: Durch den intensivierte Stoffwechsel der Menschen mit der Natur ist es dieser nicht mehr möglich, sich von selbst zu reproduzieren. Sie muß zunehmend durch menschlichen Eingriff zur produzierten und humanisierten Natur werden (Umweltschutzmaßnahmen, Naturschutz, aber auch vor- und umsichtige Veränderung natürlicher Kreisläufe in effizientere Bahnen).
- d) Tätigkeiten zur Reproduktion der individuellen menschlichen Persönlichkeit und Arbeitskraft (Kochen, Waschen, Flicker, Putzen, Kinderbetreuung, kulturelle und künstlerische Betätigung aller Art, Muße, Geselligkeit usw.).
- e) Tätigkeiten zur geistigen Aneignung der Welt: Bei Veränderung der Produktionsbasis, aber auch bei Neuregulierung gesellschaftlicher Beziehungen ist ein massenhaftes Verständnis der jeweiligen Entwicklungsstufe der Gesellschaft Voraussetzung. Sowohl die Erarbeitung, Verbreitung und Aneignung dieser Kenntnisse werden notwendige Tätigkeiten.
- f) Tätigkeiten zur Veränderung menschlicher Beziehungen: Einerseits sind diese Tätigkeiten auf der Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen an-

gesiedelt (intensive Gespräche in einer sich anbahnenden Liebesbeziehung, Bewältigung des Abbruchs von Freundschaften, Auseinandersetzung zwischen Eltern und Kindern), andererseits auf der Ebene der gesellschaftlichen Beziehungen (politische, organisatorische Tätigkeit, schöpferisches Entwerfen von und Beteiligung an neuen Formen zur Durchsetzung von Interessen bestimmter Gruppen der Gesellschaft usw.).

g) Tätigkeiten zur Selbstfindung: In einer sich rasch ändernden Umwelt ist es notwendig, in mehr oder weniger großen Abständen die Vorstellungen von der eigenen Person, aber auch von der Rolle, die man im gesellschaftlichen Gefüge selbst spielt, mit all den übernommenen Gefühlen, Wertungen, Fähigkeiten und Kenntnissen einer Überprüfung zu unterziehen. In Verbindung mit e) und angeleitet von einem entsprechenden Verständnis der Gesellschaft, wird man sich der heutzutage modernen Psychotechniken in der einen oder anderen modifizierten Form bedienen können, die gerade jetzt im Zuge einer neuen Innerlichkeit eine Blütezeit erleben.

Die einzelnen Tätigkeiten erfreuen sich derzeit höchst unterschiedlicher finanzieller und sozialer Anerkennung. Profitvermittelnde Tätigkeiten werden finanziell honoriert, während ebenso notwendige Tätigkeiten wie die Hausarbeit oder die Kindererziehung keines Honorars gewürdigt werden. Andere Arbeiten, wie diejenigen zur Wiederherstellung einer menschenfreundlichen Umwelt, sind erst durch den Druck massiver Krisen salonfähig geworden. Politischer Veränderungsarbeit fehlt bis heute die gesellschaftliche Anerkennung, sie wird sogar durch Berufsverbot, Karriereentzug oder Arbeitslosigkeit bestraft. Die wissenschaftlich-technische Revolution unter kapitalistischen Bedingungen macht die Tätigkeitsfelder a) bis c) durch Einsatz von Automaten produktiver. Lebendige Arbeit wird aus diesen Bereichen verdrängt. Die Tätigkeiten im Bereich d) werden als weitgehend kostenlose Vorleistung der Arbeitskräfte eingefordert, ja im Bereich der Hausarbeit sind die Lohnabhängigen gezwungen, technische Hilfsmittel selbst zu kaufen, um sich diese Arbeiten zu erleichtern. Die geistige Aneignung der Welt (Bereich e) wird nur soweit bezahlt, als sich letztlich daraus ein Gewinn ableiten läßt. Die weiteren Felder f) und g) gelten als der Privatsphäre zugehörig und werden kaum finanziell von der Gesellschaft entschädigt (mangelnde Versorgung mit Sozialarbeitern, psychosozialen Beratungsdiensten usw.).

Wenn aber gerade die ersten der angeführten Bereiche verstärkt auf die Maschinerie ausgelagert werden, wird die Gesellschaft längerfristig vor dem Problem stehen, die anderen Tätigkeiten verstärkt anzuerkennen. Dies könnte auf dem Wege einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitigem Aufrechterhalten bzw. Erhöhen des Reallohniveaus erreicht werden. Es stünde für die letztgenannten Tätigkeiten dann mehr Freizeit zur Verfügung. Die Diskussion um den Basislohn, die in alternativen Kreisen, aber auch von Vertretern der katholischen Kirche³⁴ und der Sozialdemokratie in Österreich geführt wird, zeigt an, daß man sich der angeführten Probleme zunehmend

34 H. Büchele und L. Wohlgenannt, Grundeinkommen ohne Arbeit - Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft, Wien 1985.

bewußt wird. Meines Erachtens nach dürfte aber die Einführung eines Basislohns in der Höhe des durchschnittlichen Lohnabhängigeneinkommens auf Grund der politischen Kräftekonstellation kaum durchführbar und auf Grund der daraus resultierenden Trennung der Gesellschaft in Menschen, die am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß teilnehmen, und solche, die sich auf private Tätigkeiten oder in den „informellen Sektor“ zurückziehen, kaum wünschenswert sein. Eine Ausweitung und Vereinheitlichung des vorhandenen Existenzminimums bzw. der Notstandshilfe und des Arbeitslosengeldes, kombiniert mit einer gesetzlichen Verkürzung des Arbeitstages und der Finanzierung gesellschaftlich nützlicher Arbeiten auf Grund von demokratischen Entscheidungen regional gewählter Organe, schiene eine sinnvollere Kombination.³⁵

4. Auswirkungen auf das Wirtschaftssystem

Das Wachstum der Produktivkräfte ermöglicht Veränderungen in verschiedene Richtungen: Durch den gestiegenen gesellschaftlichen Reichtum kann der Dienstleistungssektor expandieren, durch die neuen technischen Gegebenheiten lassen sich Dienstleistungen materiell in Warenform vergegenständlichen und die Erzeugung von Waren und Diensten aus dem formellen in den informellen Sektor verlagern. Die Akkumulationsfähigkeit der Wirtschaft wird durch die Verschiebung zu den Dienstleistungen einerseits beschränkt (die Dienstleister „essen“ vom Mehrprodukt), andererseits bilden sie die Voraussetzung für eine beschleunigte Akkumulation (Wissenschaft und Forschung erhöhen die Produktivität). Je nach den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen haben diese Tendenzen unterschiedliche Auswirkungen auf die Preise.

4.1 Ausweitung des Dienstleistungssektors

Der wachsende gesellschaftliche Reichtum, der durch die gestiegene Produktivität des Gesamtarbeiters in den Sektoren der materiellen Warenproduktion, aber auch bestimmter Dienstleistungen (Banken, Versicherungen, Verkehr, Nachrichtenwesen, Handel) ermöglicht wurde, veränderte bereits in den letzten Jahrzehnten die Wirtschaftsstruktur. Während zu Beginn des Jahrhunderts rund 90 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig waren, verschob sich danach der Schwerpunkt der Tätigkeiten in die Industrie und das produzierende Gewerbe. Diese Entwicklung erreichte im vergangenen Jahrzehnt in den meisten westeuropäischen Ländern ihren Höhepunkt. In den letzten Jahren wurden die Dienstleistungen zum Beschäftigungsschwerpunkt. Kaum ein westeuropäisches Land beschäftigt heute weniger als die Hälfte seiner Arbeiter, Angestellten oder Beamten im Dienstleistungsbereich. In den USA, Kanada, aber auch in Belgien liegen die Dienstleistungsanteile bereits bei fast 70 Prozent³⁶. Jedoch ist diese Ausweitung des Dienstleistungssektors

35 Rohfassung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Wege zur Vollbeschäftigung“, Reihe Gewerkschaftliche Orientierung, Vorabdruck 1/1985, Diskussionsgrundlage der Tagung am 12. Januar '85, Linz 1985.

36 Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, Wien 1984, Internationale Daten, Tabl. 4.01 - Beschäftigung und Arbeitsmarkt, S. 541.

statistisch stark überzeichnet, da es sich bei vielen Dienstleistungen nur um ausgelagerte, unmittelbar produktionsbezogene Tätigkeiten handelt, die im strengen Sinne Teilbereiche der materiellen Produktion sind (wie EDV-Dienstleistungen, Projektierung, Transport, aber auch Anlagen-Leasing, Verwaltungsfunktionen etc.).

Eine rasche Ausweitung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor wäre durchaus wünschenswert, da die neuen Tätigkeiten sich kaum mehr im Bereich der traditionellen Arbeitsfunktionen bewegen, sondern sich verstärkt auf die neuen Bedürfnisse der Gesellschaft beziehen werden, wie etwa Bildung, Wissenschaft und Forschung, Soziales und Gesundheit, Umweltschutz oder sonstige kulturelle künstlerische Aktivitäten. Unter kapitalistischen Bedingungen treten jedoch Probleme der Finanzierung und Durchsetzung auf.

Die USA und Japan werden gerne als positive Beispiele angeführt, wie ein Wachstum der Arbeitsplätze zu erreichen sei. In der Tat sind die Gesamtbeschäftigten in den USA von 1970 bis 1983 um rund 30 Prozent gestiegen (was einer Zunahme um 23,03 Mio. Beschäftigte entspricht)³⁷. Was zunächst so günstig aussieht, schmälert der Blick auf zwei andere Wirtschaftsindikatoren: Die Arbeitslosenrate lag 1983 bei 9,5 Prozent³⁸, und die realen Stundenlöhne eines Arbeiters liegen 1985 um 5 Prozent niedriger als im Jahre 1969. Gleichzeitig ist in den letzten 20 Jahren die Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften von einem Drittel der Lohnabhängigen auf ein Viertel zurückgegangen³⁹.

In Westeuropa, wo der Einfluß der Gewerkschaft stärker spürbar ist, sind Reallöhne und Masseneinkommen annähernd konstant geblieben, allerdings gelang es den Unternehmern, die Lohnsumme durch deutliche Rationalisierungsmaßnahmen relativ zu verkleinern. Eine Stagnation der Beschäftigungszahlen und ein rasches Ansteigen der Arbeitslosigkeit waren die Folge. Man wird zum Schluß gedrängt, daß die Effizienz des Kapitalismus nicht nur groß ist in Bezug auf die profitable Nutzung von Wissenschaft und Technik, sondern ebenso groß in der Einschnürung des Umfangs der wichtigsten volkswirtschaftlichen Variablen, der zahlungskräftigen Nachfrage nach privaten Konsumgütern. Unter den herrschenden Kräfteverhältnissen scheint der Staat nicht in der Lage zu sein, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Unter dem Druck der Unternehmer orientiert er auf die Förderung einer neuen Gründerzeitwelle nach dem Motto: „Jeder sein eigener Unternehmer, jedem sein eigenes intelligentes Produkt“. Wird aber das gesamte Masseneinkommen real nicht erhöht, werden sich diese Hoffnungen als Illusion herausstellen, auch wenn großzügigste staatliche Technologieförderungsprogramme kurz- bis mittelfri-

37 Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, Wien 1984, Eigenberechnung aus den Tabellen 4.01, S. 541, und 4.03, S. 544.

38 Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, Wien 1984, Tabl. 4.05, S. 546.

39 Mündliche Auskunft eines Mitarbeiters der AFL - CIO, Industrial Union Department, in Washington, D.C., im Frühjahr 1985; ferner: „In den USA sank zwischen 1954 und 1980 der prozentuale Anteil von gewerkschaftlich organisierten abhängig Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft und des Baugewerbes von 39,2 auf 23,6 Prozent. Auch die absolute Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ging in dieser Periode zurück.“ In: economic Impact, United States Information Agency, Nr. 1/1985, S. 5.

stig die Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt zugunsten des einen oder anderen Landes verschieben können.

4.2 Umwandlung von Dienstleistungen in Waren

Moderne Informationstechnik ermöglicht es, bestimmte Dienstleistungen (man denke an das Konzert einer Pop-Gruppe, eine Dichterlesung, ein Fußballspiel) zu speichern und den menschlichen Sinnen zu einem späteren Zeitpunkt wieder zugänglich zu machen. Diese Dienste werden so in Warenform vergegenständlicht. Dadurch kann das Mehrprodukt angereichert und der Kreis der akkumulierbaren Güter erweitert werden, was auch für Computerprogramme gilt. Bei ihnen sind die Reproduktionskosten gegenüber den ursprünglichen Produktionskosten sehr klein. Durch Kopierschutzmaßnahmen versuchen die Software-Firmen die Reproduktionskosten zu erhöhen, damit der Markt für Software-Produkte erhalten bleibt.

4.3 Ausweitung des informellen Sektors

Umgekehrt führt die fortschreitende Automatisierung der Produktion bei bestimmten Produktionsmitteln zu Verbilligungen. Dadurch werden sie auch für die privaten Haushalte erschwinglich (Heimwerkerausrüstungen, Heimcomputer, Getreidemöhlen, Selbstbaumöbel, Bausätze für Schwimmbecken usw.). Mit diesen Produktionsmitteln wird in der Selbstbedienungssphäre gewerkt. Dadurch werden einerseits im privaten Haushalt Gebrauchswerte erzeugt, die dann nicht mehr über den Markt bezogen werden, andererseits werden der kapitalistischen Ökonomie ausbeutbare Dienstleistungen entzogen. „Eigenarbeit“ substituiert also Lohnarbeit.

Die Verbreitung von intelligenten Produktionsmitteln scheint aber zumindest bei Heimcomputern auf eine Grenze zu stoßen. Das kapitalistische System ist nur eingeschränkt in der Lage, im gleichen Ausmaß die notwendige Bildung zu vermitteln, wie die Warenproduktion gesteigert wird.

Global denken — vor Ort handeln ?

Zu einigen Auswirkungen der globalen Probleme auf die BRD

Hermann Bömer

1. Radikalisierung der Probleme — 2. Strategische Antworten der Konservativen — 3. Strategiebildung in der Sozialdemokratie — 4. Grüne Positionen zu globalen Problemen — 5. Antworten der Marxisten — eine Skizze

Die wissenschaftlich-technische Revolution eröffnet ein zunehmend größeres Maß an technischen und ökonomisch-gesellschaftlichen Möglichkeiten, *Optionen*. Dies gilt sowohl bezüglich der Variation von Reproduktionstypen innerhalb einer Nation als auch in globalem Maßstab. Damit steigt die Bedeutung der bewußten politischen Entscheidung und Planung bei der Wahl von technischen und gesellschaftlichen Entwicklungsvarianten.¹

Welche Optionen wahrgenommen werden, hängt von den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen und den Kenntnissen ab. Als Ergebnis dieser gesellschaftlich determinierten Optionswahl bildet sich ein *System von Produktivkräften* heraus, deren einzelne *Elemente* (natur- und ingenieurwissenschaftliche Funktionsprinzipien) durchaus objektiv und unabhängig von den gesellschaftlichen Zielbestimmungen sind, deren *Gewichtung* innerhalb des Systems der Produktivkräfte jedoch durch die Gesellschaftsordnung und ihre konkrete Ausprägung bestimmt wird. Als Beispiel mag das Verkehrssystem dienen. Die Aufteilung zwischen öffentlichem und individuellem Personen- und Güterverkehr hängt im Kapitalismus von den Verwertungsinteressen des Kapitals, speziell der Automobilindustrie, ab. Dabei können (und sind) die einzelnen Elemente dieses Systems (z. B. die modernen Straßenbahnen, das Intercity-System, die neueste PKW-Generation) höchst modern und (teilweise) rationell, während das Gesamtsystem sehr aufwendig und vor allem umwelt- und stadtzerstörend ist. Dagegen wird im Sozialismus die Masse des Personen- und Güterverkehrs mit öffentlichen Verkehrsmitteln abgewickelt. Obwohl die Einzelsysteme oftmals aufgrund der relativen Trägheit bei der Einführung des

¹ Josef Schleifstein, *Marxistische Grundpositionen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus*, in: IMSF (Hrsg.), *Technik — Umwelt — Zukunft. Eine marxistische Diskussion über Technologie-Entwicklung, Ökologie, Wachstumsgrenzen und die „Grünen“*, Frankfurt 1980; Lothar Peter, *Alternative Technologie oder gesellschaftliche Alternative*, in: *Marxistische Blätter*, Heft 3/1984; Manfred A. Heinrichs, *Der verdrehte Charme der Technologie*, in: *Marxistische Blätter*, Heft 6/1984; Karl Hermann Tjaden, *Was heißt: Die Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse? Ein Ansatz antikapitalistischer Politik*, in: *Moderne Zeiten* 3/1983, Heft 5.

wissenschaftlich-technischen Fortschritts noch rückständig sein mögen und deshalb unbedingt verbesserungswürdig sind, ist die Struktur dieses Verkehrssystems der Tendenz nach progressiv.

Interessant ist, daß selbst im Kapitalismus das System der verkehrlichen Produktivkräfte unterschiedlich ausgeprägt ist (vgl. z. B. die USA und die Niederlande!), was neben geographischen Faktoren auch als historisches Resultat des Klassenkampfes um möglichst rationelle Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft bzw. der Umwelt begriffen werden muß. Starke Gewerkschaften der Eisenbahner und des öffentlichen Dienstes, die sich zugleich mit der Umweltschutzbewegung verbünden, werden letztlich ein anderes Verkehrssystem durchsetzen, als es sich ohne diesen Druck entwickelt.

Auch bezüglich der *konkreten weltwirtschaftlichen Strukturen* sind alternative Varianten, alternative Reproduktionstypen denkbar und heute dringend erforderlich, um eine weitere Zuspitzung der globalen Probleme zu verhindern. Das Konzept der „globalen Probleme“ behauptet, daß dies nicht nur den Interessen der Völker der Dritten Welt, sondern auch den Überlebensinteressen der nichtmonopolistischen Klassen und Schichten der kapitalistischen Metropolen und dem Sozialismus dient.

1. Radikalisierung der Probleme

1.1 Das Kriegsproblem

Zwar ist es richtig, die wachsende Gefahr eines Krieges mit Massenvernichtungsmitteln als globales Problem Nr. 1 zu behandeln und alle Kräfte auf dessen Verhinderung zu konzentrieren. Es ist aber dringend erforderlich, die gestiegene Aggressivität des US-Imperialismus nicht nur aus den großen Profitchancen heraus zu erklären, die diese neue Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungswelle der USA und — in etwas abgeschwächter Form — der NATO-Verbündeten und Japans für die Konzerne des Rüstungs- und High-Tech-Kapitals eröffnen. Vielmehr möchte ich darauf insistieren, daß die Haupttriebkraft darin besteht, daß die derzeit führenden Kreise des US-Imperialismus beinahe verzweifelt versuchen, den dramatisch anwachsenden globalen Problemen und der wachsenden Bereitschaft der Völker der 3. Welt, eine progressive Antwort und Lösungsstrategie für ihre verzweifelte Lage zu suchen und dafür alles zu geben (wie sonst kann man die Opferbereitschaft z. B. der Völker Nicaraguas und El Salvadors begreifen, endlich ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen bzw. in ihr zu halten?), mit ihrer militärischen Macht zu begegnen. Diese Grundthese ist nachzulesen in dem Dokument *AirLand Battle 2000*, in dem es heißt: „Am Anfang dieser Studie stand eine Betrachtung darüber, wie die Umwelt voraussichtlich beschaffen sein wird und welche Trends bis zum 21. Jahrhundert hinein anhalten dürften. ... Einer der wichtigsten Trends seit den 50er Jahren besteht im Wandel in der wirtschaftlichen und politischen Vielfalt der Welt. ... Im Jahre 2000 werden Staaten aus der Dritten Welt, Industriekartelle und regionale Staatenblöcke eine noch größere Rolle spielen.“

Die Knappheit der Ressourcen macht sich über alle Staatsgrenzen hinweg einschränkend bemerkbar. Kobalt beispielsweise ist lebenswichtig für die

Herstellung von Düsentriebwerken. Die USA importieren 93 Prozent ihres Kobalts. Wir sind auf viel mehr Gebieten als nur beim Öl erpreßbar. Wir nähern uns einer wahrhaft internationalen Wirtschafts- und Ressourcenwelt . . .

Ein weiterer Trend, der die militärische Planung berührt, ist die weltweite Verstädterung. Sie hat zu stark diversifizierten Lebensweisen geführt. Viele Länder sind auf diesem Wege zu informierten Gesellschaften geworden. Die Bevölkerung, die in Städten lebt, hat leichter Zugang zu den Problemen und kann leichter massenhaft beeinflußt werden. Die sozialen Wertvorstellungen eines ländlichen Milieus sind traditionsverhafteter, patriotischer und konservativer als jene eines urbanen Milieus . . . Insgesamt gesehen zeigen die Umweltrends, daß die Hauptprobleme der Welt mit der Verteilung und Kontrolle von Ressourcen zusammenhängen . . .

Wir müssen fähig sein, überall zu kämpfen, . . . den Krieg zu Lande zu gewinnen, um in die Lage zu kommen, einen vorteilhaften Frieden auszuhandeln . . .²

Der Versuch der USA, ihren militärischen Handlungsspielraum gegenüber den Befreiungsbewegungen, der nach der historischen Niederlage in Vietnam 1975 erheblich eingeschränkt war, wiederzugewinnen *und zu nutzen*, erklärt die rasante Modernisierung der konventionellen Streitkräfte, die Installierung der „Schnellen Eingreiftruppe“, den Ausbau des Stützpunktsystems z. B. in der Karibik sowie, entsprechend dem Konzept der „horizontalen Eskalation“, die riesigen Rüstungsanstrengungen, um die Erstschlags- und Kriegsführungsfähigkeit gegenüber der Sowjetunion zu erreichen.

Damit wird die Welt andauernd am Abgrund des großen Krieges stehen. Dies gilt um so mehr, als die dramatische Zuspitzung der Lage der Völker der 3. Welt permanente Revolten, Umstürze, tatsächliche progressive Umwälzungen und zugleich militärische Versuche, diesen „Gang der Geschichte“ aufzuhalten, hervorbringt und noch stärker hervorbringen wird. Damit wächst jedoch immer zugleich die Gefahr eines Zusammenstoßes der USA und der UdSSR.

1.2 Radikale Verschlechterung der Lage der Länder der 3. Welt seit Beginn der 80er Jahre

Der Eintritt des kapitalistischen Weltsystems in seine nach 1929–1933 größte Krise ab Mitte der 70er Jahre und deren Verschärfung seit Beginn der 80er Jahre haben die Gesamtlage der Länder der 3. Welt enorm verschlechtert. In der kubanischen Studie³ wird dieser Rückschlag bereits ausführlich und der

² AirLand-Battle 2000, Wortlaut in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1983, S. 1377ff.; hier zitiert nach Hermann Bömer, Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit, Frankfurt 1984, S. 35.

³ Fidel Castro, . . . wenn wir überleben wollen. Die ökonomische und soziale Krise der Welt (Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Neu-Delhi, 1983), Dortmund 1984.

Tendenz nach korrekt erfaßt, während die Globalismuskonzeption, soweit sie auf der Grundlage der Studie Global 2000⁴ erfolgte, den radikalen Trendbruch seit 1981 noch gar nicht erfassen konnte. Tabelle 1 wirft ein Schlaglicht auf diese veränderte Situation.

Tabelle 1: Anteile der Ländergruppen an den Weltexporten 1960/1970/1981/1984 (in %)

Ländergruppe	Welt insgesamt ¹			Nur kapital. Welt ²		
	1960	1970	1980	1972	1981	1984
Kapit. Industrieländer	66,8	71,0	63,1	75	66	70
Ölländer	7,5	6,7	16,9	7	16	10
Nichterdöl- Entwicklungsländer	14,2	11,3	11,2	18	18	20
Soz. Länder	11,7	10,6	8,9			

Quellen: 1. F. Castro, ... wenn wir überleben wollen, a. a. O., S. 68.

2. L. Jultiz, Der Welthandel im Umbruch. Die Industrieländer holen wieder auf. FAZ, 27. 4. 1985.

Faßt man die Gruppe der 3. Welt-Länder zusammen, so wird der große Rückschlag seit 1981 deutlich. Die erneute Stärkung der Positionen des Imperialismus seit 1981 signalisiert, daß die große Krise der Kapitalverwertung, die auch die Metropolen erfaßt hat, zu einem Großteil auf die Entwicklungsländer (EL) abgewälzt worden ist, speziell auf die Rohstoffproduzenten. Der Exporterlös der OPEC-Länder z. B. reduzierte sich von 300 Mrd. Dollar (1980) auf 167 Mrd. Dollar (1984).⁵ Die Preise für Rohstoffe gingen seit 1981 insgesamt drastisch zurück (Tab. 2).⁶

Tabelle 2: Preisniveau für Gold, Erdöl und Rohstoffe insgesamt, Index, 1980 = 100

	1981	1982	1983	1984
Gold, London	75,0	61,3	69,3	58,8
Erdöl ¹	94,8	88,0	78,9	75,8
Rohstoffe insgesamt ²	106,5	101,2	92,6	90,7

1 Rotterdamer Spotmarktpreise jeweils im Dezember.

2 HWWA-Index.

Quellen: Preisdaten des Reuter-Dienstes, London, lfd.; VWD NE-Metalle, Eschborn, lfd.

Aus: IPW-Berichte 5/1985, S. 55.

4 Council on Environmental Quality/US-Außenministerium (Hrsg.): Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Washington 1980, Deutsche Übersetzung Frankfurt, 12. Aufl. 1981.

5 FAZ, 27. 4. 1985.

6 Günther Brode, Tendenzen der kapitalistischen Weltmarktpreise seit Anfang der 80er Jahre, in: IPW-Berichte 5/1985, S. 51; vgl. auch Autorenkollektiv, Imperialismus und Industrialisierung der Entwicklungsländer, IPW-Forschungsheft 2/1985, Berlin (DDR) 1985.

Zwar nahm 1984 der Export der Nichterdölentwicklungsländer deutlich zu. Allerdings ist die Funktion dieser Exportüberschüsse zu sehen vor dem Hintergrund der seit 1970 rasant gestiegenen Auslandsverschuldung der EL (zwischen 1970 und 1984 haben sich die mittel- und langfristigen Schulden auf 895 Mrd. Dollar verzehnfacht!).⁷ Diese Exportüberschüsse dienen einzig und allein dazu, die Zinsen an die transnationalen Bankkonzerne zu zahlen, während die Fähigkeit, überhaupt Exportüberschüsse erzielen zu können, auf die Wirkungen der brutalen Austeritätsauflagen des internationalen Währungsfonds zurückzuführen ist, d. h. auf schwere Rückschläge in der inneren Entwicklung dieser Länder. Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß die Bevölkerung in den EL von 3,449 Mrd. (1982) auf wahrscheinlich 4,871 Mrd. (2000) steigen wird und der Anteil der EL an der Weltbevölkerung in dieser Zeit von 75,5 Prozent (1982) auf 80,1 Prozent im Jahre 2000 steigt (vgl. Tab. 3).

**Tabelle 3: Welt-Bevölkerungswachstum (in Mio.)
Regionale Verteilung und Prognose 1960/1982/2000**

	1960	%	1982	%	2000	%
Welt	ca. 3000	100	4556	100	6082	100
Entwickelte Regionen ¹	ca. 1000	33,3	1107	24,2	1211	19,9
Unterentw. Regionen	ca. 2000	66,6	3449	75,8	4871	80,1

¹ Marktwirtschaftl. Industrieländer und „Osteuropäische Staatshandelsländer“

Quellen: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1984, Kennzahlen der Weltentwicklung, Tab. 19, S. 288; Sechster Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, BT-Drucksache 10/3028, S. 22; eig. Berechnungen.

Ausdruck dieser katastrophalen Entwicklung und Perspektiven sind die Ausbreitung der Hungersnöte in den EL, selbst in Schwellenländern wie Brasilien, sowie die Revolten, die sich hauptsächlich gegen die Auswirkungen der IWF-Auflagen (Abbau der Lebensmittelsubventionen) richteten.

1.3 Das Umweltproblem

Die wichtigsten Daten und Prognosen liegen mit der Studie „Global 2000“ vor und brauchen hier nicht noch einmal referiert zu werden.⁸ Allerdings muß 1985 hinzugefügt werden, daß Nachhaltigkeit und Komplexität der Zerstörung der Naturgrundlagen der menschlichen Gesellschaft selbst in dieser Studie noch unterschätzt wurden. Für den Zeitraum 1980–2000 wird z. B. eine Verringerung der Welt-Waldbestände um 40% prognostiziert, wobei das Waldsterben in den hochentwickelten Metropolen noch nicht erfaßt worden ist! Die Problematik der Bodenverseuchung wird in „Global 2000“ hauptsächlich bezüglich der landwirtschaftlichen Böden — hier jedoch sehr eindringlich und überzeugend — diskutiert, während das Problem der Altlasten und

⁷ Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1984, zitiert nach FAZ v. 3. 7. 1985.

⁸ Vgl. H. Bömer, a. a. O., Kap. 1.3 und 1.4.

der „normalen“ Bodenverschmutzung mit Chemikalien, Industrieabfällen und Schwermetallen als Resultat einer 150jährigen schwerindustriellen und beinahe 100jährigen chemieindustriellen Entwicklung noch am Rande behandelt wird.

Vor diesem Hintergrund nimmt der Handlungsdruck in Richtung auf eine grundsätzliche Neuorientierung der Umweltpolitik zu. Diese gesellschaftliche Umbruchsituation geht einher mit widersprüchlichen und z. T. schmerzhaften Neuorientierungsversuchen der Klassenkräfte, speziell auch der Gewerkschaften,⁹ aber auch mit großen Formierungsproblemen der herrschenden Klasse z. B. in Westeuropa, die aus dem wachsenden Widerspruch, die Automobilindustrie und -gesellschaft als beinahe wichtigste Kapitalanlagesphäre weiter zu hätscheln, andererseits jedoch zunehmend mit ihrer zerstörerischen Wirkung konfrontiert zu werden, bisher keinen überzeugenden Ausweg gefunden hat.

Da jedoch im Gegensatz zum Problem der Massenarbeitslosigkeit, das möglicherweise durch Entsolidarisierungsstrategien in Richtung auf sog. $\frac{2}{3}$ -Gesellschaften über längere Fristen „gemanaged“ werden kann, das Umweltproblem (ähnlich dem Kriegsproblem) gerade auch die Schichten in Bewegung bringt, die keinen täglichen Überlebenskampf um Arbeitsplätze und Einkommen zu führen haben, ist hier mit einem rasch anwachsenden *und dauerhaften* Triebkraftpotential für systemkritische, grundsätzlich neuorientierte Gesellschaftsvorstellungen zu rechnen, auf das sich alle Klassenkräfte einzurichten haben (übrigens unabhängig von jeweils aktuellen Wahlergebnissen der „Grünen“!). Die Konservativen, Sozialdemokraten und teilweise auch die Grünen entwickeln Konzepte der „marktwirtschaftlichen Abarbeitung“¹⁰ der Umweltprobleme, die i. d. R. durch aus Massenbelastungen (Waldpfennige) finanzierte Umweltreparaturinvestitionen charakterisiert sind. Allerdings verschärft diese Vorgehensweise die „neue Armut“, d. h. die Lebenslage des schlechtversorgten Teils der Bevölkerung.

1.4 Lebensweise, Zukunft der Arbeit und kultureller Fortschritt

Immer offensichtlicher wird, daß die Menschheit aufgrund dieser Zuspitzung der globalen Probleme insgesamt tatsächlich „am Wendepunkt“ steht, daß somit bei der Konzeptionierung der Antworten auf diese Situation immer dringlicher die Frage aufgeworfen wird nach einem strategischen Gesamtentwurf, der Antworten auf die Fragen nach der Zukunft der Arbeit, der Lebensweise, des Mensch-Natur-Verhältnisses sowie der Rolle der Befriedigung kultureller Bedürfnisse im Gesamtsystem der (selbstgestalt- und planbaren) Bedürfnisentwicklung beinhaltet.¹¹ Dieses Suchen findet statt unter den Bedin-

9 Edgar Gärtner, Gewerkschaften und Ökologie. Nachrichten-Reihe 32, Frankfurt 1985.

10 Oliver Brosch/Fiete Saß, Erneuerung der SPD? Chancen und Probleme der Programmdiskussion, in: Blätter f. dt. u. int. Politik 6/1985, S. 718 f.

11 Kaspar Maase, Jenseits des Konsumismus. Überlegungen zu Krise und Zukunft der Lebensweise, in: Perspektiven der Lebensweise — marxistische und grün-alternative Gesichtspunkte. Institutsmitteilung Nr. 25 des IMSF, Frankfurt 1984; Igor Bestushew-Lada, Die Welt im Jahre 2000. Eine sowjetische Prognose für unsere Zeit, Freiburg i. Br. 1984; Wadim Sagladin/Iwan

gungen eines weitgehend revolutionierten, radikal internationalisierten Systems der Kommunikationsinfrastruktur sowie einer hochgradig von US-Konzernen monopolisierten Medien- und Kulturindustrie, so daß die internationalen Elemente bei der Konstituierung von Bedürfnis- und Motivationsstrukturen eine noch niemals dagewesene Rolle spielen.¹²

Diese sehr knappe Skizze der Zuspitzung der globalen Probleme führt hin zu der Frage, wie die unterschiedlichen Klassenkräfte in der BRD ihre Grundantworten aufbauen, wobei es dem Charakter der globalen Probleme entsprechend eigentlich keine eigenständigen nationalen Antworten gibt, sondern sich zunehmend die internationalen Komponenten der Herausbildung von Politikvarianten verstärken. Bei der Formulierung von Alternativen, dem tatsächlichen Ausbrechen aus dem imperialistischen Verarbeitungsmechanismus spielt allerdings zumindest für Länder mit der Größenordnung und einer entwickelten Produktivkraftstruktur wie der BRD die nationale Handlungsebene nach wie vor die entscheidende Rolle. „Vor Ort handeln“ muß sich in erster Linie auf einen radikalen Bruch der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Außenpolitik auf nationaler Ebene beziehen.¹³

2. Strategische Antworten der Konservativen

Hier wird nicht noch einmal eine Gesamtskizze dieser Antworten versucht,¹⁴ sondern auf Aspekte eingegangen, deren Klärung erst in jüngster Zeit erfolgt ist.

2.1 Radikalisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Die seit Beginn der 80er Jahre beschleunigte Erhöhung der militärischen FuE-Ausgaben der USA soll einerseits die militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR zurückgewinnen und andererseits auf der Grundlage der Hypothese von einer stärkeren zivilen Nutzungsmöglichkeit militärischer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse die führende Position im High-Tech-Sektor für die USA zurückerobern, die sie unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg innehatte und die ihr durch die massive staatsmonopolistische, zivilorientierte Entwicklung der Hochtechnologien in Westeuropa und Japan Schritt für

Frolow, Globale Probleme der Gegenwart, Berlin (DDR) 1982; Frank Deppe, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende. Eine Bestandsaufnahme, Köln 1984.

12 Heinz Jung/Josef Schleifstein, Die materialistische Geschichtsauffassung und der Charakter unserer Epoche, in: ... einen großen Hebel der Geschichte, Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband I, Frankfurt/M. 1982, S. 43 f.; Robert Weimann, Realität und Realismus, in: Marxistische Blätter, Heft 3/1985.

13 Bernhard Roth, Weltmarktabhängigkeit: Damoklesschwert über einer alternativen Wirtschaftspolitik? Teil I und II, in: Memo-Forum 3 und 5, Bremen 1984 und 1985; Hans-Jürgen Axt, Internationale Konzerne und Perspektiven des Nationalstaats in Westeuropa. Die Internationalisierung der Ökonomie als Triebkraft eines neuen Kosmopolitismus?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981; Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf 1978.

14 Vgl. H. Bömer, a. a. O., Kap. 4.

Schritt streitig gemacht worden ist.¹⁵ Japan und Westeuropa antworten auf diese Offensive selbst mit einer radikalen Intensivierung der Modernisierungspolitik. Verlierer sind die Volksmassen in den Metropolen selbst, die mit wachsender Massenarbeitslosigkeit und schnell voranschreitender Umweltzerstörung bezahlen, und die EL, deren Volkswirtschaften (bis auf wenige Ausnahmen) diesen Modernisierungsschub nicht im gleichen Tempo nachvollziehen können.¹⁶ Widerprüchlich ist die Entwicklung insofern, als diese Modernisierung in den USA nicht alle Wirtschaftszweige gleichmäßig erfaßt (und wegen der militärischen Führungsfunktion ungleichmäßig erfolgen muß).

2.2 Konzepte gegen den Zusammenbruch des internationalen Kreditgebüdes – IWF- und Bankenstrategie¹⁷

Um die Zinszahlungsfähigkeit der EL trotz der riesigen Verschuldung aufrechtzuerhalten (auf die Rückzahlung der Schulden wagt kaum noch eine Bank zu hoffen bzw. ist überhaupt daran interessiert), *müssen die Schuldnerländer dauerhaft einen Exportüberschuß erzielen*, der zu den Deviseneinnahmen führt, die sie dann für die Zinszahlungen zu verwenden haben. Mit Brasilien (und Mexiko) ist diese Rechnung von 1982 bis 1984 aufgegangen, wie Tabelle 4 zeigt, allerdings auf Kosten einer brutalen Verelendung.

Dieses Konzept impliziert, daß die Exportüberschüsse der Erdölexportierenden EL (wie zwischen 1981 und 1984 bereits erfolgreich geschehen) drastisch verringert werden und die Mutterländer der transnationalen Bankenmonopole ein dauerhaftes Handelsbilanzdefizit akzeptieren. Letzteres vergrößerte sich in den USA auch tatsächlich, wenn auch unkontrolliert, von 25,3 Mrd. Dollar (1980) auf 123,3 Mrd. Dollar (1984), und schwächt dort diejenigen Industriezweige, die nicht in den Genuß der militärisch inspirierten Modernisierungspolitik gelangen, also die sog. „traditionellen Industriezweige“. Von ihnen geht deshalb ein verstärkter Druck in Richtung Protektionismus aus.

Da Westeuropa — hier insbesondere die BRD — und Japan jedoch längst nicht in diesem Ausmaß an der Aneignung des Bankprofits aus den Entwicklungsländerkrediten beteiligt sind wie die USA, weil ferner die (relativ) zivile technologische Aufholjagd Westeuropas und Japans in den 60er und 70er Jahren gegenüber den USA eine relative Breite in der Produktivkraftentwicklung garantiert hat, also die Stahl-, Automobil-, Konsumgüter- und Investi-

15 Vgl. Rainer Rilling, Konsequenzen der „Strategic Defense Initiative“ für die Forschungspolitik, in: Blätter f. dt. u. int. Politik, Heft 6/1985, S. 668 ff.; Jürgen Kuczynski, Gesellschaften im Untergang. Vergleichende Niedergangsgeschichte vom Römischen Reich bis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Köln 1984.

16 Im Bundeswirtschaftsministerium kursiert eine offen-zynische Definition dessen, was High-Tech-Industrien sind: Entwicklungsländeranteil < 0,5 Prozent!

17 Zahlreiche Anregungen für dieses Kapitel verdanke ich Herbert Schui, Dollar- und Zinshausse als Strategie im Interesse der transnationalen US-Finanz- und Industriegruppen, Manuskript, vorgelegt der Arbeitstagung der Memorandumsguppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ im Juni 1985.

Tabelle 4: Wirtschaftsdaten für Brasilien 1980–1984 (in Mrd. US-Dollar)

	1980	1981	1982	1983 ¹	1984 ²	1985
Ausfuhr	20,1	23,3	20,2	21,8	27,0	.
Einfuhr ³	22,9	22,1	19,4	15,3	14,0	.
Handelsbilanz	- 2,8	+ 1,2	+ 0,8	+ 6,5	+ 13,0	.
Leistungsbilanz	- 12,8	- 11,7	- 14,7	- 7,5	- 0,5	.
Auslandsverschuldung ⁴	53,8	61,4	70,2	83,5	ca. 100	.
Auslandsschuldzinsen	6,3	9,1	11,3	10,4	.	12,0
Arbeitslose (in Mio.)	.	.	3,1 ⁵	6,4 ⁶	.	.
Unterbeschäftigte (in Mio.)	.	.	6,1 ⁵	12,5 ⁶	.	.
BIP ⁷ (in %)	.	- 1,9	+ 1,4	- 3,9	+ 4,0 (BSP)	.
Industrieprod. (in %)	.	- 5,4	+ 1,2	- 7,9	.	.
Inflationsrate (in %)	.	.	99,7	ca. 200	224	430-550 ⁸

1 geschätzt

2 M. Gester, FAZ 28. 1. 1985

3 Ein großer Teil des Importrückganges resultiert aus geringeren Ölimporten (Steigerung der Eigenproduktion und der Alkoholproduktion auf landw. Basis) und Ölpreisen

4 mittel- und langfristig

5 Statistisches Bundesamt, IBGE

6 Gewerkschaftskreise, DIEESE

7 BfA/NfA v. 26. 1. 1984

8 Dez. '84/Jan. '85, aufs Jahr umgerechnet (M. Gester, FAZ v. 28. 1. 1985)

Quellen: Anbid (Verband der brasilianischen Investitionsbanken); Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI), Jan. 1984, Brasilien (Autor: Georg Seitz); M. Gester, FAZ v. 28. 1. 1985.

tionsgüterindustrie nicht veraltet ist, bleiben sie Nettoexporteure. So ist die EG-Stahlindustrie z. B. nach wie vor Nettoexporteur (1983: 17,3 Mio. Tonnen direkter Stahlexportüberschuß!). Dies war unter anderem wegen der kartellmäßigen Abschirmung des EG-Stahlmarktes nach außen sowie einer breiten, staatlich finanzierten Modernisierung dieses Industriezweiges möglich, die den Regierungen aufgrund der weitgehend sozialdemokratischen Regierungskonstellationen in der EG bis zu Beginn der 80er Jahre abgetrotzt werden konnten. Die hierfür notwendigen Finanzierungsspielräume sind zumindest bislang in der BRD vorhanden gewesen, weil (im Gegensatz zu den USA und teilweise auch zu Frankreich) der Rüstungssektor noch nicht eine derart dominante Stellung eingenommen hat.

Als Folge dieser Widersprüche verlangen die USA von Japan und Westeuropa eine neue GATT-Runde, in der die Zollschränken für Waren aus den Entwicklungsländern und den USA, speziell auf den Agrar-, (und für Westeuropa) Energie- und Stahlmärkten niedergerissen werden sollen. *D. h., die USA wollen nicht alleine die Lasten der Aufrechterhaltung der Zinszahlungsfähigkeit der Entwicklungsländer tragen.* Stattdessen wollen sie ihre Agrarexporte in die EG erhöhen (und die heruntersubventionierten EG-Agrarexporte liquidieren), was in Westeuropa über die Agrarpreissenkungen zu einem radikalen

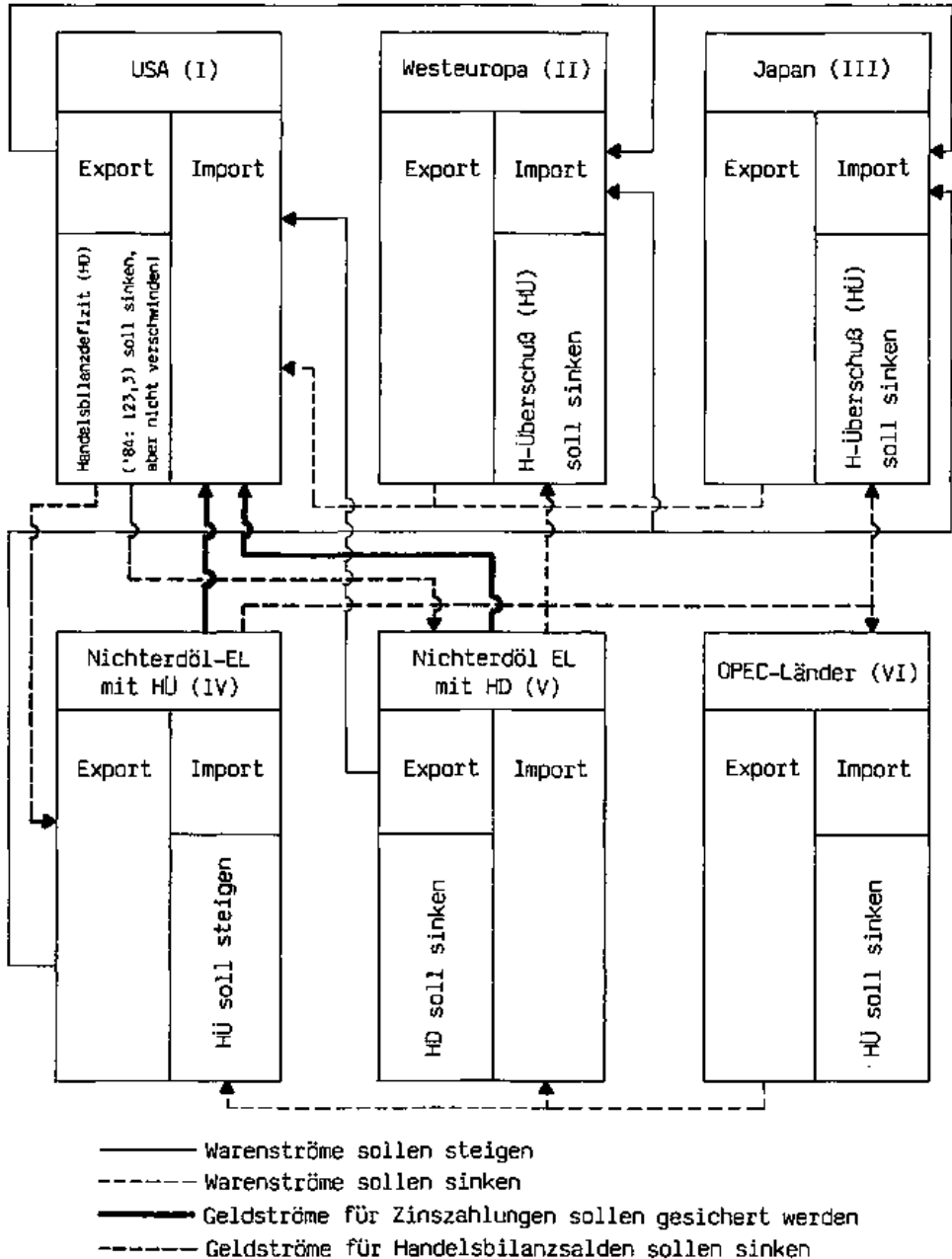
„Bauernlegen“ führen wird. Der Steinkohlenbergbau soll nach Planungen der EG um ein Drittel reduziert werden, um die EG-Steinkohlenimporte (aus den USA) zu erhöhen; schließlich soll der EG-Stahlprotektionismus beseitigt werden, der dazu führt, daß z. B. Schuldnerländer wie Brasilien ihre Stahllexporte hauptsächlich auf die USA konzentrieren (vgl. Schaubild 1).

2.3 Risiken

Einerseits basiert dieses Konzept des Bündnisses zwischen dem Finanz- und High-Tech-(Rüstungs-)Kapital auf der Verstetigung des Aufschwungs in den USA, da eine Stagnation bzw. eine Krise bei Aufrechterhaltung der Rüstungsexpansion das Haushaltsdefizit der USA würde weiter explodieren lassen. Zugleich müßte der Zinssatz erneut angehoben werden, um trotz wachsender Risiken den Kapitalimport der USA weiter zu steigern. Eine Rezession würde es andererseits unmöglich machen, daß die Exportüberschüsse der vom IWF „sanierten“ Schuldnerländer, also Brasilien, Mexiko usw., aufrechterhalten werden könnten. Die Zinszahlungsfähigkeit wäre erneut in Frage gestellt. Zum Massenelend, das die brutale Auflagenpolitik des IWF vermittle des Schrumpfung des inneren Marktes dieser Länder bereits erzeugt hat, träte ein Rückschlag in der Exportwirtschaft; zugleich würden sich die protektionistischen Tendenzen in den USA selbst verstärken. Worin besteht der Ausweg aus diesem sich schürzenden Widerspruchsknoten?

Unterstellt man nicht ein allgemeines Interesse „der USA“ bzw. „der kapitalistischen Metropolen“ an der Überwindung der Krise, sondern ein Expansionsinteresse der führenden Bank- und Industriekonzerne – und dies ist bekanntlich auch in der Krise realisierbar, und zwar durch die *Zentralisation* von Kapital, d. h. Fusionen, Firmenaufkäufe usw. – sowie das Interesse dieser Eliten, diesen Prozeß politisch, ökonomisch und militärisch unter Kontrolle zu halten, so ist nur folgende Lösung denkbar: eine neue Direktinvestitionsoffensive in die EL, allerdings heute in der spezifischen Form, daß die langfristigen Schulden der EL in Beteiligungskapital der Multinationalen Konzerne an dem Nationalvermögen dieser Länder umgewandelt werden. Dies bedeutet z. B. die Privatisierung der Staatskonzerne dieser Länder sowie die Übernahme von (hochverschuldeten) Unternehmen, die sich zur Zeit noch in den Händen der nationalen Bourgeoisie oder der Staaten dieser Länder befinden. Politisch führt dies zur Vernichtung der ökonomischen Existenzgrundlagen der nationalen Bourgeoisie dieser Länder, verstärkt den Nationalismus und eröffnet theoretisch ein Bündnis von nationaler Bourgeoisie und den progressiven Kräften gegen die Fortsetzung der Ausplünderung der EL, erzwingt letztendlich ein Schuldnerkartell und damit einen politisch-ökonomischen Sperrriegel gegen die weitere Degradierung der EL! Soll dieser Kurs der Unterwerfung dennoch aufrechterhalten werden, wird er in Zukunft zunehmend mit militärischen Mitteln abgesichert werden müssen. Zugleich müssen die Entspannungspolitik, der Nord-Süd-Dialog sowie die UNO liquidiert werden. Die Risiken dieses Kurses wiederum werden vor allem in Westeuropa die Suche nach einem Ausweg aus dieser Zuspitzung intensivieren.

Schaubild 1:
 Welthandels- und Zahlungsungleichgewichte und die von den USA gewünschten Änderungen



2.4 Ideologischer Geleitschutz

Es liegt auf der Hand, daß man in den etwas aufgeklärteren Regionen des Weltimperialismus ein solches Konzept nicht in dieser Offenheit und Brutalität verkaufen kann. Folglich müssen einerseits Mechanismen installiert werden, die die Masse der Menschen von diesen Problemen ablenken — dies ist vornehmlich der durch die permanente Existenz der Massenarbeitslosigkeit in Gang gehaltene Prozeß des die ganze Person verzehrenden täglichen Kampfes um das ökonomische und soziale Überleben. Dies gilt — wenn auch auf völlig unterschiedlichem Niveau — sowohl für die Metropolen als auch für die EL. Zweitens müssen der aus der Natur der Sache immer wieder sich entfaltende *Gedanke und die Praxis der Solidarität* der Krisenopfer, vor allem die nicht totzuredende Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung durch die Propagierung und Praxis des *Wohlfahrtsgedankens* geschwächt werden. Paradebeispiel für diese Art der Ablenkung war die Inszenierung der Äthiopien-Kampagne und des sog. Afrika-Tages.¹⁸

Schließlich müssen für die Jugend neue Aufbruchsignale gesetzt werden. So ist die Rede von US-Präsident Reagan in Hambach (Mai 1985) offensichtlich der (untaugliche) Versuch gewesen, den „amerikanischen Traum“ von einer Welt der Reichen, einer Unternehmerwelt, die den Sozialismus „auf den Müllhaufen der Geschichte“ wirft, auch in Westeuropa zu verankern. Wo dies nicht gelingt — und dies ist absehbar, weil die Linke in Westeuropa über viel stärkere ideologische Positionen verfügt als in den USA, die Arbeiterbewegung nach wie vor eine starke, handlungsfähige Kraft darstellt¹⁹ und die meisten Menschen den Sozialismus nicht mehr für derartiges Teufelswerk halten, daß sie für dessen Liquidierung ihr Leben zu riskieren motiviert sind — ist die Konzeption der *Nichtthematisierung* angesagt. Dies bedeutet, daß vor allem die Probleme der Länder der 3. Welt in einem konservativen Zukunftsentwurf einfach nicht auftauchen bzw. als Erfindungen der linken Intelligenz abgetan werden. So heißt es in dem Gutachten der Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“, die „Thesen über die drohende Ökokatastrophe, die atomare Apokalypse, die Grenzen des Wachstums, die Legitimations-, Motivations- und Fiskalkrise usw. sind selbst nur wissenschaftliche Kreationen, deren Wirkung nicht nur warnend, sondern auch lähmend, sich ‚selbst erfüllend‘ sein kann.“²⁰

Diese Nichtthematisierung der globalen Probleme muß einhergehen mit einer ideologischen Kampagne, die Lebensfreude und Zukunftsoptimismus inmitten des wachsenden Elends, wachsender Umweltzerstörung und wachsender Kriegsgefahr erzeugt. Voraussetzung hierfür wiederum ist die Zurück-

18 Hermann Bömer, Globale Fragen im Blick des Konservatismus, in: Jugendpolitische Blätter, Heft 2/1985.

19 Frank Deppe, Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945–1985: Von der Bewegung zur Stagnation?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 8, Frankfurt 1985, S. 58–91; Gert Hautsch/Klaus Pickshaus/Klaus Priester, Der 35-Stunden-Kampf: Bedeutung und Bilanz, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt 1984, S. 26–59.

20 Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung“, Stuttgart 1983, S. 27.

drängung des demokratischen Einflusses im kulturellen Leben, der sich in der BRD nach wie vor in den staatlichen und kommunalen Einrichtungen am meisten Gehör verschaffen kann. Die Privatisierung der elektronischen Medien gewinnt vor diesem Hintergrund eine eminent wichtige ideologische Funktion.

2.5 Besonderheiten der Konservativen Westeuropas

In Westeuropa wächst auch in Kreisen der Konservativen, in Teilen der Monopolbourgeoisie, die Erkenntnis, daß die bedingungslose Unterwerfung unter das Konzept der gegenwärtigen US-Globalstrategie äußerst riskant ist, daß damit die guten Geschäftsperspektiven einer langfristigen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern zerstört werden und schließlich die Chance vertan würde, die eigene Position im Verhältnis zu den US-Monopolen noch weiter zu verbessern. Allerdings ist dieses Konzept so lange nicht sehr tragfähig, wie es darüber hinaus keine neuen Kapitalanlagesphären erschließt. Es ist auch nicht mehrheitsfähig, solange eine realistischere Haltung zu Fragen der Außen- und Rüstungspolitik (etwa bei *Genscher* und *Biedenkopf*) mit einem rigiden Wirtschaftsliberalismus à la FDP gepaart ist.

Als Quintessenz dieser Überlegungen zur konservativen Antwort auf die Zuspitzung der globalen Probleme komme ich zu dem Ergebnis, daß in Westeuropa, speziell jedoch in der Bundesrepublik, diese Kräfte kein tragfähiges Konzept haben, das die Massenloyalität aufrechterhalten kann. Um so bedeutsamer ist deshalb die Frage, welche Strömung sich in der Sozialdemokratie durchsetzt.

3. Strategiebildung in der Sozialdemokratie

3.1 Die SPD bis zum Regierungswechsel 1982

Es sind drei Politikbereiche mit engem Bezug zu den globalen Problemen, in denen das SPD-Konzept der 70er Jahre scheitern mußte.

a) Aufrüstungs-, Raketen- und Entspannungspolitik waren und sind auf Dauer unvereinbar.

b) In der *Umweltpolitik* hat die SPD grundsätzlich versagt. Da die „Betonfraktion“ bis in die 80er Jahre die Fiktion vom Gegensatz „Arbeitsplätze oder Umweltschutz“ zur Leitlinie ihrer Politik gemacht hatte (heute gibt es weder genügend Arbeitsplätze, noch ist die Umwelt regeneriert), mußte sie auf diesem Feld scheitern. Die Alternative hieß und heißt in Wirklichkeit: Expansionsinteresse des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt versus Umweltschutz und Sozialstaat! Je größer die Massenarbeitslosigkeit, je brutaler der Sozialabbau, je geringer die (unproduktiven) Aufwendungen für den Umweltschutz, desto günstiger die (kurzfristigen) Expansionsmöglichkeiten der BRD-Monopole auf dem Weltmarkt. (Als „Untergrenze“ taucht hier lediglich das Problem des „sozialen Friedens“ auf.) Folgerichtig war damit auch die radikale Ablehnung des „Verursacher“- und „Vorsorgeprinzips“ und damit der Strukturplanung insgesamt verbunden. Stattdessen beschränkte sich Umweltpolitik

auf Umweltreparatur auf der Basis des Gemeinlastprinzips durch staatliche Finanzierung und Massenbelastungen.²¹

c) Gegenüber den *Ländern der 3. Welt* wurde auch unter der sozialliberalen Koalition die Position des „freien Welthandels“ vertreten, d.h. bis heute wie eh und je das Recht des Stärkeren, sich durchzusetzen, sprich: den transnationalen Konzernen maximalen Handlungsspielraum zu gewähren. Folgerichtig wurde voll mitgearbeitet an dem Generalstabsplan „Imperialistische Strategie gegen die neue internationale Arbeitsteilung“,²² d.h. der Durchkreuzung des Anliegens der Länder der 3. Welt, eine radikale Verbesserung ihrer weltwirtschaftlichen Position durchzusetzen. Man beteiligte sich schließlich sowohl an der Auflagenpolitik des IWF gegenüber den Schuldnerländern als auch an der ökonomischen Blockade und politischen Isolierung derjenigen Entwicklungsländer, die aus diesem Ausbeutungszusammenhang ausbrachen (Indochina, Äthiopien, Afghanistan, Angola, Moçambique u. a.), und setzte alle Hebel in Bewegung, um auch in anderen Ländern, die in Bewegung geraten waren (Portugal, Spanien, Griechenland, Frankreich), eine antikapitalistische Entwicklung zu verhindern.

3.2 Parallelstrukturen: Der Bericht der sog. Nord-Süd-Kommission

In relativ krassem verbalem Widerspruch zur Regierungstätigkeit von Sozialdemokraten in Westeuropa in den 70er Jahren wurde mit dem Bericht der sog. Nord-Süd-Kommission²³ ein Konzept zur Lösung des globalen Problems „Unterentwicklung“ vorgetragen, das sich insofern abhebt von der tatsächlichen Praxis, als es normativ die „gemeinsamen Interessen“ von Industrie- und Entwicklungsländern postuliert. Damit wird die Tatsache vernebelt, daß es Gewinner und Profiteure der Unterentwicklung und der anderen globalen Probleme gibt, nämlich die transnationalen Industrie- und Bankkonzerne sowie die jeweils sich dem sozialen Fortschritt entgegenstellenden Klassen in den Entwicklungsländern. Ich habe das anderenorts schon charakterisiert: „Die Nord-Süd-Kommission unterstellt, daß das Profitinteresse der transnationalen Konzerne auch befriedigt werden könnte, wenn eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der Unterentwicklung den Weltbinnenmarkt so erweitern würde, daß auch auf diese Weise ausreichende Profitquellen und Absatzmärkte erschlossen werden könnten. Sie berücksichtigt jedoch nicht, zumindest nicht explizit, daß dies eine Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb des Führungszentrums des Imperialismus voraussetzt: Einerseits muß die Macht des MIK gebrochen werden, müssen für die Belegschaften der Rü-

21 Vgl. hierzu E. Gärtner, a. a. O.

22 Klaus Kannapin, *Imperialistische Strategie gegen die neue internationale Wirtschaftsordnung*, Berlin (DDR) 1984; vgl. auch: Rainer Falk, *Die heimliche Kolonialmacht*, Bundesrepublik und Dritte Welt, Köln 1985. Erhard Eppler hat deshalb das Handtuch als Entwicklungshilfeminister werfen müssen.

23 Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen (Leitung Willy Brandt), *Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern*, Köln 1980.

stungsindustrie zivile Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden; andererseits ist die Akzeptanz der Existenzberechtigung des Sozialismus zwingende Voraussetzung. Unter diesen Bedingungen könnte eine derartige Politik eingeschlagen werden, die jedoch in den Ausgestaltungen, wie sie von der Nord-Süd-Kommission vorgeschlagen werden, keine krisenfreie, wohl zunächst aber krisenvermindernde Entwicklung garantieren würde.²⁴

Es wird also das Szenario eines großen *Marshall-Plans* für die Dritte Welt entworfen, der im Rahmen des Kapitalismus neue Wachstums- und Anlagefelder erschließt und im Rahmen einer Reformstrategie den armen Ländern bessere Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen soll. Dies ist ein Angebot an die realistischer denkenden Teile der Monopolbourgeoisie, ihre Probleme der Kapitalverwertung nicht in Richtung auf Konfrontation und Kriegsvorbereitung zu lösen.

Alternativen zur Lösung der Verschuldungskrise, die unter Sozialdemokraten diskutiert werden, sehen statt einer Vergesellschaftung des Bankenwesens eine partielle Übertragung der Zins- und Annuitätenlasten der EL auf die lohnabhängige Bevölkerung der Gläubigerländer vor, indem sie über die hohen Wertberichtigungen der Banken auf Entwicklungsländer-Kredite die Steuerzahler zur Kasse bitten (indirekte Sozialisierung der Verluste), indem zweitens die Zinsspanne angehoben wird, so daß die kleinen Sparer bzw. die kleinen Kreditnehmer einen Teil des Risikos übernehmen, oder indem drittens — so der Vorschlag von *Hankel* — die staatlichen Entwicklungshilfeleistungen erhöht und teilweise für den Aufkauf von Bankforderungen zum Nominalwert, obwohl sie entwertet sind, verwandt werden (direkte Sozialisierung der Verluste).²⁵

3.3 „Ökologische Modernisierung“ und „sozial gesteuerte Innovation“ – Ignoranz gegenüber der 3. Welt

Die „ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft“ in der SPD-Programmdebatte wird als Investitionsschub für qualitatives Wachstum begriffen, das „im Rahmen marktwirtschaftlicher Prozesse abgearbeitet werden“ (solle).²⁶ Die Finanzierungsvorschläge für das Programm „Arbeit und Umwelt“ der SPD (Belastung der Masseneinkommen durch Waldpfennige und Steuern) beweisen in der Tat, daß es sich um ein Modernisierungsprogramm für den heutigen Kapitalismus handelt. „Die Adressaten dieser programmatischen Anstrengungen sind Arbeiterklasse, Umweltbewegung und Monopolkapital.“²⁷

Das „Projekt der Moderne“ von *Peter Glotz* benutzt den Terminus „sozial

24 H. Bömer, Die drohende Katastrophe, a. a. O., S. 155.

25 Vgl. die Übersicht bei Thomas Ebermann/Rainer Trampert, Die Zukunft der Grünen, Hamburg 1984, S. 104.

26 Willy Brandt, Arbeit und Umwelt — Sicherung der Lebensgrundlagen in der modernen Industriegesellschaft, in: Neue Gesellschaft, Heft 11/1984, S. 104; zitiert nach Brosch/Saß, a. a. O., S. 719.

27 Brosch/Saß, a. a. O., S. 718.

gesteuerte Innovation“ zur Beschreibung der wirtschaftspolitischen Konzeption.²⁸ Es geht im Kern um die „sozial abgefederte Modernisierung und Weltmarktanpassung. Dabei soll im Gegensatz zur Mehrheitsposition der konservativen Kräfte dem Staat eine initiierende und steuernde Rolle zukommen.“²⁹ Kernpunkt dieser Wirtschaftspolitik sind nach *Brosch/Saß* die ökologische Modernisierung, die Arbeitszeitverkürzung (wobei die Integrationisten nicht für vollen Lohnausgleich plädieren) sowie eine Expansion des Dienstleistungsbereichs nach US-Vorbild.

Es ist nicht zufällig, daß bei *Glötz* das Stichwort „Entwicklungsländer“ so gut wie nicht auftaucht. Dies ist auch logisch, weil eine aggressive Weltmarktpolitik mit progressiver Entwicklungspolitik unvereinbar ist. Entwicklungspolitik kann in diesem Konzept nur als „globale Sozialpolitik“ globale Integrationspolitik darstellen, nicht jedoch die Grundursachen der Unterentwicklung bekämpfen.

Eine schonungslose und offene Charakterisierung des prokapitalistischen Charakters dieses erneuten Versuchs der SPD, sich als besserer Sachwalter des Kapitalismus dem Großkapital anzubieten, ist erforderlich, um die Frage zu beantworten, wie man „vor Ort“ und in den sozialen Bewegungen arbeiten muß, um einerseits die aktuellsten Bedrohungen der Menschheit durch eine „Koalition der Vernunft“ abzuwehren, in der die Sozialdemokraten eine unverzichtbare Rolle spielen, also die reaktionärsten Kräfte zurückzudrängen, um zugleich aber die systemkritischen und antimonopolistischen Positionen in der BRD zu stärken.

4. Grüne Positionen zu globalen Problemen

Grüne Positionen zu den globalen Problemen divergieren auf der Basis ihrer Fraktionierungen. Die Kritik an den Publikationen von *A. Bechmann*³⁰ und an *F. Krause, H. Bossel und K.-F. Müller-Reißmann*³¹ z. B., die wohl eher den ökolibertären Flügel repräsentieren,³² richtet sich darauf, daß die Autoren zwar vernünftige Vorschläge für eine rationelle Ressourcennutzung machen, jedoch marktwirtschaftlichen Lösungsmechanismen den Vorzug geben. Dieses Konzept resultiert letztlich aus einer wenig durchdachten Kritik des realen Sozialismus sowie einer weitgehenden Unkenntnis der politischen Ökonomie. Z. B. wird nicht erkannt, daß die Ablösung des Konkurrenzkapitalismus durch den Monopolkapitalismus und schließlich den staatsmonopolistischen Kapitalismus kein rückgängig zu machender, sondern ein unumstößlicher historischer Prozeß ist. So ist es eine Illusion, darauf zu hoffen, daß man z. B. in der Energiewirtschaft wieder mehr „reine“ Marktverhältnisse zum Tragen

28 Peter Glötz, *Die Arbeit der Zuspitzung*, Berlin (West) 1984.

29 Brosch/Saß a. a. O., S. 719.

30 Arnim Bechmann, *Leben wollen. Anleitungen für eine neue Umweltpolitik*, Köln 1984.

31 Florentin Krause/Hartmut Bossel/Karl-Friedrich Müller-Reißmann, *Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Ein Alternativbericht des Öko-Instituts Freiburg*, Frankfurt 1980.

32 Vgl. hierzu den Beitrag von H. Sittner in diesem Band.

bringen könnte, ohne daß man die Monopole dieses Wirtschaftssektors vergesellschaftet.³³

Eine andere Richtung präsentieren *J. Grün* und *D. Wiener*.³⁴ Ihre Losung lautet „Global denken – Vor Ort handeln!“ Warum heißt es aber nicht „Global denken – Global handeln“? Läßt sich das Unglück und Elend der Kaffeepflücker Lateinamerikas überwinden, wenn wir uns weigern, Kaffee zu trinken? Oder sollten wir heute Nicaragua-Kaffee abonnieren und zugleich *politisch* dafür kämpfen, daß dieses Volk nach seiner politischen Befreiung seine ökonomische Befreiung vom neokolonialistischen Joch anstreben kann, ohne daß es militärisch und ökonomisch via „Boykott-Politik“ stranguliert wird?

Heißt nicht „ökonomische Befreiung“ auch, daß nicht jeder Nagel, jede Schraube, jedes Medikament über den Weltmarkt importiert werden muß? Wissen wir nicht zugleich, daß die Überwindung der kolonialen und neokolonialistischen Deformation der Wirtschaftsstruktur, d.h. eine auf die Bedürfnisse des Landes zugeschnittene Industrialisierung, Jahrzehnte dauern kann, und daß selbst ein Land, dessen Volk und Führung mit unübertroffenem Elan und Enthusiasmus an das Aufbauwerk der Befreiung gegangen sind, sich nicht vom Außenhandel abkoppeln kann – und es auch gar nicht will, weil heute kein Land, erst recht kein kleines Land, auf die Wahrnehmung der internationalen Arbeitsteilung verzichten kann (gemeint ist hier Kuba)?³⁵ Sollen wir transnationale Konzerne, die in Südafrika aktiv sind und das barbarische Arpartheidsystem stabilisieren, mit politischen Kampagnen zwingen, diese Geschäftsbeziehungen aufzugeben, oder sollen wir unseren Lebensstil so ändern, daß Importe aus den Entwicklungsländern überflüssig werden und sich dadurch quasi automatisch eine Abkoppelung ergibt?

Könnte sich die Überwindung der Unterentwicklung vielleicht durch folgendes Konzept „ergeben“: „Da die (in den Metropolen von den Alternativen, H. B.) angestrebte ‚Kreislauf- oder Gleichgewichtswirtschaft‘ daran orientiert ist, nur so viele Ressourcen so umweltschonend wie möglich zu verbrauchen..., fehlen wesentliche ökonomische Ursachen für die Ausbeutung der Natur und der Peripherien (der Dritten Welt, H. B.). Weitgehende Selbstversorgung ermöglicht am ehesten eine Dissoziation der Länder der Dritten Welt, macht Kriege zur Sicherung von Rohstoffen und Märkten hinfällig.“³⁶ Anders ausgedrückt: Die transnationalen Konzerne werden verschwinden, wenn der internationale Handel weitgehend abstirbt und die Dritte Welt einen „autozentrierten Entwicklungsweg“ auf Zeit einschlägt.³⁷

33 Vgl. ausführlicher H. Bömer, Die drohende Katastrophe, a. a. O., S. 163–169.

34 Josef Grün/Detlev Wiener, Global denken, vor Ort handeln. Weltmodelle von Global 2000 bis Hermann Kahn, Freiburg 1984.

35 Vgl. zur Außenwirtschaftspolitik Kubas Michael Jung, Schuldenfalle auch für Kuba?, in: Deutsche Volkszeitung/die tat, Nr. 19, 10. Mai 1985, S. 8.

36 Grün/Wiener, a. a. O., S. 349f.

37 Ebenda, S. 185f. Die Autoren stützen sich auf Dieter Senghaas, Autozentrierte Entwicklung trotz internationalem Kompetenzgefälle. Warum wurden die Metropolen Metropolen und nicht Peripherien?, in: D. Senghaas, (Hg.): Kapitalistische Weltökonomie. Frankfurt/M. 1979, S. 280–313. Senghaas interpretiert die Weltentwicklung mit Hilfe einer funktionalistischen Interdependenztheorie.

Grün und *Wiener* übernehmen die Positionen eines ökologisch gewendeten „technologischen Determinismus“ und übertragen ihn auf die globalen Probleme. Es ist der „Industrialismus“, der sie hervorbringt, und nicht der Imperialismus. Der Zusammenhang von Profitmaximierung und verschwenderischem Industrialismus wird trotz der oftmaligen Verwendung der Kategorie „kapitalistischer Industrialismus“ nicht hergestellt, die neue Qualität der Beziehungen zwischen dem realen Sozialismus und den Entwicklungsländern nicht analysiert, sondern ebenfalls in das funktionalistische Schema „Metropolen – Peripherie“ gepreßt.³⁸

Sie polemisieren zwar zu Recht gegen Technoillusionen, propagieren jedoch ein sog. *nach-industrialistisches Szenario*, welches starke Parallelen zum Konzept der Dualwirtschaft und dessen Übertragung auf das Verhältnis Metropolen – Entwicklungsländer aufweist. Am Beispiel der Landwirtschaft, der Wassernutzung und des Waldes erläutern sie ihre – vielfach sinnvollen – Vorstellungen von einer gebrauchtorientierten Umstrukturierung der gesellschaftlichen Produktion. Allerdings ist es illusorisch, aus dieser neuen Konsumtionspraxis in den Metropolen ein quasi automatisches Aufheben der imperialistischen Ausbeutung der EL zu schlußfolgern.

Bei *Ebermann/Trampert* als Vertretern des ökosozialistischen Flügels der Grünen hat die Kritik auf anderen Ebenen anzusetzen,³⁹ sie dreht sich im theoretischen Kern allerdings wie bei *Grün/Wiener* ebenfalls um das Problem des „technologischen Determinismus“. Ihre engagierte und gewinnbringend zu lesende Darstellung der Ausbeutung der Länder der 3. Welt durch die imperialistischen Metropolen, der Ursachen des Welthungers sowie der Verschuldung leidet jedoch unter der Abstinenz von Aussagen, wie sich die Völker aus dieser Abhängigkeit befreien können und wie sie auf die Tatsache zu reagieren haben, daß der Imperialismus postwendend mit ökonomischer Blockade und offener oder verdeckter militärischer Intervention unter Führung der USA reagiert. Nicaragua z. B. Vorwürfe daraus zu machen, daß es sein Erdöl inzwischen größtenteils aus der UdSSR bezieht, bzw. diesbezüglich Handelsbeziehungen (einschließlich der Waffenlieferungen) auf die gleiche Ebene zu stellen wie die der kapitalistischen Metropolen mit den EL, zeugt von Ignoranz und der Kontinuität antisowjetischer und antikommunistischer Grundeinstellungen auch der ökosozialistischen Teile der Grünen.

Das Thema „Marxistische Autoren über globale Probleme und die Zukunft der sozialistischen Lebensweise“⁴⁰ hat bei ihnen ebenfalls keinen Platz. Die teilweise weitgehenden Änderungen z. B. im Planungssystem der DDR, das

38 *Grün/Wiener*, a. a. O., S. 174 f. Die Autoren erklären den Ausbruchversuch der Sowjetunion aus dem kapitalistischen Weltmarkt „als Resultat einer so komplizierten Verkettung von außen- und innenpolitischen Ursachen, daß wir an dieser Stelle nicht darauf eingehen können“ (S. 174 f.); sie halten ihn für gescheitert und widmen ihm deshalb nicht einmal eine Seite.

39 Vgl. ausführlich A. Lochner, Realistisch? Radikal?, in: *Marxistische Blätter* 2/1985, S. 91 ff.

40 Vgl. Hermann Bömer, *Marxistische Autoren über globale Probleme*, in: *Dialektik 9, Ökologie – Naturaneignung und Naturtheorie*, Köln 1984.

die Fragen der sparsamen Ressourcennutzung heute grundsätzlich radikaler stellt und praktisch beantwortet, werden ausgeklammert.⁴¹

Schließlich wird nicht ausgesprochen, daß z. B. die Eindämmung der unkontrollierten Umweltzerstörung durch die Entwicklung immer neuer Produkte der chemischen Industrie sowie die Substitutionen gefährlicher Stoffe durch umweltfreundliche Ersatzstoffe, d. h. die bewußte Nutzung und Weiterentwicklung der Produktivkräfte, nicht ohne eine Vergesellschaftung der Chemieindustrie realisierbar ist. Und „Vergesellschaftung der Chemieindustrie“ bedeutet zumindest die Verstaatlichung der großen Chemiekonzerne, Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen sowie eine demokratisch kontrollierte Branchenplanung, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert und die Forschung und Entwicklung mit entsprechenden Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen versieht. Die Angst, von der SPD vereinnahmt zu werden, läßt *Ebermann/Trampert* zögern, ein Reformprogramm zu entwickeln; die Berührungängste vor Kommunisten weisen sie auf den „dritten Weg“. Die Dialektik von Reform und Revolution wird nicht bzw. in ungeeigneter Weise als Frage „Koalition mit der SPD — ja oder nein“ abgehandelt. Zur Lösung der globalen Probleme werden keine Zwischenschritte angegeben. In diesem Zusammenhang ist die weitestgehende Ausklammerung des Hochrüstungsproblems bzw. dessen Reflexion als Konkurrenz der „Supermächte“, die Unterschätzung der Rolle von Abrüstungsverhandlungen und des Abschlusses von Verträgen zur Rüstungsbegrenzung bzw. Abrüstung schließlich der wichtigste Mangel auch der ökosozialistischen Globalismuskonzeption.

Überzeugend ist dagegen die Kritik an der Konzeption der Dualwirtschaft. *Ebermann/Trampert* verfallen deshalb auch nicht dem Irrglauben, man könne das Konzept der Dualwirtschaft auf die Weltwirtschaft übertragen, die Dritte Welt brauche sich um Industrialisierung nicht zu kümmern und könne sich gleichsam aus der Umklammerung und Ausbeutung durch den Imperialismus davonschleichen, eine Position, die bei *Grün* und *Wiener* stark durchschimmert.

5. Antworten der Marxisten — eine Skizze

1. Der Ruf nach einer weltweiten „Koalition der Vernunft“ (*E. Honecker*)⁴² ist die aktuelle Antwort der marxistischen und kommunistischen Kräfte der Gegenwart, um ein „Zusammenwirken für die Bewahrung des Lebens“⁴³ auf globaler Ebene zu intensivieren und zum Erfolg zu führen. Daß dieser Ruf

41 Vgl. zu den Ursachen der Ressourcenverschwendung im Sozialismus und den heutigen radikalen Rohstoffeinsparungen H. Bömer, *Die drohende Katastrophe*, a. a. O., Kap. 2.4.3.

42 *Neues Deutschland*, 21. 2. 1985; vgl. auch: Thesen zum 8. Parteitag der DKP — Entwurf, UZ-Eigenbeilage 28. 6. 1985, Teil I.

43 Max Schmidt/Gerhard Basler, *Koalition der Vernunft und des Realismus*, in: IPW-Berichte 5/1985, S. 1–7. Vgl. ausführlich die RGW-Erklärung vom Juni 1984 „Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit“, abgedruckt bei H. Bömer, *Die drohende Katastrophe*, a. a. O., S. 210ff.

nicht nur aus dem Lager der Kommunisten erfolgt, beweist z. B. die Deklaration von Delhi (Januar 1985) der Staats- und Regierungschefs Indiens, Mexikos, Argentinens, Griechenlands, Schwedens und Tansanias, in der es heißt: „Seit Jahrhunderten kämpfen Männer und Frauen für ihre Rechte und Freiheiten. Jetzt steht uns der allergrößte Kampf bevor — der Kampf um das Recht auf Leben für unsere und künftige Generationen.“⁴⁴

Es wäre dem Problem der Verhinderung eines globalen Atomkriegs einfach nicht angemessen, würde man z. B. die lokalen Aktivitäten der Friedensbewegung in einen Gegensatz zu den globalen stellen. Dabei ist es selbstverständlich, daß lokale Aktionsformen und -ziele ein unverzichtbares und wichtiges Mobilisierungsmittel der Friedensbewegung sind, um neue Kräfte für diesen Kampf zu gewinnen. Und selbstverständlich muß jede Etatberatung im Bundestag (aber auch in den Ländern und Gemeinden) zum Anlaß genommen werden, sich der Militarisierung insgesamt entgegenzustemmen.

2. Das wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Programm zur Bekämpfung der Unterentwicklung und der Umweltprobleme muß vom Inhalt her friedens-, arbeits- und naturorientiert sein,⁴⁵ während es von der gesellschaftlichen Form her demokratisch und antimonopolistisch strukturiert sein muß. Dies verlangt Vergesellschaftung und demokratische Planung der strategischen Bereiche von Industrie, Handel und Banken⁴⁶ auf nationaler und zunehmend auf internationaler Ebene, verlangt, daß die internationale demokratische Zusammenarbeit zu Lasten der monopolkapitalistischen internationalen Lenkungszentralen (IWF, Weltbank usw.) gestärkt wird. Das läuft heute auf die Stärkung der Rolle der UN und ihrer Spezialorganisationen hinaus.⁴⁷ Konkret heißt dies, alles zu tun, um die „neue Weltwirtschaftsordnung“ durchzusetzen und ein internationales Entschuldungsprogramm für die Länder der 3. Welt aufzulegen, das zugleich ein Beschäftigungsprogramm für qualitatives Wachstum in den Metropolen beinhaltet. Daß eine prinzipiell im Interesse der Völker der 3. Welt und der nichtmonopolistischen Klassen und Schichten in den Metropolen liegende Antwort möglich ist, soll hier nur kurz angedeutet werden: Der Bankenapparat muß vergesellschaftet und ein Großteil der EL-Schulden erlassen werden. In Kombination mit einer wirksamen alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik kann der Realtransfer aus den Metropolen in die Entwicklungsländer gesteigert bzw. ein Netto-realtransfer in die EL erfolgen, ohne daß der Lebensstandard der kleinen Leute in den Metropolen sinkt (von der Notwendigkeit der Änderung der Lebensweise wird hier abstrahiert; sie ist jedoch konzediert), solange Ressourcen in den Metropolen brachliegen, also Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten.⁴⁸

44 Zit. n. Schmidt/Basler, a. a. O., S. 1.

45 H. Bömer, Die drohende Katastrophe, a. a. O., Kap. 5.

46 Vgl. Jörg Huffschmid, Vergesellschaftung: objektive Tendenz, systemstabilisierende Funktion, Kampfforderung der Arbeiterbewegung; oder was? In: Memo-Forum Nr. 6, Bremen 1985, S. 31–50.

47 Max Schmidt, Weltprobleme und internationale Beziehungen, in: Globale Probleme — Politische, ökonomische und soziale Aspekte, IPW-Forschungsheft 1/1984.

48 H. Bömer, Die drohende Katastrophe, a. a. O., S. 188.

3. Der reale Sozialismus muß stärker und attraktiver werden; die sozialrevolutionären Bewegungen in den Ländern der 3. Welt müssen maximal unterstützt werden. Es ist offensichtlich, daß die Zuspitzung der globalen Probleme den Sozialismus teilweise vor radikal neue Probleme stellt, daß er den sprunghaft gewachsenen Erfordernissen der intensiv erweiterten, ökologisch orientierten Reproduktion Rechnung tragen muß.

4. Für das „Handeln vor Ort“ ergeben sich hieraus folgende Schlußfolgerungen:

– Die wichtigsten sozialen Bewegungen der Gegenwart, die Friedens-, Arbeiter-, Frauen- und Umweltschutzbewegungen sowie die 3. Welt-Solidaritätsbewegung müssen auch auf lokaler Ebene zusammenwirken und ihren gemeinsamen Gegner bekämpfen, das Großkapital und dessen politische Träger und Parteien.

– Beschäftigungsprogramme z. B. auf lokaler und regionaler Ebene müssen zugleich friedens- und umweltorientiert sein. Sie dürfen nicht auf lokale oder regionale Autarkie orientieren, weil dies dem realen Stand und den aus ihm erwachsenden positiven Möglichkeiten der nationalen und internationalen Arbeitsteilung widersprechen würde. Insbesondere wäre es eine krasse Fehlinterpretation der Interessen der Völker der 3. Welt, wollte man das hochentwickelte Produktionspotential der Metropolen nicht für die Bekämpfung der Unterentwicklung nutzen.⁴⁹

– Sie müssen umweltorientiert sein, indem ein Großteil der neuen, über Beschäftigungsprogramme induzierten Arbeitsplätze im Sektor Umweltproduktion entsteht, und zwar nicht nur in der Schadensbehebung (Luft-, Wasser- und Bodenentgiftung), sondern auch in der Forschung, Entwicklung und Umsetzung solcher Technologien, die den Schadstoffausstoß minimieren oder gänzlich verhindern. Dies kann und wird teilweise dazu führen, daß die Vermeidung von Schadstoffproduktion die unmittelbare betriebliche Produktivität der Arbeit senkt bzw. nicht in dem Maße steigen läßt, wie dies bei einem rücksichtslosen Gebrauch der Natur der Fall wäre. Die gesellschaftliche Produktivität der Arbeit wird dadurch jedoch langfristig schneller steigen!

– Sie müssen friedensorientiert sein, indem die lokalen bzw. regionalen militärischen Aktivitäten aufgedeckt, Initiativen zur Verhinderung weiterer Militarisierungsmaßnahmen, zur Rüstungs- und Militärstandortkonversion ergriffen werden und zugleich darauf hingewirkt wird, daß die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern als eine Basis der Entspannungspolitik intensiviert werden.

49 Als auf dieser Grundlage konzipiertes Beispiel eines regionalen alternativen Handlungs-(Entwicklungs-)Programms vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '85, Sonderbeitrag 2, Alternativen für das Ruhrgebiet, Köln 1985.

Die ökologische Krise

Waldsterben, Bodenzerstörung, Wasserbelastung — Stand und Perspektiven

Edgar Gärtner

1. Einige definitorische Vorbemerkungen — zum Begriff der ökologischen Krise — 2. Das Waldsterben — 2.1 Das Ausmaß der Waldschäden — 2.2 Zum aktuellen Stand der Diskussion über die Ursachen des Waldsterbens — 2.3 Perspektiven der Luftverschmutzung — ist das Waldsterben aufzuhalten? — 3. Nach dem Waldsterben das Bodensterben? — 3.1 Bodenversauerung und Schwermetallbelastung — 3.2 Altlasten — 3.3 Überdüngung und Bodenverdichtung — 3.4 Bebauung — 4. Droht uns eine Trinkwasserkrise? — 4.1 Zur Entwicklung der Wasserqualität — 4.2 Probleme der Trinkwasserversorgung in Ballungsräumen — 5. Die Kosten der Umweltzerstörung

1. Einige definitorische Vorbemerkungen — zum Begriff der ökologischen Krise

Noch in den siebziger Jahren konnten sich die Gelehrten darüber streiten, inwieweit die Grenzen der Belastbarkeit des Naturhaushaltes durch Schadstoffe und mechanische Einwirkungen bereits erreicht oder gar schon überschritten worden waren. Die seit dem Beginn der achtziger Jahre beobachtbare rasche Ausbreitung von neuartigen Waldschäden, die höchstwahrscheinlich auf den weiträumigen Transport von Luftverunreinigungen zurückgeht, scheint jenen recht zu geben, die schon immer der Meinung waren, die Analyse der Umweltprobleme bedürfe nicht der Bezugnahme auf die Entwicklung menschlicher Bedürfnisse. Das Waldsterben zeigt für sie eindeutig an: Wir befinden uns in Mitteleuropa (und vielleicht auf dem ganzen Globus) mitten in der ökologischen Krise. Und es bedarf zu dieser Feststellung keiner gesellschaftswissenschaftlichen Kriterien. Im Zweifelsfall genügt ein Streifen Lackmuspapier, um die Versauerung der Umwelt naturwissenschaftlich nachzuweisen. Ist die Sache wirklich so einfach?

Um den oben angedeuteten naturalistischen Definitionen der Umweltkrise entgegenzutreten, hat der Verfasser vor einigen Jahren in Anlehnung an *Paucke* und *Bauer*¹ zwischen einer naturwissenschaftlich definierten ökologischen Krise und einer gesellschaftswissenschaftlich definierten Umweltkrise unter-

¹ H. Paucke/A. Bauer, Feststellungen und Fragen zur ökologischen Krisenproblematik, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 25. Jg., H. 4/1977.

schieden.² Der Begriff „ökologische Krise“ sollte eine Stufe der Schädigung von Öko-Systemen kennzeichnen, während der Begriff „Umweltkrise“ für eine politische Legitimationskrise im Zusammenhang mit Umweltproblemen stehen sollte. Heute erscheint mir diese Unterscheidung als wenig glücklich; denn sie suggeriert, es sei zumindest theoretisch möglich, beide Seiten auseinanderzuhalten und den Grad der Belastung bzw. Schädigung des Naturhaushaltes zunächst nach immanenten (etwa aus der Evolutionstheorie entlehnten) Kriterien einzuschätzen. Als solches Kriterium fungiert in der Alltags- bzw. Vulgärökologie die Artenvielfalt. Wie soll man aber beispielsweise ohne die Anwendung gesellschaftlicher (d. h. vor allem wirtschaftlicher, aber auch kulturell-ästhetischer und ethischer) Kriterien entscheiden, ob das drohende Verschwinden unserer Wälder ein Rückschritt ist? Das Anlegen des Kriteriums der Artendiversität wird hier sicher nicht weiterführen; denn die sich an Stelle der abgestorbenen Wälder möglicherweise ausbreitenden Buschlandschaften, Heiden und Steppen haben nicht notwendigerweise eine geringere Artenvielfalt als unsere Wälder.

Auch die ästhetischen und ökonomischen Maßstäbe müssen vorsichtig angelegt werden, scheinen doch die Menschen auch ohne oder mit einem stark heruntergekommenen Wald ganz gut leben zu können. Die Mittelmeervölker gewinnen ihren verkarsteten Höhen mehr Reize ab als unseren Fichten- und Buchenmonokulturen. Selbst großräumige und irreversible Schädigungen von Ökosystemen müssen keine katastrophale Folgen für die Menschen nach sich ziehen. Mit Geld kann man manches wettmachen. Werden nicht inzwischen selbst in der arabischen Wüste Hähnchen und Rinder gemästet? Wird nicht ein wachsender Teil des Gemüses in Hydrokultur, d. h. ohne Mutterboden erzeugt?

Es macht offenbar wenig Sinn, über Umweltschäden zu reden, ohne ihnen gleichzeitig eine Schätzung der Kosten notwendiger Reparaturen oder Ausgleichsmaßnahmen gegenüberzustellen. Von einer ökologischen Katastrophe könnte man erst dann sprechen, wenn diese Maßnahmen schlicht unbezahlbar geworden sind. Das wäre aber mit Sicherheit der Fall, wenn Prozesse wie das Verschwinden der Wälder (sei es infolge von Schadstoffeinwirkungen auf der nördlichen Hemisphäre oder infolge unkontrollierter großflächiger Rodungen in den Tropen) globale Ausmaße annehmen und deshalb nicht nur Ausweichmanöver und Kompensationsmaßnahmen immer schwieriger und aufwendiger werden müssen, sondern auch — nach allem, was wir darüber bis heute wissen — nachhaltige Veränderungen des Klimas und des Wasserhaushaltes im planetaren Maßstab mit unabsehbaren Konsequenzen für die Lebensmöglichkeiten der menschlichen Gattung zu befürchten sind³. Das

2 E. Gärtner, *Arbeiterklasse und Ökologie*, Frankfurt am Main 1979, S. 90 f.

3 Vgl. die Beiträge von E. F. Bruenig, E. T. Degens, S. Kempe, A. Sitzy, H. Flohn, W. Bach, in: *Die Umschau*, 85. Jg., H. 3/1985, S. 152-159.

könnte bedeuten, daß die „Zukunftsperspektive Evakuierung“⁴, die in Teilen der dritten Welt (infolge des Voranschreitens der Wüsten) und der Industrieländer (infolge der Luftverschmutzung und der Entdeckung zahlreicher Giftmüll-„Altlasten“) schon heute von der Realität eingeholt wird, sich verallgemeinert (evakuieren — wohin?).

Heute sind wir noch nicht soweit. Aber der Ernst der Bedrohung läßt sich nicht mehr leugnen. Angesichts der Geschwindigkeit der Zerstörungsprozesse wird der Zeithorizont für Gegenmaßnahmen immer enger. Und der Ausgang dieses Wettlaufs mit der Zeit ist ungewiß. Wenn es nicht gelingt, das Steuer der wirtschaftlichen Entwicklung noch vor der Jahrtausendwende herumzureißen, dürfte die Fahrt in den Abgrund kaum noch aufzuhalten sein. Diese Situation bezeichne ich als ökologische Krise. Sie ist aber gleichzeitig dadurch gekennzeichnet, daß wir zum ersten Mal in der Geschichte über die wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen einer umweltkonformen Produktions- und Lebensweise verfügen, für deren Einsatz die notwendigen Bedingungen geschaffen werden müssen.

Im folgenden soll das Ausmaß der ökologischen Krise und der Umweltbelastungen in der Bundesrepublik mit Blick auf die nächsten 15 bis 20 Jahre anhand der drei wichtigsten Umweltprobleme der Bundesrepublik abgeschätzt werden: der auf die Luftverschmutzung und Bodenbelastung zurückgehenden Waldschäden, des Voranschreitens der Bodenzerstörung sowie der Wasserbelastung.⁵

2. Das Waldsterben

2.1 Das Ausmaß der Waldschäden

Nach der Waldschadenserhebung des Bundesministeriums für Landwirtschaft von 1984 werden inzwischen auf mehr als der Hälfte der Waldfläche der BRD mehr oder weniger starke Baumschäden angetroffen. Dieser Befund bedarf einiger Erläuterungen: Er bedeutet nicht, daß inzwischen — wie man

4 Th. Ebermann/R. Trampert, *Die Zukunft der Grünen*, Hamburg 1984, S. 18. (Ebermann und Trampert verfälschen den Zusammenhang, wenn sie mir vorwerfen, ich hätte in meinem 1979(!) erschienenen Buch, in dem ich darauf hinweise, daß die in der BRD festgelegten Grenzwerte für Luftschadstoffe den Wald nicht schützen können, nicht die Tragweite des Waldsterbens herausgearbeitet. Und sie können ihre technikfeindliche Position nur rechtfertigen, indem sie meine marxistische Argumentation entstellen.)

5 Die im folgenden zitierten Daten wurden, soweit nicht anders angegeben, zwei Datensammlungen entnommen, deren Lektüre zur Vertiefung der hier nur angeschnittenen Probleme empfohlen wird: Umweltbundesamt (Hrsg.), *Daten zur Umwelt 1984*, Westberlin 1984 (enthält vorwiegend globale Angaben); E. R. Koch, *Die Lage der Nation 85/86*. GEO-Umweltatlas der Bundesrepublik, Hamburg 1985 (enthält sehr viele Einzelinformationen und bis auf Kreisebene aufgeschlüsselte Daten und Bewertungen). Neuere Übersichtsdarstellungen zur Entwicklung der Umweltpolitik und Umweltbelastung in der Bundesrepublik enthalten u. a.: E. Gärtner, *Waldsterben und Umweltpolitik in der Bundesrepublik*, IMSF-Informationsbericht 39, Frankfurt/M. 1984; ders., *Gewerkschaften und Ökologie*, Nachrichten-Reihe Bd. 32, Frankfurt/M. 1985.

in einem Teil der Presse lesen konnte — bereits jeder zweite Baum unwiderruflich erkrankt ist. Er bedeutet auch nicht, daß sich das Ausmaß der Schäden seit der ersten Waldschadenserhebung im Jahre 1982 versiebenfacht hat. Vielmehr war die erste Bestandsaufnahme so schlecht vorbereitet, daß ihre Ergebnisse nicht zum Vergleich herangezogen werden können. Des weiteren gilt es zu berücksichtigen, daß der weitaus größte Teil der von der neuartigen Erkrankung betroffenen Bäume bisher nur schwach und für das ungeübte Auge kaum wahrnehmbar geschädigt ist. Solche Schäden scheinen noch reversibel zu sein. Die Fläche mit stark, d. h. höchstwahrscheinlich irreversibel geschädigten Bäumen beschränkt sich dagegen einstweilen auf 110000 Hektar (1,5 Prozent der Gesamtwaldfläche). Ein bestandsweises Absterben von Nadelbäumen, wie es seit den siebziger Jahren großflächig im Erz- und im Riesengebirge auftritt, ist in der BRD bislang auf wenige relativ kleinflächige Höhenstandorte begrenzt. Das erklärt, warum man die BRD noch immer mit dem Auto oder mit der Bahn durchqueren kann, ohne die Symptome der neuen Baumkrankheit wahrzunehmen.

Damit sollen die vom Waldsterben ausgehenden Gefahren für den Naturhaushalt und die Gesellschaft nicht verniedlicht werden. Es geht vielmehr darum, einigermaßen realistisch abzuschätzen, wie sich dieses Umweltproblem in den nächsten 15 bis 20 Jahren entwickeln könnte. Und da macht es einen großen Unterschied, ob 1,5 Prozent oder schon die Hälfte der Bäume irreversibel geschädigt sind; denn bei der angenommenen kurzen Verdoppelungszeit der Krankheitsausbreitung müßte man dann auch die verbliebene Hälfte gesunder Bäume bereits für verloren und mögliche Gegenmaßnahmen wegen ihrer langen Anlaufzeit von vornherein als zwecklos erklären.

2.2 Zum aktuellen Stand der Diskussion über die Ursachen des Waldsterbens

Um den Krankheitsverlauf wenigstens grob, d. h. in Form einer begrenzten Zahl möglicher Entwicklungspfade, abschätzen zu können, müßten wir natürlich als erstes einigermaßen klare Vorstellungen über ihre Ursachen haben. Wie steht es damit? An anderer Stelle wurde vom Verf. darauf hingewiesen, daß wir möglicherweise niemals voll verstehen werden, wie die makroskopischen Symptome der Baumkrankheit (Vergilbung und zunehmender Verlust der Nadeln bzw. Blätter, Wachstumsanomalien, Absterben der Feinwurzeln, Kernfäule usw.) im einzelnen hervorgerufen werden. Und das nicht nur wegen der unüberschaubaren Komplexität des Ökosystems Wald, insbesondere der im Boden ablaufenden Vorgänge, sondern mehr noch wegen der fehlenden flächendeckenden Erfassung und Bewertung der anthropogenen Belastungsfaktoren. Das schließt nicht aus, daß die Hypothesen über die Ursachen des Waldsterbens zunehmend verfeinert werden. Schon heute ist es möglich, die verschiedenen Erklärungsansätze, soweit sie sich nicht widersprechen, zu einer einigermaßen plausiblen Synthese⁶ zusammenzufassen.

6 E. Gärtner, *Deperimento delle foreste*, in: *Cellulosa e Carta* 36. Jg., Heft 1/1985, S. 32-37; ders. in: *Le Monde* v. 24./25. 2. 1985, sowie: *Deutsche Volkszeitung/die tat* v. 28. 6. 1985.

Die Schlüsselrolle in diesem Erklärungsmodell spielt die Mykorrhiza-Symbiose, die Assoziation der Feinwurzeln der Bäume mit den Hyphen (feine unterirdische Schläuche) von Pilzen. Normalerweise umgarnt das Geflecht von Hyphen (Mycel) die Feinwurzeln fast aller Landpflanzen und vergrößert dadurch erheblich deren aktive Oberfläche. Es hilft so den Pflanzen bei der Aufnahme von Wasser und Nährstoffen (insbesondere Phosphaten). Darüber hinaus geben die Pilze Hormone und Vitamine an die Pflanzen ab. Sie schützen die Wurzeln vor Bakterieninfektionen und halten giftige Schwermetalle zurück. Viele Pflanzen, darunter alle unsere Waldbäume, können ohne die Hilfe der Pilze überhaupt nicht gedeihen. Als Gegenleistung erhalten die Pilze, die kein Blattgrün (Chlorophyll) besitzen und sich deshalb nicht selbst ernähren können, von den Pflanzen Zucker. Das Ideal des gegenseitigen Nutzens (Symbiose) wird aber nicht immer erreicht; denn es gibt Hunderte, wenn nicht Tausende von Pilzarten, die sich mit den Pflanzen vergesellschaften können, und nicht alle erbringen ihre Leistungen mit gleicher Effektivität. Zwei unmittelbar benachbarte Bäume der gleichen Art können auf Streßfaktoren (wie vor allem Trockenheit) völlig verschieden reagieren, wenn sie mit unterschiedlichen Pilzarten vergesellschaftet sind. Manche dieser Pilze werden unter bestimmten Bedingungen sogar zu schädlichen Parasiten. Es scheint in der Tat, daß alle kranken Bäume ihre guten Symbiosepartner verloren haben und daß diese oft von weniger leistungsfähigen oder gar parasitischen Pilzen ersetzt worden sind. Aber warum und seit wann haben die Bäume ihre Symbiosepartner verloren? Wir müssen annehmen, daß dieser Prozeß schon vor 20 bis 30 Jahren eingesetzt hat. Pilzkennern (Mykologen) ist aufgefallen, daß in den letzten Jahrzehnten eine ganze Reihe von vorher weit verbreiteten Pilzarten immer seltener geworden und heute kaum noch auffindbar ist⁷. Diese Beobachtung könnte erklären, warum die Bäume, deren Krankheitssymptome erst in den letzten Jahren sichtbar geworden sind, ihr Wachstum schon seit 20 bis 30 Jahren verlangsamt haben, was Analysen der Jahresringe gefällter kranker Bäume offenbart haben. Und es scheint kein Zufall zu sein, daß der Beginn der Beeinträchtigung der Wuchsleistung der Bäume zeitlich etwa mit der Verallgemeinerung der Hochschornstein-Politik und mit dem Einsatz des Automobil-Booms seit dem Beginn der sechziger Jahre zusammenfällt. Auch ein möglicher Einfluß der militärischen und zivilen Nutzung der Kernenergie seit den 40er Jahren (mit einem Boom in den 60er Jahren) sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden.⁸ Wir wissen aber noch immer nicht genau, welche Bestandteile der Kraftwerks-, Industrie- und Automobilabgase bzw. wel-

7 Pers. Mitteilungen von Prof. em. G. Becker (Ehrenpräsident der französischen Mycologischen Gesellschaft).

8 G. Reichelt konnte diese von ihm in die Diskussion gebrachte Hypothese inzwischen durch die Aufnahme der Waldschadensmuster im Umkreis etlicher atomtechnischer Anlagen erhärten. Vgl. G. Reichelt, Waldschadensmuster im Umkreis atomtechnischer und industrieller Anlagen im Vergleich zu industriefernen Gebieten (im Auftrag des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten Baden-Württemberg), Manuskript, Donaueschingen 1985. Inzwischen hat Reichelt ein dreistufiges Modell der Entstehung von „Strahlungsmog“ vorgeschlagen (pers. Mitteilung).

che Kombination von Schadstoffen bzw. von deren atmosphärischen Umwandlungsprodukten (eventuell in Verbindung mit extremen meteorologischen Situationen) zur Schwächung der Bäume geführt haben.

Die Aufmerksamkeit der Fachleute und der engagierten Öffentlichkeit konzentrierte sich zunächst stark auf das Schwefeldioxid (SO_2), dessen Schädwirkungen auf Pflanzen seit dem 19. Jahrhundert untersucht worden sind. Beim Ferntransport wird ein Teil dieses Rauchgases in Schwefelsäure umgewandelt, wodurch die Niederschläge angesäuert werden. Es kam dadurch seit den 60er Jahren in Skandinavien zur Versauerung Tausender ansonsten kaum belasteter Binnenseen mit katastrophalen Folgen für ihre Fischfauna. Es lag daher nahe, die etwas später in Mitteleuropa aufgetretenen Vegetationsschäden ebenfalls dem „sauren Regen“ zuzuschreiben, zumal die Seenversauerung inzwischen auch hier eingesetzt hatte. Und zwar nahm man an, die Baumschäden gingen hauptsächlich auf eine *Versauerung der Waldböden* zurück.⁹ Diese nicht begründete Hypothese geriet ins Wanken, als sich die Symptome der neuartigen Baumkrankheit auch auf Kalkverwitterungsböden zeigten, wo die sauren Niederschläge neutralisiert werden. Angeregt durch Untersuchungen der Auswirkungen des „Los-Angeles-Smog“ aus den 60er Jahren wurde dann die *Ozon-Hypothese*¹⁰ in die Diskussion gebracht. Ozon (O_3) entsteht in Gegenwart flüchtiger Kohlenwasserstoffe (verdunstete Kraftstoffe oder Lösungsmittel) unter Einwirkung des Sonnenlichtes aus Stickstoffdioxid (NO_2), dessen Hauptquelle die Ottomotoren von PKWs sind. Diese Hypothese erscheint insofern als plausibel, als sie erklären könnte, warum die neuartigen Waldschäden zuerst in den „Reinluftgebieten“ relativ stadt- und industrieferner Höhenlagen und unabhängig vom geologischen Untergrund aufgetreten sind. Nur dort kann sich nämlich Ozon unter bestimmten Witterungsbedingungen akkumulieren. Trotzdem harrt diese Hypothese noch einer formellen Bestätigung; denn die in Mitteleuropa in erster Linie geschädigten Baumarten (Weißtanne, Fichte und Buche) gelten als nicht besonders empfindlich gegenüber Ozon, und es ist nicht sicher, ob in den vom Waldsterben betroffenen Gebieten schädliche Konzentrationen von Ozon für genügend lange Zeit erreicht werden können.¹¹ Deshalb gewinnt heute die *Streß-Hypothese*¹² immer mehr Anhänger. Dieser Erklärungsversuch geht davon aus, kein einziger Schadstoff erreiche in den vom Waldsterben betroffenen Landstrichen für genügend lange Zeit die Schädlichkeitsschwelle. Das Gemisch verschiedener

9 B. Ulrich/R. Mayer/P. K. Khanna, Deposition von Luftverunreinigungen und ihre Auswirkungen in Waldökosystemen im Solling, Frankfurt am Main 1979.

10 B. Prinz/G. H. M. Krause/H. Stratmann, Vorläufiger Bericht der Landesanstalt für Immissionschutz über Untersuchungen zur Aufklärung der Waldschäden in der Bundesrepublik Deutschland, Essen 1982.

11 M. Ashmore/N. Bell/J. Rutter, The Role of Ozone in Forest Damage in West Germany, in: *Ambio*, Vol. XIV. No. 2/1985, S. 81-87. (Reichelts Modell der Entstehung von „Strahlungsmog“ könnte erklären, warum es in West- und Mitteleuropa trotz der relativ geringen Sonneneinstrahlung zu schädlichen Ozon-Konzentrationen kommen kann: durch die radioaktive Ionisierung der Luft.)

12 P. Schütt, *Der Wald stirbt am Streß*, München 1984.

Schadstoffe (SO₂, NO₂, O₃, Peroxy-Acetylnitrat, Kohlenwasserstoffe, Schwermetalle, künstliche Radioaktivität) setzte aber die Bäume unter einen schädlichen Streß, der zunächst lediglich zu einer äußerlich nicht sichtbaren Verminderung der Photosyntheseleistung und einer zunehmenden Verminderung der Widerstandskraft der Bäume gegenüber Klimaschwankungen (extreme Kälte, Trockenheit) und Parasiten führe. Man könnte damit auch erklären, warum die Baumwurzeln nach und nach ihre Mykorrhiza-Partner verlieren: Wenn nicht mehr genug Zucker in die Wurzeln und in das sie umgebende Erdreich gelangt, können die Mykorrhiza-Pilze nicht mehr gedeihen. Die Streß-Hypothese ist vor kurzem um die *Ammonium-Hypothese*¹³ ergänzt worden. Diese Hypothese unterstellt, die Bäume seien in der Nachkriegszeit infolge der Luftverschmutzung durch Massentierhaltung (Freisetzung von Ammonium) und die Explosion des PKW-Verkehrs (Freisetzung von Stickoxiden, die in Nitrate umgewandelt werden können) mit Stickstoffverbindungen überdüngt worden, was zu einem Ungleichgewicht in ihrer Nährstoffbilanz geführt habe. Da der Baum versucht, das Überangebot von Stickstoff durch eine verstärkte Eiweiß-Synthese aufzufangen, vermindert er nach dieser Vorstellung ebenfalls den Transport von Zucker zu den Wurzeln, was zu einem Rückgang der Mykorrhizierung führt. Dadurch muß sich das Ungleichgewicht in der Nährstoffversorgung des Baumes aber noch verstärken, weil nun die Phosphate, die er nur mit Hilfe der Pilze aufnehmen kann, spärlicher zu den Blättern gelangen. Der Baum muß sich nun eines Teiles der mit überschüssigem Stickstoff vergifteten Nadeln bzw. Blätter entledigen. Damit müssen sich aber seine Zuckerproduktion und folglich die Mykorrhizierung seiner Wurzeln noch weiter vermindern — und so fort . . .

2.3 Perspektiven der Luftverschmutzung — ist das Waldsterben aufzuhalten?

Nach den beiden letztgenannten Hypothesen geraten die Bäume also in den Teufelskreis einer sich selbst verstärkenden Wuchsbremmung (positive Rückkoppelung). Wenn diese Vorstellung zutrifft, dann ist es um die Zukunftsaussichten der bereits kranken und selbst der lediglich kränkelnden Bäume schlecht bestellt. Selbst drastische Maßnahmen zur Verminderung der Luftverschmutzung könnten die Bäume nicht mehr retten, wenn sie erst einmal in den oben skizzierten teuflischen Regelkreis hineingeraten sind. Dem widerspricht (zumindest dem Anschein nach) die Beobachtung, daß sich kränkelnde Bäume wieder erholen. Ist diese Erholung vorübergehend oder müssen wir annehmen, der Krankheitsverlauf bleibe bis zu einem gewissen Punkt reversibel?

Wir können jedenfalls aus allem, was wir bisher über die Ursachen des Waldsterbens wissen, nur einen Schluß ziehen: Um wenigstens den anscheinend noch gesunden Teil unserer Wälder zu retten und um den wahrscheinlich zum Absterben verurteilten Teil rasch neu begründen zu können, müssen

13 B. Nihlgård, The Ammonium Hypothesis — An Additional Explanation to the Forest Dieback in Europe, in: *Ambio* Vol. XIV, No. 1/1985, S. 2-8.

wir so schnell wie möglich zum Luftbelastungsniveau der frühen 50er Jahre zurückkehren, d.h. zum Belastungsniveau, wie es vor dem Beginn der Zuwachsverluste unserer Waldbäume gegeben war. Kein einziger Schadstoff darf dabei bevorzugt oder vernachlässigt werden. An diesem Ziel müssen wir die derzeitige Umweltpolitik der Bundesregierung messen.

Die vom Verfasser vor eineinhalb Jahren getroffene Einschätzung der weitgehenden Wirkungslosigkeit der damals vorbereiteten umweltpolitischen Maßnahmen¹⁴ war wahrscheinlich nicht pessimistisch genug. Nach Berechnungen von *Dieter Teufel* und *Jürgen Seeberger* vom Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) führen die halbherzigen Beschlüsse der Bundesregierung und die faulen Abgaskompromisse in der Europäischen Gemeinschaft dazu, daß bei uns die Stickoxid-Emissionen, die in allen oben angeführten Hypothesen über die Ursachen des Waldsterbens eine wichtige, wenn nicht die Hauptrolle spielen, bis 1992 sogar noch weiter ansteigen und erst im Jahr darauf wieder das Niveau von 1983 (3,1 Mio. Tonnen) erreichen werden. Der Gesamtausstoß von Stickoxiden wird sich zwischen 1985 und 1995 lediglich um 9 Prozent verringern. Bis 1995 muß der Wald insgesamt weitere 35 Mio. Tonnen Stickoxide verkraften. Technisch machbar, politisch durchsetzbar und wirtschaftlich verkraftbar wäre demgegenüber eine Verminderung des jährlichen Stickoxidausstoßes um ein Viertel bis 1987, um über die Hälfte bis 1990 und um über zwei Drittel bis 1994. Dadurch würde sich die Gesamtbelastung mit Stickoxiden in den nächsten zehn Jahren um knapp die Hälfte verringern. Die Schwefeldioxid-Emissionen könnten durch eine schärfere Gangart im Umweltschutz bis 1995 sogar um zwei Drittel (statt um lediglich ein Drittel infolge der Regierungsbeschlüsse) gesenkt werden.¹⁵

Selbst dann dürfte aber das Waldsterben bis zur Jahrtausendwende nicht aufgehalten werden; denn wir können kaum erwarten, daß eine Komplexkrankheit, die sich (zunächst unmerklich) seit Jahrzehnten entwickelt hat, von heute auf morgen heilbar ist. Wir müssen uns also in jedem Fall auf Folgeschäden der Entwaldung von Höhenlagen (Erosion, Erdbeben, Überschwemmungen bei starken Regenfällen, Versiegen von Quellen und Brunnen bei längerer Trockenheit, rauheres Klima usw.) einstellen. Wie groß diese Schäden sein werden, können wir heute noch nicht abschätzen. Die Verunstetigung des Wasserabflusses von den Bergen wird überall umfangreiche Wasserbaumaßnahmen (Erhöhung von Dämmen, Vertiefung von Gräben, Aussparung von Überschwemmungsflächen usw.) erforderlich machen. Die Erosionsgefährdung hängt demgegenüber stark von der Geologie des jeweiligen Gebirges ab. Urgesteinsböden sind weniger erosionsgefährdet als Kalkböden. Als besonders erosionsgefährdet gelten die Voralpen. Die wachsende Schädigung der Schutzwälder führt hier schon heute zur Gefährdung von Verkehrs-

14 Vgl. E. Gärtner, Waldsterben und Umweltpolitik in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 52 ff., 96 ff., 134 ff.

15 natur 6/1985, S. 30.

wegen und Siedlungen durch Erdbeben und Lawinen. Die schönsten Alpentäler drohen unbewohnbar zu werden.¹⁶

Hier wird viel davon abhängen, ob es gelingt, die in den Schutzwäldern entstehenden Lücken rasch durch eine provisorische Bepflanzung mit widerstandsfähigen, genügsamen und schnellwüchsigen Pioniergehölzen und nötigenfalls durch künstliche Verbauung zu schließen, um den Boden für eine Neubegründung der Schutzwälder im nächsten Jahrhundert zu erhalten. Solche Sicherungsmaßnahmen sind nicht billig. Die Bepflanzung der Hänge kostet pro Hektar bis zu 50.000 DM. Technische Verbauungsmaßnahmen können, wenn auf Stahlbeton zurückgegriffen werden muß, leicht auf über eine Million DM je Hektar kommen.¹⁷

Auch die notwendige Neubegründung eines beträchtlichen Teils unserer Wälder dürfte — abgesehen von den kaum noch vermeidbaren Verlusten der Waldwirtschaft infolge des vorzeitigen Einschlagens kranker Bäume (etwa 2 Mrd. DM im Jahr) — zu einer überaus teuren Angelegenheit werden. Es wird notwendig sein, die Wurzeln der Baumsetzlinge einzeln mit den leistungsfähigsten Mykorrhiza-Pilzen anzupflanzen, um ihre Überlebenschancen auf möglicherweise mit Schwermetallen verseuchten Böden zu steigern.¹⁸

3. Nach dem Waldsterben das Bodensterben?

Damit ist bereits angedeutet, daß die Chancen einer Neubegründung unserer Wälder nicht nur davon abhängen, wie weit es gelingt, die Luftverschmutzung schleunigst auf ein ungefährliches Niveau zu senken und Übergangsmaßnahmen zur Verhinderung der Erosion einzuleiten, sondern auch davon, wie weit der Boden durch die Luftverschmutzung bereits dauerhaften Schaden genommen hat. Außer für den unmittelbaren Einflußbereich „wilder“ Giftmüllablagerungen oder von Schwermetall-Emissionen aus Zink-, Kupfer- und Bleihütten, Zementfabriken o.ä. kann diese Frage heute noch nicht eindeutig beantwortet werden. Bei dem bisher von der Umweltpolitik sträflich vernachlässigten Medium Boden stehen wir vor den größten Informationslücken. Zwar ist die Lebewelt des Bodens unter einem sterbenden Wald schwer gestört, aber nur eine der bisher zur Erklärung des Waldsterbens vorgebrachten Hypothesen, die Versauerungsthese, geht davon aus, daß auch die Bodenstruktur (die Ton-Humus-Komplexe) nachhaltig und möglicherweise irreversibel geschädigt ist. Eine Versauerung der Waldböden ließe sich nämlich sehr wahrscheinlich nicht so leicht beheben, wie die Chemische Industrie mit ihrer Kampagne für eine künstliche Düngung und Kalkung der Wälder vorgibt, da

16 G. Meister, Waldsterben im Hochgebirge. Jahrbuch des Vereins zum Schutz der Bergwelt, München 1984. Vgl. auch M. Schneider, Mögliche Folgen der Waldschäden auf den Wasserhaushalt, in: M. Böhme (Hrsg.), Saure Wasserwelt, Öko-Magazin Bd. 8, Fellbach 1985, S. 22-40.

17 natur 1/1985, S. 71-82.

18 E. Gärtner, Mort de la forêt: Les pessimistes avaient raison, in: Science & Vie (Paris) no. 808, S. 60-64, 160.

unerwünschte Nebenwirkungen zu befürchten sind.¹⁹ Sollte sich die Versauerungsthese ganz oder teilweise bestätigen, müßte deshalb die notwendige Erholungszeit unserer Wälder auf viel länger veranschlagt werden.

3.1 Bodenversauerung und Schwermetallbelastung

Die Versauerung der Böden ist vor allem deshalb gefährlich, weil sie zur Freisetzung giftiger Schwermetalle führen muß, die bisher von komplizierten Tonmolekülen gebunden und damit unschädlich gemacht worden sind. Daß vor allem die Waldböden große Mengen von Schwermetallstäuben aus der Luft aufgenommen haben, ist unbestritten. Die Funktion der Wälder als Luftfilter wurde gerade in der Umgebung von Industrieanlagen in den letzten Jahrzehnten bewußt ausgenutzt. Infolge des Rückgangs ihrer Mykorrhizierung sind die Bäume den nun in die Bodenlösung übertretenden Schwermetallionen schutzlos ausgeliefert. Die Versauerung der Böden kann sogar so weit führen, daß sich die Ton-Humus-Komplexe, die Grundlage der lamellen- bzw. gerüstartigen Bodenfeinstruktur, auflösen, wobei das für Pflanzen wie für Tiere und Menschen äußerst giftige Aluminium, Hauptbestandteil der Tonminerale, in Lösung gehen würde. Sowohl die Schwermetalle als auch das Aluminium werden sich letzten Endes im Grund- und Quellwasser wiederfinden. Dadurch kann die Trinkwasserversorgung großer Gebiete problematisch werden (vgl. dazu Abschnitt 4).

Über die Bodenversauerung liegen bisher, wie angedeutet, nur lückenhafte Daten vor, die wegen der sehr unterschiedlichen Belastbarkeit der verschiedenen Bodentypen nicht ohne weiteres als Grundlage für eine Abschätzung des Gesamtzustandes dienen können. Jedenfalls zeigen die Fälle, in denen die Meßergebnisse der achtziger Jahre verglichen werden konnten, eine eindeutige Zunahme der Versauerung von Waldböden.²⁰ Bei den Ackerböden läßt sich diese Tendenz nicht klar feststellen. Wir müssen annehmen, daß der Versauerung hier durch verstärkte Kalkung entgegengewirkt worden ist. Der im Schnitt stark steigende Kalkeinsatz (im Vergleich zum leicht abnehmenden Einsatz von Phosphat und Kali und der weniger stark zunehmenden Anwendung von Stickstoff) muß als Hinweis auf diesen Sachverhalt gewertet werden.

Deshalb ist die auf den ersten Blick absurd erscheinende, aber durchaus logische Forderung erhoben worden, die brachfallenden Böden weiterhin zu kalken und zu düngen, damit die Schwermetalle weiter im Boden festgehalten werden können.²¹ Die Reinigung schwermetallverseuchter Böden ist nämlich

19 Vgl. den Bericht über schwedische Experimente, in: Umwelt/BMI Nr. 105, S. 23, sowie: R. Schultz-Hock, Kalk, das Allheilmittel gegen „Sauren Regen“, in: M. Böhme (Hrsg.), Saure Wasserwelt, a.a.O., S. 143-148.

20 Es handelt sich dabei um Untersuchungen aus Bayern, veröffentlicht u. a. in: Daten zur Umwelt 1984, a.a.O.

21 Vgl. G. Bachmann, Verunreinigung und Zerstörung unserer Böden — ein Überblick, in: J. Grumbach (Hrsg.), Grünbuch Ökologie II, Köln 1983, S. 34-104; vgl. auch J. Rohrbach, Die Gefährdung der Böden durch saure Niederschläge, in: Saure Wasserwelt, a.a.O., S. 44-57.

größtechnisch nicht möglich. Sie müssen vielmehr abgetragen und durch unbelastete Erde ersetzt werden. Das ist an verschiedenen Orten der BRD auch bereits getan worden. Es ist aber überflüssig zu betonen, daß eine solche „Lösung“ des Problems der irreversiblen Bodenverseuchung großflächig nicht nur unbezahlbar, sondern auch physisch unmöglich ist. (Wohin mit der kontaminierten Erde? Woher noch unbelasteten Boden nehmen?)

Fachleute nehmen an, derzeit könnten etwa 7 Prozent der Gesamtfläche der BRD mit Schwermetallen (Blei, Cadmium, Chrom, Quecksilber, Thallium usw.) und durch beständige chlorierte Kohlenwasserstoffe (HCB, PCBs, Dibenzofurane, Dioxine einschließlich des berüchtigten Seveso-Giftes TCDD) vergiftet sein²². Mangels ausreichender Datengrundlagen hat man dabei einfach die Flächen der Industriegebiete (einschließlich eines drei Kilometer breiten Gürtels) und die von Verkehrswegen stark beeinflussten Flächen (d. h. einen 50 Meter breiten Streifen beiderseits der Fahrbahnen) addiert. Der Ferntransport zahlreicher Schadstoffe und ihre mögliche Anreicherung in windexponierten Lagen der Mittelgebirge wurden dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Am stärksten ist die Bodenkontamination in der Umgebung bestimmter Industrieansiedlungen (Blei-, Kupfer- und Zinkhütten, Zementwerke, Pestizidfabriken) und zahlreicher Müllkippen. Aber auch Böden, auf denen Klärschlamm oder ausgebagerte Flußsedimente aufgebracht wurden, können hochgradig durch Schwermetalle und langlebige organische Giftstoffe belastet sein. Gleiches gilt für die als Weiden genutzten Überschwemmungsgebiete der Flüsse. Entlang stark befahrener Verkehrswege kann der Boden bis in einige hundert Meter Entfernung durch Blei, Streusalz, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe u. a. belastet sein.

3.2 Altlasten

Als besonders problematisch gelten die sogenannten Altlasten. Das sind etwa 50 000 weitgehend unkontrollierte „wilde“ Müllablagerungen aus den 50er und 60er Jahren, die inzwischen größtenteils eingegrünt und in Naherholungsanlagen oder sogar in Bauland umgewandelt worden sind. Auf ein- bis zweitausend dieser Müllkippen wurden hochgiftige Rückstände aus der Chemischen Industrie o. ä. vergraben. Aber auch die Müllhalden, auf denen lediglich Hausratabfälle abgelagert wurden, enthalten schätzungsweise zu mindestens einem Prozent hochgiftige Stoffe (quecksilberhaltige Batterien, cadmiumhaltige Farben, chlororganische Lösungsmittel u. ä.).²³ Das von den Medien in diesem Zusammenhang verwendete Schlagwort „chemische Zeitbombe“ erscheint der Lage durchaus angemessen, mußten doch bereits ganze

22 A. Kloke, Zur Belastung von Böden und Pflanzen mit Schadstoffen in und um Ballungsbereiche, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 55 (1977), H. 4, S. 633-639.

23 H. Stolpe/Chr. Weingran, Wohin mit dem Giftmüll? Ein Handbuch für Bürgerinitiativen, Hrsg. BBU, Bonn 1982.

Neubau-Siedlungen geräumt werden, die auf stark kontaminiertem Grund angelegt worden waren.²⁴

Unüberlegte, lediglich an der Erzielung kurzfristiger Höchstprofite orientierte Veränderungen der Produktions- und Konsumtionsstruktur (vor allem die fast durchgängige Chemisierung) haben eine wahre Müll-Lawine ausgelöst, mit der man heute kaum noch fertig wird. Inzwischen fällt im Jahr fast ein Kubikmeter Abfall je Bundesbürger an. Wohin damit? Müllverbrennungsanlagen, die das Abfallvolumen um etwa zwei Drittel verringern können, haben sich als „potemkinsche Anlagen“²⁵ erwiesen, die das Abfallproblem nicht lösen, sondern lediglich verschieben und dabei meist noch erheblich verschlimmern. Selbst allgegenwärtige und deshalb auf den ersten Blick harmlos erscheinende Massenkunststoffe wie PVC bereiten den für die Abfallbeseitigung verantwortlichen Kommunen heute Kopfzerbrechen, weil bei ihrer Verbrennung nicht nur Salzsäure, sondern auch chlorierte Kohlenwasserstoffe (darunter auch das Seveso-Gift TCDD) entstehen. In der Umgebung einer in Rösrath bei Köln abgebrannten Lagerhalle mit 500 Tonnen PVC soll der Boden ebenso stark vergiftet sein wie in Seveso.²⁶ In Hamburg wird gehäuftes Auftreten von Kindesmißbildungen u. a. mit der Luftverschmutzung durch Müllverbrennungsanlagen und die Chemiefabrik Boehringer in Zusammenhang gebracht.²⁷ In dieser Großstadt machen Rauchgasreinigungsrückstände, Aschen und Schlacken heute bereits 75 Prozent aller begleitscheinpflichtigen Deponiegüter aus. Bei der Suche der Großstädte nach geeignet erscheinenden Deponieflächen kommt es zu den absonderlichsten Kuhhandeln mit Umlandgemeinden.

Die Stadt Hamburg mußte bis 1984 für die Sanierung von 24 verseuchten Bodenflächen 68 Millionen D-Mark ausgeben. Dabei wurden 240 000 Kubikmeter Boden ausgetauscht; weitere Flächen, so die Deponie Georgswerder, stehen zur Sanierung an. Die Beseitigung hochgefährlicher Altlasten wird in der BRD zweistellige Milliardenbeträge verschlingen. Allein die Sicherung der Deponie Gerolsheim (Rheinland-Pfalz), auf der u. a. dioxinhaltige Rückstände aus dem inzwischen stillgelegten (weil dioxinverseuchten) Hamburger Boehringer-Werk lagern, wird über 22 Millionen DM kosten. Diese Deponie soll mit einer drei Kilometer langen, 50 Meter tiefen und 80 Zentimeter dicken Betonmauer gegenüber den Grundwasserströmen abgedichtet und durch eine Abdeckung langsam ausgetrocknet werden. An bestimmten Auslaßstellen im Betonmantel soll das Sickerwasser gesammelt und in einer speziellen Anlage gereinigt werden.²⁸

Die Gefährdung unserer Böden (und damit letztlich auch unserer Trinkwasserversorgung) ist allerdings nicht allein der Luftverschmutzung und der Ablagerung giftiger Rückstände durch die Industrie zuzuschreiben. Auch die

24 Vgl. Der Spiegel Nr. 7/1985 über die Siedlung Bielefeld-Brake u. a.

25 Der Spiegel Nr. 37/1984.

26 Frankfurter Rundschau v. 15. 6. 1985.

27 Der Spiegel Nr. 24/1984.

28 Wirtschaftswoche Nr. 12/1985.

Landwirtschaft, die zuerst an der Bodenfruchtbarkeit interessiert sein müßte, beteiligt sich maßgeblich am Zerstörungswerk. Statt als hochkomplexes und empfindliches lebendes System wurde der Boden auch hier als „Dreck“ behandelt. Das wird schon daran deutlich, daß es in der BRD derzeit nur zwei Lehrstühle für Bodenbiologie gibt, deren Veranstaltungen für die angehenden Agraringenieure nicht einmal obligatorisch sind.²⁹ Beim Boden waren nur die Baulandpreise und der Sand, in den die etablierten Umweltpolitiker ihren Kopf stecken konnten, von Interesse.

3.3 Überdüngung und Bodenverdichtung

Es gibt in der BRD etwa 30 bis 40 verschiedene Bodentypen, deren Fruchtbarkeit und Belastbarkeit sehr unterschiedlich sein kann. Aber nur für 10 bis 15 Prozent der Fläche der Bundesrepublik gibt es detaillierte Boden- und Standortkarten³⁰. Möglicherweise kennt die Wissenschaft heute die Mondgesteine besser als den Boden unter unseren Füßen. So konnte der Boden ruhigen Gewissens nicht nur als „Endlager“ für die über hohe Schornsteine weiträumig verteilten Luftschadstoffe bzw. für die im Klärschlamm enthaltenen Giftstoffe mißbraucht werden. Ihm konnte auch eine Vervierfachung des durchschnittlichen Stickstoffeinsatzes zwischen 1950 und 1980 zugemutet werden. Besonders augenfällig sind die Exzesse der sogenannten „bodenunabhängigen Veredelung“. Hier dient der Boden nur noch als Deponie für die bei der fabrikmäßigen Massentierhaltung anfallenden riesigen Gülle-Mengen.

Die Überdüngung der Felder erweist sich heute als folgenschwerer als der von Naturschützern seit langem gebrandmarkte Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln. Die Pestizide können — sofern es sich dabei nicht um langlebige chlorierte Kohlenwasserstoffe handelt, die in der BRD inzwischen größtenteils verboten sind — das Bodenleben nur vorübergehend durcheinanderbringen.³¹ Die Überdüngung des Bodens mit Nitraten (als Gülle oder als Kunstdünger) kann hingegen zur bleibenden Schädigung der Bodenfauna führen. Diese Schäden werden noch verstärkt durch den Einsatz schwerer Maschinen, die den Boden verdichten und dadurch die für das Bodenleben notwendige Belüftung unterbrechen. Sowohl die Überdüngung als auch die dauerhafte Verdichtung führen zu einer Verarmung des Bodens an Humus. Dadurch wird die Auswaschung der überschüssigen Nitrate erleichtert. Ein Teil von ihnen belastet die Fließgewässer, ein anderer Teil wandert ins Grundwasser. So enthält heute das Trinkwasser in Gebieten mit landwirtschaftlichen Intensivkulturen (Weinbaugebiete am Rhein, überwiegend dem Gemüseanbau verschriebene Landstriche wie die niederrheinische Bucht, Gebiete, die zu Gülledeponien verkommen sind, wie Süd-Oldenburg usw.) zum Teil bedenklich hohe Nitratwerte (vgl. Abschnitt 4). Der Nitratüberschuß wirkt sich aber auch auf die Qualität der Nahrungs- und Futterpflanzen aus.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Bild der Wissenschaft Nr. 3/1985, S. 50.

³¹ Ebenda, S. 44-61 (Beitrag von J. C. G. Ottow).

Auf den überdüngten und verdichteten Böden gedeiht am Ende nur noch der Mais. Er gilt als „Syphilis der Landwirtschaft“³², weil der Anbau dieser wärmeliebenden Getreideart den Boden während des größten Teils des Jahres unbedeckt läßt und so erheblich seine Erosion fördert. Die rasche Ausbreitung des Maisanbaus in den letzten 10 bis 12 Jahren³³ gilt heute als wichtiger Indikator für die Verschlechterung unserer Böden. Trotzdem wäre es verfrüht, schon jetzt ein allgemeines Bodensterben für gegeben zu halten.

Es ist aber, wie angedeutet, durchaus gerechtfertigt, von einer tickenden Zeitbombe zu sprechen. So weisen vor allem in Nordrhein-Westfalen, wo trotz der Krise der Schwerindustrie des Ruhrgebiets noch immer der weitaus größte Teil der Luftverschmutzung und des Giftmülls anfällt und obendrein der Einsatz von Stickstoffdünger in der Landwirtschaft mit 143 Kilogramm Reinstickstoff je Hektar über dem Durchschnitt der BRD (121 Kilogramm je Hektar) liegt, Gemüse- und Getreideproben nicht nur überhöhte Nitratgehalte, sondern auch relativ hohe Konzentrationen der äußerst giftigen Schwermetalle Cadmium und Blei auf. An einigen Orten (Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen, Köln) werden die Richtwerte des Bundesgesundheitsamtes von einem Teil der Proben deutlich überschritten. Wenn sich die Aufnahme von Schwermetallen durch Kulturpflanzen bis jetzt, von örtlichen Ausnahmen wie der Umgebung der Bleihütten von Stollberg, Oker oder Nordenham, der Zinkhütte von Datteln oder des Zementwerkes von Lengerich abgesehen, in Grenzen hält und ein akutes Gesundheitsrisiko für die Gesamtbevölkerung noch nicht gegeben ist, so heißt das nicht, daß das in den nächsten Jahren so bleiben muß. Werden die Schwermetalle nämlich derzeit nur deshalb im Boden festgehalten, weil dessen Säureeintrag aus den Niederschlägen durch verstärkte Kalkung abgepuffert wird, so kann einmal der Punkt erreicht werden, an dem die Pufferkapazität endgültig erschöpft ist und die vorher in den Ton-Humus-Komplexen festgelegten Schwermetalle schlagartig pflanzenverfügbar werden. Dieser Umschlagpunkt würde von den Landwirten nicht einmal rechtzeitig bemerkt, da die Toleranz zahlreicher Kulturpflanzen gegenüber Cadmium, Blei usw. erstaunlich groß ist. Erst wenn Rinder auf der Weide krepieren, wie das im Umkreis von Bleihütten mehrfach geschehen ist, oder Menschen beim Verspeisen thalliumverseuchten Grünkohls mit Magenkrämpfen zusammenbrechen, würde man gewahr, daß der Boden sich von einer Schadstoffsenke in eine Schadstoffquelle verwandelt hat.

3.4 Bebauung

So weit ist es bis heute nur in Ausnahmefällen gekommen. Bei der Frage nach der Gefahr eines weiträumigen Bodensterbens dürfen wir aber nicht aus dem Auge verlieren, daß in der BRD schon seit vielen Jahren tagtäglich 113 Hektar Boden unwiderruflich zerstört werden – und zwar durch Überbauung. Unter einem Kilometer Autobahn verschwinden 2,7 Hektar Boden, wobei Böschungen, Gräben und Mittelstreifen nicht eingeschlossen sind. Sie gelten in

32 Stern Nr. 17/1985.

33 Vgl. die Karten ebenda.

der offiziellen Statistik als Frei- oder Grünfläche. Die in der BRD durch Verkehrswege versiegelte Fläche macht inzwischen fast 5 Prozent der Gesamtfläche aus, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß durch das dichte Netz von Verkehrswegen das Land kreuz und quer zerstückelt und natürliche Lebensräume auseinandergerissen wurden. Die Gesamtlänge der überörtlichen Verkehrsstraßen betrug im Jahre 1983 173 000 Kilometer. Die BRD verfügt damit über fast zwei Straßenkilometer je Quadratkilometer Fläche. Und es gab nur noch 120 Quadrate von 10 Kilometer Seitenlänge, die nicht von Hauptverkehrsstraßen oder Schienen zerschnitten waren. Der Anteil der Siedlungsfläche (Verkehrswege, Wohn-, Fabrik- und Bürogebäude, Parkplätze usw.) an der Gesamtfläche der BRD ist in den letzten 30 Jahren von 7,5 auf fast 12 Prozent gestiegen.³⁴ Und es ist noch offen, ob der z. T. krisenbedingte Rückgang der Bautätigkeit in den letzten Jahren wirklich eine Wende markiert.

4. Droht uns eine Trinkwasserkrise?

Was ihren natürlichen Wasserhaushalt angeht, ist die Bundesrepublik ein gesegnetes Land. Sie erhält reichlich Niederschläge (durchschnittlich 837mm im Jahr) und wird relativ gleichmäßig von Fließwässern durchströmt. Zudem verfügt sie wegen ihrer Geländeform und der geologischen Beschaffenheit des Untergrundes über bedeutende Grundwasservorkommen. Das natürliche Wasserdargebot (die Differenz zwischen Zu- und Abfluß) beträgt etwa 3000 Kubikmeter im Jahr pro Kopf der Bevölkerung. Es dürfte also überhaupt keine Trinkwasserversorgungsprobleme geben. Wenn die Situation der Wasserwirtschaft der BRD seit einigen Jahren dennoch zu Sorge Anlaß gibt³⁵, dann heißt das, daß mit der Naturgabe des Wasserüberflusses schlecht gewirtschaftet worden ist.

4.1 Zur Entwicklung der Wasserqualität

Dabei läßt der erste Augenschein eher auf eine Entspannung der Lage in den letzten Jahren schließen. Der Rhein, der als Lebensader der bundesdeutschen Wirtschaft sowohl als Schifffahrtsstraße und Abwasserkanal als auch als Trink- und Brauchwasserspender dienen muß, macht heute einen deutlich besseren Eindruck als um die Mitte der siebziger Jahre. Auf der Gewässergütekarte der BRD springen Farbverschiebungen ins Auge: Die roten Flußabschnitte (für die Güteklasse IV: Übermäßig verschmutzt) sind deutlich kürzer geworden. Dafür bestimmen jetzt dunkel- und hellgrüne Flußabschnitte (mäßig bis kritisch belastet) das Gesamtbild. Es sind also eindeutig Verbesserun-

³⁴ Zahlenangaben aus der Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 10/2977 vom 7. März 1985.

³⁵ Vgl. U. Lahl/B. Zeschmar, *Wie krank ist unser Wasser?*, Freiburg i. Br. 1981. Zu den Problemen der Wasserversorgung Anfang der siebziger Jahre vgl. den Beitrag des Verf. in: *Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76. Beiträge des IMSF 4*, Frankfurt/M. 1976, S. 223 ff.

gen zu verzeichnen. Diese gehen aber, außer in seltenen Einzelfällen, nicht so weit, daß man sich damit zufriedengeben könnte.

Die Gründe für diese Fortschritte liegen auf der Hand: Seit dem Beginn der siebziger Jahre wurden in der Bundesrepublik schätzungsweise über 100 Milliarden DM (größtenteils aus Steuermitteln) für den Bau von Kanalisationsnetzen und biologischen Kläranlagen ausgegeben. Anfang der achtziger Jahre waren über 70 Prozent der Bevölkerung an vollbiologische Kläranlagen angeschlossen. Der beim bakteriellen Abbau organischer Schmutzstoffe entstehende Sauerstoffschwund wurde dadurch aus den Flüssen teilweise in die Kläranlagen verlegt. So konnte der Sauerstoffgehalt der Flüsse (insbesondere des Rheins) wieder ansteigen. Fischsterben aufgrund von Sauerstoffmangel, wie sie im Rhein zu Beginn der siebziger Jahre wiederholt vorkamen, sind in den letzten Jahren und selbst während der kritischen Wochen im trockenen und heißen Sommer 1983 nicht mehr beobachtet worden.

Allerdings wirken auch die bisher gebauten Kläranlagen in mancher Hinsicht als „potemkinsche Anlagen“. Nicht einmal die biologisch abbaubaren organischen Schmutzstoffe können sie in ausreichendem Maße aus den Abwässern entfernen, wenn die Durchlaufgeschwindigkeit der Abwässer wegen der meist zu knapp ausgelegten Kapazität der Anlagen zu hoch ist. Die Stickstoffverbindungen werden dann nur bis zum Ammoniak abgebaut. Dessen Oxidation zu Nitrat entzieht den Gewässern noch eine erhebliche Menge Sauerstoff. Nitrat selbst fördert wie das bei der Abwasserklärung gleichfalls anfallende Phosphat als Pflanzennährstoff das Algenwachstum. In stehenden oder zu langsam fließenden Gewässern (etwa in dem durch eine ganze Kette von Staustufen schiffbar gemachten Main) kann es dadurch in den Sommermonaten zu einer Massenvermehrung von Algen kommen, deren Zersetzung zu einer erheblichen Sauerstoffzehrung führt. (Ein Gramm Phosphor ermöglicht das Wachstum von 100 Gramm Algen, bei deren Zersetzung 150 Gramm Sauerstoff verbraucht werden.)

Die zum großen Teil sehr schwer oder gar nicht abbaubaren synthetischen Chemieprodukte sowie Schwermetalle und anorganische Verbindungen werden von den biologischen Kläranlagen nur zu einem relativ geringen Prozentsatz entfernt. Dieser Teil der Schmutzstoffe findet sich dann in den Klärschlamm, wodurch deren an sich sinnvolle Verwendung für die Bodenverbesserung in der Landwirtschaft oft unmöglich gemacht wird. Auf diese Weise wird das Abwasserproblem in ein Abfallproblem verwandelt. Der andere Teil der durch herkömmliche Kläranlagen nicht beseitigten giftigen Verbindungen und Schwermetalle belastet weiterhin die Fließgewässer. So hat der gestiegene Sauerstoffgehalt zwar eine weitgehende Erholung der Fischfauna des Rheins ermöglicht. Vom Genuß der Fische wird den Anglern jedoch abgeraten. Sie enthalten nämlich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil überhöhte Konzentrationen an potentiell krebserregenden chlororganischen Verbindungen und Schwermetallen.³⁶

³⁶ Eine Übersicht der in den großen Flüssen der BRD enthaltenen Schmutzstoff-Konzentrationen findet sich im Fischer Öko-Almanach 84/85 (Hrsg. G. Michelsen und Öko-Institut, Freiburg), Frankfurt am Main 1984, S. 222-227.

4.2 Probleme der Trinkwasserversorgung in Ballungsräumen

Die Restverschmutzung aus biologischen Kläranlagen kann auch die Trinkwassergewinnung aus Flußwasser bzw. Uferfiltrat vor schwierige Probleme stellen. Bei Belastungsspitzen, wie sie etwa auftreten, wenn die großen biologischen Kläranlagen von Chemiewerken durch Vergiftung ausfallen, oder wenn giftige Abwässer, um die Kläranlage zu schonen, direkt eingeleitet werden, können Giftstoffe durch die Filter der Wasserwerke bis ins Trinkwasser durchschlagen. Das war z. B. Ende September 1982 der Fall, als ein Schub Ortho-Chlornitrobenzol vom Werk Griesheim der Hoechst AG über den Main in den Rhein gelangte. Aber auch die Wasserwerke, die das Wasser nicht direkt oder indirekt aus Flüssen, sondern aus Grundwasserkörpern beziehen (70 Prozent des Trinkwassers der BRD wird aus Grundwasser gewonnen), können nicht immer einwandfreies Trinkwasser liefern; denn das Grundwasser ist nicht in allen Teilen der BRD durch Deckschichten gegenüber der Verschmutzung durch Nitrate aus der intensiven Landwirtschaft (vgl. Abschnitt 3) und chlorierte Kohlenwasserstoffe (z. B. durch unsachgemäß besetzte Lösungsmittelrückstände) geschützt.

Der von der Europäischen Gemeinschaft eingeführte Richtwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter wird von schätzungsweise 10 Prozent der bundesdeutschen Wasserwerke überschritten.³⁷ Manchmal ist es ihnen möglich, Wasser aus nitratbelasteten Tiefbrunnen mit weniger belastetem Wasser zu mischen. Wo das nicht möglich ist, wird empfohlen, Säuglingsnahrung mit Mineralwasser zuzubereiten. Erst ein Nitratgehalt von weniger als 10 Milligramm in einem Liter Trinkwasser gilt als hinreichend niedrig, um das Risiko der Blausucht (Umwandlung von Nitrat zu giftigem Nitrit im Magen) weitestgehend zu vermindern. Die Wasserwerke von Mönchengladbach, wo das Grundwasser stark durch den intensiven Gemüseanbau in der niederrheinischen Bucht belastet ist, haben 1983 eine aufwendige Pilotanlage zur Denitrifizierung des Brunnenwassers in Betrieb genommen. Eine Großanlage nach dem gleichen Prinzip, so wurde berechnet, würde das Trinkwasser um bis zu 15 Pfennig je Kubikmeter verteuern. Es sei billiger, die landwirtschaftlichen Flächen in der Umgebung der Brunnen aufzukaufen, um sie brachzulegen.

Die Verschmutzung des Trinkwassers durch chlorierte Lösungsmittel wurde vor allem in und um Frankfurt ruckbar. Als Ursache konnte man die Versickerung von Reinigungsmitteln auf dem Frankfurter Flughafen ermitteln, in dessen Nähe sich Brunnen der Stadtwerke befinden. Das Bundesgesundheitsamt ließ daraufhin das Grundwasser im gesamten Ballungsraum überprüfen, wobei man fast überall fündig wurde. Der massenhafte Einsatz chlorierter organischer Lösungsmittel wie vor allem Trichloräthylen (Tri) und Perchloräthylen (Per) in den Entfettungsanlagen der metallverarbeitenden Industrie, in der Lack-Industrie und in Schnellreinigungen ist erst in den letzten Jahren als weitreichendes Umweltproblem erkannt worden.³⁸ Der größte Teil dieser

³⁷ Ebenda, S. 232.

³⁸ U. Lahl/E. R. Koch, Gefährliche Lösungsmittel, in: Bild der Wissenschaft Nr. 12/1982, S. 136-146.

leichtflüchtigen Verbindungen wird bis heute in die Luft geblasen, obwohl sie über Aktivkohlefilter gewinnbringend wiederverwertbar wären. In der Atmosphäre werden diese krebserregenden Verbindungen, die höchstwahrscheinlich auch an der Auslösung des Waldsterbens beteiligt sind, unter dem Einfluß der Sonnenstrahlung im Zeitraum von einigen Monaten abgebaut. Im Grundwasser sind sie jedoch über Jahre oder gar Jahrzehnte beständig.

Die Grundwasserverschmutzung im Umkreis von Ballungsräumen ist neben der Grundwasserverknappung infolge der Versiegelung des Bodens oder infolge bewußter Grundwasserabsenkungen bei der Anlage von Tiefgaragen, beim Bau von Untergrundbahnen oder beim Bergbau zum wichtigsten Grund für den Trend zu immer weiträumigeren Trinkwasserversorgungssystemen geworden — ein Trend, der im Ruhrgebiet von der Gelsenwasser AG bewußt genutzt wird, um die Konzentration und die Privatisierung der Wasserwirtschaft voranzutreiben.³⁹ Bei den Fernversorgungssystemen besteht aber die Tendenz, das Problem der Grundwasserverknappung lediglich in ländliche Gebiete zu verlagern. Besonders deutlich wurde das im Fall der Trinkwasserförderung der Stadt Frankfurt aus dem Hessischen Ried und aus dem Vogelsberg. Das Ried, wo der Grundwasserspiegel um neun Meter gesunken ist und Wälder und Wiesen verdorrten, wird jetzt mit Rheinwasser aufgefüllt, wobei jedoch dessen Salzfracht aus den elsässischen Kaliminen zu schaffen macht.

Der riesige Wasserbedarf der Ballungszentren ist in erster Linie dem Durst der Großindustrie zuzuschreiben. Der Wassereinsatz der privaten Haushalte, der in den sechziger und siebziger Jahren stark angestiegen ist, stagniert seit 1982. (Das läßt sich durch eine weitgehende Sättigung der Wohnungsausstattung mit Bädern und WCs erklären.) Der durchschnittliche Wasserbedarf je Einwohner liegt derzeit bei 147 Litern am Tag. Nur 12 Prozent des gesamten Wassereinsatzes von 41 Milliarden Kubikmetern im Jahre 1981 entfielen auf die öffentliche Wasserversorgung. 62 Prozent wurden von den Wärmekraftwerken als Kühlwasser in Anspruch genommen. (Die damit in die Flüsse geleitete Abwärme verstärkt die Giftwirkung zahlreicher Schmutzstoffe und übt auch unmittelbar einen ungünstigen Einfluß auf Flora und Fauna aus.) Mehr als ein Viertel des gesamten Wassereinsatzes entfällt somit auf die verarbeitende Industrie und den Bergbau (der den überwiegenden Teil des geförderten Grubenwassers ungenutzt ableitet). Dabei wird es als skandalös empfunden, daß Fabriken (z. B. Chemiewerke am Rhein) aufgrund alter Wasserrechte etwa 1,3 Milliarden Kubikmeter Grundwasser von Trinkwasserqualität nutzen (wobei das von Betrieben aus öffentlichen Versorgungsnetzen bezogene Wasser noch nicht berücksichtigt ist), während Städte auf Flußwasser zurückgreifen müssen, das von den gleichen Betrieben verschmutzt wird.⁴⁰

39 U. Lahl/B. Zeschmar, Trinkwasserkrise in der Bundesrepublik. Zur großen Koalition von Wasserwerken, Industrie und Politik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 26. Jg., Heft 12/1981, S. 1474-1495; E. Dähne (Hrsg.), *Gemeindeleute. Handbuch für eine alternative kommunalpolitische Praxis*, Frankfurt/M. 1985, S. 389-392.

40 *natur* Nr.10/1981, S. 23.

Schließlich gibt es ein Problem der Trinkwasserversorgung, das auch durch den zunehmenden Übergang zur Fernversorgung nicht lösbar ist: Die Versauerung des Grund- und Quellwassers und ihre Folge, die Mobilisierung giftiger Schwer- und Leichtmetalle wie vor allem Cadmium und Aluminium. Über den Grad der Gewässerversauerung und die Metallgehalte gibt seit kurzem der von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herausgegebene „Geochemische Atlas der Bundesrepublik Deutschland“⁴¹ Auskunft. Dieses Kartenwerk, das auf 80 000 Wasser- und 70 000 Bachsedimentproben fußt, wurde ursprünglich zum Zwecke der Rohstoffsuche angefertigt. Heute stellt es die einzige flächendeckende Datensammlung über die Qualität des Quellwassers dar. Es liefert eine Reihe von Anhaltspunkten dafür, daß die Lage in einzelnen geologisch vorbelasteten Mittelgebirgsregionen kritisch zu werden beginnt. So wurden etwa in einigen Quellen in der Nähe der Sösetalsperre im Harz 30 mal höhere Aluminiumgehalte gefunden als im Rhein bei Köln. Die Sickerwässer unter der Wurzelzone von Fichten im Solling (Südniedersachsen) enthalten mit 87 Milligramm pro Liter sogar 260 mal mehr Aluminium als der Rhein.

Aluminium, das vor wenigen Jahren noch als völlig harmlos angesehen wurde, wird heute für die Auslösung der Alzheimer-Krankheit (vorzeitige Altersverblödung durch fortschreitende Hirnschäden) verantwortlich gemacht. In der Trinkwasser-Richtlinie der EG wurde eine Richtkonzentration von 0,05 Milligramm im Liter Wasser festgelegt. Die Frage, ob der „saure Regen“ dumm macht, drängt sich auf.⁴²

5. Die Kosten der Umweltzerstörung

Auch im Bereich der Wasserversorgung tickt also eine Zeitbombe. Die Entwicklung der Umweltverhältnisse in der BRD zeigt, daß das kapitalistische „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit zu einem beträchtlichen Maße durch die Beeinträchtigung und fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen erkaufte worden ist. Gerade die Industriezweige, die mit ihren Produktionsverfahren und Produkten den Nachkriegsboom ausgelöst und im wesentlichen getragen haben (Chemie, Fahrzeugbau, Elektrotechnik), belasten die Umwelt am stärksten. Den Chemiekonzernen geht es heute nicht zuletzt deshalb so gut, weil sie aufgrund der Organisation ihrer Produktion und der Eigenschaften ihrer Produkte in der Lage waren, besonders viele Kosten auf die Gesellschaft und auf zukünftige Generationen abzuwälzen. Ja, sie konnten und können an der Umweltverschmutzung gleich zweimal verdienen, indem sie Verfahren und Produkte zur nachträglichen Reinigung der Umweltmedien Wasser und Luft anbieten. Die auf diesem Doppelgeschäft fußende

41 Hier zitiert nach dem Vorabdruck von vier Karten in: natur Nr. 3/1985, S. 50-62; vgl. auch die Beiträge von G. Bruß, A. Lükewille, M. Böhme und W. Ackermann in: Saure Wasserwelt, a.a.O., S. 61-131.

42 D. Barkowski, Gesundheitsgefahren durch Aluminium: Macht „Saurer Regen“ dumm?, in: ebenda, S. 132-142.

technokratische Entsorgungsstrategie der Umweltpolitik ist jedoch beim Umweltmedium Boden mit ihrem Latein am Ende.

Das Waldsterben, die Versauerung von Böden und Quellwässern, die teils akute, teils schleichende Vergiftung von Ackerland, Kulturpflanzen und Trinkwasser durch Schwermetalle und chlororganische Verbindungen, die Ausbreitung von Krebs-, Kreislauf-, Atemwegs-, Nieren- und Nervenerkrankungen, Allergien, die Zerstörung von Baudenkmalern, die Korrosion von Anlagen und nicht zuletzt das beschleunigte Aussterben von Pflanzen- und Tierarten zeigen unmißverständlich an, daß die Grenzen der Belastbarkeit des Naturhaushaltes erreicht werden, d. h., daß wir Gefahr laufen, schon in wenigen Jahren eine Natur vorzufinden (auch eine Mondlandschaft ist Natur), die uns keine ausreichenden Lebensmöglichkeiten mehr bietet. Nachdem das „Wirtschaftswunder“-Feuerwerk abgebrannt ist, wird uns nun die Rechnung präsentiert ... und die Frage, wer sie bezahlen soll.

Ist sie überhaupt noch zu bezahlen? Nach Schätzungen der OECD machen die Umweltschäden in den hochindustrialisierten Ländern drei bis fünf Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahr aus. Das wären in der BRD jährlich 40-70 Milliarden DM — ein Betrag, der von Eingeweihten eher als zu niedrig erachtet wird. Dem stehen Umweltschutzausgaben von durchschnittlich etwa 20 Milliarden DM im Jahr gegenüber. Dieser Betrag wird sicher spürbar aufgestockt werden müssen. *Brunowski* und *Wicke* schlagen in ihrem „Öko-Plan“⁴³ zusätzlich zu den laufenden Umweltschutzaufwendungen ein 66-Milliarden-Programm für die kommenden 10 Jahre vor. Der größte Posten (18 Mrd. DM) entfällt dabei auf den Ausbau der Kläranlagen, d. h. ihre Ergänzung um eine dritte Reinigungsstufe (nach der mechanischen und biologischen) zur Eliminierung von Phosphat und Nitrat aus den Abwässern. Die Finanzierung dieses Programms soll nach Meinung von *Brunowski* und *Wicke* hauptsächlich über Anleihen und Steuermittel erfolgen. Gleichzeitig soll die Industrie durch den Einsatz „marktwirtschaftlicher“ Anreizsysteme wie der „Glocken-Politik“, der Ausgabe von Emissionsminderungs-Zertifikaten⁴⁴ oder flexible nachträgliche Anordnungen zu Investitionen in umweltfreundliche Technologien veranlaßt werden. Im Falle der Abwasserreinigung wären das insbesondere Anlagen zur dezentralen Vorklärung giftiger Abwässer und Rückgewinnung der giftigen Chemikalien. Dieses Recycling kann mitunter gewinnbringend sein. Anlagen zur Entschwefelung und Entstickung von Kraftwerken müßten nach dem „Öko-Plan“ über höhere Strompreise (bis zu 2,5 Pfennig je Kilowattstunde) von den Verbrauchern getragen werden — ähnlich wie die Kosten der Entstickung der Autoabgase. Die Sanierung der Altlasten soll über einen „Altlastenfonds“ erfolgen, an dessen Speisung die Privatwirtschaft zu 35 Prozent beteiligt werden soll.

43 Vgl. R.-D. Brunowski/L. Wicke, *Der ÖKO-Plan. Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder*, München 1984.

44 Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Instrumenten findet sich bei E. Gärtner, *Waldsterben und Umweltpolitik in der Bundesrepublik*, a.a.O., S., 121 ff. und S. 134 ff.

Brunowski und *Wicke* bezeichnen ihren „Öko-Plan“ selbst als „Kraftakt“, der ähnliche Anstrengungen und finanzielle Mittel erfordere wie der „Sprung ins Weltraumzeitalter“. Sie halten ihn aber nicht für eine Reißkur. In der Tat könnte die Volkswirtschaft der BRD angesichts des erreichten gesellschaftlichen Reichtums die Finanzierung eines solchen ökologischen Sanierungsprogramms ohne weiteres verkräften, sofern sie von der Regierung nicht gleichzeitig in das Abenteuer des „Star-War“-Programms *Ronald Reagans* gestürzt wird.

Der „Öko-Plan“ verweist auf die Dimension eines notwendigen Investitionsprogramms, das unmittelbar in Angriff genommen werden muß, um den schlimmsten Perspektiven der ökologischen Krise in der Bundesrepublik begegnen zu können. Er wirft zugleich zwei zentrale politische Fragen auf: Zum einen setzt er voraus, die ökologische Krise sei im nationalen Rahmen lösbar und ihre internationalen Dimensionen könnten durch Abkommen und Hilfsprogramme berücksichtigt werden. Das ginge zwar insofern, als die Umweltprobleme der BRD im wesentlichen „hausgemacht“ sind. Jedoch zeigt die Tragikomödie der westeuropäischen Abgasbeschlüsse, welche Widerstände augenblicklich bei einem nationalen Alleingang der BRD überwunden werden müßten. Die zweite, gravierendere Frage betrifft die Finanzierung: Wer soll die gewaltigen Investitionsmittel aufbringen, die zur Sanierung der Umwelt dringend erforderlich sind? Das Konzept von *Brunowski* und *Wicke* will diese Lasten der Arbeiterklasse aufbürden. Ihr Finanzierungsmodell zielt daher auf die Herstellung eines entsprechenden Konsenses zwischen Großbourgeoisie und Arbeiterklasse. Sie fordern sogar, die Flexibilisierung der Umweltauflagen müsse eine Entsprechung finden in einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (durch Job-Sharing ohne Lohnausgleich usw.), damit die Beschäftigungseffekte der Umweltinvestitionen voll zum Tragen kommen könnten. Es ist dies das Konzept einer privatmonopolistischen Lösung der Umweltprobleme, das jenen noch einmal Profite verspricht, die die Umweltzerstörung in der Hauptsache verursachen.

Die drei eng miteinander verflochtenen Krisenprozesse des Waldsterbens, der Bodenzerstörung und der Trinkwasserverknappung können sich noch vor dem Jahr 2000 zu einer Katastrophe ausweiten, wenn in den nächsten Jahren keine grundlegende Wende in der Wirtschafts- und Produktivkraftentwicklung vollzogen wird. Noch sind die unumgänglichen Reparaturen am Naturhaushalt materiell möglich und bezahlbar; aber ob sie durchgesetzt werden und wer sie bezahlen soll — das ist eine Frage der politischen Bewegungen und Kräfteverhältnisse. Die Arbeiter- und Alternativbewegung ist also doppelt gefordert bei der Entwicklung und Durchsetzung einer arbeitsorientierten Alternativstrategie in der Umweltpolitik.

Die Perspektiven der Akkumulation von fixem Kapital

Ökonomische Tendenzen bis zum Jahr 2000

Jörg Goldberg

1. Die Akkumulation von fixem Kapital als materielle Grundlage der Zyklen — 2. Rekonstruktion und Akkumulationsprozeß in der Nachkriegszeit — 3. Die Rationalisierung als Träger einer neuen Wachstumsperiode? — 3.1. Kein Rationalisierungsrückstand in der Industrie — 3.2. Rationalisierung und Investitionen in der Industrie — 3.3. Neue Technologien und öffentliche Infrastrukturinvestitionen — 3.4. Bauinvestitionen und Wohnungsbau — 4. Rationalisierung, Beschäftigung und Konsum — 5. Schlußfolgerung

Die Phase verstärkter Krisenhaftigkeit in der kapitalistischen Weltwirtschaft und in der Bundesrepublik, die in den siebziger Jahren eingesetzt hat, bestimmt auch das ökonomische Bild in der Mitte der achtziger Jahre. Hauptmerkmal ist eine Vertiefung und Verlängerung der Krisenphasen des Zyklus und eine Abschwächung der zyklischen Aufschwungsperioden. Die beiden letzten Zyklen – 1974 bis 1980 und 1981 bis 1985/86 – brachten Zuwachsraten beim Bruttosozialprodukt von 2,4 bzw. 1,0 Prozent im Jahresdurchschnitt; die Industrieproduktion erhöhte sich sogar nur um jahresdurchschnittlich 1,4 bzw. 0,5 Prozent.

Bei einem Blick auf die ökonomischen Tendenzen bis zum Jahr 2000 wird daher die Frage im Mittelpunkt stehen, ob diese Periode verschärfter Krisenhaftigkeit andauern wird, ob sich die Lage möglicherweise noch brisanter gestaltet oder ob eine Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und eine Neubelebung der Dynamik des kapitalistischen Wachstums zu erwarten ist. Dabei geht es nicht darum, an die Situation der fünfziger und sechziger Jahre anzuknüpfen; diese war eine absolute Ausnahme in der Geschichte des Kapitalismus.¹

Der zu behandelnde Zeitraum von 15 Jahren erlaubt nicht das Ausmalen phantastischer Zukunftsgemälde; vor allem in technologischer Hinsicht dürf-

¹ Jan Prieue, Die drei großen Krisen des deutschen Kapitalismus, in: Große Krisen des Kapitalismus – lange Wellen der Konjunktur? IMSF-Informationsbericht 41, Frankfurt/M. 1985.

ten die wesentlichen wirtschaftlich relevanten Neuerungen der nächsten 15 Jahre weitgehend absehbar sein.²

Trotzdem sind Tendenzaussagen selbst für einen so begrenzten Zeitraum mit großen Risiken behaftet. So kommt *Dieter Mertens* bei einem Rückblick auf Prognosen der Vergangenheit — der 60er und beginnenden 70er Jahre — zwar zu der Feststellung, daß viele Aussagen eingetroffen seien. Entscheidend ist jedoch, daß „die Annahme über die Globalentwicklung (weitere ungestörte Expansion)“ eben nicht gestimmt habe.³ „Daß Arbeitslosigkeit das zentrale Problem werden könnte, wurde von keiner der früheren Projektionen für die siebziger Jahre vorausgesagt“⁴. Die grundlegenden Veränderungen der ökonomischen — und damit auch sozialen und politischen — Existenzbedingungen des Kapitalismus wurden im Jahre 1970 jedenfalls nicht erwartet. Gegenwärtig wird von den meisten bürgerlichen, aber auch von einigen am Marxismus orientierten Autoren eine gewisse Neubelebung der ökonomischen Dynamik des Kapitalismus erwartet, wobei die Rolle der neuen Technologien — z. T. eingebettet in die Theorie der „Langen Wellen“ der Konjunktur — eine wichtige Rolle spielt.⁶

1. Die Akkumulation von fixem Kapital als materielle Grundlage der Zyklen

Im folgenden soll versucht werden, die Perspektiven der Akkumulation von fixem Kapital als Bestimmungsgrund kapitalistischer Wachstumsdynamik abzuschätzen. Denn die Produktion auf erweiterter Stufenleiter — Wirtschaftswachstum — setzt voraus, daß die Verwandlung von Mehrwert in Kapital, die Akkumulation von Kapital, im entwickelten Kapitalismus vorrangig von fixem Kapital, funktioniert.⁷ Es geht also um die Frage, welche Konsequenzen

2 Die Erfahrung mit Technikprognosen lehrt, daß die Diffusion neuer Technologien meist wesentlich langsamer verläuft, als bei ihrem Auftauchen erwartet wird. Vgl. Erhard Ulrich, Technikprognosen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 3/1980, S. 409 ff.

3 Dieter Mertens, Von der Beharrlichkeit struktureller Trends, in: ebd., S. 319.

4 Gerhard Kühlewind, Rückblick auf Arbeitsmarktprojektionen für die siebziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland, in: ebd., S. 322.

5 Dies gilt nur eingeschränkt für marxistische Ansätze, die zumindest nach 1966 eine stärker krisenhafte Entwicklung erwartet hatten. Vgl. Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus, Beiträge zu einer wissenschaftlichen Tagung, Marxistische Blätter, Sonderheft 1/1976, Frankfurt/M., insbesondere den Beitrag von Gerd Maurischat, S. 73.

6 Eine Zusammenschau derartiger Prognosen bringt: Martin Jänicke (Hrsg.), Vor uns die goldenen neunziger Jahre?, München/Zürich 1985.

Vgl. zum prognostischen Wert der Theorie der „Langen Wellen“ Jörg Goldberg, Das Konzept der „Langen Wellen“ der Konjunktur — Eine Kritik theoretischer Aspekte, in: IMSF-Informationsbericht 41, a.a.O.

7 „Die kontinuierliche Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital stellt sich dar als wachsende Größe des in den Produktionsprozeß eingehenden Kapitals. Diese wird ihrerseits Grundlage einer erweiterten Stufenleiter der Produktion, der sie begleitenden Methoden zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und beschleunigter Produktion von Mehrwert.“ Karl Marx, Das Kapital, MEW Bd. 23, Berlin/DDR 1968, S. 653.

die Durchsetzung eines Typs der intensiv erweiterten Reproduktion auf der Grundlage der neuen Technologien für den Gesamtreproduktionsprozeß hat, ob diese wachstumsstimulierend wirken oder krisenverschärfend. Dies ist zu untersuchen vor dem Hintergrund eines staatsmonopolistisch geprägten kapitalistischen Milieus, also bei Dominanz von Monopolen, struktureller Überakkumulation von Geldkapital und hoher, tendenziell weiter wachsender Weltmarktverflechtung. Der Zusammenhang zwischen der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Akkumulation von fixem Kapital bildet die Grundlage für die Entfaltung der Widersprüche auf allen Ebenen der Ökonomie.

Trotz der hohen Weltmarktverflechtung konzentriert sich hier die Untersuchung auf Veränderungen in den nationalen Reproduktionsbedingungen, wobei der Internationalisierungsgrad Bezugspunkt nationaler Kapitalstrategien bleibt. Die Konzentration auf Veränderungen in den nationalen Reproduktionsbedingungen erscheint trotzdem gerechtfertigt:

— der Nationalstaat bleibt trotz der Internationalisierungstendenzen der Rahmen des Reproduktionsprozesses;⁸

— auch in den anderen kapitalistischen Ländern prägt die — durch die internationale Konkurrenz angetriebene — Durchsetzung der neuen Technologien die Entwicklungsbedingungen und führt zu ähnlichen Prozessen wie in der BRD. Da davon auszugehen ist, daß in den nächsten 15 Jahren die entwickelten kapitalistischen Länder weiter die Weltmarktdynamik bestimmen, ist eine grundlegend andere Entwicklungsrichtung des Weltmarktes nicht wahrscheinlich;⁹

— es wird vorausgesetzt, daß die Weltmarktposition der Bundesrepublik relativ stabil bleibt.

Anzumerken bleibt schließlich, daß sich die folgenden Überlegungen nur auf einen — allerdings zentralen — Aspekt der ökonomischen Perspektiven konzentrieren. Es wird also nicht der Anspruch einer umfassenden Wirtschaftsprognose erhoben.

Der hier zu untersuchende Prozeß der Akkumulation von Kapital ist an eine ganze Reihe von stofflichen und wertmäßigen Proportionen gebunden, die im Kapitalismus gesetzmäßig verletzt und ebenso gesetzmäßig reproduziert werden müssen. Die entscheidende Instanz ist dabei die Krise, die immer wieder die notwendige Proportionalität rekonstruiert. Die gegenwärtige Situation ist nun vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die zyklischen Krisen — obwohl sie länger und tiefer geworden sind — ihre Funktion der Sicherung notwendiger Proportionen nicht mehr in ausreichendem Umfang ausfüllen können.¹⁰ Das Tempo der Akkumulation wird so dauerhaft beeinträchtigt, wobei

8 Vgl. Bernhard Roth, *Weltökonomie oder Nationalökonomie?* Marburg 1984

9 Es wird vorausgesetzt, daß wohl Verschiebungen wie die zugunsten der südostasiatischen Raums weitergehen, daß aber die internationalen Kräftekonstellationen einen eigenständigen Aufschwung der Entwicklungsländer, der wesentlich binnenmarktorientiert ist, nicht zulassen. Andererseits wird nicht angenommen, daß ein Zerfall des Weltmarktes und eine Durchsetzung protektionistischer Politik das Bild bestimmen.

10 Es kann hier dahingestellt bleiben, ob diese Art von Regulierungsdefiziten der ökonomischen

entscheidend ist, daß es nicht mehr ausreicht, die vorhandenen Ressourcen — vor allem Arbeitskräfte und Maschinerie — wenigstens zeitweise voll auszus schöpfen.

Als bestimmend für den konkreten Verlauf zyklischer Krisen und ihre Fähigkeit zur Gewährleistung der stofflichen und wertmäßigen Gleichgewichtsbedingungen müssen die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals gelten. Der Unterschied zwischen Wertumschlag und stofflichem Umschlag beim fixen Kapital ist „eine materielle Grundlage der periodischen Krisen“.¹¹

Die Krise vernichtet das im Verhältnis zu den Verwertungsbedingungen überakkumulierte Kapital — wobei der Zusammenhang zwischen Produktions- und Realisationsbedingungen des Profits zu beachten ist — und schafft so die Voraussetzung für eine Neuanlage von Kapital vor allem in fixer Form. Sowohl die Tiefe der Krise als auch die Dynamik der Belebung werden also bestimmt von den konkreten Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals. „Der Umfang des Reproduktionsprozesses des fixen Kapitals dehnt sich daher bei erweiterter Reproduktion erheblich aus. Dies um so mehr, als der Aufschwung von Produktion und Kapitalakkumulation stets auch von einem Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte, also auch von der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, insbesondere seines fixen Bestandteils, begleitet wird. Durch alle diese Einzelprozesse erhält der Gesamtprozeß immer neue Anregungen, und die Grenze der Produktionsausdehnung, die beschränkte Entwicklung der Konsumtionskraft der Gesellschaft, tritt immer mehr in den Hintergrund.“¹²

Nun sind die Reproduktionsperioden, d. h. der Zeitraum, für den Arbeitsmittel im Arbeitsprozeß fungieren können, sehr unterschiedlich. Bestimmte Infrastruktureinrichtungen wie Straßen, Brücken, usw. müssen überhaupt nicht ersetzt werden¹³, in der Regel reichen laufende Reparaturaufwendungen. Für Gebäude wird eine Lebensdauer zwischen 40 und 100 Jahren angenommen, Maschinen und Anlagen fungieren oft nur wenige Jahre (zwischen vier und zwanzig), wobei hier sogar die Lebensdauer einzelner Anlagenteile

Gesetze des Kapitalismus auf Veränderungen in jüngster Zeit – z. B. die Internationalisierung – zurückzuführen ist oder ob dies ein Merkmal der staatsmonopolistischen Entwicklungsetappe als solcher ist, das nur, durch Sonderfaktoren nach dem Zweiten Weltkrieg in den fünfziger und sechziger Jahren bedingt, nicht hervortreten konnte. Vgl. Dieter Klein, Wirkungsmechanismus der ökonomischen Gesetze und Tendenzen imperialistischer Anpassung in der Gegenwart, in: IMSF-Informationsbericht 41, a.a.O.

11 Karl Marx, Das Kapital, 2. Bd., MEW 24, a.a.O., S. 186. Zur Diskussion dazu vgl. Jörg Goldberg, Marx zum kapitalistischen Krisenzyklus, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband I, Frankfurt/M. 1983, S. 297 ff.

12 Robert Katzenstein, Technischer Fortschritt – Kapitalbewegung – Kapitalfixierung, Westberlin 1974, S. 23. Die aus den sechziger Jahren stammende Arbeit von Katzenstein muß als unabdingbares Standardwerk für die marxistische Krisentheorie gelten. Hier wird die Bedeutung der Bewegung des fixen Kapitals für den Zyklus in einer theoretischen Klarheit herausgearbeitet, die in neueren Arbeiten meist nicht erreicht wird.

13 „In gewissen Fällen wird der Verschleiß, also auch sein Ersatz, eine praktisch verschwindende Größe, so daß allein die Reparaturkosten in Rechnung kommen.“ Dies gilt für „Eisenbahnen . . . Kanäle, Docks, eiserne und steinerne Brücken etc.“ Karl Marx, Das Kapital, 2. Bd., a.a.O., S. 181.

unterschiedlich sein kann.¹⁴ Für unseren Zusammenhang ist relevant, daß, je umfangreicher die Neuanlage fixen Kapitals ist, desto länger die Periode, in der die „Konsumtionsbeschränkung der Massen“ als „letzter Grund aller wirklichen Krisen“ überdeckt wird.¹⁵ Je umfangreicher die Neuanlage von fixem Kapital, die notwendig ist, um die Produktion in einem bestimmten Umfang zu erweitern, desto dynamischer gestalten sich die Aufschwungsphasen des Zyklus.

2. Rekonstruktion und Akkumulationsprozeß in der Nachkriegszeit

Der Akkumulations- und damit auch Wachstumsprozeß der Güterproduktion verlief in den fünfziger und sechziger Jahren zwar keineswegs krisenfrei, er brachte aber hohe Zuwachsraten bei nur schwach ausgeprägten und relativ kurzen zyklischen Krisen. Allerdings hatte sich der Prozeß der Akkumulation von fixem Kapital — hier gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen — schon in den sechziger Jahren verlangsamt. Ganz entscheidend war dabei der Rückgang der Bauinvestitionen, Bestandteile des fixen Kapitals also, deren Reproduktionsperiode sehr lang ist. Dies betraf zunächst den Wohnungsbau, zunehmend den gewerblichen Bau und schließlich — in den siebziger Jahren — auch den öffentlichen Bau.^{15a}

Dagegen hat sich die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen — also Maschinen und Anlagen — kaum verlangsamt. Die „Investitionsquote“ der Ausrüstungen, gemessen am Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am Brutto-sozialprodukt zu festen Preisen, lag auch in den siebziger und achtziger Jahren nicht unter dem Niveau der Vorperioden.¹⁶ Diese Verschiebung in der Struktur der Investitionen und damit auch die Veränderung in den Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals ist nun Ausdruck des Auslaufens einer

14 Wolfgang Gerstenberger u. a., Investitionen und Anlagevermögen nach Eigentümer- und Benutzerkonzept, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1984, S. 63. Die „ökonomische Nutzungsdauer“ von Anlagen darf allerdings nicht als Ausgangspunkt zur Bestimmung der Zyklendauer genommen werden. Maßgeblich ist hier der Prozeß der Kapitalfreisetzung, für den das Tempo der Wertübertragung entscheidend ist. Die „ökonomische Nutzungsdauer“ ist denn auch um etwa 50 Prozent länger als die „Steuerliche Nutzungsdauer“, wobei allerdings entscheidend ist, daß die steuerlich erlaubten Abschreibungssätze auch tatsächlich über den Preis erwirtschaftet werden können.

15 „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ Karl Marx, Das Kapital, 3. Bd., MEW 25, a.a.O., S. 501.

15a Ähnliches stellt Entow für die USA fest: „Der Übergang zu Investitionsprojekten mit kürzeren Amortisationsfristen hat offenbar die Verkürzung der Dauer und die Verringerung der Intensität des zyklischen Aufschwungs zur Folge.“ R.M. Entow, Besonderheiten der zyklischen Entwicklung der US-Ökonomie in den siebziger und beginnenden achtziger Jahren, in: USA – Ökonomie, Politik, Ideologie, Moskau, 1/1984, S. 11, Rohübersetzung W. Wolfgarten.

16 Im folgenden wird Bezug genommen auf die Darstellung dieses Zusammenhangs in: Umbruch im Produktionsbereich? Beiträge des IMSF, Band 7, Frankfurt/M. 1985.

Rekonstruktionsphase in der Entwicklung des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg.

Dabei waren die Veränderungen in der Bundesrepublik besonders groß; hier waren die Erfordernisse der Rekonstruktion der gesamten materiellen Infrastruktur besonders drängend. Die Belegung der Produktion nach dem zweiten Weltkrieg unter den veränderten nationalen und internationalen Bedingungen erforderte umfangreiche Neuanlagen von Kapital, besonders im Bereich der baulichen Voraussetzungen der Produktion. In dem Maße, wie eine bestimmte Grundausstattung des Landes mit baulichen Einrichtungen erreicht war, wurden die für eine bestimmte Erweiterung der Stufenleiter der Produktion (also für ein bestimmtes Wachstum) erforderlichen Neuanlagen von Kapital (Ersatz eingeschlossen) tendenziell niedriger.

Grundlegende Einschnitte in einen gegebenen historischen Zustand — also kriegerische Zerstörungen; Produktivkraftumwälzungen, die ein völlig neues Infrastruktur- oder sektorales Produktionssystem mit sich bringen oder die gegebene Standortverteilung obsolet machen (historische Beispiele: Eisenbahn, Chemisierung, Elektrifizierung, PKW, Umstellung auf Rüstungswirtschaft); Bevölkerungsverschiebungen; die Erschließung neuer Länder; sprunghafte Veränderungen des Lebensniveaus; rasche Bevölkerungsausdehnung usw. — würden die Ausgangssituation verändern und von daher die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals erneut verschieben.

Der Rückgang der baulichen Bestandteile im Akkumulationsprozess des fixen Kapitals hat nun scheinbar widersprüchliche Auswirkungen auf die Triebkräfte der kapitalistischen Akkumulation, auf den gesamten Reproduktionprozeß. Die Wertzusammensetzung des Kapitals (nicht identisch mit der organischen Zusammensetzung) verbessert sich tendenziell in dem Maße, wie bislang in Bauten fixiertes Kapital freigesetzt wird, ohne daß es wieder in neuen Bauten langfristig gebunden werden muß.¹⁷ Das freigesetzte Kapital kann erneut in den Verwertungsprozeß hineingeworfen werden, obwohl die Bauten im Arbeitsprozeß weiter fungieren.

Der aus den Abschreibungen gebildete „Akkumulationsfonds“ (*Marx*) wäre so ein Moment beschleunigter Akkumulation und höherer Zuwachsraten der Produktion in mengenmäßiger Hinsicht. Denn die freiwerdenden Kapitalteile können erneut angelegt werden. Mit dem gleichen Kapital kann zusätzliche Maschinerie, können zusätzliche Arbeiter beschäftigt werden, was die Verwertung des Gesamtkapitals selbst dann tendenziell verbessern dürfte, wenn sich die Löhne erhöhen. Die Tatsache, daß sich in den sechziger und siebziger Jahren das Tempo der Akkumulation verlangsamt hat, müßte also zunächst überraschen. Entscheidend dabei ist aber die Tatsache, daß nun die Disproportionen im Zirkulationsprozeß rascher spürbar wurden: der Zusammenhang zwischen dem Prozeß des Aufbaus von neuen Produktionskapazitäten im Zuge

17 Im Zuge der wertmäßigen Freisetzung von fixem Kapital, während die Arbeitsmittel stofflich noch voll fungieren, sinkt die Wertzusammensetzung des Kapitals — *ceteris paribus* —, während die organische Zusammensetzung als Ausdruck der technischen Zusammensetzung gleichbleibt.

der Akkumulation von fixem Kapital und der beschränkten Konsumtionskraft ist enger geworden; die immanente Tendenz zur Überakkumulation von Kapital wird rascher manifest.¹⁸ Ein Ansatz zur markanten Neubelebung des Akkumulationstempos ist m. E. deswegen nicht in Sicht, obwohl sich die Produktionsbedingungen von Profit erheblich verbessert haben. Dies läßt sich ansatzweise auch empirisch belegen, wenn auslastungsbedingte Verluste ausgeklammert werden.¹⁹

3. Die Rationalisierung als Träger einer neuen Wachstumsperiode?

Für den vorliegenden Argumentationszusammenhang ist die Frage also entscheidend, ob Veränderungen in den Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals absehbar sind, die eine umfangreiche Neuanlage von fixem Kapital erfordern und so – ausgehend von der sprunghaften Steigerung der Nachfrage nach Arbeitsmitteln – eine dauerhaft beschleunigte Akkumulation von Kapital auslösen könnten. Dadurch würde die derzeit als Akkumulationsbremse wirkende, im Verhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten zu geringe Konsumtionskraft zeitweilig überdeckt, die Massenkaufkraft selbst erweitert werden. Zentrale Aufmerksamkeit gebührt dabei der Wirkung der neuen Technologien auf die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals. Können die neuen „Produkttechnologien“ tatsächlich zum „Träger eines neuen ‚Wachstums-Zyklus‘ werden“, wie es vielfach erwartet wird?²⁰

Bevor auf diese Frage eingegangen wird, soll noch kurz ein Aspekt behandelt werden, der mit dem Stichwort der Vergreisung des Kapitalbestandes in der kapitalkonformen Publizistik eine wichtige Rolle spielt.²¹ Demnach sei der Produktionsapparat wegen der Investitionsschwäche der letzten Jahre veraltet, Ersatzinvestitionen auf neuer technologischer Grundlage seien überfällig.

3.1. Kein Rationalisierungsrückstand in der Industrie

Zu erwähnen ist als Ausgangspunkt zunächst die Tatsache, daß der Kapitalstock auch im letzten Jahrzehnt – also in der Periode abgeschwächter Dynamik – rascher gewachsen ist als die reale Bruttowertschöpfung. Zwischen

18 Die Bautätigkeit ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Bauwirtschaft mit ihrem hohen Wertschöpfungsanteil einen engen Zusammenhang zur Konsumnachfrage hat. Vgl. Peter Hermann, Die Bauwirtschaft, in: Umbruch im Produktionsbereich, a.a.O.

19 Vgl. Georg Dumler, Rentabilität und Ertragslage in der Krise, in: Memo-Forum, 3/1984, Bremen, S. 33. ff.

20 Dies meinen zahlreiche Autoren ganz verschiedener Provenienz, hier z. B. unter dem Stichwort der „Hyperindustrialisierung“ Joachim Hirsch, Auf dem Wege zum Postfordismus?, in: Das Argument, 151/1985, S. 329. Kaum einer der Autoren macht sich aber die Mühe, die Wirkungen der neuen Technologien im gesamten Reproduktionsprozeß zu untersuchen, in der Regel wird umstandslos vorausgesetzt, daß neue Technologien neues Wachstum bedeuten. Zur Kritik vgl. Jörg Goldberg, Das Konzept der „Langen Wellen“ der Konjunktur, a.a.O.

21 Insbesondere das Kieler Institut für Weltwirtschaft hängt dieser These an: Jürgen Donges,

1973 und 1981 ist der Kapitalstock um jahresdurchschnittlich 3,6 Prozent gewachsen, die Bruttowertschöpfung um 2,1 Prozent.²² Die Auslastung der Kapazitäten ist daher in den erfaßten Bereichen tendenziell bedeutend niedriger gewesen als in den sechziger Jahren. Ausgangspunkt ist 1985 also eine Situation, in der in fast allen Produktionsbereichen Überkapazitäten existieren.

Trotzdem ist die Frage berechtigt, ob etwa ein sich zusammenballender Ersatzbedarf als Reflex eines veralteten Produktionsapparates in absehbarer Zukunft neue Investitionsimpulse ausstrahlen wird. Dabei kommt nur das Ausrüstungsvermögen in Frage, da für das Bauvermögen von einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 99 Jahren (ökonomisch) ausgegangen wird. Die ökonomische Nutzungsdauer der Ausrüstungsgüter wird durchschnittlich mit 12 Jahren angegeben, je nach Güterart zwischen vier bis sieben Jahren bei Büromaschinen und Fahrzeugen und 14 bzw. knapp 20 Jahren für Maschinenbau- und Stahlbauerzeugnisse.²³

In einer Untersuchung des Durchschnittsalters des Anlagevermögens kommt das Ifo-Institut zu dem Schluß, daß von einer „Vergreisung“ des Produktionsapparates, der eine Steigerung der Ersatztätigkeit erfordern würde, nicht gesprochen werden kann. Insbesondere im produzierenden Bereich, also vor allem in der Energiewirtschaft, im Bergbau, verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe, hat sich das Durchschnittsalter des Ausrüstungsvermögens (Benutzerkonzept) zwischen 1973 und 1983 nur geringfügig erhöht; im verarbeitenden Gewerbe von 7,0 auf 7,8 Jahre und im Baugewerbe von 5,1 auf 5,9 Jahre. In der Energiewirtschaft und beim Bergbau, die im Durchschnitt längerlebige Ausrüstungsgüter haben, hat das Durchschnittsalter sogar stagniert bzw. sich (Bergbau) von 10,2 auf 8,4 Jahre deutlich verringert.

Zudem weist das Institut darauf hin, daß Anlagen durch den Ersatz relativ geringfügiger Teile auf neuer technologischer Basis in ihrer Lebensdauer beeinflußt werden können: Rationalisierungsinvestitionen — und hier liegt der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der letzten Jahre — verändern die Effektivität des gesamten Kapitalbestandes, auch wenn große Teile desselben nicht erneuert werden. „Insbesondere die Mikroelektronik hat wesentlich dazu beigetragen, den Produktionsapparat in diesem Sinne zu modernisieren, sei es durch den Einbau von Steuerungen in konventionelle technische Aggregate oder durch die Verknüpfung einer Vielzahl solcher Aggregate zu einem Gesamtsystem, das sich optimierend steuern läßt. Das Schlagwort von der Flexibilisierung des Produktionsapparates bedeutet gleichzeitig, daß der Produktionsapparat durchaus ‚veralten‘ kann, solange er die Anpassung an neue Anforderungen erlaubt.“²⁴

Trotz des Exportbooms besteht Anpassungs- und Investitionsbedarf bei deutschen Unternehmen, in: Kieler Diskussionsbeiträge, 108/1985, Kiel.

22 Ifo-Schnelldienst 17-18/1984, S. 10.

23 Wolfgang Gerstenberger u. a., a.a.O., S. 63

24 Kurt Vogler-Ludwig, Kein Nachlassen der Modernisierungsaktivitäten in der deutschen Wirtschaft, in: Ifo-Schnelldienst 17-18/1984, S. 15/16.

Das hohe Niveau der Ausrüstungsinvestitionstätigkeit und seine Verlagerung auf das Rationalisierungsmotiv spricht also eher gegen die These von einem „Nachholbedarf“ bei den Investitionen.

3.2. Rationalisierung und Investitionen der Industrie

Die Frage konzentriert sich also auf die Wirkung der neuen Technologien: Wird deren Einführung auf breiter Basis — ein Prozeß, der in der Tat zur Zeit erst in seinen Anfängen steckt („Die Hauptsache kommt erst“)²⁵ — mit einer umfangreichen Neustrukturierung der Betriebe bzw. der Infrastruktur verbunden sein und so den Akkumulationsprozeß stimulieren?

Dabei sei hier auf vier Bereiche verwiesen:

- Als „Schlüsseltechnologie“ ist die Mikroelektronik an erster Stelle zu nennen, die die Produktionstechniken umfassend verändern dürfte;
- die größere Bedeutung des Faktors „Umwelt“ und relative Ressourcenverknappungen können sowohl die Umstellung auf ressourcenschonendere Produktionsverfahren als auch Investitionen zur Emissionsbegrenzung stimulieren;
- die ebenfalls mit dem Einsatz der Mikroelektronik verbundenen neuen Kommunikationstechniken könnten mit einem Aufbau von neuen Infrastrukturen (Verkabelung) verbunden sein;
- die Biotechnik dürfte zu einer weitreichenden Veränderung der Produktionsverfahren vor allem in der chemischen Industrie führen.

Für unser Thema ist die Tatsache von Gewicht, daß die so knapp skizzierten Technologien, von denen z. T. erwartet werden kann, daß sie in den nächsten 15 Jahren breite wirtschaftliche Bedeutung erlangen, ausgesprochene Rationalisierungstechnologien sind.²⁶ Sie verändern die Arbeitsverfahren in Produktion und Verwaltung, schaffen aber nur in vergleichsweise geringem Umfang solche neuen Produkte, deren Herstellung nur vor dem Hintergrund einer neuen Produktionsstruktur möglich ist. Die z. T. irreführenden Begriffe von „Reindustrialisierung“ oder — von einem anderen Blickwinkel aus — „Neoindustrialisierung“ eröffnen doch den Blick auf die Tatsache, daß es um die „Modernisierung der industriellen Kernsektoren“ geht, nicht um die Schaffung einer völlig neuen Zweigstruktur der gesellschaftlichen Produktion.²⁷

Wenn im folgenden versucht wird, die wichtigsten Sektoren hinsichtlich der Auswirkungen eines hohen, gegenüber dem Absatz zunächst „autonomen“ Rationalisierungsbedarfs in Produktion und Verwaltung zu behandeln, so gilt das Hauptaugenmerk jenen Sektoren, die in erster Linie die Lieferanten der

25 Horst Kern/Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung?*, München 1984, S. 15.

26 Alle Untersuchungen bestätigen den Charakter der neuen Technologien als „Verfahrensinnovationen“ in Abgrenzung von „Produktinnovationen“. Vgl. Vorlauf der Akkumulation — Schwäche des Verbrauchs: Zu den Ursachen der Wirtschaftskrise, in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '84, Köln 1984, S., 284

27 Kern/Schumann, a.a.O., S. 24/25.

modernen Maschinen und Ausrüstungen sind. Dazu zählen vor allem die Branche „Büromaschinen/ADV (Automatische Datenverarbeitung)-Geräte“, „Maschinenbau“ und „Elektrotechnik“.

Kernsektor für den vor allem auf der Mikroelektronik beruhenden Typ der Rationalisierung ist der Sektor „Büromaschinen/ADV-Geräte“ (BMD). Der Anteil seiner Produkte an den Ausrüstungsinvestitionen der Gesamtwirtschaft stieg von vier Prozent im Jahr 1970 auf neun Prozent 1980 und knapp 12 Prozent 1983.²⁸ Nun ist aber gerade diese Branche — statistisch als eigener Sektor erst seit 1970 erfaßt — ein Bereich, in dem die Produktionsbedingungen sowohl arbeits- wie kapitalsparend sind, was durch den raschen Preisverfall für seine Produkte signalisiert wird. Das Verhältnis zwischen Bruttoanlagevermögen und Bruttowertschöpfungsvolumen (es kann hier ungenau als „Anlagenproduktivität“ erfaßt werden) ist nicht nur sehr günstig, sondern zudem weiter ansteigend. Die Ausweitung dieses Kernsektors der Rationalisierung erfordert also vergleichsweise wenig zusätzliche Investitionsaufwendungen; die Impulse seines raschen Wachstums auf den gesamten Reproduktionsprozeß sind relativ gering. Dieser Zustand wird auch durch eine extrem niedrige Investitionsquote (hier berechnet als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen an der Bruttowertschöpfung zu festen Preisen) beschrieben: Sie liegt in den letzten Jahren trotz des rapiden Branchenwachstums zwischen fünf und sechs Prozent, während diese Kennziffer sich im industriellen Durchschnitt bei etwa 10 Prozent bewegt.²⁹ Dabei kommt es — dies ist zu betonen — hier nicht auf den im Produkt übertragenen Wertteil des fixen Kapitals an, sondern auf den gesamten notwendigen Kapitalvorschuß: je niedriger dieser im Verhältnis zur Produktionskapazität, desto geringer der Impuls auf den gesamten Reproduktionsprozeß.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die ADV-Geräte selbst einen relativ geringen Kapitalbindungsgrad haben und einen relativ raschen Kapitalumschlag ermöglichen. Ihre „ökonomische Nutzungsdauer“ wird derzeit auf ungefähr sechseinhalb Jahre geschätzt, wobei natürlich der rasche technische Fortschritt gerade in diesem Bereich die Triebkraft sein dürfte.³⁰

Wie der rasche Preisverfall der Geräte deutlich macht, sinkt der Umfang der mit ihrem Einsatz notwendigen Kapitalbindung rasch, die Miniaturisierung der Geräte erleichtert ihren breiten Einsatz. Aus diesem Grunde ist zu bezweifeln, daß „Dienstleistungsrationalisierung als Ersatz lebendiger Arbeit durch (mikroelektronische) Maschinerie . . . zu der entscheidenden Basis einer Hyperindustrialisierung werden“ könnte³¹; jedenfalls nicht in dem Sinne,

28 Wolfgang Gerstenberger, a.a.O., S. 131-143; Ifo-Schnelldienst 34/1984, S. 6; DIW-Wochenbericht 50/84.

29 Egon Baumgart u. a., Produktionsvolumen und -potential, Produktionsverfahren des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Kennziffern, 26. Folge, Berlin/West 1984, S. 84.

30 Wolfgang Gerstenberger u. a., a.a.O., S. 63.

31 Joachim Hirsch, a.a.O., S. 330.

daß die Ausstattung der Dienstleistungseinrichtungen mit Mikroelektronik zu einer umfangreichen Neuanlage von Kapital führen würde. Damit ist wegen der starken Verbilligung der Apparate nicht zu rechnen, zudem diese auch eine Einsparung von Raumbedarf (Bauten) mit sich bringen.

Zu erwähnen ist schließlich auch die Tatsache, daß die Arbeitsproduktivität in der Branche BMD ebenfalls nicht nur überdurchschnittlich hoch ist (verglichen mit der verarbeitenden Industrie insgesamt), sondern auch rapide ansteigt: Das Bruttowertschöpfungsvolumen je Beschäftigten erreichte 1983 dort den Indexwert von 408 (Index 1970 = 100), während er im industriellen Durchschnitt auf 169 kletterte.³²

Anders ist die Entwicklung bislang im wichtigsten Lieferbereich von Ausrüstungsgütern, im Maschinenbau, verlaufen. Diese Branche hatte sich bis Anfang der achtziger Jahre außerordentlich schwach entwickelt; vor allem die inländische Nachfrage nach Produkten des Maschinenbaus blieb stark zurück.³³ Knapp 34 Prozent der Ausrüstungsinvestitionen bestanden 1980 aus Maschinenbauerzeugnissen, 1970 waren es noch 42 Prozent.³⁴ Dies mag auch damit zusammenhängen, daß der Maschinenbau selbst — aufgrund seiner klein- und mittelbetrieblichen Struktur — in der Anwendung neuer Technologien ein relativ langsames Tempo angeschlagen hatte. Aber auch ein struktureller Wandel ist zu berücksichtigen: Bei den Maschinen selbst sinkt der Anteil der maschinenbaulichen Komponenten, immer mehr Maschinenteile bestehen aus Elektronik. Trotzdem bleibt die Tatsache, daß eine Erneuerung des Produktionsapparates in einem erheblichen, wenn auch relativ sinkenden Ausmaß, zu einer Erweiterung des Maschinenabsatzes führen wird. Der Maschinenbau ist nun ein deutlich stärker anlageintensiver Produktionsbereich als die BMD; allerdings ist die „Anlagenproduktivität“ (Potentielles Bruttowertschöpfungsvolumen zu Bruttoanlagevermögen) immer noch wesentlich höher als im Durchschnitt der gesamten Industrie. Die Investitionsquote ist daher auch niedriger als im industriellen Durchschnitt, was allerdings auch mit dem relativen Absatzrückstand in den vergangenen Jahren zusammenhängen dürfte. Die Arbeitsproduktivität ist nach wie vor etwas niedriger als im industriellen Durchschnitt, auch ist sie in der Vergangenheit etwas langsamer angestiegen als in der Gesamtindustrie.

Die dritte große Gruppe von in unserem Zusammenhang wichtigen Investitionsgütern sind die elektrotechnischen und feinmechanisch-optischen Erzeugnisse. Ihr Anteil an den Ausrüstungen stieg von 20 Prozent im Jahre 1970 auf 25 Prozent 1980.³⁵ Nun gehört die elektrotechnische Industrie ebenfalls zu

Als Beispiel kann der Sektor Einzelhandel herausgegriffen werden, in dem verstärkt rationalisiert wird. Die „Investitionsquote“, hier definiert als Anteil der Investitionen am Umsatz, geht dort seit Anfang der siebziger Jahre (etwa 2,8 Prozent) ständig zurück und liegt zur Zeit bei etwa 1,7 Prozent. Vgl. Uwe Engfer, Rationalisierungsstrategien im Einzelhandel, Frankfurt/M. — New York, 1984; Ifo-Schnelldienst, 20/1982, S. 4, und 34/1984, S. 4.

32 Egon Baumgart u. a., a.a.O., S. 85.

33 Vgl. Fritz Fiehler, Der Maschinenbau, in: Umbruch im Produktionsbereich?, a.a.O.

34 Wolfgang Gerstenberger u. a., a.a.O., S. 131/134.

35 Ebenda.

jenen Branchen des verarbeitenden Gewerbes, in denen die „Anlagenproduktivität“ deutlich überdurchschnittlich ist und sich zudem wesentlich günstiger entwickelt als im industriellen Durchschnitt. Auch hier ist die Investitionsquote nach DIW-Angaben in den letzten Jahren mit sieben bis acht Prozent unterdurchschnittlich gewesen. Auch hier erfordert eine Kapazitätserweiterung, wie sie mit der Rationalisierung der Produktions- und Verwaltungsverfahren verbunden ist, relativ geringe zusätzliche Kapitalaufwendungen.³⁶ Die Arbeitsproduktivität entspricht etwa dem industriellen Durchschnitt, sie steigt allerdings deutlich rascher an.

Die bisher genannten Kennziffern der „Anlagenproduktivität“ beziehen die gesamten fixen Kapitalanlagen (Bruttoanlagevermögen zu festen Preisen) auf das Produktionspotential, unterscheiden also weder nach Alter noch nach Art des Produktivvermögens.

Daher soll hier auch noch der vom DIW berechnete „marginale Kapitalkoeffizient“ angeführt werden: Er bezieht die jeweiligen Bruttoanlageinvestitionen auf das dadurch geschaffene Produktionspotential, zeigt also, wie hoch die Investitionsaufwendungen zur Zeit sein müssen, um die Produktionskapazitäten in einem bestimmten Umfang zu erweitern. Dies ist hier wesentlich interessanter als die Durchschnittsziffer der gesamten Anlagenproduktivität, da es die Neuanlage von fixem Kapital mit ihrem Kapazitätseffekt in Verbindung bringt.

In allen drei bisher behandelten Bereichen ist dieser Wert deutlich niedriger als im Durchschnitt der Gesamtindustrie, oder umgekehrt: Die marginale Anlagenproduktivität ist höher. Vor allem aber weist der Indikator eine rückläufige Tendenz auf — sie ist bei Maschinenbau etwas, in der Elektroindustrie und bei BMD erheblich stärker rückläufig als in der Gesamtindustrie.³⁷ Selbst die Beschränkung auf den bloßen wertmäßigen Ersatz der Maschinerie würde also die Produktionskapazität weiter erhöhen, ein Tatbestand, der vom Ifo-Institut aufgrund anderer Untersuchungsmethoden für die gesamte verarbeitende Industrie so formuliert wird: Es liegt der Schluß nahe, „daß der Bedarf an Erweiterungsinvestitionen im Bereich des verarbeitenden Gewerbes in den achtziger Jahren eher noch niedriger anzusetzen ist, als er ohnehin schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war. Ein Kapazitätswachstum von rund 2 % resultiert bereits aus den Produktivitätseffekten der durchgeführten Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen“.³⁸ Dieser Effekt konzentriert sich — dies zeigen die Ergebnisse des DIW — gerade in jenen Sektoren, die im Zuge der verstärkten Rationalisierung ihre Produktion ausdehnen.

Die These ist also, daß der vorherrschende Typ der Prozeßrationalisierung in Produktion und Verwaltung gerade jene Branchen absatzmäßig begünstigt, die eine Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten mit einem relativ geringen

36 Genauere Angaben auch in: Jörg Goldberg, Die Elektrotechnische Industrie, in: Umbruch im Produktionsbereich?, a.a.O.

37 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Strukturberichterstattung 1983, Berlin/West 1983, S. 146.

38 Ifo-Schnelldienst 19-20/1983, S. 27.

zusätzlichen Aufwand an fixem Kapital bewerkstelligen können, d.h., die Modernisierung der Prozesse in Produktion und Verwaltung bewirkt keine umfangreiche Neuanlage von fixem Kapital. Dies hängt u. a. auch damit zusammen, daß die Produzenten der modernen Ausrüstungen selbst bevorzugte Anwendungsfelder der neuen Technologien sind, z. B.: „Der Industrieroboter wird die Senkung der Preise für Industrieroboter herbeiführen.“ Ein in unserem Zusammenhang ebenfalls wichtiger Aspekt ist dabei die Tatsache, daß die Miniaturisierung den Raum- und damit den Baubedarf verringert.³⁹

Als weiterer bedeutender Sektor des verarbeitenden Gewerbes sei die chemische Industrie erwähnt, die allerdings gegenwärtig und absehbar in ihren Produktionsverfahren noch relativ wenig mit den technologischen Umwälzungen verknüpft ist. Es findet eine gewisse Umstrukturierung der Produktion statt, wobei die Hauptrichtung als „weg von Massenprodukten — hin zu Spezialitäten“ gekennzeichnet werden kann.⁴⁰ Dies erfolgt aber ohne große zusätzliche Investitionsaufwendungen, wobei eine Rolle spielt, daß die Schwerpunktverlagerung in den Produktionsprofilen ohne eine grundlegende Umstrukturierung der Werke möglich ist. Die Einführung elektronischer Prozeßsteuerung in die Produktionsprozesse erfolgt nur allmählich, im Zuge des Ersatzes alter Anlagen durch neue.⁴¹

Grundlegende Veränderungen in den Produktionsprozessen der Chemieindustrie sind allerdings von der Biotechnologie zu erwarten. Dabei handelt es sich ebenfalls weniger um neue Produkte, als vielmehr um eine — allerdings radikale — Veränderung von Produktionsverfahren. Eine rasche Umstellung würde — angesichts der hohen Anlagenintensität (= niedrige Anlagenproduktivität) — hohe Aufwendungen an fixem Kapital erfordern.

Allerdings befindet sich diese Technologie noch weitgehend in der Phase der Forschung. So fordert das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW): „Notwendig ist insbesondere eine Intensivierung der anwendungsorientierten biologischen Forschungsarbeiten sowie konsequentere und schnellere Umsetzung der Forschungsergebnisse in biotechnische Verfahren.“⁴² Vor allem ist zur Zeit noch nicht absehbar, wie groß die notwendigen Investitionsaufwendungen im Zuge der größtenteils erst nach dem Jahr 2000 erwarteten industriellen Anwendung sein werden.

Für die Perspektiven der chemischen Industrie ist schließlich auch relevant, daß die Modernisierung der Produktion und die Anwendung der Mikroelektronik in der Gesamtwirtschaft eine bessere Nutzung der Grundstoffe und damit eine Senkung des spezifischen Materialverbrauchs ermöglicht. Als wichtiger Lieferant von Grundstoffen entstehen der Chemie von daher auch Tendenzen der Absatzbeschränkung im Zuge der Rationalisierung

Der bedeutendste Investor der letzten Jahre in der verarbeitenden Industrie war der Fahrzeugbau. Für die Aufschwungperiode der fünfziger und sechzi-

39 Ebd., S. 29.

40 Vgl. Niki Müller, Die chemische Industrie, in: Umbruch im Produktionsbereich?, a.a.O.

41 Kern/Schumann, a.a.O., S. 246.

42 Antje Pieper/Paul Präve, Die Biotechnik, Köln 1985, S. 33.

ger Jahre muß diese Branche – neben der Bauwirtschaft – als Schlüsselsektor angesehen werden. Für die nächsten 15 Jahre sind hier zwei Tendenzen absehbar⁴³:

– Ein Mengenwachstum ist in den entwickelten kapitalistischen Ländern kaum noch zu erwarten; sowohl der hohe erreichte Ausstattungsgrad mit Fahrzeugen als auch die beschränkte Kaufkraft engen die Absatzmöglichkeiten relativ ein.

– Im Zuge des verschärften Konkurrenzkampfes treiben die Konzerne die Modernisierung voran; die Verringerung der Zahl der Produktionsstandorte in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist im Zusammenhang mit Konzernkooperationen wahrscheinlich.

Infolgedessen haben die Investitionen der Automobilkonzerne in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Die Investitionsquote liegt zwischen 18 und 19 Prozent; fast ein Fünftel der gesamten Anlageinvestitionen der verarbeitenden Industrie entfallen auf den Fahrzeugbau. Im Zuge der massiven Rationalisierung werden auch die Produktionskapazitäten erweitert, so daß zur Zeit trotz der relativ hohen Absatzziffern von Überkapazitäten gesprochen wird.

Die Erneuerung des Anlagenapparates wird aber erst in den nächsten Jahren Wirkung zeigen:

– Der Rationalisierungseffekt besteht vor allem in der Integration der Prozesse, in der Verknüpfung aller Abläufe auf der Grundlage neuer Maschinerie. Erst nach Abschluß der apparativen Neuausstattung der Werke werden sich die Effekte also in Form von Beschäftigungsrückgängen voll auswirken.⁴⁴

– Ein wichtiger Effekt der Modernisierung ist die Flexibilisierung der Produktionsapparate, die Verbindung der Vorteile von Massenproduktion und Produktdifferenzierung. Die Produktionsanlagen können Produktvariationen rascher und ohne große Zusatzanlage von fixem Kapital bewältigen – überhaupt ein wesentliches Merkmal des gegenwärtigen Typs der Rationalisierung.

– Die Modernisierung vergrößert die Fertigungstiefe, d.h. in den vorgelagerten Bereichen engen sich die Absatzmöglichkeiten ein.

Aus diesen Gründen ist zu erwarten, daß die Rolle der Automobilindustrie für den Akkumulationsprozeß in den nächsten 15 Jahren eher an Bedeutung verlieren wird.

Im Kern geht es also darum, daß die Modernisierung der Verfahren in Produktion und Verwaltung zwar eine gewisse Verschiebung der Zweigstrukturen, nicht aber einen Impuls zum Neuaufbau oder zur Erweiterung wichtiger neuer Produktionsbereiche mit sich bringt.⁴⁵ Die Rationalisierung nach dem vorherrschenden, vor allem auf der Mikroelektronik basierenden Typ verändert im großen und ganzen nicht die infrastrukturellen Grundlagen der Pro-

43 Vgl. Dietmar Düe, *Die Automobilindustrie*, in: *Umbruch im Produktionsbereich?*, a.a.O.

44 *Beschäftigungsrisiken in der Automobilindustrie*, IG Metall, Frankfurt/M. 1985, S. 55.

45 Zu den Strukturveränderungen der letzten Jahre vgl. Jörg Goldberg, *Strukturveränderungen, Wachstumsverlangsamung und Investitionen*, in: *Umbruch im Produktionsbereich?*, a.a.O.

duktion, sie kann in der Regel im Zuge des — staatsmonopolistisch gestützten — Prozesses der Kapitalfreisetzung implementiert werden.

Hinzu kommt ein Moment, das mit der monopolistischen Struktur der Wirtschaft zusammenhängt. Die Rationalisierung der Produktion erlaubt in vielen Fällen eine rasche Senkung der Stückkosten. Wie eine Befragung des Ifo-Instituts ergab, konzentrieren sich die Innovationsaufwendungen in der Investitionsgüterindustrie und bei den Großunternehmen: Knapp 70 Prozent der Ausgaben für „Innovationen“ entfielen 1980 auf die Investitionsgüter, knapp 60 Prozent auf Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten.⁴⁶ Die Senkung der Stückkosten wird aber nur zum Teil weitergegeben: Die Kosten der Kapitalvernichtung, die mit der forcierten Rationalisierung verbunden sind (Überkapazitäten, Ausscheiden veralteter Anlagen, Kapazitätsabbau in einzelnen Sektoren, Preisverfall bestimmter Anlagen usw.) können von den marktstarken Konzernen, die im Rationalisierungsprozeß am weitesten voran sind, zu einem erheblichen Teil über die Absatzpreise überwältigt werden. Damit wird aber das Tempo der Einführung neuer Techniken in den übrigen Bereichen, aber auch die Durchsetzung neuer Produkte bei den Endverbrauchern, gebremst.

Ähnlich akkumulationshemmend wirkt sich die staatliche Stützung von Umstrukturierungsprozessen aus. Die in Form von Subventionen oder Steuererleichterungen übernommenen Kosten von Modernisierungsprozessen vor allem in schrumpfenden Branchen — wie z. B. der Stahlindustrie — engen die Finanzierungsspielräume der öffentlichen Hand ein. Die Dynamik der öffentlichen Investitionen wird eingeschränkt, der Druck des strukturell überakkumulierten Kapitals auf den Reproduktionsprozeß verstärkt.

Auch die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen durch das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, das zuletzt die mittelfristigen Investitionspläne der Unternehmen der verarbeitenden Industrie bis 1989 untersucht hat, sprechen nicht für eine wesentliche Beschleunigung des Akkumulationstempos. Die „Investitionsquote“ (hier berechnet als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Umsatz) wird für den Zeitraum 1985–1989 in der gesamten verarbeitenden Industrie mit 4,2 Prozent vorausgeschätzt. Das ist eine Größe, wie sie zwischen 1975 und 1984 in etwa erreicht worden war (4,0 Prozent), während in den Jahren 1970–1974 eine Quote von 5,5 Prozent verzeichnet worden war. Mehr als eine leichte Belebung der Investitionstätigkeit ist also auch nach diesen — im Frühjahr 1985, also noch in einer relativ günstigen Konjunkturlage erfragten — Planungen nicht zu erwarten.

Die bisherigen Ergebnisse bestätigen, daß die Rolle der Modernisierung als Motiv der Investitionstätigkeit weiter an Bedeutung zunimmt. So geben derzeit etwa 60 Prozent der Firmen (Anteil gewogen mit dem Firmenumsatz) die Einführung neuer Produktions- und Verfahrenstechniken als Investitionsziel an, ein Wert, der in den siebziger Jahren ständig angestiegen ist (1970: 10 Pro-

46 Ifo-Schnelldienst, 30/1982, S. 20.

zent, 1975: 40 Prozent) Dagegen bleibt das Motiv „Einführung neuer Produkte“ mit 15 Prozent niedrig, seit 1970 ist eher ein leichter Rückgang der Meldungen (1970: 20 Prozent, 1975: 10 Prozent) zu beobachten.⁴⁷

3.3. Neue Technologien und öffentliche Infrastrukturinvestitionen

Große Bedeutung für den Akkumulationsprozeß von fixem Kapital hat die Frage, welche Auswirkungen die Einführung der Neuen Technologien für die bestehenden Infrastrukturen hat. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Informations- und Kommunikationstechnologien zu nennen, die einen erheblichen Ausbau von Kommunikationsnetzen mit sich bringen: So werden die Investitionen für eine flächendeckende Breitbandverkabelung mit Kupfer-Koaxialkabeln von der Bundesregierung mit 25 Milliarden DM veranschlagt, andere Schätzungen gehen bis 46 Milliarden DM.

Der Investitionsaufwand für eine Glasfaserverkabelung ist allerdings weit höher: er wird nach unterschiedlichen Schätzungen mit Summen zwischen 100 und 300 Milliarden angegeben.⁴⁸ Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Träger dieser Investitionen direkt oder indirekt die öffentlichen Hände sind.

In diesem Zusammenhang seien einige Überlegungen zur Rolle öffentlicher Investitionen angestellt, die — entsprechend der Zunahme der Bedeutung gesellschaftlicher Infrastrukturen für die Produktion — tendenziell zunehmen müßten. Der Anteil der öffentlichen Investitionen (Staat und öffentliche Unternehmen) an den gesamten Anlageinvestitionen (in Preisen von 1976) lag dagegen 1983 bei 25 Prozent, nach fast 30 Prozent 1970.⁴⁹ Darüber hinaus beeinflußt die öffentliche Hand durch Subventionen unmittelbar die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau und beim Umweltschutz; die Rolle des Staates für die Akkumulation von fixem Kapital ist also sehr groß.

Es stellt sich die Frage, ob die z.T. rasch wachsenden Anforderungen an den Infrastrukturausbau u. a. auf dem Gebiet der Kommunikationstechniken und im Umweltschutz einen staatlich stimulierten Investitionsaufschwung auslösen werden, der schließlich auch für eine Belebung des gesamten Akkumulationsprozesses sorgen würde. Für eine solche Möglichkeit sprechen einige Faktoren: Die öffentlichen Infrastrukturen gewinnen an Gewicht für die Produktionsbedingungen und damit auch für die internationale Konkurrenzfähigkeit der inländischen Produktion. Der Druck des strukturell überakkumulierten Geldkapitals erfordert die Eröffnung zusätzlicher Anlagefelder, durchaus auch in Form einer zunehmenden Staatsverschuldung. Schließlich gibt es Anzeichen, daß sich zumindest in Westeuropa das den sozialen Konsens gefährdende Modell der „antietatistisch-aggressiven“ Orientierung⁵⁰ politisch

47 Ebd., 19-20/1983, S. 2.

48 Neue Informations- und Kommunikationstechniken, DGB, Düsseldorf 1984, S. 27.

49 DIW-Wochenbericht, 11/1985, S. 139.

50 Auf die wichtige Frage der politischen Orientierung wird hier nicht eingegangen, es sei auf den Beitrag von Jörg Huffschmid im gleichen Band verwiesen.

nicht durchsetzen läßt, daß eher ein „etatistisch-reformistischer Weg“ Realisierungschancen hat. Es stellt sich die Frage, ob im Rahmen einer als „rechts-keynesianisch“ zu bezeichnenden wirtschaftspolitischen Konzeption eine staatsmonopolistische Strategie durchführbar erscheint, die eine massive Erhöhung der öffentlichen Verschuldung in Kauf nimmt, um notwendige Infrastrukturinvestitionen zu tätigen. Dies würde sich immer noch im Rahmen eines kapitalkonformen Grundkonsenses bewegen, also eine Loslösung von der Profitlogik im Sinne einer „antimonopolistischen“ Orientierung nicht erfordern.

Eine solche staatliche Stimulierung des Akkumulationstempos würde allerdings voraussetzen, daß das öffentliche Ausgabenvolumen insgesamt dauerhaft rascher expandiert als das Produktionspotential. Eine bloße Umstrukturierung der Ausgaben zu Lasten „konsumtiver“ und zugunsten „investiver“ Verwendungen würde nicht ausreichen.

Der Autor geht aber hier davon aus, daß selbst bei einem Regierungswechsel in Richtung auf reformistische, am Sozialkonsens orientierte Kräfte der Spielraum für eine expansive Ausgabengestaltung eng bleibt. Die Qualität der nationalen Infrastruktureinrichtungen ist nur sehr (oft politisch) vermittelt ein Faktor, der die nationalen Produktionsgrundlagen selbst berührt. Im Zuge der Herausbildung international operierender Konzerne ist z. B. die Reduzierung der Umweltbelastung auch durch Produktionsverlagerungen ins Ausland möglich, was den Zwang zu umfangreichen nationalen Umweltschutzinvestitionen vermindert. Eine an der internationalen Konkurrenzfähigkeit der dominierenden, multinational dimensionierten Konzerne orientierte Politik kann durchaus bestimmte Disproportionen auch der nationalen Infrastrukturen in Kauf nehmen.

Weiterhin setzt die überproportionale Expansion der öffentlichen Ausgaben in der Tendenz voraus, daß Umverteilungsprozesse auch zu Lasten des Kapitals vorgenommen werden. Dies auch dann, wenn die Finanzierung über eine Ausweitung der öffentlichen Schulden erfolgt. Denn das in dieser Form akkumulierte Kapital muß verzinst werden. Einer Umverteilung zu Lasten der Löhne und Gehälter bzw. der Sozialausgaben stehen gerade in dieser politischen Orientierung große Hindernisse im Wege: Ist doch gerade die Erhaltung des sozialen Konsenses ihre politische Grundlage. Eine Finanzierung über die Inkaufnahme einer beschleunigten Inflation — also sozusagen die „Abfederung“ der notwendigen Umverteilung — findet ihre Grenzen in der bereits oben erwähnten Weltmarktorientierung. Die Abkehr von „etatistischen“ Politikvarianten in den kapitalistischen Ländern — ob unter konservativer oder sozialdemokratischer Ägide — erfolgte ja u. a. gerade deshalb, weil diese mit dem Primat der Weltmarktorientierung unvereinbar erschienen. Bleibt die internationale Konkurrenzfähigkeit der wirtschaftspolitische Orientierungspunkt — und dafür spricht der hohe und weiter steigende Grad der Weltmarkteinbindung der Bundesrepublik —, dann findet die Expansion der öffentlichen Ausgaben und Investitionen an der Strategie der außenwirtschaftlichen Expansion ihre Grenzen. Das schließt Akzentverschiebungen nicht aus, macht aber ein durch öffentliche Investitionen und Ausgaben geprägtes be-

schleunigtes Akkumulationsmodell in den nächsten 15 Jahren wenig wahrscheinlich.⁵¹

3.4. Bauinvestitionen und Wohnungsbau

Eine große Bedeutung für die Akkumulation von fixem Kapital hat die Bautätigkeit. Der Anteil der Bauinvestitionen an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen liegt bei etwa 58 Prozent, d. h., er beträgt immer noch deutlich mehr als die Hälfte aller Investitionen. Fast die Hälfte der Bauinvestitionen bzw. ein Viertel der gesamten Anlageinvestitionen entfällt auf den Bereich der Wohnungsvermietung, wobei hier individuelles Wohneigentum mitgezählt ist. Der Staat (ohne öffentliche Unternehmungen) trägt ein knappes Viertel des Bauvolumens, ein knappes Drittel entfällt auf den Unternehmensbereich.

Dabei dürfte der Trend der Bauinvestitionen im Unternehmensbereich weiter rückläufig sein, da die neuen Technologien in der Regel den spezifischen Raumbedarf senken. Neubauten größeren Umfangs sind aus Rationalisierungsgründen jedenfalls nicht zu erwarten. In der verarbeitenden Industrie sank der Anteil der Bauinvestitionen, der noch Anfang der siebziger Jahre zwischen 20 und 25 Prozent geschwankt hatte, auf inzwischen 15 Prozent.⁵² Die Entwicklung der öffentlichen Bauinvestitionen war bisher weniger von Sättigungserscheinungen bestimmt als von der Finanzierungssituation, also letzten Endes von der Dynamik der privaten Kapitalakkumulation als Motor des Gesamtreproduktionsprozesses. Sicherlich sind in wichtigen Bereichen — wie dem Straßenbau oder dem Schulbau — gewisse Sättigungsgrenzen erreicht, auf der anderen Seite aber öffnen sich wichtige neue Bedarfswelder wie der Umweltschutz oder der Städtebau, die mit hohen Bauaufwendungen und umfangreichen und langfristigen Neuanlagen von fixem Kapital verbunden wären. Es wurde oben dargelegt, daß nach der Ansicht des Autors eine eigenständige, am gesellschaftlichen Bedarf orientierte öffentliche Investitionspolitik an der privat bestimmten Akkumulationsdynamik unter Bedingungen der Weltmarktorientierung ihre Grenzen findet.

Schließlich ist ein Blick auf den Wohnungsbau als den wichtigsten Bauinvestor zu richten. Der erreichte relativ hohe allgemeine Versorgungsstand und die demographische Entwicklung sind Faktoren, die in der Regel für den Rückgang des Wohnungsneubaus verantwortlich gemacht werden, während die Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen an Gewicht gewinnen. Ohne daß die genannten Faktoren als wichtige Momente der Baunachfrage vernachlässigt werden sollen, erscheint vor diesem Hintergrund die Entwicklung

51 Aus Platzgründen kann auf das Problem des Dienstleistungssektors hier nicht näher eingegangen werden. Dessen Expansion in der Vergangenheit war aber wesentlich Ausdruck einer differenzierteren Arbeitsteilung in der Produktion, nicht einer etwaigen Tendenz zur „Dienstleistungsgesellschaft“. Die Dienstleistungen sind eng an die Bewegung der materiellen Produktion und an den Konsum gekoppelt. Vgl. Eberhard Dähne, Untersuchungen zur Struktur und Entwicklung des tertiären Sektors in der BRD, Dissertation Marburg 1972.

52 Ifo-Schnelldienst, 16/1985, S. 16.

der privaten Masseneinkommen und der Wohnungskosten als entscheidender Faktor.

Das gesamte Bauvolumen — so schätzt das Ifo-Institut — dürfte bis 1994 nur noch sehr schwach expandieren, eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von 0,5 Prozent wird erwartet. Dabei flacht sich der Trend ab; beim Wohnungsneubauvolumen wird sogar ein „Kippen“ erwartet, „das nur noch eine gewisse Zeit lang von der Zunahme der Altbauerneuerung kompensiert werden kann“.⁵³ Dafür spielt aber die jeweils sich realisierende Politikvariante eine entscheidende Rolle, wobei hier die Ansicht vertreten wird, daß nur im Rahmen einer „antimonopolistischen“ Orientierung existierende Bedarfslücken geschlossen werden können.

4. Rationalisierung, Beschäftigung und Konsumtion

Zum Schluß sei ein Aspekt behandelt, der in der Diskussion um Rationalisierung oft im Mittelpunkt steht: der damit zusammenhängende Verlust von Arbeitsplätzen. Dabei soll hier nur die Fragestellung interessieren, ob dadurch der gesamte Reproduktionsprozeß angetrieben oder verlangsamt wird.

Von konservativer Seite her wird in der Regel darauf verwiesen, daß die Einführung der neuen Technologien zunächst mehr Arbeitsplätze schaffe als vernichtet werden.

Tatsächlich hat die Akkumulation von Kapital, die immer verbunden ist mit einer Entwicklung der Produktivkräfte, beide Wirkungen: die Arbeitsmittel, die zum Ersatz von lebendiger Arbeit benötigt werden, erfordern bei ihrer Herstellung selbst lebendige Arbeit.⁵⁴

Bezogen auf unsere Problemstellung ist die Frage der Wirkungen der neuen Technologien auf die Beschäftigung aber weitgehend identisch mit der Frage nach dem Einfluß auf das Akkumulationstempo selbst. Wenn die Modernisierung der bestehenden Produktionsapparate eine rasche Erweiterung der Produktionskapazität in den Bereichen erfordern würde, die die Arbeitsmittel liefern, dann würde es auch zunächst zu einer Steigerung der Beschäftigung dort kommen.

Die damit verbundene Steigerung der Massenkaufkraft würde den Reproduktionsprozeß dann auch von der Seite der Konsumnachfrage her antreiben. Voraussetzung für eine Steigerung der Beschäftigung ist, daß die Güterproduktion rascher ansteigt als die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten. Eine völlig neue Situation würde sich nur dann ergeben, wenn der Zusammenhang zwischen dem Wachstum der Güterproduktion einerseits und der Zunahme der Arbeitsproduktivität andererseits durch die neuen Technologien völlig verändert würde. Dies erscheint aber vom gegenwärtigen Standpunkt aus wenig wahrscheinlich: Zwar dürfte sich der schwache Trend zum Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts vor dem Hintergrund einer

53 Ebd., 34/1984, S. 20.

54 Ausführlicher dazu: Rudolf Hickel, Technologische Arbeitslosigkeit — keine Frage der Technik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 10/1984, S. 1201/02.

beschleunigten Rationalisierung nicht fortsetzen, es ist eher mit einer leichten Beschleunigung zu rechnen. Allerdings ist eine sprunghafte Erhöhung nicht zu erwarten.⁵⁵ Das Prognos-Institut und das IAB kommen in ihrer Analyse des Zusammenhangs von Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt zu dem Ergebnis, „daß die Beschäftigungsschwelle ... von der an das Wachstum den Produktivitätsfortschritt übersteigen würde ... längerfristig tendenziell eher wieder etwas höher liegen dürfte als bisher, zumindest jedoch nicht weiter sinken dürfte.“⁵⁶ Das IAB hält für realistisch, daß die Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis in einem Tempo von etwa dreieinhalb Prozent und, eine jährliche Arbeitszeitverkürzung von einem Prozent angenommen, die Erwerbstätigenproduktivität um etwa zweieinhalb Prozent jährlich ansteigen wird — bei einer erwarteten Wachstumsrate von zweieinhalb Prozent, was gegenüber dem Entwicklungstempo zwischen 1974 und 1985 in Höhe von jahresdurchschnittlich 1,7 Prozent bereits eine markante Erhöhung bedeuten würde. In diesem Fall würde die Zahl der Arbeitsplätze gesamtwirtschaftlich etwa stagnieren, die Zahl der Arbeitslosen aber bis zum Jahr 2000 nur leicht auf 2,7 Millionen zurückgehen.

Für unseren Zusammenhang ist lediglich relevant, daß damit eine unterdurchschnittliche Zunahme der privaten Nachfrage verbunden wäre. Denn vor dem Hintergrund einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und eines beschleunigten Rückgangs der durchschnittlichen Arbeitszeit (vor allem infolge von mehr Teilzeitarbeit) dürfte selbst eine Stabilisierung der Verteilungsquote kaum durchzusetzen sein. Dies bedeutet aber, daß eine durchaus mögliche leichte Belegung der Akkumulation von fixem Kapital im Zuge der Einführung neuer Technologien immer wieder rasch eine Schranke in der nicht bzw. zu langsam nachfolgenden privaten Kaufkraft finden wird. Die Situation, wie sie seit Mitte der siebziger Jahre für die Wirtschaftslage charakteristisch ist, wird sich also auch in den kommenden Jahren nicht grundlegend verändern.

Der Modernisierungsbedarf in Produktion und Verwaltung stellt einen stabilisierenden Faktor der Wirtschaftsentwicklung dar. Von ihm profitieren aber nur wenige investitionsgüterproduzierende Sektoren, die die steigende Nachfrage nach den technologisch hochentwickelten Arbeitsmitteln mit relativ geringen zusätzlichen Investitionsaufwendungen und ohne wesentliche Beschäftigungsausweitung befriedigen können. Eine umfangreiche Neuanlage von fixem Kapital, die schließlich zu einem Anstieg von Erweiterungsinvestitionen führen und auch beschäftigungssteigernd wirken würde, ist nicht in Sicht.

5. Schlußfolgerung

Eine Analyse der gegenwärtigen und absehbaren Akkumulationsbedingungen ergibt ein Gesamtbild, das wenig Überraschungen bietet. Eine Fortsetzung des seit den siebziger Jahren beobachteten Trends in den ökonomischen

⁵⁵ Kern/Schumann, a.a.O., S. 17.

⁵⁶ Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1985, S. 57.

Grundprozessen zur weiteren Abschwächung der Akkumulationsdynamik dürfte trotz der anhaltenden Schwäche der Konsumnachfrage nicht zu erwarten sein: In der Tat bewirkt das hohe Niveau der Rationalisierung hier eine Stabilisierung des Akkumulationstempos. Auf der anderen Seite aber ist eine erneute Revitalisierung, wie sie inzwischen von vielen Langfristprognosen erhofft wird, ebenfalls nicht wahrscheinlich. Denn der historisch-spezifische Charakter der Modernisierung mit seinem Schwergewicht auf Prozeßrationalisierung und der Möglichkeit, die neuen Fertigungstechniken in bereits existierende Infrastrukturen und Fertigungsstätten zu implementieren, macht umfangreiche Neuanlagen von fixem Kapital, insbesondere mit sehr langen Umschlagzeiten, nicht erforderlich.

Ein Andauern der schwachen Akkumulations- und Wachstumsdynamik im Kapitalismus impliziert aber durchaus krisenhafte Veränderungen und Brüche im sozialen und politischen Milieu. Der Druck des überakkumulierten Kapitals auf den gesamten Reproduktionsprozeß wird zunehmen, wobei die monopolistischen Einzelkapitale die größten Chancen für eine partielle Lösung besitzen. Eine größere Differenzierung auch innerhalb der Kapitalfraktionen wäre die Folge; wachsende Disproportionen in sektoraler und regionaler Hinsicht sind wahrscheinlich. Die Last der Geldkapitalakkumulation nimmt weiter zu und steigert die Anforderungen an die staatlichen und supranationalen Regulierungsinstanzen in geld- und finanzpolitischer Hinsicht. Die damit verbundenen internationalen Ungleichgewichte auf monetärem Gebiet wirken auf die nationalen Reproduktionsprozesse und auf den Weltmarkt zurück. Sie behindern insbesondere den Entwicklungsprozeß der „Dritten Welt“. Dies wäre auch eine offene Flanke für krisenhafte Entwicklungen, die die Position der kapitalistischen Länder bedrohen.

National würde der Druck sozialer Ungleichheit und insbesondere die Tendenz zur Pauperisierung rasch zunehmen. Es ist nicht auszuschließen, daß damit Erschütterungen der sozialen Beziehungen verbunden sind, die den gesamten politischen Rahmen in der Bundesrepublik verändern. Ein Andauern der schwachen Akkumulationsdynamik würde also in sozialer und politischer Hinsicht eine neue Situation schaffen, auf die die progressiven Kräfte sich rechtzeitig einstellen müssen.

Ökonomische Strukturen im Wandel

Basistrends und Entwicklungsvarianten

Jörg Huffschmid

1. Befund: Massenarbeitslosigkeit im Aufschwung – 2. Hintergründe: Basistrends ökonomischer Anpassung – 2.1. Der Grundprozeß: Historische Tendenz zur Überakkumulation – 2.2 Anpassung durch Monopolisierung – 2.3 Anpassung durch internationale Expansion – 2.4 Anpassung durch neue Technologien – 2.5 Anpassung durch staatliche Regulierung – 3. Perspektiven: Varianten der Entwicklung – 3.1 Variante 1: der antietatistisch-aggressive Weg – 3.2 Variante 2: der etatistisch-reformistische Weg – 3.3 Variante 3: der antimonopolistische Weg

1. Befund: Massenarbeitslosigkeit im Aufschwung

Veränderungen in Strukturen und in wesentlichen Zusammenhängen der wirtschaftlichen Entwicklung schlagen sich auch im Verlaufsmuster der zyklischen Krisen nieder. In der BRD zeigen sie sich seit fast 10 Jahren besonders in anomalen Erscheinungen der konjunkturellen *Erholung*:

- Das *Wachstum* des Sozialproduktes und der Industrieproduktion war schon im Aufschwung 1976-1979 deutlich schwächer als in allen früheren Erholungsphasen; es blieb in der jüngsten konjunkturellen Belebung ab 1983 noch einmal weit hinter den Werten in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zurück.¹
- Die Konkurse haben in den letzten beiden zyklischen Besserungsphasen nicht – wie in früheren Zyklen – ab-, sondern weiter zugenommen. Sie lagen 1984 mit 16760 Fällen um 5,6 Prozent höher als im Krisenjahr 1982.²
- Vor allem aber entwickelte sich die Arbeitslosigkeit nicht „konjunkturrecht“: Sie ging von 1975–1979 um nur knapp 20% (von 1,074 Mio. auf 0,876 Mio.) zurück, während sie von 1973–1975 auf ungefähr das Vierfache (von 273 000 auf 1,074 Mio.) gestiegen war.

1980 lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen fast sechsmal so hoch wie auf dem Höhepunkt des Aufschwungs nach der Krise 1966/67 und gut dreimal so hoch wie vor der Krise 1974/75.³ 1983 ist sie trotz konjunktureller

¹ Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '85: Gegen die Unterwerfung der Arbeit und die Zerstörung der Umwelt – Mehr Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Umweltschutz, Köln 1985, 3. Kapitel.

² Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1985, S. 210.

³ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1984/85, Bundestags-Drucksache 10/2541, S. 262.

Besserung sogar um 23% gestiegen, im vergangenen Jahr hat sie trotz Beschleunigung des Wachstums erneut zugenommen.⁴ Sie wird am Beginn des nächsten zyklischen Abschwungs erheblich höher liegen als zu Beginn des Aufschwungs.

Diese drei Erscheinungen hängen zusammen: Wenn die Erholung schwach bleibt, das Wachstum der Produktion nicht über das der Produktivität hinausgeht, kann auch die Zahl der Arbeitslosen nicht abnehmen. Die Triebkräfte des Aufschwungs stoßen bald ins Leere, denn die kaufkräftige Nachfrage bleibt aus, die sie stabilisieren und weiterführen könnte. Die Verbesserung der Gewinnlage breitet sich nicht über die gesamte Wirtschaft aus, schwache Unternehmen werden von ihr nicht erfaßt, die Zahl der Zusammenbrüche steigt weiter. Beides bremst das Wachstum; der Aufschwung bleibt schwach und anfällig, ehe er in einen neuen Abschwung übergeht.

Der *spontane* Mechanismus der Überwindung von Entwicklungsblockierungen durch die „Selbstreinigungskräfte“ der zyklischen Krise funktioniert immer weniger, seine Defekte nehmen zu.

Ebenso mangelhaft funktioniert die *politische* Regulierung der ökonomischen Entwicklung: Weder haben die zaghaften Versuche ökonomischer Gegensteuerung nach keynesianischen Konzepten – vor allem das Zukunftsinvestitionsprogramm von 1977 bis 1980 – vermocht, die zyklische konjunkturelle Erholung in ein halbwegs stabiles Wachstum zu überführen, noch hat die Wende zu einer Politik des rigorosen Sozialabbaus, der forcierten Umverteilung und der Verbesserung der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen für das private Kapital den auf Stagnation programmierten Trend umgedreht.

Welche Wandlungen in den ökonomischen Grundstrukturen signalisiert das neue Verlaufsmuster des Zyklus? Die grundlegende Steuerungsgröße der kapitalistischen Ökonomie hat sich offensichtlich nicht verändert: Sowohl die Unternehmer als auch die staatlichen Apparate orientieren ihre Strategien auf die Ausweitung und Stabilisierung des privaten Profits. Verändert hat sich aber – so die These – die Dichte und Festigkeit des Zusammenhanges zwischen Kapitalverwertung und gesellschaftlicher Reproduktion. Zwar ist dieser Zusammenhang nie eine bewußte Richtgröße einzelkapitalistischer Verwertungsstrategien gewesen, und sie ist auch nicht Zielgröße staatlicher Wirtschaftspolitik: Das Grundgesetz der kapitalistischen Produktionsweise ist die höchstmögliche Produktion von Mehrwert und Aneignung von Profit. Insofern richten sich privatkapitalistische und staatliche Strategien der Kapitalverwertung nie direkt auf die Herstellung nützlicher Güter, die Bereitstellung ausreichender Einkommen und die Sicherung von Beschäftigung und sozialer Versorgung der Lohnabhängigen. Faktisch kann Kapitalverwertung jedoch nur gelingen, wenn ein Bedürfnis nach den produzierten Waren besteht und wenn kaufkräftige Nachfrage vorhanden ist. Kapitalverwertung erfordert die Erfüllung stofflicher Voraussetzungen und kreislaufmäßiger Zusammenhänge, die mit zunehmender Entwicklung des gesellschaftlichen Lebensniveaus und der Produktivkräfte komplizierter werden. Insofern reflektiert die Be-

4 Vgl. Memorandum '85, a. a. O., I. Kapitel.

hauptung, daß „die Gewinne von gestern die Investitionen von heute und die Arbeitsplätze von morgen“ sind, nicht in erster Linie eine offensichtlich widerlegte Propagandalüge, sondern grundlegende Zusammenhänge jeder kapitalistisch verfaßten Wirtschaft, die allerdings in der Gegenwart deformiert auftreten und an bestimmten Stellen weitgehend gelockert sind. Die Höhe der Akkumulation (und davon abgeleitet die der Produktion) richtet sich nach der Höhe des als Profit angeeigneten Mehrwerts; und die Höhe der Beschäftigung ist eine – wenn auch wegen der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals abnehmende – Funktion der Akkumulation.⁵

Nicht die prinzipielle Existenz, sondern die Dichte dieses Zusammenhanges ist jedoch für die aktuelle Analyse und die Einschätzung der Entwicklungsperspektive des Kapitalismus in der BRD entscheidend. Schematisch gesprochen: In früheren Phasen kapitalistischer Entwicklung blieb die Erzielung von Profit eng an Produktion und Verkauf von Konsumgütern und Produktionsmitteln gebunden, Stagnation oder Rückgang der Nachfrage führten zu Krisen der Produktion, der Akkumulation und des Profits. Verbesserungen der Akkumulations- und Profitbedingungen zogen das Wachstum von Produktion und Beschäftigung nach sich (wenn auch oft verzögert und in immer geringerem Maße). Heute ist dieser Zusammenhang lockerer und mittelbarer geworden: Es gibt einen neuen Typ von Gewinnverwendung⁶ – als Finanzinvestition – und von Realakkumulation⁷ – Rationalisierungsinvestition ohne Beschäftigungseffekte. Weder führen daher steigende Profite zwangsläufig zu entsprechend mehr Realinvestitionen, noch sind mehr Investitionen zwangsläufig mit mehr Beschäftigung verbunden. Es ist möglich, mehr Profit mit weniger Akkumulation zu erzielen und mehr Akkumulation mit weniger Beschäftigung durchzuführen. Die Bindungen zwischen Kapitalverwertung und gesellschaftlicher Reproduktion sind lockerer geworden, und daraus ergibt sich eine Abnahme der *Kohärenz* der ökonomischen Entwicklung: Indem Profiterzielung weniger streng an bestimmte stoffliche Bedingungen und kreislaufmäßige Proportionen gebunden ist, bleiben diese in größerem Maße zufällig und für andere Bestimmungsgründe offener als früher.

Dieser Zerfall der materiellen Kohärenz ökonomischer Reproduktion ist ein Hauptzug der Wirtschaft aller kapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart. Er ist Resultat der historischen Entwicklung des Kapitalismus und seiner Widersprüche: Deren überzyklische Entfaltung führt zu längerfristigen Blockierungen; diese rufen überzyklische Anpassungsreaktionen hervor, die die Struktur des Kapitalismus verändern und neue strategische Optionen eröffnen.

Die ökonomischen Strukturen und die Entwicklungsperspektive des Kapitalismus in der BRD von heute sind durch die Überlagerung mehrerer solcher

5 Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, Bd. I, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 23, Berlin/DDR 1968, 23. Kapitel, insbes. S. 640 ff. und 653 ff.

6 Vgl. dazu auch: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '84 – Gegen soziale Zerstörung durch Unternehmereherrschaft – qualitatives Wachstum, 35-Stunden-Woche, Vergesellschaftung, Köln 1984, S. 297 ff.

7 Vgl. ebenda, S. 282 ff.

Anpassungsreaktionen, die selbst den Charakter von Basistrends erhalten, geprägt. Sie sollen kurz im Hinblick auf ihre Wirkungen für die Lockerung des Zusammenhangs zwischen Kapitalverwertung und materieller gesellschaftlicher Reproduktion skizziert werden. Anschließend werden dann verschiedene Perspektiven der Entwicklung und Gestaltung der materiellen ökonomischen Reproduktion diskutiert.

2. Hintergründe: Basistrends ökonomischer Anpassung

2.1 Der Grundprozeß: Historische Tendenz zur Überakkumulation

Kapitalistische Reproduktion bedeutet in der Hauptsache Produktion und Akkumulation von Mehrwert auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln und unter dem Druck einzelwirtschaftlicher Konkurrenz. Die Entdeckung neuer Wege und die Entwicklung neuer Methoden zur Produktion von Mehrwert und der Zwang, einen möglichst großen Teil dieses Mehrwerts wieder zu akkumulieren, führen zu Überakkumulation, die den Kern kapitalistischer Widersprüche ausmacht: Der zu verwertende Kapitalstock wächst schneller als der produzierbare Mehrwert bzw. die anzueignende Profitmasse. Mehrwert wird produziert, aber nicht mehr als Profit realisiert: Überproduktion. Oder er wird gar nicht mehr produziert, weil absehbar ist, daß er nicht als Profit realisiert werden kann: Überinvestition bzw. Überkapazität. Die periodische Krise ist der Mechanismus der Selbstreinigung. Überproduzierte Waren sowie überakkumuliertes Kapital werden vernichtet oder entwertet, die krisenauslösenden Faktoren also beseitigt. Auch dies geschieht in der Konkurrenz; jedes Kapital versucht, dem anderen den Verlust zuzuschieben und selbst ungeschoren davonzukommen. In der Anarchie der Konkurrenz schießt die Selbstreinigung über das Ziel der Anpassung an stimmige Proportionen hinaus. Diese Überreaktion ist Ausgangspunkt für den nächsten Aufschwung usw. usf.

Im zyklischen Auf und Ab entwickeln sich die stofflichen Haupttendenzen und überzyklischen Widersprüche des Kapitals: Die Entfaltung der Produktivkräfte und der Größenordnungen der Produktion sind historisch nicht reversible Prozesse; ebensowenig umkehrbar sind Konzentration und Zentralisation des Kapitals als die Formen, in denen Produktivkraftentwicklung auf kapitalistische Weise organisiert wird. Wachsende Größenordnungen der Produktion und zunehmende Komplexität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses erfordern aber auch zunehmende Effizienz im Regulierungspotential. Die einfache Marktsteuerung reicht dazu immer weniger aus; und die Korrektur ökonomischer Fehlentwicklungen durch die zyklische Reinigungskrise verliert an Leistungskraft. Die Grundtendenz der historischen Entwicklung des Kapitalismus läuft daher auf chronische und historisch *ansteigende* Überakkumulation hinaus.⁸

8 Vgl. dazu vor allem Paul Boccard, Studien über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine Krise und seine Überwindung, Frankfurt/M. 1976, insbes. S. 30 ff. Die chronische Überakkumulation ist m. E. auch die Kernursache der „Regulierungskrise“, die in letzter Zeit intensiv

Gegenüber dieser Grundtendenz hat das Kapital im Laufe der letzten 100 Jahre Anpassungsmechanismen und Gegenstrategien entwickelt. Sie haben die historische Entwicklung des Kapitalismus und seine heutigen Strukturen wesentlich geprägt.⁹

2.2 Anpassung durch Monopolisierung

Die grundlegende Anpassung des Kapitals an die überzyklischen Probleme der Kapitalverwertung besteht in den Strukturveränderungen im Laufe historischer Konzentrations- und Zentralisationsprozesse.¹⁰ Die Herausbildung systematischer Strukturdifferenzierungen im Gesamtkapital konnte von den begünstigten Großunternehmen dazu genutzt werden, sich aufgrund des bloßen ökonomischen Gewichts und der damit gegebenen Möglichkeit zur Mobilisierung außerökonomischer Macht einen bevorzugten Zugriff auf die Phasen und Bereiche der kapitalistischen Reproduktion – Beschaffung von Geld, Produktionsmitteln und Arbeitskräften, Umfang und Technologie der Produktion, Absatz der Waren – zu verschaffen. Die damit verbundenen Wertungsvorteile des Großkapitals haben seine günstigere Position im Vergleich zu anderen Kapitalen weiter verfestigt, ausgebaut und zu einer stabilen strategischen Größe werden lassen. Das Monopolkapital wurde zum dominanten Sektor der Ökonomie und ist es bis heute.

Durch den Einsatz seiner ökonomischen und außerökonomischen Hebel und Machtmittel ist es zum einen in der Lage, materielle Ressourcen in allen Bereichen der Gesellschaft in seinem Interesse, d. h. für seinen Profit zu mobilisieren, einen Tribut von der gesamten Gesellschaft zu erheben und so der in der langfristigen Überakkumulation liegenden Stagnationstendenz entgegenzutreten. Die Verschmelzung von Industrie- und Bankmonopolen zum Finanzkapital sowie die Ausweitung der Finanzsektoren in der Wirtschaft eröffnen ihnen zum anderen in verstärktem Maße die Möglichkeit, sich zu verwerfen, ohne in den produktiven Bereich investiert zu haben. Finanzinvestitionen werden zu einer attraktiven Alternative zu Realinvestitionen, insbesondere dann, wenn deren Rendite eben wegen der chronischen Überakkumulation unter Druck steht.¹¹

in der marxistischen Literatur diskutiert wird. Vgl. vor allem: Reinhold Kowalski, *Krise und neue Tendenzen in der gegenwärtigen staatsmonopolistischen Regulierung*, Diss.-Manuskript 1982; ders., *Widersprüche der Kapitalakkumulation und Regulierungskrise*, IPW-Forschungshefte 1/1983; Horst Heining, *Karl Marx und die Labilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems*, in: IPW-Berichte 3/1983, S. 14 ff.; Dieter Klein, *Die Marxsche Auffassung zum Regulierungsmechanismus im Kapitalismus*, in: ebenda, S. 22 ff.; ders., *Krise der staatsmonopolistischen Regulierung und Tendenzen imperialistischer Anpassung*, in: IPW-Berichte 5/1983, S. 8 ff.

⁹ Reinhold Kowalski, *Krise...*, a.a.O., S. 26f.; Dieter Klein, *Die Marxsche...*, a.a.O., S. 29f.

¹⁰ Vgl. IMSF (Hg.), *Das Monopol – ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus. Theoretische und aktuelle Gesichtspunkte der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie*, Frankfurt/M. 1976.

¹¹ Vgl. Jörg Huffschild, *Die Wirtschaftskrise in der BRD: Tendenzen und Perspektiven*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983*, S. 249 f.

2.3 Anpassung durch internationale Expansion

Ein wesentliches Grundmuster kapitalistischer Reaktion auf überzyklische Verwertungsschwierigkeiten ist die äußere Expansion. Seit der Herausbildung des Imperialismus ist sie untrennbar – wenn auch mit wechselnder Intensität – mit der Entwicklung des Kapitalismus verbunden. Internationalisierung der Zirkulation – internationaler Waren-, Geld- und Kapitalverkehr – und Internationalisierung der Produktion sind dabei zum einen Ausdruck eines Prozesses „echter“ (wenn auch kapitalistisch verzerrter) internationaler Arbeitsteilung und insofern Bestandteil von Vergesellschaftungsprozessen in internationalen Dimensionen.¹² Sie sind aber zum anderen auch Ausdruck ökonomischer Konkurrenz und Expansionsstrategien, die nur in geringem Maße, teilweise gar nicht mit Spezialisierung und Vergesellschaftung einhergehen.¹³ Auch hier findet eine Entkoppelung statt: Während internationale Expansion als kapitalistische Form von Arbeitsteilung und Vergesellschaftung – insbesondere zwischen Ländern unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und unterschiedlicher Ausstattung und Produktionsstruktur – früher wesentlich mit der Entwicklung der landesspezifischen Ressourcen und Produktivkräfte, also mit der Entfaltung der materiellen ökonomischen Reproduktion verbunden war, wird dieser Zusammenhang mehr und mehr aufgelöst: Die Zunahme des *intraindustriellen* Handels sowie die Konzentration des Kapitalexportes kapitalistischer Metropolen auf andere kapitalistische Metropolen deuten in diese Richtung¹⁴ (wenn auch andere stoffliche Bestimmungsgründe wie etwa das Vorhandensein entsprechender Infrastrukturen und entwickelter Märkte nicht unterschätzt werden dürfen).

In dem Maße, wie die internationale Expansion aufhört, neue „Netto-Quellen“ für die Produktion von Mehrwert und für die Aneignung von Profit zu erschließen, wird sie zum Nullsummenspiel für die Gesamtheit der beteiligten Wirtschaften. Sie kann und wird den dominierenden Konzernen – wie im nationalen Rahmen auch – international Vorteile und Extraprofite bringen; gleichzeitig durchkreuzt dies den reproduktiven Zusammenhang einer historisch im Rahmen eines Nationalstaates entwickelten National-Ökonomie.

2.4 Anpassung durch neue Technologien

Produktivkraftentwicklung in umfassenden Dimensionen war von Anfang an ein bestimmender Grundzug kapitalistischer Wirtschaft. Forcierte Produk-

12 Vgl. Horst Heiningner/Lutz Maier, Tendenzen und Widersprüche der Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus – politökonomische Probleme (Thesen), in: IPW-Berichte 2/1985, S. 1 ff. und 3/1985, S. 9 ff., hier insbes. die Thesen 2–5.

13 Vgl. Joachim Eisbach, Der Einfluß der Konkurrenz auf die internationale Arbeitsteilung, Ein Beitrag zur praktischen Bedeutung des Theorems der komparativen Vorteile, Frankfurt/M. 1981, S. 52 ff., 129 ff.; Bernhard Roth, Weltökonomie oder Nationalökonomie? Tendenzen des Internationalisierungsprozesses seit Mitte des 19. Jahrhunderts, Marburg 1984, S. 206 ff.; ders. Weltmarktabhängigkeit: Damoklesschwert über einer alternativen Wirtschaftspolitik?, in: MEMO-Forum, Nr. 5, 1985, S. 16 ff.

14 Vgl. Joachim Eisbach, Die Zunahme des intra-industriellen Handelns als Folge internationaler Konkurrenz, in: WSI-Mitteilungen 5/1982, S. 289 ff.

tivkraftentwicklung hat sich historisch als geeignetes Mittel erwiesen, länger anhaltende Stagnations- und Krisentendenzen zeitweise zu überwinden. Allerdings haben sie in dem Maße, wie dies gelang – und wie die Akkumulation durch die Überwindung der Krise gefördert wurde –, jeweils auch den Grundstein für die nächste Krise gelegt.

Gegenwärtig konzentriert sich die Einführung neuer Technologien in den Reproduktionsprozeß auf die Anwendung der Mikroelektronik, auf automatische Steuerung in den verschiedensten Variationen. Hierdurch wird – wie bei früheren Rationalisierungswellen etwa Mitte der 20er Jahre auch – in erheblichem Maße Arbeitskraft und in einigen Bereichen auch Kapital eingespart. Auf der anderen Seite hat das Kapital die neuen Technologien nicht in bemerkenswertem Maße zur Erschließung neuer Bedarfsfelder nutzen können, auf die sich ein großer Strom privater oder öffentlicher Nachfrage richten würde. Neue Technologien werden vor allem zur Verfahrensinnovation, nicht zur Produktinnovation eingesetzt.¹⁵ Ihr Arbeitseinspareffekt wird also nicht durch einen positiven Realnachfrageeffekt kompensiert. Daher ändert sich auch der Akkumulationstyp.¹⁶ An die Stelle der Erweiterungsinvestitionen treten vor allem Ersatzinvestitionen mit Rationalisierungswirkungen. Die hierbei entstehenden Stückkostensenkungen werden wegen der monopolistischen Positionen nicht in entsprechenden Preissenkungen weitergegeben, sondern in steigende Stückgewinne verwandelt. Rationalisierungsstrategien können so die Gewinnlage im relevanten monopolistischen Sektor auch dann verbessern, wenn die Gesamtbeschäftigung und die Gesamtnachfrage zurückgehen. Der Einsatz neuer Technologien erweist sich hier als Hebel zur Entkoppelung von Verwertung und gesellschaftlicher Reproduktion.

2.5 Anpassung durch staatliche Regulierung

Die Zunahme staatlicher Wirtschaftspolitik, die seit spätestens den 50er Jahren zum integralen Bestandteil des ökonomischen Systems im heutigen Kapitalismus geworden ist, stellt eine Reaktion des Kapitals auf Stagnationstendenzen dar: Steigende Dimensionen des zu mobilisierenden Kapitals, zunehmender Umfang, wachsende Komplexität und „Vernetzung“ wissenschaftlich-technischer Entwicklungsprozesse, neue Anforderungen an kapitalistische Kooperation usw. überfordern die finanziellen Ressourcen und die Organisationsfähigkeit einzelner Unternehmen. Die Bereitstellung materieller und personeller Grundlagen und Infrastrukturen für die kapitalistische Verwertung nimmt einen wachsenden Anteil der insgesamt verfügbaren Ressourcen in Anspruch. Der nur kollektiv zu organisierende Unterbau der Kapitalverwertung gewinnt an Gewicht gegenüber dem Kern der privaten Kapitalverwertung.

Auch die staatliche ökonomische Regulierung trägt durch ihre vordringliche Ausrichtung aktuell zur Entkoppelung von monopolistischer Profiterzie-

15 Vgl. Memorandum '84, a.a.O., S. 284; Rudolf Hickel, Technologische Arbeitslosigkeit – Gibt's die?, in: Memo-Forum, Nr. 5, 1985, S. 25 ff.; Jan Prieue, Technischer Fortschritt als Wachstumsbremse?, in: ebenda, S. 58 ff.

16 Jan Prieue, Technischer Fortschritt als Wachstumsbremse?, in: ebenda, S. 58 ff.

lung und gesellschaftlicher Reproduktion bei: In der Stahlindustrie werden beispielsweise profitsteigernde Subventionen für die ersatzlose Vernichtung der materiellen ökonomischen Lebensgrundlagen von Zehntausenden von Menschen gezahlt. Ähnliche Entkoppelungstendenzen staatlicher Profitstrategie von ökonomischer Reproduktion enthält die vorgesehene Beteiligung der Bundesregierung am Forschungsprogramm zur Militarisierung des Welt- raums.

Staatliche Regulierung bezieht sich aber zu einem Teil auch auf Bereiche, in denen über den unmittelbaren Monopolbereich hinausgehende Voraussetzungen und Grundlagen geschaffen und entwickelt werden, die erforderlich sind, um die Verwertungsbedürfnisse auch des Monopolkapitals zu befriedigen. Viele staatliche Tätigkeiten weisen bei aller Ausrichtung auf privates Profitinteresse einen gewissen „spin-off“- oder „spill-over“-Effekt auf: Die getroffenen Maßnahmen sind zwar in erster Linie gut für das Monopolkapital, aber sie sind nicht ausschließlich für das Monopolkapital gut, sondern gewährleisten auch eine gewisse Breite und Kohärenz gesellschaftlicher Reproduktion. Dies und der allgemeine politische Anspruch, mit dem jede staatliche Tätigkeit auftritt, bieten besondere Ansatzpunkte für politische Ansprüche und Eingriffe der Arbeiterbewegung, die auf eine Wiederherstellung einer breiteren Reproduktionsgrundlage hinzielen. Diese politischen Implikationen staatlicher Regulierung, auf die das Monopolkapital nicht verzichten kann, sind von seinem Standpunkt eine zweiseitige Angelegenheit. Darum wechseln etatistische Phasen relativ weitreichender ökonomischer Regulierung durch den Staat mit antietatistischen Phasen, in denen der Staat auf die Herstellung und Gewährleistung optimaler politischer Rahmenbedingungen reduziert werden soll.

3. Perspektiven: Varianten der Entwicklung

3.1 Variante 1: der antietatistisch-aggressive Weg

Die erste Variante ökonomischer und politischer Anpassung an neue Probleme, die hier der antietatistisch-aggressive Weg genannt wird,¹⁷ ist die intensivierte Fortsetzung der Politik der Wende, die seit Mitte der 70er Jahre begonnen und seit Beginn der 80er Jahre beschleunigt wurde und die mit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 in voller Breite zum Durchbruch gekommen ist. Der Hauptinhalt ökonomischer Regulierungsversuche durch private und staatliche Strategien erschöpft sich bei diesem Entwicklungstyp weitgehend in dem anachronistischen Muster rigoroser Umverteilung auf dem Wege klassenpolitischer Konfrontation, in erster Linie gegenüber den Gewerkschaften, aber auch gegen andere nichtmonopolistische Schichten der Gesellschaft. Durch Einkommens- und Sozialabbau soll der ökonomische, durch die Ein-

¹⁷ Es gibt bei der Vorstellung der Varianten Anlehnungen an Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven. Entwicklungstendenzen 1973 bis 1978, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1, 1978, S. 9 ff. Terminologisch weiche ich von Jungs Begriff „privatmo-

schränkung sozialer Schutz- und demokratischer Mitbestimmungsrechte der politische Spielraum für die Erschließung neuer Quellen der Mehrwertproduktion geschaffen und für die Aneignung von Profit erobert werden. Massenarbeitslosigkeit ist in dieser Strategie nicht nur Resultat ökonomischer Prozesse, sondern gleichzeitig politisches Instrument zur Schwächung aller sozialen Gegenbewegungen, also Durchsetzungshebel für die Strategie selber.¹⁸

Die antietatistisch-aggressive Entwicklungsvariante verzichtet weitgehend auf umfassende *struktur- und entwicklungspolitische Konzeptionen*, durch die bestimmte gesamtwirtschaftliche Proportionen gewährleistet werden. Sie konzentriert sich auf die Schaffung günstiger ökonomischer und politischer *Rahmenbedingungen* für das Kapital und geht davon aus, daß sich vor diesem Hintergrund die „Kräfte der Wirtschaft“ optimal entfalten und die besten ökonomischen Ergebnisse und Proportionen herstellen.

Faktisch läuft diese Enthaltensamkeit politischer Regulierung auf die Auslieferung der Wirtschaft – und des Staates – an die jeweils stärksten Monopole und Monopolgruppen hinaus. Sie profitieren nicht nur am stärksten von den günstigen Rahmenbedingungen; sie sind auch in der Lage, ihre jeweils partikulären Einzelinteressen über Einflußnahme auf und partielle Verflechtungen mit dem Staat als Allgemeininteresse auszugeben und in nationale Entwicklungsprogramme umzusetzen.

Für die Entwicklung der *Kapitalstrukturen* setzt die antietatistische Entwicklungsvariante eine Welle neuer Konzentrations- und Zentralisationsprozesse in Gang. Dabei zeichnen sich neue Strukturen ab. Während von Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre vertikale Großfusionen (vom Typ Thyssen-Rheinstahl oder Mannesmann-Demag) das Zentralisationsgeschehen stark prägten,¹⁹ standen die folgenden 10 Jahre mehr im Zeichen der Arrondierung

nopolistische Entwicklungsvariante“ vor allem deshalb ab, weil sie m. E. zu Mißverständnissen hinsichtlich der möglichen Alternative zu dieser Variante führen könnte: Die „staatsmonopolistische Entwicklungsvariante des SMK“ wäre ein wenig hilfreicher Begriff. Vgl. Klaus Borchardt/Thomas Sauer, Zur Kritik der These der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK in der BRD, sowie die Replik von Heinz Jung, Sind in der Nacht alle Katzen grau, oder: war Schiller tatsächlich dasselbe wie Erhard?, beides in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 393 ff. 406 ff. – Allerdings ist auch der Begriff „antietatistisch“ Mißverständnissen ausgesetzt. Es handelt sich nicht um eine Konzeption, in der der Staat keine Rolle spielt oder spielen soll; er soll sich vielmehr politisch im wesentlichen auf die Funktion der Sicherung der Klassenherrschaft und ökonomisch im wesentlichen auf die Organisation von Umverteilung für das Monopolkapital beschränken. Das Gegenkonzept der etatistischen Variante sieht darüber hinaus wichtige Funktionen des Staates auch in der Herstellung und Regulierung bestimmter stofflicher und wertmäßiger Proportionen des Reproduktionsprozesses.

18 Vgl. zur ausführlichen Darstellung dieser Entwicklungsvariante die verschiedenen Memoranden der letzten Jahre, insbes. Memo '80 – Gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980; Memorandum 1981 – Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen, Köln 1981; sowie die Memoranden 1984 und 1985, a. a. O.

19 Vgl. Jörg Huffschild, Monopolisierung in der Krise. Entwicklung und Wirkungen von Konzentration und Zentralisation in der BRD, in: Jörg Huffschild/Herbert Schui (Hg.), Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976 in der BRD, Köln 1976, S. 84 ff.

der Macht einiger Großkonzerne, die sich massenhaft kleinere Konkurrenten angliederten (so vor allem im Brennstoff- und im Einzelhandel).²⁰ Die kommenden Jahre könnten demgegenüber durch die Formierung von neuen Großkonzernen auf horizontaler Ebene gekennzeichnet sein: Die Schaffung von ein oder zwei Unternehmen im Bereich des Schiffbaus wie der Stahlherzeugung steht ebenso auf der Tagesordnung wie die stärkere Zentralisation der Rüstungsindustrie um MBB und den neuen „Technologiekonzern“ Daimler-Benz.

Trotz der gesamtwirtschaftlichen Enthaltbarkeit staatlicher Regulierungskonzeption spielt der Staat als Subventionszahler und als regionalpolitischer Organisator eine wichtige Rolle. Die wesentliche Funktion, die er im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht nur als Garant der Klassenverhältnisse, sondern auch als ökonomische Regulierungsinstanz ausübt, setzt sich auf diese Weise auch in der antietatistischen Entwicklungsvariante durch: Zwar macht der Staat keine gesamtwirtschaftliche Stahlpolitik, aber er zahlt für die Fusion der privaten Konzerne. Die Rüstungsindustrie wird nicht von der Bundesregierung durchstrukturiert, obgleich sie fast ausschließlich von der Bundesregierung bedient wird; aber die bayerische – und neuerdings auch die baden-württembergische – Landesregierung sind auf diesem Gebiet als Financier, stiller Teilhaber, Verhandlungspartner und politische Druckinstanz außerordentlich aktiv,²¹ mit der Folge, daß regionale Disparitäten wie das „Nord-Süd-Gefälle“ vertieft werden. Teile des Staatsapparates verflechten sich mit Teilen des Monopolkapitals, die ihre spezifischen stofflichen Interessen als nationale oder regionale Entwicklungsprogramme ausgeben und durchsetzen können.

Die *Produktivkraftentwicklung* erfolgt in erster Linie nicht unter dem Druck der Anforderungen zur Stabilisierung des Gesamtsystems, sondern unter dem Druck einzelner mächtiger Monopolunternehmen, die allerdings mit dem Anspruch nationaler Interessenwahrung auftreten. Dies schlägt sich in zwei nur auf den ersten Blick widersprüchlichen Entwicklungslinien der Forschungs- und Wissenschaftspolitik nieder:²² Zum einen wird sie mehr auf die „indirekte Methode“, d. h. die steuerliche oder zuschuförmige Förderung jedweder Forschung umgestellt; was aufgrund der spezifischen Größen- und Macht-

20 Von den 6 Unternehmen, die sich in der Zeit von 1973 bis 1982 am häufigsten an Fusionen beteiligt haben – auf diese 6 entfielen 720 von insgesamt 4 976 Zusammenschlüssen, das sind 15% – waren 5 Energiekonzerne (VEBA, BP, RWE, Shell, Ruhrkohle AG) und ein Handelsunternehmen (Haniel). Vgl. den Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit in den Jahren 1981 und 1982 sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet, Bundestags-Drucksache 10/243, S. 16 sowie 18 f.

21 Jüngstes Beispiel ist die Beteiligung der baden-württembergischen Landesregierung an den Verhandlungen über die Übernahme des Rüstungs- und Raumfahrtkonzerns Dornier durch die Daimler-Benz-AG. Damit soll offensichtlich das ökonomische Potential für den Einstieg in das amerikanische Programm zur Militarisierung des Weltraums geschaffen werden, ohne den die BRD nach Ansicht des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth zur ökonomischen Zweitklassigkeit verdammt sei. Vgl. Lothar Späth, Wissen die Europäer, was sie riskieren?, in: Der Spiegel 11/1985 v. 11. 3. 1985, S. 128.

22 Vgl. Memorandum 1985, a.a.O., Kapitel 3,7.

strukturen den Monopolen besonders zugute kommt. Andererseits werden nach wie vor spezifische staatliche Forschungsschwerpunkte und -programme organisiert, die auf die Interessen einzelner Monopole und Monopolgruppen ausgerichtet sind. Die Beteiligung der BRD am amerikanischen Forschungsprogramm für die Militarisierung des Weltraums ist hierfür exemplarisch: Die Folgen für die wissenschaftliche und technologische Entwicklung der BRD werden in der Breite negativ sein;²³ wenigen großen Rüstungs- und Elektronikkonzernen werden hierdurch jedoch auf viele Jahre Superprofite verschafft. Eine Erosion und Paralyse der wissenschaftlichen und technologischen Basis in der BRD wird die Folge sein.

Hinsichtlich der *sozialen Struktur* ist die Herausbildung eines spätkapitalistischen Feudalismus die Perspektive des antietatistischen Entwicklungsweges: Die neue Armut²⁴ – heute schon Massenerscheinung in der BRD – wird sich weiter ausbreiten, die Zahl der Obdachlosen, Bettler und Sozialhilfeempfänger weiter steigen. Millionen Menschen werden als aus dem Beschäftigungs- und Sozialsystem Ausgegrenzte gezwungen sein, in neuen, anachronistischen, ungeschützten, unterbezahlten und unwürdigen Arbeitsverhältnissen – als Würstchenverkäufer, Brötchenausträger, Schuhputzer o. ä. – sich irgendwie am Leben zu erhalten. Stadtküchen, stinkende Straßen und verfallende Stadtviertel, heute schon Alltagserscheinung in den USA, werden auch in der Bundesrepublik zunehmen. Auf der anderen Seite ballt sich privater Reichtum und Luxus in neuen, offen zur Schau getragenen Dimensionen.

Hier liegt aber auch ein zentrales ökonomisches Problem für die antietatistisch-aggressive Entwicklungsvariante: Einkommensverluste und Armut als Massenerscheinung stellen auch Beschränkung von Massenkaufkraft und damit von Realisierungs- und Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital dar. Die Herstellung günstiger ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen bezieht sich fast ausschließlich auf die Kostenseite der Mehrwertproduktion, nicht auf deren Realisierung. Diese kann nur durch eine stärkere Expansion an ausländischen Märkten – sowie Kapitalanlagefeldern – gewährleistet werden, selbstredend nicht für die Gesamtwirtschaft, sondern für die zentralen transnational operierenden Monopole. Ein wesentliches Feld ökonomischer Regulierung ist neben der Schaffung günstiger allgemeiner Bedingungen im Inland die Schaffung ebenso günstiger Rahmenbedingungen für die Verwertung bundesdeutscher Monopole im Ausland. Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die Erschließung von Einflußzonen durch Kredit- und Entwicklungshilfepolitik ebenso wie verstärktes militärpolitisches Engagement zur Sicherung der „vitalen Interessen des freien Westens“ gehören zum genuinen Instrumentarium der antietatistischen Variante der Regulierung.

Es ist offensichtlich, daß dieser Weg internationaler Expansion zur harten Konfrontation führt: Gegenüber imperialistischen Konkurrenten, gegenüber

23 Vgl. Joachim Eisbach, *Mit SDI in die Zweitklassigkeit*, PIW-Studien Nr. 2, Bremen 1985.

24 Vgl. Werner Balsen u. a., *Die neue Armut, Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung*, Köln 1985; Memorandum 1985, Kapitel 1.2.

Ländern der dritten Welt und gegenüber den sozialistischen Ländern, die einer globalen imperialistischen Interventionspolitik im Wege stehen. Der Aggressivität des antietatistischen Weges nach innen entspricht also seine Aggressivität nach außen.

3.2 Variante 2: Der etatistisch-reformistische Weg

Welches ist der Inhalt eines Strategiewechsels, zu dem die Bourgeoisie sich unter dem Druck der selbstzerstörerischen Wirkungen des antietatistischen Entwicklungsweges und des zunehmenden Widerstandes hiergegen veranlaßt sehen kann? Der neue Entwicklungsweg würde sich nicht auf die Schaffung optimaler ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen durch bloße Umverteilung für den privatmonopolistischen Zugriff beschränken, sondern aktiv die Gestaltung ökonomischer Proportionen und Strukturen angehen. Er würde sich auch nicht auf das klassenpolitische Instrument der Konfrontation und Disziplinierung beschränken, sondern auch Integrationsversuche durch materielle Zugeständnisse einbeziehen.

Ziel der Neuorientierung wäre es, das System des Monopolkapitalismus in der BRD durch eigenständige staatliche Wirtschaftspolitik längerfristig zu stabilisieren und auf kräftigere Grundlagen zu stellen – ohne die Eigentumsgrundlage der Gesellschaft und damit letztlich auch die führende Rolle des privaten Profits bei ihrer Regulierung in Frage zu stellen.

Zu den wesentlichen Elementen einer neuen etatistischen Wirtschaftspolitik würde zunächst ein umfangreiches *öffentliches Ausgabenprogramm* zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums gehören. Je nach politischen Kräfteverhältnissen kann ein solches Programm ausschließlich auf die Profitinteressen der stärksten Monopole ausgerichtet sein – wie es etwa bei der Verkabelung der Bundesrepublik oder umfangreichen Rüstungsprogrammen der Fall ist – oder auch Forderungen der Umweltbewegung aufgreifen: Der beschleunigte Bau von Blockheizkraftwerken, umfangreiche Baumaßnahmen zur Wärmedämmung oder zum Lärmschutz, Investitionen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs usw.

Etatistische Regulierung wird aber über bloße Ausdehnung der Nachfrage hinaus auch die Grundlage der Produktion durch eine bewußte *Industriepolitik* und gesamtwirtschaftliche Entwicklungsprogrammierung stärken und ausbauen. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Wiederherstellung einer intakten Infrastruktur und eines breiteren technologischen und wissenschaftlichen Fundaments für den gesamten ökonomischen Reproduktionsprozeß – als Nährboden für monopolistische Expansion. Es wird wiederum von den politischen Kräfteverhältnissen abhängen, welcher Druck hinter die Planung und Projektion von im Sinne kapitalistischer Kohärenz günstigen Branchen- und Regionalstrukturen gesetzt werden kann: Die Skala reicht von der Präsentation unverbindlicher „Orientierungsdaten“ bis zu energischer Investitions- und Produktionslenkung und -kontrolle.

Hinsichtlich der *Kapital- und Branchenstruktur* wird diese Politik extreme Zerrüttungen und Polarisierungen wie etwa die anarchische Auslöschung ganzer Branchen, die Stilllegung großer Betriebe im Rahmen von Fusionen oder

die Verelendung ganzer Regionen zu vermeiden suchen. Dazu können Krisenbranchen wie Stahl- und Schiffbau in öffentliches Eigentum übernommen, halb saniert oder jedenfalls einigermaßen geordnet, d. h. mit sozialer Abfederung und der Schaffung eines gewissen Maßes von Ersatzarbeitsplätzen, stillgelegt werden. Es werden besondere regionale Hilfs- und Sanierungsprogramme durchgeführt, ähnlich den „Gemeinschaftsaufgaben“ von Bund und Ländern, die Ende der 60er Jahre als Institution eingerichtet worden sind.

Am wenigsten ändern wird die etatistische Wirtschaftsregulierung vermutlich an der besonderen *außenwirtschaftlichen Stoßrichtung* ökonomischer Entwicklung. Auch für eine reformistische Entwicklungskonzeption steht die internationale Wettbewerbsfähigkeit ganz oben auf der Prioritätenskala, die binnenwirtschaftlich ausgerichteten Methoden ihrer Herstellung unterscheiden sich freilich. Wenn sozialdemokratische Forderungen auf eine international konzertierte Aktion und auf die Kooperation für eine gemeinsame Wachstumspolitik abstellen, dann ist das angesichts der realen ökonomischen und politischen Kräfte und Konkurrenzverhältnisse kaum mehr als folgenloses Wunschdenken. Wenn aber die außenwirtschaftliche „Verflechtung“ ein unerschütterliches Tabu der Politik bleibt, landet diese letzten Endes doch wieder bei staatlicher Alimentierung aggressiver Weltmarktkonkurrenz.

Dennoch: Eine Wende zu mehr eigenständiger staatlicher Wirtschaftspolitik wäre ein deutlicher Fortschritt gegenüber der ersten anarchistischen Entwicklungsvariante: Zum einen kann sie kurz- und mittelfristig ökonomische und soziale Erfolge im Kampf gegen die ökonomische Krise und ihre drückenden sozialen Wirkungen bringen: Die durch staatliche Politik bewirkte Ausdehnung der effektiven Gesamtnachfrage in einer Situation chronischer Überakkumulation und Unterauslastung belebt über den normalen Regulierungshebel des Profits die Produktion und – wenn auch in geringerem Maße – auch die Beschäftigung. Die Verminderung von Arbeitslosigkeit, ein Anstieg der Einkommen und Sozialleistungen sind weitere Folgen. Positiv wirken auch die Versuche, die produktive Basis des Landes wieder in Ordnung zu bringen und damit die Grundlagen für stabilere ökonomische Reproduktionsprozesse zu legen. Zum anderen bietet eine Politik etatistischer Regulierung Ansatzpunkte und Möglichkeiten, politisch zu intervenieren und in und gegenüber staatlichen Organen Interessen der Arbeiter und anderer antimonopolistischer Schichten stärker zum Ausdruck zu bringen.

Aber die Grenzen dieser Entwicklungsvariante sind ebenfalls unübersehbar, insbesondere nach den Erfahrungen mit reformistischer Politik in den 70er Jahren. Die wahrscheinlichen Erfolge neuer etatistisch-keynesianischer Steuerungsmaßnahmen werden an ihr Ende kommen, wenn die schlimmsten Schwächen der privatmonopolistischen Strategie überwunden sind und sich die Frage nach dem weiteren Entwicklungsweg stellt, und zwar als ökonomische *und* als politische Frage. Ökonomisch geht es um das Steuerungsprinzip der Produktion: Richten sich Art und Umfang der Produktion – bei staatlich durchgesetzter Verhinderung extremer Zerrüttung und Polarisierung – letztlich doch nach der Rentabilität der dominierenden privaten Monopole, oder gibt es in relevantem Maße politisch diskutierte und in einem demokratischen

Verfahren festgelegte Entwicklungsprioritäten und -strukturen, nach denen die staatliche Politik verfährt und an die privates Kapital sich zu halten hat – bei allen Fehlern und Schwächen, die mit derartigen demokratischen Planungen vor allen Dingen in ihrer Anfangsphase verbunden sind. Offensichtlich ist dies auch politisch die Machtfrage. Wessen Interessen werden durchgesetzt, die des Monopolkapitals an Maximalprofiten (unter der Nebenbedingung der Wahrung gewisser Mindestproportionen und sozialer Integrationsmechanismen) oder die der arbeitenden Menschen an sicheren Arbeitsplätzen und Einkommen?

Die Frage wird sich – in der ökonomischen und in der politischen Dimension – relativ schnell stellen. Die ökonomische Belastung aus Überakkumulation wird rasch erneut zunehmen, wenn der Akkumulationsprozeß gesellschaftlich – und das heißt gegen die unmittelbaren Interessen einzelner Monopole – kontrolliert wird. Die nationale staatliche Regulierung wird schnell durchkreuzt werden, wenn den internationalen Strategien inländischer und ausländischer Monopole keine wirksame Schranke gesetzt wird. Wirksame Maßnahmen gegenüber den Strategien der Monopole lassen sich aber nur durch ihre weitgehende politische Kontrolle und Entmachtung ergreifen. Mögliche ökonomische und soziale Anfangserfolge einer reformistischen Steuerung der Wirtschaft lassen sich nur stabilisieren und dauerhaft weiterführen, wenn die Strategie etatistischer Systemstabilisierung sehr bald in die einer antimonopolistischen Systemveränderung überführt wird.

3.3 Variante 3: Der antimonopolistische Weg

Die antimonopolistische Weichenstellung setzt weitreichende Demokratisierungsprozesse und damit auch die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln auf die Tagesordnung. Ihre ökonomischen Ausgangs- und Ansatzpunkte unterscheiden sich allerdings zunächst nicht wesentlich von der etatistisch-reformistischen Alternative zum reaktionären Weg: Neben einer energischen Anhebung der Löhne, Gehälter und Sozialeinkommen fordert auch die antimonopolistische Konzeption ein umfassendes öffentliches Beschäftigungsprogramm. Seine Mittel sollen vor allem in Bereiche fließen, in denen akuter gesellschaftlicher Mangel besteht: Umweltschutz, öffentlicher Personennahverkehr, öffentliche Dienstleistungen, also in den kollektiven Konsum.

Diese Forderungen erschöpfen sich nicht in ihrem ökonomisch-technokratischen Aspekt. Sie müssen vielmehr mit intensiven Aufklärungs- und Mobilisierungskampagnen verbunden werden. Nur wenn die Bevölkerung wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen als eigene Kampfkonzepte politisch begreift und trägt, ist es möglich, sie durchzusetzen und von da aus auch weiterzugehen. Das gleiche gilt auch für die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Einkommensausgleich, die als Alternative zur kapitalistischen Umsetzung neuer Technologien in Arbeitsplatzvernichtung gesetzt werden.

Die *Stabilisierung, Absicherung und Fortsetzung* des antimonopolistischen Weges erfordert erstens eine qualitative Veränderung in den *Eigentums- und Verfügungsverhältnissen* über wesentliche Teile des gesellschaftlichen Produk-

tions-, Distributions- und Lenkungsapparates, also die Überführung der Grundstoffindustrie, der Energieerzeugung und -versorgung und des Geld- und Kreditapparates in öffentliches Eigentum. Sie erfordert zweitens den Aufbau demokratischer *Diskussions- und Willensbildungsprozesse und -organe* auf den verschiedenen Ebenen der ökonomischen Planung und Entscheidung. Drittens erfordert sie die Verbindung sozialökonomischer Planungsstrukturen mit parlamentarisch-politischen Ebenen.

Die konkrete Neuordnung des *ökonomischen Gesamtprozesses* durch eine antimonopolistische Strategie läßt sich von folgenden Gesichtspunkten leiten:

- Auf mittlere Frist muß der *öffentliche Konsum* bei der Befriedigung der materiellen Lebensbedürfnisse größeres Gewicht erhalten; sowohl gegenüber dem investiven Sektor als auch gegenüber dem – gleichwohl zunächst vor allem bei den unteren Einkommensempfängern zunehmenden – individuellen Verbrauch.
- Es muß eine *Investitionsquote* realisiert werden, durch die die Kapazitäten für eine nur noch langsam wachsende und in obigem Sinne umstrukturierte Produktion gewährleistet werden. In der Struktur der Investitionen werden Kapitalersatz und Modernisierung im Vordergrund stehen. Dabei wird verminderter Kapitalbedarf wegen neuer Produktionsverfahren oft einhergehen mit höherem Kapitalbedarf zur Sicherung der Umwelt und günstiger Arbeitsbedingungen.
- Es ist ein vernünftiges und überschaubares Nebeneinander von zentralen und dezentralen Produktions- und Versorgungsstrukturen zu schaffen. Nicht jede Produktion, die vom Monopolkapital und dem Staat in riesenhafte Dimensionen gesteigert worden ist und daher riesige Territorien beliefern muß, wird dadurch schon rationeller und billiger. Nicht alles, was groß ist und zentral gelenkt ist, ist damit zwangsläufig Ergebnis eines objektiv progressiven Vergesellschaftungsprozesses. Viele Produktions- und Versorgungsstrukturen – etwa im Bereich der Energieversorgung oder der Ernährung – können dezentral und in kleinerem Maßstab organisiert werden. Andererseits besteht auch kein Anlaß zum universellen Zurückweichen in kleine und sinnlich überschaubare Formen der Reproduktion; Kommunikations- und Transportwesen lassen sich nicht sinnvoll auf kleine Räume beschränken, Stahl, Kraftwerke und Automobile können nur in großdimensionierten Anlagen ökonomisch gebaut werden; die Produktion komplexer Anlagen wie die von Blockheizkraftwerken erfordert eine breitflächige und tiefgestaffelte Arbeitsteilung usw.
- Die Politik der *Produktivkraftentwicklung* sollte – statt sich primär eindimensional auf möglichst billige Verfahren zur Herstellung vermarktbarer Produkte zu konzentrieren – ihr Augenmerk auf den Gesamtbereich und -zusammenhang menschlicher Bedürfnisse und Beziehungen im Rahmen der natürlichen Umwelt richten und von da aus Produkt- und Verfahrensforschung betreiben. Diese Umorientierung schließt von Anfang an die Aufnahme des Kriteriums sozialer Bedürfnisse, der Sozialverträglichkeit, der Umwelt- und Ressourcenschonung in die Bestimmungsgründe wissenschaftlicher Forschungsrichtungen ein.

- Außenhandelsquote und Kapitalexport sollten zugunsten einer stärkeren Orientierung der realwirtschaftlichen Prozesse auf den Binnenmarkt gesenkt werden. Außenwirtschaftsbeziehungen sollten vor allem auf Beziehungen internationaler Arbeitsteilung zwischen gleichberechtigten Staaten (und insofern demokratischer, internationaler Vergesellschaftung) statt auf internationale Verdrängungs-, Eroberungs- und Vernichtungsstrategien transnational operierender Konzerne gestützt werden. (Dies ist erforderlich, solange man davon ausgehen kann, daß nicht alle oder doch die wesentlichen Länder des SMK gleichzeitig den antimonopolistischen Weg beschreiten, sie sich also ungleichmäßig entwickeln.)

Die stoffliche Neuordnung des ökonomischen Reproduktionsprozesses auf der einen und die politische Festigung des antimonopolistischen Weges auf der anderen Seite hängen eng miteinander zusammen. Damit sowohl der eine wie der andere Prozeß in Gang kommen und an Gewicht gewinnen können, ist zunächst der Stopp der gegenwärtig herrschenden reaktionären Strategievariante unumgänglich. Ihn herbeizuführen ist daher die konkrete Hauptaufgabe aller antimonopolistischen Kräfte. Hier treffen sich die Kräfte des zweiten und dritten Entwicklungsweges, hier sind objektiv Bündnismöglichkeiten und -notwendigkeiten angelegt.

25 Vgl. Jörg Huffschild, *Soziale Folgen und wirtschaftspolitische Hintergründe der Aufrüstung in der Bundesrepublik*, Köln 1984, S. 23 ff.

BRD 2000 – Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit. Aus vorliegenden Szenarien und Prognosen

Klaus Dieckhoff

1. Die Bevölkerungszahl wird geringer – 2. Geringeres Wirtschaftswachstum – weniger Erwerbsmöglichkeiten

Bei der gesellschaftlichen Entwicklungsvorausschau gilt es zwischen Perspektiven zu unterscheiden, die sich relativ gesichert voraussagen lassen, weil die Faktoren der Entwicklung bekannt, verhältnismäßig stabil und daher in ihrer weiteren Entwicklung gut abschätzbar sind, und solchen, die mehr oder weniger gute phantasievolle Entwürfe der gesellschaftlichen Zukunft sind, die ohne allzu detaillierte Angaben von Entwicklungsfaktoren Zustände skizzieren, die sich ergeben könnten, wenn in der Gegenwart zu beobachtende politische, soziale, ökonomische und technische Gegebenheiten (linear) in die Zukunft extrapoliert werden.¹

Bevölkerungs-, Erwerbstätigen- und natürliche Ressourcenentwicklung lassen sich verhältnismäßig gut vorhersagen. Ihre Einflußfaktoren sind bekannt und können in ihrer Entwicklung abgeschätzt werden. Diejenigen leben heute schon, die für Umfang und Gliederung der Bevölkerung der BRD im Jahre 2000 und später von Bedeutung sind. Ihre Absterbefolge und ihr generatives Verhalten können mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhergesagt werden. „Harte Aussagen“ lassen sich ebenfalls zur voraussichtlichen Entwicklung von natürlichen Ressourcen, wie z. B. Wasser, Kohle, Holz und Erdöl treffen.

¹ Die Studien, auf die Bezug genommen wird, werden im fortlaufenden Text mit Nummer und Seitenzahl zitiert. Es handelt sich im einzelnen um:

- ¹ BMFT, Hg., Technischer Fortschritt, Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Schriftenreihe Technologie und Beschäftigung, Bd. 2, Düsseldorf/Wien 1980;
- ² Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 24/81;
- ³ Jung, R., R. Mackensen, Mit welcher Bevölkerungsentwicklung müssen wir rechnen?, in: R. Mackensen u. a., Leben im Jahr 2000 und danach, Westberlin 1984;
- ⁴ Klauer, W., u. a., Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 1, Stuttgart und Mainz 1985;
- ⁵ Pestel, E., u. a., Das Deutschland-Modell, Stuttgart 1978;
- ⁶ Stat. Bundesamt, Hg., Statistisches Jahrbuch 1984, Stuttgart/Mainz 1984;
- ⁷ Thiele, W., Vom Umgang der Gesellschaft mit ihren Krankheiten: Entwicklungen des Gesundheitswesens, in: R. Mackensen u. a., a. a. O. (3)
- ⁸ Umbach, E., Wirtschaft. Nach dem Wirtschaftswunder die realistische Weiterentwicklung des Erreichten, in: R. Mackensen u. a., a. a. O. (3)

Aus dem Reiche der Phantasie stammen oft Prognosen der gesellschaftlichen Entwicklung, die auf der Verlängerung technischer Trends in die Zukunft basieren. Sie sind Visionen von technisch Möglichem, die für viele eine Faszination besitzen, aber gesellschaftliche Zusammenhänge der Durchsetzung technischer Entwicklungen sehr oft vernachlässigen. Ohne diese Zusammenhänge näher zu bedenken, träumten die Futuristen etwa in den frühen 60er Jahren, getragen von Technik- und ökonomischer Wachstumseuphorie, von einer Gesellschaft mit atomgetriebenen Automobilen und Flugzeugen, einer total elektrifizierten Energieversorgung und anderen aus heutiger Sicht als wirklichkeitsfremd und naiv zu betrachtenden Dingen (5/19).

Auch heute werden wieder, von technischen Trends ausgehend, dieses Mal von den Möglichkeiten der Mikroelektronik, zukünftige gesellschaftliche Entwicklungszustände umrissen, ohne dabei soziale, wirtschaftliche und politische Faktoren hinreichend zu beachten. Es werden z. B. menschenleere Fabrikhallen, automatisierte Büros, elektronische Dörfer, durch und durch digitalisierte menschliche Kommunikationsformen u. a. m. prognostiziert, ohne zu berücksichtigen, daß schon heute soziale, wirtschaftliche und politische Faktoren darauf hindeuten, daß die Entwicklung nicht so eindimensional verläuft, wie sie vorhergesagt wird. Diese Art von Prognosen suggeriert, daß die Technik- und damit in bestimmtem Grade auch die Gesellschaftsentwicklung ein „Selbstläufer“ ist.

Weder die allgemeine gesellschaftliche, noch die wirtschaftliche, die technische oder eine andere für sich betrachtete Bereichsentwicklung geht gleichsam selbstlaufend vonstatten. Ihnen liegen verschiedene Faktoren zugrunde, die in einem komplexen Geflecht miteinander verbunden sind. Für den Entwurf von zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungszuständen müssen die dafür hinreichenden und notwendigen Faktoren bestimmt und nach ihrer Bedeutung qualifiziert werden. Sind diese bekannt, so können wirklichkeitsnahe Zukunftsvorstellungen entworfen werden.

Die Blicke in die Zukunft der BRD-Gesellschaft werden auf das Jahr 2000 und die Zeit danach gerichtet. Welche charakteristischen Merkmale wird die Gesellschaft der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt haben? Wieviele Menschen werden in ihr leben, wie, wo und unter welchen Bedingungen werden sie arbeiten? Wie gestalten sich ihre übrigen Lebensbedingungen, berücksichtigt man gegenwärtige Entwicklungen wie z. B. niedrige Geburtenziffern, längere Lebenswahrscheinlichkeiten, hohe Arbeitslosigkeit, rasanten technisch-organisatorischen Wandel u. a. m. Es ist nicht das Jahr 2000, das zu einer neuen Konjunktur von Zukunftsvisionen geführt hat, vielmehr dürften es die Probleme der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungslage sein, die Fragen nach dem zukünftigen Zustand unserer Gesellschaft aufwerfen und von deren Beantwortung Hinweise auf notwendige politische Maßnahmen zur Gestaltung der Zukunft erhofft werden. Im folgenden sollen einige Haupttrends der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung aufgezeigt werden. Die Ausführungen basieren auf vom Verfasser als besonders berücksichtigungswert betrachteten Vorausschätzungen, deren Grundlagen relativ breit und gut nachvollziehbar vorgestellt werden.

1. Die Bevölkerungszahl wird geringer

Ein Blick auf die zu erwartende Bevölkerungszahl im Jahre 2000 und danach zeigt, daß der Umfang der Wohnbevölkerung der BRD abnehmen wird. Das Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Westberlin errechnet für das Jahr 2000 eine BRD-Wohnbevölkerung im Intervall von 59,1 bis 62,4 Millionen (2/269). Im Vergleich dazu: Die Bevölkerung betrug im Jahre 1983 61,4 Millionen Personen (6/52).

30 Jahre später wird die Bevölkerungszahl noch weiter abgesunken sein. Sie soll dann eine Größe zwischen 48,6 bis 58,3 Millionen haben.

Tabelle 1: Intervalle für die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von 1980 bis 2000 bzw. 2030 (in Mill.)

	Anfangsbestand am 1. 1. 1980	Intervalle für die Bevölkerungsentwicklung					
		bis 2000			bis 2030		
		Untergrenze	Grundvariante ¹	Obergrenze	Untergrenze	Grundvariante ¹	Obergrenze
Deutsche	57,2	52,8	53,8	55,4	39,3	41,4	46,3
Ausländer	4,3	6,3	6,6	7,0	9,3	10,3	12,0
Insgesamt	61,4	59,1	60,5	62,4	48,6	51,6	58,3

¹ Als Grundvariante wird diejenige Vorausberechnung bezeichnet, die sich bei Zugrundelegung der jeweils mittleren Annahmevariante für die Geburtenziffern, die Sterbeziffern und die Wanderungen ergibt.

(Quelle: 2/269)

Wie aus den Berechnungen des DIW hervorgeht, ist der voraussehbare Rückgang der Bevölkerungszahl der BRD allein auf die Entwicklung des bundesdeutschen Bevölkerungskörpers zurückzuführen. Nach der angegebenen Grundvariante wird die Zahl der Bundesdeutschen im Jahre 2000 um dreieinhalb Millionen niedriger liegen als zum Beispiel Anfang des Jahres 1980.

Um seine Bevölkerungsvorhersage nicht auf *einer* Annahme basieren zu lassen, hat das DIW unterschiedliche Hypothesen zu den Einflußfaktoren der weiteren Bevölkerungsentwicklung erarbeitet. Dadurch sind die o. g. Schätzintervalle entstanden, die die vorausberechnete Bevölkerungszahl nicht strikt auf *einen* Wert festlegen.

Im Rahmen seines Berechnungsmodells geht das DIW hinsichtlich der Geburtenentwicklung allgemein davon aus, daß die Geburtenziffern für die bundesdeutsche Bevölkerung (ohne Ausländer) weiterhin auf dem seit Anfang der 70er Jahre niedrigen Niveau verharren werden. Es wird zwar altersspezifisch unterschiedliche Entwicklungen geben (z. B. Rückgang bei den 15–24jährigen, Anstieg bei den 24–29 und über 38jährigen sowie Konstanz bei den 29–38jährigen), die sich aber gegenseitig kompensieren (2/265). Für die ausländische Bevölkerung wird eine positive Entwicklung der Geburtenziffern erwartet.

Während sich die Geburtenziffern in den nächsten 15 Jahren nicht wesentlich verändern sollen, wird hingegen eine weitere Verringerung des Sterberisikos unterstellt. Bis zum Jahre 2000 wird eine Verringerung der Sterbeziffern

um durchschnittlich 15 v. H. für wahrscheinlich gehalten (2/267). Mit einer verringerten Sterbewahrscheinlichkeit rechnen u. a. auch *Mackensen* und *Jung*; allerdings sehen sie lediglich einen Rückgang um acht Prozent voraus (3/50). Die Sterbeziffern für die Ausländer sollen für die bis 10jährigen „beträchtlich über, von zehn Jahren an beträchtlich unter den Ziffern für die Gesamtbevölkerung liegen“ (2/267). Es wird vermutet, daß die älteren lebensbedrohlich Erkrankten in ihre Heimatländer zurückkehren, hingegen schwerkranke Kinder bei ihren Eltern in der Bundesrepublik bleiben.

Als dritter, die zukünftige Bevölkerungsentwicklung beeinflussender Faktor wurde der zukünftige Wanderungsstrom vorausgeschätzt. Hier hat das DIW für Ausländer und Deutsche jeweils drei Varianten des Nettozuzugs errechnet, wobei Asylantenströme, politische Entscheidungen zum Zuzugsstopp ausländischer Erwerbsspersonen, Familienzusammenführung von Ausländern sowie Einwanderungen von Deutschstämmigen u. a. aus Osteuropa Berücksichtigung fanden. Die Größenordnung der Vorausschätzungen kann aus der nachstehenden Übersicht (Tab. 2) entnommen werden.

Die sinkenden Geburtenziffern werden nicht durch die Pille verursacht; es sind die allgemeinen gesellschaftlichen Umstände, die die jungen Menschen in ihrer individuellen Lebensplanung dazu führen, daß sie sich lediglich für ein Kind, höchstens zwei entscheiden. Das soll, so die Vorausschätzungen, auch in Zukunft so bleiben.

Mackensen und *Jung* (3/47) sehen in der Entscheidung für weniger Kinder eine „ökonomisch-wohlstandsorientierte“ Notwendigkeit. Außerdem kann, je weniger Kinder in der Lebensgemeinschaft vorhanden sind, desto mehr in die Qualität ihrer Erziehung und Ausbildung investiert werden. Die „Realität“, folgern die genannten Autoren, „verdeutlicht uns doch jeden Tag aufs neue, wie problematisch es ist, dennoch viele Kinder zu haben: steigende Arbeitslosigkeit, Finanzprobleme, Wohnungsnot, Kriminalität, Alkoholismus, Drogenabhängigkeit und die rapide Zunahme an Krankheiten mit psychosozialen Ursachen als sichtbare Folgen, der zu unserem ‚Wohle‘ gefällten Entscheidungen lassen eher weniger als mehr Menschen ratsam erscheinen“ (3/47).

Die Bedeutung der gesellschaftlichen Umstände für die Entscheidung für mehr oder weniger Kinder zeigt sich auch im generativen Verhalten der ausländischen Bevölkerung der BRD. Es nähert sich nach deren längerem Aufenthalt in der BRD dem der bundesdeutschen Bevölkerung an (vgl. Variante G-2 für Ausländer in der Übersicht 2 sowie 3/48).

Aus der vorausgeschätzten Bevölkerungsentwicklung lassen sich Fragen und Annahmen nach bzw. über die Entwicklungstrends formulieren, die in verschiedenen Szenarien und Prognosen mehr oder weniger realistisch behandelt werden, die aber hier von ihren Ergebnissen nicht alle aufgeführt werden können. Einige der Fragen und Annahmen sollen nachfolgend kurz angesprochen werden, um mit ihnen zu demonstrieren, welche gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme für die BRD der Bevölkerungsrückgang aufwirft.

Eine sinkende Bevölkerungszahl bedeutet, vom Binnenmarkt betrachtet, eine sinkende Zahl von Nachfragern nach Gütern und Dienstleistungen. Davon werden zunächst die Wirtschaftsinstitutionen betroffen werden, die direkt mit

Tabelle 2: Mögliche Annahmen über die Entwicklung der Sterbeziffern, der Geburtenziffern und der Wanderungen bei Deutschen und Ausländern

Varianten		Deutsche	Ausländer					
Sterbeziffern	S 1	Sterbeziffern der Gesamtbevölkerung von 1977/79 konstant						
	S 2	Sterbeziffern für die Gesamtbevölkerung von 1977/79 verringern sich in 20 Jahren bei allen Altersjahren um 15 v. H. (= 0,8 v. H. jährlich).	Sterbeziffern für die ausländische Bevölkerung im Jahr 1979 (geschätzt) bleiben konstant.					
	S 3	Wie vorstehend, aber Verringerung um 20 v. H. statt 15 v. H. (= 1 v. H. jährlich).	Wie vorstehend, aber Anpassung der Ziffern bei den 0-10jährigen innerhalb von 20 Jahren an die Ziffern der Gesamtbevölkerung von 1977/79.					
Geburtenziffern	G 1	Konstanz der Geburtenziffern der Deutschen im Jahr 1979 (Nettoreproduktionsrate = 0,628).	Konstanz der Geburtenziffern der Ausländer im Jahr 1979 (Nettoreproduktionsrate = 0,941).					
	G 2	Konstanz der Nettoproduktionsrate der Deutschen (0,628) bei generationspezifischer Änderung der Geburtenziffern bis 1990: 15-24jährige: Rückgang 24-29jährige: Anstieg 29-38jährige: Konstanz über 38jähr.: Anstieg	Rückgang der Nettoproduktionsrate der Ausländer von 0,941 im Jahr 1979 auf 0,862 im Jahr 1990 bei generationspezifischer Änderung der Geburtenziffern bis 1990: 15-19jährige: Konstanz 19-45jährige: Rückgang über 45jähr.: Konstanz					
	G 3	Wie vorstehend, wobei die generationspezifischen Änderungen von einer Zunahme der Geburtenziffern in allen Altersjahren überlagert werden (bis 2000 um 0,9 v. H. jährlich), so daß die Nettoreproduktionsrate von 0,628 im Jahr 1979 auf 0,745 im Jahr 2000 steigt.	Wie vorstehend, wobei die generationspezifischen Änderungen von einer allgemeinen Zunahme der Geburtenziffern überlagert werden (bis 2000 um 0,9 v. H. jährlich), so daß die Nettoreproduktionsrate von 0,941 im Jahr 1979 auf 1,031 im Jahr 2000 steigt.					
Wanderungen	Jährliche Zu- und Fortzüge und Wanderungssalden von 1990 bis 2029							
		Zu- züge	Fort- züge	Saldo		Zu- züge	Fort- züge	Saldo
	WK	Keine Wanderungen				Keine Wanderungen		
	W20	70 000	50 000	20 000	W40	459 000	419 000	40 000
	W30	80 000	50 000	30 000	W50	463 000	413 000	50 000
W40	90 000	50 000	40 000	W60	468 000	408 000	60 000	

(Quelle: 2/265)

der privaten Konsumtionssphäre verknüpft sind (Verbrauchsgüterhersteller, private und öffentliche Dienstleistungen). Von ihnen werden Wirkungen auf ihre Zulieferer ausgehen, so daß schließlich der gesamte Wirtschaftssektor betroffen ist. Zugleich werden sich auch die Konsumentengruppen verschieben: Bei niedrigen Geburten- und sinkenden Sterbeziffern verschiebt sich der altersstrukturelle Aufbau zugunsten höherer Altersgruppen, die andere Bedarfsorientierungen aufweisen als jüngere.

Durch die erwartete Bevölkerungsentwicklung werden sich Umfang und Struktur des Erwerbspersonenpotentials im Vergleich zur Gegenwart verändern. Jüngere Erwerbspersonen wachsen in deutlich verringertem Umfange nach. Die Anteile der Erwerbstätigen mittleren und höheren Alters werden zunehmen. Es stellt sich die Frage, ob das Folgen für die betrieblichen Arbeitsbedingungen haben muß bzw. wird, außerdem, ob von einem durchschnittlich höheren Alter der Erwerbstätigen Konsequenzen für den Innovationsprozeß ausgehen werden. Die vorausgeschätzte Bevölkerungsentwicklung wirft des weiteren Fragen auf nach der Zukunft des Gesundheits- und Sozialversicherungssystems, der Infrastrukturbereitstellung, des Wohnungsbaus und der Raumordnung. Wie wird das Alterssicherungssystem aussehen müssen, wenn es weniger Erwerbstätige geben wird, wenn der Anteil der Rentner und Pensionäre an der Bevölkerung wächst? Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem veränderten Bevölkerungsaufbau für das Gesundheitswesen? Welchen Umfang und welche Struktur muß das Gesundheitspersonal haben? Welche Vorsorgeeinrichtungen werden benötigt? Bei der Beantwortung dieser und anderer Fragen ist zu beachten, daß die zu erwartende durchschnittlich ältere Bevölkerung einen anderen Bedarf an medizinischen Versorgungsleistungen haben wird als die heutige BRD-Bevölkerung (vgl. 7).

Welche Zielvorstellungen müssen für den Wohnungsbau entwickelt werden, wenn abzusehen ist, daß sich die Zahl der Zusammenwohnenden (in traditionellen Familien oder anderen Lebensgemeinschaften) in einem Haushalt verringert und die Besetzung der mittleren und älteren Altersklassen der Bevölkerung höher sein wird? (Schon heute stellt sich bei dem zunehmenden Anteil älterer Bevölkerungsmitglieder die Frage, ob ihre Wohnungen auch altengerecht sind.) Muß eine verstärkte Neubaupolitik betrieben werden oder mehr eine Modernisierungs- und Umbaupolitik? Soll die Wohnbaupolitik eher die verdichteten Zonen oder die ländlichen Regionen in den Vordergrund rücken?

Dem nach dem Jahre 2000 zu erwartenden Altersaufbau der Bevölkerung muß auch die haushaltsorientierte Infrastruktur angepaßt werden. Es ist evident, daß das auf private Haushalte orientierte Infrastrukturangebot stärker auf den Bedarf älterer Bevölkerungsmitglieder ausgerichtet werden muß. Was wird aus den Kindergärten, was aus den Schulen? Wie werden sie und andere Infrastrukturangebote bei sinkenden Bevölkerungszahlen ausgelastet?

Für den Blick in die Zukunft der BRD ist aber nicht nur die Bevölkerungs-, sondern auch die Wirtschaftsentwicklung von Interesse.

2. Geringeres Wirtschaftswachstum – weniger Erwerbsmöglichkeiten

Die Entwicklung der Wirtschaft und der Erwerbsmöglichkeiten läßt sich nicht so relativ eindeutig umreißen wie die zukünftige Bevölkerungsentwicklung. Die Einflußfaktoren, denen die Wirtschaft unterliegt, sind weniger gut vorauszuschätzen als die der Bevölkerungsentwicklung, für die eine relative Stabilität angenommen werden kann.

Aus der von *Eduard Pestel* u. a. 1978 (5) erarbeiteten Vorhersage der wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen des „Deutschland-Modells“, das als eine der seriösesten und umfassendsten Prognosen betrachtet werden kann, geht hervor, daß in der Bundesrepublik zu Beginn des 21. Jahrhunderts und auf dem Wege dahin mit einem gegenüber den 60er und auch 70er Jahren deutlich verringerten Wirtschaftswachstum zu rechnen ist. Zugleich verschlechtern sich auch die Erwerbsaussichten für die Bevölkerung.

Der gesamtwirtschaftliche Leistungsertrag, gemessen am Bruttosozialprodukt, wird nach den Berechnungen von *Pestel* u. a. bis zum Jahre 2000 *durchschnittlich* nur noch 2,4 Prozent betragen. Während also für die Zukunft mit einer geringeren Zuwachsrate der gesamten Güter- und Dienstleistungserstellung gerechnet wird, werden sich die Zuwachsraten des Sozialproduktes pro Kopf erhöhen. Das mag widersprüchlich klingen, ergibt sich aber aufgrund der vorhergesagten Zuwachsrate und der sinkenden Bevölkerungszahl. Nun könnte der voreilige Schluß gezogen werden, daß geringeres Wirtschaftswachstum im Verein mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl für die Lebenssituation im Jahre 2000 und danach nicht schlecht sei, da ein (wenn auch nur geringfügig) wachsendes Sozialprodukt auf eine reduzierte Bevölkerung zu verteilen wäre und sich daher auch weiterhin ein Wohlstandszuwachs ergeben würde. Dieser Schluß ist insofern voreilig, weil die Sozialproduktkennziffer nicht per se als Wohlstandsmaß herangezogen werden kann. Die Zuwachsraten des Sozialproduktes können z. B. durch eine weitere starke Steigerung der Rüstungsproduktion verursacht werden, die wohl nur im Rahmen beschränkter Geisteshaltung als Beitrag zur Wohlstandsmehrung zu werten wäre. Die von *Pestel* u. a. vorausberechnete Erhöhung der Zuwachsrate des Sozialproduktes pro Kopf kann also nicht einfach als Wohlstandszuwachs betrachtet werden.

Eine andere, jüngere Vorausschätzung des Sozialproduktes geht von einem noch geringeren Wirtschaftswachstum aus. Sie errechnet von 1980 bis zum Jahre 2000 ein durchschnittliches Sozialproduktwachstum von 1,5 Prozent (8/114). Für die Zeiträume 2000 bis 2020 und 2020 bis 2040 erwartet sie durchschnittliche Zuwachsraten von 0,8 Prozent bzw. 0,5 Prozent (8/114). Mit einiger Vorsicht kann man also von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum zwischen ein und zwei Prozent bis zum Jahre 2000 ausgehen.

Welche Annahmen liegen den Schätzungen zugrunde? *Pestel* u. a. haben sich bei ihren Modellrechnungen nicht für ein angebots-, sondern für ein nachfrageorientiertes Modell entschieden, da sie auf dem Hintergrund des sozialökonomischen Entwicklungsniveaus der BRD die weitere Entwicklung als eine Abhängige der Nachfrage und nicht des Faktorangebots betrachten. Sie gehen nicht von einem Modell aus, das besagt, daß „sich die Produktion aus der Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit, Material, Energie) ergibt und bei dem unterstellt wird, daß die Nachfrage die Produktion absorbiert“ (5/65). Sie unterstellen vielmehr, daß sich die Produktions- und Dienstleistungserbringung aus einer von sozio-ökonomischen Größen beeinflussten Nachfrage ergeben, „wie Bevölkerungsentwicklung, Versorgungsgraden und Einkommensstrukturen“ (5/65).

Aufgrund ihrer Hypothesen und Berechnungen schätzen *Pestel* u.a. ein verhaltenes Wachstum der Endnachfrage voraus, das sich in den angegebenen Zuwachsraten für die gesamtwirtschaftliche Leistung niederschlägt. Die Nachfragekomponenten, die in eigenen Szenarien untersucht wurden, sind der private Konsum, der Staatsverbrauch und der Außenhandel (5/72–88). Der Staatsverbrauch wird nach Auffassung der Autoren am stärksten steigen. Für den privaten Konsum wird vor allem wegen Bedürfnis- und Bedarfsverschiebungen auf eine leichte Erhöhung geschlossen. Bei dem hohen Ausstattungsgrad mit langlebigen Haushaltsgütern und der sinkenden Bevölkerungszahl rechnen die Autoren in diesem Bereich nur noch „mit verhaltener Nachfrage“, ebenso bei Nahrungsmitteln. Eine „deutliche“ Nachfrageverschiebung sehen die Autoren „hin zu den Gütern des tertiären Sektors“ (5/75). Sie ist vor allem für das weitere Konsumwachstum verantwortlich. Die erwartete Nachfrageverschiebung wird von mehreren Faktoren verursacht. Einer davon ist „die zunehmende Kopflastigkeit der Alterspyramide“. „Damit steigen die Ausgaben (privater Haushalte – K.D.) im Bereich der medizinischen Versorgung und in den Bereichen Kultur und Unterhaltung“ (5/75).

Für die Entwicklung des Außenhandels bis zum Jahre 2000 wird eine negative Tendenz angenommen. Direkt für das binnenländische Wirtschaftswachstum ist der Außenbeitrag im Außenhandel verantwortlich, der Überschuß aus Ex- und Importen. Dieser wird durch Verknüpfung des „Deutschlandmodells“ von *Pestel* u.a. mit dem *Mesarovic-Pestel*-Weltmodell als eher sinkend angenommen. „Die vom Weltmodell simulierten und für das Deutschlandmodell zur Verfügung gestellten Außenhandelswerte machen deutlich, daß die in der Vergangenheit beobachteten Steigerungsraten der Exporte in Zukunft nicht mehr erwartet werden können... Jedoch kann sich der Außenbeitrag künftig tendenziell eher verringern als ausweiten“ (5/86).

Als exporthemmend werden u.a. freies Floaten der Wechselkurse, Zahlungsbilanzprobleme der Entwicklungsländer sowie Zahlungsbilanzprobleme vieler Industrieregionen durch notwendige Einfuhren teurer Energierohstoffe betrachtet. Als importbeschleunigend gelten u.a. die Auswirkungen des freien Floatens im umgekehrten Sinne wie bei den Exporten sowie das Arbeitskostengefälle arbeitsintensiver Industrien (5/86f.).

Aus dem aufgezeigten Trend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung folgt als plausible Konsequenz für den Arbeitsmarkt, daß sich die Erwerbssaussichten für die abhängig Beschäftigten verschlechtern. Unter gleichbleibenden Umständen muß für die BRD auch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert mit einer hohen Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Denn es ist nicht vorstellbar, daß bei durchschnittlichen Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums von ein bis zwei Prozent die jeweils aktuellen Arbeitslosen wieder- und die nachwachsenden jungen abhängig Erwerbstätigen neubeschäftigt werden. Allerdings gehen die für diese Arbeit zugrunde gelegten Entwicklungsszenarien in ihren Aussagen über das Ausmaß der Verschärfung der Arbeitslosigkeit auseinander. Während *Pestel* u.a. den Höhepunkt der Arbeitslosenzahlen Mitte der 80er Jahre und danach wieder ihren Rückgang erwarten (5/121), geht *Umbach* davon aus, daß sie unter gleichbleibenden Umständen bis zum Jahre 2000 auf

4 Millionen ansteigen werden (8/118). Wie erklärt sich die Divergenz, wenn doch die Vorausschätzungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ziemlich nahe beieinanderliegen? *Pestel* u. a. haben in ihrem Vorhersagemodell die Wirkungen des technischen Wandels oder des Produktivitätsfortschritts auf die Arbeitskräftenachfrage unter- und die Folgen der Bevölkerungsentwicklung für den Arbeitsmarkt überschätzt. In der Tat wird sich aufgrund des Bevölkerungstrends die Erwerbstätigenzahl verringern, abgesehen von vielleicht verlängerten Ausbildungszeiten und einer sinkenden Frauenerwerbsquote. Auf der anderen Seite kann aber davon ausgegangen werden, daß das Rationalisierungspotential des auf der Mikroelektronik beruhenden technischen Wandels noch beträchtlich höher ist als gegenwärtig beobachtbar und daß auch ein sinkendes Erwerbspersonenangebot nicht mehr in vollem Umfange in den Wirtschaftsprozess integrierbar ist. Der Dienstleistungssektor, der ja durch Verschiebungen im privaten Konsumbereich (nach dem „Deutschland-Modell“) expandieren soll, wird nicht per se in Zukunft der Hauptbeschäftiger sein, wie *Pestel* u. a. (5/117) vermuten. So erwarten zum Beispiel Mackintosh und Prognos in Untersuchungen über den „Technischen Fortschritt“ und seine Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt Beschäftigungsminderungen in den Dienstleistungszweigen Groß- und Einzelhandel, Handelsvermittlung, Verkehr und Versicherungen (1/132). Auch in anderen Dienstleistungsbereichen dürfte ein verminderter Beschäftigungsbedarf aufgrund des beschleunigten Einsatzes von neuen Informations- und Kommunikationstechniken auftreten.

Beide Vorhersagemodelle der Entwicklung der Erwerbsmöglichkeiten geben also keinen Anlaß für Hoffnungen, daß im Jahre 2000 das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst ist. Folgt man der Vorausschau von *Umbach*, so wird es sich sogar noch verschärfen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit sieht im Rahmen seiner Vorausschau auf die Arbeitsmarktsituation im Jahre 2000 die Arbeitslosigkeit ebenfalls nicht beseitigt (vgl. 4). Nach seinen Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft und Erwerbsbevölkerung kann neben anderen Modellrechnungen damit gerechnet werden, daß die Zahl der Erwerbspersonen um 2,7 Millionen größer ist als das zu erwartende Arbeitsplatzangebot (25,2 Millionen, 4/62). Von diesem erwarteten „Erwerbspersonenüberschuß“ werden 1,8 Millionen registrierte Arbeitslose sein. Die vorausgeschätzte Arbeitslosenzahl liegt geringfügig unter der des Jahres 1982 (1 833 000), dem Basisjahr der IAB-Modellrechnung, und deutlich unterhalb der errechneten Zahlen für das Jahr 1990 (ca. 2,36 bis 2,37 Millionen). Die hohe Zahl der registrierten Arbeitslosen dieses Jahres wird vor allem wegen des demografisch bedingten Zuwachses an deutschen Erwerbspersonen hervorgerufen, die wegen des voraussichtlich im Durchschnitt geringen Wirtschaftswachstums und des Produktivitätsfortschritts nicht in den Arbeitsprozeß integriert werden können. Durch das Abebben der „demografischen Welle“ und andere Effekte (z. B. Arbeitszeitverkürzung) wird sich dieser Vorausschätzung zufolge nach 1990 die Zahl der registrierten Arbeitslosen wieder verringern.

Nach einer anderen Modellrechnung des IAB kann sich die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 jedoch noch erheblich verschärfen. Bei vorausgeschätztem höchstem Erwerbspersonenzuwachs, verursacht durch eine stark steigende Frauenerwerbsquote, und bei einem angenommenen hohen Ausländerzustrom sowie einem „äußerst schwachen Wirtschaftswachstum“ könnte unter Berücksichtigung eines maximalen Vorruhestandeffekts die registrierte Arbeitslosenzahl bis 1990 auf 3,5 bis 3,7 Millionen anwachsen und in den 90er Jahren nochmals um eine Million zunehmen. Das Eintreffen dieser Variante sieht das IAB jedoch als wenig wahrscheinlich an, weil es nicht plausibel erscheint, daß bei sehr schwachem Wirtschaftswachstum die „Frauenerwerbsneigung“ und die Zahl ausländischer Arbeitskräfte deutlich zunehmen werden (4/59). Diese vom IAB unter ungünstigen Entwicklungsbedingungen berechnete hohe Zahl registrierter Arbeitsloser im Jahre 2000 entspricht in der Größenordnung ungefähr der von *Umbach* geschätzten Arbeitslosenzahl. Im Gegensatz zum IAB sieht dieser die hohe Arbeitslosenzahl jedoch als Folge sehr niedrigen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitig hohen Produktivitätsfortschritten.

Die für das Jahr 2000 vorausgerechneten Arbeitslosenzahlen stellen, auch wenn sie in ihren Größenordnungen aufgrund unterschiedlicher Annahmen voneinander abweichen, eine Herausforderung für die gegenwärtige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dar, denn über die zukünftigen Erwerbsmöglichkeiten insbesondere der nachwachsenden Generation wird heute entschieden.

Klassenstruktur und Herrschaft

Zur Sozial- und Klassenstruktur in der Mitte der achtziger Jahre. Tendenzen ihrer zukünftigen Entwicklung

Eberhard Dähne

1. Sozialökonomische Eckdaten – 1.1 Bevölkerungsentwicklung – 1.2 Erwerbsverhalten – 1.3 Arbeitsplätze – 1.4 Arbeitsmarktbilanz – 2. Zur Entwicklung der Sozial- und Klassenstruktur – 2.1 Entwicklung sozialstatistischer Hauptgruppen – 2.2 Klassen und Schichten in der Mitte der 80er Jahre – 2.2.1 Erwerbstätige nach sozialökonomischen Sektoren – 2.2.2 Zur Polarisierung der Klassenstruktur – 2.2.3 Zu einzelnen Klassen und Schichten

Die sozialökonomischen Eckdaten für Überlegungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Sozial- und Klassenstruktur werden – abgesehen von der bereits unklaren Ausgangslage – durch die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung und ihrer Erwerbsbeteiligung sowie die ökonomische Entwicklung gesetzt. Dabei zerfallen diese – nur vermittelt zu denkenden – Blöcke in eine Vielzahl von miteinander und gegeneinander verknäuelten Einzelfaktoren.

So wird die zukünftige Einwohnerzahl der Bundesrepublik auch davon bestimmt, wie sich die Ausländerwanderung entwickelt. Die Zahl der Menschen, die im Jahr 2000 Arbeit suchen, hängt wesentlich davon ab, ob sich die Frauen in der Bundesrepublik auch dann noch mit einem ähnlich niedrigen Grad der Erwerbsbeteiligung zufriedengeben wie gegenwärtig. 1980 waren beispielsweise 84 % aller Schwedinnen, 67 % aller Engländerinnen, 63 % aller Amerikanerinnen, aber nur 51 % aller bundesdeutschen Frauen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren erwerbstätig.¹ Es liegt auf der Hand, daß die Erwerbsbeteiligung durch die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ermutigt oder entmutigt werden kann.

Besonders kompliziert ist die Vorausschätzung der zukünftigen Zahl der Arbeitsplätze, zumal wir davon ausgehen müssen, daß es (– abgesehen von denkbaren massiven Krisen auf den Finanzmärkten –) bis zum Jahr 2000 noch einige zyklische Krisen geben wird – was selbst in den besten bürgerlichen Projektionen der zukünftigen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials und der Arbeitsplätze verdrängt wird.²

1 Christian Brinkmann, Lutz Reyher, Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 1/85, S. 7.

2 So in der von uns im folgenden häufig zitierten Projektion: Wolfgang Klauder, Peter Schnur, Manfred Thon, Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre. Neue Modellrechnungen für Potential und Bedarf an Arbeitskräften, in: MittAB, 1/85, S. 41 ff; im folgenden abgekürzt als *IAB/Prognos-Projektion*.

Zu berücksichtigen ist ferner die „Historizität“ der benutzten Begriffe. Arbeitsplatz ist schon heute nicht gleich „Arbeitsplatz“, weil es sich bei einem Teil von ihnen um „Stellen“ handelt, die vom stockenden Teil der Reservearmee³ eingenommen werden.

Schließlich sei darauf verwiesen, daß die Anzahl, Struktur und Menschenwürdigkeit zukünftiger Arbeitsplätze auch etwas mit der fast 140 Jahre alten Erkenntnis „Alle Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen“ zu tun hat. Gelingt es den Lohnabhängigen der Bundesrepublik, eine durchdringende Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen? (Rückblickend ist darauf zu verweisen, daß ohne die erfolgten Arbeitszeitverkürzungen seit 1960 ganze 20 Millionen Erwerbstätige – statt gegenwärtig 25 Millionen – ausreichen würden, um das Bruttosozialprodukt des Jahres 1985 zu erwirtschaften.⁴)

Die zitierte Einsicht läßt sich mühelos durch alle Abteilungen des Wirtschaftskörpers der BRD verfolgen. Die Zahl der Landwirte im Jahr 2000 wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, den ökonomischen Zwang zu ständig steigender Intensivierung der Agrarproduktion zu durchbrechen und ernst zu machen mit der Forderung, daß die Landwirtschaft eine wichtige Funktion für die Erhaltung der Kulturlandschaft habe. Ähnlich im Bereich des produzierenden Gewerbes: Wieviel mehr Bauarbeiter wären nötig, wenn bei allen Baumaßnahmen ökologische Gesichtspunkte stärker berücksichtigt würden, wenn zum Beispiel alle Bäume, die älter als 20 Jahre sind, durch erprobte Techniken am Leben blieben?⁵ Gravierend sind nach wie vor die Lücken im Bereich der sozialen Infrastruktur. Werden sie bis zum Jahr 2000 größer oder kleiner? Was wird, entscheidet also nicht zuletzt das „Kräfteverhältnis der Kämpfenden“.

Mit diesen Stichpunkten seien die Probleme und Unwägbarkeiten der folgenden „Prognosen“ angedeutet. Angesichts des beschränkten Raums kann hier auf die Schätzmethode nicht eingegangen werden.

1. Sozialökonomische Eckdaten

1.1 Bevölkerungsentwicklung

Nach einer mittleren Variante wird es im Jahr 2000 rund 2 Millionen Einwohner weniger als gegenwärtig in der Bundesrepublik geben, was Auswirkungen auf alle konsumorientierten Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion haben wird. Das gilt noch deutlicher im Hinblick auf die zu erwartenden Veränderungen der Altersstruktur. Weil die geburtenstarken Jahrgänge ins gebärfähige Alter aufrücken, werden die Kinderzahlen (bis unter 15 Jahre) nur noch geringfügig zurückgehen. Gesellschaftliche Einrichtungen zur Kin-

3 Zur Begrifflichkeit vgl. Eberhard Dähne, Jörg Dieckhoff, Materialien zur Entwicklung der Einkommen und der individuellen Konsumtion der Lohnabhängigen in den siebziger Jahren, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2, Frankfurt/M. 1979, S. 205 ff.

4 Berechnet nach den Tabellen in MittAB, 1/85, S. 24 f.

5 Vgl. Eberhard Dähne (Hg.), Gemeindeleute. Handbuch für eine alternative kommunalpolitische Praxis, Frankfurt/M. 1985, S. 443 ff.

dererziehung müssen also im wesentlichen in ihrem gegenwärtigen Umfang erhalten bleiben, der entstehende Spielraum zu Qualitätsverbesserungen genutzt werden. Die gravierendste Veränderung spielt sich in der Altersgruppe der 15- bis unter 25jährigen ab. Diese Gruppe wird von derzeit gut 10 Millionen Menschen auf etwa 6 Millionen zurückgehen, was nicht nur zu Problemen für die Bundeswehr führt. Diese Altersgruppe ist für bestimmte Bereiche des Dienstleistungssektors die tragende Nachfragesäule (wer soll die Papp-Semmeln von MacDonald's vertilgen?). Dieses „Loch“ – im wesentlichen durch die Menschenverluste zweier Weltkriege bedingt – verweist übrigens darauf, daß platte Vergleiche zwischen der BRD und den USA schon aus diesem Grund fragwürdig sind.⁶

Die Altersgruppe der 25- bis unter 60jährigen – zum größten Teil erwerbstätig – wird bis zum Jahr 2000 noch um rund eine Million Personen zunehmen, was auch für die Gruppe der über 60jährigen gilt. Letzteres erfordert Überlegungen im Hinblick auf den Aufbau und Ausbau spezifischer Einrichtungen der gesellschaftlichen Konsumtion, zumal die Zahl der „Alten“ nach dem Jahr 2000 weiter rasch ansteigt. Allein aus den skizzierten demographischen Gründen wird die Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Leistungen des Gesundheitswesens schätzungsweise um 6–7 % ansteigen.⁷ Probleme mit der Rentenversicherung aus demographischen Gründen wird es bis in das nächste Jahrtausend hinein nicht geben. Die Belastungsquote – das Verhältnis von Personen im erwerbsfähigen Alter (20–60) zur übrigen Bevölkerung – verschlechtert sich erst nach dem Jahr 2020, dann freilich drastisch. Daß trotzdem gegenwärtig schon „in Panik“ gemacht wird, hat zum einen die Funktion, von den systembedingten Ursachen der Rentenfinanzierungsmisere (Arbeitslosigkeit, Stagnation der Arbeitseinkommen) abzulenken; zum anderen versuchen die konservativen Strategen, reaktionäre Lösungsmodelle propagandistisch vorzubereiten.

Die grob skizzierten Veränderungen des Altersaufbaus der Bevölkerung wirken auf die sozialstatistischen Gruppen in unterschiedlicher Weise. So werden „Arbeiter“ in den nächsten 15 Jahren altersbedingt weit überdurchschnittlich aus dem Erwerbspersonenpotential hinauswachsen. Nach dem Mikrozensus von 1982 waren zum Beispiel 37 % aller Bergleute, 39 % der Chemiewerker, 46 % der Metallerzeuger, 43 % der Maschinisten und 40 % der Hilfsarbeiter verschiedener Kategorien (vgl. unter 2.1) älter als 45 Jahre, was angesichts der teilweise überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten dieser Alters- und Berufsgruppen im Hinblick auf die Erwerbspersonen noch deutlicher ausgeprägt ist. Um die 20 % aller Erwerbstätigen zählten zu Berufsgruppen mit überdurchschnittlichem Alter, was unter anderem darauf verweist, daß das Potential für sogenannte „weiche“ Lösungen des Arbeitsplatzabbaus über die Altersfluktuation beachtlich ist.

6 Vgl. Jürgen Espenhorst, Kein „Beschäftigungswunder“ in den Vereinigten Staaten, in: Die Mitbestimmung, 1/1985, S. 38 ff.

7 Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Leistungsnachfrage und Ausgaben im Gesundheitswesen, Gesundheitsforschung 95, Wiesbaden 1982, S. K 33 f.

Selbst dann, wenn diese Arbeitsplätze wieder neu besetzt werden, ist dies mit einer Umdefinition des Anspruchsprofils (vor allem den Alterserwartungen) durch die Unternehmer verbunden. Das hat zur Folge, daß der Arbeitsmarkt für ältere Arbeiter (und natürlich auch für Angestellte) in den nächsten 15 Jahren immer enger wird. Nicht nur hier – sondern auch bei hochqualifizierten Arbeitsplätzen, wo „älter als 45 Jahre“ nahezu mit Chancenlosigkeit gleichzusetzen ist – sind die Betriebsräte gefordert. Sie müssen versuchen, Einfluß auf Stellenausschreibungen zu nehmen. Schließlich verweist der skizzierte Umstand darauf, daß neue Formen der Gewerkschaftsarbeit, die über die Seniorenarbeitskreise weit hinausgehen, entwickelt werden müssen. Die „Senioren“ werden erstens immer mehr und zweitens immer jünger.

20–25 % der Erwerbstätigen gehören zu Berufsgruppen mit deutlich unterdurchschnittlichem Alter. So waren beispielsweise 55 % aller Feinblechner, 63 % der Mechaniker, Werkzeugmacher und Metallfeinbauer, 60 % der Elektriker, 63 % der technischen Sonderfachkräfte jünger als 35 Jahre. Aber auch Ernährungs- und Verkaufsberufe, Dienstleistungskaufleute, Gesundheitsberufe u. a. haben eine sehr junge Altersstruktur. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß viele Berufsgruppen mit Lehrlingen so vollgestopft sind, daß nur ein geringer Prozentsatz nach der Lehre übernommen werden kann, was vor allem für viele Mädchen (z. B. Friseurinnen), aber auch für Jungen (KFZ-Instandhalter) gilt. Daß es hier Probleme gibt, zeigt das steile Wachstum der Zahl der Arbeitslosen in der Altersgruppe 20 bis 25 Jahre in den letzten zwei bis drei Jahren. Das Problem wird unseres Erachtens bis an die Schwelle der 90er Jahre andauern.⁸

Das jugendliche Profil der aufgezählten Berufe wird in vielen Fällen bedeuten, daß der Ersatzbedarf auf absehbare Zeit gering bleibt. Das gilt insgesamt, aber auch für Überwechsler aus dem Handwerk in die Industrie sowie für Jugendliche aus weniger entwickelten Regionen, die Arbeitsplätze an den Standorten (noch) prosperierender Industrie suchen.⁹ Für das Kapital ergibt sich unter herrschaftsstrategischen Gesichtspunkten, daß die Konkurrenz unter den Jugendlichen auch nach der Lehre größer als früher bleibt, was die Einübung von organisiertem, solidarischem Handeln erschwert. Es besteht die Gefahr, daß vielen Jugendlichen das Rückgrat gebrochen wird, bevor sie überhaupt erstmals einen halbwegs befriedigenden, festen Arbeitsplatz gefunden haben.

1.2 Erwerbsverhalten

Neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung wird das zukünftige Erwerbspersonenpotential (= EW_{Po} = Erwerbstätige + amtlich registrierte Arbeitslosigkeit + Stille Reserve) zunächst durch die Wanderungsbewegung bestimmt, wobei vor allem die Salden der Ausländerwanderung eine Rolle spie-

⁸ Nicht mehr ausgewertet werden konnte MittAB, 2/85, das sich mit dieser Problematik befaßt.

⁹ Vgl. Frank Gerlach, Thesen zu sozialstrukturellen Auswirkungen der Krise, in: *Sofi-Mitteilungen* Nr. 11/1985, S. 51 ff.

len. Nach der IAB/Prognos-Projektion bewegen sich die entsprechenden Werte für das EwPo der Ausländer im Jahr 2000 zwischen 2,3 Millionen und 3,5 Millionen, was gegenüber dem Stand von 1982 im Falle der oberen Variante eine zusätzliche Arbeitsplatznachfrage von + 1,2 Millionen bedeuten würde.¹⁰

Tatsächlich war die Ausländerabwanderung – auch aufgrund der Ausländerfeindlichkeit, ihrer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit sowie den Rückkehrprämien, bei denen sie um 50 % ihrer Rentenansprüche betrogen wurden – in den letzten Jahren sehr stark. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm vom Juni 1975 bis zum September 1984 um 460 000 ab.¹¹ Allerdings spricht vieles für die These, daß die Stille Reserve bei den Ausländern bisher unterschätzt wurde und bereits 1981 bei 350 000 – 400 000 Personen gelegen hat.¹² Auch angesichts der Tatsache, daß das berufliche Qualifikationsniveau der Ausländer deutlich gestiegen ist (Fach- und Vorarbeiter waren 1980: 19 % aller Italiener, 42 % aller Jugoslawen, 31 % aller Griechen, 15 % aller Türken)¹³ gehen wir davon aus, daß das Erwerbspotential der Ausländer im Jahr 2000 über dem der Mitte der 80er Jahre liegen wird.

Die große Unbekannte bei der Projektion des EwPo ist das zukünftige Erwerbsverhalten der Frauen. Bekanntlich sind die Erwerbsquoten der Frauen vor allem seit Mitte der 60er Jahre – trotz des anhaltenden Rückgangs der mithelfenden Frauen in der Landwirtschaft – deutlich gestiegen. Die IAB/Prognos-Projektion markiert die Spannweite des inländischen EwPo, das 1982 schätzungsweise 26,1 Millionen Personen umfaßte, durch folgende Varianten: *Untergrenze*: „Abschwächung der langfristigen Verhaltenstrends, insbesondere bei Frauen“ (EwPo 1990: 26,8; 2000: 25,2 Millionen).

Obergrenze: „stärkerer Anstieg der Frauenerwerbsneigung . . .“ (EwPo 1990: 27,3 Millionen; 2000: 26,5 Millionen).¹⁴ Es ergibt sich also, daß das EwPo – gleichgültig, welche Verhaltensvariante sich stärker durchsetzt – bis 1990 ansteigt und erst danach aus demographischen Gründen zurückgeht, in seiner oberen Variante aber auch im Jahr 2000 noch um 400 000 über dem Stand von 1982 liegt.

Nach unserer Ansicht wird sich die Entwicklung der Erwerbsbereitschaft der Frauen eher an der oberen Variante orientieren.

Beim Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit spielte nicht zuletzt ihr wachsendes formales (abgeschwächt auch berufliches) Qualifikationsniveau eine Rolle, das in der Altersgruppe der 15- bis unter 35jährigen bereits heute höher

10 A.a.O., S. 51.

11 Nach: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Jahreszahlen 1975, S. 21, und Jahreszahlen 1984, S. 16.

12 Rainer Schmidt, Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit bei Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Die Weltwirtschaft, 1/1983, S. 76.

13 Derselbe, Die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Anwerbestopps, in: Die Weltwirtschaft, 2/1984, S. 151 f.

14 A.a.O., S. 51.

als das der Männer ist. 12,4 % aller erwerbstätigen Frauen dieser Altersgruppe haben Abitur (Männer 13,4 %). 33 % dieser jungen Frauen haben einen Realschulabschluß (erwerbstätige Männer 21 %), was bedeutet, daß die Quote der Männer, die ohne oder mit Hauptschulabschluß arbeiten, wesentlich über der der Frauen liegt. In der benannten Altersgruppe beträgt die Erwerbsquote der Frauen mit Realschulabschluß 76 %, die der Abiturientinnen (zum Teil befinden sich diese Frauen noch im Ausbildungssystem) rund 70 %, bei einer Erwerbsquote aller Frauen dieser Altersgruppe von 57 %. Von den rund 950 000 Frauen in der Bundesrepublik, die 1982 einen Fachhoch- oder Hochschulabschluß hatten, waren 72 % Erwerbspersonen (darunter etwa 30 000 registrierte Arbeitslose).¹⁵

Wachsende Anteile – auch jüngerer Frauen – sind Alleinstehende (häufig mit Kindern), die auf volle Erwerbstätigkeit angewiesen sind.

Angesichts der zukünftigen Entwicklungstendenzen auf den einzelnen Teilarbeitsmärkten für Frauen, aber auch auf denen, wo sie mit den Männern konkurrieren, wird es zunehmend riskanter, die Erwerbstätigkeit auch nur vorübergehend zu unterbrechen, weil ein späterer Wiedereinstieg – zumindest auf der gleichen Qualifikationsstufe – immer schwieriger wird.¹⁶ Angesichts des hohen formalen Qualifikationsniveaus der Frauen werden es auch immer mehr werden, die ihre Aufstiegsmöglichkeiten durch Unterbrechung der Berufstätigkeit nicht schmälern wollen.

Wir gehen davon aus, daß sich die Erwerbsneigung der Inländer gemäß der oberen Variante, die der Ausländer nach einer mittleren Variante entwickeln wird und schätzen das EwPo im Jahr 2000 auf 29 Millionen (was etwa dem gegenwärtigen Niveau entspricht), damit eher an der Obergrenze der IAB/Prognos-Projektion liegend, die einen „Korridor“ von 27,5 Millionen bis 30,1 Millionen projektiert.

1.3 Arbeitsplätze

Prognosen über die zukünftige Zahl der Arbeitsplätze haben unter kapitalistischen Verhältnissen die gleiche Treffsicherheit wie Wettervoraussagen. Aus ähnlichen Gründen: Die komplexe Erscheinung „Wetter“ wird in ihrem natürlichen Wirkungsgefüge noch nicht durchschaut; Unsicherheiten von Arbeitsplatzprognosen resultieren aus der Tatsache, daß in einer Gesellschaftsformation prognostiziert wird, „worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert“.¹⁷

Aufgrund verschiedener Annahmen über die zukünftige Entwicklung von Produktion und Produktivität schätzt die IAB/Prognos-Projektion die Zahl der Arbeitsplätze (1984 = 25,2 Millionen) im Jahr 2000

15 Berechnet nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.2, Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen 1982, S. 22 ff.

16 Karin Gottschall, Jürgen Müller, Frauen auf dem Arbeitsmarkt – Wachsende Risiken oder neue Chancen?, in: *Sofi-Mitteilungen* Nr. 11/1985, S. 33.

17 Karl Marx, *Das Kapital*, Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 95.

- im ungünstigsten Fall auf 22,6 Millionen
- im günstigsten Fall auf 26,3 Millionen.¹⁸

Dabei ist für alle Varianten *eine jährliche Arbeitszeitverkürzung von 1 % bis 1,3 % unterstellt!* Gelingt es nicht, diese durchzusetzen, dann verringert sich die Zahl der Arbeitsplätze entsprechend. Bei der oberen Variante werden für den Zeitraum 1982/2000 im Jahresdurchschnitt unterstellt: Wachstum des Bruttoinlandprodukts um 3 %, der Produktivität pro Erwerbstätigen um 2,8 %, Arbeitszeitverkürzung um 1,2 %. Selbst bei diesen sehr optimistischen Annahmen ergibt sich nur ein Zuwachs der Zahl der Arbeitsplätze gegenüber dem gegenwärtigen Stand von 1,1 Millionen.

Eine IMSF-Schätzung, die im Kern von den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten¹⁹ nach Wirtschaftszweigen im September 1984 ausgeht (also einem saisonal günstigen Monat, in dem die neuen „Azubis“ erfaßt sind), ergibt eine Verminderung der Zahl der Arbeitsplätze um rund 1 Million oder um 4 % des Bestandes vom September 1984.

Tabelle 1: Erwerbstätige 1980, 1984, 2000 (in 1000 und %)

	1980 ^a		1984 ^b		1984 ^c		2000 ^d	
	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%
Land- und Forstwirtschaft usw.	1 440	5	1 370	5	1 300	5	1 100	4
Gew. Warenprod., Verkehr	13 060	50	11 960	48	12 400	47	10 300	41
Priv. u. öffentl. Dienste	11 750	45	11 850	47	12 600	48	13 900	55
Insgesamt	26 250	100	25 180	100	26 300	100	25 300	100

a Jahresdurchschnitt nach dem Mikrozensus.

b Jahresdurchschnitt; Schätzung des Statistischen Bundesamtes

c IMSF-Schätzung für September 1984

d IMSF-Schätzung

Die Ergebnisse – interessant sind weniger die absoluten Zahlen als die Entwicklungstendenz – lassen sich wie folgt interpretieren: Die bisherigen Entwicklungstrends setzen sich zukünftig fort. Der Beschäftigtenrückgang in der *Landwirtschaft* wird sich weiter abschwächen. Er beruht zukünftig vor allem auf dem Ausscheiden älterer Erwerbstätiger, für die es keinen Nachwuchs gibt.

Die Entwicklung der Beschäftigung in der *gewerblichen Warenproduktion und im Verkehrssektor* ist von Branche zu Branche – aber auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige – verschieden. Gegenwärtig noch wachsende Bereiche wie der Fahrzeugbau werden zukünftig in beträchtlichem Umfang Ar-

¹⁸ A.a.O., S. 58.

¹⁹ Zur Differenz dieser Kategorie zu den Erwerbstätigen des Mikrozensus vgl. L. Herberger, B. Becker, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Beschäftigtenstatistik und im Mikrozensus, in: Wista, H. 4/1983.

beitsplätze abbauen.²⁰ Insgesamt herrscht auch in den nächsten 15 Jahren ein Akkumulationstyp vor, dessen Merkmale *Marx* mit „Relative Abnahme des variablen Kapitalteils im Fortgang der Akkumulation und der sie begleitenden Konzentration“ gekennzeichnet hatte. Als eine der Konsequenzen dieses Akkumulationstyps sah er die „Progressive Produktion einer relativen Übervölkerung oder industriellen Reservearmee“²¹, die um so schneller wächst, desto wirksamer (und billiger!) die Rationalisierungsmittel sind, die zur Verfügung stehen.²² Dabei erstreckt sich dieser Prozeß nicht nur auf die direkte Produktion, sondern vermehrt auch auf die vor- und nachgelagerten (vor allem Büro-)Bereiche.

Die Möglichkeiten der Automations- und Rationalisierungsmittel sowie der universellen Informations- und Datenverarbeitung sind heute im großen und ganzen bekannt. Sie bekommen eine neue, in den 90er Jahren dann verstärkt wirkende Qualität durch die wachsende maschinelle Erledigung sensitiver und intelligenter Operationen, die bislang nahezu allein die menschliche Arbeitskraft verausgabte. Wir dürfen davon ausgehen, daß längerfristig 50 – 60 % aller Tätigkeiten in der Fertigung und Montage und 30 – 40 % aller Bürotätigkeiten automatisierbar sind. Es ist aber schwer abzuschätzen, wie schnell das technisch Machbare sich durchsetzt.

Dieser vorherrschende Typ der Akkumulation schließt nicht aus, daß es in einzelnen Branchen zu Beschäftigtenwachstum kommt. Entweder weil die Akkumulation des Kapitals auf gegebener technischer Grundlage fortschreitet, oder das Produktionswachstum über dem der Produktivität liegt. So stieg die Beschäftigtenzahl der insgesamt auch zukünftig schrumpfenden Elektroindustrie in den Bereichen Funknachrichtentechnik, Regel- und Steuerungseinrichtungen, Elektromedizin und Reparaturen von 106 000 (1970) auf 134 000 (1982).²³

Quer durch alle Bereiche des warenproduzierenden Sektors ist zu berücksichtigen, daß der arbeitsintensivere Handwerksanteil zunimmt. Die Großproduktion hinterläßt und eröffnet Nischen, die von kleineren Kapitalen und den selbständigen Mittelschichten ausgefüllt werden. Freilich ist als Gegentendenz die Produktionsflexibilisierung und der damit verbundene Übergang zur Kleinserienfertigung durch das große Kapital zu berücksichtigen. Auch im Handwerk sind die Rationalisierungsreserven beachtlich, nicht zuletzt im Reparaturhandwerk, das zu beträchtlichen Teilen (etwa KFZ-Reparatur!) von

20 Vgl. Dietmar Döe, Die Automobilindustrie, in: Umbruch im Produktionsbereich? Beiträge des IMSF 7, Frankfurt/M. 1985, S. 201 ff., 233 ff.

21 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O., S. 650, 657.

22 Vgl. André Leisewitz, Neue Technologien und Arbeiterklasse. Zur Entwicklung des Produktivkraftsystems in der Bundesrepublik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, S. 84 ff.; derselbe, Flexibilisierung und Intensivierung der Produktionsanlagen durch neue Techniken – Das Beispiel der Industrieroboter, in: Umbruch im Produktionsbereich? A.a.O., S. 45 ff.

23 Vgl. Jörg Goldberg, Die Elektrotechnische Industrie, in: Umbruch im Produktionsbereich? A.a.O., S. 281.

den Großkonzernen abhängig ist.²⁴ Was das bedeuten kann, haben die Mineralölkonzerne mit dem „Tankstellensterben“ vorexerziert.

Im Sektor Verkehr und Nachrichten gehen wir davon aus, daß die Qualitätsverschlechterungen bei Bahn und Post auch zukünftig andauern und in diesen Bereichen weiter Arbeitsplätze abgebaut werden. Diese Tendenz ließe sich nur aufhalten, wenn die Gewerkschaften dieses Bereichs Widerstand mobilisieren, der über ihre eigene schrumpfende Organisationsbasis hinaus breitere Teile der Bevölkerung mobilisiert.

Der Abbau von 15–20 % aller Arbeitsplätze im Bereich der gewerblichen Warenproduktion und im Verkehr wird durch das Wachstum der Beschäftigungsmöglichkeiten im *Bereich der öffentlichen und privaten Dienste* nicht aufgewogen, weil das Rationalisierungstempo auch in diesem Bereich ansteigt. Bei den „consumer services“ ist zusätzlich der Rückgang der Einwohnerzahl und die Polarisierung der Kaufkraft zu berücksichtigen. Auf der anderen Seite werden beispielsweise die Scharen von Ärzten, Apothekern, Juristen, Betriebswirten, Informatikern usw., die die Universitäten verlassen, mangels anderer Möglichkeiten häufig selbständige (Kümmner-)Existenzen begründen. Schließlich gehen wir davon aus, daß die Möglichkeit besteht, vorhandene personelle Defizite im Bereich der öffentlichen Versorgung durch Druck zum Teil abzubauen.

In einer Reihe von Dienstleistungsbereichen zeichnet sich aber bereits gegenwärtig ab, daß im Jahr 2000 die Sozialversicherungspflichtigen eine Minderheit gegenüber denen sein werden, die in „ungeschützter“ Beschäftigung tätig sind. Überhaupt werden die Bestandszahlen im Jahr 2000 noch weniger als gegenwärtig über die Qualität von Arbeitsverhältnissen aussagen.

1.4 Arbeitsmarktbilanz

Aus der Gegenüberstellung des EwPo und der zu erwartenden Zahl von Arbeitsplätzen ergeben sich Hinweise auf mögliche Größenordnungen der Ar-

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz 1984 und 2000 (in 1000)

	1984 ^a	1984 ^b	2000 ^c
Erwerbspersonenpotential	28 800	29 800	29 000
Erwerbstätige I	} 25 100	25 100	22 000
Erwerbstätige II ^d		1 200	3 300
Registrierte Arbeitslosigkeit	2 300	2 100	} 3 700
Stille Reserve	1 400	1 400	

a Jahresdurchschnitt; IAB-Schätzung

b Septemberwerte; IMSF-Schätzung

c IMSF-Schätzung

d Erwerbstätige II = Stockende und „zähflüssige“ Teile der Reservearmee

24 Was das schon heute bedeutet, wird z. B. ersichtlich bei Jörg Hofmann, Verbreitung personaldatenverarbeitender Informationssysteme in Betrieben und Verwaltungen des Landkreises Tübingen und ihre derzeit erkennbaren Auswirkungen auf die Situation abhängig Beschäftigter, Materialien aus der Kooperationsarbeit Nr. 3, Tübingen 1985, S. 52 ff.

beitslosigkeit und der Stillen Reserve. Aus den Eckdaten der IAB/Prognos-Projektion ergibt sich für das Jahr 2000 ein negativer Saldo, der im *günstigsten Fall 1,2 Millionen Personen beträgt*, im *ungünstigsten Fall* – also wenn die oberen Varianten des EwPo mit der ungünstigsten Variante im Hinblick auf die Zahl der Arbeitsplätze zusammentreffen – sogar *7,5 Millionen Personen*, die arbeiten wollen, aber nicht können.

Wir schätzen die Größenordnung dieses „Lochs“ auf 3,7 Millionen. Es wäre also trotz des demographischen Entlastungseffekts ab 1990 etwa so groß wie gegenwärtig.

Diese negative Bilanz ist zusätzlich dadurch belastet, daß sich unter den Erwerbstätigen ein steigender Anteil befindet, der zum stockenden und „zähflüssigen“ Teil der Reservearmee zählt: Beschäftigte mit kurzfristigen Arbeitsverhältnissen, die im Jahresablauf zwei, drei und mehr Beschäftigungen haben²⁵ und gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu unterdurchschnittlichen Bedingungen zu verkaufen. Das betrifft Angehörige aller sozialstatistischen Gruppen einschließlich selbständiger Kümmerexistenzen. Unsere Schätzung – wir gehen davon aus, daß es im Jahr 2000 um die drei Millionen solcher Arbeitsverhältnisse geben wird – ist wahrscheinlich noch zu vorsichtig.

Die Destabilisierung vieler Arbeitsplätze wird durch den Einsatz von Personal-Informationssystemen (PIS) vorangetrieben.²⁶ Zumal in der Kombination mit Systemen der Fertigungssteuerung kann der Personaleinsatz rationeller, „hauteng“ an den je akuten Bedarf angepaßt, erfolgen.

Treten doch vorübergehend personelle Engpässe auf, die durch Intensivierung und Überstunden (nach wie vor die wichtigsten Flexibilisierungsinstrumente) nicht abgedeckt werden können, werden die Dienste von Verleihfirmen in Anspruch genommen und Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverhältnissen (für Akademiker Werkverträge u. ä.) eingestellt, was durch das zynisch so bezeichnete „Beschäftigungsförderungsgesetz“ der CDU/FDP-Bundesregierung gefördert wird.

Diese Tendenz zur Fragmentierung der Lohnabhängigen ist auch im öffentlichen Dienst zu beobachten (Teilverträge, ABM, Zwangsarbeit im Zusammenhang mit den §§ 19, 20 des Bundessozialhilfegesetzes). Im traditionellen Waffenarsenal der „Teile und herrsche“-Politik des Kapitals bekommt die Differenzierung nach der Arbeitszeit und rechtlichen Qualität der Arbeitsverhältnisse immer größeres Gewicht, was Arbeitereinheitspolitik und organisiertes Handeln zunehmend erschweren wird.

25 Vgl. H.-L. Mayer, Bernd Becker, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Beschäftigungsdauer, Bruttoarbeitsentgelt und Art der Beschäftigung, in: *Wista*, 12/1984.

26 Zu den Möglichkeiten vgl. Jörg Hofmann, Personalinformationssysteme, Nachrichten-Reihe, H. 21, Frankfurt/M. 1982.

2. Zur Entwicklung der Sozial- und Klassenstruktur²⁷

Ist schon die Vorausschätzung der zukünftigen Zahl der Arbeitsplätze ein „heroisches“ Unterfangen, so gilt das noch mehr für Schätzungen ihrer Klassenstruktur. Das hängt auch damit zusammen, daß gegenwärtig der große Umfang der Lehrlingsbeschäftigung, vor allem aber die hohe Arbeitslosigkeit zu Verwerfungen und Definitionsschwierigkeiten bei der Bestimmung von Sozial- und Klassenstatus führen.

2.1 Entwicklung sozialstatistischer Hauptgruppen

Der Anteil der *Selbständigen und Mithelfenden* an den Erwerbstätigen ging von 1960 bis 1980 von 23 % auf 13 % zurück. Diese Tendenz wurde relativ und absolut seit Beginn der 80er Jahre unterbrochen. Zum einen liegt das an der Verringerung des Abbaupotentials in der Landwirtschaft, in der zu Beginn der achtziger Jahre nur noch 35 % aller Angehörigen dieser sozialstatistischen Gruppe erwerbstätig waren (1960: 52 %); zum anderen ist das Ausdruck der von uns bereits in der Mitte der 70er Jahre festgestellten Beharrungstendenz selbständiger Existenzen im Bereich der materiellen Produktion; schließlich spielt die Neugründung von Unternehmen – vor allem im Dienstleistungsbe-
reich – eine Rolle. Rund 33 % aller Selbständigen sind allerdings Inhaber von 1-Personen-Unternehmen.²⁸

Diese sozialstatistische Gruppe – klassenmäßig setzt sie sich aus selbständigen Mittelschichten und fungierenden Eigentümerkapitalisten zusammen – wird auch zukünftig kaum zurückgehen, wobei aber ein noch größerer Teil als gegenwärtig zum stockenden oder latenten Teil der Reservearmee zu zählen ist. Darauf verweist die hohe Zahl von Konkursen frisch gegründeter Unternehmen, bei denen häufig die gesamten Ersparnisse draufgehen und eine lebenslang zu tilgende Schuldenlast aufgehäuft wurde.

Die *Beamtenbeschäftigung* hat auch in den siebziger Jahren – im Vergleich zu den sechziger Jahren allerdings schon abgeschwächt – weiter zugenommen. Ihr Anteil an den abhängig Erwerbstätigen stieg von 6 % (1960) über 9 % (1970) auf 10 % im Jahr 1980.

Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre sind nur noch geringe Wachstumsraten – vor allem bei den Ländern und Kommunen – zu verzeichnen. Sowohl

27 Unter anderem hat das IMSF dazu bisher vorgelegt: Beiträge des IMSF 3, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie; Teil II: Sozialstatistische Analyse; Teil III: Die Intelligenz der BRD 1950–1970 (Verf. Ch. Kievenheim, D. Pollmann), Frankfurt/M. 1972–74. André Leisewitz, Klassen in der Bundesrepublik Deutschland heute, Frankfurt/M. 1977; Arbeitsmaterialien des IMSF 11, Arbeiterklasse und Intelligenz in Ungarn und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1980; Arbeitsmaterialien des IMSF 12, Der staatsmonopolistische Kapitalismus der BRD in Daten und Fakten (hier: Kapitel 3: Die Produktivkräfte in unserer Zeit, Kapitel 5: Klassenstruktur und sozialökonomische Klassengegensätze im SMK, Kapitel 10: Klassenkräfte und Klassenkämpfe im und gegen den SMK der BRD), Frankfurt/M. 1981. Die begrifflichen Bestimmungen und Schätzungen der vorliegenden Arbeit knüpfen an diese Veröffentlichungen an.

28 Ergebnis des Mikrozensus 1982.

bei den Gebietskörperschaften als auch bei der Bundesbahn sind es vor allem die Arbeiterklassengruppen der Beamten, die abgebaut wurden. Zur Illustration die Entwicklung 1979–1985 der Planstellen beim Bund: Alle Beamtenplanstellen bei den Ministerien und den nachgeordneten Behörden (ohne Bundesunternehmen und Bundeswehr) verminderten sich von 115 000 auf 110 000 (–4 %); die aufgrund ihrer Position und Funktion der Bourgeoisie zuzurechnenden Gruppen nahmen um 1,5% zu, die Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz verminderten sich um 2%, die Arbeiterklassengruppen gingen um 7% zurück.²⁹ Wir gehen davon aus, daß sich die Zahl der Beamten zukünftig verringert, weil Zuwächse in bestimmten Bereichen den weiteren Abbau von Arbeiterklassengruppen etwa bei Bahn und Post nicht ausgleichen.

Tabelle 3: Klassenstruktur der Beamten 1984 (in 1000 und %)

	Gruppen der...							
	Arbeiter- klasse		Mittel- schicht		Bour- geoisie		abs.	%
	abs.	%	abs.	%	abs.	%		
Männer	1 060	57	750	40	50	3	1 860	100
Frauen	120	27	310	70	10	2	440	100
Insgesamt	1 180	51	1 060	46	60	3	2 300	100

Quelle: IMSF-Schätzung

Bemerkenswert ist die Entwicklung des Frauenanteils. Er stieg von 10 % (1960) über 12 % (1970) auf gut 20 % im Jahr 1984, wobei der Anstieg der Teilzeitarbeit bei den Beamtinnen eine geringere Rolle als bei den übrigen sozialstatistischen Gruppen des öffentlichen Dienstes spielte. Die verbeamteten Frauen gehören anders als die Männer zu 70–75 % zu den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz. 73 % dieser Schicht (absolut: 260 000) sind allerdings Lehrerinnen.

Der *Angestelltenanteil* an den abhängig Beschäftigten stieg von 1960 bis 1980 von 30 % auf 42 %, erhöhte sich in den 80er Jahren aber nur noch geringfügig. Der Zuwachs der Angestelltenbeschäftigung erfolgte in den letzten 15 Jahren zu 75 % in den Bereichen, die traditionell Hochburgen der Angestelltenbeschäftigung waren.

Der Frauenanteil betrug 1960 und 1970 49 % und im Jahresdurchschnitt 1984 52 %. Die Zunahme ging überwiegend auf den Anstieg der Teilzeitbeschäftigung zurück. Die Teilzeitquote der Frauen (Arbeiterinnen und Angestellte) betrug 1960 9 %, 1970 24 % und 1984 über 33 %.³⁰

²⁹ Berechnet nach dem Haushaltsplan 1979 und dem Entwurf zum Haushaltsplan 1985 (Bundestagsdrucksache 10/1800).

³⁰ Christian Brinkmann, Lutz Reyher, a.a.O., S. 18.

Im April 1982 arbeiteten 17 % aller Bank- und Versicherungskauffrauen, 29 % aller Bürofachfrauen und 44 % aller Buchhalterinnen weniger als 36 Stunden in der Woche. Traditionell stark verbreitet – durch die Unternehmer zum Teil bis zur sozialen Unverträglichkeit forciert (KAPOVAZ usw.) – ist die Teilzeitarbeit im Handel. Im April 1982 waren 39 % aller Verkäuferinnen Teilzeitbeschäftigte.

Die Tatsache, daß der größte Teil der Angestellten nach dem sozialen Status und der Funktion im Reproduktionsprozeß zur Arbeiterklasse zählt, muß geschlechtsspezifisch differenziert werden, weil das lediglich für die Frauen gilt. Die Aussage „die Frauen erobern den öffentlichen Dienst – aber nicht die guten Positionen“³¹, gilt nicht nur dort, sondern für den gesamten Bereich der Angestelltentätigkeiten.

Tabelle 4: Klassenstruktur der Angestellten 1984 (in 1000 und %)

	Gruppen der...							
	Arbeiter- klasse		Mittel- schicht		Bour- geoisie		abs.	%
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Männer	2000	46	1950	45	410	9	4360	100
Frauen	4600	87	650	12	50	1	5300	100
Insgesamt	6600	68	2600	27	460	5	9660	100

Quelle: IMSF-Schätzung

Die Daten zeigen unter anderem die Problematik des gewerkschaftlichen Zugangs zu den Angestellten. Ein Großteil der Arbeiterklassengruppen sind erstens Frauen, die zweitens zu einem hohen Anteil teilzeitbeschäftigt sind und drittens Männer zur Vorgesetzten haben, was auch für den größten Teil der Frauen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz gilt. Diese hühnerhofartige Struktur erschwert gewerkschaftliches und politisches Engagement immer dann, wenn der oder die Obergockel dem entgegenarbeiten. Diese Andeutung soll genügen, um zu zeigen, wie wichtig relativ eigenständige gewerkschaftliche Frauenarbeit – auch auf der betrieblichen Ebene – ist, und daß dabei das Zusammenwirken mit allen Abteilungen der Frauenbewegung nur nützlich sein kann.

Dies um so mehr, als sich neue Formen der Frauendiskriminierung – „in der Regel im Zusammenhang mit EDV-Einsatz“ – abzeichnen. Die Frauen werden aus den Fachabteilungen, von den relativ qualifizierten Sachbearbeiterpositionen verdrängt. Wegen der zunehmenden Abschottung der betriebsinternen Arbeitsmärkte vom externen Arbeitsmarkt haben sie auch nach Un-

31 Eva Rühmkorf, Renate Sadrozinski, Frauen „erobern“ den öffentlichen Dienst – aber nicht die guten Positionen. Berichte und Dokumente aus der Freien und Hansestadt Hamburg, Nr. 620, Hamburg 1980.

terbrechung der Erwerbstätigkeit wenig Chancen, früher eingenommene qualifizierte Positionen wieder zu besetzen.³²

Sowohl bei den Arbeiterklassengruppen als auch bei den lohnabhängigen Mittelschichten (einschließlich Intelligenz) sind in beiden Richtungen stark besetzte Übergangsguppen vorhanden (vgl. Tabelle 8). Von der Tätigkeit her handelt es sich dabei häufig um qualifizierte Büro-Sachbearbeiter/in-Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Büro-rationalisierung und -automation vielfach ein neues Qualifikationsprofil bekommen.³³ Eine soziale Übergangszone ist auch bei der Grenzziehung zwischen den Mittelschichten und dem kapitalistischen Management und den ihm aggregierten Gruppen zu berücksichtigen.

Die sozialstatistische Gruppe der *Arbeiter* ist seit 1963 – damals waren 13 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbstätig (arbeitslose Arbeiter gut 120 000!) – unter Schwankungen zurückgegangen. Der Anteil der 10 Millionen Arbeiter an den abhängig Beschäftigten betrug im Jahresdurchschnitt 1984 noch 45 %.³⁴ Nach der Beschäftigtenstatistik waren es allerdings im September 1984 10,9 Millionen. Wird außerdem berücksichtigt, daß von den 2,2 Millionen Arbeitslosen zu diesem Zeitpunkt 66 % nach ihrem sozialversicherungspflichtigen Status „Arbeiter“ waren, dann betrug ihre Zahl zu diesem Zeitpunkt 12,3 Millionen. Auf die Erwerbspersonen bezogen, ist die Gruppe also überraschend stabil geblieben.

Mit 28 % (1984) lag der Anteil der Arbeiterinnen etwa auf dem Stand von 1960. Tendenziell ist eine Verlagerung der Arbeitererwerbstätigkeit aus der Warenproduktion zu beobachten: 1960 waren 18 %, 1984 25 % der Arbeiter im Bereich der privaten und öffentlichen Dienste (ohne Verkehr) beschäftigt.

Oberflächlich besehen – betriebs- und anlagenspezifische Qualifikationen sowie die erworbenen vielfältigen Berufs- und Verhaltensqualifikationen gehen aus der amtlichen Statistik nicht hervor – haben die Arbeiter in ihrer Gesamtheit (bei den Jüngeren ist das formale Niveau höher) ein niedriges formales Bildungsniveau. Nach dem Mikrozensus 1982 hatten 91 % als höchsten Schulabschluß die Volksschule und 45 % keine abgeschlossene Lehr- oder Anlernausbildung, wobei bekanntlich auch das zu relativieren ist, weil beispielsweise ein großer Teil der Angelernten an Montagearbeitsplätzen der metallverarbeitenden Industrie eine abgeschlossene Berufsausbildung in anderen Berufen (Bäcker, Fleischer usw.) hat.

Nach wie vor ist ein großer Teil der „Arbeiter“ mit (angeblichen) „Jedermannstätigkeiten“ befaßt. In der folgenden Übersicht sind einige dieser Gruppen zusammengestellt.

32 Karin Gottschall, Jürgen Müller, Arbeitsmarktsituation und Arbeitsmarktprobleme von Frauen in Hamburg. Untersuchung im Auftrag der Leitstelle Gleichstellung der Frau, Göttingen 1984, S. 57 ff, 69 ff.

33 Für den Bankenbereich vgl. Dieter Czech u. a., „Analyse der Veränderung von Sachbearbeitertätigkeiten als Folge technisch-organisatorischer Umstellungen in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmen am Beispiel von privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Banken und die Entwicklung von Vorschlägen für Humanisierungsstrategien“ im Verwaltungsbereich, Forschungsbericht, Universität Dortmund, Oktober 1984.

34 Bernd Becker, Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1984, in: Wista, 4/1985, S. 130.

Tabelle 5: Ausgewählte gering qualifizierte Gruppen der Arbeiterschaft
1973, 1978, 1980, 1982 (in 1000)

Berufsbezeichnung (Klassifizierungsziffer)	1973	1978	1980	1982
Bauhilfsarbeiter (47)	220	130	150	120
Versandfertigmacher (52) ^a	380	340	380	330
Hilfsarbeiter (53)	1 180	990	1 160	930
Transport-Lager A. (74) ^a	430	400	420	400
Haus- u. Büro-Reinig. (933) ^a	500	490	470	510
Ohne Tätigkeitsangabe (99) ^a	90	140	110	110
Zusammen	2 800	2 490	2 690	2 400

a Nur „Arbeiter“; geschätzt nach dem Arbeiteranteil '82

Quelle: Stat. Bundesamt, FS 1, R. 4.1.2 Beruf, Ausbildung u. Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen 1982, S. 187.

Die in der Tabelle erfaßten Gruppen – erfaßt ist nur ein Teil der wenig qualifizierten Arbeitertätigkeiten – machten 1982 rund 22 % der Arbeitererwerbstätigkeit aus. Außerdem gab es im September 1982 330 000 Arbeitslose dieser Berufsgruppen, was 18 % aller Arbeitslosen ausmachte.³⁵

Die Stabilität dieser Arbeitergruppe über die Krisen hinweg ist überraschend. Ein beträchtlicher Teil von ihnen – sowohl der Mikrozensus als auch die Arbeitslosenstatistik erfassen den Bestand an einem Stichtag – dürfte allerdings im Laufe des Jahres 1982 kürzere oder längere Zeit arbeitslos gewesen sein, zum „zähflüssigen“ oder stockenden Teil der Reservearmee zählen.

Der Bedarf an den aufgeführten minderqualifizierten Arbeitern wird zwar insgesamt weiter zurückgehen, aber umfangreich bleiben, wobei vor allem diese Arbeitergruppen dem „Heuern und Feuern“ ausgesetzt sind.

Die Entwicklungstendenzen der übrigen Arbeiterkategorien sind uneinheitlich.³⁶ Die traditionell qualifiziert angelernten Produktionsarbeiter werden in ihrer Zahl deutlich zurückgehen, was auch für große Gruppen der konventionellen Instandhalter (etwa Schlosser und Mechaniker; 1982 fast 1,5 Millionen) gilt. Für bestimmte Teile der Industrie und der Arbeiterschaft zeichnen sich neue Produktionskonzepte ab, die Arbeitsplätze mit verringertem Grad der Arbeitsteilung erfordern, zum Beispiel die Grenzen zwischen Produktion und Instandhaltung aufheben. Uns scheint einiges für die folgende These zu sprechen: „Die Entwicklung macht mehr und mehr klar: Ohne Arbeiter geht es in absehbarer Zeit nicht (trotz Automatisierung), und mit den verbleibenden Arbeitern kann aufgeklärter als bisher umgegangen werden, ohne daß das

35 ANBA, Jahresbericht 1982, S. 40.

36 Vgl. Bernd Semmler, Die Großbetriebe und ihre Belegschaften. Angaben zum großbetrieblichen Sektor der Bundesrepublik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/M. 1984, S. 154.

Herrschaftssystem unmittelbar gefährdet wäre und der Leistungsanspruch nicht eingelöst würde.³⁷

Die *Intelligenz*³⁸ entspricht keiner der hier behandelten sozialstatistischen Gruppen, mit denen sie sich (mit weitgehender Ausnahme der Arbeiter) überlappt. Es handelt sich um eine sehr differenzierte Gruppe mit abgestufter Bedeutung für den Verwertungs- und Herrschaftszusammenhang unserer Gesellschaft. Das zeigt schon die große Spannweite der Einkommen, die Ende der 70er Jahre von 37 400 DM (Lehrer unter 35 Jahre) bis 170 000 DM (und mehr im Jahr) bei Ärzten und Kapitalfunktionen vollstreckenden Managern reichte.³⁹

Beim Mikrozensus 1982 wurden 2,3 Millionen Erwerbstätige mit Hochschulabschluß (HSA) ausgewiesen. Gegenüber 1970 ist das eine Zunahme von 65 %. Gleichzeitig befindet sich unter den Erwerbstätigen eine zunehmende Zahl von Männern und Frauen, die die Hochschulreife erworben, aber keinen HSA haben, wobei sich zumindest in den 80er Jahren bereits die Tatsache widerspiegelt, daß ein wachsender Teil der Abiturienten vor dem Studium eine Berufsausbildung absolviert oder auf ein Studium ganz verzichtet.

Tabelle 6: Erwerbstätige mit Hochschulreife u. -Abschluß (HSA) (in 1000)

	1970		1978		1980		1982	
	A	B	A	B	A	B	A	B
Hochschulreife	1880	7	2450	9	3060	11	3200	12
HSA	1400	5	1990	8	2280	8	2310	9

A = Erwerbstätige; B = Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt

Quelle: FS A, Volkszählung vom 27. Mai 1970, H. 13; 1978-1982 Mikrozensus.

Noch schneller als die Zahl der Erwerbstätigen ist aber in den letzten Jahren die Zahl der arbeitslosen HSA angestiegen. 1980 waren 42 000, 1984 115 000 von ihnen amtlich registriert, was einer Arbeitslosenquote von 5,3 % entsprach.⁴⁰ Ein Teil wird umgeschult, absolviert Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ist in die „Stille Reserve“ abgewandert oder arbeitet in Tätigkeiten, für die ein HSA nicht notwendig ist. Nach der fachlichen Struktur handelt es sich bei den Gemeldeten zu 55 % um Lehrer und Sozialwissenschaftler, zu 18 % um Ingenieure, zu 13 % um Volks- und Betriebswirte, Juristen usw. Es

37 Horst Kern, Michael Schumann, Replik, in: *Sofi-Mitteilungen* Nr. 11/1985, S. 61. Das Zitat entstammt einer Entgegnung der Autoren auf die Kritik ihrer Untersuchung: *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung*, München 1984.

38 Vgl. C. Kievenheim, D. Pollmann, a.a.O.; IMSF (Hg.), *Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa. Materialien einer internationalen Konferenz des IMSF*, Frankfurt/M., 16./17. März 1985, Arbeitsmaterialien des IMSF 16 (im Erscheinen).

39 H. Hillmer, *Die Situation der Akademiker ist jetzt transparenter. Berufsanalysen des VDI werden bestätigt und ergänzt*, I. Teil, *VDI-Nachrichten* Nr. 32 vom 8. 8. 1980.

40 ANBA Nr. 5/1985, S. 685.

gibt aber inzwischen keine Art von HSA, die nicht von dieser Geißel kapitalistischer Gesellschaften betroffen ist.

Es versteht sich, daß die Unternehmen die Situation auf ihre Weise nutzen: „Vom Hochschulabsolventen erwartete die private Wirtschaft und die Industrie nicht nur gute Noten, eine kurze Studiendauer und ein angemessenes Eintrittsalter, sondern auch innovative Ideen, hohe Leistungsbereitschaft und häufig auch verwertbare Zusatzqualifikationen.“⁴¹

Diese Situation schürt die Konkurrenz unter den Anbietern qualifizierter Arbeitskraft und bestraft alle, die während ihres Studiums zusätzlich erwerbstätig waren und/oder so verwegene waren, sich in der Hochschulpolitik zu engagieren. Schwierig ist auch die Situation „älterer“ Erwerbspersonen – für das Kapital ab 35, spätestens ab 45 Jahren –, die etwa bei Betriebsstillegungen arbeitslos geworden sind, weil es diese Arbeitskräfte häufig an „Anpassungsbereitschaft“ fehlen ließen und sie oft über ein zu entwickeltes Selbstbewußtsein verfügen.

An der skizzierten Situation wird sich bis zum Jahr 2000 nur relativ wenig verändern, weil dem noch wachsenden Ausstoß des Bildungssystems eine junge Altersstruktur des Bestandes gegenübersteht, der Ersatzbedarf also gering bleibt. Eine nach unterschiedlichen Varianten vorgehende Angebotsprognose schätzt, daß zwischen 1981/83 und dem Jahr 2000 zusätzlich 2,8 bis 3 Millionen Personen die Hochschulen verlassen, aber nur 870 000 bis 1 Million HSA aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Der Gesamtbestand würde also von 2,2 Millionen auf 4–4,3 Millionen ansteigen.⁴²

Die Gefahr der sozialen Deklassierung für beträchtliche Teile nicht nur der jüngeren Intelligenz bleibt also ein reales Problem bis zum Jahr 2000. Den möglichen politischen Konsequenzen dieser Entwicklung kann die herrschende Klasse aber entgegenarbeiten, weil sie über ein wirksames Disziplinierungs- und Sortierinstrumentarium verfügt. Es würde nur dann stumpf, wenn die „Aussortierten“ sich nicht als Versager begreifen würden, was bei den vorrangigen Sozialisationsmustern dieser Schicht aber ein halbwegs entwickeltes politisches Bewußtsein voraussetzen würde. Besonders bei der wissenschaftlich-technischen Intelligenz⁴³ werden die (noch zwei bis drei?) zyklischen Krisen bis zum Jahr 2000 aufgrund ihres technokratisch-funktionalen Bewußtseins Irritationen auslösen. Ob sie zur politischen Bewußtseinsbildung beitragen, hängt auch davon ab, ob es ein leistungsfähiges, reales Gegenmodell zu dieser Krisengesellschaft gibt. Das gilt auch im Hinblick auf die Tatsache, daß ein wachsender Teil von ihnen unter den Druck der – von ihnen geschaffenen und vom Kapital angewandten – Rationalisierungsmittel geraten wird.

41 Ebenda, S. 646.

42 Manfred Tessaring, Gernot Weißhuhn, Der Bestand an Hochschulabsolventen bis zum Jahre 2000, in: MittAB, 1/1985, S. 84 ff.

43 Einen kritischen Problemaufriß bietet insgesamt das Schwerpunktheft 10–11/1984 von „Die Mitbestimmung“; siehe auch: Hellmuth Lange, Die lohnabhängigen Naturwissenschaftler und Ingenieure: „Die Arbeiten werden aufgeteilt, und es wird immer mehr“, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, a.a.O., S. 233 ff.

2.2 Klassen und Schichten in der Mitte der 80er Jahre

Im Vergleich zu 1970, als 27 Millionen Erwerbspersonen gezählt wurden, hat die Zahl der Erwerbspersonen auf 28,4 Millionen zugenommen. Davon waren allerdings 2,1 Millionen amtlich registrierte Arbeitslose (1970: rund 150 000). Auf die Verwerfungen, die sich daraus für die Beschreibung der Klassenstruktur ergeben, hatten wir bereits verwiesen. Einschränkungen der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen von 1970 sind auch im Hinblick auf die Tatsache anzunehmen, daß das Jahr 1984 dicht auf die tiefste zyklische Krise der Nachkriegszeit 1980/82 folgte.

2.2.1 Erwerbstätige nach sozialökonomischen Sektoren

Es haben sich im wesentlichen die Tendenzen fortgesetzt, die wir in der Klassenstrukturstudie des IMSF für die 50er und 60er Jahre beschrieben hatten.

Tabelle 7: Gliederung der erwerbstätigen Bevölkerung nach sozialökonomischen Sektoren 1950–1984 (in %)

	1950	1961	1970	1984
Privatkapital	48	55	57	53
Mittelschichten	40	30	25	22
Staat	12	15	18	25
Insgesamt	100	100	100	100

Quelle: 1950–1970 IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil II, 2. Halbbd., S. 319; 1984 IMSF-Schätzung.

Die Rolle des *Staatssektors* hat weiter zugenommen. Zum großen Teil durch die Zunahme von Erwerbstätigen, die mit der Produktion und Wiederherstellung des Arbeitsvermögens befaßt sind: Zwei Drittel des Wachstums resultierten aus der Expansion des Gesundheits- und Bildungsbereichs.

Der sozialökonomische Sektor der *Mittelschichten* ist weiter geschrumpft, was aber allein auf den weiteren Rückgang der Landwirtschaft zurückgeht. Die Bedeutung des gewerblichen Teils dieses Sektors ist gewachsen, wobei die Dienstleistungen überdurchschnittlich zugenommen haben. Es handelt sich dabei um ein Konglomerat unterschiedlicher Branchen, die teils Konsumdienste, teils Dienste für andere Unternehmen und den Staat anbieten. Diese wurden zum Teil aus dem privatkapitalistischen Sektor und im Zuge der Privatisierung aus dem Staatsbereich ausgegliedert.

Für den privaten Dienstleistungsbereich bestehen allerdings Material- und Kenntnislücken, die eine Grenzziehung zwischen der einfachen Warenproduktion und dem kleinen Kapital im Rahmen des *privatkapitalistischen Sektors* erschweren. Dieser Sektor hat zwar seine dominierende Stellung behauptet.

tet, die Wachstumstendenz der vorangegangenen Periode hat sich aber nicht fortgesetzt. Neben der Aufgabenauslagerung hängt das mit dem überdurchschnittlichen Arbeitsplatzabbau in den vom großen und mittleren Kapital be-

Tabelle 8: Klassenstruktur der Erwerbstätigen 1970 und 1984 (in 1000 und %)

	1970 ^a		1984	
	in 1000	%	in 1000	%
1 Fungierende Eigentümerkapitalisten	345	1,3	350	1
2 Bourgeoise Gruppen in Wirtschaft u. Staat	234	0,8	520	2
Kapitalisten und verbundene Gruppen	579	2,1	870	3
3 Selbständige Mittelschichten ^{b c}	4275	15,8	2900	11
4 Lohnabhängige Mittelschichten u. Intelligenz ^b	1747	6,5	3660	14
Mittelschichten zusammen (darunter Übergangsgruppen zur Arbeiterklasse) ↓	6022	22,3	6560	25
(darunter Übergangsgruppen zu den Mittelschichten) ↑	●	●	↓(1800)	↓ (7)
5 Arbeiterklasse i. e. S. ^b	(1802)	6,7	↑(2200)	↑ (8)
6 Werkschutz, Wachmänner usw. ^b	●	●	250	1
7 Arbeiterklassengruppen im Repressionsapparat	998	3,7	750	3
Arbeiterklasse zusammen	20410	75,6	18870	72
Erwerbstätige insgesamt ^a	27011	100	26300	100
8 Registrierte Arbeitslose			2100	
– darunter Arbeiterklassengruppen			1800	
– darunter potentielle Angehörige der Mittelschichten			300	
9 „Stille Reserve“			1400	
Arbeitslose und Stille Reserve			3500	
„Kaputte“, Gewohnheitsverbrecher, Zuhälter usw. ^d			750–950	

a 1970 Erwerbspersonen; 1984 Erwerbstätige bzw. Beschäftigte

b darunter geschätzte 1,2 Millionen, die zum „zähflüssigen“ und stockenden Teil der Reservarmee zählen

c einschl. selbständiger Intelligenz

d im erwerbsfähigen Alter

Quelle: 1970 – IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil II, 2. Halbbd., S. 325, 373; 1984 – IMSF-Schätzung.

herrschten Bereichen des warenproduzierenden Gewerbes und dem Handel (Kaufhäuser) zusammen. Das Wachstum in anderen Sektoren der Kapitalverwertung (etwa Banken) war wiederum nicht so stark, daß dieser Abbau aufgewogen wurde. Wir gehen davon aus, daß die geschätzten Relationen von 1984 auf mittlere Sicht erhalten bleiben.

2.2.2 Zur Polarisierung der Klassenstruktur

Schon in der Periode bis 1970 war die Entwicklung der Klassenstruktur durch teilweise gegenläufige Momente gekennzeichnet. Zu beobachten war eine ausgeprägte *Polarisierung* zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Das ging zum einen auf die Auszehrung der selbständigen Mittelschichten zurück, die durch das Wachstum der lohnabhängigen Teile dieser Schicht nicht aufgewogen wurde. Die Polarisierung wurde zugleich durch das starke Wachstum der Arbeiterklasse befördert, die sich im Zuge des gleichen Prozesses vielfältig differenzierte.

Diese Tendenzen haben sich im wesentlichen auch nach 1970 fortgesetzt. Der wichtigste Unterschied ist der, daß die Polarisierung die dem fortgeschrittenen Stadium des kapitalistischen Akkumulationsprozesses gemäße Gestalt bekommen hat. Wachsende Teile der Arbeiterklasse sind in die industrielle Reservearmee abgedrängt. Teils als registrierte Arbeitslose, die ihren „flüssigen“ und „stockenden“ Teil kennzeichnen, teils als „Stille Reserve“, die überwiegend die „latente“ Fraktion dieser Gruppierung stellt. Auch bei dieser handelt es sich zum überwiegenden Teil um Angehörige der Arbeiterklasse.

Schließlich sind auch unter denen, die bei Stichtagszählungen erwerbstätig sind, beträchtliche Teile Angehörige des stockenden Teils der Reservearmee: Perioden der Beschäftigung wechseln mit denen der Arbeitslosigkeit. Wir schätzen den Umfang dieser Gruppe gegenwärtig auf 1,2 Millionen Personen. Er dürfte sich ohne eine grundlegende Wende der Wirtschafts- und Sozialpolitik bis zum Jahr 2000 verdreifachen. Alle Daten verweisen darauf, daß die Übergänge zwischen dem beschäftigten Teil der Arbeiterklasse (teilweise selbst der Mittelschichten) und ihrem unbeschäftigten – vorübergehend, lang- oder ganzdauernd in die Reservearmee verbannten – Teil ebenso fließend sind, wie der Übergang zwischen dieser und dem Pauperismus.

Wie rasch der Abstieg zur Armut vonstatten gehen kann, lassen Angaben der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1982 über die Nettogeldvermögen privater Haushalte vermuten.⁴⁴ Die Durchschnittsvermögen (insgesamt 21 500 DM; Arbeiter 15 500 DM; Arbeitslose 8000 DM) sagen dabei relativ wenig aus. Nennenswerte Teile der Haushalte haben negative, keine oder so kleine Nettogeldvermögen, daß sie schon nach kurzer Zeit der Arbeitslosigkeit aufgebraucht wären.

⁴⁴ Manfred Euler, Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: WiSta 5/1985, S. 408 ff.

Tabelle 9: Geldvermögen ausgewählter Haushaltstypen

Haushalte...	insgesamt ^a	Arbeiter ^b
mit negativem Geldvermögen	8,1	10,4
ohne Geldvermögen	5,3	6,8
G.-Vermögen unter 2 500 DM	11,1	14,2
G.-Vermögen von 2 500 bis 5 000 DM	10,0	12,8
G.-Vermögen von 5 000 bis 10 000 DM	14,6	18,7
G.-Vermögen höchstens 10 000 DM zusammen	49,1	62,9
(Zahl der Haushalte in 1000) = 100%	(23 456)	(5 025)

Quelle: a) Wirtschaft u. Statistik 5/1985, S. 414; b) IMSF-Schätzung.

Die Daten illustrieren – da die Ausländerhaushalte nicht berücksichtigt sind, muß von einer real noch schlechteren Situation ausgegangen werden –, daß es in der Bundesrepublik auch im Spektrum der erwerbstätigen und erwerbsfähigen Bevölkerung Armut gibt, die zusammen mit den übrigen Armen (Niedrigrentenbezieher/innen usw.) „nicht mehr randständig genannt und damit übersehen werden (kann), wenn sie, und das ist ein höchst wahrscheinliches Szenario im kommenden Jahrzehnt, etwa ein Viertel der Gesellschaft und mehr umfaßt.“⁴⁵

2.2.3 Zu einzelnen Klassen und Schichten

Die Klasse der Kapitalisten und der mit ihnen verbundenen Gruppen hat ihre absolute Zahl und ihren Anteil seit 1970 erhöht, was aber nur für die Gruppen der lohnabhängigen Bourgeoisie gilt, die wir in Tabelle 8 mit ihrer Obergrenze – es dürfte sich um 400 000–520 000 Erwerbstätige handeln – angegeben haben. Die fungierenden Eigentümerkapitalisten haben sich absolut in etwa gehalten, wobei zu berücksichtigen ist, daß die rein parasitäre Fraktion dieser Klasse deutlich zugenommen haben dürfte. Wir gehen davon aus, daß die Eigentümer trotz der weiter wirkenden Zentralisationstendenz des Kapitals in ihrem Umfang erhalten bleiben. Zwar werden viele Kapitale untergehen, andere aufgesogen werden, aber ähnlich viele werden aus dem Mittelschichtsektor aufsteigen, was darauf verweist, daß es sich bei der Masse dieser Klasse auch zukünftig um Kleinkapitalisten handelt.

Sowohl die bourgeoisen Gruppen im Staatsapparat als auch die im gewerblichen Sektor haben zahlenmäßig (in bezug auf alle Erwerbstätigen auch relativ) zugenommen, obwohl ihr Anteil an den Angestellten und Beamten insgesamt zurückgegangen ist. Darin spiegeln sich unter anderem Wachstum und Differenzierung der privaten und öffentlichen Dienste ebenso wie die zuneh-

45 Stephan Leibfried, Florian Tennstedt, Die Spaltung des Sozialstaats und die Politik der Armut, in: Dies. (Hg.), Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt/M. 1985, S. 14.

mende Zahl der Beschäftigten (vor allem der Mittelschichten), was auch zur Aufblähung der zentralen Kontroll- und Leitungsebene beigetragen hat.

Im Unterschied zur Zeit bis 1970 hat das Wachstum der lohnabhängigen *Mittelschichten* den weiteren Rückgang der selbständigen Mittelschichten überkompensiert, wobei die Gruppen der Intelligenz überdurchschnittlich gewachsen sind. Für die lohnabhängigen Mittelschichten gilt insgesamt, daß sich der soziale Rekrutierungsmechanismus in den letzten 15 Jahren weiter verändert hat: Ein wachsender Teil dieser Schicht stammt (hauptsächlich im Generationswechsel) aus der Arbeiterklasse, vor allem ihren angestellten und verbeamteten Teilen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich die Übergangzone zwischen den lohnabhängigen Mittelschichten und der Arbeiterklasse zwischen 1970 und 1984 auf rund 15 % aller Erwerbstätigen vergrößert hat. Zwischen der Arbeiterklasse und den Mittelschichten ist also eine breite Zone sozialer und ideologischer Beeinflussung, des sozialen Aufstiegs, aber auch der Aufstiegsillusionen entstanden, was nicht zuletzt die notwendige Verschränkung von Aktionseinheits- und Bündnispolitik unterstreicht. Die zukünftige Entwicklung der lohnabhängigen Mittelschicht – schon ihr großer Umfang macht sie zwangsläufig zum Objekt von Rationalisierungsstrategien – ist nicht eindeutig. Quantitativ wird diese Schicht auch zukünftig – allerdings weit geringer als in den letzten 15 Jahren – wachsen. Unter qualitativen Gesichtspunkten scheint sicher, daß die schon heute zu beobachtenden Differenzierungsprozesse ebenso fortschreiten wie die Intensivierung der Arbeitsverausgabung, wobei die anschwellende intellektuelle Reservearmee ein weiter wirkendes Druckmittel der herrschenden Klasse sein wird.

Die neue Technik eröffnet aber auch Möglichkeiten zur Qualifikationsanreicherung typischer Mittelschichttätigkeiten. Auch in dem Sinne, daß die „Köpfe frei werden“ für die bewußte Kalkulation von Folgewirkungen materieller und geistiger Produkte sowie zur verstärkten Mitbestimmung über ihre Produktion. Welche Möglichkeiten sich durchsetzen, wird nicht durch Kooperation mit der herrschenden Klasse, sondern im Kampf gegen sie entschieden, was aber vielen „Mittelschichtlern“ gegenwärtig noch nicht bewußt ist.

Der Umfang der *Arbeiterklasse* hat auch in den letzten 15 Jahren weiter zugenommen. Der Anteil ihres fungierenden Teils ist aber aufgrund der bereits genannten Umstände zurückgegangen. Das gilt auch für den Kern der Klasse⁴⁶, also für jene Gruppen vor allem von Arbeitern, für die der Warencharakter ihrer Arbeitskraft voll entfaltet und die Polarität zum Kapital am wenigsten „gepuffert“ ist. Diese Arbeiterschaft der materiellen Großproduktion (in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten) mit dem höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad und der relativ größten Aktionsfähigkeit dürfte gegenwärtig noch 3,0–3,7 Millionen Menschen umfassen. Dieser „Kern“ vergrößert sich bei Berücksichtigung der Beschäftigten von Großbetrieben des Verkehrs, des Handels, der Kredit- und Versicherungswirtschaft, aber auch des Gesundheitswesens und des öffentlichen Dienstes. Es ist aber unbestritten,

46 Dazu: Heinz Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre. Struktur – Kern – betriebliche Basis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, a.a.O., S. 44 ff.

daß diese Bereiche im Hinblick auf die formulierten Merkmale weithin noch zu entwickelnde Potentiale der Klassenseinsetzung sind.

Im Vergleich zu 1970 haben nicht die Tendenzen zur Vereinheitlichung der Klasse, sondern die ihrer weiteren Differenzierung stärker gewirkt. Das gilt sowohl für ihren oberen Rand, wo die Überganggruppen gewachsen sind, als auch für ihren unteren Rand, dessen erwerbstätige Existenz immer instabiler wird. Dabei sind die Elemente der klassischen Differenzierung nach Versicherungsstatus, Geschlecht, Nationalität, Qualifikation, Betriebsgröße und Branche, die das gesamte Spektrum der Klasse betreffen, ebenfalls noch buntscheckiger geworden. Die „Kriegsmittel des Kapitals“ – Rationalisierungsmittel und die Strategien ihrer Verwendung – wurden sprunghaft weiterentwickelt, ohne daß sie bislang voll zum Einsatz gekommen sind. Eine an den Klasseninteressen orientierte Politik ist also allein schon durch die Entwicklung dieser objektiven, empirisch faßbaren Faktoren schwieriger geworden. Diese Feststellung berücksichtigt aber nur die eine Seite der Medaille. Größere Differenzierung ist zugleich Ausdruck des gewachsenen objektiven Widerspruchspotentials und der zunehmenden Zahl der Anknüpfungspunkte einer an den Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse ausgerichteten Politik.

Politisches System in der Krise — Krise des politischen Systems?

Christoph Butterwegge

1. Krise des Kapitals und/oder seines Staates? — 2. Regierungswechsel, Wandlungsprozesse und Systemüberwindung — 3. Die Umgruppierung und Neuformierung des politischen Kräftefeldes: Bürgerinitiativen und Basisbewegungen — Krisensymptome oder Keimzellen der Systemüberwindung? — 4. Die Rechtswende und Alternativen der Staatsentwicklung: Rüstungs- oder Sozialstaat?

Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft 1974/76 war kein „normaler“ Konjunkturreinbruch, sondern bildete den mit Abstand tiefsten Einschnitt der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Westdeutschlands und stellte auch insofern eine Zäsur dar, als sie auf den Staatsapparat durchschlug und dort deutliche Spuren hinterließ, die sein Gesicht bis heute prägen. Aufgrund ihrer globalen Natur und struktureller Komponenten war die ökonomische Krise nur schwer regulierbar, so daß die vorhandenen Instrumentarien der Konjunktursteuerung versagten, und wirkte als Katalysator sehr widersprüchlicher Entwicklungstendenzen im politisch-ideologischen Überbaubereich, wo sich die Klassegegensätze, vermittelt durch das Parteiwesen und den Parlamentarismus, brechen.

Auf den folgenden Seiten sollen die Wechselbeziehungen zwischen der Wirtschaftskrise und Krisenerscheinungen des BRD-Staates untersucht, für seine weitere Entwicklung relevante Einflußfaktoren analysiert und Möglichkeiten wie Grenzen der Veränderung diskutiert werden, ohne damit Kaffeegeschrei betreiben, also bislang noch (nach verschiedenen Richtungen hin) offene Entwicklungsprozesse im Detail voraussagen zu wollen. Der Systembegriff des Marxismus geht dabei insoweit über strukturfunktionalistische Ansätze der bürgerlichen Fachwissenschaft hinaus, als er die Verbindung zwischen dem Parlamentarismus/Parteiwesen und dem (privatkapitalistischen) Wirtschafts- bzw. Gesellschaftssystem herstellt und sie im Zusammenhang mit der Kapital- und Klassenbewegung reflektiert, nicht von historisch-konkreten Besonderheiten abstrahiert.

1. Krise des Kapitals und/oder seines Staates?

Solange die BRD, nur unterbrochen von der Rezession 1966/67, die mittels neokeynesianischer Regulierungsmethoden („Globalsteuerung“) und einer

dadurch stimulierten Exportoffensive des westdeutschen Monopolkapitals so rasch überwunden werden konnte, wie sie gekommen war, als Hort wirtschaftlicher Stabilität und Massenprosperität galt, basierte ihr politischer Grundkonsens auf der gemeinsamen Überzeugung einer großen Bevölkerungsmehrheit, daß die Wachstumsraten weiterhin hoch und Verbesserungen des Lebensstandards breiter Schichten gesichert, Arbeitskämpfe und außerparlamentarische Mobilisierungsaktionen hingegen „überflüssig“ seien, um sich ein Stück des als Kuchen vorgestellten Bruttosozialprodukts der Wohlstandsgesellschaft abzuschneiden. Das Staatsbewußtsein der Bundesbürger korrespondierte mit dem Auf- bzw. Ausbau eines sozialen Sicherungssystems, das als Pendant der „freien Marktwirtschaft“ firmierte und die Reproduktionsrisiken der Ware Arbeitskraft weitgehend kompensierte.

Während der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitalismus beruhte die Akzeptanz seines politischen Überbaus primär auf der Resonanz des „Wirtschaftswunders“, das außerordentlich günstigen Rahmen-, Verwertungs- bzw. Realisierungsbedingungen entsprang und materielle Konzessionen der Bourgeoisie gegenüber den Werkträgern zuließ, wie etwa die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (nach einem längeren Streik der IG Metall Schleswig-Holsteins), die Dynamisierung der Renten und andere Reformen der Sozialgesetzgebung. „Soziale Sicherheit auf einem relativ hohen durchschnittlichen Niveau ist eine notwendige (wenngleich nicht hinreichende) Bedingung für das Funktionieren dieses parlamentarischen Systems unter starker formaler Beteiligung der Bürger, deren Indiz — etwa im Vergleich zu den USA — die Wahlbeteiligung ist.“¹

Auf dem Höhepunkt der Rezession 1966/67 bewiesen die Herrschenden ihre Weitsicht und das politische System seine Anpassungsfähigkeit, indem sie den Regierungswechsel zur Großen Koalition ermöglichten und der Sozialdemokratie, die ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht hatte, mehr Verantwortung für das Staatswesen übertrugen. Die SPD profilierte sich als „moderne Volkspartei“, die das bestehende Herrschaftssystem zu reformieren, seine Regulierungsmechanismen und Integrationstechniken zu effektivieren sowie die wenig flexible Ostpolitik der Bürgerblockregierungen im Einklang mit der Globalstrategie des US-Imperialismus (Übergang vom Kalten Krieg zur „Strategie des Friedens“ und zur Entspannung) zu revidieren versprach. Ihr Wahlerfolg 1969 leitete zur ersten Mobilisierungs- und Reformphase der sozial-liberalen Koalition über,² die nur kurz, nämlich bis 1973/74, dauerte und beendet wurde, als sich die Verwertungsbedingungen des BRD-Kapitals im Zuge einer Änderung der Austauschrelationen zwischen Rohstofflieferanten und Industrienationen („Ölkrise“) verschlechterten.

1 Georg Fülberth, Die Bundesrepublik: Prosperitätsformel und Krisenformel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1985, S. 420.

2 Vgl. ders., Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1983, S. 67 ff.

Eingebettet in den fließenden Übergang zur privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des Gegenwartskapitalismus,³ vollzog sich eine Wende der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die als Ende des Primats keynesianischer Staatseingriffe gegenüber monetaristischen Methoden der Krisenlösung beschrieben wurde und erfolgte, ohne daß ihre stärkere Ausrichtung auf die Verbesserung der Weltmarktposition des BRD-Kapitals durch Sanierungs-, Konsolidierungs- und Sparmaßnahmen in Kernbereichen sozialer Sicherung einen Regierungswechsel erfordert hätte. Im Unterschied zu anderen Hauptländern des Imperialismus wurde nur die Kabinetts Spitze ausgetauscht. Die Bundesregierung suspendierte ihre Reformpläne und beschränkte sich in der Folgezeit, durch den Kanzlerwechsel *Brandt/Schmidt* auch personell symbolisiert, auf ein Krisenmanagement mit konservativem Einschlag, neoklassischer Austeritätspolitik und keynesianischen Rudimenten, das zwar die sich ausbreitende Massenarbeitslosigkeit nicht zu beseitigen vermochte, aber das Profitaufkommen und die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Industrie sicherte.

Das Programm der „inneren Reformen“ stieß an systembedingte, als Sachzwänge erscheinende Grenzen, aber auch auf den Widerstand einflußreicher Kapitalgruppen, und die Weltwirtschaftskrise entzog ihm Mitte der 70er Jahre nicht nur finanziell den Boden. Der innerparteiliche und außerparlamentarische Druck war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr stark genug, um die Reaktion in Schach zu halten. So verschoben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen einerseits, die (parti)politischen Machtkonstellationen andererseits, und der Staat ging gemeinsam mit maßgeblichen Kreisen des Großkapitals nach rechts. Konzerngiganten und Monopolbanken der Bundesrepublik benutzten die günstige Gelegenheit, um ihren Großmachtambitionen Nachdruck zu verleihen und die Stellung einzelner Weltmarktkonkurrenten zu schwächen,⁴ indem sie die Krisenlasten auf Lohnempfänger, Arbeitslose, Rentner und andere „Randgruppen“ (Kranke, Behinderte) abwälzten, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals forcierten und den Interaktionsmechanismus Unternehmerverbände — Bundestagsparteien — Ministerialbürokratie reorganisierten: „Die personelle Verflechtung zwischen Staat und Parteien, Monopolen und Monopolverbänden ist in den 70er Jahren weiter fortgeschritten.“⁵

3 Vgl. hierzu: Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven. Entwicklungstendenzen 1973–1978, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1, Frankfurt/M. 1978, S. 9 ff.; ders., Zur privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD, in: Werner Goldschmidt (Hrsg.), Staat und Monopole (III), Argument-Sonderband 36, (West-)Berlin 1979, S. 48 ff.

4 Vgl. Reinhard Kühni, Die Welt zu Beginn der 80er Jahre. Krise des Kapitalismus — Emanzipation der Dritten Welt — Ursachen der Kriegsgefahr, 2. Aufl., Heilbronn 1982, S. 40 f.

5 Horst van der Meer, Politische Rolle und Funktion der Monopolverbände in der BRD, in: IPW-Forschungshefte 2/1983, S. 68. Da die Großbourgeoisie ihre Macht mittelbar um so wirkungsvoller ausübt, deutet dieser Trend auf Gefahrenmomente für das bestehende Herrschaftssystem — und sei es auch nur in der Perzeption ihrer Repräsentanten — hin.

Die Unionsparteien trieben den Prozeß der gesellschaftlichen Formierung und Reprivatisierung des Reproduktionsrisikos der Arbeitskraft durch eine Propagandakampagne voran, die an Alltagserfahrungen im Umgang mit verkrusteten Strukturen des Staatsapparates und Ämterwillkür anknüpfte, das Bedürfnis nach weniger Gängelung durch Verwaltungsvorschriften mißbrauchte und die tief im Massenbewußtsein verwurzelte Skepsis gegenüber obrigkeitstaatlicher Universalkompetenz dem Diskurs einer konservativen Bürokratiekritik, die keineswegs bloß Demagogie war, eingliederte, um mit der *Sozialbürokratie* die ihr zugrunde liegende Staatsfunktion zu treffen.⁶ Feststellbar sind seither sowohl Tendenzen einer „Privatisierung“ des politischen Systems, die mit entsprechenden Schritten zur Rückgabe von (Bundesbeteiligungen an) Großkonzernen in Unternehmerhand (VEBA, VIAG, VW, Lufthansa) korrespondieren, als auch der Trend zur „Verstaatlichung“ bzw. Zentralisierung politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse.

Die Politik des Sozialabbaus und der Hochrüstung (im Nachvollzug des Konfrontations- bzw. Kriegskurses der US-Regierung gegenüber den sozialistischen Staaten) wird flankiert von gezielter Rechtsstaatsdemontage: Die herrschende Klasse reagiert hierzulande – wie gewohnt – aggressiv, mit einer „innerstaatlichen Feinderklärung“ gegenüber Systemkritikern und demokratischen Kräften, auf das Krisenfiasko. Als Speerspitze einer „Politik der Stärke“, die eigene Schwäche schlecht kaschiert, fungierten die vom Bundesverwaltungs- bzw. Bundesverfassungsgericht sanktionierten Berufsverbote, die demokratische und Arbeiterbewegung treffende „Terroristengesetze“ (Gewaltparagraphen, Kontaktsperre, Razziengesetz) und zahlreiche Disziplinierungsmaßnahmen, die subtiler wirk(t)en und weniger spektakulär waren. Vom „Radikalenbeschluß“ des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten führt eine gerade Linie über Abhörraffären (Fall *Traube*) zur Kriminalisierung der Friedensbewegung.⁷ Mehrere tausend Straf- und Ermittlungsverfahren sorgen dafür, daß es sich hierbei um die größte Prozeßwelle der Nachkriegsgeschichte handelt.

War die Rezession 1966/67 durch eine Umgruppierung innerhalb des Parteiensystems und ein Höchstmaß an Konzentration (sieht man von der Option einer Allparteienregierung ab) bewältigt worden, so genügte in der Wirtschaftskrise 1974/76 ein Austausch der Regierungsspitze (Kanzler-, aber kein Koalitionswechsel). Die Herrschenden verfolgten diesmal eine flexiblere Strategie der Krisenbewältigung, wobei ihre Erfahrungen mit der Großen Koalition/Außerparlamentarischen Opposition (APO) eine wichtige Rolle gespielt haben dürften. Im sozial-liberalen Regierungslager traten vorher verdeckte Risse, Brüche und Widersprüche zutage, die sich verdichteten, als das Mono-

6 Näheres bei Christoph Butterwege, *Konservatismus, Bürokratiekritik und Reprivatisierungskampagne*, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), *Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik*. Bd. 1: Staatsdiskussion und Staatstheorie, Frankfurt/M. 1981, S. 202 ff.

7 Vgl. Christoph Butterwege u. a. (Hrsg.), *Kriminalisierung der Friedensbewegung. Abschreckung nach innen?*, Mit einem Vorwort von Heinrich Hannover, Köln 1985.

polkapital seine Konfrontationsstrategie gegenüber Gewerkschaften und (Teilen) der Sozialdemokratie nicht mehr nur mit Angeboten zur Wiederbelebung einer institutionalisierten Klassenkooperation (Konzertierte Aktion) kombinierte, sondern sie dahingehend modifizierte, daß ein Keil zwischen die Regierungsparteien getrieben und der FDP ein Koalitionswechsel nahegelegt wurde, weil sich der Frontalangriff als ineffektiv erwiesen und die Nominierung des CSU-Vorsitzenden *Franz Josef Strauß* zum Kanzlerkandidaten der Union (1980) eher Gegner als Befürworter einer tiefgreifenden „Wende“ mobilisiert hatte. Daß die herrschenden Kreise den Regierungswechsel im Oktober 1982 nicht zuletzt als Präventivmaßnahme zur Abwendung einer drohenden Systemkrise begriffen, zeigt der Schlußsatz des Memorandums von *Otto Graf Lambsdorff*, mit dem der damalige Wirtschaftsminister die Umorientierung seiner Partei begründete und das Ende des Kabinetts *Schmidt/Genscher* besiegelte: „Die Konsequenz eines Festklammerns an heute nicht mehr finanzierbare Leistungen des Staates bedeutet nur die weitere Verschärfung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme sowie eine Eskalation in den Umverteilungsstaat, der Leistung und Eigenvorsorge zunehmend bestraft und das Anspruchsdenken weiter fördert — und an dessen Ende die Krise des politischen Systems steht.“⁸

Tatsächlich blieb das politische und parlamentarische System der Bundesrepublik trotz seiner beinahe sprichwörtlichen Stabilität („Modell Deutschland“) auf die Dauer von dem Krisendebakel nicht unberührt. Wie *Kurt Sontheimer* stellvertretend für das Gros der bürgerlichen Politologen konstatiert, basiert die Stabilität der Bonner Demokratie „weitgehend auf der Stabilität ihres Parteiensystems“.⁹ Um so überraschender und befremdlicher mußten die Anzeichen für eine fortschreitende „Staats- und Parteienverdrossenheit“ erscheinen. Im Gefolge der neuerlichen Wirtschaftskrise 1980/82 wurde das Drei- bzw. Vierparteiensystem aufgebrochen: Die Grünen konstituierten sich Ende der siebziger Jahre als Partei, zogen in mehrere Kommunal- und Landesparlamente ein und überwandern am 6. März 1983 das Haupthindernis der Fünf-Prozent-Sperrklausel auch bundesweit. Das ungefähre Kräftegleichgewicht zwischen zwei großen Blöcken miteinander verbündeter, befreundeter oder ideologisch benachbarter Parteien, das seit 1969 besteht und sich durch den Wahlerfolg der Grünen zwar verschoben hat, aber nicht aufgehoben wurde, trägt aufgrund des Wechselspiels zwischen Regierungskoalition und parlamentarischer Opposition zur relativen Stabilität wie zur Legitimation des politischen Systems bei, birgt allerdings durch die dem Gleichgewichtszustand geschuldete Sensibilität für Druck von außen auch Momente der Labilität in sich.

8 Memorandum des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff vom 9. September 1982: Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: Klaus Bölling, Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt. Ein Tagebuch, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 141.

9 Siehe Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 8. Aufl., München 1980, S. 102.

Norman Paech, der vor einer Inflationierung des Krisenbegriffs warnt, will davon Gebrauch machen, wenn Umbruchsituationen die Chance zur demokratisch-sozialistischen Transformation des Staates bieten und gleichzeitig die Gefahr der Restauration überkommener Machtstrukturen beinhalten. „Die Krise — und nur dann ist der Begriff angebracht — steht für eine Etappe höchster Instabilität, die die Möglichkeit der Transformation von Staat und Gesellschaft eröffnet, eine Etappe, die allerdings auch noch einmal von den Kräften benutzt werden kann, ihre Herrschaft zu stabilisieren, die von der Krise gerade historisch negiert werden.“¹⁰ Zwar kann man in Analogie zur allgemeinen Krise des Kapitalismus von einer Strukturkrise seines Staates sprechen, die relative Autonomie des politischen und Regierungssystems im Monopolkapitalismus führt jedoch dazu, „daß die ökonomische Krise nicht unmittelbar in die Staatskrise umschlägt. Entscheidend für die Ausdehnung und Übertragung der Krise in den Staat und für die Frage, in welche Richtung die Reaktion der politischen Repräsentanten der ökonomischen Interessen sich wenden wird, sind das Niveau des Krisenbewußtseins und die Schärfe der Klassenauseinandersetzungen.“¹¹ Ohne die hierzulande geltenden Ausnahmebedingungen und der Linken daraus erwachsende Schwierigkeiten (z.B. die Schwäche des kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung und seiner Partei), wie sie als „Sonderfall Bundesrepublik“ erörtert werden,¹² zu übersehen oder zu unterschätzen, kann man heute davon ausgehen, daß nicht nur auf ökonomischem Gebiet, sondern auch in politischen Kernbereichen eine Angleichung, eine „Normalisierung“ der Lage stattfindet und — damit verbunden — eine Intensivierung der Klassenauseinandersetzungen.

2. Regierungswechsel, Wandlungsprozesse und Systemüberwindung

Die Lage des politischen und Parteiensystems ist durch widersprüchliche Entwicklungstendenzen gekennzeichnet: Einerseits befindet sich die BRD auf dem (bisherigen) Höhepunkt ihrer zweiten Restaurationsperiode, andererseits wächst der Druck demokratischer Massenbewegungen, die eine Reaktion auf Krisenerscheinungen verschiedenster Art (Ökonomie: Arbeitslosenbewegung, Kriegsgefahr: Friedensbewegung, Ökologie: Umweltschutzbewegung) darstellen, seit einigen Jahren wieder, wenngleich Rückschläge und Niederlagen nahezu unvermeidlich sind. Aus dem Blickwinkel des imperialistischen Herrschaftssystems betrachtet, hat sich die Zahl der „Gefahrenherde“ nationaler Befreiungsbewegungen überall auf der Welt wie auch anderer „Sicherheitsrisiken“ in letzter Zeit drastisch erhöht. Davon zeugen besorgte Kommentare, die Bildung „schneller Eingreiftruppen“ und der Ausbau des staatlichen Repressionsapparates.

¹⁰ Norman Paech, Staat und Krise — Krise des Staats?, in: Werner Goldschmidt (Hrsg.), Staat und Monopole (III), a.a.O., S. 29.

¹¹ Ebd., S. 43 f.

¹² Siehe Detlev Albers, Anmerkungen zum „Sonderfall Bundesrepublik“, in: Hermann L. Grem-liza/Heinrich Hannover (Hrsg.), Die Linke. Bilanz und Perspektiven für die 80er, Hamburg 1980, S. 27 ff.

Um Massenbewegungen und revolutionäre Bestrebungen niederzuhalten, die das imperialistische Herrschaftssystem (potentiell) gefährden, bedient sich der Staatsapparat unterschiedlicher Mittel und Methoden, die von der ideologischen Beeinflussung seiner Bürger über Partizipationsmöglichkeiten bis zur Androhung/Anwendung physischer Gewalt reichen. Wenn sich aus irgendeinem Grund Massenwiderstand regt, bewegt sich auch das politische System, wobei drei Handlungsalternativen zur Auswahl stehen: Die Herrschenden können materielle Zugeständnisse, z. B. in Form „außerplanmäßiger“ Lohnerhöhungen oder sozialpolitischer Gratifikationen, machen (wie zur Zeit des „Wirtschaftswunders“ mit seinen kontinuierlichen Wachstumsraten, die einen steigenden Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit ermöglichten), sie können den außerparlamentarischen Protest durch demokratische Reformen, Mitbestimmungsrechte und Anpassungsleistungen neutralisieren (wie zur Zeit der sozial-liberalen Koalition „zwischen den Krisen“), und ihnen bleibt — gewissermaßen als Notbremse — der massive Einsatz des staatlichen Zwangsapparates (in akuten Systemkrisen, sofern sich die Machtfrage stellt). Für gewöhnlich werden alle Techniken (der materiellen Konzession, der Integration bzw. Konsensproduktion und der Repression) gut dosiert miteinander kombiniert. Der Ausweg einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen breiter Volksschichten ist allerdings in Wirtschaftskrisen und Depressionsphasen versperrt. Das Verdienst der *Gramsci*-Diskussion (über Möglichkeiten und Grenzen bürgerlicher Hegemonie) besteht darin, auf die zunehmende Bedeutung geistiger Bindeglieder der Herrschaftssicherung und eines klassenübergreifenden Grundkonsenses in Krisensituationen aufmerksam gemacht zu haben.¹³

Die relative Stabilität des BRD-Kapitalismus beruhte über Jahrzehnte hinweg hauptsächlich auf seiner Prosperität, einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum und scheinbarer Krisenfreiheit; sie basiert heute nicht nur auf (einer zunehmenden Perfektionierung der Mechanismen zur geistigen) Manipulation, sondern auch auf Konsensproduktion, die mehr ist als Volksverdummung, mit ihr jedoch Hand in Hand geht. Ohne die Desinformation durch bürgerliche Massenmedien, Informationsdefizite und die Klischees einer fragwürdigen Sozialisation käme kein Minimalkonsens zwischen den Klassen zustande, der das Proletariat in der Botmäßigkeit kapitalistischer Ausbeuter hält und die Hegemonie der Bourgeoisie im kulturellen Leben sichert. Die geistig-moralische Hegemonie, wie sie hierzulande das Besitz- und Bildungsbürgertum (vermittelt über „traditionelle“ Intellektuelle) ausübt, unterscheidet sich dadurch von der Subordinationspraxis, die *Antonio Gramsci* im Auge hatte,¹⁴ daß der Konsens zwischen den Klassen auf politischer Abstinenz bzw. Indifferenz des Proletariats beruht. „Die Arbeiterklasse der BRD hat sich mit

13 Vgl. dazu: Hans Heinz Holz/Hans Jörg Sandkühler, *Gramsci-Debatte und Politik der demokratischen Wende*, in: dies. (Hrsg.), *Betr.: Gramsci. Philosophie und revolutionäre Politik in Italien*, Köln 1980, S. 17 ff.

14 Vgl. *Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften*, Frankfurt/M. 1980, S. 277 ff.

dem Staat und seinen Institutionen arrangiert, sie verhält sich nicht bewußt zu ihm, das heißt, sie handelt nicht ihm gegenüber, und so ist dementsprechend ihr Bewußtsein vom Staat ohne Handlungsbezug. Die Hegemonie, die die Bourgeoisie in der ‚politischen Gesellschaft‘ ausübt, stützt sich nicht auf das Einverständnis, wohl aber auf die Duldung der Beherrschten.“¹⁵ Das diffuse „Staatsbewußtsein“ der Werktätigen entspricht übrigens dem Doppelcharakter des Reformismus als systemkonformer *und* kritischer Bewußtseinsinhalt.

Die Krise wirkte sowohl desillusionierend als auch desorientierend auf das Massenbewußtsein. Der Regierungswechsel 1982 war eingebettet in einen Wechsel des Hegemonietyps: von der Wohlstands- bzw. Gemeinwohl- zur Verzichtsideologie, die angesichts einer offensiven Kriegführungsstrategie der NATO (AirLand Battle, Rogers-Plan, FOFA) mögliche Menschenopfer mit einschließt.¹⁶ Der „soziale Frieden“, auf den alle etablierten Parteien und Politiker stolz sind, ist (noch) nicht bedroht, der Konsens, auf dem er gründet, allerdings brüchig. Die Krise des politischen Systems beschränkt sich nicht auf eine Funktionsstörung staatlicher Institutionen, etwa des Parlamentarismus und Regierungsmechanismus, wie es die These von der „Unregierbarkeit“ des (bürgerlich-demokratischen) Staates suggeriert,¹⁷ sondern resultiert aus Legitimationsdefiziten, die sich in der Konfrontation mit Formen des Bürgerprotests manifestierten. Ein Beispiel dafür bildet die Feststellung des niedersächsischen Ministerpräsidenten *Ernst Albrecht* aus dem Jahre 1979, die (innerhalb des Staatsapparates selbst nahezu unumstrittene) Errichtung einer sogenannten Atommülldeponie in Gorleben sei „politisch nicht durchsetzbar“, womit außerparlamentarische Implementationsschranken für Verwaltungsakte gemeint waren.¹⁸ Das Regierungssystem vermochte seine Hauptaufgaben der Administration im Monopolinteresse, der Massenintegration und Konsensproduktion, die Formen geistiger Manipulation — entgegen einem weitverbreiteten Mißverständnis — genauso umfaßt wie sie ergänzende Maßnahmen staatlicher Repression, nicht mehr optimal im Sinne der Herrschenden zu erfüllen: Der Basiskonsens über die parlamentarisch-demokratisch regierte „soziale Marktwirtschaft“ bewährte sich nach wie vor als ideologischer Cordon sanitaire; er wurde zwar nicht durchbrochen, bröckelte jedoch an einzelnen Stellen (Ökologie, Friedensfrage) ab, ohne daß die Hegemonie der Bourgeoisie — verstanden als gesamtgesellschaftliche Totalität — in Gefahr geriet. Wenn trotzdem von einer Hegemoniekrise die Rede ist, dann deshalb,

15 Harald Werner, Das Staatsbewußtsein der Arbeiter in der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981, S. 169.

16 Vgl. Klaus Naumann, Vom Lohnverzicht bis zum Verzicht aufs Überleben? Ideologische Leitbilder der „geistig-moralischen Erneuerung“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1983, S. 854 ff.

17 Siehe z. B. Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hr.), Der überforderte schwache Staat. Sind wir noch regierbar?, München 1975; als Kritik: Claus Offe, „Unregierbarkeit“. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt/M. 1979, S. 294 ff.

18 Zit. nach: Sebastian Cobler u. a., Der demonstrative Kampf um die Versammlungsfreiheit. Zur Einführung, in: dies. (Hrsg.), Das Demonstrationsrecht, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 8.

weil die Legitimationsfunktion des politischen und Parteiensystems der BRD noch nie so gestört war wie jetzt, weil sie keine Gewähr mehr dafür bietet, daß Einbrüche in wirtschafts- und gesellschaftspolitische Schlüsselbereiche ausbleiben.

Ungefähr zur selben Zeit, als sich der durch die Niederlage im Vietnam-Krieg und andere Schlappen (Entkolonialisierung Afrikas, Siege nationaler Befreiungsbewegungen sogar in Mittelamerika) erschütterte US-Imperialismus anschickte, verlorenes Terrain, Stützpunkte, Machtbastionen und die Weltherrschaft zurückzuerobern, und nicht nur ganz allgemein eine größere Aggressivität an den Tag legte, sondern seine Militärs Erstschlagsszenarios durchspielten und über *Hitlers* Konzeption des „Blitzkrieges“ diskutierten,¹⁹ fand in der BRD eine Renaissance erzkonservativer Staats- und Rechtstheoretiker (wie *Carl Schmitt* und *Hans Freyer*) statt,²⁰ die den „Ernstfall“ zum Fixpunkt ihres Denkens gemacht, den Bürgerkrieg einkalkuliert und Gewaltanwendung gegenüber der Arbeiterklasse, linken Systemkritikern bzw. Massenbewegungen nicht ausgeschlossen hatten. Die westdeutsche Linke bleibt hinter dem Diskussionsstand der Gegenseite zurück, sofern sie im Zuge des „Gramsci-Booms“ Integrationsbemühungen und Hegemonialstrategien der Bourgeoisie verabsolutiert oder — auf friedenspolitischem Gebiet — gegen die Abschreckung („Blocklogik“) polemisiert, obwohl das Pentagon längst von einer Logik der Kriegsverhütung zur Projektion eines Angriffskrieges (Präsidenten-Direktive 59, Leitlinien-Dokument) übergegangen ist²¹.

3. Die Umgruppierung und Neuformierung des politischen Kräftefeldes: Bürgerinitiativen und Basisbewegungen – Krisensymptome oder Keimzellen der Systemüberwindung?

Mit der Wirtschaft des BRD-Kapitalismus bzw. der Unfähigkeit seiner staatstragenden Parteien, Wachstumsraten und Wohlstandssteigerungen zu garantieren, gerieten sie gleichfalls in eine Legitimationskrise, die durch Programmrevisionen so wenig lösbar war wie durch Organisationsreformen, mehr Dialogbereitschaft gegenüber den Bürgern „draußen im Lande“ und endlose Strategiediskussionen. Die Bundestagsparteien wichen angesichts des wachsenden Problemdrucks auf thematische Nebenkriegsschauplätze aus, weil sie keine Antworten auf Existenzfragen der Menschheit, drohende Kriegsgefahr, Hungerkatastrophen und Umweltkrisen, besaßen. Man klagte über die „Staats- und Parteienverdrossenheit“ vornehmlich junger Menschen,

19 Vgl. Uwe Bitzel/Wolfgang Zellner, Welche Lehren die US-Army aus *Hitlers* „Blitzkrieg“-Strategie zieht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/1985, S. 152 ff.

20 Vgl. Werner Goldschmidt/Wulf D. Hund, „Ernstfall“ und „Volksgemeinschaft“. Zur konservativen Besinnung auf Hans Freyer und Carl Schmitt, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/1983, S. 1588 ff.

21 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Von der Abschreckungsideologie zur Kriegführungsstrategie. Ursachen und Folgen des Strategiewechsels der NATO, in: Rüdiger Lison (Hrsg.), *Wissenschaftler zu Frieden und Abrüstung*, Duisburg 1985, S. 49 ff.

ein Phänomen, das Jörg Bopp zu der Frage veranlaßte, ob die BRD eine „Demokratie ohne Jugend“ sei.²² Dieser „Sinnkrise“ suchten die Parteiapparate dadurch zu enttrinnen, daß sie eine „Wertediskussion“ entfachten,²³ bei der sämtliche Diskussionsteilnehmer dieselben Grundwerte für sich reklamierten. Die bürgerliche Soziologie machte für Krisensymptome wie das Sinken der Wahlbeteiligung (besonders drastisch bei der EG-Wahl 1984), eine hohe Wählerfluktuation (zunehmende Zahl von Wechselwählern) und das Protestwahlverhalten vor allem jugendlicher Stimmbürger einen „Wertewandel“ vom Materialismus der Nachkriegszeit zum „Postmaterialismus“ der neuen Generation verantwortlich,²⁴ ohne das Phänomen damit in den Griff zu bekommen.

Hauptleidtragende des Vertrauensverlustes, den die Parteien beklagten, war die SPD, deren promonopolistisches Krisenmanagement viele Mitglieder zum Austritt bewog und insbesondere Arbeiterwähler der industriellen Ballungszentren davon abhielt, sie weiter zu unterstützen. Die rechtssozialdemokratische Partei- und Regierungsspitze steckte in einem Teufelskreis, der aus dem Widerspruch zwischen ihrer Massenbasis und den vertretenen Klasseninteressen resultierte: Je mehr sie dem Drängen des Monopolkapitals nachgab und die Wettbewerbsfähigkeit der BRD-Industrie auf dem Weltmarkt zur Richtschnur ihres Handelns machte, um so geringer wurde ihre (für die Kapitalmagnaten wesentliche) Fähigkeit, die Lohnabhängigen an das System zu binden. Entweder wurden die Erwartungen der herrschenden Klasse enttäuscht, oder es bestand die Gefahr, daß der SPD (vielleicht auf Dauer) die Massenbasis innerhalb des Proletariats verlorenging. Aus dieser Integrationskrise befreite sie der Regierungswechsel im Oktober 1982; die Lösungsmöglichkeit einer Umorientierung ihrer Politik blieb ungenutzt.²⁵ Mit der SPD war kein Staat (des Monopolkapitals) mehr zu machen, als die Gewerkschaften ihre Loyalität gegenüber der von ihr geführten Koalitionsregierung aufkündigten, Protestdemonstrationen vorbereiteten und absehbar war, daß sie die Raketenstationierung nur um den Preis des Auseinanderbrechens hätte realisieren können.

Was auf den ersten Blick wie ein „Formtief“ der führenden Regierungspartei aussah, ließ sich mit Abnutzungserscheinungen nicht erklären, sondern ging an die Substanz und traf das Parteiensystem insgesamt. Seine Akzeptanz nahm im selben Maße ab, wie Desintegrations- und Erosionstendenzen des Parteiwesens auf den Staatsapparat durchschlugen. Bürgerinitiativen und Basisbewegungen liefen den Parteien, deren Entscheidungskompetenz zum ersten Mal in der BRD-Geschichte von relevanten Bevölkerungskreisen in

22 Siehe Jörg Bopp, *Demokratie ohne Jugend?*, in: Christian Graf von Krockow (Hrsg.), *Brauchen wir ein neues Parteiensystem?*, Frankfurt/M. 1983, S. 47 ff.

23 Vgl. Kurt Bayertz/Hans Heinz Holz (Hrsg.), *Grundwerte. Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie*, Köln 1978.

24 Vgl. z. B. Bernd Guggenberger, *Umweltschutz und neue Parteibewegung. Wieviel Zukunft hat die Volksparteiendemokratie?*, in: Christian Graf von Krockow (Hrsg.), *Brauchen wir ein neues Parteiensystem?*, a.a.O., S. 85.

25 Vgl. dazu: Rainer Eckert, *Die Krise der SPD*, Frankfurt/M. 1982.

Zweifel gezogen wurde, bei einem Großteil hauptsächlich junger Menschen den Rang ab. *Georg Fülberth* hat in seiner Bilanz der Regierungsperiode 1969 bis 1982 hervorgehoben, daß die relative Stärke und Stabilität der neuen sozialen Bewegungen „zwar nicht ein bewußt herbeigeführtes Ziel, wohl aber das hinter deren Rücken entstandene wichtigste positive Resultat der sozialliberalen Koalition ist“.²⁶

Verdankte der Reformismus seinen Aufschwung „zwischen den Krisen“ und die SPD ihre Regierungsübernahme Defiziten des Vergesellschaftungsprozesses, infrastrukturellen Lücken (z. B. im Bildungswesen) und Reproduktionsrisiken, die sie durch Verbesserung des staatlichen Regulierungsinstrumentariums beseitigen zu können glaubte, so entstanden die Bürgerinitiativen als Begleiterscheinung dieser neuen Form der Partizipation, die Grün/Alternativen als Reaktion auf das Scheitern der Modernisierungsstrategie, von *Martin Jänicke*, einem ihrer führenden Köpfe, in seiner Version der konservativen Theorie des „Staatsversagens“ aus der Sicht des Kritikers mit antietatistischer (statt antimonopolistischer) Stoßrichtung reflektiert.²⁷ Bürgerinitiativen bildeten sich als Keimzellen der Selbstorganisation (von Großprojekten, Verwaltungsentscheidungen und Sanierungsmaßnahmen) Betroffener heraus, die Erfahrungen mit Staatsorganen und Konzernbürokratien machten, wie sie sonst nur durch Teilnahme an betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen zu gewinnen waren. Dieser kollektive Lernprozeß, der sich im Falle einer Kriminalisierung des Protests vielfach vertiefte, ging bis zur Erkenntnis der Klassennatur des Staates. Aktivisten der Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen rekrutieren sich in erster Linie aus Mittelschichten,²⁸ die den Widerspruch zwischen steigenden Bedürfnissen und mangelnder/mangelhafter Befriedigung der Ansprüche aufgrund ihres Bildungsstandes mehr als andere Gesellschaftsgruppen zu spüren bekommen, wie auch Kulturpessimismus, Zivilisationskritik und Weltuntergangsstimmung in ihren Reihen verbreitet sind. Eingebettet war die durch demokratische Massenbewegungen forcierte und ihnen Dauerhaftigkeit verleihende Politisierung breiter Bevölkerungskreise in einen Prozeß der gesellschaftlichen Polarisierung, den es seit Mitte der 70er Jahre — krisenbedingt — gab.²⁹

Mit den Bürgerinitiativen, die damals wie Pilze aus dem Boden schossen, wuchs nicht nur die Bereitschaft, sich gegen Misere im Reproduktionsbereich (Wohnen, Umwelt, Freizeit) zu wehren, sondern auch die Fähigkeit, das politische und/oder Gesellschaftssystem der BRD „mit anderen Augen“ zu sehen, Fundamentalkritik zu üben und basisdemokratische Entscheidungsstrukturen zu erproben. Zwar war die Bürgerinitiativbewegung kein Aufstand

26 Siehe Georg Fülberth, Bilanz der sozialliberalen Koalition, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/1982, S. 1184.

27 Vgl. Martin Jänicke, Zur Theorie des Staatsversagens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 14/1980, S. 29 ff.

28 Vgl. Fred Karl, Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung, Frankfurt/M. 1981, IMSF-Reihe Soziale Bewegungen 10, S. 88 f.

29 Vgl. Karl-Heinz Braun, Individuelle Politisierung im Kontext gesellschaftlicher Polarisierung, in: Rüdiger Lison (Hrsg.), Wissenschaftler zu Frieden und Abrüstung, a.a.O., S. 213.

der vielbeschworenen Basis gegenüber den ihr entfremdeten Parteien, doch wurde „die Straße“ durch sie als legitimer Ort des Massenprotests in gewisser Weise rehabilitiert. Der Einbau bestehender Bürgerinitiativen in das politische System gelang dagegen nicht in größerem Ausmaß; nach wie vor existiert ein Spannungsverhältnis, überlappen sich Konkurrenz- und Komplementärbeziehungen zwischen dem parlamentarischen Repräsentativstaat und den Bürgerinitiativen.

Die bürgerliche Fachwissenschaft nahm sich zwar des Phänomens „Bürgerinitiativen“ an, machte sie sogar zum Modethema und griff die damit verbundene Herausforderung auf, kam jedoch über die Fragestellung „Krisensymptom oder Ergänzung des Systems der Volksparteien?“³⁰, wie *Bernd Guggenberger* das Problem formulierte,³⁰ nicht hinaus. Daß es sich um eine Scheinalternative handelt, die Funktion der Bürgerinitiativen durchaus ambivalent ist und, dialektisch gedacht, beide Momente, sowohl kritische Bewußtseinsbildung als auch systemkonforme Entwicklungsbedingungen, einschließt, wurde häufig übersehen. Umstritten ist, ob die Bürgerinitiativen von ihrer Form der Interessenartikulation her das Prinzip parlamentarischer Repräsentation konkurrieren. „Der traditionelle Weg zur Verwirklichung politischer Forderungen in der bürgerlichen Demokratie ist der über Parteien und Parlamente. Bürgerinitiativen sind durch ihre bloße Existenz objektiv eine Infragestellung und Kritik dieses Weges, obwohl das subjektive Bewußtsein dafür oft fehlt.“³¹ Teils entlasten Bürgerinitiativen das politische und Regierungssystem, sei es, daß sie als „Frühwarnsystem“ wirken,³² sei es, daß sie sich aufgrund erbrachter „Selbsthilfeleistungen“ als Surrogat erweisen. „Bürgerinitiativen steigern dadurch, daß sie den entscheidungsbefugten Institutionen Informationen und ein breites Interessenspektrum vermitteln, die Effektivität der parlamentarischen Demokratie; außerdem fördert die durch Bürgerinitiativen vermittelte positive Einschätzung der Möglichkeit, politischen Einfluß auszuüben, die Stabilität des politischen Systems.“³³

Wer die „Grenzen der *Mehrheitsdemokratie*“ beschwört,³⁴ also die formale Seite der Sache analysiert, statt nach den *Klasseninhalten* von Entscheidung(sprozess)en zu fragen, gegen die protestiert wird, ignoriert den Umstand, daß Großaktionäre, Konzernherren und Finanzmagnaten keine Bürger-

30 Siehe Bernd Guggenberger, Bürgerinitiativen: Krisensymptom oder Ergänzung des Systems der Volksparteien?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen 1982, S. 190 ff.

31 Hanspeter Knirsch/Friedhelm Nickolmann, Die Chance der Bürgerinitiativen. Ein Handbuch, Wuppertal 1976, S. 52.

32 Siehe Claus Offe, Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, in: Heinz Grossmann (Hrsg.), Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?, Frankfurt/M. 1971, S. 161.

33 Peter Haungs, Bürgerinitiativen und Probleme der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bernd Guggenberger/Udo Kempf (Hrsg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1978, S. 162.

34 Siehe Bernd Guggenberger/Claus Offe (Hrsg.), An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel, Opladen 1984.

initiativen gründen, weil sie solcher Zusammenschlüsse nicht bedürfen, um ihre Interessen durchzusetzen. Der Kern des Problems liegt darin, daß die Arbeits- und Lebensbedürfnisse der Lohnabhängigen *trotz* des Mehrheitsprinzips im bürgerlichen Staat aufgrund der privatkapitalistischen bzw. -monopolistischen Eigentums- und Machtverhältnisse unbefriedigt bleiben, nur Berücksichtigung finden, sofern sie mit dem Systemerhaltungsinteresse korrespondieren und nicht mit den Imperativen des Verwertungsprozesses (Profitmaximierung und Kapitalakkumulation) kollidieren.

Bürgerinitiativen und Basisbewegungen haben nicht nur die politische Kultur der BRD bereichert, sondern auch die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen beeinflußt und die Möglichkeiten für über punktuelle Aktionsgemeinschaften der Linkskräfte hinausgehende Bündnisse verbessert. Die Bürgerinitiativen befinden sich in der Zwitterrolle, Verwaltungs- und Parlamentsentscheidungen des bürgerlichen Staates anzufechten, ohne seine Entscheidungskompetenz und -prozeduren grundsätzlich in Frage zu stellen. Von daher ist ihre Integration bzw. das Abgleiten in die Resignation genauso gut denkbar wie eine fortschreitende Radikalisierung. Wenn und soweit Bürgerinitiativen Betroffenen die Augen über gesellschaftliche Hintergründe der angeprangerten Mißstände, diesen zugrunde liegende Herrschaftsstrukturen und Machtverhältnisse öffnen, also die Verbindung zwischen dem Anliegen, das ihr Ausgangspunkt und Kristallisationskern war, sowie dem Gesamtzusammenhang einer Wirtschaftsordnung, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln fußt, durch Aktionen herstellen, weisen sie über den staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Funktionsmechanismen seines Regierungssystems hinaus.

Die Grün-Alternativen sind, soweit sie ihren Anspruch einlösen wollen, das kapitalistische Industriesystem zu überwinden, keine „Systempartei“ neuen Typs. Ihre radikaldemokratische Programmatik macht sie trotz vielfacher Friktionen, Flügelkämpfe und Handlungsrestriktionen zu einem festen Bestandteil der BRD-Linken.³⁵ Damit Kritik an der Produktivkraftentwicklung, wie sie die Grünen — teilweise ohne Bezug auf die Gesellschaftsordnung — üben, in Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen umschlägt, müssen sich die Klassengegensätze zuspitzen, die Organisationen der Arbeiterbewegung als Träger einer sozialen Utopie identifizierbar sein und ihr Versuch zur Erringung der Hegemonie durch gemeinsame Kampfziele untermauert werden.³⁶ Unter diesen Voraussetzungen war die Chance zur demokratischen Alternanz, für einen Regierungswechsel, der zwar keine Gewähr in bezug auf grundlegende Gesellschaftsveränderungen bieten, aber neue Möglichkeiten eröffnen und sich nicht auf einen bloßen Koalitions(partner)wechsel, wie bei allen politisch-parlamentarischen Kräfteverschiebungen zuvor, beschränken würde, nie größer.

35 Vgl. Wolfgang Abendroth, Die „Grünen“ und die Arbeiterbewegung, in: ders. u. a., Nicht links — nicht rechts?, Über die Zukunft der Grünen, Hamburg 1983, S. 17 ff.

36 Vgl. hierzu: Frank Deppe, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende. Eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1984, S. 246 ff.

4. Die Rechtswende und Alternativen der Staatsentwicklung: Rüstungs- oder Sozialstaat?

Die „Wende“ begann nicht erst nach dem Zerfall der sozial-liberalen Koalition im Oktober 1982, sondern im Gefolge der Wirtschaftskrise 1974/76 lange vor dem Regierungswechsel.³⁷ Zwar waren das Monopolkapital und seine Verbände für eine Übernahme der Regierungsgeschäfte durch CDU/CSU; einen abrupten Bruch innerhalb ihrer Strategie zur Herrschaftssicherung auf der Grundlage institutionalisierter Klassenbeziehungen und „sozialpartnerschaftlicher“ Konsensbildung wollten sie nichtsdestoweniger vermeiden: „Zugespitzte Auseinandersetzungen mit negativen Folgeerscheinungen, die dann möglicherweise ihrer Kontrolle entgleiten könnten, sollen verhindert werden.“³⁸ Gleichwohl wurde die Befürchtung geäußert, daß der Regierungswechsel den Auftakt für tiefgreifende Umstrukturierungen des Machtmechanismus im „Modell Deutschland“ bilde. „Zu vermuten ist, daß die Etablierung der konservativen Regierung den Beginn einer viel weitergehenden Transformation des Herrschaftssystems bedeutet. Die Krise des keynesianisch-fordistischen Kapitalismus erzwingt eine veränderte, auf die gewandelten Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz bezogene Akkumulationsstrategie, die von einem Umbau der politischen Apparatur, der herrschenden politischen Diskurse und der Modi gesellschaftlicher Interessenorganisation und -spaltung begleitet sein wird.“³⁹ Unterschätzt werden hier offenbar die aus dem Gegensatz zwischen Gruppen- und Gesamtinteressen des Kapitals erwachsenden Widersprüche der Regierungspolitik, ganz zu schweigen von dem innerparteilichen und außerparlamentarischen Druck oppositioneller Kräfte.

Wenn man die Bundestagswahl vom 6. März 1983 als Protestvotum in zwei Richtungen, nach rechts und links (grün-alternativ), begreift,⁴⁰ manifestiert sich darin jene Tendenz zur Ausdifferenzierung und Polarisierung der Parteienlandschaft, durch die systemkritische Kräfte reproduziert, radikalisiert oder vom parlamentarischen Transmissionsriemen absorbiert werden. Wer die BRD, wie *Wolf-Dieter Narr*, auf dem besten Weg zum Einparteienstaat wählte und ihr Parteiensystem als Machtkartell uniformer Staatsparteien kritisierte,⁴¹ konnte mit Blick auf die Umgruppierung politischer Kräfte erleichtert aufatmen: Der Nimbus des westdeutschen Parteiensystems, aufgrund der Fünfprozentklausel und der Staatsdoktrin des Antikommunismus eine „geschlossene Gesellschaft“ zu sein, ist nach dem Wahlerfolg der Öko-Partei da-

37 Vgl. Christian Götz, Für eine Wende zur sozialen Demokratie. Einschätzung und Materialien aus gewerkschaftlicher Sicht. Ein Lesebuch, Köln 1984, S. 12 ff.

38 Horst van der Meer, Politische Rolle und Funktion der Monopolverbände in der BRD, a.a.O., S. 63.

39 Josef Esser/Joachim Hirsch, Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den „nachfordistischen“ Kapitalismus, in: Prokla 56 (1983), S. 51.

40 Vgl. Georg Fülberth, Kontinuität und Bruch, in: IMSF (Hrsg.), Marx ist Gegenwart. Materialien zum Karl-Marx-Jahr 1983, Frankfurt/M. 1983, S. 179 f.

41 Vgl. Wolf-Dieter Narr, Editorial: Parteienstaat in der BRD – ein Koloß auf tönernen Füßen, aber mit stählernen Zähnen, in: ders. (Hrsg.), Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen 1977, S. 7 ff.

hin. Mit der zunehmenden „Verstaatlichung“ des Parteiwesens, der Reduktion innerparteilicher Willensbildung auf die Akklamation gegenüber Führungsentscheidungen und der Einbindung des DGB in Strukturen, die unter dem Stichwort „Korporatismus“ bzw. „Neokorporativismus“ thematisiert wurden,⁴² waren Mobilisierungseffekte im außerparlamentarischen Bereich verbunden, die auf den Staatsapparat durchschlugen. Der Trend zur Etatisierung der Bundestagsparteien, Amerikanisierung des Parteiensystems und Kommerzialisierung der Wahlkämpfe wurde durch die Stärkung der Gegenkräfte zwar nicht gestoppt und umgekehrt, ist aber zunächst diskreditiert. Die etablierten Parteien als „Vorfeldorganisationen des Staates“ einzustufen,⁴³ reicht nicht hin, um die vielfältigen Verflechtungserscheinungen im politischen Machtzentrum der BRD exakt zu analysieren. Rolf Zundel ging im Gegensatz zu dieser Aussage Hermann Scheers so weit, sie als „Staatsorgane“ zu bezeichnen.⁴⁴ Tatsächlich gleichen sich die Parteizentralen – besonders der CDU – den Vorstandsetagen der Großkonzerne mehr und mehr an.

Wie die Wahlniederlagen der führenden Regierungspartei nach dem „Wende“-Manöver zeigen, entbehrt die konservative Hegemonievariante einer breiten Massenbasis, was die persönlichen Rivalitäten und Positionsunterschiede innerhalb des Regierungslagers hervortreten und erwarten läßt, daß die Rechtswende im Widerstreit zwischen ihren Hauptprotagonisten und stärker werdenden Gegentendenzen steckenbleibt. Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen (Saarland, Nordrhein-Westfalen) signalisieren zugleich, daß die Integrationskraft der SPD ungebrochen ist, wohingegen die Grünen bei ihrem Bemühen, Kollateralschäden des Akkumulationsprozesses und Schwierigkeiten der Kapitalreproduktion nicht als Klassenwidersprüche zu problematisieren, sondern als Gattungsfragen zu interpretieren, an Grenzen stoßen. Was die Ursachen des Regierungswechsels, Fehlentscheidungen und Schwachstellen der sozial-liberalen Koalitionsregierung betrifft, steht die notwendige Vergangenheitsbewältigung als Selbstkritik der SPD bislang aus. Die Wahl zwischen zwei Wegen (Anpassung an den Liberalkonservatismus oder Alternative zu den Regierungsparteien) wird der Parteiführung nicht erspart bleiben und maßgeblich vom Entwicklungsniveau der demokratischen Bewegung abhängen. Möglicherweise bildet der (Übergang vom keynesianischen zum) Ökoreformismus, für den Oskar Lafontaine plädiert,⁴⁵ eine mehrheitsfähige

42 Vgl. dazu: Gert Hautsch, Integrationismus und „Korporatismus“. Überlegungen zur Problematik der Einbindung von Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981, S. 222 ff., sowie grundsätzlicher: Heinz Jung, „Korporatismus“ statt „Etatismus“? Staatsmonopolistische Vergesellschaftung und politisch-staatlicher Überbau heute, in: ebd., S. 11 ff.

43 So Hermann Scheer, Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteiendemokratie, 3. Aufl., München 1980, S. 207.

44 Siehe Rolf Zundel, Das verarmte Parlament. Der Preis der Stabilität, München 1980, S. 12.

45 Vgl. Oskar Lafontaine, Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung, Hamburg 1985. Zur Begrifflichkeit siehe Uwe Kremer, Vor einem neuen Stadium des Reformismus?, in: spw 20 (1983), S. 339 ff., wo außerdem ein „klassisches“ Stadium des Reformismus unterschieden, der trade-unionistische, gewissermaßen urwüchsige Reformismus jedoch nicht berücksichtigt wird.

Perspektive. Soll die Metamorphose des Reformismus, wie man den Wandlungsprozeß dieser seit dem Godesberger Programmparteitag 1959 minoritären Richtungsgruppierung nennen könnte, kein bloßer Formelkompromiß sein, müßten sich jedoch die parteiinternen Kräfteverhältnisse grundlegend ändern.

Die Marginalisierungsstrategie (eines Teils) der SPD-Führung gegenüber Grünen und Alternativen deutet darauf hin, daß das Thema einer Großen Koalition mit der Union (noch) nicht, wie *Oliver Brosch* und *Fiete Saß* meinen,⁴⁶ vom Tisch ist. Weiter fehlt eine überzeugende Konzeption der Krisenlösung, die sich klar vom gegenwärtigen Regierungskurs abhebt und dauerhaften Erfolg verspricht. Gleiches gilt im Hinblick auf den sich als ökosozialistisch bzw. fundamentalistisch begreifenden Flügel der Grünen, wie das Buch seiner Vertreter *Thomas Ebermann* und *Rainer Trampert* erkennen läßt.⁴⁷

Derweil geht die Bürgerblockregierung zur wirtschafts- und sozialpolitischen „Vorwärtsverteidigung“ des bestehenden Herrschaftssystems, verbunden mit einer Rückkehr zur Formierungspraxis der Restaurationsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg, über. In mancherlei Hinsicht ähnelt ihre Krisenstrategie den Reaktionsmustern, die zur Zeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30 Jahre in Deutschland dominierten. Als Kehrseite der staatlich geförderten Steigerung des Wohlstandes weniger Privilegierter macht sich eine „neue Armut“ bemerkbar,⁴⁸ die den Preis für den ungehemmten Fortgang der Kapitalakkumulation bildet. Je mehr die BRD ins Schlepptau des Konfrontations- und Kriegskurses der *Reagan*-Administration gerät, um so eher wird sich der Klassenkampf „von oben“ zuspitzen, der Sozialabbau – aus wahltaktischen Gründen vorübergehend verlangsamt – drastisch verschärfen. An dem Kulminationspunkt, da materielle Einbußen des Lebensstandards nicht nur für Millionen Lohnabhängige und ihre Familien, sondern immer breitere Bevölkerungskreise drohen, um die Rüstungsprojekte der Regierung (Bundeswehrplan '85, Weltraumwaffen) bezahlen zu können, drängt sich eine Neuorientierung auf, die über eine bloße Kehrtwende hinausginge. Die Staatsentwicklung nähert sich einer Weggabelung, wo der Frage „Rüstungs- oder Sozialstaat?“ niemand mehr ausweichen kann.⁴⁹

In Anbetracht der widersprüchlichen Entwicklungsmomente grenzen Prognosen über die Zukunft des politischen und Parteiensystems an Spekulation. Das öffentliche Leben der Bundesrepublik befindet sich – so scheint es – in einer Umbruchsituation, die mehrere Möglichkeiten für ihre Träger läßt. Viel-

46 Vgl. *Oliver Brosch/Fiete Saß*, Erneuerung der SPD? Chancen und Probleme der Programmdiskussion, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/1985, S. 717.

47 Vgl. *Thomas Ebermann/Rainer Trampert*, Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei, 3. Aufl., Hamburg 1985.

48 Vgl. *Werner Balsen u.a.*, Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, 2. Aufl., Köln 1984.

49 Siehe *Jörg Huffschnid* (Hrsg.), Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik. Ein Handbuch, 3. Aufl., Köln 1984.

leicht sehen sich die Herrschenden gezwungen, den Lohnabhängigen und ihren Organisationen Zugeständnisse zu machen. Ihr eigener Manövrierraum würde sich durch den Einbau plebiszitärer Elemente in das bürgerlich-parlamentarische Repräsentativsystem, wie ihn die *Späth-Kommission* erwägt,⁵⁰ nur unwesentlich verringern. Zwar läßt sich der Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, neuer Technologien (Mikroelektronik, Biogenetik) und Medien auf den politisch-ideologischen Überbau noch nicht abschätzen, doch werden die Rückwirkungen der rasanten Produktivkraftentwicklung enorm sein. Eine abschließende Wertung der gesellschaftspolitischen Konsequenzen des Automatisierungs- und Informatisierungsprozesses fällt schwer, weil sich mehrere Entwicklungsstränge überschneiden. So wachsen beispielsweise die Gefahren eines Ausbaus der Staatsmaschinerie zum Überwachungsstaat,⁵¹ wie umgekehrt die Chancen einer demokratischen Transformation des Staates zunehmen. Gleichzeitig ergeben sich Ansatzpunkte für eine Erneuerung der „Sozialpartnerschaft“ und verbessern sich die Bündnisperspektiven zwischen Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen.⁵² Solange keine Strukturveränderungen des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses im bürgerlichen Staat und seiner gesellschaftlichen Grundlage erfolgen, bleibt die „Computer-Demokratie“, wie *Helmut Krauch* den Einsatz moderner Hilfsmittel der Telekommunikation zum Zwecke des Regierens nennt,⁵³ eine Fiktion. „Demokratische Entscheidungsfindung kann nicht in erster Linie und nicht allein auf dem Wege computergesteuerter ‚rationeller‘ Informationsgewinnung und -verarbeitung erfolgen. Sie war, ist und bleibt, solange es Klassen gibt, stets eine Frage der ökonomischen und der politischen Macht in der Gesellschaft.“⁵⁴ Der Gegensatz zwischen Klassen- und Wertorientierungen erweist sich bei näherem Hinsehen als Scheinwiderspruch, und die „partizipatorische Revolution“, von *Max Kaase* beschworen,⁵⁵ entpuppt sich als Teil der Emanzipation, die Sozialisten und Kommunisten meinten, wenn sie das bürgerliche Herrschaftssystem kritisierten.

Die politische Systemkrise wurzelt in folgenden Grundwidersprüchen des imperialistischen Gegenwartsstaates: 1. über das modernste Regulierungsinstrumentarium zu verfügen, ohne der vielfältigen Krisenerscheinungen Herr zu werden; 2. das stärkste Repressionspotential (nach innen und außen) zu

50 Vgl. Hans-Jürgen Krysmanski, *Zukunfts-Mythen des Späth-Kapitalismus*. Zum Bericht der Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/1984, S. 806 ff., hier S. 815, 817.

51 Vgl. Jochen Bölsche, *Der Weg in den Überwachungsstaat*, Reinbek bei Hamburg 1979; Robert Jungk, *Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*, München 1977.

52 Vgl. Otto Ullrich, *Computer, Wertewandel und Demokratie. Öffnet die Informationsgesellschaft die Chancen für mehr politische Partizipation?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 25/1984, S. 25.

53 Siehe Helmut Krauch, *Computer-Demokratie*, Düsseldorf 1972.

54 Ernst Gottschling, *Demokratie im Zerrspiegel. Zur Kritik bürgerlicher Demokratietheorien*, Berlin (DDR) 1978, S. 151.

55 Siehe Max Kaase, *Partizipatorische Revolution — Ende der Parteien?*, in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*, a.a.O., S. 173 ff.

besitzen, ohne davon risikolos Gebrauch machen zu können; 3. durch Parlamentswahlen legitimiert zu sein, ohne die Majorität so weit integriert zu haben, daß sie sein Handeln widerstandslos akzeptiert. Damit verbunden ist — allem Gerede über die „Krise des Marxismus“ zum Trotz — ein Evidenzgewinn seiner Staatstheorie, der Hoffnungen nährt, daß die BRD-Linke nicht neuerlich ghettoisiert wird,⁵⁶ sondern vom Klassenkampf als „Stellungskrieg“ zum „Bewegungskrieg“ (*Gramsci*) übergeht.

Exemplarisch seien drei Ansatzpunkte für Aufklärungsmöglichkeiten im Rahmen einer aktionsorientierten Politik genannt: Die *Flick*-Parteispendenaffäre hat einige Kernaussagen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bestätigt, etwa die Verflechtungsthese als Versuch, das Interdependenzverhältnis zwischen Monopolkapital und Staatsapparat auf den Begriff zu bringen.⁵⁷ Aber nicht nur der Bonner Bestechungsskandal, auch die Art und Weise, wie der Bundestag, Mehrheitsmeinung und Massendemonstrationen gegen die Raketenstationierung ignorierend, dem Stationierungsprozeß im November 1983 zustimmte und ihn die Exekutive unter Mithilfe der Judikative (Kriminalisierung der Friedensbewegung) durchzog, waren geeignet, Illusionen über die Klassenneutralität des bürgerlich-demokratischen Repräsentativstaates, seine Gewaltenteilung und die Volkssouveränität zu zerstören. Dasselbe gilt für das Eingreifen der Staatsorgane in den Kampf um die 35-Stunden-Woche, sei es administrativ (*Franke*-Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit, mittels dessen die „kalte“ Aussperrung unterstützt wurde) oder präventiv-repressiv (BGS-Übungen des Einsatzes paramilitärischer Gewalt gegen Streikende).

56 Vgl. Christoph Butterwege, Staatstheorien im „CDU-Staat“, in: *Marxistische Blätter* 6/1983, S. 69.

57 Wie selbst bürgerliche Kritiker zugaben, gehen die *Flick*-Akten „über alles hinaus, was linke Stamokap-Ideologen über die ‚Instrumentalisierung der Politik durch das Kapital‘ zusammengeschrieben haben.“ (Hans Werner Kitz/Joachim Preuss, *Flick. Die gekaufte Republik*. Reinbek bei Hamburg 1983, S. 213) Vgl. auch: Siegfried Bluth, *Die korrupte Republik. Ein politisches und wirtschaftliches Sittengemälde*, Esslingen o. J.; zur Vorgeschichte und zum Konzernbiographischen Hintergrund aus marxistischer Sicht: Emil Carlebach/Kurt Bachmann, *Kauf’ Dir einen Minister!*, *Flick in Weimar, im Dritten Reich und in Bonn*, Frankfurt/M. 1985; Ulrike Hörster-Philipps, *Im Schatten des großen Geldes. Flick-Konzern und Politik: Weimarer Republik, Drittes Reich, Bundesrepublik*, Köln 1985; Heinz Jung/Fritz Krause, *Die Stamokap-Republik der Flicks*, Frankfurt/M. 1985.

Umbruchperiode und Zukunft der Gewerkschaften

Klaus Pickshaus

1. Umbruchsituation und Zukunftsdiskussion — 2. Klassen- und Sozialstrukturveränderungen und neue Organisationsprobleme der Gewerkschaften — 2.1. Soziale Umschichtungen in der Arbeiterklasse — 2.2. Die Zielgruppen der Angestellten — 2.3. Neue Anforderungen an die Gewerkschaftspolitik — 3. Betrieb oder Reproduktionsbereich als Basis gewerkschaftlicher Arbeit? — 3.1. Verliert der Betrieb an Bedeutung? — 3.2. Neue Organisationsformen im Reproduktionsbereich und die Erneuerung gewerkschaftlicher Betriebspolitik — 4. Gewerkschaftszukunft und politische Perspektiven

1. Umbruchsituation und Zukunftsdiskussion

Nahezu alle Analysen, die sich in den letzten Jahren mit der Situation und Perspektive der Gewerkschaften beschäftigten, rückten die grundlegenden Veränderungen ihrer Handlungsbedingungen in den Mittelpunkt. Politikmuster, die dem Modell eines prosperierenden Kapitalismus verhaftet blieben, wurden zunehmend in Frage gestellt. Es wurde auch offensichtlich, daß die einschneidenden Veränderungen nicht nur durch zyklische Krisenprozesse bedingt, sondern mit einem „Epochenwechsel von einer ungewöhnlich langen Periode der relativen kapitalistischen Prosperität und Stabilität zu einer längeren Stagnations- bzw. Depressionsperiode des Kapitalismus verbunden sind“.¹ Diese neuen Konstellationen, die sich seit Mitte der 70er Jahre abzeichnen, bestimmen auch die Ausgangslage für den nächsten überschaubaren Zeitraum.

Mit diesem Wandel sind Merkmale eines neuen Entwicklungstyps des Kapitalismus erkennbar geworden, der in der Diskussion als privatmonopolistische Entwicklungsvariante des SMK bezeichnet wurde.² Dabei geht es im Kern um einen neuen monopolistischen Akkumulationstyp unter der Bedingung eines wachsenden Internationalisierungsgrades und des Wirksamwerdens der wissenschaftlich-technischen Revolution. Bei der Durchsetzung dieses Kurses besitzt die weltmarktorientierte Modernisierungsstrategie eine Schlüsselrolle.

1 F. Deppe, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende, Köln 1984, S. 16.

2 Vgl. hierzu H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1, Frankfurt/M. 1978, S. 9 ff. Vgl. auch den Beitrag von Jörg Huffschild in diesem Band.

Die Auswirkungen dieser bereits unter der SPD/FDP-Regierung betriebenen, durch die konservative Regierung aber rigoros forcierten Entwicklung für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sind gravierend. Zu Recht wird schon heute von einem Umbruch des Produktions- und gesamten Produktivkraftsystems gesprochen, dessen Dimensionen erst in den nächsten Jahrzehnten — insbesondere für die gewerkschaftliche Organisationskraft und Handlungsfähigkeit — vollends absehbar sind. Mit der breiten Anwendung elektronischer, informationsverarbeitender Technologien werden nicht nur manuelle Arbeitsfunktionen, sondern zunehmend auch geistige, speziell informationsverarbeitende Funktionen auf technische Systeme und Maschinen übertragen, wodurch sich die Anforderungen an die Beschäftigten und die Proportionen zwischen den einzelnen beruflichen und Qualifikationsgruppen rasch verändern. Dies beschleunigt die Umstrukturierung im gesellschaftlichen Gesamtarbeiter mit dem breiten Wachstum höher und hochqualifizierter Lohnarbeitskräfte und Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten bzw. Intelligenz; zugleich werden unter kapitalistischen Bedingungen die Tendenzen der Freisetzung und Entwertung lebendiger Arbeit und Arbeitskraft verstärkt und so die Existenzbedingungen der arbeitenden Klasse verschlechtert.

Der Umbruch des Produktions- und Produktivkraftsystems, der durch die Modernisierung vorangetrieben wird, bewirkt neben den Umschichtungen in der Klassenstruktur massive Tendenzen der sozialstrukturellen Polarisierung, die durch den zyklischen Krisenprozeß noch verschärft werden.

Vertreter des Kapitals und der Konservativen knüpfen an diese Umbrüche in Produktion, Klassenstruktur und Lebensweise der Lohnabhängigen Hoffnungen auf eine generelle Schwächung gewerkschaftlicher Gegenmacht. Ihre strategischen Konzepte zielen nicht nur auf eine repressive Einschränkung von Gewerkschaftsrechten, sondern auf eine Aushöhlung kollektiver Schutzrechte durch Flexibilisierung und Deregulierung von Normalarbeitsverhältnissen und Arbeitszeiten. Die Auseinandersetzung mit diesen Plänen ist nicht nur ein zentrales tarifpolitisches Konfliktfeld geworden, wie die Arbeitskämpfe um die 35-Stunden-Woche 1984 belegten, sondern auch der staatlichen Politik.³ Es verbindet sich mit dem Konflikt um ein weiteres Ziel konservativer Strategie: dem Abbau und repressiven Umbau des Systems der Sozialleistungen.

Es zeigt sich, daß die Durchsetzung der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit einer starken Änderung der Verteilungsproportionen und damit einer Schwächung der Gewerkschaften verknüpft wurde, um damit auch Positionsgewinne für die Arbeiterklasse insbesondere aus der Reformphase Anfang der 70er Jahre wieder zu liquidieren. Mit welcher Rigorosität und Reichweite diese Entwicklungsvariante zum Tragen kommt, hängt allerdings in erster Linie vom jeweiligen politischen Hegemonietypus und den Käfteverhältnissen ab.

3 Zur Charakteristik dieser Strategie vgl. G. Hautsch/K. Pickshaus/K. Priester, Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. „Flexi-Konzept“ des Kapitals und Zukunft der Gewerkschaften, Soziale Bewegungen H.16, Frankfurt/M. 1984, S. 9 ff.

Zweifellos zeigt ein Vergleich hochentwickelter kapitalistischer Länder ähnliche Symptome einer Defensive oder „Krise der Gewerkschaften“, die aus den generellen Umbruchs- und Krisenprozessen resultieren.⁴ Dazu zählen die Schrumpfung ihrer traditionellen Organisationsbasis, Mitgliederverluste (allerdings mit großen nationalen Unterschieden), die bescheideneren Resultate oder sogar Niederlagen im betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf und gewerkschaftspolitische Polarisierungen, die Auseinandersetzungen um Neuorientierungen und Anpassungen an die veränderten Bedingungen signalisieren. Einige Autoren prognostizieren hieraus — nicht zum ersten Mal in der Geschichte — einen strukturellen Niedergang oder das Ende der Gewerkschaftsbewegung überhaupt.⁵

Doch trotz ähnlicher struktureller Veränderungen wird die aktuelle und zukünftige Machtposition der Gewerkschaften national sehr unterschiedlich von den jeweils dominierenden klassenpolitischen Orientierungen der herrschenden Blocks gegenüber den Arbeiterbewegungen der einzelnen Länder beeinflusst. Dies wiederum hängt mit den verschiedenen „Machtblockkonstellationen“, den unterschiedlichen politischen Hegemonietypen, zusammen. Zwar hat sich in den meisten Ländern ein an Angebotspolitik und Monetarismus orientierter Austeritätspolitik in der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgesetzt; dennoch variieren die klassenpolitischen Strategien gegenüber den Gewerkschaften von einer harten Konfrontationslinie à la *Thatcher* bis zu den widerspruchsvollen Versuchen der französischen sozialistischen Regierung, ähnliche wirtschaftspolitische Ziele bei Aufrechterhaltung des sozialen Konsenses zu realisieren. Im Vergleich mit Großbritannien und den USA blieb der konservative Kurs in der BRD eher gebremst, auch wenn 1984 im Arbeitszeitkonflikt auf eine scharfe Konfrontation zu den Gewerkschaften gesetzt wurde.⁶

Obwohl heute für die Wirksamkeit der „geistig-moralischen Wende“ deutliche Grenzen sichtbar werden, kann doch nicht übersehen werden, daß im Massenbewußtsein der Lohnabhängigen nach wie vor Tendenzen von Verunsicherung, existenziellen Ängsten und Desorientierungen wirken, wie sie durch jede gesellschaftliche Umbruchsituation hervorgerufen werden — zumal bei einer gleichzeitigen bedrohlichen Zuspitzung globaler Probleme (vor allem Bedrohung des Friedens). Solche Tendenzen sind natürlich auch eine

4 Vgl. IMSF-Autorenkollektiv, Soziale und innenpolitische Probleme Westeuropas, Referat auf der trilateralen Konferenz von IMSF, IPW, IMEMO „Westeuropa in der Wirtschaft und Politik des Imperialismus“ vom 10.–16. 6 1985 in Moskau, demnächst IMSF-Arbeitsmaterial 17. Vgl. ebenfalls J. C. Watkinson, Gewerkschaften in der Krise — Ein Blick über die Grenzen, in: IMSF (Hrsg.), Zur Zukunft der Gewerkschaften. Eine Diskussion nach der ersten Etappe des 35-Stunden-Kampfes, Frankfurt/M. 1985, S. 75 ff.

5 So zum Beispiel R. Dahrendorf, Verhindern statt voranzutreiben, in: Die Zeit v. 18. 5. 1984. „Die Gewerkschaften sind zu Verteidigungsorganisationen absteigender sozialer Gruppen geworden... So kann man (mit gewissen Einschränkungen) sagen, die Zukunft ereignet sich an den Gewerkschaften vorbei.“

6 Vgl. zu den einzelnen Ländern IMSF-Autorenkollektiv, Soziale und innenpolitische Problem Westeuropas, a.a.O.,

Reaktion auf das Scheitern der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, auf die Nichtrealisierung ihrer Versprechungen.

Die konservative ideologische Offensive in den letzten Jahren reagierte auf diese Konstellation, indem sie sich als Kraft der Erneuerung und des Bruchs zur „Gegenwartismisere“ zu präsentieren und zugleich das Feld der positiven Zukunftsvorstellungen von rechts zu besetzen versuchte. Kern solcher konservativer Konzepte ist die Vorstellung, durch eine forcierte Modernisierung unter privatmonopolistischer Dominanz den Übergang zur „Informationsgesellschaft“ zu beschleunigen, in der Zukunftsindustrien und Informationstechnologien bestimmend sind und zu deren Ordnungsprinzipien Dezentralisierung, Individualisierung und Flexibilisierung gehören sollen. Anknüpfend an gewachsene soziale Bedürfnisse nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung wird die Realisierung solcher Ziele auf dem Wege einer Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse versprochen, und das heißt im konservativen Konzept vor allem: Unterlaufen und Durchbrechen von „starrten“ kollektivvertraglichen Regelungen. Insofern zielen diese Konzepte auf den Lebensnerv der Gewerkschaften, nämlich auf die allgemeine Schutzwirkung tarifvertraglicher und gesetzlicher Festlegungen.

Die Auswirkungen der Umbruch- und Krisenprozesse haben die Gewerkschaften in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern in den letzten Jahren so beschäftigt, daß ihre politischen und organisatorischen Kapazitäten vollauf in Anspruch genommen waren. Wie *Frank Deppe* pointiert zusammenfaßt, stehen die Gewerkschaften derzeit nicht an der Spitze eines „zukunftsorientierten Blocks“, „der sich theoretisch und praktisch in die Auseinandersetzungen, in die Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen einschaltet“.⁷

Die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Diskussionen über die Zukunftsperspektiven ergibt sich — so *Deppe* — aus drei Gründen⁸: Erstens produziert die Krisen- und Umbruchsituation völlig neue Problemstellungen, zweitens muß der konservativen Zukunftskonzeption, die auf eine reaktionäre Massenmobilisierung setzt, begegnet werden, und drittens muß die Frage nach dem Zukunftsoptimismus aus der Perspektive der Arbeiterbewegung positiv beantwortet werden — im Sinne einer Verknüpfung der gegenwärtigen Verteidigungskämpfe mit einer mobilisierenden Perspektive. Zukunftshoffnungen und -erwartungen der Massen können zu Triebkräften der gesellschaftlichen Entwicklung werden.⁹ Deshalb stellt sich für die Marxisten in der Zukunftsdiskussion die Aufgabe — darauf wies *Heinz Jung* hin —, das „Neue im Denken und Fühlen der Menschen (zu) erkunden“, die „neue(n) Bedürfnisse und Themen aufzugreifen und diese zu einem theoretischen und politisch-ideologischen Gesamtkonzept zu vermitteln.“¹⁰

Die Bewegung für die 35-Stunden-Woche hatte eine breitere Thematisierung von gewerkschaftspolitischen Fragen gefördert, und zugleich hatte der

7 F. Deppe, Zukunftsfelder der Gewerkschaftspolitik, in: IMSF (Hrsg.), Zur Zukunft der Gewerkschaften, a.a.O., S. 51.

8 Ebenda, S. 65/66.

9 Vgl. H. Jung, Utopie als Zukunftsdenken heute?, in: Marxistische Blätter 1/1985, S. 85 ff.

10 Ebenda, S. 85.

Arbeitskampf 1984 Probleme der zukünftigen Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften deutlicher gemacht. Bei einem beträchtlichen Teil der Mitglieder und Funktionäre ist die Einsicht gewachsen, daß der Weg aus der Defensive auch über die Entwicklung neuer Modelle und Inhalte gewerkschaftlicher Politik führen muß. Dies hat zu ersten Ansätzen einer Orientierungsdiskussion geführt, die z. T. vorerst nur „obere Funktionärsetagen“ erfaßt, zum Teil aber auch — etwa im Rahmen einer Diskussion um die geplante analytisch-programmatische Aussage der IG Metall „Projekt 2000“ zum Gewerkschaftstag 1986 — breitere Kreise der aktiven Mitglieder einbeziehen könnte.¹¹

Die Diskussionen berühren unter anderem zwei Komplexe: Erstens die Probleme der zukünftigen Handlungspotentiale, die sich durch die Konsequenzen aus dem Umbruch von Produktion und Sozialstruktur stellen und Fragen neuer Kampfformen und Modelle gewerkschaftlicher Arbeit einschließen. Zweitens das Problem der strategischen Reaktion der Gewerkschaften auf die sozialen Fraktionierungsprozesse innerhalb der lohnabhängig Beschäftigten, der Schwierigkeiten einer Vereinheitlichung und Entwicklung autonomer Gegenmacht.

2. Klassen- und Sozialstrukturveränderungen und neue Organisationsprobleme der Gewerkschaften

Sozialstrukturelle Umschichtungen vollziehen sich über lange Zeiträume. Ihre Brisanz für die Organisationsentwicklung und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften wird in zugespitzten Konflikt- und Kampfsituationen am deutlichsten: So erwiesen sich die hochorganisierten Kerngruppen der Industriearbeiterschaft im Arbeitskampf 1984 als stabile Träger der Streiks; im Unterschied zu einigen Arbeitskämpfen der 70er Jahre waren Angestellte hingegen nur in Ausnahmefällen einbezogen. Im Angestelltenmilieu fanden die Unternehmer die Hauptansatzpunkte für die Organisierung von Streikbruch — in Zeitungsbetrieben unter Nutzung der neuen Techniken oft sehr wirkungsvoll.¹²

Für die Gewerkschaften aktualisierten diese Erfahrungen das Problem, welche neuen Sektoren der Lohnabhängigen und möglichen neuen Schlüsselgruppen im technologischen Prozeß gewonnen werden müssen, um hand-

11 Als Beispiele für diese Diskussion können die Artikel von E. Breit in „Gewerkschaftliche Monatshefte“ (GeMo) 1/1985, von D. Wunder, H. Rappe, K. v. Haaren und G. Döding in GeMo 2/1985 sowie der Beitrag von H. Janßen/K. Lang: Überwintern oder Überleben. Gewerkschaftspolitische Schlußfolgerungen aus dem Arbeitskampf um Arbeitszeitverkürzung, in: E. Ferlemann u. a., Existenz sichern — Arbeit ändern — Leben gestalten, Hamburg 1985, S. 7 ff., das Referat von F. Steinkühler zum Thema „Arbeitsgesellschaft und Umbruch“, veröffentlicht unter dem Titel „Sägen die Gewerkschaften den Ast ab, auf dem sie sitzen?“ in: Frankfurter Rundschau v. 22./23. 2. 1985, und auch der Beitrag von L. Mahlein in diesem Band angeführt werden.

12 Vgl. G. Hautsch u. a., a.a.O.

lungs- und d. h. auch arbeitskampffähig zu bleiben. Damit ist auch die Frage aufgeworfen, mit welcher Dynamik sich die weiteren Umbrüche im Produktivkraftsystem und in der Klassenstruktur vollziehen werden und wie das soziale Profil der Arbeiterklasse an der Schwelle zum 21. Jahrhundert aussehen wird.¹³

2.1. Soziale Umschichtungen in der Arbeiterklasse

Mit Sicherheit kann man davon ausgehen, daß die Trag- und Reichweite sich schon vollziehender sozialstruktureller und volkswirtschaftlicher Umschichtungen in den nächsten 15 Jahren vollends sichtbar werden und sich die gewerkschaftlichen Organisations- und Handlungsbedingungen damit radikal verändern. Die wichtigsten Trends sollen kurz skizziert werden:

— Schon in den letzten eineinhalb Jahrzehnten zeichnete sich ab, daß Kernbereiche der gewerkschaftlich hoch organisierten und aktiven Arbeiterklasse schrumpften. Dies trifft insbesondere auf die Krisenbranchen der Stahlindustrie und der Werften zu. Auch wenn sich dort der Beschäftigungsrückgang in Zukunft nicht mehr so dramatisch fortsetzen wird, rückt schon jetzt eine mögliche neue Krisenbranche ins Blickfeld, die zu einem Schlüsselbereich der bundesdeutschen Wirtschaft und einer der kampfstärksten Bastionen der IG Metall geworden ist: die Automobilindustrie.¹⁴ In der Entwicklung dieses Industriezweiges werden sich in den nächsten Jahren sowohl die Bündelung von verkehrs-, energie- und umweltpolitischen Problemen als auch der starke Druck der Weltmarktkonkurrenz und der hierdurch beschleunigten technologischen Umstrukturierung niederschlagen, so daß ein massiver Arbeitsplatzabbau nicht ausgeschlossen werden kann.

— Ein immer größeres wirtschaftliches Gewicht — jedoch nicht in Hinsicht einer Beschäftigungsausdehnung — erhalten die „Zukunftsindustrien“ — so die Elektronik-, Luft- und Raumfahrtindustrie und auch die Chemieindustrie. Hier setzt sich ein neuer Belegschaftstypus mit relativ hohem Qualifikationsniveau durch, der sich u. a. in einem Überwiegen von Angestellten-tätigkeiten mit hohem Anteil an wissenschaftlich-technischer Intelligenz ausdrückt.¹⁵ In der Regel ist in diesen Betrieben der gewerkschaftliche Organisationsgrad außerordentlich niedrig, oder es können sich auf der Grundlage einer relativ privilegierten Stellung dieser Gruppen korporativistische und sozialpartnerschaftliche Orientierungen halten. Dabei setzen sich diese volkswirtschaftlichen Umschichtungen über regionale Disproportionen durch: Während auf der einen Seite traditionelle Industrieviere (Ruhrgebiet, Saarland) von den

13 Hierzu im einzelnen der Beitrag von E. Dähne in diesem Band.

14 Vgl. D. Düe, Automobilindustrie, in: Umbruch im Produktionsbereich?, IMSF-Beitrag 7, Frankfurt/M. 1985, S. 171 ff.

15 Vgl. zum neuen Belegschaftstypus B. M. Semmler, Die Großbetriebe und ihre Belegschaften, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/M. 1984, S. 154 ff. Vgl. zum Streikverhalten und gewerkschaftlichem Engagement als Fallanalyse K. Pickshaus, Honeywell Maintal — Streik in einem Rüstungsbetrieb mit neuem Belegschaftstypus, in: U. Achten u. a., Arbeitskampf um Arbeitszeit, Marburg 1985, S. 81 ff.

Krisenprozessen besonders hart betroffen sind, expandieren neue Zentren mit einer Mischung aus Spitzenindustrien und Dienstleistungssektoren (z. B. München).

— Schon in den 70er Jahren hat der Strukturwandel zu einem erheblichen Bedeutungsgewinn der privaten Dienstleistungen und vor allem des Staates geführt. Auf dieser Basis sind vor allem die Angestellten- und Beamtengruppen der Arbeiterklasse, die lohnabhängigen Mittelschichten und die Intelligenz stark angewachsen. Diese Umschichtungsprozesse werden sich fortsetzen, wenngleich auch hier der Krisen- und Rationalisierungsdruck wirkt und die Entwicklung der staatlichen Dienstleistungen, also vor allem der notwendige Ausbau der sozialpolitischen Apparate des Staates, davon abhängen wird, ob sich ein anderer Entwicklungstyp des SMK, also etwa ein etatistisch-reformistischer, durchsetzt. Im privaten Dienstleistungsbereich, zum Teil auch in Bereichen der Zukunftsindustrien, nehmen Klein- und Mittelbetriebe weiter zu, und zugleich wächst unter dem zunehmenden Druck der Massenarbeitslosigkeit der Bereich der „Schattenwirtschaft“, zu dem auch die alternativen Kleinbetriebe und Projekte gehören und in dem gewerkschaftliche Normen und Vertretungen bisher kaum Platz gefunden haben.

— Auch wenn die Produktivkraftentwicklung einen höheren Anteil qualifizierter Lohnarbeiter fordert und sich Tendenzen der „Professionalisierung der industriellen Arbeit“ und „Verankerung von Produktionsintelligenz“ abzeichnen¹⁶, so wird dies unter dem Diktat kapitalistischer Verwertungsinteressen immer nur für Teilbereiche gelten, und es werden sich gleichzeitig Tendenzen der Polarisierung und Segmentierung der Qualifikationsentwicklung, der Belegschaftsstrukturen (Stamm- und Randgruppen) und des Arbeitsmarktes verstärken. Die Flexibilisierungsstrategie des Kapitals dient ja gerade dem Vortreiben und der Nutzung solcher Segmentierungen. Zugleich werden immer größere Teile der Arbeiterklasse einer Marginalisierung, ja sogar Pauperisierung unterworfen. Das Hauptproblem bleibt der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit. Lag der Arbeitslosensockel zu Beginn der letzten zyklischen Krise 1980 bis 1983 bei fast 900 000, so wird der Ausgangssockel bei dem zu erwartenden neuen Konjunktüreinbruch schon bei über 2 Millionen (registrierten) Arbeitslosen liegen. Zudem hat sich der Anteil der Dauerarbeitslosen (1 Jahr und mehr) auf fast 33 % erhöht (im Ruhrgebiet über 40 %). In dieser Entwicklung zeigen sich die zugespitzten Gefahren von Widersprüchen und Fraktionierungen innerhalb der Arbeiterklasse, die das gewerkschaftliche Gegenmachtpotential auch in den prosperierenden Bereichen ernsthaft gefährden.

— Die Umschichtungen innerhalb der Arbeiterklasse, die mit der Ausweitung der Lohnarbeit generell einhergehen, werden zu einer weiteren rapiden

16 So die These von H. Kern/M. Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung?*, München 1984. Vgl. hierzu kritisch A. Leisewitz, *Verengte Perspektive. Kritische Bemerkungen zur Kern/Schumann-Studie „Das Ende der Arbeitsteilung?“*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 8, Frankfurt/M. 1985, S. 300 ff.

17 Vgl. G. Bosch, *Arbeitsmarkt*, in: M. Kittner (Hrsg.), *Gewerkschaftsjahrbuch 1985*, Köln 1985, S. 281 ff.

Verschiebung der Proportionen Arbeiter/Angestellte unter allen Lohnabhängigen führen. In der Zunahme von Angestelltentätigkeiten widerspiegeln sich Umverteilungsprozesse aus dem Bereich der Produktion in die Bereiche der Leitung, Kontrolle, Verwaltung, der Zirkulation und Distribution sowie die zunehmenden Staatsaktivitäten für gesellschaftliche Reproduktion und Herrschaftssicherung. Verteilten sich 1971 noch die Lohnabhängigen auf fast 55 % Arbeiter, 36 % Angestellte und 9 % Beamte, so werden 1985/86 erstmals die Angestellten die größte Gruppe bilden und im Jahr 2000 möglicherweise über 53 % aller Lohnabhängigen ausmachen (gegenüber nur noch ca. 33 % Arbeitern und ca. 13 % Beamten).¹⁸ Angestellte und Beamte werden dann zwei Drittel aller Lohnabhängigen stellen; 1958 besaßen die Arbeiter noch einen Zweidrittelanteil an allen Lohnabhängigen.

Die Angestellten werden somit schon unter quantitativen Aspekten zum entscheidenden zukünftigen Rekrutierungsfeld der Gewerkschaften. Dabei ist dieses Feld in sich sehr heterogen. Schließt man die kleine bourgeoise Gruppe (Manager etc.) aus, so umfaßt es Arbeiterklassengruppen in der Industrie, dem Handel und privaten Dienstleistungen, dem Staatssektor usw. ebenso wie die Mittelschichtengruppen, darunter insbesondere die wissenschaftlich-technische Intelligenz. Von zentraler Bedeutung ist, daß nicht nur im Handel, sondern auch in vielen Büroberufen eine starke „Feminisierung“ sichtbar ist und heute schon 53 % der Angestellten Frauen sind. Der weitaus größte Teil der Angestellten, die zur Arbeiterklasse zählen, sind Frauen.

2.2. Die Zielgruppen der Angestellten

Die Gewinnung der Angestelltengruppen ist zu einem zentralen Thema gewerkschaftlicher Diskussion und damit auch politischer Kontroversen geworden, in denen über künftige Inhalte und den Charakter der Interessenvertretung mitentschieden wird. Zugespitzt formulierte *Siegfried Bleicher*, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB: „Die Organisationsreserve der Angestellten muß gehoben werden, wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung politisch überleben will. Das derzeitige Organisationsverhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten im DGB entspricht der Beschäftigungsstruktur des Jahres 1954.“¹⁹

Ein Rückblick auf die große Wachstumsphase der DGB-Gewerkschaften in den 70er Jahren und die Dynamik der einzelnen Sektoren zeigt, daß den größten Anteil an der Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder von 6,7 Millionen 1970 auf 7,7 Millionen 1983 zwei Gruppen stellen: die Angestellten und — sich damit überschneidend — die Frauen. Während die Zuwachsrate aller Mitglieder (der DGB-Gewerkschaften) in diesem Zeitraum 15 % betrug, belief sie sich bei den Angestellten auf 73 % und bei den Frauen auf 60 %. Die Angestellten erhöhten damit ihren Anteil an allen Mitgliedern von 15 % (1970) auf

¹⁸ Angaben berechnet nach Statistisches Jahrbuch 1984 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 98, und eigene Schätzungen.

¹⁹ Zit. n. Handelsblatt v. 3. 4. 1985.

22 % (1984), die Frauen von 15 % (1970) auf 22 % (1984). Dennoch kann dies keineswegs schon als großer Durchbruch gewertet werden. Die Organisationsquoten sind nach wie vor außerordentlich niedrig: Bei den Frauen betrug der gewerkschaftliche Organisationsgrad 1981 18 %, bei den Angestellten 1984 18 % (im Vergleich Arbeiter ca. 50 %, DGB generell 33 %).²⁰ Dabei liegt der Organisationsgrad der weiblichen Angestellten mit 13 % erheblich unter dem der Männer (23 % 1984). Noch niedriger ist der Organisationsgrad bei vielen Gruppen der lohnabhängigen Intelligenz: Generell kann er auf 15 % geschätzt werden, wobei Ingenieure mit 18 % nach oben und Ärzte mit 4-5 % nach unten abweichen (höher ist er bei den Beamtengruppen der Lehrer mit 28 % und den Journalisten mit über 30 % in der dju).²¹

Der in sich heterogene Sektor der Angestelltenberufe ist also gewerkschaftlich noch kaum durchdrungen. Der Organisationsgrad etwa der HBV innerhalb des privaten Dienstleistungsbereiches (fast 4 Millionen Beschäftigte) beträgt im Durchschnitt nach wie vor nicht mehr als 10 %. Generell sind über 7 Millionen Angestellte nicht organisiert; etwa 500 000 sind Mitglieder der DAG. Berücksichtigt werden muß allerdings auch, daß fast 5 Millionen Arbeiter unorganisiert sind.

Die Ausgangslage für eine Gewinnung dieser Organisationsreserven in den nächsten 10 bis 15 Jahren ist kompliziert. Die großen Steigerungsraten der 70er Jahre, insbesondere während der Reformphase 1969 bis 1974, sind abgeflacht. Die Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften insgesamt ist seit 1982 rückläufig (1982-1984: Minus 297 000), die der Angestellten stagnierte erstmals 1984. Krisenprozesse und verstärkte Rationalisierung im Handel und insgesamt im Bürobereich wirken sich hier auch zunehmend aus.

Gerade solche Krisen- und Umbruchprozesse wurden aber in gewerkschaftlichen Prognosen zur Mitgliederentwicklung nicht berücksichtigt. Eine 1975 erarbeitete Vorausschau erwartete für das Jahr 1985 9 Millionen Mitglieder der DGB-Gewerkschaften.²² Real waren es Ende 1984 7,66 Millionen. Grundlage dieser Fehleinschätzung war die Annahme, daß die „Aufschwungphase“ zu Beginn der 70er Jahre für die Gewerkschaften anhalten und neben stabilen Mitgliederzuwachsraten im produzierenden Gewerbe das überproportionale Wachstum im staatlichen und privaten Dienstleistungsbereich sich fortsetzen würde.

Zweifellos wäre es ebenso falsch, umstandslos die gegenwärtige Defensivsituation der Gewerkschaften in die Zukunft zu „verlängern“. Wie die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zeigt, gibt es neben kontinuierlichen Or-

20 Angaben berechnet nach den Statistiken in: M. Kittner (Hrsg.), Gewerkschafts-Jahrbuch 1985, a.a.O., und Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 7/1985, S. 16.

21 Vgl. hierzu das vom IMSF zusammengestellte statistische Material in „Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa. Materialien einer internationalen Konferenz des IMSF“, Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 16, Frankfurt/M. 1985, sowie K. Pickshaus, Gewerkschaftliche Organisation der Intelligenz, in: Nachrichten 4/1985, S. 24.

22 H. Lindner, Die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland bis 1985, Bonn-Bad Godesberg 1975, und ders., 1985: Neun Millionen DGB-Mitglieder, in: Gewerkschaftliche Praxis Nr. 6-7/1975, S. 145 ff.

ganisationstrends ebenfalls „große Wellen“. Die Einleitung einer solchen neuen Organisationswelle hängt in erster Linie von der hegemonialen Kapazität der Gewerkschaften ab, also von ihrer Fähigkeit, angesichts der Strukturveränderung in der Arbeiterklasse, der Veränderungen im Arbeitsprozeß und der neuen Segmentierungsformen nicht nur den Status quo zu verteidigen und sich auf eine korporativistische Interessenvertretung eingrenzen zu lassen, sondern die aktuellen Verteidigungskämpfe mit einer mobilisierungsfähigen Perspektive zu verbinden. Die Erarbeitung einer solchen Perspektive setzt die Beantwortung der Frage voraus, „welche alternativen Modelle des Wachstums, der Organisation der Arbeits- und Lebensverhältnisse, der sozialen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen“ die Gewerkschaften der konservativen Antwort auf die Umbruchsituation entgegensetzen.²³

In dem Maße, wie dies gelingt und die Gewerkschaften neue Ausstrahlungskraft als „Hoffnungsträger“ gewinnen können, wird nicht nur die Verankerung solcher gewerkschaftlichen Wertorientierungen wie Solidarität in den neuen Sektoren der Lohnabhängigen erleichtert, sondern es werden zugleich die Bedingungen für eine „demokratische Wende“ verbessert.

Die Intensivierung gewerkschaftlicher „Angestelltenarbeit“ — soweit man überhaupt diesen einheitlichen Begriff gebrauchen kann — wird von der starken Differenzierung dieser sozialstatistischen Gruppierung auszugehen haben, die durch sehr heterogene sozialökonomische Verhältnisse (hoher Staatsanteil, viele Kleinbetriebe bzw. kleine Arbeitseinheiten) geprägt wird. Deshalb ist eine klare Bestimmung der wichtigen Zielgruppen (Großbetriebe des Handels, Techniker und Ingenieure, EDV-Spezialisten usw.) für die gewerkschaftliche Arbeit wichtig. Zu ihnen gehören die geringer qualifizierten, in unteren Einkommensgruppen eingestuft und zumeist weiblichen Angestellten (60 %, das sind über 3 Millionen der weiblichen Angestellten, verdienten 1982 netto weniger als 1400 DM im Monat) ebenso wie die wachsende Zahl höher qualifizierter technischer Angestellter bis zu den lohnabhängigen Gruppen der Intelligenz. Die Zahl der Hoch- und Fachhochschulabsolventen ist von 1,4 Millionen 1970 auf ca. 2,4 Millionen 1984 sprunghaft gewachsen, wobei etwa 80% zu den Lohnabhängigen zu rechnen sind und rd. 50% im Staatssektor arbeiten. Schon aus dieser quantitativen Sicht, aber insbesondere aufgrund der wachsenden Bedeutung der Intelligenzgruppen für den Produktions- und Reproduktionsprozeß gewinnt ihre Organisierung erheblich an Gewicht.

Neben der Differenzierung nach einzelnen Zielgruppen ist für eine gewerkschaftliche Einflußnahme die Beachtung der Spezifika des sozialpsychologischen Profils und der Bewußtseinsstrukturen der Mehrzahl der Angestelltengruppen wichtig. Solche Unterschiede zur traditionellen Organisationsbasis der Arbeiter ergeben sich nicht nur aus der Tradition oder „Mentalitätsdispositionen“, sondern finden ihre Basis in den gegenüber dem Arbeiterbereich unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und drücken hiermit solche Faktoren aus wie die erst formelle Subsumtion weiter Angestelltenarbeitsbereiche unter

23 F. Deppe, Ende oder Zukunft..., a.a.O., S. 33.

das Kapital, die vielfältigen Verbindungen zu und Überschneidungen mit Angehörigen der Gegenklasse und der Mittelschichten in der Arbeit. Gegenüber einem antagonistisch und durch kollektive Solidarität geprägten Weltbild bei Arbeitern ist für Angestellte eine mehr individualistische, konkurrenzgeprägte und funktionalistische Sichtweise typisch.²⁴ Das formale Bildungsniveau ist generell höher, entwickelte soziale Bedürfnisse sind insbesondere bei den jüngeren Generationsgruppen ausgeprägt. Die Prägung durch die außerbetriebliche Sphäre ist intensiver, und das Verhältnis zur Gewerkschaft ist kaum emotional, sondern eher durch rationales Kalkül bestimmt. Bewegungen und Aktivitäten zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Reproduktionsbedürfnisse der letzten Jahre (Bürgerinitiativen z. B.) rekrutierten sich überdurchschnittlich stark aus den jüngeren Angestelltengruppen der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten (vor allem aus dem Sozial- und Bildungsbereich). Auch wenn es sich bei den Aktiven in der Regel erst um Minderheiten im gesamten Angestelltenmilieu handelt, werden hier doch wichtige neue Zugänge auch für gewerkschaftliches Bewußtsein und Organisationsmöglichkeiten sichtbar.

Sollten dies charakteristische Trends für das Profil des "Arbeitnehmers des Jahres 2000" sein, so ergeben sich nach der Meinung *Franz Steinkühlers*, des zweiten Vorsitzenden der IG Metall, wichtige Schlußfolgerungen für die Gewerkschaftsarbeit: „Es wird schwieriger sein, diesen neuen Arbeitnehmertypus gewerkschaftlich zu organisieren. Sein politisches Verhalten orientiert sich weniger an traditionellen Bindungen, sondern mehr an intellektuellen Überzeugungsprozessen. ... Hier sind neue Formen der gewerkschaftlichen Ansprache notwendig. Diese Arbeitnehmer gewinnen wir hauptsächlich über den Kopf und über die alltägliche konkrete Erfahrung des Nutzens gewerkschaftlicher Arbeit.“²⁵

Es ist vorauszusehen, daß ein entscheidendes Feld, auf dem in den nächsten Jahren über die zukünftige politische Orientierung in den Gewerkschaften entschieden wird, die Auseinandersetzung über die Inhalte und Anlage der „Angestelltenarbeit“ sein wird. Die hierbei schon aufgebaute Scheinalternative, ob eine weitere gewerkschaftliche Rekrutierung sich an „progressiven Avantgardegruppen“ oder am demoskopischen Meinungsdurchschnitt von Angestellten zu orientieren habe, zielt allerdings unverhohlen auf ein Konzept der „Entideologisierung“ und „Entpolitisierung“ der Gewerkschaftsarbeit.²⁶

24 Vgl. H. Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt 1983, S. 88/89. Vgl. hierzu auch W. Kudera u. a., Blue collar — white collar: grey collar? Zum sozialen Habitus von Arbeitern und Angestellten in der Industrie, in: Soziale Welt, Heft 2/1983, S. 201 ff.

25 F. Steinkühler, „Sägen die Gewerkschaften den Ast ab . . .?“, a.a.O.

26 Vgl. hierzu die Auseinandersetzung um die „Marplan-Studie“, die von der HBV in Auftrag gegeben worden war und zu unterschiedlichen Interpretationen und politischen Bewertungen genutzt wurde. Vgl. zu den Ergebnissen der Studie G. Lemke, Angestellte erwarten sachliche Informationen durch die Gewerkschaft, in: Angestellten-Magazin 1-1985, S. 3 ff. Im Heft 8/1985 der WSI-Mitteilungen werden diese Probleme der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit eingehend diskutiert.

Da die Gewinnung von Mitgliedern in den neuen Sektoren noch kein alltäglicher Routinevorgang ist, verbindet sich dies für die Beteiligten mit einer intensiveren Aneignung gewerkschaftlicher Grundsätze und Wertorientierungen. Hieraus resultieren — wie die Entwicklung der HBV zeigt — häufig kritische Impulse zur Formulierung klassenorientierter Positionen und zur Aufnahme neuer sozialer Bedürfnisse in die Aktivitäten.²⁷

Für eine neue Organisationsoffensive ist nach *Lorenz Schwegler*, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der HBV, die konzentrierte Orientierung auf die „Inhaber betrieblicher Schlüsselfunktionen“ sowie die „betrieblichen Meinungsträger und Multiplikatoren“ unerlässlich.²⁸ Inhaltlich sind drei Gesichtspunkte zu beachten:

1. Insbesondere für qualifizierte Angestelltengruppen sind nicht punktuelle Einzelforderungen, sondern das Sichtbarmachen eines politischen Gesamtkonzeptes der Gewerkschaften Voraussetzung für die Mobilisierung. Die Erfahrungen der 35-Stunden-Bewegung belegen — so *Schwegler* —, daß isolierte, „ökonomistische“ Begründungen nicht ausreichen, sondern die Entwicklung der Forderung als „notwendiger Baustein eines insgesamt überzeugenden Konzeptes“ gegen die Wendepolitik erforderlich ist. Nur politische Gewerkschaften könnten die „betrieblichen Meinungsführer der Zukunft“ gewinnen.²⁹

2. Da bei Teilen der Angestellten eine relative Zufriedenheit mit Einkommens- und Arbeitszeitbedingungen vorherrscht, sind Fragen des Inhalts und der Bedingungen der eigenen Tätigkeit, also inhaltliche Ansprüche an die Arbeitsgestaltung sowie Befürchtungen der Einschränkung von Selbstbestimmungsmöglichkeiten durch technologische Kontrollsysteme wichtige Ansatzpunkte. Daneben sind die Interessen an Beratung und Rechtsschutz durch die Gewerkschaften eigenständige Motive für die Organisation. Bei zunehmender Arbeitslosigkeit, Leistungsdruck und Blockierung von Aufstiegschancen erhöht sich die Erwartung an die gewerkschaftliche Schutzfunktion.

3. Angesichts der Durchdringung des gesamten Sektors von Angestelltentätigkeiten mit den neuen Informationstechnologien gewinnt die gewerkschaftliche Reaktion hierauf Schlüsselcharakter. Über die Abwehr einzelner negativer Folgen hinaus wird die Entwicklung von Alternativen, etwa von Konzeptionen neuer Gestaltungsforderungen zur Arbeitsorganisation und Software-Gestaltung, ein wichtiger Schritt zur Gewinnung der hier tätigen Angestellten. Hier konkretisiert sich das zunehmende Bedürfnis nach Alternativ- und Zukunftsentwürfen, die der kapitalistisch-profitorientierten Logik eine reale Handlungsmöglichkeit der Beschäftigten entgegensetzen.³⁰

27 Vgl. H. Leitschuh/R. Stosch, Neue Formen betrieblicher Bewegungen im HBV-Bereich in den achtziger Jahren, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7*, Frankfurt/M. 1984, S. 73 ff.

28 L. Schwegler, Die Gewerkschaften müssen ihre politischen Grundpositionen wirksamer umsetzen, in: *Die Mitbestimmung* 10-11/1984, S. 428 ff.

29 Ebenda, S. 428.

30 Vgl. hierzu I. Kaufmann, Alternative Konzepte zur Gestaltung der Arbeit, in: *IMSF* (Hrsg.), *Zur Zukunft der Gewerkschaften*, a.a.O., S. 209 ff.

Gerade an der letzten Frage wird deutlich, daß für die gewerkschaftliche Angestelltenarbeit die Mobilisierung des fachspezifischen Wissens, des Sachverständnisses derjenigen, die wie die Techniker, Ingenieure, Beschäftigten in den EDV-Abteilungen an den „Systementwicklungen“ beteiligt sind, zu einer zentralen Aufgabe wird. Dabei müssen die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen in der Weise verändert werden, daß für diese beruflich-fachspezifischen sowie konzeptionellen Aktivitäten eigene Spielräume und Initiativmöglichkeiten — etwa in Technologie-Arbeitskreisen, Ingenieurarbeitskreisen, gewerkschaftlichen Konversionsgruppen etc. — entstehen und zugleich vermieden wird, daß ein neues überzogenes Fachgruppenprinzip zu Partikularismus und Entsolidarisierung zwischen den einzelnen Mitgliedergruppen führt.³¹ Die lange Entwicklungsgeschichte der Mediengewerkschaft demonstriert, mit welchen Schwierigkeiten ein solches Zusammenwirken von Arbeiterklassegruppen und Gruppen der Mittelschichten und Intelligenz (Redakteure, Journalisten, Schriftsteller usw.) konfrontiert ist. Sie belegt andererseits auch die Überfälligkeit organisationspolitischer Reaktionen der Gewerkschaften auf die vom Kapital gesetzten neuen Handlungsbedingungen.

Jede Diskussion über die Zukunft gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Organisationspolitik wäre verfehlt, die nicht die Realität der zunehmenden „Feminisierung der Lohnarbeit“ ernst nähme.³² Auch in der Krise ist die Frauenerwerbsquote stabil geblieben (1983: 38,9 %). Sie liegt besonders hoch in den modernen Zentren mit großem Gewicht des tertiären Sektors. Zwei Drittel aller Frauen arbeiten im Handels- und Dienstleistungsbereich. Die Mehrheit der weiblichen Erwerbstätigen sind inzwischen Angestellte (1970: 35,2%, 1981: 52,7%). Allerdings existieren hier Segmentierungslinien, die die traditionell verfestigte geschlechtsspezifische Benachteiligung ausdrücken. 70% der weiblichen Angestellten sind in an- und ungelerten Beschäftigungen tätig, und über 30% aller erwerbstätigen Frauen haben eine Teilzeitarbeit, die auf den Handels- und Dienstleistungssektor konzentriert ist (über 80%). Da offensichtlich auch durch die versuchte Aufwertung konservativer Frauenleitbilder die Anspruchshaltung der Frauen auf Erwerbstätigkeit nicht gebrochen werden kann, zielen die Konzepte des Kapitals in erster Linie auf die Flexibilisierung der Frauenarbeitsplätze, d.h. vor allem auf die Ausweitung nicht und unzureichend abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse.

Es liegt auf der Hand, daß hiermit nicht nur ein Kreis spezifischer Probleme der Frauen- und Angestelltenarbeit, sondern eine Kardinalfrage zukünftiger autonomer und einheitlicher Handlungsfähigkeit der gesamten Gewerkschaftsbewegung angesprochen wird. Die Abwehr einer weiteren Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse (insbesondere der Heimarbeit), die Durchsetzung besserer kollektiver Schutznormen sowie der Kampf gegen se-

31 Zu solchen Gefahren am Beispiel der sich herausbildenden IG Medien vgl. M. Balder auf dem a.o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier Juni 1985, in: Nachrichten 7/1985, S. 15.

32 Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF (Hrsg.), Emanzipation in der Krise? Materialien zur Lebenslage der Frauen, Informationsbericht des IMSF Nr. 43, Frankfurt/M. 1985, S. 38 ff.

xistische Diskriminierungsformen werden zu vordringlichen Aufgaben der Gewerkschaften. Der Anspruch der Frauen auf gesellschaftliche Gleichstellung wird sich darüber hinaus in zunehmendem Maße in Forderungen nach bewußter und gezielter Bevorzugung von Frauen beim Zugang zum Erwerbssystem ausdrücken, d. h., es geht nicht nur um positive Frauenförderungsmaßnahmen, sondern um Forderungen nach einer Quotierung von qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.³³ Dies wird zweifellos auch Folgen für das bislang patriarchalisch strukturierte „Innenleben“ der Gewerkschaften selbst besitzen müssen.

Es wurde schon auf die großen Mitgliederzuwachsrate der vergangenen 15 Jahre und zugleich auf die immensen unerschlossenen Reserven hingewiesen; das deutet die Chancen und Dimensionen zukünftiger gewerkschaftlicher Frauenarbeit an. Die gewerkschaftliche Frauenbewegung hat zudem eine initiierende Rolle bei der Thematisierung neuer sozialer Bedürfnisse, der Vermittlungsforderungen von Produktions- und Reproduktionssphäre und der persönlichkeitsverändernden Dimension im kollektiven Handeln von Frauen eingenommen. Zu den stabilsten klassenorientierten Bereichen der Gewerkschaftsbewegung gehörig, kann sie als eine der wichtigsten „Produktivkräfte“ bei der „Bearbeitung“ der Zukunftsprobleme agieren und damit gleichzeitig verändernd auf die Gewerkschaften selbst wirken.

2.3. Neue Anforderungen an die Gewerkschaftspolitik

Für eine gewerkschaftliche Klassenpolitik in einer Krisen- und Umbruchperiode besteht nicht nur die Aufgabe, neue Sektoren der Lohnabhängigen und zukünftige qualifizierte Schlüsselgruppen des Reproduktionsprozesses zu gewinnen und hierbei den differenzierten Interessen und Bedürfnislagen Rechnung zu tragen, sondern sie hat zugleich den Anspruch auf Vereinheitlichung der von den Krisen- und Umwälzungsprozessen in unterschiedlicher Intensität betroffenen Gruppen der gesamten Arbeiterklasse zu realisieren.

Wie *Hans Janßen* und *Klaus Lang* (IG Metall-Vorstand) analysierten, sind derzeit zwei Reaktionstypen zu beobachten:³⁴ Ein korporativistischer Politiktypus konzentriert die gewerkschaftliche Interessenvertretung angesichts der verstärkten Segmentierung zwischen „Rationalisierungsgewinnern“ (Wachstums- und Zukunftsindustrien, Stammebelegschaften), „Rationalisierungsduldem“, „Rationalisierungsverlierern“ (Krisenbranchen) und „Marginalisierten“ auf die qualifizierten „Facharbeiter neuen Typus“ und ist, um das „Überwintern“ der eigenen Organisation zu sichern, zu sozialpartnerschaftlichen Arrangements mit Kapital und konservativem Block bereit. Dem gegenüber steht das Konzept „eines ‚Überlebens‘ von Gewerkschaften als solidarische Interessenvertretung aller Arbeitnehmer, die mit dem Anspruch auf Gestaltung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen für die (noch) arbeitenden

33 Zur Begründung der Quotierungsforderung vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '85, Bremen 1985, S. 187 ff.

34 H. Janßen/K. Lang, Überwintern oder Überleben, a.a.O., S. 33 ff.

Menschen einen allgemeinpolitischen Gestaltungsanspruch für eine Politik gesellschaftlicher Strukturereformen und zur Verwirklichung demokratisch-emanzipatorischer Ziele verbinden“.³⁵ Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung war und bleibt ein zentrales Element einer solchen „offenen Mobilisierungspolitik, die die einheitlichen Interessen“ der Arbeiterklasse zur Grundlage und zum Ziel hat.³⁶

Die Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitflexibilisierungsmodelle der Unternehmer, die an den Entwicklungsstand der neuen Technologien anknüpfen und insofern ein „Dauerbrenner“ bleiben werden, haben die Frage Vereinheitlichung und Differenzierung für die Gewerkschaften in prekärer Weise aufgeworfen: Ziel dieser Modelle ist es auch hier, kollektive Normen und Regelungen der Arbeitszeit zu durchlöchern und bei einer Differenzierung von Zeitregelungen an die auf mehr „Zeitsouveränität“ gerichteten Bedürfnisse der Beschäftigten anzuknüpfen. Der weiterhin favorisierte Ausbau von Teilzeitarbeit zeigt, daß hiervon in besonderer Weise die Frauen betroffen sind. Auch wenn die Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung — so bei der 35-Stunden-Woche — das Bedürfnis nach mehr „Zeitsouveränität“ aufnimmt und die Abwehr der unternehmerischen Flexibilisierungsziele eine unerläßliche Aufgabe bleiben wird, werden die Gewerkschaften ein offensives Konzept entwickeln müssen, „wenn sie nicht zusehen wollen, wie die Popularität individualistischer Scheinlösungskonzepte“ auch unter den Lohnabhängigen ansteigt.³⁷ Eine solche offensive Position der Gewerkschaften wird von dem grundlegenden Prinzip ausgehen müssen, daß nicht wie bei der Flexibilisierungsstrategie des Kapitals der Arbeits- und Lebensrhythmus der Menschen unter die „betrieblichen Belange“ untergeordnet wird, sondern die betrieblichen Arbeitszeitsysteme an die differenzierten menschlichen Bedürfnisse anzupassen sind. Das heißt im einzelnen: „Primär kollektive Arbeitszeitverkürzung und in zweiter Linie weitergehende, gruppenspezifische Arbeitszeitverkürzung und Strukturierung der betrieblichen Arbeitszeiten nach qualitativen Kriterien der Belastung innerhalb und außerhalb der Betriebe und der Bedürfnisse und der Interessen.“³⁸ Generell würde dies nicht die Aufhebung, sondern eine Erweiterung kollektiver Normen und Regeln bedeuten.

Auf allen zukünftigen Konfliktfeldern — der Arbeitszeitgestaltung, der Technologieentwicklung, der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen — wird ein konzeptioneller Vorlauf der Gewerkschaften zu einer wichtigen Voraussetzung, um der politisch-ideologischen „Besetzung“ dieser Felder durch unternehmerische und konservative Modelle zu begegnen und um

35 Ebenda, S. 36.

36 Ebenda.

37 I. Kurz-Scherf, Arbeitszeitflexibilisierung und gewerkschaftlicher Regelungsbedarf, in: WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 1, Arbeitszeitverkürzung, Düsseldorf 1983, S. 135 ff., hier: S. 138.

38 Dies., Tarifpolitik und Arbeitskämpfe, in: M. Kittner (Hrsg.), a.a.O., S. 91. I. Kurz-Scherf entwickelt hierzu konkrete Forderungen wie freie Handhabung von Lage und Dauer der Arbeitszeit, Möglichkeit zur Teilzeitarbeit auf dem angestammten Arbeitsplatz mit Rückkehrrecht zur Vollzeitarbeit, niedrigere Arbeitszeiten bei besonderen Arbeitsbelastungen usw. Ausführlich hierzu dies. in: WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 1.

gleichzeitig eine mobilisierende Perspektive der humanen Gestaltung von Arbeit und Technik voranzutreiben.

Um in der Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Zukunft der BRD die „politische Ökonomie der Arbeiterklasse“ mit ihren Ansprüchen der sozialen Kontrolle der Produktion und der bewußten Regulierung gesellschaftlicher Prozesse anzumelden und durchzusetzen, ist ihre Konkretisierung in programmatischen Alternativen und Zukunftskonzeptionen erforderlich. Auf vielen wichtigen Gebieten wie der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Technologieentwicklung, alternativer Eigentumsformen (Vergesellschaftung) sind solche Alternativen im Zusammenwirken von betrieblich-gewerkschaftlichen Diskussionsprozessen und der Nutzung von wissenschaftlicher Fachkompetenz erarbeitet worden. Da die allgemeine Tendenz der Verwissenschaftlichung der Politik anhalten wird, steht für die Gewerkschaften die Aufgabe, neben der Ausschöpfung der spezifischen Qualifikation der Lohnabhängigen wissenschaftliches Expertenwissen und Beratungspotential auch aus anderen sozialen und politischen Bewegungen zu gewinnen und zu nutzen. Wenn die Gewerkschaften zu einer hegemonialen Kraft werden wollen, ist ein auf diese Weise organisierter konzeptioneller Vorlauf wichtig. Eine Schlüsselfrage wird dabei die Einflußnahme bzw. Gewinnung von wichtigen Gruppen der Intelligenz, die für die Ausübung gesellschaftlicher Hegemonie eine zentrale Rolle spielt.

Der zunehmende Bedarf an spezialisierter, professionalisierter Sachkompetenz zeigt sich auf zentraler Ebene und kommt dort in der Ausweitung der Stabsabteilungen der Gewerkschaftsvorstände zum Ausdruck; er wird vor allem auch auf den unteren Organisationsebenen — am Ort und im Betrieb — sichtbar. Wollen die Gewerkschaften den hier ständig zunehmenden Anforderungen aus der Veränderung der Arbeit, der Technikentwicklung usw. gerecht werden, wird dies Konsequenzen für die Qualifizierung und Rekrutierung der Funktionäre haben müssen. Dabei müssen sich in der Rekrutierung der Gewerkschaftsfunktionäre auch die sozialstrukturellen Umschichtungen und Umbrüche in der Lebensweise niederschlagen. So sind z. B. heute noch weniger als 10 % der hauptamtlichen Funktionäre Frauen.³⁹ „Wenn die für die künftige Mitgliederentwicklung wichtigen Potentiale unter den Angestellten, den Frauen und den höher qualifizierten Arbeitergruppen wirkungsvoll angesprochen werden sollen, müssen dafür auch entsprechend qualifizierte personelle Kapazitäten unter den Gewerkschaftsfunktionären herangezogen werden. Sie müssen hinsichtlich ihrer Qualifikation, ihrer Interessen und Lebensweise in der Lage sein, die Bedürfnisse und Ansprüche dieser Gruppen an gewerkschaftliche Arbeit und Interessenvertretung formulieren und umsetzen zu können.“⁴⁰ Eine solche Profilveränderung in Richtung auf einen neuen Funktionärstypus wird heute schon in Ansätzen beim Generationswechsel auch in den obersten Führungsgremien der Gewerkschaften sichtbar.

39 Vgl. C. Pini, *Das Arbeitnehmerpatriarchat*, Köln 1977.

40 W. Roßmann, *Produktion, Klassenstruktur und Lebensweise im Umbruch — Zu einigen Aspekten gewerkschaftlicher Gegenmacht und Handlungsfähigkeit*, in: *IMSF* (Hrsg.), *Zur Zukunft der Gewerkschaften*, a.a.O., S. 176.

3. Betrieb oder Reproduktionsbereich als Basis gewerkschaftlicher Arbeit?

3.1. Verliert der Betrieb an Bedeutung?

In der sozialwissenschaftlichen und politischen Diskussion haben Thesen an Gewicht gewonnen, die für die Zukunft von einem zunehmenden Bedeutungsverlust der Arbeits- und Betriebsphäre ausgehen. *Heinze* u. a. meinen, daß „die Lohnarbeit nicht länger der selbstverständliche Knotenpunkt ist, aus dem die subjektiven Lebensperspektiven der eigentumslosen Teile der Bevölkerung hervorgehen“.⁴¹ Und *André Gorz* kann in dieser Sphäre, die er als ständig kleiner werdenden formellen Sektor fremdbestimmter Arbeit definiert, kein sinnvolles Betätigungsfeld für den Kampf um individuelle und soziale Emanzipation mehr sehen.⁴²

Nun reflektieren die Thesen vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ insofern Momente der Realität, als die Arbeitsverhältnisse und die Beziehungen zur Arbeit tatsächlich einem Wandel unterliegen. Kern dieser Veränderungen ist die Freisetzung von Arbeitskraft, die verschiedene Formen von der Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit bis hin zur Massenarbeitslosigkeit annimmt.

Dennoch bleibt für die Masse der abhängig Erwerbstätigen die Lohnarbeit die Voraussetzung ihrer Lebensgestaltung, und die Perspektive der Arbeiterbewegung zielt auf eine Veränderung der Bedingungen, des Charakters und der Inhalte der Arbeit. Der Betrieb bleibt insofern der zentrale Bezugspunkt gewerkschaftlicher Tätigkeit, auch wenn Annahmen einer permanenten Vergrößerung des großbetrieblichen Sektors offensichtlich falsch sind.

Allerdings haben sich die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse und damit auch die Handlungsbedingungen für die Gewerkschaften dadurch verändert, daß die Prägung des Betriebes abgenommen und der Einfluß der außerbetrieblichen Sozialisations- und Reproduktionsinstanzen zugenommen haben. Hierzu zählen Faktoren wie die Verlängerung der Ausbildungsphasen, die Ausdehnung der Freizeitphäre, der enorme Einfluß der Massenmedien usw. Auch der sozialräumliche Klassenzusammenhang hat an Dichte und verpflichtender Kraft verloren, das traditionelle geschlossene „proletarische Milieu“ ist zur Ausnahme geworden, und neue Orte von Öffentlichkeit und oppositionellen Kristallisationskernen (Bürgerinitiativen, kulturelle Zentren usw.) gewinnen an Gewicht.⁴³

Seit den 70er Jahren ist eine starke Politisierung des Reproduktionsbereiches zu vermerken, die die gesellschaftlichen Aktivitäten von Teilen der Lohnabhängigen — besonders stark die jüngeren Angestelltengruppen sowie die Intelligenz — und auch die Gewerkschaften beeinflusste. Die Qualität der Bil-

41 R. G. Heinze u. a., Interessendifferenzierung und Einheitsgewerkschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/1981, S. 342.

42 André Gorz, *Wege ins Paradies*, (West-)Berlin 1983.

43 Vgl. hierzu K. Maase, Betriebe ohne Hinterland? Zu einigen Bedingungen der Klassenbildung im Reproduktionsbereich, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, a.a.O. S. 356 ff.

dung und Ausbildung, der Gesundheits- und Altersversorgung, des Wohnsystems, der Umwelt sowie Probleme der kulturellen Freizeitgestaltung zwischen Kommerzialisierung und Selbstaktivität wurden zur Triebkraft politischer Konflikte und Bewegungen. Gerade im Reproduktionsbereich bildeten sich die Durchbruchstellen der neuen sozialen Bewegungen, und sie strahlten von dort in die Arbeiterbewegung hinein. Die Gewerkschaften reagierten auf die neuen Probleme in erster Linie durch eine Erweiterung und Qualifizierung ihrer programmatischen Aussagen zur gesellschaftlichen Reproduktionssicherung, ohne schon über eine korporatistische Einflußnahme auf die staatlichen Instanzen hinaus eigenständige politische Bewegungen zu initiieren. Die Mobilisierung gegen den staatlichen Sozialabbau im Herbst 1982 und dann erneut 1985, aber auch die Aktionen und symbolischen Proteststreiks gegen die Raketenstationierung 1983 signalisierten insofern wichtige neue Ansätze gewerkschaftlichen Politikverständnisses.

Wie *Siegfried Bleicher* (DGB) ausführt, haben diese strukturellen und politischen Veränderungen für die Zukunft die Frage aufgeworfen, „inwieweit es den Gewerkschaften gelingt, die Arbeitnehmer umfassender, d. h. auch außerhalb der Arbeitswelt wieder stärker zu repräsentieren“.⁴⁴

3.2. Neue Organisationsformen im Reproduktionsbereich und die Erneuerung gewerkschaftlicher Betriebspolitik

Oskar Negt hat die These vertreten, daß die Gewerkschaften neben dem Betrieb Stadtteil und Wohngebiet als zweites Organisationszentrum entwickeln müßten, um gewerkschaftliche Politik „auf jene Krisenzusammenhänge zu erweitern, die immer stärker und massenhafter die Erfahrungen der Menschen bestimmen“.⁴⁵ Auch *Helmut Schauer* (Mitarbeiter beim Vorstand der IGM), der diesen Gedanken aufgreift, plädiert für ein Überdenken der alleinigen Betriebsorganisation und verweist auf noch bestehende gewerkschaftliche Stadtteilgruppen der IG Metall im Ruhrgebiet.⁴⁶ *Wolfgang Lechner* (WSI) sieht in der in Italien praktizierten Einrichtung von „gewerkschaftlichen Zonen- und Quartiersräten“ Chancen, um „Beziehungen zwischen formellem und informellem Sektor sowie des Konsums“ zu entwickeln.⁴⁷ *Vorsichtiger* schlägt *Siegfried Bleicher* vor, „organisatorische Interessenvertretungsformen der Arbeitnehmer aufzubauen, die einen stärkeren Bezug auch zur Wohn- und Lebenssituation der Arbeitnehmer und auf die nicht mehr aktive Arbeit im Alter, auf die noch nicht aktive Arbeit vor dem Eintritt in das Arbeitsleben und auf die aus dem Beschäftigungssystem ausgeschlossenen Arbeitslosen herstellt“.⁴⁸

44 S. Bleicher, *Krise und Krisenbewältigung*, in: ders. (Hrsg.), *Ausstieg? Gewerkschaftliche Reformpolitik in der Industriegesellschaft*, Hamburg 1985, S. 159.

45 O. Negt, *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit*, Frankfurt/New York 1984, S. 161/162.

46 H. Schauer, *Gewerkschaftspolitik und Beteiligung*, in: W. Fricke u. a., *Beteiligung als Element gewerkschaftlicher Arbeitspolitik*, Bonn 1984, S. 236 ff.

47 W. Lechner, *Überleben in einer veränderten Welt. Ein Konzept für die zukünftige Arbeit der Gewerkschaften*, in: *Die Zeit* Nr. 18, 26. 4. 1985.

48 S. Bleicher, *Krise und ...*, a.a.O., S. 159.

In der Realität lassen sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre Ansätze für eine solche Erweiterung außerbetrieblicher Organisationsformen finden. In den Klassenbewegungen selbst wird der lokale und regionale Raum zum Aktionsfeld: in Gestalt der Solidaritätskomitees gegen betriebliche Arbeitsplatzvernichtung, in den Aktivitäten regionaler und lokaler Gewerkschaftsgremien (DGB-Ortskartelle) zur Einflußnahme auf kommunal- und regionalpolitische Instanzen⁴⁹, in den Stadtteilinitiativen bei der Bewegung um die 35-Stunden-Woche, die oftmals Aktivisten von unterschiedlichen, nicht unmittelbar einbezogenen Gewerkschaften zusammenfaßten usw. Zugleich ist die lokale gewerkschaftliche Ebene auch der Raum, in dem sich Kulturinitiativen (Chöre etc.), Seniorenarbeitskreise für ältere Mitglieder, Technologie- und Umweltgruppen, Internationalismusgruppen (z. B. Solidarität mit Nicaragua, britische Bergarbeiter usw.), Friedensinitiativen, Arbeitskreise gegen Berufsverbote und Arbeitsloseninitiativen ansiedeln. Die Arbeitsweise dieser gewerkschaftlichen Initiativen ist zumeist offen und erlaubt Kontakte und Kooperation mit anderen, nicht gewerkschaftlichen Bewegungen (etwa Selbsthilfegruppen). Im Ausbau solcher Formen können große Chancen für die Aktivierung und Politisierung von Mitgliedergruppen liegen, insbesondere aus den neuen Sektoren der Arbeiterklasse. Die Wechselbeziehungen zwischen Betrieb und außerbetrieblichem Lebensmilieu werden weiterhin noch intensiver werden und können sich hier praktisch konkretisieren.

Grundlage des Konzeptes, den Arbeitskampf 1984 um Arbeitszeitverkürzung als eine „soziale Bewegung“ zu entwickeln, war die Überlegung, diese lokalen Sektoren zu mobilisieren und hiermit ein Zusammengehen mit den außerparlamentarischen Massenbewegungen zu befördern.⁵⁰ Allerdings zeigten die Erfahrungen dieses Kampfes und seine Grenzen, daß die Kraft für eine solche Bewegung sich in erster Linie aus den Betrieben entfalten muß, um größere Ausstrahlungskraft zu gewinnen und eine gesellschaftspolitische Dynamik einzuleiten.

Eine „Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften“ (*Negt*) kann nicht einfach eine Ergänzung des betrieblichen Kampfes durch Aktivitäten im Reproduktionsbereich darstellen. Erstens stößt eine beliebige Erweiterung der gewerkschaftlichen Handlungsfelder auf Grenzen und kann sich als syndikalistische Überforderung erweisen. Auch in Zukunft werden die Gewerkschaften auf die Kooperation mit Bündnispartnern, mit Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen, angewiesen sein, wenn sie eine aktionsbezogene Politik im Reproduktionssektor betreiben wollen. Zweitens wird es vor allem um eine „Politisierung der Arbeit“, der Betriebssphäre gehen. Die Verschränkung der Sphären, wie dies in Ansätzen in der Bewegung um die 35-Stunden-Forderung mit ihrer beschäftigungs-, humanisierungs- sowie freizeit- und kulturpolitischen Dimension schon erkennbar war, kann einen neuen Typ der

49 Vgl. hierzu G. Lobodda, Das Recht auf Arbeit verwirklichen, in: ebenda, S. 90 ff.

50 Hierzu ausführlicher K. Pickshaus, Arbeitskampf als soziale Bewegung — politische Aspekte einer Streikstrategie, in: F. Deppe u. a., Streik — Widerstand gegen Kapital und Kabinett, Frankfurt/M. 1985.

Gewerkschaftspolitik konstituieren.⁵¹ Also nicht beliebige „Felderweiterung“, sondern vor allem „Hereinnahme von weitergehenden gesellschaftlichen Aspekten in die traditionellen gewerkschaftlichen Politikfelder“ wird die Perspektive sein.⁵²

Eine solche Tendenz war in den Kämpfen und der Gewerkschaftspolitik seit den 70er Jahren in dem Maße sichtbar, wie neue soziale und politische Bedürfnisse aufgenommen und artikuliert worden waren. Neben der Lohnpolitik traten immer stärker Probleme der „qualitativen Tarifpolitik“ (Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Abgruppierungs- und Rationalisierungsschutz, Arbeitszeitverkürzung etc.) und gesellschaftspolitische Reformforderungen in den Vordergrund. Indem die Arbeitsbedingungen und das Recht auf Arbeit ebenso wie die Qualität der Lebensbedingungen thematisiert wurden, verschränkten sich Interessen, die sowohl auf den Betrieb wie auch auf die gesamtgesellschaftlichen Machtverhältnisse und gesellschaftliche Reproduktionssicherung bezogen sind.⁵³

In der Perspektive wird der Durchsetzung neuer Ansprüche an die Arbeit und der Erweiterung der politischen Kultur im Betrieb (Entfaltung von Aktivität und Selbstbewußtsein, neue Kommunikationsspielräume und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten) ein noch größerer Stellenwert zukommen. Dies bezieht die Kampfebene Betrieb und Tarifpolitik wie die politisch-gesetzliche Ebene ein. Neben den Konflikten um Einkommen und Arbeitszeit rücken Auseinandersetzungen um Struktur und Inhalt zukünftiger Arbeit in den Vordergrund, die sich an den technologischen Umwälzungen, dem Erhalt und Zuschnitt der Arbeitsplätze und der abgeforderten Qualifikationen entzünden. Die neuen Technologien ermöglichen heute eine größere Variationsbreite ihrer konkreten Gestaltung und erweitern damit Eingriffsmöglichkeiten auch für die Beschäftigten. Die IG Metall reagierte auf diesen Problemdruck mit ihrem Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ (1985) und tarifpolitischen Konzeptionen zur Kontrolle der Leistungs- und Arbeitsbedingungen.⁵⁴ Betriebliche Arbeitskreise für alternative Produktion zeigen, daß auch aus ökologischen oder friedenspolitischen Motivationen die gesellschaftlichen Gebrauchswertaspekte hinterfragt werden. Gegen die Versuche, mit Hilfe von „Qualitätszirkeln“ und neuen Sozialtechnologien Motivationen und Qualifikationspotentiale der Lohnabhängigen an die Logik kapitalistischer Verwertung zu binden und damit eine „Japanisierung“ betrieblicher Arbeitsbeziehungen zu fördern, werden die Gewerkschaften auf eine Auswei-

51 Vgl. K. Pickshaus, Weiterwirkende politische Aspekte des Kampfes um die 35-Stunden-Woche, in: L. Mahlein u. a. (Hrsg.), Tarifpolitik unter Krisenbedingungen, Frankfurt/M. 1984, S. 184 ff.

52 E. Hildebrandt, Unsere Produkte fallen uns auf den Kopf. Die Gewerkschaften vor der ökologischen Herausforderung, in: ders. u. a. (Hrsg.), Arbeit zwischen Gift und Grün, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985, (West-)Berlin 1985, S. 57.

53 Vgl. hierzu grundlegend W. Roßmann, Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt/M. 1982, S. 42 ff.

54 Vgl. hierzu W. Riestler, Aktuelle und langfristige Aufgaben in der Tarifpolitik, in: L. Mahlein u. a. (Hrsg.), Tarifpolitik..., a.a.O., S. 51 ff.

tung von Kontrollrechten und Gegenmachtpositionen setzen müssen. Eine Antwort auf die zunehmenden gewerkschaftlichen Kommunikations- und Organisationsschwierigkeiten im Betrieb können Forderungen nach entintensivierenden Maßnahmen im Arbeitsprozeß (Pausen etc.) darstellen, die zugleich Chancen für die Wahrnehmung betrieblicher und gewerkschaftlicher Rechte vergrößern.

Als Schlüsselfrage für eine solche Perspektive stellt sich die Neubelebung gewerkschaftlicher Betriebspolitik dar, insbesondere, um den durch die Tarifabschlüsse zur Arbeitszeit von 1984 noch vergrößerten Gefahren einer „Verbetriebsratung“ und eines „Betriebssyndikalismus“ zu entgehen. Dies wird in erster Linie über den Ausbau und die Stärkung der klassischen gewerkschaftlichen Organe im Betrieb, den Vertrauenskörper bzw. die Betriebsgruppen, erfolgen müssen. Dabei wird ein Schwerpunkt notwendigerweise in der Neuverankerung in den „Zukunftsindustrien“ und neuen Sektoren der Lohnabhängigen liegen. Die Qualifizierung der betrieblichen Ebene als des „originären Handlungsfeldes“ hat Auswirkungen für die gesellschaftliche Gegenmachtentfaltung: „Wenn wir im Betrieb stark sind, werden wir auch in der Lage sein, einen gesellschaftspolitischen Anspruch zu formulieren und eine politische Mobilisierung zu erreichen.“⁵⁵

4. Gewerkschaftszukunft und politische Perspektiven

In allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern haben die Gewerkschaften heute ein so entscheidendes Gewicht, daß nicht nur die Haltung zur Regierungspolitik, sondern auch die unmittelbare Interessenvertretung in der Tarifpolitik und im Betrieb in hohem Maße politisiert wird. Diese objektive politische Dimension erhalten Tarifkonflikte und Arbeitskämpfe, wie die Streiks in der BRD 1984 oder der Bergarbeiterstreik in Großbritannien 1984/85 zeigten, unvermeidlich, weil sie in Gegensatz zu Grundorientierungen des konservativen Blocks geraten und damit auch je nach Erfolg oder Mißerfolg dessen politische Wirksamkeit und Stabilität mitbeeinflussen. Nicht zuletzt deshalb spielt die „Gewerkschaftsfrage“ in den Strategievarianten der Bourgeoisie zumal unter Bedingungen des krisenhaften Umbruchs eine so herausragende Rolle.

Diese Politisierung wird durchaus auch vom integrationistischen Flügel in der Gewerkschaftsbewegung wahrgenommen und äußert sich in einer erhöhten Bereitschaft zur sozialpartnerschaftlichen Regulierung von Konflikten (z. B. „Gesamtgesellschaftliche Verabredungen“ à la *Hermann Rappé*) und zur Kooperation auch mit konservativen Regierungen, um politische Polarisierungen zu vermeiden. Angesichts der Labilität des konservativen Blocks in der BRD traten Kräfte dieser integrationistischen Strömung für die Bildung einer „Großen Koalition“ zwischen Unionsparteien und SPD ein, um einen Einfluß der Massenbewegungen auf die Entwicklung der SPD und der politisch-parlamentarischen Szene zu begrenzen und politische Stabilität zu gewährleisten.

55 F. Steinkühler, „Sägen die Gewerkschaften . . .“, a.a.O.

Dies hat die „Blockbildung“ zwischen den strategisch unterschiedlich reagierenden Flügeln in der Gewerkschaftsbewegung zeitweilig noch verschärft. Sie trat erst wieder in den Hintergrund, als sich ab 1985 zunehmend Erwartungen und Bestrebungen auf eine Ablösung der konservativen Regierung durch die SPD konkretisierten.⁵⁶ Die Frage, ob sich eine andere politisch-gesellschaftliche Entwicklungsrichtung in der BRD durchsetzen kann, beeinflusst seitdem die Formulierung der gewerkschaftlichen Perspektive und kann die Bereitschaft zu Massenaktionen erweitern, wie die Herstdemonstrationen 1985 zeigen.

Eine permanente unaufhaltsame Schwächung gewerkschaftlicher Organisations- und Handlungsmacht ist keineswegs die unvermeidliche Konsequenz der Krisen- und Umbruchprozesse. Vieles wird davon abhängen, ob in den nächsten Jahren die konservative Politik gestoppt und mögliche aggressive Varianten, wie sie in Großbritannien vorgeführt wurden, verhindert werden können. Grenzen und Widersprüche im konservativen Block sind sicherlich auch deshalb sichtbar geworden, weil in den Streiks 1984 das Ziel einer weitgehenden Schwächung der Gewerkschaften und der Ausschaltung ihrer klassenautonomen Strömung verhindert werden konnte.

Auch dies hat die Möglichkeit eines Umschaltens auf einen stärkeren Integrationskurs gegenüber den Gewerkschaften vergrößert. Sollte sich ein reformistisch-etatistischer Entwicklungstyp sozialdemokratischer Prägung in der BRD durchsetzen, wäre mit einer Verstärkung der Integrationslinie zu rechnen. Zukünftige Widersprüche und Konflikte sind damit vorprogrammiert, da auch unter solchen politischen Konstellationen, die innen- und außenpolitisch wichtige Veränderungen gegenüber dem reaktionären und entspannungsfeindlichen Kurs der Konservativen bewirken könnten, eine Vergrößerung der ökonomischen und sozialen Manövrierspielräume kaum zu erwarten ist. Dies würde ja nur bei erheblichen wirtschaftlichen Wachstumsraten ermöglicht.⁵⁷

Verschärfen sich allerdings die sozialen Gegensätze, so zeigen die Erfahrungen der französischen Linksregierung, daß eine „Reformpolitik von oben“ wie Anfang der 70er Jahre in der BRD enge Grenzen besitzt und Fortschritte heute nur durch weitertreibende Mobilisierung und Massendruck möglich sind.⁵⁸ Insofern wird auch unter diesen Kräftekonstellationen die „Gewerkschaftsfrage“ das zentrale Problem bleiben. Damit wird vor allem die Frage nach der politischen Entwicklung innerhalb der Gewerkschaften und ihrer Einflüsse auf die SPD aufgeworfen.

Die Aufgaben der klassenorientierten Kräfte in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung werden u. a. durch die folgenden Gesichtspunkte bestimmt:

56 Ausdruck eines solchen neuen Konsenses, der auf eine neue Hegemoniefähigkeit der SPD zielt, ist das gemeinsame Papier von H. Rappe und F. Steinkühler für den wirtschaftspolitischen Teil des in Arbeit befindlichen neuen SPD-Programms. Vgl. „Brückenschlag in der SPD“, in: FAZ v. 4. 5. 1985.

57 Vgl. hierzu die Beiträge von J. Huffschild und H. Jung in diesem Band.

58 Vgl. hierzu L. Peter, Zwischen Reformpolitik und Krise — Gewerkschaften in Frankreich 1980–1985, Soziale Bewegungen H. 17, Frankfurt/M. 1985.

— Es wird vor allem darum gehen, die zu erwartenden unvermeidlichen Konflikte unter den Bedingungen eines reformistisch-etatistischen Entwicklungstyps politisch zu dynamisieren mit dem Ziel einer Demokratisierung und von Eingriffen in das monopolkapitalistische Eigentum. Die programmatische Diskussion in Teilen der Gewerkschaftsbewegung hat hierfür, dies zeigt das Vergesellschaftungskonzept der IG Metall für die Stahlindustrie, günstigere Voraussetzungen geschaffen, als sie etwa 1969 zu Beginn der sozialliberalen Periode bestanden.

— Für die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften bleiben der Bruch mit der Sozialpartnerschaftspolitik und die Stärkung der klassenautonomen Strömung in der Arbeiterklasse das wichtigste Problem. Gleichwohl reicht die Handlungsalternative „kämpferisch statt sozialpartnerschaftlich“ dann nicht aus, wenn nicht auch die neuen Fragen, die sich aus den Veränderungen der sozialen und politischen Struktur der Arbeiterklasse, dem Anwachsen neuer sozialer und politischer Bedürfnisse, den Umbrüchen in der Lebensweise usw. ergeben, bearbeitet und in ein „modernes“ Konzept klassenorientierter Politik integriert werden.

— Neben der Friedensbedrohung zählt die Gefährdung der Überlebensbedingungen der Menschheit durch eine ökologische Krise globalen Ausmaßes zu den zentralen Problemen, die das Handeln der Arbeiterbewegung herausfordern.⁵⁹ Das Problembewußtsein über die Geschwindigkeit und die Dimension der Zerstörungsprozesse (des Bodens, des Wassers, des Waldes, der Luft usw.) ist in den letzten Jahren in den Gewerkschaften gewachsen, und die Kritik an der stofflichen Struktur der Produktion und ihrer Ergebnisse gewinnt an Bedeutung.⁶⁰ Um ressourcen- und umweltschonende Lösungsalternativen, d. h. eine Wende in der Wirtschafts- und Produktivkraftentwicklung durchzusetzen, wird das Zusammenwirken von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit den Kräften der „neuen sozialen Bewegungen“ zur Schlüsselfrage.

— Krise und gesellschaftlicher Umbruch erhöhen die Bedeutung des Politischen in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung: Konkret-materielle Interessenwahrnehmung muß mit den gesamtgesellschaftlichen Widersprüchen vermittelt werden. Über die klassischen Politikfelder hinaus gewinnen die neuen Formen der Krise, die zerstörerischen und bedrohlichen Wirkungen der Destruktivkräfte der Rüstung, die Zerstörung der Umwelt und die Einschränkung von Lebensqualität auch außerhalb des Produktionsprozesses an Gewicht. Die Überwindung der Defensive in den heutigen Verteidigungskämpfen ist daher nur in der Perspektive eines Kampfes um eine alternative Logik der gesellschaftlichen Entwicklung möglich, die letztlich auf den Bruch mit dem Kapitalismus zielt. Diese Perspektive in den gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussionen zu verdeutlichen, ist vor allem Aufgabe der Marxisten.

59 Vgl. zur Friedensfrage den Beitrag von J. Reusch in diesem Band.

60 Zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Positionen zur Ökologie vgl. E. Gärtner, Gewerkschaften und Ökologie, nachrichten-reihe 32, Frankfurt/M. 1985; E. Hildebrandt u. a., Arbeit zwischen Gift und Grün, a.a.O., sowie Die Mitbestimmung, H. 4–5/1985 (Themenschwerpunkt: Arbeit und Umwelt).

Zukunftsherausforderungen der politischen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik

Herbert Mies

I.

Die entscheidenden Fragen, vor denen die politische Arbeiterbewegung mit Blick auf den Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert steht, sind heute schon mit hinreichender Klarheit zu erkennen. Das ist die Frage Krieg oder Frieden, die angesichts der ungeheuren Zerstörungskraft moderner Massenvernichtungswaffen zur Frage Sein oder Nichtsein geworden ist. Das sind die Probleme der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Unsicherheit, die angesichts der Verschärfung der kapitalistischen Krise und des enormen Tempos des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in immer dramatischere Dimensionen hineinwachsen. Das ist die zunehmende Zerstörung der natürlichen Umwelt. Das ist schließlich die Gefahr, daß die herrschende Klasse einen Katastrophen-„Ausweg“ aus der Krise ihres Systems versuchen könnte.

Die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik muß sich diesen grundlegenden Herausforderungen stellen. Dabei ergibt sich die spezifische Verantwortung der revolutionären Arbeiterbewegung vor allem daraus, daß keines der genannten Probleme unter kapitalistischen Bedingungen im Sinne des arbeitenden Volkes wirklich befriedigend und dauerhaft lösbar ist. Der Kapitalismus kann keinen sicheren Frieden garantieren. Er kann die sozialen Übel, die seiner eigenen Krisenhaftigkeit und historischen Überlebtheit entspringen, nicht beseitigen, sondern allenfalls zeitweise verschleiern. Und er birgt stets die Gefahr der Errichtung extrem reaktionärer Regimes in sich. Das Monopolkapital ist nicht nur außerstande, die gewaltigen Produktivkräfte, die heute vorhanden sind, zur Lösung der im Weltmaßstab aufgestauten sozialen und ökologischen Probleme zu nutzen. Es macht die modernen Produktivkräfte sogar immer mehr zu Destruktivkräften und bedroht damit die Existenz der ganzen Menschheit.

In dieser Situation stehen die Dinge noch weit zugespitzter als zur Zeit des Gründungsparteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, auf dem *Rosa Luxemburg* feststellte: „Den Kapitalismus aus der Welt zu schaffen“ – das „ist heute überhaupt die einzige Rettung für den Bestand der menschlichen Gesellschaft.“ Noch mehr als 1918/19 gilt heute, daß der Sozialismus gerade auch deshalb eine „geschichtliche Notwendigkeit“ „in des Wortes genauester Bedeutung“ ist, „weil, wenn das Proletariat nicht seine Klassenpflichten er-

füllt und den Sozialismus verwirklicht, uns allen zusammen der Untergang bevorsteht.“¹

Kein „Szenario“ für das Jahr 2000 taugt etwas, das dieser Erkenntnis und damit dem Charakter unserer Epoche als Epoche des Übergangs zum Sozialismus im Weltmaßstab nicht Rechnung trägt. Jede Prognose ohne eine solche sozialistische Zukunftsvision bewegt sich außerhalb der historischen Gesetzmäßigkeiten wie außerhalb der realen Interessen und Bedürfnisse der Menschen.

Eine solche Zukunftsvision kann sich heute darauf stützen, daß der Sozialismus schon auf mehr als einem Drittel der Erde Realität geworden ist. Der andere Teil der Welt kann – historisch gesehen – nur eine begrenzte Zeit in dem überlebten Entwicklungsstadium des Kapitalismus verbleiben. Wie groß diese verbleibende Zeitspanne ist, kann heute niemand exakt voraussagen. Aber sicher ist: Der Übergang der Völker zum Sozialismus, der im 20. Jahrhundert mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann, wird sich im 21. Jahrhundert fortsetzen – wenn nicht sogar vollenden.

Und es gehört zu den unverzichtbaren Aufgaben einer revolutionären Arbeiterpartei wie der DKP, ihre Politik schon heute mit unter dem Gesichtspunkt zu entwickeln, wie der Weg in eine sozialistische Zukunft geöffnet werden kann. Das bedeutet in keiner Weise, die realen Kräfteverhältnisse der Bundesrepublik von heute außer acht zu lassen. Gerade wenn man die sozialistische Zielsetzung ernst nimmt, hat die Frage, wie die kräftepolitischen Bedingungen für ihre Verwirklichung geschaffen werden können, Vorrang.

Die DKP hat dazu in ihrem Programm die Konzeption des Kampfes für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt entwickelt. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß im Klassenkampf alles mit dem Nächstliegenden beginnen muß: „Das ist die entschlossene Verteidigung der vom arbeitenden Volk durchgesetzten sozialen und demokratischen Errungenschaften, das ist der aktive Kampf um die Erhaltung des Friedens. Es geht darum, im Ringen um den Schutz des Erreichten die Kräfte zu sammeln und zu entfalten für die Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen, für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Es geht darum, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zu verändern und eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen.“²

Diese Aufgabenstellung hat eine wahrhaft geschichtliche Dimension. Denn es geht darum, der ganzen Entwicklung unseres Landes eine neue Richtung zu geben.

Die Restauration monopolkapitalistischer Besitz- und Machtverhältnisse, die Bildung des imperialistischen Separatstaates Bundesrepublik, seine Einbindung in die US-amerikanische Strategie des „Zurückrollens“ des Sozialismus war untrennbar damit verbunden, daß sich – unter dem massiven Druck

1 R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 495 f.

2 Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag der DKP, 20.–22. 10. 1978, S. 33.

der westlichen Besatzungsmächte – bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit das politische Kräfteverhältnis zuungunsten der Arbeiterklasse und der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, zugunsten der Monopolbourgeoisie und der restaurativ-reaktionären Kräfte veränderte. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges und des „Wirtschaftswunders“ gewann die politische Rechte, die mehr und mehr durch die CDU/CSU repräsentiert wurde, zunächst ein fast erdrückendes Übergewicht. Es sei hier nur daran erinnert, daß die bürgerlich-rechten Parteien bei den Bundestagswahlen 1957, die unmittelbar nach dem Abschluß der „Westintegration“ (NATO-Beitritt und Gründung der EWG) stattfanden, fast 70 % der Stimmen erhielten – allein CDU/CSU über 50 %.

Die kräftepolitischen Realitäten der 50er Jahre haben Fakten geschaffen, die bis heute nachwirken. Aber in der Zeit danach sind zunehmend andere Entwicklungen in Gang gekommen, die beweisen, daß auch in einem Land wie der Bundesrepublik keineswegs nur die Kräfte der Vergangenheit und der Beharrung wirksam sind. Der Übergang vom Kalten Krieg zur Entspannung, die erstmalige Bildung einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und die Belebung außerparlamentarischer Bewegungen seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre signalisierten die Entstehung neuer bewußtseinsmäßiger und kräftepolitischer Gegebenheiten. Der Masseneinfluß der rechten (besonders der extrem rechten) Kräfte ging zurück. Die demokratischen (in einem begrenzten Ausmaß auch linke) Kräfte bauten ihre Positionen aus.

Die These, all diese positiven Veränderungen seien mit der „Wende“ von 1982/83 rückgängig gemacht worden, die Bundesrepublik stehe heute wieder da, wo sie schon unter *Adenauer* und *Erhard* gestanden habe, ist falsch. Unzweifelhaft markiert der Regierungswechsel in Bonn einen politischen Rückschritt. Aber die demokratischen und linken Kräfte haben heute für einen Stopp und eine Umkehrung der Rechtswende doch günstigere Ausgangspositionen, als sie in der zweiten Hälfte der 60er Jahre beim Kampf um die Beendigung von zwei Jahrzehnten CDU-Herrschaft gegeben waren. Das erlaubt auch die „Prophezeiung“, daß die zweite Regierungsperiode der CDU/CSU nicht so lange dauern wird wie die erste.

Neue politische Kräfteverhältnisse können allein im Kampf durchgesetzt und sichtbar gemacht werden. Mithin steht die Frage, um welche Zielsetzungen dieser Kampf in den weiteren 80er Jahren vorrangig geführt werden muß.

II.

Die allerwichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung besteht darin, die Monopolbourgeoisie zur Einhaltung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und zur Abrüstung zu zwingen – oder doch einen entscheidenden Beitrag dazu zu leisten. Über die Notwendigkeit einer solchen Zielsetzung kann es eigentlich keine Diskussion geben. Wie aber steht es um ihren Realitätsgehalt?

Gehen wir zunächst einmal von den Erfahrungen der unmittelbaren Gegenwart aus. Innerhalb weniger Jahre ist die bundesdeutsche Friedensbewegung

zu einer wirklichen Massenbewegung, zu einem ernsthaften politischen Faktor geworden. In ihrem Rahmen hat ein sehr breites Spektrum unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Kräfte zum Zusammenwirken gefunden, und die Arbeiterbewegung nimmt hieran einen wachsenden Anteil. Es hat sich gezeigt, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz bis in realistisch denkende Kreise des konservativen Lagers und der Bourgeoisie hinein Anhänger finden.

Um mit *Marx* zu sprechen – die Idee des Friedens wurde in der Bundesrepublik, indem sie Massen ergriff, zur materiellen Gewalt. Unter ihrem Einfluß veränderten sich das Weltbild der jüngeren Generation, die Positionen der christlichen Kirchen, nicht zuletzt des sozialdemokratischen Teils der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Das war möglich, weil diese Idee fundamentale Lebensinteressen der Volksmassen zum Ausdruck bringt. Anders gesagt: Der Aufschwung der bundesdeutschen Friedensbewegung trägt keinen zufälligen Charakter. Sicherlich haben wir Kommunisten daran Anteil, aber er ist vor allem dadurch bedingt, daß die Friedenskräfte politische Ziele artikulieren, von deren Durchsetzung unter den heutigen Bedingungen die Fortexistenz des ganzen Volkes abhängt.

In der revolutionären Arbeiterbewegung hat es niemals Raum für eine Verharmlosung des Krieges gegeben. Aber noch am Ende des vorigen Jahrhunderts konnte *Friedrich Engels* die herrschenden Klassen vor der Entfesselung eines Weltkrieges mit der Prophezeiung warnen, daß in einem solchen Fall „die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; . . . am Schluß der Tragödie sind Sie ruiniert und ist der Sieg des Proletariats entweder schon errungen oder doch unvermeidlich“.³ Und im Herbst 1914, in einer Situation, da „der Krieg zur Tatsache geworden“ war, hatte *Lenin* vollkommen recht, als er „die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ als „die einzig richtige proletarische Lösung“ bezeichnete.⁴

Gegenüber der Möglichkeit eines atomaren und Weltraumkrieges kann es aber nur noch eine Haltung geben – nämlich, daß er unter keinen Umständen jemals zur Tatsache werden darf. Diese Position ist heute im Rahmen einer weltweiten Friedensbewegung zum Allgemeingut unterschiedlichster politischer Kräfte geworden. Die nicht mehr wegzudiskutierende Wahrheit, daß es in einem Atomkrieg weder Sieger noch Besiegte geben kann, gibt dem Friedenskampf eine wesentlich breitere Basis als jemals zuvor in der Geschichte. Das weltweit anwachsende Friedensbewußtsein und die Existenz einer sozialistischen Staatengemeinschaft, die sowohl eine konsequente Friedenspolitik betreibt als auch (vor allem aufgrund der Macht der Sowjetunion) über die materiellen Mittel verfügt, um die aggressiven Kräfte des Imperialismus in ihre Schranken zu verweisen – das ist es vor allem, was die heutige Stärke der Friedenskräfte ausmacht.

3 Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 351.

4 W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 20.

Aus dieser Konstellation heraus ergibt sich die Zukunftsperspektive, den Friedenskampf zu einer solchen Intensität zu entwickeln, daß es der herrschenden Klasse unmöglich gemacht wird, ihren Kurs der Hochrüstung und der militärischen Konfrontation fortzusetzen. Diese Perspektive ist um so realer, als der Rüstungswahnsinn immer existenzbedrohender wird und zugleich immer weniger bezahlbar. Das letzte wird übrigens – das läßt sich heute schon absehen – ein wichtiger Faktor der Mobilisierung weiterer Friedenskräfte gerade aus den Reihen der Arbeiterklasse werden. Es ist auch ein Moment, das durchaus geeignet ist, zumindest Teile der Bourgeoisie zur Vernunft zu bringen. Denn für sie stellt sich immer schärfer die Frage nach den gefährlichen innenpolitischen Konsequenzen, die ein dauerndes Nebeneinander von militärischer Hochrüstung und sozialer Abrüstung für sie haben kann.

Für die Arbeiterklasse geht es heute mehr denn je darum, den Kampf gegen Hochrüstung und Kriegsvorbereitung zu einem Kampf sowohl für die Erhaltung des Friedens als auch für die Verteidigung und Erweiterung sozialer Rechte zu machen. Und je erfolgreicher dieser Kampf geführt wird, desto mehr wird er auch zur Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der demokratischen und linken Kräfte beitragen.

III.

Die Arbeiterbewegung muß das Großkapital dazu zwingen, Forderungen nach Abbau der Massenarbeitslosigkeit, nach Erhaltung sozialer Errungenschaften, nach Schutz der natürlichen Umwelt Rechnung zu tragen. Die resignative Einschätzung, daß dafür unter Krisenbedingungen in Zukunft angeblich keine Möglichkeit besteht, ist unberechtigt. Denn auch die Geschichte der Bundesrepublik läßt ein Anwachsen der Kampfaktivität der Arbeiterklasse deutlich erkennen.

Bis Ende der 60er Jahre hat man der bundesdeutschen Arbeiterklasse nachgesagt, sie habe das Kämpfen verlernt. Aber in dieser Hinsicht hat sich in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten eine Menge verändert. Die Streikaktivität hat sich vervielfacht. Die zunehmenden Arbeiterkämpfe wurden zunächst vorwiegend unter Bedingungen der Hochkonjunktur geführt, dann aber immer mehr in einer Situation der scharfen ökonomischen Krise – und auch für Forderungen, die wesentlich schwerer durchzusetzen sind als Lohnerhöhungen. Insbesondere die Drucker- und Metallerstreiks '84 beweisen, daß die bundesdeutsche Arbeiterklasse hinsichtlich der Kampfbereitschaft heute in Westeuropa nicht mehr unter „ferner liefen“ rangiert.

Gerade gegen die Streiks um die 35-Stunden-Woche ist häufig mit dem Hinweis auf die unzureichenden materiellen Ergebnisse eingewandt worden, sie seien bedeutungs- und nutzlos gewesen. Aber gegen eine solche oberflächliche Betrachtungsweise hat schon *Marx* gewichtige Argumente ins Feld geführt: „Um den Wert von Streiks und Koalitionen richtig zu würdigen, dürfen wir uns nicht durch die scheinbare Bedeutungslosigkeit ihrer ökonomischen Resultate täuschen lassen, sondern müssen vor allen Dingen ihre moralischen und politischen Auswirkungen im Auge behalten.“ Nach wie vor sind „die

ständigen ... Konflikte zwischen Fabrikanten und Arbeitern ... die unerläßlichen Mittel ..., den Kampfgeist der Arbeiterklasse lebendig zu halten, diese in einer einzigen großen Vereinigung gegen die Übergriffe der herrschenden Klasse zusammenzufassen und sie davon abzuhalten, zu Mitleid heischenden, gedankenlosen, mehr oder weniger gut genährten Produktionsinstrumenten zu werden“. Ohne den „ständigen Kampf zwischen Fabrikanten und Arbeitern ... würde die Arbeiterklasse ... eine niederdrückende, charakterschwache, verbrauchte, unterwürfige Masse sein, deren Emanzipation aus eigener Kraft sich als ebenso unmöglich erweisen würde wie die der Sklaven des antiken Griechenlands und Roms“.⁵

In eine solche Sichtweise eingebettet, gewinnt der nachweisbare Aufschwung der Kampfaktivität der bundesdeutschen Arbeiterklasse eine zukunftsweisende Dimension. Hier zeigt sich die Perspektive neuer machtvoller Arbeiterkämpfe für Realloohnerhöhungen, für die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Erhaltung von Betrieben, für staatliche Beschäftigungsprogramme. Und nur in solchen Kämpfen kann die Arbeiterklasse sowohl ihre soziale Situation verbessern als auch vor allem jene Kampferfahrungen sammeln und jenes Klassenbewußtsein entwickeln, das für die Durchsetzung neuer politischer Kräfteverhältnisse unverzichtbar ist.

In dieser Überzeugung sollte man sich auch dadurch nicht erschüttern lassen, daß unter den Bedingungen der härter gewordenen Klassenkämpfe eine Reihe von Schwächen der bundesdeutschen Arbeiterbewegung deutlicher hervortreten als in der Vergangenheit. Da ist die Tatsache, daß einige Gewerkschaftsführungen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nicht mitgetragen, sich sogar gegen sie gewandt haben. Da ist generell die zunehmende Gefahr, daß die Arbeiterklasse vom Großkapital auseinanderdividiert wird – in Arbeitslose und Arbeitende, in Beschäftigte expandierender und schrumpfender Wirtschaftszweige, in „normal Beschäftigte“, „Teilzeitbeschäftigte“, Beschäftigte mit „befristeten“ Arbeitsverträgen und „Heimarbeiter“. Da ist das Problem, daß größer werdende Unterschiede in der Arbeitszeitregelung zwischen verschiedenen Branchen und sogar zwischen Betrieben der gleichen Branche eine einheitliche Kampfstrategie zur Durchsetzung von arbeitsplatzsichernden Arbeitszeitverkürzungen in der Zukunft außerordentlich erschweren können. Aus alledem ergeben sich aber auch neue Ansatzpunkte dafür, daß ein breiterer Kreis von Arbeitern und Gewerkschaftern die Unverträglichkeit der Sozialpartnerschaftsideologie mit ihren Klasseninteressen erkennt.

Analog zur Situation im Friedenskampf zwingt auch das Ausmaß der sozialen Existenzbedrohung die Arbeiterklasse zunehmend dazu, sich nicht nur dem Kampf um ökonomische und soziale Forderungen, sondern auch dem Kampf für gesellschaftsverändernde Perspektiven zu stellen. Denn so geschieht die Verfechter der Ideologie der Sozialpartnerschaft es in Zukunft auch anstellen mögen – ihre Rezepte, die bis in die Mitte der 70er Jahre hinein der großen Masse der Arbeiter und Angestellten angesichts steigender

5 Marx/Engels, Werke, Bd. 9, S. 170 f.

Reallöhne und weitgehender Vollbeschäftigung durchaus akzeptabel schieben, geraten in einen immer größeren Gegensatz zur Wirklichkeit. Davon zeugt das Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit und die Entwicklung einer neuen Armut. Davon zeugt das immer offenkundigere Versagen des ganzen Systems der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung, die Tatsache, daß das Streben nach Höchstprofit als „Regulator“ im wirtschaftlichen, ökologischen und wissenschaftlich-technischen Bereich immer katastrophalere Ergebnisse nach sich zieht.

Zunehmend reift eine Situation heran, da sich die Arbeiterbewegung nicht mehr mit der Aufgabe zufriedengeben kann, die schlimmsten Auswirkungen der kapitalistischen Mißwirtschaft zu mildern. Die Arbeiterbewegung wird vielmehr dazu gezwungen, in Sachen Ökonomie, Ökologie und wissenschaftlich-technischer Fortschritt eigenständige antimonopolistische Positionen zu entwickeln und durchzusetzen.

Die Frontstellung Ökonomie – Ökologie ist ebenso unsinnig wie die plumpe „Alternative“ neue Technologien – ja oder nein? Ohne Produktivkraftentwicklung, ohne wissenschaftlich-technische Neuerungen kann es keinen sozialen Fortschritt geben, wäre eine Bewältigung der Umweltprobleme ausgeschlossen. Aber ebenso sicher ist es auch, daß ein Wirtschaftswachstum und eine Technologiepolitik, die sich lediglich an den Profiterwartungen der Konzerne orientieren, die sozialen und ökologischen Probleme nur weiter verschärfen können. Und aus dieser Situation ergibt sich eben – ob man das heute in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung schon überall wahrhaben will oder nicht – die Notwendigkeit für grundlegende Veränderungen in der staatlichen Wirtschaftspolitik, für tiefe Eingriffe in die bisherige alleinige Verfügungsgewalt der Konzerne über die gesellschaftlichen Hauptproduktionsmittel.

Diese Notwendigkeit ist politisch um so drängender, als die Monopolbourgeoisie aufgrund der stürmischen Produktivkraftentwicklung und der fortlaufenden Konzentration des Kapitals wachsende Macht in ihren Händen vereint, die sie dazu mißbraucht, sich die Arbeiterklasse immer mehr unterzuordnen. Dem kann die Arbeiterklasse allein dadurch begegnen, daß sie das Gewicht ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer Organisiertheit sowohl im ökonomischen als auch im politischen Klassenkampf gezielt zur Zurückdrängung der Macht der Monopole einsetzt. Solche Zeichen, wie sie die IG Metall im Frühjahr 1985 mit ihrer Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie gesetzt hat, müssen und werden zunehmen. So können die Werktätigen ihre sozialen und demokratischen Errungenschaften erhalten oder ausbauen. Nur so können Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß der Umweltschutz verbessert wird und zugleich neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur so kann erreicht werden, daß die Einführung neuer hochproduktiver Technologie nicht zu vermehrter Arbeitslosigkeit führt, sondern für eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit genutzt wird, daß das Wirtschaftswachstum dorthin gelenkt wird, wo reale gesellschaftliche Bedürfnisse existieren.

Dabei besteht das Problem weniger darin, sich heute im einzelnen auszumalen, wie die Bundesrepublik im Jahre 2000 oder 2010 aussehen könnte,

wenn im Umweltschutz oder bei den neuen Technologien der Profit nicht mehr die allein entscheidende Rolle spielte, wenn es ein nach vernünftigen Kriterien organisiertes „qualitatives“ Wirtschaftswachstum gäbe. Das eigentliche Problem ist vielmehr, wie die politischen Voraussetzungen für die Verwirklichung solcher „Visionen“ geschaffen werden könnten. Das hängt vorrangig von der Entwicklung des Bewußtseins und der Bereitschaft der Arbeiterklasse ab, für eine Zurückdrängung der Macht der Monopole zu kämpfen. Und die besondere Rolle der revolutionären Arbeiterbewegung als einer politischen und ideologischen Vorhut ergibt sich daraus, daß ihr vor allem die Aufgabe zufällt, das Klassenbewußtsein und die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zu entwickeln.

IV.

Gerade in einem Land, das wie die Bundesrepublik mit dem historischen Erbe einer faschistischen Diktatur belastet ist, stellt sich die Frage nach der Möglichkeit einer erneuten Hinwendung zu extrem antidemokratischen Herrschaftsformen natürlich mit besonderer Schärfe. Solche Entwicklungen wie die Bonner Rechtswende, die Wiederbelebung des Revanchismus, die zunehmende Aktivität von neofaschistischen Terroristen-Gruppen sind kaum dazu angetan, diese Frage für gegenstandslos zu erklären.

Bei alledem darf man aber nicht übersehen, daß das Widerstandspotential gegen extreme Rechtsentwicklungen heute in der Bundesrepublik ungleich größer ist als früher. Im Gesamtverlauf der Nachkriegsentwicklung haben die weit rechts stehenden Kräfte – die Erzkonservativen wie die Neofaschisten – politisch und ideologisch deutlich an Terrain verloren. Das ergibt sich eindeutig aus den Wahlergebnissen, vor allem aber daraus, daß seit den 60er Jahren Offensiven von rechts zunehmend auf massive – und meist auch wirksame – demokratische Gegenwehr gestoßen sind. Es sei erinnert an die Zurückweisung der Erhardschen Konzeption einer „formierten Gesellschaft“ – jener ultra-reaktionären Antwort auf die erste bundesdeutsche Wirtschaftskrise 1966/67. Erinnert sei an die Massenproteste gegen die NPD 1969, durch die diese neofaschistische Partei in die Isolierung getrieben wurde. Das fand seine Fortsetzung in der Abwehr von *Barzels* Versuch eines „kalten Staatsstreichs“ 1972. Das zeigte sich in der Zurückweisung der „Hitler-Welle“, in der Reaktion der Bevölkerung (vor allem der jüngeren Generationen) auf den Film „Holocaust“, in einer breiten Protestwelle gegen die Ausländerhetze. Das ist auch darin deutlich geworden, daß sich die Rechtskoalition im Frühjahr 1983 zwar eine Stimmenmehrheit sichern konnte, bei der Realisierung ihrer Wendepolitik jedoch auf beträchtlichen Widerstand stößt.

Ob man die Auseinandersetzung um die „Volkszählung“, um das „Amnestiegesetz“, um die Parole „Schlesien bleibt unser“ oder um den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus nimmt – ganz offenkundig sind die Rechtskräfte gegenüber demokratischem Druck empfindlich und immer wieder zu Rückziehen gezwungen. In alledem kommt zum Ausdruck, daß die demokratischen und linken Kräfte durch ihre Aktivitäten sowohl das Bewußtsein breiter Kreise der Bevölkerung als auch die innenpolitischen Kräfteverhältnisse

in der Bundesrepublik beträchtlich verändert haben. Damit ist eine demokratische Barriere aufgebaut worden, die für die Reaktion schwer übersteigbar ist.

Das eröffnet der Arbeiterbewegung auch beträchtliche Möglichkeiten, sich erfolgreich dagegen zur Wehr zu setzen, daß ihre Kampfbedingungen von den Rechtskräften mit den Methoden der „Salami-Taktik“ verschlechtert werden. Solche Bestrebungen gibt es mit Blick auf das Demonstrationsrecht, auf das Streikrecht, auf Mitbestimmungsrechte usw. Wie weit derartige Bestrebungen gehen, hat besonders deutlich das 1984 während des Drucker- und Metallarbeiterstreiks aufgekommene Projekt eines „Verbändegesetzes“ deutlich gemacht, dessen Verwandtschaft mit ständestaatlich-faschistoiden Vorbildern kaum zu übersehen ist.

V.

Alles in allem sind heute in der Bundesrepublik bestimmte bewußtseinsmäßige und kräftepolitische Grundvoraussetzungen gegeben, um den Rechtskräften im Friedenskampf, in den sozialen Auseinandersetzungen und bei der Verteidigung demokratischer Kampfbedingungen erfolgreich Gegenwehr leisten zu können. Zu den wichtigsten Aktivposten, auf die sich die Konzeption einer demokratischen Wende stützen kann, gehört eine Friedensbewegung, die eine der stärksten der westlichen Hemisphäre ist. Dazu gehört eine politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, die zwar vorwiegend unter reformistischem Einfluß steht, aber doch beachtliche klassenkämpferische Potenzen in sich vereint. Dazu gehört ein nicht zu unterschätzendes antifaschistisch-demokratisches Bewußtsein und Aktionspotential. Da ist ein beträchtliches radikal-demokratisches Potential, das heute vor allem auf die Grünen orientiert ist. Da sind wichtige Ansätze für demokratische Bündnisse im außerparlamentarischen, aber auch im parlamentarischen Bereich, wie sie gegenwärtig von der „Friedensliste“ repräsentiert werden. Da ist vor allem auch – das sei ganz bewußt unterstrichen – eine ideologisch und politisch stabile, einheitlich handelnde Kommunistische Partei. Die DKP ist zu einem wichtigen Faktor des außerparlamentarischen Kampfes geworden. Ihre eigentliche Bedeutung ergibt sich jedoch aus ihrer Avantgarde-Rolle und daraus, daß sie als Partei des Sozialismus die Zukunft unseres Landes repräsentiert.

Wenn man sich dieser und anderer Aktivposten bewußt ist, entgeht man der Gefahr, die eigenen Kräfte unterzubewerten. Dann kann man die Frage, wo heute die hauptsächlichsten Schwachpunkte der demokratischen und linken Kräfte liegen, wo es mit Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse in der überschaubar nächsten Zeit möglich ist, weiter voranzukommen, realistisch beantworten.

Die aktuellste Frage ist zunächst, wie die Rechtskräfte von den Schaltheln der zentralen Regierungsgewalt verdrängt und in der Perspektive zuverlässig ferngehalten werden können. Keine einzelne politische Partei oder Gruppierung (die SPD und die Grünen eingeschlossen) ist stark genug, diese Aufgabe allein bewältigen zu können. Aber – das haben etwa die Ergebnisse der Europawahl '84 und der Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1985 deutlich

werden lassen – die Gesamtheit der Kräfte links von der CDU/CSU hätte diese Möglichkeit. Rein arithmetisch verfügen diese Kräfte zusammen über einen Anhang, der bestimmt nicht kleiner, wahrscheinlich sogar größer ist als der der Parteien der Rechtskoalition. Aber für die Bemessung der Stärke dieses demokratischen Kräftepotentials gilt, daß das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile. Besonders wichtig ist, daß dieses Kräftepotential auch jene Kräfte einschließt, die die außerparlamentarische Szene dominieren. Dabei spielt die DKP keine unwesentliche Rolle.

Wie kann diese „arithmetische Mehrheit“ links von der CDU zu einer wirklichen „politischen Mehrheit“ gemacht werden? Allgemein gesprochen zunächst einmal dadurch, daß die verschiedenen demokratischen und linken Kräfte – von der SPD über die Grünen/Alternativen bis hin zu den Kommunisten – im Rahmen der vorhandenen demokratischen Massenbewegungen und in den anstehenden außerparlamentarischen Auseinandersetzungen so weit wie irgend möglich an einem Strang ziehen. Entscheidende Bedeutung hat in diesem Zusammenhang nach wie vor die Friedensbewegung. Sie ist dadurch zu einem wirklichen politischen Faktor geworden, daß sie die verschiedenen demokratischen und linken Kräfte zu gemeinsamen Forderungen und vor allem auch zu gemeinsamen Aktionen zusammengeführt hat. Und wer die Gefahr einer totalen Unterordnung der Bundesrepublik unter die US-amerikanische Hochrüstungs- und Konfrontationsstrategie bannen und die Rechtskräfte, die diese Unterordnung betreiben, politisch zurückdrängen will, dem muß daran gelegen sein, daß die Friedensbewegung ihre Breite, ihre Einheit und ihre Aktionsorientierung wie ihren Augapfel hütet.

Auch die besten parlamentarischen Initiativen können die gegen rechts wirkende Mobilisierungskraft einer aktiven außerparlamentarischen Friedensbewegung nicht ersetzen. Eine sozialdemokratische Strategie, die die Massenaktionen der Friedensbewegung als „lästig“ empfindet und sich der Illusion hingibt, eine möglichst „zahme“ SPD, die den politischen Kontrast zur CDU/CSU möglichst gering hält, könnte einen Regierungswechsel in Bonn aus eigener Kraft und nur mit dem Stimmzettel bewältigen, wäre der sicherste Weg, der CDU/CSU auch in den 90er Jahren die Anwartschaft auf die Führung der Regierungsgeschäfte zu sichern.

Sollten sich in der SPD gar jene Kräfte durchsetzen, die mit einer Neuaufgabe der „großen Koalition“ liebäugeln, so wären die Folgen für die Bundesrepublik (auch für die SPD selbst) noch fataler, als sie es schon 1966 waren. Der Vertrauensschwund, den die Politik der *Schmidt/Genscher*-Regierung für die SPD mit sich gebracht hat, sollte eigentlich für alle Sozialdemokraten Grund genug sein, sich nicht wieder auf rechte Regierungskoalitionen einzulassen.

Das Problem der Schaffung einer Mehrheit links von der CDU ist aber auch nicht auf die Frage reduzierbar, ob man in diesem oder jenem Bundesland durch „rot-grüne“ parlamentarische Bündnisse den Sturz einer sozialdemokratischen Landesregierung verhindern kann. Dieses Problem ist nur dadurch lösbar, daß sich das gesamte politische Spektrum links von der CDU im außerparlamentarischen Kampf wie im Ringen um parlamentarische Posi-

tionen als handlungsfähige – und in letzter Instanz natürlich auch als regierungsfähige – Alternative zu den Rechtsparteien darstellt. Das ist nicht nur eine Angelegenheit der SPD und der Grünen, sondern schließt die Frage ein, wie das Potential derjenigen linken und demokratischen Kräfte politisch und parlamentarisch stärker zur Geltung gebracht werden kann, die nicht dem sozialdemokratischen oder dem grün-alternativen Lager zuzuordnen sind. Diese Kräfte – vor allem die Kommunisten – stellen in den außerparlamentarischen Bewegungen ein besonders aktives Element dar. Und der Anspruch (sei es der SPD oder der Grünen), dieses Potential bei Wahlen für sich zu „vereinnahmen“, geht an den Realitäten vorbei. Es ist kein Geheimnis, daß die DKP für ein wahlpolitisches Zusammengehen mit dem grün-alternativen Lager eintritt. Der Reaktion der Grünen auf derartige Angebote aber mangelt es an Bereitschaft und mehr noch an dem Blick für Perspektiven.

Mit der „Friedensliste“ ist 1984 aber ein neuer politischer und wahlpolitischer Faktor in Erscheinung getreten. Mit der Entstehung dieser demokratischen Bündnis-Formation sind jetzt alle relevanten Kräfte des demokratischen Spektrums wahlpolitisch präsent. Der weiteren Stabilisierung der „Friedensliste“ – sowohl durch eine Verbreiterung ihrer politischen Basis als auch durch eine Verbesserung ihrer Stimmergebnisse bei kommenden Wahlen – kommt für die Stärkung der Gesamtheit der Kräfte links von der CDU eine große Bedeutung zu. Wie immer sich die Parteienlandschaft der Bundesrepublik in den kommenden Jahren und Jahrzehnten entwickeln mag – die Aufgabe der Schaffung einer Mehrheit links von der CDU wird auf der Tagesordnung bleiben. Diese Mehrheit muß das sozialdemokratische Lager, alle radikal-demokratischen Kräfte und die revolutionäre Strömung der Arbeiterbewegung, die DKP, einschließen. Sie muß letztlich auch in Form parlamentarischer Anti-Rechts-Mehrheiten ihren Niederschlag finden. Diese Aufgabe der Schaffung einer Anti-Rechts-Mehrheit muß auch dann auf der Tagesordnung bleiben, wenn der SPD-Vorsitzende *Brandt* und andere Kräfte der SPD-Führung einer Strategie der „gemeinsamen nationalen Verantwortung“ mit der CDU/CSU den Vorrang geben sollten.

VI.

Die grundlegende Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der demokratischen und linken Kräfte ist aus unserer Sicht vor allem von der weiteren Entwicklung in der Arbeiterklasse und in der Arbeiterbewegung abhängig. Wie sehen nicht den geringsten Grund, von den Begriffen „Arbeiterbewegung“ oder „Arbeiterklasse“ abzurücken – wie dies bürgerliche, aber auch rechtssozialdemokratische Politiker ständig fordern. Es ist aber durchaus berechtigt, sogar notwendig, darüber nachzudenken, welche Konsequenzen sich für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung aus den tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und bewußtseinsmäßigen Veränderungen ergeben, die ihre Kampfbedingungen in den letzten Jahrzehnten erfahren haben.

„Arbeiterklasse oder nicht Arbeiterklasse?“. Unzweifelhaft haben sich die Zusammensetzung und viele Merkmale der Arbeiterklasse – die Relation von

Arbeitern und Angestellten, der Beschäftigten innerhalb der materiellen Produktion und außerhalb, der Bildungsstand usw. usf. – wesentlich verändert. Wesentlich verändert haben sich (vor allem, wenn man die Situation etwa in den 20er und 30er Jahren mit in den Vergleich einbezieht) der Lebensstandard und das Ausmaß sozialpartnerschaftlicher Illusionen. Aber in den vergangenen Jahrzehnten ist der relative Anteil der Arbeiterklasse an der Bevölkerung nicht geringer, sondern größer geworden. Es hat sich weder an ihrer ökonomischen Schlüsselrolle noch an ihrer Stellung als vom Kapital ausgebeuteter Klasse etwas geändert. Die Arbeiterklasse ist und bleibt „die entscheidende Kraft im Kampf gegen das Großkapital“.⁶ Damit ist zugleich für uns die Frage „Arbeiterbewegung oder nicht Arbeiterbewegung?“ beantwortet. Die Arbeiterklasse braucht eine Repräsentation auf Klassenbasis – die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung.

Es ist geradezu widersinnig, ausgerechnet in einer Situation zahlenmäßigen Anwachsens der Arbeiterklasse und der sozialen Annäherung zwischen Arbeiterklasse und lohnabhängiger Intelligenz von einer geringer werdenden Bedeutung der Arbeiterbewegung zu sprechen oder ihre Existenzberechtigung anzuzweifeln. Diese sozialen Prozesse erhöhen die Bedeutung der Arbeiterbewegung und ihren „Aktionsradius“. Sie verbessern die Möglichkeit des Zusammenwirkens zwischen Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Kräften. Die Möglichkeiten der Arbeiterbewegung, auf den Gesamtkomplex des politischen Geschehens einzuwirken und Verbündete für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu gewinnen, wachsen ebenso wie die Möglichkeiten der verschiedenen demokratischen Bewegungen, breitere Kreise der Arbeiterklasse in ihre Aktivitäten einzubeziehen.

Die Arbeiterbewegung hat nicht den geringsten Grund, gegenüber radikal-demokratischen Gruppierungen, die außerhalb ihrer Reihen entstanden sind, eine Abwehrposition einzunehmen. Das gilt auch dann, wenn – wie das beispielsweise immer wieder bei bestimmten Kräften der Grünen der Fall ist – etwa zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt oder zur Großindustrie lebensfremde Positionen bezogen werden. Solche Positionen kann und muß man zurückweisen. Aber es gibt – nicht nur in der Friedens- und Demokratiefrage, sondern auch mit Blick auf eine alternative Wirtschaftspolitik – viele Gemeinsamkeiten zwischen gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen, kommunistischen und grün-alternativen Positionen, die für gemeinsames Handeln nutzbar gemacht werden können. Die Arbeiterbewegung hat auch keinen Grund, eine Abwehrhaltung gegenüber der Intelligenz einzunehmen, die in wachsendem Maße in Arbeiterorganisationen aktiv wird. Das stärkt ihre Positionen und schwächt die des Klassegegners. Das Problem ist nicht, daß es in der Arbeiterbewegung zu viele Intellektuelle gibt, sondern daß noch zu viele Arbeiter und Angestellte außerhalb der Organisationen und der Aktivitäten ihrer Klasse stehen.

Mit der weiteren zahlenmäßigen Vergrößerung der Arbeiterklasse und der zunehmenden Verringerung der sozialen Unterschiede zwischen Teilen der

6 Programm der DKP, a.a.O., S. 72.

Arbeiterklasse und Teilen der lohnabhängigen Intelligenz werden natürlich neue „Kanäle“ für das Eindringen bürgerlicher Ideologie in die Arbeiterbewegung geschaffen. Die größten Gefahren für die klassenmäßige Identität der Arbeiterbewegung kommen jedoch von der herrschenden Klasse. Sie setzt einen gewaltigen Apparat ein, um die Arbeiterbewegung sowohl zu „verbürgerlichen“ als auch zu „amerikanisieren“. Ihre gefährlichste Waffe ist nach wie vor die Sozialpartnerschaftsideologie. Aber der Bourgeoisie geht es heute um mehr als um die Zurückdrängung des Einflusses der klassenbewußten Kräfte. Die Arbeiterbewegung überhaupt soll eliminiert werden – zumindest das, was man in Europa darunter versteht. Nach US-Muster soll eine „Ellenbogen-Gesellschaft“ geschaffen werden, in der vielleicht zwei Drittel oder drei Viertel der Bevölkerung materiell „gut leben“ können, sich aber nicht darum scheren, wenn der Rest durch alle „sozialen Netze“ hindurchfällt. Man möchte eine Gesellschaft, in der es – wie das angeblich in den USA bald der Fall sein wird – mehr „Arbeiter-Aktionäre“ oder „Arbeiter-Kapitalisten“ gibt als Gewerkschaftsmitglieder; eine Gewerkschaftsbewegung, die politisch rechts steht und sich für die Belange der Arbeitslosen und Armen desinteressiert zeigt; ein politisches System, in dem es nur noch rein bürgerliche Parteien – vom Typ der „Demokraten“ und „Republikaner“ – gibt.

Letztlich wird der Versuch der Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung auch in den USA am Widerstand klassenbewußter Kräfte der Gewerkschaften und nicht zuletzt der Kommunistischen Partei scheitern. Aber diese Strategie der herrschenden Klasse ist dort wie hier gefährlich. Sie zielt auf die Liquidierung aller demokratischen und Arbeitertraditionen – der revolutionären wie der reformistischen –, wie sie sich in Europa historisch entwickelt haben. Sie zielt letztendlich auf die totale Blockade jedes gesellschaftlichen Fortschritts. Hier liegen sehr reale Gefahren, die den sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung ebenso angehen wie den kommunistischen. Hieraus ergeben sich große Herausforderungen an die deutsche Arbeiterbewegung, die zu den traditionsreichsten der Welt gehört. Diesen Gefahren muß durch die Besinnung auf gemeinsame Traditionen der Klassensolidarität und des Klassenkampfes, durch die gemeinsame Orientierung auf die Wahrnehmung der Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten begegnet werden. Notwendig ist die Besinnung auf jene gemeinsamen historischen Wurzeln, für die sowohl *Karl Marx* und *Friedrich Engels* als auch *August Bebel* und *Wilhelm Liebknecht* stehen. Die DKP wird beharrlich dafür wirken, daß diese Gemeinsamkeiten mehr zum Tragen kommen.

VII.

Die zukünftige Entwicklung der Bundesrepublik wird vorrangig von der weiteren Entwicklung ihrer Arbeiterbewegung – vor allem ihrer Einheit – abhängen. Nahezu alle positiven neueren Entwicklungen auf deutschem Boden haben eine wesentliche Ursache in der Einheit – mindestens in der Aktions-einheit – der Arbeiterklasse. Dafür stehen solche Ereignisse wie die Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920. Das beweist vor allem der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Umge-

kehrt sind nahezu alle negativen Entwicklungen in der jüngsten Geschichte unseres Volkes wesentlich mit der Spaltung der Arbeiterbewegung verknüpft. Das war der Fall bei Beginn des ersten Weltkrieges, in der Novemberrevolution von 1918, bei der faschistischen Machtergreifung. Das zeigt auch die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik.

Das Auseinanderfallen der politischen Arbeiterbewegung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel beruht auf so grundlegenden Meinungsverschiedenheiten, daß es des Denkens in historischen Perspektiven bedarf, sich für die Bundesrepublik eine ideologische oder gar organisatorische Einheit der politischen Arbeiterbewegung vorzustellen. Eine reale Grundlage hat aber das Streben nach Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten. Das beweisen die historischen Lehren des Kampfes gegen Faschismus und Krieg vor und nach 1933: Die Gemeinsamkeit der Interessen von Sozialdemokraten und Kommunisten im Kampf gegen *Hitler* waren ungleich größer als das, was sie trennte; und es wurde ein furchtbarer Preis dafür gezahlt, daß sie nicht rechtzeitig in einer antifaschistischen Einheitsfront zusammenfanden. Die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten ist aber nicht nur die Sache der Geschichtsbücher, sondern vor allem eine praktische Frage der Gegenwart. Ob es heute in der Bundesrepublik um die Frage von Krieg oder Frieden, um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder um die Zurückdrängung der Rechtskräfte geht – die Gemeinsamkeit der objektiven Interessen der Arbeiterklasse ist so eindeutig, daß trotz gravierender weltanschaulicher Meinungsverschiedenheiten die gemeinsame Aktion möglich ist.

Nichts wird sich in der Bundesrepublik kräftepolitisch dauerhaft zum Besseren wenden können, wenn Sozialdemokraten und Kommunisten nicht zu einem Mehr an gemeinsamem Handeln finden, wenn sich ihr Verhältnis zueinander nicht „entkrampft“. Das Zusammenwirken in der Friedensbewegung und bei Arbeiterkämpfen hat hier schon einiges geändert. Aber nach wie vor liegen in der unzureichenden Entwicklung der Aktionseinheit die größten Schwachpunkte der Arbeiterbewegung und der demokratischen Kräfte überhaupt.

Und es ist das Leben selbst, das den Weg für die schrittweise Überwindung dieser Schwächen weist. Die Grundlagen für jene Politik, die Sozialdemokraten und Kommunisten in der Vergangenheit auseinander und gegeneinander getrieben haben, werden zunehmend schmaler. Das spiegelt nicht zufällig gerade die gegenwärtige Diskussion über die Neufassung des Parteiprogramms der SPD wider. Auf einer Veranstaltung „25 Jahre nach Godesberg“ stellte beispielsweise der SPD-Vorsitzende *Brandt* fest, daß es mit Blick auf Frieden und Abrüstung „allein mit Bekenntnissen“ „nicht mehr getan sein kann: Die aktive Gefahr des Wettrüstens, von der konventionellen Rüstung bis hin zu den geplanten Weltraumwaffen, ist zu drückend.“ Ebenso offenkundig ist in der Tat heute auch, daß die dem Godesberger Programm zugrunde gelegte „Hoffnung auf eine im wesentlichen krisenfrei funktionierende Wirtschaft eine Illusion war“, daß „das Problem ‚Kontrolle wirtschaftlicher Macht‘, von dem wir ein Jahrzehnt nur leise gesprochen haben, ... ungelöst wie eh und je“ ist. Zur Zeit der Verabschiedung des Godesberger Programms erschien „Zu-

kunft als Fortschreibung bestehender Trends selbstverständlich ..., während dies heute für uns nicht mehr vorstellbar ist.“⁷

Hier wird das ganze Dilemma einer sozialpartnerschaftlich-reformistischen Programmatik deutlich, die den endgültigen Bruch mit grundlegenden Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung vollziehen sollte, nun aber vor der Kalamität steht, daß die Gebrechen und Klassegegensätze der kapitalistischen Ordnung wieder so offen zutage getreten sind, daß man sie nicht mehr mit Schweigen übergehen kann. „Die moderne Arbeiterbewegung“, so der SPD-Vorsitzende in seiner Bilanz des Godesberger Programms, „war angetreten, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Erniedrigung, ohne Not zu schaffen, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, eine Gesellschaft, in der das gute Leben kein Vorrecht des Standes oder der Klasse mehr sein sollte. Wer Augen hat zu sehen, der sieht, daß dieses Ziel lange nicht erreicht ist.“ Schlußfolgerung: „Damit das Ziel erreicht werde, ist Fortschritt nötig, nach wie vor.“⁸

Darüber, wie dieser Fortschritt zuwege gebracht werden kann, wird es sicherlich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten noch lange tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten geben. Aber eins ist klar: Gesellschaftlicher Fortschritt verlangt auch nach Fortschritten bei der Aktionseinheit der Arbeiterklasse – vor allem zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Welche verbalen Kompromisse die SPD in ihrem neuen Parteiprogramm auch zwischen den illusionären, objektiv unhaltbaren Positionen von Godesberg einerseits und den realen Anforderungen des Friedens- und Klassenkampfes andererseits schließen mag – als Teil der Arbeiterbewegung wird sie stärker Positionen des Kampfes für Frieden, Arbeit und sozialen Fortschritt setzen müssen. Und mit jedem Schritt in diese Richtung werden sich zusätzliche Möglichkeiten für gemeinsames Handeln der verschiedenen Kräfte der Arbeiterbewegung ergeben.

Vielen mag eine solche Gedankenführung „gewagt“ erscheinen. Aber es gehörte 1980 oder 1981 auch eine beträchtliche Portion Optimismus dazu, sich vorzustellen, daß Losungen wie „Frieden und Arbeit“ oder „Arbeitsplätze statt Raketen“ schon wenig später im sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung auf beträchtliche Zustimmung stoßen würden. 1979, als sich eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung noch vehement für das Zustandekommen des NATO-Raketenbeschlusses einsetzte, hätte wohl kaum jemand gewagt vorauszusagen, daß schon wenige Jahre später aus dem Ja zu den US-Atomraketen ein Nein werden würde; daß 1985 ein so profilierter Raketengegner wie *Oskar Lafontaine*, anstatt vom Parteiausschluß bedroht zu sein, das seit langem beste Wahlergebnisse für die SPD erzielen würde; daß 1984 ein führender SPD-Politiker wie *Egon Bahr* in der Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ feststellen würde: „Die Priorität bleibt der Friede, ohne den nichts mehr geht. Und dafür sind eben im atomaren Zeitalter Kommunisten unentbehrli-

7 Zit. n.: Service Presse-Funk-TV, hrsg. v. SPD-Parteivorstand, Nr. 496/84, S. 2 f.

8 Ebd., S. 5.

che Partner, weil es im atomaren Zeitalter nur noch gemeinsame Sicherheit gibt.“⁹

Die Kommunisten werden weiterhin auf die „Macht des Faktischen“ setzen — das heißt darauf, daß die objektive Gemeinsamkeit der Interessen der werktätigen Menschen eine zunehmende Gemeinsamkeit des Handelns aller Kräfte der Arbeiterbewegung erfordert. Das Gewicht der Fakten, die sowohl auf internationaler Ebene als auch in der Bundesrepublik für ein höheres Niveau des Zusammenwirkens von Sozialdemokraten und Kommunisten sprechen, wird weiter zunehmen.

Sicherlich werden hier zeitweilige Rückschläge nicht ausbleiben. Auch in Zukunft werden wir Kommunisten Front gegen jede sozialdemokratische Politik machen, die Volks- und Arbeiterinteressen zuwiderläuft. Aber wir werden immer bemüht sein, nicht das in den Vordergrund zu stellen, was uns trennt, sondern das, was uns verbindet. Gerade weil wir Politik auf lange Sicht machen, messen wir der Verbesserung des Verhältnisses und der Zusammenarbeit mit der SPD entscheidende Bedeutung bei. Dabei wissen wir sehr genau, daß die Mängel in der Aktionseinheit wesentlich mit der antikommunistischen und sozialpartnerschaftlichen Grundeinstellung rechter Sozialdemokraten und mit dem heutigen Kräfteverhältnis zwischen SPD und DKP zusammenhängen. Deshalb bilden für uns das Ringen um die Aktionseinheit, die Auseinandersetzung mit antikommunistischen und sozialpartnerschaftlichen Positionen der Sozialdemokratie sowie das Bemühen um die Stärkung der eigenen Partei eine untrennbare Einheit.

Das, was in unserem Parteiprogramm zur Aktionseinheit als einem „Kernstück der Politik der DKP“ dargelegt ist, sollte man Wort für Wort so verstehen, wie es geschrieben steht: „Die DKP erstrebt ein vertrauensvolles, kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern, Anhängern und Organisationen der Sozialdemokratie. Sie tritt, geleitet von den Interessen der Arbeiterklasse, für die Zusammenarbeit mit der SPD ein.“ „Die DKP erstrebt die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur für die unmittelbare Gegenwart, beim Ringen um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Sie will diese Zusammenarbeit auch für die Zukunft, im Kampf für die Überwindung der Macht der Monopole, für eine antimonopolistische Demokratie, für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik.“¹⁰

In den gleichen Zusammenhang gehört die Erkenntnis, daß die Stärkung der DKP „von entscheidender Bedeutung für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Entwicklung breiter demokratischer Bündnisse (ist). Die Vergrößerung der Mitgliederzahl der DKP und ihre immer festere Verwurzelung in der Arbeiterklasse ist eine Grundvoraussetzung für die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten des arbeitenden Volkes. Die Entwicklung der DKP zu einer Massenpartei ist unerläßlich für die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, für

9 E. Bahr, Partnerschaft statt Konfrontation, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 7/1984, S. 983.

10 Programm der DKP, a.a.O., S. 72 ff.

die Er kämpfung einer antimonopolistischen Demokratie, für die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik.“¹¹

Diese programmatischen Positionen machen den eigentlichen Kern unserer Vorstellungen über die Zukunft der politischen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik aus.

¹¹ Ebd., S. 83 f.

Die Herausbildung von Zukunftsvorstellungen in der CDU nach 1973

Georg Fülberth

1. Die organisierte Ideologiekpolitik nach 1969 — 2. Fortsetzung des Konzepts der „Formierten Gesellschaft“ — 3. Die Neue Soziale Frage — 4. Die technokratische Vision — 5. Ostpolitische Zukunftsüberlegungen — 6. Hemmnisse und Widersprüche

1. Die organisierte Ideologiekpolitik nach 1969

„An der Wende zu den siebziger Jahren war die CDU eine Partei der Nachkriegszeit geblieben“. So beschreibt die Historikerin *Dorothee Buchhaas* den ideologischen Zustand der Christlich-Demokratischen Union im Jahre 1969, als diese ihr „Berliner Programm“ verabschiedete.¹ In der Zeitschrift „publik“ erschien hierzu damals ein Kommentar: „Und keine Antwort an die Zukunft“.²

Einhalb Jahrzehnte später, mit der Regierungsübernahme *Helmut Kohls*, präsentierte sich die Partei anders: Der neue Kanzler bezieht sich zuweilen auf *Ernst Bloch*.³ „Zuversicht“ war eines der Losungsworte der neuen Regierung nach der Wende. Ist bis dahin von CDU-Politikern Utopie ausschließlich mit Totalitarismus identifiziert worden,⁴ so bemühen sich konservative Theoretiker neuerdings eher, den Zukunftsimpuls der Utopie aus seinem bisherigen politischen Kontext herauszulösen: als technokratische Vision, deren Realisierung nur unter Beibehaltung und Stabilisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse gefahrlos realisiert werden könne. Stilbildend wirken hier die von der baden-württembergischen Landesregierung veranstalteten „Zukunftskongresse“, besonders aber der Bericht der Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“ vom November 1983.⁵ Der Zu-

1 Buchhaas, Dorothee: Die Volkspartei. Programmatikische Entwicklung der CDU 1950-1973, Düsseldorf 1981, S. 317.

2 Ebd., S. 311.

3 Hofmann, Klaus: Helmut Kohl. Kanzler des Vertrauens. Eine politische Biographie, Stuttgart 1984, S. 13, 16, 99; Deppe, Frank: Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende. Eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1984, S. 87.

4 Z. B. Wallmann, Walter: Humanismus und Utopie. In: ders.: Der Preis des Fortschritts. Beiträge zur politischen Kultur, Stuttgart 1983, S. 14-19, vor allem S. 15, 17.

5 Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen. Bericht der Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“, erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, November 1983, Stuttgart 1983.

kunfts-„Diskurs“ ist inzwischen auch von der SPD aufgenommen,⁶ doch paßt dies in das herkömmliche Selbstbild dieser Partei, von dem *Helmut Schmidts* ausschließliche Gegenwartsbezogenheit eher abstach.

In der Union dagegen war offensichtlich eine erhebliche Umstellung notwendig, bis sie sich als eine „Partei der Zukunft“ darstellen konnte. Die innerparteiliche „Wende“ wird häufig auf das Jahr 1973 datiert, als *Helmut Kohl* Bundesvorsitzender und *Kurt H. Biedenkopf* Generalsekretär wurde.

Für diese zeitliche Festlegung spricht einiges. Der Machtverlust 1969 war von der CDU/CSU zunächst eher als ein zwischenzeitliches Malheur betrachtet worden, das kurzfristig – durch scharfe parlamentarische Opposition, konstruktives Mißtrauensvotum, vorgezogene Neuwahlen, allenfalls aber bei den nächsten, für 1973 zu erwartenden turnusmäßigen Wahlen – korrigiert werden mußte. Folgerichtig wurde nun die Fraktion mit dem Oppositionsführer *Rainer Barzel* zum eigentlichen Leitungsorgan der Partei. Sie ersetzte insofern das Bundeskanzleramt, von dem aus bis dahin die Partei praktisch geführt worden war.⁷ Nach wie vor war die Union organisatorisch unterentwickelt. Erst als sie sich nach der Wahlniederlage von 1972 auf eine längere Oppositionszeit einstellen mußte, kamen die Kräfte zum Durchbruch, die schon seit langem – seit Ende der fünfziger Jahre – eine Parteireform gefordert hatten. Der neue Generalsekretär *Biedenkopf* löste dieses Problem erstaunlich schnell: Die Mitgliederzahlen gingen rasch in die Höhe; die Partei erhielt nun einen stabilen Unterbau, insbesondere auf der Ebene der hauptamtlich geleiteten Kreisgeschäftsstellen. Gleichzeitig wurde die konzeptionelle Arbeit vorangetrieben. Alle bisherigen Parteiprogramme der CDU waren im Grunde nur Wahlplattformen gewesen, ein ausgearbeitetes Programm erhielt die Partei erst 1978. Ein wichtiges Zwischenergebnis war bereits die „Mannheimer Erklärung“ von 1975, in welcher die „Neue Soziale Frage“ proklamiert wurde.

Die ideologische Arbeit hatte zugleich in hohem Maße organisierten Charakter. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, *Helmut Kohl*, hatte seit Ende der sechziger Jahre einen Stab von Intellektuellen zusammengezogen, dessen Anteil an der Erstellung neuer Konzepte den Beitrag *Biedenkopfs* selbst deutlich übersteigt. Neben *Heiner Geißler* sind hier zu nennen: *Ulf Fink*, von 1977 bis 1979 Leiter der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1979–1981 Bundesgeschäftsführer, seit 1981 Senator für Gesundheit, Soziales und Familie in Westberlin; *Walfried Dettling*, 1973–1981 Leiter der Planungsgruppe, 1981–1983 der Hauptabteilung Politik in der CDU-Geschäftsstelle, ab 1983 im *Geißler*-Ministerium.⁸

6 Glotz, Peter: Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken, West-Berlin 1984.

7 Pridham, Geoffrey: Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition, London 1977, S. 188 ff.

8 Naumann, Klaus: Das Rohe und das Vorgekaute. Zur Ideenpolitik im geistigen Umfeld des Bundeskanzlers und zu einigen Problemen bei ihrer Wahrnehmung. Unveröffentlichtes Typoskript 1984, S. 5.

Der konzeptionelle Neubeginn beschränkte sich auf die CDU, die Christlich-Soziale Union in Bayern hat keinen Anteil daran. Diese hatte ihre organisatorisch-ideologische Erneuerung bereits in den fünfziger und sechziger Jahren absolviert. Nachdem sie 1954 für drei Jahre innerhalb der Landespolitik in die Opposition gedrängt worden war, hatte sie sich von einer Honoratiorenpartei zur „Massen- und Apparatpartei modernen Typs“⁹ umgestaltet. Ab 1957 stellte sie mit *Hanns Seidel*, dann *Alfons Goppel*, wieder den Ministerpräsidenten. Hier begann sie Anfang der sechziger Jahre „eine wirtschaftspolitisch orientierte Planung der staatlichen Haushaltsmittel und die Entwicklung eines staatlichen konjunkturellen Instrumentariums“,¹⁰ die auf Bundesebene erst in der Großen Koalition zum Tragen kamen. Eine eigenständige konzeptionelle Anstrengung auf außenpolitischem Gebiet war *Franz Josef Strauß'* Buch „Entwurf für Europa“ (1966). Danach gingen von der CSU keine ideologischen Impulse mehr aus.

2. Fortsetzung des Konzepts der „Formierten Gesellschaft“

Bereits Ende der fünfziger Jahre hatte sich die CDU um eine konzeptionelle Erneuerung bemüht. *Rainer Barzel* plädierte für eine Aktivierung des „C“-Elements.¹¹ Doch die Partei blieb in der Schlußphase der *Adenauer*-Zeit auf die Machtverwaltung beschränkt. Ihre konzeptionelle Hilflosigkeit unter *Barzel*, ihre Uneinigkeit auf dem ostpolitischen Feld 1969 ff. ebenso wie die Geschwindigkeit der Erneuerung nach 1973 ließen bis heute meist übersehen, daß die Versuche von *Biedenkopf* und *Geißler* keineswegs auf völligem Neuland erfolgten, sondern auf einen schon relativ ausgearbeiteten Ansatz der sechziger Jahre zurückgreifen konnten: *Ludwig Erhards* Vorschläge für die „Formierte Gesellschaft“.¹² Erstmals 1964 hatte der damalige Kanzler eine Unterordnung der Verbände unter ein politisches Führungskonzept zugunsten „gemeinwohl“-orientierter Projekte gefordert. Zunächst *Erhards* Sturz 1966, dann der Regierungswechsel 1969 haben die Tatsache verdeckt, daß dieses Modell für die Union zukunftsweisend wurde. Tatsächlich aber ist gerade die Große Koalition 1966–1969 mit der Konzertierten Aktion die ersten Schritte zur Verwirklichung des Erhardschen Konzepts gegangen.¹³ Erst mit der Durchbrechung der Lohnleitlinien in den Septemberstreiks 1969 ist es vorerst gescheitert. War bis dahin die Konzertierte Aktion als autoritäres Führungsinstrument konzipiert (nicht zufällig hatte die gleiche Koalition die Notstandsverfassung verabschiedet), so transformierte sie sich jetzt zu einem korporati-

9 Mintzel, Alf: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975, S. 67 ff.

10 Ebd., S. 280.

11 Buchhaas, S. 205 ff.

12 Hierzu siehe: Opitz, Reinhard: Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1965, S. 750–777.

13 Schmidt, Ute: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands. In: Stöß, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Band I: AUD bis EFP, Opladen 1983, S. 490–660, hier: S. 549.

stischen¹⁴ Organ des „liberalen“ und „sozialen“ Typus. Hiergegen richtete sich in der Folgezeit die immer heftiger werdende Kritik der Union. Eineinhalb Monate nach den Septemberstreiks, am 30. Oktober 1969, klagte *Hans Katzer* in einer Bundestagsrede die Verwirklichung eines Elements der „Formierten Gesellschaft“ ein, das er in der Großen Koalition bereits gut aufgehoben sah und das später in der „Neuen Sozialen Frage“ eine zentrale Stelle erhielt: die Durchsetzung der Interessen sozialer Schichten, „die nicht durch organisierte Interessengruppen abgedeckt werden, die sich in aller Regel gut selbst helfen können.“¹⁵

Dieses Motiv ist sehr alt, durchaus interpretationsfähig und variationsreich. Grundsätzlich antipluralistisch, richtet es sich seit den Diskussionen der Weimarer Republik gegen die Gewerkschaften. Dies gilt ebenfalls für *Eschenburgs* Schrift „Herrschaft der Verbände?“ aus den fünfziger Jahren. Immerhin ist es auch als Aufforderung zur *zusätzlichen* sozialpolitischen Intervention des Staates, welche die Tarifautonomie nicht angreift, sondern in Bereichen ergänzend einspringt, die durch die organisierte Interessenvertretung nicht erreicht werden, denkbar. In aller Praxis dient diese harmlose Variante lediglich als Vorwand für prinzipielle Angriffe auf die Gewerkschaften: Die politische Führung des Staates solle der organisierten Interessenvertretung vorangehen und sie letztlich ersetzen.

Eine solche Argumentation findet sich breit entfaltet in *Kurt Biedenkopfs* Schrift „Fortschritt in Freiheit“ von 1974.¹⁶ Sie greift das Erhardsche Konzept der „Formierten Gesellschaft“ wieder auf, berücksichtigt aber das in der Periode relativ starker Eigenaktivität und politischer Wirksamkeit der Gewerkschaften 1969–1973 zunächst nach links verschobene gesellschaftspolitische Kräfteverhältnis.

Veränderung gegebener Tatsachen durch ihre einstweilige Anerkennung – so könnte die Taktik, die in diesem Buch vorgeschlagen wird, charakterisiert werden. *Biedenkopf* geht davon aus, daß Liberalismus und Sozialismus ihren historischen Auftrag erfüllt und sich insofern überlebt hätten.¹⁷ Die Aufgabe, „die gesellschaftlichen Gleichgewichte zu stabilisieren und das Ganze auf die Aufgabe vorzubereiten, die es zu bewältigen gilt“, müsse jetzt durch mehr politische Führung erfüllt werden.¹⁸ Der politische Auftrag laute: Erhaltung des kapitalistischen Systems in parlamentarischen Formen unter der Bedingung abnehmender und bedrohter Ressourcen, verlangsamten Wachstums und ideologischer Polarisierung.¹⁹ *Biedenkopf* arbeitet damit die konservativ-auto-

14 Alemann, Ulrich (Hrsg.): Neokorporatismus, Frankfurt/New York 1981.

15 Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 7. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 30. Oktober 1969. S. 203.

16 Biedenkopf, Kurt H.: Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie, München, Zürich 1974. Hierzu vgl. Deppe, Frank: Ein Schritt vorwärts, zwei zurück. Anmerkungen zu Kurt H. Biedenkopfs „Fortschritt in Freiheit“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1975, S. 1034–1040.

17 Biedenkopf, S. 103, 112.

18 Ebd., S. 120.

19 Ebd., S. 124.

ritäre Seite des Konzepts der „Formierten Gesellschaft“ stärker heraus, die bei *Erhards* ideologischen Zuarbeitern – etwa *Rüdiger Altmann* – angelegt, von diesem selbst allerdings vernachlässigt worden war. Dämpfung des Verbandseinflusses nimmt dabei eine zentrale Stellung ein.

3. Die Neue Soziale Frage

„Unter Solidarität verstehe ich das christliche Prinzip der Gemeinschaft“.²⁰ „Eng verbunden mit unserem Verständnis von Solidarität ist das Prinzip der Subsidiarität.“²¹ Mit diesen Bekenntnissen hatte bereits *Biedenkopf* die von ihm vorgeschlagene Neuauflage der „Formierten Gesellschaft“ mit Elementen der katholischen Soziallehre zu verbinden gesucht. Das mag in gewisser Weise auch parteiinterne taktische Gründe haben, denn diese Begriffe machen kein notwendiges Element seines Konzepts aus. In diesem Punkt brachte der Wechsel im Amt des Generalsekretärs von *Biedenkopf* zu *Geißler* (1977) einen wichtigen Einschnitt: Das Subsidiaritätsprinzip gewann an Gewicht. Allerdings war der Übergang nicht abrupt. Die „Neue Soziale Frage“ wurde bereits in der „Mannheimer Erklärung“²² 1975 proklamiert. Personelle Kontinuität garantierte u. a. auch *Dettling*, welcher ja schon seit 1973 der Bundesgeschäftsstelle angehörte. Vor allem über ihn kam neben dem Subsidiaritätsprinzip ein zweites Theorem nunmehr in das Zentrum der CDU-Konzeptionen: die Rezeption der These *Jean Fourastiés* von der „Dienstleistungsgesellschaft“.²³ Druck der Verbände wirke in ihr besonders verheerend. Diesen gegenüber müsse die Führungsfähigkeit der Politik wiederhergestellt werden. Ein Mittel dazu ist die Ersetzung von Interessenvertretungs-Monopolen durch „mehr Markt“ auch in diesem Bereich und die genauere Regulierung innerverbandlicher Willensbildungsprozesse bis an die Grenze eines Verbandegesetzes. Erst dadurch werde die angemessene Berücksichtigung nichtorganisierter Interessen möglich.

Die „Mannheimer Erklärung“ verbindet das Theorem von der „nachindustriellen Dienstleistungsgesellschaft“²⁴ mit der Forderung nach dem starken Staat – insbesondere in ihren Ausführungen zur Äußerer und Inneren Sicherheit – und mit dem Subsidiaritätsprinzip. Ausgangspunkt ist die These, daß die westeuropäischen Gesellschaften inzwischen ihre außen- und sicherheitspolitischen Interessen vernachlässigt hätten: „Ihr tatsächlicher Aufwand für außen- und sicherheitspolitische Aufgaben steht in keinem angemessenen Verhältnis mehr zur außenpolitischen Verantwortung und zum sicherheitspo-

20 Ebd., S. 140.

21 Ebd., S. 144.

22 Unsere Politik für Deutschland. Mannheimer Erklärung. In: 23. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift, Mannheim, 23.–25. Juni 1975, Bonn, o. J.

23 *Dettling*, *Warnfried* u. *Philipp Herder-Dorneich*, *Paul Kevenhürster*, *Georg Adenauer*, *Christian H. Hoffmann*, *Helmut Stahl*: Die Neue Soziale Frage und die Zukunft der Demokratie, 2. Aufl., München und Wien 1977, S. 65 ff.

24 Unsere Politik für Deutschland. Mannheimer Erklärung, a.a.O., S. 28.

litischen Risiko Westeuropas.“²⁵ Die angemessene, das heißt: gesteigerte Rüstungsfinanzierung erfordert einen gesellschaftspolitischen Umbau durch Entlastung des Staates von seinen bisher übernommenen sozialpolitischen Aufgaben, die nunmehr von subsidiären Systemen: Freie Träger, Familie, übernommen werden sollten. Da die extensive staatliche Sozialpolitik bislang vor allem auf Druck der großen Verbände reagierte, entstand dabei zugleich die „Neue Soziale Frage“ für „die Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft. Zu ihnen gehören die Nichterwerbstätigen, alte Menschen, Kinder, Behinderte und Alleinstehende. Ihre Bedürfnisse sind bisher vernachlässigt worden.“²⁶

Dieses Defizit soll allerdings nicht in erster Linie durch höheren Aufwand staatlicher Gelder und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungssysteme behoben werden, sondern durch Anreiz zur Selbst- und unbezahlten Nächstenhilfe, etwa im Bereich der Nachbarschaft und durch innerfamiliären Beistand zwischen den Generationen. „Der Staat soll im wirtschaftlichen Bereich grundsätzlich nicht selbst investieren.“²⁷ Mehr noch: Seine Dienstleistungen müssen z. B. durch „energische Rationalisierung von Bundesbahn und Bundespost unter Einschluß der Beseitigung überholter Vergünstigungen“²⁸ weiter eingeschränkt werden.

Der Umbau unter dem Druck der „Neuen Sozialen Frage“ setzt insgesamt eine Reduzierung der Instrumente voraus, mit denen die „Alte Soziale Frage“ bislang durchgekämpft und nach Auffassung der CDU auch inzwischen gelöst wurde: „Die Mächtigen in unserer Gesellschaft sind heute nicht mehr allein die Kapitaleigner, sondern Kapitaleigner und Arbeitnehmer zusammen. Kapitaleigner und Arbeitnehmer sind heute in mächtigen Verbänden organisiert, die nicht nur die jeweiligen Sonderinteressen ihrer Mitglieder gegenüber der anderen Seite durchzusetzen versuchen, sondern die ebenso wirkungsvoll ihre Sonderinteressen gegenüber den nichtorganisierten Bevölkerungsgruppen behaupten. Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern, oder die nicht mehr Arbeitsfähigen, sind den organisierten Verbänden in aller Regel unterlegen. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage.“²⁹ Die Zurückdämmung insbesondere des Gewerkschaftseinflusses firmiert als „Einordnung der autonomen Gruppen und Verbände in das gesellschaftliche Ganze und Gemeinwohl.“³⁰ Damit ist der Bogen zur „Formierten Gesellschaft“ geschlagen, wiederum, wie bereits bei *Biedenkopf*, unter Herausarbeitung spezifisch politischer Komponenten: Die „Mannheimer Erklärung“ konstatiert „höhere Anforderungen an die Fähigkeit zu führen“.³¹

25 Ebd., S. 5.

26 Ebd., S. 4.

27 Ebd., S. 28.

28 Ebd., S. 29.

29 Ebd., S. 31.

30 Ebd., S. 35.

31 Ebd., S. 12.

Gegenüber dem Dokument von 1975 bringt das Grundsatzprogramm von 1978³² kaum noch etwas Neues. In der „Mannheimer Erklärung“ sind alle seine zentralen Aussagen schon versammelt. Sie werden jetzt breiter ausgestaltet, zugleich aber zuweilen mit Kompromißmöglichkeiten ausgestattet: Z. B. wird einerseits die Funktion der Frau zentral in der Familie gesehen, andererseits dem Vater die ersatzweise Übernahme von Aufgaben eingeräumt, die bislang der Mutter vorbehalten waren,³³ zugleich „Partnerschaft zwischen Mann und Frau über den Bereich von Ehe und Familie hinaus auch in der Arbeitswelt sowie im gesellschaftlichen Raum“³⁴ verlangt.

Die programmatische Arbeit der CDU 1973–1978 war niemals nur nach innen gerichtet, sondern begleitet von intensiver Propagandatätigkeit. Hierbei erzielte vor allem der Vorsitzende der Programmkommission, *Richard von Weizsäcker*, große Wirkung. Seine 1983 gesammelt publizierten Reden und Aufsätze aus zwei Jahrzehnten enthalten in ihren jüngeren Teilen sämtliche Momente der während der siebziger Jahre entwickelten CDU-Programmatik.³⁵ Während seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Westberlin und darüber hinaus wurde durch *Fink* eine Sozialpolitik des Subsidiaritätsprinzips zwar nicht durchgesetzt, aber an Einzelprojekten demonstriert.³⁶

4. Die technokratische Vision

Die Fragestellungen des *Späth*-Berichts³⁷ greifen in mehreren Punkten über das Grundsatzprogramm hinaus. Wurde dort Zerschlagung der Verbandsmacht *gefordert*, ohne daß die Gewerkschaften dabei isoliert genannt worden sind, so wird eine Entmachtung organisierter Interessenvertretung der Lohnabhängigen hier *prognostiziert*: durch Computerisierung. Subsidiäre Systeme müssen jetzt nicht so sehr wiederbelebt werden, sie sind schon da: in der Schattenwirtschaft.³⁸ Politische Führung wird – anders als in den Verlautbarungen der siebziger Jahre – nicht als ein Desiderat dargestellt, sie ist ersetzt durch einen real ablaufenden Prozeß, der gleichsam naturwüchsig in die moderne „Informationsgesellschaft“ führt. Verlangt wird jetzt nicht mehr der fast schon gewaltsam anmutende Umbau durch Bekämpfung der Verbände und Umverteilung staatlicher Mittel, sondern „Deregulierung“ und Förderung der

32 Grundsatzprogramm der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Verabschiedet auf dem 26. Bundesparteitag, Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978. In: 26. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, Bonn o. J., Anhang I.

33 Ebd., S. 10.

34 Ebd., S. 42.

35 Weizsäcker, Richard von: *Die deutsche Geschichte geht weiter*, West-Berlin 1983.

36 Fink, Ulf: *Keine Angst vor Alternativen*. Ein Minister wagt sich in die Szene, Freiburg im Breisgau 1983.

37 Zum *Späth*-Bericht vgl. Krysmanski, Hans-Jürgen: *Zukunftsmythen des Späth-Kapitalismus*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/1984, S. 806–820; Naumann, Klaus: „Modell deutscher Möglichkeiten?“ *Späth*-Politik in Baden-Württemberg. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/1985, S. 855–872.

38 *Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen*, a.a.O., S. 134 ff.

„Akzeptanz“: Die neue, mittelständisch geprägte Gesellschaft jenseits der alten Klassen existiert bereits, sie muß durch den Abbau juristischer Hemmnisse – vor allem auf dem Gebiet des Arbeitsrechts – nur noch freigesetzt werden. Akzeptanz ist erreichbar durch Einbeziehung geschwächter und dadurch auch besonders kooperationsgeneigter Gewerkschaften³⁹ sowie durch die plebiszitäre Mobilisierung einer technokratisch geprägten „neuen Mittelklasse“ mit ihrer formal höheren Bildung.⁴⁰ Auf sie vor allem sind die zunächst überraschend anmutenden Vorschläge zur Erweiterung der außerparlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten zwecks Deckung des „Innovationsbedarfs der Parteienregierung“⁴¹ zugeschnitten. Der Vergleich mit dem harten Kampf *Filbinger*s gegen die Rechte der Bürgerinitiativen im Zeichen der Inneren Sicherheit macht einen Paradigmawechsel sichtbar. Die Neuorientierung hin auf eine Senkung der Arbeitskosten, also eine Frage der „Industrial-Relations“ im engeren Sinne, rangiert gegenüber der „Mannheimer Erklärung“ und dem Grundsatzprogramm vor der Minderung der wirtschaftlichen Staats-tätigkeit, gleichwohl bleibt dieses Ziel auch im *Späth*-Bericht erhalten. Nicht die hohen Kosten der Äußerer Sicherheit, sondern die Weltmarktkonkurrenz ist hier Anlaß der Umbau-Vorstellungen.⁴²

In Baden-Württemberg wurde die Öffnung der Hochschulen für Drittmittel so energisch vorangetrieben wie sonst nur in Westberlin. Diese Technologiepolitik dient inzwischen als Modell für sozialdemokratische Nachahmungsversuche, z. B. in Nordrhein-Westfalen. Immerhin ist im Umfeld der CDU leiser Widerspruch vernehmbar. So weckt die Etablierung einer Schiene Staat-Großindustrie mit Anforderungen an die Hochschulen in der Forschungspolitik Bedenken, ob hier nicht die Autonomie der Universitäten verletzt werde. Dieser Einwand, bislang am deutlichsten artikuliert vom Präsidenten der Universität Tübingen, *Theis*, führte allerdings nicht zu einem Gegenkonzept, sondern allenfalls zu dem Versuch, dem auf Landesebene etablierten Technologieprogramm eine lokale Konkurrenz, die auf der Kooperation zwischen einer Hochschule und der umliegenden Industrie beruht, entgegenzustellen.

*Späth*s Politik enthält – obwohl mit der Schwächung der Gewerkschaften operierend – korporatistische Züge, was Mißtrauen der reinen Wirtschaftsliberalen auslöst. Der Vorschlag des Kommissionsberichts, die Innovationskraft von „Existenzgründungen“ zu nutzen, verbindet sich mit der Vision einer neuen mittelständischen Industrie als eines stabilen Wirtschaftsfaktors. Real scheinen die so aus der „Schattenwirtschaft“ auftauchenden Kleinbetriebe jedoch nur eine Pilotfunktion für die Großindustrie zu haben. Ihre „Eliten“ werden von dieser integriert, die Mehrheit scheitert. Als mittelfristiges Resultat bleibt eine erhöhte Flexibilität der Großunternehmen, denen im Bericht „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“ Unbeweglichkeit vorgeworfen wurde. Wenn *Lothar Späth* deutlich für das SDI-Programm

39 Ebd., S. 184.

40 Ebd., S. 51.

41 Ebd., S. 45.

42 Ebd., S. 155.

votierte, so spiegelte sich darin offensichtlich (auch angesichts unklarer Arbeitsplatzperspektiven der Autoindustrie und ihrer Zulieferer vor einer neuen Rationalisierungswelle) eine Verunsicherung über die Chancen des bisherigen Produktionsprofils des Bundeslandes Baden-Württemberg.

Auf dem Essener Parteitag der CDU 1985 drangen erstmals Elemente des *Späth*-Berichts in die allgemeine Programmatik dieser Partei ein: in den „Leitsätzen der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“.⁴³ Für die Sozialausschüsse hatte *Norbert Blüm* bisher die wachsende Arbeitslosigkeit zu einer Propagierung patriarchalischer Familienstrukturen instrumentalisiert: Abbau des „Doppelverdienertums“, Übernahme traditioneller Versorgungsfunktionen durch die aus dem Erwerbsleben ausscheidende oder nur noch teilzeitarbeitende Ehefrau.⁴⁴ Dies setzt ein genügend hohes Einkommen des Mannes voraus. Die von der *Späth*-Kommission anvisierte Trennung von Arbeit und Fabrik, die Möglichkeit der Heimarbeit am Computer sowie die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit beide Ehepartner erfassen kann, schließlich auch die ständige Reallohnsenkung seit 1980, welche die Reproduktion allein über den Arbeitslohn des Ehemannes zunehmend angreift: All dies erfordert eine Revision klerikal und kulturkonservativ vorgegebener Familienvorstellungen. In den „Leitsätzen“ wird — noch sehr vorsichtig und mit vielen absichernden Kompromissen — ein neues Bild der zukünftigen Familie entworfen: nicht mehr der vollverdienende Ehemann und die nichtberufstätige Ehefrau, welche die Kinder und deren Großeltern versorgt bzw. sich von diesen in der Kinderbetreuung entlasten läßt und dafür Nachbarschaftsdienste leistet, sondern: die Wohnung zugleich als Heimarbeitsplatz, den sich Mann und Frau teilen.

5. Ostpolitische Zukunftsüberlegungen

Die zeitweilige Bedeutungsminde rung der Unionsparteien begann in dem Moment, als ihre kurzfristigen ostpolitischen Ziele von der sich herausbildenden neuen Variante der US-amerikanischen Außenpolitik unter *Kennedy* zu divergieren begann. Der „deutsche Gaullismus“ *Adenauers* und *Strauß*, am geschlossensten im „Entwurf für Europa“ vorgetragen, war der Versuch, sich vom US-amerikanischen Anteil an der Entspannungspolitik abzukoppeln. Außenminister *Schröder* unternahm dagegen — in einer gewissen Nähe zu Positionen, wie sie in der SPD damals *Egon Bahr* entwickelte — erste Schritte, um eine zusätzliche Bewegungsfreiheit in der Bundesrepublik gerade durch Anerkennung des neuen Kurses der Vereinigten Staaten zu gewinnen. Die daraus resultierende Staatsräson einer „mittleren Macht“ ist programmatisch in *Waldemar Bessons* Buch „Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrung-

43 Die neue Partnerschaft. Frauen in Beruf, Familie und Politik. 33. Bundesparteitag, 19.–22. März, Essen, Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Vielfältigstes Typoskript.

44 Vgl. u. a. Blüm, Norbert: Die Arbeit geht weiter. Zur Krise der Erwerbsgesellschaft, München 1983.

gen und Maßstäbe“ (1970) fixiert worden.⁴⁵ Dafür war in der Union zunächst keine Mehrheit zu gewinnen. Dies erklärt auf außenpolitischem Gebiet das Scheitern *Kiesingers* und *Barzels*. Daß *Schröders* und *Bessons* Vorschlag noch nicht einmal bei den „Atlantikern“ durchgehend vertreten wurde, belegt ein 1983 erschienener Erinnerungsband von *Kurt Birrenbach*.⁴⁶ Er zeichnet nach, wie er von 1961 bis 1973 bei allen auch die Deutschlandfrage betreffenden wichtigen Wendungen der internationalen Politik in „Sondermissionen“ den Versuch unternahm, für den alten Standpunkt aus der Ära *Adenauer/Brentano* noch Unterstützung in den USA zu organisieren. *Biedenkopf* konstatierte 1974, im Zuge der Entspannungspolitik hätten sich „in der Welt neue Kraftzentren entwickelt, die nicht mehr ohne weiteres den Einflußsphären der Vereinigten Staaten zugerechnet werden können.“⁴⁷

Ein Versuch, *Bessons* Konzept der „mittleren Macht“ mit dem schon halbvergessenen, den Intentionen *Charles de Gaulles* niemals entsprechenden „deutschen Gaullismus“ von *Adenauer* und *Strauß* zu kombinieren, läge dann nahe. Diese Perspektive ist in der CDU/CSU bislang nicht zu einem eigenständigen Konzept weiterentwickelt worden, im Gegenteil: Mit der unbedingten Ankoppelung an die US-amerikanische Politik der Raketenstationierung verzichtete die Bundesregierung auf den Ausbau dieser möglichen zweiten Variante, die gegenwärtig eher von sozialdemokratischer Seite, in *Glötz'* Vorschlag einer „Auflösung des alt-atlantischen Kartells“, vertreten wird. Der SPD-Bundesgeschäftsführer verwies selbst auf Parallelen zwischen seinen Vorstellungen und denen *Biedenkopfs*. Dieser hat seinen Ansatz bislang in erster Linie als Kritik formuliert, indem er der Bundesregierung vorwarf, ihre Politik der Raketenstationierung habe keine „Akzeptanz“.⁴⁸ Dennoch ist keineswegs sicher, daß die Entwicklung einer „europäischen“ Militärpolitik ein sozialdemokratisches bzw. französisches Monopol bleibt. Die gegenwärtige SDI-Diskussion könnte in der Union einen Paradigmawechsel vorbereiten, der nun allerdings kein Angebot an die Friedensbewegung sein muß, sondern die Betonung größerer westdeutscher und westeuropäischer Eigenständigkeit mit einer durchaus aggressiveren Ostpolitik zu verbinden vermag.

6. Hemmnisse und Widersprüche

Die „Mannheimer Erklärung“ und das Grundsatzprogramm sollten die Wende vorbereiten, der *Späth*-Bericht setzt sie voraus, ohne daß sie tatsächlich schon vollzogen wäre. Das Dilemma, in welches die Union dadurch gerät, wird in der Polemik *Strauß'* gegen die Bundesregierung, in kritischen

45 Besson, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.

46 Birrenbach, Kurt: Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik. Düsseldorf und Wien 1983.

47 Biedenkopf, a.a.O., S. 228.

48 Biedenkopf, Kurt: Die Akzeptanz einer Friedenssicherung mit Waffen. In: Würzbach, Peter-Kurt: Die Atomschwelle heben. Moderne Friedenssicherung für übermorgen. Koblenz 1983, S. 53–69.

Kommentaren der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und aus Wirtschaftskreisen artikuliert: Sie beklagen das Fehlen von „Führung“ und eines qualitativen gesellschaftspolitischen Umschwungs. Tatsächlich würde ja eine wirkliche Wende die Revision sozialstaatlicher Maßnahmen mit sich bringen, welche seit Mitte der fünfziger Jahre nicht nur von SPD und Gewerkschaften, sondern auch von der CDU auf vielen Gebieten vorangetrieben wurden. Gerade diesen Bruch mit der eigenen Vergangenheit fordert *Hans-Peter Schwarz*, welcher als Wissenschaftler am historischen Selbstverständnis der Union arbeitet, in seiner Kritik an der Adenauerschen Rentenreform⁴⁹ und an den Agrarsubventionen: Er spricht von „Gefälligkeitsdemokratie“.⁵⁰

Eine „Wende“ stellt zugleich ein innerparteiliches Problem der CDU dar, genauer: Sie belastet ihre Beziehungen zu Wählern, die sie als Volkspartei und nicht als ausschließlich kapitalistische Klassenpartei gewonnen hat. „Volkspartei“ ist eben nicht nur ein demagogisch aufgeklebtes Etikett. In diesem Selbstverständnis sowohl von SPD als auch von CDU/CSU spiegelt sich ein über die Parteigrenzen hinwegreichender sozialpolitischer Konsens aus der Prosperitätsperiode der Bundesrepublik. Die Gemeinsamkeit auf dieser Basis geht am weitesten in der Landespolitik.⁵¹ Ihre Aufkündigung wird gegenwärtig von Politikern betrieben, in deren regionalen CDU-Verbänden die interklassistische Tradition am wenigsten verankert ist, und die Union in den Anfangsjahren nach 1945 konzeptionell weitgehend mit der FDP übereinstimmte,⁵² vor allem aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Der *Späth*-Bericht versucht die – wahrscheinlich noch zu optimistisch eingeschätzten – Entwicklungsperspektiven eines exzeptionell florierenden Bundeslandes zu verallgemeinern, was wohl kaum möglich ist. Das Subsidiaritätsprinzip ist allenfalls geeignet, die Belegzahl in öffentlichen Altersheimen zu senken und die Illusion zu erwecken, der Pflegebedarf könne ersatzweise durch Schattenwirtschaft und Familie gedeckt werden. Ein Konzept für die Transformation ganzer Industrielandschaften ist dies aber nicht.

Große Schwierigkeiten hat die CDU gegenwärtig deshalb gerade in zwei Regionen, in denen sie in der Vergangenheit ihren Volkspartei Charakter am deutlichsten herausgebildet hatte, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen. Eine andere Variante des Volkspartei-Konzepts stellt die Christlich-Soziale Union in Bayern dar. Im Unterschied zu den Gebieten der Montanindustrie hat dies dort keine auch-gewerkschaftliche Grundlage (die Sozialausschüsse waren dort immer schwach, zeitweilig sogar nicht existent), außerdem stützt es sich dort gegenwärtig noch auf eine regionale Prosperitätsformel. Beide Voraussetzungen stellen Ausnahmen dar und garantieren der Christlich-Sozialen Union keine bundesweite Führungsfähigkeit.

49 Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart und Wiesbaden 1981, S. 336.

50 Ders.: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart und Wiesbaden 1983, S. 175.

51 Schmidt, Manfred G.: CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern, Frankfurt/New York 1980.

52 Zu den Anfangsjahren der Union unter diesem Aspekt vgl. Gurland, A.R.L.: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, Frankfurt/M. 1980.

Sozialdemokratischer Reformismus in der Krise

Zwischenbemerkungen zu aktuellen programmatischen Diskussionen in der deutschen Sozialdemokratie

Rainer Eckert

1. Vorgaben zur Programmdiskussion in der SPD — 2. Sondierungsvarianten und „Geländegewinne“ — 2.1 Öko-reformistische Linkstendenzen — 2.2 Staatsmonopolistische Modernisierungskonzeptionen — 2.3 Varianten am Rande — 3. Perspektiven der programmatischen Entwicklungen in der SPD

Der Titel des vorliegenden Beitrags ist doppeldeutig. Einerseits entfalten sich auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) der Bundesrepublik alle Momente der historischen Krise dieses Gesellschaftssystems, und der sozialdemokratische Reformismus ist demzufolge objektiv zur Einstellung auf die umfassenden krisenhaften Prozesse gezwungen, will er seine nationale und internationale Handlungsfähigkeit nicht verlieren. Andererseits und in enger Wechselwirkung mit den veränderten objektiven Wirkungsbedingungen ist der sozialdemokratische Reformismus als ideologisches System selbst in einer krisenhaften Etappe befindlich, welche sich im Kern aus seiner unmittelbaren Bindung an imperialistische Ökonomie, Politik und Ideologie ergibt. *Sozialdemokratischer Reformismus in der Krise* meint somit im vorliegenden Zusammenhang beides: Wie reagiert der sozialdemokratische Reformismus auf die akuten und auf die sich perspektivisch abzeichnenden Krisenmomente des SMK der BRD (und in der imperialistischen Welt) und welche Versuche zur Behebung eigener, innerer Krisenphänomene in seinen ideologischen Konzeptionen arbeitet er in diesem aktiven Anpassungsprozeß aus?

Unsere Auffassung vom sozialdemokratischen Reformismus schließt ein, daß es sich um ein höchst dynamisches, flexibles, aktiv reagierendes und handlungsorientiertes, teilweise systematisiertes Konglomerat bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterbewegung dreht. Es ist offen für prinzipiell alle theoretischen und politischen Positionen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums sowie lohnabhängiger Mittelschichten; es enthält stets zugleich Elemente klassenmäßiger Anschauungen der Arbeiterklasse oder einzelner Gruppen der Arbeiterklasse. Diese äußerst heterogenen sozialökonomischen, politischen und ideologisch-weltanschaulichen Quellen bringen Differenzierungen hervor, die von staatsmonopolistisch-imperialistischen bis zu progressiven reformistischen Positionen reichen können und die demzufolge immer wieder

Möglichkeiten für Bündnisse mit dem sozialdemokratischen Reformismus schaffen: Möglichkeiten für die politischen Kräfte der imperialistischen Monopolbourgeoisie¹ ebenso wie für linke und demokratische Kräfte auch.²

Im vorliegenden Beitrag beschränken wir uns auf den sozialdemokratischen Reformismus als *ideologisches „System“*, noch genauer gesagt: Wir konzentrieren uns auf *einige Fragen der programmatischen Diskussionen* in der westdeutschen Sozialdemokratie. Die politische und ökonomische *Praxis* der Sozialdemokratie kann hier aus Raumgründen stets nur am Rande angemerkt werden. Im übrigen kann unsere gegenwärtige Einschätzung³ der Programmdiskussion in der SPD – wie der Untertitel aussagt – nur als Zwischenbemerkung zu einem in der Entwicklung befindlichen Prozeß gelten.

1. Vorgaben zur Programmdiskussion in der SPD

Von sozialdemokratischer Seite ist darauf verwiesen worden, daß Grundsatprogramme in ihrer Bedeutung für die SPD auf keinen Fall überschätzt werden dürfen und daß „andere Faktoren den politisch-sozialen Gesamtcharakter der Partei ... in erheblich höherem Grade als das Grundsatprogramm“⁴ prägten. Insofern muß zunächst der Umstand als die bedeutsamste Vorgabe zur gegenwärtigen Programmdiskussion angesehen werden, daß das zur Zeit noch geltende Grundsatprogramm, das Godesberger Programm⁵ in breiten Kreisen der SPD-Mitgliedschaft unbekannt sein dürfte⁶ und daß demzufolge eine politische Bilanzierung des auf der Grundlage dieses Programms Erreichten zwangsläufig nicht stattfinden kann. Der Regierungsverlust im September 1982 wirkte als Schock auf die sozialdemokratischen Mitglieder. Ein analytisches und politisches Resümee der *sozialdemokratischen* Verantwortung für das Erstarken der Rechtskräfte in der BRD unterblieb; Millionen sozialdemokratischer Mitglieder und Anhänger haben schlichtweg verdrängt, daß zum Beispiel der massive Sozialabbau von *Helmut Schmidt* (SPD) einge-

1 So hat beispielsweise Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD, der CDU von sich aus Kooperation angeboten, während noch seine Aussage von möglichen „Mehrheiten diesseits der CDU“ von linken und demokratischen Kräften versucht wird, in gemeinsame politische Praxis umzusetzen. W. Brandt mit Bezug auf die gegenwärtige Rechtsregierung in Bonn: „Wenn ... herauskäme, daß es auf bestimmten Gebieten etwas gibt, was man gemeinsam machen kann, dann wäre es ja nur gut. ... Ich glaube, so sehen das auch die Wähler.“ In: *Der Spiegel* Nr. 10/1985, S. 31.

2 Hier sei beispielhaft auf die verstärkte Mitwirkung von Sozialdemokraten in der Friedensbewegung der BRD verwiesen, die sich in den vergangenen Jahren herauszubilden begonnen hat.

3 Das Manuskript des vorliegenden Beitrages wurde Anfang Mai 1985 abgeschlossen.

4 Peter von Oertzen, Rede bei einer Veranstaltung am 12. 11. 1984 „25 Jahre nach Godesberg“, in: Reihe „Materialien“, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o.J. (1984), S. 5.

5 Zur Einschätzung der Bedeutung des Godesberger Programms für die Entwicklung der SPD vgl. Kurt Schacht, *Die SPD in der Opposition*, Frankfurt/M. 1985, S. 133 ff.

6 „...man (sollte) die Zahl derjenigen SPD-Mitglieder, die primär aufgrund der Lektüre des Programms in die Partei eingetreten sind, tunlichst nicht überschätzen...“ (Peter von Oertzen, a.a.O., S. 5).

leitet wurde, dem wir auch die grundlegende Vorbereitung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in unserem Land zu „verdanken“ haben.

Das alles schafft, psychologisch und politisch, eine offene Situation, eine labile, vor allem von unklaren Stimmungen geprägte Situation in der Sozialdemokratie, die den brüchigen Unterbau für die derzeitige Programmdiskussion bildet. Das massenhaft vorhandene Unbehagen konnte, vor allem durch den immensen außerparlamentarischen Druck der Friedensbewegung der BRD in Verbindung mit der Wirkung zahlloser substanzieller Friedensvorschläge der Sowjetunion und in Verbindung mit der Wirkung des zunehmend offeneren aggressiven Auftretens der USA-Regierung unter *Reagan*, zwar dahingehend mobilisiert werden, daß der Kölner SPD-Parteitag 1983 die Rüstungspolitik des rechten Parteiflügels positiv korrigierte. Doch nach wie vor sollte man sich von Illusionen über die *Dauerhaftigkeit* und *Tiefe* dieser Korrektur hüten; dafür sprechen einerseits die nahezu ungebrochene personelle Kontinuität der „*Schmidt-SPD*“ und andererseits die fehlende politische Verarbeitung des Regierungsverlustes von 1982 und dessen tiefgreifender Voraussetzungen.⁷

Vor diesem Hintergrund sind derzeit vor allem zwei Komplexe programmatischer Vorgaben zu erwähnen. *Zum einen* sind dies die Arbeiten der sogenannten „Grundwertekommission“, die seit 1977 unter Leitung von *Erhard Eppler* steht.⁸ Von dieser Kommission stammt das erste Dokument der neueröffneten Programmdiskussion, der „Bericht der Grundwertekommission zum Godesberger Grundsatzprogramm“, unter dem Titel „Godesberg heute“ vorgelegt im Januar 1984.⁹ Dieses Dokument ist bedeutsam für die gesamte Programmdiskussion, weil es — noch auf allgemeiner Ebene — das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität im gegenwärtigen sozialdemokratischen Reformismus fixiert.

„Die Grundwertekommission hält es — einmütig — für richtig und nötig, folgende Aussagen des Godesberger Programms in einem künftigen Programm zu bestätigen.

- Das Bekenntnis zur Demokratie...
- Das Bekenntnis zum Grundgesetz und damit zum Staat des Grundgesetzes...
- Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus als einer dauernden, niemals abgeschlossenen Aufgabe...
- Das Bekenntnis zur weltanschaulichen Offenheit der Partei. (...)
- Das Bekenntnis zu den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität...

7 Vgl. auch: Rainer Eckert, Von Elefanten und Mücken — Ist die rechte Sozialdemokratie tot?, in: Marxistische Blätter Nr. 5/1984, S. 45 ff.

8 Ein vollständiger Überblick über die Arbeitsergebnisse der „Grundwertekommission“ in: Erhard Eppler (Hrsg.), Grundwerte für ein neues Godesberger Programm, Reinbek bei Hamburg 1984.

9 In: E. Eppler, a.a.O., S. 171 ff. — Diesem Dokument vorausgegangen war ein entsprechender Auftrag des SPD-Parteivorstandes an die „Grundwertekommission“ im Gefolge des SPD-Parteitages in München 1983.

- Die Entscheidung für die Volkspartei...
- Die Anerkennung des Marktes als ein wichtiges Mittel für die Wirtschaft jeder Industriegesellschaft...¹⁰

Tatsächlich sollen damit die grundlegenden weltanschaulichen Positionen des sozialdemokratischen Reformismus zementiert werden, die *sein Wesen* als Variante bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterbewegung ausmachen. Es ist aus heutiger Sicht nicht erkennbar, daß irgendeine der gegenwärtigen Strömungen in der Sozialdemokratie imstande sein könnte, diese Hürden in der endgültigen programmatischen Festlegung zu überspringen. Zugleich darf nicht übersehen werden, daß im Dokument der „Grundwertekommission“ neben den Grundelementen bürgerlicher Kontinuität auch „Bruchstellen“, Elemente von Diskontinuität zur Godesberger Programmatik enthalten sind. Allen diesbezüglich von der Kommission empfohlenen Veränderungen ist gemeinsam, daß sie eine *mögliche* Verschiebung nach links signalisieren; eine Verschiebung hin zu realistischen außenpolitischen Positionen,¹¹ hin zur Verteidigung und zum möglichen Ausbau demokratischer Rechte,¹² hin zu deutlicheren klassenmäßigen Forderungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung,¹³ vor allem zum „Recht auf Arbeit für alle“.

Ersichtlich sind diese möglichen neuen Momente das Ergebnis des Wirkens linker reformistischer Kräfte in den vergangenen Jahren in der SPD auf dem Hintergrund dramatischer sozialökonomischer und politischer Zuspitzungen in der BRD und in der Welt, auf dem Hintergrund stärkerer klassenmäßiger Orientierungen und Aktivitäten von Teilen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften in der BRD, auf dem Hintergrund des Wirkens der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen.

Zum anderen sind — neben den Arbeiten der „Grundwertekommission“ — die auf die Neuformulierung des Parteiprogramms abzielenden Beschlüsse des SPD-Parteitag 1984 beachtenswert.¹⁴ Aus diesen Anträgen lassen sich, bei Unterschieden in einer Reihe von Detailforderungen, *drei wesentliche Grundtendenzen* erkennen. *Erstens* sind reformistische Einsichten in Charakter und Tiefe sozialökonomischer Krisen (in der BRD) gewachsen. „Anders als noch in den beiden Nachkriegsjahrzehnten ist die ökonomische Entwicklung seit den 70er Jahren nicht nur durch verschärfte konjunkturelle Wachstumsprobleme, sondern auch durch strukturelle Krisen gekennzeichnet.“¹⁵ Zunehmend werden grundlegende ökonomische und politische Herrschaftsstrukturen des SMK als tiefste Ursache für die Krisen dieses Systems angedeutet; so

10 Ebenda, S. 171/172.

11 Für die Frage von Krieg und Frieden besonders bedeutsam ist die (sinngemäße) Aufnahme der historischen Kategorie des militärstrategischen Gleichgewichts und der „gemeinsamen Sicherheit“ (in: ebenda, S. 183).

12 Ebenda, S. 181/182.

13 Ebenda, S. 185/186.

14 Parteitag der SPD in Essen, 17. bis 21. Mai 1984. Die Anträge auf diesem Parteitag, die sich mit Grundsatz- und Programmfragen befassen, liegen zusammengefaßt vor in einem Heft der Reihe „Dokumente“, Materialien für eine neues Grundsatzprogramm, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J. (1984). Zitiert als „Dokumente“, Bonn 1984.

15 Antrag 27 (Unterbezirk Göttingen), in: Dokumente, Bonn 1984, S. 15.

„der unverhüllte Machtanspruch des Unternehmerlagers“, dessen „Klassenkampf von oben... sich gegen die sozialen Errungenschaften der organisierten Arbeitnehmerschaft“¹⁶ richtet.

Zweitens ist offensichtlich das Bewußtsein dafür gewachsen, daß herkömmliche reformistische Konzepte versagt haben — was allerdings in dieser Deutlichkeit zumeist *nicht* formuliert wird — und „neue Theorien für eine Wirtschaftspolitik erarbeitet“¹⁷ werden müssen.

Drittens werden durchgängig — in Übereinstimmung mit jahrzehntelanger sozialdemokratischer ökonomischer Theorie und Wirtschaftspolitik — staatliche Eingriffe in den (kapitalistischen) Reproduktionsprozeß gefordert und in ihrer Anlage und in ihren möglichen Auswirkungen skizziert. In den Anträgen konkretisiert sich das vor allem in der Forderung nach einer „neuen Strukturpolitik“, nach „staatlichen Investitions- und Arbeitsmarktprogrammen“, nach „Umstrukturierung staatlicher Haushaltspolitik“.¹⁸

Zusammenfassend schätzen wir die Vorgaben des SPD-Parteitagess 1984 zur Programmdiskussion als Versuch ein, den sozialdemokratischen Reformismus durch „Grundsätze, Richtlinien, Prinzipien und neue Theorien“¹⁹ zu modernisieren und ihm zu neuer sozialökonomischer und politischer Handlungsfähigkeit in den „schweren Verwerfungen der internationalen Wirtschaftskrise auch in der Bundesrepublik“²⁰ zu verhelfen. Offenkundig wirkt — zumindest was den Reflex in den hier untersuchten Parteitagssdokumenten betrifft — der unmittelbare Problemdruck direkt in die SPD hinein, der sich in den vergangenen Jahren den westdeutschen Gewerkschaften in der betrieblichen und politischen Praxis aufzwingen mußte. Es ist zu beachten, daß die Dokumente des Parteitagess etwa in den Wochen und Monaten erarbeitet und diskutiert wurden, in denen in den Gewerkschaften — vor allem in der IG Metall und der IG Druck und Papier — die Vorbereitungen für den großen Kampf um die 35-Stunden-Woche im Frühsommer 1984 abliefen.

Die Bedeutung dieses Prozesses für die gesamte linke und demokratische Bewegung der BRD ergibt sich daraus, daß er *auf dem Boden reformistischer Ideologie* fortgeschrittene Positionen hervorbringen kann, die, *wenn sie sich in politische Bewegungen umsetzen*, wichtige Beiträge im Kampf gegen die Rechtskräfte in der BRD und in der Welt zu leisten imstande sind. So können Forderungen wie die „zur Veränderung des Unternehmensrechts“ und „zur Einbeziehung der Betriebsräte bei der Vergabe von Subventionen“²¹ und wie die, „das Recht auf Arbeit... als Staatsziel in das Grundgesetz aufzuneh-

16 Ebenda, S. 15.

17 Antrag 6 (Unterbezirk Goslar), in: ebenda, S. 4.

18 Dazu u. a. Antrag 27, in: ebenda, S. 17 bis 19. — Hierzu ist ausdrücklich anzumerken, daß sich diese Forderungen in der praktischen Politik sozialdemokratischer (Landes- und Kommunal-) Regierungen in gewisser Weise widerspiegeln, die Ansätze von öffentlichen Beschäftigungsprogrammen und Maßnahmen gegen Aspekte des Sozialabbaus praktizieren. Allerdings markieren solche in der Regel auch quantitativ unzureichenden Ansätze keine grundsätzlichen, demokratisch kontrollierten und gesteuerten Ausweitungen des öffentlichen Sektors.

19 Antrag 6, in: ebenda, S. 4.

20 Antrag 12 (Landesorganisation Bremen), in: ebenda, S. 5.

21 Antrag 3 (Bezirk Hessen-Süd), in: ebenda, S. 4.

men“²² an den sozialökonomischen und politischen „Bruch mit den Prinzipien der Kapitalverwertung“²³ tendenziell heranzuführen.

Illusionen über die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie werden dann ebenso gefördert wie opportunistische Anpassungsprozesse linker Kräfte an die heutige SPD, wenn die schärfere Konturen gewinnenden Klasselemente im System des sozialdemokratischen Reformismus verabsolutiert und ungerechtfertigterweise als allgemeine Tendenz interpretiert werden. In der gegenwärtigen politischen Praxis hat die SPD vor allem in der Frage der imperialistischen Hochrüstung eine gewisse realistische Umorientierung vorgenommen, die in ihrer positiven nationalen und internationalen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. *Die entsprechende Umorientierung ihrer sozialökonomischen Positionen steht jedoch noch aus.* Hier werden die Auseinandersetzungen zur Zeit am härtesten ausgetragen.

Das widerspiegelt sich auch in den Dokumenten des Parteitag, die — bei gemeinsamer Position hinsichtlich der Verstärkung staatlicher ökonomischer Eingriffe — breite Differenzierungen zeigen. Das reicht von den angedeuteten Forderungen nach potentiellen Eingriffen in Elemente des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems bis zur Propagierung von Modernisierungskonzeptionen, die durchaus im Sinne von bestimmten Fraktionen des Monopolkapitals liegen, „damit sie im internationalen Wettbewerb mit anderen hochentwickelten Volkswirtschaften konkurrieren“²⁴ können. Die gesamte Rechte in der BRD dürfte darüber hinaus befriedigt zur Kenntnis nehmen, daß nach Auffassung des SPD-Parteivorstandes „ohne sozialen Konsens aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten... eine dauerhafte Verbesserung der Situation nicht zu erreichen“²⁵ sein würde.

Sollten *solche* Positionen — was durchaus *wahrscheinlich* ist — letztendlich im neuen Grundsatzprogramm fixiert werden, so würden sich gegenwärtige Einschätzungen rasch als subjektivistische Wunschvorstellungen herausstellen, wonach — gemeint ist hier *die SPD* — „auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik... die Partei nach neuen Wegen (sucht)“ und „die programmatisch-politischen Korrekturen... unübersehbar“²⁶ seien. Wir sehen die Lage hingegen so, daß die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus politische Fragen (wie die Frage der Erhaltung des Weltfriedens) und sozialökonomische Probleme (die aus Strukturkrisen des SMK in der BRD und in der imperialistischen Welt entspringen) zugespitzt und in massenhafte Krisen-

22 Antrag 15 (Bezirk Franken), in: ebenda, S. 7.

23 Antrag 21, in: ebenda, S. 70. — In diesem Zusammenhang ist der Umstand zu beachten, daß alle an der Programmdiskussion beteiligten Strömungen und ihre Repräsentanten sich veranlaßt sehen, die Verstaatlichungsfrage einzubeziehen. Zwar geschieht das bei Brandt, Eppler, Lafontaine u. a. stets mit eindeutig ablehnender Haltung; doch offensichtlich werden auch solche Sozialdemokraten durch den realen Problemdruck, durch die zunehmenden Einsichten in das Versagen „privater Krisenlösungen“ gezwungen, sich zumindest verbal mit der Möglichkeit von Verstaatlichung zu beschäftigen.

24 Antrag 1, in: ebenda, S. 40.

25 Ebenda.

26 Sozialistische Studiengruppen (SOST), Die Mehrheitsfähigkeit der SPD, in: Sozialismus Nr. 12/1984, S. 11.

erfahrungen umgesetzt hat; daß herkömmliche, engstens mit imperialistischen Konzeptionen verknüpfte, reformistische Strategien ihrer Massenloyalität in der BRD (und weiteren imperialistischen Hauptländern) verlustig gegangen sind; daß dieser Verlust an Massenzustimmung — begünstigt auch durch die relative Schwäche revolutionärer Kräfte in der BRD — sich transformieren ließ in eine Hinwendung kleinbürgerlicher Schichten, aber auch von Teilen der Arbeiterklasse, zu konservativ-reaktionären Kräften, welche damit immer noch dem „traditionellen“ Mechanismus politischer Machtausübung im SMK folgen; daß diese Vorgänge in Verbindung mit der zunehmend eigenständigen politischen Formierung von Teilen der Mittelschichten in Form grün-alternativer Strömungen und in Verbindung mit dem Anwachsen starker politischer und sozialer Bewegungen (vor allem für den Frieden und für die 35-Stunden-Woche) den sozialdemokratischen Reformismus zu einer programmatischen Standortbestimmung zwingen konnten; und daß schließlich im Prozeß einer solchen Umorientierung — bei Beibehaltung des im Kern unveränderten bürgerlichen Wesens des sozialdemokratischen Reformismus — sich Elemente klassenmäßiger Einsichten verstärkt artikulieren können.

Unserer Auffassung nach kann nur in einer solchen Weise der Charakter der gegenwärtigen Programmdiskussion des sozialdemokratischen Reformismus in der Krise adäquat erfaßt werden. Diese Sichtweise kann überhaupt erst den Ursprung der programmatischen Diskussion erklären. Sie kann die Wechselwirkung von Kontinuität und Diskontinuität in diesen Diskussionen begründen.²⁷ Und sie kann erklären, wie vor allem die sich abzeichnenden „progressiven Keime“ in den programmatischen Vorgaben vertieft werden können: durch eine weitere Verbreiterung der Aktivitäten der Arbeiterbewegung — nicht zuletzt ihrer revolutionären „Abteilung“ — und durch eine *wesentlich* erweiterte konstruktive Einbeziehung (inhaltlich und personell-organisatorisch) sozialdemokratischer Elemente in diese Bewegungen.

2. Sondierungsvarianten und „Geländegewinne“

Auf dem Hintergrund der realen Probleme und Bewegungen vollzieht sich derzeit die Programmdiskussion in der Sozialdemokratie. Nach unseren Einschätzungen ist bisher die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder ebensowenig in den Diskussionsprozeß aktiv einbezogen wie die sozialdemokratische Anhängerschaft unter den Wählern oder unter den Mitgliedern von Organisationen der Sozialdemokratie in einem weiteren, über die SPD selbst hinausgreifenden Sinne. Hingegen diskutieren und publizieren Parteikommissionen, einzelne informelle Zirkel wie etwa der „Frankfurter Kreis“ sozialdemokratischer Linker, oder auch einzelne reformistische und an die Sozialdemokratie „angelagerte“ Autoren. Sie alle sind — zum Teil bereits

²⁷ Anders ist beispielsweise nicht erklärbar, warum Klassenelemente in den „Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“ (1968) und im „Langzeitprogramm“ (1972) nicht, jedoch im „Orientierungsrahmen '85“ (1975) ansatzweise aufgenommen wurden.

massiv unterstützt oder kritisiert durch bürgerliche Medien — zur Zeit dabei, durch Entwickeln ihrer jeweiligen Positionen und deren Propagierung mit den jeweils gegebenen Mitteln, „Medien“, das „Terrain zu sondieren“, mögliche Zustimmung und Ablehnung auszuloten, gewisse „Geländegewinne“ zu erzielen und zu stabilisieren. Wir neigen deshalb dazu, die gegenwärtige Etappe als *die erste Phase der Programmdiskussion*²⁸ zu bezeichnen, in der Repräsentanten verschiedener ideologischer Strömungen im sozialdemokratischen Reformismus, nebst ihrem je unmittelbaren Anhang, im Begriff sind, auf der Grundlage der grundsätzlichen Vorgaben durch die „Grundwertekommission“ und durch den Parteitag 1984 ihre weltanschaulichen und politisch-ideologischen Positionen zu erläutern, zu entwickeln und weitere Zustimmung dafür zu organisieren.

In dieser Situation, die zusätzlich dadurch bestimmt wird, daß unterschiedliche Strömungen des sozialdemokratischen Reformismus neben möglichst großem eigenen „Geländegewinn“ zugleich nach potentiellen Bündniskonstellationen mit anderen Strömungen suchen,²⁹ kann die folgende Übersicht über verschiedene Sondierungsvarianten nur als „Momentaufnahme“ gewertet werden, die zwar das Grundmuster der Konstellationen in der Sozialdemokratie hinreichend beschreibt, die jedoch zwangsläufig noch unscharfe Elemente enthält, zwischen denen im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung diverse Übergänge und Verknüpfungen möglich sein können.

2.1 Öko-reformistische Linkstendenzen

Die politische „Zwickmühle“ der SPD in den achtziger Jahren ist bekannt: Einerseits hat sie Massenloyalität nach rechts und in Teilen der Arbeiterklasse verloren und „muß sich behaupten gegen eine Regierung, ... die mit immer weniger Schnörkeln die Logik des kapitalistischen Industriesystems repräsen-

28 Wir erwarten eine zweite Phase etwa ab Herbst 1985, wenn ein erster zusammenfassender Bericht/Entwurf der Programmkommission mit Blickrichtung auf den Parteitag 1986 vorgelegt werden dürfte, die voraussichtlich dadurch charakterisiert sein wird, daß SPD-Parteigliederungen stärker in die Debatte einbezogen werden. Eine dritte Phase dürfte 1987/88 folgen, in der sich die Diskussionen in der SPD und dann auf breiter Front in den bürgerlichen Medien auf die unmittelbare Abfassung des Programms konzentrieren werden.

29 Als Ausdruck dieses Bemühens werten wir das sogenannte „Rappe-Steinkühler-Papier“, Manuskript vom 14. 3. 1985; vgl. auch die Wiedergabe in der bürgerlichen Presse: Hermann Rappe/Franz Steinkühler, Der Markt allein kann dauerhaften Fortschritt nicht sichern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19. 4. 1985. Das „Rappe-Steinkühler-Papier“ ist unseres Erachtens vom Inhalt her in keinerlei Hinsicht als besonders aufregendes Dokument zu werten. Es kombiniert eher formal einige „ökonomische“ und „ökologische“ Thesen des sozialdemokratischen Reformismus zu einer Konstruktion, die derzeit in der Sozialdemokratie als „Konzept der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft“ propagiert wird (vgl. dazu u.a. Willy Brandt, Arbeit und Umwelt — Sicherung der Lebensgrundlagen in der modernen Industriegesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft 11/1984, S. 10(4 ff.)). Das „Papier“ ist hingegen bedeutsam als Ausdruck der (programmatischen) Integration unterschiedlicher, bisher weit auseinanderlaufender Strömungen des sozialdemokratischen Reformismus. In dieser Funktion könnte das Dokument in der weiteren Programmdiskussion eine hohe Bedeutung als „gemeinsame Plattform“ gewinnen.

tiert.³⁰ Andererseits hat sich „außerhalb der SPD ein beträchtliches Protestpotential organisiert“³¹ in Form grün-alternativer Strömungen und der grünen Partei. Die Bewegung zwischen diesen beiden Polen ist seit mehreren Jahren Gegenstand von Auseinandersetzungen in der SPD und ihrer Führung, wobei es letzterer stets um die Frage ging (und auch heute geht), welche Integrationsmöglichkeiten die Sozialdemokratie bezüglich beider Pole zu entwickeln vermag.

Mit starkem Bezug auf grün-alternative Strömungen haben sich in den vergangenen Jahren reformistische Varianten herausgebildet, die sich selbst zu meist als „Ökosozialismus“ bezeichnen. Da allerdings klassische *sozialistische* Elemente nur eine absolut untergeordnete Rolle spielen; da sie sich nicht auf die Arbeiterklasse als soziale Hauptkraft realer Veränderungsprozesse beziehen; da schließlich ihre Orientierung an marxistischen Positionen – wenn überhaupt – lediglich verhalten ausschmückende Bedeutung hat, neigen wir dazu, die fraglichen Strömungen als *öko-reformistische* zu charakterisieren.³²

Die am weitesten entwickelten öko-reformistischen Positionen werden zur Zeit vor allem von den Kräften um *Erhard Eppler*³³ und *Oskar Lafontaine*³⁴ vertreten. Ihre Bedeutung im Rahmen reformistischer Konzeptionen ergibt sich unter anderem daraus, daß sie durch die Art, *wie* sie die Probleme formulieren, notwendig auf die Relevanz aktiven gesellschaftlichen Handelns mit demokratischer Orientierung stoßen. Aus den drängenden Problemen „resultiert die zunehmende Entschlossenheit einer beachtlichen Minderheit, die Beseitigung sozialer und ökologischer Mißstände im eigenen Lebensbereich nicht ausschließlich den organisierten Interessenvertretungen, Verwaltungen und Politikmachern zu überlassen, sondern selbst aktiv zu werden...“³⁵ *Lafontaine*, der sich im Unterschied zu *Eppler* deutlich stärker mit der Eigentumsfrage befaßt, sieht zusammenfassend „für die Politik der Sozialisten und Ökologen einen fundamentalen Schnittpunkt: Das Eintreten für die Selbstbestimmung des arbeitenden Menschen. Der andere Fortschritt hat einen Namen: Ökosozialismus. Er verbindet den Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen mit dem Kampf gegen die Ausbeutung der Natur“.³⁶

30 Erhard Eppler, Elf Thesen zur Programmdiskussion, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte Nr. 4/1985, S. 375.

31 Ebenda.

32 Wir notieren an dieser Stelle, ohne weiter darauf einzugehen, daß öko-reformistische Positionen sich auch bei verschiedenen Strömungen der Jungsozialisten zeigen. – Vgl. u. a. Ulf Skirke, Wieder alles offen?, in: Sozialismus Nr. 6/1984: „Für einen neuen programmatischen Impuls“ (Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten), in: Frankfurter Rundschau v. 27. 11. 1984.

33 Die unserer Auffassung nach umfassendste Darstellung der Positionen Epplers findet sich, auch wenn es ein Dokument der „Grundwertekommission“ insgesamt ist, in der Arbeit „Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens“ (Februar 1982), in: Erhard Eppler (Hrsg.), Grundwerte für ein neues Godesberger Programm, a.a.O., S. 1201 ff.

34 Vgl. vor allem: Oskar Lafontaine, Der andere Fortschritt, Hamburg 1985.

35 Erhard Eppler (Hrsg.), a.a.O., S. 113/114.

36 Oskar Lafontaine, a.a.O., S. 188.

Der kleinbürgerliche Charakter des Öko-Reformismus ist nicht zu übersehen. Weltanschaulich beruht er auf einem ethisch begründeten Bild vom Menschen und der menschlichen Gesellschaft, auf einer idealistischen (zum Teil christlich geprägten)³⁷ Überhöhung des Individuums. Seine Beurteilung existenzieller Probleme der Menschen im Imperialismus erfolgt vorrangig in moralischen Kategorien („Verlangen nach menschenwürdiger Arbeit“, „Solidarisierung mit den Ärmsten der Menschheit“), was wir ausdrücklich positiv würdigen. Einige politische Auffassungen sind vom vormarxischen utopischen Sozialismus geprägt, etwa die Betonung des Genossenschaftsprinzips. Wo die grundlegende Bedeutung der Eigentumsfrage untersucht wird (bei *Lafontaine*), dominiert eine dogmatische Gleichsetzung von imperialistischen und sozialistischen Eigentumsverhältnissen. Außerordentlich positiv einzuschätzende Beiträge gegen die atomare Hochrüstung der USA und der NATO sind eingebaut in verallgemeinernde Konzeptionen von „Supermächten“ und „Blockkonfrontation“. Insofern ist der Öko-Reformismus weit entfernt von weltanschaulicher und politisch-ideologischer Kontinuität zu wirklich klassenmäßigen reformistischen Positionen.

Und doch handelt es sich bei der öko-reformistischen Tendenz um die derzeit quantitativ stärkste *Linkstendenz* im heutigen sozialdemokratischen Reformismus der BRD. Sein — von den Repräsentanten dieser Strömung auch persönlich mutiges — Auftreten gegen die imperialistische Hochrüstung in Westeuropa und in der Welt ist ein höchst bedeutsamer Beitrag zum Kampf um Frieden. Seine Betonung der demokratischen Ausgestaltung unserer Gesellschaft ist ein aktives Element im Kampf gegen die Rechtskräfte und könnte zu einem der Ausgangspunkte im Weitertreiben des Kampfes um Demokratie und sozialen Fortschritt werden, was — vor allem bei *Lafontaine* — ansatzweise auch für die Sicherung von demokratischen Rechten für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften in den Betrieben und der Gesellschaft gilt.

Auch wenn wir, wie bisher, programmatische Aussagen in ihrer praktisch-politischen Bedeutung nicht überschätzen, wollen wir doch hervorheben, daß konsequente Positionen in der Friedensfrage sich bis in das Programm der von *Lafontaine* geführten saarländischen SPD fortgesetzt haben. „Ziel der SPD-Saar ist es, die Stationierung der Mittelstreckenraketen rückgängig zu machen. Weltraumwaffen sind zu ächten. Auf Produktion, Lagerung und Stationierung atomarer, biologischer und chemischer Waffen muß verzichtet werden; gleiches gilt für alle Massenvernichtungsmittel. Kernwaffenfreie Zonen als Einstieg in den Prozeß der Entnuklearisierung sind sinnvoll... Die Verteidigungsausgaben müssen begrenzt und vermindert werden, um die Fähigkeit zu aktiver Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik entfalten zu können und die Armut im Lande und in der Dritten Welt zu bekämpfen.“³⁸ Das darf sicher nicht euphorisch interpretiert werden; die hohe Bedeutung liegt unserer Auffassung nach vor allem darin, daß mit dieser bisher weitestgehenden friedens-

37 *Lafontaine* bezieht sich ausdrücklich auf die Ethik Albert Schweitzers.

38 SPD Saar, Regierungsprogramm 1985 (Wahlprogramm zur saarländischen Landtagswahl am 10. 3. 1985), Saarbrücken 1985, S. 69.

politischen Festlegung in einem sozialdemokratischen Programm die SPD im Saarland bei der Wahl am 10. 3. 1985 die absolute Mehrheit gewonnen hat. — Die enge Wechselwirkung von außerparlamentarischem Druck und der Herausbildung linker reformistischer Positionen findet in diesem Vorgang eine spezifische Konkretisierung.

2.2 Staatsmonopolistische Modernisierungskonzeptionen

„Die Programmdiskussion (kann) die Praxis schon befruchten und beleben..., ehe das Programm beschlossen ist.“³⁹ Der mit Abstand aktivste „Befruchter der Praxis“ in der gegenwärtigen Phase der Programmdiskussion dürfte *Peter Glotz* sein, der Bundesgeschäftsführer der SPD. Ihm kommt, wenn man die möglichen „Geländegewinne“ unterschiedlicher reformistischer Strömungen im Blick hat, mehreres zugute: Seine *Funktion in der SPD*, die ihm einen außerordentlichen Überblick über den realen Problemdruck verschaffen dürfte, zugleich aber auch hinreichende persönliche und politische Kontakte, die beim Zusammenschieben „ideologischer Koalitionen“ nicht minder bedeutsam sind wie beim frühzeitigen Abfangen unliebsamer Varianten. Sein auf der Parteifunktion beruhender *Zugang zu bürgerlichen Medien* — sei es in Form von Interviews, sei es in Form von Berichten über von ihm geleitete und organisierte Diskussionsrunden in der SPD-Zentrale in Bonn o.ä. — und der damit verbundene Bekanntheitsgrad in seiner Partei und in der Öffentlichkeit. Seine offensichtlich vor allem auch auf Intellektuelle abzielende und auf Intellektuelle wirkende⁴⁰ Art der Problemformulierung — und Intellektuelle sind wiederum unter den gegenwärtigen Bedingungen in der BRD maßgeblich beteiligt an der Produktion „öffentlicher Zustimmung“. Nicht zuletzt seine hemmungslose *Taktik der Vereinnahmung*, die buchstäblich jede einigermaßen brauchbare inhaltliche Position — von rechts bis links — für die eigene reformistische Konzeption reklamiert und ggf. modernistisch ummünzt.

Mit seinem Buch „Die Arbeit der Zuspitzung“⁴¹ hat *Glotz* Anfang 1984 seine Sondierungsvariante der öffentlichen Diskussion ausgesetzt, seither flankierend ergänzt durch eine bemerkenswerte publizistische Aktivität, die vom „Spiegel“ über den „Rheinischen Merkur/Christ und Welt“ bis zu den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ reicht. Selbst in ausgewiesenen linken Zeit-

39 Erhard Eppler, Elf Thesen zur Programmdiskussion, a.a.O., S. 375.

40 Helmut Peitsch, Lieber Peter (Bericht über die Tagung des Verbandes deutscher Schriftsteller in München): „In München präsentierte sich ... die gegenwärtige Orientierung vieler Schriftsteller an der SPD. Der als ‚lieber Peter‘ begrüßte SPD-Bundesgeschäftsführer *Glotz* nahm seine Chance wahr und mimte angesichts der zahmen Schriftsteller den Ruhestörer ... Es war schon beklemmend zu sehen, wie sich die von einem ... ‚rotzfrechen‘ Politiker angemachten Autoren dann noch bedankten und die Gemeinsamkeiten beteuerten“, in: Deutsche Volkszeitung/die tat vom 19. 4. 1985, S. 11.

41 *Peter Glotz*, Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken, (West-)Berlin 1984.

schriften bietet man ihm eine breite Diskussionsplattform.⁴² Zielstrebig hat Glotz begonnen, sein Arbeitsprogramm umzusetzen, damit die von ihm so genannte „Linke“ — womit er *die SPD*, zumindest als „organisierendes Zentrum dieser Linken“⁴³ meint — die Oberhand zurückgewinnen möge: „Die Linke ... muß drei, vier oder fünf ‚Diskurse‘ beginnen. Nicht zwanzig; wir dürfen uns nicht verzetteln. Diskurse sind kollektive Lernprozesse... Man muß immer wieder auf dieselben Stellen schlagen; sehr lang, sehr hart.“⁴⁴

Glotz hat sich auf „die zwei Stellen zum immer wieder und sehr harten Zuschlagen“ konzentriert, an denen sich die Sozialdemokratie aus objektiven und subjektiven Ursachen in einer taktischen Umbruchsituation befindet: Frieden und Arbeit. Begabt für agitatorisch wirksame Formeln, hat er sein strategisches Programm auf die Begriffe gebracht: „Zweite Ostpolitik“ und „Sozial gesteuerte Innovation“.

Mit der Forderung nach einer „zweiten Ostpolitik“ reagiert Glotz auf das globale Bestreben des USA-Imperialismus nach militärstrategischer Überlegenheit und repräsentiert diesbezüglich eine reformistische Variante, die bereit ist, sich aktiv an einer „Koalition der Vernunft“ zu beteiligen. Ihm ist klar, daß es nicht bloß um militärstrategische Fragen geht, sondern auch um die politischen Reflexe dieser Fragen im Massenbewußtsein, die — wenn sie nicht rechtzeitig systemkonform abgefedert werden — zu einer Legitimitätskrise des SMK-Herrschaftssystems (in der BRD) führen könnten. „Wir erleben eine klassische Hegemonialkrise. Die Amerikaner verlieren an zivilisatorischer Ausstrahlungskraft...“⁴⁵ Und der „amerikanische ‚Atomschirm‘... existiert nicht mehr;... weil durch das Aufholen der Sowjetunion bei den strategischen Nuklearwaffen eine neue Situation entstanden ist“⁴⁶ Insofern ist die Formel von der „zweiten Ostpolitik“ aus reformistischer Sicht äußerst treffend gewählt; sie enthält die Kernelemente der „ersten Ostpolitik“: Anerkennung der Realitäten *in der politischen Praxis* bei gleichzeitigen Anstrengungen, möglichst die Grundstrukturen imperialistischer Außenpolitik unter den neu entstandenen Bedingungen zu erhalten und den NATO-internen Konsens auf reformistischer Grundlage wiederherzustellen.

Wir neigen deshalb dazu, dies eine *staatsmonopolistische Modernisierungskonzeption* (im Hinblick auf die alles überragende Frage der Erhaltung des Friedens) zu nennen. Da diese Konzeption in der Sphäre der praktischen Politik einmündet in

42 In der Zeitschrift „Sozialismus“ findet seit gut einem Jahr eine interessante „SPD-Debatte“ statt, die mit Thesen von Peter Glotz „Die sozialdemokratische Alternative“ und einem ausführlichen Interview mit ihm in Heft 5/1984 eröffnet wurde; im gleichen Heft findet sich mit Thesen von Peter von Oertzen „Vorschlag für ein reformistisches Projekt“ ein weiterer Ausgangspunkt für die Programmdebatte.

43 Peter Glotz, Die sozialdemokratische Alternative, in: Sozialismus Nr. 5/1984, S. 2: „Organisierendes Zentrum dieser Linken kann nur die SPD sein, die nach rechts und links ausgreifen muß.“

44 Peter Glotz, Die Arbeit der Zuspitzung, a.a.O., S. 29.

45 Ebenda, S. 52.

46 Ebenda, S. 53.

„- Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen
 - eine militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa
 - eine Zone ohne nukleare Gefechts Waffen in Europa
 - weitere Maßnahmen der Vertrauensbildung (vor allem ökonomische)“⁴⁷,
 liegt ihre positive Bedeutung für die praktische Durchsetzung einer „Koalition der Vernunft“ auf der Hand.

Hinsichtlich sozialökonomischer Fragen bezieht *Glötz* eine klare Position. Seiner Auffassung nach haben die konservativen Wachstumskonzeptionen keine Perspektive mehr, der Konkurrenzkampf auf dem imperialistischen Weltmarkt verschärft sich, die Tendenzen protektionistischen Verhaltens wachsen; ökologische Probleme und demographische Entwicklungen spitzen die Probleme in der BRD weiter zu. Zugleich „stehen (wir) vor einem weiteren Schub technologisch bedingter Rationalisierung“.⁴⁸

Glötz setzt im Kern seiner ökonomischen Konzeption darauf, diesen Schub zu nutzen. Alte Strukturen „gegen die Entwicklung am Markt erhalten (zu) wollen, (führt) auf die Dauer zu nichts“.⁴⁹ Er setzt auf die Entwicklung von Zukunftstechnologien mit der Perspektive einer weiter zu festigenden Weltmarktposition des westdeutschen Monopolkapitals, zugleich mit der Perspektive weiterer Arbeitsplatzvernichtung „in alten Strukturen“. *Silicon Valley* in der gesamten BRD-Industrie als Leitbild: „Nur wer durch eine vernünftige Nutzung der neuen Informationstechnologien bei den Investitionsgütern in neue Märkte einbrechen kann, hat im internationalen Wettbewerb Chancen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenn alte verschwinden.“⁵⁰

Bemerkenswert weit greift *Glötz* damit „nach rechts“ aus: Seine Position läuft praktisch nahtlos zusammen mit intelligenten konservativ-reaktionären Konzeptionen, wie sie beispielsweise von der sogenannten „*Späth-Kommission*“ vorgelegt wurden.⁵¹ Dem Wesen nach schlägt *Glötz* vor, die umfassenden Umwälzungen des Produktivkraftsystems unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im SMK durch reformistische ökonomische Politik aktiv zu fördern und zu erwartende soziale Zuspitzungen in „alten ökonomischen Strukturen“ so weit als möglich abzufedern. Es ist aus dieser Sicht nur konsequent, wenn „das Bündnis von Gewerkschaften und Sozialdemokraten“ als das „Zentrum eines neuen, alternativen Blocks sozialer Kräfte“⁵² betrachtet wird.

Nach unserer Auffassung handelt es sich bei der daraus gefolgerten reformistischen ökonomischen Strategie — die *Glötz* eben als *sozial gesteuerte Innovation* bezeichnet — um eine modernisierte Variante der bedingungslosen Apologetik des Imperialismus im Godesberger Programm, die seinerzeit zur mittlerweile gescheiterten Propagierung „stetigen Wachstums und wachsen-

47 Peter Glötz, *Die sozialdemokratische Alternative*, a.a.O., S. 3.

48 Peter Glötz, *Die Arbeit der Zuspitzung*, a.a.O., S. 106.

49 Ebenda, S. 128.

50 Ebenda, S. 128/129.

51 Bericht der Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“ (im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg), Stuttgart 1983.

52 Peter Glötz, *Die sozialdemokratische Alternative*, a. a. O., S. 3.

den Wohlstands“ führte. Wir neigen deshalb dazu, auch diese Seite der Glotzschen reformistischen Variante als eine *staatsmonopolistische Modernisierungskonzeption* anzusehen.

Noch so eloquente Formeln können nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Konzeption für die arbeitende Bevölkerung nichts als absolut unbegründete Hoffnungen bereithält: „Ich räume ein: Meine Strategie der ‚sozial gesteuerten Innovation‘ ist uneingelöst. Sie kann nur funktionieren, wenn sie von einer großen Mehrheit der Gewerkschaften akzeptiert wird; und dies ist heute nicht gesichert.“⁵³ Das ist dem Wesen nach die modernistisch aufgemachte Version des alten reformistischen Wolkenkuckucksheims, wonach die Gewinne von heute die Investitionen von morgen seien und damit die Arbeitsplätze von übermorgen.

Wir kritisieren das nicht deshalb so scharf, weil wir eine unrealistische „marxistische Meßlatte“ an die reformistischen Konzeptionen anlegten. Das gäbe keinen Sinn im Hinblick auf eine Sozialdemokratie, in der marxistisch orientierte Positionen ein kaum meßbares Potential bilden. Unsere Kritik bemißt sich vielmehr daran, daß *Glötz* jüngste sozialdemokratische Erfahrungen perfekt verdrängt, wie sie aus einer Analyse des Scheiterns der *Schmidt*-Regierung 1982 zu gewinnen sind, und daß er hinter *sozialdemokratischen* Auffassungen zurückbleibt. Selbst der nun wirklich nicht aufregend progressive Parteivorstand der SPD hat festgestellt: „Ein Überfluß an Kapital und ungenutzter Arbeit — das ist die eigentliche Verschwendung, die sich unsere Gesellschaft leistet.“⁵⁴ Das sollte doch auch für reformistische Kräfte, die aktiv in ökonomische und politische Prozesse eingreifen wollen, zwangsläufig die Frage aufwerfen, *wie tatsächlich steuernd auf „das vorhandene Kapital“ eingewirkt werden kann*, damit Innovationsprozesse realiter sozialen Charakter annehmen können. Selbst aus sozialdemokratischen Fragestellungen heraus stößt man also auf den Kern der Sache: Jede wirklich sozial konzipierte ökonomische Politik muß zwangsläufig an den Punkt führen, wo Eingriffe in die bislang unumschränkte ökonomische Herrschaft des Monopolkapitals in der BRD erforderlich werden! Das klassenmäßig bedingte Wesen des sozialdemokratischen Reformismus, insbesondere auch seiner staatsmonopolistischen Modernisierungskonzeptionen, als Spielart bürgerlicher Ideologie verhindert derzeit (und voraussichtlich auch im Hinblick auf die Abfassung des neuen Grundsatzprogrammes) die Herausbildung solcher Einsichten.⁵⁵

2.3 Varianten am Rande

Die Haupttendenz der gegenwärtigen ersten Phase der SPD-Programmdiskussion wird von den beiden bisher untersuchten Strömungen getragen. Um

53 Peter Glötz, ... und abgebrochen?, in: Sozialismus 10/1984, S. 42.

54 Antrag 1, in: Dokumente, a.a.O., S. 37.

55 Peter Glötz ist bei weitem nicht der einzige Repräsentant staatsmonopolistischer Modernisierungskonzeptionen in der gegenwärtigen SPD-Programmdiskussion. Aus Raumgründen haben wir uns hier auf Glötz beschränkt; er ist allerdings auch derjenige, der die fragliche ideologische Variante am umfassendsten ausgearbeitet hat, bei der es sich, wie skizziert, dem Wesen nach um ein modernisiertes reformistisches Hegemoniekonzept mit weitestgehenden Bündnisangeboten an die „innovativen“ Fraktionen des (Monopol-)Kapitals handelt.

den Überblick über Verlauf und Tendenzen des Diskussionsprozesses annähernd abzurunden, sind weitere Varianten zu erwähnen.

Erstens existiert nach wie vor eine extrem rechte sozialreformistische Strömung. Ihre führende Persönlichkeit war *Helmut Schmidt*, der auch heute noch nicht müde wird, seine „friedenspolitischen“ Positionen — für die Stationierung atomarer Erstschlagwaffen der USA in unserem Land; jüngst erst gegen das einseitige sowjetische Moratorium bei der Durchführung von Gegenmaßnahmen gegen die imperialistische Hochrüstung — und seine praktisch gescheiterten sozialökonomischen Konzepte zu propagieren. Diese Strömung hat klare Einstellungen: für die engste Bindung an den außenpolitischen Kurs der *Reagan-Administration* in den USA; für die weitere staatsmonopolistische Regulierung des gesamten Reproduktionsprozesses; für die Verteidigung der bürgerlichen „Demokratie“ (vor allem gegen Grüne, Kommunisten und andere demokratische und linke Kräfte).

Der derzeitige Einfluß dieser Strömung in der SPD ist deutlich zurückgedrängt. Die umfassenden Aktivitäten der Friedensbewegung und die in die Tiefe gehende Illoyalität gegenüber imperialistischer Rüstungspolitik; die auch im Massenbewußtsein brüchig gewordene Anziehungskraft „sozialpartnerschaftlicher“ Konzeptionen; nicht zuletzt das praktische Scheitern der *Schmidt-Regierung* und das Debakel der Westberliner SPD unter der Führung *Apels* bei der Senatswahl am 10. 3. 1985 haben die Repräsentanten der rechten Variante des sozialdemokratischen Reformismus zur Zeit erheblich isoliert. Durch „alte Rezepte“ ebenso diskreditiert wie durch die offensichtliche Unfähigkeit zur Anpassung an die neu herausgebildete Lage in der Gesellschaft der BRD und in der SPD spielt sie zur Zeit *in der Programmdiskussion* nur eine Rolle am Rande. Die Hervorhebung soll unterstreichen, daß von einer dauerhaften Ausschaltung des rechten Reformismus aus der SPD und ihren gesamten politischen Aktivitäten jedoch nicht gesprochen werden kann.

Zweitens artikuliert sich eine reformistische Strömung derzeit *noch am Rande* der programmatischen Vorarbeiten, die für den weiteren Verlauf der Programmdiskussion, vor allem aber für die weiteren Perspektiven der SPD *herausragende Bedeutung* gewinnen kann. Es handelt sich um die aus der aktiven (sozialdemokratischen) Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gespeiste Linie des sozialdemokratischen Reformismus, die sich aus der Arbeiterklasse — aus allen ihren Abteilungen — rekrutiert; die den unmittelbaren existenziellen Druck wachsender sozialer Unsicherheit erfährt; die vor allem in den Streiks um die 35-Stunden-Woche im Frühjahr 1984 in einer harten Klassenauseinandersetzung stand und darin Elemente ihrer gesellschaftspolitischen Handlungsfähigkeit und -bereitschaft praktisch beweisen konnte; die durch das reale Leben selbst zu tieferen klassenmäßigen Einsichten gebracht wird; die begonnen hat, Elemente von Klassenbewußtsein verstärkt in reformistische Diskussionsprozesse einzubringen; und deren Entfernung von bürgerlichen Positionen demzufolge die größte potentielle Auswirkung auf Programmatik und Politik der SPD gewinnen könnte — Auswirkungen *nach links*.

Schon heute muß man davon ausgehen, daß die indirekten Impulse, die von dieser *klassenmäßig orientierten* Variante des sozialdemokratischen Refor-

mismus auf die Programmdiskussion ausgegangen sind, erheblich höher einzuschätzen sind, als der Umfang der (direkten öffentlichen) Äußerungen von Vertretern dieser Strömung zu programmatischen Fragen vermuten läßt. Völlig zu recht hält beispielsweise *P. von Oertzen* „das Bündnis der alten und der neuen sozialen Bewegung“⁵⁶ für eine Voraussetzung einer neuen „Reformmehrheit“ (unter sozialdemokratischer Führung). Wir erwarten aus heutiger Sicht nicht, daß solche Tendenzen — über allgemeine Bemerkungen hinaus — Eingang finden werden in das neue Programm der SPD. Dazu ist der faktische Druck aus den sozialdemokratisch orientierten Teilen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften vermutlich noch nicht ausreichend entwickelt; auch sind die klassenmäßig orientierten reformistischen Konzeptionen noch immer nicht hinreichend konkret ausgearbeitet. Und dennoch ist sicher: Je stärker der *Verteidigungskampf* der Arbeiterklasse gegen die Krise und ihre Folgen entwickelt werden kann, je enger er mit *offensiven* Zielen verbunden wird, je aktiver die Arbeiterklasse, einzelne ihrer Abteilungen und ihre Gewerkschaften auch in *nicht unmittelbar ökonomische* Konfliktfelder eingreifen, um so mehr wird das dazu führen können, in der SPD dasjenige Potential herauszubilden, welches den sozialdemokratischen Reformismus insgesamt nach links verschieben wird.

Schließlich erwähnen wir *drittens* die marxistisch orientierte Variante des Reformismus, die zwar *theoretisch* am dichtesten bei der klassenmäßig orientierten angesiedelt ist, jedoch *praktisch* eine wirkliche Rolle am Rande der Programmdiskussion spielt. Das besondere Verdienst dieser Strömung besteht darin, daß sie zu den wenigen Kräften in der Sozialdemokratie gehört, die eine Ursachenanalyse reformistischer Ökonomie und Politik vorgelegt hat.⁵⁷ Vor allem in der „Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (spw) bemühen sich marxistisch orientierte Sozialdemokraten seit geraumer Zeit, ihre Positionen zu entwickeln. Die Tatsache, daß es dabei mitunter zu eher sektiererisch anmutenden „Interpretations“-Auseinandersetzungen um „Definitionen“ kommt⁵⁸, dürfte dem Umstand entspringen, daß die Herausbildung konsequenter marxistischer Positionen — ökonomisch, politisch, weltanschaulich-ideologisch und organisatorisch — in einer reformistischen „Volkspartei“ (zumindest unter den gegenwärtigen Bedingungen in der BRD) eine per se nicht lösbare Aufgabe ist.⁵⁹

56 Peter v. Oertzen, Vorschlag für ein reformistisches Projekt, in: Sozialismus Nr. 5/1984, S. 15.

57 Zum Beispiel: Detlev Albers, Der 6. März 1983, seine Ursachen und Folgen, in: Die Neue Gesellschaft Nr. 5/1983, S. 459 ff.

58 Etwa: Kurt Neumann und Andreas Wehr, Reformismus in der Krise — Krise des Reformismus?, in: spw 22 (März 1984), S. 64 ff.

59 Nicht zufällig stammen die weitestgehend marxistisch orientierten Beiträge zur SPD-Programmdebatte aus Kreisen des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), der eine relative politische und organisatorische Eigenständigkeit gegenüber der SPD besitzt. — Vgl. etwa: Wolfgang Zellner, Nur Diskussion oder wirkliche Veränderungen der Politik?, in: spw 21 (Dezember 1983), S. 457 ff.

3. Perspektiven der programmatischen Entwicklungen in der SPD

Programmatische Arbeiten auf der Grundlage reformistischer Ideologie tragen spezifischen Charakter. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, ein gewisses zeitweiliges Einverständnis verschiedener reformistischer Strömungen über die Einschätzung einer gegebenen gesellschaftlichen Entwicklungsetappe zu fixieren; und Konzepte dafür auszuarbeiten, wie die Sozialdemokratie insgesamt ihre — vorrangig parlamentarisch verstandene — Rolle als politische Kraft sichern kann. Es ist die aus reformistischer Position heraus vermutlich weitsichtigste Konzeption, in ausdrücklichem Gegensatz zu „einem festen Bündnis zwischen SPD und Grünen“ vielmehr „ein Bündnis zwischen traditioneller Linker, den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale zustande ... bringen“⁶⁰ zu wollen.

Die Arbeit am Grundsatzprogramm, die bereits geschaffenen Vorgaben, die zwecks politisch-ideologischer „Geländegewinne“ im Vorfeld lancierten und propagierten grundsätzlichen Konzeptionen — die in diesem Prozeß nicht zuletzt im Hinblick auf ihre potentielle Massenwirksamkeit getestet werden —, schließlich die endgültige Fixierung des neuen SPD-Programms, dies alles dient vor allem dem Ziel, einen Konsens zwischen verschiedenen Klassentendenzen des sozialdemokratischen Reformismus herzustellen. Einen flexiblen Konsens, der die gesellschaftliche Dynamik an der Oberfläche — „vom neuen Typ des Facharbeiters bis zum höheren Management“ — möglichst präzise widerspiegeln soll und zugleich hinreichend allgemein sein muß, um die Anpassung an veränderte Klassen- und Interessenkonstellationen auch in Zukunft zu ermöglichen.

In welche Richtung diese Anpassung der SPD — unabhängig von den Formulierungen des neuen Grundsatzprogramms — verlaufen wird, hängt *wesentlich* von der weiteren Entfaltung der sozialen und politischen Kämpfe in der BRD ab. Sollte es den linken und demokratischen Kräften insgesamt *nicht* gelingen, die Bedingungen herauszubilden und zu sichern⁶¹, die *alle* reformistischen Strömungen vom gegenwärtig erreichten Niveau aus weiter nach links zu bewegen imstande sind, dann wird es fast unvermeidlich zur erneuten Dominanz *rechter* Klassentendenzen im sozialdemokratischen Reformismus kommen.

60 Peter Glotz, *Die Arbeit der Zuspitzung*, a.a.O., S. 123.

61 Zu diesen Bedingungen gehört wesentlich: ein weiterer Aufschwung der westdeutschen Friedensbewegung; eine deutliche Verstärkung der sozialen und politischen Aktivitäten der Arbeiterklasse der BRD und ihrer Gewerkschaften im Sinne klassenautonomer Ziele und Interessen; eine erhebliche Verbreiterung und Vertiefung der Aktionseinheit aller Abteilungen und aller Strömungen in der Arbeiterbewegung; eine weitere Festlegung von Bündnissen der Arbeiterklasse mit nicht-proletarischen systemoppositionellen Strömungen; und — als ein Kern der genannten Prozesse — eine weitere Erhöhung der politischen und ideologischen Relevanz des revolutionären Teils der linken und demokratischen Bewegungen, also vor allem der DKP.

Zur Programmdebatte bei den GRÜNEN

Einige Anmerkungen

Hermann Sittner

1. Vorbemerkung – 2. „Einheit in der Vielfalt“: Konzept einer Strömungspartei – 3. Vier Strömungen – zwei Flügel: Unterschiede und Übereinstimmungen – 4. „Kompromiß- und Minimalkonsenspolitik“: Notwendigkeit und Grenzen der Programmdiskussion – 5. Programmpräzisierungen in wesentlichen Bereichen – 5.1 GRÜNE Friedenspolitik – 5.2 GRÜNE „Deutschland“-Politik – 5.3 GRÜNE Wirtschaftspolitik – 6. DIE GRÜNEN – Hoffnungsträger für Utopien

1. Vorbemerkung

Dieser Beitrag wurde unmittelbar nach der außerordentlichen Bundesversammlung der GRÜNEN am 22./23. Juni 1985 in Hagen abgeschlossen. Er entstand also zu Beginn der gegenwärtig laufenden Programmdebatte innerhalb der GRÜNEN, die dort beschlossen wurde. Anlaß und Ausgangspunkt für diesen Beschluß war das Ergebnis der Landtagswahlen vom 12. Mai 1985 in Nordrhein-Westfalen, bei der die GRÜNEN mit 4,6 Prozent der Stimmen an der undemokratischen Fünfprozentklausel scheiterten; ihren Zielpunkt hat die Debatte in der Bundestagswahl 1987. Die Hagener Bundesversammlung hat die Erarbeitung eines Wahlprogramms für die Bundestagswahl 1987 in den Vordergrund gestellt. Es soll sichern, daß DIE GRÜNEN wieder in den Bundestag einziehen.

Rainer Trampert betonte in der Begrüßungsansprache des Bundesvorstandes aus der Sicht der ökosozialistischen Strömung die Notwendigkeit, den „kleinen Unterschied der anderen Parteien zueinander“ und den „großen Unterschied zwischen denen und uns“ herauszuarbeiten. DIE GRÜNEN brauchten „ein klares Profil, wofür sie allein stehen, wenn's geht mit etwas mehr gesellschaftlicher Utopie, die attraktiv ist“. Sie sollten, wie es im von Eckhard Stratmann und Jürgen Reents eingebrachten Antrag EN 15 lautete, „die entscheidenden inhaltlichen Punkte herausarbeiten, an denen sich für die GRÜNEN 1987 der Einstieg in eine andere Entwicklungslogik entscheidet“. Dies seien die Bereiche „Wirtschaft, Technologieentwicklung, Sicherheitspolitik“. Die Bundesversammlung beschloß, daß ein „soziales und ökologisches Umbauprogramm für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland“ erarbeitet und ein Kongreß mit dem Thema „Ökologisch arbeiten und leben. Vier Jahre nach Sindelfingen — Bilanz und Perspektiven“ durchgeführt werden sollten, deren Ergebnisse in das Wahlprogramm einzugehen hätten.

Als Schwerpunkte des Wahlprogramms wurden folgende Themen genannt: „Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rentenpolitik, Ökologie, Frieden, alternative Wirtschaftskonzepte, Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft, Solidarität der ‚Lebensbewegung‘ (= Ökologie- und Friedensbewegung) mit der Dritten Welt, Bekämpfung der Armut (einschließlich ‚Neue Armut‘) in den westeuropäischen Gesellschaften, Schutz der Minderheiten (v.a. Ausländer in Deutschland)“. Das Wahlprogramm, für dessen Erarbeitung eine Kommission aus je zwei Vertretern der Landesverbände der GRÜNEN einschließlich der Westberliner „Alternativen Liste“ berufen wurde, soll auf einer Bundesversammlung vor den Sommerferien 1986 verabschiedet werden.

Man kann davon ausgehen, daß die Ergebnisse dieser inhaltlichen Diskussion zwischen den verschiedenen Strömungen der Partei, von wahltaktischen Überlegungen befreit, auch in die Überarbeitung des Grundsatzprogramms der GRÜNEN einfließen werden, wofür eine gesonderte Programmkommission beschlossen wurde. Nach bisherigen Vorstellungen soll diese ihre Arbeit 1987 mit einer Vorlage abschließen.

2. „Einheit in der Vielfalt“: Konzept einer Strömungspartei

Die Kompliziertheit und die Schwierigkeit einer Programmdebatte für die GRÜNEN selbst und die Unsicherheit über ihren Ausgang liegen in der Tatsache begründet, daß die GRÜNEN eine Strömungspartei sind.

Lukas Beckmann, ehemaliger Bundesgeschäftsführer und nunmehr einer der drei Bundesvorstandssprecher der GRÜNEN, hat die Partei so charakterisiert: „Bei der Frage, wie aus einer Fülle von Strömungen, Initiativen, Gruppen und Organisationen eine gemeinsame Wahlinitiative entwickelt werden kann, ohne sich in den Punkten der Nichtübereinstimmung zu zerreiben, spielte der Begriff ‚Ökologie‘ eine ganz wesentliche Rolle, beinhaltet er doch nicht nur Umweltschutz im traditionellen Sinne, sondern gleichzeitig eine ganzheitliche Methode in politisch-geistiger Hinsicht. Wenn die Ökologie als Gesellschaftsökologie die Gesamtheit der Zusammenhänge zwischen Mensch und Natur und der Menschen untereinander umfaßt, so mußte aus ihr heraus eine Methode entwickelt werden, die in der Lage ist, eine gemeinsame Stoßrichtung für sehr unterschiedliche geistige Strömungen und Politikverständnisse zu entwickeln.“¹

Diese Methode – so Beckmann – ist die der „aktiven Toleranz“ innerhalb einer umfassenden Bewegung, verbunden mit dem Konzept ‚Einheit in der Vielfalt‘. Diese Gesamtkonzeption macht „Kompromiß- und Minimalkonsequenzpolitik“² zur Voraussetzung für das Überleben der GRÜNEN in dieser Gestalt. Entsprechend legt die Satzung der GRÜNEN fest:

„Die Programme der GRÜNEN gliedern sich in zwei Teile. Der erste Teil ist das Programm im engeren Sinne (gemäß Paragraph 1 Parteiengesetz). Dieser Teil ist Ausdruck des gemeinsamen politischen Willens der GRÜNEN. Er

1 Lukas Beckmann, Anmerkungen anlässlich der Beendigung meiner Arbeit als Bundesgeschäftsführer, grüner basis-dienst 3/84.

2 Ebd.

ist als solcher verbindliche Handlungsgrundlage für die Partei. In einem zweiten Teil können verschiedene, bei den GRÜNEN vorhandene Strömungen ihre zusätzlichen oder weiterführenden Auffassungen der Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit bekanntmachen. Auch dieser Teil bewegt sich im Rahmen der in der Präambel festgelegten Grundsätze.“³

Zweierlei wird deutlich: Die Widersprüchlichkeiten und unpräzisen Zielvorstellungen in den Programmen der GRÜNEN auf Bundes- und Länderebene, aber auch Unterschiede zwischen den Programmen der verschiedenen Landesorganisationen, sind Ausdruck des jeweiligen innerparteilichen Kräfteverhältnisses der beteiligten Strömungen ebenso wie Ergebnis der – notwendigen – innerparteilichen „Kompromiß- und Minimalkonsenspolitik“. Zweitens werden über den Weg der Formulierung „zusätzlicher oder weiterführender Auffassungen“ der verschiedenen Strömungen Menschen unterschiedlichster politischer Vorstellungen bei den GRÜNEN integriert bzw. als Wähler gewonnen.

Ausdrücklich verweist Bundesvorstandssprecher *Rainer Trampert* auf diesen Sachverhalt: „Rausgehen, Ausgrenzen, Zerreißen sind Vorstellungen, die eines übersehen: Nur durch das Zusammengehen *der Leute und der Strömungen*, wie wir sie heute in dieser Mischung in den GRÜNEN vorfinden, konnte sich ein politisches Angebot entwickeln, auf das sich heute zwei bis drei Millionen Menschen in der Bundesrepublik beziehen, und auf Teilgebieten vielleicht noch mehr. Allein das hat den Aufbruch aus der politischen Bedeutungslosigkeit am Rande des herrschenden Parteienspektrums bewirkt und Alternativen über den üblichen Rahmen hinaus attraktiv werden lassen. Das darf bei allen Differenzen nicht zerstört werden.“⁴

Resultat dieser „Minimalkonsenspolitik“ im Rahmen der erst noch herauszuarbeitenden „Gesellschaftsökologie“ sind die „vier Grundsätze“ GRÜNER Politik: „Ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei“,⁵ verbunden mit einem weithin idealistischen Menschen- und Weltbild mit abstrakt moralischem Anspruch.

3. Vier Strömungen – zwei Flügel: Unterschiede und Übereinstimmungen

Auch wenn inzwischen Exponenten rechter Positionen wie *Herbert Gruhl* und *Baldur Springmann* ausgeschieden sind, reicht der Bogen politischer Strömungen immer noch von „rechts“ (Ökolibertäre) über politisch-ideologisch (noch) nicht festgelegte, aber in eingegrenzten Sachfeldern (Umweltschutz, Anti-Atomkraftbewegung, Mieterrechte, kommunale Bürgerbeteiligung u. a.)

3 Satzung der Bundespartei DIE GRÜNEN, Abschnitt „Rechte und Pflichten der Mitglieder“, Stand März 1984.

4 Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands (Teil I), 7. Bundesversammlung der GRÜNEN vom 7.–9. 12. 84 in Hamburg, grüner basis-dienst 1/85.

5 Bundesprogramm der GRÜNEN, verabschiedet von der 2. Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN vom 21.–23. 3. 80 in Saarbrücken, Präambel.

engagierte Menschen, solche, die von links-sozialdemokratischen Positionen kommen, bis hin zu ehemaligen Angehörigen maoistischer Gruppierungen. In der innerparteilichen (veröffentlichten) Strategiediskussion werden folgende Strömungen benannt: Ökolibertäre, Ökosozialisten, Ökoreformer/Realpolitiker, Ökologen/Fundamentalisten.

Dabei ist festzustellen, daß sich diese Strömungen quer zu allen ursprünglichen Gruppen, Initiativen und Organisationen entwickelt haben, die sich ursprünglich zur Partei DIE GRÜNEN zusammenschlossen; festzumachen ist dies auch an der Tatsache, daß sich in allen genannten Strömungen ehemalige Mitglieder der SPD, auch der FDP, ebenso wie ehemalige Mitglieder der verschiedenen K-Gruppen finden.

Obwohl die Gefahr der Vergrößerung besteht, kann im Rahmen dieses Beitrages nicht mehr als eine stichwortartige Wiedergabe von Grundpositionen dieser Strömungen gegeben werden.

Ökologen/Fundamentalisten: Ausstieg aus der „Industriegesellschaft“, aus dem „Industrialismus“; keine Kompromisse in ökologischen Fragen, keine Anerkennung von Grenzen für ökologische Politik, die das „Industriesystem“ setzt, keine Einengung auf „Umweltreparaturen“; keine „Machtbeteiligung“ (Tolerierung oder Koalition) der GRÜNEN in den Parlamenten. Die bekanntesten Vertreter dieser Strömung sind *Rudolf Bahro*, der Frankfurter *Manfred Zieran* und die im Dezember 1984 zur Bundesvorstandssprecherin gewählte *Jutta Ditfurth*.

Ökoreformer/Realpolitiker: Reformpolitik „in fundamentalistischer Absicht“ – d. h. schrittweise Durchsetzung ökologischer Positionen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung einschließlich Abrüstungspolitik, Überwindung der Arbeitslosigkeit, Einstieg in den „alternativen Wirtschaftssektor“ mit „selbstbestimmten Alternativbetrieben“ und „nicht-entfremdeten Arbeitsinhalten“ und schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie. Diese Strömung, vor allem vertreten von *Joschka Fischer* und *Otto Schily*, sieht in der Parlamentarisierung der GRÜNEN und ihrer „Teilhabe an der Macht“ (Regierungsbeteiligung) die einzige Möglichkeit der „Politikfähigkeit“ und damit der Erhaltung der GRÜNEN, als einzig möglichen Partner – auf „absehbare Zeit“ – die SPD.

Ökosozialisten: Ansatzweise von Klassenpositionen ausgehend, antiimperialistisch, auch antikapitalistisch. Versuche, eine Annäherung der GRÜNEN an gewerkschaftliche Positionen und damit an die Gewerkschaften zu erreichen.

Diese Positionen werden von den Ökosozialisten selber relativiert. In ihrem Buch „Die Zukunft der GRÜNEN“,⁷ das immerhin den Anspruch erhebt, „ein realistisches Konzept für eine radikale Partei“ zu liefern, schreiben *Thomas Ebermann* und *Rainer Trampert*, Wortführer der Ökosozialisten, u. a.:

6 Vgl.: Die Machtfrage stellen, Streitgespräch zwischen Joschka Fischer (Die Grünen) und Paul Leo Giani (SPD), in: Die Neue Gesellschaft, 7/84, S. 599 ff.

7 Thomas Ebermann/Rainer Trampert, Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei, Hamburg 1984.

„Wir verwenden den Begriff kapitalistische Industrieproduktion (...) für die westliche Marktwirtschaft und das realsozialistische Wirtschaftssystem gleichermaßen“, und zwar „hinsichtlich der daraus wachsenden ökologischen Folgen und der Anpassung der Arbeiter an den technischen Arbeitsprozeß“, „weil im realen Sozialismus unter anderen Verfügungs- und Konkurrenzbedingungen (Staatsverfügung und gesteuerte Konkurrenz) eine gleiche Akkumulation von Werten und Ideologien von Produktions- und Konsumtionsmodell aus dem Kapitalismus mitgenommen wurde“.⁸ Für *Ebermann/Trampert* ist die „in den Industriegewerkschaften als organisierte gesellschaftliche Kraft existierende Arbeiterbewegung (...) keine systemsprengende Kraft“, und „die Kämpfe der Gewerkschaften oder auch der Belegschaften in den Betrieben werden auch nicht gewissermaßen hinterrücks dazu führen, das herrschende Modell des Wachstums zu durchbrechen“.⁹ So sehen die Ökosozialisten es auch als eine Aufgabe der GRÜNEN, „gemeinsam mit (...) alternativen Gewerkschaftsgruppen theoretisch wie praktisch emanzipatorische Arbeits- und Lebenszusammenhänge in Betrieben und Kommunen aufzubauen“.¹⁰ Bei der von *Ebermann/Trampert* für notwendig gehaltenen Umwälzung der Gesellschaft spielt die Arbeiterklasse als handelndes, revolutionäres Subjekt keine Rolle. Zwar müsse diese Umwälzung „von den Produzenten selbst mitgetragen“ werden; bei Durchsetzung des „post-fordistischen Produktionsmodells“¹¹ werden nach Ansicht von *Ebermann/Trampert* aber „die neuen sozialen Bewegungen zum historisch einzig relevanten Träger auch noch des proletarischen Klassenkampfes“.¹²

In ihrer Parlamentsstrategie orientieren die Ökosozialisten auf die Entlarvung rechter SPD-Politik, um SPD-Mitglieder und vor allem SPD-Wähler für die GRÜNEN zu gewinnen. Beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis GRÜNE – SPD dürfe es keine Regierungsbeteiligung geben, als Vorbedingung für die Tolerierungsverhandlungen müsse die SPD Kernforderungen GRÜNER Politik akzeptieren, die eine „substantiell gegenläufige Entwicklung“ einleiten.¹³

Ökolibertäre: In ihrer Gründungserklärung geht diese Strömung „von einer radikalen Kritik des entfesselten Industrialismus aus“ und bezeichnet „die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel“ als „ein Problem zweiter Ordnung“. Als Beweis dafür wird „die Realität aller Länder, in denen die sozialistische Konzeption an der Macht ist“, angeführt. Auch die „soziale Frage“ ist, weil „ein Folgeproblem des Industrialismus, mithin auch ein Problem

8 Ebd., S. 64, Fußnote.

9 Ebd., S. 141.

10 Positionspapier des Bundesvorstands der GRÜNEN, formuliert von Rudolf Bahro, Rainer Trampert u. a., vorgelegt auf der 7. Bundesversammlung der GRÜNEN vom 7.–9. 12. 84 in Hamburg, grüner basis-dienst 1/85. Dieses Positionspapier wurde in der Diskussion von den Strömungen der Ökosozialisten und der Ökologen/Fundamentalisten getragen.

11 Thomas Ebermann/Rainer Trampert, *Die Zukunft der Grünen*, a.a.O., S. 149.

12 Ebd., S. 152.

13 Positionspapier des Bundesvorstands der Grünen 1984, a.a.O.

zweiter Ordnung“. Für die Ökolibertären geht es „wirklich darum, die Verstaatlichung des Sozialen wieder rückgängig zu machen“. Man müsse „die Gewichte anders setzen: im Vordergrund steht die Selbsthilfe, für die verbleibenden Härten ist das Gemeinwesen verantwortlich“.

Die Ökolibertären treten für die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN – „und zwar nicht nur mit der SPD“ – ein. „Die Entscheidung für den Parlamentarismus bedeutet für uns auch die Absage an Avantgardepolitik, die durch irgendein objektives Klassen- oder Masseninteresse legitimiert sein soll. (...) Wir erkennen an, daß wir es – was die anderen Parteien angeht – in den Parlamenten nicht mit Kadern und Charaktermasken feindlicher Mächte und des Bösen zu tun haben, sondern mit frei gewählten Volksvertretern.“¹⁴

Zu den prominenten Vertretern dieser Strömung gehören die ehemaligen baden-württembergischen Landtagsabgeordneten *Wolf Dieter Hasenclever* und *Winfried Kretschmann*, *Ernst Hoplitschek* (ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der GRÜNEN), *Dieter Marcello* und *Thomas Schmid*.

Bei allen Unterschieden der verschiedenen Strömungen hinsichtlich der politischen Herkunft ihrer Anhänger wie der gesellschaftspolitischen Zielsetzung besteht Übereinstimmung zwischen allen Strömungen – bei durchaus unterschiedlicher Gewichtung – in folgenden Positionen: Ausstieg aus der Atomenergie; Beendigung der Umweltzerstörung; Beendigung des Wettrüstens, Durchsetzung der Abrüstung; Dezentralisierung ökonomischer, politischer und staatlicher Entscheidungen sowie Ablehnung des realen Sozialismus; Supermachttheorie; Kritik des „Industrialismus“ als ökonomische Grundlage des Kapitalismus wie des realen Sozialismus; Bekämpfung der „Wachstumsideologie“ oder „Wachstumslogik“, die unabhängig vom Gesellschaftssystem aus dem „Industrialismus“ erwachse; Ablehnung der DKP, vor allem von Wahlbündnissen mit ihr, wobei die DKP einerseits als „staatstragende“ Kraft, andererseits als Protagonist der anderen „Supermacht“ kritisiert wird.

Indessen haben sich in der innerparteilichen Strategiediskussion, die allerdings eingeengt wird auf die Frage: Koalition mit der SPD – Ja oder Nein?, aus den vier beschriebenen Hauptströmungen *zwei Flügel* entwickelt: Ungeachtet ihrer gesellschaftspolitischen Differenzen und Gegensätzlichkeiten bilden Ökosozialisten und Ökologen/Fundamentalisten den Flügel gegen, Ökoreformer/Realpolitiker und Ökolibertäre den Flügel für „Machtbeteiligung“.¹⁵

14 „Einigkeit und Grün und Freiheit“, Gründungserklärung der Ökolibertären Grünen, verabschiedet auf einem Treffen der Unterzeichner am 26. 2. 84 in Barendorf.

15 Zugespißt wurde diese Diskussion zwischen den beiden Flügeln auf der 7. Bundesversammlung der GRÜNEN geführt. Vgl.: Perspektiven grüner Politik. Die Anträge, die Reden, die Resolutionen. Das Protokoll der 7. Bundesversammlung der GRÜNEN vom 7.–9. 12. 1984 in Hamburg, grüner basis-dienst 1/85.

4. „Kompromiß- und Minimalkonsenspolitik“: Notwendigkeit und Grenzen der Programmdiskussion

Seit ihrem Einzug in den Bundestag sind die GRÜNEN – in erster Linie die Fraktion, infolgedessen aber auch die Partei – erheblich unter Druck geraten. Die vier „Grundsäulen“ GRÜNER Politik (ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei) reichen als Maßstab für konkrete politische Entscheidungen der Bundestagsfraktion nicht aus. „Das programmatische Defizit der Partei, die mangelnde Klarheit über unsere eigene politische Ausrichtung, kommt uns hier teuer zu stehen“, stellt die Bundestagsfraktion der GRÜNEN¹⁶ fest. „Angesichts der Vielfalt der politischen Strömungen, die sich einst zu den GRÜNEN formierten“, gebe es „starke Kontroversen in der Fraktion“. Die Partei müsse sich „aus dem Bedürfnis GRÜNER Harmonie lösen und die politischen Konflikte austragen“, „latent vorhandene politische Gegensätzlichkeiten und Ungereimtheiten“ müßten „zugespitzt“ werden.

Diese politischen Gegensätzlichkeiten werden als so schwerwiegend betrachtet, daß die Fraktion betont: „Die Art der Konfliktaustragung verlangt von uns einen bestimmten Stil. Wir haben eine Verantwortung, diese GRÜNE Partei vor einer innerparteilichen, selbstzerstörerischen Auseinandersetzung zu bewahren“. Programmatische Unklarheit zeige sich insbesondere im wirtschaftspolitischen Bereich: „Wir können hier keine parlamentarische Arbeit im Detail entfalten, wenn wir nicht wissen, wo wir eigentlich hinwollen, ob kommunale Wirtschaft, ob Selbstverwaltung, ob Vergesellschaftung, ob Plan oder Markt. Dieses Dilemma muß die Partei aufgreifen, die Diskussion vorantreiben, weil wir sonst in der Orientierungslosigkeit versinken“, heißt es im Fraktionsbericht weiter.

Auch der Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion vom November 1984 beklagt als Ursache mangelhafter Arbeitsergebnisse der Arbeitskreise allgemein eine „fehlende Strategie“. Der Arbeitskreis „Sozialpolitik“ sieht sich „in dem Dilemma, daß die Programmatik der GRÜNEN in Sachen Sozialpolitik, Arbeits-, Gesundheits- und Bildungspolitik noch sehr unvollständig ist und deshalb wenig konkrete Handlungsrichtlinien für die Fraktion liefern kann“. Der Arbeitskreis „Abrüstung, Frieden, Internationales“ sieht seine Arbeit darunter leiden, „daß es noch immer keine in der Partei diskutierte zusammenhängende Konzeption von Außenpolitik im weitesten Sinne gibt“. Auch der Arbeitskreis „Umwelt“ sieht sich und die Fraktion z. B. bei der Entwicklung eines „Entgiftungsprogramms, das den Umbau des größten Teils der chemischen Industrie zum Inhalt haben müßte“, überfordert: „Hier müßte u. E. die Partei selbst auf allen Ebenen die Initiative ergreifen“.¹⁷

Der Bundesvorstand der GRÜNEN hat bisher für keines der angesprochenen Problemfelder – mit Ausnahme der Friedenspolitik und der Frage der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN, die auf den Bundesversammlungen November 1983 bzw. Dezember 1984 behandelt wurden – programmatische

16 DIE GRÜNEN im Bundestag. Bericht zur Lage der Fraktion, Bonn, März 1984.

17 DIE GRÜNEN im Bundestag, 2. Rechenschaftsbericht, Bonn, November 1984.

Diskussionen in der Partei organisiert. Als Ursache dafür ist u. a. die Tatsache anzusehen, daß sich — aufgrund von Wahlerfolgen — die politische Arbeit der GRÜNEN fast ausschließlich auf die Arbeit *in den Parlamenten* konzentriert, was u. a. zur Folge hat,

- daß der Bundesvorstand — nach Angaben der Bundesversammlung vom März 1984 — mit etwa 10 hauptamtlichen Mitarbeitern gegenüber der Bundestagsfraktion mit etwa 160 hauptamtlich Tätigen — Abgeordnete eingeschlossen — personell ins Hintertreffen geraten ist;

- daß für die Entwicklung längerfristiger politischer Perspektiven — auch als Handlungsanleitung für die Fraktion — Bundes-Arbeitsgemeinschaften für eine Reihe von Politik-Bereichen eingerichtet worden sind, womit zusätzlich Kraft aus der Partei auf die Parlamentsarbeit orientiert wird, und

- daß diese Parlamentsfixierung auch zur Folge hat, daß sich die GRÜNEN zunehmend aus außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen zurückziehen, kaum noch konkrete Arbeit in demokratischen Initiativen „vor Ort“ leisten und so wichtiger Anstöße für programmatische Diskussionen verlustig gehen.

Die eigentliche und tiefste Ursache für die Passivität des Bundesvorstands in der Programmdiskussion aber war das Vorhandensein politisch-ideologisch gegensätzlicher Strömungen in der Partei. Es verhinderte bisher die Erarbeitung klarer, in sich geschlossener Programme auf wesentlichen Gebieten, vor allem der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Innerparteilich behält die „Kompromiß- und Minimalkonsenspolitik“ Vorrang, um eine Spaltung der Partei und eine entsprechende Minderung ihres Wählerpotentials zu vermeiden.

Unterhalb der Ebene der Erarbeitung geschlossener Programme sind jedoch zum Teil negative Positionsverschiebungen (Friedens- und „Deutschland“politik), zum Teil aber auch positive Programmpräzisierungen (Wirtschaftspolitik) vorgenommen worden.

5. Programmpräzisierungen in wesentlichen Bereichen

Programmatische Aussagen der GRÜNEN mehr oder weniger umfassenden Charakters liegen zu zahlreichen Themen vor, so zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, zu Fragen der Energiewirtschaft, des Schutzes von Umwelt und Natur, zur gesellschaftlichen Demokratisierung, der Bildungs-, Forschungs- und Kulturpolitik, der Außen- und Friedenspolitik sowie der Lösung globaler Probleme usw. Hier wird — schon aus Platzgründen — eine Auswahl getroffen; es werden solche Bereiche dargestellt, in denen — auf unterschiedliche Weise — Modifizierungen vorgenommen und charakteristische Tendenzen klarer erkennbar wurden.

5.1 GRÜNE Friedenspolitik

Grundlagen GRÜNER Friedenspolitik sind der Grundsatz der Gewaltfreiheit, verbunden mit dem Konzept der sozialen Verteidigung, die „Supermacht“-Theorie und die Idee der „emanzipierten Gesellschaft“, die als Vor-

aussetzung für Abrüstung und friedliches Miteinander der Völker gegen die „herrschenden Gewaltapparate“ in Ost und West durchgesetzt werden müsse. Dieser Grundhaltung entspricht auch die Idee von der Notwendigkeit einer „blockübergreifenden Friedensbewegung von unten“.

Diese Grundsätze waren bereits im „Friedensmanifest“ der GRÜNEN vom Oktober 1981 formuliert.¹⁸ Die aktive Mitarbeit von *Petra Kelly* und *Gert Bastian* im Initiatorenkreis des Krefelder Appells – gegen den Widerstand des Bundesvorstands der GRÜNEN¹⁹ –, die damit verbundene Integration vieler Mitglieder der GRÜNEN und – abgeschwächt – der Partei als Ganzes in die Friedensbewegung sowie die Zuspitzung des aktuellen Kampfes der ganzen Friedensbewegung auf die Verhinderung der Raketenstationierung haben bewirkt, daß die GRÜNEN diese Grundsatzpositionen zugunsten politischer Konsens-Forderungen zeitweise in den Hintergrund gerückt haben.

Seit der Bundestagsentscheidung für die Stationierung, die von den GRÜNEN als Niederlage der Friedensbewegung und ihrer politischen Konzeption (Massenmobilisierung, „Minimalkonsens“, „Ein-Punkt-Bewegung“) begriffen wurde, wurden theoretische Verallgemeinerungen im Sinne der „Blocklogik“-These wieder in den Vordergrund gerückt und ausgebaut. Die von der Duisburger Bundesversammlung der GRÜNEN (18.–20. 11. 83) verabschiedete „Friedenspolitische Erklärung“²⁰ enthält diese Positionen:

- die Gleichstellung von USA und Sowjetunion als „Supermächte“, die gleichermaßen den Frieden bedrohen;
- die Forderung nach der „Überwindung der Ordnung von Jalta“, weil diese die Ursache der „Blockkonfrontation“ sei;
- die Perspektive der Entwicklung der Friedensbewegung zu einer „blockübergreifenden“ Bewegung. Zur Begründung dieser Positionen heißt es in der „Friedenspolitischen Erklärung“:

„Die beiden deutschen Staaten sind Teile des strategischen Konflikts, der in Europa ausgetragen wird. Dieser Konflikt beherrscht das Bewußtsein und definiert noch immer die politischen Spielräume in Mitteleuropa. Solange diese Ordnung von Jalta bestimmend bleibt, wird aus der militärischen Entwicklungslogik heraus ein Waffensystem nach dem anderen in Mitteleuropa in Stellung gebracht. (...) Das Leben der Menschen in Europa kann nur durch eine praktische Politik der Souveränität und Selbstbestimmung – durch Emanzipation von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion erhalten werden. (...) Eine Chance zur Befreiung Mitteleuropas aus der Blockkonfrontation liegt in der Zusammenarbeit dezentraler autonomer Kräfte. Autonomie, gegenseitige Anerkennung und Kooperation müssen Prinzipien einer gesamteuropäischen Politik werden. Die unabhängigen anti-militaristischen und emanzipatorischen Gruppen in Osteuropa (die eigenständigen

18 Vgl.: Friedensmanifest. Verabschiedet auf der Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN vom 2.–4. 10. 1981 in Offenbach, Bonn o.J.

19 So Uli Tost, Mitglied des Bundesvorstands der GRÜNEN, im Namen des Bundesvorstands am 10. 2. 84 vor der Presse, grüner basis-dienst 2/84.

20 Vgl.: Erklärung zur Friedenspolitik der GRÜNEN, verabschiedet von der 6. Bundesversammlung der GRÜNEN vom 18.–20. 11. 83 in Duisburg.

Friedensinitiativen in der DDR, die derzeit zwar vom Jaruzelski-Regime unterdrückte, aber von der Mehrheit des polnischen Volkes unterstützte ‚Solidarnosc‘, die ‚Charta 77‘ in der ČSSR u. a.) bieten einen praktischen Ansatz, dieser politischen Perspektive zum Durchbruch zu verhelfen.“ Es sei notwendig, heißt es in der „Friedenspolitischen Erklärung“ weiter, „auf dezentralem Weg ein blockübergreifendes Kontaktnetz von Basisinitiativen zu schaffen. So können wir herausfinden, wie wir uns gegenseitig unterstützen können, und was gemeinsam möglich ist“.²¹

Diese falsche politische Einschätzung entspricht der klassenneutralen Kritik des „Industrialismus“ und verkennt, daß Sowjetunion und USA sich zum Problem atomarer Abschreckung und der Verhinderung eines Krieges höchst gegensätzlich verhalten. Sie verwechselt die Ebene politischer Erscheinungen (Militärbündnisse) mit den tieferliegenden antagonistischen Widersprüchen zwischen den sozialen Systemen und verkennt die Schärfe und Ernsthaftigkeit der Erstschlags- und Kriegsführungsplanungen des US-Imperialismus. Was GRÜNE und Marxisten hier unterscheidet, ist aber nicht in erster Linie die Sicht der Probleme, sondern die Bestimmung ihrer Ursachen.

Wenn die Friedensbewegung in eine Art „Anti-Supermächte-Bewegung“ umgewandelt werden soll, die sich auch zuständig fühlt für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse in den sozialistischen Ländern (z. B. durch Unterstützung antikommunistischer Gruppen in diesen Ländern), so wird das zu allem möglichem führen, nur nicht zu mehr Sicherheit und Frieden in Europa. Es erschwert insofern die Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte und Strömungen der Friedensbewegung und behindert ihre politische Wirksamkeit.

Nur weil verhindert werden konnte, daß solche Positionen zur weltanschaulichen Konsensfrage der Friedensbewegung erhoben werden und sie damit spalten, konnte die Friedensbewegung damit leben. Nicht auf der Ebene theoretischer Verallgemeinerung und entsprechender programmatischer Fixierung, sondern im Bereich konkreter, auf die Probleme der BRD und der NATO bezogener politischer Forderungen liegen die eigentlich positiven Beiträge der GRÜNEN zur Friedenspolitik. Insofern ist es beachtenswert, daß vor allem die Bundestagsfraktion der GRÜNEN zahlreiche wertvolle Stellungnahmen zur Enthüllung von Militärstrategien der USA und der NATO insgesamt leistet, ebenso wie im Kampf gegen die umfassende Militarisierung der Gesellschaft der Bundesrepublik. Ihre parlamentarischen Initiativen (wie z. B. ihre Vorschläge und Begründungen zur Kürzung des Rüstungsetats) werden – wie verkürzt und gefiltert auch immer – von den Medien transportiert und beeinflussen so positiv die öffentliche Diskussion.

5.2 GRÜNE „Deutschland“-Politik

Im Rahmen der noch unscharfen Konturen einer entspannungs- und ostpolitischen Programmatik spielt das Verhältnis zur DDR eine besondere Rolle.

21 Ebd.

Über die Haltung der GRÜNEN zur DDR und den Charakter der Beziehungen zu ihr gibt es bisher keine klare, für die ganze Partei verbindliche Aussage. „Aus diesem Grund“, so der Fraktionsarbeitskreis „Abrüstung, Frieden, Internationales“, „gab es in der Fraktion anlässlich herausragender Ereignisse im Rahmen der das ganze Jahr (1984 – H. S.) anhaltenden öffentlichen deutschlandpolitischen Debatte kontroverse Diskussionen. Der Kern aller Meinungsverschiedenheiten lag in der Gewichtung des Verhältnisses von Friedenspolitik und gesellschaftlicher Emanzipation, von völkerrechtlicher Anerkennung der DDR und Menschenrechtsproblematik.“²²

Die von der Fraktion mehrheitlich angenommene Forderung „nach Auflösung des innerdeutschen Ministeriums im Zuge der Haushaltsberatungen im Oktober 1984“ wird vom Fraktionsarbeitskreis als „wichtiger Meilenstein“ in der fraktionsinternen Auseinandersetzung um eine „grüne Deutschlandpolitik“ angesehen. Hinter dieser Forderung stehe „eine in der Fraktion als konsensfähig anzusehende Politik, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf eine Basis der Gleichberechtigung zu stellen, die Anerkennung der DDR als souveränen Staat zu fordern und die juristischen, territorialen und politischen Alleinvertretungsansprüche etablierter Deutschlandpolitik in der BRD abzulehnen“.²³

Dies sind realistische, der CDU-Politik entgegengesetzte Positionen. Doch werden sie in dem Maße entwertet bzw. relativiert, wie die Fraktion darin ein Mittel sieht, gesellschaftliche Veränderungen *in der DDR* zu bewirken: „Eine solche Politik“, so begründet der Fraktionsarbeitskreis die Anerkennung der DDR, „zielt darauf ab, die in den deutsch-deutschen Beziehungen besonders enge Verzahnung von außen- und innenpolitischen Faktoren im Rahmen des Ost-West-Konflikts zu entkrampfen und damit Handlungsspielräume für emanzipatorische und demokratische Prozesse im Innern und für friedenspolitische Initiativen in Europa zu eröffnen.“²⁴

Dirk Schneider, bis März 1985 „deutschland“-politischer Sprecher der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, hat das Ziel dieser „Deutschland“-Politik präziser formuliert, als er DDR-Bürger, die die Ausreise beantragten bzw. dies tun wollten, aufforderte, in der DDR zu bleiben:

„Die GRÜNEN treten für eine radikale Alternative zu den bestehenden Systemen ein – für eine ökologisch-emanzipatorische Gesellschaftsordnung. (. . .) Wir suchen die Zusammenarbeit und den Dialog mit den unabhängigen Friedens- und Ökologiegruppen in der DDR, weil wir in ihnen aufgrund ihrer Ziele den Hoffnungsträger für eine friedfertige und emanzipatorische Gesellschaftsordnung sehen, weil sie authentischer Ausdruck (. . .) einer zukunfts-trächtigen Gesellschaftsströmung sind. Auf einer gleichberechtigten Weise unterstützen wir sie nach ihren Wünschen und ihrem Willen und tragen damit auch indirekt zu ihrer Stärkung (. . .) bei, d. h. letztlich Einbeziehung und Ermutigung zur Veränderung von immer mehr Menschen in der DDR. Und

22 DIE GRÜNEN im Bundestag, 2. Rechenschaftsbericht, a.a.O.

23 Ebd.

24 Ebd.

das geschieht unter der Prämisse — das muß hier noch einmal klargestellt werden — die Veränderung der DDR-Gesellschaft zu bewirken.“²⁵

„Angesichts der Bedeutung der deutsch-deutschen Beziehungen besonders unter Aspekten der Friedenspolitik“ hält es der Fraktionsarbeitskreis in seinem Rechenschaftsbericht für „dringend erforderlich, in der Partei breiter als bisher die Probleme grüner Deutschlandpolitik zu diskutieren und sie in absehbarer Zeit einer mehrheitsfähigen Entscheidung zuzuführen“.²⁶ Ob eine solche Diskussion eine Stärkung realistischer Positionen zum Ergebnis haben wird, ist noch nicht erkennbar. Bisher jedenfalls wird die Diskussion *ausschließlich* von einer Gruppierung organisiert, für die „die deutsche Frage“ offen ist, für die „die Spaltung Deutschlands“ ein Ergebnis der „Abkommen von Jalta“ und gleichzeitig *eine* Ursache der Kriegsgefahr in Europa ist, und die sich deshalb für die „Überwindung von Jalta“ und für „Blockfreiheit, Neutralität und Friedensvertrag für Deutschland“ einsetzt.²⁷

Inhalt und Zielsetzung *dieses* Vorschlags für eine „grüne Deutschlandpolitik“ speisen sich aus weltanschaulichen Quellen des Konservatismus und bringen zumindest diesen Teil der GRÜNEN in bedenkliche Nähe von Positionen der Nationalrevolutionäre und der „Neuen Rechten“. Es ist bisher nicht zu erkennen, daß sich innerhalb der GRÜNEN offensiv Kräfte gegen solche Inhalte von „Deutschland“-Politik formieren.

5.3 GRÜNE Wirtschafts- und Sozialpolitik

Seit dem Sindelfinger Parteitag (1983) haben sich die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der GRÜNEN nicht wesentlich verändert.²⁸ Die allen Einzelforderungen und -Konzepten zugrundeliegende Leitvorstellung ist, daß eine soziale und ökologische Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse hauptsächlich durch Dezentralisierung und nicht in erster Linie durch Veränderung der politisch-ökonomischen Machtverhältnisse durchzusetzen sei.²⁹ Die wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion der GRÜNEN

25 Dirk Schneider/Jürgen Schnappertz, Verbalradikalismus oder dialogischer Umgang mit der DDR?, grüner basis-dienst 5/6/84.

26 DIE GRÜNEN im Bundestag, 2. Rechenschaftsbericht, a.a.O.

27 Vgl.: Materialbrief „Deutsche Probleme — Probleme mit Deutschland“ (Serie), hrsg. von Rolf Stolz/Gotthard Krupp, Köln, o.J. S. auch: Reader vom Deutschlandpolitischen Kongreß im März 1984 in Karlsruhe, DIE GRÜNEN Baden-Württemberg; Friedensvertrag — Jetzt, Broschüre über den Kongreß der GRÜNEN — Bayern: „Die Deutschen und der Frieden“ in München, DIE GRÜNEN — Bayern.

28 Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, verabschiedet auf der Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN am 15./16. 1. 1983 in Stuttgart-Sindelfingen. In der Einleitung, S. 2, heißt es ausdrücklich: „Bei diesem Programm handelt es sich nicht um *das* Wirtschaftsprogramm der GRÜNEN, sondern um ein *Sofortprogramm*...“. Vgl. dazu auch: Marxistische Blätter, 3/83, Thema „Ökologie contra Ökonomie?“

29 Jörg Goldberg/Angelina Sörgel, Grün-alternative Wirtschaftskonzeptionen. Analyse und Kritik, IMSF-Informationsbericht 37, Frankfurt/M. 1982, S. 7. Die in dieser Arbeit entwickelte marxistische Analyse der grün-alternativen Wirtschaftskonzeptionen ist in ihren Grundzügen nach wie vor aktuell.

bewegt sich zwischen zwei Polen – der Hinwendung zum klassenbewußten Flügel der Arbeiterbewegung und der kleinbürgerlich-reaktionären Utopie.³⁰ Als strategisches Ziel der meisten grün-alternativen wirtschaftspolitischen Vorstellungen kann man die „Dualwirtschaft“ hervorheben:

„Die Wirtschaft eines Landes umfaßt einen ‚tauschwertorientierten formalen Sektor‘, in dem auf hohem Produktivitätsniveau jene Arbeit geleistet wird, deren Produkte gesellschaftlich notwendig sind, nur industriell, ‚entfremdet‘ gefertigt werden können und auf dem Markt gehandelt werden müssen, und einen ‚gebrauchswertorientierten informellen Sektor‘, in dem selbstbestimmt und organisiert in dezentralen, überschaubaren Zusammenhängen schöpferische ‚Eigenarbeit‘ geleistet wird.“ Jeder Arbeitende soll mehr oder weniger in beiden Bereichen tätig sein.³¹ Diese Vorstellung verkennt bei aller unstreitigen Bedeutung etwa von genossenschaftlichen Projekten, daß auch ein „informeller Sektor“ alternativer Betriebe in die ausbeuterischen Verhältnisse der Kapitalverwertung und somit auch in die Konkurrenz einbezogen ist und demnach keine solide Grundlage abgibt für eine Strategie der Systemüberwindung. Langfristig gesehen kann daher gesellschaftlich nützliche Produktion nur über eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse erreicht werden.³²

1984 forderte die Bundestagsfraktion in ihrem Rechenschaftsbericht eine Grundsatzdiskussion zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; diese wurde aber bisher vom Bundesvorstand nicht organisiert. Gerade auf diesem Gebiet wirken die gegensätzlichen prinzipiellen Positionen von Ökolibertären, Ökosozialisten und Ökologen/Fundamentalisten besonders blockierend; die Durchsetzung *einer* Linie widerspräche den der ideologischen Vielfalt der Partei entsprechenden Prinzipien der „aktiven Toleranz“ und der „Konsenspolitik“. Gerade bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik handelt es sich allerdings auch um einen Bereich, in dem der Verzicht auf einheitliche Grundpositionen noch weniger als in anderen eine reine taktisch-politische Ermessensfrage ist, sondern ein tieferliegendes Problem offenbart: Hier genügt nämlich nicht die aus der Verallgemeinerung praktischer Erfahrungen gewonnene Summierung von Forderungen, sondern hier ist eine klare Analyse der sozialen Widersprüche erforderlich, eine klare Bestimmung gesellschaftlicher Klassen- und Machtverhältnisse, und gerade ihr sind in einer heterogen zusammengesetzten Partei wie den GRÜNEN Grenzen gesetzt.

Von allen Strömungen getragen – wenn auch in ihrem Stellenwert unterschiedlich gewichtet – werden vor allem folgende, auf dem Prinzip der „Dualwirtschaft“ aufbauende Positionen: Ausstieg aus dem „Industriesystem“ und der „Wachstumsideologie“, „Abkehr von der Großindustrie, soweit dies sinnvoll und möglich ist“, Einstieg in eine ökologisch orientierte Wirtschaftsordnung, die „Mensch und Natur zur Entfaltung kommen läßt“, „Übergang auf dezentrale, arbeitsintensive Produktion in Klein- und Mittelbetrieben“ und „ökologischen Landbau“. Die Lösung der Eigentumsfrage, wie sie in den

30 Ebd., S. 10.

31 Ebd., S. 14.

32 Ebd., S. 16f.

Wirtschaftsverfassungen der sozialistischen Länder verwirklicht wurde, wird von allen Strömungen als gescheitert erklärt. Als konsensfähig gilt gegenwärtig die Forderung nach „neuen gesellschaftlichen Formen des Eigentums“.

In diesem gegebenen breiten Rahmen hat die Partei, vor allem aber die Bundestagsfraktion, anlässlich konkreter Klassenkämpfe (Kampf für die 35-Stunden-Woche, Streik/Aussperrung, Werften- und Stahlkrise, anhaltende Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau) vor allem in den vergangenen beiden Jahren konkrete und positive Forderungen entwickelt. Beispiele dafür sind:

- Bundesvorstand und Fraktion haben die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in Erklärungen unterstützt, wenn auch die Forderung nach vollem Lohnausgleich auf „untere und mittlere Einkommen“ beschränkt wurde;

- die Bundestagsfraktion brachte einen Gesetzentwurf zum Verbot der Aussperrung ein;

- die Bundestagsfraktion forderte nach einem Hearing mit Betriebsräten und Vertrauensleuten zur Stahlkrise die „Überführung der Stahlindustrie in neue gesellschaftliche Formen des Eigentums“ als „notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung der Krisenlösung“;

- die Bundestagsfraktion forderte nach dem von ihr organisierten „Betriebsbesetzer-Hearing“, die Betriebsbesetzung „als berechtigtes Mittel der um ihre Existenz kämpfenden Belegschaft im öffentlichen Bewußtsein und in Gesetzen zu verankern“ und „Aussperrung und Kündigung bei Streik und Besetzungen zu verbieten“;

- die Bundestagsfraktion brachte den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes ein, mit dem die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden (bisher 48 Stunden), verteilt auf höchstens fünf Tage, festgeschrieben werden sollte;

- die Bundestagsfraktion hat ein „alternatives Rentenmodell“ erarbeitet, in dessen Mittelpunkt eine staatlich finanzierte Grundrente steht.

Unter dem Druck konkreter Klassenauseinandersetzungen hat also offenbar die Bereitschaft zugenommen, Forderungen im Sinne der arbeitenden Bevölkerung aufzunehmen und an Klasseninteressen orientierten Kräften der Arbeiterbewegung näherzukommen. Sollte sich dieser Prozeß fortsetzen und sollten andererseits ökologische Erfordernisse in der gewerkschaftlichen Programmatik und Politik stärkere Berücksichtigung finden, so verbessern sich aller Voraussicht nach die Chancen einer Zusammenarbeit zwischen Grünen und Gewerkschaften, etwa bei konkreten sozialen Kämpfen, auf betrieblicher und unterer gewerkschaftlicher Ebene, und kann eine Entkrampfung des Verhältnisses zwischen beiden erreicht werden, in der beiderseits vorhandene Berührungspunkte überwunden werden.

6. DIE GRÜNEN – Hoffnungsträger für Utopien

Bewußt und ausdrücklich bieten sich die GRÜNEN auf der Basis ihrer „vier Grundpfeiler GRÜNER Politik“ als „die Hoffnungsträger“ für alle an, die die „Vision einer neuen Kultur und Lebensweise, in der das jetzige kapitalistische Konkurrenzprinzip zugunsten einer herrschaftsfreien Lebens- und

Produktionsweise aufgegeben wird“, teilen. Als „konkrete“ oder „reale Utopien“ bezeichnete Aussagen wie „Wir müssen unser Leben grundlegend ändern, wir müssen die Zivilisation neu entwerfen“, „eine sanfte, gewaltfreie grüne Republik ohne zentrale bewaffnete Kräfte nach außen und innen“, „anders arbeiten, solidarisch leben“, „Natur erhalten“, „überschaubare Einheiten schaffen“ u. ä.³³ entsprachen und entsprechen weitverbreiteten Stimmungen und Bedürfnissen. Wie am Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen zu erkennen ist, ist ein großes Potential neuer kritischer Kräfte in Bewegung gekommen, das in den gegenwärtigen Krisenerscheinungen, vor allem auf neuen Konfliktfeldern, nicht in erster Linie die Krise des kapitalistischen Systems sieht und folglich auch die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus nicht als Alternative akzeptiert, das sich nicht in erster Linie auf die Arbeiterbewegung als hegemoniale Kraft gesellschaftlicher Veränderung orientiert, aber nichtsdestoweniger tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen will und reaktionärer Wende-Politik entgegenarbeitet.

Diese Menschen empfinden die Aussagen der GRÜNEN, auch in ihrer Rigorosität und ihrem moralischen Anspruch, als positive Antworten auf ihre Empörung wie auf ihr Ohnmachtsgefühl gegenüber dem Wettrüsten und der Kriegsgefahr, der Umweltzerstörung, gegenüber undemokratischen Entscheidungen von Parteien, Parlamenten und Behörden, auf Perspektivlosigkeit, Zukunftsangst, Angst vor der „alles kaputtmachenden Technik“, auf Unbehagen über sinnentleerte Arbeit. Sie empfinden diese Aussagen aber auch als Antworten auf die sich aus diesen Empfindungen entwickelnden Bedürfnisse nach Harmonie, nach einem wirklich mitmenschlichen Zusammenleben, nach einem konfliktfreien Miteinander, nach Durchschaubarkeit von Entscheidungsprozessen, nach einem gesunden Leben in einer gesunden Natur, also nach einer anderen, besseren Lebensweise.

Angesichts dieser Bewußtseinslage in den alternativen demokratischen Bewegungen und Initiativen und der von daher verschwommenen Sicht der Systemfrage, der Abneigung gegen „fertige“ Problemlösungen, der Ablehnung sogenannter „dogmatischer Denkstrukturen“, muß davon ausgegangen werden, daß das von den GRÜNEN angebotene „neue gesellschaftliche Entwicklungsmodell, innerhalb dessen die Lösungen der vielen einzelnen Sachprobleme nicht bereits festgeschrieben sind“³⁴ – gerade weil es die Möglichkeit läßt, individuell „ausgefüllt“ zu werden –, auf absehbare Zeit in der Lage ist, ein erhebliches Potential als Sympathisanten, Mitglieder und Wähler auf die GRÜNEN zu orientieren.

33 S. dazu: „Diesmal: DIE GRÜNEN – Warum?“, Material der GRÜNEN zur Bundestagswahl 1983.

34 Erhard Müller/Gabriel Falkenberg: Sechs Thesen für eine systemüberwindende Realpolitik, grüner basis-dienst 5/6/84.

Demokratische Wende – Sozialistische Zukunft

Die Programmatik der DKP

Willi Gerns

Programm vom Leben bestätigt – Neue Entwicklungen seit 1978 – Der Sozialismus, die grundlegende Alternative – Der Inhalt einer demokratischen Wende – Verteidigung des Erreichten noch dringender – Neue Möglichkeiten des Kampfes um eine demokratische Wende – Außerparlamentarischer und parlamentarischer Kampf – Stärkung der DKP notwendig

Vor sieben Jahren, im Oktober 1978, wurde auf dem Mannheimer Parteitag das Programm der Deutschen Kommunistischen Partei beschlossen. Darin mündete der Prozeß der Herausarbeitung der Programmatik der Partei, der mit der Erklärung zur Konstituierung der DKP 1968 und der Grundsatzklärung des Essener Parteitages 1969 begann und mit den Thesen des Düsseldorfer Parteitages 1971 fortgesetzt wurde.

Das Programm der DKP ist ein marxistisches Programm. Bei seiner Abfassung war die Partei bemüht, den Anforderungen an ein solches Dokument zu entsprechen. Ein marxistisches Programm muß von den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ausgehen, sich durch Wissenschaftlichkeit und weltanschauliche Klarheit auszeichnen. Es muß die Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen, die mit den Erfordernissen des gesellschaftlichen Fortschritts zusammenfallen. Es muß sowohl bei der Analyse der bestehenden Gesellschaft wie bei den Alternativen die Frage des Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln und das Problem der politischen Macht in den Mittelpunkt stellen. Nur so ist eine exakte Bestimmung der Zukunfts- und Etappenziele der revolutionären Arbeiterbewegung sowie der Wege zu ihrer Verwirklichung möglich.

Zum wissenschaftlichen Charakter eines revolutionären Programms gehört dabei auch, daß es die großen Ideale der Arbeiterbewegung formulieren und einen kühnen Blick in die Zukunft werfen muß, soweit es sich um abgesicherte Prognosen handelt. Es muß zugleich darauf verzichten, Detailaussagen über die Zukunft zu treffen, die noch nicht voraussehbar sind.

Ausgehend von einer Analyse der grundlegenden Entwicklungstendenzen in der Welt und des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der

Bundesrepublik, arbeitet das Programm der DKP die nächsten und weitergehenden Aufgabenstellungen der Partei und die Kräfte heraus, die in der Lage sind, diese zu erreichen. Als unverrückbares Ziel bestimmt das Programm den Sozialismus. Hauptzielsetzung in der gegenwärtigen Etappe ist eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt und das Streben danach, daß diese in grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen mündet. Diese Orientierung ist das Kernstück des Parteiprogramms.

Programm vom Leben bestätigt

Die zurückliegenden Jahre haben die Aussagen des Programms über die Hauptrichtung der internationalen Entwicklung wie über die Lage in der Bundesrepublik selbst bestätigt:

– Die internationale Situation war und ist trotz konterrevolutionärer Attacken und Rückschläge vor allem durch das Erstarken der revolutionären Kräfte sowie durch die weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems gekennzeichnet. Sie bestätigt die im Programm formulierte Grundtendenz der weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus und des gesellschaftlichen Fortschritts, die Einschätzung des Charakters unserer Epoche als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab.

– Die vergangenen Jahre haben nachdrücklich die Programmaussagen über den anhaltend aggressiven Charakter des Imperialismus und die davon ausgehenden Kriegsgefahren unterstrichen. War zum Zeitpunkt des Mannheimer Parteitags die Entspannung in den Beziehungen zwischen den sozialistischen und den imperialistischen Ländern insgesamt gesehen noch die vorherrschende Tendenz, so wurde diese inzwischen mehr und mehr durch die vor allem vom US-Imperialismus ausgehende militant antikommunistische Kreuzzugs-Strategie, durch eine Politik der militärischen Konfrontation und das Anheizen des Wettrüstens untergraben. Diese abenteuerliche Politik des Imperialismus ist Ausdruck seiner historischen Defensive. Sie ist Reaktion auf den Vormarsch des gesellschaftlichen Fortschritts, Versuch, ihn zu blockieren.

– Mit der raschen Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind die wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Potenzen der Bundesrepublik weiter gewachsen. Zugleich haben sich — wie in den anderen kapitalistischen Ländern auch — die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen vertieft. Es ist noch schwieriger geworden, aus den zyklischen Krisentälern herauszukommen. Strukturkrisen stellen die Existenz ganzer Wirtschaftszweige in Frage. Der kapitalistische Mißbrauch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts führt zu einer enormen Zuspitzung des Beschäftigungsproblems. Die Arbeitslosigkeit ist zu einer Massen- und Dauererscheinung geworden. Die Perspektivlosigkeit der jungen Generation wird immer unerträglicher. Die Zerstörung der natürlichen Umwelt durch die kapitalistische Profitwirtschaft geht weiter. In der reichen Bundesrepublik hat sich eine „neue Armut“ entwickelt. All das belegt die Feststellung des Programms, daß die inneren Existenzbedingungen des Imperialismus der Bundesrepublik in zunehmendem

Maße durch tiefgreifende kapitalistische Krisenerscheinungen beeinflußt werden.

Neue Entwicklungen seit 1978

Zugleich haben sich Entwicklungen vollzogen, die 1978 noch nicht zu erkennen waren:

– Mit dem Übergang der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus zur atomaren Konfrontationspolitik ist eine qualitativ neue Lage entstanden, die alle Aufgaben auf neue Weise stellt. Ein Atomkrieg würde alle Zerstörungen, alles Leid vergangener Kriege weit in den Schatten stellen. Mehr noch: Es geht heute um die physische Existenz unseres Volkes, der Völker Europas, ja, der ganzen Menschheit. Die Verhinderung eines atomaren Infernos ist zur grundlegenden Voraussetzung für den Fortbestand der menschlichen Zivilisation und damit auch für den gesellschaftlichen Fortschritt geworden. Friedenskampf ist darum nicht nur die wichtigste humanistische Aufgabe, sondern zugleich die erste Pflicht eines jeden Revolutionärs.

– Auf dem Hintergrund der Gefahren eines Atomkrieges hat die Friedensbewegung einen mächtigen Aufschwung genommen. Sie ist massenhafter und breiter geworden, hat eine neue Qualität erlangt. Mit der begonnenen Stationierung der atomaren Erstschlagswaffen der USA in der Bundesrepublik und der drohenden neuen Runde des Wettrüstens durch die Pläne des US-Imperialismus zur Militarisierung des Weltraums steht die Friedensbewegung vor noch größeren Herausforderungen. Alle Partner dieser Bewegung sind gefordert, ihren Beitrag zur Festigung der Einheit und zur Diskussion um die weitere Orientierung der Friedensbewegung zu leisten.

– Einen tiefen politischen Einschnitt stellt die Ablösung der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung durch eine Rechtskoalition aus CDU/CSU und FDP und die von dieser Regierung betriebene scharfe Rechtsentwicklung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dar.

– Nach dem Regierungswechsel ist es zu einer gewissen Modifikation der Methoden der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung gekommen. Das Schwergewicht wird nunmehr noch stärker auf den Anreiz privater Kapitalakkumulation und die Erhöhung der Selbstfinanzierungsrate der Konzerne zu Lasten staatlicher Investitionen und der Nachfrage der breiten Massen gelegt. Die Reprivatisierung von Staatseigentum soll forciert werden. Das Hauptziel bleibt die Festigung der Macht und die Erhöhung der Profite des Monopolkapitals.

– Auch der mit dem Regierungswechsel verbundene Übergang der SPD in die Rolle einer Oppositionspartei, das stärkere Engagement von Sozialdemokraten in der Friedensbewegung, die Veränderungen in der Politik der SPD in der Friedens- und Abrüstungsfrage sowie ihre Bemühungen, verlorene Positionen in der arbeitenden Bevölkerung zurückzugewinnen, haben eine veränderte Situation geschaffen.

– Neu ist das Wirken der Partei der Grünen, ihre sich, bei aller Widersprüchlichkeit, vollziehende Entwicklung aus einer Einpunkt-Öko-Partei zu einer ra-

dikal-demokratischen Partei mit einem umfassenderen Profil, zu dem auch gewisse antimonopolistische Orientierungen gehören, sowie ihr Einzug in die Kommunal- und Landesparlamente sowie in den Bundestag.

– Mit dem Übergang des Imperialismus zur militärischen Konfrontationspolitik, der Vertiefung der ökonomischen Krisenerscheinungen des Kapitalismus, der Zuspitzung der mit dem kapitalistischen Mißbrauch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verbundenen Probleme und den scharfen Angriffen des Monopolkapitals und der Regierung auf die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen haben sich die Rahmenbedingungen für das Wirken der Gewerkschaften und die Arbeiterkämpfe tiefgehend verändert. Gerade unter diesen Bedingungen waren die Kämpfe um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich im Jahre 1984 von besonderem Gewicht. Die Aufarbeitung und Nutzbarmachung ihrer Erfahrungen für die weiteren Klassenauseinandersetzungen ist von herausragender Bedeutung für die ganze Arbeiterbewegung.

Diese und andere Entwicklungen machen deutlich, daß wir heute, im Vergleich zur Zeit des Mannheimer Parteitags, als das Programm der DKP beschlossen wurde, in vielerlei Hinsicht vor veränderte Kampfbedingungen gestellt sind. Das wirft aber auch die Frage auf, ob das Programm der DKP diesen neuen Bedingungen noch gerecht werden kann.

Natürlich konnten im Programm manche Entwicklungen, die sich in den letzten Jahren vollzogen haben, noch nicht erfaßt werden. Sie waren Gegenstand der Parteitage in Hannover 1981 und in Nürnberg 1984 sowie zurückliegender Parteivorstandstagungen. Sie sind Gegenstand des Entwurfs der Thesen für den bevorstehenden 8. Parteitag der DKP in Hamburg. Wenn das DKP-Programm heute beschlossen würde, würde es darum sicher auch den einen oder anderen zusätzlichen Aspekt und hier und da auch veränderte Formulierungen enthalten. Insgesamt hat dieses grundlegende Dokument jedoch auch unter den veränderten Kampfbedingungen nichts von seiner Gültigkeit verloren.

Der Sozialismus, die grundlegende Alternative

Auf dem Hintergrund der sich verschärfenden Probleme und Widersprüche und der Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, mit ihnen fertig zu werden, verstärkt sich die Suche nach einer anderen Gesellschaft, nach einem anderen Leben, nach alternativen Lebensformen.

Notwendig ist eine Gesellschaft, die den Frieden zwischen den Völkern zum obersten Grundsatz erhebt; die das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit garantiert, die die Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklicht und der Jugend eine gesicherte Perspektive ermöglicht; die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt und Schluß macht mit der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen; die an die Stelle der Wolfsgesetze des Kapitalismus Solidarität und Gemeinschaftssinn setzt, die Demokratie und Selbstbestimmung der Menschen verwirklicht, die hohe Bildung und Kultur gewährleistet; die nicht auf den Profit einer ausbeutenden Minderheit,

sondern auf die immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft orientiert ist. Diese Gesellschaft ist der Sozialismus.

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Der Sozialismus gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. Er ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle des ganzen Volkes“ (aus dem Programm der DKP).

Das DKP-Programm begründet diese radikalste, grundlegende Alternative zum staatsmonopolistischen Herrschaftssystem in unserem Land: eine sozialistische Bundesrepublik und den ausgehend von den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes absehbaren Weg zu diesem Ziel. Es konzentriert sich dabei auf das Wesentliche: auf die Begründung der Notwendigkeit des Sozialismus aus den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen und der Entfaltung der Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus, auf die Herausarbeitung der allgemeinen und darum auch für unser Land unverzichtbaren Merkmale des Sozialismus sowie auf die Darstellung jener konkreten Besonderheiten des Sozialismus in der Bundesrepublik, die bereits heute absehbar sind.

Diese Besonderheiten hängen mit der Geschichte, den Traditionen und Institutionen unseres Landes zusammen. Sie werden in starkem Maße geprägt durch den Umstand, daß die Bundesrepublik eines der am höchsten entwickelten kapitalistischen Länder ist. Der Sozialismus wird bei uns von vornherein auf höher entwickelte Produktivkräfte zurückgreifen und damit einen höheren Lebensstandard des Volkes sichern können. Er wird damit zugleich von Anfang an über bessere Voraussetzungen verfügen, die Wirtschaftsentwicklung mit ökologischen Erfordernissen in Einklang zu bringen.

Die konkreten Formen und Institutionen einer sozialistischen Bundesrepublik werden sicher auch davon beeinflusst werden, daß die Bundesrepublik nunmehr bereits seit längerer Zeit ein Land mit parlamentarischen Institutionen ist, in dem es mehrere Parteien gibt und das eine föderalistische Struktur hat. Von besonderer Bedeutung ist das Wirken starker Einheitsgewerkschaften. Auch solche inzwischen traditionellen Einrichtungen wie die Betriebsräte, aber auch Bürgerinitiativen und demokratische Bewegungen werden das konkrete Bild einer sozialistischen Bundesrepublik mitprägen.

Vieles wird vom internationalen Kräfteverhältnis und davon abhängen, welche Schärfe der Klassenkampf auf dem Weg zum Sozialismus annehmen wird. Wenn es dem arbeitenden Volk gelingt, das Monopolkapital daran zu hindern, gegen das zum Sozialismus strebende Volk blutige konterrevolutionäre Gewaltanwendung zu entfesseln, so wird das zweifellos seine Auswirkungen haben auf die Formen und Methoden des Klassenkampfes, auf die Maßnahmen zur Sicherung des Sozialismus und die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, auf den Zeitraum der sozialistischen Umgestaltung. Ob die sozialistischen Kräfte die Reaktion daran hindern können, zu blutiger Gewalt zu greifen, das hängt neben der weiteren Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und der antiimperialisti-

schen Kräfte vor allem von der Stärke und Geschlossenheit der Arbeiterklasse in unserem Lande, von der Breite und dem Einfluß des Bündnisses der Volkskräfte ab. Vieles deutet darauf hin, daß sich ein solches Bündnis am ehesten formiert, wenn die zum Sozialismus strebenden Kräfte eine Strategie entwickeln, die, ausgehend vom Kampf um die unmittelbaren, nächsten Anliegen, auf grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen gerichtet ist, mit denen der Weg zum Sozialismus geöffnet werden kann.

Im Zentrum des DKP-Programms steht darum die Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Sie umfaßt die nächsten, unmittelbar vor uns liegenden Aufgabenstellungen, die darum auch bereits in vielen Einzelheiten festzumachen sind. Diese Orientierung bleibt die programmatische Antwort auf die in unserem Land bestehende politische und kräftepolitische Situation. Das gilt heute sogar in bestimmter Hinsicht in noch stärkerem Maße als 1978. Haben doch jene Entwicklungen, die die DKP veranlaßten, auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu orientieren, und von denen sich viele damals erst in Keimformen abzeichneten, inzwischen ausgewachsene Gestalt angenommen.

Der Inhalt einer demokratischen Wende

Im Programm heißt es: „Das dringendste Gebot der Zeit – das ist die entschlossene Verteidigung der vom arbeitenden Volk durchgesetzten sozialen und demokratischen Errungenschaften, das ist der aktive Kampf um die Erhaltung des Friedens. Es geht darum, im Ringen um den Schutz des Erreichten die Kräfte zu sammeln und zu entfalten für die Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen, für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Es geht darum, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zu verändern und eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen.“

Und an anderer Stelle wird gesagt: „Mit der Verteidigung der in der Vergangenheit durchgesetzten Errungenschaften kann dem Streben des Monopolkapitals nach einem reaktionären Ausweg aus der Krise begegnet werden. Erfolge im Ringen um die Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte wie um die Festigung des Friedens verbessern die Lage und die Kampfbedingungen des arbeitenden Volkes. Fortschritte bei der Durchsetzung von Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle sowie bei der Überführung von Schlüsselzweigen der Wirtschaft in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum – das sind wichtige Mittel zur Einschränkung der Macht der Monopole, zur Gewinnung von Einfluß der arbeitenden Menschen auf das wirtschaftliche und politische Geschehen.“

Die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt führt zu einer Schwächung des Monopolkapitals. Sie festigt die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Sie läßt breite demokratische Bündnisse entstehen. Sie bedeutet eine spürbare Veränderung des inneren Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte. Sie schafft reale Voraussetzungen dafür, daß das arbeitende Volk die Kraft und

die Entschlossenheit findet, tiefgreifende antimonopolistische Umgestaltungen zu erkämpfen und sich im Klassenkampf schließlich den Weg zum Sozialismus zu öffnen.“

Im Vordergrund des Kampfes um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt steht also zunächst einmal die Verteidigung des Friedens, der sozialen und demokratischen Errungenschaften des arbeitenden Volkes. Dabei wurde bereits auf dem Mannheimer Parteitag unterstrichen, daß diese Orientierung nicht defensiv ist, keine Politik mit dem Rücken an der Wand. Es ist eine offensive Politik, insofern es darum geht, bei der Verteidigung des Erreichten die Kräfte für das weitere Voranschreiten zu sammeln, aus der Verteidigung heraus nächste Schritte durchzusetzen. Im übrigen zeigen alle Erfahrungen des Klassenkampfes, daß es zwischen Verteidigung und Erweiterung keine unübersteigbaren Mauern, sondern ein dialektisches Wechselverhältnis gibt.

Im Programm wird darum ausdrücklich erklärt: „Die DKP erachtet es als möglich und im Interesse der Arbeiterklasse erstrebenswert, daß der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt in eine antimonopolistische Demokratie einmündet.“ Das heißt aber, es geht uns im Kampf um eine Wende nicht nur darum, aus der Verteidigung des Erreichten heraus nächste unmittelbare Schritte nach vorn zu erringen. Vielmehr sieht die DKP in dieser Orientierung auch den Schlüssel, um die Tür für grundsätzliche antimonopolistische Umgestaltungen und im weiteren für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus in unserem Lande aufzumachen.

Verteidigung des Erreichten noch dringender

Unter der von *Kohl* und *Genscher* geführten Bonner Rechtskoalition wird die von der *Schmidt/Genscher*-Regierung eingeleitete Demontage demokratischer, sozialer und entspannungspolitischer Positionen nicht nur einfach weitergeführt. Vielmehr vollzieht sich gegenwärtig auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine regelrechte Wende nach rückwärts.

Diese Regierung unterstützt die Stationierung der neuen US-Atomraketen und Marschflugkörper in unserem Lande sowie die Pläne des US-Imperialismus zur Militarisierung des Weltraums; eigene Hochrüstungprogramme werden vorangetrieben. Revanchistische Positionen gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Ländern werden belebt. Aus dem Abbau sozialer Errungenschaften ist geradezu ein sozialer Kahlschlag zugunsten der Rüstungsfinanzierung und der Steigerung der Profite des Großkapitals geworden. Entwicklungen zum Polizei- und Überwachungsstaat werden vorangetrieben. Unter dem Stichwort einer „geistigen Wende“ wird der Angriff auf die freie Entfaltung des geistigen und kulturellen Lebens geführt. Es werden Leitbilder propagiert, die den Kampf um die Frauenbefreiung abblocken sollen, Unternehmerherrschaft und rigorose Profitmacherei verherrlichen und den Antikommunismus zur Staatsdoktrin erheben. All das macht die Verteidigung des in der Vergangenheit Erreichten als Ausgangspunkt des Ringens um eine

Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt heute noch dringender als 1978.

Nun ist eine solche Wende als strategische Gesamtkonzeption unter der gegenwärtigen Regierungskonstellation und bei dem gegebenen Kräfteverhältnis sicherlich nicht zu verwirklichen. Allerdings sind auch unter diesen Bedingungen erfolgreiche Verteidigungskämpfe möglich. Das wird zum Beispiel dadurch bestätigt, daß die demokratische Bewegung die Pläne der Rechtskoalition zur Volksaushorchung oder das Vorhaben, Steuerhinterziehung durch das Großkapital zugunsten von Parteienbestechung zu amnestieren, zunächst einmal stoppen konnte. Auch in der Auseinandersetzung um den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, um das „Schlesier-Treffen 1985“ mit seinem provokatorischen Motto konnte die Rechtskoalition in die Defensive gedrängt werden.

Bei entsprechendem Druck ist es in einzelnen Bereichen sogar denkbar, daß bestimmte Schritte nach vorn durchgesetzt werden können. Kämpfe, noch dazu erfolgreiche, sind zugleich der Weg, auf dem die Kräfteverhältnisse zugunsten der demokratischen Kräfte verändert werden können. Damit können aber auch Voraussetzungen zur Ablösung der Rechtskoalition geschaffen und so wiederum die Bedingungen für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt verbessert werden. Darin besteht heute die Dialektik des Kampfes um den gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Lande.

Darum stellt sich die Frage: Was sind im Rahmen der im Programm der DKP entwickelten Forderungen für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt jene Bereiche, in denen sich unter den gegebenen Bedingungen wahrscheinlich Verteidigungskämpfe und möglicherweise auch Auseinandersetzungen um Schritte nach vorn entwickeln werden?

Ein Hauptfeld dieser Auseinandersetzungen ist und bleibt ganz gewiß der Kampf um eine Wende von der Hochrüstung zur Abrüstung. Für die Friedenskräfte der ganzen Welt steht dabei heute die Aufgabe im Vordergrund, die Pläne der US-Administration zur Militarisierung des Weltraums zu verhindern. In unserem Lande bleibt zudem die Forderung nach Stopp und Rückgängigmachung der Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenwaffen der USA eine ganz zentrale Frage. Zugleich geht es um die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, um die Beseitigung der chemischen Waffen, um Schritte zur Verminderung der Militärausgaben, der Truppen und Rüstungen, um die Verhinderung der Pläne zur Verlängerung der Wehrpflicht. Durch Schritte zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung können auch Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Teilung des europäischen Kontinents in sich gegenüberstehende Militärböcke zu überwinden.

Der Kampf um Frieden und Abrüstung ist das Schlüsselproblem im Ringen um eine demokratische Wende. Stellt doch die atomare Konfrontationspolitik des Imperialismus nicht nur den Fortschritt, sondern buchstäblich die physische Existenz unseres Volkes in Frage. Sie ist zugleich eine der Hauptursachen für den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte. Hinzu kommt, daß in der Friedensbewegung schon heute das größte und breiteste Kampfpotential in Bewegung ist.

Ein weiteres Hauptfeld der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist und bleibt der Kampf um Arbeit. Die Massenarbeitslosigkeit ist auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik zum vorrangigen Problem geworden. Sie spitzt sich auf dem Hintergrund der zyklischen und strukturellen Krisen im Kapitalismus weiter zu und kann beim heutigen Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts selbst in Perioden wirtschaftlichen Wachstums unter kapitalistischen Bedingungen nicht mehr überwunden werden. Unter diesen gesellschaftlichen Verhältnissen kann es darum zunächst nur um eine Wende von wachsender Massenarbeitslosigkeit zum Abbau der Arbeitslosigkeit gehen.

Zentrale Frage ist und bleibt der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Notwendig sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Lehrstellennot. Immer dringender wird ein umfassendes Beschäftigungsprogramm und der Einsatz der dafür bereitgestellten Mittel im sozialen Wohnungsbau, für Alternativenergien, im Gesundheits- und Bildungswesen, bei den sozialen Diensten, im Umweltschutz und für andere Bereiche des qualitativen Wachstums. Angesichts des raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritts wird zudem das Ringen um Rationalisierungsschutzabkommen ein Kampffeld von zunehmender Bedeutung.

Die Erfahrungen des Kampfes um die 35-Stunden-Woche, vor allem um die Umsetzung der erreichten Kompromisse, unterstreichen nachdrücklich die Notwendigkeit einer wirksamen Mitbestimmung der Belegschaften und Gewerkschaften. Notwendig ist eine Investitionskontrolle im Interesse der arbeitenden Menschen, die Verstaatlichung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft bei demokratischer Kontrolle.

Die Diskussion um die Verstaatlichung bei demokratischer Kontrolle hat im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzproblematik besonders in der Stahl- und Werftindustrie einen neuen Anstoß bekommen. Dabei hätte sicherlich bei der Beschlußfassung über das Programm der DKP 1978 keiner der Delegierten zu prophezeien gewagt, daß gerade diese im Programm für bestimmte Wirtschaftszweige als schon sehr weitgehende Maßnahme einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt entwickelte Forderung so schnell aktuelle Bedeutung erlangen könnte.

Als weitere im Programm der DKP formulierte Felder im Ringen um eine demokratische Wende, auf denen sich unter den gegebenen Bedingungen Verteidigungskämpfe und möglicherweise hier und da auch Auseinandersetzungen um Schritte nach vorn entfalten können, sollen hier der Kürze wegen nur noch die vielfältigen Bereiche des sozialen Kahlschlags und der „neuen Armut“, des Abbaus demokratischer Rechte, der kulturellen und geistigen Freiheiten, die Frauenfrage und der Umweltschutz genannt werden.

Neue Möglichkeiten des Kampfes um eine demokratische Wende

Der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, so verstanden, ist heute nicht nur noch notwendiger als 1978, sondern es gibt

auch neue Möglichkeiten dafür. Vor allem haben wir es mit einer neuen Qualität des außerparlamentarischen Kampfes zu tun.

Das gilt insbesondere für die Entwicklung der Friedensbewegung. Sie ist zur größten und breitesten demokratischen Massenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik geworden. Sie reicht heute von Arbeitern und Angestellten über Intellektuelle, Bauern und Handwerker bis zu einzelnen Bundeswehroffizieren und Teilen der Bourgeoisie. Sie umfaßt Kommunisten und Sozialdemokraten, Grüne und Alternative, Liberale und Christen und zählt selbst Mitglieder der CDU/CSU zu ihren Mitstreitern. Natürlich gibt es bei dieser Breite der Bewegung auch ideologische Differenzen und Meinungsverschiedenheiten. Die Stärke der Friedensbewegung besteht darin, daß sie über alle Widersprüche hinweg immer wieder zum gemeinsamen Handeln für die gemeinsamen Anliegen zusammenfindet. Von großem Gewicht für das Erstarren der Friedensbewegung war und ist das Aufeinanderzugehen von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung. Ausdruck dafür ist auch das gewachsene gewerkschaftliche Friedensengagement sowie die Entwicklung der betrieblichen Friedensinitiativen.

Die Friedensbewegung hat Millionen Menschen in Bewegung gebracht. Sie hat erreicht, daß die Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenwaffen der USA in der Bundesrepublik von der Mehrheit unseres Volkes abgelehnt wird. Sie hat zu tiefen Veränderungen im Denken großer Teile der Bevölkerung geführt. Das ist nicht nur für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung, sondern auch für die Entfaltung anderer demokratischer Bewegungen von großer Bedeutung. So haben unter dem Einfluß der Friedensbewegung auch der Kampf gegen den Polizei- und Überwachungsstaat sowie die antifaschistische Bewegung neue Impulse erhalten.

Mit den Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich haben die Arbeiterkämpfe einen neuen Aufschwung genommen. Große Teile der Arbeiterklasse haben gestreikt, wurden ausgesperrt, haben an Massendemonstrationen und Kundgebungen teilgenommen. In diesen Auseinandersetzungen sind die unversöhnlichen Gegensätze von Arbeit und Kapital aufeinandergeprallt. Die Rolle der Regierung und der Massenmedien als Werkzeuge des Großkapitals ist deutlicher geworden. Millionen Arbeiter haben gelernt, daß man für die Durchsetzung seiner Interessen kämpfen und solidarisch zusammenstehen muß. So wurden elementare Klassenerfahrungen gesammelt. Diese können nicht nur in den kommenden Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Arbeitszeit und den anderen Klassenkämpfen zum Tragen kommen, sondern auch bei dem Bemühen genutzt werden, die Arbeiterklasse in stärkerem Maße in demokratische Bewegungen einzubeziehen.

Unter dem Gesichtspunkt der kräftepolitischen Voraussetzungen für das erfolgreiche Ringen um die Einleitung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt kommt vor allem auch den Entwicklungen in den Gewerkschaften eine herausragende Bedeutung zu. Einerseits sind die Gewerkschaften noch ungenügend auf die neuen Kampfbedingungen angesichts der Krise und der mit dem raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt verbunde-

nen Probleme eingestellt. Das äußert sich für den DGB insgesamt auch in gewissen Rückschlägen bei der Mitgliederentwicklung. Nach wie vor haben die sozialpartnerschaftlich orientierten Kräfte, insbesondere in den Führungen einiger Gewerkschaften, starken Einfluß. Andererseits ist die Kampfbereitschaft von Teilen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse und das Engagement von Gewerkschaftern in der Friedensbewegung größer geworden. Es zeichnet sich ein wachsendes Potential unzufriedener, sich an Klassenpositionen ausrichtender Gewerkschafter ab. Die positiven Entwicklungen in der Haltung der Gewerkschaften zur Friedensbewegung, die Aktivitäten im Kampf um die 35-Stunden-Woche und andere sind nicht zuletzt ein Ergebnis der vorwärtsdrängenden Positionen dieses Potentials.

Neue Möglichkeiten des Kampfes um eine demokratische Wende werden auch mit den Veränderungen sichtbar, die sich auf dem Feld der politischen Parteien vollzogen haben. Nach dem Regierungswechsel in Bonn und dem Erfolg der CDU/CSU bei den letzten Bundestagswahlen deutet inzwischen manches auf eine gewisse Abschwächung des Einflusses dieser Parteien hin. Der Konsens zwischen den etablierten Parteien, der in den sechziger und siebziger Jahren ein wichtiger Faktor der politischen Stabilität des Herrschaftssystems in der Bundesrepublik war, beginnt – trotz aller Bemühungen rechter Flügelleute in der SPD um Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU – in einigen Fragen ernsthaft zu bröckeln. Es ist gelungen, größere Teile der Sozialdemokratie in die Friedensbewegung und die sozialen Bewegungen einzubeziehen. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und demokratische Bündnisse sind damit vorangekommen. Von großer Bedeutung ist vor allem auch die Entwicklung der grün-alternativen Bewegung, die ein zahlreiches Protestpotential auf sich vereinigen kann, sowie das Aufbrechen des Kartells der etablierten Parteien in den Parlamenten durch die Grünen bis hin zum Einzug in den Bundestag.

Was die DKP betrifft, so haben wir in den zurückliegenden Jahren unseren parlamentarischen Einfluß insgesamt gesehen nicht erweitern können, sondern sogar Stimmenverluste hinnehmen müssen. Der Aufschwung demokratischer Bewegungen, an denen die DKP durch ihr partnerschaftliches Mitwirken, durch ihren organisierenden und initiativen Beitrag keinen geringen Anteil hat, hat sich parlamentarisch vor allem bei der SPD und den Grünen niedergeschlagen. Die DKP ist jedoch stärker geworden durch ihre festere Verankerung in den Arbeiterkämpfen und demokratischen Bewegungen, durch neue Kampferfahrungen und auch durch die Gewinnung neuer Mitstreiter. Nicht wenige von der DKP entwickelte friedenspolitische, soziale und demokratische Forderungen sind zum Anliegen breiter demokratischer Kräfte geworden.

Wenn wir davon sprechen, daß der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt heute noch notwendiger ist als zur Zeit der Beschlußfassung über das Parteiprogramm der DKP und zugleich hervorheben, daß auch die kräftepolitischen Voraussetzungen für diese Aufgabe gewachsen sind, so übersehen wir natürlich nicht die neuen Schwierigkeiten, die sich aus dem Regierungsantritt der Rechtskoalition ergeben. Doch können,

wie die Praxis zeigt, bei entsprechendem Druck der demokratischen Kräfte auch ihrem Handlungsspielraum Grenzen gesetzt werden. Auch eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung muß auf das Friedens- und demokratische Bewußtsein einer großen Mehrheit unseres Volkes, auf die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Gruppen des Großkapitals, auf die internationalen Kräfteverhältnisse, auf die außerparlamentarischen Bewegungen, die auch in die Regierungsparteien hineinwirken, Rücksicht nehmen. Für die Gegner der Rechtskoalition erwächst aus dieser Erkenntnis die Aufgabe, eine Strategie zu entwickeln, die durch die Zusammenführung der Kräfte links von der CDU/CSU und immer intensivere Druckentfaltung auf den entscheidenden Feldern der gesellschaftlichen Auseinandersetzung die Rechtskoalition in die Defensive treibt und so Voraussetzungen schafft für deren Ablösung und für die Einleitung einer demokratischen Wende.

Außerparlamentarischer und parlamentarischer Kampf

Für die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt mißt die DKP – wie es im Parteiprogramm heißt – „dem außerparlamentarischen Kampf... entscheidende Bedeutung bei“. Zugleich betonen wir: „In der Politik der DKP verbindet sich der außerparlamentarische Kampf eng mit dem Streben um die Veränderung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses zugunsten der arbeitenden Menschen, um die Erringung und Stärkung fortschrittlicher Positionen in den Parlamenten.“

Aus dieser Erkenntnis heraus hat die DKP auf ihrem Hannoverschen Parteitag auf die Stärkung der parlamentarischen Positionen der DKP orientiert und zugleich ihre Vorstellungen für breite demokratische Wahlbündnisse unterbreitet. Das Eintreten für breite demokratische Wahlbündnisse ist darum für die DKP keine Frage der Konjunktur, sondern ein Bestandteil der strategischen Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Einen wichtigen Schritt nach vorn sehen wir in diesem Zusammenhang in den Kandidaturen der „Friedensliste“. Wir sehen darin eine Möglichkeit zur parlamentarischen Sammlung jener Kräfte links von der CDU/CSU, die sich nicht von der SPD und den Grünen vertreten sehen. Das Einbringen dieses Potentials in die parlamentarischen Auseinandersetzungen stärkt die Kräfte links von der CDU/CSU.

Zugleich ringt die DKP um parlamentarische Positionen für die eigene Partei, heute vor allem auf der kommunalen Ebene. Diese Orientierung steht keineswegs im Gegensatz zu unserem Bemühen um breite Wahlbündnisse. Die Erfahrung zeigt vielmehr, daß wir Kommunisten, die wir besonders entschieden für breite demokratische Wahlbündnisse eintreten, bei diesem Bemühen um so erfolgreicher sind, je stärker unser eigener parlamentarischer Einfluß ist, den wir einbringen können.

Wir verstehen den Kampf um eine demokratische Wende als einen Prozeß des Ringens um die Veränderung der Kräfteverhältnisse in unserem Lande. Und in diesem Prozeß beginnt – wie es im Programm heißt – alles mit dem Nächstliegenden. Das Nächstliegende im außerparlamentarischen Kampf,

das ist heute die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums, der Stopp und die Rückgängigmachung der Stationierung der atomaren Erstschlagswaffen in unserem Land, die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Abwehr der sozial-reaktionären Kahlschlagpolitik und die Verteidigung demokratischer Rechte. Diese Aufgaben verwirklichen, hieße – ausgehend von den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes, und bei ihnen muß die Wende ansetzen –, Schritte einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt einzuleiten. Das gilt um so mehr, als sich im Ringen um die Lösung dieser Aufgaben das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte entwickelt, günstigere Kräfteverhältnisse für die Lösung weitergehender Aufgaben geschaffen werden. Und wenn es gelänge, die in Bonn etablierte Rechtskoalition durch eine links von ihr stehende Parlamentsmehrheit abzulösen, dann wäre das auf dem parlamentarischen Feld, ausgehend von der heutigen Situation, das Nächstliegende im Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

Stärkung der DKP notwendig

Wenn wir auch keine abstrakten Modelle über den Verlauf einer demokratischen Wende konstruieren, so wird man doch schon heute feststellen können, daß in dem Maße, wie im Zuge ihrer Entfaltung die Auseinandersetzungen um weitergehende, antimonopolistische Umgestaltungen in den Vordergrund rücken, auch das Wirken von Kommunisten als Abgeordnete in den Parlamenten immer notwendiger wird. Und eine antimonopolistische Demokratie ist sicher nicht denkbar, ohne daß Kommunisten im Bundestag und sogar in einer antimonopolistischen Koalition mitwirken. Dabei wird es von den konkreten Bedingungen abhängen, ob Kommunisten auf eigenen Listen ihrer Partei oder als Partner auf den Listen eines breiten antimonopolistischen Wahlbündnisses in die Parlamente einziehen.

In jedem Fall ist das Wirken und Erstarken der DKP – im außerparlamentarischen Kampf wie im Ringen um parlamentarische Positionen – unerläßlich für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Ihre Einleitung und Entfaltung hängt ganz maßgeblich von der Aktivität der Arbeiterklasse ab. Wobei diese ihre Kraft um so stärker in die Waagschale der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werfen kann, je einheitlicher sie handelt.

Die DKP ist jedoch die einzige Partei, die sich uneingeschränkt als Partei der Arbeiterklasse versteht, die sich konsequent von den Gegenwarts- und Zukunftsinteressen dieser Klasse leiten läßt und unbeirrbar um ihre Aktionseinheit ringt. Sie ist zugleich jene Partei, die sowohl auf dem Felde des außerparlamentarischen Kampfes wie im Ringen um parlamentarische Veränderungen am entschiedensten für die Formierung breiter Bündnisse eintritt. Die DKP leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Zusammenführung der Arbeiterbewegung mit anderen demokratischen und sozialen Bewegungen.

In den politischen Vorstellungen vieler Sozialdemokraten, bei Linksliberalen, bei den Grünen und Alternativen finden sich viele Teilaspekte, die Bestandteil einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt sein können. Wir Kommunisten tun alles, um diese zum Ausgangspunkt des gemeinsa-

men Handelns zu machen. Zugleich ist es kein Ausdruck von Überheblichkeit, wenn wir feststellen, daß die DKP als einzige politische Partei über eine umfassende strategische Orientierung für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt verfügt und diese organisch mit ihrer weitergehenden Politik grundlegender antimonopolistischer Umgestaltungen und ihrem sozialistischen Ziel verbindet. Die Gewinnung von wesentlich mehr Mitstreitern für die DKP und im weiteren ihre Entwicklung zur Massenpartei ist darum unerläßlich für die Herbeiführung einer demokratischen Wende, für grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen, für die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik.

Wenn wir hervorheben, daß die im Programm der DKP entwickelte strategische Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt gerade unter den jetzigen Bedingungen die programmatische Antwort auf die politische und kräftepolitische Situation in unserem Lande ist, so bedeutet das natürlich nicht, die DKP hätte schon alles an Politik, und wir brauchten nicht mehr nachzudenken. Vielmehr müssen wir viele neue Überlegungen anstellen, wie wir in dieser neuen Situation unsere Politik konkretisieren und weitertreiben. Das war das Anliegen der zurückliegenden Parteitage. Das wird Gegenstand unseres nächsten Parteitages im Mai 1986 in Hamburg sein.

Die Entwicklungen und Bewegungen seit der Beschlußfassung über das Parteiprogramm haben wichtige neue Erfahrungen gebracht, die festgehalten und verallgemeinert werden müssen. Sie haben neue Fragen aufgeworfen, die Antworten verlangen. Wir wollen versuchen, diese Arbeit mit den Thesen zum Hamburger Parteitag zu leisten, deren Entwurf wir neun Monate lang in der ganzen Partei sowie mit Kollegen und Freunden in den Betrieben, Gewerkschaften und demokratischen Bewegungen diskutieren und vervollkommen wollen.

Dabei erhebt die DKP nicht den Anspruch, alle neuen Fragen zu stellen, sie erschöpfend und ein für allemal zu beantworten. Wir wollen vielmehr mit unserem Programm und den sich darauf gründenden Thesen zum Hamburger Parteitag – ausgehend von unserem heutigen Erkenntnisstand – einen Beitrag zur Diskussion der linken und demokratischen Kräfte über die nächsten Aufgaben und über die Zukunft der Bundesrepublik leisten.

Der Streit in den Kirchen um die Zukunft*

Heinrich Werner

1. Kirchen als Barometer der gesellschaftlichen Entwicklung — 1.1 Der Griff der Herrschenden nach religiöser Ideologie — 1.2 Zukunftsorientierte Radikalisierung des Glaubens — 2. Der Konflikt — 2.1 Der innerkirchliche Streit — 2.2 Christen und Marxisten — 2.3 Die Lage in der BRD — 3. Die Dämme brechen

1. Kirchen als Barometer der gesellschaftlichen Entwicklung

Kirchen sind keine gesellschaftlichen Gruppen mit klar umrissenen Grenzen. Sie erheben den Anspruch, nicht Organisationen bestimmter Klassen oder Schichten zu sein. Sie wollen vielmehr das „eine Volk Gottes“ aus allen Bereichen der Gesellschaft sammeln. Das Evangelium überwindet alle Grenzen der Nationen, der Kulturen, des gesellschaftlichen Standes, ja sogar der Geschlechter, wie es im Brief des Paulus an die Galater heißt: „Hier ist kein Jude noch Grieche, hier ist kein Knecht noch Freier, hier ist kein Mann noch Weib; denn ihr seid alle einer in Christus Jesus.“ (Gal. 3, 28)

Aber was bedeutet das? Jahrhundertlang war es nahezu ungebrochene Überzeugung in den Kirchen, daß es unter dieser Prämisse in ihren Reihen keinen Konflikt geben dürfe. Wo der Geist Christi herrsche, müsse Harmonie alles und alle erfüllen. Und so wurde es zur selbstverständlichen Praxis, daß sich jeder der herrschenden Meinung unterzuordnen habe, daß also der Unfreie sich dem Freien beugte, das Weib dem Mann das Befehlen nicht streitig machte — damit die Einheit im Geist Christi nicht verlorengehe. In unserer Gegenwart ist dieses Modell von Harmonie gründlich in Frage gestellt. Denn wenn vor Gott alle gleich sind — so steht die Hauptfrage heute in den Kirchen —, wie kann dann die Herrschaft von Menschen über Menschen noch fortbestehen? Wie kann also hingenommen werden, daß diese Kirche für den Fortbestand von Verhältnissen eintritt, in denen die Ungerechtigkeit herrscht?

Wer das kirchliche Leben realistisch zur Kenntnis nimmt, der wird feststellen, daß diese Fragestellungen in vielfältigen Formen auf allen Ebenen — in den Gemeinden, Akademien, Synoden, Kirchenleitungen und wo auch immer — die Auseinandersetzungen bestimmen. Das ist ein Symptom dafür, daß die faktische Klassenbindung der Kirchen, die über Jahrhunderte hinweg im wesentlichen unangefochten geblieben war — obwohl diese Bindung in Worten stets heftig abgestritten wurde —, heute effektiv zu bröckeln beginnt. Diese

* Dieser Beitrag ist Prof. Dr. Hanfried Müller an der Humboldt-Universität in Berlin/DDR, der als christlicher Theologe im Sozialismus lebt und denkt, zu seinem 60. Geburtstag gewidmet.

Erscheinung ist nicht vorübergehender Natur und nicht Ergebnis zufälliger Faktoren. Vielmehr widerspiegelt sich in diesen innerkirchlichen Auseinandersetzungen die Veränderung im Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte, die die Zukunft bestimmen werden. Da in den Kirchen alle gesellschaftlichen Gruppierungen vertreten sind und — bewußt oder unbewußt — um Legitimation ihrer Interessen ringen, kann der Streit in den Kirchen um die Zukunft als Barometer der gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet werden.

1.1 Der Griff der Herrschenden nach religiöser Ideologie

Der Kampf um die Köpfe der Menschen, der in unserer geschichtlichen Periode des Umbruchs auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens geführt wird, tobt in den Kirchen in besonders zugespitzter Form. In diesen ideologischen Auseinandersetzungen wird deutlich, daß gegenwärtig der Griff nach dem Bewußtsein religiös gebundener Menschen für die Machteliten unserer kapitalistischen Gesellschaft eine immer stärker werdende Dringlichkeit gewonnen hat. Dieses Faktum widerspiegelt den krisenhaften Charakter unserer Epoche: Den Monopolen, Zentren der weltweiten Ausbeutung und Bedrohung des Lebens, gelingt es nicht mehr, ihr Handeln rational zu begründen. Deshalb müssen sie den Versuch unternehmen, die Begründungen für ihre Herrschaftsausübung aus der Sphäre des Irrationalen zu beziehen. Die Repräsentanten der monopolistischen Herrschaft greifen dabei auf Kategorien eines christlichen Glaubens zurück, der noch ganz auf die Erwartung eines „besseren Jenseits“ orientiert war. Dieser Rückgriff hat ein positives, sogar mobilisierendes Echo bei jenen Christen zur Folge, die sich den althergebrachten religiösen Vorstellungen in romantischer Verklärung vergangener Frömmigkeitsformen verbunden fühlen. Dies sind im wesentlichen die Mittelschichten, die ihre Existenz durch die rasante gesellschaftliche Entwicklung bedroht sehen. Der hier wirkende Mechanismus ist einfach zu durchschauen: Die objektiv gegebene Bedrohung der eigenen Existenzgrundlagen, eine Folge der zunehmenden Konzentration und Monopolisierung in der kapitalistischen Wirtschaft, die durch die unkontrolliert stürmische Einführung neuer Technologien zusätzlich dramatisiert werden, wird nach außen transponiert, indem die sozialistische Gesellschaft als der wirkliche Herd der Bedrohung ausgemacht wird. Da der Sozialismus ohne Rückgriff auf das Irrationale und ohne religiöse Verbrämung auskommt, sich vielmehr rational als wissenschaftliche Weltanschauung — also „atheistisch“ — präsentiert, wird der Antagonismus zwischen Kapitalismus und Sozialismus als „Endkampf“ zwischen Religion und Materialismus oder zwischen „Gut und Böse“ dargestellt.

Vor allem die gegenwärtige US-Administration spielt dieses Instrument mit einer gewissen Meisterschaft. Die Rede, die *Ronald Reagan* am 8. März 1983 vor der Nationalen Vereinigung der Evangelikalen in Orlando/Florida hielt, ist ein prägnantes Beispiel dafür. „All unser materieller Wohlstand und all unser Einfluß ist auf unseren Glauben an Gott und die Grundwerte, die aus diesem Glauben folgen, gegründet.“ Das gibt den Hintergrund, sich selbst als Messias darzustellen: „Ich glaube, daß ER begonnen hat (seitdem er, *Reagan*,

Präsident ist; H. W.), unser gesegnetes Land zu heilen . . . Die Amerikaner wenden sich wieder Gott zu. Der Kirchenbesuch ist gestiegen. Die Leserschaft für religiöse Bücher und die Zuhörerzahl für Rundfunksendungen wachsen . . . Die Amerikaner haben sich entschieden, einen langen Niedergang zu stoppen, und heute sieht unser Land eine Wiedergeburt von Freiheit und Glauben . . . eine große nationale Erneuerung.“¹

Jerry Falwell, ein reaktionärer Evangelist, der mit seiner „Fernsehkirche“ die verunsicherten Mittelschichten an sich zieht und *Reagans* wichtigster Propagandist ist, sagte 1980 in einer seiner Fernsehpredigten: „Wir sind eine Nation unter Gott. Gott selbst hat diese Nation geschaffen. Und ich glaube, daß das letzte Ziel, das Gott durch diese Nation erreichen will, die Evangelisation der ganzen Welt ist.“² Dies ist die Proklamation, unter „christlichem“ Vorzeichen die Welt beherrschen zu wollen. In dieser Weltsicht ist der Entscheidungskampf mit der Gegenmacht unausweichlich.

Der abgrundtiefe Zynismus dieser religiösen Ideologie kommt zutage, wenn die christliche Auferstehungshoffnung zur Beschwichtigung der Angst vor dem Untergang mißbraucht wird. Wohin die völlige Entmaterialisierung des christlichen Glaubens und seine Entrückung in ein „göttliches“ Jenseits führen, verdeutlicht die Argumentation eines evangelischen Militärdekans und Dozenten am Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz: „Auch wenn Himmel und Erde vergingen, wenn das Leben von Pflanzen, Tieren und Menschen auf dieser Erde in apokalyptischer Weise beendet wäre, wenn Feuer den Erdboden verglühte und Strahlung die Ozonschichten des Himmels zerstörte, wenn alles das einträfe, was viele Menschen in den Gemeinden befürchten, weil tatsächlich nicht sicher ist, daß Menschen die Energien, über die sie verfügen, nicht auch mißbrauchen, dann gilt dennoch weiter die Botschaft vom Sieg des Christus und vom Leben über den Tod hinaus. Christi Wort gilt unabhängig von menschlichen Werken: ‚Himmel und Erde werden vergehen; meine Worte aber werden nicht vergehen.‘ Das Wissen vom Leben über den Tod hinaus auch in der atomaren Apokalypse mindert meine Angst vor diesem möglichen Vergehen von Himmel und Erde.“³

In der Ära *Reagan* ist man in den USA sehr aktiv geworden, die religiös-ideologische Absicherung der reaktionären Zielsetzungen systematisch anzugehen. Von Regierungsseite wurde beispielsweise das „Institut für Religion und Demokratie“ gegründet. Und selbst der Zusammenschluß der Monopole, das „American Enterprise Institute“, gründete eine „theologische Abteilung“, die von einem gewissen *Michael Novak* geleitet wird. Ziel dieser Gründung ist es, Existenz und Wirken der multinationalen Konzerne „christlich“ zu begründen. Dabei ist man sich nicht zu gut auch für die abwegigsten Konstruktionen. So schreibt *Novak*: „Für viele Jahre war einer meiner liebsten Texte aus der Schrift Jesaja 53, 2-3: ‚Keine Gestalt besaß er, noch Schönheit; wir

1 Zit. n.: Dorothee Sölle, Widerstand ist der wahre Name des Glaubens, in: NEUE STIMME 7/84, S. 18.

2 Zit. n.: Carl Ordnung, Gegen Bibelmißbrauch im kalten Krieg, in: NEUE STIMME 4/85, S. 23.

3 Zit. n.: Süddeutsche Zeitung, 18. 11. 1983.

schauten, und es war kein Anblick, daß wir sein begehrten. Verachtet war er und von den Menschen gemieden, ein Mann von Schmerzen, leiderfahren; wie einer, vor dem man sein Angesicht verhüllt, verabscheut, von niemand beachtet.⁷ Ich möchte diese Worte auf die moderne Business Corporation anwenden, eine außerordentlich verachtete Inkarnation von Gottes Gegenwart in dieser Welt“.⁴ Man reibt sich die Augen, aber was da steht, ist ernst gemeint: *Novak* sieht in den kapitalistischen Konzernen die Träger des Auftrags Christi, in ihnen ist Christus gegenwärtig, und an sie ergeht der Auftrag: „Geh hinaus in die Welt der täglichen Arbeit, um den Frieden und die Liebe Christi dorthin zu tragen.“⁵

Selbstverständlich ist eine solche Ideologisierung des Evangeliums nicht auf die USA beschränkt. Ähnliche und gleiche Gedankenführungen wären auch aus dem Bereich des Wirtschaftsrates der CDU oder aus den Reihen der katholischen und evangelischen Unternehmerzusammenschlüsse anzuführen. Dies ist keine neue Erscheinung. Sie war vielmehr über Jahrhunderte hinweg — spätestens seit der „Konstantinischen Wende“ im 4. Jahrhundert — ein tragendes Prinzip der Herrschaftsausübung. Neu hingegen ist die Qualität der Gegenkräfte.

1.2 Zukunftsorientierte Radikalisierung des Glaubens

Die Frontenbildung unserer Gegenwart zieht sich quer durch alle Konfessionen und ist nicht an bestimmte Glaubensbekenntnisse gebunden. Der immer lauter werdende Ruf nach Frieden und Gerechtigkeit ertönt aus christlichen Gemeinden aller Kontinente. Darin widerspiegelt sich die zunehmende Erkenntnis, daß die Herrschaft von Ausbeutung und Elend kein gottgewolltes Schicksal ist, sondern Resultat ungerechter menschlicher Ordnung. Auch Christen nehmen zur Kenntnis, daß die großen Monopole nach weltweiter Herrschaft greifen und daß damit auch die Klassenkämpfe weltweiten Charakter annehmen. Die Benachteiligten dieser Erde werden durch diese weltweiten Klassenkämpfe auf die aktivierenden Potenzen ihres Glaubens geworfen. Die Verströmungen auf ein Jenseits verwandeln sich in diesem Prozeß in Kampf für ein menschenwürdiges Diesseits.

Diese Neuorientierung, das Umpolen von einer „Theologie von oben“ in eine „Theologie von unten“, ist nicht mehr Sache von einzelnen, kleinen kirchlichen Gruppen oder Sekten. Was vielmehr über Jahrhunderte unter dem Etikett „Häresie“ in den Untergrund verbannt war, drängt heute offen an die Oberfläche, bestimmt die innerkirchliche Diskussion und erhebt Anspruch auf Orthodoxie. Die Bergpredigt Jesu und die Grundaussagen der biblischen Verkündigung bekommen eine neue Sprengkraft. Das macht die neue Qualität des gegenwärtigen Prozesses in den Kirchen aus und schlägt sich auch in den Dokumenten der weltweiten Ökumene nieder.

4 Zit. n.: Franz J. Hinkelammert, Die Politik des „totalen Marktes“, in: NEUE STIMME 7/84, S. 13.

5 Ebd.

Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (der Zusammenschluß von über 300, also fast aller, anglikanischen, orthodoxen und protestantischen Kirchen der Welt) in Vancouver verabschiedete 1983 eine „Botschaft an die Kirchen“, in der es heißt: „Wir erneuern unser Engagement für Gerechtigkeit und Frieden. Da Jesus Christus das ganze Leben heilte und forderte, sind wir aufgerufen, dem Leben aller zu dienen. Wir sehen, wie Gottes gutes Geschenk von den Mächten des Todes zerstört wird. Ungerechtigkeit verleugnet Gottes Gaben der Einheit, des Teilens und der Verantwortung. Wenn Völker, Gruppen oder Systeme die Macht haben, über das Leben anderer Menschen zu entscheiden, dann lieben wir diese Macht. Gott aber will, daß die Macht geteilt wird, daß sie jedem Menschen geschenkt wird. Ungerechtigkeit verdirbt die Mächtigen und entstellt die Machtlosen. Immerwährende, hoffnungslose Armut ist das Schicksal von Millionen Menschen, weggenommenes Land ist die Ursache von Verbitterung und Krieg, die Vielfalt der Rassen wird zu bösen Gefängnismauern des Rassismus. Wir brauchen dringend eine neue Weltwirtschaftsordnung, in der die Macht geteilt wird und niemand sie an sich reißt. Wir sind verpflichtet, dafür zu arbeiten.“

Dies ist sicherlich kein revolutionärer Aufruf zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse. Aber deutlich wird doch die Veränderung der Parteinahme, vor allem dann, wenn sich die Einschätzung der Lage der Menschheit verbindet mit einem Bußbekenntnis der Kirche, wie es in der „Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“ der Vollversammlung des Ökumenischen Rats in Vancouver formuliert ist: „Die Kirchen sind heute aufgerufen, ihren Glauben neu zu bekennen und Buße zu tun für ihr Schweigen angesichts der Ungerechtigkeit und der Bedrohung des Friedens. Für die Jünger gibt es keine Alternative zur biblischen Vision vom Frieden, der Gerechtigkeit für alle einschließt, zur Vision der Ganzheit und der Einheit des ganzen Volkes Gottes. Dies ist das Gebot der Stunde.“

Auch in der katholischen Kirche haben sich die Gewichte verschoben. Schon das Zweite Vatikanische Konzil (von Papst *Johannes XXIII.* im Dezember 1961 einberufen, im Dezember 1965 abgeschlossen) hat eine prinzipielle Hinwendung zu den „Armen“ vollzogen. In einem der Abschlußdokumente heißt es: „Zum Aufbau einer internationalen Ordnung, in der die rechtmäßigen Freiheiten aller wirklich geachtet werden und wahre Brüderlichkeit bei allen herrscht, sollen die Christen gern und von Herzen mitarbeiten, und das um so mehr, als der größere Teil der Welt noch unter solcher Not leidet, daß Christus selbst in den Armen mit lauter Stimme seine Jünger zur Liebe aufruft. Das Ärgernis soll vermieden werden, daß einige Nationen, deren Bürger in überwältigender Mehrheit den Ehrennamen ‚Christen‘ tragen, Güter in Fülle besitzen, während andere nicht genug zum Leben haben und von Hunger, Krankheit und Elend aller Art gepeinigt werden. Denn der Geist der Armut und Liebe ist Ruhm und Zeugnis der Kirche Christi“ (*Gaudium et Spes* 88). Daraus leitete die Lateinamerikanische Bischofskonferenz in Medellín (1968) ihre „Option für die Armen“ ab. Und die nachfolgende Lateinamerikanische

Bischöfenskonferenz in Puebla (1979) konkretisierte: „Bei einer eingehenderen Analyse der Lage wird man entdecken, daß diese Armut keine zufällige Etappe ist. Sie ist vielmehr das Produkt von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen, die einen solchen Armutsstatus erzeugen, obgleich es auch noch andere Gründe für das Elend gibt. Dieses ist die Lage im Innern unserer Länder, die aber häufig ihren Ursprung findet in Mechanismen, die keineswegs von echtem Humanismus, sondern vom Materialismus geprägt sind und als solche auf internationaler Ebene zu Lasten von Armen, die immer noch ärmer werden, Reiche produzieren, die zunehmend nur reicher werden“ (Puebla 30).

Es gibt keinen Zweifel, daß die Formulierungen in diesen Dokumenten der Weltkirche vor allem auf das Drängen christlicher Gemeinden in der Dritten Welt zurückzuführen sind. Man kann diese Verlautbarungen auch als Versuch der Beschwichtigung verstehen, mit denen die vorwärtsdrängenden Kräfte im Raum der Kirche gehalten und integriert werden sollen. Solche Versuche haben Geschichte und schlugen sich bereits im vorigen Jahrhundert nieder, als die Kirchen darangingen, der Dynamik der Arbeiterbewegung eigene soziale Institutionen, sogar Gewerkschaften, entgegenzustellen. Aber was damals mit antisozialistischer Zielstellung entwickelt wurde, unterscheidet sich dennoch prinzipiell von dem, was sich heute in den Kirchen vollzieht. Denn heute ist die sozialistische Gesellschaftsordnung auf einem großen Teil der Erde Wirklichkeit geworden, und eine ganze Reihe von Kirchen hat ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft gefunden. Im Gegensatz dazu wird sowohl in den entwickelten kapitalistischen Ländern als auch in den Entwicklungsländern der Ausbeutungsdruck der internationalen Monopole so stark, daß die objektive Notwendigkeit des Übergangs zu einer menschlichen Gesellschaftsordnung immer drängender wird. Deshalb ist das Suchen der Christen nach der unverfälschten Botschaft des Neuen Testaments, nach neuen Formen der Aneignung christlichen Glaubens und Lebens ein Ansatz, der jede Taktik hinter sich läßt und radikal die herkömmliche Interpretation der biblischen Texte in Frage stellt.

Gustavo Gutiérrez, der peruanische Theologe, der oft als „Vater der Theologie der Befreiung“ bezeichnet wird, drückt das so aus: „Die Bibel will aus der Perspektive der ‚Verdammten der Erde‘ gelesen sein, weil ihnen das ‚Himmelreich‘ gehört. An sie ist das Evangelium gerichtet. Jedoch sind sie die Adressaten des Evangeliums nur in dem Maß, in dem sie auch seine Träger sind.“⁷ Das hat konkrete Folgen im christlichen Leben: „In einer Gesellschaft, die soziale Klassen einander gegenüberstellt, lassen wir Gott dadurch wahr werden, daß wir Partei ergreifen für die Armen, für die Klassen des zukurzgekommenen Volkes, für die entehrten Rassen und für die an den Rand gedrängten Kulturen.“⁸

Gustavo Gutiérrez, den wir als exemplarischen Vertreter aus der Fülle der Theologen der Befreiung herausgegriffen haben, geht keineswegs naiv an die-

⁷ Gustavo Gutiérrez, *Die historische Macht der Armen*, München/Mainz 1984, S. 10.

⁸ Ebd., S. 24.

sen neuen Ansatz von Theologie (und das heißt: kirchlichen Selbstverständnisses) heran. Es ist ihm bewußt, daß der gesellschaftliche Antagonismus, wenn man ihn ernst nimmt, auch auf dem theologischen Feld zu einem Kampf auf Leben und Tod führt: „Man darf nicht vergessen, daß die Bibel aus der Sicht der herrschenden Kreise und Klassen interpretiert und überliefert wurde . . . So kam es, daß in der herrschenden Ideologie, die eine in Klassen zerrissene Gesellschaft begründet und zusammenhält, ‚das Christliche‘ eine wichtige Rolle spielt . . . Unterdrücker und Unterdrückte bekennen sich zu ein und demselben Glauben, spalten sich aber in wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Dingen, in denen — genau betrachtet — die einen die anderen ausbeuten. Der Widerspruch springt ins Auge. Die totale Disparität, die zwischen dem Glauben und der geschichtlichen Wirklichkeit besteht, in der das Christentum zu Hause ist, hält nicht der geringsten Überprüfung am Wort Gottes stand. An dem Punkt, an dem die soziale Spannung am schärfsten ist, und aus der Erkenntnis heraus, daß diese Spaltung aus der Sicht des biblischen Glaubens nicht zu verantworten ist, entsteht die Theologie der Befreiung.“⁹

Was hier umschrieben wird, ist nicht einfach ein neuer theoretischer Ansatz; denn die theoretische Verarbeitung, also Theologie, ist erst der zweite Schritt: „Bekanntlich kommt in der Sicht der Befreiungstheologie die Theologie erst im nachhinein und ist erst der zweite Akt. Der erste Akt ist das Engagement in der geschichtlichen Befreiungspraxis und die darauf bezogene Verkündigung des Wortes.“¹⁰ Die Gefahren dieses Weges werden nicht verdrängt. *Gutiérrez* spricht vom „Tod des Theologen“ als Faktum und verweist auf biblische Beispiele, wo Propheten und Apostel ihr Engagement ebenso mit dem Tod bezahlten wie engagierte Christen heute z. B. in Lateinamerika.

Zwar ist die lateinamerikanische Theologie der Befreiung infolge des innerkirchlichen Konflikts um sie in den Mittelpunkt des Interesses gerückt; es wäre jedoch verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Radikalisierung des christlichen Glaubens nur in Lateinamerika ihren Wirkungsort habe. Das gleiche Phänomen begegnet uns vielmehr an vielen geographisch weit auseinanderliegenden Schauplätzen: In Südafrika ist die „Schwarze Theologie“ entstanden, in Südkorea die „Minjung-Theologie“, und auf den Philippinen ist die gleiche Praxis ohne besonderen Namen wirksam. Überall ist diese neue Theologie untrennbar verzahnt mit der Bewegung der Basisgemeinden, in denen sich Christen zusammenfinden, um beim Studium biblischer Texte sich ihrer Situation der Unterdrückung und Ausbeutung bewußt zu werden und an der Veränderung dieses menschenunwürdigen Lebens gemeinsam zu arbeiten.

2. Der Konflikt

Alle diese Ausformungen eines neuen christlichen Selbstverständnisses sind nicht einfach „moderne Theologien“, mit denen bürgerliche Theologen der

⁹ Ebd., S. 24, 64.

¹⁰ Ebd., S. 75.

vergangenen Jahrzehnte und der Gegenwart den Versuch unternahmen, die biblischen Aussagen in Übereinstimmung mit dem jeweiligen Stand naturwissenschaftlicher und historischer Erkenntnisse zu bringen. Bei den radikal aufgebrochenen Fragen nach Gerechtigkeit und Frieden geht es um solche Probleme überhaupt nicht. Die kirchlichen Dogmen (z. B. das Verständnis von Taufe und Abendmahl, Jungfrauengeburt o. ä.) werden nicht in Frage gestellt, und die Formen der Frömmigkeit können völlig in den traditionellen Bahnen bleiben. Radikal in Frage gestellt werden dagegen die bestehenden Gesellschaftsstrukturen. Es wird sogar ausdrücklich konstatiert, daß diese Strukturen in absolutem Gegensatz zur biblischen Verkündigung stehen.

Es ist selbstverständlich, daß eine Kirche, die auf diese Weise ihre Lebendigkeit erweist, ins Fadenkreuz der Monopole gerät, die gerade jetzt der religiösen Ideologie so dringend bedürfen. Deshalb liegt es in der Natur der Sache, daß vor allem die herrschenden Kräfte in den USA auf eine aktive Bekämpfung aller Formen der Theologie der Befreiung drängen. Schon im „Dokument von Santa Fé“, das 1980 noch vor der Wahl *Reagans* zum US-Präsidenten die seither geltenden Grundlinien der US-Außenpolitik festlegte, wurde die Forderung aufgestellt: „Die US-Außenpolitik muß anfangen, die Befreiungstheologie, so wie sie von den Befreiungstheologen in Lateinamerika benutzt wird, zu bekämpfen. Die Rolle der Kirche in Lateinamerika ist für die Idee der politischen Freiheit von entscheidender Bedeutung. Unglücklicherweise haben marxistisch-leninistische Kräfte die Kirche als politische Waffe gegen privates Eigentum und kapitalistische Produktionsweise benutzt, indem sie die Religionsgemeinschaft mit ihren Ideen infiltriert haben, die weniger christlich denn kommunistisch sind.“¹¹

Diese Orientierung ist keineswegs nur ein Anliegen der US-Monopole. So schrieb beispielsweise auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, das Hausblatt der bundesdeutschen Großbourgeoisie, am 6. 10. 1984: „Ein gerechtes Urteil über die Befreiungstheologie und die Haltung der katholischen Kirche in Lateinamerika kann sich nicht in den Slums der dortigen Großstädte und an den schwieligen Händen eines mittelamerikanischen Landarbeiters entscheiden. Wer sich im siebten Jahrzehnt nach der russischen Oktoberrevolution auf den Standpunkt der ‚Verelendeten und Ausgebeuteten‘ stellt, kann nicht mehr mit ungeteilter Zustimmung oder moralischem Vorschub rechnen... Darf die Kirche — Bischof oder Theologe — aus der marxistischen Ideologie die Theorie des Klassenkampfes übernehmen und den Kampf der einen Klasse gegen die andere mit der Kraft des Evangeliums unterstützen?“

2.1 Der innerkirchliche Streit

Schon 1973 wurde vor allem auf Initiative aus der Bundesrepublik ein Studienkreis „Kirche und Befreiung“ gegründet, in dem seither deutschsprachige und lateinamerikanische Bischöfe und Theologen zusammenarbeiten. Die Zielsetzung dieses Kreises wird an einer Aussage eines Mitbegründers, Bi-

¹¹ Zit. n. Hinkelammert, a.a.O.

schof *Franz Hengsbach* von Essen, deutlich, die aus dem Jahr 1977 stammt: „Die sogenannte Theologie der Befreiung führt ins Nichts. In ihrer Konsequenz liegt der Kommunismus. Revolution ist kein Weg zur Besserung der Verhältnisse.“¹² Diese Frontstellung gegen die Theologie der Befreiung fand von Anfang an starke Unterstützung auch beim Lateinamerikanischen Bischofsrat (CELAM), dessen Generalsekretär, der damalige Weihbischof *Alfonso Lopez Trujillo*, seit 1972 einen stramm reaktionären Kurs verfolgte. Inzwischen ist der jetzige Erzbischof von Bogotá (Kolumbien) und Kardinal der Präsident des CELAM (seit 1980). In diese Ämter wurde er vom Vatikan berufen.

In diesem Kontext ist um so erstaunlicher, daß die Vollversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe 1979 in Puebla in ihrem Schlußdokument formulieren konnte: „Die freie Marktwirtschaft, die als System auf unserem Erdteil gilt und durch liberale Ideologien gerechtfertigt wird, hat den Abstand zwischen arm und reich noch weiter vergrößert. Bei ihr kommt zuerst das Kapital, dann die Arbeit, erst die Wirtschaft, dann das Soziale. Nationale Minderheiten, die bisweilen im Verbund stehen mit fremden Interessenträgern, haben die Gelegenheit genutzt, die ihnen derlei primitive Formen des freien Marktes bieten, um zu ihrem Vorteil, aber auf Kosten der Mehrheit des unterprivilegierten Volkes vorwärtszukommen.“ Auf dieser Grundtendenz arbeiten und denken die Theologen der Befreiung, und gegen diese Grundtendenz richten sich die Instruktion der Glaubenskongregation „über einige Aspekte der ‚Theologie der Befreiung‘“ und die Disziplinarmaßnahmen gegen *Leonardo Boff*, an dem ein Exempel statuiert werden soll.

Die Lektüre der „Instruktion“ der Glaubenskongregation — ihr Leiter ist der frühere Münchner Erzbischof Kardinal *Ratzinger* — macht deutlich, daß es hier gar nicht um konkrete und argumentative Auseinandersetzung mit bestimmten theologischen Positionen geht. Der Vatikan bezweckt vielmehr die Verdammung des Klassenkampfes in Theorie und Praxis. In der Konstruktion der „Instruktion“ darf sich kein Katholik am Klassenkampf beteiligen, wenn er sein Seelenheil nicht tödlicher Gefahr aussetzen will. Denn „Klassenkampf“ ist untrennbar an den Marxismus-Leninismus gebunden, und dieser ist atheistisch, also gegen Gott und alle christlichen Wahrheiten gerichtet. „In diesem Rahmen sind gewisse Sprachformeln keineswegs neutral, sondern bewahren jene Bedeutung, die sie in der ursprünglichen marxistischen Doktrin erhalten haben. So verhält es sich zum Beispiel mit dem Ausdruck ‚Klassenkampf‘. Dieser bleibt durchdrungen von der Interpretation, die ihm Marx gegeben hat; er sollte deshalb nicht für gleichbedeutend mit dem empirisch verstandenen Ausdruck ‚zugespitzter Sozialkonflikt‘ gehalten werden. Wer ähnliche Formeln benutzt und dabei behauptet, nur gewisse Elemente der marxistischen Analyse beizubehalten, während er letztere als Ganzes zurückweise, schafft im Denken seiner Leser zumindest eine tiefe Zweideutigkeit.“¹³ Und:

12 Zit. n.: Norbert Greinacher, Die Glaubwürdigkeit der Kirche in Lateinamerika, FAZ, 15. 9. 1984.

13 Instruktion der Kongregation für die Glaubenslehre über einige Aspekte der „Theologie der Befreiung“ vom 6. August 1984, VII, 8.

„Die ‚Befreiungstheologien‘ übernehmen nicht die Tatsache der gesellschaftlichen Schichtungen und die mit ihnen verbundenen Ungerechtigkeiten (die nach dem Naturrecht vorgegeben sind und ergo bleiben werden; H. W.), sondern die Theorie des Klassenkampfes als strukturelles Grundgesetz der Geschichte.“¹⁴

Im legitimen Sinn theologische Argumente spielen bei den Gegnern der Theologie der Befreiung längst keine Rolle mehr. Der ausgebrochene Machtkampf entscheidet über die Zukunft der Kirche. Und diese Entscheidung wird tiefgreifende Auswirkungen auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung der Welt haben — oder richtiger: Sie wird signalisieren, welche Reife der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß gewonnen hat.

2.2 Christen und Marxisten

Ziemlich pauschal erhebt der Vatikan gegen die Theologen der Befreiung den Vorwurf, sie seien vom Marxismus-Leninismus inspiriert. Darin stimmt Kardinal *Ratzinger* sowohl mit lateinamerikanischen Militärdiktaturen und den herrschenden Oligarchien überein als auch mit dem Dokument von Santa Fé und der Propaganda der USA. So werden Anhänger der Befreiungstheologie und die Basisgemeinden mit der kirchlichen Verurteilung auch politischer Verfolgung ausgesetzt, an deren Ende allzu oft der Tod steht.

So ist es nicht verwunderlich, daß sich die Betroffenen gegen die kirchlichen Vorwürfe entschieden zur Wehr setzen. Vor allem stellen sie in Abrede, daß sie vom Marxismus zu Praxis und Theorie der Theologie der Befreiung motiviert seien. Ihre Interpretation der biblischen Verkündigung weiche in keinem Punkt von den Dogmen der Kirche ab und sei genuin christlich. Und schließlich stimme auch ihr gesellschaftliches und politisches Engagement völlig mit der Soziallehre der Kirche und mit den Beschlüssen der Lateinamerikanischen Bischofskonferenzen überein. Man darf diese Verteidigung nicht als Zweckbehauptungen mißverstehen. Den Theologen der Befreiung, die ihren „Ort des Lebens“ in den Basisgemeinden, also „unten“, gefunden haben, geht es nicht um die Übernahme des Marxismus, sondern um eine neue Art des Glaubens. „Um das Christentum neu zu verstehen, muß man eine andere geschichtliche Standortbestimmung haben, als die herrschenden Kreise der Gesellschaft sie kennen . . . Die Armen nehmen den Großen das Evangelium aus der Hand und machen es ihnen unmöglich, es weiterhin zur Rechtfertigung einer Situation zu gebrauchen, die dem Willen Gottes des Befreiers widerspricht.“¹⁵ Die Teilnahme am Befreiungskampf ist es, die diese Neuorientierung des Glaubens mit sich bringt: „Viele Christen in Lateinamerika empfanden — und empfinden — den Augenblick, seit dem sie sich an den Befreiungskämpfen des Volkes beteiligen, als den Beginn einer neuen Art und Weise, ihren Glauben zu leben, weiterzugeben und zu feiern.“¹⁶

14 Ebd., IX, 2.

15 Gutiérrez, a.a.O., S. 159, 180.

16 Ebd., S. 125.

In diesem historischen Prozeß der Befreiung findet nun die Begegnung mit der marxistischen Gesellschaftsanalyse statt. „Gewiß handelt es sich dabei um eine kritische Begegnung. Aber sie findet in der Dynamik einer Geschichtsbewegung statt, die Eigenbrötelei, Dogmatismus und kurzlebiger Begeisterung ein Ende setzt.“¹⁷ Dahinter steht die Erkenntnis, daß die verelendeten Menschen kaum Probleme mit der Religion haben; ihre Fragen und ihr Aufbegehren richten sich gegen eine wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Ordnung, deren Opfer sie sind, und gegen die sie tragende Ideologie. Deshalb muß man die Wurzeln des Elends und der Ungerechtigkeit ausgraben. Und daraus folgt: „Deshalb ist der Weg die gesellschaftliche Revolution und nicht bloß Reformmaßnahmen, die die Lage nur lindern könnten. Befreiung und nicht Entwicklungsideologie, Sozialismus und nicht Modernisierung.“¹⁸ Allen Beteiligten und Betroffenen ist bewußt, daß die Frontlinie nicht zwischen christlichem Glauben und Marxismus verläuft. Es sind die Fronten des Klassenkampfes, die hier aufeinanderstoßen: „Die heftigsten Angriffe gegen die Theologie der Befreiung sind . . . Reaktionen zur Verteidigung einer Gesellschaftsordnung, die ihre Grundlagen wanken sieht und zum wiederholten Mal an die Religion appelliert, um ihre eigene Position zu verstärken.“¹⁹

Den konsequenten Theologen der Befreiung geht es nicht in erster Linie um Theologie, sondern um die Befreiung aus den ungerechten Strukturen. Von dort her wird das Bündnis mit Marxisten im Befreiungskampf überhaupt nicht thematisiert; es ist selbstverständlich. Dabei bekommt das Verhältnis von Christen und Marxisten im konkreten Lebensvollzug eine neue Qualität: Die Frage des Atheismus verliert ihre Scheidungsfunktion und wird als zweit- oder drittklassiges Problem zurückgestuft. Christen, die aus ihrem Glauben die revolutionäre Kraft schöpfen, eine Gesellschaft der Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen und für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen zu wollen, suchen Gott nicht mehr in einem fernen „Himmel“. Sie kämpfen für Gerechtigkeit in dieser Welt. Für sie ist Gott gegenwärtig, indem sie den Weg des Jesus von Nazareth nachgehen, der als geschichtlicher Mensch sich auf die Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten gestellt hatte und den das politische Todesurteil über einen Befreiungskämpfer getroffen hat.

In dieser Konkretisierung und zugleich Aktualisierung christlicher Verkündigung vollzieht sich eine Radikalisierung des Glaubens, die an den ursprünglichen Kern der biblischen Botschaft unmittelbar anknüpft, indem sie die dazwischenliegenden — historisch von der Klassengesellschaft verursachten und in Gebrauch genommenen — Verzerrungen überspringt. Dieser dynamische Bewußtseinsprozeß konnte nicht in einer beliebigen geschichtlichen Periode erfolgen. Er geschieht in unserer Epoche des Umbruchs, weil die weltweite gesellschaftliche Entwicklung solche neuen Antworten zwingend macht. *Gutiérrez* und die anderen Befreiungstheologen sind sich dieses Zusammenhangs durchaus bewußt. So macht *Gutiérrez* darauf aufmerksam, daß die Be-

17 Ebd., S. 157.

18 Ebd., S. 156.

19 Ebd., S. 126.

freiungstheologien nicht hätten entstehen können, „bevor die Volksbewegung nicht einen gewissen Reifegrad erreicht“ hatte,²⁰ und er konstatiert, daß Theologie von gesellschaftlichen Prozessen und ihrem jeweiligen Stand abhängig ist.

So läßt sich gerade am Aufbrechen der Theologien der Befreiung in geographisch weit entfernten Teilen der Erde (deshalb kann im Blick auf dieses Phänomen auch im Plural gesprochen werden) die Reife des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses zur Überwindung der Ausbeutergesellschaft ablesen. Die Wirklichkeit der menschenvernichtenden Herrschaft der Monopole und die Perspektive einer neuen Gesellschaft sind stärker als die traditionelle religiöse Ideologie der Vertröstung und „Versöhnung“. Mir scheint, daß es an der Zeit sein könnte, daß der wissenschaftliche Marxismus — der ja bekanntlich kein abgeschlossenes Dogmengebäude ist, sondern aus der Analyse der Gegenwart stets neue Impulse aufnimmt und sich so weiterentwickelt — sein Verhältnis zum christlichen Glauben neu bestimmt. Denn religiöses Bewußtsein muß sich nicht unbedingt als falsches Bewußtsein realisieren, das die Verhältnisse nur neu interpretiert, anstatt sie zu verändern.

Die Klassengebundenheit theologischer und christlicher Entscheidungen kommt vielleicht am deutlichsten in Nicaragua zum Ausdruck: Der Erzbischof von Managua (1985 vom Papst zum Kardinal ernannt) ist der Führer der inneren Konterrevolution, während die bekannten vier „Priesterminister“ als Repräsentanten der „Kirche des Volkes“ Seite an Seite mit Marxisten die sandinistische Revolution verteidigen und weiterführen. Zwar hat der Vatikan die vier von ihren priesterlichen Funktionen entbunden, aber er riskiert es nicht, sie auch zu exkommunizieren (d. h. aus der Kirche auszuschließen), wie es die Konservativen in der Kirche Nicaraguas und anderswo gefordert haben. Darin kommt ein Reflex auf das tatsächliche Kräfteverhältnis in den christlichen Gemeinden Mittelamerikas zum Ausdruck. Der Prozeß der gesellschaftlichen Konfrontation in der Kirche ist so weit fortgeschritten, daß jede weitere Strafmaßnahme gegen „Abweichler“ die Gefahr der Kirchenspaltung mit sich bringt. Der Prozeß der Befreiung wird sich auch gegen den Widerstand einer rückwärtsgewandten Theologie und kirchlichen Praxis durchsetzen.

2.3 Die Lage in der BRD

Erst auf dem Hintergrund des weltweiten Aufbruchs einer „Kirche des Volkes“ kann deutlich werden, daß erste zaghafte Ansätze für eine ähnliche Entwicklung, die sich auch in unserem Land zeigen, eine tiefere Bedeutung haben, als der oberflächliche Eindruck erscheinen läßt. Während selbst in den USA die Kirchen zu den schärfsten Gegnern der *Reagan*-Politik gehören — man denke nur an den Hirtenbrief der katholischen Bischöfe zur nuklearen Aufrüstung und den bevorstehenden Hirtenbrief zur Wirtschaft, aber auch an ihre Stellungnahmen zur US-Mittelamerikapolitik; eine ähnlich schroffe Hal-

²⁰ Ebd., S. 187.

tung nimmt auch der Nationalrat der Kirchen in den USA, der Zusammenschluß der nichtkatholischen Kirchen, in den genannten Fragen ein —, sind es in der BRD Minderheiten, die auf dieser Ebene ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung als Christen wahrnehmen. Die Kirchenleitungen verfolgen in ihrer Mehrheit einen konservativen Kurs, am konsequentesten die katholische Deutsche Bischofskonferenz. Diese Situation hat natürlich gesellschaftliche Gründe.

In der deutschen evangelischen Kirche hat sich im 19. Jahrhundert die bürgerliche Ideologie als die herrschende Sicht der Gesellschaft im Kampf gegen die erstarkende Arbeiterbewegung endgültig durchgesetzt. Diese Entwicklung ist einer gewissen historischen Logik gefolgt, insofern die Reformation des 16. Jahrhunderts tragendes Element der frühbürgerlichen Revolution war. Im vorigen Jahrhundert wanderte infolgedessen die Arbeiterschaft aus der Kirche aus, wenngleich ihre Mehrheit nominell den Austritt nicht vollzog. Dieser Tatbestand widerspiegelt sich noch heute in der Zusammensetzung der kirchlichen Gremien auf allen Ebenen — von den Kirchenvorständen in den Gemeinden über die Landessynoden bis hin zur Synode der EKD und natürlich in allen Kirchenleitungen. Entsprechend ist die Haltung dieser Gremien von bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologie bestimmt.

Die katholische Kirche hat sich auf Grund ihrer eigenständigen Soziallehre in der katholischen Arbeiterschaft eine gewisse Basis erhalten können. So verfügt sie noch heute über funktionierende Arbeiterorganisationen wie Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ), die ihre politische Heimat im wesentlichen in den Sozialausschüssen der CDU/CSU haben. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in der katholischen Kirche der BRD bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie das Übergewicht haben. Das ist an der Zusammensetzung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZDK), der zentralen Leitung der katholischen Laienverbände, unschwer abzulesen.

Diese ideologische Grundbestimmung der Kirchen in der BRD wird noch verstärkt durch eine gesicherte finanzielle Basis, über die sie im Unterschied zu fast allen anderen Kirchen der weltweiten Ökumene verfügen. Sie wird ihnen durch das Kirchensteueraufkommen garantiert, durch das sie aber auch fest in die bestehende gesellschaftliche Struktur eingebunden sind. Aus dieser ökonomischen Sicherheit heraus können die Kirchen in der BRD sehr viel unabhängiger von den Vorstellungen und Interessen ihrer Mitglieder existieren und agieren, als es dort der Fall ist, wo Kirchen von den freiwilligen Abgaben ihrer Glieder leben müssen. Diese Gegebenheit verstärkt noch den gesellschaftlichen Druck der ökonomisch Mächtigen.

Trotz dieser besonderen Bedingungen, die sich hemmend auf den Prozeß der Bewußtseinsveränderung auswirken, bahnen sich auch in den Kirchen der BRD die gleichen existenziellen Auseinandersetzungen um die künftige Aufgabe und Funktion der Kirche an, wie sie anderswo bereits herangereift sind. Das ist sowohl eine Folge der Einflüsse aus der Ökumene als auch der sich verschärfenden sozialen Konflikte im eigenen Land. Dabei spielt die Tatsache eine wachsende Rolle, daß die Mehrzahl der Menschen, die in katholischen

Arbeiterorganisationen verankert sind, zugleich einer DGB-Gewerkschaft angehören. Die integrierende Kraft der Einheitsgewerkschaft treibt auf dieser Schiene den gesellschaftlichen Konflikt bis in die Reihen der CDU/CSU hinein. Hinzu kommt noch die Weiterentwicklung der katholischen Soziallehre, wie sie sich in der päpstlichen Enzyklika „*Laborem exercens*“ niedergeschlagen hat. Obwohl diese lehramtliche Anweisung in ganz andere Richtung gezielt war, hat sie katholische Sozialethiker und Betriebsseelsorger ermutigt, offenen gewerkschaftliche Forderungen (z. B. 35-Stunden-Woche) zu unterstützen. Gleichzeitig werden auch im evangelischen Bereich Neuansätze der Industrie- und Sozialarbeit, die sich nach 1945 ergeben haben, weitergeführt und Impulse aus der Ökumene aufgenommen. Dabei formiert sich eine immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen katholischen und evangelischen Bewegungen, die gegen das traditionelle Glaubensverständnis aufbrechen. Ein Beispiel dafür ist der „Ökumenisch-sozialethische Arbeitskreis Kirche-Gewerkschaft“, der sich im Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche im vergangenen Jahr erstmals profiliert der Öffentlichkeit darstellte.

Dennoch ist festzustellen, daß die Kirchen der BRD auf die weltweite Entwicklung der Ökumene einen hemmenden Einfluß ausüben. Ihre herausgehobene Finanzkraft hat zur Folge, daß die großen ökumenischen Institutionen auf ihre Unterstützung angewiesen sind. So versucht die EKD, das solidarische Engagement des Ökumenischen Rats der Kirchen für Befreiungsbewegungen zu neutralisieren und die parteilichen Stellungnahmen anderer Kirchen dadurch zu konterkarieren, daß sie den „eigentlichen“ christlichen Fragen programmatische Priorität gibt (Probleme der Liturgie, der Abtreibung, der Ehemoral, der „Spiritualität“ usw.). Die gegenwärtige Kampagne des Vatikans gegen die Theologie der Befreiung wurde von der katholischen Kirche der BRD wesentlich vorbereitet, und die Politik des Papstes wird vom bundesdeutschen Klerus entscheidend mitgeprägt — man denke nur an die Rolle, die Kardinal *Ratzinger* als Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre spielt. Der ökonomische Einfluß leuchtet in dem Vorgang auf, daß *Hermann Josef Abs* als Sanierer nach Rom gebeten wurde, als die Vatikanbank in Schwierigkeiten geraten war. Auf dem Hintergrund dieses gewichtigen ökumenischen Einflusses, den die BRD-Kirchen ausüben, bekommt die innerkirchliche Auseinandersetzung hierzulande eine Bedeutung, die allgemeines Interesse fordert.

Die Leitungen der beiden großen Kirchen in der BRD folgen weitgehend dem traditionellen Schema, wonach die „weltlichen“ Konflikte mit dem Bereich des Glaubens nichts zu tun haben. Direkt ergreift der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, der Kölner Erzbischof Kardinal *Höffner*, Partei für die bestehende Gesellschaftsstruktur, wenn er vor der Vollversammlung der Bischöfe am 24. 9. 1984 erklärt, es könne „nur Böswilligkeit behaupten, die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik sei kapitalistische Ausbeutung.“²¹ Das geschieht im Zusammenhang mit einer grundsätzlichen „Abrechnung“ mit der Theologie der Befreiung. Es werden in klassischer

21 Kardinal Höffner, Soziallehre der Kirche oder Theologie der Befreiung, Bonn 1984.

Form alle Übel dieser Welt auf das Konto der persönlichen Schuld des Menschen verbucht: „Der Mensch sündigt, nicht die Struktur.“ Hier zeigt sich auch, daß der Angriff auf die Theologie der Befreiung nicht nur den Einfluß lateinamerikanischer Theologie auf die eigene Kirche abblocken soll, sondern zugleich auch sehr direkt gegen die Parteinahme kirchlicher Gruppen im gesellschaftlichen Konflikt auf der Seite der Arbeiterbewegung zielt.

Man muß jedoch feststellen, daß die bischöflichen Ermahnungen immer weniger fruchten. Der Ökumenisch-sozialethische Arbeitskreis Kirche – Gewerkschaft, in dem evangelische und katholische Sozialethiker und Industriepfarrer mit Gewerkschaftern zusammenarbeiten, läßt sich von seiner Parteinahme für Arbeitnehmer und Arbeitslose und von seiner Absage an die Partnerschaftsideologie nicht abbringen. Das Aufbegehren der katholischen Arbeiterorganisationen wird immer drängender. Evangelische Gruppen beharren immer vehementer auf aktiver Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Mittelamerika, Südafrika und anderswo. Bei einem Gottesdienst vor Tausenden von Teilnehmern, den die ÖTV beim Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf gestaltete, fand ein evangelischer Pfarrer die Worte: „In unseren Breitengraden wurde die Harmonie von Bibel und Kapitalismus gesucht, und da hatte der biblische Schrei nach Gerechtigkeit und Freiheit nur noch in der bürgerlichen Innerlichkeit seinen Platz.“ Und ein katholischer Betriebsseelsorger spitzte am gleichen Ort zu: „Die Schicht, die über alles verfügt, will nicht teilen; und es dürfte eigentlich keine Frage sein, auf wessen Seite die Kirche stehen muß. Das heißt konkret: Sie darf nicht nur die Wunden verbinden, die im Kampf um soziale Gerechtigkeit davongetragen werden, sondern sie muß auch die Wundenschläger nennen. Solange sie aber mehr Angst vor dem Sozialismus als Glauben an die verändernde Kraft des Evangeliums hat, wird sich nicht viel ändern“.²²

Die Auseinandersetzungen um das Problem der Massenarbeitslosigkeit hatten beim Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf Anfang Juni 1985 Modellcharakter. Schon vor Jahren hatte die EKD erklärt, die Bewältigung der Probleme, die aus der Arbeitslosigkeit resultieren, sei eine zentrale Aufgabe diakonischer Arbeit der Kirche. Die EKD-Kammer für soziale Ordnung hatte dazu eine Studie vorgelegt. In einem Vorwort hatte der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Lohse*, erklärt: „Unsere Gesellschaft spaltet sich in Arbeitslose und Arbeitende.“²³ In diesem Zusammenhang fiel das Stichwort von einem angeblichen „neuen Klassenkampf“ zwischen denen, die einen Arbeitsplatz haben, und jenen, die dem Schicksal der Arbeitslosigkeit ausgeliefert seien.

So wird von der Frage nach den Ursachen abgelenkt. Die Front des Klassenkampfes wird bewußt verschoben und das Problem auf die Ebene traditionellen kirchlichen Handelns, nämlich karitativer Hilfe, heruntergezogen. Der

22 Vgl. die Dokumentation in: NEUE STIMME 7/85, S. 19 ff.

23 Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen – Sozialethische Probleme der Arbeitslosigkeit. Eine Studie der Kammer der EKD für soziale Ordnung, hg. v. der Kirchenkanzlei im Auftrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1982, S. 5.

Appell an die „christliche Nächstenliebe“ soll zugleich Bereitschaft zum Opfer wecken. In der Studie heißt es dazu: Es gelte „für diejenigen, die Arbeit haben, zu erkennen, daß daraus auch Pflichten folgen. Diejenigen, die Arbeit haben, tragen im Rahmen der erwähnten Solidargemeinschaft die Verantwortung mit für diejenigen, die arbeitslos sind. Dabei werden heute von denjenigen, die arbeiten können, erhebliche Opfer gegenüber den Arbeitslosen gefordert.“ Dabei gehe es „um die Teilung (Aufteilung) vorhandener und die Neuschaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, was vielfach nur durch Opfer der bereits Beschäftigten möglich ist. Eine ‚gerechtere Verteilung‘ der vorhandenen Arbeitsplätze wird zugleich eine entsprechende Korrektur der Arbeitseinkommen erforderlich machen, wenn sie beschäftigungswirksam sein soll.“²⁴ Es ist offensichtlich, daß diese „sozialethische“ Maxime in vollem Einklang mit der regierungsamtlichen Seelenmassage steht.

Diese Instrumentalisierung des Begriffs „Solidarität“ hatte natürlich auch beim Düsseldorfer Kirchentag ihren Platz. Die Kirchentagsleitung hatte zu einer großen Solidaritätsaktion für die Arbeitslosen aufgerufen. „Prominente“ verkauften „Solidaritäts-Backsteine“ zum Preis von 5 DM, um so Arbeitslosen die kostenlose Teilnahme am Kirchentag zu ermöglichen. Der Erlös dieser Aktion — nahezu 100 000 DM — zeigt, daß ein solcher Appell an das karitative Gewissen durchaus Früchte trägt und daß ein Teil der engagierten Christen die Ideologie des Verzichts akzeptiert. Andererseits wurde aber auch konsequent die Frage nach den Ursachen gestellt; die „Wundenschläger“ wurden beim Namen genannt. Selbst die Forderung nach Vergesellschaftung der Großindustrie war kein Tabu. Und als Bundesarbeitsminister *Norbert Blüm* den Versuch machte, seine Politik mit eben jenen Thesen zu „verkaufen“, die die EKD-Studie dem Kirchenvolk angedient hatte, wurde er ausgepöffelt.

Diese Polarisierung der Tendenzen unter den evangelischen Christen macht deutlich, daß der gesellschaftliche Konflikt auch die Auseinandersetzung in den Kirchen bestimmt. Eine Kanalisierung im Sinne der herrschenden Ideologie ist nicht mehr möglich. Das signalisiert schon der Charakter solcher Veranstaltungen wie die Kirchentage. In Düsseldorf nahmen 130 000 Christen teil. Als der Evangelische Kirchentag 12 Jahre zuvor, 1973, in Düsseldorf schon einmal zu Gast war, gab es nur 7500 Dauerteilnehmer. Der Kirchentagsleitung war damals deutlich geworden, daß der Kirchentag ein totes Kind wäre, wenn sie nicht das Tor zur eigenverantwortlichen Mitgestaltung engagierten Gruppen öffnen würde. Seitdem dies geschehen ist, haben diese Vollversammlungen der Protestanten in der BRD von Mal zu Mal an Anziehungskraft gewonnen. Es gibt in diesem Land keine vergleichbare Großveranstaltung, bei der wirklich alle gesellschaftlichen Gruppen ihre Positionen frei vertreten und um ihre Anerkennung ringen können. Das Ergebnis dieses offenen Austragens der Konflikte signalisiert die Hauptentwicklungstendenzen in der Kirche. Der Düsseldorfer Kirchentag hat deutlich gemacht, daß die „christlichen“ Parteien ihre Basis in der Kirche verlieren und daß das Gewicht der Friedensbewegung, der gewerkschaftlichen Solidarität und der Parteinarbeit

24 Ebd., S. 39.

für den Befreiungskampf gegen die Herrschaft der internationalen Monopole wächst.

Der Streit um die künftige Gestalt und Aufgabe der Kirche ist also auch in der Bundesrepublik in vollem Gange. Die Strafmaßnahmen gegen die Theologie der Befreiung haben für die Kirchenleitungen keine Entlastung gebracht. Im Gegenteil: registriert man die Fülle von Solidaritätserklärungen mit *Leonardo Boff*, drängt sich die Einschätzung auf, daß gerade dieser Konflikt das Tempo des Prozesses der Bewußtseinsveränderung eher erhöht hat.

3. Die Dämme brechen

Daß die Friedensfrage in den innerkirchlichen Auseinandersetzungen einen hohen Stellenwert hat, ist allgemein bekannt. Die Verantwortung für das Leben führt in den Kampf gegen die Hochrüstung und die Vorbereitung des Nuklearkrieges. Dieses Engagement treibt zur Frage nach den Ursachen von Rüstung und Krieg, und damit stößt man notwendigerweise auf die Dimension der sozialen Ungerechtigkeit. Diese neue Sicht der Wirklichkeit läßt Christen neu die biblische Botschaft studieren und sie als Aufforderung zur Gestaltung einer menschlichen Welt entdecken.

Dieses neue christliche Bewußtsein ist sicher nicht frei von Widersprüchen. Die Gegenkräfte sind am Werk, es zu hemmen, zu neutralisieren, unschädlich zu machen. Aber da dieses Bewußtsein ein Reflex auf die gesellschaftliche Krise ist, wird es nicht mehr ausgemerzt werden können. Der Prozeß kann verzögert werden, aber er wird weiter wirken.

Alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte tun gut daran, den Streit in den Kirchen um die Zukunft aufmerksam zu verfolgen. Hier reifen neue Kräfte heran, die in den Kampf um eine menschliche Gesellschaft aktiv eingreifen werden — als Christen, die für das Reich Gottes in dieser Welt kämpfen.

Politik braucht Visionen

Gedanken zu einem neuen Grundsatzprogramm der SPD*

Erhard Eppler

I

Mein Thema heißt: Politik braucht Visionen. Es heißt nicht: Visionen ersetzen Politik.

Daß das Beschwören von Visionen noch keine Politik ist, das haben Sozialdemokraten zu Beginn dieses Jahrhunderts ausdiskutiert. Auf diesem Kaugummi herumzukauen, überlassen wir einer kleineren Partei. Wo Visionen an die Stelle von Politik treten sollen, bewegen wir uns nicht im Gelände sozialdemokratischen Denkens. Aber eben auch nicht da, wo ohne Vision Macht um der Macht willen gesucht und ausgeübt wird. Laßt mich hinzufügen:

Auch die Unterscheidung zwischen Visionären und Pragmatikern ist nicht auf sozialdemokratischem Mist gewachsen. Sie wird uns von außen aufgedrängt. Was sozialdemokratische Politik auszeichnet, ist die Spannung zwischen der großen Vision und den kleinen Schritten des politischen Alltags. Wo diese Spannung erschläft, haben wir unsere Herkunft und unsere Aufgabe vergessen. Niemand braucht uns darüber zu belehren, daß Politik sich in kleinen, manchmal winzigen, bestenfalls mittleren Schritten vollzieht. Worauf ich allerdings bestehe, und worauf ich in einer schwierigen Zeit glaubte bestehen zu müssen, war dies: Es kommt nicht auf die Größe der Schritte an, sondern auf die Erkennbarkeit der Richtung.

Deshalb sind Visionen so viel wert, wie sie in den Köpfen und Herzen derer lebendig sind, die praktische Politik machen. Wo sich die einen für die Visionen, die anderen für die Politik zuständig fühlen, sind wir wiederum nicht auf sozialdemokratischem Gelände. Das heißt aber auch: Ein Grundsatzprogramm der SPD ist so viel wert, wie es Genossinnen und Genossen in ihrem tagtäglichen Handeln motiviert. Also ist ein Programm auch so gut und so schlecht wie der Diskussionsprozeß, der dahin führt. Eine Partei, in der elitäre Programmatiker Papiere produzieren und Pragmatiker diese Papiere lächelnd abheften und weiterwursteln, wäre nicht die sozialdemokratische.

II

Visionen schieben sich auch nicht zwischen uns und die Wirklichkeit. Sie leuchten auf hinter der Wirklichkeit, sie geben der Realität erst ihre scharfe

* Leicht gekürzte Fassung der Rede auf dem SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg am 16. 6. 1985.

Kontur. Erst wo die Vision einer friedlichen, gerechten, freien und solidarischen Welt in der Ferne sichtbar wird, erkennen wir, wo wir heute sind.

Wenn Frieden der Prozeß ist, in dem Gerechtigkeit zunimmt und Gewalt abnimmt, dann müssen wir nüchtern konstatieren: Die Ungerechtigkeit wird immer krasser, bei uns zu Hause und auch in unserem Verhältnis zum südlichen Teil der Erde. Und die Gewalt nimmt zu, von den Fußballstadien, in denen verzweifelte junge Menschen zu Mördern werden, bis hin zu den Staaten im Süden, deren Regierungen bei uns Waffen kaufen, weil sie die Weisungen des Internationalen Währungsfonds gegen ihre eigene Bevölkerung exekutieren müssen.

Nie zuvor waren die zwei Drittel der Menschheit im Süden hoffnungsloser in der Sackgasse. Sie zahlen heute jährlich so viele Dollars an Schuldendienst, wie sie 1974 Schulden hatten. Nie zuvor haben Regierungen im Norden so hoffnungslos an einer neuen Realität vorbeiregiert wie heute. Nie zuvor hat das Rüsten der Weltmächte solch paranoide Züge angenommen. Noch nie wurde, wie heute, die stärkste und reichste Weltmacht von einem solchen Gemisch aus technokratischem Größenwahn, ideologischer Borniertheit und politischer Ignoranz regiert. Noch nie war in unserem Land die Kluft tiefer zwischen dramatischen Aufgaben und der Unfähigkeit der Regierenden, sie auch nur wahrzunehmen, geschweige denn anzupacken.

Wenn wir von Visionen reden, dann dürfen wir nicht vergessen, wie viele Menschen, vor allem junge, heute von Schreckensvisionen heimgesucht, gelähmt, gekränkt werden, von den Visionen kahler Schwarzwaldberge bis zur Vision des atomaren Winters, der austilgt, was die atomaren Schläge übrigließen. Dagegen hilft auch nicht, wenn pfälzische Lebensfreude so tut, als wäre alles in Ordnung, könnte man nur ein paar Schwarzsehern und Kulturpessimisten den Mund verbieten.

Nein, zur positiven Vision gehört heute viel Kraft, verzeiht das altmodische Wort: Tapferkeit, Hoffnung, wohl auch ein Glaube, welcher auch immer, der sich nicht von selbst aus unserer Realität ergibt. Aber gerade deshalb ist die positive Vision lebensnotwendig. Denn ohne positive Vision werden wir angesogen und weggespült von den Horrorvisionen. Nie werden wir das Land Utopia erreichen. Aber unser Überleben hängt davon ab, ob und wo wir es suchen.

III

Niemand von uns ist in der Lage, heute das demokratisch-sozialistische Utopia des 21. Jahrhunderts im einzelnen auszumalen. Denn dazu müßten wir ja nicht nur unsere Ziele, unsere Wünsche und Hoffnungen präsentieren, sondern auch die Wirklichkeit von heute so analysieren, daß wir ihre Entwicklungstendenz genau nachzeichnen und dann eben auch vorzeichnen könnten. Ich will mich beschränken auf ein paar Teil-Visionen.

Laßt mich beginnen bei unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Wir brauchen die Visionen einer Technik und Produktionsweise, die natürliche Lebenskreisläufe und Gesetzmäßigkeiten des Lebens nicht zertrampelt, die Regenerationsfähigkeit der Natur nicht überfordert, sondern sich an die Natur

herantastet, ihre Wünsche ablauscht und so imstande ist, sich einzupassen in die Natur, Leben nicht zu stören oder zu zerstören, sondern es zu fördern und zu pflegen und sich eben dadurch die Kräfte der Natur nutzbar zu machen. Das gilt von der Agrartechnik über die Energietechnik bis hin zu dem, was wir heute chemische Industrie nennen. Wir brauchen eine Technik, die nicht im erbarmungslosen Vernichtungskampf mit der Natur, sondern im Bunde mit der Natur menschliches Leben erleichtert. Diese Technik wird nicht primitiver, sondern subtiler sein als Atomtechnik oder die Technik der Gifte, sie wird nicht weniger, sondern mehr Erfindergeist verlangen, vielleicht einen bescheideneren, behutsameren, ehrfürchtigeren Erfindergeist.

Wir brauchen die Vision einer Rationalisierung, die sich zum Ziel setzt, immer mehr auch Energie, Rohstoffe, Wasser, Transportleistungen oder Betonierung von Landschaft einzusparen und nicht so sehr menschliche Arbeit. Wenn Visionen so viel wert sind, wie sie heute unser Tun motivieren, dann hätte eine solche Vision hier und heute schon ihre ganz praktischen Konsequenzen: Nämlich: Den Schnellen Brüter aufzugeben, den Ausstieg aus der Atomenergie vorzubereiten, ein schärferes Chemikaliengesetz auszuarbeiten, die Umweltauflagen für die Industrie und Energieversorgungsunternehmen zu verschärfen, der Müllverhinderung und der Müllverwertung Vorrang zu geben vor der Müllbeseitigung, überall den nachhinkenden, reparierenden Umweltschutz durch vorbeugende und schonende Techniken zu ersetzen, den Betriebsräten mehr Mitspracherecht bei der Einführung neuer Techniken zuzugestehen, die Lohn-Nebenkosten zu senken und den Preis für Energie- und Rohstoffe durch Steuern zu erhöhen, die Kriterien für Forschungsförderung neu zu fassen, der Biologie in unseren Schulen mehr Gewicht zu geben. Und so fort. Wenn wir uns auf den Weg hin zu dieser Vision machen, passiert etwas bis in die Gemeinderäte hinein.

IV

Meine zweite Vision hat mit Arbeit zu tun. Es ist die Vision einer Gesellschaft, in der jede Frau und jeder Mann die Chance — nicht die Pflicht — hat, durch Erwerbsarbeit den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, auch wenn dann die Arbeitszeit bald näher bei 30 als bei 40 Wochenstunden liegen wird, eine Gesellschaft, in der jeder Mann und jede Frau teilhat an der unbezahlten Arbeit, der angenehmen oder unangenehmen Eigenarbeit im Haushalt, bei Kindererziehung und Krankenpflege, im Garten, bei der Reparatur der Waschmaschine oder in der Nachbarschaftshilfe. Auch diese Vision einer Familie, in der, wenn sie es so wollen, beide Partner Erwerbsarbeit leisten können, vielleicht der eine von 7 – 13 Uhr, der andere von 13 – 19 Uhr, wobei immer jemand für die Kinder da ist, sei es im Haus oder bei gemeinsamer Kinderbetreuung mit den Nachbarn, und wo man den Abend und das Wochenende doch gemeinsam verlebt — eine solche Vision hätte hier und heute sehr praktische Folgen: Arbeitszeitverkürzung für alle, und zwar der Wochenarbeitszeit, hätte Vorrang vor aller Flexibilisierung und auch vor der weiteren Herabsetzung des Rentenalters.

Ich weiß, daß nur die Gewerkschaften die Weichen hier richtig stellen können. Aber so wie die Gewerkschaften ihre Zielsetzung und Wünsche an die Partei herantragen, darf die Partei ihre Sicht von der Zukunft der Arbeit — möglichst gemeinsam mit Gewerkschaftern — formulieren.

Alle Versuche, wie in den USA, Millionen unterbezahlter Jobs im Dienstleistungsbereich zu schaffen, widersprüchen dieser Vision, ganz zu schweigen von den Schnapsideen der Hauss-, Bange- und anderer FDP-Männer. Aber auch den schwedischen Versuch, frei werdende Arbeitskräfte in staatlich besoldeten Dienstleistungen zu beschäftigen, könnten wie nur sehr begrenzt nachahmen, auch wenn es da bei uns noch Nachholbedarf gibt. Alles Gerede von Doppelverdienern müßten wir dann als das abtun, was es ist: schlicht verfassungswidrig. Und vor allem: Wir müßten dann hier und heute endgültig mit der abgestandenen Illusion aufräumen, mit Wirtschaftswachstum lasse sich die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Wir müßten uns dagegen wehren, daß Politik zur Konjunkturpolitik zusammenschnurrt und verkommt, wir müßten endgültig Abschied nehmen vom dem Glaubenssatz, daß die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und Arbeitsplätze von übermorgen seien. Die Gewinne von heute sind eher die Finanzierungsmasse für hochverzinsliche amerikanische Staatspapiere.

Unsere Strategie gegen die Arbeitslosigkeit hätte dann ihren Schwerpunkt in der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Dazu kämen neue Arbeitsplätze in Umwelttechnologien, in einer weniger energieaufwendigen Landwirtschaft und in unterbesetzten Humandienstleistungen. Dort allerdings müßten Professionelle unterstützt werden von Männern und Frauen, die sich neben ihrer — verkürzten — Erwerbsarbeit sozial engagieren wollen.

V

Laßt mich schließlich noch eine Vision andeuten, die in der Programmkommission noch kein Thema war: Ich meine das, was einmal *Ernst Reuter*, *Waldemar von Knoeringen* oder *Adolf Arndt* den Kulturstaat nannten. Wir Sozialdemokraten haben von den Liberalen des letzten Jahrhunderts einen Kulturbegriff übernommen, der nicht zu uns paßt. Kultur, das war die hohe Sphäre einer Verherrlichung des Wahren, Schönen und Guten. Kultur, dies ging von der Oper allenfalls bis zum Griechischunterricht, von *Goethes* Iphigenie bis zur niederländischen Malerei. Und so konzentrierte sich sozialdemokratische Politik lange Zeit darauf, auch den Arbeitern den Zugang zu dieser Sphäre freizuschaukeln. Wir waren dann etwas enttäuscht, daß viele darauf nicht allzu scharf waren.

Kultur meint ursprünglich Pflege. Agri-Kultur, das war und sollte sein die Pflege und das Bebauen des Ackers. Kultur ist da, wo wir pfleglich umgehen mit Dingen, Pflanzen, Tieren und vor allem miteinander. Kultur, das ist das Bemühen, zur Entfaltung zu bringen, was in der Natur und im Menschen an Kräften angelegt ist. Und dies ist dann nicht nur eine Sache der Feier jenseits des Alltags, sondern etwas, was im Alltag geschieht — oder eben nicht geschieht. Alles, womit wir zu tun haben, wird dann ein Ausdruck von Kultur — oder eben Unkultur.

Wir müßten dann sprechen von einer Kultur der Arbeit, also einer Arbeit, die, wo immer dies geht, dem einzelnen Menschen entspricht, seinen Kräften gemäß ist und diese Kräfte fordert und fördert und deshalb auch Freude macht. Dies gilt dann für die Erwerbsarbeit wie für die Eigenarbeit. Wir müßten sprechen über eine Kultur des Produzierens, also eine Produktion, die pfleglich umgeht mit den Ressourcen, der Ressource Arbeit ebenso wie den Ressourcen Wasser, Luft, Energie, Rohstoffe, Boden. Wir müßten die Agrikultur zum Thema machen, also eine Landwirtschaft, die natürliche Gesetze nutzt, für sich wirken läßt, sie nicht verbiegt und vergewaltigt.

Wir hätten zu fragen nach einer Kultur des Konsumierens, nicht des Verzichts, aber eben des Konsums, der sich löst von Bedürfnissen des Prestiges und auch der Kompensation, eines Konsums, der eher individueller wäre als heute, mehr Ausdruck von Persönlichem als Wirkung massiver Reklame. Dazu gehört auch die Eß-Kultur, in der andere uns weit übertreffen, und die Wohn-Kultur als der Versuch einer Übereinstimmung von Mensch, Wohnung, Einrichtung und Umgebung. Es gibt auch eine Kultur der Nachbarschaft, der lockeren, offenen Begegnung oder auch des gemeinsamen Besprechens und des gegenseitigen Helfens, des gemeinsamen Spielens und Feierns.

Dazu käme eine kommunale Kultur, eine Kultur der Stadt oder des Dorfes, gefördert durch eine Kommunalpolitik, die ihren Erfolg nicht mißt an den Kubikmetern umbauten Raumes, sondern an der Qualität menschlichen Zusammenlebens. Sie schlosse ein eine Kultur des Bauens und Städteplanens, bei der auch ein Mietshaus nicht jenseits der Kultur läge, sondern entweder ein Beispiel für Baukultur wäre — oder für den sichtbaren und ärgerlichen Mangel einer solchen Kultur.

Darauf aufbauend müßten wir sprechen von politischer Kultur, in der Politik nicht vollends zum Schaugeschäft verkommt, eine Kultur, die auf saubere Alternativen ohne dämonische Feindbilder zielt, eine Kultur des streitbaren Dialogs, eine Kultur, in der die jeweiligen Minderheiten sich angenommen und nicht ausgegrenzt fühlen, eine Kultur des Verwaltens, in der die Bürgerinnen und Bürger sich ernst genommen fühlen und eben deshalb auch Mitverantwortung übernehmen, eine Kultur, in der wir in der Tat mehr Demokratie wagen könnten und müßten.

Vielleicht brauchen wir sogar so etwas wie eine Kultur der Wissenschaft, genauer: des Gebrauches und der Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse, des Diskurses innerhalb der Wissenschaften über die verantwortliche Nutzung von Wissenschaft. Hier gäbe es dann hochsensible Nahtstellen zur politischen Kultur.

Zu alledem und vielem mehr, was ich jetzt beiseite lassen kann, käme als Krönung dann eine Kultur der Sprache — die heute auf erschreckende Weise verludert —, eine literarische Kultur, die Pflege der Musik, und zwar eben nicht nur im Konzertsaal, sondern des Singens und des Musizierens in jedem Dorf und jedem Stadtteil — die Pflege der bildenden Kunst von den Bauzäunen bis zu den Galerien. Auch diese Sphäre von Kultur wäre nicht ein abgehobener Bereich der schönen Künste, sondern die ästhetische Dimension all-

täglichen Lebens, an der jede und jeder aktiv und passiv, als Gestaltende und als Aufnehmende und Urteilende teilnehmen könnten.

Eine solche Vision des Kulturstaates, eigentlich der Kulturgesellschaft, hätte dann auch ihre Konsequenzen hier und heute, einfach weil sie ein Maßstab wäre von der Kommunalplanung bis zur Bildungspolitik. Und wir könnten uns den müßigen Streit sparen darüber, ob wir für die Industriegesellschaft oder für die postindustrielle Gesellschaft seien. Der Anteil der Menschen in der industriellen Produktion wird weiter zurückgehen, und doch wird die industrielle Produktion die beherrschende bleiben. Wir hätten zu fragen, wie eine Kultur industrieller Produktion aussähe als Teil einer Kultur der Arbeit. Das schlosse ein, was wir bisher über Humanisierung der Arbeit und Mitbestimmung sagten, aber es ginge wesentlich weiter.

VI

Wir brauchen weiter die Vision einer Welt, in der die Völker des Südens befreit von der Schuldknechtschaft, in die sie — nicht ohne ihre eigene und unsere Schuld — geraten sind, ihren eigenen, nicht von uns diktierten Weg in eine lebenswerte Zukunft finden. Ich gebe zu: Diese Vision ist noch wesentlich kühner als die von der naturfreundlichen Technik und die von der gerechten Verteilung der Arbeit. Aber sie hat mit diesen beiden Visionen zu tun. Denn nur, wenn wir unser eigenes technisch-ökonomisches Entwicklungsmodell in Frage stellen, befreien wir die Dritte Welt von jenem Nachahmungszwang, der sie in ihre Ausweglosigkeit gedrängt hat. Nur wenn wir über technische Alternativen nachdenken, tun sie es auch. Nur wenn wir unsere Wälder retten, werden sie den Rest der tropischen Wälder des Südens bewahren können.

Diese Vision einer Dritten Welt, die in der Lage ist, die Grundbedürfnisse ihrer Menschen selbst zu decken, stellt hier und heute für uns die Frage: Wie werden wir dafür partnerschaftsfähig? Wir sind es nicht. Unsere kapital- und energieintensive Technik, unser Energieverbrauch, unser Zinsniveau, unsere Multis, unsere Macht, die Terms of Trade zu bestimmen, waren immer um ein Vielfaches wirksamer als alle Hilfe. Entwicklungshilfe — was immer man über ihren Nutzen oder Schaden denkt — war immer marginal, heute beträgt sie nicht einmal ein Drittel der Zinszahlungen des Südens an den Norden. Nicht in der Entwicklungshilfe entscheidet sich die Zukunft des Südens.

Wir sind gefragt, was sich bei uns, in unserer Landwirtschaft, in unserem Verkehrswesen, in unserem Gesundheitswesen, in unserer Technologiepolitik, bei unseren Banken ändern muß, damit der Süden eine Lebenschance bekommt. Entwicklungspolitik beginnt wirklich zu Hause, nur ganz anders, als der Stammtisch sich dies vorstellt.

VII

Alle diese Visionen bleiben Illusionen, wenn nicht eine andere Vision Millionen Menschen in Bewegung setzt: die Vision einer friedlichen Welt, also einer Welt, in der Gerechtigkeit zunimmt und Gewalt abnimmt, in der die Dynamik der Rüstung verkehrt werden kann in eine Dynamik der Abrüstung, in

der Feindbilder verblassen und Vertrauen wächst. Dies ist die kühnste aller Visionen. Wer unsere Welt sieht, wie sie ist, wer sieht, wie eine große Nation sich vom Traum errüstbarer Unverwundbarkeit faszinieren läßt, wie Frieden nicht mehr als politische Aufgabe friedensbereiter Menschen verstanden, sondern als Ergebnis eines technischen Tricks erwartet wird, der mag der Resignation nahe sein. Aber wer erlebt, wie die rüstungsbeflissenen Propagandisten des Kriegs der Sterne inzwischen schon die Sprache der Friedensbewegung benutzen müssen, um ihre Pläne durchzusetzen — „Abschreckung müsse überwunden werden“, sie sei „unmoralisch“ — der spürt: Hier ist etwas in Gang gekommen, was Hoffnung signalisiert und verkörpert und auch neue Hoffnung weckt.

Natürlich muß eine große Partei darlegen, wie die Schritte hin zu einer friedlicheren Welt aussehen können. Und ich habe den Eindruck, wir sind da auf gutem Wege. Noch wichtiger ist, daß wir — und das ist die praktische Seite unserer Vision — hier und heute klarmachen: Wir sind nicht mehr bereit, jeden Wahnsinn mitzumachen, wir widersetzen uns dem ebenso teuren wie vergeblichen Versuch, Unverwundbarkeit durch Weltraumwaffen zu errüsten. Wir werden alles tun, damit die Raketen, die wir nicht wollen, aus Mutlangen und Neu-Ulm und Heilbronn wieder verschwinden. Wir wollen alles tun, um die Friedenssehnsucht einer Mehrheit in praktische Politik zu überführen.

VIII

Wir haben uns nach dem 12. Mai gelegentlich an einen Wahlsieg erinnert, der dem in Nordrhein-Westfalen ähnlich war: den *Willy Brandts* 1972. Die Stichworte damals waren Frieden und Reform. Wir waren die Partei des Friedens und der Reform. Wir waren es schon lange vorher und sind es geblieben. Das heißt aber auch: Wir sind so schwach und so stark, so attraktiv und so belanglos wie wir der Mehrheit der Menschen vermitteln können, wie unsere Reformpolitik und unsere Friedenspolitik aussieht und warum sie im Interesse dieser Mehrheit nötig und richtig ist. Eine Reformpartei ohne Reformkonzept, die den Begriff der Reform zur Worthülse verkommen läßt und ihn schließlich ganz meidet, hat verdient, daß man sie abwählt. Und eine Partei des Friedens, die nicht mehr deutlich machen kann, inwiefern sich ihre Sicherheitspolitik von der *Wörners* oder *Geißlers* unterscheidet, macht sich überflüssig. Unsere Partei ist so stark, wie wir für alle Bürger verständlich die Begriffe Reform und Frieden mit Inhalt füllen und daraus unsere praktische Politik ableiten können.

Daß sozialdemokratische Friedenspolitik wieder Kontur gewinnt, hat sich seit dem Kölner Parteitag herumgesprochen. Und ich freue mich, daß *Andreas von Bülow* hier wertvolle Arbeit leistet. Neue Einsichten und neue Impulse von der Basis her, auch von der Friedensbewegung her, werden zu einem schlüssigen Konzept zusammenfließen müssen. Vielleicht geht dies nur, wenn wir unsere Experten nicht alleine lassen.

In der Reformpolitik müssen wir zuerst mit dem Vorurteil aufräumen, Reform sei das wohlthätige und möglichst gerechte Ausgeben von viel Geld. Das war nie unser Reformbegriff, aber die Reformen der Regierung *Brandt*, vor al-

lem in der Sozialpolitik, waren in der Tat nicht billig. Nur: das Geld war ja da. Und so entstand bei manchen ein Mißverständnis, Reform koste eben Geld. Kein Geld, keine Reform.

Reform, das ist ein unentbehrliches Zwischenglied bei der Übersetzung von Vision in Politik. Reform, das ist die Umgestaltung eines gesellschaftlichen Teilbereiches in Richtung auf unsere Vision. Reform soll uns ein kleines oder auch ein größeres Stück weit voranbringen auf unsere Vision hin. Dabei besteht Reform in sich wieder aus vielen kleinen und mittleren Schritten. Wer mit Reformen warten wollte, bis die Kassen wieder voll sind, könnte, sogar wenn er viel jünger wäre als ich, bis an sein Lebensende vergeblich warten. Kosteten früher Reformen viel Geld und wenig Konflikte, so wird es künftig umgekehrt sein. Reformen zugunsten der Kriegsoffer, der Rentner oder der Schüler haben kaum Widerstände geweckt. Alle wichtigen Reformen der Zukunft müssen gegen mächtige Interessengruppen durchgesetzt werden.

Die überfällige ökonomische und ökologische Reform der Agrarpolitik wird schon mittelfristig Geld einsparen, aber sie muß einem Bündnis aus Bauernverband, chemischer Industrie und Agrarbürokratie abgerungen werden. Die unumgängliche Reform dessen, was wir reichlich schmeichelhaft unser Gesundheitswesen nennen, wird die Beitragszahler entlasten, aber sie muß gegen den wenig zimperlichen Widerstand der Pharmaindustrie und der Ärzteorganisationen durchgesetzt werden. Eine Reform des Verkehrswesens kann die Kosten für den Straßenbau ebenso vermindern wie das Defizit der Bundesbahn, das auch der Steuerzahler zu berappen hat, aber sie wird noch härtere Konflikte auslösen als seinerzeit der *Leber-Plan* der späten sechziger Jahre.

Wer unsere Energieversorgung reformieren will weg von den Steigerungsraten des Energieverbrauchs — die so oder so die Natur belasten — hin zu einem sorgsam pfleglichen Umgang mit Energie, immer mehr auch erneuerbarer Energie, der wird es mit EVUs und KWU zu tun bekommen, auch mit sozialdemokratischen Stadtkämmerern in den Aufsichtsräten. Eine Steuerreform, die Energie und Rohstoffe verteuert und die Lohn-Nebenkosten senkt, die, wie im Leitantrag des Landesvorstands steht, umweltfreundliche Produkte entlastet, schädliche belastet, kann den öffentlichen Finanzen zugute kommen, aber ohne harten Streit geht das nicht ab.

Alle diese Reformen werden nicht zu den vergnügungssteuerpflichtigen Tätigkeiten gehören. Aber wer sich um all diese Konflikte drücken möchte, sollte redlicherweise das Wort Reform künftig meiden.

IX

Vielleicht ist einigen von Euch aufgefallen, daß das Thema Ökologie und vor allem Umweltschutz hier nicht unter den Reformaufgaben vorkommt. Der Grund ist einfach: Umwelt-Schutz als defensive, reparierende, nachhinkende Aufgabe ist zwar für absehbare Zeit noch unerläßlich. Aber wer mit Natur pfleglich umgehen will, der darf nicht meinen, wir könnten auf Dauer mit mehr oder minder großen Heftpflastern die Wunden bekleben, die wir der Natur zufügen. Erstens sind die Wunden schon viel zu tief für Heftpflaster —

wo ist das Heftpflaster für unsere Wälder? — und zweitens geht es darum, möglichst wenig neue Wunden zu reißen.

Es geht nicht um ein paar ökologische Verzierungen für ein ökonomisches Konzept, sondern um ein ökologisch verantwortbares Wirtschaften. Wenn wir von einem ökologischen Umbau oder einer ökologischen Erneuerung unserer Wirtschaft reden, dann geht es nicht um eine klar umgrenzte Reformaufgabe, sondern darum, in allen Bereichen die ökologische Dimension einzubringen, von der Agrarpolitik bis zur Verkehrspolitik, von der Technologiepolitik bis zur Energieversorgung. Ökologisches Wirtschaften, eine ökologisch verantwortbare Technik, ein kultivierter Umgang mit der Natur, das ist eine der Visionen, auf die hin viele Reformen nötig sind.

X

Jede neue Programmatik wird heute mit dem Argument angefochten, schließlich sei es der Weltmarkt, der einem exportorientierten Land diktiert, was es zu tun habe, von der Arbeitszeit über die Technologie bis hin zu ökologischer Vorsorge. Ich habe nie zu denen gehört, denen man ausgesprochen provinzielles Denken vorgeworfen hat. Aber gerade wenn wir ernst nehmen, was in Brasilien, den USA, Japan oder Korea geschieht, wird deutlich, daß wir hier unseren Weg suchen müssen und nicht hinter anderen herkeuchen dürfen. Sicher, so manches von dem, was heute unter high tech läuft, wird sich auch bei uns durchsetzen, ob die jeweiligen Regierungen dies wollen oder nicht. Aber die politische Aufgabe ist nicht, einfach das Tempo dessen zu beschleunigen, was ohnehin geschieht — das etwa ist die Späthsche Vorstellung von Politik —, sondern auszuwählen, die Kriterien für eine Auswahl zwischen technischen Alternativen zu bestimmen, die technologische Entwicklung zu steuern, damit Menschen nicht zum Anhängsel von Robotern oder Bildschirmen werden und eine Kultur der Arbeit möglich bleibt.

So wie vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt ist, so auch von high tech zu high tick. Wer hat uns gesagt, wir müßten viele Milliarden Steuergelder in die Atomtechnologie stecken, weil wir sonst einen gewaltigen Markt anderen überließe? Und was ist daraus geworden? Eine perfekte Pleite in Persien, eine schleichende Pleite in Brasilien und vielleicht einmal ein Atomkraftwerk in Ägypten. Hätten wir einen winzigen Teil der Technologieförderung rechtzeitig auf Sonnenenergie konzentriert, dann hätte das unserem Export mehr genützt.

Wir sind nicht der Nabel der Welt, aber wir sind auch nicht so unbedeutend, daß wir es uns nicht leisten könnten, gelegentlich auch auf Technologien zu setzen, die, weil sie uns ökonomisch und ökologisch weiterbringen, eines Tages auch anderen als nützlich erscheinen. In dem Punkt können wir von den Japanern lernen. Vielleicht kommt es gerade bei den unübersichtlichen Möglichkeiten moderner Technologie heute mehr auf den Mut zur Auswahl und zur Originalität an als auf das Schritthalten in jeder Richtung und um jeden Preis. Jedenfalls: Wer uns SDI anpreist mit der Bemerkung, das Militärische daran interessiere ihn nicht, wohl aber die — sehr unsicheren — industriellen Abfallprodukte dieses militärtechnischen Gigantismus, den darf man

doch wohl schüchtern daran erinnern, daß nach *Max Weber* das Augenmaß, der Sinn für Proportionen, den Wert eines Politikers ausmacht.

Laßt Euch von niemandem die alberne Fragestellung aufdrängen, ob wir nun technikfreundlich oder technikfeindlich seien. Der Mensch ist ohne Technik gar nicht lebensfähig. Daher können wir gar nicht gegen Technik sein. Es geht nicht darum, ob wir für oder gegen Technik sind, sondern ob wir Herren oder Knechte der Technik werden. Technikbesessenheit, das sagt schon das Wort, heißt, daß die Technik uns besitzt und nicht wir die Technik. Nicht umsonst hat die IG Metall ihr sehr genau durchdachtes Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ überschrieben: „Der Mensch muß bleiben!“

XI

Von dem Argument, wir hätten uns dem Weltmarkt anzupassen, ist so viel richtig: Eine Industrie wie die unsrige braucht einen großen Binnenmarkt, und sie braucht offene Märkte in der übrigen Welt. Die Hälfte dessen, was wir heute Export nennen, geht in die EG. Was wir brauchen, ist eine europäische Gemeinschaft, die zum Binnenmarkt mit einer gemeinsamen Währung wird, einer Währung, die sich abkoppeln kann von den Eskapaden des Dollars. Wenn auch dies eine Vision ist, dann eine notwendige.

Ich weiß, gemeinsame Währung in der EG ist auch nicht ohne Risiko, vor allem für die Geldwertstabilität. Aber das Risiko, daß wir in den Strudel eines Dollar-Sturzes geraten, ist ungleich größer. Alles spricht für Europa. Solange die Weltmächte, besonders die USA, ein westeuropäisches Land gegen das andere ausspielen können, sind wir hilflos. Wenn wir uns zusammenschließen, kann niemand uns seinen Willen aufzwingen.

Wir brauchen ein Westeuropa, das gemeinsam seine Politik definiert gegenüber den USA, gegenüber der Dritten Welt und gegenüber dem Warschauer Pakt. Das bedeutet nicht, das Bündnis aufzukündigen. Davon halte ich nichts. Aber es bedeutet, klarzumachen und durchzusetzen, daß Westeuropa eigene Interessen hat. In den letzten Wochen gibt es zum ersten Mal seit Jahren Signale aus Paris, die hoffen lassen. Denn zuerst müssen Franzosen und Deutsche eine gemeinsame Linie finden.

Wer ausgerechnet jetzt, wo die Franzosen sich stärker denn je Europa öffnen, wegen einer geringen Senkung des Getreidepreises die europäische Politik blockiert, der sollte sich nie mehr auf *Konrad Adenauer* berufen. Aber manche Interessen sind so mächtig, daß der selbsternannte Enkel *Adenauers* lieber die europäische Einigung blockiert als eine neue Agrarpolitik riskiert.

Erst wenn Westeuropa lernt, sich selbst zu behaupten, können auch die Völker Zentral- und Osteuropas ihre eigenen Interessen gegenüber der Sowjetunion deutlicher artikulieren. Und erst das Bewußtsein gemeinsamer europäischer Interessen kann die Kräfte freisetzen, die zu einem System gemeinsamer und dann auch kollektiver Sicherheit in Europa führen. In einem solchen System könnte dann die deutsche Frage ihre europäische Antwort finden. Auch das ist vorerst eine Vision. Aber eine, die uns die Richtung unseres Handelns hier und heute vorgibt.

XII

Die Programmkommission der Partei unter dem Vorsitz von *Willy Brandt* ist nun neun Monate an der Arbeit. Die Befürchtungen haben sich nicht bestätigt, daß die Programmdiskussion die Partei auseinandertreibe oder gar spalte. Die Spaltung zwischen Ökonomen und Ökologen ist ausgerechnet in Dortmund überwunden worden. Und das hat sich am 12. 5. ausgewirkt. Ich habe auf dem Parteitag in Essen gesagt: „Nicht weiter rechts, nicht weiter links, aber weiter vorn“ liegt das, was wir zu formulieren haben. Dabei dürfte es bleiben.

Langsam begreifen viele außerhalb und innerhalb der Partei, daß unsere Programmarbeit, auch was den Bund angeht, nicht lange ein Kursus im Trokenschwimmen bleiben wird. Ich habe nie akzeptiert, daß uns die Wende für Jahrzehnte auf die Oppositionsbank verbannen wird. Ich habe die Zeit von 1974 bis 1982 erlebt als den tragischen Versuch, etwas nicht Wiederherstellbares, nämlich die Wachstumsgesellschaft der sechziger Jahre, wiederherzustellen, unternommen von einem der begabtesten Politiker, die unsere Demokratie hervorgebracht hat.

Daher habe ich die Regierung *Kohl* von Anfang an betrachtet als das Satyrspiel nach der Tragödie, wo das Thema der Tragödie noch einmal als Farce zur Entspannung des Publikums abgehandelt wird, mit weniger anspruchsvollen Mitteln und weniger anspruchsvollem Personal. Nun mag man darüber streiten, ob dieses Satyrspiel der Entspannung des Publikums dient. Aber allzu lang dauert ein Satyrspiel nicht. Es ist meist kürzer als die Tragödie.

Wenn dieses Spiel eines Tages zu Ende ist und die Menschen sich fragen werden, wie sie sich so etwas bieten lassen konnten, dann wird die zweite Phase sozialdemokratischer Friedenspolitik und die zweite Phase sozialdemokratischer Reformpolitik beginnen. Laßt uns dann, wenn die Widerstände sich verhärten, unsere Visionen nicht aus den Augen verlieren. Und wenn es dann ganz schwierig wird, laßt uns nie vergessen:

Es kommt nicht an auf die Größe der Schritte, sondern auf die Erkennbarkeit der Richtung.

Thesen zur politischen Situation in der BRD und den Aufgaben und Perspektiven der Linken

Brigitte Kiechle

I.

Die politische und wirtschaftliche Situation in der BRD ist nach wie vor durch die Anfang der 70er Jahre einsetzende Rezession im Weltmaßstab und deren Auswirkungen geprägt. Verknüpft mit einem zentralen Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung, befindet sich das Kapital seit Beginn dieser Rezession in der Offensive. In der aktuellen und vor uns liegenden Phase der internationalen Entwicklung wird sich die ideologische, politische, ökonomische und militärische Aggressivität des Imperialismus, allem voran des US-Imperialismus, zudem weiter verschärfen. Der seit einigen Jahren weltweit feststellbare Aufschwung der Befreiungsbewegungen bedroht die Einfluß- und Ausbeutungsmöglichkeiten der USA und ihrer Verbündeten in wichtigen Teilen der Welt. Die *Reagan*-Administration versucht deshalb alles, um die volle politische und militärische Interventionsfähigkeit der USA heute wiederzugewinnen. Ausdruck dieser neuen Aggressionspolitik waren z.B. die direkte militärische Intervention der USA in Grenada und der unerklärte Krieg gegen Nicaragua. Die westeuropäischen imperialistischen Staaten haben sich angesichts der Entwicklung der internationalen Krise militärisch und politisch dem Kurs der USA angegliedert. Beispiele dafür auf internationaler Ebene sind u.a. das militärische Eingreifen von Großbritannien auf den Malwinen oder die Haltung Frankreichs im Tschad und in Neukaledonien.

Die Zustimmung der wichtigsten Staaten Westeuropas zu den wesentlichen Richtlinien der heutigen US-Politik zeigt zwar noch keine generelle Übereinstimmung, bezogen auf alle Ziele dieser Politik und die Beziehungen untereinander, drückt jedoch die Einmütigkeit der verschiedenen nationalen Bourgeoisien Westeuropas hinsichtlich ihrer grundlegenden politischen und militärischen Interessen angesichts der aktuellen internationalen Entwicklung aus.

Hinter dem politischen und militärischen Bündnis der verschiedenen Nationalstaaten verbergen sich jedoch die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Kapitale. Natürlich ist es in den letzten Jahren – und diese Entwicklung wird sich verstärkt fortsetzen – zu einer Verschärfung der Konkurrenz

zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten Westeuropas, den USA und Japan gekommen. Dies ist jedoch nur der Ausdruck der allgemeinen Verschärfung der interimperialistischen Konkurrenz auf Weltebene. Politikansätze, die in diesem Zusammenhang von einem generellen Interessenkonflikt zwischen Europa und USA ausgehen und diese Einschätzung zum Ausgangspunkt zur Entwicklung von wirtschaftlichen und militärischen Alternativen z.B. für die BRD machen, sind deshalb untauglich.

Die neue Aggressivität imperialistischer Politik führt außerdem zu einer zunehmenden Polarisierung gegenüber der UdSSR und zu einer Verschärfung der internationalen Beziehungen. Dies verstärkt die Herausbildung weiterer Konflikte und erhöht die Kriegsgefahr.

Die internationale Dimension von Krise und Kriegsgefahr und die wichtige Rolle, die die BRD im internationalen Zusammenhang einnimmt – auf das eigene militärische und ökonomische Potential gestützt, gehört sie, in enger Anlehnung an die USA, heute zu den stabilsten Stützen des Imperialismus –, machen es zu einer vordringlichen Aufgabe der Linken in der BRD, sich wieder ein korrektes internationalistisches Verständnis anzueignen und entsprechend den verschiedenen Aspekten dieser Frage Strategien zu erarbeiten. Dies gilt besonders unter folgenden Gesichtspunkten:

– In ihrem Abwehrkampf gegen die Auswirkungen der Krise sind die Lohnabhängigen zunehmend mit der Macht internationaler Konzerne konfrontiert. Dies erfordert eine internationale Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen und der Gewerkschaften. Auch die Kampfmittel und Forderungen müssen der gegebenen Situation entsprechen.

– Die Solidaritätsarbeit mit den Befreiungsbewegungen muß ausgeweitet und qualitativ auf eine neue Stufe gestellt werden. Solidaritätsarbeit darf nicht nur in moralischer und finanzieller Unterstützung bestehen. Es ist vielmehr notwendig, eine direkte Verbindung zur Situation in der BRD herzustellen – dies betrifft die inhaltliche Seite wie die Frage der Kampfmittel – und Solidaritätsarbeit wieder stärker unter dem Aspekt, den Klassenkampf im eigenen Land voranzutreiben, zu begreifen. Dies bedeutet auch, z. B. im Rahmen der Friedens- und Antikriegsarbeit die Ursachen und nicht nur die Auswirkungen für die zunehmende Kriegsgefahr zu benennen und zu bekämpfen. Nicht Frieden an sich wird dann zum erstrebenswerten Ziel, sondern ist verknüpft mit der Fragestellung, wessen Frieden wie, wann und von wem wo verteidigt wird.

– Die politische Entwicklung in der BRD, und damit auch sozialistische Politik in der BRD, hat angesichts der o. g. Position der BRD im imperialistischen Gefüge einen zentralen Stellenwert auch für die fortschrittlichen Entwicklungen in anderen europäischen Ländern. Daraus ergibt sich für die Linke in der BRD eine zusätzliche Verantwortung.

II.

Die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie in der BRD haben die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zumindest in den ersten Jahren praktisch

kampflos hingenommen. Verhaftet in sozialpartnerschaftliche Vorstellungen, war es nicht möglich, den Krisenlösungsstrategien des Kapitals etwas Grundlegendes entgegenzusetzen. Dieser Situation stand zunächst noch die Kampfbereitschaft der klassenunspezifischen Bewegungen wie z. B. der Anti-AKW-Bewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung etc. gegenüber. Diese Kampfbereitschaft und -fähigkeit hat aber in der Zwischenzeit deutlich nachgelassen, nachdem auch die großen Massenmobilisierungen, wie zuletzt durch die Friedensbewegung, keinen unmittelbaren Erfolg gebracht haben.

Mit der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU/FDP-Koalition hat sich der wirtschaftspolitische Kurs, der die Interessen der Unternehmer zur zentralen Leitlinie der Politik macht, endgültig durchgesetzt. In der Praxis bedeutet dieser Kurs, die Lasten und Kosten der kapitalistischen Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern.

Für die Bedingungen und Durchsetzungsmöglichkeiten sozialistischer Politik sind jedoch auch folgende Punkte von Bedeutung und zu beachten:

– Die Bundestagswahl am 6. 3. 83 war keine Klassenwahl und markiert von der Interessenlage der Werktätigen aus auch nicht den Beginn der vielbeschworenen „Wende“. Denn am 6. 3. 83 standen nicht zwei grundlegende programmatische Alternativen zu Wahl, sondern nur verschiedene Schattierungen bürgerlicher Krisenbewältigungspolitik. Aufgrund dieser Tatsache kam es auch nicht zu einer aktiven Hinwendung und Mobilisierung von nennenswerten Teilen der Arbeiterschaft für die SPD. Die politische Polarisierung im Wahlkampf blieb bei der letzten Bundestagswahl weitgehendst aus.

– Trotz der oben aufgezeigten Einschätzung bedeutet der Wahlsieg der Konservativen, gesamtgesellschaftlich betrachtet, eine Niederlage für die Arbeiterbewegung und die Linke in der BRD, da damit das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zunächst zu Gunsten des Unternehmerlagers verschoben wurde.

– Mit dem Wahlsieg in der Tasche, ist der Bürgerblock entschlossen, der Arbeiterbewegung und den klassenunspezifischen Bewegungen entscheidende Niederlagen beizubringen. Solche Niederlagen der gesellschaftlichen Massenbewegungen sind die notwendige Voraussetzung, um das politische Kräfteverhältnis tiefgreifend und auf Dauer zu verschieben.

– Das Entscheidende ist jedoch, daß die Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen weiterhin gegen diese durchgesetzt werden muß und sich nicht einfach per Regierungs- oder Parlamentsbeschluß verordnen läßt. Dies bedeutet, daß die zentralen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen noch bevorstehen und dies vor allem Auseinandersetzungen sein werden, die sich auf der außerparlamentarischen Ebene abspielen und entscheiden werden. Hier liegt auch ein wesentlicher Ansatz, die Voraussetzungen für eine Wende im Interesse der Werktätigen zu schaffen.

III.

Die CDU/CSU/FDP-Regierung hat inzwischen in allen gesellschaftlichen Bereichen deutlich gemacht, was sie unter der „Wende“ versteht und wer sie

zu bezahlen hat. Kernpunkte dieser Politik und Eckpfeiler, an denen auch die weitere politische Konfrontation stattfinden wird, sind:

- Konsequenter Aufrüstungskurs in enger Anbindung an die USA und NATO. Dies ist gleichzeitig verknüpft mit einer Haushaltsumstrukturierung zugunsten des Rüstungsetats.
- Offensive Politik des Abbaus sozialer Leistungen, gekoppelt mit der zunehmenden Reprivatisierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben und Betriebe im Dienstleistungssektor.
- Abbau von erkämpften arbeitsrechtlichen Bestimmungen, Eingriff in die Tarifautonomie, Senkung des Lohnniveaus, Durchsetzung der Flexibilisierungskonzepte bezüglich der Arbeitszeit und Förderung der Technologieentwicklung und des Einsatzes neuer Technologien.
- Allgemeine Verschärfung des Abbaus demokratischer Rechte.
- Durchsetzung einer familienpolitischen Orientierung, deren Hauptziel die erneute Festlegung von Frauen auf Familie, Heim und Herd, ergänzt durch Teilzeitarbeit, ist und die erkämpfte Rechte in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau wieder rückgängig machen will.

Die genannten Punkte bilden in der Gesamtkonzeption der Regierung eine Einheit. Alle Maßnahmen in den einzelnen Bereichen haben jeweils unmittelbare Rückwirkungen auf andere Politikbereiche und werden durch gezielte ideologische Kampagnen in ihrer Wirkung unterstützt. Dies wird von einer massiven Aufschwungpropaganda begleitet. Die Bundesregierung steht in diesem Punkt unter großem Erfolgszwang und muß, um ihren politischen Kurs weiter zu rechtfertigen, zumindest ansatzweise im Sinne ihrer Krisenlösungsstrategie Erfolge vorweisen können. Der feststellbare schwache wirtschaftliche Aufschwung ist jedoch weit von den Prognosen der Bundesregierung entfernt. Abgesehen davon, wird der nun eingeleitete Aufschwung nur von vorübergehender Dauer sein. Die internationale Entwicklung und zunehmende Verschuldung der Länder der sogenannten 3. Welt läßt auch weiterhin einen Zusammenbruch des kapitalistischen Währungs- und Wirtschaftsgefüges im Bereich des Möglichen. Aber auch ein erreichter wirtschaftlicher Aufschwung, durchgesetzt z. B. durch den Einsatz neuer Technologien und weiterer Rationalisierungsmaßnahmen sowie durch erneut verstärkte Ausbeutung der Länder der 3. Welt, wird die allgemeinen Krisentendenzen der kapitalistischen Wirtschaft nur vorübergehend überdecken können und diese dann erneut verschärft zum Durchbruch bringen. Verbesserte Investitions- und Gewinnbedingungen für die Unternehmer führen letztlich nicht aus der Krise heraus und berühren auch die Arbeitslosenquote kaum. Genau hierin liegt bereits jetzt das Problem der Bundesregierung, da ein Ansteigen der Zahl der Erwerbslosen bisher nicht gestoppt werden konnte. In der hohen Jugendarbeitslosigkeit und anwachsenden Zahl derer, die in der Zwischenzeit aus dem „sozialen Netz“ herausgefallen sind und zu den neuen Armen der BRD zählen, ist außerdem ein politischer Sprengsatz angelegt, der für die Regierung eine zunehmend unkalkulierbare Dimension annehmen kann.

In den zentralen politischen Auseinandersetzungen ist es den Regierungsparteien bisher nicht gelungen, ihre Ziele voll zu erreichen und damit einem

weiteren Durchbruch konservativer Politik den Weg zu ebnen. Trotz einer breit angelegten Diffamierungskampagne gegenüber der Friedensbewegung kam es im Herbst 83 zur größten Massenmobilisierung seit Bestehen der BRD. Der millionenfache Protest gegen den NATO-Doppelbeschluß konnte die Zustimmung der Parlamentsmehrheit zur Stationierung der neuen Raketen-systeme zwar nicht verhindern, den politischen Preis für die Durchsetzung des Aufrüstungsbeschlusses gegen die Mehrheit der Bevölkerung jedoch enorm erhöhen. Die Tatsache, die Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß nicht verhindern haben zu können, war für die Friedensbewegung unzweifelhaft eine schwerwiegende Niederlage. Die weiterreichende Absicht der Regierung, die Friedensbewegung damit auch entscheidend organisatorisch zu schwächen bzw. zu zerschlagen, ist bisher nicht gelungen.

Die wichtigste gesellschaftspolitische Auseinandersetzung seit der letzten Bundestagswahl war der Kampf von IG Metall und IG Druck und Papier zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Dieser Kampf war und ist für die Ausgangsbedingungen sozialistischer Politik von besonderer Bedeutung. Ein erfolgreicher Kampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung als zentraler Hebel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit würde die Möglichkeiten zur Bekämpfung konservativer Krisenlösung insgesamt wesentlich verbessern und gleichzeitig den Umdenkungs- und Entwicklungsprozeß innerhalb der DGB-Gewerkschaften – weg von der Position, Klassenzusammenarbeit als Voraussetzung zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen zu begreifen – positiv vorantreiben. Das Ziel von Unternehmern und Bundesregierung war es, der Gewerkschaft in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche eine klare Niederlage beizubringen und das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in der BRD grundlegend neu abzustecken. Dies ist nicht gelungen. Vor allem im internationalen Zusammenhang betrachtet – in mehreren europäischen Ländern mußten die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften in den letzten Jahren schwerwiegende Niederlagen hinnehmen, z. B. in Italien im Kampf zur Verteidigung der gleitenden Skala der Löhne (*scala mobile*), in Großbritannien in der Frage der Gewerkschaftsgesetzgebung –, ist es als Erfolg der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu werten, eine so tiefgreifende Niederlage abgewehrt zu haben. Dies ändert nichts an dem, gemessen an der Ausgangsforderung, völlig unzureichenden Ergebnis dieses Arbeitskampfes. Denn ein wirkungsvoller Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist mit dem abgeschlossenen Ergebnis nicht zu erzielen. Den Unternehmern ist es außerdem gelungen, im Hinblick auf ihre Flexibilisierungskonzepte einen entscheidenden Schritt voranzukommen und die konkrete Umsetzung tarifvertraglicher Regelungen auf die betriebliche Ebene zu verlagern.

Im Zusammenhang des Arbeitskampfes bei Druck und Metall wurde außerdem besonders deutlich, mit welcher zielstrebigem Vorgehensweise die Regierungsparteien die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung betreiben. Gegenüber den Gewerkschaften wird heute keine generelle Konfliktstrategie betrieben, sondern über die Einbindung eines Teils der Einzelgewerkschaften in die Regierungspolitik versucht, die DGB-Gewerkschaften letztendlich zu spalten.

IV.

Mit den Tarifabschlüssen bei Metall und Drupa ist die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche nicht abgeschlossen. Im Gegenteil, die Auseinandersetzung um die Durchsetzung einer neuen Gewerkschaftspolitik, die sich nicht länger am Interessenausgleich zwischen Unternehmern und Beschäftigten orientiert, hat erst begonnen. Sich in die weitere Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaften über den Kurs der zukünftigen Gewerkschaftspolitik einzuschalten und dazu beizutragen, antikapitalistische Vorstellungen zu stärken und voranzutreiben, ist eine der vordringlichsten Aufgaben für Sozialisten in der BRD heute. Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche hat erste Brüche in den bisherigen politischen Konstellationen im Gewerkschaftsbereich deutlich gemacht.

Die nun seit mehreren Jahren andauernden Auswirkungen der Krise stellen die Gewerkschaften in der BRD vor neue Probleme. Im Interesse der Lohnabhängigen liegt es, diese Auswirkungen abzuwenden bzw. zumindest zu begrenzen, d.h. konkret, den Lebensstandard zu verteidigen, sich gegen eine weitere Aushöhlung des Arbeitskampfrechts und Tarifrechts zur Wehr zu setzen etc. Darüber hinaus wirken sich die Beschäftigungsbedingungen und die hohe Massenarbeitslosigkeit unmittelbar auf den Organisationsgrad und die Kampfkraft der Gewerkschaften aus. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich allein durch den Einsatz neuer Technologien unter den jetzigen Bedingungen die Zahl der Erwerbslosen weiter sprunghaft erhöhen wird und bei weiterer Durchsetzung der Flexibilisierungskonzepte immer mehr Menschen in sogenannte ungeschützte Arbeitsverhältnisse abgedrängt werden. Wie eine erfolgreiche Abwehr- und Kampfstrategie der Gewerkschaften in dieser Situation auszusehen hat, wird heute somit zu einer Überlebensfrage für die Gewerkschaften. Um diese Frage jedoch beantworten zu können, ist Klarheit über den Charakter des kapitalistischen Angriffs und dessen objektive gesetzmäßige Entwicklung Voraussetzung. Um die Krise im Sinne kapitalistischer Entwicklungslogik zu überwinden, müssen die Verwertungsbedingungen des Kapitals heute grundlegend verbessert werden. Die dazu vorgegebenen Möglichkeiten sind in erster Linie die Erhöhung der Ausbeutungsrate und die Erhöhung der Rentabilität des Einsatzes von konstantem Kapital. Kapital und Arbeit stehen sich damit heute diametral gegenüber. Der bisherigen gewerkschaftlichen Politik ist damit die Grundlage entzogen. Diese Politik, abhängig vom generellen Wirtschaftswachstum und dem Produktivitätszuwachs, basierte darauf, vom jeweiligen wirtschaftlichen Zuwachs einen Teil zugunsten der Lohnabhängigen umzuverteilen.

Die Gewerkschaftspolitik steht heute vor einer grundlegenden Weichenstellung: Wollen die Gewerkschaften nicht ins Abseits und letztlich in die Bedeutungslosigkeit absinken, wird dies nur mit einer Politik möglich sein, die die Interessen der Lohnabhängigen zur alleinigen Richtschnur gewerkschaftlicher Entscheidungen macht. Dies bedeutet in der Konsequenz die Aufgabe der Sozialpartnerschaftsideologie. Erste Ansätze und Brüche sind dafür vorhanden.

Die Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer politischen Positionen wird im positiven oder negativen Sinne ein zentraler Hebel für die weitere klassen-

politische Entwicklung sein. Dies zu erkennen bedeutet auch, heute eine offensive ideologische Auseinandersetzung gegen Individualisierungstendenzen und Verzichtstrategien, wie sie auch von einem Teil des grün-alternativen Spektrums vertreten und in die Betriebs- und Gewerkschaftsdiskussion eingebracht werden, zu führen. Zentraler Ansatz sozialistischer Politik gegen die Arbeitslosigkeit und für die Sicherung des Lebensstandards ist nach wie vor die Forderung nach Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle bei vollem Lohnausgleich. Nur diese Perspektive greift direkt in die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft ein und bietet eine vereinheitlichende Kampfperspektive für alle Beschäftigten und Arbeitslosen.

V.

Die SPD in der Opposition hat es bisher nicht geleistet, der Politik der Bundesregierung eine umfassende Alternative entgegenzusetzen. Die führenden Sozialdemokraten scheinen entschlossen zu sein, die gleiche Wirtschafts- und Sozialpolitik fortzusetzen, mit der die Sozialdemokraten bereits gescheitert sind. Denn der sozialpartnerschaftliche und dem wirtschaftlichen Gesamtwohl verpflichtete Politikansatz wird weiterhin zur Richtschnur sozialdemokratischer Politik gemacht. Mit dieser Politik ist aber eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Sozialabbaus ebensowenig möglich wie eine konsequente Antikriegspolitik.

Ohne politische Positionen und das Politikmodell der letzten Jahre entscheidend zu verändern, ist es der SPD bereits kurz nach der Wahlniederlage am 6. 3. 83 gelungen, einen Teil ihrer Integrationskraft gegenüber ihrem traditionellen Einflußbereich, den außerparlamentarischen Bewegungen und auch innerorganisatorisch zurückzugewinnen. Doch die Rückgewinnung dieser Integrationskraft wird nicht von Dauer sein, da sie heute – im Gegensatz zur SPD-Politik Ende der 70er Jahre / Anfang der 80er Jahre – nicht mit einem neuen politischen Aufbruch und einer alternativen politischen Perspektive zur Gewinnung der Regierungsmacht verknüpft ist und deshalb auch keine vorwärtstreibende und mobilisierende Dynamik entwickeln kann. Die neugewonnenen Aktionsmöglichkeiten, über die die SPD im Moment verfügt, hat sie in erster Linie dem Verhalten des Teils der Linken in der BRD zu verdanken, der, nachdem die SPD wieder in der Oppositionsrolle war, sich erneut voll auf und an der SPD orientiert hat, ohne dies zumindest mit inhaltlichen Vorbedingungen zu verknüpfen. So sind auch nennenswerte Abspaltungen vom linken Rand der SPD ausgeblieben. Die von wesentlichen Teilen der BRD-Linken gestellte Prognose, die SPD werde sich nun in der Opposition erneut zu einem Anziehungspol linker Politik entwickeln, hat sich nicht bewahrheitet. Die Linkswende der SPD hat nicht stattgefunden.

Trotzdem gelingt es der SPD heute wieder zunehmend, sich als die bessere Kraft zur Abmilderung der Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigten darzustellen. Die Landtagswahlergebnisse im Saarland und in NRW haben gezeigt, daß die Fragen der Arbeitslosigkeit und des Sozialabbaus zunehmend zum entscheidenden Kriterium für die Stimmabgabe bei Wahlen werden. Der

SPD gelingt es augenblicklich wieder, Hoffnungen auf eine politische Veränderung in ihre Bahnen zu lenken. Dies trifft zum einen auf die traditionellen Schichten der Arbeiterklasse wie z. B. im Ruhrgebiet zu, aber es gilt auch für die „neuen“ Schichten der Lohnabhängigen wie z. B. der technischen und lohnabhängigen Intelligenz. Für diese Schichten der Bevölkerung bietet offensichtlich die SPD gegenüber der Massenarbeitslosigkeit eine bessere Aussicht auf den Erhalt des sozialen Status als alle anderen Parteien.

VI.

Der Einzug der Partei „Die Grünen“ in den Bundestag und die Mehrzahl der Länderparlamente ist Ausdruck eines Abrückens von den traditionellen Parteien und bei den meisten Wählern der Grünen auch mit dem Wunsch nach einer politischen Alternative zu den bisher in den Parlamenten vertretenen Parteien verbunden. Als Herausbildungsprozeß einer Linkspartei und Bewegung, die die Umsetzungsmöglichkeiten für sozialistische Politik verbessern würde, kann der politische Erfolg der Grünen und deren Entwicklung jedoch nicht gewertet werden.

Der Aufstieg der Grünen zu einer relevanten Kraft in den Parlamenten hat den Rückgang des Interesses an sozialistischer Politik und der Frage der Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative in der BRD begünstigt. Trotz fehlender Perspektive für eine grundlegende Gesellschaftsveränderung in der BRD konnte sich die grüne Partei als Protestpartei durchsetzen und einen Teil der BRD-Linken integrieren.

Ein Teil dieser Linken hat die Mitarbeit in der Partei „Die Grünen“ vor Jahren damit begründet, eine Partei wie die Grünen sei in der BRD ein notwendiges Zwischenstadium zur Herausbildung einer neuen Linkspartei. Doch im Zuge der Entwicklung der Grünen haben die Linken in den Grünen dieses Ziel offensichtlich aufgegeben. Die Mitarbeit der Linken bei den Grünen wurde im wesentlichen zu einer Selbstauflösung, im organisatorischen wie im inhaltlichen Sinne. Mit dem parlamentarischen Erfolg der Grünen verknüpft ist außerdem eine Neubelebung parlamentarischer Illusionen bei den Grünen selbst, aber auch bei großen Teilen der BRD-Linken insgesamt.

Die weitere Entwicklung der Grünen wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es dieser Partei gelingt, zu den Bereichen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau Positionen zu entwickeln, die der arbeitenden Bevölkerung eine glaubwürdige Perspektive aufzeigen. Daß es den Grünen nach den spektakulären Wahlerfolgen der letzten Jahre nicht gelungen ist, in den Landtag im Saarland und in NRW einzuziehen, liegt vor allem in diesem Mangel begründet.

VII.

Die Hauptaufgabe der Linken in der BRD besteht augenblicklich darin, eine breite Abwehrfront gegen die Politik der *Kohl*-Regierung und des Kapitals zu organisieren und die Voraussetzungen für eine politische Wende vorzubereiten, die möglichst auch schon in den Bundestagswahlen 1987 ihren Ausdruck finden muß. Dies bedeutet in erster Linie, entlang den politischen Achsen und zentralen Punkten von Unternehmer- und Regierungspolitik Wider-

stand zu organisieren. Dabei ist es wichtig, zu möglichst breiten Aktionsbündnissen auf der Grundlage des Aktionseinheitsverständnisses zu kommen, die nur defensive Abwehrposition zu überwinden und qualitativ weitergehende Forderungen zu verankern. Von besonderer Bedeutung und Kernbereiche sozialistischer Politik werden dabei folgende Themen sein müssen:

- Soziale Sicherheit,
- Friedenssicherung,
- Erhaltung unserer natürlichen Lebensbedingungen,
- Frauenfrage.

Diese langfristigen Schwerpunktbereiche einbeziehend, ist ein Aktionsprogramm zu entwickeln, welches am aktuellen Stand der Arbeiterbewegung und dem Kampf der außerparlamentarischen Bewegung ansetzt und gleichzeitig eine antikapitalistische Perspektive aufzeigt. Bezüglich der parlamentarischen Ebene müssen links von der SPD generell neue Überlegungen für das Zustandekommen eines Linksbündnisses stattfinden. Dabei müßte es darum gehen, eine inhaltlich ausgewiesene linke Wahlalternative zu bilden, die in den zentralen Fragen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung Forderungen und Antworten formuliert, einen Beitrag zur Weiterentwicklung des allgemeinen Bewußtseinsstandes leistet und mobilisierenden Charakter hat.

Neben diesen Aufgaben im Rahmen der aktuellen Tagespolitik stellen sich für Sozialisten in der BRD zudem folgende grundsätzliche Überlegungen:

- Es besteht weiterhin die prinzipielle Notwendigkeit des Aufbaus einer sozialistischen Partei, die über Masseneinfluß verfügt. Denn die zentrale politische Aufgabe der Linken in der BRD, den reformistischen und Widerstand hemmenden Einfluß der SPD in der Arbeiterschaft anzugreifen und damit neue Möglichkeiten der klassenpolitischen Entwicklung in der BRD zu eröffnen, ist eng verknüpft mit der Existenz einer glaubwürdigen sozialistischen Alternative.

In diesem Zusammenhang ist es außerdem eine wesentliche Aufgabe, die Kluft zwischen Arbeiterbewegung und den klassenunspezifischen Bewegungen zu überwinden. In der Erkennung und Lösung dieser Aufgabe hat die Linke in der BRD bisher versagt. Das Problem wurde wenn, dann vor allem abstrakt erkannt. Unsere gesamte Politik muß jedoch diesem Ziel entsprechen. Dabei gilt es gleichzeitig das Sektierertum als eines der Grundübel der BRD-Linken zu überwinden.

- Ein auf der ideologischen Ebene nicht zu unterschätzender Punkt für die Bedingungen sozialistischer Politik ist, daß die Phase des progressiven Aufbruchs, gesamtgesellschaftlich betrachtet, zu Ende ist. Die Konservativen im Lande, sich für neue Medien, neue Technologien etc. einsetzend, stehen plötzlich für Fortschritt und Entwicklung. Die Linke dagegen, die diesen Entwicklungen begründet kritisch bzw. ablehnend gegenübersteht, gilt heute als unmodern und gegen Fortschritt und Wachstum gerichtet. Die Linke muß auf diesem Gebiet unbedingt die Fähigkeit zurückgewinnen, selbst eine positive Lebensperspektive zu vermitteln, selbst für diese zu stehen und dies auch durch Ansätze von Gegenkultur im mitmenschlichen Zusammenleben zu vermitteln.

Entwicklungsperspektiven der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung

Leonhard Mahlein

I.

Versucht man, die Problemfelder der gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Ende dieses Jahrhunderts in der Gesamtheit zusammenzufassen, so werden sich voraussichtlich die großen Konflikte vor allem konzentrieren

- um die Sicherung des Friedens;
- um Maßnahmen zum Abbau des extremen Ungleichgewichts zwischen den hochentwickelten Industriestaaten und den ehemals kolonialen „Randgebieten“, der sogenannten Dritten Welt;
- um Formen der gesellschaftlichen Kontrolle des wirtschaftlichen Wachstums, der Sicherung der Voraussetzungen der Produktion, der Kontrolle der zerstörenden Folgen des unkontrollierten Wachstums;
- um Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung, des Abbaus der Massenarbeitslosigkeit und des erkämpften Lebensniveaus der Arbeitnehmer;
- um Formen der Kontrolle der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und zur Vermeidung weiterer negativer sozialer und ökologischer Folgewirkungen;
- um Maßnahmen zur Sicherung und zum Ausbau der Systeme der sozialen Sicherheit, der kollektiv wirksamen staatlichen Dienstleistungen, der Systeme der Bildung und Ausbildung.

Es gilt zu erkennen, daß diejenigen Kräfte, die die „Wiederherstellung der Unternehmerfreiheit“ als Lösung propagieren, eine Politik verfolgen, die gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet ist. Sie wissen keine Antwort auf die Fragen und Forderungen, die wir in unseren gewerkschaftlichen Programmen und Beschlüssen formuliert haben, außer daß sie unsere Politik und unsere Forderungen als die Hauptursache der Krise verunglimpfen. Und es gilt zu erkennen, daß es in der Auseinandersetzung um die Lösung dieser Probleme harte Auseinandersetzungen geben wird.

Natürlich wird es bei der Bewältigung von Einzelfragen – vor allem im gewerkschaftspolitischen Bereich – immer wieder Kompromisse geben und geben müssen; aber man sollte von der Illusion Abschied nehmen, als ob die Lösung dieser Fragen auf dem Wege der „sozialpartnerschaftlichen Interessenharmonie“ stattfinden könne. Hier stehen fundamentale Interessen gegeneinander: auf der einen Seite das grundlegende Existenzinteresse des

privatwirtschaftlichen Profitsystems, auf der anderen Seite die Lebens- und Existenzinteressen der Arbeitnehmer, deren Sicherung in wachsendem Maße einer gesellschaftlich und politisch abgesicherten Kontrolle des Profitsystems bedarf.

Ob es gelingt, in diesen Auseinandersetzungen Veränderungen in den bestehenden Machtverhältnissen durchzusetzen, hängt auch von der Rolle, dem Einfluß und der Macht, von der Handlungs- und Kampffähigkeit der Gewerkschaften ab. Es liegt auf der Hand, daß es völlig falsch, ja absurd wäre, ausschließlich in den Gewerkschaften die Kraft sehen zu wollen, die solche Veränderungen herbeiführen könnte. Zahlreiche Probleme liegen auf der politischen oder weltpolitischen Ebene, auf die unsere Politik nur einen sehr indirekten Einfluß nehmen kann.

II.

Eine Politik, wie sie in überwiegendem Maße in den ersten 20 Jahren der Existenz des DGB praktiziert worden ist, wird seit den Krisenprozessen ab Mitte der 70er Jahre nicht einfach fortgesetzt werden können. Daß die Veränderungen der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen grundlegender und dauerhafter Art sind, darüber herrscht weitgehend Einigkeit. Viele Fragen, die sich heute in einer neuen Weise stellen, berühren dennoch oft alte Grundprobleme der Strategie der Arbeiterbewegung. Auf vier Komplexe soll eingegangen werden.

1. Notwendigerweise tritt unter Krisenbedingungen die Schutzfunktion der Gewerkschaften gegen die ständigen staatlichen und unternehmerischen Übergriffe und Willkür in den Vordergrund tagtäglicher Praxis. In diesen Verteidigungspositionen entscheidet die Kraft des gewerkschaftlichen Widerstandes mit darüber, wie weit Errungenschaften und Rechte der abhängig Beschäftigten zurückgenommen werden und wie sich die Verteidigungslinie in den Schützengraben des Stellungskrieges zwischen Kapital und Arbeit verschiebt. Die offene innergewerkschaftliche Diskussion und Verarbeitung der Erfahrungen, der Niederlagen wie Erfolge, sind für den Lernprozeß über die Machtverhältnisse in dieser Gesellschaftsordnung von außerordentlicher Bedeutung.

Es zeigt sich, daß in diesem Lernprozeß und in der Erarbeitung gewerkschaftlicher Antworten die Erfahrung eine sehr große Rolle spielt, daß privatwirtschaftliche Lösungen für die Krisensituation vieler Branchen, wie z. B. der Stahlindustrie und der Werften, versagt haben, so daß aus den Betrieben heraus die Forderung nach Überführung dieser Industrien in Gemeineigentum bei Ausweitung der Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle immer stärker erhoben wird. Diese Forderung, die zu dem klassischen programmatischen Arsenal der Gewerkschaftsbewegung gehört, besaß für uns nach 1945 allerhöchste Priorität, ebenfalls aus der konkreten Erfahrung der zurückliegenden Katastrophe heraus, daß Krieg und Faschismus in Zukunft nur durch die Vernichtung der Machtbasis der nationalen und multinationalen Konzerne, durch Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten und ihrer Ge-

werkschaften und schließlich durch die wirtschaftspolitische Planung zu verhindern sein werden.

Die Forderung nach Vergesellschaftung hat deshalb immer ihren Platz in den Grundsatzprogrammen des DGB gehabt, auch wenn ihr Stellenwert unterschiedlich betrachtet wird. Unter den heutigen Bedingungen wird das Aufwerfen der Eigentumsfrage wieder zu einer aktuellen Aufgabe, weil ohne strukturelle Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Großkapitals keine wirklichen Fortschritte mehr zu erreichen sind.

Es wächst heute unter aktiven und bewußten Gewerkschaftern die Bereitschaft, Perspektiven zu diskutieren, die die Veränderung der bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse berühren, die mit Fragen nach einer besseren Gesellschaft zusammenhängen, für die es sich zu kämpfen lohnt. Auch hierüber muß in der Gewerkschaftsbewegung diskutiert werden können, wie über alle Fragen, die unter dem Begriff „Zukunft der Arbeit“ aufgeworfen werden und die Fragen nach einer humanen, nicht entfremdeten, selbstbestimmten und demokratischen Lebensweise berühren. Nicht zuletzt der weitere Kampf um die Arbeitszeitverkürzung wird auch diese Themen nicht ausklammern können, weil sich in solchen sozialen Bedürfnissen auch soziale Energien ausdrücken können, die in die Interessenauseinandersetzungen einfließen sollten.

2. Die Gewerkschaften waren in den letzten Jahren gezwungen, ihr praktisches Verhältnis zu den inzwischen zahlreichen Protestbewegungen zu überdenken, in denen wichtige Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung aufgegriffen und verteidigt werden. Es gibt keinen Grund für die Gewerkschaften, diesen Alternativbewegungen gegenüber einen Standpunkt der „Selbstgefälligkeit und der Schulmeisteri“ einzunehmen. Angemessener wäre es, offen zu sein für die Probleme insbesondere der Jugendlichen, die oft recht kritisch gegenüber den Gewerkschaften und ihrer Politik eingestellt sind, die sich oft ganz anderen Gruppierungen zuwenden, selbst rechtsradikaler oder neofaschistischer Art. Wir sollten wissen, daß diese Hoffnungen und zum Teil ihre Illusionen auch ein Produkt der Krise, der Verunsicherung und der Hoffnungslosigkeit unserer Jugend sind.

In dem Maße, wie die Gewerkschaften sich für die aufgegriffenen Lebensfragen engagieren – an erster Stelle in der Friedensfrage –, in dem Maße können auch Fronten abgebaut werden, und es kann in übereinstimmenden Punkten auch zur Zusammenarbeit kommen. Die Friedensbewegung hat uns dies in den letzten Jahren in beeindruckender Weise gelehrt, und auch die Gewerkschaften haben dabei sehr viel lernen und Vorurteile abbauen müssen.

Wie weit es gelingt, den Angriff auf den sozialen Besitzstand der Bevölkerung abzuwehren, wird unter den Bedingungen einer Rechtskoalition immer mehr zu einer Frage, inwieweit es allen großen sozialen Strömungen gelingen wird, zu einem gemeinsamen Kraftpotential zu finden. Hier ist das Zusammengehen aller notwendig – außerhalb des Parlaments wie innerhalb. Dies muß selbstverständlich auch die „Grünen“ einschließen. Eine Bündelung und Zusammenführung der sich vielerorts zeigenden Widerstandsbereitschaft ist die Aufgabe autonomer Gewerkschaftspolitik der nächsten Zeit.

3. Die „Bonner Wende“ stellt an die Gewerkschaftsbewegung neue Anforderungen, ist sie doch Ausdruck eines verschärften sozial- und gesellschaftspolitischen Konfrontationskurses konservativ-reaktionärer Kräfte. Wir waren schon unter den Bedingungen der sozial-liberalen Koalition der Meinung, daß es nicht die vorrangige Aufgabe der Gewerkschaften sein kann, Stütze irgendeiner Regierung zu sein, sondern eine zuverlässige Stütze für die Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten. Maßstab hat allein die Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung zu sein. Danach sollten Programm und Praxis der Regierung beurteilt werden.

Wenn nun eingewandt wird, daß die Gewerkschaften in Rechnung zu stellen hätten, daß viele Arbeiter und Angestellte auch CDU/CSU gewählt haben, so muß folgendes betont werden: Einheitsgewerkschaft hat noch nie bedeutet, daß sich Parlamentswahlen proporzmäßig in der Politik der Gewerkschaften niederschlagen hätten. Mehr denn je muß es darum gehen, die gemeinsamen Interessen aller Arbeitenden zu bestimmen, von ihnen aus die Politik zu entwickeln und die Interessen gegen Angriffe der Regierung zu verteidigen. Nur so kann der Einfluß rechter Ideologie in der Arbeitnehmerschaft wieder zurückgedrängt werden.

Die Gewerkschaften werden in Zukunft noch stärker gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen den Abbau demokratischer Rechte einzutreten haben. Eine solche klare Haltung gegen jede reaktionäre Entwicklung ergibt sich schon aus dem antifaschistischen Auftrag, ja der ganzen Entstehungsgeschichte der Einheitsgewerkschaft.

4. Die neuen sozialen und politischen Herausforderungen der Krise und der Rechtsentwicklung stellen neue Anforderungen an den Zusammenhalt aller Gewerkschaften im DGB und erfordern die Überwindung branchen- und gruppenegoistischer Vorstellungen. Verbale Solidarität innerhalb des DGB genügt hier nicht mehr. Die Situation verlangt das einheitliche Handeln aller.

Die Unternehmer haben in den letzten Jahren mit ihrem „Tabu-Katalog“ vorgeführt, daß sie unter dem straffen Kommando der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände über eine einheitliche Strategie verfügen. Dieser größeren Einheit der Unternehmerverbände müssen die DGB-Gewerkschaften ihr einheitliches und solidarisches Handeln entgegenstellen.

Gewerkschaftliche Gegenmacht beruht auf der Fähigkeit zur Machtentfaltung. Heute ist Fähigkeit zur Massenmobilisierung das bestimmende Moment gewerkschaftlicher Gegenmacht. Das setzt zugleich voraus, daß wir neue Wege und Methoden zur Koordinierung gewerkschaftlicher Aktionen finden, die zu einer Solidarität der Gewerkschaftsbewegung führen. Und hierzu gehört auch eine größere Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften. Hier gibt es noch manche Defizite aufzuarbeiten.

Glaubwürdigkeit erfordert die Überwindung von Widersprüchen und Inkonsequenzen. Alle Erfahrungen zeigen, daß die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften wächst, wenn sie kämpfen. Wenn wir konkrete, aktuelle, für die Masse der Arbeiter und Angestellten verständliche Forderungen aufstellen und für ihre Verwirklichung mit der ganzen gewerkschaftlichen Kraft konsequent eintreten, wenn wir dabei die innergewerkschaftliche Demokratie ent-

wickeln, dann werden wir unsere Kampfkraft stärken und erfolgreich sein. Gewerkschaften werden nur durch eine Politik gestärkt, die sich an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientiert – und an sonst niemandem.

III.

Die Streikkämpfe des Jahres 1984 haben – politisch gesehen – den Beweis gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit unter komplizierten Bedingungen erbracht und die Gegenmachtpositionen der Gewerkschaften gestärkt. Damit können die Fragen nach der Zukunft der Gewerkschaften allerdings noch nicht hinreichend beantwortet werden. Die Lage *nach* dem Arbeitskampf verlangt von den Vorständen der Gewerkschaften eine präzise Antwort auf die Frage: Welches sind die aktuellen Aufgaben und künftigen Handlungsfelder der Gewerkschaftsarbeit?

Für die Gewerkschaften legte der Streik wegen der Schärfe der Auseinandersetzung organisatorische und politische Unzulänglichkeiten und Schwächen in der Mobilisierungsfähigkeit bloß. Durch die innergewerkschaftliche Verarbeitung solcher Schwachstellen, die nicht nur aus der Summierung von Fehlern der Vergangenheit resultieren, sondern auch auf neue Anforderungen aufmerksam machen, wird letztlich die künftige Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft mitentschieden.

Erstens wird es um die Frage der Erhaltung der unmittelbaren Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften im *betrieblichen und gesellschaftlichen* Bereich gehen. In erster Linie steht dabei angesichts der Flexibilisierungs-Offensive der Unternehmer das Problem, wie die kollektive Normen setzende Kraft der Gewerkschaften verteidigt und erweitert werden kann. Gewerkschaftliche Tarifpolitik wie auch staatliche Sozialpolitik haben ja nicht nur die Funktion der kollektiven Sicherung der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien, sondern sie setzen den Verwertungsstrategien der Einzelkapitale Schranken zugunsten einheitlicher Regelungen für Branchen oder ganze Industriezweige.

Zweitens geht es um Sicherung und Ausbau der künftigen Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften. Auch in dieser Hinsicht hat der Arbeitskampf bekannte Probleme schärfer akzentuiert und neue aufgeworfen, und zwar in mehrerer Hinsicht: So wurden die Streiks im wesentlichen von den „traditionellen Gruppen“ der Gewerkschaftsbewegung getragen, d. h. von den Kerngruppen der Industriearbeiterschaft in traditionsreichen Betrieben der verarbeitenden Industrie. Dagegen war es oft schwierig, die kaufmännischen und technischen Angestellten, EDV-Fachleute oder Journalisten zur Solidarität mit den Streikenden oder Ausgesperrten des „eigenen Betriebes“ zu bewegen.

Mit dem sich fortsetzenden Abbau von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie wird der Umfang dieser „traditionellen Truppen“ weiter schrumpfen. Es wird künftig für die Gewerkschaften nicht mehr ausreichen, sich auf diese sozialen Gruppen als Träger von Arbeitskämpfen *ausschließlich* zu stützen.

Drittens steht die Aufgabe vor den Gewerkschaften, langfristige Konzepte

für eine Gesellschafts-, Wirtschafts- und Technologiepolitik im Interesse der Arbeitnehmer zu entwickeln und Wege zu ihrer Umsetzung aufzuzeigen. Die 35-Stunden-Woche und die umfassende Diskussion dazu hat die breitere Thematisierung von Fragen in der gewerkschaftlichen Aussprache gefördert, die über das Arbeitszeitproblem hinaus weitere politische Felder berühren. Insbesondere werden drei Gebiete berührt:

1. Angesichts der geringfügigen Beschäftigungswirkungen der Tarifabschlüsse erhält die Auseinandersetzung um eine Umorientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik eine noch größere Aktualität. Dabei muß die Perspektive weiterer und einschneidender Schritte zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen für den Rest der 80er Jahre und für die 90er Jahre sichtbar bleiben. Eine solche Perspektive wird auch von konservativen Ökonomen keineswegs als unrealistisch angesehen.

2. Zur Flankierung der zu erwartenden weiteren Arbeitszeitverkürzungskonflikte muß tarifpolitisch ein stärkerer Einfluß auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen an Bedeutung gewinnen. Darunter werden die Durchsetzung von „Entintensivierungsmaßnahmen“ wie zusätzliche Pausen, geringeres Arbeitstempo verstanden, aber ebenso sozial bessere Gestaltung der Arbeitsabläufe, der Arbeitseinteilung und der Arbeitsplatzeinsatzplanung usw.

Im Grunde genommen handelt es sich dabei um Probleme, die bei der IG Metall wie bei der IG Druck und Papier bereits im Vorfeld der Tarifrunde 1984 diskutiert und in der Druckindustrie auch gefordert wurden, wie z. B. Arbeits- und Gesundheitsschutz, Fortbildung und Umschulung, mehr Mitbestimmung sowie generell die Kontrolle technologischer Umstrukturierungen.

3. Im Kampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung wurden aber auch vielfach neue Fragen der Lebensweise der Arbeitnehmer aufgegriffen. Die Forderung „Arbeiten, um zu leben“ oder der Slogan „Es gibt ein Leben vor der Rente“ haben subjektiv für die arbeitenden Menschen zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Zusammengefaßt bedeutet das: Die Gewerkschaften sind zu einer Veränderung ihrer Politik gezwungen; sie müssen sich von ihrer traditionellen Beschränkung auf die Mittel der Tarifpolitik lösen und politischer werden. Schließlich erzwingt die konservative Politik des Sozialabbaus, die Beschneidung der Rechte der abhängig Beschäftigten als auch die Verschärfung der Interessengegensätze, von den Gewerkschaften selbst eine offensive gesamtpolitische Antwort. In den Gewerkschaften wächst allmählich die Erkenntnis zur Notwendigkeit der stärkeren Politisierung. Der GEW-Vorsitzende *Dieter Wunder* hat sich ebenso dazu bekannt wie *Franz Steinkühler*, stellvertretender Vorsitzender der IG Metall, der diese Unerläßlichkeit in einer Ringvorlesung der Ruhr-Universität Bochum u. a. wie folgt begründete: „Politisierung heißt nicht Parteinarbeit für oder gegen eine bestimmte Partei oder gar Installation der Gewerkschaften als Ersatzpartei. Politisierung heißt Parteinarbeit für oder gegen eine bestimmte Politik und die Bekämpfung oder Umsetzung dieser Politik mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln.“

Diese Überlegungen gehen von der Einsicht aus, daß mit den bloßen Mitteln der Tarifpolitik niemals soviel und das erreicht werden kann, wie die

Wenderegierung über den Weg der Gesetzgebung mit ihrer Politik des Sozialabbaus zerschlägt.

Zur Umsetzung einer derartigen Gewerkschaftspolitik ist allerdings vorauszusetzen, daß die Gewerkschaften ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen aktualisieren und konkretisieren. Weiterhin müssen sie dafür eine überbetriebliche Mobilisierungs- und Durchsetzungsstrategie entwickeln. Entscheidend bleibt aber zunächst die Überwindung der Konfrontation und Polarisierung innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Würde der Zustand so bleiben, gibt es nur andere Gewinner, und die würden nicht innerhalb des DGB zu finden sein. Gerade weil die herrschenden Kräfte gegenwärtig ständig darum bemüht sind, die sozialen und rechtlichen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung aufzuheben, muß Uneinigkeit überwunden und zugleich eine zukunftsorientierte Grundlage für eine erneuerte Gewerkschaftspolitik entwickelt werden.

IV.

Realistisch betrachtet sind die Einheitsgewerkschaften gegenwärtig die einzigen Organisationen der Arbeiterbewegung, die, ausgehend von einer entsprechenden Programmatik und Beschlußlage, über die Kraft verfügen, Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen. Dies gilt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie für die Erhaltung des Friedens, aber auch für die Sicherung einer menschengerechten Umwelt. Dabei will ich keinen Alleinvertretungsanspruch erheben. Im Gegenteil: Zur Durchsetzung unserer Ziele brauchen wir Bündnispartner aus allen Schichten der Bevölkerung, aus allen Organisationen und Bewegungen, die zumindest in Teilzielen mit uns übereinstimmen.

Die „Wende“ wird nicht allein von den Gewerkschaften zum Wackeln gebracht werden; entscheidend dafür wird sein, ob sich die Arbeiterbewegung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen auf einen Konsens einigen kann, der angesichts der weiter um sich greifenden Marginalisierung nicht nur für die Beschäftigten, sondern ebenso für arbeitslose Jugendliche und aus dem Erwerbsleben gedrängte Frauen Alternativen und Lösungsperspektiven aufweist und damit der Verbreitung politischer Apathie entgegenwirkt.

Unser schon aus der Tradition bedingter engster und auch stärkster Bündnispartner ist ohne Zweifel die SPD. Die „Liebesbeziehung“ früherer Jahrzehnte hat aber gerade in den letzten Jahren der SPD-geführten Regierung eine merkliche Abkühlung erfahren. An zahlreichen Maßnahmen der Regierung hatten die Gewerkschaften schwer zu schlucken. Und es war nicht nur die FDP, die dafür verantwortlich gemacht werden konnte. Immer noch steht der Satz von *Willy Brandt* im Raum, eine SPD-Alleinregierung hätte keine wesentlich andere Politik betrieben.

Auch in der Opposition dominiert in der SPD der Flügel, der partnerschaftliche Positionen vertritt. Das Wort vom „Sozialpakt“, geprägt von *Hans-Jochen Vogel*, liegt auf der gleichen Linie wie die „gesamtgesellschaftliche Vereinbarung“ *Hermann Rappes*. An klaren Positionsbestimmungen wird die SPD aber auf Dauer nicht vorbeikommen. Die Erkenntnisse der gewerkschaftli-

chen Arbeiterbewegung müssen – wenn das „historische Bündnis“ halten soll – dabei auch entscheidend für eine neue Positionsfindung der SPD sein.

Die SPD will bis 1988 ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten. Bis zum Sommer 1986 soll der wirtschaftspolitische Teil vorgelegt werden – also noch vor den Bundestagswahlen 1987. Was erwarten Gewerkschafter von einem neuen SPD-Programm? Die Geschichte des Godesberger Programms von 1959 hat ja gezeigt, daß von solchen Orientierungsdiskussionen nicht unwesentlich die Zukunft der gesamten Arbeiterbewegung beeinflußt wird.

Seit es eine Arbeiterbewegung gibt, hat sie versucht, gegen etablierte Macht – vor allem wirtschaftliche Macht – Gegenmacht zu mobilisieren. Wer ein neues Programm formuliert, das nicht nur der Erinnerung bei Sonn- und Feiertagsreden, sondern als Anleitung zum praktischen politischen Handeln dienen soll, muß deshalb in jedem Augenblick wissen, wie stark die Kräfte sind, die sich diesem Programm widersetzen werden. Deswegen erscheint zunächst eine Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, der nationalen wie internationalen Wirklichkeit erforderlich; dabei müssen die positiven wie negativen Erfahrungen der Regierungszeit von 1966 bis 1982 kritisch aufgearbeitet werden. Dies hat unter der Prämisse zu erfolgen, daß die ökonomische Anatomie unserer Gesellschaft nach wie vor eine kapitalistische ist – wie sehr sich ihre konkreten Ausprägungen seit *Karl Marx* und *Friedrich Engels* auch immer verändert haben mögen. Dazu gehört die Einbeziehung des Wissens um die Krisenhaftigkeit und -anfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft sowie der Instrumente, mit denen diesem gesellschaftlichen Grundübel begegnet werden soll.

Nach einer solchen Analyse dürfte schnell erkannt werden, daß zwar jede Verbesserung der Gesellschaftsordnung auch ein Stückchen Gesellschaftsveränderung bringen kann, jedoch die Beschränkung auf einzelne Reformgesetze wie in der Vergangenheit nicht mehr die Richtung im Auge hätte, in der sich die Gesellschaft verändern müßte – eine solche Politik würde ihrem Wesen nach konservativ bleiben. Ohne eine grundsätzliche Richtungskorrektur, das heißt ohne eine programmatische Erneuerung zu systemverändernden Zielen, läßt sich die Zukunft der SPD nicht bewältigen. Weder die soziale Kontrolle des technischen Strukturwandels noch eine Neuverteilung von Arbeit und Einkommen lassen sich durch einzelne Reformansätze lösen. Ebenso gilt dies für die drohende Aufspaltung der Gesellschaft in eine Mehrheit, die in relativer wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit lebt, und eine wachsende Minderheit, bestehend aus zum Teil sehr unterschiedlichen Gruppen wie Dauerarbeitslose, Frauen, Jugend, Behinderte, Alte, Bewohner industriell zurückgebliebener Regionen usw., die wirtschaftlich und sozial an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden (nach *Peter Glotz* „Zwei-Drittel-Gesellschaft“). Und es gilt weiterhin für die ökologische Umstrukturierung der Produktion, denn umweltfreundliche Produkte werden von den Unternehmern freiwilligerweise erst dann hergestellt, wenn sie mehr Profite versprechen als umweltzerstörende. Es besteht bei all diesen Problemen ein gesellschaftspolitischer Gesamtzusammenhang, der nur mit einer Systemveränderung gelöst werden kann – um dieses vielgeschmähte Wort zu gebrauchen.

Unter diesen allgemein- und gesellschaftspolitischen Erfordernissen erscheint der gemeinsame Beitrag von *Franz Steinkühler* und *Hermann Rappe* zum wirtschaftspolitischen Teil des SPD-Programms (Wachstum, Umwelt, Arbeit und Technik) widersprüchlich und illusionistisch. Widersprüchlich, weil beide die „Anerkennung der Marktwirtschaft in einem festen Rahmen“ (?) beschwören, auf der anderen Seite aber „investitionslenkende Maßnahmen“ für notwendig halten. Dies setzt Planung voraus, und eine solche verstößt nach den Prinzipien der Unternehmer und ihrer politischen Helfershelfer gegen die Grundsätze der „freien Marktwirtschaft“, die auf den Gedanken des „freien Spiels der Kräfte“ beruhen soll. Richtig ist die Überlegung zwar, daß die Krise der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik tiefe Eingriffe in Investitionsentscheidungen und in die private Verfügungsgewalt erfordern, doch bleibt sie illusorisch, wenn in solche Forderungsüberlegungen nicht das Wesen der bestehenden knallharten kapitalistischen Wirtschaftsmacht miteinbezogen wird. Mit der Zustimmung zur Aufrechterhaltung der „freien Marktwirtschaft“ darf man – bei welchen Programminhalten auch immer – erhebliche Zweifel haben, ob die Sozialdemokratie zu einer gesellschaftsverändernden Politik überhaupt willens und fähig ist.

Welche Gegenkräfte bei einer sozialdemokratischen Regierung bei derartig beabsichtigten Teilforderungen wirksam werden können, hat *Harold I. Laski*, der langjährige erste Vorsitzende der britischen Labour Party und Professor für politische Wissenschaft an der London School of Economics, in der deutschen Ausgabe seines Buches „Die Gewerkschaften in der neuen Gesellschaft“ (Bund-Verlag 1952) wie folgt beschrieben: „Das Finanzkapital besitzt eine politische Strategie, die man gut mit der politischen Strategie der Regierung vergleichen kann. Die Regierung behält als Instrument der sozialen Entwicklung die Initiative in dem Kampf durch gerade soviel soziale Reformen, um die Gewerkschaften auf der einen Seite zufrieden zu stellen, ohne auf der anderen Seite das Kapital zu eventuellen gegenrevolutionären Handlungen zu veranlassen. Mit einem Wort: Eine demokratische sozialistische Regierung bewegt sich ständig auf des Messers Schneide. Formal befindet sich die ausübende Staatsgewalt in ihren Händen. Tatsächlich weiß sie sehr gut, daß sie sie nicht gegen das Finanzkapital benutzen darf.“

Eine demokratische sozialistische Regierung erhält sich an der Macht, weil sie durch Einsatz der wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaften auf dem politischen Feld langsam und ein wenig zögernd Bedingungen schafft, durch die sie hoffen kann, etwas von der wirtschaftlichen Macht, die sie bedroht, zu absorbieren und einem weiteren Teil dieser wirtschaftlichen Macht eine Bedeutung zu geben, nach der der größte Teil ihres Machtanspruches über die Regierung zumindest neutralisiert werden kann. Der Staat mit einer demokratischen sozialistischen Regierung muß etwas tun, das keine liberale Regierung tun könnte, nämlich die elementare erpresserische Macht des industriellen Kapitalismus zu überwältigen, um so nicht mehr die Mehrheit des Volkes von der Minderheit derjenigen, die im Besitz der kapitalistischen Macht sind, kontrollieren zu lassen.“

Das sind die Erfahrungen von *Harold I. Laski* in der Zeit von 1947 bis 1952,

in der die Labour Party in Großbritannien die absolute Mehrheit besaß. Eine gesellschaftsverändernde Politik geht also auf Konfliktkurs. In der Tat geht es vorrangig um die Gestaltung und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung. Die Beschäftigungsprobleme sind durch den von den Konservativen vielgerühmten Aufschwung nicht zu lösen. Die von ihnen verbreitete Ansicht, den Abbau der Massenarbeitslosigkeit im Laufe der neunziger Jahre aufgrund des Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Griff zu bekommen, ist nichts anderes als das Werfen von Nebelkerzen. Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit erfordert eine Politik der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, öffentliche Beschäftigungsprogramme insbesondere in gesellschaftlichen Mängelbereichen, eine Politik der Erweiterung des öffentlichen Sektors der Produktion wie den Ausbau beschäftigungsintensiver öffentlicher Dienstleistungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse breiter Schichten der Bevölkerung. Die im Godesberger Programm getroffene Aussage: „Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet“, hat sich nicht nur bestätigt, sondern sie muß auch für die gegenwärtige und künftige Programmdiskussion die eigentliche Schlüsselfrage bleiben.

Hinzu kommen jene Krisenerscheinungen der internationalen Politik, die auf unsere Lebensverhältnisse enorme negative Einwirkungen haben, wie zum Beispiel der ökonomisch bedingte Imperialismus und Rüstungswahn der westlichen Industrieländer sowie die Verelendung der Dritten Welt. Wenn eine SPD-geführte Bundesregierung den Mut und die Kraft hätte, Pershing II, Marschflugkörper und bakteriologische Kampfstoffe aus der Bundesrepublik oder gar aus Westeuropa zu entfernen, würde dies mehr zur Erhaltung des Friedens und zur Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik beitragen als noch so schöne und umfassende, langfristige Abrüstungs- und Friedensprogramme.

Von der Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik hängen schließlich auch die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für ein breites „Reformbündnis“ ab, denn andere gesellschaftliche Gruppen, die bei der Verwirklichung einer solchen konfliktorientierten Politik um ihre Privilegien fürchten, werden erheblichen Widerstand leisten.

Wenn über die Bundesrepublik bis zum Jahre 2000 diskutiert und damit notwendigerweise der Blick auch in das nächste Jahrhundert gerichtet wird, dann ist es nicht vermessen, die Frage der gesellschaftlichen Zukunftsperspektive grundsätzlich aufzuwerfen, d.h. die Frage der Überwindung des Kapitalismus, der das 20. Jahrhundert u. a. mit zwei fürchterlichen Weltkriegen geprägt hat. Deshalb ist *Peter von Oertzen* recht zu geben, daß programmatisch Aussagen zu treffen sind, „die die vollständige Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft durch eine sozialistische Ordnung beinhalten“ (Metall Nr. 9, 3. 5. 1985).

Demokratische Alternative

Für eine menschenwürdige Gesellschaft*

Horst Peter

Die zentrale Frage lautet für die SPD heute: Wie erlangt sie wieder eine führende, hegemoniale Stellung in der Gesellschaft und politische Mehrheitsfähigkeit? Wie kommt die SPD heraus aus der strategischen Defensive, in der sie durch die Zangenbewegung von rechts und grün gedrückt wurde, wie kann sie wieder die Öffentlichkeit, die Menschen erobern? „Opposition ist keine Veranstaltung, zu der Frau von Pappritz einlädt. Die Mehrheit überrascht uns nicht in Kommissionen, Arbeitskreisen und Fraktionssitzungen. Wir müssen um sie in der Öffentlichkeit kämpfen“, so der Bezirk Niederrhein.

An der Grundforderung des Godesberger Programmes, der Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft, als Zielperspektive orientiert, muß die SPD angeben, was und wohin sie will, und wie sie dies durchsetzen will, „denn bewegen läßt sich nur dann etwas, wenn wir präzise sagen können, was wir bewegen, warum wir es bewegen, wie und wohin wir es bewegen wollen“ (*Erhard Eppler*).

Abschied nehmen müssen wir von „lyrischen Illusionen“ (PSF-Sekretär *F. Jospin*) über den Kapitalismus. Abkommen müssen wir von in ihrer Tendenz beliebigen und neutralen Formeln wie „Modernes Deutschland“ (1969) und „Modell Deutschland“ (1976). Diesen sozialdemokratischen Projekten entzog die anhaltende strukturelle Krise des kapitalistischen Weltmarktes die ökonomische Grundlage. Der Bruch der Koalition im Herbst '82 war nur noch der dokumentierende Abschluß dieses Prozesses auf der parlamentarisch-politischen Ebene. Am 6. März 1983 wurde die SPD Opfer ihrer eigenen Politik: Die von der SPD propagierte Vorstellung, politischen und wirtschaftlichen Erfolg „machen“ zu können, kehrte sich gegen sie.

Nicht mehr wiederholbar sind eine Politik und ein Gesellschaftsmodell, die auf der Annahme stetigen Wachstums, einer aggressiven Weltmarkt-Exportorientierung, eines permanenten Anpassungsprozesses der wirtschaftlich-industriellen Strukturen an die Erfordernisse des Weltmarktes („Modernisierung“) und der selbstgesetzten Beschränkung, nur noch die sozialen Folgen dieses Prozesses aus den Wachstumsüberschüssen abzufedern und auszugleichen, beruhen.

* Der Text wurde für diesen Band zusammengestellt aus Veröffentlichungen, die 1984 in den Zeitschriften „Sozialismus“ und „Neue Gesellschaft“ erschienen.

Peter Glotz kommt das Verdienst zu, die Debatte um eine neue Politik der SPD und die Erneuerung der Programmatik auf breiter Basis eröffnet zu haben. Sein parteiinoffizieller Beitrag „Die Arbeit der Zuspitzung“ wird nolens volens (wahrscheinlich mehr volens) im Zentrum der Debatte stehen.

Wen schließt *Peter Glotz* als Adressaten seiner Vorschläge in die vorgeschlagene Formation der Linken ein? Die Linke ist bei *Glotz* nicht eindeutig identifizierbar. Ist sie mehr als eine Antithese zum rechten Parteienblock? Meint die These, daß die Linke „kulturelle Hegemonie“ erwerben muß, mehr als einen instrumentellen Begriff, reduziert auf die zwei bekannten Parteienblöcke der bundesdeutschen Parteienlandschaft? Etwas mehr muß schon passieren, damit die Linke bei der von *Glotz* konstatierten strukturellen Unterlegenheit politische und gesellschaftliche Hegemonie erreichen kann.

Die „zugespitzte“ Fragestellung muß jedoch lauten: Weist das „Projekt der Moderne“ über die bisherige SPD-Politik hinaus, wird nicht nur eine Neuauflage dieser Politik versucht? Soll der Kapitalismus modernisiert werden, oder enthält dieses Projekt im Kern den Entwurf einer sozialistischen, einer menschenwürdigen Gesellschaft? Auch wenn die SPD neu anfangen, wieder von vorne beginnen muß, da sich die Wählerschaft der 70er Jahre verlaufen, der Bündnispartner die Front gewechselt hat, links in den Grünen eine ernst zu nehmende Konkurrentin entstanden ist, die Allianz mit den Gewerkschaften zerschossen ist und das sozialdemokratische Politikmodell, Tages- und Grundsatzprogrammatik sich verbraucht haben, ist es notwendig, nach der auch das System übergreifenden Perspektive zu fragen. Erst dann macht die Suche nach dem Minimalkonsens einen Sinn. Hierbei wird der Sucher bei *Glotz* nicht fündig. Er findet zwar polemische Arabesken gegen „ängstlich-aggressiven Traditionalismus“, nützliche „naive Fragen“, Warnungen vor Blockadepolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährde, und die Bedingung der „antagonistischen Kooperation“ – daß das „Zusammenarbeit unter Wahrung grundsätzlicher Interessenverschiedenheit“ meint, erfährt man erst im Glossar – bei der Einbindung der Innovation in ein soziales Muster, ein Plädoyer für Wirtschaftsdemokratie als Alternative zum Stellungskrieg zwischen Kapital und Arbeit, er findet jedoch nicht die Utopie einer menschenwürdigen Gesellschaft und die Elemente eines reformistischen Minimalkonsens auf dem Weg dorthin. Das modernste Deutschland als Endziel? Heißt das nicht: Defensive zum Grundprinzip erheben? Heißt das nicht: Verzicht auf Mobilisierung der Interessen der Betroffenen? Schimmern da nicht die Elemente des appellativen *Glotz*'schen Medienkonzepts und des resignierenden „Ja, aber“ gegenüber den neuen Techniken des Leitantes des SPD-Parteitag von 1984?

Wäre hier nicht gerade die „Arbeit der Zuspitzung“ zu leisten? Aber das bedeutet eine Infragestellung des Bündnisses von traditioneller Linker, technischen Eliten und nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale, welches *Glotz* vorschlägt. Unterordnung unter Menschenwürde und menschenwürdige Gestaltung der Gesellschaft und internationale Wettbewerbsfähigkeit relativieren sich als Ziele einer Strategie der Linken. Nachdenken über die

Vermeidung der schädlichen Folgen der Innovation vor der Zustimmung erfordert neue Bündnisüberlegungen.

Glötz' These vom linken Bündnis beruht auf zwei Fehlspekulationen. Zum einen: die Arbeiterbewegung sei in der Lage, das grün-alternative Lager größtenteils wieder zu integrieren und politisch zusammenzufügen, was aufgrund des tiefen kulturellen Bruchs zwischen beiden Seiten fraglich scheint. Zum anderen: die „nachdenklichen“ Teile des Kapitals seien bereit, zur Koalition der Vernunft mit der SPD zurückzukehren. Zum Erfolg dieses nostalgischen Apells wäre eine ökonomische Verschwörung von Teilen des Kapitals zugunsten der SPD nötig, eine windschiefe Konstruktion.

Peter Glötz meint, mit seinem Projekt greife er „existierende Wünsche der Menschen auf“. Er fordert von der Linken, sie solle „keine Angst vor den Leuten und ihren Wünschen haben“. Doch „vom bloßen Wünschen ist noch keiner satt geworden. Es hilft nichts, ja schwächt, wenn kein scharfes Wollen hinzukommt. Und mit ihm ein scharfer, umsichtiger Blick, der dem Wollen zeigt, was getan werden kann“ (Ernst Bloch, *Prinzip Hoffnung*, 1602).

Es gibt gegenwärtig keine Basis für eine Politik, die auf grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik zielt. Weder will das die SPD, noch wollen dies viele außerhalb der SPD. Der zweifelhafte Erfolg der Marktwirtschaft in den letzten 40 Jahren, der Konsumismus der Mehrheit, das nicht nur einen Mißerfolg präsentierende Beispiel im anderen deutschen Staat lassen für „sozialistische Experimente“ keinen Raum.

Peter Glötz lädt die Bundesbürger stattdessen ein, nachdem die SPD 1969 bereits das moderne Deutschland geschaffen hat, nun das modernste, das post- oder „glötz“-moderne Deutschland zu schaffen. Das „Projekt der Moderne“ berücksichtigt die Empfindlichkeiten der vorgesehenen Beteiligten. An denen wird es jedoch mangeln. Dieses Projekt könnte nur zustande kommen, wenn die SPD sich bescheidet, nicht, wenn sie sich der „Arbeit der Zuspitzung“ unterzieht. „Doch wer nichts hat und sich dabei bescheidet, dem wird auch noch genommen, was er hat“ (Bloch, *Prinzip Hoffnung*, 523).

Die Perspektive für die SPD liegt nicht in der windschiefen Konstruktion einer Koalition der Vernunft mit den nachdenklichen Teilen des Kapitals. Die SPD muß vordringlich im gesellschaftlichen und politischen Raum die Betroffenen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen der Entscheidungsprozesse des Kapitals zusammenführen, die traditionelle Arbeiterbewegung, die neuen sozialen Bewegungen und die grün-alternative Wahlbewegung. Die Potenz dieses neuen Reformblocks muß in der Auseinandersetzung mit den Entscheidungsträgern des Kapitals erreicht werden, eine durchsetzungsfähige linke Formation kann nicht zusammengeborgt werden.

Hier stellt sich insbesondere die Frage nach dem Verhältnis von SPD und Grünen. Ein nüchterner Blick auf die politische Position zeigt, daß die Distanz zu den Grünen inhaltlich überbrückbar ist. Es mag psychologische Vorbehalte der handelnden Personen und politisch-taktische Erwägungen geben, die gegen ein Zusammengehen sprechen, keine Gründe dagegen lassen sich finden, wenn die soziale Rekrutierung des grünen Spektrums und die Kernaussagen der grünen Programme in die Untersuchung einbezogen werden.

Wird diese Elle, politische Position und soziale Rekrutierung, bei den anderen Parteien ebenfalls angelegt, scheiden sie als Partner aus.

Peter von Oertzen hat jüngst dargestellt, was den Anhänger der SPD von dem der grün-alternativen Bewegung unterscheidet und was sie verbindet. Er machte auf die Verschiebungen in der Struktur der Arbeiterklasse aufmerksam und kommt zu dem Schluß: „Grüne repräsentieren einen erheblichen Anteil des Arbeitnehmerpotentials, eines jungen, stärker von der Produktion auf die Kommunikations- und Dienstleistungssektoren hin orientierten und mit einem signifikant höheren Bildungsgrad charakterisierten Arbeitnehmertypus; sie repräsentieren quasi den Arbeitnehmertypus 2020.“

Die SPD muß einen an der Grundforderung, am Gesamtauftrag des Godesberger Programmes, der Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft, orientierten neuen Entwurf der zukünftigen Gesellschaft vorstellen, ihr politisches Wollen auf einen Nenner bringen. Dieser Entwurf muß durch konkrete Zielangaben Handeln ermöglichen, verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammenführen, Interessen, Hindernisse und Durchsetzungschancen erkennen lassen, dadurch die Betroffenen zum aktiven Eintreten für ihre Interessen einladen und ihnen dafür Raum geben, eine Meßlatte zur Bewertung konkreter politischer Abläufe bereitstellen und somit die Sachaussagen für die einzelnen politischen Sektoren zusammenfügen zu einer integrierten, perspektivischen Gesamtpolitik. Es darf nicht nur Kitt gesucht werden für die Addition von sich widersprechenden und gegenläufigen Formeln. Noch einmal *Erhard Eppler*: „Ein Programm kann nur dann der Hoffnung eine Gasse bahnen, wenn es ein Ganzes ist, wenn die einzelnen Kapitel sich zusammenfügen und aufeinander bezogen sind. Nicht der Buchbinder sollte es sein, der die einzelnen Teile zusammengefügt hat“.

Notwendig ist jedoch eine Erweiterung des Begriffs Menschenwürde, auch über die Definition des Godesberger Programms hinaus. Das Verständnis des Grundgesetzes und der herrschenden Meinung ist orientiert an den Erfahrungen voriger Generationen, die in der Auseinandersetzung mit dem Absolutismus standen, und an den Erfahrungen der faschistischen Vergangenheit Deutschlands. Dieses Verständnis reicht nicht mehr aus. Es entzieht den Gegenwärtigen die Möglichkeit, mit dieser Meßlatte zukünftige Politik zu gestalten. „Das Grundgesetz unterstellt Würde, als wäre sie gegeben, eine vorgesellschaftliche Tatsache, der gegenüber für alle staatliche Gewalt lediglich das verpflichtende Verhältnis der Achtung und des Schutzes besteht.“ Die Feststellung, menschenwürdige Verhältnisse erreicht zu haben anhand der Beweisführung, daß die liberalen Schutzrechte geachtet werden, verkümmert zu einer legitimatorischen Formel.

Die SPD muß fragen, garantieren die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der Gesellschaft den Individuen ein Leben in Würde, garantieren sie die Existenz des Individuums als soziales und Gattungswesen; stellt sich nicht in der Kulmination und gegenseitigen Verschärfung der ökonomischen und ökologischen Krise, in deren Folge der militärischen, ideologischen und politischen Krisen am Ende dieses Jahrhunderts, in einem Moment, in dem unter den Fesseln des Privateigentums und der Logik der Einzelkapitale die Pro-

duktivkräfte in Destruktivkräfte umzuschlagen drohen, die Alternative „Menschenwürdige Gesellschaft oder Untergang in die Barbarei“, wird die Frage – frei von Metaphysik – nicht zugespitzt auf die Alternative „Mensch oder Maschine“?

Im Interesse des Kapitals wird lebendige Arbeit entwertet, nutzlos, überflüssig und aus dem „Arbeitsprozeß“ (!) ausgeschieden; psychosomatische Erkrankungen, Frühinvalidität, Alkoholismus, Arbeitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit und Armutskriminalität, Jugendselbstmorde sind die sozialen Folgen. Für viele davon Betroffene bedeutet dies, auch aus der Gesellschaft ausgeschieden zu werden.

Die Alternative „Mensch oder Maschine“ wird aber in allen Politikbereichen gestellt. Das Recht und die Würde des Menschen stehen gegen die Interessen des Kapitals. Das Recht des Menschen, „daß seine lebendige Arbeitskraft (nicht) überflüssig werde“, steht gegen das Interesse der Anwender der Mikroelektronik und Mikroprozessoren, der Industrieroboter und der Kommunikations- und Informationssysteme. Neben den Auswirkungen auf die Arbeitswelt drohen mit diesen Techniken andere Gefahren, denn sie erlauben die Erfassung des gesamten menschlichen Lebens, des Konsum- und Freizeitverhaltens, sie führen zur Isolierung, Manipulation und zur Kontrolle. Sie drohen nicht nur, lebendige Arbeit überflüssig zu machen und die verbleibende der totalen Kontrolle zu unterwerfen, sie drohen auf lange Sicht, die Persönlichkeitsstruktur des Menschen zu zerstören und die politische Kultur unseres Landes tiefgreifend zu verändern.

Das Recht des Menschen, „mit verstandesbegabten Wesen in Gesellschaft zu leben, die menschliche Gestalt haben und deren Erbanlagen nicht beliebig nach Interessen kombinierbar sind“, steht gegen das Interesse der Gen-Manipulateure und Bio-Technologie-Anwender. Das Recht des Menschen, daß für ihn als vernunftbegabtes Wesen „die Erdgestalt... jederzeit wiedererkennbar ist und ihre Lebensgrundlagen keinen unwiderruflichen Schaden erleiden“, daß die Grundsubstanz der Natur nicht unwiderruflich zerstört wird, wird verletzt durch Kernspaltung und Umweltvergiftung.

In Frage gestellt wird die Würde und das Recht des Menschen von einer Sicherheitspolitik, die Abschreckung und Drohung, die Verneinung des Rechts auf ein Leben frei von Angst, instrumentalisiert. Die Neutronenbombe stellt für *Negt* das auf den Begriff gebrachte Herrschaftsprinzip des Kapitals dar: die Herrschaft des Produkts über die Produzenten, der toten über die lebendige Arbeit. Stellt sich im Produktionssektor die Alternative „Mensch oder Maschine“ scheinbar individuell, auf den einzelnen Menschen bezogen, so bedrohen die ökologische und die politisch-militärische Krise der Gegenwart die Menschen als Gattung insgesamt.

Durch das Anlegen der Meßlatte Menschenwürde lassen sich aus der Kritik der gegenwärtigen Tendenzen der von Kapitalinteressen diktierten gesellschaftlichen Entwicklung und der diese Interessen exekutierenden Politik der Rechtsregierung Bausteine für eine sozialdemokratische Alternative gewinnen. Die SPD muß dabei bereit sein zum Verzicht auf die Anerkennung des Anspruchs des Kapitals, in der gegenwärtigen Ökonomie die erfolgreiche und

endgültige Form des Wirtschaftens gefunden zu haben. Maßstab sozialdemokratischer Politik muß eine Gesellschaft und eine Form des Wirtschaftens sein, die materielle, soziale und kulturelle Bedürfnisse des einzelnen und der Gesellschaft erfüllt und negative Folgen für Mensch und Natur verringert und auf ein Mindestmaß einschränkt.

Ein sozialdemokratisches Alternativprogramm muß Lösungsansätze für vier zentrale Aufgaben enthalten:

- Herstellung von politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, in denen die Menschen ihre Lebensbedingungen eigenverantwortlich gestalten können und nicht unmündiges Objekt von Entscheidungen sind.
- Bereitstellung menschenwürdiger Arbeit für alle.
- Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für noch nicht und nicht mehr im Arbeitsprozeß Stehende.
- Sicherung der natürlichen Grundlagen des Lebens und des Wirtschaftens.

Eine auf menschenwürdige Verhältnisse zielende Politik muß entsprechende politische Instrumente, mit denen eine solche Politik erreicht, gestaltet und gesichert werden kann, entwickeln. Sie muß Solidarität, Selbständigkeit und gesellschaftliche Verantwortung entwickeln helfen, Egoismus, Individualisierung und Bevormundung verhindern helfen. Sie muß verhindern helfen, daß die Allgemeinheit die Folgen schädlichen einzelwirtschaftlichen Verhaltens tragen muß. Das heißt: Verursacherprinzip, Abgabenpolitik mit lenkendem und steuerndem Charakter, Prävention in vielen Politikbereichen. Für einzelne Politikfelder müssen Aufgabenstellung und Gestaltungsprinzipien konkretisiert werden:

- Bewahrung der politischen, kulturellen und sozialen Freiheit des Bürgers. Der Mensch als „citoyen“ muß uns Sozialdemokraten als der wahre Mensch gelten. Isolation, Kontrolle und Manipulation in Freizeit und am Arbeitsplatz müssen verhindert werden. Der Bürger muß über die Bedingungen, in denen er als einzelner und als Teil der Gesellschaft lebt, in allen Lebenssphären bestimmen können.

- Die Bildungspolitik muß gewährleisten, daß neugewonnene Freizeit genutzt werden kann, daß Qualifikationen für neue Arbeitsplätze erworben werden können, daß sich der Bürger an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen im Betrieb und im Staat beteiligen kann.

- Menschenwürdige Arbeit für alle zu schaffen, heißt, daß dies vordringlich im formellen Sektor zu geschehen hat. Darauf müssen Arbeits-, Industrie- und Technologiepolitik abgestimmt werden, von diesem Kriterium muß auch die Zustimmung zur Einführung neuer Technologien abhängig gemacht werden. Neue Technologien vernichten nicht nur Arbeitsplätze, sondern schränken oft auch die Würde des Menschen ein. Der Verweis, daß sich doch die Menschen in Eigenarbeit und in der Freizeit verwirklichen könnten, lenkt ab. Durch Beschäftigungs- und Investitionsprogramme muß Arbeit geschaffen werden, durch die Fortsetzung der Humanisierungsprogramme („Menschenwürde im Betrieb“) und den weiteren Ausbau der Mitbestimmung, d.h. der Demokratisierung der arbeitsplatzbezogenen, betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Entscheidungsprozesse, muß Arbeit „gestaltet“ werden. Der Ar-

beitszeitverkürzung kommt dabei weiterhin in beiden Teilen, Arbeitsplatzbeschaffung und Humanisierung, eine zentrale Rolle zu.

- Eine sozialverantwortliche, ökonomische und ökologische Gesamtpolitik, die Beschäftigungs-, Technologie-, Sozial-, Gesundheits-, Umwelt-, Steuer- und Finanzpolitik auf Folgewirkungen abstimmt und in der Lage ist, mit ihren Instrumenten schädliche Folgewirkungen zu verhindern, ist notwendig, um Mensch und Natur zu schützen, und um eine solidarische und sozial gerechte Sozialpolitik zu sichern.

Für eine Politik, die auf menschenwürdige Verhältnisse zielt, gilt, daß sie kaum durch Gemeinsamkeitsappelle von der Unternehmerseite und der konservativen Regierung zu haben sein wird. Eine solche Politik schränkt die Autonomie des Kapitals, zu entscheiden, was und wie produziert wird, ein. Eine solche Politik kann nur Ergebnis gesellschaftlichen Drucks sein, sie wird nicht das Ergebnis von Parteitagsbeschlüssen und Resolutionen sein können. In den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Kapital, das sich gegen die Beschneidung seiner Autonomie wehrt, muß den Betroffenen, den Bürgern unseres Landes, als grundsätzliches Hemmnis für die Realisierung unserer Programmforderung „menschenswürdige Gesellschaft“ die kapitalistische Organisation der Produktion erfaßbar gemacht werden.

Die SPD muß sich zur Mobilisierung einer gesellschaftlichen Reformmehrheit entschließen. *Peter von Oertzen* hat dafür einen polit-ökonomischen Minimumkonsens vorgeschlagen. Er plädiert, wie auch *Peter Glotz*, für eine Politik gegen die Krise diesseits der Systemfrage, ohne die Stellung der Eigentumsfrage. Ein reformistisches Projekt, das sich vorerst auf die Abwehr der Krise konzentriert, muß jedoch die Möglichkeit der Überwindung der Systemgrenzen mitdenken, das „Noch nicht“ einschließen. Dies wird nicht das Ergebnis von Parteitagsbeschlüssen und Resolutionen sein können. Das Kapital wird eine Beschneidung seiner Entscheidungsautonomie selbst durch marktkonforme Mittel nicht widerstandslos hinnehmen – besonders in der gegenwärtigen Phase, in der sich das Kapital anschickt, die absolute Gewalt über die Arbeit zurückzugewinnen und jede Äußerung der „Ökonomie der Arbeit“ verhindern will. In dieser „Schmerzzone“, in der sich das Kapital gegen den Einsatz solcher marktkonformer Mittel wehrt, muß als grundsätzliches Hemmnis für die Realisierung der Grundforderung der Sozialdemokratie, „menschenswürdige Arbeit in einer menschenwürdigen Gesellschaft“, die kapitalistische Organisation der Produktion erfahrbar werden.

Das Godesberger Programm beschränkt sich bis jetzt auf einen Adjektiv-Sozialismus, den „demokratischen Sozialismus“. Der demokratische Charakter ist unstrittig, doch fehlt die Definition des Sozialismus, der doch mehr sein sollte als eine „dauernde Aufgabe“. In der Beschreibung der Grundforderung des Godesberger Programmes in ihrer Bedeutung für die einzelnen Politikfelder, der Darstellung der Hindernisse, der möglichen Konflikte und in der Bereitschaft, diese durchzustehen, liegt die historische Chance für die SPD, eine Politik zu formulieren, die nicht mehr des Appells an die Vernunft des Kapitals bedarf, die die Logik des betriebswirtschaftlichen Interesses zugunsten der Interessen und Bedürfnisse der Menschen zurückdrängen kann.

Zukunftsfelder – Orientierungen – Ideologische Probleme*

Robert Steigerwald

I.

Aus ökonomischen, politischen und geographischen Bedingungen ist die Entwicklung der Bundesrepublik in all ihren wesentlichen Elementen untrennbar eingefügt in die grundlegenden internationalen Trends der Gegenwart und näheren Zukunft. Es ist nicht möglich, perspektivische, alternative, kräftebezogene Überlegungen zum Weg unseres Landes anzustellen, ohne etwa solche Prozesse zu berücksichtigen wie die – teilweise sicherlich dramatische – Entfaltung, Zuspitzung, Vertiefung des Ringens

- um Frieden und Abrüstung, für die Isolierung, Zurückdrängung und, wo möglich, Überwindung der Kräfte der Rüstung und des Krieges;
- um die Befreiung der Millionen-Massen in den Ländern der sog. Dritten Welt;
- um grundlegende Veränderungen im Gewicht der beiden Grundklassen in den imperialistischen Hauptländern;
- um Positionsveränderungen im „Kräftedreieck“ USA–Japan–Westeuropa;
- um die Meisterung der Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution;
- um die Nutzung von Rohstoff- und Energievorkommen;
- um die Riesenaufgaben des Umweltschutzes und der Umweltrekultivierung;
- um die Arbeitsplatz-, Ernährungs- und Bevölkerungsproblematik in den vom Imperialismus ausgeplünderten Weltgebieten.

Jedes dieser Kampffelder ist für sich genommen komplex. Sie hängen alle mehr oder weniger miteinander zusammen und sind außerdem eingebunden in die weltweite Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Daß sich nationale Perspektiv- und Alternativfragen nicht losgelöst von solchen Prozessen behandeln lassen, deren Evolution oder Lösung jedoch schwer präzise zu prognostizieren ist, leuchtet sicher ohne weiteren Beweis ein. Ich will dennoch einmal auf zwei *Teilbereiche* von jeweils *einem* dieser grundlegenden Prozesse kurz eingehen, um wenigstens die dialektische Vielfalt der Sachlage zu skizzieren.

Daß die EG-Länder und die USA von schwerer Arbeitslosigkeit betroffen sind und – solange der Kapitalismus fortbesteht – sich hier keine Möglichkeit einer grundlegenden Problemlösung ergibt, mag wiederum ohne weitere Begründung gesagt werden. Was bedeutet es aber – auch für die sog. Erste Welt – materiell, ökonomisch und sozial, wenn in den Ländern der sog. Dritten

* Zu den politischen Schritten und Formen auf dem Weg in diese Zukunft vergleiche den Beitrag von Willi Gerns in diesem Jahrbuch.

Welt mehr als drei Viertel der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren (oft freilich müssen schon Elfjährige ihr Leben selbst „meistern“!) leben, wenn es zu Beginn der 90er Jahre etwa eine Milliarde solcher Jugendlichen in diesen Ländern geben wird, wenn schon heute mindestens 120 Millionen von ihnen arbeitslos sind, was in diesen Ländern ja weit mehr bedeutet als bei uns, gibt es dort doch kein System von Arbeitslosenversicherung und dergleichen? Und diese Arbeitslosigkeit wächst. Das verschlimmert zugleich die Arbeitsmöglichkeiten und -bedingungen für jene, die Arbeit haben.¹ Welcher ökonomische und soziale Zündstoff sammelt sich hier an? Wie kann er wirksam werden im Kampf um Bildung, Ausbildung, Arbeit? Welche Triebkräfte können von ihm ausgehen für den antiimperialistischen Kampf?

Übrigens stellt sich das Problem der Arbeitslosigkeit auf prinzipiell gleiche Weise für die Masse der Frauen und Mädchen der Länder der Dritten Welt, nur kommen noch all die Probleme der Frauenunterdrückung und Frauenbenachteiligung hinzu. Auch da wächst also objektiv ein neues Protestpotential von nicht abschätzbarer Stärke heran.

Oder welche Triebkräfte können hiervon ausgehen für den Kampf um Abrüstung? Dies ist das zweite *Teil* problem, eingebunden in das der allgemeineren Frage der Abrüstung. In den Entwicklungsländern leben nicht nur einige hundert Millionen Arbeitslose, sondern Hunderte Millionen Hungernder, über tausend Millionen tief Verelendeter, Hunderte Millionen von Analphabeten und Menschen bar jeder medizinischen Betreuung. Mit jährlich rund acht Milliarden Dollar könnte der Hunger, mit weiteren jährlichen rund 20 Milliarden Dollar das Analphabetentum und die schlimmsten Seuchen besiegt werden. Das Geld wäre da, wenn Erfolge im Kampf um Abrüstung erzielt würden: 8 bis 10 Prozent der Weltaufwendungen für Rüstung reichten hin. Diese Rüstung wirkt aber vielfältig verschärfend auf die Lage in den Ländern der Dritten Welt ein. Die immensen Rüstungsausgaben führen z. B. in den USA zu einer ständig größeren Kreditaufnahme seitens des Staates, damit zum Wachsen des Zinssatzes, und im Ergebnis auch solcher Praktiken fließen derzeit aus diesen Dritte-Welt-Ländern (sie hatten 1984 über 800 Milliarden Dollar Auslandsschulden!) jährlich über 160 Milliarden Dollar für Zinsen und Tilgung in die Tresore imperialistischer Banken.²

Wie wird sich die Welt ändern, wie wird sich die Wucht des Abrüstungskampfes steigern, wenn in Dritte-Welt-Ländern der Prozeß des Kampfes gegen diese Rüstungs-Geißel des Imperialismus massenhaft einsetzt? Welche neuen Kräftegruppierungen werden sich ergeben? Mit welchen neuen ideologischen Fragen werden wir es zu tun bekommen? Solche Fragen kann heute niemand präzise beantworten. Aber solche Prozesse stecken perspektivisch in allen oben angedeuteten grundlegenden sozialen Problemen der Gegenwart, und es ist damit zu rechnen, daß mindestens einige von ihnen unsere Kampfbedingungen auf dem Weg zum Jahre 2000 ernsthaft mitprägen werden.

1 Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 1/1985: Die Jugend in der heutigen Welt. Bildung, Arbeit, Leben. S. 130 ff.

2 Ebenda, Nr. 12/1984: Abrüstung - Voraussetzung für die Entwicklung, S. 1716 ff.

II.

Wenn ich es richtig sehe, wird es in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2000 vor allem folgende Problemfelder geben: Frieden und Abrüstung, darin einbezogen die Gestaltung der Beziehungen zu den real sozialistischen Ländern; Arbeit, Recht auf Arbeit; Meisterung der Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution. Im Zusammenhang mit den genannten Prozessen wird es ernsthafte weitere soziale Umschichtungsprozesse geben; wir werden uns mit den Problemen der gründlichen Reform des Bildungs- und Ausbildungswesens beschäftigen müssen; hinzu kommt nach wie vor das gewaltige Problem des Umweltschutzes.

Ich will aus der Fülle von Fragen, die sich unmittelbar für unser Land stellen, nur eine schmale Gruppe von Problemen aussondern und dazu argumentieren, weil ich meine, daß es zu ihnen im Kreise der Linken neben richtigen Einsichten auch Holzweg-Positionen gibt, mit denen man sich auseinandersetzen muß.

A. Krise, Massenarbeitslosigkeit, Spaltung der Arbeiterklasse in eine aktive und eine industrielle Reservearmee; im Zusammenhang mit den wissenschaftlich-technischen Prozessen wichtige soziale Umschichtungen, vor allem Herausbildung einer neuen Mittelschicht; Entwicklung von immer furchtbareren industriellen Destruktivkräften; gewaltiger Ressourcenmißbrauch und dramatische Umweltschädigungen erzeugen verschiedene Ansichten zum Verhältnis Mensch-Natur, zur Technik, zur Arbeit, ihrem Stellenwert und ihrer Zukunft. Sie bilden ein dem Marxismus entgegengesetztes System von Weltanschauung mit deutlich politischen Konsequenzen. Unter den heutigen und künftigen Bedingungen der Begegnung der Arbeiterklasse mit den neuen Mittelschichten im Kampf – eine Begegnung, die durch das gemeinsame Wirken *und* die ideologisch-politische Auseinandersetzung geprägt ist und bleiben wird – müssen wir diesen Fragen große Aufmerksamkeit widmen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat zu quantitativen und qualitativen Änderungen menschlicher Eingriffe in die Natur geführt. Ganz neue Bereiche der Erde, nicht nur der Erde, werden erstmals in die Beziehung, in den Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur hereingenommen: der Mikrokosmos, der Weltraum, die Erbinformationen. Und es zeichnen sich hier gewaltige Probleme, vom Naturverhältnis bis hin zur Ethik, ab.

Wenn die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Eingriffe quantitativer und qualitativer Art des Menschen in die Natur noch länger unter dem Kommando des Profitprinzips und damit des Raubbaus an der Natur stattfinden, so können in einer ökologischen Krise die Lebensbedingungen der menschlichen Gattung zugrunde gehen. Nur dies sehend, die dahinter wirkenden tieferen gesellschaftlichen Ursachen noch nicht wahrnehmend, bildeten vor allem Ideologen der neuen Mittelschichten eine ökologische Weltanschauung aus. Anknüpfend an eine in unserem Lande bereits länger bestehende Tradition – die die Unmenschlichkeiten und Gebrechen des Kapitalismus vor allem auf eine falsche Geistigkeit, auf den Rationalismus zurückzuführen versucht und ihm irrationale Positionen entgegenstellt –, wird

behauptet: Die geistige Einstellung, die Natur beherrschen zu wollen, zu diesem Zweck ein Rationalismus der Berechenbarkeit der Naturfaktoren und eine Technik, die diesen Zielen der Naturbeherrschung dient, das Streben nach ständigem Wachstum von Produktion und Konsumtion seien die Verursacher der ökologischen, der krisenhaften Problematik der Beziehung des Menschen zur Natur. Die Ausklammerung der kapitalistischen Triebkräfte hinter dieser Problematik wird dadurch erleichtert, daß es auch im Sozialismus ökologische Probleme, Streben nach Naturbeherrschung, Entwicklung von Technik, von Produktion und Konsumtion, von Wachstum gibt. Oberflächlich gibt es also manches Gemeinsame. So konnte der falsche Eindruck entstehen, die ökologische Problematik sei systemübergreifend, die marxistische Herangehensweise an die Beziehung Mensch-Natur unbefriedigend. Es müsse also ein gegenüber Kapitalismus und Sozialismus, ein gegenüber dem Profitmaterialismus des Kapitalismus und dem ökonomischen Humanismus des Sozialismus primärer ökologischer Humanismus herausgearbeitet werden.

Es ist ganz gewiß notwendig, sich der Dramatik der ökologischen Probleme voll bewußt zu werden. Und es ist nötig, zur Lösung der ökologischen Probleme das Verhältnis des Menschen zur Natur zu verändern. Dazu gehört auch, daß wir unsere geistigen Einstellungen verändern, korrigieren, reformieren müssen. Dennoch genügt eine Änderung unserer geistigen Einstellungen allein nicht. Schon diese geistigen Einstellungen selbst sind Reflex bestimmter materieller, gesellschaftlicher Prozesse. Unter den Bedingungen eines Systems des allein vom Profitstreben geleiteten Eingreifens des freien Unternehmers in die Natur kommt es zu einem prinzipiellen Widerspruch von Ökonomie und Ökologie. Sollen sich die geistigen Einstellungen ändern, so muß dieses materielle Raubbauverhältnis zur Natur verändert werden. An die Stelle des „freien Unternehmertums“ und seines Raubbauverhältnisses zur Natur muß das von Planmäßigkeit gekennzeichnete Verhältnis der gesamten Gesellschaft treten, das sich orientiert an der Befriedigung der sich entwickelnden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen. Planmäßig muß auf Einsparung lebendiger Arbeit und von Naturstoff, auf Recycling und Rekultivierung von Natur orientiert werden.

Dies alles setzt das gesellschaftliche Eigentum an den gesellschaftlich wichtigen Produktivkräften und eine wirkliche Volksmacht, den Sozialismus, voraus. Die im Umkreis der ökologischen Weltanschauung propagierte Konzeption der Ersetzung großer Produktionseinheiten durch eine große Zahl mittlerer und kleiner löst die Probleme schon darum nicht, weil das Problem der sogenannten freien Verfügbarkeit sowie das Problem des Konkurrenzkampfes weder ökonomische noch ökologische Rationalität im Umgang des Menschen mit der Natur zuläßt. Ob abfall- und schadstofffrei produziert wird, ob die Vergiftung der Böden durch falsche (künstliche oder natürliche, denn auch Jauche ist Gift) Düngung vermieden wird, hängt nicht von der Größenordnung der Produktionseinheiten ab, sondern von den Grundprinzipien, die eine solche Produktion dirigieren. Solange das Profitprinzip, das ihm zugrunde liegende Prinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht ausgeschal-

tet wird, ist weder ein ökonomischer noch ein ökologischer Rationalismus oder Humanismus möglich.

Unter den Bedingungen der Überwindung des Privateigentums, des Profitprinzips, des Konkurrenzkampfes ist es möglich, die Beziehungen zwischen Ökonomie und Ökologie so zu gestalten, daß ein unversöhnlich feindlicher Widerspruch vermieden wird. Woraus aber ergeben sich die ökologischen Probleme im Sozialismus? Zunächst sind einige direktes Erbe des Kapitalismus. Der Sozialismus hat in zunächst zurückgebliebenen Ländern gesiegt, hat eine zunächst auch noch ungenügend entwickelte Technik geerbt, die unter kapitalistischen Bedingungen geprägt wurde. Angesichts der vorherrschenden ungeheuren Not, des furchtbaren Mangels, auch des Fehlens an technischen und wissenschaftlichen Kadern konnte er sein Hauptaugenmerk längere Zeit nicht auf die Entwicklung einer den sozialistischen Produktionsverhältnissen gemäßen neuen Technik konzentrieren. Hinzu kommen die gewaltigen Belastungen durch die Rüstung. Aber auch die Schwierigkeit, die Zusammenhänge zwischen erwünschten Nah- und unerwünschten Fernwirkungen unserer Natureingriffe zu erkennen, sollte hier gesehen werden. Und daß die wissenschaftlich-technische Revolution mit ihren prinzipiell neuen Möglichkeiten des quantitativen und qualitativen Eingreifens in die Natur auch neue Probleme aufwirft, ist auch von Marxisten nicht unmittelbar in seinem ganzen Ausmaß erkannt worden. Aber all diese Probleme sind prinzipiell auf der Grundlage und im Rahmen sozialistischer Produktionsverhältnisse, der sozialistischen Staatsmacht und der marxistisch-leninistischen Theorie lösbar.

Die Probleme entspringen nicht der modernen Wissenschaft und Technik, sondern ihrem kapitalistischen Einsatz. Sie entspringen nicht einem Wachstumsfetischismus, sondern dem Profitfetischismus, denn es gibt ja keinen Lohn-Wachstumsfetischismus. Sie kommen nicht aus der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern ergeben sich aus den im Profitinteresse manipulierten Bedürfnissen und ihrer Pseudobefriedigung. In Wirklichkeit erfordert die Lösung der ökologischen wie aller anderen grundlegenden sozialen Probleme nicht weniger, sondern mehr und tiefergründiges Wissen, nicht weniger, sondern mehr und den Problemen besser angemessene Technik, nicht weniger, sondern mehr ökonomische Mittel: Jedes ökologische Problem bedarf zu seiner Lösung ökonomischer Mittel. Zur Lösung ökologischer Probleme ist sogar ökonomisches Wachstum bei demokratischer Kontrolle notwendig, um den für den Kapitalismus typischen Widerspruch zwischen ökonomischem Wachstum und sozialer Entwicklung wenigstens abschwächen zu können. Dies jedoch gestattet es, mehr Mittel für den Umweltschutz, für eine völlige Umorientierung der Verkehrs-, der Städte- und Wohnungsbaupolitik usw. bereitzustellen.

B. Die Benutzung der Technik als Kriegsmittel gegen die Arbeiterklasse (*Engels*) und gegen die Natur hat auch Einfluß auf den Charakter der Technik selbst. Technikkritik hat insofern einen rationellen Kern, denn Technik ist ein Transportmittel von Profitinteressen. Dies drückt sich u.a. aus in der Verwandlung riesiger Produktivkräfte in Destruktivkräfte gewaltigen Ausmaßes; in unvorstellbarer Ressourcenvergeudung und Umweltschädigung; in men-

schenverachtender Arbeitsorganisation; in der Orientierung der Produktion und Produktionstechnik allein am Wachstum des Profits und der sich daraus ergebenden Verdichtung der Arbeitsprozesse. Die heutige Qualität der Technik in der Rüstung zeigt, daß gesellschaftliche Verhältnisse überlebt sind, welche die Ursache für den Krieg in sich tragen. Die moderne Technik darf nicht mehr als Mittel zur Erreichung politischer Ziele eingesetzt werden. Dies zeigt, daß es durchaus einen inneren Zusammenhang zwischen Technik (also einer der Produktivkräfte) und den Produktionsverhältnissen gibt. Die moderne Technik, die moderne Qualität der Produktivkräfte ist so gewaltig, daß sie nicht mehr sinnvoll und menschendienlich im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse eingesetzt werden kann.³

Die skizzierten destruktiven Tendenzen ergeben sich jedoch nicht aus der Technik. Diese könnte sich auch ganz anders entwickeln. Es liegt doch nicht an der Technik, wenn es statt zur Arbeitszeitverkürzung zur Arbeitsplatzvernichtung kommt. Es ist nicht richtig, die Technik vom Menschen abzulösen und als selbständiges Subjekt zu sehen, entsteht sie doch aus der Übertragung menschlicher Fähigkeiten auf Arbeitsinstrumente, auf Arbeitsmittel, um unsere biologisch bedingten Grenzen im Stoffwechselprozeß mit der Natur ausgleichen und überwinden zu können. Insofern ist die Technik doch vom Menschen auf seine Arbeitsmittel übertragene Gattungskraft des Menschen selbst, die dazu dient, unser Leben zu verbessern. Nötig ist also nicht der Abschied von der Technik, sondern von einem unmenschlichen und naturwidrigen System, das Technik zur Ruinierung von Mensch und Natur benutzt.

C. Es gibt die Ansicht, wegen heutiger Technik gehe der Gesellschaft die Arbeit aus, könne der Stellenwert der Arbeit relativiert werden, wachse die Bedeutung der Freizeit, sei die Abkoppelung des Einkommens von der Arbeit, ein garantiertes Mindesteinkommen nötig, verliere die Arbeit ihren Warencharakter und könnten die Marktmechanismen beseitigt werden. Für diese neue Realität seien neue Arbeits- und Freizeitutopien nötig. Statt der großen brauchten wir eine mittlere und sanfte Technik, eine gebrauchswertorientierte Produktion. Statt der manipulierten Bedürfnisse und der Ethik oder „Religion“ der Arbeit brauchten wir den Ausstieg aus dem „Industrialismus“, „Konsumismus“ und „Wachstumsfetischismus“, kurz: eine Revolutionierung der Werte.

Nach dieser Auffassung ist die heutige Technik sowohl die Ursache der Krisen als auch die Garantie der Freiheit. Damit wird die Technik zum letztlich bestimmenden Faktor gesellschaftlicher Entwicklung (Industrie-Gesellschaftstheorie). Diese Konzeption hält keiner kritischen Prüfung stand.

Die Kritik an der Arbeit verwechselt Wesen – Arbeit und Erscheinung – Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen. Der Mensch ist durch Arbeit entstanden, hat sich vermittels Arbeit geschichtlich entwickelt. Er ist das einzige Wesen, das die Bedingungen seiner Existenz durch Arbeit – durch zweckmäßige Tätigkeit zur Hervorbringung von Gebrauchswerten für die Befriedigung seiner Bedürfnisse – der Natur abgewinnt. In diesem Prozeß der materiellen

3 Deutsche Volkszeitung/die tat, 11. I. 1985, S. 9, Interview mit Harry Nick.

und geistigen Aneignung der Natur verändert der Mensch nicht nur die Natur, sondern auch sich selbst, erzeugt er die Kultur, formt er sich als Persönlichkeit. Folglich geht es nicht um die Befreiung von der Arbeit, sondern um deren Befreiung. Die zutiefst menschliche Lebensäußerung der Arbeit wurde unfrei durch Trennung der lebendigen Arbeitskraft von den Arbeitsmitteln. Arbeit und Aneignung des Erarbeiteten fallen auseinander. Die Aneigner kommandieren und beuten die Arbeitenden aus. Den Arbeitenden tritt das eigene Arbeitsprodukt als fremde, sie beherrschende Macht gegenüber. Die eigene Arbeit wird ihnen zum Zwang, dem sie entfliehen wollen.

In der ersten industriellen Revolution nahmen Maschinen dem Menschen das materielle Werkzeug aus der Hand, in der heutigen wissenschaftlich-technischen Revolution nehmen datenverarbeitende Arbeitsmittel ihm auch immer mehr geistige Aktivitäten, die stets als spezifisch menschliche Tätigkeit galten, ab, wird der Produktionsprozeß immer wissenschaftlicher.⁴ Die Arbeiter werden vom Kapital immer mehr auf das Niveau der Maschinen hinabgedrückt, diese jedoch werden immer „vergeistigter“. Im Ergebnis dessen verkehrt sich scheinbar das Verhältnis Mensch (Arbeiter) und Maschine: Diese, seine eigenen Produkte, erscheinen ihm als ihn beherrschende, unberechenbare, gefahrdrohende. In Wirklichkeit steckt in den (auch in den modernsten) Maschinen nichts, außer Naturstoff und Naturgesetzlichkeit, kombiniert mit jenen Fähigkeiten, über die der Mensch selbst verfügt. Nicht die (noch so modernen) Maschinen sind das Problem, sondern die Trennung des Produzenten (Arbeiters) von seinem Produkt (den Maschinen) durch das Kapital. Auch in Zukunft wird die Menschheit die Bedingungen ihres Lebens aus der Natur gewinnen, wird der spezifische Stoffwechselprozeß des Menschen mit der Natur: die Arbeit, trotz ständigen Formwandels nicht verschwinden.

Die tatsächliche Entwicklung der Beschäftigten widerlegt die Behauptung, durch neue Technik gehe der Gesellschaft die Arbeit aus.⁵ Trotz wachsender Bedeutung der Freizeit bleibt das Erarbeitete Grundlage für das, was uns in der und für die Freizeit zur Verfügung steht. Trotz Formen relativer Selbständigkeit des nicht-produzierenden Bereichs, auch des Freizeitbereichs, bleiben diese letztlich vom Produktionsbereich abhängig.

Ein von Arbeit abgekoppeltes, garantiertes Einkommen für alle ist eine Forderung der Arbeiterbewegung, doch dürfen dabei einige reale Probleme nicht ignoriert werden. Insbesondere darf man nicht der verlogenen bürgerlichen Ideologie zum Opfer fallen, Einkommen sei im Kapitalismus an Arbeit und Leistung gekoppelt. Zweitens kann es nicht um die Trennung von Arbeit und Lohn in der Arbeiterklasse gehen, sondern um die Sicherung des Rechts auf Arbeit für alle Angehörigen der Arbeiterklasse. Drittens ist selbst in einer kommunistischen Gesellschaft ein „Einkommen“, d.h. die Teilnahme an der gesellschaftlichen Verteilung, ohne Arbeit nicht möglich.

4 Ebenda in Anlehnung an Arbeiten des sowjetischen Philosophen Kedrow.

5 In der Bundesrepublik gab es 1970 gut 26,6 Millionen Erwerbstätige, 1982 waren es eine Million weniger. Unter Berücksichtigung der Verschiebungen bei ausländischen Arbeitskräften widerlegen die Zahlen die These vom Ende der Arbeit durch Technik.

Die Aufhebung des Warencharakters der Arbeit und damit die Beseitigung des Marktmechanismus erfolgt nicht durch Einführung neuer Technik. Vielmehr muß dazu die Trennung von Arbeitskraft und Produktionsmittelbesitz aufgehoben, müssen die gesellschaftlich wesentlichen Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum werden. Ebenso können mittlere oder sanfte Techniken, die im Sozialismus und Kommunismus durchaus ihre Berechtigung haben, die Antagonismen des Kapitalismus nicht beseitigen.

Der Kapitalismus erzeugt tatsächlich manipulierte Bedürfnisse. Die Klärung dieses Problems ist nicht möglich ohne Herausarbeitung von Kriterien für vernünftige Bedürfnisse.⁶ Philosophie, Medizin, Hygiene usw. können rationale Verbrauchsnormen ermitteln. Sie stellen eine notwendige Voraussetzung zur Begründung vernünftiger Bedürfnisse dar, sind aber noch nicht diese selbst. Hinzu kommen soziale Kriterien politischer, ethischer, ästhetischer, kurz: ideeller Art.

Bedürfnisse dieser Art sind nicht einzelne, für sich existierende, losgelöste gesellschaftliche Erscheinungen, sondern stehen im Zusammenhang mit bestimmten Klassenkräften oder sogar sozialökonomischen Faktoren. Unter diesem Gesichtspunkt muß klar sein, daß wir bei der Ermittlung vernünftiger Bedürfnisse unter unseren Bedingungen nicht abstrahieren können vom Kapitalismus, in dem wir leben. Konsumverzicht, wenigstens teilweise, des arbeitenden Volkes könnte bei uns ein vernünftiges Ziel sein, *wenn* dieses Land sozialistisch wäre und so das Ersparte zur Hilfe in die „Dritte Welt“ ginge. Unter unseren Bedingungen würde Konsumverzicht der Massen nur die Profite und damit die ökonomische und politische Macht des Großkapitals stärken, ein „unvernünftiges“ Ergebnis.

Es gibt dessenungeachtet breite Felder des Wirkens gegen manipulierte Bedürfnisse:

- das Wirken gegen das „Bedürfnis“ nach NATO-Sicherheit,
- das Wirken gegen das „Bedürfnis“ nach „Klassenharmonie“, Lohnverzicht u.ä.,
- das Wirken gegen das „Bedürfnis“ nach mehr „innerer Sicherheit“,
- das Wirken gegen das „Bedürfnis“ nach noch mehr Desinformation.

Die These von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer gebrauchswertorientierten Produktion im Kapitalismus ist irreführend, weil unter solchen Bedingungen Gebrauchswerte nur des Tausches wegen produziert werden, also als Waren, die einen Tauschwert besitzen. Kapitalistische Warenproduktion ist dabei am Profit, nicht am Gebrauchswert orientiert.

Im Sozialismus erfolgt die Produktion, gemäß dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus, geplant. Der Plan bringt Produktionen zur Proportion, nicht Profite, die es im Sozialismus nicht gibt. Gebrauchswerte spielen im Sozialismus eine qualitativ höhere Rolle als im Kapitalismus, und so wäre der reale Sozialismus eigentlich der Bündnispartner jener Kräfte, die bei uns diese Konzeption verfechten. Freilich darf nicht ignoriert werden: Angesichts

⁶ Sowjetwissenschaft — Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 1/1984, S., 53 ff: B. N. Woznow, Vernünftige Bedürfnisse und ihr Kriterium.

der unterschiedlichen Formen gesellschaftlichen (anfangs auch noch privaten) Produktionsmitteleigentums, angesichts der noch ungenügend entwickelten Produktivkräfte *und* des Standes des Bewußtseins — also der objektiven und subjektiven Bedingungen — muß das Verteilungsprinzip noch das der Leistung, kann es noch nicht das kommunistische der Verteilung gemäß den Bedürfnissen sein. Dies ebenso wie die Austauschbeziehungen zwischen den Betrieben unterschiedlicher Eigentumsformen macht es notwendig, den gesellschaftlichen Arbeitsaufwand bei der Erzeugung der Produkte zu messen. Das ist auch nötig, um diesen Aufwand zu senken, also Arbeitskraft und Naturressourcen einsparen zu können. Das aber bedeutet, daß auch im Sozialismus die Produktion noch Warenproduktion sein muß — freilich nicht mehr kapitalistische Warenproduktion ist —, nicht einfach durch eine allein gebrauchswertorientierte Produktion ersetzt werden kann.

Wir gehen — schließlich — auch an das Wachstumsproblem inhaltlich heran. Unter kapitalistischen Bedingungen stimmen ökonomisches Wachstum und soziale Entwicklung nicht überein. Ökonomisches Wachstum bewirkt nicht schon Abbau der Arbeitslosigkeit, Profitwachstum führt nicht zu Lohnwachstum. Rüstungswachstum geht zu Lasten der sozialen Entwicklung. Wir kämpfen nicht abstrakt gegen oder für ein Wachstum, sondern fragen: Wachstum wessen, wofür, auf wessen Kosten, zu wessen Nutzen? Wir kämpfen gegen Rüstungs- und Profitwachstum, für soziale Entwicklung. Die Lösung dringender sozialer Probleme des Umweltschutzes, öffentlichen Verkehrswesens, Städte- und Wohnungsbaus usw. erfordert nicht Nullwachstum in Ökonomie, Technik und Wissenschaft, sondern deren Entwicklung bei demokratischer Kontrolle.

Bundesrepublik und Weltmarkt

Bernhard Roth

Weltmarktintegration oder Abkoppelung? – Perspektiven der Internationalisierung der BRD

Ein alternativer Entwicklungsweg, wie er z. B. von der Memorandumsgruppe für die BRD gefordert und konkretisiert wird¹, hat eine Abkehr von der gegenwärtigen uneingeschränkten Weltmarktorientierung und eine Hinwendung zu einer verstärkten Binnenorientierung zum Ziel. Dies aus folgenden Gründen.

Erstens erweist sich die gegenwärtige Strategie der Weltmarktintegration um jeden Preis als Sackgasse. Nicht erst der schwache gegenwärtige Aufschwung, der sich fast ausschließlich auf Rekordaußenhandelsüberschüsse stützt, zeigt, daß die Zeiten vorbei sind, in denen die BRD durch eine Strategie der Exportexpansion innere Wirtschaftsprobleme bewältigen kann. Untersuchungen zeigen, daß Exportoffensiven, die durch eine angebotsorientierte Sparpolitik gepowert werden, zukünftig keinen nennenswerten Beitrag zur Minderung der Arbeitslosigkeit leisten können². Was außenwirtschaftlich an Absatzchancen gewonnen wird, geht im Inland durch die Sparpolitik – die die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern soll – wieder verloren. Die Kosten dieser Strategie sind hoch und spürbar: der erzwungene Verzicht auf Reallohnverbesserungen, auf Arbeitszeitverkürzungen und auf den zukunftsorientierten Ausbau der Infrastruktur sowie eine einseitige Orientierung der Forschungs- und Technologiepolitik.

Zweitens drohen steigende Außenhandelsüberschüsse zunehmend zum Bumerang zu werden. Weltweit versuchen fast alle Industrieländer, ihre internen Probleme durch eine Wirtschaftsexpansion nach außen zu bewältigen. Die Außenhandelsüberschüsse der einen sind jedoch die Handelsbilanzdefizite und Verschuldungsprobleme der anderen. Selbst ein Land wie die USA, das durch seine gewaltigen Handelsbilanzdefizite aktuell Ländern wie der BRD und Japan – aber auch lateinamerikanischen Ländern – exportgestützte Strategien ermöglicht, kann dies nicht lange durchhalten. Die Folgen werden entweder ein zunehmender Protektionismus oder eigene Exportoffensiven sein. Solange die Binnenmärkte der wichtigsten Industrieländer – die ja zusammengenommen den größten Teil des Weltmarkts ausmachen – durch ei-

1 Vgl. Memorandum '82, Abschnitt 5; Memorandum '84, Abschnitt 4; B. Roth, Weltmarktabhängigkeit: Damoklesschwert über einer alternativen Wirtschaftspolitik, in: Memo-Forum 5/1985, S. 2 ff.

2 Vgl. Gelockterter Zusammenhang zwischen Exportoffensive und Beschäftigung, in: Memorandum '83, S. 82 ff.; vgl. ifo-schnelldienst 16-17/83, S. 12 ff.; Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel, Strukturberichterstattung 1983, DIW, Berlin 1984.

ne angebotsorientierte Wirtschaftspolitik beschnitten werden, werden die Expansionspielräume auf den Weltmärkten gering bleiben und Protektionismus, handelskriegsartige Auseinandersetzungen und die Verschuldungsprobleme zunehmen. Eine Wachstumsförderung über Exportüberschüsse verschärft die internationale Konkurrenz und gefährdet die gegenwärtige weltwirtschaftliche Integration.

Drittens ergibt sich die Notwendigkeit einer verstärkten Binnenorientierung aus den Zielsetzungen eines alternativen Entwicklungswegs selbst. Im Zentrum einer solchen Politik steht die Umstrukturierung der Wirtschaft der BRD in Richtung einer Vollbeschäftigung garantierenden, umwelt- und sozialverträglichen und energie- und ressourcensparenden Produktion, d.h., es geht um die soziale Nützlichkeit der Produktion und der Produkte (Gebrauchswertorientierung). Eine solche Strategie qualitativen Wachstums, zu der auch die Stabilisierung der Einkommensentwicklung gehört, stärkt den Binnenmarkt, mindert die Importabhängigkeit von Produkten, die in der BRD nicht selbst herstellbar sind (relative Verminderung des Rohstoff- bzw. Energieverbrauchs) und schafft im Inland Absatzmöglichkeiten, so daß der Export zunehmend die Funktion eines Überschußventils verliert³. Eine solche Strategie führt somit zu einer Entspannung im internationalen Konkurrenzkampf und ist eine notwendige Voraussetzung für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Die Strategie eines „Alternativen Entwicklungswegs“ für die BRD ist folglich nicht „weltmarktfeindlich“ ausgerichtet, sondern bietet über die Entwicklung der Binnenstrukturen und die Minderung des verwertungsbedingten Expansionsdrucks nach außen die Chance für die Stabilisierung und Umgestaltung der gegenwärtigen Weltwirtschaft.

Die Alternative zur gegenwärtigen bedingungslosen Weltmarktorientierung besteht folglich auch nicht in der Forderung nach Autarkie oder Abkoppelung vom Weltmarkt. Dies nicht nur, weil eine solche Abkoppelung mit hohen Opportunitätskosten verbunden wäre, die die Erreichung der Ziele einer alternativen Wirtschaftspolitik erschweren würden. Das zentrale Argument ist vielmehr, daß sich Art und Umfang einer sinnvollen Einbindung der BRD in die Weltwirtschaft nicht losgelöst von den Zielen eines alternativen Entwicklungswegs bestimmen lassen: Hohe Export- bzw. Importquoten sind für sich betrachtet weder „gut“ noch „schlecht“, sondern daran zu messen, inwieweit sie die Erreichung dieser Ziele begünstigen oder gefährden. Ebenso wenig stellt internationale Wettbewerbsfähigkeit einen Wert „an sich“ dar. Unter den Bedingungen einer uneingeschränkten Kapitalverwertung dient das Argument „Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ dazu, die Gewerkschaften zum Verzicht auf Realloohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu bewegen, während die Vorteile hoher Wettbewerbsfähigkeit von den führenden Konzernen vereinnahmt werden. Eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit als Ausdruck einer Produktion auf höchstem technologischen Niveau kann jedoch auch – bei eingeschränkter Kapitalautonomie – eine günstige Voraussetzung für einen alternativen Entwicklungsweg darstellen

3 Vgl. B. Roth, Weltmarktabhängigkeit . . . , S. 3 ff.

und die dafür notwendigen gesellschaftlichen Aufwendungen minimieren helfen.

Viertens spricht für eine verstärkte Binnenorientierung, daß die für die Realisierung eines alternativen Entwicklungswegs notwendigen Veränderungen der Kräfteverhältnisse nur national zu verwirklichen sind. Nach Auffassung zahlreicher „Weltökonom“ ist die BRD heute so sehr in die internationale Arbeitsteilung eingebunden, daß für nationale „Alleingänge“ wenig Erfolgsaussichten bestehen⁴. Hätten sie recht, so bliebe als politischer Ausweg nur der Verweis auf die Notwendigkeit eines international abgestimmten Vorgehens der sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen der verschiedenen Länder mit dem Ziel, eine *supranationale* alternative *Weltwirtschaftspolitik* zu realisieren. Angesichts der unterschiedlichen Lebenslagen, Kampfbedingungen und Traditionen der nationalen sozialen Bewegungen erscheint eine solche „linke“ Weltwirtschaftsregulierung jedoch noch weit unrealistischer als das vom Weltökonom *Helmut Schmidt* propagierte gemeinsame Management der drängendsten weltwirtschaftlichen Probleme durch die führenden kapitalistischen Länder. Dies auch, weil für die absehbare Zukunft wirksame wirtschaftspolitische Instrumente nur innerhalb der Nationalstaaten zur Verfügung stehen und nur dort die Verhältnisse so verändert werden können, daß ihr Einsatz für Alternativen möglich wird.

Handlungsspielräume für einen alternativen Entwicklungsweg

Die Vorstellung, daß linke Alternativen angesichts der Erosion national-ökonomischer Zusammenhänge und der Integration in eine „einzige arbeitsteilige Weltökonomie“⁵ *national* nicht mehr zu realisieren sind, basiert auf der Einschätzung, daß die heutige Weltarbeitsteilung durch eine so hohe Spezialisierung gekennzeichnet ist, daß die daraus entstehenden Abhängigkeiten nationale Alleingänge unmöglich machen. Den Internationalen Konzernen (IK) wird dabei die Fähigkeit zugeschrieben, nationale Regulierungen umgehen und sich vorhandenen nationalökonomischen Zusammenhängen entziehen zu können.

Die Empirie scheint für diese Auffassung zu sprechen: Die Außenhandelsverflechtung der BRD liegt heute höher als jene vergleichbarer Länder, die Auslandsproduktionsstätten der westdeutschen Unternehmen haben sich seit Ende der siebziger Jahre vervielfacht. Ohne Zweifel ist die Verwertung der dominierenden Konzerne der BRD, die teilweise um die 50 % ihres Umsatzes mit dem Ausland abwickeln bzw. einen großen Teil ihrer Produkte im Aus-

4 Vgl. hierzu etwa die Positionen des Weltsystemkonzepts. I. Wallerstein, *The Modern World System I*, New York 1974; Aufsatzsammlung: *Kapitalistische Weltökonomie*, D. Senghaas (Hg.), Frankfurt/M. 1979. Zur Gegenposition (*Nationalökonomiethese*) vgl. SOST, *Kapitalistische Weltwirtschaft*, Hamburg 1982; P. J. Katzenstein, *Conclusion: Domestic Structures and Strategy . . .*, in: *International Organisation*, 4/1977; B. Roth, *Weltökonomie oder Nationalökonomie. Tendenzen des Internationalisierungsprozesses seit Mitte des 19. Jahrhunderts*, Marburg 1984.

5 Vgl. I. Wallerstein, *Aufstieg und zukünftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems*, in: *Kapitalistische Weltökonomie*, a.a.O., S. 31 ff.

land erstellen, in hohem Maße von weltwirtschaftlichen Entwicklungen abhängig. Zugleich wird ein erheblicher Teil der Industrieproduktion der BRD von den Filialen ausländischer Konzerne erstellt bzw. importiert. Eine plötzliche erhebliche Reduzierung der Weltmarktbeziehungen der BRD würde folglich zu einer Verwertungskrise bei den führenden Konzernen und damit zu einer tiefen Wirtschaftskrise in der BRD führen.

Dies scheint gegen die „Machbarkeit“ eines binnenorientierten alternativen Entwicklungswegs zu sprechen. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob die hohe Weltmarktabhängigkeit der Kapitalverwertung in der BRD gleichgesetzt werden kann mit einer entsprechend hohen Weltmarktabhängigkeit der „Nationalökonomie“ BRD. Da ein alternativer Entwicklungsweg für die BRD ohne eine zunehmende Einschränkung der Kapitalautonomie nicht möglich sein wird⁶, stellt sich die Frage nach dem außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum einer alternativen Wirtschaftspolitik nicht nur für die Bedingungen einer uneingeschränkten Dominanz der Kapitalverwertung, sondern für den Fall, daß ein relevanter Teil der Konzerne vergesellschaftet wird und Ansätze einer gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftslenkung praktiziert werden.

Zwei Überlegungen geben Anlaß, unter diesen Bedingungen über die außenwirtschaftlichen Spielräume einer alternativen Wirtschaftspolitik optimistischer zu urteilen, als dies in der gegenwärtigen linken Diskussion üblich ist. Erstens sind der Spezialisierungsgrad der heutigen Weltwirtschaft und die daraus resultierenden Abhängigkeiten für ein Land wie die BRD geringer, als dies die hohe *quantitative* Weltwirtschaftsverflechtung vermuten läßt. Zum zweiten sind die IK stärker in nationale Zusammenhänge eingebunden und von nationalen Wirtschaftsstrategien abhängig, als dies der Vorstellung von „Weltkonzernen“ entspricht⁷.

Seit Ende des II. Weltkriegs wird ein wachsender Teil des Welthandels zwischen den führenden Industrieländern abgewickelt, wobei gleichzeitig eine Angleichung der exportierten und der importierten Warenkörbe feststellbar ist (Zunahme des intraindustriellen Handels)⁸. Die Beurteilung der diesem *intraindustriellen Handel* zugrundeliegenden internationalen Produktionsspezialisierung und ihrer ökonomischen Vorteile ist schwierig. Dem simultanen Export bzw. Import von PKWs verschiedener Fabrikate, der als Beispiel für den Außenhandel mit Konsumgütern gelten kann, liegt nur eine geringe internationale Produktionsspezialisierung zugrunde. Der ökonomische Vorteil einer solchen internationalen Arbeitsteilung basiert vor allem in einer Erhöhung der Typenvielfalt und in der Nutzung der Vorteile der Massenproduktion. An-

6 Vgl. Memorandum '83, Abschnitt 4.1 u. 4.4; Memorandum '84, Abschnitt 4.4.

7 Dieser zweite Aspekt kann hier nicht weiter ausgeführt werden. Vgl. hierzu die Literatur in Fußnote 9.

8 Vgl. A. Aquino, Intra-Industry-Trade and Inter-Industry Specialization . . ., in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 114, 1978, S. 275 ff.; H. G. Grubel, P. J. Lloyd, Intra-Industry Trade, Bristol 1975; HWWA, Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Zwischenbericht, Hamburg 1979; vgl. zur kritischen Diskussion H. Giersch (Hg.), On the Economics of Intra-Industry Trade, Tübingen 1978; J. Eisbach, Der Einfluß der Konkurrenz auf die internationale Arbeitsteilung, Frankfurt 1981, S. 59 ff.

ders ist dagegen der Handel mit Maschinenbauprodukten zu werten: Aus der gleichzeitigen Ein- und Ausfuhr von Werkzeugmaschinen kann nicht ohne weiteres auf eine fehlende internationale Spezialisierung geschlossen werden, da unter dem Oberbegriff „Werkzeugmaschinen“ Spezialmaschinen gehandelt werden, die weltweit nur von wenigen Herstellern produziert werden. Der internationale Handel mit *Investitionsgütern* basiert zu einem erheblichen Teil auf einer tiefgehenden Produktionsspezialisierung, wobei der ökonomische Spezialisierungsvorteil neben höheren Stückzahlen vor allem in der Entwicklung und Konzentration eines speziellen Produktionswissens bei wenigen Unternehmen liegt. Da die BRD im Bereich der Investitionsgüter über eine breite diversifizierte Produktionspalette verfügt und hier international eine Spitzenstellung einnimmt, dürften solche Abhängigkeiten jedoch eine vergleichsweise geringe Rolle spielen.

Auch wenn dem intraindustriellen Handel teilweise – zumindest im Bereich der Investitionsgüter – eine über eine bloße Produktdifferenzierung hinausgehende internationale Spezialisierung zugrundeliegt, so ist die Zunahme dieser Art des Welthandels doch als Indiz für eine Angleichung der *Produktions- und Technologiestrukturen* der führenden Industrieländer zu werten. Die harte Weltmarktkonkurrenz verhindert eine tiefgehende Spezialisierung zwischen diesen Ländern. Wo technologische Rückstände drohen oder die Gefahr besteht, daß ein zukunftssträchtiger oder sicherheitspolitisch relevanter Produktionszweig seine Wettbewerbsfähigkeit verliert, wird staatlicherseits mit großen Anstrengungen gegengesteuert. Nicht zuletzt sorgt auch die gegenseitige Durchdringung der führenden Industrieländer mit Direktinvestitionen dafür, daß eine tiefgehende Produktionsspezialisierung ausbleibt⁹.

Was bedeutet dies für die Frage nach außenwirtschaftlichen Spielräumen für eine alternative Wirtschaftspolitik? Die Tatsache, daß die BRD über eine technologisch hochentwickelte, weit diversifizierte und relativ vollständige Produktionsbasis verfügt, schafft die *potentielle* Möglichkeit, einen relevanten Teil des Imports durch nationale Produktion zu substituieren. Dies verringert die Gefahren möglicher außenwirtschaftlicher Erpressungsversuche. Die Potenz zur Importsubstitution bedeutet allerdings nicht, daß dies auch den günstigsten Weg für eine alternative Wirtschaftspolitik darstellt. Volkswirtschaftlich am geringsten würde im Falle einer erzwungenen Importsubstitution die Verringerung der Typenvielfalt zu Buche schlagen – wenngleich dies sicherlich bei den Verbrauchern negativ registriert würde. Schwerwiegender wären die Folgen, wenn die Importe von bestimmten Spezialtechnologien, bei denen in der BRD kurzfristig Rückstände bzw. Produktionsengpässe bestehen (Chips), reduziert werden müßten. Auch wenn die quantitative Bedeutung solcher Importe relativ gering ist, spielen sie gerade für einige wichtige Sektoren der Investitionsgüterindustrie eine Schlüsselrolle.

Festzuhalten bleibt, daß ein Teil der Importe der BRD, insbesondere im Bereich der Konsumgüter, ohne große Opportunitätskosten durch eine nationale Produktion substituierbar wäre. Auch mit einer verminderten Exportquote –

⁹ Eisbach, *Der Einfluß*, a.a.O., S.136 ff; B. Roth, *Weltökonomie*, a.a.O., S. 84 ff.

so die Schlußfolgerung – könnten die Ziele eines alternativen Entwicklungstyps in der BRD realisiert werden.

Zu untersuchen bleibt die Bedeutung des komplementären Handels für die BRD. Unter dem Gesichtspunkt der Importabhängigkeit interessiert insbesondere die Bedeutung jener Einfuhren, die unter keinen Umständen in der BRD produzierbar wären (bestimmte Rohstoffe, Agrarprodukte und Energien). Schätzungen ergeben, daß nur ca. $\frac{1}{4}$ der Importe der BRD aus solchen nicht-substituierbaren Gütern bestehen, wobei $\frac{1}{5}$ der Exporterlöse ausreichen würden, diese existentiellen Importe zu finanzieren¹⁰. Allerdings: Obwohl die quantitative Bedeutung solcher Importe gering ist, könnte hier eine Stockung die Produktion der BRD erheblich gefährden, da viele dieser Produkte zu den unabdingbaren Produktionsvoraussetzungen gehören.

Eine weitere Art der Einbindung der BRD in die internationale Arbeitsteilung vollzog sich schließlich über Produkte, die in den 70er Jahren in einige wenige Schwellenländer ausgelagert wurden und von dort reimportiert werden. Ein Teil dieser Güter (vor allem aus dem Bereich der Unterhaltungselektronik und der Bekleidungsindustrie) wird heute in der BRD nicht mehr oder nur noch in geringem Umfang produziert. Ihr Importanteil liegt zwischen 5 und 10 % des Gesamtimports. Hierbei handelt es sich – ähnlich wie bei den genannten nichtsubstituierbaren Importen – um eine grundlegendere (wenngleich kapitalistisch deformierte und sozial unververtretbare) Form internationaler Arbeitsteilung. Die hieraus resultierenden Importabhängigkeiten dürfen aber nicht überschätzt werden. Erstens ist die quantitative Bedeutung dieser Importe gering, zweitens sind diese Produkte prinzipiell auch in der BRD herstellbar, und drittens ist diese Art der Produktionsspezialisierung sehr labil: Es mehren sich die Anzeichen, daß die neuen Technologien die Produktion eines Teils der bislang in den Schwellenländern erstellten Produkte in den industriellen Zentren wieder rentabel machen¹¹, so daß mit einer bedeutenden Ausweitung dieser Form der internationalen Arbeitsteilung – anders als in den 70er Jahren prognostiziert – nicht zu rechnen ist.

Zusammenfassend: Im Bereich des Imports ist die BRD flexibler, als dies mit Blick auf die hohe Importquote scheinen mag. Hieraus resultiert ein gewisser Handlungsspielraum für eine alternative Wirtschaftspolitik. Vor allem aber entfällt eine wesentliche Begründung für eine permanente Politik der Exportsteigerung: Die Verbesserung der Lebensbedingungen in der BRD und die Versorgung der Wirtschaft mit notwendigen Produktionsgütern sind nicht von ständig steigenden Exportquoten abhängig bzw. begründen nicht den gegenwärtig hohen Ausfuhranteil, sondern die hierfür erforderlichen Importe lassen sich auch mit einer geringeren Ausfuhr finanzieren. Nicht nur aus diesem Grund besitzt die BRD auch im Bereich des Exports einen erheblichen Handlungsspielraum: Im Kontext einer alternativen Wirtschaftspolitik mindert die Stärkung des Binnenmarktes den Exportdruck. Und schließlich zeich-

10 Errechnet nach: Arbeitsplätze durch Exporte? ifo-schnelldienst 16-17/83, S. 14.

11 Vgl. z. B. für den Bereich der PC-Produktion Aussagen des Atari-Chefs Jack Tramiel, in: P. M. Computerheft 6/85, S. 9.

net sich ab, daß mit den neuen Technologien die Produktion flexibler wird und zukünftig auch kleinere Losgrößen bzw. Stückzahlen rentabel zu produzieren sind¹². Zukünftig wird so auch das Argument, der Exportzwang resultiere aus der Notwendigkeit, die Vorteile der Massenproduktion zu realisieren, für eine Reihe Wirtschaftszweige an Bedeutung verlieren.

Die Betonung außenwirtschaftlicher Bewegungsspielräume einer alternativen Wirtschaftspolitik soll nicht einem Autarkiestreben das Wort reden, sondern wendet sich gegen die These, ein alternativer Entwicklungsweg der BRD müsse an weltwirtschaftlichen „Sachzwängen“ scheitern. Reduziert sich im Gefolge der verstärkten Binnenorientierung dieser Strategie die Weltmarktverflechtung der BRD, so muß dies nicht notwendig mit hohen gesellschaftlichen Kosten verbunden sein. Andererseits ist ein Land wie die BRD aber auch in erheblichem Umfang auf Importe und damit auch Exporte angewiesen. Diese Importabhängigkeit beschränkt sich nicht allein auf Rohstoffe, Energien und Agrarprodukte. Auch die Importe von Industriegütern sind – wie gezeigt – mit ökonomischen Vorteilen verbunden.

Eine verstärkte Binnenorientierung kann deshalb nicht eine Vernachlässigung außenwirtschaftlicher Beziehungen beinhalten, sondern muß im Gegenteil der gleichzeitigen Lenkung der Import- und Exporttätigkeit großes Gewicht beimessen¹³. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wären langfristige Warenabkommen mit Entwicklungsländern und den RGW-Staaten, durch die ein Teil des Außenhandels verstetigt und die außenwirtschaftliche Erpressbarkeit einer alternativen Entwicklungspolitik verringert werden könnte¹⁴. Es braucht nicht betont werden, daß einer solchen Politik der Widerstand des weltmarktorientierten Kapitals sicher ist. Aber ohne eine Mobilisierung, die die Kräfteverhältnisse in der BRD wesentlich verändert, bleibt jede Alternative eine Utopie.

Eckhard Stratmann

Binnenmarktorientierung: Eine Absage an Exportchauvinismus und Wachstumsfetisch

Angesichts der Tatsache, daß die Leistungsbilanz der Bundesrepublik seit 1969 durchschnittlich ca. 10 Mrd. DM Überschüsse pro Jahr verzeichnet (Ausnahme 1979-81) und netto ca. eine Million Arbeitsplätze aus der Exportstärke der BRD resultieren, scheinen Kapital und Arbeit in der BRD von ei-

12 Vgl. R. Hickel, Technologische Arbeitslosigkeit - Gibt's die?, in: Memo-Forum 5/1985, S. 28 ff.

13 Dasselbe gilt für den internationalen Kapitalverkehr.

14 Vgl. Mit mehr Exporten gegen Arbeitslosigkeit?, in: Memorandum '80, S. 262 ff.

ner weiteren Welthandelsausweitung und Weltmarktverflechtung der Bundesrepublik nur zu profitieren. Dennoch ist der, einer solchen Sichtweise entsprechenden, Weltmarkt- und Exportorientierung grundsätzlich zu widersprechen.

1. Die über riesige Warenexporte ermöglichten Leistungsbilanzüberschüsse bringen zum Ausdruck, daß die BRD regelmäßig einen entsprechenden Teil ihrer Arbeitslosigkeit exportiert. Gerade im intra-industriellen Handel mit konkurrierenden Gütern (z.B. Stahl, Autos) bedeutet die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Export die Vernichtung von Arbeitsplätzen bei den Handelspartnern, bedeuten Leistungsbilanzüberschüsse hier entsprechende Defizite und Verschuldung dort.

2. Der Export von hochtechnologischen und entsprechend teuren Produkten in Entwicklungs- und Schwellenländer hat viele dieser Länder in eine Verschuldungssituation gebracht, aus der sie nach der Vorstellung der kapitalistischen Industriestaaten und der entsprechenden Auflagenpolitik des internationalen Währungsfonds (IWF) nur über eigene gesteigerte Exporterlöse herauskommen können. So werden sie in den kapitalistischen Weltmarkt zwangsgintegriert, was zwar bestimmten Exportbranchen bei uns nutzt, nicht aber einer eigenständigen Entwicklung jener Länder. Die internationale Verschuldung bedroht aber auch die Stabilität des internationalen Finanzsystems (Liquiditätsprobleme von großen Gläubigerbanken) und auf diesem Wege die Volkswirtschaften der führenden Industriestaaten selbst.

3. Der Weltagrarmarkt ist ein Musterbeispiel für die Pervertierung der internationalen Arbeitsteilung. Vom Weltagrarmarkt profitieren die transnationalen Konzerne der Ernährungsindustrie, während Kleinbauern und gesunde Ernährung der Bevölkerung das Nachsehen haben. Die BRD (und die EG) importiert aus den USA und hungerleidenden Dritte Welt-Ländern billige Futtermittel — 1983 immerhin mehr als 1 % der Gesamteinfuhr — und exportiert zu subventionierten Preisen die daraus gewonnenen „veredelten“ Produkte (Milchpulver, Butteröl, Käse, Mehl) zurück in die Dritte Welt. Durch den Export von Kunstdünger, Pestiziden und Maschinen macht sie dort den großflächigen Anbau der Futtermittel erst möglich, wobei der Steuerzahler die exportierten Gifte am Ende einer internationalisierten Nahrungskette „veredelt“ zu sich nehmen darf.

4. Die internationale Konkurrenz hat in der BRD zur Herausbildung einer *exportlastigen Wirtschaftsstruktur* geführt, die keineswegs als optimale Allokation der volkswirtschaftlichen Ressourcen gewertet werden kann.

a) *Ökologische Schäden*: Die Produktionsverfahren bzw. Produkte der exportstarken Wachstumsbranchen Automobil- und Chemieindustrie und von Teilen des Industrieanlagenbaus (z. B. AKWs) sind ökologisch höchst bedenklich bis abzulehnen. Die Vergiftung unserer Umwelt ist wesentlich auf die chemische Industrie zurückzuführen, deren Exportquote 1984 52% betrug. Die starke Weltmarktverflechtung der Bundesrepublik macht zu ihrer Aufrechterhaltung eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur notwendig und führt zum Bau ökologisch so schädlicher Projekte wie der Startbahn West und des Rhein-Main-Donau-Kanals.

b) Ökonomische Vermachtung: Die führenden Exportbranchen (Automobil-, Chemieindustrie u.a.) sind, mit Ausnahme des Maschinenbaus, die Branchen mit den höchsten Konzentrationsgraden. Eine Liberalisierung des Welthandels würde zu weiteren Kapitalkonzentrationen führen und die wirtschaftspolitische Rolle der multinationalen Konzerne steigern. In gleichem Maße verlor die Interessenvertretungen der abhängig Beschäftigten in diesen Unternehmen und die staatliche Wirtschaftspolitik an Handlungsspielräumen gegenüber privater internationaler Wirtschaftsmacht.

Die Zunahme privater Kapitalmacht ist aber nicht nur Ergebnis, sondern auch Ursache einer Ausweitung der internationalen Handelsverflechtungen. Die steigende Bedeutung des intra-industriellen Handels mit Gütern der gleichen Warenkategorie (wie Kraftfahrzeuge, Pharmazeutika, Tabakwaren) belegt die Tendenz zu einer internationalen Despezialisierung, d. h. zu einer Angleichung der nationalen Produktionsstrukturen in den Industrieländern. Der Welthandel ist damit zunehmend weniger Ausdruck einer weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung als einer wechselseitigen Durchdringung der Märkte. Diese hat ihre Ursache in der fortschreitenden industriellen Konzentration und im Kampf der Unternehmen um Weltmarktanteile.¹ Dieser Sachverhalt findet seinen Ausdruck darin, daß 40% des Welthandels innerhalb von multinationalen Konzernen abgewickelt werden.

c) Struktur- und regionalpolitische Abhängigkeit: Die exportlastige Wirtschaftsstruktur macht ganze Branchen und Regionen (z. B. Stahlindustrie im Ruhrgebiet und Werftindustrie in der Küstenregion) von kaum kontrollierbaren Weltmarktentwicklungen abhängig.

5. Im Rahmen des handelsliberalen Credo wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit zum Sachzwang und läßt wenig Raum für nationale wirtschaftspolitische Spielräume. Sie muß als Totschlagargument für alles und jedes erhalten: die 35-Stunden-Woche sei zu teuer, wirksame Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung auch.

Aus den genannten Gründen ergibt sich, daß die GRÜNEN mit der Doktrin des freien Welthandels und dem Fetisch der Weltmarkt- und Exportfixierung brechen. Der Ansatzpunkt grüner Wirtschaftspolitik ist die Binnenwirtschaft: Wie kann eine ökologische, soziale und basisdemokratische Wirtschaft entwickelt werden? Inwieweit sind dazu außenwirtschaftliche Beziehungen nötig? Wie kann die Abhängigkeit vom Weltmarkt verringert werden?

Eine ökologische Wirtschaft verpflichtet auf eine wachstumsunabhängige Politik: Sie zielt weder auf die Steigerung des Bruttosozialprodukts noch des Welthandelsvolumens. Eine soziale Wirtschaft privilegiert nicht die arbeitsteilige Spezialisierung um jeden Preis. Eine gesamtwirtschaftliche, oder besser: eine gesamtgesellschaftliche Kosten-Nutzen-Abschätzung führt dazu, daß die Integration von Wirtschaftsabläufen in regionalen/lokalen Wirtschaftszusammenhängen angestrebt wird. Die Überschaubarkeit der Produktion und des Warenaustauschs ist die Voraussetzung für ihre demokratische Kontrolle. Die

¹ Vgl. dazu: J. Eisbach, Die Zunahme des intra-industriellen Handels als Folge internationaler Konkurrenz, in: WSI-Mitteilungen 5/1982, S. 289-295.

Region ist also der *Ausgangs- und Bezugspunkt grüner Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik*. Die Abgrenzung der Regionen mag sich naturräumlich nahelegen oder historisch ergeben, sie muß keineswegs mit nationalen Grenzen übereinstimmen.

Die Umkehrung der Entwicklungslogik von der Weltmarkt- zur Binnenorientierung ist weder als Abkopplung vom Weltmarkt noch als Streben nach Autarkie mißzuverstehen. Die Ökonomie der BRD steht und fällt mit dem Weltmarkt, hier kommt nur die schrittweise und gezielte Rückführung der Abhängigkeit vom Weltmarkt in Frage. Internationale Arbeitsteilung kann ökonomische Vorteile haben, nicht nur bei den sog. „unabdingbaren“ Importen (Energie, Rohstoffe u.a.), sondern auch im intra-industriellen Handel. Der sinnvolle Grad dieser Arbeitsteilung kann aber nicht abstrakt festgelegt werden.

Für eine politische Strategie der Binnenmarktorientierung scheint es mir am tragfähigsten zu sein, von der tatsächlichen Verflechtung der BRD in den Weltmarkt und den damit gegebenen Problemen auszugehen und Schritte zu einer Regionalisierung, einer Binnenorientierung der Wirtschaft anzugeben. Ansatzpunkte für eine solche Politik bieten die Ströme des Außenhandels, des Imports und Exports, die sinnvoll mengenmäßig verringert werden können, wobei dies gleichzeitig Ressourcen für die ökologische Sanierung und ökonomisch-soziale Stabilisierung von Regionen freimacht. Eine solche Handelspolitik leitet eine einseitige Abrüstung des ökonomischen Verflechtungsgrades ein, sie stellt damit eine Umkehrung der aggressiven expansiven Exportstrategien dar. Ein abnehmender internationaler Verflechtungsgrad soll zunehmende regionalwirtschaftliche Handlungsspielräume eröffnen.

Wenn ich unten Schritte zur Verringerung der Außenhandelsverflechtung der BRD skizziere und mich dabei auf den Gütermarkt beschränke, hängt dies damit zusammen, daß auf diesem Gebiet grüne Positionen zur Außenwirtschaft am deutlichsten entwickelt sind. Die Themenbeschränkung bringt aber gleichzeitig offene Fragen und Flanken grüner Außenwirtschaftspolitik zum Ausdruck. Denn der Weltmarkt heute ist ein hochintegriertes System von Güter-, Kapital- und Geldmärkten. Angesichts der Internationalisierung des gewerblichen Kapitals, angesichts eines Bestandes von über 100 Mrd. DM bei den Auslandsinvestitionen bundesdeutscher Unternehmen — Platz 3 hinter USA und GB — und des dramatisch gestiegenen Einflusses der privaten internationalen Geld- und Kreditmärkte kann eine grüne Außenhandelspolitik isoliert gar nicht entwickelt, geschweige denn durchgesetzt werden. Das aktuelle Beispiel USA zeigt, wie sehr nationale Zinsdifferenzen, internationaler Kapitalverkehr, Wechselkursschwankungen und Leistungs-/Zahlungsbilanzentwicklungen miteinander zusammenhängen. Die Internationalisierung der Kapital- und Kreditmärkte macht sich als Sachzwang gegenüber einer nationalen Wirtschaftspolitik geltend. Die Möglichkeit der Kapitalflucht ist die offene Flanke jeder Wirtschaftspolitik, die gegen die Interessen des Kapitals verstößt. Eine grüne Außenwirtschaftspolitik wird daher nicht möglich sein ohne wirksame demokratische Kontrolle des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs, ohne demokratische Kontrolle von Multis und Banken.

Die Position der Memorandum-Gruppe: eine „alternative“ Expansionsstrategie

In der Forderung nach Abkehr von der Weltmarktfixierung und nach einer Binnenorientierung der Wirtschaft gibt es ein Stück weit Gemeinsamkeiten, aber auch fundamentale Differenzen zwischen den Positionen der GRÜNEN und der Memorandum-Gruppe. Gemeinsam werden — z. T. mit gleichen Argumenten — die Nachteile der Exportfixierung der bundesdeutschen Wirtschaft betont und eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik gefordert: „Ausgangspunkt der Alternativen sind feststellbare binnenwirtschaftliche Bedarfe und Handlungsdefizite in den Bereichen Beschäftigung, Versorgung, Infrastruktur und Umwelt“². Gemeinsam ist, daß die Senkung der Außenhandelsverflechtung der BRD nicht als Selbstzweck gilt, sondern sich an den Erfordernissen eines binnenorientierten Entwicklungsweges orientieren soll; Abkoppelung der BRD vom Weltmarkt und Autarkiebestrebungen werden von beiden abgelehnt.³

Das Plädoyer für qualitatives Wachstum und der faktische Primat der Beschäftigungspolitik führen aber bei der Memorandum-Gruppe dazu, daß sie doch dem herrschenden System der internationalen Arbeitsteilung und der Exportorientierung der BRD — nur anders gewendet — zutiefst verhaftet bleibt. So heißt es im Memorandum 1980: „Die fortschrittliche Alternative zu der herrschenden Exportorientierung ist ein auf nationale und internationale Vollbeschäftigung gerichtetes Konzept. Dies erfordert *erstens* die Aufgabe der Politik der Exportüberschüsse.⁴ Das erfordert *zweitens* die Verwirklichung der Vollbeschäftigung mittels binnenwirtschaftlicher Maßnahmen. Eine Politik der Expansion der Binnenmärkte wird über zunehmende Importe auch das Ausland begünstigen. Sobald die steigenden Exporte des Auslands dort eine Erhöhung der wirtschaftlichen Aktivität bewirken, werden auch dessen Importe ansteigen, wodurch sich wiederum die Exportchancen des initiativen Landes verbessern. Dies ist der Inhalt des sogenannten ‚Exportmultiplikators‘.“⁵

Die nachfrageorientierte, binnenwirtschaftlich ansetzende Expansionsstrategie landet also letztlich doch wieder bei der Expansion durch Exporte. So verdeutlicht das Memorandum '82, daß die Förderung von energie- und rohstoffsparenden und umweltschonenden Technologien „zugleich die Exportpalette der BRD“ erweitert. Entsprechende Investitionen erforderten einen hohen Stand der Technologie, intensive Forschung und langjähriges Know-how. „Dies sind traditionell jene Faktoren, auf denen die Exportstärke der BRD beruht . . . Unter diesem Aspekt fördert eine alternative Wirtschaftspolitik die

2 B. Roth, Weltmarktabhängigkeit: Damoklesschwert über einer alternativen Wirtschaftspolitik (II), in: Memo-Forum, Zirkular der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ Nr. 5, Bremen, Febr. 1985, S. 4.

3 Vgl. B. Roth, a.a.O., S. 17 f.

4 Exportüberschüsse sind zum Ausgleich der Leistungsbilanzen der BRD nötig — aber eben nicht darüber hinaus —, da die Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz der BRD chronisch im Defizit sind.

5 (Hg.) Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum. Gegen konservative Formierung — Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980, S. 260 f.

Exportfähigkeit der BRD. Sie setzt dabei nicht auf Lohnverzicht und Sozialabbau, sondern auf die großen Weltmarktchancen umweltfreundlicher, energiesparender Technologien.“⁶

Alternativ zum herrschenden Exportchauvinismus ist an dieser Wirtschaftspolitik gar nichts, die Exportstrategie soll nur arbeitnehmerfreundlicher — selbstverständlich nur für die BRD-Klientel — gestaltet werden. Das Kapital wird auch mit dieser Strategie weiterhin ausländische Märkte erobern und Arbeitslosigkeit exportieren, den intra-industriellen Handel vertiefen, weitere Konzentrations- und Vermachtungsprozesse durchmachen und die Abhängigkeit nationaler Wirtschaftspolitik vom Weltmarktgeschehen steigern. Das Ziel der Rückgewinnung nationaler/regionaler Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik wird eindeutig dem Expansionsziel untergeordnet. Wo die traditionelle Exportstärke der BRD mehr als klammheimlich begrüßt und die Exportfähigkeit der BRD sogar „alternativ“ gefördert werden soll, da erweisen sich die Kritik der Exportorientierung und der Ruf nach Aufgabe der Politik der Exportüberschüsse als folgenlose Lippenbekenntnisse.

Auch die Politik des qualitativen Wachstums und der Primat der Beschäftigungspolitik passen sich in diese „alternative“ Expansionsstrategie gut ein. Nach *Rudolf Hickel* (Memo-Gruppe) ist ja qualitatives Wachstum „alternatives quantitatives Wachstum“ (Diskussionsbeitrag auf dem Kongreß „Zukunft der Arbeit“, Bielefeld 1982). Von daher ist es gar nicht verwunderlich, wenn die exportstarken Wachstumsbranchen Automobil- und Chemieindustrie (die BRD ist z. B. weltgrößter Pestizidexporteur) und Teile des Industriebaus (z. B. AKWs) bei den Expansionsstrategien so ungeschoren davonkommen. Eine konsequente ökologische Politik würde auf die Schrumpfung der Automobil- und Chemieindustrie hinauslaufen und so manchen Exportschlagern treffen, aber zugleich Arbeitsplatzausgleich durch Umstellung der Produktion und Arbeitszeitverkürzung schaffen.

Verringerung der Import- und Exportströme

Die Binnenmarktorientierung der BRD kann schrittweise über die Verringerung der Import- und Exportströme eingeleitet werden. Der Aufbau einer alternativen Energiestruktur mit Vorrang für Energieeinsparung und erneuerbare Energiequellen würde die Abhängigkeit der BRD von Erdölimporten drastisch senken. In die gleiche Richtung würde der forcierte Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs wirken, gekoppelt mit und finanziert durch eine erhebliche — sozial verträglich gestaltete — Anhebung der Mineralölsteuer. 1983 wurden über 64 Mrd. DM für die Einfuhr von Erdöl, Erdölzerzeugnissen und verwandten Waren verausgabt, das sind 16,5 % der gesamten Einfuhr. Der systematische Aufbau einer Recyclingwirtschaft würde die Abhängigkeit von Rohstoffimporten — 1983 fast 7 % vom Gesamtimport — erheblich verringern.

Der Umbau der chemisch-industriellen zu einer ökologischen Landwirtschaft würde der Existenzvernichtung Hunderttausender von kleinbäuerli-

6 (Hg.) Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik, Memorandum '82, Köln 1982, S. 137.

chen Betrieben ein Ende setzen und aufgrund höherer Arbeitsintensität zusätzliche Arbeitskräfte erfordern. Er würde darüber hinaus die Umweltzerstörung in Land- und Viehwirtschaft und die milliardenteure Überschußproduktion beenden und die unheilvolle Import-/Exportspirale auf dem Agrarmarkt durchbrechen. Gegenüber dieser internationalen Arbeitsteilung ist ein Strukturwandel zu gemischtbetrieblicher ökologischer Landwirtschaft im Rahmen regionaler Versorgungskonzepte zu fördern. Dazu gehören die Reduzierung der Futtermittelimporte aus der Dritten Welt und den USA bis zur völligen Einstellung und parallel dazu die Exportbeschränkung für Pestizide auf die in der BRD/EG zugelassenen Pflanzenschutzmittel und die Rücknahme der Exporterstattungen für Überschußprodukte der EG.

Die ausgewählten Bereiche (Erdöl, Rohstoffe, Futtermittel) zeigen, daß ein ökologischer und sozialer Umbau der Bundesrepublik einen Teil der Importe durch einheimische Produktion ersetzt. Die damit einhergehende Entlastung der Handelsbilanz (Saldo der Warenexporte/-importe) unterhöhlt ein zentrales Argument der Exportförderer: Eine hohe Exportquote sei notwendig, um die unabdingbaren Importe bezahlen zu können. Demgegenüber gilt: Wenn es sinnvoll und möglich ist, die Importe zu senken, dann läßt der Druck auf die Finanzierungsquelle Export nach. Im Gegenteil, das Ziel einer ausgeglichenen Leistungsbilanz erfordert dann geradezu auch eine Exportsenkung. Aber wie ist dies möglich? Bevor ich dieser Frage nachgehe, bleibt anzumerken, daß die angestrebten Importsenkungen begleitet werden müssen durch Hilfs- und Ausgleichsprogramme für Dritte-Welt-Länder, die bei gegebener Wirtschaftsstruktur auf die entsprechenden Exporterlöse und dafür notwendige Importe dringend angewiesen sind. Zu den Ausgleichsprogrammen gehören die Stabilisierung der Rohstoffpreise, Verbesserung der terms of trade, sofortiges Schuldenmoratorium und eine langfristig angelegte Entschuldung.

Zur Senkung der Exporte müßten das Instrumentarium der staatlichen Direktförderung von Warenexporten und Direktinvestitionen im Ausland selektiv abgebaut und die entsprechenden Finanzmittel für binnenorientierte Investitionen verwandt werden. Die vom Volumen her bedeutendsten Instrumente der direkten Exportförderung sind die Exportfinanzierungshilfen und die Exportrisikogarantien (Hermes-Bürgschaften). Die Hermes-Bürgschaften haben sich in den letzten Jahren zu einem haushaltsfinanzierten Defizitgeschäft (1– 1,5 Mrd. DM Defizit/Jahr) und damit faktisch zu einem Instrument der Exportsubventionierung entwickelt.

Der Umfang der direkten staatlichen Hilfen ist allerdings, gemessen am gesamten Waren- und Kapitalexport, nicht sehr bedeutend. Die verbilligten Kredite machen im Jahresdurchschnitt knapp 5%, die Ausfuhrgarantien knapp 10 % des Exportwertes aus.⁷

Auch die oben skizzierte Senkung der Importabhängigkeit rührt noch nicht an den Kern des Problems der Weltmarktabhängigkeit, da die Bereiche Rohstoffe, Erdöl und Futtermittel weniger als ein Viertel der Gesamtimporte aus-

7 K. Borchardt, Die direkte staatliche Förderung von Waren- und Kapitalexport in der Bundesrepublik, Diplomarbeit, Bremen 1984, S. 208.

machen. *Das Kernproblem der Weltmarktabhängigkeit und ihrer Verringerung ist, wie der Tendenz zur Ausweitung des intra-industriellen Handels, insbesondere zwischen den westlichen Industriestaaten, begegnet werden kann.*

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß die staatliche Wirtschaftspolitik in den westlichen Industriestaaten (die Geld- und Währungspolitik, Wettbewerbspolitik, Forschungs- und Technologiepolitik) ganz auf die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit hin ausgerichtet wird. Die Konkurrenz der privaten Unternehmer wird zur Konkurrenz der Staaten um günstige Wachstums- und Exportchancen für die inländischen Unternehmen.

Die Umkehr der Entwicklungslogik von der Weltmarkt- zur Binnenmarkt-orientierung muß daher ganz zentral über die staatlichen Rahmenbedingungen, über eine Abkehr von der indirekten staatlichen Exportförderung erfolgen. Dies macht einen Bruch mit dem herrschenden Dogma der Handelsliberalisierung nötig. Denn dieses Dogma ordnet alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen dem Diktat des Weltmarktes unter. Binnenorientierung bedeutet, daß die Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik, Sozial- und Steuerpolitik, Wettbewerbs-, Forschungs- und Technologiepolitik sich ganz auf die Erreichung binnenwirtschaftlicher Ziele konzentrieren, unter Inkaufnahme von eventuellen Exporteinbußen. Eine konsequente ökologische und Friedenspolitik (z. B. Entgiftung der chemischen Industrie, Senkung der Rüstungsproduktion) wird zu einem Rückgang derzeitiger Exportanteile führen.

Umgekehrt würde eine freiwillige Selbstbeschränkung beim Export den Konkurrenzdruck auf die Handelspartner entschärfen und politische Spielräume für die außenwirtschaftliche Absicherung einer Binnenmarkt-orientierung schaffen. Die Exportbeschränkung auf ein Niveau, das sich mittelfristig um ein ausgeglichenes Leistungsbilanzsaldo bewegt, könnte gegenüber expansionsstarken Unternehmen mit Hilfe der Besteuerung von „leistungsbilanzüberschüssigen“ Exporten durchgeführt werden. Die Einnahmen dieser *Exportsteuer* könnten als binnenorientierte Investitionshilfe verwandt werden.

Ein letztes Wort zu den politischen Durchsetzungschancen der angestrebten Abkehr von der Exportorientierung. Sie sind deswegen nicht allzu rosig einzuschätzen, weil die Fixierung auf den Weltmarkt die heiligste Kuh der kapitalistischen Marktwirtschaft ist — noch unantastbarer als das Privateigentum an Produktionsmitteln — und eine Allianz von Kapital und Arbeit (und weithin auch die politische Linke) diese Kuh mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Lohnarbeit – Eigenarbeit – Dualkonzepte

Nikolaus Dimmel

Einen Begriff von Lebenszeit und Produktivität außerhalb der Kapitalverwertungslogik entwickeln

Setzt sich die Krise des Kapitalismus als Krise des Proletariats fort? *Peter*¹ beantwortet diese Gorz'sche Fragestellung damit, daß Arbeitslose generell zur Arbeiterklasse zu zählen seien, weil ein klassenmäßiger Zusammenhang zwischen ihnen bestünde, da der kapitalistische Produktionsprozeß ständig zwischen „Attraktion“ und „Repulsion“ zyklisch wechselt. Deshalb seien Arbeitslose immer Zuschußarbeiterbevölkerung und notwendige Erscheinungsform krisenhafter Störungen.

Dies greift meines Erachtens entscheidend zu kurz: Die Feststellung, daß die Akkumulation beständig (?) und relativ (?) überflüssige industrielle Reservearmeen produziere, erklärt nicht, welche Funktion der Produktivkraftfortschritt *gegen* den Einsatz lebendiger Arbeit ausübt. *Peter* sitzt einem statischen Krisenbegriff auf und verkennt die Dynamik der Akkumulation: Er verharrt in einem Horizont, welcher entweder die bürgerliche oder die sozialistische Ökonomie dichotomisch geschieden ausmachen läßt, nicht aber Optionen offenläßt, wie die immer gewaltigere Verdrängung der lebendigen Arbeit durch die tote im Produktionsprozeß sowohl polit-ökonomisch erklärt als auch strategisch eingesetzt werden kann in Richtung einer Demokratisierung der Gesellschaft.

Folgende Ausführungen versuchen cursorisch zu umreißen, wie die Überakkumulations-Unterkonsumtions-Krise die Krise der Arbeiterklasse induziert und vorantreibt und warum dies dorthin führen kann, wo die Produktivkräfte die Produktionsverhältnisse in die Luft sprengen können (*Tomberg*).

I.

Eine Diskussion um die Krise der Arbeiterklasse und -bewegung muß die Überlegung des historischen Sinnes der Arbeit hereinnehmen. Geeignet scheint mir hiefür ein Modell der Entwicklung der Aufhebung von reproduktiv-notwendigem Arbeiten, welches aufzeigt, daß Arbeitslosigkeit als Lohnarbeitslosigkeit ein spezifisch kapitalistisches Produkt ist.

Die Grundlinie der Produktivkraftentwicklung stellt die stete Übertragung der Arbeitsvermögen auf die Mechanik, die Maschine dar, welche damit nichts anderes als die Vergegenständlichung menschlicher Arbeitsfunktionen und -befähigungen ist. Es handelt sich um die Übertragung intellektueller

¹ Ich beziehe mich hier kritisch auf Lothar Peter, *Krise der Arbeiterklasse? Krise der Arbeiterbewegung?*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 21 ff.*

Funktionen des Menschen auf die tote Arbeit, um eine quantitative Aggregation der Fähigkeiten und Erfahrungen.

Diese naturgeschichtliche Eigendynamik technischer Innovationen erreicht einen qualitativen Springpunkt, wenn die tote Arbeit die für die menschliche Reproduktion notwendige Tätigkeit übernimmt. An der Zäsur zwischen einer stets zunehmenden Ersetzung menschlicher produktiver Verausgabung von Arbeitsvermögen durch Werkzeuge-Maschinen-Automaten-Roboter und der Durchsetzung der Verselbständigung der Produktion kommen die Arbeitskräfte wirklich *neben* den Produktionsprozeß zu stehen.

Nur durch die kapitalistisch-„eigentümliche“ Form der Verteilung des Produktivkraftfortschritts wird die *anthropo-logische* (!) Befreiung des Menschen von reproduktiver Verausgabung der Arbeitskraft zur brachialen Entwertung der Arbeitsvermögen und zieht die Entgesellschaftlichung der Individuen nach sich. Die Arbeitsvermögen stehen der gewaltigen Anhäufung toter Arbeit nunmehr *ausgegrenzt* gegenüber, sowohl ihrer Mehrarbeit enteignet als auch der Möglichkeit, die historisch verdichteten Arbeitsbefähigungen als reelles Eigentum zur Lohnarbeit zu nutzen.

Der systemimmanente Kampf der Arbeiterbewegung gegen die Privateigentumsordnung und für die sozialpolitische Absicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Ware Arbeitskraft muß von dem anthropologischen Sinn der Vergegenständlichung lebendiger in toter Arbeit ausgehen. Denn der Entwicklungsstrang der Innovationen mündet durch die Krise der organisierten Arbeiterbewegung hindurch in der Krise der Lohnarbeiterklasse.

Die Frage stellt sich sohin nicht nur nach dem Kampf um Arbeits-, Lebens- und Verwertungsbedingungen, sondern nach der Organisationsform der Befreiung von Arbeit noch unter kapitalistischen Aneignungsverhältnissen. Im Folgenden möchte ich thesenhaft auf ein Szenario der Aufhebung der Reproduktionsnotwendigkeit qua Arbeit eingehen:

- a) Die Akkumulation entwickelt eine Selbstaufhebungstendenz über den Arbeitsmarkt hinaus. Die organische Zusammensetzung des Kapitals steht in umgekehrt proportionalem Verhältnis zum Einsatz lebendiger Arbeit.
- b) Die Akkumulationslogik endet bei einer organischen Zusammensetzung gegen 100 %: Die Produktivkräfte stehen in irreparabilem Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen.
- c) Auf dem Weg zu diesem Explosionspunkt scheidet das Kapital relativ unproduktive Kapitalien und Produktivkräfte aus dem Produktionszusammenhang aus: hier befindet sich der Ort der Umverteilungskämpfe, des Kampfes um Arbeitsbedingungen usf.
- d) Die Mehrwertschöpfer befördern durch ihr bloßes Dasein in der Produktion die Akkumulationsapparatur ohne bewußten dysfunktionalen Willensakt in die Funktionsunfähigkeit.
- e) Wenn die kapitale Logik der Verortung gewinnträchtiger Produktionsoptionen keine Anlagemöglichkeiten mehr findet, verweigert sie den Einsatz von Produktivvermögen: Die Annahme, trotz Dequalifizierung und Entwertung von Arbeitsvermögen würden diese wie in einem Nullsummenspiel immer an anderer Produktionsstelle zum Vorschein kommen, ist falsch.

f) Aneignung von Mehrwert ist Aneignung von Lebensarbeitszeit: Kapitalismus ist im Kern *Zeitökonomie*. Die Vergesellschaftung der „Kapitalumschlagszeit“ verdrängt die menschlich adäquaten Zeitverhältnisse.

Die Antizipation einer anderen Zeitorganisation als derjenigen der materiellen Produktion unter Rationalitätskriterien stellt sich der Arbeiterbewegung als eine zentrale utopische Frage: Weil die in der toten Arbeit vergegenständlichte Zeit die lebendige Zeit auf eine gesellschaftlich irrelevante Größe reduziert, muß ein Lebenszeit/Produktivitätsbegriff außerhalb der Kapitalverwertungslogik entwickelt werden.

g) Die menschliche Arbeitskraft erscheint als etwas dem *kapitalistischen* Verwertungszusammenhang a priori Gesetztes, menschliche Arbeit als ahistorische-zeitlose Kategorie.

h) Die der Masse der Arbeitenden verlustig gegangenen Qualifikationen sind substantiell in die Maschinen/Automaten eingegangen, werden gesellschaftlich und nicht betrieblich wegrationalisiert, historisch-zwangsläufig in der sozialen Logik der Privateigentumsverkehrsform und nicht reaktiv-konjunkturrell entwertet.

II.

Diese Eckpunkte hat eine Gewerkschaftsstrategie in ihrer Ausrichtung auf eine humane und demokratische Gesellschaftsform einzubeziehen, will sie nicht von der Gewalt der Akkumulationslawine erdrückt werden:

Die Befreiung von notwendiger Reproduktionsarbeit endet in der Möglichkeit der Übertragung der physischen Reproduktion auf den Automaten und eröffnet die Möglichkeit für kulturelle, psychosoziale und politisch-gesellschaftliche Arbeit.

Ein Ende der *Lohnarbeiterklasse* ist daher programmiert. Die Frage stellt sich bloß in Richtung der sozialen Konsequenzen der Aufhebung der Arbeitsnotwendigkeit: Die reelle Enteignung der Arbeitsvermögen muß nicht destruktiv sein. Lohnarbeitslosigkeit stellt keine konjunkturelle Erscheinung, sondern Zweckbestimmung der Privateigentumsgesellschaft dar. Eine Politik der Sozialverträglichkeit neuer Technologien, der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe allein greift hier zu kurz: Der „Zielhorizont“ der Arbeiterbewegung darf sich nicht mit demjenigen der Produktionsmitteleigner decken.

Ein Insistieren auf das Recht auf Arbeit (Lohnarbeit!) muß in Konsequenz davon ausgehen, daß immer umzuverteilende Arbeit, abstrahiert vom konkurrenzbedingten Produktionsniveau, vorhanden ist. Dies halte ich für eine nur begrenzt effektive Überlegung: Weil es den Menschen anthropologisch vorherbestimmt ist, von reproduktiver Mühsal durch die eigenen Arbeitsvermögen befreit zu werden, dieser Sinnzusammenhang jedoch nur deformiert an die gesellschaftliche Oberfläche kapitalistischer Ökonomien treten kann, muß es neben anderen Bemühungen ein Ziel der abhängig Arbeitenden sein, der Reproduktions-Entfremdungs-Mühle auch unter kapitalistischen Verhältnissen zu entkommen. Selbstverständlich stellt dies unter den existierenden Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Arbeitsteilung nur *eine* Zieloption dar.

Dieser Entwurf einer Lohnarbeitsfreien Produktion und Gesellschaft noch in der Hülle der überkommenen könnte sich neben den Strategemen:

- a) Koppelung von Arbeitszeit und Produktivität, Produktionsausstoß und Reallohn
 - b) Aufhebung taylorisierter Arbeitsteiligkeit
 - c) sozialverträgliche Einführung neuer Technologien
 - d) Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitsvermögen
 - e) Verrechtlichung der Lohnarbeits- und Sozialleistungssphäre
 - f) Recht auf Arbeit und Recht auf Beschäftigung
- insbesondere auf zwei Momente konzentrieren:

1. Durchsetzung eines Mindesteinkommens in Form einer Sozialdividende, eines Mindestlohnes, gesellschaftlicher Teilhaberrechte u. a. m.: Gerade eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen wäre entgegen allen „inhumanen depravierenden Degenerationserscheinungen akkumulatorischer Anarchie“ eine Entschärfung des Disziplinierungszusammenhanges der Arbeitslosigkeit. Weil ein Soziallohn die sozialstrukturelle Homogenität stabilisiert, welche Voraussetzung demokratischer Politik ist, muß die Arbeiterbewegung ihr vitales Interesse an gesellschaftlicher Integration artikulieren. Eine Einbeziehung der Nicht-Lohn-Arbeit in das politische Spektrum der Gewerkschaften auf der Grundlage der Einsicht, daß Lohnarbeit ein zeitlich beschränkter Zustand ist, bietet Optionen der Humanisierung kapitalistischer Verhältnisse.

2. Aufbau nicht-wert-orientierter Sektoren, welche von Produktivitätskriterien ausgehen, die über die materielle Produktions-Reproduktionssphäre hinausreichen. Dies betrifft im Kern all jene Bereiche, die aus der kapitalistischen Logik nicht finanziert werden, die unter privatautonomem Prämissen gesellschaftlich nicht organisiert werden können u.a.m.

III.

Die kapitalistische Krise stellt einen Disziplinierungszusammenhang dar, welcher sich in einer Krise der organisierten Arbeiterbewegung niederschlägt. Deren reduzierte gesellschaftliche Wirksamkeit spiegelt sich im Verlust an Klassenbewußtsein, gewerkschaftlichem Selbstverständnis als Konfrontationsorganisation und in einem Rückgang der Effektivität der Gegenwehr wider die destruktiven sozialen Krisenlösungsfolgen marktwirtschaftlicher Umverteilung. Je schärfer die Krisenbewegung, desto kompromißloser agieren auch die Verwalter der Kapitalinteressen, desto deutlicher wird die Überakkumulations-Unterkonsumtions-Krise zu einer Krise der Arbeiterklasse in Form einer irreversiblen Freisetzung von Arbeitskräften, marginalisierten Sozialhilfeeempfängern und dem Ausbreiten der Schattenwirtschaft.

Wenn wir davon ausgehen, daß die Perspektive einer Systemtransformation aufgrund existierender Kräfteverhältnisse und gesellschaftlicher Konfrontationslinien nicht realistisch ist und die Krisenlösungsmechanismen freigesetzte Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß überhaupt verdrängen und dadurch die sozialstrukturelle Substanz der Arbeiterklasse verdünnen, stellt sich die Frage nach der Zielbestimmung der Arbeiterbewegung:

Nicht perspektivisches Verharren im entfremdeten Lohnarbeitsprozeß, sondern nur ein Übergreifen auf die Sphäre des Nicht-Reproduktionsnotwendigen-Materiellen, auf alle Lebensbereiche, die dem privateigentümlichen Sinnzusammenhang nicht subsumierbar sind, auf all jene Bewegungen, die bereits aus dem Produktionsprozeß ausgegliedert sind oder sich der Markt-Logik entziehen wollen, kann langfristig Systemveränderungsperspektiven konkretisieren.

Die Frage nach der Krise der Lohnarbeiterklasse ist eindeutig zu beantworten: Sie ist dem Kapitalverhältnis „genetisch“ eigen. Aufgabe der Arbeiterbewegung kann es sein, die Grundlagen der Arbeit, deren Erscheinungsformen und Bestandteile, für eine künftige, die wirklichen Bedürfnisse befriedigende, Gesellschaft zu präparieren.

Rudolf Hickel

„Zukunft der Arbeit“ – Thesen zur Auflösung eines Schlagworts

1. Zukunft der Arbeit – Zukunft des Produktionssystems

Unter dem neuentdeckten Formelkompromiß „Zukunft der Arbeit“ werden diffus-unterschiedliche Konzepte einer alternativen Gestaltung der Arbeitsgesellschaft in Abgrenzung gegenüber dem realen System, das durch die Krise und Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, mittlerweile gehandelt. Die Konzepte umfassen unterschiedlichste Zielsetzungen. Sie reichen von einer intensivierten keynesschen Wirtschaftspolitik, die innerhalb der existenten Strukturen von Staat und Wirtschaft Problemlösungen anstrebt, bis zu der Forderung nach dem Ausstieg aus der Erwerbsarbeit. Um die Herausforderungen an eine Neugestaltung von Wirtschaft und Staat jedoch richtig zu lokalisieren, ist es daher geboten, über die Zukunft des *Produktionssystems* und der damit verbundenen Organisierung der Arbeitsgesellschaft unter dem Ziel humaner Lebens-, Arbeits- und Umweltverhältnisse zu streiten. Wenn man so will, die Frage an dieses Zukunftskonzept lautet: Warum, wann, wie lange, für wen, für was und unter welchen Bedingungen wird gearbeitet?

Nimmt man diese Fragen als Prüfkriterien gegenüber dem aktuellen Produktions- und Verteilungssystem bzw. Beschäftigungssystem, dann fällt auf, daß das Thema „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ durch Unternehmerverbände und konservative Parteien überhaupt nicht konzeptionell diskutiert wird. Zentral ist hier die Frage nach den Wachstumschancen der kapitalistischen Wirtschaft, d. h. Ausbau der Gewinnmöglichkeiten. Menschliche Arbeit, in Form von Erwerbsarbeit und in zunehmendem Maße auch in Form von Massenarbeitslosigkeit „genutzt“, steht nicht im Zentrum. Sie ist Mittel zum Zweck gewinnrentabler Produktion; diese definiert das Ausmaß der Arbeit, die Arbeitsbedingungen, aber auch die Nichtarbeit, d. h. die Arbeitslosigkeit.

Ähnlich wie die Natur und Umwelt sowie die Art der Bedarfsbefriedigung steht die menschliche Arbeit als Mittel kapitalistischer Produktion unter der Regie gewinnwirtschaftlicher Anforderungen.

Wenn wir also über die Zukunft der Arbeit diskutieren, dann müssen wir über die Aussichten menschlicher Arbeit im heutigen Wirtschafts- und dem darauf abgebildeten Politiksystem sprechen. Die Antwort muß im Kontext dieser konzentrierten Thesenpräsentation kurz ausfallen, wenn auch damit nicht die Aufgabe, diese immer wieder zu begründen, bagatellisiert werden soll: Die kapitalistische, hochmonopolisierte Industriegesellschaft und der durch sie determinierte Umgang mit menschlicher Arbeit hat keine Zukunft, wenn man sich diesen Begriff für gesellschaftlichen Fortschritt reserviert und Zukunft nicht auf den Prozeß zeitlicher Vertiefung ökonomischer und damit auch politischer Krisen eingeschränkt wird.

2. Kapitalismus in der Dauerkrise

Mit Blick auf entscheidende Begriffe der Diskussion über Alternativen lassen sich Lage und Entwicklungsaussichten des gegenwärtigen Systems wie folgt beschreiben:

1. Der Streit um reformpolitisch bzw. ökologisch gewolltes Null- oder gar Minuswachstum, als Resultat einer berechtigten Kritik am kapitalistischen Wachstumstyp, ist durch die Realität kampflos überrollt: Das Wirtschaftssystem befindet sich auf die mittlere Frist in einer hartnäckigen Phase der Stagnation. Darüber kann die konjunkturelle Besserung in den beiden letzten Jahren nicht hinwegtäuschen. Global offenbart sich ein „Schrumpfkapitalismus“ als Ergebnis der gewinnwirtschaftlichen und politischen Steuerung mit allen negativen Konsequenzen für die Beschäftigungs- und Sozialabhängigen.

Strukturell läßt sich eine massive Verschiebung von der Zivil- zur Rüstungswirtschaft bei Austrocknung der für die Lebensverhältnisse wichtigen individuellen und sozialen Konsumtionsmöglichkeiten materieller und immaterieller Art feststellen. Die über Krisenprozesse durchgesetzte Entindustrialisierung schreitet voran; ökonomische Regionen werden zu Lasten der dort lebenden Menschen zerschlagen (vgl. Ruhrgebiet oder die Küste).

2. Die Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit bildet das Resultat des systemendogenen Prozesses schrumpfenden Kapitalismus': Es findet gewinnwirtschaftliche Rationierung menschlicher Arbeit statt. Arbeit ist nicht knapp, sie wird überflüssig gemacht. Das ökonomische System vermag immer weniger Erwerbsarbeit zur Verfügung zu stellen. Dieser Ausschluß aus dem Erwerbsleben bildet den auf die Spitze getriebenen Ausdruck abhängiger Beschäftigung, denn sie drückt sich auch im Zustand, überhaupt keine Arbeit – mit allen ökonomischen, sozialen und psychologischen Konsequenzen – zu haben, aus. Während aber die Arbeitslosigkeit voranschreitet, verändern sich die Bedingungen der (noch) in Erwerbstätigkeit Verweilenden.

Die Arbeitslosigkeit wird als Instrument der Disziplinierung in den Betrieben, den Tarifverhandlungen, aber auch der Politik genutzt. So erklärt sich sicherlich auch die hartnäckig anhaltende Arbeitslosigkeit, deren Bekämpfung

eben nicht von allen Parteien und Interessengruppen ernstgemeint ist. Ihr kommt die Funktion zu, die Definitionsmacht der Unternehmen bei der Festlegung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen im Sinne der Reintegration von Arbeitslosen einzig und allein – vor allem gegen gewerkschaftliche Interessen – auszuüben.

Die Lage der Beschäftigten und der Arbeitslosen bestimmt sich aus ein und demselben ökonomischen Steuerungsmechanismus; sie erleben in unterschiedlicher Intensität die Folgen ihres Abhängigkeitsstatus.

3. Die Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik steht immer deutlicher im Dienst des „Schrumpfkapitalismus“, und das heißt vor allem: Arbeitsplatzvernichtung bei massivem Sozialabbau. Expansion nach außen, d.h. Stärkung weltweit agierender Unternehmenskonzerne bei Austerität nach innen, bildet das Kernkonzept einer Politik, die vom Sparen und Opferbringen spricht, aber eben die Opfer der Krise, die Arbeitslosen, die Nochbeschäftigten, Rentner, Sozialabhängigen, Kranken usw. zur Finanzierung monopolistischer Gewinnsteigerung heranzieht.

Durch die Haushaltsoperationen '82-'84 fehlen in diesem Jahr ca. 70 Mrd. DM Einkommen bei den abhängig Beschäftigten, Rentnern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Müttern, Kranken etc. Der Kern der politischen Wende besteht jetzt im Abbau sozialer und kollektiver Schutzrechte der Abhängigen. Nach dem Sozialabbau in Mark und Pfennigen vollzieht sich neuerdings die „haushaltsneutrale“ Rechts-Wende. Durch monetären Sozialabbau hat sich die akute Not bei den Betroffenen erhöht: Die Bereitschaft zur Anpassung an unternehmerische Bedingungen ist zwangsläufig gestiegen. Das ist die Ausgangsbasis für eine Flexibilisierung, wie sie das sog. Beschäftigungsförderungsgesetz bewirken will. Durch Abbau der internen Personalreserven nimmt darüber der Rückgriff auf die externen Reserven – die Arbeitslosen – unter Verschlechterung ihrer Arbeits- und Tarifbedingungen zu. Die Stabilisierung der Massenarbeitslosigkeit bei Differenzierung der Belegschaften gegenüber dem Normalarbeitsverhältnis in Leih- und Zeitarbeiter, Beschäftigte auf Abruf und auf geteilten Arbeitsplätzen nimmt zu. Die Politik im Dienste der Wende nutzt die Massenarbeitslosigkeit und die Armut zum Ausbau der Unternehmermacht durch Entrechtung der Arbeit.

3. Prinzipien einer Alternativökonomie

Diese Kurzbeschreibung der katastrophalen Krisenwirkungen eines „Schrumpfkapitalismus“ gibt die Ansatzpunkte für eine Alternativökonomie ab. Dazu sollten drei Anfragen, die sicherlich nicht unumstritten sind, aber die offene Diskussion provozieren, gestellt werden.

1. Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltzerstörung – ergänzt durch die wachsende Gefahr militärischer Menschheitsbedrohung – können nicht auf separaten Wegen, die sich gar noch kreuzen, bekämpft werden. Obwohl vermutlich massiv trivial: Es wäre verhängnisvoll, würde nur die ökologische Krise ohne Rücksicht auf die Massenarbeitslosigkeit oder gar unter der Inkaufnahme ihres Anstiegs bekämpft bzw. die Arbeitslosigkeit ohne Bertück-

sichtigung der Ökologie. Das gilt für die Ziele Verhinderung des Sozialabbaus und Realisierung der Abrüstung in gleicher Weise. Partialstrategien auf der Basis unterschiedlicher Konzepte sind deshalb fatal, weil die Krisenfolgen letztlich aus ein und demselben obwaltenden Prinzip der unternehmerischen Gewinnlogik, auf das sich konservative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bezieht, resultieren. Positiv gewendet ist verlangt, die Bedingungen zu schaffen, die auf der Basis einer gebrauchswertorientierten Produktion humane Arbeitsplätze sichern, das Sozialsystem garantieren, die Konversion der Arbeit aus der Rüstungsproduktion in alternative Produktion ermöglichen und die Wiederherstellung und Sicherung vernünftiger Umweltaforderungen zulassen.

2. Eine Alternativstrategie hat in der Sache und politisch nur dann eine ernsthafte Chance, wenn sie zwischen *langfristigen Zielvorstellungen*, die unbedingt in Konturen ausdiskutiert werden müssen, und den *kurzfristigen Anforderungen* über einen Brückenschlag verfügt. Eine Alternativstrategie muß auch die Instrumente zur Bekämpfung der umfassenden Krisenwirkungen verfügbar haben, so daß Schneisen in Richtung des Alternativkonzepts geschlagen werden können. Was Intellektuelle sich am Schreibtisch erlauben können und auch seinen Sinn haben kann, nützt der politischen Bewegung kaum; sie kann sich auf Utopien, die nicht über den *konkreten Anschluß* verfügen, nicht einlassen. Dazu zwei zweifellos plakative Anfragen: Was nützt uns die so wichtige Diskussion über die Umwandlung der Rüstungs- in vernünftige Zivilproduktion, wenn nicht hic et nunc die Stationierung von Mittelstreckenraketen, die jegliche Alternative wegbomben können, rückgängig gemacht wird? Oder aber was nützt uns die Diskussion über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, wenn es uns mit dieser nicht zugleich gelingt, die Massenarbeitslosigkeit, die zu politischen Verhältnissen führen kann, die jegliche Arbeit am Fortschritt unterdrücken, hic et nunc abzubauen?

Damit geht es nicht um ein Entweder-Oder, sondern ein Sowohl-Als auch, wobei natürlich die kurzfristigen Maßnahmen innerhalb eines Gesamtkonzepts ausgewiesen sein müssen. Und das heißt, die Diskussion muß auf die Ausrichtung und Steuerung des Produktionssystems i.w.S. ausgerichtet werden.

3. Das Konzept einer Alternativökonomie, das lehrt uns die die Außen- und Innenwelt ergreifende Krise, muß *gesamtgesellschaftlich* angelegt werden. Damit spreche ich einen zentralen Punkt der Kontroverse um die richtige Alternative an. Meine Argumentation zielt auf die Gefahren ab, die sich für die Alternativdiskussion unter dem Stichwort „Zukunft der Arbeit“ ergeben, wenn es zu einer scharfen Dichotomisierung der heutigen Ökonomie kommt und sich die Alternativstrategie auf den sog. „informellen Sektor“ bei Vernachlässigung des „formellen Sektors“ konzentriert.

Das Konzept einer *Dualwirtschaft* steht im Zentrum verschiedener Vorschläge der grün-alternativen Diskussion. Im gängigen Sprachgebrauch ist der „formelle Sektor“ der Bereich, wo gegen Verkauf der Ware Arbeitskraft Lohn- und Gehaltseinkommen erzielt wird, die Regeln des Verkaufs durch Tarifverträge prinzipiell festgelegt sind. Der gesellschaftlich gewollte informelle Be-

reich – damit ist nicht die jetzt existierende Hausfrauenarbeit und Schwarzarbeit gemeint – ist frei von solchen erwerbsspezifischen Vertragsverhältnissen: Eigenarbeit, Freundes- und Nachbarschaftshilfe sowie Formen „neuer Selbständigkeit“ (*Vonderach*) in Projekten der Alternativproduktion und -Distribution dominieren. Hier steht der Wunsch nach Selbstbestimmung der Fremdbestimmung unter hierarchischen Verhältnissen gegenüber.

Zwei Linien, die begründen, warum sich die Zukunft der Arbeit vor allem in diesem informellen Sektor abspielen soll, will ich hier angeben und kritisieren. Zum einen geht die pessimistische Variante davon aus, daß der harte formelle Sektor machtpolitisch nicht angegangen werden kann und deshalb sich die soziale Phantasie auf den Restbereich, den „informellen Sektor“ zu konzentrieren habe. Zum anderen wird dieser Pessimismus nicht geteilt und deshalb behauptet, per Erosionsprozeß könne der Ausbau der selbstbestimmten Aktivitäten auf die Veränderung des streng hierarchisch-profitwirtschaftlichen Produktionssystems zurückwirken.

Diese äußerst spekulativen Ansätze einer *Residual-Alternativstrategie* halte ich für nicht tragfähig. Dies erklärt auch das dann berechtigte *Mißtrauen der Gewerkschaften* gegenüber der Alternativdiskussion. Zweifellos, die Aktivitäten außerhalb des Bereichs der Lohn- und Gehaltsarbeit sind – für die Gestaltung der Zeit außerhalb dieser Erwerbsarbeit – wichtig; sie gewinnen mit dem fortschreitenden Prozeß der Arbeitszeitverkürzung an Relevanz. Auch läßt sich hier schöpferische soziale Phantasie entwickeln. Solange diese Aktivitäten unter Vernachlässigung ihrer Beziehungen zum formellen Sektor bzw. bei dessen Tabuisierung zum Herzstück einer „Zukunft der Arbeit“ erklärt werden, sind erhebliche Zweifel anzumelden.

Diese Kritik bezieht sich auf folgende Punkte:

– Eine alternative Arbeitsgesellschaft muß gerade darauf ausgerichtet werden, die Entfremdung durch Demokratisierung im Bereich der traditionellen Erwerbswelt abzubauen, um dazu beizutragen, daß Industriearbeit existieren, aber diese selbst unter humanen Bedingungen vollzogen werden kann. Sie kann diese nicht sozusagen linksalternativ liegen lassen, vor allem, wenn man sieht, daß industrielle Arbeit auch in einem Alternativentwurf einen entscheidenden Platz haben muß. Hier kommen die Forderungen jener Alternativbewegung ins Spiel, die wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung kennen und die sich in den Gewerkschaften wiederfinden: Schaffung tariflicher und arbeitsplatzspezifisch vernünftiger Arbeitsverhältnisse, Ausbau der Mitbestimmung, Demokratisierung der Wirtschaft zur Zurückdrängung der Unternehmensmacht, Vergesellschaftung, gesamtwirtschaftliche Veränderung der Entscheidungsverhältnisse (Strukturräte etwa) sind die Instrumente für diesen Bereich.

– Weiterhin ist unübersehbar, daß sich der informelle Sektor in finanzieller Abhängigkeit vom Bereich traditioneller Wertschöpfung befindet. Noch ist die Entfaltung im informellen Sektor großteils von den im formellen Sektor definierten Einkommensverhältnissen abhängig. Der finanzstarke neue, alternativ-orientierte „Mittelstand“ (Rechtsanwälte, Lehrer, Hochschullehrer, Journalisten usw.) tritt als Nachfrager auf. Dem Industriearbeiter bleibt we-

gen der Arbeitszeit und den Lohnverhältnissen der Zugang noch versperrt. *Novy* hat in seinen reformarchäologischen Untersuchungen immer wieder die Frage betont, wie Alternativprojekte im Sinne des finanziellen Kreislaufs geschlossen werden können. Soweit aber die finanziellen Abhängigkeiten existieren, kann dieser Sektor immer nur insularen Charakter beanspruchen. Die Arbeit wird informell und formell segmentiert. In einem so dann politisch bagatellisierten formellen Bereich nimmt durch Kostensenkungspolitik über Rationalisierung für die Belegschaften der Grad der Entfremdung zu, um zugleich von hier aus die materiellen Bedingungen für die selbstbestimmte Arbeit im informellen Sektor zu verbessern.

Das zeigt, daß es einer Neuorganisation der Arbeit in allen Bereichen bedarf. Aber auch für Produktionsprojekte im informellen Bereich wird es, wenn sie eine bestimmte Größe haben, darauf ankommen, tarifvertragliche und andere Schutzrechte zu sichern. Es darf kein Sektor entstehen, der Schutzrechte nicht kennt und damit vor-soziale Bedingungen der Arbeit reetabliert. Schließlich lassen sich hier auch die gelegentlich schon von Marktradikalen beäugten Chancen einer *Kommerzialisierung* bzw. einer Überlebensfähigkeit des Marktes, wenn auch noch im Schatten der regulierten Wirtschaft, nennen.

– Kleine Netze müssen mit großen Netzen vermascht werden. Wir sehen doch, daß gerade die Aufknüpfung des sozialen Netzes dazu führt, daß kleine Netze („Eigenverantwortung“) gefordert werden und dies zu einer Aushöhlung gesamtwirtschaftlicher Finanzierungsverantwortung führt. Die Ziele des sozialen Wohlfahrtsstaates der Zukunft müssen staatlich garantiert werden; ihre organisatorische Einlösung läßt sich allerdings über unterschiedlichste, bürgernahe Modelle der Selbstbestimmung realisieren.

Die soziale Auffangfunktion der „Eigenwirtschaft“ gegenüber dem Markt-system hat kein Geringerer als *Walter Eucken* etwa in seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ (posthum 1952, geschrieben in den vierziger Jahren) festgehalten: „Neben ihr (der Marktform der vollständigen Konkurrenz; R.H.) soll und wird die Eigenwirtschaft (einfache zentralgeleitete Wirtschaft) eine weitverbreitete Ordnungsform sein. Angesichts der außerordentlichen Schwierigkeit, die moderne arbeitsteilige Wirtschaft zureichend zu ordnen, ist es wesentlich, daß die eigenwirtschaftlichen Elemente durch die Wirtschaftspolitik gepflegt werden. Dadurch werden die Menschen unabhängiger vom Markt und haben in Notzeiten eine gewisse Sicherung. Da aber die Eigenwirtschaft zur Lenkung des industriell-arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses ungeeignet ist, kann sie insgesamt nur eine ergänzende Ordnungsform sein“ (S. 155). „Es wurde schon gesagt, daß eigenwirtschaftliche Elemente eine Ergänzung der Wettbewerbswirtschaft bilden. Hier wie auch sonst sollte der Mensch in die Lage versetzt werden, sich notfalls aus eigener Kraft zu helfen“ (S. 183). Ergänzungsfunktion zur Marktwirtschaft und die Aufgabe der Entlastung des Sozialsystems, das im Ordoliberalismus Akzeptanz findet, stehen im Vordergrund.

4. Stichworte zu den Forderungen einer alternativen Ökonomie

1. Entwickelt werden muß eine Vorstellung über eine produktive Basis, die insoweit qualitativen Anforderungen entspricht, als ökologische, soziale und arbeitsplatzspezifische Kriterien berücksichtigt werden. Die Grenzen des Wachstums, die sich jetzt angesichts der Stagnationsphase zu zeigen scheinen, bilden keinen Anhaltspunkt für einen qualitativen Wachstums- und Entwicklungstyp, bei dem auch die Umverteilung der Produktion von der Rüstungszur Zivilwirtschaft im Vordergrund steht. *Was wie für wen wachsen soll*, das muß einem bedarfsorientierten Entscheidungsprozeß überantwortet werden. Das ist der Kerngedanke, der sich mit der Forderung nach einem qualitativen Entwicklungstyp verbindet. Voraussetzung dafür ist jedoch der Ausbau demokratisierter Entscheidungsstrukturen, innerhalb derer sich der Gebrauchswert der Produktion Geltung verschaffen kann. Durch Veränderung der Produktionsformen über Mitbestimmung und Demokratisierung müssen gebrauchswertorientierte Produktionsmuster gesichert werden. Diese prinzipielle Orientierung macht es möglich, gegenüber der Massenarbeitslosigkeit, der Umweltzerstörung und dem Sozialabbau kurzfristig eine alternative Wirtschaftspolitik umzusetzen. Die gewerkschaftliche Forderung nach gebrauchswertorientierten öffentlichen Investitionsprogrammen in gesellschaftlichen Mangelbereichen weist in die richtige Richtung.

Wer Energie einsparen will, der braucht enorme, politisch kontrollierte Produktionsanstrengungen in diesem Gebiet (Recycling, Fernwärme, regenerative Energie). Wer bessere Lebens- und Umweltverhältnisse will, der kann nicht zusehen, wie durch die Krise Produktionskapazitäten, die für diese Aktivitäten genutzt werden können, zerschlagen werden. Darauf zielt eine kurzfristige, ökologisch verträgliche Beschäftigungspolitik, die auf die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie zielt und auch richtige Investitionsfelder schafft. Über die öffentlichen Haushalte müssen die Finanzmittel auf diese Ziele bei entsprechender Umstrukturierung der Ausgaben umgeschichtet bzw. mobilisiert werden (Ergänzungsabgabe; Ausbau der Gewinnbesteuerung etc.).

2. Schon auch deshalb, weil eine Strategie qualitativen Wachstums allein Vollbeschäftigung nicht sichern kann, bedarf es einer aktiven Politik der Arbeitszeitverkürzung. Dies ist der gesellschaftliche Sinn des technischen Fortschritts: Teilhabe der abhängig Beschäftigten durch Umverteilung der Arbeit (Arbeitszeitverkürzung) und Umverteilung der Einkommen, die die Konzentration der Rationalisierungsgewinne bei den Unternehmen auflöst. Ökonomische Gründe sprechen für einen vollen Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung. Wenn die Arbeitszeitverkürzung – so etwa fordert es zu Recht ein großer Teil der Gewerkschaftsbewegung – den Spielraum für alternative Eigenarbeit in der Freizeit erweitern soll und diese eben gerade nicht entlohnt wird, dann muß man einen vollen Lohnausgleich fordern. Ansonsten bleibt die alternative Entfaltung gegenüber der Erwerbsarbeitszeit von den Einkommensverhältnissen abhängig, und der Industriearbeiter etwa kann nicht teilnehmen bzw. wird – wegen Reallohnsenkung und Sozialabbau – in die Schwarzarbeit abgedrängt.

3. Gerade die Arbeitszeitverkürzung macht es erforderlich, die Förderung von Aktivitäten außerhalb der Erwerbsarbeit voranzutreiben, denn nur so kann einer geisttötenden Kommerzialisierung der Freizeit entgegengewirkt werden. Bei gesamtgesellschaftlicher Garantierung von Wohlfahrtszielen lassen sich neue Organisationsformen zu deren Realisierung diskutieren.

Die Zukunft der Arbeit wird dann nur Zukunft haben, wenn sich eine Strategie der Alternativökonomie auf alle Bereiche der Produktion ausrichtet und damit humane Lebens-, Umwelt- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Unter dieser Zielsetzung ergänzen sich Gewerkschafts- und Umweltbewegung; sie stehen sich nicht unvermittelbar gegenüber, sondern verbinden sich.

Angelina Sörgel

Liegt die Zukunft der Arbeit in der Eigenarbeit?

Innerhalb der neuen sozialen Bewegungen werden Krise und Arbeitslosigkeit häufig auch als Chance für einen kulturellen Neubeginn betrachtet: Der „Industriearbeit“¹ wird der emanzipative Charakter der Arbeit als schöpferische Potenz des Menschen, die ihn als Gattungswesen bildet und auch jede individuelle Persönlichkeit formt, abgestritten.² *Ebermann/Trampert*, die sich vieler sozialer Fragen der Gegenwart engagiert und überzeugend annehmen, entwerfen zu diesem Zweck ein völlig romantisches Bild der Geschichte der Industriearbeit: Dem vermeintlich komplexen Wissen und Arbeitsalltag eines bäuerlichen Webers 1783 in England wird der Industrialisierungsprozeß als ein Prozeß der Isolierung und Verkümmern der Fähigkeiten des einzelnen Arbeiters im Gefolge der Arbeitsteilung gegenübergestellt.³ In der englischen Wollindustrie Ausgang des 18. Jahrhunderts waren, wenn man so will, Arbeit und Leben vereint, aber unter der absoluten Herrschaft des Verlegers: Die Arbeit fand zu Hause statt, dauerte den ganzen Tag und erfaßte die gesamte Familie.

Vergleichbar mit dieser Fehlinterpretation ist auch die Darstellung der Geschichte der Frauenarbeit durch *Anke Wolf-Graaf*, die über ihrer historischen Pionierarbeit – der Analyse der Vielfalt und gesellschaftlichen Anerkennung der bürgerlichen und aristokratischen Frauenarbeit im Mittelalter in Zünften und Klöstern – die Mehrheit der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse im Feudalismus aus den Augen verliert – nämlich die Landwirtschaft, in der die

1 Unter diesem Begriff wird überwiegend Arbeit im produzierenden Gewerbe verstanden, i. d. R. auch solche, die unter anderen, sozialistischen Eigentumsformen stattfindet.

2 Zur Kritik vgl. Goldberg, Jörg, Sörgel, Angelina, *Grün-alternative Wirtschaftskonzeptionen, Analyse und Kritik*, Frankfurt/Main 1982

3 Ebermann, Thomas, Trampert, Rainer, *Die Zukunft der Grünen*, Hamburg 1984, S. 125 ff.

Frauen des arbeitenden Volkes die schlechteste, härteste und am wenigsten anerkannte Arbeit verrichteten.⁴

Dem gegenübergestellt wird in der Mehrzahl „Eigenarbeit“ im „informellen Sektor“, Selbsthilfe in alternativen Projekten oder auch, von einer öko-sozialistischen Minderheit, industrielle Arbeitsformen, die, selbstbestimmt und schöpferisch verlaufend, die menschliche Persönlichkeit nicht verstümmeln, sondern entfalten, die Natur nicht zerstören, sondern schonen sollen. Das Spektrum der Vorschläge reicht dabei von der „balancierten Dualwirtschaft“ (4–5 Stunden im formellen Sektor der industriellen Arbeit, 5–6 Stunden Haus- und Konsumarbeit, 6–7 Stunden Freizeit in einem pluralistischen Nebeneinander der Sektoren)⁵ bis zur „grünen Gewerkschaftspolitik“, die „den Kampf um eine gesicherte Versorgung mit der qualitativen Veränderung der Produktion, der Arbeitswelt und der Produkte selbst verknüpft“.⁶

Die Idee der historischen Vorwegnahme von Arbeitsformen vor einer Veränderung der Produktionsverhältnisse ist der Arbeiterbewegung nicht fremd. Die Selbsthilfe- und Genossenschaftsbewegung hat als dritte Säule der Arbeiterbewegung z.T. überzeugende Formen alternativer Produktion bzw. Verteilung hervorgebracht – allerdings nur dort, und solange, wie ein klares Bewußtsein ihrer Lage vorherrschte.⁷ Ihr Beitrag bestand, neben dem unmittelbaren materiellen Zweck, vor allem in der Entwicklung der Kultur der Arbeiterbewegung: „Vorbildliche“ Arbeitsbedingungen gegenüber den privatkapitalistischen Betrieben reklamierten die Produktivgenossenschaften für sich; Sozialleistungen gratis für mittellose Mitglieder stellten die Konsumgenossenschaften aus ihren Überschüssen bereit; Feste, Sport und andere Beiträge zur Entwicklung der Arbeiterkultur im engeren Sinn wurden von den Genossenschaften getragen.⁸ Gesellschaftspolitische Impulse vergleichbarer Art sind vom alternativen Sektor nur zu erwarten, wenn es ihm gelänge, Beispiele zu setzen, tatsächlich „Hierarchien und Ausbeutungsverhältnisse aufzuheben“ und zu zeigen, „daß menschliche Bedürfnisse sich in einer Verbindung von Arbeit als Notwendigkeit und einem ausbeutungsfreien Leben frei entfalten können, statt den Erfordernissen der jeweils zum Zweck der Kapitalvermehrung rentabelsten Produktionsmaschinerie unterworfen zu sein.“⁹ Wie ist es

4 Wolf-Graaf, Anke, Die verborgene Geschichte der Frauenarbeit, Eine Bildchronik, Weinheim/Basel 1983. Zur Auseinandersetzung damit vgl. Marianne Friese, Frauenarbeit in der Feudalgesellschaft und im Übergang zum Kapitalismus, in: Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF (Hg.), Patriarchat und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1985.

5 Huber, Josef, Die zwei Gesichter der Arbeit, Frankfurt/Main 1984, S. 220f.

6 Ebermann/Trampert 1984, S. 192.

7 Ihre positive Rolle verkümmerte später in dem Maße, wie die Gemeinwirtschaft sich der Logik des Wettbewerbs zum kapitalistischen Sektor verschrieben hat und der Nachweis, daß Arbeiter ebenso gut wirtschaften können wie Kapitalisten, nur allzu gut gelungen ist. Zur neueren Diskussion: Volkmar, Günter, Die Zukunft gemeinwirtschaftlicher Unternehmen, in: Harms, Jens, Kiesel, Dron u. a. (Hrsg.), Alternativökonomie und Gemeinwirtschaft, Frankfurt/Main 1984, S. 120 f.

8 Vgl. Bimberg, Ulrich, Hinein in den Konsumverein. Ein phantastischer Aufstieg ganz aus eigener Kraft, in: Novy, Klaus, Hombach, Bodo u.a., Anders leben, Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur, Berlin (West)/Bonn 1985, S. 48ff.

9 Ebermann/Trampert 1984, S. 192.

um vergleichbare Anstöße und Möglichkeiten von Arbeit außerhalb abhängiger Beschäftigung heute bestellt?

Zum Umfang der „Eigenarbeit“

Eine quantitative Schätzung des Sektors der Eigenarbeit gestaltet sich außerordentlich schwierig. Dabei kursieren z. T. Zahlen, die sein Ausmaß völlig überzeichnen. Ein beliebtes Verfahren ist es z. B., schlicht die gesamte Schattenwirtschaft unter dem Stichwort der Dualwirtschaft zu vereinnahmen. Dabei werden aber sozial und gesellschaftspolitisch völlig unterschiedliche Erscheinungen unter ein gemeinsames ideologisches Dach gezwungen. Mindestens unterscheiden muß man statistisch zwischen Untergrundwirtschaft oder „Schwarzarbeit“ (d. h. erwerbswirtschaftliche Arbeit mit Steuerhinterziehung, nicht verbuchte Umsätze, privater Verbrauch von Unternehmen, der als geschäftlich verbucht wird u. ä. m. sowie Wirtschaftskriminalität) und Selbstversorgungswirtschaft, d. h. Hausfrauenarbeit, Selbst- und Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Tätigkeiten ohne Entgelt etc.¹⁰ Eigenarbeit in den verschiedenen Definitionen der Autoren aus dem grün-alternativen Spektrum ist ein Teilausschnitt aus beiden – bezeichnet man Schattenökonomie als „monetären Teil des informellen Sektors“,¹¹ stellt man allerdings die Realität auf den Kopf! Während der Anteil der Untergrundwirtschaft insgesamt je nach Schätzverfahren zwischen 5 und 10 % des BSP liegt, macht der der Selbstversorgung insgesamt, in Marktpreisen oder Arbeitseinkommen bewertet, zwischen einem Drittel und der Hälfte des offiziellen BSP aus.¹² Dabei nehmen offenbar beide seit den 70er Jahren zu; anders als in den dualtheoretischen Einschätzungen, die hier veränderte Wertvorstellungen am Werk sehen, deuten allerdings alle empirischen Ergebnisse darauf hin, daß die ökonomische und soziale Entwicklung in der Krise dafür ausschlaggebend ist: Bezahlte Freizeitarbeit leisten überwiegend Facharbeiter, angelernte Arbeiter und Landwirte, und zwar insbesondere die einkommensschwachen Gruppen; Selbstversorgung weist einen eindeutig antizyklischen Verlauf auf, der auf ihren Einsatz zur Erhaltung des Lebensstandards trotz Einkommenseinbußen hindeutet und auf neue Wertvorstellungen im Sinne einer Abkehr vom Konsumismus keinen Rückschluß erlaubt.

Begrifflich sauberer für eine Beurteilung der Größenordnung des Alternativsektors sind Schätzungen der Alternativ-Projekte. *Marlene Kück* hat eine solche vorgenommen, die von 14000 Projekten mit rd. 104000 Mitarbeitern ausgeht – davon 10000 Projekte in sozialen Diensten mit 80000 Beschäftigten und 4000 unmittelbar ökonomische Projekte mit 24000 Beschäftigten.¹³

10 Zu den statistischen Abgrenzungen vgl. Langfeldt, Enno, Die Schattenwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Kieler Studien Band 191, Tübingen 1984, S. 9ff.; Weck, Hannelore, Frey, Bruno S., Pommerehne, W.W., Schattenwirtschaft, München 1984, S. 7ff.

11 Müller, Joachim, Dualwirtschaft und Automation, in: Brun, Rolf (Hrsg.), Erwerb und Eigenarbeit, Frankfurt/Main 1985, S. 50.

12 Langfeldt 1984, S. 46f. Auch die folgenden Strukturangaben aus dieser Quelle.

13 Kück, Marlene, Entwicklung, Stand und Probleme der Alternativökonomie, in: Harms 1984, S. 35ff. Auf die Gefahr einer statistischen Überschätzung aufgrund der Selbstdarstellungen weist die Autorin selber hin. Im Umkreis der geschätzten Sympathisanten von ca. 300000 bis

Der Umfang der geschaffenen Arbeitsplätze liegt damit ungefähr auf der Höhe der durch ABM-Maßnahmen bereitgestellten (in 1984 71 000; mit Sicherheit treten hier aber Doppelzählungen auf). Beschäftigungspolitisch ist das nicht irrelevant; gemessen an dem Anspruch, die Zukunft der Arbeit zu begründen bei rd. 29 Millionen Erwerbspersonen dagegen eine quantité négligeable. Der Wert der Alternativ-Ökonomie liegt daher bislang eher im kulturellen als im ökonomischen Bereich.

Zum kulturellen Wert der Eigenarbeit

Über die neuen Formen und Inhalte einer menschlicheren Arbeit ist viel gedacht, gesagt und geschrieben worden. Wesentliche Kriterien waren vor allem: Selbstverwaltung und genossenschaftliches Eigentum; Aufhebung des Spezialistentums, der Trennung von Hand- und Kopfarbeit; Einheit von Arbeit und Leben; gleicher Lohn für alle nach dem – eingeschränkten – Bedürfnis; sinnvolle und gesellschaftlich nützliche Produkte.

Inzwischen hat sich die Diskussion verschoben; sie kreist darum, an welchen Kriterien sich denn ein Alternativbetrieb festmachen läßt, nachdem auf allzu viele der erwünschten Wertmaßstäbe unter dem Druck der Verhältnisse verzichtet werden mußte.¹⁴ Die unsichtbare Hand des Marktes greift in Form wachsender Konkurrenz in den Sparten, wo Profite locken (Naturkost, Wolle u. v. a., auch Bücher), ein und zwingt häufig zu unternehmerischem Geschäftsgebaren innerhalb des Kollektivs und gegenüber den Klienten und Kunden. Die staatliche Subventionierung als Korrektiv des Marktes bleibt, gemessen an Betrieben vergleichbarer Größenordnung, aber anderer gesellschaftspolitischer Inhalte, unterdurchschnittlich: Alternativbetriebe sind nicht „förderungswürdig“¹⁵ – vor allem, wenn keine Wahlen vor der Tür stehen. Die Selbstausschöpfung in den Kollektiven ist in aller Munde; 63 Pfennig Stundenlohn oder wöchentliche Arbeitszeiten von 50 bis 60 Stunden können selbst als extreme Varianten einer vom Idealismus getragenen Übergangsperiode nur schwer akzeptiert werden. Sie führen in dem Moment zum gesellschaftspolitischen Rückschritt, wenn der völlige Verzicht auf gewerkschaftliche Schutzrechte und Einkommensansprüche am vorläufigen Ende des Prozesses ein Kleinunternehmen zum Ergebnis hat, das sich auch nur am Markt orientiert. Nicht allein der quantitative Umfang des alternativen Sektors ist gering, auch sein kultureller Beitrag bleibt zweifelhaft, weil die Utopien sich allzu hart an

400 000 läßt sich auch der Bereich der „bewußten“ Eigenarbeit vermuten. Jens Harms kommt im selben Band zu sehr viel niedrigeren Zahlen: 6000 Projekte mit 30 000 Arbeitsplätzen (S. 87).

14 von Loesch, Achim, Die Unternehmen der Arbeiterselbsthilfe, referiert die Selbstdarstellung der ASH Krebsmühle von 1983: „Der Traum, jeder könne seine Arbeitsleistung selbst bestimmen, wurde in sein Gegenteil verkehrt . . .“ „der Traum von der Rotation mußte aufgegeben werden . . .“ „Die ASH mußte die Offenheit gegenüber neuen Mitgliedern aufgeben . . . Es mußten Mitarbeiter gegen Lohn eingestellt werden.“ In: Harms 1984, S. 74 ff.

15 Vgl. Kück, Marlene, in: Harms 1984, S. 54 ff., und dies., Zur Professionalisierung alternativer Projekte, in: Brun 1985, S. 180 ff.

der Realität reiben. Eine Sackgasse der Entwicklung also, die keine Perspektive für die Arbeiterbewegung bietet?

Zum perspektivischen Stellenwert der Eigenarbeit

Die Zukunft der Arbeit liegt sicher nicht in der Eigenarbeit. Aber der Kampf um Arbeit für alle wird sich langwierig gestalten und muß auf breite Grundlagen gestellt werden, die die Arbeitslosen miteinbeziehen und in denen auch neue Genossenschaften u. ä. m. ihren Platz haben könnten. Die Lösung des Problems liegt in der stärkeren Verbindung von neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung: Mit einem sozialen Umfeld, das die Nachfrage für alternative Produkte und Dienstleistungen und so das ökonomische Fundament sicherstellt, könnte auch ein Alternativsektor Anstöße zur Politisierung der Bewegung und zur Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts liefern.

Dazu müßten allerdings Entwicklungen in zwei Richtungen vorangetrieben werden:

1. Die rückschrittlichen und/oder reformistischen Tendenzen innerhalb der neuen sozialen Bewegungen müßten zurückgedrängt werden. Aus der Kritik am Wachstum hat sich inzwischen eine wirtschafts- und sozialpolitische Variante entwickelt, die aus der ökologisch begründeten Ablehnung des Wachstums heraus auch die Ansprüche an die Sozialpolitik heruntersetzt – exemplarisch dafür etwa *Huber*¹⁶ oder *Guggenberger*, der das Motto „Zeit statt Geld“ aufstellt.¹⁷ Auch das Argument der Finanzierbarkeit wird inzwischen viel häufiger ins Feld geführt¹⁸ – Anklänge an sozialdemokratische Positionen, die nicht wundern dürfen, wenn man sieht, daß auch die SPD bei der Analyse von „Arbeit und Umwelt“ die Eigenarbeit und die „solidarische Subsidiarität“ entdeckt hat: „In kleinen, besser überschaubaren Einheiten all das zu leisten, was dort geleistet werden kann, und es nicht ohne Not der größeren, weniger oder nicht mehr überschaubaren Einheit zuzuschlagen. Subsidiarität heißt, den Hilfsbedürftigen zur Selbsthilfe zu befähigen, ihm Mitwirkung zu ermöglichen, der Spontaneität und der – auch unorganisierten – Menschlichkeit Raum zu lassen“.¹⁹ Der Sektor der Eigenarbeit und Selbsthilfe und die Ablehnung des Konsumismus sind hier nicht mehr Promotor neuer gesellschaftlicher Werte, sondern Trostpflaster für die Verdrängung aus dem Arbeitsleben, die Senkung des Lebensstandards und den Sozialabbau – Selbsthilfe im wahrsten Sinne des Wortes, weil Hilfe von anderer Seite nicht mehr erwartet werden soll.

2. Zum ändern müßte sich die Gewerkschaftspolitik stärker öffnen gegenüber ökologischen Problemen, gegenüber der Entwicklungsrichtung des tech-

16 Huber 1984, S. 220 f.

17 Guggenberger, Bernd, *Leben um zu arbeiten?*, in: Bruns, S.19, Unterstreichung von mir.

18 Z. B. behaupten Joachim Müller und Barbara Wais, die Arbeitskosten im formellen Sektor seien aufgrund der hohen Lohnnebenkosten zu hoch – eine Position, die die Unternehmerverbände schon seit vielen Jahren vertreten (dies., *Ressourcenbesteuerung und Entlastung der Arbeit*, in: Bruns 1985, S.115).

19 Hans Jochen Vogel, zitiert bei: Novy 1985, S. 208.

nischen Fortschritts, gegenüber Frieden und Abrüstung, Hunger und antiimperialistischer Politik. Eine „grüne“ Gewerkschaftspolitik, wie sie *Ebermann/Trampert* in ihrem Buch skizzieren, ist eine richtige Forderung, wenn sie in einen klassenbewußten Zusammenhang gestellt wird. Entfremdung ist nicht völlig unabhängig von ihrer technologischen Basis.²⁰

Für eine technologische Veränderung in allen Branchen bedürfte es gesellschaftspolitischer Veränderungen. Der technische Fortschritt bringt in vielen Bereichen der modernen Produktion weitere Intensivierung und Desintellektualisierung der Arbeit mit sich, eröffnet aber auch, vor allem durch die Verbindung der automatischen Anlagen mit der elektronischen Datenverarbeitung, die Möglichkeit, der Arbeit vieler Menschen ihren schöpferischen Inhalt zurückzugeben und die nur ausführenden Tätigkeiten stark einzuschränken.²¹ Gerade von der stofflichen Seite her betrachtet, wäre es den Menschen möglich, sich aus der unmittelbaren Abhängigkeit im Produktionsprozeß zu befreien mit Hilfe der neuen Technologien und „nur“ steuernd, regulierend und programmatisch gestaltend einzugreifen. Ein sowjetischer Futurologe prognostiziert dem Menschen: „Er wird sich in eine allseitig entwickelte Persönlichkeit verwandeln, die nicht mehr an einen bestimmten Bereich der Produktion gefesselt ist, sondern einen uneingeschränkten Spielraum für begeistertes Schaffen erhält.“²² Solche Entwicklungsmöglichkeiten verliert man allerdings aus dem Blick, wenn man ihn nicht vorher auf die Eigentumsverhältnisse und deren Einfluß auf die Gestaltung der Arbeit gerichtet hatte: „Ist eine Gesellschaft darauf orientiert, um jeden Preis Profit zu erwirtschaften, so kann ein Computer den zu erwartenden Gewinn besser berechnen, und der Mensch bleibt da auf der Strecke. Setzt sich eine Gesellschaft jedoch zum Ziel, die Bedürfnisse der Menschen weitestgehend zu befriedigen und systematisch zu fördern, so bleibt der Computer ein Werkzeug in den Händen der Menschen.“²³

Eine „grüne“ Gewerkschaftspolitik wird auch eine sozialistische Gewerkschaftspolitik sein müssen. Gerade gegenwärtig geht es darum, innerhalb der Arbeiter- und der Gewerkschaftsbewegung einen Kampf um die Köpfe zu führen, in den auch Überlegungen und praktische Anstöße aus den neuen sozialen Bewegungen eingehen. Um so wichtiger wäre es, daß auch in den neuen sozialen Bewegungen über aller Diskussion der Gebrauchswerte nicht länger vergessen wird, daß die Hauptproduktivkraft in unserer Gesellschaft zum Tauschwert herabgewürdigt und als Ware auf dem Markt gehandelt wird. Nur ein gemeinsamer Widerstand, der die Empörung dagegen zur Basis hat, wird den Freiraum schaffen, gestaltend auf die stoffliche Seite der Produktions- und Reproduktionsprozesse einzuwirken und Licht in die Zukunft der Arbeit zu tragen.

20 Vgl. Bömer, Hermann, Die drohende Katastrophe, Frankfurt/Main 1984, S. 83 ff.

21 Vgl. Peter, Lothar, Destruktive Tendenzen des technischen Fortschritts im Kapitalismus, in: Globale Probleme – Politische, ökonomische und soziale Aspekte, Forschungsheft des IPW 1/1984, S. 94ff.

22 Bestushew-Lada, Igor, Die Welt im Jahre 2000, Freiburg 1984, S. 114.

23 Bestushew-Lada, S. 110.

Neue Technik und Arbeit

Ulrich Briefs

Modernisierung unter kapitalistischen Bedingungen: Großoffensive gegen die Arbeitsplätze

In den naturwissenschaftlich-technischen Aspekten z. T. faszinierende neue technische Entwicklungen führen dazu, daß die Arbeitswelt in den nächsten Jahrzehnten grundlegend verändert und umgewälzt wird. Zugleich besteht die Gefahr, daß die kapitalistische Welt sich gerade auch über die Politik der „Modernisierung“ in eine ihrer säkularen Krisen hineintreibt. Dabei findet eine Großoffensive gegen die Arbeitsplätze statt.

Die Informationstechnologien als ein immer umfangreicher werdender Teil des gegenwärtigen und zukünftigen Spektrums technischer Entwicklung geben auf breiter Front, in allen Bereichen menschlicher Arbeit, die Möglichkeit, Informationsverarbeitung von maschinellen Systemen übernehmen zu lassen. Informationsverarbeitung ist ein untrennbarer Bestandteil jeden Arbeitsprozesses. Bis zum Aufkommen der Informationstechnologien und ihres entscheidenden Kernbereichs, der Computertechnik, die heute wiederum vor allem auf Entwicklungen der Mikroelektronik beruht, war die Informationsverarbeitung im Arbeitsprozeß eine fast ausschließliche Aufgabe und geradezu ein Vorrecht menschlicher Arbeitskräfte.

Es ergeben sich zwei Grundlinien für diesen Umwälzungsprozeß in der Arbeitswelt:

1. Immer mehr informationstechnologische Systeme werden planmäßig und mit dem Ziel, grundlegende Veränderungen zu bewirken, in die Feinstruktur der menschlichen Arbeit hineingebracht: Wir stehen am Anfang einer *universellen* Entwicklung hin zur allgegenwärtigen informationstechnologischen Infrastruktur mit „verteilter Intelligenzverarbeitung“ für alle Arbeitsprozesse, in großen, kleinen, mittleren Betrieben, in der Industrie, in privaten und öffentlichen Dienstleistungsbetrieben, ja sogar in Bereichen außerhalb der eigentlichen Erwerbsarbeitsphäre. D. h.: An allen möglichen Punkten der Arbeitsprozesse werden Computer und computergestützte Systeme eingesetzt, sie übernehmen in steigendem Maße die Informationsverarbeitung und organisieren ebenso mehr und mehr das Zusammenspiel der verschiedenen Arbeitsprozesse und der zugehörigen Informationsverarbeitung. In der Fachsprache bezeichnet man diesen letzteren Prozeß als „Vernetzung“.

Ebenso wichtig wie die Vernetzung ist allerdings die „Vertiefung“, d. h. das immer tiefer greifende Hineinbringen von Informationstechnologien in die Arbeitsprozesse. Beide Prozesse charakterisieren gleichermaßen den weiteren

Prozeß der informationstechnologischen Entwicklung oder der „Informatisierung“ der Arbeitswelt.

2. Diese neuen Technologien — mit ihren umwälzenden Möglichkeiten — geben den Betrieben unter kapitalistischen Bedingungen ebenso universelle Möglichkeiten, die Strategien einer immer weniger möglichen expansiven Wirtschaftsweise durch die einer intensiveren Wirtschaftsweise zu ersetzen. Anders gesagt: Angesichts allgemeiner Überakkumulation, die sich in riesigen Überkapazitäten und vagabundierenden Kapitalien niederschlägt, und zugleich Massenarbeitslosigkeit und neue Armut auf der einen, einen schier unvorstellbaren Reichtum auf der anderen Seite in unserer Klassengesellschaft mit sich bringt, angesichts des sich insbesondere wegen der Überkapazitäten weiter verschärfenden nationalen und internationalen Wettbewerbs geben die Informationstechnologien den Betrieben auf längere Sicht sehr wirksame Möglichkeiten, Profite „drinnen“, d. h. aus den Betrieben, aus den Belegschaften, durch verschärfte Rationalisierung, Intensivierung, Kontrolle u. a. herauszupressen, Profite, die eben „draußen“ auf den Märkten offenbar nicht mehr in ausreichendem Maße zu machen sind.

Die neuen Technologien bieten dabei den herrschenden Kräften die Möglichkeit, auf breiter Front eine Großoffensive gegen die Arbeitsplätze und gegen die Arbeitenden voranzutreiben. Ziel dieser Offensive ist vor allem die Lösung der riesigen ökonomischen Schwierigkeiten, die bei der Bedienung der bestehenden und weiter wachsenden Kapitalmassen mit entsprechenden Profiten auftreten und die heute alle kapitalistischen Länder und in ihnen die weitaus meisten Branchen kennzeichnen.

Immer mehr Druck auf die Arbeitsplätze, weil die Betriebe ständig reicher werden

Diese ökonomischen Schwierigkeiten rühren insbesondere daher, daß trotz ökonomischer Krisen und trotz einer sich noch weiter ausdehnenden Massenarbeitslosigkeit und natürlich in Verbindung mit chronischer Leere in den Haushaltskassen des Staates — zumindest für soziale Zwecke —, der Auszehrung der sozialen Sicherungssysteme und dem Abbau der betrieblichen Sozialleistungen die Betriebe, Unternehmen, Konzerne laufend reicher werden: Eben dieser weiter zunehmende Reichtum schafft den ökonomischen Druck, auf den die Betriebe mit immer mehr Technikeinsatz, der zwangsläufig gegen die Arbeitsplätze und die Arbeitenden gerichtet werden muß, antworten.

Jede mit technischen und anderen Rationalisierungsmaßnahmen, mit Maßnahmen des Sozialabbaus, mit sonstigen Maßnahmen im Rahmen unternehmerischer Strategien erreichte Profitsteigerung führt dazu, daß die Kapitalmasse des entsprechenden Betriebes steigt. Diese steigende Kapitalmasse wiederum macht einen weiteren „Kapitaldienst“ erforderlich, d. h. sie macht die Bedienung des im Betrieb vorhandenen Kapitals mit zusätzlichen Zinsen, Abschreibungen, Wagnissen und anderen kalkulatorischen Größen in steigenden Beträgen erforderlich. Trotz der Klagen von Unternehmern und Unternehmerverbandsfunktionären: Nicht die Armut der Betriebe zwingt zur Rationa-

lisierung und zum offensiven Einsatz aller möglichen neuen Technologien, und gerade der Informationstechnologien auf Kosten der Beschäftigten, sondern die laufende weitere Bildung von Reichtum in den Betrieben zwingt zum immer schärferen Abbau von Arbeitsplätzen, zur Verschärfung der Arbeitsbedingungen, zur Abgruppierung, zum Lohn- und Sozialleistungsabbau, zu verschärfter Kontrolle und Überwachung — und gerade dazu eignen sich die neuen Technologien hervorragend unter den Bedingungen der herrschenden Kapital- und Profitlogik. Die Informationstechnologien erlauben die Abwälzung des ökonomischen Drucks auf die abhängig Beschäftigten, scheinen also eine Lösung für die ökonomischen Probleme des kapitalistischen Systems zu bieten.

Die Informationstechnologien schaffen unter den herrschenden Bedingungen nicht Lösungen, sondern weitere Verschärfungen

Die Informationstechnologien können jedoch die Lösung für die ökonomischen Schwierigkeiten des Systems nicht herbeischaffen. Ein immer größerer Teil der neuen Technologien — und insbesondere die Informationstechnologien — sind *Rationalisierungstechnologien*. D. h., es sind Technologien, die weniger neue Gebrauchs- und Verbrauchsmöglichkeiten schaffen, sondern die ganz überwiegend — von ihrem Gebrauchswertpotential her — dazu dienen, die gegebenen Produktions- und Arbeitsprozesse rationaler und effizienter zu gestalten. Sie verändern dabei Produktion und Arbeit, gewiß; aber mit diesen neuen Technologien ausgeführt, als Gebrauchswert zur Verfügung gestellt, werden im wesentlichen die alten Funktionen — nur halt schneller und präziser. Die gesellschaftliche Gebrauchswertmasse wird dagegen nur wenig ausgedehnt.

Die Entwicklung der Informationstechnologien, d. h. in der Sprache der bürgerlichen Ökonomie von Technologien, die immer weniger Produkt-, dafür immer mehr Prozeßinnovationen verkörpern,¹ muß quer stehen zu einem Wirtschaftssystem, das wegen weiter wachsender Kapitalmassen auf Wachstum, und zwar auf hohes und kontinuierliches Wachstum, angewiesen ist. Der ständige Wachstumsdruck in den westlichen Volkswirtschaften wiederum kommt vor allem durch das ständige Anwachsen der Kapitalmassen zustande.

Die Informationstechnologien sind wegen ihres Charakters als Rationalisierungstechnologien kontraproduktiv in bezug auf die Expansionsnotwendigkeiten innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Wenn man mit diesen neuen Technologien etwas vernünftiges machen kann und will, dann ist das „Rationalisierung“. Das heißt insbesondere: weniger Arbeitszeit, weniger Maschinenzeit, weniger Material und auch weniger Energie — auf einem hohen Energieverbrauchsniveau — zu verbrauchen. Dieser universelle Rationalisierungsprozeß beschränkt jedoch, zusätzlich zu den durch Überkapazitäten u. ä. bedingten Stagnationsprozessen, die Absatz-

¹ Wie unzulänglich die Diskussion über die neuen Technologien in der bürgerlichen Ökonomie z. B. ist, zeigt die Tatsache, daß Produkt- und Prozeßinnovationen sich nicht ausschließen. Bildschirmarbeitsgeräte z. B. verkörpern zugleich eine Prozeß- und Produktinnovation.

und Produktionsmöglichkeiten anderer Betriebe. Die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit geht erheblich zurück, mit Rohstoffen wird sparsamer umgegangen, Maschinen werden besser ausgelastet: Die Folgen dieser an und für sich gesellschaftlich nützlichen Prozesse unter kapitalistischen Bedingungen sind schrumpfende Märkte, ausfallende Aufträge und Bestellungen. Trotzdem nimmt der Reichtum der Betriebe weiter zu, denn die notwendigen Profite werden eben mit diesen Technologien immer stärker durch Intensivierung gemacht. Die Rationalisierungsprofite blähen z.T. die an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten vagabundierenden Kapitalmassen weiter auf.

Die Voraussetzung für die Rationalisierung mit Informationstechnologien ist allerdings der Aufbau einer immer komplexeren Maschinerie, der Aufbau der riesigen informationstechnologischen Infrastruktur, die wiederum einerseits gewaltige Kapitalmassen absorbiert, andererseits zusätzliche Profite erforderlich macht. Der Gesamtprozeß ist durch eine stark zunehmende Kapitalintensität bei dennoch sinkenden Gesamtkosten gekennzeichnet: starke Erhöhung der Fixkosten bei gleichzeitigem Rückgang der Gesamtkosten bedeutet steigenden Druck auf die Arbeitskosten.

Das System treibt sich mit der Politik der „Innovationsförderung“, der verschärften Entwicklung von Spitzen- und „Zukunfts“technologien mehr und mehr selbst in eine säkulare Krise hinein. Krise übrigens auch noch in einem anderen Sinne: Die High-Tech- und gerade die Mikroelektronik- und Computerproduktion löst nicht die Umweltprobleme — dem Anschein zuwider —, sondern verschärft sie tendenziell. Die computerisierte Produktionsweise ist auf der Herstellungsebene eine immer stärker chemisierte Produktionsweise, in der z.T. hochgiftige Chemikalien eingesetzt werden. Diese Chemikalien belasten die Produktionsarbeiter und, wie Berichte aus dem Silicon-Valley zeigen, in steigendem Maße die natürliche Umwelt.

Die computerisierte Produktion ist zudem auch energieintensiver als die heutige. Erst nach Sprüngen von zusätzlichen Energieverbräuchen bringt sie Möglichkeiten zur nachträglichen Einsparung von Energiemengen. Computerisierte Werkzeugmaschinen und -bearbeitungszentren z.B. können in der Regel nur in klimatisierten Werkshallen eingesetzt werden, die dann allerdings mit Hilfe von mikroprozessorgestützten Kontrollsystemen optimal klimatisiert und beheizt werden können — zunächst allerdings ist ein Sprung im Energieverbrauch nach oben erfolgt (die Klimatisierung), die dann erst im nachhinein optimiert wird.

Krise insbesondere aber auch in einem umfassenden politischen Sinne: Der DGB befürchtet, daß in den 90er Jahren die Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Entwicklung der Informationstechnologien in der BRD auf fünf Millionen Menschen und mehr steigen kann, was in Wirklichkeit 7 bis 8 Millionen Arbeitslose bedeutet. Das heißt, daß dann jeder Dritte ohne Arbeit sein wird: Mit einer solchen Arbeitslosigkeit wird die BRD nicht mehr die BRD von heute sein können.² Parallelen zu den 20er/30er Jahren drängen sich auf

² Damit sollen nicht die heutigen politischen Verhältnisse in der BRD verharmlost werden. Wir sind z.B. eindeutig Weltspitze — bei den „Berufsverboten“. Die BRD ist z.B. — nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft — das Land in Westeuropa, das die meisten

— übrigens gerade auch, was bestimmte grundlegende ökonomische Entwicklungen betrifft, wie z. B. die Zusammenbruchgefahren, die von den internationalen Geld- und Kapitalmärkten ausgehen.

Und die Alternativen?

Damit ist sichtbar geworden, daß die Probleme der neuen Technologien vor allem von der intimen Verbindung von säkularer kapitalistischer „Strukturkrise“ und den Eigenschaften immer größerer Teile des technischen Fortschritts, Rationalisierungsmöglichkeiten zu verkörpern, ausgehen. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen der „Strukturkrise“ des Systems und der ständigen weiteren Deformation der Technik und insbesondere ihrer gezielten Nutzung für die eingangs angesprochene Großoffensive des Kapitals gegen die Arbeitsplätze und gegen die Arbeitenden.

Dennoch muß gerade in bezug auf die Rationalisierungsmöglichkeiten, die mit den neuen Technologien, insbesondere den Informationstechnologien und ihrem entscheidenden Kern, der Computertechnik, entstanden sind, eine differenzierte Betrachtungsweise entwickelt werden. Gerade in den Rationalisierungstechnologien sind andererseits nämlich Möglichkeiten für wichtige alternative Nutzungen angelegt. Voraussetzung ist jedoch ein Ausstieg aus der Wachstums- und Profitlogik des herrschenden Wirtschaftssystems und die Entwicklung eines grundlegend anderen Umgangs mit der Technik als Bestandteil einer anderen, eben alternativen Logik des Wirtschaftens.

Die Informationstechnologien und die Computertechnik geben Möglichkeiten zur universellen Rationalisierung und insbesondere zum Abbau gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, damit zum Freimachen von Arbeitszeit von den Zwängen der Produktion und der zugehörigen Verwaltung. Der Preis, der allerdings dafür zu bezahlen ist, besteht darin, daß immer größere Bestandteile auch qualifizierter, bisher den Menschen vorbehaltenen Tätigkeiten auf die Maschinen übergehen, daß die Arbeit in den verbleibenden Arbeitsstunden ganz anders transparent und kontrollierbar gemacht wird als bisher, daß bestimmte intensitätsmäßige Belastungen z. B. durch Abstraktifizierung usw. zunehmen.

Die Informationstechnologien sind ambivalente Technologien; sie bringen — wie andere Technologien auch — Chancen und Risiken mit sich. Was angesichts dieser Ambivalenz der Informationstechnologien notwendig ist, ist ein grundlegend anderer politischer Prozeß insbesondere in den Betrieben als bisher: Mitbestimmung und Selbstbestimmung der bislang abhängig Beschäftigten als gesellschaftliches Prinzip der Produktion sind unerläßlich. Nicht die Technik schafft Mitbestimmung und Selbstbestimmung — sondern in der Auseinandersetzung um eine menschenwürdige Arbeit unter den Bedingungen einer mit Systemen der Informationstechnologien durchrationalisierten und durchtechnisierten Arbeitswelt läßt sich eine Perspektive für die Arbeit,

rechtlichen Einschränkungen des Streikrechts kennt. Daß andererseits eine beträchtliche Ausdehnung der Massenarbeitslosigkeit noch weitere Entwicklungen hin zu neoautoritären politischen Verhältnissen bringen kann, ist unmittelbar einsichtig.

eine Zukunft für die Arbeit durch Mitbestimmung und durch Arbeitszeitverkürzungen, durch Selbstbestimmung entwickeln.³

Die mit den Informationstechnologien freigemachte Zeit könnte z. B. genutzt werden, um in der Arbeitszeit

1. Leistungsdruck abzubauen (zu entintensivieren);
2. Qualifikationen an die Arbeitenden zu vermitteln;
3. Prozesse der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb zu ermöglichen und damit den Übergang zu einem Prozeß der Selbstbestimmung der Beschäftigten auch über das Was, das Wofür und das Wie der Produktion zu schaffen (und in diesem Zusammenhang auch über die Entwicklung und Nichtentwicklung, den Einsatz und den Nichteinsatz von technischen Systemen demokratisch zu bestimmen).

Insbesondere in diesem letzten Punkt ist die vorwärtsweisende Perspektive einer Strategie zur Sicherung von menschenwürdigen Bedingungen in einer selektiv bewußt computerisierten Arbeitswelt zu sehen. Notwendig ist es dafür jedoch, die Kapitallogik und die mit ihr zwangsläufig verknüpfte Wachstumslogik zu durchbrechen. Erst das schafft die Bedingungen für einen vernünftigen Umgang mit den Rationalisierungstechnologien. Insbesondere ist es unerlässlich, das chaotische kapitalistische Gerangel um Weltmarktanteile aufzuheben.

Die BRD befindet sich hier in einem grundlegenden Dilemma: Keine „Modernisierung“ der Produktion bedeutet Verlust von Arbeitsplätzen im internationalen Wettbewerb. „Modernisierung“ der Produktion bedeutet Verlust von Arbeitsplätzen durch die Auswirkungen insbesondere der Informationstechnologien und anderer neuer Technologien, die zur Modernisierung eingesetzt werden. Das Dilemma bedeutet also: Was getan wird, ist falsch.

Notwendig ist daher ein Ausstieg aus dieser kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz und der ihr zugrundeliegenden Profitlogik. Die gewerkschaftliche Grundsatzprogrammatik ist auf Ansätze dafür zu sichten und weiter zu entwickeln (z. B. die Politik der Vergesellschaftung; z. B. das Prinzip der gesellschaftlich-ökonomischen Rahmenplanung; z. B. das Prinzip der Demokratisierung der Wirtschaft).

André Leisewitz

Zur Zukunft von Technik und Arbeit

1. Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus? Technische Vorstellungen und soziale Gestaltungskonzeptionen, die in diese Richtung weisen, liegen auf dem

³ Vgl. hierzu Briefs, U., Informationstechnologien und Zukunft der Arbeit — Ein politisches Handbuch zur Mikroelektronik und Computertechnik, Köln 1984.

Tisch. Ihre Stichworte heißen „Informatisierung“, „automatische Fabrik“, „papierloses Büro“, „Flexibilisierung der Arbeit“. Die Gestaltung der Arbeit und der Arbeitsbeziehungen ist heute ein Feld sozialer Auseinandersetzungen und Kämpfe. Es gibt Alternativen. Wird in den neunziger Jahren die Anwendung der neuen, arbeitssparenden Technologien Arbeit für alle bei drastisch reduzierten Arbeitszeiten bringen oder hohe Arbeitslosenraten und zunehmende Belastungen „olympiareifer“ Belegschaften? Führt ihre Anwendung in Verbindung mit hochflexibilisierten Arbeitszeiten zur Auflösung traditioneller Belegschaftsstrukturen und zur Anonymisierung in der Arbeit — oder können sie für intensivere Kontakte in Belegschaftsgruppen und für die Schaffung ausgedehnter Zeitbudgets zur Weiterbildung genutzt werden? Werden sie zur Grundlage umfassender betrieblicher und außerbetrieblicher Kontrollmechanismen, oder kann es gelingen, Belegschaftskontrolle über Leistungsbedingungen durchzusetzen, statt Qualitätszirkel Mitbestimmung über betriebliche Planung, über Technikgestaltung und das Wie und Was der Produktion zu realisieren? Ausbau oder Abbau des Taylorismus, wachsende Monotonie, zunehmender Streß und Vereinzelung an hochtechnisierten Arbeitsplätzen oder inhaltsreiche, qualifizierte, eingriffsintensive und gestaltbare, im Kollektiv zu vollziehende Arbeitstätigkeiten?

Wohl nirgendwo haben sich unter dem Eindruck der Massenarbeitslosigkeit und der Rationalisierungswelle in der gewerkschaftlichen Programmatik so gravierende Veränderungen vollzogen wie auf dem Gebiet der Anwendung und Gestaltung neuer Technologien. Das läßt ebenso wie die hier in Gang gekommenen Bewegungen erwarten, daß in den vor uns liegenden Jahren vieles, was in der Vergangenheit als „normal“ akzeptiert wurde, umkämpft sein wird. Vor dem Hintergrund der stagnativen, krisenhaften Wirtschaftsentwicklung wird hierzu besonders der augenfällige Zusammenhang zwischen Rationalisierungstechnologien und wachsender Massenarbeitslosigkeit beitragen, wenn bisherige Formen der „Abfederung“ und „Abpufferung“ von Rationalisierungsfolgen in heute noch prosperierenden Branchen nicht mehr greifen.

Nicht ohne Grund ist eines der Dauerthemen der bürgerlichen Presse und der demoskopischen Institute die „Akzeptanz“ der neuen Technologien. Dieses Thema ist deswegen so brisant, weil sich in ihm verschiedene Interessenstränge kreuzen: das unbedingte Interesse des Kapitals an Modernisierung unter dem Signum der Weltmarktorientierung und der generelle Zwang zur Produktionsintensivierung; auf der anderen Seite das Interesse der Lohnabhängigen am Erhalt von Arbeitsplätzen, an verbesserten Arbeitsbedingungen, an Zurückdrängung von Arbeitsintensivierung und an Arbeitszeitverkürzung. Betrieblich orientierte Interessen und solche, deren Realisierung betriebsübergreifende, politische Auseinandersetzungen und Konfrontationen erfordern und erzwingen (Arbeitszeitverkürzung, Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit, Bewältigung von Struktur- und Regionalkrisen usw.), treffen sich hier. „Neue Technologien und Arbeit“ umschreibt daher ein Problem- und Widerspruchsknäuel, das viele Ansätze zur Politisierung und politisch-ideologischen Polarisierung in sich trägt und über die Ebene rein betrieblicher Auseinandersetzungen weit hinausweist.

2. Der konkrete Inhalt der Arbeit, die Funktionsteilung zwischen Mensch und Technik, die Arbeitsorganisation — all das ergibt sich keineswegs zwangsläufig aus technischen Sachverhalten. Hier besteht vielmehr im einzelnen in vieler Hinsicht Gestaltungsmöglichkeit. Mit einer technischen Entwicklung, die heute in ihren zukunftsweisenden Linien wegführt von den dominierenden Strukturprinzipien mechanisierter, festverketteter Technik hin zu flexibleren, auf der Anwendung von elektronischen Informationstechnologien beruhenden Produktions-, Anlagen- und Organisationskonzeptionen, wird die Bindung zwischen Technik und Arbeitsorganisation lockerer, variantenreicher, werden die Gestaltungsspielräume größer. Den herrschenden Vorstellungen, die vom Interessenstandpunkt der Kapitalverwertung immer schon eine bestimmte soziale und technische Gestaltung der zukünftigen Arbeit und Arbeitsteilung einschließen, können daher Alternativen entgegengestellt werden.

3. Der entscheidende Einwand liegt auf der Hand. Die Gestaltung von Arbeit und Arbeitsverhältnissen im Betrieb betrifft einen Kernbereich der Gesellschaft — im Kapitalismus den unmittelbaren Ort und die Form der Ausbeutungsbeziehung von Lohnarbeit und Kapital. In Inhalt, Charakter und Organisation der Arbeit müssen daher die gesellschaftlichen Grundbeziehungen, die Aneignungs-, Herrschafts- und Eigentumsbeziehungen auch besonders direkt ihren Ausdruck finden. Für die Zukunft einer Arbeit, die sich im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse und Betriebe vollzieht, sind damit eine Reihe von „Invarianten“ gesetzt, die unmittelbar aus ihrem Charakter als ausgebeutete und fremdbestimmte Lohnarbeit folgen: Ausschluß von der Bestimmung über die Ziele der Arbeit und die Aneignung und Verwendung des Mehrprodukts, Unterordnung unter die betriebliche Kontrolle und Herrschaft des Kapitals, Zwang zu intensiverer Ausbeutung der Arbeitskraft usw. Zu den damit gesetzten „Invarianten“ gehört auch, daß ebenso wie die lebendige Arbeit auch alle anderen Produktivkräfte ihrer Form nach als Kapital entwickelt werden; dies gilt auch für die Arbeitsorganisation, die nicht nur technischen, sondern ebenso sozialen Funktionen zu gehorchen hat.

Die aktuelle Diskussion um „neue Produktionskonzepte“ und Zukunft der Arbeit zeigt, wie wichtig es ist, vorab solche „Invarianten“ festzuhalten, um nicht die auf die Gestaltung der Arbeit einwirkenden Interessen und die Grenzen von Spielräumen aus den Augen zu verlieren. Denn eine Zukunft der Arbeit, die wirkliche Selbstbestimmung der vergesellschafteten Produzenten beinhaltet, die die Menschen nicht als Mittel zum Zweck der Produktion versteht, sondern die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und Subjektivität in den Mittelpunkt rückt — Bedürfnisse, die in vielen aktuellen Forderungen zur Gestaltung der Arbeit aufscheinen —, ist nur als befreite Arbeit denkbar. Sie setzt den Bruch mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen voraus. Gerät dies aus dem Blickwinkel, so muß die ganze Diskussion um Autonomie und Selbstbestimmung in der Arbeit sich notgedrungenerweise auf das enge Feld technischer Arbeitsgestaltung und ganzheitlicher Arbeitsvollzüge beschränken und die Frage nach Sinn, Ziel und sozialem Charakter der Arbeit ausblenden.

4. Es besteht generell Übereinstimmung darin, daß sich heute ein tiefgreifender Umbruch in der Arbeit anbahnt und daß dabei eine Schlüsselrolle den neuen Informationstechnologien zufällt. Damit ist jedoch noch nichts über die geschichtliche Besonderheit dieses Prozesses im Rahmen der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung gesagt. Konzeptionen wie die der „Informationsgesellschaft“ oder der „Dritten technischen Revolution“ (die weit bis in die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung verbreitet sind) heben allein auf die Tatsache des neuen Technik-Schubs ab; die Spezifik des Umbruchs und damit seine Perspektive können sie nicht erklären.

Der entscheidende Punkt, der sich heute zu verändern beginnt, betrifft die Funktionsteilung Mensch-Technik und die Stellung des Menschen im Arbeits- und Produktionsprozeß. Mit den neuen Informationstechnologien werden steuernde, informationsverarbeitende, technisch regulierende und lenkende Tätigkeiten in zunehmendem Maße auf technische Mittel übertragen. Es vollziehen sich damit erste Schritte dessen, was *Marx* schon aus der Analyse des kapitalistischen Arbeitsprozesses der industriellen Revolution und der Dynamik kapitalistischer Vergesellschaftung mit Blick auf die zukünftigen technologischen Grundlagen der sozialistisch/kommunistischen Produktionsweise als allmähliches Heraustreten des Menschen aus der unmittelbaren Produktion bezeichnet hatte, als sein Hineinwachsen in die Rolle des „Wächters und Regulators“ als Haupttätigkeit im Produktionsprozeß. Der Produzent der Gegenwart ist selbst noch technisch notwendiges Kettenglied des Produktionsprozesses, und er wird dies auf absehbare Zukunft auch bleiben. Er hat in der Organisation des Gesamtprozesses eine Vielzahl von Arbeitsfunktionen wahrzunehmen, die auf der Grundlage mechanischer Technologien nicht technisierbar sind — z. B. die Steuerung einer Arbeitsmaschine, die Ausübung einfachster Montagetätigkeiten, innerbetrieblichen Transport, die für die Koordination der Arbeitsprozesse notwendigen Rechenoperationen usw. Es handelt sich überall um die Verbindung von physischen (also im Prinzip mechanisierbaren) mit informationsverarbeitenden Funktionen (bei der Montage z. B. die „Verrechnung“ von Lagedaten zu montierender Einzelteile und deren richtige und paßgenaue Zuordnung und Handhabung). Auf der Grundlage moderner Rechen- und Informationstechnologien lassen sich Arbeitsmittel konstruieren, die zumindest einen Teil dieser Arbeitsfunktionen übernehmen können — elektronische Maschinensteuerungen, Montageroboter, mit einem Computer gekoppelte Betriebsdatenerfassungssysteme, Systeme der Materialflußkontrolle und -steuerung usw. Diese Arbeitsmittel können selbst wiederum entlang der Informationsflüsse verknüpft oder „vernetzt“ werden. Damit eröffnet sich die Perspektive, den Produktionsprozeß auf betrieblicher Ebene in allen seinen Abschnitten als einen geschlossenen technischen Prozeß zu gestalten (wie dies in vieler Hinsicht für chemische Produktionsprozesse gilt), der vom Menschen als ein einheitliches („automatisiertes“) Produktionsmittel gehandhabt und gesteuert wird, ohne daß der Mensch in ihm selbst noch technisch notwendiges Kettenglied wäre.

Damit hat sich an den technischen Rationalisierungsstrategien plötzlich etwas wesentliches zu ändern begonnen: Sie beschränken sich heute nicht mehr

auf diese oder jene Betriebsabteilung, sondern setzen auf der Grundlage der universellen Informationstechnologien an allen Arbeitstätigkeiten, in allen betrieblichen Abteilungen an. Überall entstehen „Inseln“ neuer Technologien, und wie in einem Nervennetz beginnen sich die Informationsstränge zwischen ihnen auszubreiten und zu verknüpfen. Die technische Infrastruktur solcher Informationsnetze liefern die neuen Kommunikationstechniken: „In-house-Netze“ oder „local area networks“ im Betrieb, überbetrieblich die Digitalisierung der klassischen Kommunikationsstränge des Fernmeldewesens und die ab Ende der achtziger Jahre zu erwartende Glasfaserverkabelung. Ton, Schrift, Bild, Daten können über sie ausgetauscht werden, und sie sind nicht einfache Verteilernetze, sondern dialogfähig.

5. Das etwa sind die Grundlagen der „automatischen Fabrik“. Was wird aus den Menschen? Weder wird ihnen die Arbeit ausgehen, noch kann ihre planende, steuernde, entwickelnde, forschende Tätigkeit durch irgendeine „künstliche Intelligenz“ (die stets nur Arbeitsmittel ist) ersetzt werden. Ihre Arbeit macht einen Formwandel durch, sie verändert sich inhaltlich. Der gesamte Prozeß der Produktionsvorbereitung, der wissenschaftlichen Forschung, Projektierung und Entwicklung; die Programmerstellung und -gestaltung; die Steuerung und Kontrolle von Produktions- und Verwaltungsprozessen; die Wartung und Reparatur zunehmend komplizierter Anlagen; die Planung und Zielbestimmung des betrieblichen wie gesellschaftlichen Produktionsprozesses — das dürften Haupttätigkeitsfelder zukünftiger Arbeit sein. Sie wird eine Menge körperlicher Arbeit einschließen, die vielleicht in stärkerem Maße experimentell-technischen Charakter bekommen wird. Ob es in ferner Zukunft technisch sinnvoll und ökonomisch vernünftig sein mag, den großen Bereich der Einzelfertigung (der nicht zuletzt für Reparaturzwecke wichtig ist) zu automatisieren, ist fraglich, selbst wenn dies möglich sein wird. Auch Menschen, die eine automatisierte Produktion beherrschen, brauchen Material- und Verfahrenkenntnisse, die sie in erster Linie im direkten Umgang mit den Verfahren und Materialien gewinnen.

Die Vorstellung, die Arbeit der Zukunft werde darin bestehen, für eine (wenn auch nur kurze) Zeit im Leben zur Produktion „abkommandiert“ zu werden, trifft sicher nicht die zukünftige Entwicklung. Denn das Wesentliche wird ja in der Veränderung der Arbeit, ihrer Verwissenschaftlichung bestehen, und das setzt ein hohes Maß an Lernen und Experimentieren voraus, die „volle Entwicklung des Individuums, das selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit“, wie es *Marx* in den „Grundrissen“ ausdrückt. Bei stark verkürzter Arbeitszeit also eher ein ständiges Hin und Her zwischen Lernen und Arbeiten, zwischen Entwicklung und Anwendung von Kenntnissen, denn zeitweilige „Abkommandierung“ zur „Arbeitsfront“.

Wie bei wissenschaftlicher Tätigkeit mag dabei die Grenze zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit gelegentlich verschwimmen, und Langeweile dürfte, so sollte man meinen (und hoffen), bei dieser Tätigkeit der Zukunft nicht aufkommen. Die Zukunft der Arbeit hat im übrigen *Marx* und *Engels* zeit ihres Lebens beschäftigt; es genügt, etwa an die 20. Frage der Engelsschen „Grundsät-

ze des Kommunismus“ zu erinnern oder an die langen Reflexionen, die *Marx* in den „Grundrissen“ darlegt. Das Grundprogramm ist überall zu finden: Verwissenschaftlichung der Arbeit – radikale Auflösung der alten Arbeitsteilung – Arbeit für alle.

6. Auch in der Zukunft werden also die unterschiedlichsten Produktionstechnologien nebeneinander bestehen, von der elementaren Handhabung von Werkzeugen bis zur Arbeit an den kompliziertesten programmgesteuerten Anlagen. Was sind die nächsten vor uns liegenden Schritte in dieser Richtung?

Die Überführung von Erkenntnissen der Grundlagenforschung zur breiten technischen Anwendung beansprucht auch heute, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, noch lange Zeiträume, die in (mehreren) Jahrzehnten zu messen sind, wo es sich um wirkliche „Basistechnologien“ handelt. Die wichtigsten technischen Trends, die in den nächsten anderthalb Jahrzehnten in breitem Maße praktische Bedeutung erlangen werden, müßten sich heute also zumindest in der Phase wissenschaftlicher Erforschung bzw. technischer Erprobung befinden. Neben den Biotechnologien, die die Ablösung einer ganzen Reihe von „harten“ chemischen Produktionsverfahren (unter hohen Temperaturen und Drücken) ermöglichen können, ist das Hauptentwicklungsfeld heute die Elektronik und ihre technische Anwendung. Für die nächsten Jahre ist in der Hauptsache die rasche Ausbreitung ihrer einzelnen Elemente zuerst noch im Rahmen eher traditioneller Fabrik- und Betriebsstrukturen zu erwarten. Dazu einige Beispiele.

Für die nächsten fünf Jahre wird bei uns mit der Verdoppelung der Zahl von Datenendgeräten (auf 900000) und Bürocomputern (auf 800000) gerechnet. Die Zahl der Industrieroboter dürfte sich etwa verfünffachen (auf 30000). Systeme des computergestützten Konstruierens stehen augenblicklich vor einer ersten sehr raschen Expansionsphase. Dazu trägt (wie in anderen Bereichen, etwa der Forschung über „künstliche Intelligenz“, auch) die staatsmonopolistische Forschungs- und Entwicklungspolitik maßgeblich bei. Das BMFT fördert zwischen 1985 und 1987 die Einführung von entsprechenden CAD/CAM-Systemen in der fertigungstechnischen Industrie (ohne Autoindustrie, Anlagen- und Apparatebau, Bauwesen, Ingenieurbüros usw.) mit rd. 450 Mio. DM. Zwei Drittel der in Frage kommenden 3000 Unternehmen hatten bereits 1985 entsprechende Anträge gestellt. Das Gesamtinvestitionsvolumen dieser einen Modernisierungsmaßnahme wird auf über eine Mrd. DM geschätzt. Die Voraussetzung für diesen Schub ist natürlich die rasche Verbilligung und technische Vereinfachung der Systeme in den letzten Jahren.

Insbesondere in Konzernbetrieben hat die inselförmige Einführung von Einzelelementen der neuen Technik inzwischen ein Niveau erreicht, das erste Schritte zu ihrer systematischen Vernetzung nahelegt. Indiz ist hier der Aufbau innerbetrieblicher Kommunikationsinfrastrukturen. Diebold schätzt, daß etwa ein Drittel der 3000 Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus und der Elektrotechnik mit mehr als 25 Mio. DM Jahresumsatz bis 1990 innerbetriebliche Netzwerke und Datenbanken aufbauen wird. Auf jeden Fall steht die breitere Vernetzung an, und man kann damit rechnen, daß in den frühen

neunziger Jahren die ersten Prototypen automatischer Fabrikabteilungen zu bestaunen sein werden — freilich: Prototypen.

Insgesamt gesehen wird auch in der nächsten Zukunft der Breite nach die Einführung von Elementen der neuen Technik im Büro- und Verwaltungssektor dominieren, wo es insbesondere um die Verarbeitung von Massendaten, Massenprozessen, Texten u. ä. geht. Die Automatisierung diskontinuierlicher Produktionsprozesse wirft nach wie vor viele Probleme auf, und solche Abteilungen wie die der Montage werden auch noch auf lange Sicht Bastionen der Handarbeit bleiben (in der als „letzter Schrei“ der Automatisierungstechnik viel gerühmten Halle 54 von VW Wolfsburg sind in einer Schicht von 2000 Beschäftigten 36 Anlagenführer, aber allein 400 Einlege-Arbeiter tätig — das zeigt die gegenwärtigen Dimensionen der Veränderungsprozesse im Montagebereich).

7. Die heute bekannten Probleme und sozialen Belastungen kapitalistischer Technikanwendung werden noch zunehmen. Das gilt für die Beschäftigten wie die Arbeiterklasse insgesamt. Zugleich entstehen neue Widersprüche zwischen Technikentwicklung, Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation.

Der zuerst ins Auge springende Widerspruch ist der zwischen der produktivkraftsteigernden Funktion der neuen Technik und der mit ihrer Anwendung verbundenen Brachlegung, Deformation und Zerstörung von Produktivkraft, insbesondere des Potentials lebendiger Arbeit. Verschiedene und jeweils für sich genommen lückenhafte und begrenzte Abschätzungen gehen doch im wesentlichen übereinstimmend davon aus, daß bis 1990 zwischen drei und dreieinhalb Mio. Arbeitsplätze durch den Einsatz neuer Technik bedroht sind. Selbst bei bedeutend vorsichtigeren Schätzungen liegt die Größenordnung bei 10 bis 15 Prozent der heute abhängig Beschäftigten. Das zeigt die unbedingte Notwendigkeit eines hartnäckigen Kampfes um Arbeitszeitverkürzung.

Alle gewerkschaftlichen Studien und Erfahrungen heben neben den Arbeitsplatzrisiken als Hauptprobleme für die Beschäftigten drohende Einnengung von Arbeitsinhalten, Tendenzen zur Entqualifizierung bei Übertragung von Tätigkeiten und personengebundenen Kenntnissen auf technische Mitteln, zunehmende Transparenz und Kontrolle der Arbeit, Leistungsverdichtung, Druck in Richtung auf technische Anbindung der Arbeitskraft und Durchsetzung ihrer Austauschbarkeit hervor. Wo das Qualifikationsniveau von Belegschaften steigt, dort in starkem Maße gerade durch ent- und dequalifizierende Verdrängung von lebendiger Arbeit aus dem Produktionsprozeß. Dieser Druck gilt auch für die unmittelbar mit der Einführung der neuen Technik verbundenen Gruppen des Gesamtarbeiters, etwa Datenverarbeitungsspezialisten.

Das hängt zusammen mit den hohen Kosten der Software-Entwicklung. Bei der Installation einer Großanlage (Beispiel: Prozeßleitwerk für einen 700-MW Kohlekraftwerksblock) entfallen rd. 60 Prozent der Kosten auf Hardware (Geräte, Schaltschränke, Verkabelung). 40 Prozent entfallen auf die Software-Entwicklung und -Anpassung. Bei kleineren Anlagen, z. B. der Steuerung einer NC-Fräsmaschine, ist das Verhältnis umgekehrt. Mit der ra-

santen Verbilligung der Hardware wächst zugleich der Druck, durch Standardisierung von Programmen, ihre Strukturierung in mehrfach verwendbare Module etc. den Software-Aufwand zu reduzieren — also auch die Arbeit der Spezialisten zu rationalisieren.

Neue Widersprüche, die zur Veränderung der Arbeitsteilung und -organisation drängen, zeigen sich im Bereich schon weitgehend automatisierter Arbeit. Bei Beibehaltung der traditionellen Arbeitsteilung bedeutet wachsende Prozeßsicherheit zugleich deutliche Reduzierung der aktiven Eingriffszeiten des Bedienungspersonals. Im Bewußtsein der Verantwortung für hohe Anlagenwerte, große Kosten im Störfall usf. bringt dies wachsende Belastungen und Streß mit sich. Zugleich sinkt die Eingriffssicherheit. Das ist einer der Gründe für Tendenzen zu Aufgabenintegration und ganzheitlicherem Zuschnitt von Arbeitsvollzügen bei der Steuerung von Anlagen — Tendenzen, die zugleich Vehikel eines umfassenderen Zugriffs auf das Leistungspotential der Beschäftigten darstellen. Auf die volle Erfassung und „Abpressung“ dieses Leistungspotentials zielen auch die neuen Motivationstechniken, die oft mit der Einführung neuer Technologien gekoppelt werden, etwa die Qualitätszirkel.

8. Die moderne Technologieentwicklung ist janusgesichtig. Sie ist geschichtlich progressiv, insofern sie zur Steigerung der Produktivkraft der lebendigen Arbeit beiträgt und damit die Voraussetzung schafft für mehr freie Zeit für die Entfaltung der Menschen, ihrer Kenntnisse und Bedürfnisse. Indem sie zugleich die technische Möglichkeit für mehr Transparenz schafft, gibt sie auch technische Mittel, die für die rationale Planung einer Gesellschaft nützlich und notwendig sind. All diese Möglichkeiten werden heute weitgehend in ihr Gegenteil verkehrt. Aber sie sind geschichtlich anzueignen.

In den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung ist die Tendenz zum Eingriff in die Produktivkraftentwicklung in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Programmatisch findet dies gegenwärtig seinen Niederschlag in der Formel von der „sozialen Beherrschung der Produktivkraftentwicklung und sozialer Technikgestaltung“. Eingriff in die Produktivkraftentwicklung bedeutet immer auch potentiellen Eingriff in die Logik kapitalistischer Unternehmensentscheidungen — immer dann, wenn es ihr um die Durchsetzung von Arbeiterklasseninteressen an Entfaltung in der Arbeit, an Arbeitszeitverkürzung, an Ausweitung von Gestaltungsspielräumen geht. Eine solche Orientierung bekommt damit zwangsläufig antikapitalistische Züge.

Die unverzichtbare Aufgabe und Rolle linker, klassenautonomer Kräfte der Arbeiterbewegung, aber auch der sich auf sie orientierenden Intelligenz wird darin bestehen, diese Auseinandersetzungen bewußt mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Alternativen zu verbinden und illusionlos die engen Schranken nur-technischer und nur-betrieblicher Alternativ- und Gestaltungskonzeptionen aufzuzeigen. Die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Alternativen wird sich in der Technik-Frage in Zukunft mehr denn je zeigen — und damit wird sie auch zu einem der Kristallisationspunkte im Kampf um eine gesellschaftliche Wende.

Massenmedien und Massenkommunikation

Klaus Betz

Die „neuen Medien“ – Emanzipations- oder Herrschaftsmittel? oder: Gegen eine linke „Mach-mit-Bewegung“!

„Hören wir auf, uns zu entschuldigen, wenn wir unsoziale Folgen der Technik anprangern! Das fortwährende Bekenntnis zum ‚technischen Fortschritt‘ schafft den ideologischen Rahmen, in dem seit langem blindlings kapitalistisch genutzte Technik und sozialer Fortschritt gleichgesetzt werden.“¹ *Detlef Henschel*s Appell markiert eine deutliche Wende in der gewerkschaftlichen Technologiepolitik. Ganze Einzelgewerkschaften wie die IG Druck und Papier, die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, teilweise auch die Deutsche Postgewerkschaft, die ÖTV und zunehmend auch der DGB-Bundesvorstand wenden sich heute gegen die tradierte Form gewerkschaftlicher Technikbejahung im Kapitalismus und nehmen eine kritische Position zum „technischen Fortschritt“ ein.

Dieser Sinneswandel ist in der Hauptsache Resultat eigener Erfahrung. Sowohl „vor Ort“, in den Betrieben und Verwaltungen, sind Gewerkschafter in zunehmendem Maße mit der Einführung neuer Techniken konfrontiert und müssen sich dazu verhalten, als auch spielt der Einsatz der – in der Regel elektronischen und computergestützten – Technik eine immer größere Rolle in gesamtgesellschaftlichen Konfliktfeldern zwischen Arbeit und Kapital.

Ergonomische wie arbeitsorganisatorische Konzepte als Handlungsanleitungen für Betriebs- und Personalräte reichen angesichts der Vielfalt einzelner Techniken und der Massivität ihrer Einführungsstrategien kaum mehr aus. Bremsen, Verzögern oder Verweigern drängen sich als – auf Dauer sicherlich untaugliche – spontane Reaktionen auf. Gewerkschaftliche Technologieberatungsstellen, vorwiegend auf der mittleren Ebene nach Branchen und Regionen installiert, versuchen, diese Defizite wettzumachen und dabei nicht als „Feuerwehren“ zur nachträglichen Bekämpfung eines bereits entstandenen Flurschadens zu fungieren. Auf der tarifpolitischen Ebene begegnen die Gewerkschaften einer geballten Flexibilisierungsstrategie des Kapitals, flankiert von einer entsprechenden Wirtschafts- und Sozialpolitik der „Wende-Regie-

1 Henschel, Detlef, Es wird Zeit, auch einmal nein zu sagen, in: Hochschule der Künste, Berlin/Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Berlin (Hrsg.), Technik – Kultur – Gesellschaft, Westberlin 1985, S. 37.

rung“. Wie hierbei die „Flexibilität der Technik“ auch als soziales Kampfmittel gegen die Gewerkschaften genutzt wird, mußte beispielsweise die IG Dru-Pa im Arbeitskampf um die 35-Std.-Woche 1984 schmerzlich erleben: Durch Auslagerungen und hausinterne Tätigkeitsverlagerungen – z. B. auf leitende Angestellte – konnten die Unternehmer den Streikzielen der Gewerkschaft teilweise ausweichen und z. B. die Herausgabe von Tageszeitungen trotz Arbeitskampf ermöglichen. Diese Erfahrungen alarmierte nicht nur die IG Dru-Pa. Auch in anderen Bereichen, in welchen neue Technologie massenhaft zur Anwendung gelangt, könnten sich die Kampfpositionen zum Nachteil der Gewerkschaften verändern – die HBV kann davon in Kürze ebenso betroffen sein wie die DPG, die ÖTV und andere.

Schließlich fürchten die DGB-Gewerkschaften mit Recht um ihre soziale Basis. Die Massenarbeitslosigkeit wirkt sich schon heute auf die Mitgliederzahlen negativ aus. Ein weiterer Rationalisierungsschub in den personalintensiven Dienstleistungsbereichen und im öffentlichen Dienst droht zu einem ernststen Problem zu werden. Das nunmehr eingeleitete Umdenken innerhalb der Gewerkschaften in bezug auf die neuen Techniken hat also durchaus reale Hintergründe.

Technologiekritik versus Produktivkraftentfaltung?

Die innergewerkschaftliche Entwicklung eines technologiekritischen Ansatzes korrespondiert mit einer Umorientierung eines (immer noch kleinen) Teils von Wissenschaftlern weg von den Fleischöpfen des Kapitals und hin zu einer verantwortlichen – weil an den Interessen der Menschen ausgerichteten – Forschung. Dieser Annäherungsprozeß beruht zum einen auf der Erkenntnis der eigenen Verantwortung für die Resultate ihrer Arbeit – nicht umsonst sind es Atomphysiker, Biochemiker oder Computerexperten, die sowohl der Technologiedebatte wie auch der Friedensbewegung entscheidende Impulse geben –, zum anderen bringt auch die zunehmende Polarisierung innerhalb der „wissenschaftlichen Intelligenz“ – bedingt durch Akademikerarbeitslosigkeit einerseits und Elitebildung andererseits – die gemeinsame Interessenslage von Intelligenz und Arbeiterklasse deutlicher zum Ausdruck.

Schließlich gewinnen marxistische Positionen zu Zeiten der ökonomischen und sozialen Krise des Kapitalismus, zunehmender Umweltzerstörung und physisch-psychischer Belastungen des Menschen sowie angesichts der Hochrüstung an Aktualität. Analysen und Erklärungen sind hierbei ebenso gefragt wie Strategien und Handlungsanleitungen.

Konfrontiert mit dem beschleunigten Diffusionsprozeß neuer Technologien in allen Arbeits- und Lebensbereichen, geraten nun aber der Anspruch auf gesellschaftliche Analyse und die Notwendigkeit einer Strategiefindung auf seiten der Linken in einen (scheinbaren) Widerspruch. Die auch unter Marxisten unterschiedliche Herangehensweise an das „Phänomen“ neue Technologie ist m. E. auf eben diesen Widerspruch zurückzuführen und weniger auf Differenzen in der Rezeption der „Klassiker“. Nur so ist es wohl erklärbar, daß sich derzeit Positionen diametral gegenüberstehen, die in dieser Ausschließlichkeit

sich nie und nimmer auf *Karl Marx* berufen können. Weder kann aus der Marxschen Kapitalismus-Analyse abgeleitet werden, daß der Produktivkraft-entfaltung im Kapitalismus eine „Fortschrittlichkeit“ schlechthin zukommt, noch bietet *Marx* einen geeigneten Kronzeugen dafür, daß die Produktivkräfte im Kapitalismus sich notwendigerweise und zur Gänze zu Destruktivkräften entwickeln.

Ohne die gebotene Eile zu übersehen, sollte doch Zeit genug sein, sich grundsätzlichen Fragen zu stellen und aus ihrer Beantwortung auch Rückschlüsse für die gegenwärtige Strategiedebatte zu ziehen. Womit kann beispielsweise legitimiert werden, daß eine Produktivkraftentwicklung gutgeheißen wird, die Pershing-, Dioxin- und AKW-„Unfälle“ hervorruft? Sind dies nur die „Spuren“, welche der Kapitalismus an den Produktivkräften hinterläßt, oder muß dies nicht generelle Zweifel an der Sinnhaftigkeit mancher Technologien hervorrufen? Oder wie kann behauptet werden, daß die derzeitige Entwicklung der Technologie im Kapitalismus bereits „Planungsqualitäten“ beinhaltet, die in Richtung Sozialismus weisen, wenn diese „gesellschaftliche Planung“ Massenarbeitslosigkeit, soziales Elend und damit die Deformierung der *Hauptproduktivkraft, nämlich des Menschen*, bewußt einkalkuliert? Wie kann schließlich übersehen werden, daß die Entwicklungen auf den Gebieten von Rüstungs-, Bio- und von Informations- und Kommunikationstechnologien in erster Linie der Macht- und Systemerhaltung des Kapitals dienen? Sollte nicht eine Verständigung hierüber erzielt werden, ehe man sich überlegt, welche einzelne Anwendungsform neuer Technologien auch unter kapitalistischen Bedingungen nützlich und sinnvoll sein könnte? Auch scheint mir der Verweis darauf, daß die eine oder andere Technologie unter geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen fortschrittlich genutzt werden könnte, zumindest solange der Analyse wie der Strategiefindung eher hinderlich zu sein, als nicht daraus Forderungen und Kampfpositionen entwickelt werden.

Daß der Weg zum Sozialismus nicht der Entfaltung des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen allein überlassen werden kann, dürfte unter Marxisten eigentlich unstrittig sein. Fragen wir doch nach dem „subjektiven Faktor“, nach dem „revolutionären Subjekt“! Richten wir unsere Aufmerksamkeit darauf, wie der Mensch – und dabei insbesondere die Arbeiterklasse – von der neuen Technologie und den sie begleitenden ökonomischen, politischen und ideologischen Bedingungen in seinen „emanzipatorischen Fähigkeiten“ beeinflusst wird. Und lassen wir uns dabei nicht vom Vorwurf der „Maschinenstürmerei“ oder der „Technikfeindlichkeit“ irre machen, wenn wir erkennen, daß eine bestimmte Technik unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen schlichtweg abzulehnen ist, weil sie gegen unsere Interessen entwickelt und eingesetzt wird.

Die „neuen Medien“ im Konzept der Herrschenden

Wenden wir uns unter diesen Prämissen nun den „neuen Medien“ zu. Hierbei haben wir es im wesentlichen mit der Zusammenführung der Computertechnologie mit dem Medien- und dem Fernmeldebereich zu tun. Eine erste

(Test-)Form dieser Verknüpfung ist der Bildschirmtext (Btx), wobei Großrechner (der Post und einzelner Kapitale), das Fernmeldenetz (der Post) und die Telefonapparate und Fernsehgeräte (der einzelnen Firmen und Haushalte) miteinander verbunden sind. Auch wenn Btx sich momentan zum Flop entwickelt, soll bei aller (berechtigten) Schadenfreude nicht übersehen werden, daß die „Schmetterlingsentfaltung“ der „neuen Medien“ noch bevorsteht. Die beim Benutzer befindlichen Endgeräte sollen durch entsprechende elektronische Zusatzgeräte und durch Mikrocomputer erweitert bzw. ersetzt werden, so daß ein computergesteuerter Austausch von Texten, Daten, Bildern und Sprache zwischen Teilnehmern untereinander sowie zwischen Großrechnern und Mikrocomputern möglich wird. „Mensch – Maschine – Dialog“ oder gar „Maschine – Maschine – Dialog“ nennt man das dann...

Die technischen Voraussetzungen werden gerade erst geschaffen: Digitalisierung des Fernmeldenetzes, massenhafte Produktion geeigneter Endgeräte, „Umrüstung“ verschiedener Arbeitsabläufe in Büros und Dienstleistungseinrichtungen auf Formen der „elektronischen Selbstbedienung“ bzw. der „elektronischen Fern- oder Heimarbeit“, Öffnung interner Netze („Local Area Networks“) gegenüber den Postnetzen, die spätere Ersetzung des schmalbandigen Fernsprechkabels durch die Glasfasertechnik usw. usf.

Alle diese bereits eingeleiteten oder in Planung befindlichen Entwicklungen im Bereich der „neuen Medien“ dienen – so die These – der Herrschaftsabsicherung. Sie dienen der Stabilisierung eines Systems, das – nicht nur in der Krise – in hohem Maße instabil geworden ist. Ideologische Wertvorstellungen geraten ebenso ins Wanken wie wirtschaftliche Grundlagen der „freien Marktwirtschaft“, soziale Probleme bleiben ungelöst, politische Prozesse drohen den Herrschenden zu entgleiten. In einer derartigen Situation kommen neue Mittel der Stabilisierung wie gerufen. Ökonomie, Ideologie und Politik als Stützpfeiler auch der kapitalistischen Gesellschaft sollen u. a. mit Hilfe neuer Medientechnologien zementiert werden.

– Im Bereich der *Ökonomie* spielen die Rationalisierungspotentiale der „neuen Medien“ (in ihrer Gesamtheit als Informations- und Kommunikationstechniken) die entscheidende Rolle. Die damit verbundene Steigerung der Arbeitsproduktivität soll nicht nur zur Vermehrung der Profitmasse der Kapitale führen, sie ist gleichzeitig ein wichtiges Moment der Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit und berührt zudem die Kampfkraft der Organisationen der Arbeiterklasse.

– Für den Bereich der bürgerlichen *Ideologie* bekommen die eigentlichen „neuen Medien“ ihren Sinn. Breitbandkabel und Satellit sind die technologischen „Argumente“ für die derzeit betriebene Unterordnung von Hörfunk und Fernsehen unter die Gesetze des Kapitals, indem der private und kommerzielle Rundfunk durchgepowert und gleichzeitig dem öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk das Wasser abgegraben wird.

– Im Bereich der *Politik* schließlich versprechen sich die Herrschenden von den „neuen Medien“ vor allem ein effektiveres Kontroll- und Frühwarnsystem, um sozialen und politischen Konflikten wirksamer begegnen zu können.

An dieser Stelle soll den verschiedenen Szenarien über die Auswirkungen

der „verkabelten Gesellschaft“ kein neues hinzugefügt werden.² Ich möchte es dabei belassen, auf die Gefahren einer unkontrollierten und widerstandslos hingenommenen Einführung der „neuen Medien“ hinzuweisen: auf Vereinzelung, Entsolidarisierung und Beraubung sozialer Kompetenzen durch Arbeitslosigkeit, durch Dezentralisierung und Flexibilisierung der Arbeit. Auf das Zerreißen gesellschaftlicher Zusammenhänge durch die Herrschaft der „Chaoten“ über alle Massenmedien und die daraus resultierende Atomisierung von Bewußtsein.³ Auf die Perfektionierung des staatlichen Kontroll- und Überwachungssystems, welches – die historischen Erfahrungen zeigen es – im entscheidenden Moment immer gegen die organisierte Arbeiterklasse angewendet wird.

Gegen eine linke „Mach-mit-Bewegung“

Wenn ich nach den vorangegangenen Überlegungen erst jetzt zum eigentlichen Thema, zur Frage nach den „alternativen Nutzungsmöglichkeiten“ neuer Medientechniken, gelange, so möge mir der geduldige Leser dies verzeihen. Der gewählte Umweg über das Nachzeichnen gewerkschaftlicher Technologiepolitik, über die gegenwärtigen Schwierigkeiten der linken Strategiedebatte und über die Vergegenwärtigung der Funktionsbestimmung neuer Technologie im Kapitalismus schien mir erforderlich, um meine Position zur „Gretchenfrage“ – Mitmachen oder Verweigern? – zu verdeutlichen, die in der Tat auf eine Ablehnung hinausläuft.

Ablehnen heißt nun allerdings nicht, den Kopf in den Sand zu stecken, um daran zu ersticken, wie es *Norbert Blüm* oder ein anderer der Bonner Strategen unlängst den gewerkschaftlichen und alternativen Neinsagern wünschte. Gemeint ist vielmehr eine Besinnung auf die eigenen *Positionen*, auf gemeinsame *Kampfziele*, auf eine Konzentration der *Kräfte*. Alle drei Momente sehe ich aber durch die von Teilen der Linken propagierte „Mach-mit-Bewegung“ tangiert:

– Eigene *Positionen* wie die der marxistischen Gesellschaftsanalyse, der Bestimmung des Gegners, der Auseinandersetzung mit dessen ideologischen und politischen Argumenten drohen m. E. mit der unkritischen Hinwendung zur Computer- und Medientechnologie aufgegeben zu werden. Die Faszination der Technik, die realitätsferne Vorstellung von deren emanzipatorischen Möglichkeiten (in einer „Assoziation freier Menschen“?) bedeutet nichts anderes, als einer modernen Variante jener Mystifikationen aufzusitzen, die *Karl Marx* im „Kapital“ als „falschen Schein der Wirklichkeit“ enthüllt hat. Hier wie dort wird die Erscheinung mit dem Wesen der Sache, ihren gesellschaftlichen Bedingungen, verwechselt.

2 Zu empfehlen ist in diesem Zusammenhang wegen seines bislang kaum vorliegenden Faktenreichtums: Kubicek, Herbert/Arno Rolf, Mikropolis, Hamburg 1985.

3 Vgl. hierzu: Hoffmann, Burkhard, Die Desorganisation von gesellschaftlichem Bewußtsein durch kapitalistisch verfaßte Massenmedien am Beispiel von BILD, in: Betz, Klaus/Andreas Kaiser (Hrsg.), Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden, Westberlin 1983, S. 218–223.

– Gemeinsame *Kampfziele* wie der Sozialismus geraten demjenigen außerhalb des Blickwinkels, der gebannt auf einzelne Anwendungsmöglichkeiten von neuen Technologien starrt und dabei die macht- und systemstabilisierenden Momente jener Technologie ignoriert. Dies heißt nicht, auf das Ausnutzen von systemimmanenten Widersprüchen bei der Einführung neuer Technologien – etwa im Bereich der Kupferverkabelung – zu verzichten, sofern hieran eigene Positionen verdeutlicht werden können.

– Die Konzentration der *Kräfte* ist spätestens da aufgegeben, wo die Ebene der gesamten Gesellschaft, ihrer Institutionen und Machtzentralen, verlassen wird, um „in kleinen, überschaubaren Einheiten“ isoliert zu operieren.

Die gegenwärtigen Versuche, einen „alternativen Gebrauch“ der „neuen Medien“ zu bewerkstelligen, weisen m.E. diese Tendenzen auf. Sei es das Konzept der „lokalen Radios“, das sich – überfordert oder angewidert – von der „großen Politik“ verabschiedet, um in der – politisch weitgehend bedeutungslosen – Kommune eine neue Art medial vermittelter Kommunikation zu etablieren; sei es die Bewegung der „freien Radios“, die sich u. a. als „Gegenöffentlichkeit“ zum „etablierten“ Rundfunk verstehen; seien es die Versuche in Ludwigshafen und Westberlin, Sendezeiten im „offenen Kanal“ eines kommerziell organisierten Kabelprojekts zu ergattern.

Keiner dieser Ansätze scheint mir geeignet, mehr als eine begrenzte Öffentlichkeit zu erreichen. Bewußt verzichtet man ja auch auf eine politische Einflußnahme auf überregionale Entwicklungen im Bereich des Kabel- oder Satellitenfernsehens wie auch auf die notwendige Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Außerdem sind alle diese Versuche – im Unterschied zu den Kabelprojekten – jederzeit „rückholbar“, da sie – im Falle der illegalen „freien Radios“ – ständig der behördlichen Verfolgung ausgesetzt sind bzw. da sie – im Falle von legalen „lokalen Radios“ und „offenen Kanälen“ – mit ökonomischen und rechtlichen Fesseln zu leben haben, die je nach politischer Bedeutung und inhaltlicher Brisanz der vermittelten Inhalte lockerer oder straffer gehandhabt werden können.

Anstelle der optimistisch bis verzweifelten „Mach-mit-Bewegung“ von Teilen der Linken wünschte ich mir eine medien- und technologiepolitische „Koalition der Vernunft“, die mit einheitlichen Forderungen auftritt und ins Zentrum ihrer Ziele die Veränderung der politischen und sozialen Rahmenbedingungen stellt, unter denen „neue Medien“ und neue Technologien schlechthin entwickelt und eingeführt werden. Gewerkschaftliche Forderungen nach Mitbestimmung, Kontrolle und Arbeitszeitverkürzung gehören in einen derartigen Forderungskatalog ebenso wie die demokratische Veränderung der bereits existierenden Institutionen gesellschaftlicher Kommunikation, der Rundfunkanstalten. Auch will mir nicht in den Sinn, daß eine zentrale Parole der Studentenbewegung – nämlich „Enteignet Springer!“ – gerade heute nicht mehr gültig sein soll, wo eben dieser *Springer* mit aller Macht auf die Bildschirme drängt...

Karl Pawek

Die elektronischen Medien sind das zeitgemäßeste und faszinierendste Instrumentarium, Menschen vom Kulturschutt und Ideologiemüll zu befreien

Wer über Alternativen nachdenkt, muß die Bedingungen kennen. Die elektronischen Medien erscheinen nicht in einem ordnungsfreien Raum, sind nicht nur Technologie. Ihr einziger Zweck in unserer kapitalistischen Gesellschaft ist die Profiterzielung durch Konsum und Rationalisierung. Jeder Linke weiß es, die entsprechenden Szenarien liegen zu Dutzenden vor. Doch sie erweisen sich als unproduktiv und ähnlich erhellend wie eine Kerze im Sturm. In der Diskussion um die elektronischen Medien haben Klischees die Phantasie erstickt.

Angenommen, die westlichen Besatzungsmächte hätten sich nach der Befreiung unseres Landes vom Nationalsozialismus darauf geeinigt, auf dem Gebiet der späteren BRD nur eine beschränkte Anzahl ausschließlich öffentlich-rechtlicher Zeitschriften zuzulassen. Oder sie hätten darauf bestanden, Buchverlage ausschließlich öffentlich-rechtlich zu organisieren. Es gäbe also kein KONKRET, keine DVZ, keine UZ, nicht die hundert kleinen, aber höchst informativen und lesenswerten Blätter. Tausende Bücher, gewiß nicht die unwichtigsten, wären ungedruckt geblieben, wenn die formal der Öffentlichkeit, de facto den Parteien, in ihrer überwiegenden Mehrheit letztlich dem Kapital verpflichteten Zeitschriften- und Buchräte über die Veröffentlichung von Inhalten zu bestimmen gehabt hätten.

Müßten wir nicht eine Kommerzialisierung solch öffentlich-rechtlicher Medien Zeitschrift und Buch als befreiend empfinden? Warum aber hat dann die Linke jahrelang die von englischen Besatzungssoldaten dekretierte Rundfunkordnung vehement verteidigt? Hat sie sich von ein paar Nischen, die ihr überlassen waren auf Widerruf (nicht durch die Bevölkerung, sondern durch Gremienmitglieder), so sehr blenden lassen? Machte sie die Angst blind, sie könne auch noch die wenigen mitternächtlichen Programmreservate verlieren?

Die Lächerlichkeit linker Medienpolitik und -analyse („Rettet den NDR“ = Kämpft für ein seichtes Werberahmenprogramm) ist nur kulturpolitisch zu erklären. Wie schon die Väter das Kino als „Theater des kleinen Mannes“ verachtet haben, verachten unsere konservativen und fortschrittlichen Kultur-Eliten die elektronischen Medien. Je massenhafter ein Medium verbreitet ist, je leichter es technisch reproduzierbar ist, desto minderwertiger erscheint es ihnen. Das Fernsehen wird auf dieser Negativ-Skala nurmehr vom Rummelplatzvergnügen übertroffen.

Aus Untersuchungen wissen wir, daß Fernsehkritiker ihr Publikum für dümmer halten, als es ist. Eine schlechtere Meinung vom Publikum haben nur noch linke Medientheoretiker. Ihren Zukunftsvisionen zufolge sind die Menschen unterhaltungsgeil, abgestumpft, blöde, süchtig nach der ununterbroche-

nen Berieselung. Auf die schlichte Idee, daß sich die Menschen nur nehmen, was sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse bekommen, und daß sie diese Befriedigung eben nur bei den Angeboten der *Springer, Mohn, Burda* und *Bauer* (vorgegaukelt) finden, weil wir linke Erziehungsdiktatoren ihnen nie eine akzeptable Alternative angeboten haben, kommen sie nicht.

Alternativen brauchen Phantasie, Verachtung aber tötet sie. Deswegen ist es sinnlos, über einen alternativen Mediengebrauch nachzudenken, solange wir nicht bereit sind, uns die elektronischen Medien zu erobern — und dies nicht aus der reaktionären kulturkritischen Position, dadurch das Schlimmste zu verhindern, sondern in der lustvollen Gewißheit, daß mit den elektronischen Medien das zeitgemäßeste, vielfältigste, faszinierendste und effektivste Instrumentarium vorhanden ist, viele Menschen vom Kulturschutt und Ideologiemüll zu befreien.

Eine Fortschrittsbewegung, die nicht willens ist, sich der am weitesten entwickelten Produktionsmethode zu bedienen, hat sich aufgegeben. Die Ängste vor einem Datenmißbrauch erinnern an das Verhalten kleiner Kinder, die sich der Kontrolle durch den mächtigen Vater entziehen wollen, die sich Verstecke bewahren wollen, in denen sie ihre geheimen Wünsche leben können. Aber angesichts der unaufhaltsamen technologischen Entwicklung (deren Unaufhaltsamkeit zu leugnen, *Marx* bis zur Bedeutungslosigkeit revidiert) kann es doch nicht mehr um die vergebliche Bewahrung von Freiräumen gehen, nur um die Emanzipation vom Vater/Staat, um die Überwindung seiner Macht. Nur wer glaubt, etwas Verbotenes zu tun, die Verbote also verinnerlicht hat, fürchtet sich davor, entdeckt zu werden. Warum sollen die Behörden nicht wissen, was ich tue, lese, mit anderen bespreche? Warum soll ich mich verbergen, wenn ich nur meine Rechte in Anspruch nehme? (Wo es allerdings um meine Pflichten als Sozialist geht, kann kein Computer mich an einem konspirativen Verhalten hindern.) Mit linken Hasenfüßen jedenfalls ist dem Fortschritt nirgendwo gedient.

Plötzlich soll der älteste Traum der Menschheit, von der Arbeit befreit zu werden, falsch sein? Zweifellos ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, ihre Mitglieder vor den Folgen der Rationalisierung zu schützen — und sei es bis zum eigenen Untergang. (Denn selbstverständlich wird eines Tages auch die heute existierende Gewerkschaftsbewegung historisch ähnlich überholt sein wie weiland das Gildewesen.) Aufgabe der Linken aber ist es, die gesellschaftsverändernde Potenz der elektronischen Rationalisierung zu analysieren, um auf der Grundlage der Analyse traditionelle Strategien zu überwinden, neue zu entwickeln. Wirklich wichtig ist jedoch nicht, ob es hierzulande gelingt, diesen oder jenen Arbeitsplatz zu erhalten, wichtig ist vielmehr die Tatsache, daß Rationalisierung im Kapitalismus eine heute noch unvorstellbare, das System gefährdende Arbeitslosigkeit bedeutet, während Rationalisierung im planwirtschaftlichen Sozialismus eine ungeheure, das System stabilisierende Produktionssteigerung, eine gewaltige Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums zur Folge hat. Daraus ergeben sich einige (auch äußerst gefährliche) Konsequenzen, über die nachzudenken, auf die vorbereitet zu sein überlebensnotwendig ist.

Die Ohnmacht der Linken in unserem Land und ihre traditionellen, auf vorelektronischen Verhältnissen fußenden Denkschemata (die zu überwinden eine neue, sehr intensive Beschäftigung mit *Marx* und dem von ihm entwickelten Instrumentarium notwendig macht) lassen es als unsinnig erscheinen, sich über „anzustrebende Alternativen“ den Kopf zu zerbrechen. Wagen wir daher sehr viel bescheidener nur einige Prognosen.

Im Bereich Rundfunk und Fernsehen wird sich zuerst die Großtechnologie Satellitenempfang durchsetzen. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen soll die Satellitennutzung den militärisch-industriellen Bereich mitfinanzieren. Die Entscheidung für den Bau bzw. die Finanzierung von Kommunikationssatelliten war lange vor der Neugestaltung unserer Rundfunkverhältnisse gefällt worden. Satellitenrundfunk gibt es also, weil Satelliten genützt werden müssen aus ökonomischen, vor allem Wettbewerbsgründen. Die europäische Weltraumindustrie kann nur ihre Produkte verkaufen, wenn sie sich im Betrieb bewährt haben. Für die größten Verleger/Filmhändler in der BRD bedeutet Satellitenfernsehen die Ausschaltung bzw. Reduzierung der lästigen und teuren Konkurrenzphase. Die immensen Kosten dieser Technologie erlauben es nur wenigen Veranstaltern, sich hier zu engagieren. Man bleibt auch in dieser schwierigen Umbruchphase unter sich. Außenseiter haben keine Chance, der Verteilungsschlüssel kann einfach übernommen werden. Der Staat schließlich als Agentur der Eigentümer an den Produktionsmitteln braucht bei der Satellitentechnologie keine systemkritischen Programminhalte zu fürchten. Satellitenrundfunk ist die zentralistischste und daher am besten kontrollierbare Form der Rundfunkversorgung. Die finanzielle Beteiligungsschwelle garantiert Systemkonformität.

In dieser ersten Phase der Umgestaltung unserer Medienlandschaft wird sich grundsätzlich an den bisher entwickelten Programmstrukturen nichts ändern. Es wird kaum Innovationen geben (die Höhe des Kapitaleinsatzes und die Abhängigkeit von Einschaltzahlen erlauben keine Experimente), die Programme bleiben größtenteils austauschbar, *Heino* und *Rosenthal* hören sich bei *Springer* nicht anders an als bei der ARD. Der Anteil US-amerikanischer Serien und Spielfilme am kommerziellen Satellitenprogramm kann kaum höher sein als bei ARD und ZDF. Im Bereich der politischen Sendungen ist vor allem von RTL/Bertelsmann eine unabhängigere Haltung zu erwarten. Hier muß die regierungsamtlich-staatstragende Hofberichterstattung von TAGES-SCHAU und „heute“ die Konkurrenz fürchten. Qualitativ neue Sendeformen und -inhalte können erst vom Nahbereichsradio und -fernsehen etwa ab 1987 erwartet werden — vorausgesetzt, die kreative Linke (eigentlich ein Pleonasmus, in der BRD eher ein Widerspruch) vermag die medialen Möglichkeiten zu nutzen. In ihrer bisherigen Form versammeln Rundfunk und Fernsehen ihre Abnehmer vor den Apparaten, um sie — in der Konsumhaltung vereinzelt — mit einer beschränkten Anzahl von Programmen zu bedienen. Neu am Nahbereichsradio mit Hunderten Sendern überall in der BRD könnte weniger eine Regionalisierung oder gar Lokalisierung der Programme sein, sondern sein neues, aus dem billigen Betrieb und seiner Gewöhnlichkeit resultierendes Selbstverständnis. Rundfunk wäre dann nicht mehr eine Veranstaltung, son-

dem ein Zustand ununterbrochener Kommunikation, an der sich jeder nach Lust und Laune beteiligen kann.

Als äußerst flüchtige Medien eignen sich Rundfunk und Fernsehen kaum für gründliche Darstellungen, Analysen, vertiefende Informationen. Dies leisten Zeitschriften, Bücher, Video, Speicherprogramme, die wiederholt verfügbar sind, sehr viel besser. Die Vorstellung von Rundfunk und Fernsehen als Bildungsinstrumenten stammt aus der Schriftkultur, berücksichtigt nicht die spezifischen Eigenschaften der elektronischen Medien und mußte daher scheitern.

Die tatsächliche Nutzung der Medien durch die Bevölkerung entwickelte sich in eine andere Richtung. Radio wird kaum noch bewußt gehört, sondern als Hintergrundgeräusch empfunden, wobei der Hörer ähnlich reagiert wie ein Mensch auf der Straße oder in einer Gesellschaft: Unbewußt kontrolliert er alle hörbaren Impulse; signalisiert ihm seine Hirn-Kontrollinstanz Relevanz (z.B. über ein Signal im Straßenverkehr, einen Begriff im Gespräch), schaltet er auf bewußten Empfang um. Langsamer zwar, aber doch ganz ähnlich ändert sich der Gebrauch des Fernsehens. Die Fernbedienung erlaubt den bequemen Programmwechsel und fördert so die Erfahrung des Fernsehens als Zustand, später als Begleitumstand. Zweit- und Drittgeräte in anderen Räumen machen das Fernsehen ortsunabhängig. Auch bei uns wird sich das US-amerikanische Fernsehverhalten durchsetzen, wobei die hier herrschende Vorstellung, US-Amerikaner würden tatsächlich jeden Tag sechs Stunden fernsehen, absurd ist. Nur die Apparate sind sechs Stunden lang eingeschaltet, aber sie fungieren die meiste Zeit wie Fenster. Passiert etwas, das einen interessiert, schaut man hin, wie man an das Fenster tritt, wenn es auf der Straße kracht. Ist allerdings ein Straßenumzug angekündigt (ein interessantes Programm), rückt man sich einen Stuhl zurecht.

Neue Technologien werden diese Entwicklung beschleunigen. Interessierende Einzelsendungen können schon heute unabhängig von ihrer Ausstrahlungszeit über Videorecorder gesehen werden. In naher Zukunft wird der Zuschauer den gewünschten Film, die Dokumentation einzeln abrufen bzw. sich bei Liveübertragungen hinzuschalten können. Jenes Programm aber, das heute unsere Vorstellung von Rundfunk und Fernsehen noch prägt, wird sehr viel beiläufiger werden.

Im gleichen Maß, in dem es seinen Veranstaltungscharakter verliert, öffnet es sich der Teilnahme, wird es kommunikativ. Viele kleine, spontane statt perfekte Rundfunk- und Fernsehstationen könnten den Gebrauch von Rundfunk ebenso selbstverständlich machen wie den Gebrauch des Telefons. Man hört zufällig, mischt sich ein, erfährt Wirklichkeit, teilt Erfahrung mit. Das Bedürfnis der Menschen nach einer Teilnahme an der Kommunikation wird zumeist unterschätzt. Als im Frühjahr das Bremer Fernseh-Regionalmagazin „Buten & Binnen“ seine Zuschauer aufforderte, ihre Liebesgedichte einzusenden, erhielt die Redaktion innerhalb weniger Tage über 500 Briefe. Seither liest in jeder 18-Uhr-Ausgabe dieses Magazins ein Einsender seine Gedichte vor — trotz der riesigen Schwellenangst vor dem Betreten einer öffentlich-rechtli-

chen Anstalt, trotz der Einschüchterung durch technische Großapparaturen und Perfektionszwänge.

Wieviel kreativer, öffentlicher, demokratischer und damit auch relevanter könnten diese billigen Nahbereichsradios sein, würde es gelingen, sie der staatlichen Aufsicht, also der Kontrolle durch die Herrschenden zu entziehen. Aber wir lebten nicht in der BRD, würde sich nicht bereits jetzt eine gegenteilige Entwicklung abzeichnen. Noch kennt man nicht die Frequenzen, noch besitzen wir kaum Vorstellungen von den Inhalten, doch sicher ist schon jetzt daß wiederum berufene Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen - wie bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten - für die systemstabilisierende Ausgewogenheit sorgen werden. Diese Gremien als Garanten öffentlicher Kontrolle über kommerzielle Interessen zu verstehen, ist ein gründliches Mißverständnis. Sie sollen nur Notbremsungen rechtfertigen.

Denn verdächtig ist hierzulande nicht der Kapitalist. Was er tut, um durch größtmögliche Einschaltzahlen sein Vermögen zu mehren, ist gut getan im Sinne der Herrschenden. Verdächtig sind nur jene, die zwecks Aufklärung, zwecks Förderung der Emanzipation, zwecks Weckung des persönlichen wie politischen Bewußtseins Inhalte medial verbreiten wollen. In ihren Händen könnte ein derart billiges und effektives Medium wie der Rundfunk gefährlich gesellschaftsverändernde Wirkung zeigen. Vor allem die Gleichzeitigkeit von Senden und Empfangen, die Mobilität der Sendeanlagen und die Unkontrollierbarkeit der Empfänger zwingen die Herrschenden seit der Erfindung dieses Mediums, sich die Kontrollgewalt zu bewahren. Druckerzeugnisse müssen einen langen und zeitaufwendigen Weg zurücklegen, bis sie den Empfänger erreichen. Während des Transportes haben die Behörden viele Möglichkeiten einzugreifen, notfalls den Vertrieb zu verhindern (z. B. durch Beschlagnahmeaktionen beim Buchhandel). Rundfunk und Fernsehen hingegen, soweit sie über Ätherwellen verbreitet werden, sind kontrollierbar erst, wenn sie ihren Empfänger bereits erreichen.

Wir Linken in diesem Land sollten unser legalistisches Denken überprüfen. Die Berufung auf Gesetze eignet sich zur Agitation, aber die Gesetze - nicht nur die Berufsverbote beweisen es - bilden für Herrschaftsfremde keinen Schutz. So müßte es im Interesse der Linken liegen, eine völlig staatsunabhängige, rein kommerzielle Rundfunkerfassung zu schaffen, in deren Rahmen fortschrittliche Programme ebensowenig zu verhindern sind wie repressive, verdummende Kommerzprogramme. Im Unterschied zu den Volksverächtern in allen politischen Lagern habe ich keine Zweifel, daß die Menschen ein sehr feines Gespür dafür haben, was ihnen nutzt und was sie nur ruhigstellt.

Da ein solcher staatsfreier Rundfunk in der BRD auf absehbare Zeit undenkbar ist, kann fortschrittliche Rundfunkarbeit neben der Nutzung aller Freiräume im öffentlich-rechtlichen wie kommerziellen Radio und Fernsehen nur bedeuten, die freie und daher illegale Rundfunkbewegung zu unterstützen. Und hier gilt, was den Umgang mit allen Medien, Daten- und Informationssystemen bestimmen sollte: Die Linke muß alternative Gebrauchsmöglichkeiten aufzeigen, muß deutlich machen, daß es sich um großartige, nützliche Erfindungen handelt, die unsere menschlichen Sinnesorgane vervoll-

kommen, unsere Körperfertigkeiten vervielfachen. Nur ihr Mißbrauch, nicht jedoch ihre technischen Eigenschaften machen sie gefährlich, reduzieren sie – keineswegs widerspruchsfrei – zu Herrschaftsmitteln. An diesem Gegensatz zwischen humanen Nutzungsmöglichkeiten und kapitalistischem Gebrauch zeigt sich der gefährlich erbärmliche Zustand des Kapitalismus. Noch vermag er die meisten aus seinem Antrieb entstandenen Erfindungen zu beherrschen, aber er kann sie nicht mehr in einem fortschrittlichen Sinne nutzen wie einst die Dampfmaschine oder die Elektrizität.

Die Aufsplitterung von Rundfunk und Fernsehen kann die ideologische Dressur erschweren, Informationssysteme können Herrschafts- und Elitewissen demokratisieren, der elektronische Rationalisierungsschub kann das Herrschaftssystem direkt gefährden (durch die Befreiung des Menschen von der Arbeit als Voraussetzung des Nachdenkens über sich selbst und die ihn umgebenden Verhältnisse; durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen in einem jede sozialpartnerschaftliche Illusion zerstörenden Ausmaß). Voraussetzung dafür aber ist, daß uns Informationssysteme nicht unheimlich sind aus Unkenntnis. Es gibt in diesen Bereichen keine andere anzustrebende Alternative, als sie kennen- und nutzungslernen, denn sie willkürlich zu beherrschen, fehlt uns noch die Macht. Diese zu erobern aber wird nicht gegen die Elektronik oder im Verzicht auf sie möglich sein, sondern nur durch die Kenntnis ihrer physikalischen, informationstheoretischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Eigenschaften und die Anwendung ihrer Möglichkeiten.

Umweltpolitik

Arnim Bechmann

Evolutionäre Umweltpolitik — Anregungen für den Aufbruch zum Durchbruch

Die meisten Analysen sind einig in der Zukunftsprognose: Uns droht nicht die alles auf einmal vernichtende Katastrophe, sondern anhaltendes Siechtum. Das bisherige umweltpolitische Instrumentarium ist allein zu schwach, um diese Gefahr abzuwehren. Es wirkt statt dessen tendenziell in Richtung einer Deformation unserer Gesellschaft, d. h., in ökologischer Sicht tendiert unsere Gesellschaft dazu, eine Prothesen- und Gebrauchsregelgesellschaft zu werden. Ich spreche von Prothesengesellschaft, weil wir unsere ökologischen Bedürfnisse nur noch mit Hilfe komplizierter technologischer Prothesen erfüllen können.

- Wasser gibt es fast nur noch aus Klär- und Aufbereitungswerken.
- Einigermaßen saubere Luft ist ohne komplizierte Filter- oder Entgiftungssysteme nicht mehr zu haben.
- Müll kann bestenfalls auf gut gesicherten Deponien und in schwierigen Fällen nur mit komplizierten Technologien „aus dem Verkehr“ gezogen werden.
- Lebensmittel sollen intensiv gewaschen oder geschält werden.
- Lärm muß durch Lärmschutztechnologien abgewehrt werden.

Gebrauchsregelgesellschaft, weil das Leben in einer Welt von gefährlichen Chemikalien und Schwermetallen nur dann einigermaßen sicher ist, wenn man die Regeln kennt, nach denen diese Stoffe genutzt werden müssen. Diese Regeln würden unseren Alltag total dominieren – wenn wir sie wirklich alle einhalten wollten. Die Öko-Bücher des Jahres 1984 quellen über von „Verbrauchertips und Verhaltensregeln“. Bei Nr. 99 dieser Regeln habe ich aufgehört zu zählen. Ohne einen gut programmierten Personalcomputer werde ich niemals lernen, sie alle zu beherrschen. Doch auch dessen Produktion verursacht wiederum Umweltbelastungen in Form von gefährlichen chemischen Abfallstoffen.

Der gesellschaftliche Kontext: Krise

Unsere Gesellschaft kann, so wie sie heute organisiert ist, die ökologischen Gefahren, Belastungen und Zerstörungen, die sie selbst schafft, nicht abwenden. Sie hat aber nicht nur mit diesen Problemen zu kämpfen.
– Die anhaltende Arbeitslosigkeit,

- wiederholte Strukturkrisen innerhalb der Wirtschaft,
- das ressourcenverschlingende Wetttrüsten,
- der Nord-Süd-Konflikt einschließlich seiner ökonomischen Folgeprobleme setzen die Industriestaaten (und nicht nur diese) in einen historisch fast einmaligen Veränderungsdruck, der z. B. im Zusammenbruch bzw. im Umbruch von Sozialstrukturen (Dorfgemeinschaft, Kleinfamilie), Technologien (Stahlerzeugung, Bürotechnologien), Wertvorstellungen (Fortschrittsglaube) einen Ausdruck findet.
- Ohne es nochmals ausführlich zu belegen, halte ich fest: Die Industriestaaten und unter ihnen die Bundesrepublik befinden sich in einer ernsten, langfristig wirkenden Krise. Krise heißt hier: systemverändernder Umbruchprozeß, dessen Endresultat noch nicht abzusehen ist. Oder politologisch korrekt ausgedrückt: Bedrohung unseres Gesellschaftssystems (einschließlich seiner Stoffwechselbeziehungen zur Natur), die sich mit normalen, routinierten, institutionalisierten und internationalisierten Mitteln der Stabilitätssicherung nicht mehr abwenden läßt. (Genau das ist für die ökologische Bedrohung der Fall.)

Echte Krisen können verschieden enden:

- als Katastrophe, d. h. als Systemzusammenbruch (Untergangskrise);
- als Konsolidierung mit neuer Struktur, d. h. als Übergang in ein neues Entwicklungsstadium (Entwicklungskrise);
- als Reinigung einer Struktur von temporären Verzerrungen (Reinigungskrise).

Wenn das Modell der Krise die ökologische und die gesellschaftliche Situation, in der wir uns befinden, tatsächlich zutreffend erfaßt bzw. beschreibt, so hat das Konsequenzen für unser umweltpolitisches Planen und Handeln.

(1) In der Krisensituation ist es analytisch kaum möglich, die wahre Qualität der erlebten Krise zu bestimmen. Das heißt konkret, viele von uns Umweltschützern erleben die ökologische Krise als Untergangskrise, obwohl es vielleicht sogar eine Entwicklungskrise ist. Allerdings, wenn die Umweltkrise eine Entwicklungskrise ist, dann wird sich die Gesellschaft, die an ihrem Ende entstehen wird, grundlegend von der heutigen Gesellschaft unterscheiden. Das sei allen „Problemverharmlosern“ und „Unter-den-Teppich-Kehrnern“ deutlich gesagt.

(2) Krisen lösen sich nicht durch traditionelles Verhalten. Ohne neue Impulse von außen oder neue autonome Reaktionen des betroffenen Systems bedeuten Krisen Untergang. Systeminnovation wird überlebensnotwendig. Wenn wir die ökologische Krise als Entwicklungskrise nützen wollen, so müssen wir neuartige Reaktionsformen und Verhalten in unserer Gesellschaft entwickeln und unterstützen. Dies ist eine alte Erkenntnis der Alternativbewegung und des New Age Movements. Doch woran erkennt man die in diesem Sinne unterstützungswürdigen Entwicklungstendenzen und -faktoren? „Neuheit“ allein garantiert noch keinesfalls Krisenüberwindung. Dies zeigen uns die Schatten, die Computertechnologie und Gentechnologie bereits werfen.

Auch vergangene Gesellschaften haben ökologische Krisen produziert. Manche haben, ökologisch gesehen, als Untergangskrisen gedeutet; wie z. B.

die durch Bewässerung verursachte Versalzung der Böden Mesopotamiens oder die endgültige Zerstörung von Waldökosystemen im Mittelmeerraum. Andere haben zu Neuentwicklungen provoziert, wie z. B.

- die durch Übernutzung der Wälder hervorgerufene Holzkrise des Mittelalters, die die Kohlenutzung auslöste;
- die unter dem Zeichen der Trangewinnung fast vollzogene Ausrottung der Wale im 19. Jahrhundert, die schließlich zur Nutzung des Erdöls als Brennstoff führte.

Als Reaktion auf Umwelt- und Ressourcenkrisen wurden in der Vergangenheit unterschiedliche Strategien entwickelt. Die Unterschiede in Art und Umfang ihrer Wirkungen sind beträchtlich. Zu diesen Reaktionsstrategien auf Krisen zählen

- die Verdrängungsstrategie. Sie verdrängt die Folgen von naturzerstörenden Handlungen solange, bis es zu spät für erfolgreiche Rettungsaktionen ist (Abholzen der Apenninen);
- die Sparstrategie. Sie versucht, zerstörerische Eingriffe in den Naturhaushalt durch Sparen möglichst weitgehend zu beschränken (Techniken und Verhalten der Energieeinsparung);
- die Bewirtschaftungsstrategie. Sie zielt darauf ab, die in die Krise geratenen ökologischen Ressourcen unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Nutzbarkeit zu bewirtschaften. Dies geschieht häufig mit Hilfe planerischer und ökonomischer Instrumente (traditionelle Forst- oder Wasserwirtschaft);
- die konservative Substitutionsstrategie. Sie ersetzt eine problematische Form der Naturnutzung durch eine andere bereits entwickelte Art der Naturnutzung (vom Auto zur Schiene);
- die innovative Substitutionsstrategie. Sie ersetzt eine problematische Form der Naturnutzung durch eine neue, bis dahin nicht entwickelte oder eingesetzte Form (Energiegewinnung aus Biogas, Atomkraftwerke für Kohlekraftwerke);
- die Strategie ökologisch reifer Produktion. Sie gestaltet natürliche und soziale Systeme so, daß in ihnen langfristig alle Abbaustoffe wiederverwendet werden und daß das Prozeßenergieniveau konstant gehalten wird. Sie ist bisher vor allem in ökologischen Klimasystemen realisiert worden. Es gibt aber auch einige traditionelle menschliche Nutzungsformen, die sich an ihr orientierten. Zu ihnen zählen z.B. die Büffeljagd nordamerikanischer Indianer oder die Haubergwirtschaft im Siegerland.

Politik in Zeiten des Umbruchs hat weitreichende Optionen. In den Extremfällen kann sie sich dem Wandel mit aller Macht entgegenstellen (Restauration), oder sie kann ihn bewußt unterstützen (Evolution). Tut sie letzteres, so wirkt sie gewollt oder nicht systemverändernd. Staatliche Politik hat bisher fast überall vorrangig restaurativ reagiert. Doch muß das so bleiben?

Wie könnte evolutionäre Umweltpolitik aussehen? Abstrakt läßt sich die Antwort leicht formulieren. Evolutionäre Umweltpolitik zielt darauf ab, eine ökologisch reife Produktion durchzusetzen. Doch was bedeutet dies konkret? Hierauf zu antworten, fällt wesentlich schwerer.

Das Konzept evolutionärer Umweltpolitik

Evolutionäre Umweltpolitik ist für sich allein sicherlich weder in der Lage, eine öko-soziale Evolution auszulösen noch sie zielorientiert zu steuern. Dafür sind die durch die ökologische Krise ausgelösten, systemverändernden Prozesse zu umfassender Struktur. Evolutionäre Umweltpolitik wird aber versuchen,

- ökologisch wünschenswerte Systemveränderungen frühzeitig zu erkennen und nach besten Kräften zu unterstützen;
- selbst Prozesse auszulösen, die systemevolutionären Charakter haben. Sie wird dabei das Risiko eingehen müssen, daß diese Prozesse ihrer Führung entgleiten;
- restaurativen Tendenzen entgegenzuwirken und sie zu attackieren;
- neue verändernde Kräfte zu wecken anstatt bestehende zu kanalisieren.

Evolutionäre Umweltpolitik kann heute keine konkrete Utopie der angestrebten Zukunft vorweisen. Sie kann aber angeben, wie die nächsten Schritte in die angestrebte Richtung aussehen können. Sie besitzt keinen fertig vorgegebenen Kanon umweltpolitischer Instrumente und kein ausreichendes Set durch eine ökologische Ethik fundierter Verhaltensdogmen bzw. -normen. Sie kann aber eine handlungsorientierte umweltpolitische Strategie angeben. Dieses Handlungskonzept wird hier mit der Strategie der „Ökologisierung von Nutzungsmustern“ bezeichnet.

Die Ökologisierung von Nutzungsmustern als handlungsorientiertes Leitbild evolutionärer Umweltpolitik

Menschliche Gesellschaften nehmen der Natur gegenüber eine doppelte Rolle ein. 1. Sie nutzen Natur für ihre Lebenszwecke. Das heißt, sie greifen in Naturprozesse ein, indem sie Stoffe und Energien entnehmen, Ökosysteme formen und umgestalten, Abfallstoffe und Energien nach der Nutzung an Natur abgeben. Wir sprechen in diesem Sinne vom Stoffwechselprozeß zwischen Gesellschaft und Natur.

Der Stoffwechselprozeß zwischen Gesellschaft und Natur wird durch Arbeit vollzogen und durch menschliches Verhalten gesteuert. Dieses Verhalten ist jedoch keine autonome Größe. Es strukturiert und bildet sich aufgrund der individuellen Sozialisation der menschlichen Individuen. Diese wiederum werden von vielen Faktoren beeinflusst, zu denen u.a. persönliche Vorprägungen (Erbanlagen, biologische Grundstrukturen), elternhausbezogene Einflüsse, gesellschaftlich vermittelte Einflüsse (soziale Umwelt), das bestehende Recht, die bestehenden sozialen Institutionen, bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse, das gesellschaftlich vorhandene Wissen und vieles mehr gehören. Der Stoffwechselprozeß zwischen Gesellschaft und Natur ist damit — wenn auch nicht ausschließlich — ein sozialer Prozeß.

2. Menschen eignen sich nicht nur Natur an. Sie sind auch Natur. Das heißt, ihr Leben läuft unter Naturgesetzen ab. Dies gilt auch dann, wenn sie diese Naturgesetze nicht verstehen. (In dieser Situation befinden wir uns nach wie

vor.) Die durch Menschen geschaffene, gestaltete oder zerstörte Natur wirkt mittelbar und unmittelbar auf ihre Lebensprozesse zurück. Menschen und menschliche Gesellschaften sind Naturwesen und bilden damit Subsysteme in übergeordneten Ökosystemen. Die ökologische Krise läßt uns dies schmerzlich spüren.

Der Stoffwechselprozeß zwischen Gesellschaft und Natur kann sehr unterschiedliche Gestalt haben, und dies sowohl im Hinblick auf die Art und Weise, d. h. auf die Qualität und Quantität, wie in den Naturhaushalt eingegriffen wird, als auch bezüglich der Struktur, der Form und der Verhaltensweisen der naturnutzenden Gesellschaften. Jäger, Sammler, Ackerbauern und Viehzüchter, antike Stadtstaaten und moderne Industriegesellschaften haben jeweils wesentlich voneinander verschiedene Stoffwechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Natur geschaffen. Sie haben damit auch jeweils eine andere Natur in und um sich herum hervorgebracht. Ökologisch ausgereift waren diese Stoffwechselverhältnisse jedoch niemals. Keines von ihnen stellte eine im umfassenden Sinne ökologische Klimax dar.

Gedanklich und bis zu einem gewissen Grade auch praktisch läßt sich nun der gesamte Stoffwechselprozeß zwischen Gesellschaft und Natur, den eine bestimmte Gesellschaft konstituiert, in miteinander verflochtene Teilkomponenten zerlegen. Diese Teilkomponenten nenne ich Nutzungsmuster. Beispiele solcher Nutzungsmuster sind u. a.

- die Landwirtschaft,
- die Forstwirtschaft,
- der Siedlungsbau,
- das Verkehrssystem,
- der Bergbau,
- das System industrieller Produktion, welches wiederum in Sektoren und Branchen untergliedert werden kann,
- das Konsumverhalten und die Lebensgewohnheiten.

Jedes dieser Nutzungsmuster

- dient einem mehr oder weniger konkreten, gesellschaftlich festgelegten Zweck (wir nennen ihn oft auch gesellschaftliches Bedürfnis);
- basiert auf Stoffwechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Natur;
- beruht auf Erkenntnissen (mögen sie auch unvollkommen sein) von Naturgesetzen;
- wird mit Hilfe von Arbeitsmitteln und Technologien vollzogen;
- vollzieht sich durch eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Arbeitsprozesse;
- setzt bei den beteiligten Menschen bestimmte physische, psychische, kommunikative und kooperative Fähigkeiten, Fertigkeiten und Leistungspotentiale voraus.

Jede konkrete Nutzung der Natur und damit jedes Nutzungsmuster besitzt zu einem gegebenen Zeitpunkt feste Strukturen, die durch die eingesetzte Technologie, die konkreten Verhaltensweisen der Menschen, die psychische Beschaffenheit der Natur usw. geprägt werden. Nutzungsmuster sind offensichtlich nicht nur kulturabhängig, sondern sie können auch innerhalb be-

stimmter Kulturen variieren bzw. sich verändern. Die Entwicklung der Landwirtschaft oder der Energieerzeugung während der vergangenen 50 Jahre legt dafür ein beredtes Zeugnis ab.

Die Faktoren, die auf die Entstehung und Formung eines Nutzungsmusters einwirken, haben unterschiedliche Gewichte. Dies kann unterschiedliche Ursachen haben. Die Gewichte können

- auf Naturgegebenheiten beruhen. (Naturgesetze können nicht verändert, sondern lediglich besser genutzt werden);
- durch die bestehende Gesellschaftsstruktur bestimmt sein, wie z. B. der Einfluß der ökonomischen Faktoren in kapitalistischen Gesellschaften oder der Einfluß von Parteihierarchien in sozialistischen Gesellschaften;
- sich aus Erfahrungen aus der Vergangenheit herleiten, die sich in der Sozialisation und dem Wertesystem der in diesem Nutzungsmuster tätigen Menschen niederschlagen.

Die Einflußgrößen, die die Gewichte der Faktoren eines Nutzungsmusters bestimmen, sind,

- soweit sie gesellschaftlichen Ursprungs sind, selbst wiederum Wandlungsprozessen (Geschichte, sozialer Wandel) unterworfen;
- soweit sie direkt naturhaft gesteuert werden, eventuell unveränderbar (Naturgesetze) oder nur innerhalb der im gesamten Kosmos ablaufenden Evolution veränderbar (Naturgeschichte, biologische — und soziale? — Evolution).

Die Faktoren, die ein Nutzungsmuster beeinflussen, sind offensichtlich miteinander verflochten. Die Ursachen der Entstehung und Veränderung eines Nutzungsmusters übersteigen die Faktoren, die das Nutzungsmuster prägen. (Man kann auch sagen, sie liegen hinter diesen Faktoren.) Nutzungsmuster sind, wie wir ja auch aus der Geschichte wissen, Wandlungsprozessen unterworfen. Ihre Entwicklung ist ein Ausfluß der evolutionären und der geschichtlichen Entwicklung des Stoffwechselfrozesses von Natur und menschlicher Gesellschaft. Gleichzeitig prägen wiederum einmal entstandene Nutzungsmuster diesen Prozeß in beachtlichem Umfang. (Dies wird z. B. an der von *Marx* ausführlich beschriebenen asiatischen Produktionsweise ebenso deutlich wie an der „modernen“ chemo-industriell geformten Landwirtschaft, die über das „Konzept der grünen Revolution“ weltweit tradierte Gesellschaftsstrukturen und Ökosysteme zerstört hat.)

Das Verhältnis von Nutzungsmustern zu staatlicher Politik ist mehrdeutig. Die Veränderung von Nutzungsmustern kann zweifelsohne durch staatliche Politik beeinflußt werden. Sie konnte jedoch bislang nicht durch diese Politik programmiert, d. h. zielgerichtet gesteuert werden. (Das ist auch theoretisch begründbar [vgl. Staatsdiskussion].) Die verschiedenen, z. T. durch Menschen nicht bewußt beherrschbaren Faktoren, die ein Nutzungsmuster prägen, lassen es unwahrscheinlich erscheinen, daß in absehbarer Zukunft eine von politischen Instanzen betriebene, wirksame, zielgerichtete Steuerung von Nutzungsmustern möglich sein wird.

Nutzungsmuster beeinflussen ihrerseits die Politik, indem sie einen Kampfplatz, Spielregeln, Rahmenbedingungen und Notwendigkeiten für Politik darstellen bzw. schaffen. Die Durchsetzung und Veränderung von Nutzungsmu-

stern erfolgt — wenn auch nicht alleine — durch Politik. Sie schafft damit zugleich Ausgangssituationen für weiteres politisches Handeln.

Politik, die verändernd in ein Nutzungsmuster eingreift, wird fast stets auch Folgewirkungen im gesamten Nutzungsmuster und auch in der umgebenden Gesellschaft auslösen. Das heißt, sie läßt sich nicht auf einen Faktor begrenzen, denn beginnt sich ein Faktor zu wandeln, so verändern sich seine Beziehungen zu anderen Faktoren, was diese Faktoren wiederum unter Veränderungsdruck setzt und Wandlungsprozesse auslöst.

Entstehungs- und Entwicklungsprozesse von und in Nutzungsmustern sind kompliziert. Sie können auf der abstrakten Ebene, auf der ich hier argumentiere, nicht befriedigend beschrieben werden. Dennoch will ich im folgenden andeuten, wie Nutzungsmuster bewußt zum Zielbereich einer neuen Phase der Umweltpolitik gemacht werden können.

Die Strategie der „Ökologisierung von Nutzungsmustern“

Wir alle wünschen uns eine ökologisch langfristig intakte Lebensumgebung und Welt. Von ihr sind wir jedoch heute weiter entfernt denn jemals in der Geschichte der Menschheit. Weder einzelne umweltpolitische Instrumente oder Maßnahmen noch die gesamte auf Technologieverbesserung und Reglementierung ausgerichtete Umweltpolitik haben dies wesentlich ändern können. Diese Politik ist auf innere Reformen unserer Gesellschaft angelegt.

Die Industriegesellschaften und mit ihnen die ganze Welt befinden sich in einer andauernden ökologischen Krise. Eine Umweltpolitik, die diese Krise beenden will, darf nicht bei inneren Reformen stehenbleiben, obwohl sie dort beginnt. Sie muß auf Systemveränderung zielen, oder sie wird als Versagen enden. Akute und schleichende Umweltzerstörung, schneller Ressourcenverbrauch und das Anwachsen technologischer Risikopotentiale haben eine gemeinsame Wurzel: ökologisch unverträgliche Nutzungsmuster, d. h. Nutzungsmuster, die in der gesellschaftlichen Praxis zur Zerstörung der inner- und der außermenschlichen Natur führen. Umweltpolitik, die langfristig erfolgreich sein will, sollte zum Schutz und zur Entwicklung menschlicher Lebensprozesse (Natur für Menschen) und der äußeren Natur (Natur für sich) führen.

Diese Art der Umweltpolitik — und wer will guten Gewissens für weniger plädieren? — sollte dort ansetzen, wo die Ausgangspunkte (nicht jedoch stets die „letzte Ursache“) von Umweltzerstörung liegen. Diese Ansatzpunkte sind die Komponenten der Nutzungsmuster. Eine auf Krisenlösung gerichtete Umweltpolitik sollte also darauf zielen, Nutzungsmuster ökologisch wünschenswert zu gestalten. Das heißt, sie sollte anstreben, Nutzungsmuster zu ökologisieren. Solch eine konsequent auf die Ökologisierung von Nutzungsmustern gerichtete Umweltpolitik strebt danach, Nutzungsmuster evolutionär weiterzuentwickeln. Ich nenne sie deshalb evolutionäre Umweltpolitik (bzw. Umweltpolitik der 3. Generation).

Wie sieht diese evolutionäre Umweltpolitik konkret aus? Und wie unterscheidet sie sich von der heute vorherrschenden technokratisch-vorsorgenden,

reglementierenden Umweltpolitik? Pauschal kann man diese Fragen vielleicht folgendermaßen beantworten: Evolutionäre Umweltpolitik beinhaltet zwar wesentliche Bestandteile herkömmlicher Umweltpolitik. Sie geht jedoch im konkreten wesentlich über sie hinaus.

(1) Das Zielsystem evolutionärer Umweltpolitik gleicht dem der herkömmlichen Umweltpolitik weitgehend. Sie versucht diese Ziele jedoch nicht einzeln und absolut, sondern miteinander verbunden und bezogen auf konkrete Nutzungsmuster zu erreichen. Dies bedeutet z. B., bezogen auf das Nutzungsmuster Landwirtschaft, daß sie nicht in erster Linie versucht, korrigierend in die derzeit herrschende Form der Landwirtschaft einzugreifen, sondern daß sie sich bemüht, Formen des Landbaues durchzusetzen, die insgesamt ökologischen Kriterien genügen. Dies sind vor allem der biologische, der organische und der biologisch-dynamische Landbau.

(2) Evolutionäre Umweltpolitik will Umweltschäden vermeiden und gleichzeitig Nutzungsmuster so umbauen, daß sie möglichst keine Umweltzerstörung auslösen und keine ökologischen Risiken aufbauen. Das heißt, sie will nicht reparieren, sondern radikal (im Sinne von an die Wurzel gehen) umgestalten.

(3) Evolutionäre Umweltpolitik formuliert möglichst konkrete Leitbilder und Szenarien, die angeben, wie das jeweilige Nutzungsmuster aussehen soll, wenn es ökologisch umgestaltet sein wird, bzw. wie es aussehen würde, nachdem es umgestaltet worden wäre. Das Energieszenario des Freiburger ÖKO-Instituts ist ein Beispiel für solch ein Leitbildszenario.

(4) Evolutionäre Umweltpolitik formuliert Szenarien und Übergangsstrategien, die angeben, wie die Ökologisierung eines konkreten Nutzungsmusters ablaufen könnte. Für diese Art von Szenarien und Übergangsstrategien gibt es bisher nur wenige Beispiele. Das von *Müller-Reißmann* und *Schaffner* ausgearbeitete Szenario „Ausstieg aus der Kernenergie“ gehört zu ihnen.

(5) Evolutionäre Umweltpolitik bezieht prinzipiell alle bekannten Faktoren ein, die dasjenige Nutzungsmuster prägen, welches ökologisiert werden soll. Sie würde z. B. bei der Durchsetzung einer umweltverträglichen Landwirtschaft nicht nur die technische Umstellung auf Formen des ökologischen Landbaus anstreben, sondern abgestimmt damit zugleich die Forschung in dieser Richtung fördern, ökonomische Unterstützung schaffen, versuchen, auf das Verhalten von Landwirten und Konsumenten einzuwirken usw.

(6) Evolutionäre Umweltpolitik versucht, auch solche Faktoren, die das Nutzungsmuster formen, zu stimulieren, die sie selbst nicht steuern kann. Das heißt, sie geht das Risiko der Verselbständigung von Veränderungsprozessen ein, da sie unterstellt, daß neuartige Entwicklungen zukunftsöffener Handlungsspielräume bedürfen. Sie würde z. B. im Bereich Landwirtschaft und Ernährung verstärkt die Erforschung von Methoden des ökologischen Landbaus einschließlich der anthroposophischen Grundlagen der biologisch-dynamischen Landwirtschaft fördern oder die Öffentlichkeit über sie aufklären. Evolutionäre Umweltpolitik würde „Bioläden“ und Verbraucherkooperativen von Produkten des ökologischen Landbaus fördern, auch wenn diese eher Unruhe als Ruhe in den Nahrungsmittelmarkt hineinbringen.

(7) Evolutionärer Umweltpolitik ist es wichtiger, Prozesse auszulösen, die in Richtung ökologischer Fortschritt verlaufen, als vorab bestimmte Ziele mechanisch durchzusetzen. Sie würde, wenn sie das Waldsterben eindämmen will, nicht das Katalysatorauto oder das Tempo 100 zum alles entscheidenden Kampfplatz erklären, sondern auch bewußt unkonventionelle Wege zur Bekämpfung der Waldschäden systematisch und umfassend ausprobieren.

(8) Evolutionäre Umweltpolitik wird in erster Linie die innovative Substitutionsstrategie und die Strategie ökologisch reifer Produktion verfolgen. Der Spar- und der Bewirtschaftungsstrategie sowie der konservativen Substitutionsstrategie wird sie nur vorübergehende Bedeutung zumessen. Die Verdrängungsstrategie wird sie nicht praktizieren.

(9) Evolutionäre Umweltpolitik entwickelt bereits in der Kritik des Bestehenden ein konkretes, positives Gegenkonzept. Sie wird nicht der abstrakten Negation einer als nicht wünschenswert erkannten Realität huldigen. Das heißt, für sie sind dezentral, kein Wachstum, Basis, Selbstversorgung nicht von vornherein ökologisch wünschenswerter als zentral, Wachstum, hierarchisch gegliedert oder Markt. Eine Wertung dieser Prinzipien erscheint ihr nur in bezug auf die Struktur eines konkreten Nutzungsmusters oder einer konkreten Gesellschaft sinnvoll. Sie unterscheidet sich damit von manchen Varianten sogenannter „alternativer Umweltpolitik“. Evolutionäre Umweltpolitik will bestehenden Strukturen nicht ihr unmittelbares Gegenteil gegenüberstellen, sondern sie will bestehende Systeme ökologisch evolutionieren.

(10) Evolutionäre Umweltpolitik ist nicht nur staatliche Umweltpolitik. An ihr haben alle Institutionen und Gruppen teil, die an der Ökologisierung eines konkreten Nutzungsmusters teilhaben. Sie kann daher durchaus widersprüchliche Elemente enthalten. Sie wird auch bewußt und gezielt die Innovationen, Verhalten und Erfahrungen von Außenseitern sowie von potentiellen bzw. realen ökologischen Pionieren aufgreifen. In Evolution und Kreativität steckt auch das Risiko des Scheiterns. Evolutionäre Umweltpolitik wird in vielen konkreten Einzelfällen dieses Risiko tragen.

Evolutionäre Umweltpolitik zielt also auf Systemveränderung, ohne jedoch Systemveränderung vorauszusetzen. Viele Elemente heutiger Umweltpolitik können auch Bestandteile einer evolutionären Umweltpolitik sein. Allerdings, evolutionäre Umweltpolitik geht in ihrer Geschlossenheit und in ihrem Umfang weit über heutige Umweltpolitik hinaus.

Evolutionäre Umweltpolitik orientiert sich in ihren Handlungen nicht am platten Erfolgsdenken noch an abstrakten, manchmal moralinsäuerlich vorgebrachten Grundprinzipien (Realos oder Fundamentalos). Evolutionäre Umweltpolitik beurteilt Entscheidungen und Handlungen danach, ob und inwieweit sie zur langfristigen Ökologisierung eines oder mehrerer konkreter Nutzungsmuster beitragen. Sie ist auf Systemevolution, und zwar auf die Evolution des gesamten Gesellschaftssystems, angelegt. Sie will wesentlich mehr als reine Machtumverteilung. Sie glaubt, daß die „neue Gesellschaft“ bereits in der alten heranwächst. Evolutionäre Umweltpolitik kann daher nur in Zeiten des tiefgehenden gesellschaftlichen Umbruchs betrieben werden. Ist dies der

Fall, so wird sie den Umbruch fördern und dazu beitragen, ihn in ökologisch wünschenswerte Bahnen zu lenken.

Rolf Czeskleba-Dupont

Die Einheit von Natur- und Arbeitsorientierung als Aufgabe antikapitalistischer Umwelt- und Ressourcenpolitik

Es geht mir im folgenden darum, mit Blick auf konkrete umwelt- und ressourcenpolitische Aufgaben den Marxschen Arbeitsbegriff gegen dualistische Auffassungen des Verhältnisses von Natur und Arbeit zu verteidigen, um die Vermittlung von Naturmomenten als gesellschaftliche Aufgabe begreifen zu können. Am Beispiel alternativer Energiepläne zeigt sich, daß sie ohne einheitliche Natur- und Arbeitsorientierung zwar technische Einzelalternativen, aber kaum gesellschaftliche Übergänge zuwege bringen. Diese Aufgabe hängt vielmehr mit den Aufgaben antikapitalistischer Politik insgesamt zusammen. Dabei erscheint besonders die Vereinheitlichung der grundlegenden Orientierungen von Bedeutung, mit denen die Arbeiterbewegung einerseits, die neuen sozialen Bewegungen andererseits an die Lösung extraktiver Ressourcen-, aber auch rezirkulativer Umweltprobleme (Abfallwirtschaft) herangehen.

1. Was heißt Einheit von Natur- und Arbeitsorientierung?

In seiner programmatischen Streitschrift „Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung“ wendet *Oskar Lafontaine* sich gegen „sich auf Marx berufende Sozialisten aller Schattierungen“, indem er ihnen vorwirft: „Die Entfaltung der Produktivkräfte wurde mehr und mehr (ihr) sich verselbständigendes Ziel“¹. Untermuert wird dieser Vorwurf durch einen Hinweis auf *Lenins* Einführung des *Taylor-Systems* in der Sowjetunion.

Offen bleibt in *Lafontaines* Schrift allerdings, ob das, im Fall der Sowjetunion, weltgeschichtlich zu verstehende Faktum notwendigerweise mit der Berufung von Sozialisten auf *Marx* zusammenhängt. *Lafontaine* nennt zwar die Marxsche Kategorie einer tätigen Auseinandersetzung mit der Natur und zitiert diesbezügliche Charakterisierungen der historischen Leistung der Bourgeoisie aus dem Manifest der Kommunistischen Partei. Er ruft sie aber unter der Prämisse in die Schranken: „... hat doch vor allem er, Karl Marx, einen Arbeitsbegriff entwickelt und hinterlassen, der, in der Verzerrung durch seine Anhänger (Hervorhebung RCD), mehr Krieg als Frieden mit der Natur verheißt“. Wiederum bleibt die Frage offen, ob *Marx* die behauptete Verzerrung durch seine Anhänger vorprogrammiert hat oder nicht.

¹ Oskar Lafontaine, *Der andere Fortschritt: Verantwortung statt Verweigerung*, Hamburg 1985, S. 204.

Nur en passant erwähnt *Lafontaine* unter Hinweis auf *Marx*, was sowohl theoretisch-programmatisch zum Leitfaden antikapitalistischer Produktivkraft-Entwicklung genommen wurde² als auch unmittelbar einsichtig ist, was es sich um die ökologische Herausforderung innerhalb kapitalistischer Gesellschaftsverfassungen handelt: „daß Ausbeutung der Natur und Ausbeutung des Menschen einander bedingen“. Man sollte meinen, dieser Bedingungs Zusammenhang sei von grundlegender Bedeutung, wenn man, wie *Lafontaine* dies inzwischen praktisch-politisch als möglich demonstriert hat, ökologische Probleme in der Tradition der Arbeiterbewegung lösbar machen will (vgl. unten 3).

Marx selber maß der *Naturbedingtheit der Arbeit* jedenfalls ganz entscheidende Bedeutung bei, wie aus den einleitenden Passagen seiner „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ von 1875 hervorgeht: „...denn gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein anderes Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der anderen Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben“³.

Mit dem angeführten Passus über die Naturbedingtheit der Arbeit wandte *Marx* sich gegen Verzerrungen des Arbeitsbegriffes, die er für politisch verhängnisvoll hielt. Gegen den Beginn des ersten Paragraphen des Gothaer Programms („Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur“) wendet er ein: „Die Arbeit ist *nicht die Quelle* alles Reichtums. Die *Natur* ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft“⁴.

Marx steht hier in der Tradition der klassischen politischen Ökonomie, ohne aber den Kardinalfehler auch eines *Adam Smith* zu teilen, nämlich „der Arbeit *übernatürliche Schöpfungskraft* anzudichten“⁵. Vielmehr heißt es noch im 14. Kapitel des „Kapital“ zu der polit-ökonomisch zentralen Kategorie produktive Arbeit: „Die obige ursprüngliche Bestimmung der produktiven Arbeit (als Prozeß zwischen Mensch und Natur, RCD), aus der Natur der materiellen Produktion selbst abgeleitet, bleibt immer wahr für den Gesamtarbeiter, als Gesamtheit betrachtet“⁶.

K. H. Tjaden hat wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß eben eine solche umfassende Betrachtungsweise notwendig ist, um zu beurteilen, worin das produktive Potential einer Gesellschaftsform besteht: im „längerfristigen, gesamtträumlichen Verhältnis von gesellschaftlich verfügbarer (lebendiger und

2 K. H. Tjaden, What does 'the productive forces will burst the capitalist relations of production' mean? An approach to anticapitalist political strategy, in: *Rethinking Marx*. Hrsg. von S. Hänninen und L. Paldán, Argument Sonderband AS 109, S. 173.

3 Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms. Mit Schriften und Briefen von Marx, Engels und Lenin zu den Programmen der deutschen Sozialdemokratie, 5. Aufl., Berlin 1969, S. 17.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Karl Marx, Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, MEW 23, S. 531 f.

vergegenständlichter) Arbeitskraft und gesellschaftlich erzielter (aneignender und erneuernder) Naturnutzung⁷. In einen derartigen Produktivkraftbegriff geht ein reproduktives Moment ein, das nicht zuletzt auf die reproduktiven Erfordernisse der beiden Urbildner des gesellschaftlichen Reichtums bezogen ist, die Erde und den Arbeiter, oder: Naturumwelt und Bevölkerung.

Eine solche Auffassung gesellschaftlicher Systeme als Vermittlung von Naturmomenten ermöglicht es, die in der Tat verselbständigten Ziele einer „Produktion um der Produktion willen“ in den Arbeits- und Lebenszusammenhang konkreter Gesellschaften zu re-integrieren. So ist zu fragen, auf welche Weise die Lösung von Umwelt- und Ressourcenfragen von der Entfaltung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvermögens abhängt und diese befördern kann.

2. Antikapitalistische Stoßrichtung zwischen Einzel- und Gesamtalternative

Auf einzelnen Gebieten der Umwelt- und Ressourcenproblematik liegen heute tiefgreifende Alternativkonzepte vor, die oft wesentliche Fortschritte in der denkenden Vorwegnahme einer öko-technologisch weiterentwickelten Naturaneignung darstellen⁸. Was die Problematik des gegenüber der regionalen Entwicklung verselbständigten Energiesektors angeht⁹, so sind hier vor allem die Studien des Freiburger Öko-Instituts zur Energiewende sowie der strukturell entsprechende dänische Alternativplan AE83 zu nennen¹⁰. Beide Szenarien leisten eine systematische Einbeziehung des technischen Fortschritts in die Analyse und Prognose stoff- und energiewirtschaftlicher Ketten von der Quelle bis zur Rezirkulation in die Umwelt (energiespezifisch als Wärme¹¹).

Der dänische Alternativplan AE83 verallgemeinert für Gesamt-Dänemark bis 2030 die technischen Fortschritte, die im Rahmen eines von der EG geförderten Demonstrationsprojektes seit 1981 mit der Realisierung des nordjüt-ländischen Projektes Dorfenergie in vier Ortschaften verwirklicht werden¹². Das technologische Kernstück ist dabei nicht sosehr die Biogas-Gemeinschaftsanlage als vielmehr die gasmotorisch betriebene Kraft-Wärme-Anlage,

7 K. H. Tjaden, Gesellschaftliche Produktivkraft und ökonomische Gesellschaftsformation. Thesen zur Genese und Perspektive kapitalistischer Mensch-Natur-Beziehungen, in: Dialektik 9, Ökologie – Naturaneignung – Naturtheorie, Köln 1984, S. 63.

8 Hartmut Bossel, Ökotechnik – neue Richtung des technischen Fortschritts, in: Interdisziplinäre Technikforschung. Hrsg. von G. Ropohl 1981, S. 47–58.

9 Rolf Czeskleba-Dupont, Der Energiesektor als Problem regionaler Entwicklung: Thesen zur natur- und arbeitsorientierten Belastungsanalyse, in: Regionale Krisen und Arbeitnehmerinteressen. Materialien zur arbeitnehmerorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik, StadtPlan 6, Köln 1981, S. 211–241.

10 Florentin Krause u.a., Energie-Wende: Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Ein Alternativ-Bericht des Öko-Instituts/Freiburg, Frankfurt am Main 1980; Niels I. Meyer u.a., Energie für die Zukunft: Alternativer Energieplan 1983 (dänisch), Kopenhagen 1984.

11 Hartmut Bossel, Neue Gesichtspunkte für die Energieversorgung, in: Sonnenenergie und Wärmepumpe Nr. 1/1981, S. 6–18.

12 Vgl. meinen Beitrag zur Fachtagung Umweltwissenschaft/Umweltpolitik des BdWi, Marburg/Lahn 1981 (Energiepolitik und Ökonomie der Naturre Ressourcen am Beispiel Dänemark).

bei der Elektrogeneratoren und Wärmepumpen in Tandem-Schaltung gefahren werden. Das in der BRD aus industriellen Anwendungen zur Spitzlastdeckung bekannte Tandem-Prinzip¹³ wird hier für die Grundlast-Deckung des örtlichen Kraft- und Wärmebedarfs verwendet, d.h. für eine Art Kraft-Wärme-Inseln, die anders als die herkömmlichen Kraft-Wärme-Werke nicht zum Absatz-Zwang von überschüssiger Elektrizität zumal in kalten Winternächten führen¹⁴.

Der öko-technologische Inhalt des dänischen Alternativplanes ist insofern als weitergehender Fortschritt gegenüber demjenigen der „Energiewende“ anzusehen. Während sich die Autoren der „Energiewende“ aber eingehend mit der Frage einer Übergangs-Energieressource befaßt haben (umweltfreundliche Kohlenutzung¹⁵), fehlen ressourcenbezogene übergangsstrategische Überlegungen bei den Verfassern des AE83. Und dies, obwohl ihren Vorstellungen gerade durch die staatliche Energiepolitik seit Ende der siebziger Jahre Tür und Tor geöffnet wurde: Das dänische Parlament beschloß endgültig am 29. März 1985, daß künftige öffentliche Energieplanung ohne Einbeziehung von Atomkraft zu betreiben sei. Dies ist wiederum auf dem Hintergrund zu sehen, daß die seit Oktober 1984 auf eigene Nordsee-Quellen umgestellte Erdgasversorgung Dänemarks endgültig als gesichert gelten kann. Hauptwidersacher waren hier – wie früher in der BRD – die auf den Wärmemarkt angewiesenen Atomkraft-Planer¹⁶.

Zumal seit Inkrafttreten der dänischen „Wende“-Politik Ende 1982 gehörte es zum guten Ton in der Forschungspolitik, den technologischen Inhalt des staatlichen Erdgas-Projektes und seiner Anwendungsfelder eher lächerlich zu machen. Hinweise auf die ausgezeichnete Kompatibilität von Erdgas- und Biogasversorgungssystemen¹⁷ galten daher als wenig zukunftsreichlich. Zudem wurde die Übernahme von Prinzipien einer Reproduktionspreis-Bildung von den Elektrizitäts- auf die Erdgasgesellschaften, wie sie im dänischen Gesetz über die Wärmeversorgung 1979 beschlossen worden war, eher argwöhnisch betrachtet. Statt eine Erweiterung desselben Prinzips, das die Einberechnung zukünftiger Investitionen in gegenwärtige Verbraucherpreise gestattet, zu fordern – man hat diesem Prinzip ja gerade durch die alternativen Konzeptionen einen vernünftigen Inhalt gegeben –, folgten die AE83-Verfasser eher der gängigen Hochjubelung der Marktwirtschaft. Sie forderten Besteuerung der Vermögen der Elektrizitätsgesellschaften, um deren Fonds zu zerschlagen, ohne daß der Aufbau alternativer Fonds für ihre eigenen ehrgeizigen Investi-

13 R. Regner, Kombinationstechnik GWP/BHKW Tandem-Heizkraft-Wärmepumpe, VDI-Berichte 455, S. 1–11.

14 Vgl. Fn12.

15 Dieter Teufel u.a., Kohle – Übergangsstrategie für die Ökologiebewegung, Frankfurt am Main 1981.

16 „...empfahl sich für die großen Stromproduzenten der Einstieg in die Kernkraft nicht zuletzt als eine Anti-Gas-Strategie“, Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 – 1975, Reinbek 1983, S. 213.

17 Barry Commoner, Radikale Energiewirtschaft: Konkrete Kursänderung in der Energiepolitik (The Politics of Energy, dt.), München 1980, bes. S. 135 ff.

tionspläne gesichert oder auch nur prinzipielle Klarheit über deren Konstruktion geschaffen war.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Bildung zentraler Fonds, die unter maßgeblichem Einfluß gewerkschaftlicher Organe stehen sollten und aus betrieblichen Überschüssen zu finanzieren wären, seit den siebziger Jahren zentrales Thema gewerkschaftlicher Mitbestimmungsforderungen in Dänemark ist (Wirtschaftsdemokratie). Zu dieser Frage verhielten sich die AE83-Autoren aber ebensowenig, wie es größeres Aufsehen bereitete, was das dänische Parlament *intra muros* verabschiedete, als auf dem Vorplatz die von Sozialdemokratie und Gewerkschaften einberufene Großkundgebung gegen den Regierungseingriff in den Rahmentarif-Konflikt mit über 100 000 Demonstrationsteilnehmern vonstatten ging: eben den genannten Beschluß über öffentliche Energieplanung ohne Atomkraft. Nur ein Teil der dänischen Gewerkschafter war in dieser Frage aktiv geworden, seit sie 10 Jahre zuvor Aktualität gewonnen hatte. Für die Ausübung politischen Drucks reichte dies aus, nicht aber für konsequente Einflußnahme auf die politisch-ökonomische Zielrichtung alternativer Pläne. Erst eine bewußt systemtransformierende, d.h. im Ansatz antikapitalistische Stoßrichtung hätte eine bessere Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiter- und der Alternativbewegung in diesen Kämpfen ermöglicht. Trotz Divergenzen in den Vorstellungen von langfristigen Gesamtalternativen hätte man vereint und in bestimmter Negation die kapitalistische Ausbeutung von Natur und Menschen zurückdrängen können. Ohne Konvergenz in einer einheitlichen Natur- und Arbeitsorientierung verbleiben der gewerkschaftliche wie der ökologische Protest hingegen der Herrschaft der Kapitalverwertung unterworfen.

In Erkenntnis dieser Sachverhalte begann der amerikanische Biologe und Umweltpolitiker *Barry Commoner* bereits 1979, sein in der „Radikalen Energiewirtschaft“ entworfenes Konzept einer kulturell spezifizierten Emanzipations-Strategie von der Konzernherrschaft in politisch-organisatorische Praxis zu übersetzen. So kandidierte er 1980 gegen *Reagan* u.a. im amerikanischen Präsidential-Wahlkampf, um die links-populistische *Citizen Party* aufbauen zu können. 1984 war er als Vize-Kampagnenleiter für *Jesse Jacksons* Regenbogen-Koalition tätig, um die gemeinsamen Probleme von ethnischen Minoritäten, Arbeiter-, Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung aufgreifbar zu machen: „Der Arbeiterbewegung fehlt noch immer die Macht, sich dem Recht eines Konzerns entgegenzusetzen, der eine ganze Stahlstadt brutal verlassen und zu ökonomischem Ruin verurteilen kann; Frauen haben noch immer nicht das selbstverständliche Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, das ihnen ebenso wie den Männern zusteht; Vorkämpfer für die Umwelt haben noch immer nicht ein Mitbestimmungsrecht bezüglich der Produktionsentscheidungen, die darüber bestimmen, welche neuen Gifte auf uns losgelassen werden; die Friedensbewegung erfährt noch immer ihre Machtlosigkeit gegenüber einem anscheinend indiskutablen Fazit, daß wir und die UdSSR Feinde sein müssen“¹⁸. *Commoner* zufolge gelang es *Jesse Jackson* tendenziell,

¹⁸ Barry Commoner, Jackson's candidacy will compel Reagan to face basic issues, in: *New York Newsday*, 20. 2. 1984.

eine Konvergenz in der Divergenz von alten und neuen sozialen Bewegungen herzustellen, indem er entgegen dem neo-konservativen Egoismus Einsichten in die gemeinsame Lage beförderte: „... solch eine Weißwäscher-Liste progressiver Positionen (wie Mondale oder Hart sie durchs Zumundereden hervorbrachten, RCD) kann niemals eine *Koalition* hervorbringen. Nur wenn jede Wählergruppe in der Lage ist zu sehen, wie ihr eigenes Interesse mit anderen verbunden ist, kann anderes erreicht werden als noch eine jener vorübergehenden, sich selbst aufhebenden Allianzen, deren Überreste die traurige Landschaft progressiver Politik in den USA pflastern helfen“¹⁹.

Gewiß erfordert die Lösung der hiermit angesprochenen Bündnisfragen weitergehende Diskussionen aktueller Klassenverhältnisse. Dabei ist es der Anspruch einer kapitalismusspezifischen Klassenanalyse, „objektive Widersprüche herauszufinden, die die Klassen in ihrem Gegeneinander und Untereinander einschließlich ihrer ideologischen, politischen und ökonomischen Ausdrucksformen bestimmen“²⁰. Wie *Hickel* hierzu treffend bemerkte, ist es dabei aber mit dem „spröden Definitionsrastrer einer Glaubens- und Standpunktslogik“ nicht getan. Vielmehr sind Basistrends und Alternativkonzepte gesellschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten auf ihre „Kapitalismus-Verträglichkeit“ (*K. H. Tjaden*) zu hinterfragen und praktisch zu erproben.

3. Ansätze energie- und umweltpolitischer Transformation

Kapitalismus-Unverträglichkeit bescheinigt jedenfalls die dänische Elektrizitätsgesellschaft ELSAM, der früher u.a. die Beteiligung an Brokdorf-Investitionen verwehrt wurde, den neueren Beschlüssen jener Parlaments-Mehrheit, die für ihre Kritik der Nato-Raketenaufrüstung bekannt ist: „Elektrizitätsabnehmer sollen in den kommenden Jahren Milliarden mehr für ihren Strom bezahlen aufgrund einer Reihe politischer Beschlüsse im Jahre 1984... — Kurz vor Weihnachten beschloß ELSAMs Vorstand, Kohlenkäufe in Südafrika abzuwickeln. Aufforderungen des Parlaments folgend, wird der Import billiger und schwefelarmer südafrikanischer Kohle 1990 ganz aufgehört haben. — Mehrere Kraftwerksblöcke sollen vor 1995 mit Entschwefelungsanlagen ausgerüstet sein, um einen Parlamentsbeschluß zur Halbierung von Schwefeldioxid-Ausstößen zu erfüllen. — Das Fünswerk wird umgebaut, um mit Erdgas beheizt werden zu können. Infolge eines politischen Beschlusses sollen die Kraftwerke nämlich in den nächsten 5-6 Jahren das Erdgas anwenden, das nicht an andere Parteien verkauft werden kann. Erdgas ist 2-3 mal so teuer wie Kohle. — Kernkraft, die große wirtschaftliche und umweltmäßige Vorteile hat, darf nicht länger in die dänische Energieplanung eingehen“²¹. Verschwiegen wird dabei, welche Rolle die Elektrizitätsgesellschaften bei der Zurückdrängung des Erdgas-Anwendungsbereiches in Dänemark spielten und daß die als kumulative Belastung aufgelisteten Punkte sich teilweise kompen-

19 Barry Commoner, The case for Jackson, in: *Voice*, 3. 4. 1984.

20 Rudolf Hickel, Kapitalfraktionen: Thesen zur Analyse der herrschenden Klasse, in: *Kursbuch* 42, Dez. 1975, S. 141.

21 Vgl. die dänische Tageszeitung INFORMATION vom 14. 5. 85.

sieren. Offensichtlich übernehmen hier öffentlich-rechtliche Gesellschaften die Rolle eines Staates im Staate mit dem verselbständigten Ziel der Aufrechterhaltung bestimmter Produktionen um der Produktion willen.

In Verbindung mit dem Rahmentarif-Streik um Ostern wurde in der bürgerlichen Presse bekannt, daß die Bevölkerung Aalborgs besonders hart vom Streik betroffen wurde, da die Kessel im Kraft-Wärme-Werk der ELSAM dort ausgingen. Verschwiegen wurde der Hintergrund der gewerkschaftlichen Aktion: daß nämlich ein Austritt der öffentlich-rechtlichen Kraftwerke aus dem Gesamtverband der Arbeitgeber gefordert wurde.

Eine konkrete Aufgabe umwelt- und ressourcenpolitischer Transformation besteht daher in der Fortsetzung jener Aufklärungsarbeit, für die die dänische OOA (Organisation zur Aufklärung über Atomkraft) seit 1974 steht und die wesentlich von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten mitgetragen wurde (vgl. Fn. 9). Ende Mai 1985 wurde durch die offizielle Aufgabe der etwa ein Dutzend reservierten Areale für AKWs ein neuer Anfang ermöglicht. Bekanntlich ist es beneidenswert, von allzu ehrgeizigen Plänen frei zu sein (*Brecht*).

Galt dies in der AKW-Frage für Dänemark, aber nicht für die BRD und die USA, so könnte es sich umgekehrt verhalten auf einem anderen, neuerdings erst auf seine alarmierendsten Seiten hin durchleuchteten Bereich der Umwelt- und Ressourcenpolitik, der kommunalen Müllverbrennung. Zur Ablösung der noch vorherrschenden Mülldeponierung setzen die New Yorker Stadtbehörden z. Zt. hart auf die Einführung großer Müllverbrennungs-Anlagen (MVAs). Dem widersetzten sich unter Hinweis auf ein unakzeptables Dioxin-Risiko sowohl der Community Council von Brooklyn als auch drei Community Councils in der unmittelbaren Umgebung der ersten MVA, des Brooklyn Navy Yard Resource Recovery Project ²².

Zum Widerstand der Bürgergruppen wesentlich beigetragen haben die 1984 veröffentlichten neuen Studien des CENTER FOR THE BIOLOGY OF NATURAL SYSTEMS/Queens College über die Dioxin-Risiken von MVAs²³. CBNS zufolge muß mit über 1000 zusätzlichen Krebsfällen pro 1 Million New Yorker Einwohnern gerechnet werden, wenn die erste Großanlage gebaut wird. Als akzeptabel gilt allenfalls ein Risiko von 1 zu 1 Million ²⁴. Prinzipiell verdient diese Art der Risikobewertung zumal in Europa mehr Beachtung, da man hier Grenzwert-Betrachtungen vorzieht. Gegenüber deren abstrakt-isolierendem Zugang zur Dioxin-Problematik muß es als entscheidendes umweltpolitisches Plus der von CBNS angewandten krebstatistischen Risikobewertung gelten, daß diese die wohl nicht unerheblichen regionalen Unterschiede der Luftverunreinigung mit primären krebserzeugenden Stoffen

22 Persönliche Mitteilung von Barry Commoner, New York.

23 Barry Commoner u.a., Environmental and economic analysis of alternative municipal solid waste disposal technologies, 4 Bände, CBNS 1984 (c/o Queens College, Cuny, Flushing/New York 11367).

24 Otto Hutzinger, Dioxine – Ökochemie, Expositions- und Risikoanalyse, Grenzwertermittlung, in: Schriftenreihe Chemie + Fortschritt, Nr. 1/1985, Dioxin in der Umwelt. Hrsg. vom Verband der Chemischen Industrie e.V., S. 33.

(Automobile, Chemie) in die Bewertung des Risikos miteinbezieht. Der co-karzinogenen Wirkung von Dioxinen und Furanen als Verstärker primärer Karzogene wird damit erst voll auf Rechnung getragen. Hinzu kommt, daß CBNS eine neue Theorie der Dioxin-Synthese in MVAs entwickelt hat, derzufolge diese erst in kälteren Anlagenteilen bis in die Schornstein-Spitze erfolgt. Mit der herrschenden Theorie der Dioxin-Synthese in den Öfen der MVAs wird damit auch die Strategie eines „Crackens“ dieser chlorierten aromatischen Kohlenwasserstoffe hinfällig.²⁵ Da CBNS zufolge Aromaten in MVAs hauptsächlich aus der unvollständigen Verbrennung von Lignin stammen, die auf Flugasche-Teilchen chloriert werden, empfiehlt sich dagegen eine vorgängige Sortierung in Lignin- bzw. Chlorquellen.

Neben der vorgängigen Sortierung ist allerdings noch eine andere kausale Prinziplösung des Dioxin-Problems aus MVAs technisch nachgewiesen: Bei *Niedertemperatur*-Pyrolyse von Müll und Klärschlamm kann die Bildung aromatischer Kohlenwasserstoffe umgangen werden, sofern eine Erhitzung über 320°C ausgeschlossen wird. Bei diesem Prozeß entsteht gleichzeitig ein kanzerogen-freies hochwertiges Öl²⁶.

Die neue Saarbrücker Landesregierung unter *Oskar Lafontaine* hat Ende April einen Stopp gegen den Bau einer MVA in Völklingen verfügt. Gönnen Sie ihr, diese negative Maßnahme durch positive Innovationen wie die *Niedertemperatur*-Pyrolyse von Müll und Klärschlamm zu ergänzen²⁷, so würde sie sich zweifellos an die Spitze einer Umweltbewegung gegen die Dioxin-Gefahr setzen, die eine ähnliche Dynamik entfalten dürfte, wie es die antimonopolistische Umweltbewegung gegen das DDT (*Hans Roos*) in den 60er Jahren tat²⁸.

Walter Hollitscher

Ökologie unter verkommenen ökonomischen Verhältnissen

Die politisch-ökonomischen Verhältnisse unter den monopolkapitalistischen Bedingungen, welche seit der Jahrhundertwende vorherrschen, wurden von

- 25 Commons ursprüngliche Beiträge von 1981/82 sind insofern überholt, vgl. Rolf Czeskleba-Dupont, Die Verbindung von Umwelt-/Energiepolitik und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer am Beispiel des Ansatzes von Barry Commoner, in: *BdWi-Forum*, Nr. 51/52, 1983, S. 44.
- 26 E. Bayer, M. Kutubuddin, Öl aus Klärschlamm, in: *Korrespondenz Abwasser*, Nr. 6/1982, S. 377-381.
- 27 Peter Voelskow, Spanisch-deutsches Projekt einer Gesamt-Entsorgung/Verwertung von Müll, Klärschlamm und Holzabfällen mit Sekundärprodukten von sehr hohem Marktwert, in: *Abfallverwertung, Referatesammlung zum 5. abfallwirtschaftlichen Fachkolloquium* 25. und 26. April 1985 Kongreßhalle Saarbrücken. Kommunalen Abfallbeseitigungsverband Saar und Institut für Siedlungswasserbau, Wassergüte und Abfallwirtschaft der Universität Stuttgart.
- 28 Rolf Czeskleba-Dupont, Was man unbedingt kennen sollte, um die Grünen zu verstehen: *Ökologische Kritik 1962-1976*, in: *Umweltfragen, Kommentierte Bibliographie (1)*, Argument Studienhefte SH 50, S. 3-19.

Lenin – als er in der ersten Jahreshälfte von 1916 „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ verfaßte – schon als „faulender, parasitärer und absterbender Kapitalismus“ gekennzeichnet. Diese Merkmale bestimmen noch heute die nicht-sozialistische „Halbwelt“, in welcher an drei Milliarden der nahezu fünf Milliarden Erdenbewohner zu leben gezwungen sind. Jedoch hat – diese so lange schon sterbende – Gesellschaft einen Grad der Fäulnis und des Parasitentums hervorgebracht, für welche die deutsche Sprache das Wort „Verkommenheit“ bereitstellt (englisch: „depravity“). Ich würde vorschlagen, sich seiner zu bedienen!

Heute konzentrieren einige wenige Super-Riesenkonzerne Produktion und Handel der kapitalistischen Welt in ihrer Hand, wie *Hans Kalt* (in seiner jüngsten Schrift: „Das Finanzkapital in Österreich“, Wien 1985) treffend feststellt. Zugleich leiden hunderte Millionen Menschen an Hunger und suchen dutzende Millionen in hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten Lebende nach (schlecht bezahlter) Arbeit, die ihnen zumindest eine ärmliche Wohnung zu mieten und sich dürftig zu bekleiden gestattet; da betäuben Millionen ihre leibliche und seelische Misere mit alt- und neumodischen Suchtgiften, welche letztere oft aufs Profitabelste von Chemie-Konzernen „entwickelt“ und bedenkenlos auf den Markt geworfen werden.

Als der große österreichische Dichter und Satyriker *Karl Kraus* während der I. Weltkriegsjahre (1915 – 1917) sein Werk „Die letzten Tage der Menschheit“ schrieb (es erschien zuerst in den roten Heften seiner Zeitschrift „Die Fackel“), waren der Menschheit „letzte Tage“ von ihm zwar gezählt und aufs Erschütterndste poetisch gestaltet, sind jedoch heute – siebenzig Jahre nach Bucherscheinungsbeginn – trotz schrecklichster II. Weltkriegswiederholung und Abermillionen weiterer Opfer bis zum Tag, da ich dies schreibe, von denen als „letzte“ verhindert worden, die der Menschheitszukunft zu dienen bemüht und (wie ich zuversichtlich hoffe) fähig sein werden, ihre Endgültigkeit zu verhindern, die heute zum erstenmal in der geschriebenen Geschichte möglich wäre, was eine historisch *völlig* neue Situation darstellt: Die Menschheit könnte sich ausrotten durch einen „globalen Atomkrieg“, jedoch *auch* – weniger spektakulär – durch protrahierte ökologische Fehlgriffe und Katastrophen, also die Unfähigkeit, die „rationelle Gestaltung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur“ (*Marx*) zu bewerkstelligen. „Dabei können diese ökologischen Weltprobleme nicht allein auf die Verschmutzung, Belastung, Vernichtung und Verwüstung der Natur reduziert werden; sie beinhalten auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen gearbeitet und gelebt wird, und betreffen somit die Stellung des Menschen in der Gesellschaft“ (Horst Pauke, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3/1985, S. 209). Und ebendort weiter: „Der Sozialismus kann die globalen Probleme unserer Zeit nicht allein für die ganze Welt lösen. Dazu bedarf es der Anstrengungen aller Völker auf unserem Planeten, gemeinsamer Bemühungen und der Zusammenarbeit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz.“

Aus solchen Erwägungen schlug ich – seit nunmehr geraumer Zeit – vor, daß Marxisten von heute sich des Ausdrucks „Politische Ökologie“ bedienen, gleichwie die Klassiker (in den Worten von *Sir William Petty*, 1623 – 1687) die

Ökonomie als „Politische Ökonomie“ der kapitalistischen Produktionsweise verstanden und ihre Klassenabhängigkeit bewiesen und ihre Wandelbarkeit begrifflich konkretisierten: seitdem es Klassen gibt und solange es sie geben wird. Wer die Ökologie nicht als Politische Ökologie begreift, hat sie entgesellschaftlicht und somit ihren Gegenstand verfehlt – sei es aus Unwissenheit, sei es aus Realitätsverleugnung. (Und für beides vergibt die herrschende Ausbeuterklasse „Gute – Dienst – Prämien“.) Für eine zeitgemäße „Kritik der Politischen Ökologie“ ist's höchste Zeit. Laßt uns endlich damit systematisch beginnen!

Denn seitdem es gesellschaftliche Klassen gibt – noch-nicht-antagonistische (etwa Bauern, Handwerker, vorwiegend Ideell-beschäftigte), antagonistische und nicht mehr antagonistische, wie im heute sich rasant verbreitenden sozialistischen Anfangsstadium des Kommunismus – gibt es auch Klassenwidersprüche (sei es antagonistische, oder auch nichtantagonistische, wie im Sozialismus, welche der Lösung bedürfen, um nichtantagonistisch zu bleiben). Dies gilt für die Politische Ökonomie wie für die Politische Ökologie.

Die imperialistischen Länder haben heute eine, die ganze Welt gefährdende, *Verkommenheit* erreicht, von der auch wir Marxisten keine angemessenen Erwartungsvorstellungen hatten und die es heute zu thematisieren, theoretisch zu erfassen und propagandistisch-agitatorisch (nicht nur in der „Schönen Literatur“ der Dichtung, sondern ebenso in der „unschönen Literatur“ der Wissenschaften) darzustellen und abzuwehren gilt. Dazu ist, wie für jede berufsrevolutionäre Tätigkeit, die Vereinigung dreier *sehr* schwer kombinierbarer Haltungen erforderlich: Nachdenklichkeit (um das Neue der Wirklichkeit zu begreifen), Entschlossenheit (um sie zum Besseren zu verändern) und Leidenschaftlichkeit, um zu beidem möglichst viele mitzureißen.

Erinnere ich mich, der ich 1911 geboren wurde, an meine Kindheit und Jugend, so traten mir der Parasitismus, der Verfaulungsprozeß und die Krisenhaftigkeit dieser Zeit in Form des Luxus der Einen und der Armut der Vielen, in Form des I. Weltkriegs, der Berichte über seine Greuel und bald darauf, als ich erwachsen wurde, in Gestalt der Weltwirtschaftskrise von 1929 entgegen. (Lange zuvor schon im *Lenin*-Todesjahr 1924, war ich seiner Bewegung – der Jugend zuerst und bald darauf der Partei – beigetreten, die meinem Leben Sinn und Zweck verleihen sollte, von der Zeit des 13-jährigen bis zum Heute des 75-jährigen und solange es noch währt.)

Jedoch etwa nach dem II. Weltkriegsgemetzel wurde die „neue“ *Verkommenheit* immer deutlicher. Hatte *Karl Kraus* noch der „Journaille“ seiner Tage treffend nachgesagt, „sie geben's so billig, daß es an Unbestechlichkeit grenzt“, haben ihre Nachfahren von heute nicht nur ihr Einkommen, sondern ihre *Lust* am Ersinnen zuvor unerhörter Verleumdungen alles Guten in der Welt! Oft entsinne ich mich *Karl Krausens* Ausruf vom Vortragspult: „Was für eine Welt!“ Und er meinte damit das, was er – der des Marxismus Unkundige – so treffend und kurz „die Bürgerwelt“ nannte.

Daß es noch schlimmer im langen Sterbensprozeß des Kapitalismus kommen konnte, beobachten wir jetzt, da sich die Herrschaftsformen der reaktionärsten Strömungen der monopolistischen Bourgeoisie in der Allgemeinen

Krise des Kapitalismus seit den II. Weltkriegszeiten neu gestalten: Der Faschismus erreichte seine national-modifizierten Verkommenheitsformen zum Beispiel in Polen unter *Pilsudski* (1926), in Italien unter *Mussolini*, in Deutschland unter *Hitler*, der 1933 seine Diktatur errichtete. Wo immer er auftrat, bediente er sich zum Zwecke der Spaltung der Massen verschiedener Formen des *Rassismus*: einer pseudo-biologischen Doktrin, welche jede allgemeine Menschlichkeit ausschließt und jegliche Schandtat gegen die als minderwertig denunzierten „Rassen“ herausfordert.

Nach dem Sieg über den *Hitler*-Faschismus im II. Weltkrieg, der die Stärke und Kampfkraft der Welt des Sozialismus allen sich gegen den Faschismus Vereinigenden welthistorisch erwiesen hatte, begann als neue Verkommenheitsströmung der Versuch der Geschlagenen, ihre Verbrechen zu dissimulieren, um Voraussetzungen für ihre spätere Wiederholung vorzubereiten. Die Verlogenheit der verkommenden Bürgerwelt erreicht dabei ungeahnte Gestalten und Dimensionen, deren Aufdeckung und Bekämpfung uns, ihren Gegnern, das Äußerste an diagnostischen, propagandistischen, agitatorischen und organisatorischen Kräften abverlangt und bis zum Tod des „sterbenden Kapitalismus“ abverlangt wird. Wer da nicht aufs Aufrichtigste sagt, was ist, begibt sich eines Teils der mobilisierbaren Kampfeskräfte!

Wer da glaubt, die rassistische Verkommenheit würde mit dem Sieg über das NS-Regime überwunden sein, verkannte ihre Unentbehrlichkeit für die Erhaltung der bürgerlichen Halbwelt von heute. Will diese ihr Ausbeutungsregime noch weiterhin „sichern“, so bedarf sie der Denunzierung eines Gutteils der Ausgebeuteten als „Halbmenschen“, halbtierisch – nicht ganz menschlich. So etwa der „Schwarzen“ in Südafrika gleichwie der „afroamerikanischen“ Negerbevölkerung der USA und der lateinamerikanischen „Nicht-ganz-Weißen“.

Manche vermeinten, die Nachkommen der Opfer der entsetzlichen NS-„Juden“-Ausrottungen würden durch das Schicksal der Millionenopfer gegen rassistische Parolen und Mordaufrufe gefeit sein. Jedoch, zum Beispiel in Israel, wiederholen gewisse Ideologen des Zionismus die seinerzeitige Losung *Shabotinskis*: „Tötet die Araber und vernichtet alles Arabische!“ *Moshe Dayan* erklärte, man dürfe die arabischen Probleme nur unter militärischem Aspekt sehen (berichtete vor kurzem – laut „Neue Zeit“, Juli 1985, Nr. 29, S. 16 – der „Miami Herald“ in den USA). Andere Israeli fühlen sich von einer Ideologie angezogen, welche die Exklusivität der „jüdischen Rasse“ (!) betont und die Ausrottung der „arabischen Untermenschen“ auf die Flagge mit dem Davidstern schreibt („Volksstimme“, Wien, 23. Juli 1985, S. 4).

Und die sogenannte „gelbe Rasse“ der „Mongolen“ (ohne die die antike Kultur nicht für Europa bewahrt worden wäre), die einen beträchtlichen Teil der irdischen Milliarden von Erdenbewohnern ausmacht, wird je nach antisozialistischem Tagesbedarf als „Verbündete“ oder „Rassengegner“ beansprucht. Wer das ohne „heiligen Zorn“ (um mit einem Bibelwort zu reden) mitanhört oder gar dabei mittut, verdient wahrhaft, daß man *ihm* die Menschlichkeit abspricht.

Um die Verkommenheitsgefahr am Beispiel meiner Heimat Österreich, der

sogenannten „Insel der Seligen“ und seiner vielgerühmten Sozialpartnerschaftszustände zu illustrieren, so ist sie jetzt ein Beispielsfall der Suchtgiftszene – der sich nicht wenige Österreicher weit entrückt wähnten. Es geht ums Kokain (an dessen Erforschung seinerzeit niemand anderer als *Sigmund Freud* teilhatte). Den jungen Österreichern werden heute von den Kokain-„Dealern“ (Verkäufern) „Top“-Leistungen auf allen Gebieten versprochen: Kreativität, sexuelle „Höhenflüge“, bestes berufliches „Funktionieren“. Selbst Kinder werden schon zum Kokain-Schnupfen verführt. Der Süchtiggewordene gibt in Österreich 40 000–60 000 Schilling monatlich für seinen für ihn unwiderstehlich gewordenen Drang aus – eine Summe, die schnellstens in die Kriminalität führt, da sie nur für „Top“-(Spitzen)-Verdienende erschwinglich ist. Verständlich, daß Kokain zum Milliardengeschäft geworden ist. Der „weiße Schnee“ wird von der Pharmaindustrie synthetisch ergänzt: „Pervitin“ und „Preludin“ treten als „Ergänzungen“ zum Kokain am Pharma-Markt auf. Ob die Öffentlichkeit unserer Gesellschaft sich das über ihre Krankenkassen bezahlen läßt, den Hohn zum Schaden fügend?!

Genug der Verkommenheits-Kasuistik, an deren *erste* Stelle ich, hierzulande, die Käuflichkeit und ihre gesellschaftliche Tolerierung durch die Herrschenden und ihre Massenmedien zu setzen geneigt wäre.

Regionalentwicklung – Leben in Stadt und Land

Alf Baumhöfer

Stärkung der regionalen Eigenständigkeit durch Aktivierung der eigenen Kräfte, orientiert am regionalen Bedarf

Die „Stärkung einer eigenständigen Regionalentwicklung“ oder, anders ausgedrückt: eine Stärkung der regionalen Eigenständigkeit könnte ein gangbarer Weg sein, um in Regionen, die „hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben sind“, die Lebens- und Arbeitsbedingungen langfristig zu verbessern. Dieser Vorschlag ist – grob umrissen – eine Alternative zur zentralistischen, industrieorientierten Wirtschaftspolitik und -entwicklung. Über eine stärkere Dezentralisierung und regionale Selbstbestimmung wird der Aufbau einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur angestrebt. Diese Strategie will eine Stärkung der regionalen Eigenständigkeit mit möglichst voller – aber umweltbewußter – Mobilisierung der regionalen Ressourcen erreichen.¹

1. Ökonomische Komponenten einer eigenständigen Regionalentwicklung

Ausgangspunkt ist die Aktivierung und Förderung von „regionseigenen Kräften“. Die Produktion ist am eigenen und regionalen Bedarf orientiert - es wird nicht mehr ausschließlich auf die Entwicklung von regionalen Ressourcen abgestellt, die überregional gefragt sind.

Diese Strategie bedeutet eine Umkehrung des derzeitigen Prinzips, nach dem Randregionen insbesondere Rohstoffe und Halbfertigprodukte exportieren und regionsfremde (teure) Fertigprodukte importieren. Bisher kommt die Wertschöpfung zum größten Teil den Ballungsräumen bzw. Zentren zugute, da insbesondere dort Produkte weiterverarbeitet und vermarktet werden. Eine eigenständige Regionalentwicklung soll diesen Prozeß zum Stehen bringen und die damit verbundenen ökonomischen Benachteiligungen und Abhängigkeiten durch z.B. eine regionsangepaßte Integration der Urproduktion, Veredelung, Weiterverarbeitung und Vermarktung abbauen.

Neben diesem teilweisen Ersetzen von (teueren) Importen würde die regionale Eigenständigkeit auch durch neue, qualitative Produkte mit „Regional-

¹ S. auch: Alf Baumhöfer, Die Stärkung einer eigenständigen Regionalentwicklung – eine regionale Entwicklungschance, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Band 32, Heft 4 (1983).

charakter“ gestärkt werden, die sich an den speziellen, regionalen Standortgegebenheiten bzw. -vorteilen und regionalen Wertschätzungen orientieren. Dieses beinhaltet eine „Entdeckung“ von „neuen, sinnvollen“ Produkten und Märkten, die dauerhaften Absatz versprechen – und damit dauerhafte Beschäftigung bringen.

Die Suche nach diesen regionsbezogenen Produkten erfordert Kreativität und Erfindungsreichtum – die überall vorhanden sind. Sie müssen „nur“ durch langwierige Aufklärungs- und Bildungsarbeit sowie zielgerichtete Förderung, Betreuung und Beratung entwickelt und genutzt werden.² Hierzu einige grob skizzierte Möglichkeiten:

a) Erzeugung und Vermarktung von qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten

Der sogenannte ökologische bzw. biologische Landbau ist bei geeigneter Produktions- und Vermarktungsorganisation eine Produktionsalternative, da die wachsende Sensibilität für biologisches und ökologisches Kreislaufdenken und -handeln keine vorübergehende Mode sein dürfte, sondern ein erst anlaufender Prozeß.

Eine wichtige Rolle spielt hierbei nicht nur die wachsende Nachfrage nach vollwertigen, schmackhaften Nahrungsmitteln, sondern auch die Erhaltung und Schonung der Natur und ihrer Vielfältigkeit. Beim bevorzugten Anbau von standortgemäßen Kulturpflanzen in einem „biologischen Mischbetrieb“ wird der Abbau von Monokulturen und schädlichen Spritz- und Düngemitteln sowie die Berücksichtigung der Fruchtfolgeverträglichkeit bzw. der interessanteren Fruchtfolgewardirtschaft angestrebt. Durch die notwendige Vielfältigkeit – Viehwirtschaft (Mist, Gülle) und Ackerbau – ist die Umstellung von „konventioneller“ auf „biologische“ Wirtschaftsweise insbesondere für kleine und mittlere Betriebe sinnvoller als für landwirtschaftliche Großbetriebe.

Hochwertige landwirtschaftliche Erzeugnisse aus „biologischem Anbau“ bzw. von Umstellungsbetrieben sowie veredelte Produkte (z.B. Brot, Milchprodukte, Wurst- und Fleischwaren, Obstsaft) könnten über (gemeinschaftliche) Vermarktungswege (z.B. Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, Einkaufskooperativen, Abholgemeinschaften, Wochenmärkte usw.) regional abgesetzt werden, um nicht nur die Nachfrage zu befriedigen, sondern z.B. auch arbeitslosen Nebenerwerbslandwirten wieder einen Vollerwerb zu ermöglichen sowie die Veredelung und Weiterverarbeitung in die Region „zurückzuholen“. Dieser „Wieder“-Aufbau einer regionalen bzw. lokalen Verarbeitung und Veredelung (in Mühlen, Molkereien, Mostereien etc.) schafft regionale Arbeitsplätze und regionales Einkommen und reduziert die Kosten z.B. aufgrund kürzerer Transportwege.

Eine stärkere Ausweitung des biologischen Landbaues erfordert aber nicht nur die Initiative von Erzeugern und Verbrauchern, sondern es sind auch

² Ein Beispiel hierfür ist der Förderverein der (früheren) Mitarbeiter der Olympia AG in Leer – dem aber im entscheidenden Moment die staatliche Unterstützung versagt blieb.

Rahmenbedingungen notwendig, die diese Entwicklung unterstützen: Neben Umstellungs- und Investitionszuschüssen sind dieses vor allem regionale Beratung (regionale ökologische Beratungsringe) und Betreuung sowie z.B. die Einführung des ökologischen Landbaues als Unterrichtsfach an Landwirtschaftsschulen bzw. die Einrichtung entsprechender Studiengänge an Hochschulen.

b) Herstellung von gebrauchswertorientierten, langlebigen Gebrauchsgütern und Kunsthandwerksprodukten

Ähnlich wie in der Nahrungsmittelproduktion können auch in Bereichen der Gebrauchsgütererzeugung mit großtechnologischen Produktionsanlagen spezielle Qualitätsansprüche der Konsumenten nicht erfüllt werden. Die Produktion langlebiger, reparaturfähiger, umweltschonender und umweltverträglicher Produkte, das Herstellen von kunsthandwerklichen Produkten und die handwerkliche Fertigung von Produkten, bei denen Handarbeit schwer ersetzbar ist oder zum festen Qualitätsmerkmal des Produktes zählt, sind Bereiche, in denen eine regionsbezogene Produktion chancenreich wäre.

Insbesondere Klein- und Mittelbetriebe könnten diese qualitativ hochwertigen Produkte unter Nutzung der regionalen Rohstoffe herstellen. Wieweit hierbei bestehende (existentiell gefährdete) Klein- und Mittelbetriebe für eine Produktionsumstellung zu gewinnen sind, ist weniger von der finanziellen Unterstützung, sondern mehr von der Innovations- und Kooperationsfähigkeit dieser Betriebe und ihrer Beratung abhängig. Z.B. die Verarbeitung von Schafswolle, die Herstellung von Web- und Strickwaren, der Wohnungsausbau und die Herstellung von arbeitsintensiven Langzeitwaren (statt Wegwerfgütern) sind Bereiche mit Zukunftsperspektive. Aber auch die Ausweitung des Kunsthandwerks, über verstärkte Kooperation und gemeinsame Vermarktung, würde (im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr) regionale Einkommens- und Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Kunsthandwerksinitiativen, in denen aus Kooperations- und Vermarktungsgründen Kunsthandwerker zusammenarbeiten, könnten aber auch ausbilden und damit das Können und die Fertigkeiten an nächste Generationen weitergeben.

c) Maßnahmen zum Energiesparen und der Aufbau einer regionsspezifischen, dezentralen Energiegewinnung und -versorgung

Ein wesentlicher Teil der Strategie zur Stärkung einer eigenständigen Regionalentwicklung ist die Verminderung des Imports von teurer Energie. Zwei sich ergänzende Vorgehensweisen bieten sich hierbei an: Zum einen energiesparende Maßnahmen und zum anderen der Aufbau einer regionsspezifischen, dezentralen Energiegewinnung über die Verwendung erneuerungsfähiger (regenerativer) Energieträger.

Die Bedeutung von energiesparenden Maßnahmen bzw. eine sparsame Ressourcennutzung bei größtmöglicher Wiederverwendung und -verwertung von erneuerbaren Ressourcen wird in Zukunft unter der Prämisse knapper Ressourcen zunehmen. Neben einer langfristig angelegten Informations- und

Beratungsarbeit heißt dieses konkret einen Verzicht auf energieverworschwende-
rische Technologien (z.B. Pestizide, Verpackung) sowie eine Verminderung
der Energieverschwendung durch eine Erhöhung des Energieausnutzungsgra-
des (z.B. Wärmedämmung, Abwärmenutzung). Dieses beinhaltet auch den
umweltangepaßten Bau von sogenannten Energiesparhäusern (z.B. Wärme-
dämmung, Verwendung regenerativer Energiequellen, Wiederverwendung
von Brauchwasser)³ und energiesparende Baumaßnahmen an öffentlichen
Gebäuden.

Weiterhin trägt die Nutzung erneuerungsfähiger regionaler Energieträger
zur Stärkung der regionalen Eigenständigkeit in hohem Maße bei. Der Ersatz
nicht regenerierbarer Energieträger (Öl, Gas) durch regenerierbare Energie-
träger (Windenergie, Biogas, Solarenergie) bzw. der Aufbau einer regionsspe-
zifischen dezentralen Energieversorgung könnte durch vom Bund bzw. vom
Land finanzierte „Pilotprojekte zur Entwicklung regional angepaßter Energie-
nutzung und örtlicher Energieversorgung“ ausgehen und in Zusammenarbeit
mit Fachleuten und Initiativen aus der Region konkretisiert werden.

d) Entwicklung und Aufbau eines kleinräumlichen, naturnahen Fremdenverkehrs

Der Aufbau eines naturnahen, sanften Fremdenverkehrs, der die Natur
schont und einen hohen Urlaubs- und Erholungswert für die Gäste bietet, ist
eine weitere regionale Entwicklungsmöglichkeit. Die Eigenart der Umgebung,
die Möglichkeit einer gesunden Ernährung und freien Bewegung in der Nat-
ur, die Ruhe, das Erlernen von künstlerischen und handwerklichen Fertigkeit-
en usw. usf. werden von immer mehr Menschen höher bewertet als Komfort
und Service, Perfektionismus und Trubel. Gerade viele „periphere“ Regionen
mit teilweise noch „unverfälschten Besonderheiten“, mit „natürlichen Rei-
zen“, mit vielfältigen Entdeckungsmöglichkeiten statt durchgeplanter Frem-
denverkehrsinfrastruktur, mit individueller Gastfreundschaft statt perfekter
Animation erfüllen diese Ansprüche.

Dieser regionsspezifische, sozial und ökologisch verträgliche Tourismus
könnte dezentral von einheimischen Landwirten, Gastwirten, (Kunst-)Hand-
werkern etc. ausgehen und über lose Organisationszusammenschlüsse „ver-
marktet“ werden. Die Einbindung von landwirtschaftlichen Betrieben und lo-
kalem Gewerbe sowie breite Beteiligung der regionalen Bevölkerung über das
Anbieten von vollwertigem Essen („Biokost“), die Vermarktung von regiona-
len „Spezialitäten“ (bei denen der Ursprungsort zu einem wesentlichen Pro-
duktmerkmal gemacht wird), Möglichkeiten zum Erlernen von künstlerischen
und handwerklichen Fertigkeiten sowie das Kennenlernen einheimischer Tra-
ditionen und Besonderheiten würde kleinräumige Strukturen wiederbeleben
und aktivieren.

So wäre an die Förderung einer neuen Qualität des Fremdenverkehrs durch
Wahrung und Pflege von Traditionen und den Erhalt typischer Siedlungs-

3 S. z. B. das geplante „autonome Fehnhaus“ in Ostfriesland oder das „Energilabor“ der Uni-
versität Oldenburg.

strukturen zu denken. Hierbei muß aber grundsätzlich beachtet werden, daß der Fremdenverkehr niemals ein Patentrezept sein kann: Zum einen ist der Fremdenverkehr immer abhängig von den Urlaubsgewohnheiten der Touristen – die fast immer von außerhalb der Region kommen –, andererseits stößt gerade der naturnahe, sanfte Fremdenverkehr – aufgrund des Anspruchs der Naturschonung – sehr leicht an Belastungsgrenzen in der Natur.

2. Sozio-kulturelle Komponenten einer eigenständigen Regionalentwicklung

Zentrale Annahme dieses Konzeptes ist es, daß sich die Menschen in der Region – genügend politische und wirtschaftliche Unterstützung vorausgesetzt – selbst helfen können. So verfügen oft Teile der Bevölkerung noch über Produktionsmittel (wie z.B. Grund und Boden, Maschinen), entsprechende Fertigkeiten und Begabungen, teilweise auch über Kapital. Es fehlt aber an Marktübersicht und Organisationserfahrung. Auch eine ausgeprägte Innovations- und Kooperationsfähigkeit bzw. Umsetzungsbereitschaft ist kaum vorhanden.

Aufgrund dieser Gründe ist neben einer Aktivierung der regionalen Bevölkerung eine fachliche Beratung und Betreuung von lokalen und regionalen Initiativgruppen, die wirtschaftlich tragfähige Produktionsalternativen entwickeln und konkretisieren, unumgänglich. Im Vordergrund steht somit nicht die finanzielle Direktförderung, sondern die indirekte, personalintensive Förderung durch eine aktivierende Informations- und Bildungsarbeit sowie der Aufbau einer Beratungs- und Betreuungsstruktur. Konkrete Aufgabenbereiche wären z.B.

- die Erarbeitung von regionalen Entfaltungsmöglichkeiten sowie die Stimulierung und Aktivierung von entwicklungsfähigen regionalen Initiativen, um engagierte Aktivisten und Interessenten z.B. für Pilot- und Entwicklungsprojekte zu gewinnen;
- das Einbringen von Erfahrungen aus anderen Regionen und Ländern;
- Hilfestellungen für alle auftauchenden Probleme bei der Realisierung (z.B. betriebswirtschaftliche und rechtliche Beratung).

Haupt- und nebenberufliche Regionalbetreuer könnten diesen Innovationsprozeß mit einleiten und koordinieren. Erfolgsbeispiele für diese der wirtschaftlichen Beratung vorgelagerte Aktivierung finden sich in der Schweiz, in Schottland und in österreichischen Berggebieten.⁴

3. Merkmale der autonomen Regionalentwicklung in politischer Hinsicht

Eine wirksame Korrektur regionaler Entwicklungsdefizite einschließlich eines Abbaues der einseitigen Begünstigung der Zentren muß auch über eine Stärkung des politischen Gewichts der Region erreicht werden. Eine Verbesserung der Wirtschafts- und Strukturpolitik und eine Erweiterung des Instru-

⁴ S.: Alf Baumhöfer, Wirtschaftsprojekte durch regionale Initiativen/Ansätze alternativer Regionalpolitik anhand von Beispielen aus Randregionen Österreichs, Oldenburg 1982.

mentariums im Sinne der Förderung der regionalen Autonomie und Initiative ist hierbei wichtige Voraussetzung. Diese beiden Schritte sind unumgänglich – sie sind aber nur wirkungsvoll, wenn die traditionellen regionalpolitischen Instrumente die Autonomiebestrebungen nicht behindern bzw. unmöglich machen. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Instrumente der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung so zu verändern, daß sie mit den Zielen einer eigenständigen Regionalentwicklung harmonisieren und diese unterstützen.

Solche regionsspezifischen Entwicklungsvorstellungen stehen oft im Widerspruch zu denen der Zentren. Ohne eine verstärkte und wirksame Einflußnahme auf die zentralstaatliche Politik, deren raumwirksame Effekte häufig nur „nebenbei“ bedacht werden, muß dieses Konzept ein wirkungsloses Alibi bleiben. Eine eigenständige Regionalentwicklung kann somit nicht alleine von unten erfolgreich verwirklicht werden: Sie ist auf die Hilfestellung von außen bzw. auf entsprechende raumwirksame Rahmenbedingungen angewiesen.

4. Vorschläge für konkrete Schritte zur Stärkung einer eigenständigen Regionalentwicklung

Es müssen wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten erkundet, entwickelt und konkretisiert werden, die der Erhaltung und Erneuerung vorhandener Strukturen ebenso dienen wie dem schonenden Umgang mit den natürlichen Gegebenheiten und Ressourcen. Konkret heißt das die Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzeptes: In Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, mit Initiativen, Fachleuten etc. müßten klein-regionale Entfaltungsmöglichkeiten bzw. spezifische Entwicklungsmöglichkeiten sowie konkrete Handlungsbereiche erkundet werden. Die Einbeziehung und Untersuchung von in der Region bestehenden Wirtschaftsprojekten wäre hierbei sinnvoll und förderlich.

Nach einer Publizierung, öffentlichen Diskussion und Propagierung der Untersuchungsergebnisse wäre ein nächster Schritt die Schaffung von „Finanzierungsquellen“ für Bildungsarbeit (zur Erarbeitung von Produktionsalternativen und Möglichkeiten der Importsubstitution), für Beratung und Betreuung, für Regionalbetreuer, für Starthilfen, Zuschüsse etc.. Hier sollte z. B. über sog. Pilotprojekte auf ein spezielles Innovationsprogramm bzw. auf die finanzielle Ausstattung eines Fonds hingearbeitet werden. Zugleich sollten aus der Region mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten konkrete Anfänge mit bestehenden regionalen Initiativen gemacht werden, um u. a. die Forderung nach Landes- und Bundesmitteln zu unterstreichen.

Dieses sind, grob umrissen, konkrete Schritte zur Stärkung einer eigenständigen Regionalentwicklung. Regionale Arbeitslosigkeit, negative Wanderungssalden, Monostrukturen, starke Abhängigkeiten von Zentren etc. können durch eine schrittweise Konkretisierung langsam abgebaut werden. Es kann nicht erwartet werden, daß regionale Fehlentwicklungen, die in einem langen Prozeß der Industrialisierung entstanden sind, in kurzer Zeit behoben werden. Die Stärkung einer eigenständigen Regionalentwicklung und damit

der Aufbau einer vielfältigen regionalen Wirtschaftsstruktur ist ein langsamer, langwieriger Entwicklungsprozeß.

Eine längerfristig wirksame Bekämpfung regionaler Entwicklungsschwäche ist meiner Meinung nach nur über eine stärkere regionale Selbsthilfe und Selbstorganisation bzw. über eine Stärkung der regionalen Eigenständigkeit möglich. Aufgrund gesamtgesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Strömungen ist es zur Zeit günstig, dieses regionalpolitisch Sinnvolle zu tun!

Klaus Brake

In allen Regionen müssen ökonomische, technologische, soziale und kulturelle Erfahrungen zugänglich sein, die Handlungsfähigkeit mit Perspektive ermöglichen

Menschenverachtende Disparitäten

An den Lebensbedingungen in Stadt und Land der BRD ist eines jetzt vor allem ärgerlich:

- Es gibt Gegenden, die noch weniger mit Arbeit versorgt sind, als das ohnehin schon der Fall ist; in vielen alten Industrie-Städten und ländlichen Gebieten kommt entschieden zu wenig von dem über, was in der BRD an Entwicklungskräften und Ressourcen zur Lebensgestaltung hervorgebracht wird;
- und es gibt Gegenden, in denen die Lust am Kapitalinvestieren – in Cities, Spitzen-Konsum und -Kultur, in Produktionstechnologien etc. – überbietet: Bauboom, hektische Umnutzungen, Umwelt-Belastungen prägen das Bild – etwa in Frankfurt, München oder Stuttgart.

Parallel zu diesen Disparitäten ist eine Vereinheitlichung von Konsum-Mustern, Bau-Moden, Meinungsbildung etc. zu beobachten, die – angesichts regionaler Besonderheiten etwa in Italien oder Frankreich – bereits an US-amerikanische Zustände erinnern mag. Diese Erscheinungen verbindet das Bemühen darum, die BRD zwar als einheitlichen Markt für Massenwaren zu vervollkommen, jedoch zu deren Entwicklung und Produktion besonders selektiv Standortvorteile zu nutzen und zu protegieren, die ganz klar gesellschaftlich zustande gekommen sind. Die BRD ist auf dem besten Wege, das Niveau ihrer Reproduktion gebietlich ganz extrem ungleichwertig herauszubilden. Ein Stichwort dafür ist das Süd-Nord-Gefälle, das z.B. in der FAZ mit der Empfehlung in Frage gestellt wird, um so mehr doch private und Marktkräfte zum Zuge kommen zu lassen¹. Der springende Punkt in dieser Entwicklung aber ist, daß dabei für sehr viele Menschen die Grundlagen für eine historisch adäquate Persönlichkeitsentwicklung sehr stark beeinträchtigt werden.

¹ S. den Kommentar FAZ 15.4.1985.

Neuorientierung des Umgangs mit Ressourcen ist erforderlich

Was im Kern anders werden müßte, ist einfach zu sagen: Die territoriale Ausbreitung der wirtschaftlichen Potenzen, die sozial vorteilhaft zu nutzen sind, muß umgelenkt werden. Aber wie? Und welche qualitativen Aspekte sind dabei zu beachten? Es geht nicht nur darum, die zwischen einigen Agglomerationen und zurückgebliebenen Gebieten ungleichmäßigen Standortentscheidungen aufzuteilen, um so Unterausstattungen und Überlastungen auszugleichen. Die Arbeits- und Lebensverhältnisse in der BRD werden maßgeblich nicht so stark beeinträchtigt durch die Infrastruktur-Versorgung (die weitgehend angeglichen ist) oder durch ökologische Mißstände (die als Folgeerscheinungen durchaus politisch noch eingeschränkt werden können). Viel stärker werden sie beeinträchtigt durch unterschiedlich entwickelte Möglichkeiten dazu, mit der ökonomischen, technologischen, sozialen und kulturellen Entwicklung in der BRD Erfahrungen sammeln zu können, die dazu befähigen, darauf politisch so Einfluß zu nehmen, daß solche Zustände vom Keim her verhindert werden können. In diesem Merkmal einer kritischen Bewußtseinsentwicklung und einer Handlungsfähigkeit mit Perspektive vermute ich die wirklich wesentlichen Unterschiede zwischen Gebieten in Stadt und Land der BRD bzw. den Menschen, die dort leben. Der Ursachenzusammenhang mag die Bedeutung unterstreichen: Voraussetzung für solche Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung² ist nämlich, daß sich alle materiellen Prozesse der Gesellschaft, insbesondere die des Produzierens von Gebrauchswerten und Leistungen, überall, d. h. in allen Sektoren und in allen Gebieten, auf einem Niveau bewegen, das in historisch wesentlichen Elementen – etwa dem Grad der Vergesellschaftung oder angewandten Wissenschaft, der Qualifikation, der erforderlichen Menge an Arbeit etc. – dem Niveau entspricht, welches die Entwicklung in der BRD insgesamt bestimmt. Und dieses Niveau ist – und das belegen historische Prozesse wie z.B. die Verwissenschaftlichung der allgemeinen Qualifikation oder die Verkürzung der notwendigen Arbeit – für uns nicht zu trennen von industrieller Produktion (was nicht identisch ist mit dem industriellen Sektor), von Arbeitsteilung und Kooperation auf einem entwickelten Stand (was nicht identisch sein muß mit uns gewohnten Formen z.B. von Arbeitsproduktivität).

Konkrete Utopie regionaler Lebensbedingungen

Für die Menschen, die z.B. im nordwestlichen Niedersachsen, im Eifel-/Hunsrück-/Saargebiet oder östlichen Bayern leben, dürfen nicht bloß diejenigen sozialen, kulturellen, politischen und gewerkschaftlichen Erfahrungsmöglichkeiten bereitgehalten werden, die mit einer Arbeitswelt zusammenhängen,

2 Zum Zusammenhang „Arbeits- und Lebensbedingungen/Persönlichkeitsentwicklung“ siehe: Klaus Brake/Christoph Wurms: Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung als Ziel der arbeitnehmerorientierten Stadtentwicklungs- und Regionalpolitik, in: Regionale Krisen und Arbeitnehmerinteressen (StadtPlan 6), Köln 1981.

die auf isolierter bäuerlicher Produktion, auf heimischem Handwerk oder Ressourcenumgang oder auf einer Industrie beruht, die zwar noch relativ arbeitsintensiv ist, jedoch auf nachgeordnete Fertigung beschränkt ist und insgesamt einer überholten Generation in der Produktivkraftentwicklung angehört. Vielmehr muß auch dort ein Segment dessen vorhanden sein, was die wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten in einem so prosperierenden Standort wie derzeit z. B. München oder Stuttgart prägt. Hinzu hat eine Landwirtschaft zu kommen, in der industriemäßige Produktion vorherrscht – und zwar nicht, indem sie fabrikähnlich und Teil der chemischen Industrie ist, sondern indem Landwirtschaft betrieben wird mit dem Resultat einer konkreten Arbeit, die z. B. nach Qualifikation, Zeitaufwand und Entgelt dem sonst erreichten Standard entspricht. Und schließlich müssen auch alle anderen Tätigkeitsbereiche, die z. B. mit regionalen Besonderheiten – wie etwa Fremdenverkehr, Kultur, Handwerk – zusammenhängen, ihrer Art nach dazu beitragen, die Möglichkeiten zu produktiver Arbeit in dem Sinne zu verwirklichen, wie das zur Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums erforderlich ist, der erstmal vorhanden sein muß, um sozial und kulturell befriedigende Arbeits- und Lebensverhältnisse herzustellen: Dazu gehören ausgewogene Verhältnisse von Arbeits-Umfang und -Entgelt und von Bedürfnisentwicklung und den Möglichkeiten, diese auf dem Wege einer emanzipatorischen Persönlichkeitsentwicklung zu befriedigen.

Praktische Voraussetzungen der Siedlungsentwicklung

Auf jeden Fall erforderlich ist es also, wirtschafts- und raumplanungspolitisch insbesondere die privaten Investitionen sektoral und regional lenken zu können. Im Rahmen einer solchen nationalen Strategie können erst – und sollen dann auch – die „endogenen Potentiale“ einzelner Regionen den Ausgangspunkt von Regionalpolitik bilden, und zwar im Sinne der Ausgestaltung ihrer Besonderheiten zu Faktoren einer „sich selbst tragenden Entwicklung“.³ Wenn also wirtschaftliches Potential (von bevorteilten in benachteiligte Regionen) umgelenkt wird, bedeutet das praktisch eine Reduzierung der Agglomeration, soll jedoch im Ergebnis zu keiner totalen und gleichmäßigen Dezentralisierung führen. Gerade für die Existenzfähigkeit hochentwickelter Tätigkeitsbereiche muß es gut ausgebaute Zentren geben; denn Kooperationsmöglichkeiten und qualifizierte Infrastrukturen können nicht in beliebig kleinem Maßstab leistungsfähig bestehen. Eine praktische Konsequenz wird also sein, daß es überall (mittlere bis größere) Städte gibt.

Zur Ausgestaltung der Städte

Es läßt sich streiten darüber, wie „Orte“ oder „Städte“ zu definieren und zu erklären sind. Auf jeden Fall sind sie Mittelpunkte des Alltagslebens von –

³ Zur Problematik einer undifferenziert propagierten „regionalen Regionalpolitik“ siehe: Karl Hermann Tjaden: Arbeitsorientierte Regionalpolitik und regionale Entwicklungspolitik, in: ebenda.

sehr vielen – Menschen: Sie sind Gemeinwesen. Und das sollen sie mit ihrer Anlage, Nutzung und Gestaltung klar zu erkennen geben. Alles, was mit dem Wohnen der Masse der Bevölkerung zu tun hat, Arbeitsstätten und öffentliche Gebäude müssen in der Stadt den Platz einnehmen, der für eine befriedigende „Organisation“ des Alltagslebens bei minimalem Verkehr am praktischsten ist. Und d. h. vor allem: Standortwünsche, die Einzelnen Vorteile verschaffen, sind zu negieren, und die Stadtzentren sind (wieder?) zu wirklichen Mittelpunkten des kommunalen Lebens zu machen. Damit kann erreicht werden, daß Wohnungen nicht durch Kommerz verdrängt werden („erzwungene Mobilität“) und das Stadtbild nicht mehr von privaten Profiten beherrscht wird.

Wie wäre das zu bewerkstelligen? Wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß die Städte und ihre Bewohner den Bodenbesitz regulieren, wofür öffentliches Bodeneigentum, striktere Flächennutzungsaufgaben und Enteignungsmaßnahmen wichtig sind, und daß sie den Druck des standortsuchenden tertiären Sektors reduzieren. Hierzu ist der Einfluß auf einzelne Städte seitens des – gewöhnlich (inter-)national agierenden – Handels-Kapitals zu beschränken, das sich insbesondere durch Monopolstellung oder das Geschäft mit modischen Waren und superschnellen Gewinnen auszeichnet und dadurch besonders cityorientiert ist und destabilisierend wirkt. Im Hinblick darauf ist dessen Absatz-Basis zu reduzieren, indem der Konzentration regionaler Kaufkraft auf wenige Städte ein Riegel vorgeschoben wird.

Eine solche Stadtplanungs-Politik kann in den Städten selbst z.B. dadurch betrieben werden, daß große Überbauungen und deren einheitliche Nutzung unterbunden und die stromlinienmäßige Verkehrserschließung der Innenstädte verhindert werden. Das kann dann außerhalb und zwischen den Städten bedeuten,

- daß aus den kleineren Bereichen, Orten und Einrichtungen die Kaufkraft nicht mehr in dem Maße abgesaugt wird;
- daß die kommunale Konkurrenz und Erpreßbarkeit eingedämmt werden kann; und
- daß der überregionalen/bundesweiten Gleichschaltung von Konsum- und Lebensgewohnheiten eine Basis entzogen wird.

Gleichzeitig kann damit auch von dieser Seite her dazu beigetragen werden, regionale Besonderheiten und Ausprägungen wirklich produktiv weiterzuentwickeln, indem sie nicht bloß auf das Schattendasein in den Nischen angewiesen sind, die das große Geschäft ja auch nur bestehen läßt, soweit das sein Vorteil ist.

Politische Rahmenbedingungen, Widerstände und Praxis

Ein solcher Entwurf zukünftiger Lebensbedingungen in Stadt und Land der BRD ist jedoch nichts ohne die erforderlichen Rahmenbedingungen; die betreffen die Verfügung über Produktiv-Investitionen und Grund und Boden, und damit sind sie politisch ebenso essentiell wie brisant und angefeindet: „Auf der Seite der Gegenkräfte steht alles, was am privaten Besitz von Grund

und Boden in der Stadt oder auf dem Lande interessiert ist, stehen die großen Geldmächte, die dem Grundbesitz auf Hypotheken Kapital geliehen haben, steht der gesamte Handel, der den Austausch von Industrie und Agrarproduktion zwischen Stadt und Land vermittelt, stehen alle politischen und geistigen Gewalten, die von der Zurückgebliebenheit der Landbevölkerung profitieren und die ein Interesse daran haben, die bäuerlichen Eigentumsinstinkte gegen den Hunger der städtischen Bevölkerung mobil zu machen“.⁴

Jedoch gibt es inzwischen Erfahrungen im Umgang mit den Rahmenbedingungen und diesen Gegenkräften. Zum Teil sind entsprechende Planungskonzepte schon weit ausgearbeitet,⁵ und zum Teil gibt es politisch-praktische Erfahrungen, die belegen, daß eine solche Gestaltung von Lebensverhältnissen möglich ist. Auch wenn ein sehr umfassendes Experiment nicht in der BRD läuft, sondern in Bologna,⁶ und hiesige Beispiele destruiert wurden – etwa in Wiesbaden oder München – oder erst wieder im Aufbau sich befinden, wie in den vielen Kommunen mit DKP- bzw. Grünen-Abgeordneten – auf jeden Fall können uns diese Erfahrungen ermuntern. Hinzu kommt ja, daß – im Gegenzug zu den Flurbereinigungen der derzeitigen Krise – die Bereitschaft, dagegen aufzustehen, gerade in sozial oder örtlich/regional bestimmten Teilen der Bevölkerung der BRD zunimmt. Das ist eine vorteilhafte Ausgangsbasis.

4 Alexander Schwab: *Das Buch vom Bauen*, Düsseldorf 1973, S. 193.

5 Klaus Brake (Bearb.): *Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik*, Köln 1979.

6 S. z.B. Max Jäggi u.a.: *Das rote Bologna*, Zürich 1970. Einer derart sozialorientierten Stadtplanungspolitik würde das von Bundesbauminister Schneider propagierte „neue Städtebaurecht“ erst recht wesentliche Gestaltungsmittel entwenden.

Bildungswesen

Karl-Heinz Heinemann/Werner Rügemer

Bildung 2000

1. Verkürzte Szenarien, kleine Auswahl: im Jahr 2000

Szenario I a

Pressekonferenz des Bundesbildungsministers (CDU), konservative Regierung der harten Linie. Die Konferenz findet in Herrenberg/Schwäbische Alb statt, im Bildungszentrum der IBM Deutschland. Journalisten sind nicht anwesend; der Leiter des Ausbildungszentrums, 36 Jahre alt, seit zwei Jahren zugleich Bildungsminister, läßt von seinem Arbeitszimmer eine Erklärung ins Bonner Ministerium überspielen, wo die Journalisten vor dem Monitor sitzen; die Rede und ein Foto des Ministers erhalten sie zugleich als Speicherinhalt ihrer mitgebrachten Reiseschreibmaschinen. Der Kernsatz, der abends auf den Bildschirmen der privaten Haushalte erscheinen wird, lautet: „Die Vorbereitungen für den Eintritt unseres Bildungswesens ins dritte Jahrtausend haben sich verzögert. Ich kann Ihnen jedoch bekanntgeben, daß die genauen Kriterien für die Aussonderung der 31,67 Prozent Lernunfähigen jedes Jahrgangs nun als Verordnung vorliegen. Die Standardschulzeit ist auf sechs Jahre festgelegt und wird von 62,58 Prozent jedes Jahrgangs absolviert. 5,75 Prozent werden nach 10 Jahren zum Abitur geführt. Das Curriculum, Deutschland auf dem Weg zu den Sternen' wird morgen an die Direktoren unserer Bildungseinrichtungen ausgeliefert.“

Szenario I b

Pressekonferenz des Bundesbildungsministers (CDU), konservative Regierung der weichen Linie. Die Konferenz findet im Essener Dom statt, zusammen mit dem Erzbischof. Der Minister verweist vor den zahlreich in schwarzen Anzügen erschienenen Journalisten auf die unangefochtene Rolle, die die Kirchen für die geistige Orientierung der Bevölkerung und der schulpflichtigen Jugendlichen spielen. Zur Linken des Ministers sitzt die Bundesvorsitzende des Deutschen Elternrats, die an die gewachsene Bedeutung der Familie für Betreuung, Unterweisung und Erziehung der Jugend erinnert, gerade in einer Zeit, in der für einen Teil ein Schulbesuch weder sinnvoll noch finanzierbar sei. Ein Vertreter der Wirtschaft macht auf die vielfältigen Bildungsange-

bote der Unternehmen, gerade für Problemgruppen wie Frauen, Behinderte, Ausländer und Arbeitslose, aufmerksam.

Szenario II

Pressekonferenz der Bildungsministerin (SPD) der Regierungskoalition aus SPD, FDP und einem Teil der GRÜNEN. Im Bonner Ministerium unterstreicht die Ministerin, daß ihre Partei großen Wert darauf gelegt habe, nicht nur wie bisher eine weibliche Ministerin, sondern zwei im Bundeskabinett zu haben, deshalb sei sie sehr froh, gerade mit dem Ressort Bildung betraut worden zu sein. Es sei unerträglich, daß nach wie vor mehr als ein Drittel der Jugendlichen von der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen würde, ohne daß die Schule sich auf diese Situation eingestellt habe. „Unsere Schule darf nicht länger nur einer kleinen Minderheit dienen, während gut 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung nach den UNESCO-Kriterien als Alphabeten beenden.“

Neben dem sozialpolitischen Programm der neuen Regierung, jedem ein arbeitsfreies Grundeinkommen zu sichern, stehe die Aufgabe, auf ein erfülltes, sinnvolles Leben außerhalb der Zwänge der Lohnarbeit vorzubereiten. Zunächst gehe es um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der damit unmittelbar zusammenhängenden Erscheinungen jugendlicher Delinquenz, vor allem in den Großstädten. Als erste Maßnahmen sind vorgesehen: Die Umwandlung möglichst vieler Sekundarstufenschulen in Ganztagschulen. Für dieses Programm sollen innerhalb der nächsten zwei Jahre 50 000 arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Überall, wo sich eine ausreichende Zahl von „Gründern“ findet, können Gesamtschulen oder auch freie Schulen eröffnet werden.

In leerstehenden Schulen werden Jugendzentren eingerichtet, teilweise mit Jugendwerkstätten, in denen man eine zweijährige Ausbildung zum Industriewerker, Büroassistenten und verwandten Berufen absolvieren kann. „Wir brauchen nicht mehr Leistungsdruck, sondern soziale Freiräume, in denen wir lernen können, friedlich miteinander umzugehen und Konflikte auszutragen.“ Vorgesehen ist die Schaffung eines dichten Netzes von Drogenberatungsstellen und Therapiegruppen für Suchtkranke, aber auch für jugendliche Kriminelle. Selbsthilfeprojekte, Werkstätten und Dienstleistungsgruppen, die bereits im Rahmen des Programms „Licht für die Schattenwirtschaft!“ als förderungswürdig anerkannt wurden, können die Einrichtung von Freizeitwerkstätten und Ausbildungsplätzen voll finanziert bekommen. Darüberhinaus werden überbetriebliche kommunale Ausbildungszentren eingerichtet. Alle Firmen, die nicht mindestens 8 Prozent ihrer Belegschaftsstärke als Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, sollen ab dem nächsten Jahr eine Ausbildungsabgabe zahlen.

Szenario III

In der Werkhalle von Daimler-Benz in Sindelfingen findet ein Pressefest der Vereinigten Linksregierung statt, die gemeinsam von SPD, Grünen und Friedensliste gebildet wird. Die Bildungsministerin von der sozialistischen

Fraktion der Grünen stellt der Belegschaft von Daimler-Benz und den zahlreichen Besuchern das Bildungs- und Erziehungsprogramm der neuen Regierung vor, die im Parlament eine gute Zwei-Drittel-Mehrheit hat.

Bisher waren 30 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Nun werden sie dringend gebraucht. Ohne die Unterstützung vor allem der Jugend wird sich das Programm der demokratischen Wende nicht verwirklichen lassen. Jugendliche, arbeitslose Techniker und Naturwissenschaftler werden gebraucht bei der Umwandlung der Rüstungsproduktion zu friedlichen Zwecken, der Bekämpfung des Waldsterbens und der Erprobung neuer Verkehrslösungen, wie es im Technologieförderungsprogramm der neuen Regierung vorgesehen ist.

Die Vereinigte Linksregierung wendet sich an die Jugend, vor allem die Arbeitslosen, mit der Bitte um Mithilfe. Sie will Arbeitsbrigaden in die jungen Nationalstaaten in Mittelamerika und Afrika entsenden, um dort beim Aufbau einer nationalen Industrie helfen zu können. Lehrerstudenten sollen einen Teil ihres Praktikums in diesen Brigaden ableisten können.

In den neugeschaffenen Stadtteilzentren werden – bezahlte – Mitarbeiter benötigt. Diese Zentren sollen die lokalen Kommunikationsstrukturen entwickeln, Dienstleistungen und Pflege für alte und kranke Menschen organisieren, Spielmöglichkeiten, Gruppen und Betreuung für Kleinkinder schaffen, Spielplätze in Ordnung halten und ein Freizeitangebot für Jugendliche organisieren. Aufgaben des Umweltschutzes sollen sie vor Ort wahrnehmen.

Die Schulen arbeiten mit den Stadtteilzentren eng zusammen und übernehmen wichtige kulturelle Aufgaben. Ebenso kooperieren sie mit den Betriebsräten und Gewerkschaftsorganisationen der Firmen in ihrem Einzugsbereich. Sie erarbeiten ein Programm für gemeinsame Freizeit- und berufliche Fortbildungsveranstaltungen. Lehrer und Schüler sind verantwortlich für die Errichtung von Volkshochschulfilialen in den Stadtteilen und den Gemeinden auf dem Lande, in denen Alphabetisierungskurse, Deutsch für Ausländer, Einführung in neue Technologien, Arbeitswissenschaft und Kurse für kulturelle Aktivitäten angeboten werden.

Die in den Schulen vorhandenen Videoanlagen werden genutzt, um ein regionales Fernsehprogramm herzustellen und in das örtliche Kabelnetz einzuspeisen. Auch dafür sind die Schulen selbst verantwortlich. In den Schulen werden für jedermann zugängliche Bibliotheken und Mediotheken eingerichtet, die auch Zugang zu den zentralen Datenbanken ermöglichen.

Die Schulzeit in der neu aufzubauenden demokratischen Einheitsschule wird auf zehn Jahre verkürzt. Bis zur Verabschiedung neuer Lehrpläne für Polytechnik sind alle Schulen selbst dafür verantwortlich, sich in ihrer Region Projekte zu suchen, in denen die Schüler eigenständig in der Produktion oder bei öffentlichen Aufgaben mitarbeiten können. Dabei sollen Unterrichtsinhalte und Arbeitsaufgaben der Schülerinnen und Schüler eng verzahnt sein. Das Bildungsministerium schreibt einen Wettbewerb für die Schulen aus, bei dem Lösungen für die Konversion von Rüstungsproduktion und umweltschädlichen Produkten und Verfahren gesucht werden.

Alle Sonderschulen werden aufgelöst. In allen Einheitsschulen werden Beratungszentren eingerichtet, die in Zusammenarbeit mit den Eltern und Klas-

senlehrern individuelle Förderprogramme nicht nur für die bisherigen Sonderschüler erarbeiten. Die Sonderschullehrer arbeiten in den Einheitsschulen mit und bieten Fortbildungsmaßnahmen für die Kolleginnen und Kollegen an.

Für Kleinkinder und Säuglinge ab dem sechsten Monat wird eine ganztägige Betreuung in Krippen und Kindergärten gesichert, um allen Frauen eine Berufstätigkeit ohne Benachteiligungen zu ermöglichen. Arbeitern und Angestellten steht ein einmonatiger Bildungsurlaub zu, der zur beruflichen, politisch-gesellschaftlichen oder auch zur allgemeinen Weiterbildung genutzt werden kann. Neben staatlichen Bildungszentren können auch selbstorganisierte Bildungsmaßnahmen besucht werden. Die Berufsbildung geschieht weiter in den Betrieben, in Zusammenarbeit mit örtlichen Ausbildungszentren. Verantwortlich sind die Ausbildungszentren, die der staatlichen Schulaufsicht unterstehen.

In einer Grundsatzrede setzt sich die neue Bildungsministerin mit dem Vorwurf auseinander, die Bildungsreform widerspreche den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und sei industriefeindlich. Sie beginnt ihre Ausführungen mit einem Zitat aus *Marx*' „Kapital“: „Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben und Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben und Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitsanforderungen; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind...“

Sei es nicht das Ziel der konservativen Bildungspolitik der letzten Jahre gewesen, die Arbeiter und Angestellten zu mehr Flexibilität zu bewegen, die Bereitschaft zu fördern, sich umzuschulen? Freilich hätte man bisher gehofft, dies marktförmig zu regeln: Jeder sollte selbst für seine Weiterbildung verantwortlich sein, sich für Monate beurlauben lassen, um einen Fortbildungskurs zu besuchen, für teures Geld sich per Btx einen Fortbildungskurs auf den heimischen Terminal liefern lassen. Bisher bedeutete mehr Flexibilität für die Arbeiter und Angestellten mehr Existenzunsicherheit. Weiterqualifizierung gab es nur für die 30 Prozent, die es geschafft hatten, in eine qualifizierte Position einzurücken.

Nun stelle man sich nicht nur eine Demokratisierung der Bildung, sondern auch eine Umverteilung der Arbeit vor: In einem dreijährigen Stufenplan wird die 30-Stunden-Woche eingeführt; die Löhne werden nicht reduziert und in der Zukunft am durchschnittlichen Produktivitätsfortschritt orientiert.

So berechtigt das Anliegen sei, in den Schulen und Bildungseinrichtungen neue Methoden zu erproben, um die Schule als lebensfremde Zwanganstalt aufzulösen: Die Lösung des Problems liege nicht in den Methoden und auch nicht im Verzicht auf die Öffentlichkeit des Bildungswesens, sondern im Gegenteil in einer engen Verzahnung von Öffentlichkeit und Bildungseinrichtungen, in der Übernahme öffentlicher Verantwortung durch die Schulen und in ihrem Ausbau zu öffentlichen Kulturzentren. Das polytechnische Prinzip spielt bei der Verbindung von Schule und Leben die entscheidende Rolle. In den Schulen soll nicht in erster Linie die Bedienung von Computern eingeübt werden, vielmehr sollen die allgemeinen Grundlagen der neuen Technologien so vermittelt werden, daß alle über ihren Einsatz mitbestimmen können und befähigt werden, solche technischen Lösungen zu realisieren, die die Arbeit erleichtern und anreichern, Arbeitszeit einsparen und den gesellschaftlichen Reichtum erhöhen.

In einem 500-Milliarden-Investitionsprogramm werden zunächst so viele Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen, daß alle arbeitslosen Erwachsenen und Jugendlichen einen Platz bekommen. Der gleichfalls anwesende Bundeskanzler (SPD) ging eindringlich auf die enormen Schwierigkeiten ein, die das Volk der Bundesrepublik bei der Durchsetzung des geplanten Gesamtprogramms haben werde, sowohl mit Gegnern im Inneren wie auf dem Weltmarkt; ohne Beteiligung der Jugendlichen, Lehrer und der Bevölkerung insgesamt werde sich nichts durchsetzen lassen.

2. Anfänge

Ende der 60er und insbesondere in den 70er Jahren ereignete sich nicht nur eine Bildungsexpansion, d.h. ein Anwachsen der Schülerzahlen und der durchschnittlichen Schulzeit, sondern auch der größte Schub demokratischer Bildung und Erziehung, den die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Geschichte erfahren hat. Hunderttausende von Jugendlichen, Studenten und Erwachsenen jeden Alters taten sich in Arbeitsgruppen, Bürgerinitiativen und demokratischen Bewegungen zusammen: Sie lernten aus Betroffenheit, aus Interesse, selbstorganisiert.

Begonnen hatte es in den 60er Jahren mit der Außerparlamentarischen Opposition und dem Zerfall der CDU-Herrschaft. Was wurde da alles gelernt: die Geschichte der kolonialistischen Unterdrückung durch Frankreich und die USA, die Geschichte der Befreiung durch die nationalen demokratischen Kräfte mit Ho Chi Minh an der Spitze; die Rolle der Sexualität im menschlichen Zusammenleben; die Ursachen des Faschismus und der Gründung der BRD; manche hatten sich auch mit Marxismus beschäftigt, das „Kapital“ studiert. Danach in den 70er Jahren ging es auf wesentlich breiterer Basis weiter und hat in den 80er Jahren noch an Umfang und Tiefe gewonnen: Wieviel Kenntnisse wurden da in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen angeeignet über Verkehrsplanung, Kernkraft, Umwelt, Frauengeschichte und -interessen, Frieden und Abrüstung, Computer, Geschichte des Faschismus, Geschichte von unten . . .

Diese Entwicklung hängt auf vielfältige Weise mit der Bildungsreform zusammen, die 1969 von der sozialliberalen Regierung eingeleitet wurde. Die Dauer und das Niveau der Bildung haben sich seit Ende der 60er Jahre beträchtlich erhöht: Die Auszubildenden sind heute zu Beginn ihrer Ausbildung im Durchschnitt zwei Jahre älter als 1960; die Zahl der Abiturienten und Studenten hat sich im gleichen Zeitraum vervielfacht. Die Ansprüche der Bevölkerung und der Jugendlichen an eine noch bessere Bildung sind dadurch keineswegs befriedigt, sondern eher noch erweitert worden. Vom schulorganisatorischen Ergebnis her hat diese Reform nicht sehr weit geführt, die Gesamtschulen (etwa 150 in der BRD) sind wohl das wichtigste. Aber der subjektive Faktor hat sich geändert: die gewerkschaftlich ausgerichtete Mehrheit der Studenten und der Studentenbewegung; die progressivste Lehrerschaft in der Geschichte des kapitalistischen Deutschland (stünde unseren Lehrerinnen und Lehrern bei all ihren komplizierten Selbstzweifeln diese Tatsache doch einmal klar vor Augen!); die Suche vieler junger Eltern nach partnerschaftlichen Verhaltensweisen und Erziehungsformen; die vielen Jugendlichen, die lernbegierig bleiben und trotz deprimierender Lebensaussichten nicht den Neonazis nachlaufen; die Hunderte arbeitsloser Lehrer, die in Selbsthilfeprojekten pädagogisch wirksam bleiben und sich etwas zum Leben verdienen wollen . . .

3. Grenzen und Strategien

Die sozialdemokratische Regierung, die der Bildungsreform 1969 „oberste Priorität“ geben wollte, hat von Anfang an nicht die Grenzen gezeigt, die im Kapitalismus lagen. Wer als Grundsatz des gesellschaftlichen Lebens anerkennt, daß es nur wenige wirklich Verantwortliche für den Kernbereich der Produktion gibt, nämlich die privaten Produktionsmittelbesitzer, der wird – mit welchen Zusatzbegründungen und Abfederungen immer – in der Bildung nicht einen anderen Grundsatz verwirklichen können, nämlich der Mehrheit, d. h. den Nicht-Verantwortlichen, eine breite Allgemeinbildung zu verschaffen.

Auch die spontanen und selbstorganisierten Bildungs- und Erziehungsprozesse kommen an ihre Grenzen, wenn sie den Staat nicht für sich, sondern gegen sich haben. In allen lebenswichtigen Fragen, die auch die Ausgangspunkte für die geschilderten Bildungsprozesse gewesen sind – also Umwelterhaltung, Abrüstung, Ausbildungsplätze und so fort –, sind bei aller Eigentätigkeit von Betroffenen und Engagierten doch letztlich staatliche Entscheidungen und Maßnahmen notwendig. Und es wird zweifellos der tatsächlichen Gewalt des *Staates* bedürfen, Abrüstungsmaßnahmen auch gegen den Willen der mächtigen „Betroffenen“, nämlich Rüstungskonzerne, Großkapital und Bundeswehrgeneralität, durchzusetzen, ebenso etwa ein umfangreiches Investitionsprogramm für Arbeit und Bildung in die Wege zu leiten, das Millionen Arbeits- und Ausbildungsplätze bringen soll, Millionen Menschen den Analfabetismus überwinden helfen soll, hunderttausende Lehrer einstellen soll, Millionen benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern zu ihren Rechten verhel-

fen soll. All dies ist nur möglich, wenn Volksbewegungen da sind, die sich zugleich auf die Dauer des Staates bedienen können.

Die Bildungsexpansion seit Ende der 60er Jahre hat zwar auch für viele Jugendliche (und inzwischen Erwachsene) aus Arbeiterfamilien nicht geringe Verbesserungen gebracht – wenn man den Vergleichsmaßstab der vor der Bildungsexpansion bestehenden, noch größeren sozialen Bildungsungleichheit nimmt –, aber die eigentlichen Gewinner waren die schon immer Bevorzugten: die Mittelschichten. Ähnliche Ergebnisse zeigt die Geschichte der BRD seit 1968 auch unter anderen Aspekten, die eng mit der Bildungsentwicklung zusammenhängen. Die aktive Beteiligung an der Politik, an sozialen und politischen Bewegungen hat insbesondere in den Mittelschichten zugenommen, nicht so sehr in der Arbeiterklasse.

Wollen wir also die „spontanen“ Prozesse aus der sozialliberalen Regierungsära nicht einfach, unter neuen Bedingungen, fortführen, so müssen wir auch auf die Verallgemeinerung der demokratischen Potentiale dringen. Dies kann nur über den Staat gelingen (ja, nach der Abschaffung des Staates, wenn es auch keine privaten Machtgrundlagen mehr gibt, da wird der nicht-staatlichen Aktivität eines jeden keine solche Grenze gesetzt sein; aber zuvor müssen wir den Staat qualitativ verändern und mit seiner Hilfe die Reste der nicht-staatlichen Gewalt, etwa auf der Grundlage des privaten Produktionsmittelbesitzes, beseitigen. Ja, danach ...)

Henning Keese-Philipps

In Zukunft ein Grünes Bildungswesen?

Ein seltsamer Gedanke, über die Zukunft eines Bereichs des gesellschaftlichen Lebens zu schreiben, dem eigentlich keine tatsächliche Zukunft zu prophezeien ist – keine „neue“ Zukunft jedenfalls. Zu eindeutig sind Beschlüsse und Programme der Wendepolitik oder sozialdemokratischer Formulierungskünste als schnöde Bauernfängerei, Luftblasenpolitik oder „gegen das Finanzministerium nicht zu realisierende Vorstellungen“ zu entlarven. Besonders bei intensiver Betrachtung der tatsächlichen Veränderungen, wenn z. B. die Planungsstrukturen der Gesamtschule mit den heute existierenden verglichen werden und dabei als ziemlich letzte Übereinstimmungen die unüberschaubare Größe und die Orientierungslosigkeit und Anonymität der Schüler und Lehrer übrigbleiben.

Kein politisches Ressort ist – trotz aller Wendefürsten – einer ähnlichen linearen Degeneration ausgesetzt wie jenes, das sich um Bildung und Ausbildung zu sorgen hat. Die Misere des Gesamtsystems schlägt sich hier fundamental nieder. Ausbildungs- und Schulzeit dienen mehr und mehr der Zielsetzung, die Arbeitslosenstatistik zu kaschieren, diese nicht auf die reale Zahl

von 3,5 bis 4 Millionen anwachsen zu lassen und Jugendlichen eine Chance in einem desolaten Beschäftigungssystem vorzugaukeln.

In dieser Situation über grün-alternative Perspektiven des Bildungswesens nachzudenken, muß aus verschiedenen Gründen problematisch sein.

A. Bildungspolitische Ansätze können und dürfen nicht isoliert von anderen gesellschaftlich relevanten Entscheidungen gesehen werden. Schulpolitik beispielsweise in einer Avantgardeposition der evolutionären Entwicklung zu sehen, ist politisch, soziologisch und pädagogisch ein Irrglaube.

B. Die mir bekannten vergleichbaren Industrienationen zeigen in gesellschaftlichen Krisensituationen tendenziell eine ähnliche Reaktion: Sie vernachlässigen Aufgaben und Weiterentwicklungen im Bildungssektor. Sowohl dessen finanzielle Unterstützung als auch das politische Gewicht seiner Vertreter (letzteres strebt in der BRD seit dem Ableben des Deutschen Bildungsrates unermüdlich gegen Null) lassen zunehmend nach. „Utopien“ im Bildungswesen scheinen in dieser Situation keinen Platz zu haben.

C. In bisher nicht gekannter Weise nehmen Vertreter von mächtigen gesellschaftlichen Gruppen Einfluß bei der Strukturierung und Ausstattung von Bildungsinstitutionen sowie der didaktischen Ausgestaltung und Formulierung von Qualifikationsmerkmalen. Gegen die Macht der Computerfirmen und Wirtschaftsverbände in Zusammenarbeit mit Politikern ähnlicher Gesinnung – aber manchmal unterschiedlichem Parteibuch – anzugehen, kann hier erstmal nur bedeuten, der Praxis eine bessere Theorie entgegenzusetzen. Die allgemeine Sensibilisierung und, daraus folgernd, gesellschaftliche Machtverschiebungen sind hier grundsätzlich notwendig, um auch die Praxis nachhaltig zu beeinflussen.

Wenn ich trotzdem grün-alternative Bildungsvorstellungen ernsthaft formuliere und dieses Unterfangen für wichtig und notwendig halte, dann aus folgenden Gründen:

1. Die Argumentation der obenstehenden Punkte B und C ist zwar prinzipiell richtig, ist aber nicht vollkommen „schlüssig“. Zudem muß gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten gegen die verstärkte Vernachlässigung des Bildungswesens und die Einflußnahme von profitorientierten Kräften eine inhaltlich fundierte Gegenposition gefunden werden, um Veränderungen einzuleiten.

2. Trotz der Wahlniederlagen auf Landesebene 1985 sprechen die politische Substanz der Grünen, Entwicklungen in der Gesellschaft durch internationale und absehbare nationale Krisensituationen, die Politik der Altparteien spätestens nach der Bundestagswahl 1987 für ein Ansteigen in der Wählergunst und damit auch für Möglichkeiten der stärkeren Einflußnahme.

3. Kurz- und mittelfristige Einflußnahme der Grünen ist im Bildungsreich möglich bzw. Tatsache – der SPD-Parteiapparat ist ebenfalls nicht homogen. Um so wichtiger für die Grünen, über Perspektiven Klarheit zu gewinnen. Diese „Klarheit“ als revisionsfähiger Stand der Diskussion, also der fortgesetzte bildungspolitische Diskurs, kann durch Meinungsäußerungen wie diese gefördert werden.

4. Bildung ist seit vielen Jahren kein wahlpolitisch relevantes Thema in der BRD. Berichte aus den Schulen zeigen aber deutlich, daß Suchtkrankheiten, Suizidfälle, Vandalismus und andere Reaktionen auf bestehende Perspektivlosigkeit und die Schwächen der Regelschulen die bereits vorhandenen Negativsymptome zu einem großen gesellschaftlichen Problem werden lassen und damit auch die Bildungspolitik verstärkt in die öffentliche Diskussion bringen werden.

Aus Platzgründen habe ich mich entschieden, meine Ausführungen auf Fragen und Überlegungen des Schulbereichs zu konzentrieren, um wenigstens einige wenige Gedanken konsequent ausformulieren zu können. Die „Abkoppelung vom Beschäftigungsbereich“ sowie die Nichtberücksichtigung von vorschulischer, Weiter- und Erwachsenenbildung erfolgen hier also aus rein technischen Gründen.

Aufgaben der Schulausbildung

Nach der offensichtlichen Abkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem wird die Frage nach der Aufgabe von Schulen immer lauter gestellt, zumal jetzt das „positive Element“ (Arbeitsplatz für Akzeptieren von Lernstreß und Bevormundung) wegfällt. Es gelten zwar immer noch die gleichen Argumente von rechts außen bis zur DKP, daß „Kinder mehr und besser lernen“ und „die Leistungen erbracht werden“ müssen, doch erkennen zunehmend mehr Jugendliche, daß ein immer kleiner werdender Anteil eines Jahrganges tatsächlich nach langer Schulzeit in Lohn und Arbeit kommt, die anderen die gleichen Leiden ertragen müssen, aber nichts bzw. sehr wenig davon haben. Deswegen erhebt sich notwendig die immer aktuelle und oft vergessene Frage nach dem Sinn und Zweck von Schule, zumal die reine Wissensvermittlung schon jetzt, aber besonders in naher und mittlerer Zukunft, von privaten und staatlichen Medienträgern übernommen werden wird. Da bleiben doch – und diese Aufgabe kommt der Schule besonders in den heutigen Krisenzeiten zu – in vollem Ausmaß „nur“ die Ziele, die von kritischen Erziehungs- und Sozialwissenschaftlern vor 15 bis 20 Jahren formuliert worden sind: Verhaltensweisen von Heranwachsenden beeinflussen und formen, an Fremdbestimmung und Machtverhältnisse gewöhnen und die „Gerechtigkeit der gegebenen Ordnung“ akzeptieren lernen – Schule bekommt immer mehr und direkter eine *kustodiale Funktion*.

Grundsätzliches und Individuelles

Die Entscheidung, Schulen als Mittel der Machterhaltung und -stabilisierung zu nutzen und die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu immer mehr Leistung, Konkurrenzverhalten und Anpassung (hier unterscheiden sich übrigens Schulen in Ost und West wenig) und damit profit- oder/und wachstumsorientiert zu erziehen, richtet sich direkt gegen das Individuum. Sie bedeutet in ihrer Konsequenz die Nichtberücksichtigung von Persönlichkeitsmerkma-

len und Individualität, um nämlich gesellschaftlich wünschenswerte, „handhabbare“ und kalkulierbare Bausteine im Gesamtsystem zu formen. Dabei heißt die Zielsetzung „gesellschaftlicher Nutzen“ und wird definiert nach der Steigerung des Bruttosozialprodukts oder der Planerfüllung, nicht aber nach der menschlich(er)en Maßstäbe „Lebensqualität“. Die Entscheidung für das Erziehen zur (System-)Konformität zeigt aber auf der Erscheinungsebene psychische und gesellschaftliche Folgen, die für das Wertesystem der politisch Verantwortlichen entlarvend sind.

Besonders die Sozialisationswirkung der Schulen, die grundsätzliche Akzeptierung von Hierarchien, der methodische Ansatz, Lernende als Variable anzusehen, die sich an den Vorstellungen und Entscheidungen der Lehrenden (bzw. der Bildungspolitiker) zu orientieren haben, und die absolutistische Festlegung von Rahmenbedingungen des Lernens formen Denkmuster, die allgemein im Erwachsenenleben und speziell im Berufsleben weiter praktiziert werden und zu einer lautlosen Eingliederung führen sollen.

Persönlichkeitsmerkmale – und damit spezielle Interessen und Fähigkeiten – werden ungeachtet psychischer Folgen unterdrückt oder überlagert. Depression und Resignation auf individueller, Jasagermentalität und moralloser Opportunismus mit den Leitzielen Leistung und Anpassung auf gesellschaftlicher Ebene sind die Folgen.

In den Schulen: Leben lernen

Der Fremdbestimmung und Normierung von Köpfen und Denken in den Schulen und damit auch den angesprochenen Folgen setzen die Grünen ein Bildungs- und Schulsystem entgegen, das besonders zwei Grundsätzen genügt: 1. Schule darf von seiten des Schulträgers nicht zur Auslese von „guten“ oder schlechten Schülern genutzt werden, sie darf auch nicht die Interessen des Schulträgers transportieren und so ideologisch genutzt werden. 2. Die Grünen akzeptieren und fördern die Individualität von Lernenden und unterstützen Lehr- und Lernmethoden, die die Betroffenen bestimmend und mitbestimmend als Subjekt des Lernprozesses ansehen.

Bei dem Versuch, diese Grundsätze mit Inhalt zu füllen, wird schnell deutlich, daß die Grünen nicht etwa ein reformistisches Modell der Regelschule propagieren, sondern das bestehende System aufgrund der benannten „Mängel“ ablehnen und durch ein neues ersetzen wollen – ein Unterfangen, das folgerichtig aus den gegensätzlichen Vorstellungen von „gesellschaftlichem Leben“ zu erklären ist. Das Landtagswahlprogramm der Grünen in NRW 1985 zeigt exemplarisch, wie „Grüne Schulen“ aussehen sollen oder schon aussehen. Es formuliert Grundsätze, die für alle Bildungseinrichtungen gelten sollen wie

- Lernen ohne psychischen und physischen Druck, also auch ohne Selektion;
- eine allseitige und ganzheitliche Bildung, die eine Entfaltung der Persönlichkeit zuläßt;
- die Freiwilligkeit des Lernens und damit ein hohes Maß an Selbstbestimmung für die Lernenden;

- den engen Zusammenhang von Leben, Lernen und Arbeiten in der Praxis;
- den Abbau bürokratisch-dirigistischer Einflußmöglichkeiten und das Zugehören von mehr Eigenständigkeit für die am Lernprozeß Beteiligten;
- die Überschaubarkeit von Bildungseinrichtungen;
- die starke Berücksichtigung und allgemeine Anerkennung von sozialem Lernen im schulischen Alltag.

Diese Grundsätze lassen erkennen, daß nach den Vorstellungen der Grünen die Schulen nicht mehr nur Institutionen der Wissensvermittlung in Verbindung mit dem Transport gesellschaftstragender Ideologie- und Wertemuster, sondern Lebens- und Lernraum für Kinder und Jugendliche sein sollen, in dem die Unterstützung und Förderung individueller Talente und Fähigkeiten, aber auch die Befassung mit persönlichen Fragen und Problemen Raum findet. Statt der vorgegebenen Lehrpläne und Richtlinien bestimmen jetzt die Betroffenen selbst über Intensität und Art der Lernphasen. Das Primat der kontrollierbaren normierten Leistung im kognitiven Bereich wird durch die Unterstützung allseitiger (Persönlichkeits-)Bildung ersetzt.

Schulen ohne Auslese...

Eine der von den Grünen NRW propagierten Schulen ist die integrierte Sekundarstufe I-Schule, eine Neuschöpfung, die konsequent an den theoretischen Überlegungen der Gesamtschulplaner ansetzt und diese weiterentwickelt. Diese realpolitische Linie formuliert Inhalte, die noch vor zehn Jahren programmatisch auch von der SPD als linksliberale Propaganda – so muß heute vorläufig resümierend formuliert werden – vertreten worden sind. Die Vereinheitlichung der Schulabschlüsse nach der Sekundarstufe I soll dafür sorgen, daß ohne Aussonderung und deren negative Folgen und ohne Leistungsdifferenzierung die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gefördert wird. Konzeptionell erinnert dieses Modell an den Begriff „Einheitsschule“, zumal sie auch die Sekundarstufen von Haupt- und Realschulen sowie der Gymnasien ersetzen soll. Inhaltlich, methodisch und organisatorisch sollen diesen Bildungsinstitutionen aber weitgehende Freiräume zugestanden werden, um auf Spezifika von Schulen, Klassen und auch Individuen eingehen zu können und nicht durch bürokratische Einschränkungen die Phantasie und Experimentierfähigkeit und damit Flexibilität und Selbstbestimmung einzuschränken.

... und Sanktionen

Neben den (nach grüner Mehrheitsfindung in NRW...) von den Grünen dann staatlich verordneten integrierten Sekundarstufe I-Schulen werden in besagtem Landtagswahlprogramm besonders alternative Schulen herausgehoben. Schulen, die es jetzt schon in sehr geringer Anzahl gibt und die in der Regel ohne Genehmigung – also nach herrschendem Recht „illegal“ mit Verletzung der Schulpflicht für betroffene Eltern – arbeiten. Diese Alternativschu-

len formulieren den Grundsatz, daß die Lernenden in erheblichem Maße selbst bestimmen können, wann, was, wo, wieviel und mit welcher Intensität sie arbeiten wollen. Den Lehrkräften stehen keine Sanktionen (Zensuren, Nachsitzen, Nichtversetzung) zur Verfügung, um ihnen den Willen der Erwachsenen aufzuzwingen. Die alltägliche Selbstbestimmung ist damit auch gleichzeitig eine Selbstverantwortung, die den Kindern und Jugendlichen eine Konsumentenrolle unmöglich macht und eigene Initiative und Interessenvertretung abverlangt.

Damit stehen Alternativschulen – die inhaltlich nicht mit Reformschulen wie Waldorf-, Peter-Petersen- oder Montessori-Schulen zu verwechseln sind – in direktem Gegensatz zu Regelschulen, die den Lernenden durch Verordnungen, Leistungsprinzipien und Lehrpläne eine Rolle zuweisen, die auch im späteren „Ernst des Lebens“ für den Erhalt der gesellschaftlichen Systematik wünschenswert ist: konsumierend ohne eigene Initiative (bzw. diese nur in eng gestecktem Rahmen) und fremdbestimmt. Die politische Dimension der Entscheidung für oder gegen spezielle Schulformen wird deutlich, wenn die enorme Sozialisationsmacht dieser Institutionen unter Berücksichtigung langfristiger Multiplikation – durch die schulische Sozialisation als Eltern beispielsweise – berücksichtigt wird.

Umgang mit neuen Technologien im Bildungswesen

Das vermehrte Auftreten von Computern in Schulen und die fragwürdige Weissagung, daß zukünftig BASIC wichtiger wäre als Englisch, hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen im Herbst 1984 zu einer Tagung veranlaßt, auf der Positionen und Argumentationen zum Eindringen der neuen Technologien in den gesamten Bildungssektor diskutiert wurden. Für den Schulbereich wurde unter Berücksichtigung der hier dargestellten kurzen Analyse der Wirkungsweise von Regelschule festgestellt, daß die Computerisierung der Schulen aus verschiedenen Gründen nicht von den Grünen unterstützt werden kann. Besonders die absolute Vernachlässigung des Beziehungsaspekts (Kommunikation zwischen Mensch und Maschine, Mechanisierung des Lernens, Verstärkung der Objektsituation der Lernenden, Überbewertung von abstrakten Lernelementen) und die Langzeitwirkungen von Computerunterricht wie Akzeptanzbildung, Interessensicherung der Computerindustrie (Rationalisierungsbestrebungen) und Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten geben Anlaß, die neuen Technologien im schulischen Alltag nicht als Schulfach, sondern, wie andere Inhalte auch, als soziales Phänomen der Gesellschaft zu behandeln, welches mit all seinen Auswirkungen kritisch zu betrachten ist. Der zusätzliche Informatikunterricht, der von konservativen Bildungspolitikern eingeführt und auch von kommunistisch orientierten Vertretern gefordert wird, verschärft die Situation von Schülern in doppelter Hinsicht. Neben zunehmendem Leistungsdruck und Anhäufung weiteren Lernstoffes (beides erschwert die Reflexion anderer Lerninhalte, fördert also unkritisches Konsumverhalten) ist die Fremdbestimmung im Informatikunter-

richt durch vorgegebene Programme hohen Abstraktionsgrades nirgends so auffällig wie hier. Die Abhängigkeit und damit auch die Manipulationsfähigkeit der Lernenden vom „großen Bruder“ Lehrplan wird in keinem Fach so deutlich und begründet u. a. das große Interesse verschiedener Kultusminister an der Einführung von Computerunterricht in den Schulen.

Quintessenz

In einer krisengeschüttelten gesellschaftlichen Situation werden die Grünen große Probleme haben, ihre bildungspolitischen Utopien auch nur ansatzweise zu verwirklichen. Das „*anarchistische Element*“ ihrer Überlegungen im Bildungswesen, das Erreichen von Selbstbestimmung, Selbstregulierung und Selbstverantwortung, widerspricht deutlich den herrschenden Politikvorstellungen. Die Distanzierung von absoluter Leistungsorientierung an sich und deren Folgen kollidiert mit Wachstums-, Profitsteigerungs- und auch Plansollsteigerungsutopien, die zwar schon jetzt nicht mehr aufrechterhalten werden können, die aber in den Wirtschaftssystemen in Ost und West unerlässlich sind (und es gibt kein System, das z. B. auf qualitativem Wachstum oder gar Konsumverzicht basiert) und deswegen auch weiterhin auf Kosten der sogenannten Dritte-Welt-Staaten angestrebt werden. Die Grünen sind nicht willens, Kindern die Realisierung von Tagträumen und die Erfüllung von Wünschen vorzuenthalten, schon gar nicht zur Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse, die nicht nur durch wahnwitzige Rüstungsausgaben den Lebensraum der Menschen gefährden bzw. jetzt schon zerstören. Ihre Vision ist die aktive Teilnahme von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in ihrem gesellschaftlichen Raum, die Einflußnahme in dezentralen Strukturen, die einzelnen Personen die Chance zur Mitsprache und Mitentscheidung bei gesellschaftlich relevanten Prozessen bietet, bei denen der Mensch – und nicht das System – bestimmender Faktor ist. Der Abbau von machtschwangeren bürokratischen „übergeordneten“ Institutionen, der Abbau der strukturellen Fremdbestimmung in den Schulen und die tatsächliche Emanzipation des Individuums sind Zielvorstellungen, die im Bildungswesen Voraussetzungen für angstfreies, selbstbestimmtes und sinnvolles Lernen schaffen würden.

Frauenemanzipation

Johanna Hund

Frauenemanzipation bedarf einer Gesellschaft, in der sich alle frei entwickeln können

In einer Zeit, in der Leihmütter und Prostitution, Armut und Arbeitslosigkeit zur Lebensrealität von Frauen gehören, erscheinen Strategien zur Emanzipation mehr denn je als schwärmerische Utopie. Unmittelbar materielle Not und um sich greifende Frauenarbeitslosigkeit stellen sich ihr in den Weg. Ansprüche – wie langlebig können sie sein, wenn sie immer wieder an der Hürde finanzieller Abhängigkeit zu scheitern drohen? Trotz alledem haben Frauen für sich Ansprüche entwickelt; sie leben nicht nur in dumpfer Angst. Eine Studie zur Beratung des CDU-Familienministeriums *Geißler* ermittelte: „Die Idee der Emanzipation ist heute im Bewußtsein der Frauen fast aller sozialer Gruppen nicht nur für die Selbstdefinition, sondern auch für die Beziehung zum Mann prägend“¹ (die Befragung umfaßte Frauen im Alter zwischen 15 und 30). Eine sich Ehemann und Kindern selbstlos aufopfernde Frau als Lebensideal scheint vergangenen Zeiten anzugehören.

Die „sanfte Macht der Familie“ – ein Leitbild schwülstiger Mütterlichkeit – als erster Versuch der CDU, die Frauen für sich zu gewinnen, schlug denn auch fehl und mußte modernen Leitsätzen „für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ weichen. Hiermit erlangte die CDU nicht nur Aufmerksamkeit bei exponierten Feministinnen (*Alice Schwarzer, Herrad Schenk, Viola Roggenkamp*, sie pilgerten zu einem Meeting mit *Geißler*), sondern sogar Lob. *Schwarzer* kommentiert: „Trotz der tiefen Kluft zwischen den schönen Worten und den unschönen Taten, trotz alledem sind diese CDU-Leitsätze das ‚fortschrittlichste Frauenprogramm aller Parteien, Grüne inbegriffen‘ (Spiegel) . . . In Frauenfragen scheint die CDU die Zeichen der Zeit am klarsten erkannt zu haben“.²

Sollte *Alice Schwarzer* nicht mehr wissen, daß die CDU/CSU Politik für die Reichen macht, in der die Interessen der „normalen“ Frauen, seien sie als Lohnabhängige tätig oder als Ehefrauen vom Lohn ihrer Männer abhängig, nicht vorkommen? Die „unschönen Taten“ sind eben im Klartext ihr Sozialabbau. Die neuen Leitsätze der CDU richten sich an die Frauen, weil es mehr zu gewinnen gilt als nur deren Wahlstimmen: Die Frauen sollen dieses Gesellschaftssystem mittragen. Ein System, das ihnen zwar soziale Härten aufbürden muß (?), dessen führende Politiker aber dennoch „moderne“ Vorstellungen von einer Partnerschaft zwischen Mann und Frau hegen. *Geißler* sagt

¹ Der Spiegel, Nr. 13/1985.

² Emma, Nr. 5/1985.

denn auch unmißverständlich in einem Streitgespräch mit *Alice Schwarzer*: „Wir leben in einer modernen Industriegesellschaft, zu der es keinerlei Alternative gibt. Aber es gibt humane Alternativen in dieser Industriegesellschaft. Wer die Frauen aussperren wollte, würde einen schweren Fehler machen, würde zu einer Inhumanisierung dieser Gesellschaft beitragen...“³

Bei vielen Frauen deuten sich Veränderungen an, die, würden sie ihnen selbst bewußt, weitreichende Folgen haben könnten.

Was noch vor wenigen Jahren in der Frauenbewegung stark umstritten war, ist von den Frauen selbst entschieden worden: Berufstätigkeit wird auch für sie zunehmend bedeutungsvoller, trotz widersprüchlicher Erfahrungen. Allgemein steigt die Erwerbstätigkeit – 93 % aller Frauen sind irgendwann in ihrem Leben berufstätig, auch wenn sie anteilig nur 38,5 % der Erwerbstätigen repräsentieren. Die Qualifikation von Frauen erhöht sich – nicht nur im allgemeinbildenden, sondern auch im berufsbildenden Feld, auch wenn die Schere hinsichtlich des durchschnittlichen Ausbildungsniveaus zwischen Männern und Frauen nach wie vor auseinanderklafft. Der Berufswunsch tritt inzwischen bei jungen Frauen vor den Wunsch nach Familie und Mutterschaft,⁴ wengleich enttäuschende Erfahrungen die Prioritäten allemal wieder umkehren können. „Die typische berufstätige Frau ist heute nicht mehr die... unverheiratete... ohne Kinder. (Sie) ist im Durchschnitt älter, hat meist eine Berufsausbildung durchlaufen und ist oft verheiratet und Mutter von einem oder mehreren Kindern.“⁵

Eine Arbeitstätigkeit ist auch für Frauen ein unverzichtbarer Lebensanspruch geworden, deshalb der Ruf nach Neuverteilung von Hausarbeit. An Arbeitstätigkeit ist allerdings ein ganzes Bündel Hoffnungen geknüpft. Sicherlich, die finanzielle Seite spielt nach wie vor eine dominante Rolle, schon allein insofern, als für die zunehmende Zahl alleinlebender Frauen keine Alternative zur Sozialhilfe existiert. Dennoch, an dieser finanziellen Seite hängt der Wunsch nach Unabhängigkeit, nach Liebe ohne Unterdrückung oder auch der Möglichkeit, sich den einen oder anderen Konsumwunsch zu erfüllen. Noch bis vor etwa 10 Jahren galt allgemein die Ehe als ideale Lebensvorstellung einer Frau. Berufstätige Frauen wichen von der Norm ab; sie wurden als unweiblich und rabenmütterlich diffamiert. Abhängigkeit wurde umgedeutet in: Der Mann ist der Ernährer. Den meisten Frauen erschien ihr Schicksal unausweichlich, ja sogar naturgemäß, selbstverständlich ihr Leiden. Wie aufrittend wirkte da der Zuruf der Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre: Das Private ist politisch!

Längst hat Arbeitstätigkeit in ihrer Bedeutung für die Frauen nicht mehr nur einen finanziellen Aspekt. Obwohl nicht einmal die elementare Forderung des Rechts auf Arbeit erfüllt wird, nicht einmal für diejenigen, die materieller Armut und Existenzgefährdung ausgesetzt sind, entstanden dennoch Ansprüche an eine mögliche Arbeit. Sie soll sinnvoll sein, d. h. sowohl gesell-

3 Ebenda.

4 Mädchen 82, Hamburg 1982, S. 9.

5 Brigitte Stahn-Willig: Arbeitsbelastung und Hausarbeit, in: Karin Roth u. a., Träumen verboten. Gewerkschaftliche Frauenpolitik für die 90er Jahre, Hamburg 1984, S. 155.

schaftlich Nützlichem erzeugen als auch inhaltlich Interessantes zu bewältigen aufgeben. Darüber hinaus soll sie persönlichkeitsbildend wirken, d.h. ermöglichen, Gelerntes einzubringen, aber auch weiter zu lernen, selbständig und kreativ zu arbeiten. Und schließlich verbinden inzwischen die Frauen selbst (und nicht nur die Sozialwissenschaften) die Suche nach Identität und „Selbstverwirklichungsmöglichkeiten“ mit der Frage nach inhaltlicher Beschaffenheit und konkreten Bedingungen von Arbeitstätigkeit.

Vor noch nicht allzu langer Zeit, als sich erstmals eine vorsichtige Kritik an den extrem entfremdeten Fließbandarbeitsplätzen regte, wurde in Umlauf gesetzt, Frauen seien mit stumpfsinniger und kurztaktiger Akkordarbeit relativ zufrieden, weil sie in ihren Gedanken nicht bei der Arbeit, sondern zu Hause oder in unerreichbaren Traumwelten weilten.

Anhaltspunkte für gewachsene Ansprüche an eine Arbeitstätigkeit und ihren Stellenwert im Leben von Frauen lassen sich leicht finden, entweder unmittelbar in den unterschiedlichsten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen – hier übrigens nicht nur bei Frauen mit hoher Berufsqualifikation – oder indirekt anhand anderer Erscheinungen, wie z.B. Frauenbildungsveranstaltungen oder Studium über den 2. Bildungsweg. In einer Befragung von Verkäuferinnen z. B. sind Äußerungen wie „um sich selber zu verwirklichen“ oder „um immer etwas dazuzulernen“... wichtige Gründe, arbeiten zu gehen.“⁶ Oder in der bereits erwähnten Studie für das Bundesfamilienministerium heißt es: „Traditionell typisch ‚männliche‘ Charakteristika wie Selbstsicherheit, Unabhängigkeit und berufliche Kompetenz – all das beanspruchen inzwischen 70 bis 90% der jungen Frauen auch für sich selbst...“⁷ In der Mädchen-Untersuchung für die Zeitschrift *Brigitte* „sehen 51% den Beruf als Voraussetzung, um auf eigenen Füßen zu stehen, 35% als Selbstentfaltung und 27% als Möglichkeit, erfolgreich zu sein.“⁸ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt schließlich auch eine Befragung von arbeitslosen un- und angelernten Arbeiterinnen aus der Metall- und Elektroindustrie: „66% aller befragten arbeitslosen Frauen (geben) sowohl finanzielle als auch soziale ... Gründe für eine eigene Erwerbstätigkeit an ... 50% ... , daß sie selbstbewußter sind, wenn sie arbeiten ... 63% ... stimmen der Aussage zu, ‚ich leiste etwas und werde dafür bezahlt‘.“⁹

Indirekt sind Veränderungen im Anspruchsniveau z. B. bei Frauenbildungsveranstaltungen zu beobachten. Jährlich haben autonome Frauenwochen in verschiedenen Städten ungemindert starken Zuspruch (in Hamburg z. B. waren es in diesem Jahr 5000 Teilnehmerinnen). Lernen rangiert vor „Selbsterfahrung“. Die Kluft zwischen persönlichen Ansprüchen und gesellschaftlicher Realität tut sich schmerzlich auf. Schier unüberwindbar erscheinen die

6 Anpassungsprobleme zwischen Familie und Arbeitswelt. Deutsches Jugendinstitut. München 1985, S. 4.

7 *Der Spiegel*, a.a.O.

8 *Mädchen* 82, a.a.O., S. 9.

9 Annette Gnegel/Gisela Mohr: Wenn Frauen ihren Arbeitsplatz verlieren, in: Mohr, G./Rummel, M./Rückert, D.: *Frauen. Psychologische Beiträge zur Arbeits- und Lebenssituation*, München, Wien, Baltimore 1982, S. 93/94.

Probleme. Drängend suchen die Frauen nach „Lösungen“. Natürlich dreht sich bei solchen Veranstaltungen nicht alles um Beruf und Arbeitstätigkeit: Der gesamte Lebenszusammenhang, auch die Beziehungen mit Partnern und Kindern sind oft unbefriedigend und problembehaftet, werden als behindernd empfunden. Gesucht wird nach Möglichkeiten, sich zu entfalten und zu verwirklichen, eine Identität als Frau zu finden.

Wir können also durchaus resümieren, daß die Vorstellungen, Wünsche und Ansprüche auf ein menschenwürdiges, befreites Frauenleben weit verbreitet sind, und zwar weit über den Teil der bewußtesten, in Gewerkschaften und linken Parteien, Frauenorganisationen und Projekten organisierten Frauen hinaus. Was die Frauen wollen, ist weitreichend und bedeutet letztlich mehr als lediglich gleichberechtigt zu sein mit den Männern ihrer jeweiligen Schicht oder Klasse. Denn über sinnvolle Arbeit und persönliche Entwicklung z. B. ließe sich erst dann ernsthaft nachdenken, wenn Arbeit aus der Indienstnahme durch das Kapital befreit und menschliche Arbeitskraft nicht mehr dem Zwang, verkäuflich zu sein, unterworfen wäre. Das entfremdete Verhältnis zwischen der Organisation gesellschaftlicher Arbeit und dem Bedürfnis individueller Persönlichkeitsentfaltung bleibt als solches bestehen, solange die Produktivkräfte der Arbeit, eingeschlossen die menschliche Arbeitskraft, in erster Linie zur Mehrung der ohnehin schon riesigen Kapitalmassen eingesetzt werden. Auch Arbeitslosigkeit, blockierte Arbeitszeitverkürzung oder niedrige Frauenlöhne sind Ausdruck kapitalistischer Rentabilitätsabwägungen. Mit anderen Worten: In diesen gesellschaftlichen Verhältnissen werden Frauen ihre Emanzipation nicht realisieren können, es sind ihnen nicht einmal den Männern mögliche Chancen und gleiche Rechte gewiß.

Bis auf einen kleinen Teil Sozialistinnen ist den Frauen dies nicht klar. Weil sie nicht erkennen, daß ein Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Zuständen und persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten besteht, ist ihnen auch nicht bewußt, daß die Verwirklichung ihrer Ansprüche an den Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft scheitern muß. Indem nun aber die Verhältnisse stets von neuem vielerlei private Arrangements und persönliche Opfer erzwingen, weil es gesellschaftlicher Möglichkeiten und öffentlicher Einrichtungen ermangelt, entsteht ein widersprüchliches Bewußtsein, welches die Frauen individualistische Strategien entwickeln läßt und sie zu Lösungsversuchen im Windschatten des Privaten treibt. Gleichzeitig widerspiegeln sich diese Verhaltensweisen in ihrem Bewußtsein so, daß die gesellschaftliche Dimension ausgeblendet wird.

Beispiele für individualistische Strategien von Frauen sind ihre Versuche, Kinderbetreuungsprobleme zu lösen: Was die einen, weil sie zahlen können, mit Tagesmüttern und privaten Kinderläden organisieren, bewerkstelligen die anderen über Großmütter und Nachbarinnen. Eine Umfrage der IG Druck und Papier bei Frauen, die in der Druckindustrie arbeiten, ergab folgendes: „Die Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit wird bei 8% von den Nachbarn, 30% (von den Frauen; J.H.) selbst, bei 35% von Verwandten übernommen. Bei nur 27% der Frauen sind die Kinder in gesellschaftlichen Einrichtungen wie Kinderkrippen, Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulen

und Ganztagschulen untergebracht.“¹⁰ 73% (!) der Kinder werden also in irgendeiner Form privat betreut.

Wir dürfen annehmen, daß diese Situation nicht nur für Frauen, die in der Druckindustrie arbeiten, typisch ist. Gegen derartige Zumutungen wehren sich die Frauen nicht; sie kämpfen nicht massenweise für mehr gesellschaftliche Einrichtungen. Im Gegenteil: Gerade die vielen privaten Initiativen versperren den Blick für Forderungen an den Staat. Interessanterweise wären für Männer nicht nur Kinderbetreuung, sondern auch andere Familienaufgaben gesellschaftlich zu lösen. „Über 60% der Männer waren eindeutig der Meinung, daß Familie *keine* Privatsache sei und daß der Staat, der Betrieb und die Gewerkschaft die Aufgabe hätten, Regelungen zu finden, um Familienaufgaben zu berücksichtigen oder Familien zu helfen.“¹¹ Praktisch dünken sie sich für Kinder allerdings nicht zuständig, insofern sind Forderungen nach mehr und besseren Kinderbetreuungseinrichtungen in ihren Kämpfen kaum von Bedeutung.

Die am weitesten verbreitete individuelle Lösungsform, die eigene Situation zu bewältigen, ist Teilzeitarbeit – eine von der Kapitaleite entsprechend ihrem Interesse durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung *ohne* Lohnausgleich und ohne (oder bestenfalls mit schlechteren) Sozialleistungen. Sie „ist für Frauen und Mütter häufig die einzige Möglichkeit, Berufs- und Familienaufgaben sinnvoll miteinander zu verbinden . . . Für fast 80% der hier befragten Frauen sind dies die wichtigsten Gründe, Teilzeit zu arbeiten.“¹² Eine Arbeitszeitverkürzung auf möglicherweise sogar 6 Stunden täglich für *alle* ohne Lohnminderung wäre nicht nur, gemessen an der Produktivität bereits vorhandener Maschinen und Anlagen, ohne weiteres möglich, sondern sie wäre auch mehr als jede andere progressive Veränderung der Arbeitsbedingungen im Interesse der Frauen: Allen durch Teilzeitarbeitsysteme möglichen Diskriminierungen könnte ein Riegel vorgeschoben werden: Frauen hätten dann wenigstens im Rahmen bestehender Bedingungen mehr Chancengleichheit und vielleicht auch eher wieder einen Arbeitsplatz. Ganz sicher aber berührte eine Arbeitszeitverkürzung das Verhältnis von Arbeit und Freizeit, von Beruf und Familie, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Insofern erstaunt, daß nicht massenweise auch solche Frauen, die nicht in den Gewerkschaften eingebunden sind, den Kampf um die 35-Stunden-Woche als ihre ureigene Sache mit aufgenommen haben. Wie borniert erscheint es, wenn einige sich sogar erklärterweise abwenden, weil Gewerkschaften von Männern dominiert sind.

Es geht ja auch um das „Private“, und zwar zunächst ganz vordergründig um die größte Hürde: Kinder und Hausarbeit. Was auch immer sich bei einzelnen Frauen mit dem Begriff Partnerschaft verbinden mag, unbestritten ist, daß die Verantwortung für Kindererziehung und Haushalt gleichmäßig verteilt sein soll. Selbstverständliche gesellschaftliche Zuweisung privater Reproduktion ausschließlich an Frauen wird nicht länger akzeptiert. Was sich hier

10 Zentralorgan der Industriegewerkschaft Druck und Papier vom 20.4.1981.

11 Anpassungsprobleme, a.a.O., S. 11.

12 Ebenda, S. 3.

subjektiv in den Vorstellungen der Frauen als unerträgliche Zumutung ausgedrückt, ist das – wenn auch nicht bewußte – Abbild der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die heute schon einer historisch herausgebildeten, lediglich tradierten Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann die objektive Grundlage entziehen – angesichts heute üblicher Wohnformen, einer in der Regel auf 1–2 reduzierten Kinderzahl, vielfältiger Haushaltsgeräte und zahlreich erwerbbarer halbfertiger oder fertiger Nahrungsmittelprodukte; Wasch- und Reinigungsanstalten könnten, würden sie öffentlich bezuschußt, preiswerter sein; ein gutes Kantinensystem, flächendeckend ausgebaut und insbesondere Schulkinder einbeziehend, könnte, falls nicht mehr Quelle von Profit, eine gesunde Ernährung für alle gewährleisten. Was ist anachronistischer, als zwei Drittel der Frauen vom Berufsleben auszuschließen und ihnen derart resthafte Hausarbeit zuzuweisen? Viele zusätzliche Arbeitsplätze wären einzurichten, würde die erzwungenermaßen von Frauen kostenlos verrichtete Hausarbeit privater Dumpsheit entrissen und professionalisiert. Wie ungeheuer wichtig und interessant wäre es, mehr noch als bisher von der Herausbildung und Entfaltung menschlicher Fähigkeiten beim Heranwachsen von Kindern zu wissen; wie überaus dringend und wohltätig, den Alterungsprozeß und lebensbedrohende Krankheiten zu erforschen!

Natürlich sind Männer bei noch zu verrichtenden notwendigen Hausarbeiten nicht aus der Pflicht zu entlassen. Das kapitalistische Gesellschaftssystem, das unsere materiellen Lebensbedürfnisse mißachtet und uns selbst bescheidene Glücksansprüche versagt, stützt sich jedoch immer noch und stets von neuem auf einen allgemeinen und unhinterfragten Konsens, speziell vieler Frauen, der ein Verhalten hervorbringt, welches privat zu lösen versucht, was zuvörderst gesellschaftlich einzuklagen wäre. Frauenemanzipation bedarf einer Gesellschaft, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (*Marx/Engels*, Kommunistisches Manifest). Das kapitalistische Gesellschaftssystem aber gründet sich gerade darauf, die Mehrheit seiner Menschen unterdrückt zu halten und sie sowohl gewaltsam wie manipulativ daran zu hindern, das gesellschaftliche Leben und ihre individuelle Entwicklung selbst zu bestimmen. Bis tief hinein in die persönlichen Beziehungen wirken die gesellschaftlichen Verhältnisse und prägen die Verhaltensweisen der Menschen untereinander.

Jede Theorie der Frauenbefreiung, die sich auf die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen durch Männer beschränkt, wie z. B. der Feminismus, läßt außer acht, daß männliches Verhalten, wie wir es bei uns erfahren, diesen gesellschaftlichen Existenzbedingungen adäquat ist und sich nur auf Kosten der *gesellschaftlichen* Unterdrückung von Frauen so entwickeln kann. Andernfalls wäre z. B. gewalttätiges, aggressives, überhebliches Verhalten Männern nur deshalb eigen, weil sie männlichen Geschlechts sind. (Im übrigen suggeriert die vielzitierte Feststellung, daß männliche Unterdrückung von Frauen älter ist als der Kapitalismus, letztlich auch eine derartige biologistische Interpretation der Frauenerfahrungen, anstatt auf den gesellschaftlichen Mechanismus von Unterdrückung in allen Ausbeutergesellschaften zu verweisen.) Wer als Frau aber nur den Kampf gegen die Männer aufnimmt, mögli-

cherweise in der Hoffnung, sich selbst einen „vernünftigen“ formen zu können, glaubt, sich in diesen Verhältnissen einrichten und verwirklichen zu können. Für all diejenigen, die auch ihre soziale Situation nicht akzeptieren können und wollen, wäre es gut, könnten sie erfahren, daß der Kampf für eine bessere Gesellschaft hier und heute schon Erkenntnisse und Bewußtsein gegen jegliche Form von Unterdrückung schärft und trotz Auf und Ab bei den Erfolgen ein individuelles Selbstbewußtsein entwickeln hilft.

Annette Kuhn

Frauenemanzipation als gesellschaftspolitische Alternative

Ein vermessener Anspruch?

Die klassischen Frauenemanzipationsbewegungen, die bürgerliche, die radikal-feministische und die proletarische Frauenbewegung, haben sich alle letztlich im Sinne ihres jeweiligen Emanzipationskonzeptes als eine gesellschaftliche Alternativbewegung, sei es zum herrschenden Patriarchat, sei es zur herrschenden bürgerlichen Gesellschaft, verstanden. Ist diese weitreichende Zielsetzung nicht unangemessen, ja sogar vermessen?

Die Formulierung und Propagierung eigener feministischer gesellschaftspolitischer Ziele hat in der Vergangenheit Verwirrung, mehr noch, großen Schaden angerichtet. Soll denn die Welt jetzt wieder nicht nur am deutschen Wesen, sondern auch an der deutschen Frau, an den deutschen Feministinnen genesen? Erinnerungen an das Scheitern der deutschen Frauenbewegungen und an die Kompromittierung feministischer Ziele 1933 führen uns schnell zur Frage, ob es denn nicht richtiger sei, wenn sich die Frauen heute in pragmatischer Weise auf die sogenannten Gleichstellungsstrategien beschränken und sich in die vorgegebenen, von Männern definierten gesellschaftspolitischen Konzeptionen oder in die, wiederum männlich dominierten, Alternativbewegungen eingliedern.

Um es gleich vorweg zu sagen: Die Frauenbewegung muß sich als eine gesellschaftspolitische Alternativbewegung begreifen. Denn die Kämpfe der Frauenbewegung der letzten hundert Jahre um die „Gleichberechtigung“ haben trotz vereinzelter Frauennarrungenschaften im Ganzen nur zu einer weiteren Zementierung der strukturellen Ungleichheit der Geschlechter im Kapitalismus geführt. Zugleich sind Frauen in ihrem Vertrauen auf eine „Lösung“ der Frauenfrage durch sozialistische oder andere Gesellschaftstheorien stets um ihre eigenen gesellschaftlichen oder individuellen emanzipatorischen Möglichkeiten gebracht worden. D. h., die Frauenbewegung muß allen bösen Erfahrungen mit dem Feminismus zum Trotz lernen, ihren Feminismus als eine gesellschaftspolitische und demokratische Zukunftsperspektive zu begreifen und in kritischer Auseinandersetzung mit den sozialistischen und ökolo-

gisch bestimmten Alternativkonzepten neu, besser noch materialistisch, sozialistisch und demokratisch zu definieren.

Den Ausgangspunkt dieser Überlegungen bildet die gegenwärtige Krise unserer Arbeitsgesellschaft. Wie alle Krisen im Kapitalismus treffen diese Krise und ihre traditionellen Überwindungsmethoden Frauen härter als Männer. Innerhalb der Neuen Armutsklasse bilden die Frauen, vor allem junge Frauen und alte Frauen, eine eigene, in besonderer Weise diskriminierte Gruppe. Die neuen Ausbeutungsmöglichkeiten sowohl in ungesicherten, schlecht bezahlten Lohnverhältnissen als auch in kaum entlohnten oder unentlohnten Arbeitsverhältnissen in privatisierten Bereichen benachteiligen wieder vor allem die Frauen. Daher geht es uns heute nicht nur um die notwendige Neubestimmung und Neuorganisation von gesellschaftlich notwendiger Arbeit als einem nur scheinbar geschlechtsneutralen Produktionszusammenhang. Auch die Erfassung der verschwiegenen Frauenarbeit als unverzichtbarer Produktionsweise im Kapitalismus ist notwendig, sollen die Wurzeln dieser Krise erkannt und gesellschaftliche Alternativen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung entwickelt werden.

Die recht platte Aussage, daß die unentlohnte Frauenarbeit einfach bei unserer Wahrnehmungsweise gesellschaftlicher Wirklichkeit aus dem Blick gerät, mag zunächst einleuchten. Dabei wird aber der mühsame Prozeß der Sichtbarmachung der Frauenhausarbeit als konstitutives Moment des Kapitalismus bestenfalls in Gang gebracht. Der Ethno-Psychoanalytiker *Mario Erdheim* hat festgestellt: „Was man in einer Gesellschaft nicht wissen darf, weil es die Ausübung von Herrschaft stört, muß unbewußt gemacht werden... Diese Produktion von Unbewußtheit muß gesellschaftlich organisiert werden“ (*Mario Erdheim, Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit, Frankfurt 1984, 38*). Die Sichtbarkeit, die Berechenbarkeit, der von ökonomischer Ratio geleitete vernünftige Umgang mit Frauen-Haus-Arbeit im weitesten Sinn stört in einem kapitalistischen Herrschaftssystem. Seit fast vier Jahrhunderten wird systematisch an der ideologischen Verwandlung konkreter Frauenarbeit ins Un-Eigentliche, ins sogenannte „Weibliche“, gearbeitet. Die Geschlechterstereotypen sind in den letzten zwei Jahrhunderten zu gesellschaftlichen Normen geworden. Da, wo Frauenarbeit gemeint ist, wird sie auch heute in Alternativkonzeptionen gar nicht (*André Gorz*) oder nur peripher (*J. Huber, J. Galting*) genannt. Die Produktion von Unbewußtheiten hat einfach im Bereich der Geschlechterideologie insgesamt geklappt. Daher sagen wir auch in unbedachter Weise immer wieder, Frauenarbeit sei etwas ganz anderes. Sie ist es aber nicht.

Der Versuch der Entmythologisierung der Frauenarbeit und somit der Erfassung von Frauenemanzipation als einer gesellschaftspolitischen Alternative ist somit nicht eine unangemessene Aufgabe. Sie setzt aber eine neue Vermessung unserer gesellschaftlichen Arbeit voraus. Frauenarbeit hört dann auf, als eine unerschöpfliche Naturressource in unseren Köpfen zu fungieren, eine Größe, die stets vorhanden, aber auch stets verborgen bleiben muß. Mit der Entmythologisierung der Frauenarbeit setzt die Erkenntnis des Feminismus als gesellschaftliche Alternative ein.

Die Mythisierung und Marginalisierung der Frauenarbeit in den klassischen Frauenemanzipationstheorien

So unterschiedlich die bürgerliche und die proletarische Frauenemanzipationstheorie sind, so haben sie beide eines gemeinsam: Die unbezahlte Frauenarbeit im Reproduktionsbereich und die Formen der Verfügbarkeit des Kapitals über die Lohnarbeit sind in *allen* Frauenemanzipationstheorien von *Helene Lange*, *Anita Augspurg* bis hin zu *Clara Zetkin* mythisiert und marginalisiert worden. Diese Mythisierung und Marginalisierung der Frauenarbeit in ihrer doppelten Gestalt sind aber in diesen klassischen Frauenemanzipationstheorien in einer scheinhaften Dialektik der partiellen Aufdeckung und der gleichzeitigen Verhüllung der Frauen-Haus-Mutter- und Ehefrauarbeiten einerseits, der außerhäuslichen Frauenarbeit andererseits so sehr eingebunden, daß sie in ihrem ideologischen Kern nicht leicht zu erfassen sind. Daher müssen wir uns auf diese scheinhafte Dialektik und auf die gesellschaftstheoretischen und geschlechtsspezifischen Prämissen dieser Argumentationsfigur näher einlassen.

Bei unserer Ideologiekritik der klassischen Frauenemanzipationstheorien des 19. Jahrhunderts gehen wir davon aus, daß auch diese gesellschaftlichen Alternativentwürfe trotz ihrer progressiven Elemente in der Geschlechterideologie dieser Zeit befangen waren. Diese Geschlechterideologie, obgleich erst um 1800 als gesamtgesellschaftliche Ideologie entwickelt, hatte im Verlauf des 19. Jahrhunderts die Dignität einer schlüssigen gesellschaftstheoretisch fundierten Weltansicht angenommen, einer Weltansicht, die der allgemein anerkannten „Natur“ der unterschiedlichen Geschlechter angemessen sei. Es ist vielleicht nicht übertrieben, anzunehmen, daß diese Geschlechterideologie mit ihren meist unerkannten sexistischen Prämissen von allen den Ideologien des 19. Jahrhunderts, die wir kennen, den Biologismus, Rassismus, Sozialdarwinismus, Nationalismus usw., am stärksten sich durchsetzen konnte, weil sie in noch höherem Maße als die eben genannten Ideologien den allervitalsten Interessen sowohl des Industrie-Kapitalismus als auch den von diesem System abhängigen Männern aller Klassen entsprach. Denn ohne Frauenarbeit geht es nicht.

Stimmt diese Annahme, so gilt es, diesen gesellschaftstheoretischen Prämissen gerade in ihrem sexistischen Gehalt nachzugehen und somit auch diese Scheindialektik, die mit der Geschlechterideologie verbunden ist, zu entlarven und die Theorie der Geschlechterpolarität in ihren eigentlichen Interessenzusammenhang sowohl des Kapitals als auch des Familienvaters zu stellen.

Ein Zitat von *Helene Lange*, der Wortführerin der bürgerlichen Frauenbewegung, mag uns hierbei helfen. 1914, kurz vor Kriegsbeginn, schrieb sie: „Im Schicksal der Frau steigert sich der Gegensatz zwischen Familieninteresse und Produktionsinteresse heute zur grellsten Dissonanz, ihr Leben wird der Schauplatz des schärfsten Zusammenstoßes zwischen diesen beiden Tendenzen unserer Kulturentwicklung, wird wirklich, ‚zweier Zeiten Schlachtgebiet‘“ (cit. nach Barbara Brick, *Die Mütter der Nation – zu Helene Langes Begründung einer ‚weiblichen Kultur‘*, in: *Frauen in der Geschichte IV*, hg. v. Ilse Brehmer u. a., Düsseldorf 1983, 99).

An diesem Zitat läßt sich der doppelte Vorgang der Aufdeckung und der Verhüllung von unentlohnter und von unangemessen schlecht entlohnter Frauenarbeit illustrieren. Denn *Helene Lange* gelingt es, zunächst die unbeachtete Arbeit von Frauen als Ehefrauen, Hausfrauen und Müttern sichtbar zu machen. Dieser Frauenarbeit wird von ihr hohe Anerkennung gezollt. Darüber hinaus wird sie als moralisch höherwertig als die „mechanische“, „tote“ Männerarbeit qualifiziert. Damit spricht *Helene Lange*, ähnlich wie Feministinnen heute, von der Hausfrauenarbeit als der eigentlichen Säule des Kapitalismus. *Helene Lange* hat aber auch die außerhäusliche Tätigkeit der Frauen in ihre Konzeption der spezifischen Frauenarbeit aufgenommen. Sie setzt sich theoretisch und praktisch für die Anerkennung dieser Frauenarbeit auch in der Öffentlichkeit als einer bezahlten Frauenarbeit ein. Auch die öffentliche, die organisierte Mütterlichkeit ist für *Helene Lange* als Frauenarbeit von besonders großer Bedeutung.

Für uns ist es wichtig, auszumachen, warum die Aufdeckung von Frauenarbeit im häuslichen und im außerhäuslichen Bereich in der Frauenemanzipationstheorie einer *Helene Lange* so unmerklich in die Abwertung von Frauenarbeit übergehen konnte. Wieso ist diese Anerkennung von Frauenarbeit verbunden mit der gleichzeitigen Verhüllung und Mythisierung von unentlohnter und schlecht entlohnter Frauenarbeit inner- und außerhalb des Hauses?

Diese von *Helene Lange* geschilderte Frauen-Hausarbeit verliert schon in der hier zitierten Argumentationsweise an Eigentlichkeit. Denn sie verwandelt sich in eine an die Wesenhaftigkeit der Frauen gebundene weibliche Eigenschaft, in ein weibliches Prinzip, das im Konflikt mit dem männlichen Prinzip steht und die eigentliche Kulturmission der Frau begründet. Die Frau als ontologisches Wesen muß in den weltgeschichtlichen Kampf der zwei Kulturprinzipien, des männlichen zivilisatorischen Prinzips und des weiblichen Kulturprinzips, auf Grund ihrer Weiblichkeit eintreten, aber auch auf weibliche Art: durch innere Überlegenheit, durch Opfer, durch weibliche Tugend. Frauenarbeit wird hier zum Heilsprinzip, zum Mythos; die „männliche Zivilisation“, die bestehende bürgerlich kapitalistische Gesellschaft bleibt letztlich von diesem weiblichen Prinzip unberührt.

Die Entstehung des Feminismus als Produktionsweise im Kapitalismus – ein historisch-systematischer Ansatz zur Neuvermessung gesellschaftlicher Arbeit

Es gilt, die bis heute vorherrschende Geschlechterideologie zu destruieren. Diese Destruktion ist aber nicht als ein philosophisches, von den Entstehungsbedingungen des Kapitalismus abgehobenes Unternehmen zu begreifen. Wir müssen vielmehr sehr genau die mit der Entstehung und der Ausbreitung des Kapitalismus notwendig gewordene, neue Reglementierung der Geschlechterbeziehungen und die neuen staatlichen und ideologischen Formen der Beherrschung des Frauenkörpers und der Enteignungen der Frauen in der frühen Neuzeit beachten. Sie reichen von der versuchten totalen Regulierung der Sexualität der Frauen (nicht der Männer) durch die Institution der Ehe und der gleichzeitig erzwungenen Ehelosigkeit der Bevölkerungsmehrheit im Kapitalismus über die brutalen Formen der geschlechtsspezifischen Arbeits-

und Bevölkerungspolitik des absolutistischen Staates bis hin zur massenhaften Frauenvernichtung in den sog. Hexenprozessen. Erst auf diesem Hintergrund eines neuzeitlichen, staatlich verordneten Sexismus, der in zweifacher Weise den Kapitalismus unterstützte, durch die partielle Freistellung von weiblichen Arbeitskräften für die Lohnarbeit, vor allem aber durch die Absicherung einer neuen Reproduktionsbasis durch unentlohnte Frauensubsistenzarbeit, ist eine Kritik der Geschlechterideologie von gesellschaftspolitischer Relevanz möglich.

Diese Kritik der Geschlechterrollenideologie macht in konstruktiver Weise die Frauenarbeitsweise im Kapitalismus als eine gesellschaftsformative Produktivkraft sichtbar. Aus ihr geht erst die Erkenntnis von Frauenarbeit als eine ökonomische, politische und moralische Größe hervor. Auf dieser Basis sprechen wir von der weiblichen Produktionsweise im Kapitalismus, deren Eigen-Logik, Eigen-Sinn und Eigen-Produktivität als feministische Politik zu begreifen ist.

Folgen wir dieser historischen Betrachtungsweise, so wird u. a. erkennbar, daß im Hinblick auf die weibliche Arbeitskraft die Verwertungsinteressen des Kapitals immer wieder in eine innere Widersprüchlichkeit geraten. Während es einerseits stets im Interesse des Kapitals liegt, die Frauenarbeitskraft möglichst frei verfügbar zu halten, so werden gleichzeitig durch die einseitige Verfolgung dieser Kapitalinteressen die Voraussetzungen für das Funktionieren des Kapitals, die Erhaltung der Reproduktionsbasis zur Reproduktion der lebendigen Arbeitskraft, zerstört. Hier liegt zum einen die Erklärung dafür, weshalb der Kapitalismus gezwungen gewesen ist, die weibliche Arbeitskraft in der künstlichen Gestalt der neuzeitlichen Familie zu einer scheinbaren Natur-Ressource zu machen.

Aus seiner eigenen Logik heraus mußte der Kapitalismus eine zweite, weibliche Produktionsweise hervorbringen, um seine eigene Subsistenzbasis, die er immer wieder aufs Neue gefährdete, dennoch durch die scheinbar natürliche, unerschöpfliche, weibliche Arbeitskraft zu erhalten.

Dieser kapitalistischen Logik der Entstehung einer zweiten Ökonomie entspricht die Ausprägung einer weiblichen Ökonomie mit ihrer eigenen Überlebenslogik im Kapitalismus. Gilt es nun, die immer wieder unsichtbar gemachte Frauenarbeit zu erfassen, so müssen wir dieser Frauen-Logik des Überlebens im Kapitalismus auf die Spur kommen – sowohl in ihrem materiellen, mehrwertschaffenden, als auch in ihrem moralischen wertschöpfenden Gehalt.

Diese feministische Forderung nach einer Neuvermessung der gesellschaftlichen Arbeit aus der Sicht der dualen Ökonomiestruktur kapitalistischer Gesellschaften deckt sich in vielen Bereichen mit vergleichbaren Forderungen in anderen, alternativen Gesellschaftskonzeptionen. Zum Beispiel kann das von *Illich* formulierte Postulat auch als ein Kernsatz feministischer Gesellschaftstheorie verstanden werden: „Die Entkoppelung der produktiven Tätigkeit vom Begriff der Erwerbstätigkeit droht alle Mauern einzureißen, die auf dem Fundament des verbreiteten (Un-)verständnisses der sozialen Wertschöpfung beruhen.“ (Ivan Illich: Das Recht auf schöpferische Arbeitslosigkeit, in: An-

ders arbeiten – anders wirtschaften, hg. von J. Huber, Frankfurt 1983, S. 88) Allerdings müssen wir, anders als *Ivan Illich*, auf die mit dem Kapitalismus entstandene Form der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die ihr entsprechende Geschlechterideologie eingehen, sollen wir bei unserem Bemühen um eine neue Theorie der Arbeit nicht wieder in eine schlechte und sexistische Metaphysik verfallen.

Perspektiven

Man(n) mag zum Schluß fragen, weshalb wir auf eine so umständliche und theoretische Weise uns den Weg zu einer feministischen Antwort auf die gegenwärtige Krise unserer Arbeitsgesellschaft gebahnt haben. Denn die gesellschaftliche Zielvorstellung ist sehr leicht formulierbar. Sie lautet schlicht: eine radikale Kürzung der Lohnarbeitszeit für alle unter gleichen Bedingungen für Frauen und Männer und eine gleichmäßige Verteilung der Subsistenzarbeit auf beide Geschlechter. Dieses Ziel der Aufhebung der Geschlechtsspezifik des Arbeitsmarktes und der patriarchalischen Familienstruktur bleibt aber ohne Kenntnis der Geschichte und der Logik der weiblichen Ökonomie im Kapitalismus unerreichbar. Hierzu abschließend nur ein Hinweis.

Die Widersprüche unserer hochindustrialisierten Arbeitsgesellschaft sind im sog. Produktionsbereich offensichtlich. So führt beispielsweise die steigende Produktivität nur zu noch größerer Arbeitslosigkeit. Oder: Hohe Profitraten werden erwirtschaftet, ohne daß es unseren Volkswirtschaften möglich ist, die sog. „Lohnnebenkosten“ zu bezahlen. Diese Beispiele lassen sich mehren. Die gesellschaftspolitischen Dimensionen dieser Widersprüche bleiben aber solange unausgeschöpft, als sie nur als Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Produktion begriffen werden. Denn was sind beispielsweise Lohnnebenkosten? Sind sie ohne die Beachtung der unentlohnerten Frauensubsistenzarbeit überhaupt berechenbar? Sind kapitalistische Krisen nur oder primär Krisen der Produktion? Aus der Sicht der weiblichen Ökonomie sind kapitalistische Krisen immer Subsistenzkrisen.

Wir wissen, daß es weder im Interesse des Kapitals noch im Interesse des Patriarchats liegen kann, die gesellschaftliche Arbeit von Frauen in die Neuvermessung der gesamtgesellschaftlichen Arbeit einzubeziehen. Eine nur sozialistische oder nur ökologisch definierte gesellschaftspolitische Alternative bleibt aber solange den Kapitalinteressen verhaftet, als sie der bequemen Ideologie der Frauenarbeit als Natur-Ressource folgt.

In unseren Überlegungen zum Feminismus als einem gesellschaftspolitischen Ausdruck der neuzeitlichen Produktionsweise von Frauen kann ein materialistisch begründeter Feminismus dieser Gefahr entgegenwirken. Frauen haben schon längst in ihrer eigenen Geschichte im Kapitalismus eine Alternative zu der Profit- und Wachstumslogik des Kapitals praktiziert. Heute gilt es, diese alternative Praxis mit ihrer eigenen Arbeits- und Zeitökonomie und ihrer eigenen Moralität als Handlungsalternative zu begreifen, die der Kapitalismus zwar hervorgebracht hat, die aber ihn zu begrenzen vermag. Hierin liegt die Chance der Frauenemanzipation als einer humanen, gesellschaftspolitischen Alternative.

Lebensweise, Bedürfnis- und Persönlichkeitsentwicklung

Joachim Bischoff/Helmuth Weiß

Acht Stunden sind kein Tag! – Gesamtlebenszusammenhang, Habitus, Alltagsbewußtsein

1. Konservative Hegemonie

Die Einschätzung der Bedürfnis- und Persönlichkeitsentwicklung im Kapitalismus besitzt entscheidende Relevanz für den Vorschlag der Sozialisten zur gesellschaftlichen Umgestaltung und damit zusammenhängend für die Möglichkeit einer linken Hegemonie.¹ Diese ist heute auch in erhöhtem Maße gefordert, wie nicht zuletzt die Tatsache zeigt, daß die Linke sich heute mit einem erstaunlichen Phänomen konfrontiert sieht: Mit der schärfsten Weltwirtschaftskrise, die es seit 1929 gab, ist es – entgegen allzu naiven linken Erwartungen – nicht zu einem Erstarren der sozialistischen Position gekommen, sondern stattdessen zu einer Erneuerung der konservativen Hegemonie. Die aktuelle politische Situation, gekennzeichnet zum einen dadurch, daß die konservativen Kräfte die Bevölkerungsmehrheit repräsentieren und sich somit auch zu einem gewichtigen Teil auf eine Anhängerschaft bei den Lohnabhängigen stützen können, und zum anderen dadurch, daß die grün-alternative Bewegung 7–8 % der Wählerschaft bundesweit hinter sich weiß, belegt anscheinend die unter dem Stichwort „Krise des Marxismus“ verhandelte Einschätzung, daß der Marxismus angeblich überhaupt nicht mehr in der Lage sei, für die heutigen Lebensverhältnisse adäquate Antworten geben zu können. Auch bei weiterer Zuspitzung der ökonomischen Krisenprozesse wäre es fatal zu glauben, daß ein eintretender Hegemonieverlust der bürgerlichen Konservativen notwendigerweise den Linken zugute käme.

Die sozialistischen Kräfte werden nur dann mehrheitsfähig in der BRD, wenn sie deutlich machen können, daß ihr Vorschlag zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung die Qualität des Alltagslebens der Menschen, d. h. die tagtägliche Realität verbessert. Voraussetzung hierfür ist eine Analyse des Alltagsbewußtseins der Subjekte, das die Persönlichkeitsstruktur im Spätkapitalismus umgreift. Im folgenden soll nun gezeigt werden, daß sich diese Struktur auf Grundlage der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise einerseits durch soziale und andererseits durch individuelle Komponenten in eine Pluralität von Existenzweisen und somit auch Persön-

1 Vgl. S. Herkommer/J. Bischoff/K. Maldaner: *Alltag Bewußtsein Klassen*, Hamburg 1984.

lichkeitsstrukturen auseinanderlegt und diese sich darüber hinaus in der historischen Dynamik der bürgerlichen Gesellschaft stetig verändert.

2. „Vom Arbeitstier zur Individualität“

Es ist grundlegendes Spezifikum der bürgerlichen Gesellschaft und Basis ihrer Existenz, die antagonistischen Klassen immer wieder als solche zu reproduzieren. Diese Reproduktion der Klassenverhältnisse erfolgt aber unter dem Fundamentalprinzip der kapitalistischen Produktionsweise, dem Äquivalententausch. Nicht das eine Moment schließt dabei das andere aus, sondern die Klassenstrukturiertheit reproduziert sich notwendigerweise in der Form der Freiheit und Gleichheit des Warentausches.

Zugleich ergibt sich hieraus als weitere Bestimmung, daß der einzelne in seinen Konsumformen keinen vorausgesetzten Zwängen unterliegt, er somit in Höhe seines verfügbaren Geldes je nach eigenem Belieben auswählen kann, was er sich aneignen will. „In der Form von Geld . . . sieht man es allerdings dem Einkommen nicht mehr an, daß es dem Individuum nur als einer bestimmten Klasse zugehörig, als einem Klassenindividuum zukommt . . . Die Vergoldung oder Versilberung verwischt den Klassencharakter und über-tüncht ihn . . . Daher . . . die wirkliche bürgerliche Gleichheit der Individuen, soweit sie Geld besitzen, welches auch die Einkommensquelle sei.“²

Auch für den Lohnabhängigen besteht somit in der bürgerlichen Gesellschaft die individuelle Freiheit, über die Formen seiner materiellen und immateriellen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums selbst zu disponieren. Hierin liegt ein entscheidender Unterschied zu vorbürgerlichen Produktionsweisen. „Es ist nicht mehr, wie in der antiken Gesellschaft, wo von Privilegierten dies oder jenes eintauschbar, sondern alles ist zu haben von allen, jeder Stoffwechsel vornehmbar von jedem, je nach der Masse Geld, worin sein Einkommen sich umwandeln kann . . . Beim Stand hängt der Genuß des Individuums, sein Stoffwechsel, von der bestimmten Teilung der Arbeit ab, der es subsumiert ist. Bei der Klasse nur vom allgemeinen Tauschmittel, das es sich anzueignen weiß“.³ Weder an der Qualität der Produkte läßt sich daher eine klassenmäßige Bestimmung festmachen, noch ergibt sich umgekehrt für die verschiedenen Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft ein *qualitativer* Ausschluß von bestimmten Produkten und Aneignungsformen. Aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse kann daher auch nicht auf die Konsumformen und die sich darin ausdrückenden Bedürfnisse geschlossen werden. Es gibt nicht einen *direkten* Zusammenhang von Klassenzugehörigkeit und kultureller Lebensweise. Die Kulturformen sind daher auch nicht auf Klassenfraktionen rückführbar. Die immanente Struktur der bürgerlichen Gesellschaft setzt nicht einerseits Bedürfnis und Kultur der Arbeiterklasse und demgegenüberstehend Bedürfnisse und Kultur des Bürgertums.

Die Klassenstrukturiertheit drückt sich aus vermittelt über die aus der Klassenbestimmtheit resultierende unterschiedliche Form des Gelderwerbs. Die

2 Karl Marx, Reflection, in: Einheit 5/77, S. 525.

3 Ebd.

quantitative Ungleichheit von Zeit, Geld und Belastung führt so zu neuen, qualitativen Unterschieden, die aber nicht entlang der in der Ökonomie festgesetzten Klassengrenzen laufen. „Das Geld, als der höchste Ausdruck der Klassegegensätze, verwischt daher zugleich die religiösen, ständischen, intellektuellen und individuellen Unterschiede . . . Der qualitative Klassenunterschied verschwindet so in dem Akt des Handels zwischen consumers und dealers in dem quantitativen Unterschied, dem Mehr oder Weniger von Geld, worüber der Käufer gebietet.“⁴

So sehr es darum geht, diesen wichtigen Unterschied der bürgerlichen Gesellschaft zu vorbürgerlichen Epochen herauszuarbeiten, so unwichtig war dieser praktisch im Alltagsleben der Lohnabhängigen bis in die Anfangsjahre unseres Jahrhunderts hinein. Der Arbeiter war reduziert auf ein Dasein als Arbeitstier. Die Länge des Arbeitstages, die geringe Entlohnung, die physische Erschöpfung ließen faktisch kaum Raum zur Entwicklung von höheren Bedürfnissen und zur Herausbildung einer eigenen Persönlichkeit. Schlafburschenexistenz war an der Tagesordnung. Eine Familie gründen und diese materiell versorgen zu können, war nicht immer zu erreichendes Traumziel der Lohnabhängigen. Soweit die Frau nicht mitarbeiten mußte, war es für diese selbstverständlich, im Haushalt ihren Platz zu sehen, dort einerseits eine Vielzahl von zeitaufwendigen und beschwerlichen Arbeiten, wie Waschen, Stopfen, Kochen etc. zu verrichten und darüber hinaus durch Heimarbeit den Lebensstandard etwas zu heben, um so das Leben einigermaßen angenehm zu gestalten. Die erste Form von Emotionalität in der Familie, in der die Frauen begannen, für den Mann und die Kinder außerdem etwas Geborgenheit und emotionale Wärme vermitteln zu wollen, blieb andererseits zumeist Wunschvorstellung.

Die bürgerliche Gesellschaft ist aber zugleich gekennzeichnet durch das Zwangsgesetz zur fortwährenden Steigerung der Produktivkräfte. Resultat dieses Gesetzes ist die beständige Freisetzung von freier Zeit, die aber in der bürgerlichen Gesellschaft zugleich unbezahlte Mehrarbeit darstellt. Erst durch gewerkschaftliche Kämpfe gelingt es den Lohnabhängigen, an den von ihnen produzierten freien Zeitquanten und materiellen Reichtümern durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zu partizipieren.

Zugleich bildet diese beständig wachsende freie Zeit die Möglichkeit, eine neue Klasse zu unterhalten, die Staatsbeschäftigten. Über den Sozialstaat ergeben sich darüber hinaus eigenständige Existenzmöglichkeiten für Ältere und Jugendliche.⁵ Die Klassenstrukturiertheit der bürgerlichen Gesellschaft löst sich bei diesem Prozeß jedoch nicht auf, sondern erhält nur eine bestimmte Entwicklungsdynamik. „Die freie Zeit auf Seiten der nichtarbeitenden Gesellschaftstheile basirt auf der Mehrarbeit oder Überarbeit, auf der Mehrarbeitszeit des arbeitenden Theils, die freie Entwicklung auf der einen Seite darauf, daß die Arbeiter ihre ganze Zeit, also den Raum ihrer Entwicklung, zur bloßen Production bestimmter Gebrauchswerthe verwenden müssen . . . Die

4 Ebd. S. 526.

5 Vgl. Sozialistische Studiengruppen (SOST): Einführung Staatstheorie, Hamburg 1983.

ganze menschliche Entwicklung, soweit sie über die zur natürlichen Existenz der Menschen unmittelbar notwendige Entwicklung hinausgeht, besteht bloß in der Anwendung dieser freien Zeit und setzt sie als ihre notwendige Basis voraus . . . Reichtum ist daher disposable time.“⁶ Der gesamte historische Prozeß der Klassenkämpfe löst sich unter kulturellem Blickwinkel wesentlich auf in die erzwungene Verwandlung von Luxusbedürfnissen in lebensnotwendige Bedürfnisse.

Diese in gegensätzlichen Formen stattfindende Reichtumsentwicklung hat so im Spätkapitalismus zu einem gegenüber dem Anfang des Jahrhunderts deutlich veränderten Verhältnis von Arbeit und Freizeit geführt, welches sich in einer Weiterentwicklung der Persönlichkeit auch des lohnabhängigen Individuums niedergeschlagen hat.⁷ Die Arbeit im Kapitalismus, gekennzeichnet durch ihren doppelten Charakter – wesentlich als fremdbestimmte, aber zugleich auch als schöpferische Anwendung eigener Lebenskraft –, behält hierbei jedoch ihren zentralen Stellenwert im Alltagsleben der Subjekte. Zugleich ist aber ein erweiterter Nichtarbeitsbereich der Arbeitswelt an die Seite getreten, in dem nicht nur materielle Produkte konsumiert werden, sondern auch sinnliche Aneignung stattfindet.⁸ „Erst durch den gegenständlich entfalteten Reichtum des menschlichen Wesens wird der Reichtum der subjektiven menschlichen Sinnlichkeit, wird ein musikalisches Ohr, ein Auge für die Schönheit der Form, kurz, werden erst menschlicher Genüsse fähige Sinne, Sinne, welche als menschliche Wesenskräfte sich bestätigen, teils erst ausgebildet, teils erst erzeugt.“⁹

Die Entwicklung von Emotionen und Gefühlen auch für die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums wird so in der Spätphase des Kapitalismus immer mehr möglich. Individuelle Neigungen und Vorlieben können verstärkt herausgebildet werden, der kulturelle Horizont erweitert sich, es entsteht so auch schon im Lohnarbeiter des Kapitals tendenziell ein bedürfnis- und eigenschaftsreiches Subjekt. Die frühere Eindimensionalität des Lebens, die Ausdruck der reduzierten Existenz allein als Arbeitstier war, wird so durch eine Pluralität von Aneignungsweisen abgelöst. „ . . . das Kapital . . . schafft so die materiellen Elemente für die Entwicklung einer reichen Individualität, die ebenso allseitig in ihrer Produktion als Konsumtion ist und deren Arbeit daher auch nicht mehr als Arbeit, sondern als volle Entwicklung der Tätigkeit erscheint, in der die Naturnotwendigkeit in ihrer unmittelbaren Form verschwunden ist; weil an die Stelle des Naturbedürfnisses ein geschichtlich erzeugtes getreten ist.“¹⁰ Die zentrale Aufgabe besteht heute darin, die Widersprüche im Bereich der entfremdeten Arbeit und der frustrierten In-

6 Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie Teil 1, in: MEGA, Abt. II, Bd. 3.1, S. 168/169.

7 Vgl. Sebastian Herkommer, Arbeit und Nichtarbeit, in: Herkommer/Bischoff/Maldaner, Alltag Bewußtsein Klassen, Hamburg 1984.

8 Vgl. J. Bischoff/K. Maldaner: Alltagsbewußtsein und Lebenswelt, in: Prokla 53, Dez. 1983.

9 Karl Marx, Ökonomisch-Philosophische Manuskripte aus dem Jahr 1844, in: MEW, Ergänzungsband 1, S. 541.

10 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 231.

dividualität aufzulösen. Durch ein Programm des Anders Arbeiten und Anders Leben kann der Übergang zu einer neuen gesellschaftlichen Entwicklungslogik vollzogen werden. Nicht mehr die Verwertung des Kapitals diktiert die Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und die Herausbildung von entwickelten Individualitäten, sondern die Schaffung von allseitig gesellschaftlich entwickelten Subjekten wird zum Maßstab der Reichtumsentwicklung.

Mitglieder der gleichen Klassenfraktion leben heutzutage in vielfältigeren Verhältnissen als nur in der Arbeit. Ihre gesamte Persönlichkeit wird also auch durch mehr Bezugspunkte strukturiert. Welchen sozialen Habitus das einzelne Subjekt sich aneignet, ergibt sich durch die Gesamtheit seiner individuellen ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen. Subjekte verschiedener Klassen können sich so ein und denselben sozialen Habitus in ihrer Person aneignen und damit ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten Lebensstil, der selbst nicht einer Klasse zuordbar ist, deutlich machen. Der Habitus ist insofern entscheidend weiter als allein die Klassenlage; er umfaßt auch Geschlecht, Wohnort, Religionszugehörigkeit, sexuelle Orientierung etc. und ermöglicht darüber hinaus selbst bei Aneignung eines bestimmten Lebensstils die individuelle Variation desselben. Der angeeignete Habitus wiederum strukturiert seinerseits Bewertung, Praxisformen und Wahrnehmungen der Individuen bis hin zu politischen Positionen. Bewußtsein heutzutage ist also nurmehr als eine Kategorie des Gesamtlebenszusammenhangs denkbar.

Der Arbeiterklasse aus ihrer Existenz im kapitalistischen Reproduktionsprozeß eine spezifische, von anderen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft unterschiedene Aneignungsweise im kulturellen Raum zu unterstellen, nämlich eine, die geprägt ist durch das Wissen um den Ausschluß von Kulturanneignung, kann weder theoretisch begründet werden, noch ist sie praktisch nachzuweisen. Die Existenz zweier grundsätzlich klassenmäßig verschiedener Kulturen zu behaupten, erweist sich u.E. als völlig ungeeignet, den differenzierten Bedürfnisstrukturen und Lebensvorstellungen der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft gerecht zu werden. Stattdessen ist festzuhalten, daß im Raum der Lebensstile, der nur in vermittelter Form Klassenverhältnisse widerspiegelt, verschiedene Werthaltungen und Normsysteme um die kulturelle Vorherrschaft konkurrieren.

Mit der Weiterentwicklung der realen Lebensverhältnisse entwickeln sich auch die kulturellen Anschauungen schrittweise weiter. „Mit der mobility of capital and labour und den beständigen revolutions in der Produktionsweise, daher in den Produktionsverhältnissen, Verkehrsverhältnissen und Lebensweisen, die die kapitalistische Produktion charakterisiert, große mobility in the habits, modes of thinking etc. des people.“¹¹ Diese Veränderung der Norm- und Werthaltungen vollzieht sich teilweise fast unbemerkt, teilweise aber auch in harten Konflikten sowohl innerhalb des gleichen Habitus als auch zwischen den verschiedenen Lebensstilen.

11 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert — Richard Jones, in: MEW 26.3, S. 437.

Darüber hinaus läuft dieser Prozeß nicht zeitlich gleichförmig ab, sondern faßt sich in Kulminationspunkten zusammen. Zu einer solchen Kulminationsphase des Wertewandels kommt es von den späten 60er bis Mitte der 70er Jahre. Zentral sind die Veränderungen im Bereich des Geschlechter- und Partnerverhaltens, der Familie, der Sexualität und der Erziehungswerte.¹² Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind dazu als wesentlich zu nennen: Ehe und Familie werden in zunehmendem Maße individueller Lebensplanung unterworfen. Frauen lassen sich nicht mehr länger eingrenzen auf die Bereiche Küche, Kinder und Kirche. Die bislang als selbstverständlich, weil natürlich geglaubte emotionale Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wird stärker hinterfragt und kritisiert. Wer auf die Ehe verzichtet, gilt nicht ohne weiteres als Außenseiter. Die Familie wird räumlich und im Selbstverständnis von den Herkunftsfamilien so abgekoppelt, daß diese die Selbständigkeit der Eheleute nicht mehr wie früher beeinträchtigen. Zwischen Kindheit in der Herkunftsfamilie und eigene Heirat schiebt sich eine meist außerfamiliäre Lebensphase in der Jugend, die auch zunehmend weniger durch die Grundfarbe Arbeit bestimmt ist. Das herkömmliche Ideal von Familie und Ehe wandelt sich rapide, was seinen deutlichsten Ausdruck in der sich stark verändernden Einstellung zur Ehescheidung findet. Dahinter steht die Umwertung persönlicher Bindung in eine Unterstützung individueller Entfaltung und die Umwertung traditioneller Auffassung von Sexualität in einen *für sich* zu lebenden Erfahrungsbereich. Zugleich verändern sich die Erziehungsziele der Eltern in Richtung auf Anerkennung und Wertschätzung größerer Selbständigkeit und Entfaltung der Kinder. Berufs- und Ausbildungsansprüche wandeln sich von Luxus- in mehr und mehr normale Bedürfnisse. Auch wenn dieser Wandel für Mädchen nur in sehr viel engeren Grenzen wirksam wird, ist es auch hier nicht mehr selbstverständlich, daß sie im heiratsfähigen Alter ohne Ausbildung und Beruf in die Ehefrau- und Mutterrolle übergehen.

Dieser Wertewandel findet aber nicht bei allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen statt, seine Ausprägung ist ungleichzeitig, und er mobilisiert Widerstand, der in einer gesellschaftlichen Gegenbewegung zur Verteidigung der traditionellen Werteordnung resultiert.

Zugleich werden selbst die Protagonisten dieses Wandels mehr und mehr frustriert. Die mit dem Wertewandel verbundenen Anforderungen und Ansprüche, die zunächst als befreiende Momente erfahren wurden, schlagen in vielen Fällen aufgrund der fehlenden sozialökonomischen Absicherung des Prozesses in ein Gefühl der Unsicherheit und einen Eindruck der subjektiven Überforderung um. Die manifeste Überakkumulation des Kapitals seit Mitte der 70er Jahre erledigt den Rest. Auf ihrer Basis wird die Denunziation des abgelaufenen Prozesses als Anspruchsinflation möglich, die die Ökonomie zerrüttet hätte.

12 Vgl. Sozialistische Studiengruppen (SOST): Lebenswelt und Wertorientierung, Thesen zum Wertewandel, in: Sozialismus, Marxistische Zeitschrift, 1/85, S. 41 ff.

3. Individualität, Pluralität, Solidarität – Zielpunkte sozialistischer Werthaltungen

Linke Hegemonie ist heutzutage nicht mehr möglich allein durch die Thematisierung der Verhältnisse kapitalistischer Ökonomie, sondern nur durch eine Perspektive für den Gesamtlebenszusammenhang von Arbeit und Nichtarbeit, bei dem die Umgestaltung der Ökonomie gleichwohl das entscheidende *Mittel* darstellt. Aus diesem Grunde muß auch eine sozialistische Orientierung, die die Bündnispolitik verschiedener Klassen als adäquate politische Strategie im Spätkapitalismus ausgibt, immer wieder scheitern. Die historisch gewachsenen Interessen von Frauen, Alten, Jugendlichen, von Ausländern, Behinderten, Homosexuellen etc. lassen sich in einer solchen Konzeption nur als Annex denken, die mit den eigentlichen Aufgaben der Arbeiterbewegung nur am Rande zu tun haben. Aber auch die Propagierung einer Politik der Radikalisierung der Bedürfnisse und des Gemüts, wie sie von der grün-alternativen Bewegung vorgeschlagen wird, ist ein Weg in die Sackgasse, da sie die gesellschaftliche Grundlage des Gefühlsreichtums negiert. Bei der heutigen Differenziertheit von Lebensverhältnissen muß es unseres Erachtens stattdessen darum gehen, den Kampf um das Alltagsbewußtsein zu führen, deutlich zu machen, daß der Ausbau von individueller Selbstbestimmung, Pluralität und Solidarität Ziel sozialistischer Politik ist, was einzulösen und umzusetzen ist durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche die Logik des Kapitalverhältnisses schrittweise überwindet.

Dabei gilt es den Hinweis von *Bloch* fruchtbar zu machen, daß die Linken zwar wahr, aber über Sachen, die Rechten betrügerisch, aber zu Menschen sprechen. Die entwickelten sinnlichen Dimensionen des Menschen, der tendenzielle Reichtum an Emotionen und Gefühlen darf von Sozialisten nicht einfach mit Schweigen übergangen werden. Es sind Werthaltungen, die sich in den politischen Kräfteverhältnissen ausdrücken. Sozialisten müssen deutlich machen, daß es ihnen um die Verbesserung der Lebensqualität, um den Ausbau der Möglichkeiten des Subjekts zu eigenständiger Lebensführung geht; alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik ist kein Wert an sich, sondern wird nur dann mehrheits- und mobilisierungsfähig, wenn sie orientiert ist am Ziel der Entwicklung von bedürfnis-, eigenschafts- und beziehungsreicher Individualität. Die Konservativen sprechen fortwährend von der Freiheit des Individuums, schnüren aber in Wahrheit durch die Entfesselung der kapitalistischen Anarchie diese Freiheit immer mehr ein. Die sozialistischen Kräfte müssen darauf hinarbeiten, daß auch im Alltagsbewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung sie als Kraft erscheinen, der es nicht um eine Entmündigung und Zurücknahme des Subjekts durch staatliche Bevormundung und Gängelung geht, sondern um die Verteidigung und Einlösung der gewachsenen Bedürfnisse an Arbeit und Leben durch eine gesellschaftliche Einflußnahme auf den ökonomischen Reproduktionsprozeß. Die gewachsenen und heutzutage frustrierten Bedürfnisse der Subjekte müssen unter Zurückweisung der konservativen Denunziation als Anspruchsmentalität reformuliert und als Ansatzpunkt zur Überwindung der Krise wie zur gesellschaftlichen Reform verdeutlicht

werden. Mehr Lebensqualität und reichere Individualität unterstellen eine gute Wohnung, gesunde Umwelt und ein interessantes Wohnumfeld, wie auch einen attraktiven Arbeitsplatz und soziale Sicherheit, da diese es erst möglich machen, sich als Subjekt nicht auf eine persönliche Gnadenexistenz zurückgesetzt zu sehen und eine eigene Persönlichkeit entwickeln zu können.

Kaspar Maase

Kultur befreiter Arbeit und kämpferischen Lebens

10 Thesen

1. Kernstück jeder Veränderung von Lebensweise ist die Arbeitspolitik – genauer: die *Gestaltung der gesellschaftlich organisierten Arbeit*. Eine qualifizierte, anregende, befriedigende und gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit für jeden Arbeitsfähigen ist die Voraussetzung erfüllter Lebensführung. Die für die Arbeit erworbenen und in ihr betätigten Fähigkeiten und Interessen, sozialen Beziehungen und Problemhorizonte, Anerkennungen und Bedürfnisse bilden den Grundstock jeder Persönlichkeit. Ihre Qualität entscheidet über die Lebensweise. Weitere Orientierungen sind: Abbau von Arbeitsteilung, Überschaubarkeit und Auflockerung, entfaltete Mitbestimmung über Form und Inhalt der gemeinsamen Arbeit, gleiche Arbeit für Männer und Frauen.

Sichere Arbeit für jeden mit einem Einkommen, das Zuverdienen in jeder Form unnötig macht, und mit einem Charakter, der Flucht vor Zwang und Entfremdung erübrigt, ist die radikalste Therapie für viele Probleme. Armut, dem „Ausweg“ in Kriminalität und Drogen aller Art, Abhängigkeit und Diskriminierung von Frauen und Minderheiten, arbeitsbedingten psychosomatischen Leiden sind so wesentliche (nicht alle) Ursachen zu entziehen.

2. Befreite Arbeit wird nicht Spiel oder Vergnügen. Sie bleibt Ort – produktiv zu bewältigender – Belastungen und Konflikte; sie verlangt vom einzelnen Einordnung in kollektive und gesellschaftliche Pläne und Ziele, sie bleibt in gewissem Sinn außenbestimmt durch die Anforderungen und Widersprüche, die aus dem Stoffwechsel mit der Natur entspringen. Entfaltung der kulturellen Potenzen sozial organisierter Arbeit verlangt daher gleichermaßen konsequente *Befreiung der Menschen von Arbeit*. Vordringlich betrifft dies all jene geistlosen Tätigkeiten, die den genannten Ansprüchen am wenigsten genügen. Es geht insgesamt um Verringerung der gesellschaftlich organisierten Pflichtarbeit schlechthin – nicht nur als Voraussetzung ihrer gleichen Verteilung, sondern auch zur Verminderung von Arbeitslast und zur Behebung von Zeitnot.

Chance und Herausforderung eröffnen die neuen Möglichkeiten, menschliche Tätigkeit von Maschinenlaufzeiten und anderen starren Arbeitsrhythmen abzulösen. Die Chance liegt darin, Raum zur befriedigten, entspannten und

effektiven Gestaltung des persönlichen Zeit- und Tätigkeitsbudgets zu gewinnen. Die Herausforderung ist zunächst, kapitalistische „Flexibilisierungs“-strategien abzuwehren. Indem die Kapitaldynamik gewohnte Gliederungen von Arbeit und arbeitsfreier Zeit auflöst, zwingt sie die Menschen, neue Strukturen und Rhythmen ihrer Lebensweise zu entwickeln. Nach aller Erfahrung bedeutet dies keineswegs automatisch individuelle Befreiung zu ungeahnten Höhen der Selbsttätigkeit und Selbstverwirklichung; vielmehr schlägt die Stunde von Kulturindustrie und kommerziellen Massenmedien, die entstehende „Lücken“ im Tagesablauf füllen.

Es geht also darum, dem Bedürfnis nach „Zeitsouveränität“ produktive Verwirklichungsformen zu bieten. Ein Problem wird z. B. die Zersplitterung, die gemeinsame Aktivitäten erschwert – etwa für Eltern und schulpflichtige Kinder, wenn starre Schulwoche und bewegliche Arbeitszeiten zusammentreffen. Die Schwierigkeiten sind auch hier um so geringer, je drastischer die Arbeitszeit verkürzt wird. Dann wächst die verfügbare Zeit dermaßen, daß Beisammensein mit Kindern, Lebenspartnern, Freunden ohne Mühe möglich ist. Es gibt keinen Grund, auf ewig am biblischen Rhythmus von Arbeit und Ruhe festzuhalten.

3. Die Erschütterung bisheriger Strukturen der Lebensweise trifft Menschen, die sich nach Abbau von Hetze und Termindruck sehnen und durchaus Vorstellungen haben, was sie mit mehr freier Zeit anfangen würden. Ein *wachsendes Bedürfnis nach Eigenätigkeit* ist seit Jahren unverkennbar. Die Frage ist jedoch, in welche Richtung es gelenkt wird. Alle marktwirtschaftlichen Perspektiven deuten auf „Zwangs-Dualisierung“: Steigender ökonomischer Druck bindet die scheinbar von Lohnarbeit freigesetzte Zeit über Zusatzwerb und Eigenproduktion bruchlos in die Reproduktion der kapitalistischen Wirtschaft ein. Um das materielle Lebensniveau zu halten und ausfallende staatliche Sozialleistungen zu ersetzen, werden alle Formen des Zuverdienens, der ungeschützten Beschäftigung, der häuslichen Übernahme von Tätigkeiten, die auf dem Markt nicht mehr zu bezahlen sind, sowie der Eigenleistung für Gesundheit, Bildung und soziale Versorgung außerordentlich zunehmen. Man mag das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ oder „Anfang der dualen Tätigkeitsgesellschaft“ nennen – faktisch läuft es auf eine Senkung des Freiheitsgrades in der von Lohnarbeit freien Zeit durch reproduktive Tätigkeiten mit Zwangscharakter hinaus.

Aus diesem Grund hat der Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung Schlüssel-funktion in einer demokratischen Politik der Lebensweise. Nur so wird der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse verringert und Raum für Alternativen geschaffen. Dies ist zentral für jede Strategie der Frauenemanzipation, die auf Abbau unentgeltlicher häuslich-privater Reproduktionsarbeit und Aufhebung zwischengeschlechtlicher Arbeitsteilung angewiesen ist.

Es geht also darum, Freisetzung von Lohnarbeit für eine Erhöhung der Wahlfreiheit von Eigenaktivität, für realen Zuwachs von Selbstbestimmung zu nutzen. Der Ausbau materieller und sozialer Sicherung bildet eine unverzichtbare Grundlage dafür. Ebenso notwendig sind die *subjektiven Ansprüche und Kompetenzen zu entwickeln, die „Eigenarbeit“ zur Formierung der Kräfte der*

Veränderung beitragen lassen. Das Fehlen direkter kapitalistischer Disziplinierung und Kontrolle über derartige Tätigkeiten ermöglicht das. Auch objektiv erzwungene „Eigenarbeit“ von Selbsthilfegruppen, Arbeitsloseninitiativen, Nachbarschaften etc. kann Element kämpferischen Lebens werden: insoweit sie Öffentlichkeiten, Praxiszusammenhänge, „Gegenkultur“ als Alltags-Hinterland oppositioneller sozialer Bewegungen und Klassenkämpfe schafft.

4. Vor der Ausführung dieses Gedankens (in These 8 und 9) noch zwei andere Probleme. Viele „grüne“ Alternativüberlegungen wollen dem skizzierten ökonomischen Zwang entgehen, indem sie die Bedürfnisstruktur verändern – nach der Devise „Wirklich frei ist, wer nichts braucht“. Hier ist nicht über die theoretischen Geburtsfehler dieses Ansatzes zu diskutieren. Die These muß genügen, daß nicht das System der Bedürfnisse die menschlichen Tätigkeiten bestimmt, sondern daß es umgekehrt in letzter Instanz die materiell determinierte widersprüchliche Struktur der menschlichen Tätigkeiten widerspiegelt.¹ „Widersprüchlich“, „in letzter Instanz“ – damit wird verwiesen auf die realen Grundlagen einer *gezielten Arbeit an der Veränderung von Bedürfnissen*, die zur Konzeption kämpferischen Lebens unverzichtbar gehört. Historisch haben wir zu lernen aus dem Scheitern aller asketischen Lebensreform-Bewegungen, die mindestens so alt wie das Christentum sind. Die einzige Ausnahme bildet vielleicht die Funktionalisierung asketischer Ideologeme für unternehmerische Kapital-Anhäufung im entstehenden Protestantismus.

Vor diesem Hintergrund ist über ein „alternatives Bedürfnismodell“ für die Bundesrepublik zu sprechen. Umstritten sind nicht allgemeine Ziele wie: Abbau von Fixierungen an materiellen und kompensatorischen Konsum; Entfaltung sozialer, kreativer, geistig-ästhetischer und emotionaler Bedürfnisse in Richtung auf Selbstentwicklung in Tätigkeit, Kommunikation und Muße. Umstritten ist: Wie setzt man solche Veränderungen in Gang, und wie verhält man sich zum gegenwärtigen Stand materiellen Konsums?

Angesichts wachsender sozial-kultureller Ungleichheit in der BRD und in der Welt halte ich es für diskutabel, zu sagen: Wir wollen das materielle Lebensniveau, das ein vollbeschäftigtes Paar mit etwa der Qualifikation Facharbeiter/mittlere Angestellte ohne Kinder gegenwärtig hat (also eine reale Gruppe von heute vielleicht 10-15% der Arbeiterklasse), halten und für alle Haushalte aller werktätigen Klassen und Schichten erreichbar machen (also mit entsprechenden Zuschlägen für Kinder, Altenpflege u.ä.). Dies erfordert eine gewaltige Umverteilung, die die Lebenslage der großen Mehrheit der Bevölkerung z.T. erheblich verbessern würde. Sinnvoll und möglich ist ein solcher Ansatz jedoch nur als Teil eines demokratisch organisierten Prozesses zugunsten der Arbeiterklasse und der Völker, die an den Folgen des Kolonialismus leiden.

Kulturtheoretisch liegt diesem Gedanken die These zugrunde, daß das in den genannten Obergruppen der Arbeiterklasse erreichte materielle Lebensni-

¹ Vgl. K. Maase, *Neue Bewegungen: Gesellschaftliche Alternative oder kultureller Bruch?*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 5, 1982, S. 13 f.; ders., *Gedanken zur Zukunft der Lebensweise*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/1985, v.a. S. 231 ff.; ders., *Bedürfnisse verändern – aber wie?*, *Deutsche Volkszeitung/die tat*, 22.3.1985.

veau eine derartige Entfaltung und Befriedigung nichtmaterieller Bedürfnisse ermöglicht, daß weitere Erhöhung gegenwärtig nicht Ziel zu sein hat. Ein Blick auf die jüngeren Generationsgruppen der genannten Schicht entdeckt überdurchschnittliche Offenheit für Entwicklung sozialer und kultureller Bedürfnisse und für bewußteren Umgang mit dem Lebensstandard (Bereitschaft zu solidarisch und ökologisch orientiertem Verhalten). Das ist nicht automatische Folge des materiellen Lebensniveaus, sondern bestimmter bildungsmäßiger und sozial-kultureller Milieus innerhalb dieser Gruppen. Soziale und politische Aktivierung und Bewußtseinsbildung, Reflexion des eigenen Werte-Horizontes und vielfältige Aneignung kulturellen Reichtums finden sich hier ebenso wie materielle Solidarität (man müßte einmal zusammenrechnen, was aus diesen Kreisen der angeblich so verspießerten Lohnabhängigen in den letzten Jahren für Nicaragua, die britischen Bergarbeiter, den südafrikanischen Widerstand etc. gespendet wurde!).

5. Jede auch nur halbwegs realistische Alternative wird von einer *Schlüsselstellung der Massen- und Informationsmedien* in der Lebensweise ausgehen müssen. Gesellschaftlich organisierte Arbeit und Eigentätigkeit werden weiterhin die Notwendigkeit von Entspannung und Abschalten hervorrufen. Für die massenhafte – und durch die neuen Informationstechnologien zunehmend der individuellen Wahl geöffnete – Befriedigung von Bedürfnissen nach Bildung, Wissen, Unterhaltung, Kunstgenuß und lokaler Kommunikation sind die elektronischen Medien optimal. Sie sind unverzichtbar, weil nur über ihre bewußte Nutzung der einzelne sich noch in der global vergesellschafteten Welt orientieren und verantwortlich handeln kann.

Die Entwicklung individueller Fähigkeiten und Bedürfnisse zu kritischer Interessenwahrnehmung, zu selbsttätiger Aneignung kulturellen Reichtums, zu entwickelter persönlicher Kommunikation ist also nicht der Einbeziehung modernster Informationstechnologien in den Alltag entgegensustellen, wie das etwa Vorschläge zur Fernseh-Askese tun. Derartige Ansprüche sind vielmehr zu nutzen für Kämpfe, die die Medien der „Verwendung im Interesse der wenigen“ entziehen und in „Kommunikationsapparate des öffentlichen Lebens“ verwandeln,² in Werkzeuge progressiver gesellschaftlicher Selbstverständigung. Das beinhaltet die systematische Entfaltung der subjektiven Fähigkeiten zum souveränen Umgang mit diesen Instrumenten.

6. Allgemeines Ziel einer Politik der Lebensweise hat *soziale Gleichheit* zu sein. Auch hierzu bilden den Schlüssel die *Umverteilung der gesellschaftlich organisierten Arbeit auf alle* und die *Entfaltung ihrer persönlichkeitsproduktiven Anforderungen an Bildung und Qualifizierung aller*. Weil derartige Veränderungen in der Kultur erst über mehrere Generationen greifen, ist Klarheit der Zielstellung doppelt wichtig.

Langfristigkeit des Wandels und Notwendigkeit grundsätzlicher Orientierung kennzeichnen ebenso die Aufgabe, gleiche Entfaltungsbedingungen für Männer und Frauen zu schaffen. Materialistisch verstanden, muß Grundlage

² Bertolt Brecht, Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, in: ders., Gesammelte Werke, Bd. 18, Frankfurt/M. 1967, S. 133, 129.

eine völlige Gleichverteilung der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten auf beide Geschlechter sein: in allen Berufen, Arbeiten, Funktionen so viele Frauen wie Männer; weitestgehende Vergesellschaftung reproduktiver und häuslicher Aufgaben; Gleichverteilung des "Rests" auf beide Geschlechter. Die neuen Technologien und ihre Möglichkeiten räumen die letzten „Sachzwänge“ weg, die dem entgegenstehen.

7. Alternative Orientierungen der Lebensweise sind letztlich vom Menschen her, aus Vorstellungen entfalteter persönlicher Kultur zu entwickeln – nicht aus demgegenüber untergeordneten Gesichtspunkten wie: sparsamer Umgang mit Ressourcen, Stabilisierung der Reproduktion der Biosphäre, Beseitigung der Unterentwicklung o.ä. Im Gegensatz zu allen „alternativen“ Visionen von *Bahro* bis *Gorz* geht es darum, die Strukturen des Lebens auszurichten auf die geistige und alltagspraktische *Beherrschung der eigenen Vergesellschaftung* durch die Individuen. Vielleicht kann die Marxsche Auffassung von „allgemeiner Arbeit“ das integrierende Zentrum angeben: Sie trägt in der freien Assoziation der Produzenten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Charakter; in ihre Bildung sind als „Entwickeln von power“ die Fähigkeit zur Produktion wie zum Genuß einbezogen; sie ist in sich lebendig differenziert als Totalität der „alle Naturkräfte regelnden Tätigkeit“.³

Im Zentrum stehen also Bedürfnisse und Interessen, Fähigkeiten und soziale Beziehungen, Kenntnisse und Motivationen, die zum bewußten Regeln der Widersprüche in Produktion und Gesellschaftsentwicklung, Naturverhältnis und persönlichem Alltag gehören, Fähigkeiten zum „Regieren“ im weitesten Sinn.

8. Von diesem Zielpunkt her lassen sich Linien ziehen, die historische Perspektiven der Lebensweise mit gegenwärtiger Praxis verbinden. Momente des Neuen sind überall dort zu finden, wo sich Momente „kämpferischen Lebens“ (*L. Sève*) herausbilden. Widerständiges Handeln und gemeinsame Interessenvertretung geben Anstöße für Lernen (im weitesten Sinn) und Entwicklung neuer sozialer Beziehungen; ihre Anregungen und Herausforderungen erweitern den Horizont der Probleme und Fragen; sie brechen Selbstverständlichkeiten der eigenen Lebensform auf und lassen (nicht selten schmerzhaft!) deren Widersprüche und Mängel bewußt werden. Solche Entwicklungen der Persönlichkeit werden möglich über die Teilnahme an sozialen Auseinandersetzungen und Bewegungen. „Kämpferisches Leben“ ist Herausforderung, eigenes Verhalten zu prüfen und zu ändern; es erhöht die subjektive Kompetenz, sich als Person in allen anstehenden Umwälzungen der Lebensverhältnisse zu behaupten, indem man sich engagiert für ihre kollektive, gesellschaftliche Regelung.

Wir müssen uns streiten, was für humane Entwicklung besser ist: Leben in Kleinfamilien oder Kommunen, Arbeit im Großbetrieb oder in Genossenschaften, Professionalisierung sozialer Dienste oder weitestgehende Selbsthilfe, Einheitsschule oder Integration der Bildung in die regionalen Arbeits- und

³ Vgl. Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 505, 599.

Lebensbeziehungen etc. Aber wenn es überhaupt einen Garanten oder ein „Rezept“ für die humane Qualität zukünftiger Lebensweise gibt, dann ist es die Entfaltung der Lebenskompetenzen der Individuen in revolutionärer Praxis – verstanden im Marxschen Sinn als „Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung“.⁴

9. Dazu gehören unabdingbar der *Abbau von Privatismus* und die *Verbindung zu Basis- und Bewegungsöffentlichkeiten*, die sich von bürgerlicher ideologischer Hegemonie (wenigstens teilweise) befreien (können). Frauengruppen und Wohngemeinschaften, selbstverwaltete Jugendzentren und Arbeitslosen-, Kultur- und Bürgerinitiativen, Belegschaften und Mietervereinigungen, Friedensgruppen und Gewerkschaftsaktive, die Strukturen von sozialen Bewegungen, Interessenverbänden und Parteien haben jeweils ihre Besonderheiten; all diese Öffentlichkeiten schließen einander nicht aus, sondern greifen in- und umeinander. Selbstverständigung und Erkennen der eigenen Probleme als gemeinsam und gesellschaftlich, Ermutigung und Anerkennung bei interessenvertretendem Handeln, Lernen und das Erfahren kollektiver Lernprozesse als unersetzlich, Bewußtwerden eigener Interessen (persönlicher wie gesellschaftlicher): dies wird verhindert durch privatistisch isolierte Lebensformen. Das Abgeschnittensein von interessenbezogenen Basis-Öffentlichkeiten macht die Beherrschten zur amorphen Masse einzelner, die dann durch die herrschenden Medien und Großorganisationen angeordnet werden.

Selbstbestimmung ist Basis-Öffentlichkeiten nicht geschenkt; sie verwirklicht sich im Kampf gegen herrschende Hegemonie. Es gibt keinen ideologiefreien Raum, in dem Selbstverständigung bei Null begönne. Aber ohne Öffnung der Lebensweise für Selbstverständigung, Selbst-Infragestellen und Selbstveränderung in gemeinschaftlichen Lernprozessen ist an Alternativen nicht zu denken. Beharren auf praktischer Interessenvertretung, wissenschaftlich orientiertes Verarbeiten der Erfahrungen, Beziehung auf oppositionelle soziale Bewegungen sind Mittel, um inhaltliche Selbstbestimmung von Basis-Öffentlichkeiten voranzubringen und ihre Impulse für ein kämpferisches Leben zu stärken.

10. Kampf um Arbeitszeitverkürzung und Frauenemanzipation sind offenbar gesellschaftliche Konfliktfelder mit breiter Mobilisierungsfähigkeit in der Arbeiterklasse, die Alternativen der Lebensweise in die Diskussion bringen. Hier gibt es Chancen für Marxisten, die Grenzen des Kapitalismus und die Notwendigkeit ihrer sozialistischen Überwindung zu thematisieren. Am schärfsten in Frage gestellt wird die Selbstverständlichkeit unserer Lebensweise jedoch durch die *Zunahme von Elend und Unterentwicklung in der Welt*.

Hier liegt die größte moralische Herausforderung für den Solidaritätsanspruch der Arbeiterbewegung – und hier sitzen die Verdrängungsmechanismen am tiefsten. Wer sich aber dieser Herausforderung nicht stellt, darf keine Glaubwürdigkeit als Träger alternativer Lebensorientierung erwarten. Dies gilt besonders, weil in keiner Frage die Hilflosigkeit von Appellen zu individueller Lebensreform derart deutlich wird: Weder bürgerlich-karitative Mild-

4 Karl Marx, (Thesen über Feuerbach), MEW 3, S. 6.

tätigkeit noch Umstellen des Konsums auf das Angebot von 3.-Welt-Läden und schon gar kein Lohnverzicht können die Weichen der Weltwirtschaft umstellen. Ebensovienig ist die „Zuständigkeit“ auf Nord-Süd-Kommissionen oder Welt-Handelskonferenzen abzuschieben. Gefordert ist praktischer Internationalismus – vom politischen Druck über die Solidaritätsaktion bis zur persönlichen Spende für antiimperialistische Befreiungsbewegungen.

Die Herausforderung „Unterentwicklung“ macht deutlich: Es gibt keinen kurzen Weg zu Alternativen, die der einzelne für sich lebt in der Beruhigung, damit sein Teil getan zu haben. Kämpferisches Leben heißt auch: den Überschuß an alternativem Wollen festhalten, der heute noch nicht in gesellschaftlich gesicherte Lebensweise umzusetzen ist, und ihn verwandeln in dauerhafte Motivation für politischen Kampf, ohne im Morast technokratischen „Realismus“ zu versinken. Kämpferisches Leben bereitet (uns für) eine Zukunft vor, in der freies und verantwortliches Dasein Allgemeingut werden kann.

Rolf Schwendter

Bedürfnisse, Lebenszusammenhänge, Alternativen. Thesen

1) Auch wenn es am Orte vorliegender Publikation nicht gerne gehört werden dürfte, hängt das historisch authentische massenweise Entstehen von Subkulturen und alternativen Bewegungen mit der im Zuge der Weiterentwicklung kapitalistischer Produktionsweise erfolgten Aufsplitterung der lohnabhängigen Klasse (Autoren des IMSF sprechen lieber von „Ausdifferenzierung“ und finden, ich „überschätzte“ diese – ich wollte, dies wäre so) zusammen.

2) Autor(inn)en des IMSF haben wiederholt (und dies zu Recht) festgestellt, daß sich *Marx'* Prognose bestätigt hat: Zwischenzeitlich sind über 80 % der bundesrepublikanischen Bevölkerung der lohnabhängigen Klasse zuzurechnen. Doch ist daraus aus strukturellen wie historischen Gründen nicht die Entfaltung einer hegemonialen (im Sinne *Antonio Gramscis*) Arbeiterbewegung erfolgt. Allein die schon aus der Marxschen Analyse hervorgehenden Trennungen der Arbeiterklasse an sich, etwa in Mehrwertproduzent(inn)en und Bezieher(inn)en verschieden abgeleiteter Revenuen, in aktiv Lohnarbeitende und Reservearmeen, in Handarbeiter(innen) und Kopfarbeiter(innen), in Lohnarbeiter(innen) im engeren Sinne und Hausarbeiter(innen), in Werkätige leitender und ausführender, qualifizierter und einfacher Durchschnittsarbeit, in sich qualifizierende, aktive und pensionierte Lohnarbeiter(innen) haben ausgereicht, dies zu verhindern. Hierzu gibt es auch m. E. strukturelle Ähnlichkeiten zwischen kapitalistischen und realsozialistischen Gesellschaften, die aus der Krise des Weltmarktes herrühren; zu erinnern ist an das Auseinandertreten der Interessen der Klassenströmungen des Gesamtarbeiters in der jüngsten Geschichte Polens.

3) Um dieses Auseinandertreten der lohnabhängigen Klassenströmungsinteressen bis hin zum feindlichen Gegensatz erklären zu können, bedürfte es nun einer Untersuchung der Tendenzen der sich im Verwertungszusammenhang herausentwickelnden neuen Maschinerien (elektronische Maschinerie, demnächst – *Oskar Lafontaines* „ökologische Modernisierung“ – ökologische Maschinerie), der weltweiten Akkumulation des Kapitals, der Profitraten- und Revenuentwicklung. Ich muß mich hier darauf beschränken, von einigen vorläufigen Resultaten auszugehen, die denn (zu Unrecht) als vorausgesetzt erscheinen müssen: von der Erweiterung, Verallgemeinerung und Immaterialisierung der Maschinerie; der tendenziellen realen Subsumtion der Kopfarbeit unter das Kapital; der Simultaneität unterschiedlichster Produktionsformen, die beiden Momenten (und noch einigen weiteren) geschuldet sind.

4) Selbstredend gehe auch ich davon aus, daß es einen Restbestand von gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigenklasse, des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, gibt. Sicherlich will jede(r) Lohnabhängige (selbstredend wiederum einschließlich der Reservearmeen) einen möglichst hohen Lohn oder doch jedenfalls eine Leistung umverteilter Revenuen jedenfalls in der Höhe des historischen Existenzminimums, eine abnehmende Dauer der Lohnarbeitszeit und die entsprechende Sicherung von Revenuen für die Zeitabschnitte der Qualifikation und des Ruhestands. Doch merke ich schon bei meiner Vorsicht im Gebrauch obiger, das Allgemeine darstellender Formulierungen, wie sehr es sich hier um eine Abstraktion, um das allerabstrakteste gemeinsame Interesse handeln muß.

5) Sicher, daß die Produktion und ihre Formen im Zentrum der diversen Klassenströmungen steht – oder gerade (bei einem Teil der Reservearmeen) ihre Abwesenheit. So gut wie jede Form der inflationierten „Arbeit“, und sei es Traumarbeit, Beziehungsarbeit, Hausarbeit, Vermittlungsarbeit, kann bei Bedarf der Mehrwertproduktion unterworfen oder zu Lasten umzuverteilender Revenuen angewandt werden. Zum zweiten tritt mit der Herausbildung und Durchsetzung elektronischer Maschinerie die „materielle“ Produktion von Gütern tendenziell von der „immateriellen“ Produktion von Zeichen, die gleichwohl „materielle“ Wirkungen entfaltet, auseinander. Zum dritten wälzt (und zwar nach wie vor im Dienst der Mehrwertproduktion oder auch der Einsparung von umverteilten Revenuen) die elektronische Maschinerie (und die ökologische Maschinerie wird dies erst recht tun – das „Small is beautiful“ ist nur der antizipative Vorschein dessen) einen großen Teil der zeitgenössischen Produktionsformen, Betriebsgrößen, Arbeitszusammenhänge, Qualifikationen um. Schließlich stehen gleichzeitig alle bislang denkbaren Produktionsformen nebeneinander: elektronische und mechanische, Software, Fließband und Handwerk, Vermittlungsarbeit und formell wie reell unter Kapital subsumierte Kopfarbeit, bezahlte und unbezahlte, unabhängige Privat- und elektronifizierte Heimarbeit.

6) Der solcherarts gewandelte Stellenwert von „immaterieller“ Zeichenproduktion, Subsumtionen unter das Kapital und Vermittlungsarbeit verändert erneut die Bedingungen kopfarbeitender Klassenströmungen – und, auf der

alternativen Ebene, die derjenigen der intellektuellen Reservearmee. Kaum eine empirisch-prognostische Arbeit, aus der nicht abzuleiten ist, daß um 2000 die kopfarbeitenden Klassenströmungen gute zwanzig Prozent der bundesrepublikanischen Bevölkerung ausmachen werden – also etwa das Sechs- bis Siebenfache der traditionellen Bündnisklasse, der Bauern. Weit davon entfernt, eine „kleine radikale Minderheit“ zu sein, wie noch 1968 (zwischenzeitlich haben sich die Student(inn)enzahlen in etwa vervierfacht), bilden die Klassenströmungen der lohnabhängigen Kopfarbeit die Grundlage einer Reihe von vielfältig ausdifferenzierten Subkulturen und alternativen Bewegungen, wobei insbesondere (in dieser Hinsicht) ihre Reservearmee eine zunehmende Rolle spielt. Allerdings ist keineswegs zu vernachlässigen, daß aus ersteren, aus der leitend-qualifiziert-mehrwertproduzierenden Klassenströmung lohnabhängiger Kopfarbeit (MEW 23/531), auch die Derrièregarde sozialen Fortschritts kommt.

7) Weiters spielt bei der Konstitution alternativer Bewegungen eine zunehmende Rolle, daß infolge der Freisetzungswirkung der elektronischen Maschinerie, der langfristigen strukturellen Wirtschaftskrise und dem anhaltenden Ausbleiben der Verkürzung des Normalarbeitstages – wie zum anderen infolge des Anstiegens der Vermittlungsarbeiten, der Verkürzung der Lebensarbeitszeit und der Notwendigkeit steigender Qualifikationsvermittlung – die Anzahl und Bedeutung jener Klassenströmungen steigt, die, in sehr verschiedenem Ausmaß, aus umverteilter Revenue bezahlt werden.

8) Dies betrifft zum einen jene Klassenströmungen, die, vermehrt, aber ansonsten in durchaus herkömmlicher Weise, nicht zur mehrwertproduzierenden Arbeit angewandt werden. Aus diesen kann zwar schwer eine alternative Bewegung entstehen, doch wirkt ein nennenswerter Teil aus denselben als Drehpunktpersonen zu so gut wie allen alternativen Bewegungen, die es derzeit gibt.

9) Zum zweiten betrifft es jene (primären) Reservearmeen, industrielle wie intellektuelle, deren potentieller Bezug zur Lohnarbeit staatlicherseits angenommen wird, und die deshalb umverteilte Revenuen erhalten; zum dritten ein Teil der in Qualifikation Befindlichen sowie die aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen, für die dasselbe gilt. Beide Klassenströmungen haben gemeinsam, daß die ihnen zur Verfügung gestellte umverteilte Revenue das physiologische Existenzminimum, wenn überhaupt, nur knapp überschreitet. Aus ihnen ist eine Reihe von Subkulturen und auch alternativen Bewegungen entstanden (Arbeitslosengruppen, Jugendzentrumsbewegung, Graue Panther, Irenoffensive, Krüppelgruppen, Junkie-Bund etc.).

10) Viertens wird, auch wenn dies durch die Form der Subsistenzsicherung verschleiert wird, auch die sekundäre Reservearmee aus umverteilter Revenue erhalten, wenn auch nicht der Staat, sondern der primäre Revenuebezieher die Umverteilung vornimmt. Hier handelt es sich vor allem um Hausfrauen (und, weit seltener, um Hausmänner) und um jenen Teil der sich Qualifizierenden, für den der Staat die Umverteilung marginaler Revenue nicht leistet. Ein Teil dieser Hausfrauen bildet zusammen mit einem Teil der lohnabhängigen weiblichen Kopfarbeit und ihrer Reservearmee die Frauenbewegung.

11) Schließlich korrespondieren die vorgenannten Folgen zeitgenössischer kapitalistischer Ökonomie mit dem Abnehmen herkömmlicher (häufig in großen Betrieben) handarbeitender, zumeist mehrwertproduzierender Klassenströmungen. Diese haben den Kern historischer alternativer Bewegungen (Arbeiterbewegung) gebildet, sind (im ersteren Falle wenigstens dem Anspruch nach) in zwei politischen Parteien (SPD und DKP) hegemonial, fungieren als Drehpunktspersonen wenigstens zu einzelnen alternativen Bewegungen (Friedensbewegung), aus ihnen sind jedoch relativ wenige zeitgenössische alternative Bewegungen entstanden (zeitweise Lehrlingsbewegung; manche Betriebsgruppen; Ausländergruppen).

12) Wie bereits erwähnt, hat es in den letzten Jahrzehnten wenige alternative Bewegungen gegeben, die nicht zumindest am Rande von der Klassenströmung der lohnabhängigen Intelligenz und ihrer Reservearmee durchzogen worden sind. Der Gebrauchswert der Produktion lohnabhängiger Kopfarbeit besteht zuvörderst in Zeichen, in Beziehungen, in Vermittlungen; ihre Produktionsform reicht von der unabhängigen Privatarbeit über die formelle Subsumierbarkeit und/oder die (relativ, aber auch nur relativ, autonome) Vergesellschaftung in überschaubaren Teams bis hin zur realen Subsumtion unter das Kapital (EDV, großindustrielle audiovisuelle Medien). Da die Produktion von Zeichen, Beziehungen und Vermittlungen im allgemeinen nicht zu Ende ist, wenn der (ebenfalls äußerst unterschiedlich strukturierte) Normalarbeitstag aufhört, wird sie — und ihr Gebrauchswert — gleichsam zur zweiten Natur dieser Klassenströmungen, gleichermaßen und oft im Zusammenhang miteinander) zur Quelle unbezahlter Mehrarbeit und unterschiedlichster Reflexion auf Alternativen. Dabei werden, naheliegenderweise, die Zeichen etc. oft über- und die Güter oft unterschätzt. Hinsichtlich der Lohnhöhe ist — noch!

— ein Charakteristikum intellektueller Lohnarbeit die große Differenz zwischen den umverteilten Revenuen der Reservearmee und der Revenuequelle Lohn aktiv im Arbeitsprozeß befindlicher Intellektueller. Dies erklärt (einigermaßen) den oft schockierenden rasanten Wandel der Bedürfnisse und Lebenszusammenhänge vieler in den Arbeitsprozeß Eingetretener.

13) Die Bedürfnisse lassen sich schlagwortartig und beispielsweise wie folgt darstellen, soweit sie alternative Züge annehmen: überschaubare Kollektivität bei gleichzeitiger Möglichkeit von Ausbruchsintervallen zwecks „Selbstentfaltung“; abwechslungsreiche Arbeit; Insistieren auf den Gebrauchswert von Gütern; individuelles Wohnen, das aber jedenfalls Vereinsamung vermeidet, mit möglichst großer Varianzbreite (Wohngemeinschaften, Hausgemeinschaften, Nachbarschaftskontakte, nahe alternative Infrastruktur) in einigermaßen hübschen Altbauten; freizügige Sexualmoral (so gut wie alle alternativen Bewegungen, die sich auf sexuelle Abweichungen beziehen, entspringen diesen Klassenströmungen, auch wenn die dort majoritäre Form die der konsekutiven Monogamie, am besten ohne formellen Ehevertrag, ist); ökologische Grundhaltung, wenn auch häufig widersprüchlich (Fahrrad, Jute statt Plastik, Wolle, Naturheilmittel, Naturkosmetik; andererseits Auto, (zumeist legale) Drogen, elektronische Equipments); generelle Skepsis gegenüber Experten

(schließlich sind sie häufig selber welche); besonders ausgeprägte immaterielle Bedürfnisse (therapeutische, spirituelle . . .).

14) Diesem entsprechen die Lebenszusammenhänge: Sie sind gekennzeichnet durch „Kollektivität auf Abruf“ – wie auch durch „Individualität auf Abruf“. Kaum ein(e) intellektuelle(r) Lohnabhängige(r) oder Arbeitslose(r), der/die nicht Gruppenarbeiten geschrieben hat, wenn/wo dies möglich war – nur halt meistens jedes Mal in einer anderen Gruppe. (Ähnliches gilt für Wohngemeinschaften.) Dem – vielleicht auch eine heimliche Einübung in die nahezu schon unbegrenzte örtliche Flexibilisierung der lohnabhängigen Kopfarbeitskraft – entspricht auch die bevorzugte Vergesellschaftungsform in nahezu allen Lebensbereichen, ob es sich um Urlaub, Kinderaufwachsen oder Politik handelt. Wahrscheinlich konnten nur in solchen Klassenströmungen die Bürgerinitiativen als Massenbewegung entstehen.

15) In Keimform entsteht eine Art des Lebenszusammenhangs, die strukturell jenem der seinerzeit entfalteten Arbeiterbewegung entspräche. Wobei die Gefahr der „Lagermentalität“ (*Negt/Kluge*) noch nicht ausgestanden ist. Zumeist, mit regionalen Differenzierungen, beinhaltet er 1–4 lebenserträgliche Stadtteile, einen Vollkornladen, einen Naturkostladen (oder, noch besser, eine Food-Coop), einen Buchladen, mehrere Kneipen, 1–4 Kommunikationszentren, ein Frauenzentrum, eine 14-Tages- oder Monatszeitschrift (Stattzeitung), einen Copy-Shop, eine Tischlerei, ein Tagungshaus, eine Fahrradinitiative. Sowie, überregional, eine Tageszeitung (*taz*), einen bis zwei Hilfsfonds für Projekte (Netzwerk Selbsthilfe, Ökofonds), und eine Klassenströmungspartei der lohnabhängigen Kopfarbeit, mit Vergesellschaftungs- und Repräsentationsformen, die dieser gemäß sind – Rotationsprinzip, Basisdemokratie, minimaler Hauptamtlichenapparat, (Partei: Die Grünen). In, selbstredend kontroverser, Planung sind eine Stiftung (Dezentrale e.V.) und eine Bank (Ökobank) – und, sollte es letztere geben, werden die nächsten Altbauten, mit Hausversammlungen und Konkurrenzen, auf dem Fuße folgen. Normen sind reichhaltig vorhanden, aber Sanktionen sind unbeliebt – von der aus der Ethnologie, der Kibbuz-Forschung etc. hinlänglich bekannten des subkulturellen Klatsches einmal abgesehen.

16) Die aus staatlich umverteilten Revenuen notdürftig subsidierten Klassenströmungen sind da weit weniger gut dran. Was immer sie produzieren, erscheint als unverwertbar, ob es nun ein Schulaufsatz, die eingekochte Marmelade der Rentnerin oder die Schreibmaschinentypenzeichnung des Behinderten ist – oder als Output so gut wie unbezahlter Zwangsarbeit (Beschützende Werkstätten, Arbeits„therapie“, laubfegende Sozialhilfeempfänger). An Bedürfnissen entsteht zunächst, solche überhaupt mehr als nur formell befriedigen zu können: nicht hungern, überhaupt Wohnraum, ohne feuchte Wände und/oder Ratten, überhaupt eine(n) Sexualpartner(in). Sodann, auf dem nächsten Schritt zur Alternative, die je konkreten Bedürfnisse, um das Unerträgliche ihrer Lage auch nur einigermaßen aushalten zu können: niedrige Aufzugsknöpfe, stufenlose Übergänge etc. für Behinderte, Methadon für Junkies, Medikamentenabsetzung für Psychiatrisierte, Treffpunkte ohne Konsumationszwang für Jugendliche. Schließlich die, den von *Oscar Lewis* in „Cul-

ture of poverty“ dargestellten verdächtig ähnlichen, immateriellen Bedürfnisse mit außerordentlich materiellen Wirkungen: autonom leben können; keine Heime, Anstalten, Kliniken, in die abgeschoben werden kann; gegenseitige Hilfe (hier könnten die Kopfarbeiter(innen) einiges von diesen Klassenströmungen lernen).

17) Von Lebenszusammenhängen hier zu sprechen, käme zunächst oft einem Euphemismus gleich: wörtlich genommen, müßte viel eher von Lebensauseinanderhängen die Rede sein. Zumeist geht es zunächst darum, die Vereinzelungen und Ausgrenzungen in gemeinsamer Anstrengung zu überwinden. Wo es Lebenszusammenhänge gibt, entsprechen sie der „Kultur der Armut“ und/oder sind von den besonderen Bedingungen der Ausgrenzung geprägt (Obdachlosensiedlungen, Justizvollzugsanstalten). Erwies sich das Netzwerk fluktuierender Aktivitäten als die idealtypische Vergesellschaftungsform der lohnabhängigen Kopfarbeit, so die informelle Gruppe (selbst wenn es einen vereinsförmigen Überbau gibt) als diejenige der genannten Klassenströmungen. Aus fünfzehnjähriger Wahrnehmung in der Praxis eines sozialpolitischen Verbandes mit alternativem Anspruch kann ich hingegen beitragen, daß so gut wie ausnahmslos überregionale Vernetzungsarbeit von Personen geleistet wird, die gleichzeitig den ausgegrenzten Klassenströmungen und jenen lohnabhängiger Kopfarbeit angehören (oder angehört haben): Jugendliche, die Intellektuelle sind (oder es bald werden), Irre, die Intellektuelle sind, Krüppel, die Intellektuelle sind, Junkies, die Intellektuelle sind, Arbeitslose, die Intellektuelle sind. Und jene zehn Prozent, für die dies nicht gilt, werden, gemäß dem Diktum *Antonio Gramscis*, jeder Mensch sei ein Intellektueller, aber nicht jeder Mensch habe die Funktion eines Intellektuellen, es mit der Zeit.

18) Die Frauen, die, wie oben angedeutet, feministische Alternativen aufbauen oder doch anstreben, leiden (und feiern), von der Produktion her gesehen, daran (dies), daß ihre besondere Produktionsform weder in der kapitalistischen Wirklichkeit noch in der kritischen Analyse dieser zur Geltung kommt. Womöglich noch zwischen mehreren, einander gegenseitig widersprüchlichen, Produktionsformen eingespannt (die spontan-experimentell-„assistierende“ des Kinderaufwachsenlassens, die zweckbestimmt-isoliert-aufwandminimierende der Haushaltsarbeit, womöglich noch die arbeitsteilig-verwertungsprozeßliche der Lohnarbeit), ist sie in den Zusammenhang der „unterbrochenen Handlungsbögen“ eingespannt, wie dies *Barbara Sichtermann* treffend herausgearbeitet (und die DDR-Autorin *Irmtraud Morgner* zur Grundlage ihrer literarischen Produktion gemacht) hat.

19) Also bezieht sich, naheliegenderweise, das Bedürfnis aus abgeleiteter Revenue sich erhaltender Frauen auf die Möglichkeit, ihre Handlungsbögen zu schließen; auf entsprechende Hilfe (insbesondere des Partners, aber auch solidarisch-informell-überschaubarer Frauengruppen); auf den Primat der Subsistenz; auf die Produktion von zwischenmenschlicher Kommunikation; auf flexible Sexualrollen (inkl. Bisexualität); auf technische Produkte, soweit sie sich auch ideell aneignen lassen (hier gibt es Übergänge zur ökologischen Position); auf eine Ästhetisierung des Alltags und des Fests.

20) Der alternative Lebenszusammenhang ähnelt strukturell dem oben bei der lohnabhängigen Kopfarbeit Aufgelisteten; er ist noch fragiler, noch brüchiger (Courage, soeben Frauenbuchvertrieb), und die Diskussionen sind, falls dies noch möglich ist, noch kontroverser. Es bestehen Frauenzeitschriften, -verlage, -zentren, -cafés, -buchläden, -selbsthilfegruppen, -tagungshäuser, -handwerkskollektive, -fonds, -archive, -forschungsgruppen, Stillgruppen, Müttergruppen, Frauenausstellungen, -feste, -konzerte, -seiten in der alternativen Presse; doch, von den Großstädten abgesehen, selten so dicht, daß sich darin jeweils mehr als ein Bruchteil der produktiven und reproduktiven Bedürfnisse unterbringen ließe. Typischerweise sind die (durchaus bestehenden) Ansätze zu einer Frauenpartei ausgesprochen unbeliebt; von Branchentreffen (z. B. Historikerinnen) und der jährlichen Frauenuniversität abgesehen, sind auch Vernetzungszusammenhänge kaum vorhanden.

21) Die Bedürfnisse der Facharbeiterteilkulturen stehen, und dies gibt schon seit 1967 nicht wenig Probleme, diametral zum bisher Genannten. Sie sind gekennzeichnet u. a. durch strikte Trennung von Arbeit und Freizeit; starke Familienorientierung; Freude an Neubauwohnungen mit möglichst vollständigem Zubehör oder, noch besser, am Eigenheim (wenn sich lohnabhängige Kopfarbeiter ein Eigenheim zulegen, markiert dies häufig eine zunehmende Distanz von alternativen Bewegungen); Behagen an Ordnung, (groß)technischer Entwicklung, Prestigekonsum; selbstbestimmtes Arbeiten in der Freizeit; Entspannungsurlaub. Ex negativo lassen sich daraus die gesellschaftlich aufgeherrschten, fremdbestimmt-hierarchisch-formell/reell subsumierten Produktionsbedingungen aufweisen. Die Divergenz zwischen Lohnarbeit und Freizeitarbeit weist darauf hin, daß es sich hierbei nicht um ein Naturgesetz handelt. Die politische Form ist, nach wie vor, Partei und Gewerkschaft.

22) Nicht unerwähnt soll bleiben, daß sich als Alternative im Bereich manueller Produktionstätigkeit ein Remake der Produktionsgenossenschaft ankündigt, welche — hier — zumeist auf den Konflikt um die Weiterführung von Konkursbetrieben aufbaut (AN Bremen; Marketube Lille; mehrere österreichische Firmen). Als soziale Innovation gegenüber herkömmlichen Genossenschaften erscheint hier die Festlegung der quantitativen Überschaubarkeit, sowie ein über die Mitbestimmungsregelungen hinausgehendes Ausmaß an Selbstverwaltung, das *Marx'* Rede von der „Assoziation der Produzenten“ erst anschaulich werden läßt. Im Kontext des IMSF halte ich es für erwähnenswert, daß, neben britischen Ansätzen, das vorbildlichste Kleingenossenschaftsgesetz aus einem realsozialistischen Land, aus Ungarn, stammt. Bemerkenswert ist, daß sich die Lebenszusammenhänge der Arbeitenden in Kleingenossenschaften nicht erheblich von jenen aus traditionell-kapitalistischen Betrieben unterscheiden.

23) Gegen Schluß soll wenigstens das Problem angesprochen werden, welches naheliegenderweise daraus entsteht, daß aus der Genese verschiedener Produktionsformen die politischen Vergesellschaftungsweisen lohnabhängiger Klassenströmungen voneinander differieren, und dies zum Teil erheblich. Allein meine Skizze weist Netzwerk, informelle Gruppe, Verein, Gruppe, Par-

tei/Gewerkschaft auf, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können. Sollte die Forderung nach der Einheit der Arbeiterklasse (und dies, notwendigerweise, in ihrer Vielfalt und Verschiedenheit) zwecks gesamtgesellschaftlicher Veränderung nicht in den Bereich der Utopie verwiesen werden, so wäre es an der Zeit, sich darüber Gedanken zu machen. *W. F. Haugs* (seinerseits abstrakte) Vorstellung von der „Hegemonie ohne Hegemon“ stellte diesbezüglich einen ersten Schritt dar, dem bislang kein weiterer gefolgt ist.

Gesundheitspolitik – Soziale Sicherung – Mindesteinkommen

Walter Baumann / Klaus Priester

Alternativen und Veränderungspotentiale in der Gesundheitspolitik

I. Probleme

1. Die in den letzten hundert Jahren eingetretene Verdoppelung der *Lebenserwartung* Neugeborener, die gemeinhin als Indiz für eine erfolgreiche Gesundheitspolitik gewertet wird, ist im wesentlichen auf die erfolgreiche Bekämpfung der Infektionserkrankungen als Todesursachen im frühen Alter zurückzuführen. Indessen haben der medizinisch-technische Fortschritt und der in diesem Jahrhundert erfolgte rasante Ausbau des kurativen (behandelnden) medizinischen Versorgungssystems an dieser Entwicklung nur einen geringen Anteil. Es waren in erster Linie allgemein-präventive und prophylaktische hygienische Maßnahmen sowie (von der Arbeiterbewegung erkämpfte) Verbesserungen der Lebens-, Arbeits-, Ernährungs- und Wohnbedingungen, die den Rückgang der Sterblichkeit bewirkt haben. Etwa parallel zur Zurückdrängung der Infektionskrankheiten als Todesursachen haben einige wenige chronisch-degenerative Krankheitsbilder an Bedeutung gewonnen: In der Bundesrepublik machen gegenwärtig die Kreislauferkrankungen (51 Prozent), die bösartigen Neubildungen (Krebs; 22 Prozent), Krankheiten der Atmungsorgane (6 Prozent), der Verdauungsorgane (5 Prozent), Unfälle (4 Prozent) und Selbstmorde (2 Prozent) allein neun Zehntel aller *Todesursachen* aus.

Fast allen diesen Krankheiten und Todesursachen ist gemeinsam, daß sie eine lange, z. T. sich über Jahrzehnte erstreckende Entwicklungszeit haben; daß sie vom kurativ ausgerichteten medizinischen Versorgungssystem entweder nicht verhindert (Unfälle, Selbstmorde) oder nicht mehr geheilt, allenfalls noch in ihren Folgen abgemildert werden können; daß sie sich, lange bevor sie in ihr akutes Stadium treten, durch die unterschiedlichsten unspezifischen Befindlichkeitsstörungen und, im Hinblick auf ihre Ursachen, häufig nur schwer diagnostizierbare Symptome äußern; daß ihre Ursachen keine isolierten Einzel„erreger“, sondern daß sie multifaktoriell (durch Ursachenbündel) bedingt sind, unter denen Einflüsse aus den Lebens-, Umwelt-, Wohn-, Arbeits- und Ernährungsbedingungen allein oder gekoppelt mit bestimmten individuellen Verhaltens- und Bewältigungsmustern die dominierende Rolle spielen; daß sie schließlich fast durchgängig gehäuft in den unteren sozialen Klassen und Schichten sowie bestimmten Berufsgruppen bzw. spezifischen

Berufs- und Belastungsbiographien auftreten, was auf die auch die Gesundheits- und Überlebenschancen prägende *Leitfunktion des Lohnabhängigkeitsstatus und der konkreten Arbeits- und Reproduktionsbedingungen* hinweist.

2. Bereits diese wenigen epidemiologischen Befunde legen nahe, daß unter den Verhältnissen der Bundesrepublik eine Gesundheitspolitik den größten volksgesundheitlichen (und wahrscheinlich auch ökonomischen) Nutzen hätte, die auf eine *lebenslagenspezifische Strategie der Risikobegrenzung und -ausschaltung* im Sinne gezielter – vorwiegend präventiver – *Bekämpfung der wichtigsten Todesursachen und Massenerkrankungen* orientiert wäre. Eine derart konzipierte Gesundheitspolitik greift über den Rahmen des Gesundheitswesens im engeren Sinne hinaus, zumal die meisten präventiven Eingriffe außerhalb des medizinischen Versorgungssystems zu erfolgen hätten (Umwelt-, Verkehrs-, Städtebau- und Wohnungs-, Arbeitspolitik). Traditionell leidet die Gesundheitspolitik in der Bundesrepublik aber unter dem Mangel, weitestgehend als *Krankenversorgungspolitik* (statt *Gesundheitssicherungspolitik*) mit *kurativer Verengung* verstanden zu werden. Die Ursachen hierfür liegen u. a. in einem *reduktionistischen Selbstverständnis der modernen Medizin* begründet, das die Menschen auf einzelne Organe oder Organgruppen, Symptome und Altersgruppen reduziert. So bleiben die sozialen Krankheitsursachen außerhalb der medizinischen Betrachtung, aber ihre Folgen (Krankheiten, Befindlichkeitsstörungen) werden medikalisiert (z. B. Arbeitslosigkeit – Alkoholismus – Psychiatisierung; Arbeits- und Umweltstreß – Befindlichkeitsstörungen – Pharmakotherapie – Magengeschwür – Operation usw.).

Der „Bedarf an Gesundheitsleistungen“ wird zusehends durch die diagnostischen und therapeutischen Angebote von Ärzten, pharmazeutischer und Medizingeräteindustrie definiert, wobei die weitreichenden Möglichkeiten der niedergelassenen Ärzte, ihre Einkommen durch die Menge der erbrachten Leistungen zu steuern („Therapiefreiheit“), die zentralen Hebel sind. Diese Konstruktion – eine weitgehend private Leistungserbringung bei gesellschaftlicher Finanzierung dieser Leistungen durch das Solidarsystem der gesetzlichen Krankenversicherung – führt quasi naturwüchsig zu völlig überhöhten Kosten der Gesundheitsversorgung – bei zudem zweifelhaftem volksgesundheitlichem (aber in unterschiedlichem Umfang fraglos vorhandenem individuellem) Nutzen. Je „tiefer“ der Patient in das Versorgungssystem eindringt (Hausarzt, Facharzt, Krankenhaus usw.), desto geringer wird sein Einfluß auf die Beurteilung der Notwendigkeit therapeutischer Leistungen, ihres Nutzens und selbst auf ihre Gewährung. Gleichzeitig werden zusehends *iatrogene* (vom *Arzt ausgehende negative*) *Wirkungen der kurativen Medizin* sichtbar: die gesundheitlichen Risiken diagnostischer und therapeutischer Methoden, deren Nutzen umstritten oder gering ist, die hohen individuellen Schäden und gesellschaftlichen Kosten des Arzneimittelkonsums usw.

Einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung im Wege stehen außerdem zahlreiche weitere *strukturelle Defizite* im Gesundheitswesen: die trotz einer im internationalen Maßstab hohen Arzt- und Krankenhausedichte in der Bundesrepublik immer noch existierenden Ungleichgewichte in der Verteilung von Arztsitzen, Krankenhausbetten und sonstigen Versorgungs- und Betreu-

ungseinrichtungen, die scharfe Trennung von ambulanten und stationären Behandlungseinrichtungen, eine generell unterentwickelte intersektorale und interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb des Gesundheitswesens sowie zwischen Einrichtungen des Gesundheitswesens und anderen Bereichen (z. B. Sozialverwaltungen und -einrichtungen).

Die offenkundige *mangelnde Effektivität und Effizienz* des Gesundheitswesens ist trotz Existenz zahlreicher koordinierender und mit der Steuerung von Versorgungsaufgaben betrauter Gremien (von der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen über die Krankenkassen bis zu den Kassenärztlichen Vereinigungen) insgesamt wesentlich durch mangelhafte gesellschaftliche *Planung* im Bereich der Gesundheitssicherung und Krankenversorgung bedingt.

Zudem werden sich in den nächsten Jahrzehnten aufgrund demographischer und sozialstruktureller Veränderungen einige der genannten *Probleme in neuen Dimensionen* stellen: Beispielhaft erwähnt sei die *Zunahme des Anteils älterer, chronisch kranker, invalidisierter und pflegebedürftiger Menschen* bei gleichzeitigem (wahrscheinlichem) *Rückgang familiärer und verwandtschaftlicher Betreuungskapazitäten* (Zunahme der Einpersonenhaushalte, Rückgang der Kinderzahl, Zunahme der Frauen- und Müttererwerbstätigkeit usw.). Aber auch das Gesundheitswesen wird bei insbesondere in den nächsten Jahren rapide steigenden Zahlen ausgebildeter Ärzte, bei weiter forcierter Technisierung und angebotsinduzierter Expansion im Dienstleistungs- und Sachleistungsbereich *eine Reihe selbst erzeugter Probleme* verschärfen. Somit erfordern auch die Versuche der politischen Regulierung der schon jetzt absehbaren Entwicklungen weitaus stärker als bislang von sich aus grundlegende strukturelle Veränderungen, also einen *Umbau des Systems der Gesundheitssicherung* insgesamt. Damit wachsen – bei unterstellten Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis – auch prinzipiell die Chancen zur Durchsetzung fortschrittlicher Alternativen.

II. Alternativen

3. Wenn als *Leitgedanke* eines fortschrittlichen gesundheitspolitischen Konzeptes formuliert wird, ein Höchstmaß an Gesundheit für die gesamte Bevölkerung nicht nur zu erreichen, sondern auch dauerhaft zu sichern – dies wird im übrigen auch durch die programmatische Losung der UNO-Weltgesundheitsorganisation „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ impliziert –, dann bedeutet dies in erster Linie die Orientierung auf *Bedarfsgerechtigkeit, maximalen volksgesundheitlichen Nutzen und Bedürfnisbefriedigung*. Gesundheitssicherung wäre als gesamtgesellschaftliches Problem zu definieren. Hieraus folgt, daß sie nicht auf das Gesundheitswesen der bewältigend-kurativen Eingriffe beschränkt werden kann, sondern Ort und Bedingungen der Entstehung von Gesundheitsschäden berücksichtigen muß. Auf dem Weg zu grundlegenden Strukturreformen im Gesundheitssektor werden zahlreiche Zwischenschritte wahrscheinlich sein. Insofern sind die nachfolgenden Veränderungsvorstellungen auf eine zeitliche Perspektive von 10 bis 20 Jahren angelegt und können allenfalls als Wegmarkierungen gelten. Zusammengefaßt können die hier

skizzierten fortschrittlichen gesundheitspolitischen Alternativen als *Orientierung auf Prävention, Planung, Demokratisierung und Integration des Gesundheitswesens mit Stoßrichtung gegen die Interessen des medizinisch-industriellen Komplexes* bezeichnet werden. Sie zielen auf Verallgemeinerung und Ausbau sozialpolitischer Schutzfunktionen bei gleichzeitiger Aufwertung gesundheitlicher und gesundheitspolitischer Handlungskompetenzen der Bevölkerung.

4. Als wichtigste Felder der Veränderung werden angesehen:

– Im sozialen Sicherungssystem der Bundesrepublik klaffen nach wie vor *Versorgungslücken*. Dringend erforderlich sind *Leistungsausweitungen beinhaltende sozialrechtliche Verbesserungen* zur Sicherung bei Pflegebedürftigkeit insbesondere im Alter, bei Invalidität ab Geburt, bei Invalidität der Hausfrau mit Kindern (deren Betreuung nicht abgedeckt ist), bei Krankheit der Mutter (Haushaltshilfe), bei Inanspruchnahme psychotherapeutischer Leistungen. Ausgeweitet werden müßten ferner die versicherungsrechtlichen Grundlagen bestimmter präventiv-prophylaktischer Maßnahmen (z. B. zahnärztliche Prophylaxe und Schwangerenuntersuchungen) sowie generell die soziale Sicherung der Ausländer in der Bundesrepublik. Die *finale Orientierung* müßte gegenüber dem geltenden Kausalitätsprinzip in der Leistungsgewährung ausgebaut werden. Hier könnte die langfristige *Einführung einer Einheitsversicherung* zumindest durch die Integration von Unfall-, Kranken- und Teilen der Rentenversicherung Abhilfe schaffen. In jedem Fall sollte durch den Zusammenschluß der verschiedenen Versicherungsträger die Differenzierung zwischen Sozialbetreuung und Krankenversorgung, die genau die genannten Lücken schafft, aufgehoben werden.

– Insbesondere die künftige Stärke des präventiven Standbeins der Einheitsversicherung wird davon abhängen, inwieweit sich der *öffentliche Gesundheitsdienst* wieder stärker als gegenwärtig in diesem Sektor engagiert. Die in ihrer Bedeutung in den letzten Jahrzehnten systematisch beschnittenen kommunalen und staatlichen Gesundheits-, Gewerbeaufsichts- sowie die Sozialämter könnten – als im Prinzip dezentrale und bevölkerungsnahen Einrichtungen –, mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet, auf vielen Gebieten der Primärprävention tätig werden: im Umweltschutz (Schadstoffe, Lärm, Verkehr), im Bereich der Arbeitsbedingungen (Arbeitsschutz), in der präventiven Betreuung bestimmter Bevölkerungsgruppen (Alte, Schwangere, Säuglinge, Ausländer usw.) oder in Wohngebieten mit erhöhter oder spezifischer Risikostruktur (Selbstmord- und Unfallraten usw.). Der nicht zu unterschätzenden Gefahr, daß hierdurch regelrechte Institutionen einer „Präventionspolizei“ mit starken kontrollierend-repressiven Ambitionen geschaffen würden, müßte durch entsprechende Schutzmaßnahmen (Ausweitung des Datenschutzes, Nichtweitergabe von Daten und Erkenntnissen an Ordnungs- und Verfolgungsbehörden) und Modelle der Bürgerbeteiligung und -kontrolle begegnet werden.

– Der primärpräventiven Einflußnahme auf pathogene Strukturen dient ebenfalls der *Ausbau des gesamten Arbeitsschutzsektors* auf der inner- und überbetrieblichen Ebene. Zum Ausbau der Prävention sind ferner zu erlassende gesetzliche Regelungen (und deren strikte Anwendung und Kontrolle) zu zäh-

len, mit denen hinlänglich bekannten und gesellschaftlich anerkannten Gesundheits- und Lebensrisiken begegnet werden kann, vor allem in der Umweltpolitik. Im Rahmen der Verstärkung präventiver Anstrengungen kommt Angeboten für *Früherkennungsuntersuchungen* und der *Gesundheitsberatung und -erziehung* für besonders gefährdete Risikogruppen ebenfalls Bedeutung zu. Die zahlreichen *Selbsthilfegruppen* hätten hier ein gesundheitspolitisch wichtiges Betätigungsfeld, auf dem sie in Kooperation mit der Einheitsversicherung und entsprechender finanzieller und sachlicher Ausstattung anerkannt arbeiten könnten.

– Die in dieser Konstruktion ansatzweise schon sich ausdrückende *Erweiterung und Integration nichtprofessioneller Handlungskompetenz in die Gesundheitssicherung und Krankheitsbewältigung* könnte weitere Veränderungsmöglichkeiten erschließen: Zum einen kann die Ausweitung der Selbsttätigkeitspotentiale quasi zur „Demokratisierung des Gesundheitswesens von unten“ beitragen – ein Prozeß, der sich auch institutionalisiert (Gesundheitsbeiräte in Stadtteilen, Städten, auf Landes- und Bundesebene) auf anderen Ebenen der Gesundheitspolitik fortsetzen müßte und als Ziel die Schaffung von Institutionen der Planung und Steuerung des Gesundheitswesens, mit Beteiligung der Beschäftigten des Gesundheitswesens, Bürgern, Vertretern der Einheitsversicherung und staatlicher Institutionen hat. Zum anderen wächst damit auch die Chance, tendenziell die professionelle Dominanz im Gesundheitswesen abbauen zu können. Zahlreiche heute daraus resultierende Probleme des Arzt-Patienten-Verhältnisses, der Entmündigung der Patienten und der Anonymität des Gesundheitswesens stellen gleichzeitig Barrieren für die Effektivität und Effizienz der Medizin dar.

– Im Bereich der *kurativen Versorgung* ist die Integration sämtlicher diagnostischer, behandelnder, betreuender und rehabilitativer Einrichtungen anzustreben. Der *niedergelassene Arzt* als „Eingangsstelle“ und „Filter“ kann u. a. nur dann zu bedarfsgerechterem Handeln veranlaßt werden, wenn er rigideren Kontrollen der Leistungserbringung und Veränderungen der Honorierung (z. B. Pauschalisierung) unterworfen wird. Zu einer Aufhebung der Trennung der beiden Hauptsektoren der kurativen Versorgung könnten auch die Beteiligung der Krankenhäuser an der ambulanten Versorgung sowie die Bildung medizinisch-technischer Zentren und öffentlich oder kassengetragener Ambulatorien mit interdisziplinärer Besetzung beitragen. Durch diese Maßnahmen würde der *Krankenhausbereich* insofern kostenmäßig entlastet, als er seine vorhandenen apparativen Kapazitäten besser auslasten könnte. Mit der Abschaffung der Privatliquidationsmöglichkeiten leitender Ärzte, Drosselung der Arzneimittelkosten durch Verbrauchssenkung und Auswahl billigerer Medikamente, Reduzierung überhöhter Liegezeiten usw. ergeben sich weitere Einsparungsmöglichkeiten. Hierdurch könnte die Aufstockung des Personalbestandes (die z. B. für die Praktizierung ganzheitlicher Pflegekonzeptionen und den Abbau der Arbeitsbelastungen in den Krankenhäusern notwendig wäre) ermöglicht werden. Eine Entlastung des Krankenhausbereichs ist auch durch die Ausgliederung von Betreuungs- und Pflegeaufgaben in gemeinde-nahe, dezentral arbeitende *psychosoziale Betreuungs- und Versorgungseinrich-*

ungen sowie den Ausbau des Systems der Hauskrankenpflege zu erreichen. Hierfür können die gegenwärtig vorhandenen Sozialstationen den Kern bilden.

– Im *Arzneimittelsektor* sind die Zulassungsaufgaben für Medikamente drastisch zu verschärfen. Ärzte müssen durch Preis- und Qualitätsvergleichslisten sowie strikte Verordnungsaufgaben zur Änderung ihrer Verschreibungsgewohnheiten bewegt werden. Staatliche Produktions- und Preiskontrollen bzw. die Vergesellschaftung der pharmazeutischen Industrie sind als flankierende Maßnahmen ebenso zu erwägen wie die Einrichtung versicherungsgetragener oder kommunaler Abgabestellen für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel. Allein die Reduzierung des Preisniveaus für Arzneimittel in der Bundesrepublik auf das Niveau westeuropäischer Länder könnte ebenso wie die summarische Drosselung des Arzneimittelverbrauchs um die 40 Prozent, die nach Schätzungen den Patienten keinerlei erkennbare Vorteile bringen, die Kassenausgaben um Milliardenbeträge senken.

Zusammengefaßt: Selbst bei einem ausgebauten System der Prävention wird der kurative Gesundheitssektor künftig nicht an Bedeutung verlieren, aber es besteht die Chance, die ihm gegenwärtig noch innewohnenden Tendenzen der Vergeudung aufzuhalten. Hierzu sind planende Eingriffe in diesen Bereich notwendig; intersektorale, interdisziplinäre und kooperative Formen der kurativen Versorgung müssen eingeführt werden.

III. Veränderungspotentiale

5. Die Frage nach den gegenwärtig sichtbaren Ansatzpunkten für demokratische Veränderungen in der Gesundheitspolitik muß unter Berücksichtigung ihrer *möglichen Träger* sowie der Bedingungen, unter denen diese zu *Akteuren der Veränderung* werden können, beantwortet werden.

Der „natürliche“ Anwalt der Gesundheitsinteressen der Bevölkerung innerhalb der bestehenden Strukturen des Gesundheitswesens sind die *Versichertenvertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Krankenversicherung*, auch wenn ihre derzeitige Arbeitsweise zu vielerlei Kritik Anlaß gibt. Innerhalb des verrechtlichten Systems der Gesundheitsversorgung bilden die Selbstverwaltungsorgane den traditionellen Hebel demokratischer Einflußnahme und Mitbestimmung über gesundheitspolitische Fragen. Abgesehen davon, daß in einer künftigen Einheitsversicherung die Selbstverwaltung durch die Vertreter der Versicherten allein (also unter Ausschluß der Unternehmervertreter) – wie bereits vor 1933 – wiederhergestellt und die gesundheitspolitischen Handlungsspielräume der Selbstverwaltung ausgeweitet werden müssen, sind aber bereits heute einschneidende Veränderungen im Selbstverständnis der „Selbstverwalter“ anzugehen. Denn die Selbstverwaltungsorgane haben auch deshalb ein gewaltiges Selbstfesselungspotential entwickeln können, weil auf seiten der Versichertenvertreter die Konfliktorientierung von der Orientierung auf Konsensstiftung dominiert wird. Der „Konsensfalle“ in den Selbstverwaltungsorganen kann nur durch die Repolitisierung der Arbeit der Versichertenvertreter auf der Basis konkreter gesundheitspolitischer Vorstellungen der Ge-

werkschaften entkommen werden. Dies setzt voraus, daß die Tätigkeit in den Selbstverwaltungsorganen wieder als eindeutig sozialpolitische Funktion definiert, ein qualifizierter Funktionärnachwuchs in den Gewerkschaften herangebildet und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Vertreterversammlungen ausgeweitet werden. Die nächsten Sozialwahlen finden 1986 statt!

Es ist nicht denkbar, daß eine aus Bürgerinitiativen und Gesundheitsselbsthilfegruppen zusammengesetzte „Gesundheitsbewegung“ am „Staat“ und den Krankenversicherungen als quasi-öffentlichen Institutionen vorbei einer fortschrittlichen Gesundheitspolitik allein zum Durchbruch verhelfen könnte. Zum einen ist hierfür die Reichweite dieser „Bewegung“ aufgrund ihres geringen Organisationsgrades und der noch überwiegenden Orientierung auf die lohnabhängigen Mittelschichten und Randgruppen der Arbeiterklasse zu gering. Zum anderen hat sie bislang noch keine einheitlichen programmatischen Perspektiven mit Blick auf die Umgestaltung des existierenden Versorgungssystems entwickeln können. Damit wird ihre gegenwärtige Funktion als Auslöser und Träger von „Basisinitiativen“ in Gesundheitsfragen nicht unterschätzt, genausowenig die jetzt sichtbaren Ansätze zur Politisierung dieser Bewegung. Aber ihre innovativen Potenzen wird sie erst dann wirkungsvoll im Interesse der gesamten Bevölkerung entfalten können, wenn sie ihren Blick auf die Strukturen des existierenden Versorgungssystems richtet.

Die *Beschäftigten im Gesundheitswesen* schließlich scheinen von ihrer objektiven Interessenlage zur Zeit großenteils eher in Gegensatz zu den Erfordernissen einer demokratischen Umgestaltung des Gesundheitswesens zu geraten. Sieht man einmal von der etablierten Ärzteschaft ganz ab – sie kämpft über ihre Verbände fast durchgängig für die konservativ-ständische Sicherung von Status, Privilegien und Einkommen –, so muß sich das Augenmerk auf die jüngere Ärzteschaft richten, deren Möglichkeiten, sich in traditioneller Weise einen Platz im Versorgungssystem zu sichern, erheblich erschwert worden sind. Gleichwohl führt die sich vertiefende Frontstellung dieser Teile der Ärzteschaft gegen die Hüter von traditionellen Privilegien und Strukturen zunächst noch selten zu einer Orientierung auf Strukturveränderungen, die von den Versorgungsinteressen der Bevölkerung her gedacht werden (vielleicht abgesehen von der Politik einiger „Listen demokratischer Ärzte“ in Landesärztekammern, die – regional verschieden – bei Kammerwahlen zwischen 10 und 20 Prozent der Stimmen erhalten). Ähnliches gilt für andere, vorwiegend selbständig tätige Berufsgruppen im Gesundheitswesen: Die eingeübten professionellen Rollen disponieren eher für eine Neigung zur Ausweitung borbierter Sach- und Dienstleistungsangebote ohne Rücksicht auf Bedarfs-, Versorgungs- und Kostenprobleme. *Anderes* gilt für das abhängig beschäftigte nichtärztliche Personal in den Institutionen der Gesundheitsversorgung. Die immer restriktiver gestalteten Arbeitsbedingungen, die Arbeitshetze, wachsende Vereinseitigung der Tätigkeiten usw. verschlechtern nicht nur die beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten der Beschäftigten, sondern richten sich auch gegen die Patientenbedürfnisse. Aber auch hier gilt: Initiativen der Berufsgenossen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation und Initiativen von Konsumenten zur Verbesserung des Leistungsangebots haben bislang erst sel-

ten zusammengefounden. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß sich auch ein wachsender Teil der Angehörigen von Gesundheitsberufen neben oder statt in der Gewerkschaft ÖTV in der alternativen Gesundheitsbewegung engagiert, sowohl Ärzte als auch nichtärztliche Berufe in ihren Bereichen alternative Therapiekonzepte erproben, Technisierung und Pharmakalisierung zurückdrängen wollen. Diese Beschäftigten im Gesundheitswesen und Studenten der Medizin sind überwiegend die Organisatoren von Gesundheitsläden, sind die Teilnehmer auf Gesundheitstagen und machen den professionellen Kern der „Gesundheitsbewegung“ aus.

Unbestritten wachsen im Gesundheitswesen die Konfliktfelder und die Bereitschaft der dort Beschäftigten zur politischen Artikulation. Das starke Engagement dieser Beschäftigtengruppen in Initiativen gegen die Stationierung von Atomraketen und die Militarisierung des Gesundheitswesens sind Beispiele dafür. Die Bedingungen, unter denen die genannten Interessengruppen inner- und außerhalb des Gesundheitswesens zu Trägern von Veränderungen werden können, reifen in dem Maße heran, wie unter dem Druck der Kostendiskussion, wachsender Dysfunktionalität gesundheitspolitischer Versorgungsstrukturen, sich ausweitender Pharma-, Gesundheits- und Umweltskandale diese Fragen politisiert werden. Ähnlich der Friedensfrage könnten sozial- und gesundheitspolitische Probleme schon in naher Zukunft zu Kristallisationspunkten werden, die die Bildung neuartiger Bündnisse über die traditionellen Schranken zwischen Gewerkschaften und „Gesundheitsbewegung“ hinweg beschleunigen und mobilisierend wirken könnten.

Die Perspektive demokratischer Veränderungen in der Gesundheitspolitik hängt wesentlich davon ab, inwieweit es gelingen wird, „alternative“ mit auf Strukturveränderungen orientierten „traditionalistisch“-fortschrittlichen Forderungen und Aktivitäten zu verknüpfen, mithin die „Gesundheitsbewegung“ sowie die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung einander anzunähern.

Michael Opielka

Das Garantierte Grundeinkommen und/oder die Aufhebung der Ausbeutung? *

Ein wesentlicher Einwand linker Diskurse gegen die Forderung nach einem Garantierten Grundeinkommen weist hin auf zwei mögliche Varianten staatlicher Regulierung einer künftigen Massenarmut: Die Rede ist von der „autori-

* Gekürzte und überarbeitete Fassung des Aufsatzes „Das garantierte Grundeinkommen ist unabdingbar, aber es genügt nicht“ von Michael Opielka und Heidrun Stalb, der im Sammelband „Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung“, herausgegeben von Michael Opielka und Georg Vobruba, Ende 1985 im Fischer-Taschenbuch-Verlag erscheint. Ich danke Heidrun Stalb für die Möglichkeit, ihn hier weiterzuverwenden.

tären“, auf Zwangsarbeit bis Entzug des physischen Existenzminimums setzenden Variante, und von der „permissiven“ Variante, mit der „Entkoppelung von Arbeit und Einkommen“, dem Garantierten Grundeinkommen. Beiden Varianten sei nun, so z. B. N. Preußner,** der „Verzicht auf eine gesamtgesellschaftliche Kontrolle der Produktivkraftentwicklung“ gemeinsam genauso wie die „(aggressive oder resignative) Affirmation der Produktionsverhältnisse: die Kernsektoren industrieller Produktion werden nicht zum Gegenstand politischer Intervention“.

Diese Feststellung dürfte für einen Großteil der in der bisherigen Diskussion um das „garantierte Mindesteinkommen“ vertretenen Vorschläge zwar Gültigkeit haben. Die Idee eines Garantierten Grundeinkommens ist allerdings politisch mehrdeutig und sollte mit der Systemkongruenz vieler ihrer Vertreter nicht in einem Atemzug abgetan werden.

Ich möchte im folgenden begründen, warum ein Garantiertes Grundeinkommen eine der zentralen Voraussetzungen für eine Überwindung der Ausbeutung in hochentwickelten industriell-kapitalistischen Gesellschaften darstellt. Warum ein garantiertes Grundeinkommen somit eine – allerdings unverzichtbare – Übergangsforderung für den Einstieg in eine gesellschaftsverändernde Politik bildet. Zuerst soll deutlich werden, warum die Alternative „Recht auf Arbeit“ vs. „Recht auf Einkommen“ eine falsche Alternative darstellt, vielmehr beide Rechte als soziale Grundrechte eingefordert werden müssen – um im dritten Sozialen Grundrecht, dem „Recht auf eigene Produktivmittel“ zu kulminieren. Im zweiten Schritt sollen schließlich vier Kriterien benannt werden, unter denen allein ein garantiertes Grundeinkommen eine politisch sinnvolle Forderung darstellt.

Recht auf Arbeit oder Recht auf Einkommen?

Die Forderung nach einem Recht auf Einkommen wird von manchen ihrer Vertreter/innen, vor allem aber von ihren Gegnern als *Alternative* zu einer anderen Forderung interpretiert: dem „Recht auf Arbeit“, präziser: dem politischen Anspruch auf allgemeine Teilhabe an der Erwerbsarbeit. Ob „Recht auf Erwerbsarbeit“ und „Recht auf Einkommen“ nun Alternativen sind oder nicht, ist mithin eine entscheidende Frage. In der bisherigen Diskussion um die Zukunft von Arbeit und Sozialstaat lassen sich drei Positionen unterscheiden:

– Die *neoliberale* Position setzt auf eine stärkere Vermarktlichung und Privatisierung von sozialen Risiken. Das „Recht“ auf Einkommen – unterhalb oder nahe der Armutsgrenze – wird dabei alternativ zum Recht auf Arbeit gesehen.

– Die zweite, *traditionell-sozialistische* Position proklamiert weiterhin das „Recht auf Arbeit“. Die Verteilung von Einkommen soll weiterhin im wesentlichen über das individuelle (Lohn-)Arbeitsverhältnis im Erwerbsektor erfolgen. Transfereinkommen bleiben damit in Höhe und Dauer von der Position

** Vgl. den folgenden Beitrag von Norbert Preußner.

im Erwerbsleben abhängig. Ein eigenständiges, von der Erwerbsrolle unabhängiges „Recht auf Einkommen“ wird abgelehnt. Das heißt im Gegenzug, daß seitens des Staates von den Transfereinkommensbeziehern, die nicht krank, alt oder zu jung sind, Arbeitsleistungen verpflichtend eingefordert werden dürfen.

– Mit der dritten, *sozial-ökologischen* Position versuche ich eine Synthese: „Recht auf Arbeit“ und „Recht auf Einkommen“ nicht alternativ, sondern als zwei essentielle Bestandteile einer ökologisch orientierten Sozialreformstrategie zu begreifen, die um ein „Recht auf eigene Produktivmittel“ zu erweitern ist. Diese Position geht davon aus, daß die aktuelle Diskussion um die „Umverteilung der (Erwerbs-) Arbeit“ politisch folgenlos bleiben muß, weil sie innerhalb der Systemlogik des Sozialstaates und der kapitalistischen Wirtschaftsregulierung verbleibt.

Eine Arbeitszeitverkürzung, die allein aus Produktivitäts- (und selbst aus Unternehmer)gewinnen finanziert wird, genügt m.E. nicht, um alle gleichermaßen am Erwerbssektor teilhaben zu lassen. Vielmehr muß es darum gehen, das gesellschaftliche Arbeitsvolumen, Erwerbs- wie Haus- und Erziehungsarbeit in größerem Ausmaß und vor allem auch zwischen den Geschlechtern umzuverteilen. Ein garantiertes Grundeinkommen wäre als „überbetrieblicher Lohnausgleich“ das „Schmiermittel“ für eine umfassende Arbeitsumverteilung. Nur dadurch kann die andere Seite des „Rechts auf Arbeit“, nämlich die staatlich regulierte „Pflicht zur Arbeit“, verhindert werden.

Ich verorte den Fluchtpunkt der Diskussion um „Recht auf Einkommen“ und „Recht auf Arbeit“ also nicht, indem ich beide gegenüberstelle. Um eine Synthese dieser beiden einzufordernden sozialen Grundrechte etwas anschaulicher zu machen, schlage ich als Strategie eine *20-Stunden-Normalerwerbswoche für alle abhängig Beschäftigten* vor, wobei an die Stelle eines betrieblichen *überbetrieblicher Lohnausgleich durch ein garantiertes Grundeinkommen in Höhe von mindestens 1000 DM im Monat pro Person* (nach heutigem Geldwert) treten soll, im folgenden kurz „20-Stunden-Woche & 1000 DM Grundeinkommen“ genannt. Wiewohl die Durchsetzungsschwierigkeiten dieser Strategie evident sind, wäre sie selbst kein Ziel, sondern eine *Übergangsstrategie*.

Die Ausbeutung von Arbeit, Natur und Frauen als kapitalistisches Grundverhältnis

Armut und Massenerwerbslosigkeit sind die unübersehbaren Symptome des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses: Wenige verfügen über die Produktivmittel, die meisten existieren in ökonomischer Abhängigkeit. Das Steuerungsinstrument der Ökonomie sind Profit und Akkumulation. Die Mehrheit wird ihrer Produkte, des von ihr produzierten Mehrwertes enteignet, mehr noch: ihrer Arbeit und damit ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die ökologische Krise weist nun darauf hin, daß das Verhältnis des Menschen zur Natur, das sich im wesentlichen über Arbeit bestimmt, selber eine ausbeuterische Entwicklung genommen hat. Daß daher im Kern das Verhältnis von *Arbeit* und *Natur* neu zu reflektieren ist.

Die für unseren Zusammenhang wesentlichsten Dimensionen der ökonomischen Krise lassen sich unter drei Perspektiven festhalten: 1. Der Wachstumsfixiertheit der Sozial- und Wirtschaftspolitik; 2. dem bürgerlichen Naturverhältnis (nur Arbeit hat Wert, Natur nicht); und 3. dem besonderen Naturverhältnis im Geschlechterkonflikt.

Das grundlegendste aller Ausbeutungsverhältnisse, so die zentrale These in diesem Zusammenhang, findet sich zwischen den Geschlechtern. Die einem UNO-Bericht entstammenden Zahlen, wonach die Frauen weltweit zwei Drittel aller Arbeit verrichten, dafür auf ein Zehntel des Lohnes Anspruch haben und nur ein Hundertstel des Vermögens eignen, illustrieren dies ebenso wie die Tatsache, daß von den erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik 1982 nur 33 Prozent über ein existenzsicherndes eigenes Einkommen von 1400 DM und mehr verfügen, während dies immerhin für 80% der Männer zutrifft.

Der Zusammenhang von Arbeit und Ausbeutung, von Arbeit und Armut kann folglich nur mit einem Arbeitsbegriff erfaßt werden, der auch die unbezahlte Arbeit und die spaltende Funktion der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung einbezieht. In der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, die die Frauen von der Erwerbsarbeit tendenziell ausschließt, entlarvt sich der Klassenkompromiß als die klassenübergreifende Solidarisierung der Männer gegen die Frauen. Die Entschädigung der enteigneten Männer ist der Lohn — und die Verfügungsgewalt über die Frauen. Die Entsolidarisierung der Geschlechter erfährt ihren sozialstaatlichen Ausdruck darin, daß die Entschädigung von Enteignung nicht auf alle gleich verteilt, sondern die Hälfte der Enteigneten qua Geschlecht zum Lohn der anderen erklärt wird.

Sozialstaatlich geschaffene Interessengegensätze gewährleisten die politische Stabilität und kommen obendrein der Kapitalakkumulation zugute. Denn mit der Zuständigkeit für die Reproduktion der Gesellschaft werden die Frauen für die Befriedigung der Grundbedürfnisse, der wirklich wesentlichen Arbeiten alleine zuständig: „Diese Tätigkeit erlaubt keine Unterbrechung, auch keine kurzfristige. Frauen sind damit die wahren Träger der Ökonomie“ (*Claudia von Werlhof*). Die sozialstaatlich abgefederte Enteignung von den Produktivmitteln ist so die Ursache der Konstanz aller tiefgreifenden Ausbeutungsverhältnisse, vor allem der Ausbeutung der Frauen.

Perspektiven

Die Diskussion um das garantierte Grundeinkommen hat sich mithin an einer Zielperspektive zu orientieren, wie Sozialpolitik Ausbeutung nicht verschleiern und perfektionieren, sondern zu überwinden hilft. Ausbeutungsüberwindend wird die Strategie eines garantierten Grundeinkommens erst, wenn sie in eine Strategie eingebettet ist, die auf die Wiederherstellung der allgemeinen Subsistenzfähigkeit durch Aneignung der Produktivmittel hinzielt. Befreiung der Arbeit und nicht Befreiung von Arbeit scheint mir die ökologisch fruchtbare Perspektive zu sein. Das Garantierte Grundeinkommen ist nicht die Forderung nach einem Status quo materiellen Abgesichertseins der „kleinen Leute“, sondern Teilstrategie einer Veränderung von Gesellschaft über-

haupt. Es ist die historische Eingangsforderung nach einem *garantierten Grundanteil an den Produktivmitteln* für jeden Menschen.

Die vier Kriterien für ein garantiertes Grundeinkommen

1. Existenzsicherndes Niveau

Ein Grundeinkommen muß so bemessen sein, daß Armut ausgeschlossen und die Teilhabe am sozio-kulturellen Leben der Gesellschaft garantiert ist. Ein zu gering bemessenes Grundeinkommen bedeutet faktisch Lohnarbeitszwang. Ein Betrag in Höhe von mindestens 1000 DM verfügbares Einkommen im Monat (ab dem 16. Lebensjahr) stellt unter den gegebenen Reproduktionsbedingungen die relative Armutsgrenze dar.

Sinnvollerweise muß sich ein garantiertes Grundeinkommen aus einem Einkommensgrundbetrag in der genannten Höhe und *zusätzlich* einem bedarfsabhängigen Wohnkostenzuschuß zusammensetzen. Sollte es gelingen, die Grundlebenshaltungskosten (Wohnen, Verkehr, Nahrung) deutlich zu senken, so ließe sich auch die Summe der per Grundeinkommen zu verteilenden gesellschaftlichen Einkommen verringern — und umgekehrt. Freilich könnte es darüber hinaus auch politisch erstrebenswert sein, perspektivisch den Grundeinkommensanteil am Volkseinkommen in Richtung auf eine allgemeine Angleichung der Einkommensniveaus auszuweiten.

2. Recht auf Arbeit statt Pflicht zur Arbeit

Gegen ein Grundeinkommen, vor allem auf einem Niveau oberhalb der Armutsgrenze, wird häufig die Befürchtung angeführt, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht mehr von denen getan würde, die bislang gezwungen waren, diese auch zu niedrigem Lohn zu leisten. Diese Sorge betrifft jedoch nie alle Arbeiten, sondern gewöhnlich nur die *gesellschaftlichen Sorgearbeiten*, die ähnlich der Hausarbeit gering geschätzt und auch gering — oder, wie die Hausarbeit, gar nicht — bezahlt werden. Der klassische Einwand: Wer räumt den Müll weg? Die Verteilung dieser Arbeiten kann zwar über eine Verpflichtung zur Arbeit vorgenommen werden, wobei hier sowohl offene wie versteckte Zwangsmechanismen vorgeschlagen sind. Ein Recht auf Einkommensbezug ohne Erwerbsarbeitsleistung wird in der Denktradition des traditionellen Sozialismus abgelehnt, woraus sich für die subsistenzlosen Massen eine *implizite* „Pflicht zur Arbeit“ ergibt.

Daß die „Pflicht zur Arbeit“ sowohl in konservativen wie in traditionell-sozialistischen Strategien Platz findet, hat seine Ursache letztlich in beider Anerkennung der Tatsache, daß die ihrer Subsistenzmöglichkeiten Enteigneten ihre Arbeitskraft an die Produktionsmittelbesitzer verkaufen müssen.

Sinnvoller und ehrlicher als jede Form der Arbeitsverpflichtung erscheint es hingegen, die gesellschaftlichen Sorgearbeiten öffentlich so anzuerkennen und zu bezahlen, daß sie freiwillig und trotz Grundeinkommen getan würden (so wie sich nach Einführung des „arbeitsanreizmildernden“ Grundeinkommens auch künftig ein Bundeskanzler melden wird und Zahnärzte nicht ihre Praxis dafür an den Nagel hängen werden). Die in der Grundeinkommensdis-

kussion permanent aufgeworfene Frage nach den Arbeitsanreizen zur Übernahme gesellschaftlich notwendiger und gleichzeitig unattraktiver Arbeiten wäre „marktkonform“ lösbar. Insoweit nämlich unter den Bedingungen von Lohnarbeit und Arbeitsmarkt ein garantiertes Grundeinkommen auf hohem Niveau den Besitzlosen endlich eine wesentliche Option eröffnet: die uneingeschränkte Verweigerung des Angebots ihrer „Ware Arbeitskraft“. Wenngleich einschränkend festzustellen bleibt, daß die Freiheit der Verweigerung zwar eine wichtige Freiheit ist, doch noch nicht die Freiheit zu machtvoller Mitwirkung ersetzen kann. Diese setzt Vermögen bzw. Kontrolle an Produktivmitteln voraus. Das zweite Kriterium lautet demnach, daß ein Grundeinkommensmodell *systematisch* mit einer Arbeitsumverteilungskonzeption verknüpft werden muß — ohne dafür „Recht“ und „Pflicht“ zur Arbeit zu verbinden. Und daß beide Rechte ohne ein einlösbares „Recht auf eigene Produktivmittel“ in kapitalistischer Logik gefangen bleiben.

3. Individualbezug statt Haushaltsbezug

Ein haushaltsbezogenes Grundeinkommen festigt die hierarchischen Strukturen der Familie, stärkt die Position des Mannes als Einkommensbezieher („Haushaltsvorstand“) und beläßt die Frau als „Mitversorgte“ in der Abhängigkeit abgeleiteter Einkommensansprüche. Ein individuelles Grundeinkommen für jeden macht die Frauen ökonomisch unabhängiger und ermöglicht eine Enthierarchisierung der sozialen Beziehungen in der Familie. Da derzeit fast das ganze Steuer- und Transfersystem auf den Haushalt bzw. im wesentlichen auf die Ehe orientiert ist, erfordert ein garantiertes Grundeinkommen als individuelles Recht notwendig eine grundlegende Steuer- und Transferreform bzw. Schritte in dieser Richtung.

Für den Individualanspruch sprechen darüber hinaus auch sozialpolitische Überlegungen zum Zusammenhang von Erwerbssystem, Familiensystem und Transfersystem. So ist die Frage nach der Relevanz einer ehezentrierten Sozialversicherungskonzeption aufzuwerfen. Paradoxe Weise führt nämlich genau dieses System zu einer Privatisierung der Nachwuchssicherungskosten, während die Altersversicherungskosten sozialisiert wurden. Die Beträge, die Kinderlosigkeit für den Konsum freigibt, sind dabei enorm. So zeigte eine Studie, daß ein durchschnittliches Arbeitnehmerehepaar mit einem Kind gegenüber einem vergleichbaren kinderlosen Ehepaar auf 320 000 DM, ein Ehepaar mit zwei Kindern auf 500 000 DM und ein Ehepaar mit fünf Kindern auf 900 000 DM verzichtet (Geldwerte von 1979); rechnet man den Erwerbseinkommensverzicht einer Hausfrau auf ihre gesamte erwerbsfähige Zeit um, so steigen diese Zahlen auf 0,5 bis 1,5 Mill. DM Einkommensverzicht an.

Hier könnte ein Individualanspruch Licht in den Schatten der privateigentumsähnlichen Eltern- und Kinderbeziehung werfen, indem bedarfsorientierte Kindereinkommen die Kinder zur gesellschaftlichen Aufgabe machen. Ähnliches gilt natürlich auch für die Alterssicherung: Hier ist eine staatlich finanzierte Grundrente die einer ökologischen Sozialreform adäquate Lösung.

4. Grundeinkommen als Reform, nicht als Ersatz der Sozialversicherungen

Ein garantiertes Grundeinkommen ist kein Ersatz für die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Lebensrisiken. Die Vorstellung, über ein Grundeinkommen allein einen „reinen“ Arbeitsmarkt etablieren zu können, setzte nämlich voraus, daß für jede und jeden nicht nur die Chance zur Lohnarbeit, zum Einstieg in den Arbeitsmarkt existiert, sondern auch zu individueller oder gemeinschaftlicher Unternehmerarbeit. So lange beides nicht oder kaum der Fall ist, erfordert die Hierarchie der Lohneinkommen gleichfalls eine Hierarchie der Sozialeinkommen. Allerdings kann es sinnvoll erscheinen, die Lohnersatzfunktion von Sozialversicherungen auf bestimmte soziale Risiken zu beschränken, wie z. B. auf Alter, Krankheit, Erwerbsunfähigkeit. Zudem ist der Verweis auf private Vorsorgeformen, der gerade aus neoliberaler Ecke verschärft tönt, für einen Großteil der Lohnabhängigen aufgrund ihrer schlechten Zugangsmöglichkeiten zum Kapitalmarkt keine gangbare Sicherungsalternative.

Wie kann nun jene Strategie einer Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Produktivmitteln realisiert werden, welche Einstiegsschritte sind denkbar?

Einstieg in eine Aufhebung der Ausbeutung

Mittelfristig deckt die Perspektive der „20-Stunden-Woche“ den größten Teil der Flexibilisierungswünsche der Erwerbstätigen ab, besonders auch deshalb, weil ein derart verringertes Erwerbsarbeitsquantum eine Flexibilisierung im Jahres- und sogar im Lebenslauf („Freijahre“ mit Arbeitsplatzgarantie usw.) nahelegt. Staatliche Politik könnte hier Initiativen der Erwerbstätigen unterstützen. So könnte bei denjenigen, die ohne Lohnausgleich auf Teilzeitarbeit wechseln, das Einkommen für die ersten 20 Wochen-Arbeitsstunden steuerlich deutlich begünstigt werden. Damit würde neben Einkommenshöhe und Familienstand auch die Zahl der Wochenarbeitsstunden zu einem Kriterium der Steuerbemessung.

Der Einstieg in die Kombination „20-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich plus 1000 DM garantiertes Grundeinkommen“ könnte dann erfolgen, indem diejenigen, die 20 oder weniger Stunden in der Woche erwerbstätig sind oder sein können, *zuerst* ein Anrecht auf das garantierte Grundeinkommen erwerben. Daneben ist der *Steuerfreibetrag* für jede einzelne Person sukzessive auf das Niveau des garantierten Grundeinkommens auszuweiten — was auf der anderen Seite Steuerreformen erfordert, die sämtliche (!) Einkommen oberhalb dieses Freibetrages hinreichend heranziehen.

Die Gewerkschaften könnten sich beispielsweise für Mindestlohnregelungen bei Teilzeitarbeit einsetzen, dafür, daß keine 20-Stunden-Stelle für weniger als ca. 1000 DM netto, also unterhalb der Existenzlinie, angeboten wird. Bekannte Einwände sind zu erwarten: Können sich die Gewerkschaften für eine gesamtgesellschaftliche Arbeitsumverteilung stark machen, die den bislang von ihnen nicht repräsentierten Randgruppen des Arbeitsmarktes ein

„Recht auf Arbeit“ garantiert — ohne sich damit der Gefahr auszusetzen, ihren Stammmitgliedern zu schaden? Könnte es andererseits aber nicht sein, daß die bislang Ausgegrenzten, die Erwerbslosen, Frauen, den Gewerkschaften neue politische Kraft zufließen ließen?

Ein mehrjähriger Stufenplan, bei dem das erwerbsunabhängige Grundeinkommen für alle sukzessive von anfangs einigen auf endlich 1000 DM (heutigen Geldwerts) steigt, erscheint problematisch, weil die Gefahr besteht, daß es „unterwegs“ eingefroren wird. Die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen muß vielmehr mit den Forderungen nach Arbeitsumverteilung und nach einem existenzfähigen Einkommen für jede(n) — jetzt — verknüpft werden. Diejenigen, die über kein existenzfähiges Erwerbs- oder Vermögenseinkommen verfügen, müssen bereits heute einen Transferanspruch in Höhe des künftigen Grundeinkommens erhalten. Für alle wird das Grundeinkommen erst dann sinnvoll, wenn auch alle ein Recht auf Teilhabe am Erwerbssektor einlösen können.

Ein Stufenmodell dieser Art unterscheidet sich wesentlich von den Modellen einer „negativen Einkommenssteuer“ oder einer „Sockelung“ der Sozialversicherungen. *Denn die Umverteilung der Arbeit ist ein systematisches Kriterium des Grundeinkommensbezugs.* Die Leute können Schritt um Schritt auf eine 20-Stunden-Woche umsteigen. Die Steuer- und Transferpolitik unterstützt damit eine ökologisch und sozial nützliche Arbeitsmarktpolitik.

Schritte zur Umverteilung der Einkommen

Bevor an eine „Sockelungs“-Lösung als Einstieg in die Grundeinkommenssicherung gedacht wird, wäre der systematische Zusammenhang von Sozialhilfe- und Sozialversicherungspolitik, von „Armen- und Arbeiterpolitik“ nochmals zu bedenken, der bis in die Verästelungen des AFG hinein nachgezeichnet werden kann. So repräsentiert die Dualisierung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe die fließenden Übergänge zwischen lebensstandardorientierten Versicherungsleistungen einerseits und armutsorientierten Fürsorgeleistungen andererseits. Ähnliche „Filter“ erschweren auch in allen anderen sozialen Sicherungssystemen (Rente, Krankengeld, Behinderung/Pflege usw.) eine „Sockelung“.

Die zum grünen und gewerkschaftlichen Bestand zählenden Forderungen nach einer „Sockelung“ lassen sich innerhalb von ansonsten unveränderten sozialen Sicherungssystemen folglich nicht aufrechterhalten. Ein integriertes, in sich schlüssiges Reformkonzept ist auch für die „ersten Schritte“ unverzichtbar.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich ein politischer Einstieg in ein Grundeinkommenssystem sinnvollerweise auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe gleichzeitig beziehen muß, denn ein duales System würde unterhöhlt, wenn nur die eine Hälfte umgestaltet würde. Eine beitragsbezogene Leistungsgestaltung wäre dabei, wenn überhaupt, nur für einen begrenzten Zeitraum (höchstens zwei Jahre) sinnvoll, wobei alternativ dazu eine einheitliche Grundsicherung für alle Erwerbslosen durchdacht werden sollte.

Grundeinkommen als (R)Evolution?

Heben das garantierte Grundeinkommen und die „ersten Schritte“ dorthin auch die Abhängigkeit vom Arbeitgeber und von den sozialen Bezügen auf, so bleibt die Abhängigkeit vom Staat als Versorger. Eine zunehmende Abkehr von der Lohnarbeit muß daher, sollte die ökonomische Abhängigkeit vom kapitalistischen Industriesystem durchbrochen werden, mit einer *Umverteilung der Produktionsmittel auf alle* mit individuellen Verfügungsrechten einhergehen.

Daß die „Vermögenspolitik“ mit dem Ziel der betrieblichen Vermögensbeteiligung hierzulande weit von einem „Recht auf eigene Produktionsmittel“ entfernt ist, wird angesichts der bisherigen Erfahrungen nicht bestritten. Um konkrete Verfügungsrechte der einzelnen Produzenten zu verankern, dürfte die Forderung nach überbetrieblichen Arbeitnehmerfonds, wie sie 1984 in Schweden durchgesetzt wurden, gleichfalls völlig unzulänglich sein. Tatsächliche Verfügungsrechte lassen sich letztlich nämlich wohl nur durch eine (sukzessive) „Beseitigung des großen Erwerbseigentums“ erreichen.

Ohne dies hier näher diskutieren zu können, möchte ich auf zwei Perspektiven verweisen, die in Richtung auf ein „Recht auf eigene Produktivmittel“ reale Optionen eröffnen könnten. Zum einen auf *Ota Siks* Konzept des „neutralisierten Kapitals“. Und zum anderen auf den von *Winfried Vogt* entwickelten Vorschlag, Kapitalgüter als Unternehmungsinvestitionen aus dem privaten Geldverkehr auszukoppeln und nur Kredite finanzieren zu lassen, die über ein vergesellschaftetes Kreditsystem zur Verfügung gestellt werden. Im Interesse einer effizienten Verwendung der Mittel könnten im derartigen System nur „laboristische“, d.h. von den Arbeiter/inne/n selbst geeignete Unternehmen als Kreditnehmer zugelassen werden, weil ein solches Kollektiv bei Mißwirtschaft seine Arbeits- und Lebensgrundlage aufs Spiel setzt, während ein Einzelkapitalbesitzer ohne haftendes Vermögen risikolos spekulieren könnte.

Wofür das garantierte Grundeinkommen wegbereitend sein soll, ist die Aneignung der Arbeit. Das garantierte Grundeinkommen sichert eine Teilhabe an der Gesellschaft jenseits der Lohnarbeit und wird damit eine Interessensverschiebung derjenigen bewirken, die bisher aus Angst um ihre Arbeitsplätze am Wachstumsfetisch festhielten und so — meist unfreiwillig — zu willfährigen Verbündeten des Kapitals wurden. Das garantierte Grundeinkommen garantiert keine ökologische Gesellschaft — doch es ist für den Weg dorthin unabdingbar.

Norbert Preußner

Garantiertes Mindesteinkommen: Befreiung der Armen oder Vergesellschaftung der Armut?

1. Widerwärtige Zustände

Das Krisenszenario bundesrepublikanischer Wirklichkeit ist geprägt von Momenten institutionalisierter Problemverleugnung:

– Trotz Massenarbeitslosigkeit verbucht die Bundesanstalt für Arbeit Milliardenüberschüsse, erreichen die Aktienkurse der industriellen Leitsektoren ein säkulares Spitzenniveau.

– Die Berechnungsgrundlagen der Rentenversicherung werden innerhalb weniger Monate dreimal korrigiert; schließlich wird den Rentnern eine Erhöhung von 1% zugestanden.

– Die konzertierte Aktion in der Krankenversicherung mausert sich zum Lehrstück in politischer Ökonomie: Für Pharmakonzerne und ärztliche Standesorganisationen sind die Krankenkassen zum Selbstbedienungsladen offenerziger Bereicherung geworden.

Wer Sturm sät, kann mitunter Windstille ernten: Trotz der Griffe in die Taschen der Lohnabhängigen zeigen diese sich nicht geneigt, den sozialen Frieden grundsätzlich zu erschüttern: Die in der Druck- und Metallindustrie nach monatelangen Streiks erkämpften Arbeitszeitverkürzungen werden den Arbeitsmarkt nur unwesentlich entlasten, ganz zu schweigen von den bescheidenen „Erfolgen“ im öffentlichen Dienst.

Die Krise, verstanden als umfassende Gefährdung der gesellschaftlichen Reproduktion, damit auch der Kapitalakkumulation, ist anscheinend vorbei: Der Versuch, die sozialen Risiken der Dritten industriellen Revolution der Arbeiterklasse aufzubürden, scheint vorerst gelungen. Es geht zwar nicht vorwärts, aber immerhin aufwärts, mit Kapitalprofiten, Spekulationsgewinnen und Arbeitslosenzahlen.

Wer den noch vergleichsweise sanften Abstieg ins Arbeitslosengeld halbwegs unbeschädigt übersteht, holt sich spätestens beim steilen Absturz in die Arbeitslosenhilfe schmerzende Wunden, erfährt die üblen Auswirkungen institutionell erzwungener Familiensolidarität: Über Bedürftigkeitsprüfungen steht man plötzlich wieder mit längst verschollenen Eltern und vor Zeiten fortgezogenen Kindern in vertrauter Beziehung, wenn auch in einer, die von Konflikten zersetzt wird und gegenseitige Abneigung fördert.

Doch mit den Zumutungen der Arbeitslosenhilfe sind die Widerwärtigkeiten des Sozialstaates noch nicht ausgereizt; wer drauf verzichtet, sich die achselzuckenden Vertröstungen des Arbeitsamts persönlich abzuholen und angeordnete Termine versäumt, landet im Keller: bei der Sozialhilfe. Diese fördert genaue Einblicke in die reaktionären Versionen von Bürgernähe; administrative Zudringlichkeit belehrt über die Staatsunmittelbarkeit öffentlich registrierter Armut und über die bisweilen vergessene Tatsache, daß hierzulande nichts umsonst zu haben ist: Selbst die Armen erhalten „den erschütternd geringen Sozialhilfesatz“¹ nur um den Preis der Erniedrigung. Findige Kontrolleure des Sozialamtes forschen nicht bloß nach verborgenen Reichtümern, sondern auch nach den Akteuren eheähnlicher Verhältnisse; Leute, die jahrzehntelang gearbeitet haben, unterliegen plötzlich dem armenrechtlich begründeten Arbeitszwang, zur Prüfung der Arbeitsbereitschaft, wie es im Jargon des BSHG umschrieben wird.

¹ Peter Glotz, *Freiwillige Arbeitslosigkeit!*, in: *Pflasterstrand* 197/1984, S. 19.

Die weitere Vergesellschaftung der Armut gehört zu den bestprognostizierten Phänomenen zukünftiger Entwicklung. Damit sind prinzipiell zwei Varianten staatlicher Regulierung eröffnet: 1. die autoritäre, im Grenzfall faschistische Version: Zwangsarbeit für die Arbeitslosen, Entziehung des physischen Existenzminimums im Falle hartnäckiger Arbeitsverweigerung – wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. 2. die permissive Version: die Entkopplung von Arbeit und Einkommen wird als Möglichkeit individueller Reproduktion gesellschaftlich toleriert – wer nicht arbeiten kann (darf oder will), soll wenigstens essen.

2. Der große Wurf: das garantierte Mindesteinkommen (GME)

Im breiten Spektrum der bundesdeutschen Linken – unter Sozialdemokraten, Grünen, Sozialisten und Kommunisten – besteht Einigkeit bezüglich negativer Optionen: daß die autoritäre, gar faschistische Variante staatlicher Steuerung tunlichst zu verhindern sei. Ähnlich allgemein verbreitet ist die Einsicht, daß ausschließlich negative Optionen nicht ausreichen, unerwünschte Entwicklungen zu verhindern. In diesem Kontext markiert der von Teilen der Grünen in die Diskussion gebrachte Vorschlag eines garantierten Mindesteinkommens die bisher umfassendste Perspektive zum Umbau des Sozialstaats, deren Radikalität mit den entwürdigenden Praktiken bisheriger Armenpolitik gründlich aufzuräumen verspricht.

Gravierende Probleme erfordern heroische Lösungen: „Dem Zaghafte ist immer alles zu früh. Die Mutigen hingegen ahnen: wir stehen an einer Schwelle.“² Bleibt zu prüfen, ob das GME tatsächlich jenen Mut zum Inhalt hat, der die Angst vor der Zukunft verringert, oder nur der Tollkühnheit Sprache verleiht, die sich mit radikaler Gebärde um die Berechnung des Risikos drückt.

Zu Recht berufen sich die Befürworter des GME auf die im Rückblick konstatierbaren historischen Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung des bürgerlichen Sozialstaates. Der in kapitalistischer Frühzeit unbedingte Nexus von Arbeiten und Essen wurde mit der Errichtung und dem Ausbau des Sozialstaates sukzessive aufgeweicht: Versicherungsrechtlich begründete monetäre Transferleistungen blieben zwar auch weiterhin an den Lohnarbeiterstatus gebunden; ihrer teilhaftig zu werden, genügte es jedoch, gearbeitet zu haben (Rentenversicherung) oder Arbeitsbereitschaft zu zeigen (Arbeitslosenversicherung). Der Endpunkt dieser Entwicklung deutet sich als „kategoriale Möglichkeit“ an: die vollständige Entkopplung von Arbeiten und Essen.³

Freilich: Auch den Befürwortern des GME ist die Einsicht geläufig, daß historische Gesetzmäßigkeiten sich nicht mechanisch durchsetzen, sondern ei-

2 Michael Opielka, *Jenseits von Armut und Kapitalismus. 20 Thesen zur Begründung eines garantierten Mindesteinkommens*, in: *Materialien zur Vorbereitung der Wochenendtagung „Soziale Garantien“* am 16./17. 2. 1985 in Frankfurt a.M., S. 7.

3 Georg Vobruba, *Die Krise der arbeitszentrierten Sozialpolitik und die Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen. Drei Thesen* (Beitrag zum 22. Deutschen Soziologentag in Dortmund), 1984, S. 1 f.

nes geschichtsmächtigen Subjekts bedürfen, um die Materialität des Faktischen zu erlangen. Dieses Subjekt zur Durchsetzung des GME ist indes noch nicht recht in Sicht, braucht, um sich zu konstituieren, die verlockende und antreibende Vision einer besseren Zukunft, den spornenden Reiz des Utopischen.

Womit wir den philosophischen Hochsitz der Geschichtstheorie verlassen und genötigt sind, uns im Dickicht des Konkreten zu orientieren. Zu klären sind: Höhe und Finanzierung des GME, sein Verhältnis zu den Leistungen der bestehenden Institutionen sozialer Sicherung, befürchtete oder erhoffte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Reproduktion der Arbeitskraft.

a) Höhe des GME: Die Angaben schwanken zwischen 800 und 1200 DM pro Person (für Kinder bis 15 Jahre jeweils die Hälfte); bezogen auf die demographische Klischeefamilie (2 Erwachsene, 2 Kinder) ergäbe dies ein Haushaltseinkommen zwischen 2400 und 3600 DM – beides könnte (nicht nur) Arbeiter in den unteren Lohngruppen zu Überlegungen veranlassen, sich der Widrigkeiten kapitalistischer Lohnarbeit zu entschlagen.

b) Finanzierung: Sämtliche vorgeschlagenen Finanzierungsmodelle berücksichtigen ausschließlich die Einkommensteuer, Vermögen und Produktivitätsgewinne bleiben unangetastet. Damit die Einkommensteuer die benötigten Geldmengen abwirft, bedarf es einer deutlichen Erhöhung der Anfangsbesteuerung und der darauf aufbauenden Progressionskurve: „Anderweitige Einkommen müßten beim garantierten Bürgergehalt bereits bei geringen Beträgen ziemlich hoch besteuert werden (...) (Anfangsbesteuerung ca. 50%...)“.⁴

c) Verhältnis zu den bisherigen Leistungen sozialer Sicherung: Während die Befürworter eines hohen GME die Frage unbeantwortet lassen, ob dieses die derzeitigen staatlichen und versicherungsrechtlichen Transferzahlungen ergänzt oder ersetzt, plädiert *Opielka* für eine Substituierung der Sozialhilfe durch das GME, schlägt jedoch gleichzeitig vor, die Sozialversicherung beizubehalten.⁵

d) Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Reproduktion der Arbeitskraft: Die Prognosen reichen von beweiskräftigen Aussagen – „Verringerung der mit dem Sozialstaatsprinzip verbundenen staatlichen Kontrolle und Überwachung“⁶ – bis zu euphorischen Ausblicken in eine Zukunft heiterer Genügsamkeit: „a) gesamtwirtschaftlicher Nutzen: Förderung der allgemeinen Produktionsbedingungen und Reduzierung sozialer Kosten der Produktion, (...) Stärkung von Mobilität, Flexibilität und Soziabilität (jeweils allerdings in ökologischer Diktion, etwa: Instandsetzung verlassener Ländereien, Entstäd-

4 Michael Opielka, Das garantierte Einkommen – ein sozialstaatliches Paradoxon? – Warum ein garantiertes Einkommen den Sozialstaat zerstören, retten oder aufheben kann, in: Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, hrsg. von Thomas Schmid, Berlin (West), 1984, S. 114.

5 Michael Opielka, Jenseits von Armut und Kapitalismus. Thesen zur Begründung eines „allgemeinen Grundeinkommens“, in: Widersprüche 14/1985, S. 55.

6 Axel Bust-Bartels, Das Recht auf Einkommen – eine systemsprengende Reform?, in: Widersprüche 14/1985, S. 44.

terung, gegenseitige Hilfe etc.), Teilfinanzierung von Eigenarbeit und -initiative, Förderung eines innovativen Klimas (...) b) einzelwirtschaftlicher Nutzen: Verminderung betrieblicher Konflikte aufgrund gestiegener Arbeitsplatzzufriedenheit wegen des fließenden Übergangs von Arbeit und Freizeit (...) c) ökologische Effekte: weitestgehende Förderung von Selbsthilfe und Selbstversorgung zur Entstaatlichung, Entkommerzialisierung, Entschuldung und Entökonomisierung der Gesellschaft – durch private und kollektive Erbringung vormals verstaatlichter, vergesellschafteter Hilfsdienste (kleine Netze...).“⁷

Gerhardt und Weber greifen in ihren Prophezeiehungen energisch über reale Zustände hinaus: In ihren Augen taugt das GME als „sozialpolitische Abfederung des Wertewandels“,⁸ was immerhin unterstellt, daß dieser sich gegenwärtig in vollem Gange befindet.

3. Das Garantierte Mindesteinkommen: ein großer Wurf, der die Falschen trifft

Die Befürworter des GME neigen dazu, die möglichen (und vorhersehbareren) Reaktionen der herrschenden Klassen höflich zu ignorieren, geraten angesichts der Zustimmung unerwünschter Bündnispartner regelmäßig in schamhafte Verlegenheit: So wird zwar registriert, daß mit *Milton Friedman* ein knallharter Vertreter monetaristischer Reaganomics ähnliche Einfälle zukünftiger sozialer Sicherung verbreitet, zugleich aber eindringlich beteuert, daß man es völlig anders gemeint habe. Eine korrekte Einschätzung bundesdeutscher Machtverhältnisse sollte jedoch darüber belehren, daß derzeit alle Möglichkeiten gegeben sind, selbst beste Absichten in ihr Gegenteil zu verkehren. Jene berücksichtigend, ergeben sich bei Einführung eines GME mögliche Folgen, die breiter Zustimmung kaum mehr verdächtig sind.

Das GME ermöglicht die allgemeine Option arbeitsmarktexterner individueller Reproduktion – da seine Kosten aber gleichzeitig aus den Arbeitseinkommen aufgebracht werden, muß zugleich gewährleistet sein, daß der gesamtgesellschaftliche Lohn- und Einkommensfond jene Summe erreicht, die als genügend erachtet wird, die Kosten des GME zu finanzieren. Es muß also verhindert werden, daß die tendenziell allgemeine Option arbeitslosen Einkommens sich zu faktischer Allgemeinheit auswächst. Der Verdacht, daß dies eintreten könnte, wird hier genährt von der Beurteilung der Bedingungen kapitalistischer Lohnarbeit: Diese sind nur in Ausnahmefällen geeignet, die „Verwandlung der Arbeit in das vorrangige Lebensbedürfnis des Menschen“ voranzutreiben.

Wenn derart sozialistische Hoffnungen hierzulande ihren realen Bezug also gründlich verfehlen, sind Maßnahmen ins Auge zu fassen, die die Gefahr der Überbeanspruchung des GME systematisch verringern. Die Alternative zwischen permissiven und autoritären Strategien schlägt damit durch auf die konkrete Ebene des GME.

⁷ Klaus-Uwe Gerhardt/Arnd Weber, Garantiertes Mindesteinkommen. Für einen libertären Umgang mit der Krise, in: Befreiung von falscher Arbeit, a.a.O., S. 49.

⁸ Ebenda, S. 60.

Die autoritäre Variante besteht in der selektiven oder allgemeinen Wiederbelebung der Zwangsarbeit. Während ein selektiver Arbeitszwang nur bestimmte Arbeiterfraktionen erfaßt und derart die Spaltung der Klasse vertieft, muß ein allgemeiner Arbeitszwang nicht notwendig zu faschistischen Formen staatlicher Arbeitsmarktsteuerung führen. Denkbar sind Modelle einer zeitlich befristeten Arbeitspflicht, deren Absolvierung erst das unbedingte Recht auf ein GME begründet. *Josef Popper-Lynkeus* – ein faschistischer Neigungen durchaus unverdächtig Sozialreformer – hat diesen Vorschlag schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts in die Diskussion gebracht.⁹

Wahrscheinlicher ist jedoch eine liberale, marktkonforme Lösung des Problems: Das GME fungiert dann als Instrument wirkungsvoller Feinsteuerung des Arbeitsmarkts. Reicht der gesamtgesellschaftliche Lohnfonds zur Finanzierung nicht aus, besorgt eine Senkung des GME die nötige zusätzliche Arbeitsmotivation. Das GME dürfte sich vor allem dort als verlockend erweisen, wo „die Widerwärtigkeit der Arbeit (in demselben Maße) wächst, (wie) der Lohn abnimmt.“¹⁰ Wenn es sich dabei um Tätigkeiten handelt von hohem gesellschaftlichem Nutzen (etwa: Müllbeseitigung, Kanalreinigung), bleibt – um die allgemeine Flucht ins GME zu versperren – neben Arbeitszwang nur noch die Anreicherung solcher Arbeitsplätze mit zusätzlichen Lohnanreizen. Dagegen mag unter sozial- und arbeitsmarktpolitischen Aspekten wenig einzuwenden sein, dennoch sollte bedacht werden, daß durch diese Strategie des Lohnanreizes sich die derzeitige Lohnskala erheblich verschieben, wenn nicht sogar tendenziell umkehren wird. Dabei sind allerdings kaum die Einkommen von Aufsichtsratsvorsitzenden und Staatssekretären bedroht; statt dessen werden die Einnahmen aus wissenschaftlicher und künstlerischer Tätigkeit merklich nach unten driften.

Zu erinnern ist an die finanzpolitische Voraussetzung des GME: Sämtliche Arbeitseinkommen werden steuerlich erfaßt und mit einem Anfangssteuersatz von 50% belegt. Dessen progressive Steigerung wird rasch eine Höhe erreichen, die banale, aber triftige volkswirtschaftliche Einsichten ignoriert: Konfiskatorische Steuern beseitigen nicht nur jede rationale Motivation zur Lohnarbeit, sondern fördern zugleich die Ausdehnung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Und in welchen Kreisen letztere verbreitet ist, bleibt den Grünen nicht verborgen: „Es wird geschätzt, daß rund zwei Drittel der Einkünfte aus selbständiger Arbeit, 70% der Zins- und Kapitaleinkünfte und mehr als 50% der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung der Finanzverwaltung verschwiegen werden.“¹¹ Der Steuerhinterziehung ließe sich auf die Schliche kommen durch quantitativ und qualitativ verbesserte Personalausstattung der Finanzbehörden – daß dies jedoch bisher unterblieb, ist gerade Ausdruck jener Machtverhältnisse, die auch durch Einführung des GME nicht angetastet werden.

9 Josef Popper-Lynkeus, *Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage*, Dresden 1912.

10 Karl Marx/Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: MEW 4, S. 469.

11 Moloch Bundeshaushalt. Erste Erfahrungen und Analysen der Grünen im Bundestag, Bonn 1984, S. 43.

Durch das GME könnte eine Dualisierung der Arbeiterklasse in Gang gesetzt oder zumindest verschärft werden, die mit den anmutigen Alternativ-Konzepten grüner Dualwirtschaft mitnichten übereinstimmt. „Während sich für Normalbetriebe die Kalkulationsgrundlage durch ein Mindesteinkommen zunächst nicht verändert – der Vorteil fällt ja nur beim einzelnen Beschäftigten an –, könnten Kollektivbetriebe den individuellen Vorteil ihrer Mitglieder dazu verwenden, mit geringeren Arbeitskosten zu kalkulieren; da bei ihnen kein Lohnarbeiterstatus existiert bzw. der Lohnarbeiter zugleich Unternehmer oder Gesellschafter ist, könnten sie ihre Leistungen – zumindest bei arbeits- und lohnintensiver Produktion – entsprechend billiger anbieten. Normalbetriebe und Einrichtungen wären in Teilbereichen des Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsgewerbes nicht mehr konkurrenzfähig; sie liefen Gefahr, aus dem Markt ausscheiden zu müssen.“¹² Die hier ausgemalte „Zukunft der Arbeit“ ist insofern noch von zu optimistischen Einschätzungen geprägt, als sie klassenanalytische Kategorien nicht auf den informellen Sektor überträgt, sondern umstandslos voraussetzt, daß dort der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital allgemein überwunden ist. Peter Glotz sieht da schon klarer und vermerkt Erscheinungsformen der Klassenspaltung auch im alternativen Sektor: „Wenn dieses Modell nun gesellschaftlich weiter ausgedehnt werden soll, bekämen wir einen neuen Typus von Lohnabhängigen parallel zum alten, der sich von diesem dadurch unterscheidet, daß er keine Interessenvertretung, keine ausreichende soziale Absicherung und ein minimales Einkommen hat.“¹³

Die Aussparung klassenanalytischer Kategorien markiert eine der folgenreichsten Lücken grüner Gesellschaftstheorie und fördert die Neigung, vom Individuum aufs menschliche Gattungswesen überzuspringen und sich der Komplikationen empirisch-konkreter Gesellschaftsanalyse zu entschlagen. Solches Versäumnis mag bei der Behandlung ökologischer Fragen noch den Schein plausibler Faktizität für sich reklamieren, rächt sich jedoch spätestens bei der Bearbeitung sozialpolitischer Probleme. Da der Konsument gewissermaßen als die empirische Erscheinungsform des menschlichen Gattungswesens firmiert, ist es nur konsequent, wenn dieser zum Gegenstand und Träger sozialpolitischer Entwürfe überhöht wird und immense gesellschaftliche Fonds ausschließlich dazu reserviert werden, die individuelle Konsumentensouveränität finanziell abzusichern. Die mit dem GME verbundene, warenförmige Vergesellschaftung des Existenzrisikos führt zur konsumptiven Vergeudung gesellschaftlicher Ressourcen und verbaut sozialpolitische Optionen, die auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zielen, ohne sich zugleich der Warenform zu fügen.

Die Konsumentenborniertheit des GME kommt auch darin zum Vorschein, daß es zwar die Subventionierung der Lohnkosten alternativer Projekte beinhaltet, darüber hinaus aber auch den Verzicht, die Produktion im zentralen

¹² Walter Hanesch, Einkommenssicherung in der Krise, in: Befreiung von falscher Arbeit, a.a.O., S. 135.

¹³ Peter Glotz, a.a.O., S. 22.

Sektor gesellschaftlicher Kontrolle zu unterwerfen. Derart wird das GME zum angemessenen sozialpolitischen Ausdruck einer resignativen Kapitalismuskritik, die – durchaus konsequent – mit allen sozialpolitischen Traditionen der Arbeiterbewegung bricht: Von den Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland aus dem Jahre 1848 bis zum Aktionsprogramm der SPD 1954 knüpfte proletarische Sozialpolitik grundsätzlich und nahezu ausschließlich am Produzentenstatus des Arbeiters an, zielte auf Produktionskontrolle, verbesserte Arbeitsbedingungen und Schutz der menschlichen Arbeitskraft. Damit solche Programmatik auch tatsächlich der Gesamtheit der Klasse zugute kam, forderten die Parteien der Arbeiterbewegung nicht bloß ein allgemeines Recht auf Arbeit, sondern einen umfassenden Arbeitszwang.¹⁴

Bei dem Versuch, Formen vergesellschafteter Existenzsicherung ausschließlich an den Produzentenstatus zu binden, erlag freilich die Arbeiterbewegung einem folgenschweren Versäumnis: Da es ihr im Rahmen einer kapitalistischen Arbeitsverfassung nicht gelingen konnte, das Recht auf Arbeit faktisch zu sichern, spielte sie jene proletarischen Individuen, die aus der gesellschaftlichen Produktion herausfielen, den widerlichen Praktiken bürgerlicher Armengesetzgebung in die Hände und erleichterte damit die Aufspaltung der Arbeiterklasse in rigoros voneinander getrennte Fraktionen. Insofern markiert die Abkehr von einer produzentenorientierten Sozialpolitik, deren weitgehende Ersetzung durch die monetären Gratifikationen der Sozialversicherung einen Klassenkompromiß, der im Kontext der Bismarckschen Sozialgesetzgebung als tauglich erachtet wurde, die politische Knebelung der Arbeiterbewegung durch die Sozialistengesetze zu verzuckern.

4. Durchsetzungsstrategien

Die Befürworter des GME befinden sich in einer wenig beneidenswerten Situation: Vergleichbar den fortschrittlichen Bürokraten zu Zeiten der preußischen Agrarreformen, sind sie sich des Widerstands der herrschenden Klassen gewiß, zugleich fehlt ihnen aber die machtvolle Unterstützung derjenigen, deren Befreiung vorrangig in Rede steht. Die historische Parallele schlägt durch: Auch den Befürwortern des GME bleibt, dieses durchzusetzen, nur der Versuch, den Herrschenden weiszumachen, daß das, was als Befreiung der Armen daherkommt, sich bei nüchterner Überlegung auch als im wohlverstandenen Interesse jener erweisen wird. „Des Produktionsfriedens wegen würden sie das Mindesteinkommen herausrücken – nicht zuletzt auch deswegen, weil das eine Schwächung des anderen Sozialpartners, der Gewerkschaften, zur Folge hätte: die Unternehmer behalten die immer profitträchtigere Maschinerie, die Gewerkschaften aber verlieren an Klientel.“¹⁵

14 Aktionsprogramm der SPD 1954, in: Deutsche Parteiprogramme (= Deutsches Handbuch der Politik, Band I), hrsg. von Wilhelm Mommsen, München 1960, S. 661.

15 Thomas Schmid, Industrie ohne Glück - Argumente für eine blockübergreifende Abrüstung der Arbeit, in: Befreiung von falscher Arbeit, a.a.O., S. 15.

Ist nur noch zu hoffen, daß derart subtile Reklame bei den Unternehmern nicht verfängt. Wenn doch, gibt's für die Arbeiterklasse ein böses Erwachen. Reformen ohne historisches Subjekt werden regelmäßig mit hohen Preisen bezahlt: Die preußischen Bauern zahlten ihre Befreiung von feudalen Lasten mit Landabtretung und jahrzehntelanger Verschuldung. Womit zahlen die westdeutschen Arbeiter die Befreiung von den Lasten der Armengesetze? Mit der Beseitigung der Sozialversicherung und schmerzhaften Löchern im Tarifvertrag? Das GME als adäquate Fortsetzung des „preußischen Weges“?

5. Ein Vorschlag

Die negative Bewertung des GME wird zum folgenlosen Genörgel, wenn sie dabei die Anlässe berechtigter Sozialstaatskritik aus den Augen verliert; zweifelsohne ist es angebracht, Regelungen über Mindesteinkommen für jene Bevölkerungsgruppen einzuführen, denen die Übernahme des Produzentenstatus nicht mehr oder noch nicht zugemutet werden kann: Sinnvoll ist allemal die Einführung von Mindestrenten, eines einkommensunabhängigen Kindergelds und die arbeitsmarktexterne Absicherung der Kindererziehung.

Historisch überfällig ist zudem die Befreiung der Armutsbevölkerung von den zudringlichen Praktiken administrativer Erniedrigung. „Es gibt nahe Schritte: eine Reform der Sozialhilfe, die wieder bedarfsorientierte Regelsätze, ein Ende der Zwangsarbeit (sog. 'Hilfe zur Arbeit') und eine Entdiskriminierung vorsieht, und eine Sockelung in den hergebrachten Sozialversicherungen.“¹⁶

Warum nicht mit den nahen Schritten beginnen? Etwa mit einem Antrag der grünen Bundestagsfraktion, die §§ 19, 20 (Prüfung der Arbeitsbereitschaft) und 122 (eheähnliche Gemeinschaft) BSHG ersatzlos zu streichen? Die scheinbare Harmlosigkeit dieses Vorschlags trifft ins Zentrum sorgfältig abgeschirmter Moralvorstellungen und Arbeitsideologien und wird in keinem rationalen Verhältnis stehen zu den vorhersehbaren Argumenten, mit deren Hilfe die danach einsetzende sozialpolitische Diskussion bestritten wird. Die Allparteien-Koalition aus Bürgermeister, Landräten und Ministerialdirigenten wird den Untergang des Abendlandes herbeireden, zumindest den unmittelbar bevorstehenden finanziellen Zusammenbruch der kommunalen Haushalte.

Die Diskussion ergäbe freilich auch einen blassen Vorgeschmack von jenen Zuständen, die bei Einführung des GME zu erwarten wären.

16 Michael Opielka, *Jenseits von Armut und Kapitalismus*, a.a.O., S. 10.

Personeller Aufwand kapitalistischer Wirtschaftslenkung in der Bundesrepublik

Zu Vergeudung und Alternativen

Winfried Schwarz

1. Der Nachteil der Zersplitterung — Beispiel Versicherungen — 2. Die Aufblähung der unternehmerischen Wirtschaftsverwaltung — 2.1. Marktrisiko — 2.2. Staatliche Marktkorrektur — 2.3. Verselbständigtes Kreditwesen — 2.4. Abwehr der Besteuerung — 2.5. Rechtsverhältnisse — 2.6. Reservearmee — 2.7. Unternehmerverbände — 3. Ergebnis

Mit rund 30 000 industriellen Unternehmungen, die zum bestimmenden Teil unter einheitlicher Konzernleitung stehen, hat der Kapitalismus der Bundesrepublik große Verwaltungsorgane hervorgebracht. Diese sind durchaus in der Lage, die ihnen untergeordneten, jeweils durch das Privateigentum begrenzten Produktions- und Zirkulationsprozesse des Kapitals zu dirigieren. Die kapitalistische Beschränktheit dieser Verwaltung betrieblicher Prozesse besteht nach unserer Meinung nicht darin, daß deren bewußte Planung und Koordinierung unterbliebe, sondern daß sie nicht weit genug geht: Jenseits der Stufe des Konzerns hört sie auf, und die darüber hinausgehende Regulierung erfolgt spontan, dem Markt überantwortet. Eine spezifisch kapitalistische Eigenart der Wirtschaftslenkung ist ihre Zerplitterung.

Den Positionen gegenüber, die das möglicherweise gerade für einen Effizienzvorteil halten, soll im folgenden an realen Beispielen sowohl begrifflich als auch empirisch eine Aufrechnung von Lenkungsaufwand versucht werden, der ausschließlich seinem kapitalistischen Charakter entspringt. Der Vergeudungsmaßstab im Hintergrund ist eine Wirtschaftsordnung mit Gemeineigentum, die gesamtwirtschaftliche Abstimmung ihrer Teilbereiche erlaubt und außerhalb des Zwanges steht, ausschließlich die Verwertung von Kapital zu optimieren.

1. Der Nachteil der Zersplitterung — Beispiel Versicherungen

Trotz Monopolkapitalismus und staatsmonopolistischer Regulierung ist das typische Bild einer Branche in der Bundesrepublik eine Vielzahl von — unterschiedlich großen — Unternehmen. Unsere These soll an einem extremen Fall überprüft werden: Wir nehmen einen Geschäftszweig mit fast gleichartigen Gütern, die von Hunderten verschiedener Unternehmen angeboten

werden. Es handelt sich hier um den Bereich der Schadensversicherungen (über 100 000 hauptamtlich Beschäftigte¹). Stellen wir ihr die Staatliche Sachschadensversicherung der DDR gegenüber, die ein Einheitsunternehmen ist.

Im Jahre 1978 wurde in der Bundesrepublik die finanzielle Absicherung von Schadensfällen von 309 Unternehmen der Schadens- und Unfallversicherung wahrgenommen. Sie kassierten dafür 30,2 Mrd. DM an Beiträgen, wovon der Versicherungsbetrieb 7,6 Mrd. oder 25,2 Prozent in Anspruch nahm.² Welches waren die Hauptausgaben für diese umfangreiche Verwaltung? *Erstens die hohen Abschlußkosten.* Jedes einzelne der 309 Unternehmen unterhielt getrennte Außenorganisationen für den Policenverkauf und die Schadensbearbeitung, die ohne Abstimmung untereinander, ja gegeneinander, sich grundsätzlich einem identischen Kundenkreis zuwandten. *Zweitens die Vielzahl der Innendienste,* die prinzipiell alle die gleichen Tätigkeiten ausführten bzw. nur aus Konkurrenzgründen ihre Tarifsysteme zur allgemeinen Unübersichtlichkeit variierten und das unternehmensspezifische Verkaufstraining der Vertreter durchführten. *Drittens die Sicherheitsrücklagen auf dem Kapitalmarkt,* was dazu führte, daß der Kompliziertheit des Kreditsystems eine Vielfalt von Anlageexperten entsprach, die versicherungsfremde Bankgeschäfte tätigten. *Viertens die Rückdeckung.* Sie ist nicht nur ein teurer Verwaltungsposten, der 2,5 Mrd. DM verschlingt, sondern auch unmittelbares Produkt der Zersplitterung: Da die Finanzkraft der 309 Versicherungsunternehmen einzeln bei großen Risiken überfordert wird, ist ein System der Risikoweitergabe entwickelt worden. 36 Prozent oder 10 Mrd. DM wurden zur Rückdeckung von Risiken anderen Unternehmen der Branche und den 29 speziellen, kapitalkräftigen Rückversicherungsunternehmen zugeführt. Die Verteilung von Risiken zwischen den Versicherungsunternehmen untereinander im Betrag von 2,3 Mrd. DM erbrachte ihnen zusätzliche Verwaltungskosten von 750 Mio. DM³, die von den Rückversicherern übernommenen Risiken in Höhe von 7,7 Mrd. DM erforderten dort einen Verwaltungsaufwand von 1,76 Mrd. DM⁴.

Auf den Vergeudungscharakter der Verwaltungsstruktur des Versicherungswesens hat vor allem *B. Redlich* hingewiesen.⁵ Er stellte ein Modell einer staatlichen Einheitsversicherung dagegen. Eine derartige Einheitsversicherung existiert als Branchenmonopol in Form der Staatlichen Versicherung der DDR. Die Sach- und Haftpflichtversicherung der DDR nahm 1978 insgesamt 1,978 Mrd. Mark ein.⁶ Dieser Betrag ist geringfügig höher als die 1,869 Mrd. DM, welche vier typische „Konkurrenzversicherer“ der Bundesrepublik 1978 zusammen eingenommen haben. Es handelt sich um „Nordstern“ (654 Mio.),

1 Angaben des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland, München.

2 Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Geschäftsbericht 1979, Berlin (West) 1980, S. 109.

3 A. a. O.

4 A. a. O., S. 188*.

5 Bruno Redlich, Versicherungen unter der Lupe, Bonn 1981, S. 104-117.

6 Statistisches Jahrbuch der DDR von 1982, S. 254.

„Volksfürsorge“ (471 Mio.), „Nürnberger“ (326 Mio.) und „Agrippina“ (418 Mio.).⁷ Von den eingenommenen knapp 1,87 Mrd. gaben diese vier 610 Mio. in die Rückdeckung bei anderen oder bei Rückversicherern, wofür dort ein Verwaltungsaufwand von 161,6 Mio. bzw. 25,5 Prozent entstand.⁸ Für den Versicherungsbetrieb der in eigener Rechnung geführten Beiträge von 1,260 Mrd. DM wendeten die vier 333,3 Mio. DM auf, was einem Kostenanteil an den Einnahmen von 26,5 Prozent entspricht. Die vier Versicherungsunternehmen verhielten sich ungefähr wie die anderen 305 Konkurrenten im Durchschnitt. Sichtbar wird unmittelbar der Aufwand durch die Rückdeckung: Wären die vier Unternehmen in der Lage gewesen, die von ihnen selbst herangezogenen 1,869 Milliarden DM bei sich selbst zu halten, wäre die Quote der Verwaltungskosten von 26,5 auf 17,8 Prozent gesunken.

Wie sah es 1978 in der DDR aus, wo nicht nur die Rückdeckung grundsätzlich entfällt, sondern weitere Vorteile der Vereinfachung existieren? Für die Verwaltung der 1,987 Mrd. Mark wurden ganze 159 Mio. oder 8 Prozent aufgewendet.⁹ Derartige Unterschiede wirkten sich auch für den Kunden aus. Während trotz höherer Ersatzleistungen im Schadensfall für eine Hausrat-/Haftpflichtversicherung in der DDR 1 Promille (1 Mark pro 1000 Mark Versicherungssumme) an Prämie bezahlt wird, „läßt ein typischer Wettbewerbsversicherer, z. B. der Allianz-Konzern, seine Kunden 2,5 Promille zur Ader“¹⁰.

Nun ist der Einspareffekt der DDR-Versicherung gegenüber der Bundesrepublik weit überzeichnet, und zwar wegen des unterschiedlichen Nominallohnniveaus. Hätte die DDR-Versicherung ihren Personaletat, der etwa 80 Prozent des gesamten Verwaltungsetats ausmacht, nach den Einkommensverhältnissen der Bundesrepublik¹¹ finanzieren müssen, so wären die Verwaltungsausgaben von 159 Mio. Mark auf etwa das Doppelte gestiegen. Der Verwaltungskostenanteil hätte dann nicht 8, sondern ca. 16 Prozent betragen. Andererseits bearbeitete die DDR-Versicherung weit mehr Fälle, als es die vier genannten Versicherer aus der Bundesrepublik taten. Jedenfalls hätte die Einheitlichkeit des Eigentums gegenüber seiner Zersplitterung noch einen enormen Kostenvorteil erbracht. Gewiß ist die Verwaltungseinsparung der Schadensversicherung in ihrer Dimension nicht für die gesamte Wirtschaft verallgemeinerbar. Zweifellos ist die Versicherungsbranche eine der ineffektivsten der Bundesrepublik. Dennoch hoffen wir, zumindest die grundsätzliche Richtung, die der Lenkungsaufwand infolge von Eigentumszusammenfassung nähme, angeben und empirisch untermauert zu haben.

Nun ist einheitliche Unternehmensführung im Kapitalismus begrenzt auf die relativ kleinen Teilbereiche der Gesamtwirtschaft, die das Privateigentum

7 Bundesaufsichtsamt . . ., Geschäftsbericht 1978, a. a. O., S. 105*-107*.

8 Das sind 33 Prozent der Einnahmen gegenüber 36 Prozent im Durchschnitt aller 305 Unternehmen.

9 Heinrich Bader (Hrsg.), Die Staatliche Versicherung in der DDR, Berlin 1980, S. 54 — nach Angaben der Staatlichen Versicherung der DDR.

10 Bruno Redlich, a. a. O., S. 113.

11 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR von 1982, S. 119. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland von 1980, S. 458.

jeweils absteckt. Sicherlich hat sich der Verwaltungshorizont der einzelnen Unternehmen und Konzerne im Verlaufe des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses des Kapitals ständig erweitert — durch Errichtung und Eingliederung von immer mehr und größeren Betrieben. Gegenwärtig befinden sich in der Bundesrepublik mehr Betriebe als je zuvor unter einheitlichem Regime. Allerdings gibt es eine prinzipielle Schranke, die Zersplitterung weiter zu reduzieren. Ausdehnung von einheitlicher Leitung auf den gesamten Wirtschaftsprozess — nicht nur auf mehr oder weniger große Ausschnitte davon — ist ohne Beseitigung des Privateigentums nicht möglich. Damit muß sich aber der Kapitalismus die Frage nach der Rationalität seiner Lenkungsweise stellen lassen.

2. Die Aufblähung der unternehmerischen Wirtschaftsverwaltung

Wer der Kritik sozialer Mißstände in der Bundesrepublik entgegenhält, daß der Preis ihrer sozialistischen Beseitigung ein zu großer Zuwachs an wirtschaftlicher Lenkungsstätigkeit sei, sollte sich erst die Gegenrechnung anhören. Obwohl gesamtwirtschaftliche Koordination zweifellos eine aufwendige Angelegenheit ist, ist die Vorstellung grundfalsch, daß sich die neue Wirtschaftslenkung als zusätzlicher Apparat über die gegebene private Unternehmensordnung ausbreite. Sie tritt an deren Stelle. Dies heißt keineswegs, die bereits bestehende, hochentwickelte planerische Kompetenz in den kapitalistischen Unternehmen zu negieren oder die vom Staat wahrgenommenen allgemeinwirtschaftlichen Funktionen — etwa im Bereich der Infrastruktur — auf irgendeine Weise beiseite zu schieben. Notwendig ist allerdings gesamtwirtschaftliche Abstimmung, und dafür wiederum entsprechendes Personal.

Nachdem im ersten Teil dieses Artikels auf die Verwaltung ersparnis bei großen Eigentumseinheiten verwiesen wurde, soll jetzt in einzelnen Teilbereichen spezifisch kapitalistisches Lenkungspersonal aufgespürt werden, dessen ein alternatives Lenkungssystem nicht mehr bedarf.

2.1. Marktrisiko

Mag ein kapitalistischer Markt die für die Gesellschaft billigste Regulierungsinstanz von Preisen, Mengen, Qualitäten sein; vom Standpunkt des privaten Produzenten aus betrachtet, ist der Markt keineswegs billig. Im Gegenteil. Ihm ist er eine ständige Quelle der Ungewißheit, für deren Reduzierung er viel Geld und Personal aufwenden muß. Was der Markt somit der Gesellschaft einerseits an Aufwand für bewußte Lenkung erspart, läßt er andererseits zumindest partiell den Unternehmen wieder auf — in Form permanenter Bemühungen, sich seinen Anforderungen anzupassen oder ihn aktiv zu beeinflussen.

Selbstverständlich wird von den kapitalistischen Unternehmen der Absatz geplant. Schon der Produktionsprozeß ist unmittelbar marktbezogen, und die Entscheidungen über Menge, Preis und Qualität der jeweiligen Produkte sind diesem wiederum vorgelagert, sich gründend auf Erforschung und Prognosen ihrer Absatzmöglichkeiten, des Verhaltens der Konkurrenten, der Verbrau-

cher usw. Die Versuche zur Absicherung des Verkaufserfolgs — heutzutage als Marketing bezeichnet¹² — bestimmen das gesamte unternehmerische Handeln. Sie werden jahrelang vorausgeplant, immer wieder kontrolliert, und das gilt auch für den finanziell aufwendigsten Bereich, für die Beeinflussung des Warenverkaufs. Dazu gehören die Werbung, die Verkaufsförderung im Bereich des Handels, Verkäufertraining und Vertreterschulung, allgemeine Pflege des Firmenimages, Rabattierung und Absatzkreditierung nach Kundengruppen usw.

In einer alternativen Wirtschaftsordnung, in welcher der Produktabsatz zumindest in groben Zügen zentral abgestimmt wird, könnten keineswegs sämtliche Aktivitäten entfallen, die jetzt als kapitalistisches Marketing betrieben werden. Nicht nur Vertriebswesen, Kundendienst, Produktinformation gehören zum Wirtschaftssystem einer jeden auf entwickelter Vergesellschaftung der Produktivkräfte beruhenden Ordnung. Auch die Bedarfsforschung im voraus samt Erfolgskontrolle bleibt erhalten und muß auch nicht unbedingt auf zentraler Ebene erfolgen.

Die Quantifizierung des spezifisch kapitalistischen Marketingpersonals fällt schwer. Es gibt nur eine relativ gut gesicherte Zahl über das im Bereich der Werbung innerhalb und außerhalb der Unternehmen tätige Personal, gegenwärtig 80 000.¹³ Neben der Verkaufsförderung (sales promotion) ist das der größte Posten innerhalb des Marketing. Insgesamt dürften etwa 300 000 Personen mit Marketing zu tun haben, wovon wir mindestens die Hälfte der spezifisch kapitalistischen Unsicherheitsreduzierung des Marktes zurechnen — 150 000 Personen.

2.2. Staatliche Marktkorrektur

Innerhalb des Gesamtsystems staatsmonopolistischer Regulierung soll hier nur diejenige Staatsstätigkeit hervorgehoben werden, die als unmittelbare Steuerung von Marktprozessen bezeichnet werden kann. Es geht um Korrektur der stofflichen und wertmäßigen Bedingungen eines proportionalen Produktionsablaufs, welche der spontane Markt-Preis-Mechanismus nicht mehr zu garantieren vermag. Diese Steuerung funktioniert prinzipiell indirekt, d. h. über Ausweitung oder Einschränkung der finanziellen Präsenz des Staates in den Unternehmen — konkret durch Variierung der verlangten Steuern und der positiv zugeführten Haushaltsmittel.

Die größte regulierende Wirkung auf unternehmerische Entscheidungen geht vom staatlichen Finanzapparat aus, der auf der Grundlage allgemeiner Besteuerung die von den Unternehmen effektiv geforderten Steuern variiert. Dabei geht es nicht nur um die über 120 Steuerbegünstigungsprogramme mit Ausnahmecharakter, sondern auch um die Gesamtanlage der sog. Normalbe-

12. Marketing bedeutet nur die Förderung des Absatzes, nicht das Absetzen bzw. Verkaufen selber. Verkäufer, Vertreter, Handelsvermittler oder Außendienstmitarbeiter (deren allein das Versicherungsgewerbe 50 000 haupt- und 250 000 nebenamtlich beschäftigt) sind daher nicht beim Lenkungspersonal mitzuzählen.

13. Auskunft: Zentralausschuß der Werbewirtschaft, Bonn.

steuerung. Der 185 000 Personen umfassende staatliche Finanzapparat (Zollverwaltung des Bundes, Finanzverwaltung der Länder, Steuerbehörden der Gemeinden) ist nicht primär zur Wirtschaftslenkung da. In erster Linie hat er als Einnahmeapparat die Mittel für den Staatshaushalt zu besorgen. Erst davon abgeleitet treibt er Finanzpolitik. Mit einem Teilsatz von 20 Prozent bewerten wir die wirtschaftslenkende Tätigkeit des Finanzapparates gewiß nicht zu hoch — 36 000 Personen.

Wie sieht die „positive“ Marktkorrektur aus? *Erstens ist sie gezielte Branchenförderung.* Vor allem von Wirtschafts-, Forschungs- und Verkehrsministerien, die auf Landesebene in der Regel zu einem Ministerbüro vereinigt sind, werden direkte Haushaltsmittel — und zwar zehn Prozent des Gesamthaushaltes (55 Mrd. DM) — zugeteilt. Dem Wirtschaftsministerium obliegt vor allem die Förderung der Industrie, dem Verkehrsministerium die Subventionierung von Verkehrsunternehmen. Die Produktivkraftentwicklung der Industrie ist Sache des Bundesministeriums für Forschung und Technologie. Speziell für die außenwirtschaftliche Hilfe wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zugezogen. Die vier genannten Ministerien unterhalten eigene Forschungseinrichtungen zur politischen Entscheidungshilfe (z. B. Wirtschaftsforschungsinstitute), besondere Überwachungsämter für ihren Bereich (Bundeskartellamt, Bundesanstalt für den Güterfernverkehr usw.) sowie Abwicklungsstellen für Subventionen und Bürgschaften. Insgesamt sind mit der Branchenförderung rund 24 000 Personen befaßt.

Zweitens ist sie landwirtschaftliche Regulierung. Diese ist finanzielle Förderung durch die Ministerien (mit 7 Mrd.) und vor allem die sog. Marktordnung (Etat: ebenfalls 7 Mrd.). Letztere ist im nationalen und EG-Maßstab notwendig geworden, seit die im Interesse der industriellen Monopole erfolgte Öffnung des nationalen Markts die Landwirtschaft in eine chronische Krise getrieben hat. Vom landwirtschaftlichen Lenkungspersonal arbeiten je 4000 direkt bei Ministerien, bei Forschungseinrichtungen zur politischen Entscheidungshilfe und bei den Marktordnungsbehörden des Bundes und der EG. Insgesamt zählen 12 000 Personen zur staatlichen Agrarmarktleitung.

Drittens ist sie Geld-, Kredit- und Währungspolitik. Es ist Aufgabe der Deutschen Bundesbank, den Markt für zinsträgendes Kapital zu steuern. Durch diverse Einwirkungsinstrumente auf das Bankensystem und durch eigene Aktivitäten kann sie die Kreditgewährungen mehr oder weniger effektiv beeinflussen, ebenso den Wechselkurs. Beim Direktorium der Bundesbank und den Landeszentralbanken waren 1984 knapp 15 000 Personen beschäftigt.

Insgesamt sind etwa 90 000 Personen der staatlichen Marktkorrektur zuzurechnen.¹⁴

¹⁴ Kategorisierung und quantitative Bestimmung staatlicher Wirtschaftslenkung wurden anhand von Haushaltsplänen für 1985 durchgeführt. Neben dem des Bundes wurden der Haushaltsplan von Hessen (1984) und der der Stadt Frankfurt am Main herangezogen, wobei die beiden letzteren hochgerechnet wurden, und zwar wurden entsprechend ihres Einwohneranteils an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik die Hessenzahlen mit 10, die Frankfurter Werte mit 100 multipliziert.

2.3. Verselbständigtetes Kreditwesen

Die Überdimensioniertheit des kapitalistischen Kreditwesens kommt daher, daß es kein lediglich den Bedürfnissen eines reibungslosen Reproduktionsprozesses verpflichtetes Werkzeug ist, sondern umgekehrt der Reproduktionsprozeß bestenfalls ein Mittel für die Bedürfnisse des Kredits. Das Kreditssystem ist ein vom Reproduktionsprozeß abgesondertes und ihm gegenüber verselbständigtetes Aktionsfeld für die Verwertung von zinstragendem Kapital, Leihkapital. Seiner Kapitalnatur entsprechend gibt es für es kein anderes Bedürfnis als das nach maximaler Aneignung von Zinsen, und für den Verleiher — ob Bankier oder sonstiger Kapitalist — ist bei der Kreditvergabe nur die erzielbare Zinsmasse maßgeblich, nicht aber, ob der Borger damit produziert, konsumiert oder seinerseits reine Finanzgeschäfte treibt.

An dem Geschäft mit der Zinsbereicherung ist nicht nur ein in 3200 verschiedene Kreditinstitute zersplitterter Bankenapparat beteiligt, sondern alle möglichen Geldbesitzer und Finanzierungsvermittler wirken mit, nicht zuletzt die industriellen Unternehmen selber. Der einfache, direkte Bankkredit spielt eine Nebenrolle unter den Hunderten Formen der Kreditierung. Und von der Seite der Kreditnachfrager, die nur zu einem Drittel produzierende Unternehmen sind, ist seinerseits eine kaum überschaubare Formenvielfalt von Beschaffungsinstrumenten entwickelt worden.

Dementsprechend erhebt sich über der produktiven Sphäre der Wirtschaft ein gewaltiger Finanzüberbau, wo Kapitalverwertung nur noch in entfernter Beziehung zum Produktionsprozeß des Profits stattfindet. Mit zinstragendem Kapital werden Finanzierungsgeschäfte und Spekulationen aller Art finanziert. Verliehenes Kapital wird in Form von Eigentumstiteln auf fremde Unternehmensgewinne oder auf Teile der Staatskasse selber zum Handelsgegenstand (Wertpapierbörse) usw.

So läuft etwa ein Drittel des Bankgeschäfts *zwischen* den 3200 Banken ab, wo von andern geborgt wird, weil eigene Mittel für ein günstiges Leihgeschäft gerade fehlen. So befassen sich annähernd zehn Prozent der Bankbeschäftigten mit Effekten, mit dem bloßen Händewechsel von Eigentumsrechten auf Zinsen. Mit wirklich volkswirtschaftlich notwendigen Operationen — Zahlungsverrechnungen, Bankkrediten, Verwaltung der Spareinlagen — sind höchstens 50 Prozent des Personals des Kreditgewerbes beschäftigt, erst recht, wenn man die Vergeudung durch die Koexistenz von 3200 Bankverwaltungen einbezieht sowie die Börsenjobber, Finanzmakler, Anlageberater usw. Zum Kreditsystem sind außerdem die Lebensversicherungen zu zählen, die ihrem ökonomischen Inhalt nach nichts anderes sind als Kapitalsammel- und -verleihorganisationen. Spezifisch kapitalistisch aufgebläht ist auch — entsprechend der Kompliziertheit der äußeren Bedingungen — das innerhalb der Unternehmen mit Finanzierung, mit Lieferantenkreditierung und zum Teil auch Kapitalbeteiligungen beschäftigte Personal.

Die kapitalistische Aufblähung des Kreditsystems mißt sich an einer einfachen Alternative: Ausreichend wäre eine einzige Bank, etwa die Deutsche Bundesbank, die ein die ganze Bundesrepublik umfassendes Filialnetz unter-

hiele und sämtliche Finanzierungsvorgänge auf sich vereinigte. Alles freie Geld würde dort deponiert, der Zahlungsverkehr zwischen den Einlegern intern verrechnet, aller Kreditbedarf würde durch direkten Bankkredit gedeckt.

Nehmen wir von den im Kreditgewerbe beschäftigten 624 000¹⁵ und bei den in den 100 Lebensversicherungen — hauptamtlich — arbeitenden 76 000 Personen¹⁶ jeweils die Hälfte als nur im Kapitalismus notwendig an, dann würden, gemessen an der einfachen Alternative eines Kreditwesens, wo nicht Leihkapital verwertet wird, weitere 350 000 Personen aus dem kapitalistischen Lenkungssystem „frei“.

2.4. Abwehr der Besteuerung

Da Staatsverwaltung und Unternehmensverwaltung in der Bundesrepublik nicht in einheitlichem gesellschaftlichen Auftrag handeln, kann es partiell zu Gegensätzen zwischen ihnen kommen. Schmäleret der Staat gar das oberste Ziel des kapitalistischen Unternehmens, den Profit — und das ist bei der Besteuerung der Fall —, dann wird aus Zusammenarbeit ein feindlicher Gegensatz. Da sich grundsätzlich Steuern (zumindest direkte) und Gewinne umgekehrt proportional zueinander verhalten, orientiert sich jedes unternehmerische Handeln daran, ob und wieviel Steuern dabei in Gewinne verwandelt werden können. Diesem Gegensatz zwischen Privatkapital und Staat entspringen die Aufblähung der Finanzabteilungen der Unternehmen durch Steuerexperten und die Ausweitung selbständiger Praxen von Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten. Der Gegensatz treibt auf der anderen Seite ebenfalls zusätzlichen Aufwand hervor und führt zur Vergrößerung des staatlichen Einnahmeapparates.

Zusätzliche Verwaltungstätigkeiten resultieren aus dem Umstand, daß das Steuerwesen der Bundesrepublik zu den kompliziertesten überhaupt gehört, was Steuerrecht, Steuerarten und Erhebungszuständigkeiten betrifft. Weil in der Bundesrepublik den Kapitalisten eine weitgehende Abwälzung der Besteuerung auf die Arbeiterklasse gelang, spielen die von Personen, nicht von Unternehmen, erhobenen Steuern die Hauptrolle, so daß sich die Steuerverwaltung auch aus diesem Grund mit so vielen „Kontrahenten“ zu befassen hat und ihr ein so umfangreicher Expertenstab zur Steuerabwehr entgegentritt.

Da nicht Steuern spezifisch kapitalistisch sind, sondern deren Kollision mit dem Hauptziel der Unternehmen, ist ein gewisses Normalmaß von Tätigkeit der Steuerabrechnung gegenüber den Finanzbehörden — solange es Staatsapparate gibt — nicht ersetzbar. Das gleiche gilt für die staatliche Steuererhebung. Bei rund 250 000 in Steuerberatungsunternehmen beschäftigten Perso-

15 Auskunft der Statistischen Bundesamtes über die EG-Arbeitskräfte-Stichprobe von 1984. Hier sind auch die bei Börsen, Kreditvermittlern, Finanzmaklern, Beteiligungs- und Anlagegesellschaften Arbeitenden mitgezählt. Unternehmensinterne Finanzexperten samt Bürokräften berücksichtigen wir mangels empirischer Daten nicht.

16 Angaben des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen, München.

nen¹⁷ und mindestens 100 000, die innerhalb der Unternehmen mit Steuerberatung befaßt sind,¹⁸ können wir die Hälfte als kapitalistisch erweitert ansehen. Ebenso gehen wir mit 20 Prozent der rund 180 000 im staatlichen Erhebungsapparat Beschäftigten vor. Damit kommen wir auf ungefähr 210 000 freisetzbare Personen.

2.5. Rechtsverhältnisse

Da die Interessen von Privateigentümern ihrer Natur nach gegensätzlich und ihre den Wirtschaftsprozess konstituierenden Beziehungen untereinander notwendig konflikträchtig sind, ist deren formale Regelung als Rechtsbeziehungen absolutes Ordnungsgebot. Entgegengesetzte ökonomische Forderungen nehmen den Charakter entgegengesetzter Rechtsansprüche an, für deren Durchsetzung Rechtsberater innerhalb und außerhalb der Unternehmen eingesetzt werden. Gibt es auf diesem Wege keine Einigung, werden zur Entscheidung staatliche Gerichte herangezogen. Es versteht sich, daß die ökonomische Regulierung auf dem Rechtsweg in einer Wirtschaftsordnung mit einheitlichem Eigentum eine gegenüber kapitalistischen Verhältnissen untergeordnete Rolle einnehmen wird. Dabei geht es nicht um Strafrecht, auch nicht um Arbeitsrecht, sondern um zivilrechtliche Konflikte, die von, gegen oder zwischen Unternehmen ausgetragen werden (Vertragsverstöße, Schadensersatzforderungen, Zahlungssäumnis usw.).

Zur Quantifizierung: Von den bei ordentlichen Gerichten beschäftigten 100 000 Personen sind 40 000 mit unternehmensbezogenem Geschäftsanfall befaßt¹⁹. Von den 47 000 Anwälten²⁰ dürften über 30 000 in Praxen arbeiten, wo mit nichtfachlichen Kräften zusammen rund 150 000 Personen beschäftigt sind.²¹ Den in Rechtsabteilungen (Justitiariaten) von Unternehmen beschäftigten 15 000 Anwälten wird hier jeweils nur eine Bürokräft zugeordnet – 30 000 Gesamtbeschäftigte. Wenn wir, wie bei den Gerichten, 40 Prozent des Geschäftsanfalls in den Anwaltspraxen der juristischen Wirtschaftslenkung zurechnen und 80 Prozent der Tätigkeit der Rechtsabteilungen der Unternehmen²², so kommen wir auf eine Gesamtzahl von rund 125 000 Personen, die mit Wirtschaftslenkung auf dem Rechtsweg befaßt sind. Mindestens 90 000

17 44 500 selbständige Steuerberatungspraxen mit insgesamt 200 000 Beschäftigten plus 2500 Steuerberatungs-Gesellschaften mit etwa 50 000 Beschäftigten (Berechnung nach Angaben des Deutschen Steuerberaterverbandes, Bonn).

18 50 000 Steuerberater (geschätzt) plus ebenso viele Bürokräfte.

19 Der Ziffer 40 Prozent liegt die personelle Aufgabenverteilung am Landgericht Frankfurt im Jahr 1985 zugrunde.

20 Auskunft für 1985: Deutscher Anwaltsverein, Bonn.

21 Bereits 1970, als die Gesamtzahl der Anwälte 18 000 betrug, waren in 11 687 Rechtsberatungsunternehmen insgesamt 69 603 Personen beschäftigt (Statistisches Bundesamt, Unternehmen und Arbeitsstätten. Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970, Heft 7, S. 68). Es dürfte nicht übertrieben sein, bei einer Verzweieinhalbfachung der Anwaltszahl eine Verdoppelung der Gesamtbeschäftigten zu unterstellen.

22 Wir setzen nicht 100 Prozent an, weil wir arbeitsrechtliche Streitsachen ausklammern.

üben Tätigkeiten aus, die ausschließlich kapitalistischen Verhältnissen entspringen.

2.6. Reservearmee

Die öffentliche Regulierung des Arbeitsmarktes erfolgt unter den Verhältnissen der kapitalistischen Bundesrepublik als Verwaltung der relativen Überbevölkerung. Die z. Zt. 3,7 Mio.²³ nur potentiell Erwerbstätigen sind notwendiges Produkt und zugleich Voraussetzung für einen kontinuierlichen Verlauf des Wirtschaftsprozesses, der eine jederzeit abrufbare „Reservearmee“ menschlicher Arbeitskräfte braucht. Qualifikationsanpassung, Vermittlung und Unterhalt der Reservearmee ist kapitalistische Wirtschaftslenkung.

Vermittlung und Berufsberatung behalten in einer geplanten Wirtschaft ohne relative Überbevölkerung mindestens ihre gegenwärtige Bedeutung. Nicht jedoch die Reservehaltung von menschlicher Arbeitskraft in Form von materieller Überlebenssicherung und laufender Kontrolle der Arbeitsfähigkeit. Diesem Zweck aber lassen sich über 40 Prozent der Tätigkeit des Hauptträgers der Arbeitsverwaltung in der Bundesrepublik, der Bundesanstalt für Arbeit, zurechnen.²⁴

Während der Bundesanstalt die Verwaltung der „flüssigen“, „latenten“ und „stockenden“ Kategorien der relativen Überbevölkerung obliegt²⁵, werden die kommunalen Sozialbehörden durch die zunehmende Verarmung arbeitsfähiger Arbeitsloser immer mehr in die Rolle einer Einrichtung zur Unterhaltung der vierten Kategorie der ökonomischen Reservearmee — des Pauperismus — gedrängt. Mit der Bestandserhaltung von gegenwärtig über 900 000 arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern²⁶ sowie der Vorbeugung gegen ihre „Arbeitsentwöhnung“ (Sprachgebrauch Bundessozialhilfegesetz) sind etwa 10 000 Gemeindebedienstete beschäftigt.²⁷

Die spezifisch kapitalistische Arbeitsverwaltung wird durch 40 Prozent der 63 000 Beschäftigten der Bundesanstalt betrieben und durch 10 000 Personen der kommunalen Sozialbehörden. Die Summe beträgt 35 000.

2.7. Unternehmerverbände

Die Annahme wäre verfehlt, daß Branchendienstleistungen wie Öffentlichkeitsarbeit, Marktanalysen oder Kontrolle der beruflichen Ausbildung u. ä. erfordern, daß die Wirtschaftsunternehmen der Bundesrepublik ein das ganze Land umfassendes System von 5000 Wirtschaftsverbänden mit rund 120 000

23 Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4/1984, S. 438.

24 Leistungsabteilung samt Verwaltungsanteil. Errechnet aufgrund des jüngsten Geschäftsberichts der Bundesanstalt für Arbeit.

25 Die Marx'schen Kategorien aus dem „Kapital“ (MEW Bd. 23, S. 670-673) hat auf die relative Überbevölkerung der BRD zuerst Walter Baumann angewendet. Ders., *Die im Schatten leben*, Köln 1981.

26 Errechnet aus: *Wirtschaft und Statistik* 4/1985, S. 326-329 (Sozialhilfeempfänger 1983).

27 Teilansatz von 7% aller kommunalen Sozialbediensteten. Hochrechnung aufgrund Frankfurter Verhältnisse.

Beschäftigten²⁸ unterhalten. Entscheidend ist das alle vereinigende Band der Kapitaleigenschaft. Diese schließt erstens das soziale Gegensatzverhältnis zur Arbeiterklasse ein, für welches eine schlagkräftige Kampforganisation des Gesamtkapitals unter der Bezeichnung Arbeitgeberverbände gegründet wurde. Zweitens heißt Kapitaleigenschaft — besonders unter staatsmonopolistischen Bedingungen — Notwendigkeit der Einflußnahme auf den Staat. Die Herrschaft des Monopolkapitals über den Staat, der die Beziehung der übrigen Kapitale zum Staat beigeordnet ist, realisiert sich nicht so sehr durch Aktivitäten einzelner Unternehmen, etwa ihrer Abteilung „Außenstelle Bonn“; die Umsetzung der Kapitalinteressen in politische Entscheidungen wird u. a. von den Branchenverbänden unter inoffizieller Führung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie wahrgenommen. Dieser stellt z. B. auch die Mehrzahl der etwa 1000 Verbandsvertreter, die „in 276 beratenden Ausschüssen, Beiräten und Arbeitskreisen der verschiedenen Bundesministerien“ sitzen.²⁹

Von den 120000 Beschäftigten in den Unternehmerverbänden einschließlich der Mitarbeiter von verbandsabhängigen Instituten und Organisationen muß mindestens die Hälfte zu spezifisch kapitalistischer Wirtschaftssteuerung gezählt werden. Nicht spezifisch kapitalistisch sind die zahlreichen Dienstleistungen der Branchenverbände für ihre Mitglieder, soweit sie mit dem Gebrauchswert der Waren zu tun haben. Die Zahl der auf diese Weise „freiwerdenden“ Personen beträgt 60000.

3. Ergebnis

Die personelle Aufrechnung des spezifisch kapitalistischen Lenkungsaufwands in der Wirtschaft der Bundesrepublik hat den Sinn, die Rede von der angeblich so verwaltungssparsamen kapitalistischen Marktregulierung in Frage zu stellen. Auch ohne die Verwaltungsvereinfachung infolge von gesamtwirtschaftlicher Eigentumszusammenfassung quantifiziert zu haben, konnten wir im zweiten Teil unseres Beitrags bei durchaus maßvoller Schätzung knapp 1 Million Personen ermitteln, die mit systemspezifischen Koordinationsaufgaben befaßt sind. Unter den Bedingungen einheitlicher gesamtwirtschaftlicher Leitung würden jene Tätigkeiten verschwinden. Die Frage, wieviel Lenkungspersonal erforderlich ist, wenn zwischen den wirtschaftlichen Teilbereichen zentral abgestimmt werden muß, ist zwar berechtigt. Doch eine Antwort gibt es nicht vom Schreibtisch aus.

28 IMSF (Hrsg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten, Frankfurt am Main 1981, S. 301.

29 Metall 24/76, S. 11. In dieser Gewerkschaftszeitung wird eine Untersuchung des WSI wiedergegeben.

„Eigentlich müßtet ihr bei uns Schlange stehen“

Wissenschaftsläden in der Bundesrepublik

Florian Frerks/Manfred A. Heinrichs

1. Ursprung der Wissenschaftsläden – geschichtlicher Abriss – 2. Das Modell: der Amsterdamer Wetenschapswinkel – 3. Die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftsläden (AWILA) – 3.1 Zur Arbeitsweise der Gruppen – Beispiele – 3.2 Finanzierung und Professionalisierung – 4. Perspektiven – Diskussion und Kritik

Die Wissenschaft ist zu wichtig und zu gefährlich, als daß sie einigen wenigen überlassen bleiben dürfte.

John Desmond Bernal¹

„Wissenschaft für das Volk“, so lautet ein Anspruch der *Wissenschaftsläden*. Sie verstehen sich als alternative Transfereinrichtung von Wissenschaft, im ursprünglichen Sinne als „Läden“ an den Hochschulen, die Forschungsergebnisse nach Anfrage vermitteln – als „Ware zum Nulltarif“. Doch vieles hat sich geändert . . .

Nach *Marx* ist die Entfremdung des Arbeiters von der Wissenschaft geschuldet der „*Exploitation der Wissenschaft*, des theoretischen Fortschritts der Menschheit. Das Capital schafft die Wissenschaft nicht, aber es exploitiert sie, eignet sie dem Produktionsprozeß an. Damit zugleich *Trennung der Wissenschaft*, als auf die Production *angewandter Wissenschaft* von der unmittelbaren Arbeit (. . .)“.²

Mit dem Anwachsen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zur Massenschicht, mit den Umbrüchen in der geistigen Arbeit, zunehmender Akademikerarbeitslosigkeit und mit der wachsenden Rolle von Wissenschaft und Technologie für die Modernisierungs- und Konfrontationsstrategie des Kapitals, bricht eine Wissenschaftskritik auf, die sich mit der Frage nach Alternativen in der Wissenschaft, mit dem Trend zu „neuer Selbständigkeit“ und dem zunehmenden Wissensbedarf der sozialen Bewegungen in neuartiger Weise trifft: Wissenschaftler und Ingenieure werden initiativ gegen die Entfremdung von der Wissenschaft, erhoffen sich „selbstbestimmte Arbeit mit inhaltlich sinnvollen Projekten“. Ihre Öffentlichkeitsarbeit ist sympathisch: „Uns ärgert,

¹ J. D. Bernal, *Die Wissenschaft in der Geschichte*, Berlin 1961, S. 10.

² K. Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* (Manuskript 1861-1863), in: MEGA² II/3. 6., Berlin 1982, S. 2060.

„daß Leute mit Geld sich Wissenschaft kaufen können. Andere gehen leer aus. Das wollen wir ändern“. Also eine „Wissenschaft von unten“, welche vor allem denjenigen helfen soll, „die bisher ausgeschlossen waren: die Bürgerinitiativen, Frauen(-gruppen), Betriebsräte, Mieter“ (Wissenschaftsladen Hamburg). Gegen die „Herrschaftsfunktion von Wissenschaft“ wollen sie eine „Wissenschaft im Sinne der Betroffenen, der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten, der Bürger, die von Industrie und Verwaltungen überfahren werden, der Menschen, die ihr Leben selbst bestimmen wollen“ (Wissenschaftsladen Nürnberg).

1. Ursprung der Wissenschaftsläden — geschichtlicher Abriss

Die Geschichte der Wissenschaftsläden (kurz: WILAs) — im weiteren Sinne auch der anderen Formen alternativen Wissenschaftstransfers (Beratungsinstitute, Laborgruppen, Öko-Institut, AGÖF, AG SPAK u. a.) — reicht über die Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegungen, die Bürgerinitiativen der 70er Jahre zurück bis in die Studentenbewegung von 1968.

Mit der sich in den 50er Jahren Bahn brechenden wissenschaftlich-technischen Revolution, die sich zunächst in einer Teilautomatisierung der Produktion und dem Einsatz elektronischer Datenverarbeitung zeigt, entstehen neue Anforderungen der Forschungssteuerung. So bildet sich in den 60er Jahren die Forschungs- und Technologiepolitik als eigenständiger Politikbereich heraus; es entstehen staatliche finanzierte Großforschungseinrichtungen, die Drittmittelforschung etabliert sich. Die Ordinariatenuniversitäten bleiben hinter dem wachsenden Qualifikationsbedarf zurück. Von der aufbrechenden Studentenbewegung wird dies als „Legitimationskrise akademischer Forschung“, als „Sinnkrise der Wissenschaft“ wahrgenommen: „Raus aus dem Elfenbeinturm“ lautet die Forderung. Wissenschaftspolitik ist Teil des gesamtgesellschaftlichen Prozesses der Kapitalverwertung geworden und dient der Konkurrenzfähigkeit des nationalen Gesamtkapitals. Damit wird der bisherige ideologische Schleier der Wissenschaft aufgehoben: Sie ist deutlicher als Teil der gesellschaftlichen Arbeit erkennbar.

Die durch den objektiven „Reformstau“ nach der Krise 1966/67 fällig gewordene, jedoch technokratisch verkehrte Hochschulreform beantwortet die Studentenbewegung mit dem Gegenkonzept der *Kritischen Universität*. Es entstehen autonome Selbsthilfeeinrichtungen (Kinderladen, Mieterladen, Gesundheitsladen).

In den Niederlanden, wo die Wissenschaftsläden ursprünglich entstehen, konzentriert sich die Forschung von jeher an den Universitäten bei traditioneller Vernachlässigung der Gesellschaftswissenschaften. Hier führt die aufgebrochene Diskussion zum Verhältnis Wissenschaft-Gesellschaft zu universitären Selbsthilfeeinrichtungen. Bereits 1971 gründet sich in Utrecht der *Che-*

3 Vgl. A. Leisewitz, Das Öko-Institut, Freiburg, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 328 ff.; H. Wiedermann, Zur Wissenschaftsentwicklung in der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK), in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 307 ff.

miewinkel als fachwissenschaftliche Beratungsstelle vor allem in Umweltfragen. Es folgen weitere „Fachläden“, so etwa der *Fysicawinkel* an der TH Eindhoven, der *Biologiewinkel* in Amsterdam.

Die 1973 antretende sozialdemokratische Regierung verkündet eine paritätische Mitbestimmung in zu gründenden Forschungsräten. Erste zaghafte Ansätze der Gewerkschaften, die bisher wissenschaftspolitisch enthalten geblieben waren (auch in der BRD setzt sich die Forderung nach „Humanisierung der Arbeitswelt“ und „arbeitnehmerorientierter Wissenschaft“ erst spät durch), führen in Amsterdam, wo der linke Flügel der *Partei der Arbeit* (PvdA) und die Kommunisten im Universitätsrat sitzen, zu einem Durchbruch. 1976 gründet sich der *Bund wissenschaftlicher Arbeiter*, der die Initiative ergreift für autonome und basisnahe Institute „sozialrelevanter“ Forschung. Im Februar/März 1977 wird das mit 30000 Gulden finanzierte Hochschullehrprogramm *Wissenschaft und Gesellschaft* in Kooperation mit dem Gewerkschaftsbund *Federatie Nederlandse Vakvereniging* (FNV) eingerichtet. Trotz Versuchs der Regierung, der Universität die Unterstützung dieses Programms zu verbieten, kann die linke Mehrheit den mit 50000 Gulden bemittelten *Wetenschapswinkel* durchsetzen, der am 10. März 1978 offiziell seine „Ladentüren“ öffnet. Damit ist ein interdisziplinäres Beratungsprojekt geschaffen, welches der Öffnung der Universitäten nach außen dienen soll. So heißt es im Jahresbericht 1977/78 des Wissenschaftsladens: „Ziel des Wissenschaftsladens ist es, beizutragen zur inneren und äußeren Demokratisierung wissenschaftlicher Forschung und Lehre. Der Wissenschaftsladen will mit den Forschungsergebnissen einen Beitrag liefern zur Verbesserung der Stellung von Gruppen, die für Demokratisierung, Emanzipation und die progressive Umgestaltung der Gesellschaft arbeiten.“⁴

In den Niederlanden folgen bald weitere Wissenschaftsläden (darunter auch etliche fachwissenschaftliche wie z. B. der *Soziologieladen* in Utrecht): zunächst in Delft und Leiden. Diesen wird von der seit 1977 wieder amtierenden konservativen Regierung die selbständige Forschung verboten. Es folgen Maastricht, Nijmegen, Rotterdam, Tilburg, Wageningen. In Groningen entstehen zugleich fünf Läden an den Fakultäten Biologie, Chemie, Gesundheitswesen, Unterricht und Wirtschaft. Heute bestehen über 40 Wissenschaftsläden an den holländischen Universitäten. Seitdem haben sich auch in der Bundesrepublik, in Westberlin, in Belgien, vereinzelt auch in Frankreich, Großbritannien und der Schweiz ähnliche Selbsthilfeprojekte herausgebildet.

2. Das Modell: der Amsterdamer *Wetenschapswinkel*

Als erster und erfolgreichster gewinnt der Amsterdamer *Wetenschapswinkel* schnell Leitbild- und Modellfunktion. Er ist fest in der Universität eingerichtet. Die Gruppe der Kunden besitzt Parität im Verwaltungsrat. Es „können sich Gruppen wie Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Frauen- und Um-

4. Redaktion Wechselwirkung, *Wetenschapswinkel*, in: *Wechselwirkung* 2, 1979.

weltgruppen an diese Läden wenden, sofern sie die folgenden Kriterien erfüllen:

1. Sie sollen keine kommerziellen Ziele verfolgen.
2. Sie sollen nicht in der Lage sein, die Forschung selbst zu finanzieren.
3. Sie sollen in der Lage sein, die Ergebnisse für ihre Ziele auch einzusetzen, oder, wenn das nicht der Fall ist, soll die Frage beispielhaft sein für ein gesellschaftliches Problem, das für andere Gruppen oder für eine fortschrittliche Wissenschaft in Lehre und Forschung von Bedeutung ist“ (Jahresbericht 1977/78).

Die Anfragen kommen hauptsächlich von Gewerkschaften (etwa 25 %), Bürgerinitiativen und Nachbarschaftsgruppen, aber auch von Einzelpersonen. Einen hohen Anteil machen weiterhin Frauen- und Dritte-Welt-Gruppen aus, es melden sich sogar „alternative Unternehmer“. Vom Problemhalt überwiegen eindeutig Anfragen aus den Bereichen „Umwelt“ „Arbeit und Gesundheit“, „Sozialer Wohnungsbau“ und „Betriebsorganisation“. Nach anfänglich 20 bis 30 Anfragen monatlich steigt die Zahl schon 1979 auf über 500 pro Jahr und hat mittlerweile 2000 weit überschritten. Eine Forschungskommission berät allmorgendlich über die laufenden Eingänge und vermittelt sie an die Fakultäten oder an andere Hochschulen zur Bearbeitung.

Die 1979 eingerichtete *Kommission Wissenschaftsläden* verwaltet die sich ausweitende Vermittlungstätigkeit nicht nur, sondern nimmt mit der späten Einrichtung des Studienfaches Informatik in Holland (1979/80) schnell die Gelegenheit wahr, in die aktuelle Hochschulpolitik einzugreifen. Sie erwirkt im Laufe eines Jahres ein Projekt am Fachbereich Informatik, welches ihre Wirkung auf Gesellschaft und Betrieb erforschen soll. Es entstehen die ersten *Projektzentren* für Forschung und Unterricht in den Bereichen „Gewerkschaftsprobleme“, „Umweltschutz“ und „Dritte Welt“. Sie dienen der thematischen Anbindung des Wissenschaftsladens an eine Kundengruppe. 1981/82 bildet sich die *Arbeitsgruppe Gewerkschaftsprobleme* heraus, welche laut Satzung zunächst 11 Fachschaften (nicht Fakultäten) mit mindestens 45 Wissenschaftlern zusammenschließt mit dem Ziel der „Förderung, Koordinierung und Ausführung von Untersuchungen, die im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegen und aufgrund von Fragen aus der Gewerkschaftsbewegung an den Wissenschaftsladen der Universität Amsterdam zustande gekommen sind.“⁵

Hierbei geht es auch um gewerkschaftliche Politikberatung in Wissenschaftsfragen. Anfragende sind vor allem Betriebsräte. Die Gewerkschaften sind in der Leitung der Arbeitsgruppe vertreten. Dieses Projektzentrum zielt auf einen Kooperationsvertrag zwischen Universität und Gewerkschaft, übrigens nach Vorbild der BRD.

Der Ausbau der Studienzentren prägt den Forschungs- und Lehrbetrieb an der Universität; viele Untersuchungen werden von Studenten gemacht, es kommt zu Forschungsprojekten und Abschlußarbeiten aufgrund von Anfra-

5 GEW (Hrsg.), Soziale Öffnung der Hochschulen. Internationale Erfahrungen. Wissenschaftsläden — Materialien I-III, GEW-Sommerschule Sylt 1982, Tagungsunterlagen.

gen aus der Bevölkerung. Ermutigend ist es, daß die Mitarbeiterstellen von anfangs 4 auf 10 und dann auf 15 erhöht werden, um dem aufgebrochenen Bedürfnis nach Wissenschaftsberatung gerecht zu werden; der Jahreshaushalt wird auf 100 000 Gulden verdoppelt.

40 % der Anfragen lassen sich jedoch nicht beantworten; es gibt viel Kritik, vor allem von den Gewerkschaften. Viele Fragen sind eigentlich gar nicht wissenschaftlicher Natur, sondern signalisieren den „Problemdruck“, ja häufig auch die Ratlosigkeit der Fragesteller, gar manches ist bagatell. Doch die Bedeutung von Wissenschaft „im Alltag“ ist praktisch geworden. Ob die Wissenschaftswinkel nun zu Büros verkümmern oder Teil einer Bewegung bleiben, wird in starkem Maße eine Frage der Konjunktur sozialer Bewegungen und ihres Wissensbedarfs.

3. Die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftsläden (AWILA)

In der Bundesrepublik sind die Wissenschaftsläden deutlicher als ein Ausdruck der nach der Krise 1974/75 aufbrechenden neuen sozialen Bewegungen erkennbar und dem grün-alternativen Spektrum zurechenbar. Sie sind hier von Anbeginn schwächer mit der Institution „Hochschule“ und der Organisation „Gewerkschaft“ verbunden. Statt dessen entwickeln sich die WILAs in der BRD mehrheitlich außerhalb der Universitäten als eingetragene Vereine, selbständige Institute oder lockere Zusammenschlüsse, in denen (häufig arbeitslose) Wissenschaftler oder Studenten selbsttätig an der Beantwortung von Fragen, häufig gemeinsam mit den Betroffenen, arbeiten wollen. Das heißt, die bundesdeutschen WILAs (und assoziierte Laborgruppen oder Beratungsinstitute) sind vielerorts professionell oder freizeitmäßig tätig.

Im Juli 1980 treffen sich erstmals WILA-Initiativen, um ihre Erfahrungen und Vorstellungen für eine künftige Arbeit auszutauschen. Sie bilden die *Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftsläden* (AWILA), welche den überregionalen Kontakt herstellen und in Rundbriefen über die Entwicklung an den einzelnen Orten informieren soll. Als Triebkraft für dieses Treffen sehen die beteiligten Wissenschaftler, Ingenieure und Studenten ihre eigene Unzufriedenheit mit der bestehenden Wissenschaft und den Wunsch nach einer sinnvollen Berufspraxis. „Hilfe zur Selbsthilfe“ durch eine „betroffenenorientierte Wissenschaft“ soll ein neues Verhältnis zwischen Bürger(initiative)n und Wissenschaft herstellen, ohne eine „Wissenschaftsgläubigkeit“ weiter zu fördern. Als „Eigeninteresse“ wird formuliert, dem etablierten Herrschaftsapparat zu entinnen, dem eigenen „Kopffüßler“-Dasein, es mit den „Betroffenen“ und ihren Problemen zu tun zu haben. Die Arbeitszusammenhänge der Initiativen und ihre Selbstbeurteilung sind jedoch so unterschiedlich, daß „Wissenschaftsladen“ zunächst ein bloßer Arbeitsbegriff bleibt für eine irgendwie geartete Umsetzungsform dieser Ansprüche. Klar ist, daß den meisten Gruppen die ökonomische Basis fehlt.

Daß ihre Organisationsform außerhalb der Hochschulen „bewußt“⁶ so ge-

6 M. Steffen, Projekt: Wissenschaftlicher Transfer durch ein Konzept Wissenschaftsläden (Sachstandsbericht), Direktorium des Zentrums für Wissenschaft und Praxis an der Universität Bielefeld, 1984.

wählt wird, sozusagen zur Erhöhung des alternativen Anstrichs oder um der Gefahr der institutionellen Anbindung zu entgehen, stimmt nur zum Teil. Denn mit dem kälteren Wind an den Hochschulen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre („Amerikanisierung“) gelingt die universitäre Etablierung kaum (nach Versuchen in Essen, Kassel, Osnabrück und Bielefeld ist der Wissenschaftsladen an der Bielefelder Universität mit seinem angeschlossenen Forschungsbegleitprojekt der nennenswerteste geblieben; von der Universitätsleitung wohlwollend geduldet, erhält er für seine erfolgreiche Vermittlungstätigkeit sogar einen Preis der IKEA-Stiftung). Auch an den Universitäten Hamburg, Bonn und Frankfurt kann sich das holländische Modell nicht durchsetzen (der Frankfurter WILA ist gleichzeitig ein Verein und wirkt im Grunde als Außenstelle des Arbeitsamtes an der Universität durch Vermittlung von ABM-Stellen).

Doch werden immer wieder Wissenschaftler auch an den Universitäten für alternativen Forschungstransfer initiativ. Ein Problem macht sich allerdings bemerkbar: Wo es WILAs gibt, betreffen die meisten Anfragen die Natur- und Ingenieurwissenschaften, während es an den Hochschulen vor allem Sozialwissenschaftler sind, welche die WILA-Idee aufgreifen. Ingenieure bevorzugen offensichtlich die Tätigkeit in Laborgruppen und Technologieberatungsstellen.

Mittlerweile gibt es mindestens 25 WILAs und WILA-Initiativen in der Bundesrepublik, teilweise mehrere an einem Ort: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Budenheim, Darmstadt, Dortmund, Duisburg, Essen, Frankfurt, Gießen, Göttingen, Hamburg, Kaiserslautern, Kassel, Karlsruhe, Köln, Konstanz, Mainz, Marburg, München, Münster, Nürnberg, Osnabrück, Stuttgart und Tübingen. Versuche werden immer wieder gestartet, so etwa in Solingen oder Wuppertal. Mehrere Projekte laufen in Westberlin (mit munteren Abkürzungen: WILAB, BILAG, IfÖR...).

3.1 Zur Arbeitsweise der Gruppen — Beispiele

Im Mai 1981 wird nach sechsmonatigem Probelauf der erste universitäre Wissenschaftsladen an der *Gesamthochschule Essen* eröffnet, als Vermittlungsbüro samt Begleitforschungsprojekt im „Hochschuldidaktischen Zentrum“. Er soll der Förderung von Regionalität und Praxisbezug der Hochschulwissenschaft dienen. — und dies mit nur 1 1/2 Mitarbeiterstellen aus Rotationsmitteln und einem Jahresetat von kargen 4000 DM, unter dem Argwohn von Universitätsleitung und Mittelbau. Etwas selbstüberschätzend werben die Essener WILA-Leute: „Wir vermitteln Anfragen zu Themen von A wie Atomenergie bis Z wie Zweifel am System.“ Seine Benutzeransprüche sind gegenüber den drei Anfragekriterien des Amsterdamer Ladens etwas modifiziert: Er sieht sich für gesellschaftliche Gruppen eingerichtet, die 1. nicht in der Lage sind, selbst wissenschaftliche Untersuchungen zu finanzieren, 2. keine kommerziellen Interessen mit den Ergebnissen verfolgen (soweit also identisch) und 3. mit den wissenschaftlichen Ergebnissen *ihre eigene Situation* verbessern können. Dies ist sicher schwer zu überprüfen (oder vorauszusagen und

schließt zudem Privatismus ein. Tatsächlich sind ein Großteil der Anfrager Einzelpersonen, wie bei den meisten anderen WILAs auch.

Als Universitätsladen kann der Essener WILA zunächst eine Leitfunktion für die westdeutsche WILA-Bewegung einnehmen. Seine Tätigkeit ist zumindest halbwegs materiell abgesichert, seine Mitarbeiter genießen einen Freiraum in der Universitätsbürokratie, den sie selbst als „Spielwiese“ deklarieren, auf welcher sie Kritisches in Gang setzen können und zu guter Letzt froh sind, nicht zum Heer der Arbeitslosen gehören zu müssen.

Schon im ersten Jahr gehen mehr als 100 Anfragen ein, von denen etwa 75 vermittelt, von diesen aber nur die Hälfte während dieses Jahres beantwortet werden können. Erfolgreich kann er eine Anfrage der Deutschen Zöliakiegesellschaft (Selbsthilfeorganisation der Getreideeiweißallergiker) vermitteln. Große Anfragen werden gestellt zu den Auswirkungen von Privatisierungsstrategien in Arbeitersiedlungen auf das Nachbarschaftsgefüge, zu einem Konzept der Behindertenintegration durch ambulante Familienentlastungsdienste. Nur unvollkommen bearbeiten läßt sich eine Anfrage zu den ökologischen Konsequenzen einer geplanten Waldabholzung in einem industriellen Ballungsgebiet. Leider findet die wichtige Frage nach der Gesundheitsschädlichkeit von Fluoremissionen einer Aluminiumhütte keine Bearbeiter. Die Vermittlungsschwierigkeiten sind mitunter entmutigend groß. Und es gibt immer wieder solche Anfragen wie: Woraus bestehen die Brötchen bei McDonalds?

1983 kürzt das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium dem Hochschuldidaktischen Zentrum und damit dem Essener WILA den Etat um zwei Drittel. Er arbeitet mit stark reduziertem Einsatz weiter, findet keinen neuen Träger. So schwinden große Hoffnungen auf Impulse für eine Reformstrategie an den Hochschulen zunächst dahin. Mit dem drohenden „Ladenschluß“ gilt der Essener WILA heute nur noch als studentischer Arbeitskreis.

Einer der ersten autonomen Wissenschaftsläden ist der ursprünglich aus einer AG Wissenschaftskritik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät entstandene *WILA Nürnberg*, der heute im Rahmen einer Stadtteilinitiative seine spärlichen Bürostunden abhält. Er stellt sich politisch anspruchsvolle Ziele: 1. politisch sinnvolle Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu unterstützen, 2. die Stellung der Wissenschaft in der Gesellschaft aufzuzeigen und einer kritischen Prüfung zu unterziehen, 3. Wissenschaft selbst durchschaubar zu machen.⁷ Gemeinsam mit der IG Metall betreibt er eine *EDV-Projektgruppe*, in welcher Betriebsräte, Soziologen, Informatiker und Betriebswirte mitarbeiten. Die Gruppe will „Kenntnisse erarbeiten, mit denen Betriebsräten und Betroffenen beratend Hilfestellung gegeben und die Einführung von EDV-Systemen beeinflusst werden kann“. Der WILA dreht einen Videofilm zu Bildschirmtext, klinkt sich in die Bewegung gegen die Volkszählung und den maschinenlesbaren Personalausweis ein. Im Auftrag der BI zur Rettung des südlichen Reichswaldes nimmt er Stellung gegen ein Gutachten

7 P. Olbort, Wissenschaftsläden. Neue Bindeglieder zwischen Wissenschaft und Gesellschaft? Manuskript, Nürnberg 1983.

zu einem Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz im Anschluß an eigenen Messungen der Schwermetall-Immission im Nürnberger Staatshafen.

Erfolgreich arbeitet der *Wissenschaftsladen Berlin (WILAB)*, der sich von vornherein (Oktober 1982) als eingetragener Verein formiert. Hier wirken Informatiker der Technischen Universität aktiv mit. Seine Tätigkeit konzentriert sich zusehends auf die Bereiche „Informationstechnologie am Arbeitsplatz“ (ITAP), „Luftreinhaltepolitik“ und „ABM-Beratung von Alternativprojekten“.

Die *AG ITAP* steht wie viele andere auch bei der Frage des Einsatzes von EDV immer wieder vor dem Problem: verhindern oder mitgestalten? Praktisch entwickelt sie Gestaltungskriterien, weist gemeinsam mit Beschäftigten auf die technischen Möglichkeiten von Änderungen der Arbeitsorganisation im Interesse der Betroffenen hin. Innerhalb einer Studie weist der WILAB nach, wie unterschiedlich das gleiche DV-System in einem etablierten Verlag und in einem Alternativbetrieb für die Arbeitsplatzgestaltung genutzt wird. Während bei der bürgerlichen Zeitung ungelernete Hilfskräfte lediglich den Postvertrieb am Bildschirm erledigen und alle Wartungsarbeiten von einer Software-Firma ausgeführt werden, sind die Mitarbeiter der Alternativpresse von den Informatikern so geschult, daß sie ihre Programme selbsttätig ändern und warten.

Seit März 1983 arbeiten in der *AG LUFT* des WILAB die Interessengemeinschaft „Gesunde Luft“, die *AG Luft der Alternativen Liste Wedding*, des *BBU*, von Robin Wood und Bürgerinitiativen zusammen. Es geht ihr um eine fundierte Kritik der Luftreinhaltepolitik des Westberliner Senats. Zwei Halbtagsstellen werden für sechs Monate vom „Netzwerk Berlin“ finanziert. Sie messen mit einem eigenen Gerät nach VDI-Richtlinien den SO_2 -Gehalt der Stadtteilatmosphäre und stellen in Straßenschluchten und Hinterhöfen über den Grenzwerten der Smogverordnung liegende Konzentrationen fest. Damit wird das mittelwertmessende Meßnetz des Senats als unzureichend qualifiziert. Sie widerlegen auch die Behauptung, Schuld an der Verschmutzung der Berliner Luft sei der Hausbrand bzw. der „Dreck aus dem Osten“. Seit April 1984 wird die Arbeit unter der Thematik „Gesundheitsrisiken durch Luftschadstoffe“ durchgeführt, unter Beteiligung von Eltern pseudokrupperkranker Kinder. Die Smogaktion prägt einen Teil der Lehrveranstaltung „Datenverarbeitung für Umweltingenieure“ am Fachbereich Informatik der TUB, da sie als politisch-praktischer Bezug in die Ausbildung eingehen kann. Ebenso tragen die Erfahrungen der Betriebsräteberatung zur Neukonzeption des Teillehrplans „Software Engineering“ bei.

In Bremen gründet sich im April 1979 der *Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA)*, ausgehend von zwei physikalisch-chemischen Projekten an der Bremer Universität. Als gemeinnütziger Verein der Alternativ- und Umweltbewegung nimmt er Beratungen und Messungen vor. Ergebnisse seiner Tätigkeit sind z. B. eine Stellungnahme zur „Deutschen Risikostudie“ der Gesellschaft für Reaktorsicherheit mit einer grundsätzlichen Methodenkritik, eine Broschüre zum Trockenlager-Konzept, eine Untersuchung des Bleigehaltes im

Blut von Kindern. Der VUA gibt einen Teil der Protokolle zum Unfall des Kernkraftwerkes Harrisburg heraus.

Einer der beiden Hamburger WILAs, die 1980 gegründete *Forschungs- und Beratungsstelle Informationstechnologie* (FORBIT), wird als Verein von hauptberuflich tätigen Mathematikern und Informatiker/inne/n geführt. Er hat sich auf die Beratung und Seminartätigkeit für Betriebsräte spezialisiert. Eine versuchte Alternativkonstruktion von Personal-Informations-Systemen, die sogenannte „Lohn- und Gehaltskiste“, scheitert, da sie im Grunde eine technische Lösung für ein gesellschaftliches Problem darstellt. Nebenbei wagen die FORBIT-Leute ein Forschungsprojekt über „Computer in der Dritten Welt“.

Ende 1982 entsteht der *WILA Karlsruhe* (WILAK), der sich vor allem mit Rationalisierungsfragen und Stadtplanung beschäftigt und ebenfalls hauptsächlich für Betriebsräte arbeitet. Im Oktober 1984 gründet er ein „Institut für Arbeit und Technik“ für die Bildungsarbeit vor allem im gewerkschaftlichen Umfeld. Es geht um Bilanzanalysen für Betriebe, betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebe in Belegschaftshand (z. B. für das ehemalige Bremer Voith-Werk).

Der *WILA Gießen* mißt den Nitrat-Gehalt von sechs hessischen Mineralwasserfabrikaten und stellt bei zwei Marken eine Konzentration von 57-60 mg/l fest, also deutlich über dem empfohlenen Maß (bei Säuglingen 10-20 mg/l, da sonst Blausucht mit möglichem Erstickungstod folgen kann). Dieses Ergebnis mobilisiert Eltern, offensichtlich auch die Hersteller, die sehr schnell den Nitratgehalt senken. Die Affäre geht durch Presse und Fernsehen, wobei die Herkunft der Messungen meist verschwiegen wird.

Im Gegensatz zu den universitären WILAs gilt also für die selbstorganisierten Gruppen, daß sich ihre Mitglieder an der Lösung der Anfrage direkt beteiligen. Große Probleme liegen jedoch darin, daß sich oft keine Bearbeiter finden lassen bzw. sich in der Freizeit nur ungenügend „Betroffenenforschung“ machen läßt. So ist der Alltag oft demjenigen eines Briefkastenonkels ähnlich, wenn die WILAs Fragen nach „Alles über Haifische“ (Hamburg) oder „Warum trocknen Kugelschreiberminen aus?“ (Bielefeld) beantworten sollen.

3.2 Finanzierung und Professionalisierung

In der AWILA hält die Diskussion zur Organisationsform lange an. Abgelehnt werden Genossenschaften als „Gewinnverteilungsorganisationen“ und GmbHs als „Besitzverteilungsorganisationen“. Neben der Vereinsform werden alternative Finanzierungssysteme (z. B. durch „Stattwerke“) angestrebt, „Staatsknete“, Unterstützung durch Stiftungen usw. Manche hoffen auf Mittel aus den Öko-Fonds der GRÜNEN-Landesverbände oder von den GRÜNEN im Bundestag, die jedoch für ihre parlamentarische Arbeit zweckgebundene Mittel nicht freimachen können, ohne mit dem Bundesrechnungshof in Konflikt zu geraten. Doch auch in weiterem Sinne bleibt eine Unterstützung der GRÜNEN aus. Dies mag ein Indiz sein für mangelnde Verankerung in den Bewegungen. „Eigentlich müßtet ihr bei uns Schlange stehen“, ist daher der Stoßseufzer eines WILA-Aktiven.

Als Modelle der WILA-Finanzierung schälen sich heraus:

1. unentgeltliche ehrenamtliche Arbeit für non-profit-orientierte Gruppen (WILA Tübingen),
2. bezahlte Arbeit für non-profit-orientierte Gruppen, verstanden als gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit, für welche der Staat zahlen soll, z. B. durch ABM-Stellen (WILA West-Berlin),
3. bezahlte Arbeit für kommerzielle Gruppen (Katalyse-Gruppe Köln).

Mit zunehmendem Finanzierungs- und Professionalisierungsdruck kommerzialisieren und entpolitisieren viele WILA-Gruppen. Kaum werden gesellschaftswissenschaftliche Grundfragen behandelt; vor allem als bloße „Auftragnehmer“ haben es sich die meisten WILAs ab- bzw. erst gar nicht angewöhnt, politisch selbständig in soziale Bewegungen einzuwirken, wissenschaftlich begründete Vorschläge zu unterbreiten. Statt dessen wächst der Hang zum Pragmatismus, zum Abkoppeln, zu einer „neuen Selbständigkeit“ arbeitsloser Akademiker (vor allem unter den Laborgruppen). Auf dem Feld der Umweltanalytik ist die Verlockung besonders groß, Aufträge gegen Bezahlung anzunehmen oder auch Forschungsmittel einzuholen. Hierüber gibt es Streit in der AWILA (so hat der WILA Hamburg einen Auftrag zur Wasseranalyse an der Elbe angenommen von der Firma HEW, einem Betreiber des KKW Brokdorf). Das Problem beschreiben *Brockner, Brockner & Elias* so: „Läßt man sich mit der Industrie ein, wird man gleich doppelt übers Ohr gehauen: Ökonomisch, weil es allemal billiger ist, sich von Alternativinstituten bedienen zu lassen, und obendrein wird man noch politisch neutralisiert.“⁸

4. Perspektiven — Diskussion und Kritik

Abschließende Aussagen zur Perspektive der WILAs sind sicher verfrüht. Es herrscht Ratlosigkeit. „Ohne Moos nix los.“ Wissenschaft durchschaubar zu machen, bleibt ein überhöhter Anspruch. Doch wahrscheinlich wird wegen des Fortbestehens ihrer Ursachen — also vor allem der kapitalistischen *Vergesellschaftung von Wissenschaft* — ihre Ausbreitung eher noch zunehmen, neue Formen annehmen. Wir vermuten, daß der Zwang zur Professionalisierung, zur Sicherung der Existenz und der Qualifikation immer wieder „alternatives“ Unternehmertum hervorbringen wird. Diejenigen WILAs, die nicht als Studienreformreste an den Universitäten bestehen, sind Alternativprojekte klassischen Zuschnitts mit hohem „Selbstausschüttungs“grad und schwankender Anbindung an soziale Bewegungen. Es gibt Tendenzen zu überhöhter Selbständigkeit, zu einer Art „kollektivem“ Individualismus. Dies wird von ihnen selbst unterschiedlich stark erkannt. Der Grat zwischen den Bedürfnissen der Bewegungen und denen des Marktes ist schmal. Somit treffen alle wichtigen Gesichtspunkte marxistischer Kritik an Selbsthilfeprojekten auch auf die WILAs zu. Dies darf jedoch nicht den Blick verstellen für die positiven Momente

8 U. Brockner, U. Brockner, G. Elias, Der Sozio-Trip ist vorbei, es lebe der Bio-Trip? Gedanken und Eindrücke von der WILA-Tagung im Mai '84, in: WILAB (Hrsg.), Wissenschaftsläden im Aufbruch, AWILA-Rundbrief, 0-Nr.

(Qualifikationserhalt, Öffnung zu den Gewerkschaften). Hier wäre es eine Aufgabe der Marxisten, orientierend zu wirken.

Mit dem Zurückrollen aller Reformansätze aus den frühen 70er Jahren (HdA, Gesamthochschulen usw.), mit der weiteren Militarisierung und Monopolorientierung der Forschungspolitik durch die rechte „Wende“ und der unmittelbaren Einbindung der Hochschulen (HRG-Novelle), ihrem immer unverhüllteren Ausverkauf an das Industriekapital (durch Technologietransferstellen, Wissenschaftsparks, Gründerzentralen, Stiftungslehrstühle, Mikroelektronik- und Gen-Zentren), d. h. mit der *realen Subsumtion* der Forschungseinrichtungen, des Produktionswissens und betriebswirtschaftlichen „Know-hows“ auch der Klein- und Mittelbetriebe *unter das internationalisierte Monopolkapital*, werden überzeugende Alternativen und Gegenstrategien lebensnotwendig, wächst der Theoriebedarf sozialer Bewegungen, nimmt die Rolle fortschrittlicher Wissenschaftler zu (Atomprogramm, 35-Stunden-Woche, Pershing-Stationierung, „SDI“).

Wie alternativ nun selbstorganisierte Formen der Wissensproduktion bleiben, hängt letztlich von der Stärke der sozialen Bewegungen und ihren formulierten Ansprüchen an die Wissenschaft ab. Damit ist eine Befürchtung unter manchen WILA-Gruppierungen unbegründet: „Gefährlich wäre es, wenn Wissenschaftsläden zur weiteren ‚Verwissenschaftlichung des Alltags‘ beitragen würden“⁹. Arbeiter- und Friedensbewegung, kommunalpolitische Initiativen u. a. sind vermehrt auf wissenschaftliche Politikberatung angewiesen, auch wegen der krisenbedingten Einengung des Handlungsspielraums für das Kapital: Sollen ihre Forderungen Durchsetzungskraft gewinnen, so können sie immer weniger nur als bloßer Anspruch gestellt werden, sondern müssen gegen den herrschenden Meinungsdruck wissenschaftlich begründbar und herleitbar werden. Hier liegen große Aufgaben für die marxistischen Kräfte. Sie besitzen bekanntlich eine höchst alternative Wissenschaft: den *wissenschaftlichen Sozialismus*.

Wissenschaftsläden können als ein Potential wissenschaftlicher Tätigkeit alternative Ziele realisieren helfen, können Kristallisationspunkte alternativer Wissenschaft sein. „Alternative Wissenschaft“ im Rahmen bürgerlich-gesellschaftlicher Wissenschaft soll heißen: Lohnabhängige und assoziierte Intelligenz Träger der Entwicklung von Wissenschaft, gewinnen ein neues Verständnis für deren soziale Funktion, begreifen sie als Mittel und Ziel ihrer Kämpfe. Dies schließt den Wechsel zu neuen Inhalten ein. Damit widersprechen wir der gängigen oberflächlichen Ansicht unter den WILAs: „Wissenschaft teilt die Gesellschaft in zwei Gruppen“ (in Besitzer und Herrscher, die sich durch Wissenschaft legitimieren, in andere, die hiervon betroffen werden).¹⁰

So drängt sich die Frage auf, ob und wo sich neue Konstitutionsformen alternativer Wissenschaft herausbilden. Untersuchenswert scheint uns die Frage

9 W. Beuschel, J. Bickenbach, R. Keil, Wissenschaftsläden. Eine Brücke zwischen sozialer Bewegung und Wissenschaft, in: Öko-Mitteilungen 1/1983.

10 G. Herrmann, J. Schmidt, Wissenschaftsläden und Chemie, in: Chemie in unserer Zeit 16, 4/1982.

nach der Rolle der eher „klassischen“ Einrichtungen in diesen Prozessen, also der gewerkschaftlich(orientierten) Forschungseinrichtungen, Weiterbildungszentren und Kooperationsprojekte. Einer besonderen Untersuchung bedürfte die Theoriebildung in der Friedensbewegung. Und natürlich bleibt, wenn es um alternative Wissenschaft geht, eine *zentrale Frage* mit Schlüsselcharakter die nach der Zukunft der „etablierten“ Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und der Hochschulen, d. h. die Frage nach Möglichkeiten und Ansatzpunkten der Formierung fortschrittlicher Intelligenz und der Durchsetzung von mit den Interessen der Lohnabhängigen verbundener Wissenschaft und Forschung gerade in diesen Zentren des Wissenschaftssystems.

In ihrer notwendigen Beschränktheit sind WILAs auch als ein Ausdruck relativer Schwäche der Arbeiterbewegung zu begreifen, eines Mangels an Bündnis Konzepten, welche die Intelligenz aktiv in Auseinandersetzungen um Beschäftigungsprogramme einbeziehen. Hierbei geht es auch um die Eroberung jener Institutionen, die linken Ansprüchen im Wissenschaftsbereich Geltung verschaffen, ja Ausstrahlung entwickeln können. Ein Gegengewicht zur „Silicon Valley-Euphorie“ könnten Sofortforderungen nach alternativen Technologiezentren sein, eingebettet in eine entsprechende Regional- und Strukturpolitik (wie etwa das Zentrum für Arbeit, Technik, Umwelt – ZATU – in der Forderung des DGB im Raum Nürnberg-Erlangen).

Neben der sozialen Interessenvertretung nimmt die Auseinandersetzung der Intelligenz mit den eigenen Wissenschaftsinhalten, mit ihrer Geschichte, ihrem Nutzen und ihren Nutznießern, ihrem Beitrag zur Lösung von Menschheitsproblemen, wieder zu (Demokratische Gegenhochschule, Ringvorlesungen, Verantwortungsdebatte). Dies sind notwendige Politisierungsprozesse für große Teile der Intelligenz, spezifische Politikzugänge, und dies muß untrennbarer Bestandteil gewerkschaftlich(orientierter) Politik sein.

Wissenschaftsläden sind sicher nur ein möglicher Hebel alternativer Forschungs- und Technologiepolitik, spontaner Reflex auf neue Fragen, und daher ernstzunehmen; entwicklungsfähige Grundgedanken sind auszuloten. Damit sagen wir einem möglichen Sektierertum gegenüber zwar schwankenden, jedoch in Ansätzen vernünftigen Bewegungen ab – zumal umfassendere marxistische Antworten noch ausstehen. Es kann sich hier ein Feld eröffnen, das Gemeinsamkeiten unterschiedlich geprägter Kräfte erschließen hilft im Ringen der Arbeiterbewegung um das Bündnis mit ihrem heute wichtigsten Partner: der zur Massenschicht gewordenen Intelligenz.

Quellen

ASTA Uni Bonn, Wissenschaft für die Industrie oder Wissenschaft fürs Volk. Eine Dokumentation zum Thema Wissenschaftsläden, Bonn, o. J.

W. Beuschel, J. Bickenbach, R. Keil, Informationstechnologie. Technische Möglichkeiten und tägliche Nutzung, 7. Internationaler Kongreß „Datenverarbeitung im europäischen Raum“, Wien 1984.

Dies., Wissenschaftsläden und etablierter Wissenschaftsbetrieb am Beispiel der Datenverarbeitung in: BdWi (Hrsg.), Forum Wissenschaft 1/1985.

- W. Beuschel, N. Deitelhoff, J. Diekmann, K. Harscher, Vom Kramladen zum Fachgeschäft. Erfahrungen und Perspektiven des Berliner Wissenschaftsladens, in: Wechselwirkung 22/1984.
- W. Beywl, Alternative Ökonomie. Modell zur Finanzierung von Selbsthilfeprojekten?, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 9/1983.
- J. Bickenbach, Wissenschaftsläden. Eine neue Art von Transferstellen, 12. Internationales Symposium Ingenieurpädagogik „Technik und Umwelt“, Villach 1983.
- A. Biedendiek, G. Szell, Wissenschaftsläden auch in Osnabrück?, in: betrifft: universität osnabrück 1/1981.
- U. Brockner, Wissenschaftstransfer alternativ in: BdWi (Hrsg.) Forum Wissenschaft 1/1985.
- T. van Dijk, Wissenschaftsläden. Eine Brücke zwischen Gesellschaft und Wissenschaft (Manuskript), Amsterdam 1980.
- R. Geserick, Wissenschaftsläden, in: Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis 6, H.46 (1982).
- K. Harscher, Durchstarten oder Bauchlanden? Wissenschaftsläden zwischen Austrocknung und Professionalisierung, in: Wechselwirkung 22, 1984.
- G. Herrmann, Wetenschapswinkel, in: päd.extra 6/1982.
- G. Herrmann, W. Nowak, Gespräch mit dem Morgenmagazin über den Wissenschaftsladen Essen, Westdeutscher Rundfunk, o. J.
- G. Herrmann, J. Schmidt, Regionalität und Betroffenheit. Zur Konzeption des Essener Wissenschaftsladens, in: J. Klüver u. a. (Hrsg.), Gesamthochschule. Versäumte Chancen?, Opladen 1983.
- J. Klüver, G. Herrmann, J. Schmidt, Forschungsprojekt: Möglichkeiten alternativer Forschungsorganisation durch die Einrichtung eines „Wissenschaftsladens“ an der Universität Essen — Gesamthochschule (Antrag auf Weiterförderung), Essen 1981.
- P. Körfgen, Wo guter Rat billig ist. Wissenschaftsläden verbinden Forschung und Bürgeralltag, Deutschlandfunk 6. Mai 1983.
- L. Leydesdorff, Der Wissenschaftsladen (Vortrag), Hamburg 1981.
- Ders., Der Amsterdamer Wissenschaftsladen. Seine Entstehung, seine Funktion und seine wissenschaftspolitische Bedeutung, in: Deutsche Universitätszeitung 12/1983.
- Y. Mabile, Wissenschaft mal nicht für potente Auftraggeber, in: Unsere Zeit v. 24. 11. 1983. Redaktion Wechselwirkung, Ist die Wissenschaft noch zu retten? Wissenschaftsläden in der Bundesrepublik, in: Wechselwirkung 14, 1982.
- H. J. Sandkühler, Geschichte, gesellschaftliche Bewegung und Erkenntnisprozeß, Frankfurt/Main 1984.
- E. Stölting, Wissenschaft als Produktivkraft. Die Wissenschaft als Moment des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, München 1974.
- U. Tietze, Wissenschaftsläden in Holland. Keine Büros, sondern Teil einer Bewegung, in: Wechselwirkung 3, 1979.
- Universität Oldenburg, Wissenschaftsläden in den Niederlanden (Material zur Informationstagung), Oldenburg 1983.
- G. Vonderach, Die „neuen Selbständigen“, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 13, 2/1980.
- WILAB (Hrsg.), Wissenschaftsläden im Aufbruch, AWILA-Rundbrief 0-Nr. (1984).
- —, Ware Wissenschaft — zum Nulltarif, in: Spektrum der Wissenschaft 8/1983.
- —, Wissenschaft für den kleinen Mann. Neue Brücken zwischen Forschung und Gesellschaft, in: DAAD Letter 4/1983.
- —, Was ist ein Wissenschaftsladen?, in: Wohnen und Umwelt 2/1983.

„Kritische Kritik“ und Isolationshaft

Zum Verständnis des Marxschen Diskurses über die „neue Straftheorie“ in der „Heiligen Familie“. Ein Lektürevorschlag

Hartwig Zander

1. Kriminalpolitik und eingreifender Diskurs – 2. Elemente der Marxschen Eristik – 3. Kriminalpolitik als Sachverhalt im „VIII. Kapitel“ der „Heiligen Familie“ – 4. „Straftheorie“ als eristische Paradoxie

1. Kriminalpolitik und eingreifender Diskurs

Marx und *Engels* haben, zum Leidwesen so mancher „kritischer Kriminologen“, keine begrifflich geschlossenen Schriften über „Verbrechen und Strafe“ hinterlassen. Gleichwohl haben sie sich vor allem in jungen Jahren immer wieder zu diesen Fragen geäußert, zwischen 1842 und 1845 sogar recht häufig. Mit einzelnen Veröffentlichungen griff vor allem *Marx* in rechts- und kriminalpolitische Debatten ein, die in der damaligen Öffentlichkeit eine bedeutsame Rolle gespielt haben. Sieht man einmal von den revolutionären Ereignissen der Jahre 1848/49 ab, die insbesondere den Chefredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zwangen, sich offensiv mit straf- und prozeßrechtlichen Belangen zu befassen, so sind es die Artikelserie über die Debatten des Rheinischen Landtages zur Holzdiebstahlgesetzgebung aus der „Rheinischen Zeitung“ und das „VIII. Kapitel“ der „Heiligen Familie“, die den kriminologisch interessierten *Marx*-Forscher anziehen müssen. Beide Texte sind, ihrem argumentativen Gehalt nach, für die Entwicklung der Marxschen Theoriebildung viel zu wichtig, als daß man sich zu ihnen als bloß zeitgenössischen Dokumenten nebenhin äußern könnte – eine Haltung, die dem Gelegenheitsaufsatz, den *Marx* 1846 über den „Selbstmord“ schrieb, sicherlich angemessen wäre.¹

Unbestreitbar ist, daß bislang weder die Artikelserie aus der „Rheinischen Zeitung“ noch das VIII. Kapitel der „Heiligen Familie“ kritisch gelesen wurden; daß unsere Textkenntnis gerade dieser beiden Marxschen Schriften im-

¹ Karl Marx, Peuchet: vom Selbstmord, MEGA¹ Abt. I, Bd. 3, S. 391 - 407.

Die Marxsche Artikelserie aus der „Rheinischen Zeitung“ ist ausführlich dargestellt in: Pierre Lascoümes/Hartwig Zander, Marx: Du vol de bois à la critique du droit. Marx à la Gazette Rhénane: Naissance d'une méthode, Paris 1984. Zu Fragen kriminalpolitischer Begriffsbildung s. Hartwig Zander, 'Ultima Ratio' ou 'Double Pouvoir'. Le discours marxiste sur la politique criminelle et ses débuts dans l'oeuvre philosophique de Karl Marx, in: Gerhard Seel (ed.), Marx et les sciences humaines, Lausanne 1985. – Den Leser, der mit der „Heiligen Familie“ nicht vertraut ist, verweise ich auf die Anmerkungen der MEW-Ausgabe, Bd. 2. Der Dietz-Verlag hat eine überarbeitete Neuausgabe angekündigt.

mer noch recht dürftig ist. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß diese Texte ihrer literarischen Form nach sehr spröde sind. Sie sperren sich einer schnellen Lektüre, ganz im Gegensatz zu anderen, darstellerisch und begrifflich durchgearbeiteten Texten von *Marx* und *Engels* aus jener Zeit. Es ist weniger die Denkweise, also die Argumentation im engeren Sinne, als die Rede-weise, also die Rhetorik, die nicht nur dem modernen Leser Schwierigkeiten bereitet. Der nonchalante Umgang von *Marx* mit den rhetorischen Techniken dialektischer Redeweise und sophistischer Disputation, die für die literarische Form von Pamphleten unverzichtbar sind, scheint so manchen gutwilligen Leser erst einmal abzustoßen.

Schon die Zeitgenossen von *Marx* wußten offensichtlich nicht so recht, ob sie mehr ihre Bewunderung über den „scharfsinnigen Intellekt“ und die dialektischen Fähigkeiten ausdrücken sollten, mit denen *Marx* sich in die „hohlen Phrasen“ der Abgeordneten des Rheinischen Landtags geradezu „hineingefressen hatte“, um diese von innen her zu vernichten; oder ob sie Klage darüber äußern sollten, daß man nicht, wie es ja in *Marxens* Absicht zu liegen schien, „alles“ mit den Mitteln der „abstrakten Vernunft rekonstruieren“ könne.

Ähnlich schwankend und unsicher waren auch die Reaktionen demokratischer und sozialistischer Kampfgefährten auf die „Heilige Familie“: mal Bewunderung, mal Widerwillen äußernd, aber ohne rechtes Verständnis für die Texte selbst. *Marx*, der bekanntlich jeden Gefährten brüskieren konnte, wenn es um die Wahrheit ging, äußerte sich hierüber denn auch sehr ungehalten und nannte selbst die gutwillige Rezension *Lünings*, eines politischen Sympathisanten, „mittelmäßig“, „konfus“ und „lächerlich“.²

Natürlich war den Zeitgenossen der Pamphlet-Charakter beider Texte nicht verborgen geblieben. Sie hatten schon gesehen, daß es *Marx* in den Artikeln der „Rheinischen Zeitung“ zunächst nicht um die Holzdiebstahlgeseztgebung oder die Gesetzwidrigkeiten der subalternen Klassen ging, sondern die Art und Weise, wie die Abgeordneten über die Gesetzesvorlage debattierten und entschieden; sie hätten leicht sehen können, daß es *Marx* im „VIII. Kapitel“ dann auch zunächst nicht um die aktuelle Gefängnisreform ging, sondern darum, wie sich die „kritische Kritik“ diesen Sachverhalt aneignete und ihn als „Idee“ rekonstruierte. Die Texte zielen nicht unvermittelt auf die strafrechts- oder kriminalpolitisch relevanten Sachverhalte der Jahre 1841 und 1844, sondern sie zielen auf den Diskurs über diesen Sachverhalt. Zweifelsohne greifen die Marxschen Texte in die damalige strafrechts- und kriminalpolitische Debatte ein; der Marxsche Diskurs ist ein *eingreifender Diskurs*. Nur: Er greift nicht direkt, sondern gebrochen ein. Nicht Bagatelldelikte und exzeptionelle Strafgesetzgebung, nicht Gefängnisreform und Isolationshaft sind der Gegenstand des eingreifenden Diskurses, sondern ein bestimmter, je herrschende Bewußtseinsformen darstellender gegnerischer Diskurs.

2 MEGA¹, Abt. I, Bd. 1: Karl Marx, Werke und Schriften bis Anfang 1844. Zweiter Hbd., Frankfurt am Main 1929, S. 153. Ferner die Dokumentation in: Wolfgang Mönke, Die heilige Familie. Zur ersten Gemeinschaftsarbeit von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1972.

In den Artikeln der „Rheinischen Zeitung“ führte *Marx* die Auseinandersetzung mit den Abgeordneten des Rheinischen Landtags vor dem öffentlichen Forum der „Rheinischen Zeitung“. Kaum eine rhetorische Figur politisch-deliberativer und judizialer Rede gibt es, die *Marx* nicht benutzt, um vor diesem „Tribunal“ seiner Zeit, der „Rheinischen“ als Institution der demokratischen Öffentlichkeit, den judizial stichhaltigen Nachweis zu führen, daß den Abgeordneten des Rheinischen Landtags die Befähigung zum Gesetzgeber abgesprochen werden muß. Die Abgeordneten der Nationalversammlung von 1848 werden dieses Urteil, das die „Rheinische Zeitung“ bereits im Herbst 1842 aussprach, dann an sich selbst vollziehen.

Die „Heilige Familie“ dagegen ist eine Streitschrift ad hominem. Sie will den Gegner entlarven, ihn demaskieren, demystifizieren und ein für allemal mit ihm abrechnen: Die interessierte Öffentlichkeit soll definitiv wahrnehmen, daß die „kritische Kritik“ der „Allgemeinen Literaturzeitung“ nichts anderes ist als eine mystifizierte Theologie, der Rückfall der bereits durch *Marx* emanzipierten Kritik in deren dogmatische Vorgeschichte. Um über den Gegner ein endgültiges Urteil zu fällen, sein „Todesurteil“, gibt es nur einen Weg, nämlich ihn mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, ihn von innen her zu treffen. Die „kritische Kritik“ mußte als Karikatur ihrer selbst offengelegt werden; die Öffentlichkeit sollte mitansehen, wie das Welt drama der spekulativen Vernunft sich als billige Komödie darstellt. Die Technik, die *Marx* und *Engels* einsetzen, ist die Kunst der sophistischen Widerlegung, jene Technik, die die Argumentation des Gegners als Scheinargumentation von innen her aufbricht. Ich nenne dieses Verfahren, im Unterscheid zur Rhetorik der Artikelserie der „Rheinischen Zeitung“, die *Marxsche Eristik* („Streitrede“).

Diese Eristik, die *Marx* und *Engels* in der „Heiligen Familie“ zum ersten Mal und gemeinsam als argumentative Technik anwenden, durchzieht dann als literarisch-methodische Form alle späteren Streitschriften, vom „Anti-Proudhon“ bis hin zum „Anti-Dühring“. Sie beherrscht als literarische Form auch jenes VIII. Kapitel der „Heiligen Familie“, in dem *Marx* sich auf das ideologische Terrain des Gegners begibt, um dort, also auf fremdem Terrain, mit den *sachlichen* kriminalpolitischen Fragen der Gefängnisreform und der Isolationshaft konfrontiert zu werden. *Marx* hat diese Fragestellungen nicht von sich aus gesucht.

Ein Umstand erleichtert nun doch etwas das Textverständnis. Denn ein Grundzug ist der *Marxschen Eristik* in allen ihren weiteren Variationen gemeinsam – und findet sich im übrigen in der Engelsschen Streitschrift gegen *Dühring* wieder –, das ist die dominante rhetorische Figur der *Antithese*, an der man sich relativ leicht bei der Lektüre orientieren kann. Bekanntlich hatte *Marx* während seines Studiums die Rhetorik des *Aristoteles* besonders gründlich studiert.³ In dieser Rhetorik spielt nun neben der „refutatio“, der negativ

3 „Dann übersetzte ich Aristoteles Rhetorik theilweise ...“, Brief vom 10./11. Nov. 1837, in: MEGA². Dritte Abteilung, (Briefwechsel) Band 1, Berlin 1975, S. 16. Zur Bedeutung bestimmter Stilmittel des *Marxschen* „eingreifenden Diskurses“ vgl. die Darstellung des *Marxschen* „Sarkasmus“ in: Pierre Lascoümes/Hartwig Zander, a.a.O., S. 26-31.

formulierten Bekämpfung der gegnerischen Beweisführung, die „probatio“, die positiv formulierte Aufstellung des kontra-positionell zusammengetragenen Beweismaterials, eine herausragende Rolle. Als Antithese zum spekulativen Diskurs der „Kritischen Kritik“ stellt *Marx* eine Reihe sachlicher Kenntnisse, die dem rational-materialistischen Diskurs geläufig sind, zusammen. Die entsprechenden Sätze werden meist eingeleitet durch Partikel wie „tatsächlich“, „in Wirklichkeit“, „in der Realität aber“ usw. Sie kennzeichnen auf gar keinen Fall *Marxens* eigene Position. Er geht mit ihnen auch äußerst behutsam um. So heißt es einmal: „Diese und ähnliche Sätze findet man fast wörtlich selbst in den ältesten französischen Materialisten. Es ist hier nicht der Ort, sie zu beurteilen“.⁴ Sie haben indessen den Vorzug, den Leser von dem Diskurs weg und auf den Sachverhalt, um den es geht, hinzulenken. Wir finden diese Sätze fast durchweg dort, wo *Marx* antithetisch den „Standpunkt der Massen“ gegenüber dem „Standpunkt der kritischen Kritik“ geltend macht.

Wir benötigen zum Textverständnis zwei Arten von Informationen. Wir müssen uns zunächst mit einigen elementaren Techniken der Marxschen Eristik vertraut machen. Anschließend gehe ich drei zeitgenössischen kriminalpolitischen Ereignissen nach, die *Marx* sachlich in den Beweisgang des „VIII. Kapitels“ aufnimmt.

Doch zuvor erläutere ich in wenigen Worten meine Interpretationshypothese. In seinem großen Werk über die frühen Schriften von *Marx* und *Engels* hatte *Auguste Cornu* Anfang der 60er Jahre zum „VIII. Kapitel“ noch schreiben können: „Von seiner etwas umständlichen Kritik, die umso weitschweifiger erscheint, als Szeligas Abhandlung kein Interesse erregt, ziehen wir nur das in Betracht, was *Marx* Gelegenheit bot, seine eigenen Ansichten darzulegen“.⁵ *Cornu* liest nicht *Marx*, sondern gibt im folgenden einige Marxsche Äußerungen paraphrasierend wieder. Er sieht nicht, was *Marx* praktisch tut; er sieht nicht, was sich hinter der „Umständlichkeit“ und „Weitschweifigkeit“ an eristischer Technik verbirgt. Und weil er die Technik nicht erkennt, entgeht ihm auch, was *Marx* sachlich sagt. So schließt er fehl, wenn er dem „VIII. Kapitel“ einen unbedeutenden Platz in der „Heiligen Familie“ zuweist.

Ich halte dagegen gerade dieses Kapitel für das Kernstück der Marxschen Argumentation. Ich werde zeigen, wie für *Marx* die „Kritische Kritik“, die aus sich selbst heraus die Kasuistik der modernen Isolationshaft erzeugt, hier ihren Paroxysmus erreicht und sich in der Karikatur ihrer selbst vollendet. Dazu nur ein vorläufiger Beleg. In dem von *Moses Heß* herausgegebenen „Gesellschaftsspiegel“ erschien im Januar 1846 eine unter dem Signum „Brüssel, 20. November“ anonym verfaßte Replik auf die Replik, die *Bruno Bauer* gegen die „Heilige Familie“ geschrieben hatte. Die Replik, die sein Schwager verfaßt hatte, wurde wohl von *Marx* selbst redigiert. In ihr hält *Marx Bruno Bauer* vor, er habe die „Heilige Familie“ überhaupt nicht zur Kenntnis ge-

4 MEW, 2, S. 138.

5 Auguste Cornu, Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk, Bd. 2, 1844-1845, Berlin 1962, S. 336.

nommen, sondern lediglich aus einer zwar breiten, aber „lächerlich mißverstehenden“ Rezension abgeschrieben. Neben anderen Textstellen, wie denen zur „Französischen Revolution“ und zum „Socialismus und Communismus“, habe *Bauer* „den ganzen Abschnitt über die kritische Kritik als Rudolf Fürst von Gerolstein“,⁶ das heißt, das „VIII. Kapitel“, nicht zur Kenntnis genommen und – folglich die „Heilige Familie“ auch nicht verstanden.

2. Elemente der Marxschen Eristik

In den Vertretern der „Kritischen Kritik“ hat es *Marx* zum ersten Mal mit Gegnern zu tun, die eine Sache nicht beweisen, sondern diese lediglich zu beweisen scheinen. Sie überzeugen vor allem durch die Art und Weise, wie sie Worte verwenden. Sie unterstellen, daß, was für die Worte gelte, auch für die Sache gelte.

Sie gewinnen ihre Kenntnis nicht aus begründeten Voraussetzungen und einem gesicherten Wissen, sondern eher aus dem, was sie für wahrscheinlich halten, ohne dies aber genauer überprüft zu haben. Dabei spielen insbesondere solche Satzsentenzen, Denkgewohnheiten und Redeweisen eine Rolle, wie sie durch überliefertes Wissen nahegelegt werden, und das ist in dem konkreten Fall vor allem das Wissen der Theologie und die Kasuistik der Moral. Der Umstand gilt insbesondere dann, wenn die wahrscheinlichen Sätze, aus denen die Argumente gewonnen werden, solche Sätze sind, wie sie nur denen als wahr erscheinen, die in die Geheimnisse der Doktrin eingeweiht sind und die, nach *Marx*, an den „Mysterien“ teilhaben.

So ist es zunächst naheliegend, daß die Marxsche Eristik, dem klassischen Vorbild gemäß, die gleiche Technik anwendet. Das Hauptinteresse der Eristik liegt in der Widerlegung (*refutatio*), also dem Nachweis, daß die bloß aus wahrscheinlichen Sätzen gewonnenen Behauptungen über einen Sachverhalt unmöglich haltbar sind. Sie zielt darauf ab, Paradoxien aufzudecken, nachzuweisen, daß aus bloß wahrscheinlichen Vordersätzen unwahrscheinliche und unglaubwürdige Behauptungen getroffen werden; daß der Gegner, wie sich *Aristoteles* ausdrückt, eine „barbarische Redeweise“ benutzt; oder sie verdreht die Worte und Redewendungen des Gegners so lange, bis Sätze nur noch als leeres Geschwätz erscheinen, so, als ob er ständig dasselbe sagen würde – oder tatsächlich sagt.

Die Tatsache, daß *Marx* seine Widerlegung der spekulativen Methode der „Kritischen Kritik“ gerade in der Parodie der Szeligaschen *Sue*-Rezeption auf einen Höhepunkt zutreibt, hängt mit einer weiteren Technik eristisch-sophisti-

6 Der Artikel wurde unter dem Titel [Sankt Bruno contra die Verfasser der „Heiligen Familie“] abgedruckt in: MEGA¹, Abt. I, Bd. 5, S. 541-544; unter demselben Titel bei Mönke, a.a.O., S. 264-267, Zitat S. 266. Mönke weist darauf hin, daß Marxens Mitautorschaft nicht eindeutig bewiesen ist (ebd., S. 264). Allerdings hatte schon Adoratskij, der Hrsg. von MEGA I, Bd. 5, darauf verwiesen, daß in dem gleichnamigen Abschnitt der „Deutschen Ideologie“ Teile dieses Artikels fast wörtlich aufgenommen wurden („...einer konfusen und von Mißverständnissen wimmelnden Rezension“, MEW, 3, S. 96 f.). Beide Texte wurden zur gleichen Zeit geschrieben, und der Schwager, Edgar v. Westphalen, lebte damals in Brüssel mit der Familie Marx zusammen.

scher Widerlegung zusammen, nämlich die „Erörterung auf einen Punkt zu leiten, wo man mit Argumenten wohl versorgt ist“.⁷ Sehr allgemein vom Gesichtspunkt der Rhetorik aus betrachtet, ist der Marxsche Diskurs ein parteilicher Eingriff in eine konkrete Diskursituation, mit der Absicht vorgetragen, die Macht, die tatsächlich oder vermeintlich von dem gegnerischen Diskurs ausgeht, zu vernichten und zu den eigenen Gunsten zu verändern (oder auch zugunsten eines Dritten, wie in den Artikeln der „Rheinischen Zeitung“, in denen Marx Elemente des Ethos und des Pathos einsetzt, um den Leser der Zeitung für das Gewohnheitsrecht der subalternen, sich gesetzeswidrig verhaltenden besitzlosen Bevölkerungsgruppen zu gewinnen). Im Verständnis des *Aristoteles* und auch in dem von Marx richten sich weder die Rhetorik noch die Eristik auf den Sachverhalt bzw. Gegenstand, sondern ausschließlich auf den Diskurs. Eine wesentliche Technik der Marxschen Eristik bilden die Paradoxien. Mit Hilfe der Paradoxien werden die Sätze des Gegners, vor allem die von diesem verwandten Wortbedeutungen, so lange verdreht, bis sie schließlich in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Überzeichnungen der vom Gegner vertretenen Meinung bis hin zur Verfremdung in der Karikatur kennzeichnen durchgängig den Stil der „Heiligen Familie“; freilich auch bis hin zur Unverständlichkeit beim Leser – wie der Marxsche Ärger über die Rezension *Lünings* zeigt. Marx hatte – als „Komödiant“, wie er sich selbst bezeichnete – die Komödie der „Kritischen Kritik“ mit Hilfe von Paradoxien so weit getrieben, daß der eigentliche Gehalt der ganzen Streitschrift nicht mehr so recht sichtbar wurde. Am Ende riskierte er, daß sich die Zeitgenossen nur noch darüber amüsierten, wie sich Marx mit seinen Gegnern amüsierte.

Noch einmal: Dies alles sind rhetorische Techniken ad hominem gerichtet, die vom ideologisch fremden Terrain des Gegners aus angewandt werden. Es wäre grob irreführend, solche Aussagen mit einer argumentativ begründeten Problemstellung des Autors zu verwechseln, also zu verwechseln mit der Dialektik als methodischer Praxis der wissenschaftlichen Kritik, die eine Sache aus sich selbst heraus entwickelt und darstellt.⁸

3. Kriminalpolitik als Sachverhalt im „VIII. Kapitel“ der „Heiligen Familie“

Im „VIII. Kapitel“ finden sich drei Äußerungen von Marx, die unmittelbar Rückschlüsse auf konkrete kriminalpolitische Ereignisse der Zeit zulassen. Die erste Äußerung lautet: „In den diesjährigen Verhandlungen der Deputiertenkammer über das Zellularsystem...“.⁹ – Die Verhandlungen fanden vom 22. April bis 18. Mai 1844 statt. Ihnen waren bereits 1840 und 1843 Verhand-

7 *Aristoteles*, *Sophistische Widerlegungen*, 172b, 25-26. Ed. W. D. Ross, Oxford 1984, 214 f.

8 Vgl. Marxens Nachwort zur zweiten Auflage des „Kapital“ (1873), Engels Rezension „Karl Marx, ‚Zur Kritik der Politischen Ökonomie‘“ (1859), in: Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, Berlin 1963, S. 209/10, sowie insbesondere Friedrich Engels, ‚Anti-Dühring‘, MEW 20, S. 89 und 578.

9 MEW, 2, S. 198.

lungen über den Gesetzesentwurf der Regierung zur Reform des Gefängniswesens vorausgegangen. Obgleich beide Kammern des französischen Parlaments schließlich einer modifizierten Gesetzesvorlage zustimmten, trat die Vorlage in dieser Form niemals in Kraft. Die Auseinandersetzungen sollten sich noch bis weit hinein in die dritte Republik fortsetzen. Offensichtlich war ihr Vorstoß, vor allem der *Alexis de Tocquevilles*, die radikale Version des Zellulargefängnisses in Frankreich einzuführen, verfrüht.

Tocqueville hatte den Untersuchungsausschuß des Parlaments geleitet, der die wichtige Debatte in der Deputiertenkammer vom Juli 1843 vorbereitete. Am 5. Juli 1843 wurde der Kommissionsbericht verlesen. Wir besitzen über den Verlauf der Julisitzung 1843 unter anderem das literarische Zeugnis eines aufmerksamen, ebenfalls in Frankreich emigrierten Beobachters, nämlich *Heinrich Heines* Artikel über „Gefängnisreform und Strafgesetzgebung“ vom Juli 1843. Auch *Heine* bleibt nicht unbeeindruckt vom Auftreten *Tocquevilles* als Ausschußvorsitzenden vor der Kammer: „... Er ist ein Mann von Kopf, der wenig Herz hat und bis zum Gefrierpunkt die Argumente seiner Logik verfolgt; auch haben seine Reden einen gewissen frostigen Glanz, wie geschnittenen Eis“.¹⁰

Tatsächlich war die Unerbittlichkeit, mit der *Tocqueville* über Jahrzehnte die Einführung des Zellulargefängnisses verfolgt hatte, weniger auf politische denn auf positivistisch-scientifische Motive zurückzuführen. Das Gefängnis war für ihn die Architektur, wie er in einem Brief aus dem Jahre 1836 zu verstehen gibt, mit deren Hilfe er Strafe in ihrer letzten methodischen Konsequenz durchführen wollte, das Verbot jeder Verständigung, sei es der der Seele, ihres Verstandes und der des Leibes zwischen den Gefangenen. „Dies ist es, was ich als erstes Prinzip der Wissenschaft betrachte“.¹¹

Angesichts des Umstandes, daß die französische parlamentarische Opposition der Logik *Tocquevilles* wenig entgegenzusetzen hatte, fragte *Heine* sein deutsches Publikum, nun wieder spöttelnd und mit gewohnter Ironie, ob nicht auf diesem Felde der Idee, bei der „allgemeinen Frage über die Bedeutung der Strafe überhaupt“, die „deutsche Opposition“, insbesondere die Vertreter der Präventivlehre, die nicht einmal mehr von Strafe redeten, „weil hier die Verhütung der Verbrechen das leitende Prinzip ist“, „ihre gelehrtesten Lorbeeren erfochten“ hätten. Zu den Anhängern der Präventionslehre zählten zunächst „alle sozialistischen Schulen“, für die in letzter (also utopischer) Konsequenz selbst „die Idee eines Strafrechts als eine Blasphemie erscheinen würde“. Daneben aber gäbe es „minder schwärmerische und sogar praktische Naturen“, deren „ganz besonderen staatsökonomischen Vorschläge... dahin zielen, den Verbrecher vor seinen eigenen bösen Anfechtungen zu schützen, in derselben Weise, wie die Gesellschaft vor der Untat selbst hinreichend bewahrt wird. Hier stehen wir auf dem positiven Boden der Präventionslehre.

10 Heinrich Heine, Werke und Briefe in zehn Bänden, hrsg. von Hans Kaufmann. Band 6, hrsg. von Gotthard Erler, Berlin 1962, S. 547f.

11 Alexis de Tocqueville, *Ecrits sur le Système Pénitentiaire en France et à l'Étranger. Oeuvres Complètes Tome IV, Vol. 2*, hrsg. von Michelle Perrot, Paris 1984, S. 89.

Der Staat wird hier gleichsam eine große Polizeianstalt, im edelsten und würdigsten Sinne, wo den bösen Gelüsten jeder Antrieb entzogen wird ..., wo das demokratische Beispiel unterdrückt wird“. Kommen nun trotz aller Vorkehrungsmaßregeln dennoch Verbrechen zum Vorschein, „so suche man den Verbrecher unschädlich zu machen“, und Strafe verhängt „die Regierung, als Mandatarin der Gesellschaft ..., als Notwehr ..., von dem Grad des Bedürfnisses der sozialen Selbstverteidigung bestimmt“.

„Im Prinzip sind also unsere Ansichten“, fährt *Heine* fort, „ganz übereinstimmend mit denen der französischen Regierung. Aber... in diesem Lande der Sociabilität wäre die Absperrung in Zellen, die pennsylvanische Methode, eine unerhörte Grausamkeit... Diese Burgverliese des neuen Bürgerrittertums wird das Volk ebenso unwillig niederreißen, wie es einst die adelige Bastille zerstörte. So furchtbar und düster dieselbe von außen gewesen sein mochte, so war sie doch gewiß nur ein heiterer Kiosk, ein sonniges Gartenhaus, im Vergleich mit jenen kleinen, schweigenden amerikanischen Höllen, die mehr ein blödsinniger Pietist ersinnen und nur ein herzloser Krämer, der für sein Eigentum zittert, billigen konnte. Der gute fromme Bürger soll hinfüro ruhiger schlafen können – das will die Regierung mit löblichem Eifer bewirken. Aber warum sollen sie nicht etwas weniger schlafen? – Bessere Leute müssen jetzt wachend die Nächte verbringen...“.¹²

Das Geselligkeitsargument, an das *Heine* offenbar große Hoffnungen knüpfte, wird er wahrscheinlich der parlamentarischen Debatte selbst entnommen haben. Es war eine der Stützen der philanthropischen Opposition gegen die Einführung des Zellularsystems in Frankreich. Obgleich selbst von *Charles Lucas*, dem Generalinspektor des Gefängniswesens und erbitterten Gegner *Tocquevilles* vorgetragen, blieb es ein mehrdeutiges Argument. Zweifelsohne wurde die Geselligkeit, der relativ großzügige Verkehr der Strafgefangenen untereinander und mit der Außenwelt als Ursache dafür angesehen, daß die Gefängnisse als „Schule des Verbrechens“ betrachtet wurden. Gewiß kannte die philanthropische Auffassung des Strafwesens den physischen Zwang als Korrektur allzu freimütiger Geselligkeit. Nur die Verfechter der Präventionslehre lehnten diese, in *Heines* Worten „patriarchalisch gemütliche... chinesische Bambuslehre“ als anti-aufklärerisch und Rückfall in die Barbarei ab. Nicht die Physis, sondern die Psyche und die Moral des Menschen sollten Objekt des modernen, wissenschaftlichen Strafvollzugs werden.¹³

12 Heinrich Heine, a.a.O., S. 551-554. Das Urteil über die Herkunft des Zellulargefängnisses aus dem nordamerikanischen Pietismus ist ein hartnäckiges Vorurteil, das bis in unsere Zeit fort-dauert. Tatsächlich sollte die Isolierung der Insassen des ersten Staatsgefängnisses der USA (Philadelphia 1790) verhindern, daß es zu Aufständen unter den Häftlingen komme, die bei der Bevölkerung, die andere Vorstellungen von Freiheit hatte als die zur Macht gelangte Oligarchie, Unterstützung gefunden hätten. Vgl. Paul Takagi, *The Walnut Street Jail: a penal reform to centralize the powers of the State*, in: David F. Greenberg (ed.), *Crime & Capitalism*, Palo Alto 1981, S. 279-291.

13 Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, daß Marx mittelbar von den Parlamentsdebatten Kenntnis hatte. Die Äußerung „... die Ansicht der honetten Leute, welche die Ausbreitung der Ver-

Die zweite Äußerung aus dem „VIII. Kapitel“ lautet: „Hätten Herr Tocqueville und Herr Beaumont den Roman Eugène Sues gründlich studiert, sie hätten unfehlbar die absolute, vollständige Anwendung des Zellularsystems durchgesetzt“.¹⁴ 1842 erscheint im „Journal des Débats“, in 147 Folgen, ein „Roman Feuilleton“, betitelt: „Les Mystères de Paris“. Dieser Zeitungsroman wird auf Anhieb ein immenser Erfolg und macht seinen Verfasser sofort berühmt. Es ist denkbar, daß *Beaumont* und *Tocqueville* nicht erkannten, daß sich hinter den geheimnisvollen Ereignissen eines vielgelesenen Trivialromans ein leidenschaftlicher Verfechter des Zellularsystems verbarg, und den Einfluß verkannten, den *Eugène Sue* möglicherweise auf sein bürgerliches Publikum ausgeübt hat.¹⁵

Der vom Parlament eingesetzte Ausschuß hatte eine Gesetzesvorlage vorbereitet, die in der Tat einen Kompromiß darstellte. Zwei Modelle, zwischen denen der Gesetzgeber zu entscheiden hatte, lagen vor, „Auburn“ oder „Philadelphia“. Beide Modelle sahen die Individualzelle als Regeleinrichtung vor. Allerdings wurden die Häftlinge in Auburn nur nachts isoliert; Arbeit und Essen wurden gemeinsam eingenommen, freilich unter Beachtung eines rigiden Sprechverbots. Die Isolierung in Philadelphia galt dagegen uneingeschränkt, Tag und Nacht. Das Auburn Modell war nun für den Ausschuß indiskutabel, da prinzipiell jeder Kontakt zwischen den Gefangenen unterbunden werden sollte. Man suchte den Kritikern des Zellulargefängnisses auf anderen Wegen entgegenzukommen. Die philanthropische Kritik habe das Prinzip der Isolationshaft mit Bildern vom „Vorhof der Hölle“, „antipiziertem Sarg“ und „seelischem Wahnsinn“ assoziiert. In einem am 9. September 1843 im „Siècle“ anonym erschienen Artikel über die Gesetzesvorlage erläuterte *Beaumont* selbst die Motive des „Kompromisses“. Wie soll man die individuelle Haft realisieren und zugleich die „Laster“ des pennsylvanischen Systems vermeiden? Sie sei das Problem gewesen, für das der Ausschuß eine glückliche Lösung gefunden habe. Er habe nämlich zwischen „Isolierung“ und „Trennung“ unterschieden; die Gefangenen werden durch die Zellen voneinander isoliert, und sie werden von der Außenwelt getrennt. Die „Trennung“ bedeute nichts anderes als eine sorgfältig filtrierte „Öffnung“ der Zellen „auf alle heilbringenden Einflüsse...“, wie den „Anstaltsarzt, den -erzieher und -geistlichen, wie aber auch... Familienangehörige und Mitglieder karitativer Vereine“.¹⁶

Es ist bekannt, daß *Marx* während seines Pariser Exils den „Siècle“ las. Möglicherweise hatte er von dieser anonym erschienen Artikelserie Kenntnis. Er konnte allerdings nicht wissen, daß ausgerechnet *Beaumont*, der Mitstreiter und unzertrennliche Gefährte *Tocquevilles*, ihr Verfasser war. *Marx* kannte zumindest einige der Schriften, die *Gustave de Beaumont* und *Alexis de Tocque-*

brechen aus der Einrichtung der Gefängnisse erklären. Um den Verbrecher der schlechten Gesellschaft zu entziehen, überlassen sie ihn seiner eigenen Gesellschaft“ (MEW, 2, S. 197) findet ihre Entsprechung bei *Tocqueville*, a.a.O., S.135 und S. 141.

14 MEW, 2, S. 198.

15 Vgl. „Introduction“ zu: Eugène Sue, *Les Mystères de Paris*, tome I, Paris 1977.

16 Die Artikelserie wurde in den „Werken“ *Alexis de Tocqueville*, a.a.O., Vol. 1, aufgenommen. Das Zitat findet sich auf S. 477.

ville als Ertrag ihres Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten veröffentlicht hatten. Er hatte ihre Beschreibung über die Religiosität in den „Nordamerikanischen Staaten“ als empirischen Beleg für seine These der Unzulänglichkeit der Bauerschen Kritik am theologischen Begriff des Staates herangezogen. „An diesem Punkt, wo die Frage aufhört, *theologisch* zu sein“, wo sie sich hinwendet zur Kritik des politischen Begriffs des Staates, „hört Bauers Kritik auf, kritisch zu sein“.¹⁷

Beide von *Marx* benutzten Schriften, die von *Beaumont* und die von *Tocqueville*, enthielten im Titel den erläuternden Hinweis, daß es sich um einen der beiden Autoren des Werkes „Du Système pénitentiaire aux Etats-Unis“ handele. Vom Frühjahr 1831 an halten sich die beiden „Unzertrennlichen“, wie sie *Heine* halb spöttelnd, halb bewundernd nennt, fast ein Jahr zum Studium des nordamerikanischen Gefängniswesens in den USA auf. Die beiden Richter des Versailler Tribunals führten vor Ort bemerkenswert exakte und detaillierte Studien durch. Neben sorgfältigen Beobachtungen sichteten sie, durchaus kritisch, die vorhandenen statistischen Daten, zeichneten die Architektur der Gefängnisse bis in die Einzelheiten nach, nahmen teilnehmend am Gefängnisalltag teil und nutzten jede Gelegenheit, die ihnen als Fremden gewährt wurde, um die Strafgefangenen zu interviewen. Besonders eingehend widmeten sie sich den Strafgefangenen, die in den Einzelzellen des Gefängnisses von Philadelphia einsaßen.

Über Motiv und Absicht dieser im Auftrag des Innenministeriums durchgeführten Reise ließen die beiden Verfasser der rasch berühmt gewordenen Schrift über das „Gefängniswesen in den USA“ keinen Zweifel: in die in Frankreich und der romanischen Schweiz beginnenden Debatten über die Reform des Strafvollzugs einzugreifen und diese Reform auf ihren radikalen Kern zu lenken, die Einschließung und die Isolierung des einzelnen Gefangenen von seiner sozialen Umgebung. *Beaumont* und *Tocqueville* hielten alle Formen körperlicher Züchtigung, schließlich auch die Todesstrafe für archaisch und mit dem modernen rationalistischen Denken für unvereinbar. Das aufgeklärte Strafwesen müsse „die Seele des Menschen erreichen, seinen Geist treffen“.¹⁸

Schließlich die *dritte* Äußerung: „Die vier holländischen Agrikulturkolonien, die Verbrecherkolonie Ostwald im Elsaß sind wahrhaft menschliche Versuche, gegenüber der Blendung des maître d'école“.¹⁹ – Durch die Lektüre des Werkes von *Eugène Buret*, „De la misère des classes laborieuses en Angleterre et en France“, von dem er vor der Niederschrift der „Heiligen Familie“ ausführliche Exzerpte anfertigte, hatte *Marx* von dem Experiment der „colonies agricoles“ in den Niederlanden Kenntnis.²⁰ Die 1818 in Den Haag

17 Karl Marx, Zur Judenfrage, in: MEGA². Erste Abteilung, Bd.2: Karl Marx, Werke. Artikel. Entwürfe. März 1843 – August 1844. Berlin 1982, S.146 (MEW 1, S. 351).

18 Tocqueville in der Parlamentssitzung vom 26. April 1844. In: Alexis de Tocqueville, Oeuvres Complètes, a.a.O., Vol. 2, S. 231.

19 MEW, 2, S. 190.

20 Marx hatte diese Feststellung, seinen Gewohnheiten gemäß, aus den eigenen Exzerptheften des ersten Bandes von „Eugène Buret, De la misère des classes laborieuses en Angleterre et en

aufgrund privater Initiative gegründeten Agrikulturkolonien können als zeitgenössische Alternativbewegung zur allgemeinen Strafreformdebatte angesehen werden. Sie stellen eine Art philanthropischer Genossenschaftsbewegung dar. In ihr vereinigten sich zunächst mittellose Bürger, die gegen einen geringen Beitrag die Mitgliedschaft und mit ihr das Recht auf Urbarmachung brachliegenden Bodens erwarben. Das Land wurde von der Genossenschaft mit Hilfe großzügiger Stiftungen erworben und anschließend den Familien gegen einen zinslosen Kredit überlassen. Zugleich stellte die Genossenschaft den Familien die erforderlichen Produktionsmittel zur Verfügung.

Neben diesen „freien“ Siedlern gab es Erziehungs- bzw.- Besserungskolonien für Waisen und „Straf-Agrikulturkolonien“ für Häftlinge. Im Prinzip funktionierten sie ähnlich wie die freien Kolonien, nur daß hier der Staat finanzielle Mittel aufbrachte und die Justiz die Disziplinierungsmaßnahmen garantierte. Wenn man den damals in Westeuropa sehr verbreiteten Schriften einigermaßen vertrauen kann, so soll es Ende der zwanziger Jahre in Belgien und Holland so um die 9000 Siedler, einschließlich der Waisen und Häftlinge, gegeben haben.

Natürlich kannten auch *Beaumont* und *Tocqueville* die „Agrikulturkolonien“. Nur stellten sie in ihren Augen keine Alternative zum Zellengefängnis dar, sondern eine Alternative zur herrschenden Straftentlassenfürsorge. In der Tat bildeten für sie die „in Holland florierenden Agrikulturkolonien“ eine weitaus sinnvollere Institution zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung entlassener Strafgefangener als die in Frankreich jener Zeit praktizierte reine Polizeiaufsicht. Auf diese Weise könne die Gesellschaft ihrer Verpflichtung nachkommen, den entlassenen Strafgefangenen Arbeit zu verschaffen.²¹

„Ostwald“, das 1842 durch die Stadt Straßburg gegründet wurde, war zu der Zeit, als *Marx* die Kolonie erwähnte, keine „Verbrecherkolonie“, sondern noch eine landwirtschaftliche Erziehungsanstalt für Waisen. Sie zählte, ihrer Konzeption nach, zu der durch die Niederlande, aber auch durch das 1832 gegründete und von *Wichern* geleitete „Graue Haus“ bei Hamburg stark beeinflussten philanthropischen Bewegung der „colonies pénitentiaires agricoles“. Die Bewegung gründete zwischen 1838 und 1850, dem Jahr, in dem die Nationalversammlung unter *Louis Napoléon* der Bewegung per Gesetz einen öffentlichen Status verlieh, um die 50 Einrichtungen. Ihre berühmteste, in sich hoch differenzierte und arbeitsteilig komplexe Einrichtung war die Anfang 1840 geschaffene Musterkolonie „Mettray“, in der jugendliche und heranwachsende Strafgefangene untergebracht wurden. Die Insassen waren in Kleingruppen

France“, übernommen. Diese Exzerpte sind Teil der „Pariser Hefte“. Es heißt dort: „Holland hat den Versuch der colonies agricoles gemacht. 4 Armencolonien...“. In: MEGA³. Vierte Abteilung. Bd. 2: Karl Marx/Friedrich Engels, Exzerpte und Notizen 1843 bis Januar 1845, Berlin 1981, S. 569. Da Marx bekanntlich seit dem 6.9.1844 kontinuierlich an dem Manuskript der „Heiligen Familie“ arbeitete, erhärtet sich die Vermutung der Herausgeber dieses MEGA-Bandes, „daß das genannte Exzerptheft bereits im Sommer 1844 vorhanden war (MEGA³, a.a.O., S. 722). Die bisherige vorsichtige Datierung „Zwischen Sommer 1844 und Januar 1845“ (ibid., S. 801) könnte m.E. in Zukunft aufgegeben werden.

21 Alexis de Tocqueville, a.a.O., Vol. 2, S. 244.

aufgeteilt, in denen sich die Totalität dieser Institution widerspiegelte. Diese Gruppen waren zugleich, in den Worten *Foucaults*, „Familie“, „Schule“, „Werkstätte“, „Heer“ und „Rechtsprechungsinstanz“.²²

Ich fasse kurz zusammen: *Tocqueville* sieht in der Zellenhaft die Vollendung des aufgeklärten Strafwesens; er weist den „colonies pénitentiaires agricoles“ ihren arbeitsteilig bestimmten Ort zu – außerhalb seines geschlossenen Systems, in der Straftentlassenfürsorge. – *Marx*, für den die Zellenhaft im Grunde nichts anderes ist als die Isolationshaft, pervertierte Schöpfung spekulativer Einbildungskraft, erblickt in den „colonies pénitentiaires agricoles“ paradigmatisch die menschliche, die materialistische Perspektive, die der spekulativen Perversion antithetisch entgegenzuhalten sei.

4. „Straftheorie“ als eristische Paradoxie

Der Ausgangspunkt: *Marx* bekämpft in der „Kritischen Kritik“ nicht die sich ihrem eigenen Begriff gemäß reproduzierende spekulative Dialektik. So nimmt er die Kritik der Hegelschen Straftheorie ausdrücklich aus seiner Eristik heraus; obgleich diese einer oberflächlichen Betrachtung gleichfalls als „Verkehrung der Wirklichkeit der Philosophie“ erscheinen mag: „Eine Straftheorie, welche zugleich im Verbrecher den *Menschen* anerkennt, kann dies nur in der *Abstraktion*, in der Einbildung tun...“.²³ Nein, die Marxsche Eristik streitet gegen die in der „Kritischen Kritik“ „als *Karikatur* sich reproduzierende *Spekulation*“, eine „inhaltslose Karikatur,... die sich damit begnügt, irgendeine Bestimmtheit aus einem geistigen Produkt oder aus den realen Verhältnissen und Bewegungen herauszunehmen...“, (sie) in eine *Kategorie* zu verwandeln und diese Kategorie für den *Standpunkt* des Produkts... auszugeben“. Die „Kritische Kritik“ verkehrt sich hiermit in eine „Kasustik“, der jede reale Bestimmtheit sich in den Standpunkt des „Guten“ oder des „Bösen“ verwandelt. Erst auf der Stufe der kasuistischen Verkehrung der Wirklichkeit, in der Rezeption der „Mystères de Paris“ durch die „Kritische Kritik“, erweist sich die „Kritische Kritik“ in den Augen von *Marx* „umso lehrreicher“, als sie sich nun „zur anschaulichsten Komödie vollendet“.²⁴

Es liegt im Gang und in der Absicht der Marxschen Eristik, das Augenmerk des Lesers auf jenen Punkt zu lenken, an dem die „Kritische Kritik“, gleichsam aus sich selbst heraus, sich von der Profanität der realen Massen löst und sich, wie ein zeitgenössischer Rezensent aufmerksam beobachtete, in „ihrer einsamen... selbstgenügsamen, absoluten Existenz herausgearbeitet hat...“,

22 Vgl. hierzu: Henri Gaillac, *Les maisons de correction, 1830-1945*, Paris 1971, S. 86-98. Ferner J.-G. Petit, *L'amendement ou l'entreprise de réforme morale des prisons en France au XIX^e siècle*, in: *Déviance et Société*, Vol. VI/4, 1982, S. 331-351. Michel Foucault, *Surveiller et punir. Naissance de la prison*, Paris 1975, S. 300-307. Wichern wurde nach der 48er Revolution, die er erbittert bekämpfte, zum sozial-klerikalen Propagandisten der Einzelhaft in Preußen – freilich ohne auch nur entfernt an die Argumentation Beaumonts oder Tocquevilles heranzureichen.

23 MEW, 2, S. 190.

24 MEW, 2, S.7.

um sich fortan „als Kunstgestalt, als Rudolph“ darzustellen.²⁵ Marx läßt die „Kritische Kritik“ sich selbst zur Fiktion, zu einem „imaginären Unterschied“ von der Realität vollenden, der alle „realen Gegensätze anheimgefallen sind...“; und die nun die Realität als fiktive, imaginäre Welt „wiedererzeugt... Es versteht sich, daß die Wunder der kritischen spekulativen Welterschöpfung, sollen sie nicht entweiht werden, der profanen Masse nur unter der Form der *Mysterien* mitgeteilt werden können... als Geheimniskrämerei“.²⁶ Dank ihrer Sophismen verwandelt die „Kritische Kritik“ durch Herrn *Szeliga* „wirkliche Trivialitäten in Geheimnisse“. Welche Trivialitäten des realen Lebens aber scheinen für die „profane Masse“ geheimnisvoller als Verbrechen und Strafe? Was liegt also näher, als die trivialen Tatsachen des sozialen Verkehrs in „Geheimnisse der Triebfedern zum Bösen“²⁷ zu verdrehen, wie *Eugène Sue* auf die „furchtsame Neugier“ des profanen Lesers kasuistisch spekulierend?

Die Charaktermasken der „modernen Straftheorie“: Drei Gestalten aus der Welt des Sueschen Trivialromans nimmt Marx auf. Da ist zunächst der „*Chorineur*“ – ein kleiner Zuhälter und Gelegenheitsdelinquent der Pariser Unterwelt; ein „naturwüchsiger“ Verbrecher, den *Sue* auf den „Bildungsgang“ tiefer Läuterung schickt, an dessen Ende er sich in ein „heuchlerisches“, sich verstellendes „infames moralisches Wesen“ wandelt.²⁸ Da ist ferner der *Maitre d'école* – der Antiheld des Romans, der „Standpunkt“ des Bösen in *Szeligas* Rezension; in der Marxschen Paradoxie jedoch die Darstellung des realen Menschen, der seiner individuellen Natur nach „von herkulischer Körperkraft und großer geistiger Energie“²⁹ ist und als Verbrecher antithetisch über die „positive Macht“ (verfügt), „seine wahre Individualität geltend zu machen“.³⁰ Schließlich ist da *Rudolph* – der geheimnisvolle Protagonist des Romans, über dessen triviale Wirklichkeit *Sue* seine Leser lange im dunkeln läßt. Rudolph, der „Standpunkt“ des Guten, vernichtet in der Figur des „*maitre d'école*“ den „Standpunkt“ des Bösen, tatsächlich aber zerstört er die gesellschaftliche Natur dieses Menschen. Rudolph läßt den Anti-Helden blenden; er isoliert ihn allegorisch von dem sozialen Raum, der „für seine Lebensäußerung wesentlich“ ist. Sehr zum Wohlgefallen der Leser, die bei Marx genau die gleichen „gens honnêtes“ sind, an die sich auch die Gesetzesvorlage *Tocquevilles* richtet, die Repräsentanten der „Gesetze und Gewohnheiten der bürgerlichen Gesellschaft, deren allgemeines Maß die Mittelmäßigkeit, die zarte Moral und der stille Handel ist“.³¹

Die „Kritische Kritik“ als Straftheorie: In der reinen Kasuistik, die den profanen Menschen von dem sakralen löst, die den realen Menschen zu einem moralischen Wesen verkürzt, vollendet sich die „Kritische Kritik“ als Karika-

25 Wolfgang Mönke, a.a.O., S. 198/99.

26 MEW, 2, S. 56.

27 A.a.O., S. 58.

28 A.a.O., S. 173.

29 A.a.O., S. 187.

30 A.a.O., S. 138.

31 A.a.O., S. 187.

tur und stellt sich als „moderne Straftheorie“ dar. Über den Rückgriff auf die fiktive Version dieser Straftheorie im Sueschen Trivialroman treibt die Marx'sche Eristik die Motive der Vertreter des Zellularsystems auf ihren nicht-fiktiven Paroxysmus zu: Der Leib des Verurteilten, dessen „Kraft ... nicht der Menschheit“ angehört, Inbegriff des Profanen, wird gelähmt, geblendet, gebrochen. Bis zu diesem Punkte, wo wesentliche Elemente der Vergeltung, des *ius talionis* hineinspielen, teilen die „massenhafte“ und die „kritische“ Jurisprudenz den Standpunkt. Beide verfolgen noch das gleiche Ziel: im Häftling, im Menschen die sinnliche Welt zu einer bloßen Idee zu verkehren. Nur das „Exempel“, das Rudolph „für die *juristische* Welt statuieren“³² wird, kündigt die Gemeinsamkeit auf und geht über sie hinaus: „Der Mensch, dem die *sinnliche Welt* zu einer *bloßen Idee* wird, ihm verwandeln sich dagegen bloße Ideen in *sinnliche Wesen*. Die Gespinste seines Gehirns nehmen körperliche Formen an“.³³

Die Romanfigur Rudolph, die den moralischen Standpunkt der Isolationshaft verkörpert, wandelt sich nun endgültig zur Charaktermaske einer „Kritischen Kritik“, die „ihre eigene Dummheit als Dummheit der Masse... darstellt“.³⁴ Der kasuistische „Selbstgenuß der eigenen Vortrefflichkeit“³⁵ schlägt in ein reines Gewaltverhältnis um: Der „imaginäre Unterschied“ des Bewußtseins von der Welt zwingt das seiner realen Möglichkeiten beraubte Individuum in den *Wahnsinn*.

Diese letzte Konsequenz seiner Eristik, daß die als Komödie ihrer selbst die Wirklichkeit in starren Masken des „Standpunktes“ auflösende spekulative Dialektik Gewalt gegen die die Wirklichkeit darstellenden „Massen“ anwendet, braucht *Marx* nicht mehr auszusprechen. Die Paradoxien des „VIII. Kapitels“ der „Heiligen Familie“ überlassen es dem Leser, das „Todesurteil“ über die „Kritische Kritik“ selbst zu fällen.

32 Ibid.

33 A.a.O., S. 215.

34 A.a.O., S. 195.

35 A.a.O., S. 218.

IMSF 1985

Publikationen und Veranstaltungen des IMSF

(Ohne Veröffentlichungen des IMSF oder seiner Mitarbeiter in Zeitschriften, in von Dritten herausgegebenen Sammelbänden usw. Dieser Bericht setzt die Übersicht aus Bd. 7, 1984, S. 416-419, der „Marxistischen Studien“ fort. Hinzuweisen ist auf die Gesamtbibliographie der IMSF-Publikationen: „Das IMSF – Kapitalismusforschung in der Bundesrepublik. Tätigkeit und Arbeitsschwerpunkte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen 1968-1985“, Frankfurt/M. 1985. Der Berichtszeitraum dieser Übersicht reicht von Oktober 1984 bis September 1985.)

Wissenschaftlicher Beirat des IMSF

Dem wissenschaftlichen Beirat des IMSF gehören an: *Prof. Dr. Wolfgang Abendroth*, Frankfurt/M.; *Dr. Hermann Bömer*, Dortmund; *Prof. Dr. Dieter Boris*, Marburg; *Dr. Christoph Butterwege*, Bremen; *Prof. Dr. Frank Deppe*, Marburg; *Dr. Heike Flessner*, Oldenburg; *Prof. Dr. Georg Fülberth*, Marburg; *Prof. Dr. Jörg Huffschnid*, Bremen; *Johanna Hund*, Hamburg; *Prof. Dr. H. J. Krysmanski*, Münster; *Prof. Dr. Lothar Peter*, Bremen; *Prof. Dr. Jan Prieue*, Darmstadt; *Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler*, Bremen; *Prof. Dr. Josef Schleifstein*, Frankfurt/M.; *Dr. Angelina Sörgel*, Bremen; *Dr. Robert Steigerwald*, Eschborn; *Dr. Kurt Steinhaus*, Düsseldorf.

I. Publikationen

1. *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 8, 1/1985, Frankfurt/M. 1985, 319 S., DM 32,- (Schwerpunkte: 1945-1985: Welthistorische Veränderungen; Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im ersten Nachkriegsjahrzehnt).*
2. *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, II/1985, Frankfurt/M. 1985, 677 S., DM 38,- (Schwerpunkt: Zukunft der BRD – Linke Alternativen).*
3. *Beiträge des IMSF, Bd. 7: Umbruch im Produktionsbereich? Branchenanalysen: Chemische Industrie, Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektrotechnische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie und Bauindustrie in der BRD. Mitarbeiter: D. Düe, F. Fiehler, J. Goldberg, G. Hautsch, P. Herrmann, A. Leisewitz, N. Müller, L. Selg. Redaktion: J. Goldberg, Frankfurt/M. 1985, XIV + 428 S., DM 30,-*
4. *Informationsberichte des IMSF, Bd. 41: Große Krisen des Kapitalismus – Lange Wellen der Konjunktur? Beiträge zur aktuellen Krisenanalyse und Monopoltheorie. Beiträge von U. Dolata, J. Goldberg, D. Klein, J. Prieue, W. Schwarz, H. Wagner, Frankfurt/M. 1985, 173 S., DM 12,80.*

5. Informationsberichte des IMSF, Bd. 42: Berufsverbote. Neue Entwicklungen — Kritik — Erfahrungen des Widerstandes. Autorengruppe des IMSF-Arbeitskreises „Marxistische Staats- und Rechtstheorie“: *K. Herkenroth, H. Holländer, O. Jäckel, M. Kutscha, H. Meister, U. Post*. Redaktion: *M. Schmidt, C. Skrobanek-Leutner, A. Walter, H. Walter*, Frankfurt/M. 1985, 96 S., DM 9,80.
6. Informationsberichte des IMSF, Bd. 43: Emanzipation in der Krise? Materialien zur Lebenslage der Frauen. Hrsg. Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF. Redaktion: *J. Hund, A. Steinberg*, Frankfurt/M. 1985, 281 S., DM 18,-.
7. Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Heft 15: *Alfred Menzel*, Klassenstruktur und politische Bewegung. Beispiel Hamburg: Neue soziale und gewerkschaftliche Bewegungen, Frankfurt/M. 1985, 144 S., DM 8,-.
8. Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Heft 17: *Lothar Peter*, Zwischen Reformpolitik und Krise — Gewerkschaften in Frankreich 1981–1985, Frankfurt/M. 1985, ca. 128 S., DM 8,-.
9. Theorie und Methode VIII: Matriarchat — Patriarchat. Zur Entstehung der Frauenfrage, Frankfurt/M. 1985, ca. 180 S., 15,-.
10. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 16: Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa. Materialien einer internationalen Konferenz des IMSF, Frankfurt/M. 1985, ca. 550 S., DM 32,-.
11. Institutsmitteilung Nr. 25.: Perspektiven der Lebensweise — marxistische und grün-alternative Gesichtspunkte. Materialien einer Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M. 1984, 58 S., DM 7,-.
12. Institutsmitteilung Nr. 28: *W. Baumann, E. Dähne, M. Kutscha, K. Priester*, Auf zum nächsten Boykott? Zum Regierungsentwurf eines „Volkszählungsgesetzes 1986“, Frankfurt/M. 1985, 17 S., DM 3,-.
13. Das IMSF — Kapitalismusforschung in der Bundesrepublik. Tätigkeit und Arbeitsschwerpunkte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) 1968–1985. Mit einer Bibliographie, Frankfurt/M. 1985, 74 S.
14. IMSF (Hrsg.), Zur Zukunft der Gewerkschaften. Eine Diskussion nach der ersten Etappe des 35-Stunden-Kampfes. Materialien der Tagung des IMSF zum Thema „Situation und Perspektive der Gewerkschaftsbewegung“ vom 10./11. November 1984 in Mörfelden bei Frankfurt, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1985, 262 S., DM 10,80.
15. *E. Dähne* (Hrsg.), Gemeindeleute. Handbuch für eine alternative kommunalpolitische Praxis, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1985, 496 S., DM 27,-.
16. Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF (Hrsg.), Patriarchat und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Frauenunterdrückung, zu Reproduktionsbereich und Hausfrauisierung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1985, 204 S., DM 9,80.

17. *H. Jung, /F. Krause*, Die Stamokap-Republik der Flicks, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1985, 151 S., DM 6,80.
18. *K. Maase*, „Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald . . .“. Wandel der Arbeiterkultur und Zukunft der Lebensweise, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1985, ca. 280 S., ca. DM 12,-.
19. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: *J. Goldberg, K. Pickshaus, W. Schwarz* u. a. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Nachrichten-Verlag, Frankfurt/M., vier Ausgaben.
20. Broschürenreihe „Durchblick“ hrsg. vom IMSF, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 16 S., DM 1,-: Heft 5 (1985) „Mehr Gewinne – Mehr Arbeitsplätze?“ (Verf. *J. Priewe*); Heft 6 (1985) „Weltmarkt-Offensive: Weg aus der Krise?“ (Verf. *B. Roth*).

II. Konferenzen, Seminare, Veranstaltungen

1. „Situation und Perspektive der Gewerkschaftsbewegung“. Wissenschaftliche Tagung des IMSF am 10./11. November 1984 in Mörfelden, 300 Teilnehmer. Vorträge und Diskussion im Plenum und in drei Arbeitsgruppen. Einleitende Beiträge: *K. Pickshaus, J. Bünnig, F. Deppe, C. Watkinson, R. Detje, W. Gehrcke, A. Leisewitz, H. Bierbaum, W. Roßmann, M. Balder*. *Konferenzmaterialien*: IMSF (Hrsg.), Zur Zukunft der Gewerkschaften. Eine Diskussion nach der ersten Etappe des 35-Stunden-Kampfes, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1985; Bericht in „Marxistische Blätter“ H. 1/1985.
2. „Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa“. Eine Internationale Konferenz des IMSF, Frankfurt/M., 16./17. März 1985, J. W. Goethe Universität. 1100 Teilnehmer, Vorträge und Diskussion im Plenum und in 13 Arbeitsgruppen. Einleitende Hauptbeiträge im Plenum: *H. Jung, B. Gäbler / W. v. Haren, A. Bertho (Paris), V. L. Allen (Leeds), A. Mazzone (Messina/Rom), E. Hahn (Berlin/DDR), M. Jansen, K. Holzkamp, F. Deppe*. Abendveranstaltung „Intellektuelle in der Arbeiterbewegung“. Eine Diskussion mit *W. Abendroth, H. Brender, J. Schleifstein*. Ausländische Teilnehmer aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Dänemark, Finnland, Österreich, UdSSR, DDR, Ungarn. *Konferenzmaterialien*: IMSF (Hrsg.), Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa. Materialien einer internationalen Konferenz des IMSF. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 16, Frankfurt/M. 1985; Marxistische Blätter H. 4/1985.
3. „Westeuropa in Wirtschaft und Politik des Imperialismus“. Gemeinsame Tagung des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO, Moskau), des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW, Berlin/DDR) und des IMSF (Frankfurt/M.), 10.–15. Juni 1985 in Moskau. Teilnehmer: Für das IMEMO *W. Martynow, I. Gurjew, W. Schenajew, J. Chessin, J. Schischkow, D. Melnikow, S. Peregudow, N. Gausner, J. Andrew, M. Siborowa, N. Kischilow, W. Pankow, W. Rasmje-*

row, S. Sokolski; für das IPW L. Maier, R. Kowalski, S. Schwarz, G. Basler, R. Claußnitzer; für das IMSF H. Jung, Chr. Butterwegge, F. Deppe, J. Huffschild, A. Sörgel.

Konferenzmaterialien: Veröffentlichung der Beiträge in der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“. Konferenzbericht in „Marxistische Blätter“ H. 5/1985.

4. „Wertgesetz und Regulierung im staatsmonopolistischen Kapitalismus.“ Seminar der Sektion Wirtschaftswissenschaften — Bereich Politische Ökonomie — der Humboldt-Universität (Berlin/DDR) unter Beteiligung des IMSF, 8./9. September 1984 in Berlin/DDR. 30 Teilnehmer. Einleitende Beiträge: D. Klein, H. Wagner.
Konferenzmaterialien: Einleitende Beiträge und Konferenzbericht in: Informationsberichte des IMSF, Bd. 41, Große Krisen des Kapitalismus — Lange Wellen der Konjunktur? Beiträge zur aktuellen Krisenanalyse und Monopoltheorie, Frankfurt/M. 1985.
5. „Arbeiterklasse und gesellschaftlicher Fortschritt — alte und neue Fragen.“ Marxistische Woche vom 1.–6. Oktober 1984 in Salzburg, gemeinsam veranstaltet von: Kommunistischer Studentenverband Österreich (KSV), „Weg und Ziel“ und IMSF. 110 Teilnehmer aus Österreich, der BRD, der Schweiz, Dänemark und Luxemburg. Vorträge von: P. Fleissner, J. Goldberg, J. Ehmer, H. Jung, F. Deppe, E. Wimmer, J. Mende, R. Hiepe.
Konferenzmaterialien: P. Fleissner, F. Deppe (Hrsg.), Arbeiterklasse — gibt's die noch? Wien 1985; Bericht in „Marxistische Blätter“ H. 1/1985.
6. „Marxismus als Zukunftsdenken“. Marxistische Studienwoche 1985, veranstaltet vom IMSF, Bonn, 15.–21. Juni 1985. 30 Teilnehmer. Vorträge von: E. Gärtner, A. Leisewitz, A. Sörgel, K. Maase, A. v. Pechmann, W. Gerns.
7. „Notwendigkeit utopischer Programmatik heute?“ Diskussionsrunde des IMSF, 7. Oktober 1984, Frankfurt/M., 25 Teilnehmer. Einleitende Beiträge: H. Jung, H. J. Sandkühler, R. Steigerwald, F. Deppe, A. Sörgel, K. Naumann, E. Högemann-Ledwohn, A. Engelhardt, W. Gerns.
Konferenzmaterialien: Einleitende Beiträge in „Marxistische Blätter“ H. 1/1985.
8. „Kapitalistische Internationalisierung der Gegenwart“. IMSF-Diskussionsveranstaltungen mit L. Maier und H. Heiningen (IPW, Berlin/DDR), 15.–19. April 1985, in Marburg, Nürnberg, Regensburg, München, Frankfurt/M.; zwischen 30 und 50 Teilnehmer.
9. „Wählerpotential der DKP — Wählerpotential links von SPD und Grünen“. Diskussionsrunde des IMSF, 27. April 1985, Frankfurt/M., 20 Teilnehmer. Einleitender Beitrag: F. Kröll.
10. „Zur Programmdiskussion in der SPD“. Diskussionsrunde des IMSF, 22. 6. 1985, Frankfurt/M., 15 Teilnehmer. Einleitende Beiträge: R. Eckert, H.-G. Hofschien, J. Bischoff, H. Thüer, J. Reusch, J. Baumgärtner, J. Klotz.
Konferenzmaterialien: Einleitende Beiträge in „Marxistische Blätter“ H. 5/1985.

11. „Perspektiven der Lebensweise. Marxistische und grün-alternative Gesichtspunkte“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“, 29. September 1984, Frankfurt/M. 30 Teilnehmer. Einleitende Beiträge: *K. Maase, W. Frank*.
Konferenzmaterialien: IMSF-Institutsmitteilungen Nr. 25: Perspektiven der Lebensweise — marxistische und grün-alternative Gesichtspunkte, Frankfurt/M. 1984.
12. „Aspekte der juristischen Auseinandersetzung im Kampf um die 35-Stunden-Woche“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Marxistische Staats- und Rechtslehre“, 8. Dezember 1984, Frankfurt/M., 45 Teilnehmer. Einleitende Beiträge: *K. Pickshaus, G. Dapprich, M. H. Bobke, H. Unterhinninghofen*.
Konferenzmaterialien: Bericht in „Demokratie und Recht“ H. 1/1985.
13. „Ende der Arbeitsteilung? – Zur Kritik der neuen Kern-Schumann-Studie“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und soziale Folgen“, 9. Februar 1985, Frankfurt/M., 25 Teilnehmer. Einleitende Beiträge: *A. Leisewitz, J. H. v. Heiseler, U. Schumm-Garling*.
Konferenzmaterialien: Bericht in „Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF“ 8, 1985.
14. „Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“, 8. Juni 1985, Frankfurt/M., 20 Teilnehmer. Einleitende Beiträge: *V. Buddrus, D. Kramer, K. Maase*.
Konferenzmaterialien: Bericht in „Marxistische Blätter“ H. 5/1985.
15. „Zum Stellenwert der Familie in der sozialistischen Theorie“. Diskussionsrunde des Arbeitskreises „Frauenfrage“ beim IMSF, Frankfurt/M., 8. Juni 1985, 20 Teilnehmerinnen. Einleitende Beiträge: *A. Steinberg, H. Knake-Werner, E. Laudowicz*.
16. „Zukunft der Arbeit: Technikgestaltung und das Konzept progressiver Arbeitsinhalte. Erfahrungen und Probleme in der Industrie der DDR“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und soziale Folgen“, 15. Juni 1985, Frankfurt/M., 25 Teilnehmer. Einleitender Beitrag: *F. Macher* (TU Dresden, Sektion Arbeitswissenschaften).

Autoren dieses Bandes

Prof. Dr. Leonid Abalkin, Moskau, Wirtschaftswissenschaftler.

Walter Baumann, Frankfurt/M., geb. 1955, Dipl.-Soziologe, wiss. Mitarbeiter an der Universität Frankfurt/M., Arbeitsgebiete: Armut in der BRD, Medizinsoziologie.

Alf Baumhöfer, Petersfehn, geb. 1950, Dipl.-Ök., Dipl.-Betriebswirt, Projekt- und Betriebsberater bei „Netzwerk Bremen – Nord-Niedersachsen“.

Prof. Dr. Arnim Bechmann, Barsinghausen, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Landschaftsökonomie der FU Berlin; Arbeitsgebiete: Ökologische Theorie, Umweltpolitik.

Klaus Betz, Westberlin, geb. 1949, M.A., Kommunikationswissenschaftler, wiss. Angestellter an der FU Berlin; Arbeitsgebiete: Medienpolitik und -ökonomie.

Dr. Joachim Bischoff, Hamburg, geb. 1944, Angestellter; Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Klassenstruktur.

Dr. Hermann Bömer, Dortmund, geb. 1947, Akad. Rat für Politische Ökonomie am FB Raumplanung der Universität Dortmund; Arbeitsgebiete: Globale Probleme, Alternativen der Wirtschafts- und Regionalpolitik, Marxistische Raumökonomie, Stahlindustrie.

Prof. Dr. Klaus Brake, Oldenburg, geb. 1940, Hochschullehrer für Raumplanung an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

Dr. Ulrich Briefs, Posterholt, geb. 1939, Dipl.-Volkswirt, wissenschaftlicher Referent im WSI des DGB; Arbeitsgebiet: Neue Technik und Rationalisierung.

Dr. Christoph Butterwege, Bremen, geb. 1951, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an den Universitäten Duisburg und Münster; Arbeitsgebiete: Staatstheorie, Geschichte der Sozialdemokratie, NATO-Strategie.

Rolf Czeskleba-Dupont Ph.D., Kopenhagen, geb. 1944, z. Zt. arbeitslos; Arbeitsgebiete: Energie- und Umweltforschung, Regionalwissenschaft.

Dr. Eberhard Dähne, Frankfurt/M., geb. 1938, Dipl.-Landwirt, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Reproduktion der Arbeitskraft, Stadt- und Regionalsoziologie.

Dr. Klaus Dieckhoff, Marburg, geb. 1946, wiss. Angestellter; Arbeitsgebiete: Wirtschafts- und Regionalsoziologie, Wirtschafts- und Sozialstatistik.

Dr. Nikolaus Dimmel, Salzburg, geb. 1959, Universitätsassistent; Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Rechtssoziologie.

Dr. Rainer Eckert, Frankfurt/M., geb. 1944, Lehrer für Mathematik und Physik, Sekretär des Bezirksvorstandes der DKP Hessen; Arbeitsgebiete: SPD, Theorie des „demokratischen Sozialismus“.

Dr. Erhard Eppler, Dornstetten, geb. 1926, Mitglied des Präsidiums und Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Dr. Peter Fleissner, Wien, geb. 1944, Universitätsdozent, stellv. Direktor des Instituts für sozio-ökonomische Entwicklungsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; Arbeitsgebiete: Technologiefolgenabschätzung, Arbeitswerttheorie, Sozialkybernetik.

Florian Frerks, Bremen, geb. 1952, Student der Sozialwissenschaften; Arbeitsgebiet: Wissenschaftsforschung.

Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg, geb. 1939, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Arbeitsgebiete: Geschichte der Kommunalpolitik, CDU/CSU.

Edgar Gärtner, Besançon, geb. 1949, Hydrobiologe, Publizist; Arbeitsgebiet: Umweltpolitik.

Willi Gerns, Bremen, geb. 1931, Mitglied des Präsidiums der DKP.

Dr. Erzsébet Gidai, Budapest, Abteilungsleiterin am Institut für Gesellschaftswissenschaften des ZK der USAP.

Dr. Jörg Goldberg, Frankfurt/M., geb. 1943, Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Krisentheorie, Analyse der Wirtschaftsentwicklung.

Karl-Heinz Heinemann, Köln, geb. 1947, Dipl.-Soz., Redakteur.

Manfred A. Heinrichs, Erlangen, geb. 1953, Mechaniker, Grafiker, Student der Ingenieurwissenschaften; Arbeitsgebiete: Neurokybernetik, Alternative Forschungs- und Technologiepolitik, Probleme des marxistischen Alltags.

Prof. Dr. Rudolf Hickel, Bremen, geb. 1942, Hochschullehrer im FB Wirtschaftswissenschaften der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Theorie der Wirtschaftswissenschaft, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Prof. Dr. Dr. h. c. Walter Hollitscher, Wien, geb. 1911, emeritierter Universitätsprofessor (Berlin/DDR, Leipzig, Moskau); Arbeitsgebiete vor allem: Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaft; Ideologiekritik; Logik der Forschung.

Prof. Dr. Hans Heinz Holz, Professor für Philosophie an der Rijksuniversiteit Groningen.

Prof. Dr. Jörg Huffschnid, Bremen, geb. 1940, Hochschullehrer für politische Ökonomie an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Wirtschaftsentwick-

lung, Alternative Wirtschaftspolitik, Monopolisierung, ökonomische Fragen von Rüstung und Abrüstung.

Johanna Hund, Hamburg, Soziologin, lehrt Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik; Arbeitsgebiete: Entwicklung der Arbeit, Zukunft der Frauenarbeit, Marxismus und Frauenfrage.

Dr. Heinz Jung, Frankfurt/M., geb. 1935, Ökonom, Leiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Zeitgenössische Kapitalismustheorie und -analyse.

Henning Keese-Philipps, Düsseldorf, geb. 1955, Lehrerstudium, Doktorand, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung der Grünen.

Brigitte Kiechle, Karlsruhe, geb. 1951, Lehrerausbildung, tätig als Sozialarbeiterin, Betriebsrätin, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands der Demokratischen Sozialisten.

Prof. Dr. Annette Kuhn, Bonn, geb. 1934, Professorin für Geschichte und ihre Didaktik an der Universität Bonn; Arbeitsgebiete: Friedensforschung, Frauengeschichtsforschung, Geschichtsdidaktik.

Dr. André Leisewitz, Frankfurt/M., geb. 1947, Dipl.-Biol., Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Dr. Kaspar Maase, Bad Vilbel, geb. 1946, Dipl.-Kulturwissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Theorie und Soziologie von Kultur und Lebensweise.

Leonhard Mahlein, Stuttgart, geb. 1921, 1968 – 1983 Vorsitzender der IG Druck und Papier, seit 1976 Präsident der Internationalen Grafischen Föderation; Arbeitsgebiet: Geschichte und Politik der Gewerkschaften.

Herbert Mies, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei.

Michael Opielka, Hennef, geb. 1956, Dipl.-Päd., wiss. Mitarbeiter der Grünen im Bundestag für allg. Sozialpolitik; weitere Arbeitsgebiete: Selbstverwaltungsökonomie, Kibbuzforschung, ökologische Sozialforschung.

Dr. Karl Pawek, Hamburg, geb. 1945, Publizist; Arbeitsgebiet: Medientheorie und -politik.

Horst Peter, Kassel, geb. 1937, Bundestagsabgeordneter der SPD, Studiendirektor a. D.; Arbeitsgebiete v. a. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Klaus Pickshaus, Frankfurt/M., geb. 1949, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Soziale Bewegungen.

Norbert Preußner, Wiesbaden, geb. 1946, Dipl.-Päd., Sozialarbeiter; Arbeitsgebiete: Armutsforschung, Geschichte der Sozialpolitik.

Klaus Priester, Frankfurt/M., geb. 1952, Dipl.-Soz., wiss. Mitarbeiter an der Universität Frankfurt/M.; Arbeitsgebiet: Medizinsoziologie.

Prof. Dr. Otto Reinhold, Berlin (DDR), Wirtschaftswissenschaftler, Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Mitglied des ZK der SED.

Dr. Jürgen Reusch, Frankfurt/M., geb. 1947, stellv. Leiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Rüstung/Abrüstung, Friedensbewegung.

Dr. Bernhard Roth, Bremen, geb. 1950, Dipl. Volkswirt, wiss. Mitarbeiter an der Universität Bremen, Mitarbeiter in der Memorandumsgruppe; Arbeitsgebiete: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Regional- und Kommunalpolitik.

Dr. Werner Rügemer, Köln, geb. 1941, Redakteur.

Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler, Bremen, geb. 1940, Hochschullehrer für Philosophie, Wissenschaftstheorie und -geschichte an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Geschichte der klassischen bürgerlichen Philosophie, Geschichte des Sozialismus und des Marxismus, Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie.

Dr. Winfried Schwarz, Frankfurt/M., geb. 1948, Dipl.-Soz., Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Marx-Engels-Forschung.

Prof. Dr. Dr. Rolf Schwendter, Kassel/Wien, geb. 1939, Professor für Devianzforschung an der Gesamthochschule Kassel – Universität des Landes Hessen; Promotionen aus Rechts- und Staatswissenschaften und aus Philosophie; Arbeitsgebiete u.a.: Subkulturforschung, Psychiatriekritik, Futurologie.

Hermann Sittner, Dortmund, geb. 1935, Journalist, Referent beim Parteivorstand der DKP; Arbeitsgebiet: Demokratische Bündnispolitik.

Dr. Angelina Sörgel, Bremen, geb. 1948, Wirtschaftswissenschaftlerin, wiss. Mitarbeiterin an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Monopoltheorie, Wirtschaftspolitik.

Dr. Robert Steigerwald, Eschborn, geb. 1925, Leiter der Abteilung Theorie und marxistische Bildung beim Parteivorstand der DKP.

Eckhard Stratmann, Bochum, geb. 1948, Studienrat a. D., Fraktionsmitarbeiter der Grünen im Bundestag; Arbeitsgebiet: Wirtschaft.

Helmuth Weiß, Hamburg, geb. 1953, Dipl.-Psych., Verlagsangestellter; Arbeitsgebiet: Bewußtseinstheorie.

Heinrich Werner, Mainz, geb. 1933, ev. Theologe und Journalist; Arbeitsgebiete: Theologie, Geschichte, Politik, Gewerkschafts- und Medienpolitik.

Prof. Dr. Hartwig Zander, Frankfurt/M., geb. 1940, Hochschullehrer an der Universität Frankfurt/M.; Arbeitsgebiete: Pädagogik, Kriminal- und Sozialpolitik, Epistemologie und Theorienbildung.

Zusammenfassungen

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 11 - 45

Heinz Jung

Umbruchperiode? Die BRD bis zum Jahr 2000

Der Beitrag erörtert, ausgehend von der Veränderung der Produktivkräfte mit dem Wirksamwerden des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und den Krisenprozessen des Kapitalismus, die erkennbaren Veränderungen in der BRD. Ein Hauptakzent besteht in der Wechselwirkung innerer und äußerer Entwicklungsprozesse und Widersprüche. Er gelangt zu dem Schluß, daß die BRD in eine Umbruchperiode steuert, in der Situationen entstehen werden, deren Widersprüche nicht im normalen Gang der Reproduktion gelöst werden können. Diese Situationen sind insofern offen, als die zukünftige Entwicklungsrichtung an ausgekämpfte Kräfteverhältnisse gebunden sein wird. Für die nähere Zukunft wird mit dem Übergang zu einer etatistisch-reformistischen Entwicklungsvariante gerechnet, die sich unter dem Druck der Krisenprozesse und breiter Massenbewegungen bei einer Regierungsbildung durch die SPD durchsetzen könnte.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 46 - 60

Hans Heinz Holz

Menschheit, Natur und gesellschaftlicher Fortschritt. Überlegungen zu Gegenwart und Zukunft

Der Autor entwickelt, daß die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution als Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte eine neue historische Situation schafft. In ihr liegen Möglichkeiten der Selbstvernichtung der Menschheit wie erweiterte Selbstverwirklichung in einer vernünftigen Ordnung der Produktionsverhältnisse. In diesem Formationswechsel ist die Entwicklung des zivilisatorischen Systems der Bedürfnisse aufzuheben, nicht zurückzunehmen. Die Hauptkonflikte der gegenwärtigen Übergangsperiode sind nur unter dem Gesichtspunkt der weltumspannenden Klassenauseinandersetzung zu erfassen und letztlich zu lösen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 61 - 76

Hans Jörg Sandkühler

Die Notwendigkeit des Möglichen. Über Zukunftsdenken und Utopie.

Das Nachdenken über Zukunft gehorcht Interessen, und der Widerspruch der pluralisierten Zukunftsperspektiven scheint ein einheitliches, humanistisch verantwortliches Subjekt der Verwirklichung des Möglichen auszuschließen. Das Plädoyer für „Zukunft“ als historische Kategorie geht von den Problemen des Zukunftsdenkens in der Krise und den Schwierigkeiten der Individuen aus, ihre Lebenszeit in der Dimension der allgemeinen Weltzeit, der geschichtlichen Zukunft, zu verstehen. Geprüft werden unterschiedliche Bedeutungen von „Utopie“ und die Berechtigung der Utopie-Kritik: Der bürgerlichen Abwehr des Utopischen wird die Konzeption der sozialistischen Arbeiterbewegung entgegengesetzt. Abschließend wird auf die Rolle der Intellektuellen im Zukunftsdenken verwiesen.

Jürgen Reusch**Keine Zukunft ohne Frieden**

Jedes Nachdenken über die Zukunft muß Frieden und Abrüstung einschließen. Die Fortsetzung der vom Imperialismus verantworteten Rüstungstrends und Kriegsvorbereitungen wird die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme der Menschheit bis ins Unerträgliche verschärfen und die Weltlage weiter destabilisieren. Das erfordert, den Kampf um die Verhinderung eines Atomkriegs durch eine breite Koalition des Friedens und der Vernunft mit einem Zukunftskonzept alternativer Friedens- und Sicherheitspolitik zu verbinden und weiterzuarbeiten an der wissenschaftlich begründeten Vision von Gesellschaftsverhältnissen, die nicht den Keim neuen Krieges in sich tragen.

Leonid Abalkin**Die neuen Anforderungen des entwickelten Sozialismus an die politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR**

Der Verfasser untersucht, welche Konsequenzen der Übergang der UdSSR zu einem Typ intensiven sozialistischen Wirtschaftswachstums für den realen Entwicklungsprozeß des entwickelten Sozialismus und für das ökonomische Denken hat. Er plädiert für die rasche Überwindung konservativer Stereotypen, die der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Produktion und der den neuen Produktivkräften entsprechenden Produktionsverhältnisse im Wege stehen. Er geht davon aus, daß sich die UdSSR heute in einer Umbruchsituation befindet und der Übergang zu neuen Entwicklungsformen unabdingbar geworden ist. Von Bedeutung ist dabei die Herausarbeitung von Kriterien, die das angestrebte Reifestadium des entwickelten Sozialismus kennzeichnen werden.

Otto Reinhold**Die Gestaltung des entwickelten Sozialismus — strategisches Ziel der Gesellschaftspolitik der SED**

Der Verfasser erläutert die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft im Kontext der Aussagen von Marx, Engels und Lenin und der historischen Erfahrungen bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Er setzt sich mit Ansichten auseinander, die die eigenständigen und langfristig orientierten Entwicklungsaufgaben des Sozialismus ignorieren oder ihnen ungenügend Rechnung tragen. Ein Übergang zum Kommunismus erscheint nur nach und mit der vollen Entfaltung der Entwicklungspotenzen des Sozialismus möglich. Bei der Darstellung der Merkmale des entwickelten Sozialismus geht der Verfasser insbesondere auf die spezifischen sozialökonomischen Grundlagen, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Prozeß der Produktivkraftentwicklung und die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft ein.

Erzsébet Gidai**Wege und Möglichkeiten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns**

Der Beitrag geht von den Anpassungsproblemen der ungarischen Wirtschaft in den 70er Jahren aus, die mit der Veränderung der außenwirtschaftlichen Bedingungen eingetreten waren. Die

Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts machte eine einschneidende Änderung des Wirtschaftskurses erforderlich. Ein Schlüsselproblem ist die Weiterentwicklung des Systems der Wirtschaftsführung und -regulierung, und dabei besonders die größere Selbständigkeit der Unternehmen und die Demokratisierung ihrer Leitungsstrukturen. Die Marktbeziehungen erhalten einen höheren Stellenwert. Der Beitrag erörtert ferner die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials und seiner Struktur sowie die Einkommensverhältnisse. Mit der zunehmenden Differenzierung der Arbeitseinkommen erhöht sich die Bedeutung sozialpolitischer Maßnahmen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 160 – 175

Peter Fleissner

Zum Umbruch des Produktivkraftsystems

Im vorliegenden Papier wird eine Präzisierung des entwicklungsleitenden vergegenständlichten Elements der Produktivkräfte der Gegenwart, der informationsverarbeitenden Maschinerie, versucht. Die bereits in den Labors befindlichen technischen Realisierungen ihrer Bestandteile werden referiert. Einige weniger diskutierte Rückwirkungen auf die lebendige Arbeit und die Gestaltung der Arbeitsprozesse sowie auf das makroökonomische System (formeller/informeller Sektor) werden anschließend dargestellt.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 176 – 196

Hermann Bömer

Global denken — Vor Ort handeln? Zu einigen Auswirkungen der globalen Probleme auf die BRD

Zwar wird die Zuspitzung der globalen Probleme in der Bundesrepublik rezipiert, aber oftmals im grün-alternativen Spektrum mit der Losung „Global denken — Vor Ort handeln“ letztlich verharmlost. Die Analyse der Zuspitzung der globalen Probleme und der strategischen Antworten von Konservativen, Sozialdemokraten, Grünen und Marxisten zeigt, daß diese Orientierung zu kurz greift.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 197–217

Edgar Gärtner

Die ökologische Krise. Waldsterben, Bodenzerstörung, Wasserbelastung — Stand und Perspektiven

Ausgehend von einer vorläufigen Definition der ökologischen Krise, werden die Ursachen, das Ausmaß und die Dringlichkeit der drei wichtigsten Umweltprobleme der BRD (Waldsterben, Bodenvergiftung und Trinkwasserverknappung) untersucht. Die drei eng miteinander verflochtenen Krisenprozesse können sich noch vor dem Jahre 2000 zu einer Katastrophe ausweiten, wenn in den nächsten Jahren keine grundlegende Wende in der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung vollzogen wird. Noch sind die unumgänglichen Reparaturen am Naturhaushalt und an der menschlichen Gesundheit bezahlbar. Offen ist aber die Frage, wer sie bezahlt.

Jörg Goldberg**Die Perspektiven der Akkumulation von fixem Kapital. Ökonomische Tendenzen bis zum Jahr 2000**

Vielfach wird von der bevorstehenden breiten Nutzung der neuen Technologien, von der Modernisierung des Produktionsapparates, eine Revitalisierung der Akkumulations- und Wachstumsdynamik des Kapitalismus erwartet. Die Mikroelektronik und andere Techniken sind jedoch vorwiegend Rationalisierungstechnologien, deren kapitalistische Anwendung im Rahmen der bestehenden industriellen Basisstrukturen möglich ist. Ihr relativ „kapitalsparender“ Charakter erlaubt die Einführung ohne umfangreiche Neuanlagen von fixem Kapital. Die Akkumulation von fixem Kapital als materielle Grundlage der Widersprüche auf allen Ebenen der Gesellschaft wird daher durch die Rationalisierung keine wesentliche Beschleunigung erfahren. Bis zum Jahr 2000 ist mit einem Anhalten der durch Krisen, strukturelle Überakkumulation von Kapital und wachsende Disproportionen auf allen Ebenen gekennzeichneten ökonomischen Situation zu rechnen.

Jörg Huffschild**Ökonomische Strukturen im Wandel. Basistrends und Entwicklungsvarianten**

Die Analyse der ökonomischen Krisenprozesse verweist auf eine Veränderung von Dichte und Festigkeit des Zusammenhangs von Kapitalverwertung und gesellschaftlicher Reproduktion. Als historische Grundtendenz ergibt sich eine chronische und ansteigende Überakkumulation. Die Anpassungsreaktionen des kapitalistischen Systems (Monopolisierung, staatsmonopolistische Regulierung) führen unter den Bedingungen der gegenwärtigen antistatistisch-aggressiven Entwicklungsvariante zur Verstärkung der Entkoppelungseffekte. Die Zerrüttung der Reproduktionsgrundlagen und des Binnenmarktes sind die zwangsläufigen Folgen. Als aktuelle Alternative steht die Durchsetzung einer etatistisch-reformistischen Entwicklungsvariante des SMK, deren innere Grenzen und Widersprüche nur in dem Maße überwunden werden können, wie die Übergänge zu einem antimonopolistischen Weg durchgesetzt werden.

Klaus Dieckhoff**BRD 2000 — Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit. Aus vorliegenden Szenarien und Prognosen**

Die BRD-Wohnbevölkerung wird im Jahre 2000 kleiner als heute sein. Anhaltend niedrige Geburtenziffern werden zu einer deutlichen Abnahme der bundesdeutschen Bevölkerung führen. Durch die zu erwartende Verminderung des Sterberisikos wird sich zugleich der Altersaufbau der Bevölkerung zugunsten älterer Altersklassen verändern. Für die wirtschaftliche Entwicklung werden niedrige Zuwachsraten für das gesamtwirtschaftliche Wachstum und weitere Produktivitätsfortschritte vorausgeschätzt. Daraus resultiert, daß auch für das Jahr 2000 mit einer hohen Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 265 – 287

Eberhard Dähne

Klassenstruktur und Herrschaft. Zur Sozial- und Klassenstruktur in der Mitte der achtziger Jahre. Tendenzen ihrer zukünftigen Entwicklung

Es werden die voraussichtlichen Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung, des Erwerbsverhaltens und der Arbeitsmarktsituation analysiert. Es wird geschätzt, daß im Jahr 2000 3,7 Millionen Arbeitsplätze fehlen werden. Zur Entwicklung der Klassen- und Sozialstruktur wird prognostiziert: Die Kapitalistenklasse wird in ihrem Umfang etwa bestehenbleiben; die lohnabhängigen Mittelschichten werden, wenn auch verlangsamt, wachsen. Für die Arbeiterklasse werden Tendenzen weiterer Differenzierung charakteristisch sein; die Zone der wechselseitigen Beeinflussung zwischen Arbeiterklasse und Mittelschichten erweitert sich. Insgesamt wächst das Widerspruchspotential, das der Entwicklung von Arbeiterpolitik zugrunde liegt.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 288 – 305

Christoph Butterwege

Politisches System in der Krise – Krise des politischen Systems?

Mit den etwa 1974 einsetzenden Krisenerscheinungen begann auch eine nachhaltige Veränderung des politischen Systems der BRD. Die Widersprüchlichkeit dieses Prozesses wurde vor allem nach der Zäsur des Regierungswechsels 1982 sichtbar: Einerseits die Durchsetzung einer konservativen Hegemonievariante als Präventivmaßnahme gegen oppositionelle Entwicklungen, andererseits aber das Fehlen einer breiten Massenbasis für diese Variante und die Herausbildung der Bürgerinitiativen, der Grünen usw. Die gegenwärtige politische Systemkrise wirft die Frage auf, ob die zukünftige Staatsentwicklung zum „Rüstungs- oder Sozialstaat“ gehen wird.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 306 – 328

Klaus Pickshaus

Umbruchperiode und Zukunft der Gewerkschaften

Der Beitrag geht von einer grundlegenden Veränderung der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen in der gegenwärtigen Umbruchperiode aus. Erörtert werden die Perspektiven der weiteren sozialstrukturellen Umschichtungen und Polarisierungen unter den Lohnabhängigen, die die Angestellten zur größten Gruppe werden lassen, sowie daraus resultierende neue Anforderungen an die Gewerkschaftspolitik. Im Verhältnis von Betrieb und Reproduktionssphäre sind neue Ansatzpunkte sichtbar, die zur Gewinnung neuer Sektoren der Lohnabhängigen und zu einer Politisierung der Gewerkschaftsarbeit auch im betrieblichen Bereich genutzt werden können. Die Zukunft der Gewerkschaften wird nicht nur durch die strukturellen Umbrüche bestimmt werden, sondern hängt in starkem Maße auch davon ab, welche politische Entwicklungsrichtung sich durchsetzen wird.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 329 – 345

Herbert Mies

Zukunftsherausforderungen der politischen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik

Der Kampf um die Durchsetzung friedlicher Koexistenz und zur Abwehr der sozialen Existenzbedrohungen der Arbeiterklasse bildet das Hauptfeld für eine Veränderung der politischen Kräfte.

teverhältnisse in der Bundesrepublik. Schlüssel dazu sind das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse und die Entwicklung der Bündnisse zwischen Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Bewegungen, nicht zuletzt Kräften der Intelligenz. Breite Massenbewegungen können die Möglichkeit Wirklichkeit werden lassen, die Rechtskräfte in der Regierung durch eine Mehrheit links von der CDU abzulösen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 346 – 356

Georg Fülberth

Die Herausbildung von Zukunftsvorstellungen in der CDU nach 1973

Der Beitrag verfolgt die Erarbeitung einer neuen Programmatik nach dem Machtverlust der CDU 1969. Er benennt die wesentlichen ideologischen Zentren um Geißler und Biedenkopf. Konstatiert werden die Fortsetzung des Konzepts der „Formierten Gesellschaft“ und ihre Verbindung mit Elementen der katholischen Soziallehre im Konzept der „Neuen sozialen Frage“. Eine eher technokratische Vision mit vielen Widersprüchen zeigt sich im „Späth-Bericht“. Fragen zur ostpolitischen Strategiebildung und Hinweise auf grundlegende Widersprüche im CDU-Lager schließen den Beitrag ab.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 357 – 373

Rainer Eckert

Sozialdemokratischer Reformismus in der Krise. Zwischenbemerkungen zu aktuellen programmatischen Diskussionen in der bundesdeutschen Sozialdemokratie

Die SPD, seit 1982 Oppositionspartei im Bundestag, arbeitet zur Zeit in Kommissionen und eher informellen Zirkeln an einem neuen Grundsatzprogramm. Deutlich zeichnen sich dabei Positionen ab, die durch breite demokratische Massenbewegungen — allen voran die Friedensbewegung und die Gewerkschaften — induziert wurden und die sich im Kern auf tiefgreifende Zuspitzungen der Frage von Krieg und Frieden sowie der sozialen Frage beziehen. Unterschiedliche Strömungen des sozialdemokratischen Reformismus sind derzeit dabei, ihre weltanschaulichen, ideologischen und politischen Einstellungen an grundlegende Veränderungen in der Welt und in der BRD anzupassen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 374 – 388

Hermann Sittner

Zur Programmdebatte bei den Grünen. Einige Anmerkungen

Die Programmdebatte bei den Grünen widerspiegelt das Bestehen unterschiedlicher Strömungen und das Bestreben, eine Art Kompromiß- und Minimalkonsenspolitik zu betreiben. Dies bestätigte sich generell auch auf dem Parteitag 1985 in Hagen. Vielfach verengt sich die Debatte auf die Frage nach dem Für und Wider einer Zusammenarbeit/Koalition mit der SPD. In einigen programmatischen Teilbereichen gab es in der letzten Zeit gewisse Präzisierungen. Insgesamt entspricht das von den Grünen angebotene gesellschaftliche Entwicklungsmodell mit all seinen unkonkreten und z. T. widersprüchlichen kritischen Zügen den Hoffnungen und Erwartungen vieler Kräfte in den neuen sozialen Bewegungen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 389 – 402

Willi Gerns

Demokratische Wende — Sozialistische Zukunft. Die Programmatik der DKP

Der Beitrag arbeitet heraus, welche Veränderungen seit der Formulierung des Programms der DKP 1978 stattgefunden haben und einzuschätzen sind. Die Aufgabe, das Erreichte zu verteidigen und dabei die Kräfte für eine grundlegende Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu sammeln, steht noch dringlicher. Kräfte dafür haben sich in den großen Kämpfen der vergangenen Jahre gezeigt. Sie gilt es weiterzuführen zur grundlegenden Alternative — dem Sozialismus. Auszugehen ist vom Nächstliegenden, dem Kampf um Frieden, Arbeit und demokratische Rechte. Dabei ist die Stärkung der DKP unerlässlich.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 403 – 419

Heinrich Werner

Der Streit in den Kirchen um die Zukunft

Der Krisencharakter unserer historischen Epoche läßt Christen die Frage nach ihrem Glaubensverständnis neu stellen. Die Radikalisierung des Glaubens führt zur Parteinahme im Kampf für eine menschliche Welt. Dieser Wandel wird exemplarisch am Beispiel der Theologie der Befreiung dargestellt. Der Ausbruch aus dem traditionellen christlichen Bewußtsein hat einen grundsätzlichen innerkirchlichen Streit zur Folge, in dem sich der Grundkonflikt unserer Zeit widerspiegelt. Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem Bündnis zwischen Christen und Marxisten neu.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 648 – 661

Hartwig Zander

„Kritische Kritik“ und Isolationshaft. Zum Verständnis des Marxschen Diskurses über die „neue Straftheorie“ in der „Heiligen Familie“. Ein Lektürevorschlag

Zweimal ist Marx mit kriminalpolitischen Fragen seiner Zeit konfrontiert, in der „Rheinischen Zeitung“ mit der Kriminalisierung von Bagatelldelikten, in der „Heiligen Familie“ mit der Einführung des Zellengefängnisses. Die Debatte über die Isolationshaft bildet den Streitpunkt, auf den Marx seine Polemik gegen die spekulative Dialektik in der „Heiligen Familie“ lenkt. Dieser Beitrag zeigt, über den zeithistorischen Rahmen der Debatte hinaus, wie Marx Techniken der Streitrede, der Eristik, anwendet, um die Idee der Isolationshaft als Resultat des spekulativen Denkens darzustellen.

**Ein weltweit
einmaliges Nachschlagewerk:
Internationales
Soziologenlexikon**

Herausgegeben von W. Bernsdorf/H. Knospe

Band 2:

Beiträge über lebende bzw. nach 1969 verstorbene Soziologen
2., neu bearb. Aufl. 1984. 976 S., 15,5 x 23 cm, geb. DM 220,-
ISBN 3 432 90702 8

**Enthält über 1800 Beiträge von
180 Autoren aus aller Welt!**

Band 1:

Beiträge über bis Ende 1969 verstorbene Soziologen
2., neu bearb. Aufl. 1980. VIII, 517 S., 15,5 x 23 cm, geb. DM 110,-
ISBN 3 432 82652 4

Gesamtpreis bei gleichzeitiger Abnahme
beider Bände DM 298,-

Preisänderungen vorbehalten

 **Ferdinand Enke Verlag Stuttgart**

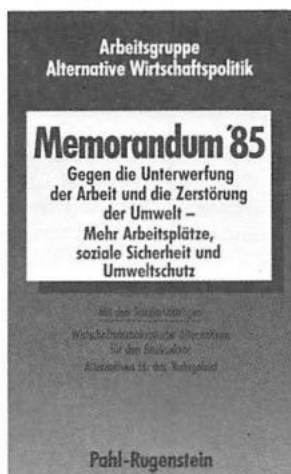
NEUE TECHNIK ALTE GESELLSCHAFT



KB 267, 211 Seiten, 14,80 DM



KB 301, 187 Seiten, 14,80 DM



KB 363, 347 Seiten, 19,80 DM



KB 361, 247 Seiten, 14,80 DM

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54 5000 Köln 51, Tel. (0221) 36 40 51

Herbst '85

Peter Glotz, Günter Kunert u.a.

Mythos und Politik

Über die magischen Gesten der Rechten
ca. 160 Seiten; ca. DM 18,-
ISBN 3-87975-304-0

Margit Frackmann

Mittendrin und voll daneben

Jugend heute
ca. 176 Seiten; ca. DM 17,80
ISBN 3-87975-292-3

Harald Nägeli, Roland Günter,
Klaus Staeck u.a.

Kultur im Alltag

Neue Formen kommunaler
Kulturpolitik
Hrsg. von Helga Schuchardt,
Björn Engholm und
Michael Müller
ca. 176 Seiten; ca. DM 17,80
ISBN 3-87975-313-x

Gerhard Bäcker/Martin Baethge/
Elisabeth Beck-Gernsheim/
Iring Fetscher/Sebastian
Herkommer/Herbert Kubicek/
Horst W. Opaschowski/Fritz W.
Scharpf/Michael Schumann u.a.

Arbeit 2000

Szenarien über die Zukunft
der Arbeitsgesellschaft
ca. 220 Seiten; ca. DM 24,80
ISBN 3-87975-314-8

Göran Therborn

Arbeitslosigkeit

Strategien und Politikansätze
in den OECD-Ländern
ca. 192 Seiten; ca. DM 24,80
ISBN 3-87975-315-6

Stadtteilarchiv Ottensen

»Ohne uns hätten sie das gar nicht machen können«

Nazi-Zeit und Nachkrieg in
Altona und Ottensen
ca. 196 Seiten; mit vielen Fotos
und Abbildungen, ca. DM 16,-
ISBN 3-87975-316-4



Willi Huisman/
Hans Jürgen Kröger (Hrsg.)

CUBA

Ein politisches Reisebuch
ca. 288 Seiten; mit vielen Fotos
und Abbildungen
ca. DM 24,80
ISBN 3-87975-309-1

Götz Aly/Ulrich Mückenberger/
Jürgen Prott u.a.

Technik im Griff?

Der zwiespältige Charakter
des technischen Wandels
ca. 192 Seiten; ca. DM 19,80
ISBN 3-87975-312-1

Herta Däubler-Gmelin/
Heide Pfarr/Marianne Weg (Hrsg.)

»Mehr als gleicher Lohn!«

Handbuch zur beruflichen
Förderung von Frauen
ca. 192 Seiten; ca. DM 17,80
ISBN 3-87975-317-2

Heinz Bierbaum/
Marlo Riege (Hrsg.)

Die neue Genossenschaftsbewegung

Initiativen in der BRD
und in Westeuropa
ca. 192 Seiten; ca. DM 24,80
ISBN 3-87975-293-1

Jürgen Kinter/Manfred Kock/
Dieter Thiele

Spuren suchen

Leitfaden zur Erkundung der
eigenen Geschichte
ca. 160 Seiten; ca. DM 14,80
ISBN 3-87975-2907

Herbert Flamme/
Manfred Muster u.a.

Der Bulli

Arbeit, Alltag und Kultur
im Volkswagenwerk Hannover
1956 bis 1985
ca. 140 Seiten Großformat
(mit vielen Fotos); ca. DM 29,80
ISBN 3-87975-276-1

Sebastian Herkommer

Einführung Ideologie

Überbau, Kunst, Ästhetik
ca. 140 Seiten, ca. DM 16,80
ISBN 3-87975-320-2

Margarete Tjaden-Steinhauer

Die verwaltete Armut

Pauperismus in der
Bundesrepublik
ca. 192 Seiten; ca. DM 26,80
ISBN 3-87975-311-3

Heiner Heseler/
Rudolf Hickel (Hrsg.)

Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung

ca. 192 Seiten; ca. DM 24,80
ISBN 3-87975-310-5

VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
2000 Hamburg 50
040/899 25 61

VSA

Gemeindeleute
Herausgegeben von der Redaktion des VMB

Eberhard Dähne (Hg.)

Gemeindeleute

Handbuch für eine alternative
kommunalpolitische Praxis



Kommunalpolitik existiert nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Ganz im Gegenteil: Neben den Betrieben sind es vor allem die Kommunen, wo die Widersprüche der Klassengesellschaft der Bundesrepublik sichtbar werden.

Dieses Buch ist geeignet, sowohl Leuten in den Institutionen der Gemeinden – Abgeordneten und Beschäftigten – zu nutzen als auch denen, die in außerparlamentarischen Bewegungen und Bürgerinitiativen kämpfen.

Ausgestattet mit einem umfangreichen Stichwortregister, kann es als Nachschlagewerk genutzt werden. Die Stichwörter stehen aber nicht nebeneinander. Sie sind in Einzelabhandlungen eingebettet, so daß das Buch auch dabei helfen kann, sich rasch einen Überblick über verschiedene Bereiche der Kommunalpolitik zu verschaffen.

496 Seiten, 27,- DM

Es ist in fünf große Abschnitte gegliedert: Regionalentwicklung, Bodenpreise, Planen und Bauen, Wohnen und Mieten
Haushaltspläne und Gemeindefinanzen
Gesellschaftliche Konsumtion (Verkehr, Frauen, Kinder, Ausländer, Arbeitsplätze, Sozialhilfe, Friedenskampf)
Umweltschutz und Umweltschutz (Wasser, Luftverschmutzung, Müll, Stadtklima und Grünpolitik)
Kommunale Energieversorgung.

Der Autor und Herausgeber, selber viele Jahre Abgeordneter eines kommunalen Parlamentes, hat versucht, Theorie und Praxis kommunaler Politik miteinander zu verbinden. Dabei wurden Kampferfahrungen, Erfolge, aber auch Niederlagen roter und grüner Gemeindepolitik aus vielen Teilen der Bundesrepublik ausgewertet.



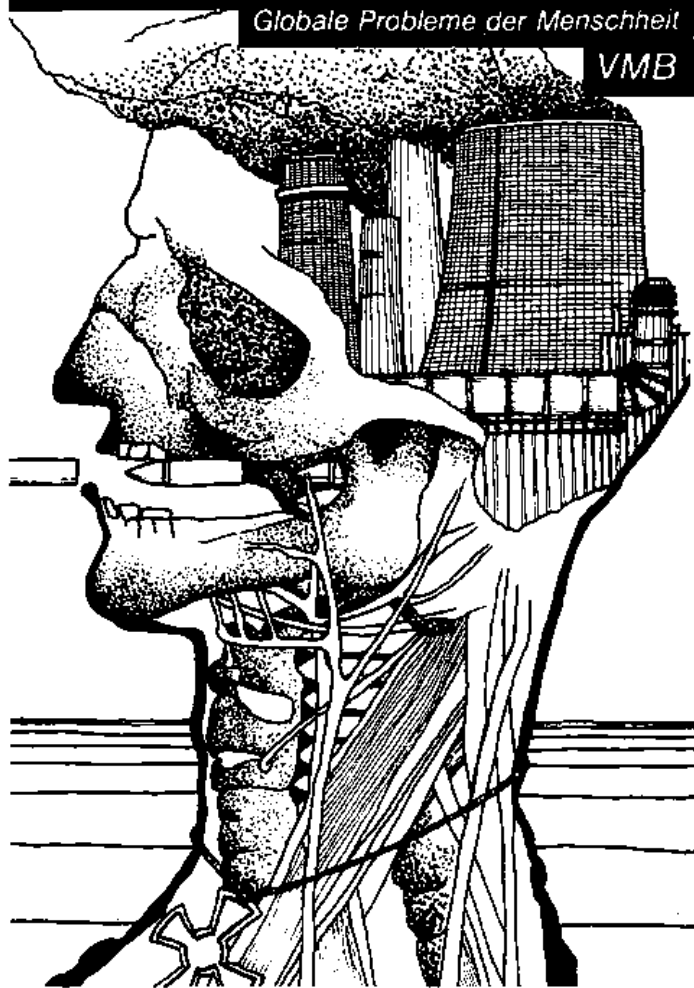
Verlag Marxistische Blätter, 6000 Frankfurt/Main
Hedderheimer Landstr. 78a

Hermann Bömer

Die drohende Katastrophe

Globale Probleme der Menschheit

VMB



Das Buch vermittelt einen Überblick über den heutigen Stand der globalen Probleme der Menschheit, benennt Ursachen und Profiteure dieser Probleme, widerspiegelt die hierzu geführte marxistische Diskussion, die auch auf die „Frage eine Antwort geben muß, wie die Menschheit zukünftig leben und ihre Gesellschaft organisieren muß, um überleben und unter menschenwürdigen Bedingungen leben zu können“.

280 Seiten, 11,80 DM



Verlag Marxistische Blätter, 6000 Frankfurt/Main
Heddernheimer Landstr. 78a

Rosa Luxemburg

Gesammelte Briefe in 5 Bänden

Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der SED



Band 1-5

Leinen · Gesamtpreis DM 99,-
Jeder Band ist auch einzeln erhältlich.

Das Werk liegt abgeschlossen vor.

Der Preis versteht sich ausschließlich der Mehrwertsteuer.

Erstmalig werden in geschlossener Form 2300 Briefe Rosa Luxemburgs aus den Jahren 1893 bis zum Januar 1919 vorgelegt. Sie geben einen Einblick in das bewegte Leben der Marxistin und Revolutionärin, zeigen die Motive ihres Denkens und Handelns auf. Sie offenbaren Charakterzüge, Fähigkeiten und Leidenschaften, Vorzüge und Schwächen dieser faszinierenden Persönlichkeit.

Die Briefe Rosa Luxemburgs sind Spiegelbild der Höhen und Tiefen menschlicher Beziehungen, des politischen Engagements, streitbaren Geistes und revolutionären Feuers. Sie belegen ihre intellektuellen, schriftstellerischen und künstlerischen Fähigkeiten.

Viele dieser Briefe sind erstmalig dem Leser zugänglich.



DIETZ VERLAG BERLIN

DDR · 1020 Berlin · Wallstraße 76-79

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF 8/1985

1945 – 1985: **Welthistorische Veränderungen**
Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im ersten Nachkriegsjahrzehnt

Aus dem Inhalt:

Aspekte welthistorischer Veränderungen
1945 – 1985

Kurt Steinhaus

Eine universelle Revolution mit unversel-
lem Terrain. Systemauseinandersetzung
und internationale Kräfteverhältnisse
40 Jahre nach der Zerschlagung des
Faschismus.

Bernd Greiner

Risikopolitik und Atomwaffenoption:
zum „Krisenmanagement“ amerikanischer
Regierungen während der Kubakrise
und des Koreakrieges.

Frank Deppe

Arbeiterbewegung in Westeuropa
1945 – 1985: Von der Bewegung zur
Stagnation?

Christian Mährdel

Nationale und soziale Befreiung in Asien
und Afrika und der weltrevolutionäre
Prozeß.

Dieter Boris

Arbeiterklasse und transnationale Kon-
zerne Lateinamerikas

**Zur historischen Analyse der Weimarer
Republik und des Hitler-Faschismus**

Georg Fülberth

Vorüberlegungen zu einer Geschichte
der Beziehungen zwischen SPD und KPD
im kommunalen Bereich 1918 – 1933

Ditte Gerns

Gemeinsamkeit und Widersprüche
zwischen Monopolkapital und Nazistaat
am Beispiel der Reichswerke
„Hermann Göring“

**Arbeiterbewegung in den Westzonen,
der Bundesrepublik und Österreich im
ersten Nachkriegsjahrzehnt**

Wulf D. Hund

Die Sozialistische Freie Gewerkschaft
in Hamburg 1945

Wolfgang Kreuter/Joachim Oltmann

Die Amerikanisierung der Arbeiterfrage

Christian Seeger

Betriebsfrieden im Kalten Krieg.
Zur Bedeutung von Betriebsverfassung
und Arbeitsgerichten bei der Kommu-
nistenverfolgung der 50er Jahre

Josef Ehmer/Rupert Herzog

Die österreichischen Gewerkschaften in
der Restorationsperiode 1945 – 1951 im
Spiegel neuer Forschungen

Marx-Engels-Forschung

Michael Knieriem

Marx und Engels als Taufpaten im Jahre
1851

Bericht und Information

Dieter Kramer

Historiker der Arbeiterbewegung in Ost-
West-Begegnung. Die 20. Linzer Konfe-
renz der ITH Kolonialismusfragen

Reinhard Müller

Thälmann-Bibliothek und Thälmann-Archiv
in Hamburg

Kritik

Rolf Petri

Herrschaft – Diskurs – Widerspruch.
Zu den philosophischen Grundlagen
theoretischer Positionen Ernesto Laclaus

André Leisewitz

Verengte Perspektive. Kritische Bemerkungen
zur Kern/Schumann-Studie „Das
Ende der Arbeitsteilung?“

320 Seiten, fester Einband, 32,-- DM (bei Dauerbezug 25,-- DM)

Marxistische Studien im Dauerbezug ab Band 8 mit 20% Abo.-Rabatt.
Lieferung erfolgt jeweils nach Erscheinen der Bände portofrei gegen Rechnung.

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

MARXISTISCHE STUDIEN 1, 1978

Politische Ökonomie der BRD — Profittatendiskussion — Soziale Lage der Arbeiterklasse —
Krise/Klassenkämpfe/Klassenbewußtsein 374 Seiten, DM 24,—

MARXISTISCHE STUDIEN 2, 1979

Ökonomische Stagnationstendenzen — Raumökonomie — Individuelle Konsumtion — Gewerk-
schaftstheorie — Neue Technik — Widersprüche im Arbeiterbewußtsein
437 Seiten, DM 24,— (2. Auflage 1984)

MARXISTISCHE STUDIEN 3, 1980

Neue Technik und soziale Alternativen — Umweltpolitik — Einheitsgewerkschaft — Vereine —
Lebensweise — Internationale ökonomische Arbeitstellung — Krisendebatte
396 Seiten, DM 24,— (2. Auflage 1984)

MARXISTISCHE STUDIEN 4, 1981

Staat/politisches System/Überbau — Korporatismus — Staatsverschuldung — Außenpolitische
Krisenstrategien — Staatsbewußtsein/Wahlverhalten — Streiks und Gegenmacht — Wohnungs-
wirtschaft — Technik-Diskussion 433 Seiten, DM 30,—

MARXISTISCHE STUDIEN 5, 1982

Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung — Frauenbewegung — Friedensbewegung/
Friedensforschung/Rüstungsökonomie — Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Krise
461 Seiten, DM 30,—

MARXISTISCHE STUDIEN 6, 1983

Arbeiterklasse in den 80er Jahren: Historisches Subjekt/Betriebliche Basis/Kämpfe/Bewußt-
sein — Politische Ökonomie/SMK-Theorie — Friedensbewegung — Soziologieentwicklung und
Marxismus-Debatte — Marx-Engels-Forschung 470 Seiten, DM 32,—

MARXISTISCHE STUDIEN 7, 1984

Arbeiterklasse im Betrieb: Formierungsbedingungen/Kämpfe: 35 Stunden/Linke betriebliche
Bündnisse/Bewußtseinsentwicklung/Flexibilisierung und Kontrolle/Großbetriebe als Zentren/
Belegschaften 426 Seiten, DM 32,—

MARXISTISCHE STUDIEN 8, I/1985

Welthistorische Veränderungen 1945—1985/Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und
im ersten Nachkriegsjahrzehnt 319 Seiten, DM 32,—

MARXISTISCHE STUDIEN 1—8 IM PAKET

Acht Bände für DM 185,— (statt DM 228,—)

Seit 1985 erscheinen die „Marxistischen Studien“ in zwei Lieferungen pro Jahr, mit erwei-
tertem Spektrum von Themen und Autoren. Seitdem ist Dauerbezug mit 20% Rabatt möglich.
Lieferung jeweils nach Erscheinen portofrei gegen Rechnung.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1

Neuerscheinung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) - Frankfurt/Main

INTELLIGENZ, INTELLEKTUELLE & ARBEITERBEWEGUNG IN WESTEUROPA



Materialien einer internationalen Konferenz des IMSF, Frankfurt/Main, 16./17. März 1985

Arbeitsmaterialien des IMSF 16,

ca. 550 Seiten
(Typoskriptdruck), Fotos,
statistischer Anhang,

Preis: DM 32,—

Im Mittelpunkt der Konferenz des IMSF, deren Materialien hiermit vorgelegt werden, stand die Frage nach der politischen und ideologischen Orientierung der Intelligenz in der Bundesrepublik und Westeuropa.

Der Band enthält mehr als 100 Beiträge zu den Themenkomplexen:

- Intelligenz und Arbeiterklasse in entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas (Frankreich, Großbritannien, Italien)
- Die aktuelle Diskussion um die Intelligenz in der Bundesrepublik
- Die Rolle der Intelligenz heute: Diskussionsstandpunkte
- Beiträge aus den Arbeitsgruppen: Intelligenz und Arbeiterbewegung; Wohin geht die Intelligenz? Erfahrungen aus Westeuropa; Die Rolle der Intelligenz im Kampf um kulturelle und ideologische Hegemonie; Zwischen Lohnabhängigkeit und Elitedenken: Die Intelligenz als soziale Massenschicht und die Strategien des Konservatismus; Neue Politisierung der Intelligenz? Linker Anspruch und Alltagswirklichkeit in der Berufspraxis; Gewerkschaften und Intelligenz; Geschichte der Intelligenz und Intelligenz in der Geschichte; Arbeitslosigkeit — Qualifikationsentwertung — Ausgrenzung; Frauen in Wissenschaft und Intelligenzberufen; Interessenvertretung und sozialistische Politik an Hochschulen; Künstlerische Intelligenz; Intelligenz im Betrieb.

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1**

Neuerscheinungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main

Informationsbericht Nr. 41

Große Krisen des Kapitalismus — lange Wellen der Konjunktur?

Beiträge zur aktuellen Krisenanalyse und Monopoltheorie

Autoren: U. Dolata, J. Goldberg, D. Klein, J. Priewe, W. Schwarz, H. Wagner

Werden die in den siebziger Jahren eingesetzten Krisenerscheinungen des Kapitalismus langfristig anhalten oder ist eine Neubelebung des Wachstums zu erwarten? Gibt es neben dem kurzfristigen Krisenzyklus „lange Wellen“ der Konjunktur? Ist der Vergleich mit der großen Weltwirtschaftskrise 1929—1932 angebracht? Im Mittelpunkt der Analysen steht die historische Dimension des Kapitalismus.

173 Seiten, DM 15,—

Informationsbericht Nr. 42

Berufsverbote

Neue Entwicklungen — Kritik — Erfahrungen des Widerstandes

Verfaßt vom Arbeitskreis „Marxistische Staats- und Rechtstheorie“

Die Berufsverbotspraxis wankt, aber geht weiter. Um den demokratischen Protest zu verstärken, ist gründliche Information nötig: Geschichte der Berufsverbote, Ausweitung auf Friedensbewegung und Gewerkschaften, Erfahrungen des Protests im In- und Ausland, die Haltung der Gewerkschaften und Parteien. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Rechtsprechung und ihrer Begründung.

96 Seiten, DM 9,50

Auf Anforderung englische und französische Kurzfassungen — je DM 1,—

Informationsbericht Nr. 43

Emanzipation in der Krise?

Materialien zur Lebenslage der Frauen

Verfaßt vom Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF

Die Studie ist als Handbuch angelegt. Sie will einen Überblick über die Situation der Frauen in allen Lebensbereichen geben, ermöglicht aber auch die Information zu Einzelfragen. Zum Inhalt: Ursachen der Frauenunterdrückung. Zur sozialökonomischen Lage der Frauen. Zur Situation im Reproduktionsbereich. Rechtliche Diskriminierung. Frauen in Bewegung — neue Wertorientierungen und Politikzugänge. Zur Frauen- und Familienideologie der Rechtsregierung. Frauenbewegung — Entwicklung, Strömungen, Strategien.

281 Seiten, DM 18,—

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1**

Neuerscheinung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) - Frankfurt/Main

Beiträge des IMSF, Band 7

Umbruch im Produktionsbereich?

Inhalt:

Branchenanalysen: Chemische Industrie, Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektrotechnische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie, Bauindustrie.

Probleme:

Ursachen und Auswirkungen von Wachstumsverlangsamung und stagnativer Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik.

Material:

Grundlagenmaterial, tabellarische Übersichten, statistische Einzelanalysen.

Beiträge des IMSF

7

Umbruch im Produktionsbereich?

Branchenanalysen:

Chemische Industrie, Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektrotechnische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie und Bauindustrie in der BRD

IMSF

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt/Main

Die These, in der Wirtschaft der Bundesrepublik vollziehe sich gegenwärtig ein rascher technologischer Umbruch, ist keineswegs unumstritten. Zu den Gegenargumenten zählt der Hinweis, daß sich in den letzten Jahren der Zuwachs der Arbeitsproduktivität nicht beschleunigt, sondern eindeutig verlangsamt hat. Dennoch lassen sich eine ganze Reihe von Fakten als Argumente für die „Umbruch“-These anführen, die in ihrer Gesamtheit auf wesentliche Veränderungen hindeuten. So ist schon seit Mitte der siebziger Jahre die Tendenz zu einer umfassenden Produktionsintensivierung durch Ökonomisierung des konstanten wie variablen Kapitals auf der Basis neuer Technologien zu verzeichnen.

Die innere Gliederung der einzelnen Branchen-Analysen entspricht den Hauptfragen: Charakter der Branche und Stellung innerhalb der Industrie; Produktions- und Absatzentwicklung; Produktionsbedingungen (Struktur des Anlagevermögens, Beschäftigungsentwicklung u. a.); Verwertungsbedingungen des in der Branche angelegten Kapitals; Unternehmensstruktur und Rolle des Monopolkapitals; Internationalisierung und außenwirtschaftliche Verflechtung; Rolle des Staates für die Branche; Zukunftsperspektiven.

Mitarbeiter:

Dietmar Düe, Fritz Fiehler, Jörg Goldberg, Gert Hautsch, Peter Herrmann, André Leisewitz, Niki Müller, Ludger Selg.

XIV+428 Seiten, 289 Tabellen und Abbildungen, Frankfurt/M., 1985,

Format 17x24 cm, broschiert, DM 30,—

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1

ISBN 3-88807-003-1